Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

Verlag Neue Kritik Frankfurt/Main 1972

OCR-Texterkennung Max Stirner Archiv Leipzig – 08.03.2023

Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

Begründet von Rosa Luxemburg und Franz Mehring
Herausgegeben von der Zentrale der Kommunistischen. Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale)
Jahrgang 13 / 1930
Zeitschriftenverlag G. m. b. H., Berlin C 2
Burgstraße 20 II

OCR-Texterkennung Max Stirner Archiv Leipzig – 08.03.2023

Die Internationale
15. Jahrgang * Berlin, 15. Januar 1930 * Heft 1/2

1929/1930

W. H. Ein Jahr ging vorüber. Neue Tatsachen, neue Erfahrungen liegen hinter uns. Vor uns Kämpfe und Aufgaben von gewaltigem Ausmaß. Rückblick auf das vergangene und Vorschau auf das kommende Jahr kann nur den einen Zweck für uns haben: scharf, unnachsichtlich und ernst die Probleme anzupacken, die es zu lösen gilt; die Arbeit der Partei zu verbessern, die Konzentration der Kräfte an den wichtigsten Punkten zu stärken, Tempoverluste wettzumachen, kurz: zu marschieren!

I.

Rückblick und Ausblick

Zu Beginn des vergangenen Jahres befand sich die Partei und die Kommunistische Internationale noch in heftiger Auseinandersetzung mit ihren inneren Feinden. Noch war es notwendig, im Interesse der Klärung und Selbstverständigung die Auseinandersetzung mit der Gruppe der feigen Opportunisten, der Ewert, Meyer, Gerhard, Eberlein, Kurt in Deutschland, der Bucharin, Rykow, Tomski in der Sowjetunion und ihren übrigen internationalen Anhängern zu betreiben. Es verlohnt, sich des Geschwätzes der Versöhnler im Vorjahre zu erinnern, ihres wüsten Kampfes gegen den Kurs der Partei und der Komintern, ihrer opportunistischen Hetze gegen die Politik der KPD im Ruhrkampf, bei den Betriebsrätewahlen, am 1. Mai, ihrer verräterischen Prophezeiungen einer Parteikrise, einer Isolierung der Kommunisten von den Massen durch den Kurs der Partei, – kurz des ganzen Geschwätzes, mit dem einige schwankende und sozialdemokratisch angefaulte Elemente uns beglückten –, und sich dann zu vergegenwärtigen, wie die wirkliche Entwicklung verlaufen ist! Es verlohnt, ein Jahr zurückzudenken an jene Zeit, als Bucharin den Fünfjahresplan des sozialistischen Aufbaus der Sowjetunion mit den „Ziegelsteinen einer sozialdemokratischen Milchmädchenrechnung attackierte oder im Gefolge Hilferdings das hohe Lied des „organisierten Kapitalismus“ zu singen begann. Es verlohnt, sich daran zu erinnern, welche Veränderung das vergangene Jahr in der Führung der deutschen Partei (und der Komintern) gebracht hat, wie an die Stelle jenes Zentralkomitees der KPD, in dem Versöhnler und Rechte saßen und die Ueberrumpelung durch die Parteifeinde vom 26. September 1928 möglich war, die einheitliche Führung trat, die der [2] Weddinger Parteitag einsetzte. Dieser Rückblick ist wichtig, weil er zeigt, wie rasch die Partei marschierte, wie entschlossen sie ihre inneren Feinde schlug und wie erfolgreich sie alle opportunistischen Unkenrufe durch die praktischen Ergebnisse ihrer Politik widerlegte.

Das Jahr 1929, das Jahr des Weddinger Parteitages und des 10. Plenums der Komintern, hat die KPD von den Agenten der Sozialdemokratie gesäubert, hat die versöhnlerischen Helfershelfer und Bundesgenossen der rechten Renegaten vernichtend geschlagen und die Entwicklung der KPD zur zweiten bolschewistischen Partei der Kommunistischen Internationale um ein gewaltiges Stück vorwärts gebracht.

*

Diese Entwicklung in den Reihen der revolutionären Partei – und die Entwicklung der KPD ist ja nur ein Teil des allgemeinen Bolschewisierungsprozesses der kommunistischen Parteien, wobei freilich die KPD die stärksten Fortschritte, die klarsten Erfolge zeitigte – vollzog sich nicht zufällig gerade im Jahre 1929. Die innerparteilichen Vorgänge im Lager der proletarischen Partei, die Sammlung, Reifung, Reinigung der revolutionären Kräfte, konnte nicht losgelöst und unabhängig von der allgemeinen geschichtlichen Entwicklung erfolgen. Die Bolschewisierung der revolutionären Partei ist nur der höchste Ausdruck der allgemeinen Steigerung der Kampfkräfte des Proletariats, der allgemeinen Radikalisierung der Massen, des allgemeinen revolutionären Aufschwungs, wie ihn das Jahr 1929 einleitete.

1929: das Jahr der 1.-Mai-Barrikaden von Berlin, das Jahr des 1. August, vor dem die Bourgeoisie der Welt von Paris bis Tokio erzitterte, das Jahr des neuen Aufschwungs der Kolonialrevolution,

der Barrikadenkämpfe von Bombay, der welthistorischen Ouvertüre der indischen Revolution, der bewaffneten Demonstrationen chinesischer Arbeiter und Bauern.

1929: das Jahr des kolossalen, gigantischen Aufstiegs der sozialistischen Aufbauarbeit in der Sowjetunion; das Jahr, in dem die praktischen Erfolge nicht nur die Durchführbarkeit des Fünfjahrplanes erwiesen, sondern darüber hinaus der Bolschewistischen Partei die Möglichkeit gaben, die Termine des Fünfjahrplanes abzukürzen, die Ziele der sozialistischen Aufbauarbeit zu steigern und zu erweitern.

1929: das Jahr des Beginns der amerikanischen Krise, einsetzend mit der Aktienkatastrophe auf der Neuyorker Börse, die mit jähem Schlage das Märchen von der unzerstörbaren Prosperität des amerikanischen Kapitalismus zerfetzte, den Dollarkapitalismus in die Weltkrise des kapitalistischen Systems hineinriß und damit die unausbleibliche und elementare Weltwirtschaftskrise der nahen Zukunft einleitete, deren Zwangsläufigkeit die Hilferding (und Bucharin) stets mit dem Hinweis auf Amerika leugneten.

1929: das Jahr der Pariser und ersten Haager Konferenz, der Neuaufrollung der Reparationsfrage (mit ihr aller Konflikte der imperialistischen Welt) und ihrer „Lösung“ durch den Young-Plan. Eine „Lösung“, die keinen Konflikt beseitigt, [3] sondern im Gegenteil alle imperialistischen Widersprüche nur auf höherer Stufe reproduziert und die explosive Lösung heraufbeschwört: sei es durch neuen Weltkrieg zur Neuaufteilung der Welt oder aber durch die Revolution, die allein die imperialistischen Sünden der Vergangenheit gemeinsam mit dem Imperialismus selbst zu liquidieren vermag.

*

Mit der Formierung der Klassenfronten, mit dem Herannahen der neuen revolutionären Krise versagen auf den fünf Sechsteln der kapitalistischen Welt die bisherigen Methoden zur Erhaltung und Ausübung der kapitalistischen Klassenherrschaft. Nicht nur in Deutschland, international vollzieht sich das Ende der „Demokratie“ Der Faschismus, aktiv unterstützt, vorbereitet und eingeleitet durch die Sozialdemokratie, bricht sich Bahn. Der Faschismus – nicht, wie die Versöhnler es einst darzustellen versuchten, als Zeichen der unerschütterlichen Stärke der Bourgeoisie, sondern als Produkt der Schwierigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft, als Produkt der Labilität der bürgerlichen Ordnung, als. Produkt der Fäulnis und Schwankungen der kapitalistischen Stabilisierung. Der Faschismus als „dernier cri“ der kapitalistischen Mode ist wirklich letzter Schrei der herrschenden Klasse, die sich vor der Gefahr des Untergangs mit dem Ausweg der brutalen, unverhüllten Diktatur unter Verzicht auf alle parlamentarisch-demokratische Maskerade retten möchte.

Die Sozialdemokratie, die vor mehr als einem Jahrzehnt in der ersten revolutionären Welle der Nachkriegszeit ihre Rolle als Schutzpanzer der Bourgeoisie mit dem Aushängeschild des „demokratischen Sozialismus“ verbrämen und den Arbeitermord der Noske-Zeit mit der gleichzeitigen Litanei von der „marschierenden Sozialisierung“ verbinden durfte, hat sich inzwischen vom Reformismus zum Sozialfaschismus entwickelt; ihre heutige Rolle, begleitet von den frommen und unverhüllten Chorälen über die Notwendigkeit der „Kapitalbildung“, die die Musik vom „marschierenden Sozialismus“ abgelöst haben, gipfelt darin, Wegbereiterin den Faschismus, der barbarischen, schamlosen Diktatur zu sein.

Die Entwicklung der Sozialdemokratie zum Sozialfaschismus ist international. Aber die SPD, deren Verwachsen mit dem kapitalistischen Staatsapparat durch Tausende und aber Tausende großer und kleiner Pfründen besonders fortgeschritten ist, schießt auch hierbei den Vogel ab. Hermann Müller, der Panzerkreuzer baut, Zörgiebel, der Arbeiter mordet, Wissell, der den Erwerbslosen die letzten Pfennige stiehlt, Hilferding, der Steuerwucher und Wucherzoll predigt, und Severing, der den RFB verbietet und mit Fälschung und Lockspitzelei sein Kommunistengesetz zum Verbot der KPD vorbereitet, – sie alle sind Leuchten des Sozialfaschismus. Sie alle haben im Jahre 1929 glorreiche Proben ihrer verbrecherischen. Politik geliefert.

Die Sozialdemokratie muß, um den Anforderungen der Bourgeoisie noch zu entsprechen, ihren faschistischen Kurs verschärfen. Aber je stärker sich ihre sozialfaschistische Entwicklung durchsetzt,

desto mehr büßt die Sozialdemokratie ihre Stützpunkte innerhalb der [4] Arbeiterklasse ein. So beschleunigt sie selbst, stets getrieben vom Druck der sich zum Faschismus bekennenden Bourgeoisie, ihrerseits den Radikalisierungsprozeß der Massen, die wiederum den Wert der SPD als Koalitionspartner für die Bourgeoisie herabmindert. In dem Bestreben, sich der Bourgeoisie unentbehrlich zu erweisen, muß sich die Sozialdemokratie selbst von den Massen lösen und so zwangsläufig die Wendung der Bourgeoisie zum Faschismus noch bestärken.

In der Periode der wachsenden Radikalisierung der Massen, der Sammlung der Klassenkräfte des Proletariats und des Vormarsches der revolutionären Bewegung wird jedoch der faschistische Kurs der Bourgeoisie nur zum Hebel für die Verschärfung des Klassenkampfes. Je mehr der Kapitalismus von den Herrschaftsmethoden der bürgerlichen Demokratie zur Politik der faschistischen Diktatur übergeht, desto mehr gefährdet er selbst seine eigene Existenz.

*

So ist das Bild des vergangenen Jahres klar und übersichtlich gegeben: Auf der einen Seite der Niedergang der kapitalistischen Welt, die Verschärfung ihrer Widersprüche, das Wachstum ihrer Krisenfaktoren. Auf der anderen Seite der beginnende revolutionäre Aufschwung in den kapitalistischen Ländern, die marschierende koloniale Revolution, eng verbunden mit dem Aufstieg des Sozialismus – heute noch „nur“ auf einem Sechstel der Erdkugel – im Zeichen der proletarischen Diktatur.

So drängt sich den Massen selbst die klare und unmißverständliche Formel auf: Hie kapitalistische Herrschaft – das bedeutet Hunger, Elend, Gummiknüttel, Kugeln, Gefängnisse, Niedergang, Krise, Anarchie! Dort kommunistische Herrschaft – das bedeutet Aufstieg und Wachstum der Wirtschaft, soziale und kulturelle Erhöhung des Lebensniveaus der breiten Massen!

Die Formel, die Fragestellung trägt schon ihre Beantwortung, trägt schon die Entscheidung der Massen in sich. Je mehr sich die geschichtliche Entwicklung auf die Frage: Diktatur welcher Klasse? zuspitzt, je mehr sich den Massen selbst diese Frage aufdrängt: Diktatur des Kapitals über die Werktätigen oder Diktatur des Proletariats über die Ausbeuter, desto klarer erwächst in den Massen der Wille zur proletarischen Revolution.

In Deutschland begann das vergangene Jahr mit dem Vormarsch der KPD bei den Betriebsrätewahlen und endete mit der Nachricht von der Matrosenrebellion auf dem Kreuzer „Emden“ und den Schüssen auf demonstrierende Erwerbslose. Es ist der Instinkt des Sterbens, der der kapitalistischen Klasse eingibt, den jetzigen Zeitabschnitt als Deutschlands „Kerenski-Periode“ zu bezeichnen. Dieser Vergleich ermangelt gewiß der vollen historischen Berechtigung. Eines aber ist wahr: die Entwicklung die vor uns liegt – wie immer ihr Tempo sein mag –, stellt vor das deutsche Proletariat und seine Partei unzweideutig die Frage des Roten Oktober! [5]

II.

Die Aufgaben der Partei

Das vergangene Jahr brachte für die Kommunistische Partei Deutschlands mit den Beschlüssen des Weddinger Parteitags, die die Linie des VI. RGI-Kongresses und VI. Weltkongresses der Komintern fortführten, die entscheidende Wendung zur revolutionären Massenarbeit. Das 10. Plenum des EKKI bestätigte und erweiterte sowohl international wie für Deutschland diese Weddinger Wendung. Die Partei erzielte schon in der Vergangenheit mit den ersten Ansätzen der praktischen Durchführung der Wendung große Erfolge. Aber wir sprechen mit Offenheit aus, daß das, was bisher geschehen ist, keinesfalls die Erfüllung der Weddinger Beschlüsse bedeuten kann, daß wir erst am Anfang der Wendung stehen und die Hauptarbeit vor uns liegt.

Das Jahr 1930 steht schon in seinem Beginn völlig im Zeichen der praktischen Durchführung des Young-Planes. Die Partei, die im vergangenen Jahr in der Frage des Kampfes gegen den Young-Plan vorübergehend einen gewissen Tempoverlust verzeichnen mußte, hat diesen Mangel ausgeglichen. Die Nationalsozialisten, die durch den Mund ihres Göbbels ihre Bereitschaft versichern

ließen, „Reparationen nach Maßgabe der Möglichkeit zu leisten“, können ihr demagogisches Spiel um so weniger fortführen, je mehr die Praxis der Young-Aera die sozialen Probleme, die Klassenfragen aufrollt. Aus einem noch fernen Phantom, gegen das man mit nationalistischen Phrasen „kämpfen“ konnte, verwandelt sich der Young-Plan in die derbe, harte, handgreifliche Wirklichkeit: höhere Gaspreise, verteuertes Licht, gesteigerte Verkehrstarife. Dazu ein kleiner Vorgeschmack der Diktatur in Form der nichtausgezahlten Winterbeihilfe in Berlin und anderwärts, wo die Kommunalparlamente unter dem Druck der Kommunisten und demonstrierenden Massen solche beschlossen hatten. Diese praktischen Tatsachen des proletarischen Alltags im Zeichen des Young-Plans zerschlagen die demagogischen Manöver der Nationalsozialisten und heben vollends die Rolle der Partei des revolutionären Klassenkampfes, der KPD, als der einzigen Kraft gegen den Young-Plan im Bewußtsein der Massen.

Wirtschaftskämpfe

So hat es die Partei in der Hand, die Situation auszunutzen und durch die Entfesselung des proletarischen Kampfes um Lohn und Brot als Antwort auf die systematische Herabsetzung des Lebensniveaus der Massen der Werktätigen mit Tarif- und Zollwucher, Steuerdruck, Teuerung usw. den Weddinger Kurs in die Tat umzusetzen. Der Kampf um den Siebenstundentag als Antwort auf die Massenentlassungen für die neue Rationalisierungswelle ist mit den zwischentariflichen Lohnkämpfen eng verbunden. Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschafts- und vor allem Betriebsrätewahlen des Frühjahrs von der Partei vollkommen in den Dienst dieser Kampfesaufgaben der Mobilisierung der Betriebe für Lohn- und Arbeitszeitbewegungen gestellt werden müssen. [6]

Die Betriebsrätewahlen

Es ist ebenso selbstverständlich, daß es im Jahre 1930 nicht genügt, den Kurs der selbständigen Kandidaturen bei den Betriebsratswahlen von 1929 einfach zu wiederholen. Die Bourgeoisie allein sorgt schon dafür, daß die Betriebsrätewahlen in diesem Jahr auf einer höheren Stufe des Klassenkampfes vonstatten gehen, als im Vorjahre. Hier bestätigt es sich, was die Partei nach den Tagen des Berliner Blutmai aussprach: Der 1. Mai 1929 mit seinen Barrikadenkämpfen war ein Wendepunkt. Alle Teilgebiete des Klassenkampfes zeigen nach dem 1. Mai ein völlig verändertes Gesicht. Ob es sich um einen Streik, um eine Demonstration oder auch um die Betriebsrätewahlen handeln mag, – nach dem Barrikaden-Mai des Vorjahres vollzieht sich der Klassenkampf an allen Fronten und in allen seinen Formen auf einer höheren Stufe. Wenn heute die bürgerliche Presse, die im Vorjahre erst nach den sensationellen kommunistischen Erfolgen rückblickend zu den Betriebsrätewahlen Stellung nahm, bereits Wochen vor dem Beginn der Wahlen diesen ihre Aufmerksamkeit zuwendet, so ist schon das charakteristisch. Mehr noch, wie sie Stellung nimmt. Denn kaum eine der bisherigen bürgerlichen Pressestimmen zu den Betriebsrätewahlen äußert sich über diese, eigentlich doch ganz „legalen, gesetzlichen“ Aktionen anders, als in Verbindung mit irgendwelchen mehr oder weniger albernen und schmutzigen Hirngespinsten über „kommunistische Putschpläne“.

Der politische Massenstreik

Die gewaltige Verschärfung der Klassengegensätze gibt auch äußerlich ökonomischen Kämpfen einen mehr oder minder ausgeprägten politischen Charakter. Der Kampf um ein Stück Brot, um Verbesserung der Arbeitszeit oder der Arbeitsbedingungen stößt unmittelbar auf die organisierte Gewalt der Ausbeuterklasse: den Staat. Justiz, Polizei, Unternehmer, sozialdemokratische Polizeipräsidenten, Gewerkschaftsbürokraten, Streikbrecherhorden, Terrorbanden von Nationalsozialisten, Reichsbanner- und Stahlhelmleuten werden gegen das kämpfende Proletariat mobilisiert, die ganze Lügenmeute der Hetzpresse wird losgelassen. Es gilt den breitesten Massen den politischen Charakter aller Kämpfe bewußt zu machen, vom Teilkampf angefangen, alle ökonomischen Bewegungen der Arbeiterschaft unter der Losung des politischen Massenstreiks zu steigern und zu verbreitern. Es gilt das isolierte Niederschlagen einzelner Gruppen, Kategorien und Teilgebiete durch die planmäßige Mobilisierung der Arbeiter zum politischen Massenstreik, durch unermüdliche Stärkung des proletarischen Solidaritätsbewußtseins umzuwandeln in siegreiche Massenangriffe auf allen Fronten. Im Kampf um Brot und Arbeit, im Kampf gegen die Profitgier der feindlichen Klasse, im Kampf gegen

die brutale Niederknüppelungsstrategie des Ausbeuterstaates muß im Jahre 1930 der politische Massenstreik immer mehr zum entscheidenden Kampfmittel werden. Für die Partei ersteht hier die Aufgabe, die Beschlüsse des Weddinger Parteitages und des 10. Plenums in den breiten Massen zu popularisieren, in den Betrieben und Massenorganisationen die politischen und die organisatorischen [7] Voraussetzungen durch die Sammlung der Belegschaften unter der Führung revolutionärer Vertrauenskörper zu schaffen, die Betriebsarbeiter mit den arbeitslosen Klassengenossen eng zu verbinden.

Frauen und Jugend

Der Kurs auf die wirtschaftlichen und politischen Kampfbewegungen, selbständig ausgelöst und geführt durch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die Kommunistische Partei, schließt in sich jene entschlossene Wendung zu den Frauen und der proletarischen Jugend, in deren Durchführung die Partei ebenfalls erst die ersten Schritte getan hat. Das Berliner Wahlergebnis, als Ganzes gesehen ein glänzender Erfolg, zeigte doch hinsichtlich der Frauenstimmen die außerordentlichen Mängel der Frauenarbeit. Und doch ist Berlin ohne Zweifel in der Durchführung der Wendung vielen anderen Bezirken weit voraus. Hier bedarf es im neuen Jahr des entschlossenen Bruchs mit allen verkalkten Vorurteilen, rückständigen, überheblichen und bornierten Anschauungen, die sich praktisch als Hemmnis für die revolutionäre Massenpolitik der Partei erweisen.

Was für die Frauenarbeit, das gilt erst recht für das Verhältnis der Partei zur Jugend. Ohne Ueberwindung des Ressortstandpunkts, der die Unterstützung des Kommunistischen Jugendverbandes einzelnen, speziell beauftragten Funktionären überlassen will, statt sie zur Aufgabe der Gesamtpartei zu machen, kann die Partei nicht die Jugend der Revolution in jenem Ausmaß organisieren, wie es als Voraussetzung des revolutionären Sieges notwendig ist.

Das Verhältnis zu den Massenorganisationen

Die höhere Stufe des revolutionären Kampfes verändert auch das Verhältnis zwischen der Partei und den Massenorganisationen. In einer Aera, in der die reformistischen Gewerkschaften sich offen und unverhüllt als Nebenorganisationen des Sozialfaschismus etablieren, müssen erst recht die revolutionären Massenorganisationen ihr Verhältnis zur Kommunistischen Partei auf eine neue Basis des revolutionären Bewußtseins heben. Das bedeutet keine Aufgabe der Selbständigkeit der Roten Hilfe, der IAH, der unter kommunistischer Führung stehenden Gewerkschaftsorganisationen, Kulturorganisationen usw., wohl aber eine Wendung dieser Organisationen insofern, als sie ihr Bündnis mit der revolutionären Partei, ihr Bekenntnis zur revolutionären Partei als der einzigen Partei des Proletariats klarer, rückhaltloser als bisher ausgestalten müssen. In dieser Linie muß sich die Arbeit der Kommunisten in den Massenorganisationen bewegen. Auch diese Arbeit gehört mit zur Durchführung der Wendung in unseren Methoden.

Wehrorganisationen

Zu den Hauptschwächen unserer Parteiarbeit zählt die Frage der Schaffung von Wehrorganisationen im Kampf gegen den Faschismus. Hier mangelt es in entscheiden-[8]dem Maße an der genügenden Initiative und – das muß offen ausgesprochen werden – auch an dem genügenden Verständnis für die Wichtigkeit dieser Arbeit. Wenn nach der Ermordung des Berliner Genossen Neumann am Görlitzer Bahnhof durch die Berliner Nationalsozialisten die Arbeiter des Betriebes Bergmann-Seestraße als Antwort die Gründung einer Arbeiterwehr des Betriebes beschlossen haben, so ist dies ein glänzendes und anfeuerndes Beispiel, das den Arbeitern dieses Betriebes alle Ehre macht. Aber es ist eine Schande, daß ein solches Beispiel revolutionärer Initiative im Betrieb vereinzelt dasteht, statt die Regel zu sein. Dieser Zustand darf nicht länger von der Partei geduldet werden. Hier vor allem muß schon in den ersten Wochen des Jahres 1930, schon im Zusammenhang mit der Generalkontrolle der Partei, ein rascher, rücksichtsloser Umschwung einsetzen.

Die Erwerbslosenarbeit

Es bedarf kaum des Hinweises, daß die Partei jene Verstärkung ihrer Erwerbslosenarbeit, die um die Weihnachtstage einsetzte, unter keinen Umständen wieder versacken lassen darf, daß es vielmehr zu den Hauptaufgaben der Wendung gehört, immer neue Formen der Zusammenschweißung

der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter zu gemeinsamer Kampffront zu entwickeln. Kampfdemonstrationen allein, Arbeit auf den Stempelstellen allein reicht hier nicht aus. Es gibt keinen Grund, warum sich nicht bei genügender Auslösung der Masseninitiative schon im Zusammenhang mit den Betriebsrätewahlen neue, durchschlagende Methoden der Zusammenschweißung der Erwerbslosen mit den Betrieben, mit den revolutionären Vertrauensleuten, mit den Betriebsräten usw. entwickeln lassen sollten. Auch hier gilt es, die alte Schablone der Arbeit über Bord zu werfen, neue Formen, neue Methoden ausfindig zu machen und zu erproben.

Die Werbearbeit

Die Partei hat in Berlin im Anschluß an den Kommunalwahlsieg mit plötzlichem Entschluß jenes rote Stalin-Aufgebot durchgeführt, das einen sensationellen Erfolg zeitigte. Einige Bezirke der Partei folgten diesem Beispiel. Plötzlich erwies es sich, welche Möglichkeiten der Stärkung der revolutionären Kader der Partei mit frischen, unverbrauchten proletarischen Kräften objektiv vorhanden sind, wenn die Partei nur dazu übergeht. diese Möglichkeiten auszuschöpfen. Auch diese Werbearbeit ist bis heute selbst in Berlin nicht annähernd mit derjenigen Energie und Anwendung aller vorhandenen Kräfte und Methoden durchgeführt worden, wie es notwendig und möglich wäre. Nur die primitivsten Mittel der Agitation und Werbung wurden bislang angewandt, und schon diese hatten einen so großen Erfolg. Hier gilt es nachzustoßen, gründlicher und umfassender zu arbeiten und das Schwergewicht auf die Betriebe zu konzentrieren, um jenen Aufstieg der Partei zu erzielen, der in der objektiven Situation gegeben ist und dessen wir zur Lösung unserer Aufgaben notwendig bedürfen. [9]

Die Frage der Illegalität und revolutionären Perspektive

Die Werbung für die Partei und ihre Presse, die Ausbreitung der Massenbasis des Kommunismus in Deutschland, steht nicht im Widerspruch zu der Tatsache, daß die Partei zur gleichen Zeit, angesichts der fieberhaften Vorbereitung der Sozialfaschisten unter Führung Severings auf das Verbot der KPD, genötigt ist, ihre Vorbereitungen auf die Illegalität mit aller Energie zu steigern. Je mehr die Partei in den Massen verankert ist, je mehr sie ihre Wendung zur revolutionären Massenarbeit im Sinne des Weddinger Parteitages in den Tagen der Legalität durchführt, je rücksichtsloser sie die Selbstkritik ausübt, die Kader auffrischt, die Kräfte in allen wichtigen Funktionen der revolutionären Arbeit erneuert, wo sich ein Zurückbleiben einzelner Funktionäre hinter den neuen Aufgaben und hinter dem Vormarsch des Proletariats ergibt, – kurz: je entschlossener die Partei ihren bolschewistischen Kurs einhält, desto schwerer ist sie zu verbieten, desto wirkungsloser verpufft ein Verbot!

Entscheidend für die gesamte Politik der Partei ist die wirkliche Einstellung der Praxis auf unsere revolutionäre Perspektive. Die Erkenntnis des Herannahens einer neuen akutrevolutionären Situation macht es zur Notwendigkeit, in der Partei alle jene Schwankungen zu bekämpfen, die auf eine Unterschätzung des revolutionären Aufschwungs hinauslaufen. Wer in der Gegenwart verabsäumt, die praktischen Konsequenzen aus der bevorstehenden Illegalität der Partei einerseits und den kommenden unmittelbaren revolutionären Aufgaben der Partei andererseits zu ziehen, – der ist kein Bolschewik!

*

Jahreswende 1929/1930: Der revolutionäre Aufschwung mit seinen Möglichkeiten und seinen Aufgaben stellt vor die ganze Partei und vor jeden einzelnen Parteigenossen, stellt vor jede Körperschaft der Partei, Zelle, Orts-, Unterbezirks- und Bezirksleitung die Pflicht, frischer, elastischer, kühner und zielbewußter als je zuvor die Arbeit anzupacken und zu meistern. Das Lob, das die russischen Genossen im vergangenen Jahr auf dem 10. EKKI-Plenum der deutschen Partei spendeten, als sie von der KPD als der zweiten bolschewistischen Partei der Komintern sprachen, darf für uns nicht falsche Zufriedenheit, sondern nur den einen Ansporn bedeuten: Durch die Besserung unserer Arbeit die KPD zu einer wirklichen Partei der Bolschewiki zu machen und damit den Weg zu bahnen für den Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland! [10]

Haag

Von Paul Braun.

Die zweite Haager Konferenz, die am 3. Januar eröffnet wurde, hat die Aufgabe, den Young-Plan endgültig zu sanktionieren und die mit ihm verbundenen politischen und technischen Fragen auf Grund der Berichte und Vorschläge der von der ersten Haager Konferenz im August 1929 eingesetzten Kommissionen zu „lösen".

Auf der Tagesordnung stehen neben der formellen Annahme des Young-Planes die Festsetzung des Verteilungsschlüssels für die Aufteilung der Reparationssummen unter die Gläubiger, die Regelung der sogenannten Ostreparationen, d. h. der Repräsentationsforderungen der Sieger des Weltkrieges an die kleinen europäischen Staaten (Bulgarien, Ungarn, Tschechoslowakei, Oesterreich), die Frage der Mobilisierung des ungeschützten Teils der deutschen Reparationsschuld die Konstituierung der internationalen Reparationsbank (Bank für internationale Zahlungen), die Bestätigung der sogenannten Liquidationsabkommen und die Schaffung einer Kontrollinstitution die über die Durchführung des Young-Plans durch Deutschland zu wachen hat.

Die weltpolitische Tragweite der zweiten Haager Konferenz geht jedoch weit über ihren formellen Inhalt hinaus. Sie findet in einer historischen Situation statt, die sich grundlegend unterscheidet von der Lage zur Zeit der ersten Konferenz im Haag. Seit der Unterzeichnung des Young-Plans durch die Beauftragten des internationalen Finanzkapitals hat sich eine bedeutsame Wendung in der internationalen Lage vollzogen. Der Zusammenbruch des amerikanischen Aktienmarktes, der die unabwendbar herannahende Krise des amerikanischen Kapitalismus ankündigte, hat das Weltbild des „stabilisierten" Kapitalismus endgültig zertrümmert. Der Börsenkrach in Neuyork war das Signal des Endes der amerikanischen Hochkonjunktur. Amerika wird damit in den allgemeinen Niedergang des Kapitalismus hineingerissen. Die durch den Weltkrieg und durch die Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Wirtschaft bedingte Uneinheitlichkeit des Bildes der kapitalistischen Weltwirtschaft findet durch den Zusammenbruch der amerikanischen „Prosperität" ihre dialektische Synthese in der Herstellung der Einheitlichkeit der Krise und des Niederganges.

Die herannahende Krise in Amerika beginnt bereits auf die übrige kapitalistische Welt, insbesondere auch auf Deutschland, zurückzuschlagen. Das Problem der Märkte hängt als drohende Wolke über allen kapitalistischen Ländern. Der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt tritt in ein akutes Stadium. Die imperialistischen Gegensatze klaffen wieder weit auseinander.

Die veränderte Weltlage drückt der zweiten Haager Konferenz ihren Stempel auf. Stand die erste Konferenz im Haag im Zeichen einer gewissen englisch-amerikanische Annäherung, im Zeichen des Versuchs der Macdonald-Regierung, durch zeitweilige Zugeständnisse an Amerika Zeit zu gewinnen für die Vorbereitung auf die unvermeidliche Auseinandersetzung des englischen Imperialismus mit dem amerikanischen Rivalen, so wird die zweite Haager Konferenz überschattet von den Sturmwolken der heraufziehenden Weltkrise des Kapitalismus.

Schon die unmittelbare Vorgeschichte der Haager Konferenz läßt die Konturen der durch die akute Verschärfung des Konkurrenz-[11]kampfes auf dem Weltmarkt bedingten neuen imperialistischen Umgruppierungstendenzen erkennen. Der Versuch der Macdonald-Regierung, durch eine zeitweilige Verständigung mit Amerika eine Atempause zu gewinnen, der die Voraussetzung für das Zustandekommen des Young-Plans war, ist an den „ökonomischen Pointen" gescheitert. Durch das Sonderabkommen mit Deutschland, dessen wichtigste Bestimmung vorsieht, daß der amerikanische Reparationsanteil nicht durch Vermittlung der Reparationsbank, sondern direkt an die amerikanische Regierung gezahlt werden soll, hat der amerikanische Imperialismus die einheitliche Reparationsfront durchbrochen und sich die volle politische Ellenbogenfreiheit in der Weltpolitik wieder verschafft. Gleichzeitig hat er durch den Mund Schachts, des deutschen Reichsbankpräsidenten von Wallstreets Gnaden, den direkten Angriff gegen die englische Position in der Reparationsfrage eröffnet. Schachts, von Morgan inspirierte, Scheinopposition gegen den Young-Plan richtet sich formell gegen die im Zusammenhang mit den Liquidationsverhandlungen geforderten „zusätzlichen Beträge". Er schlägt den Sack und meint den Esel, d. h. die englische Regierung, in deren

Namen der Schatzkanzler Snowden die deutschen Liquidationsforderungen im Gesamtbetrage von 280 Millionen Mark glatt abgewiesen hat.

Ihren schärfsten Ausdruck fand die Veränderung der internationalen politischen Situation in der Götterdämmerung der „Bank für internationale Zahlungen“, deren Gloriole als vermeintliche „Weltbank“ völlig verblaßt ist. Auf der Konferenz in Baden-Baden, die das Statut dieser Bank, des Kernstücks des Young-Plans, entworfen hat, platzten die imperialistischen Gegensätze bereits offen aufeinander, und das Ergebnis ist ein Kompromiß, das nicht das geringste mehr zu tun hat mit den phantastischen Träumen, die dieses Projekt in vielen Köpfen, nicht zuletzt auch in den Köpfen der Opportunisten in unseren eigenen Reihen, geweckt hat.

Morgans Wunsch, aus der „BIZ“ („Bank für internationale Zahlungen“) eine amerikanische „Ueber-Bank“, ein Anlaufbrett für den Sprung des amerikanischen Finanzkapitals auf den Weltmarkt zu machen, wurde von den Vertretern des französischen und englischen Finanzkapitals in Baden-Baden torpediert. Durch die in das Statut der Bank aufgenommene Bestimmung, daß „die Geschäfte der Bank mit der Politik den Zentralbanken der beteiligten Länder übereinstimmen“ müssen und daß bei allen Finanzgeschäften „der Verwaltungsrat der Zentralbank oder der Zentralbanken, die unmittelbar beteiligt sind, Gelegenheit zum Einspruch zu geben“ hat, ist den amerikanischen Wünschen ein Riegel vorgeschoben. Amerika beantwortete diesen Schlag mit dem Abschluß des Sonderabkommens mit Deutschland und beginnt zugleich offen die politischen Voraussetzungen für seine Ausfuhroffensive zu schaffen.

Die Tendenz zur Degradierung der „Weltbank“ zu einem bloßen Reparationsverrechnungsinstitut, die in Baden-Baden zutage getreten ist, spiegelt die objektive Zuspitzung der ökonomischen Widersprüche des Weltkapitalismus im Zusammenhang mit dem jähen Zusammenbruch der amerikanischen Hochkonjunktur wider. Die Illusionen über die Möglichkeit der zeitweiligen „Ueberwindung“ dieser Widersprüche und der „Lösung“ des Marktproblems durch die Erschließung neuer Absatzmärkte, u. a. auch für die deutsche Reparationsausfuhr, durch eine „Ueberbank“ unter amerikanischer Hegemonie sind wie ein Kartenhaus zusammengebrochen.

Die Bank sollte nach dem ursprünglichen Plan ihrer Schöpfer die [12] Konkurrenz zwischen den zentralen Emissionsbanken, den Bollwerken des Finanzkapitals der einzelnen Länder, „mildern“, sie sollte den Goldstandard aufrechterhalten, sie sollte die Kreditverhältnisse zwischen Amerika und den europäischen Schuldnerstaaten regeln, sie sollte die deutschen Reparationslieferungen in großzügiger Weise finanzieren. Alle diese Pläne scheitern an den immanenten Widersprüchen des kapitalistischen Systems, die durch die Entfaltung der amerikanischen Krise auf die Spitze getrieben werden.

Trotzdem wird die Reparationsbank angesichts des gewaltigen ökonomischen Uebergewichts des amerikanischen Kapitalismus unter dem maßgebenden Einfluß der Wallstreet stehen und in der nächsten Zukunft als Instrument der finanzpolitischen Einkreisung der Sowjetunion eine große politische Rolle spielen.

Auf Deutschland wirkt sich die Verengung des Aktionsradius der Reparationsbank unmittelbar und am schärfsten aus. Durch das Baden-Badener Statut wird der „BIZ“ im Widerspruch zum Young-Plan das Recht entzogen, Schuldobligationen, die durch die deutschen Reparationsschulden gedeckt werden, aufzulegen. Dadurch wird nicht nur ihr Betriebskapital beträchtlich verringert, sondern auch ihre Manövrierfähigkeit bei dem ihr obliegenden Valutatransfer wesentlich geschwächt. Die Hoffnungen auf eine teilweise Abtragung der deutschen Reparationsverpflichtungen durch die damals in Aussicht gestellten gewaltigen Profite der Reparationsbank und auf die Erschließung ungeahnter Absatzmärkte für die durch den Young-Plan bedingte notwendige Steigerung der deutschen Ausfuhr durch die „BIZ“ verflüchtigen sich wie ein Phantom vor der unabwendbar sich heranwälzenden Krise des Weltkapitalismus.

Das deutsche Finanzkapital befindet sich in einer hoffnungslosen Zwangslage. Den Stachel der Krise in den Eingeweiden kann es seine Agonie nur verlängern, indem es sich den Interessen des

amerikanischen Finanzkapitals immer mehr unterordnet. Die Exportoffensive Amerikas aber verengt wiederum fortschreitend die Absatzsphäre für die deutsche Ausfuhr, deren Steigerung die elementare Existenzbedingung des deutschen Kapitalismus ist.

Andererseits stößt die deutsche Bourgeoisie bei dem Versuch, durch ein immer festeres Zusammenziehen der Young-Schlinge um den Hals des deutschen Proletariats ihre Position auf dem Weltmarkt zu festigen, bereits bei den ersten Schritten auf immer enger werdende Grenzen, die durch das Erstarken der revolutionären Offensive der Massen gezogen werden.

Was für Deutschland gilt, das gilt in zunehmendem Maße für die ganze kapitalistische Welt. Aus diesem „fehlerhaften Zirkel“ gibt es im Rahmen des kapitalistischen Systems keinen Ausweg.

Die Haager Konferenz kann unter diesen Umständen bestenfalls mit einem zeitweiligen Kompromiß auf der Linie des geringsten Widerstandes abschließen. Ihr Ergebnis kann nur dazu beitragen, alle Widersprüche des Kapitalismus auf einer höheren Stufe zu reproduzieren, die Ausreifung der ökonomischen Krise des Weltkapitalismus und die Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze zu beschleunigen. [13]

*

Die Diktatur des Finanzkapitals
Von Th. Neubauer

1. Hilferdings Rücktritt und seine Ursachen

Just an demselben Abend, an dem ein willfähriges Parlament seiner Regierung auch das letzte Stück des „Hilferdingschen Finanzprogramms apportierte, ist der Reichsfinanzminister Hilferding zurückgetreten. Also gewissermaßen „auf der Höhe seiner Erfolge“. Warum?

Hatte vielleicht die deutsche Trustbourgeoisie Anlaß, mit ihrem sozialdemokratischen Finanzminister unzufrieden zu sein? Ein Lump gibt mehr als er hat. Hilferding aber hatte alles gegeben, was er konnte, mehr als seine gestrengen Herren von den Großbanken und den Riesentrusts je von einem früheren deutschen Finanzminister verlangt hatten. Er hatte ihnen ein Steuersenkungsprogramm beschert von rund 2 Milliarden, wie es die Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie verlangte; er hatte sich bereit erklärt, die Fehlbeträge des Reiches aus verschärften Massensteuern zu decken, wie die Trustherren es forderten; er hatte so brav wie nur irgendein Unternehmersyndikus die Erhöhung der Agrar- und Industriezölle gerechtfertigt; er hatte ihnen die „Reform“ der Sozialpolitik und der Wohnungspolitik in Aussicht gestellt und war stramm dabei, nach ihrem Befehl die Finanzdiktatur über die Gemeinden durchzuführen.

Gewiß hatten zwischen der Regierung und dem Finanzkapital hinsichtlich der taktischen Durchführung des Finanzprogramms Meinungsverschiedenheiten bestanden. Aber sobald Dr. Schacht auftrumpfte, hatte sich die Regierung auch hierin eiligst unterworfen, und der sozialdemokratische Kanzler Müller beantwortete die Prügel, die Schacht der Regierung zuteil werden ließ, mit einer Huldigung vor dem Repräsentanten des Finanzkapitals. Eine gehorsamere Regierung konnte sich das Finanzkapital wirklich nicht wünschen, eine Regierung, der es nichts verschlug, daß man auch in der breiten bürgerlichen Presse offen aussprach, daß sie nur die Befehle Schachts auszuführen habe!

Nicht Schachts, nicht des deutschen Finanzkapitals Wille war es, daß Hilferding stürzte. Hilferding mußte zurücktreten, weil er die Interessensphären höherer Mächte – unbedachterweise, wie seine Freunde zu seiner Entschuldigung sagen – gestört hatte. Er wollte bei dem amerikanischen Bankhaus Dillon, Read and Co. eine Anleihe aufnehmen, ohne bedacht zu haben, daß er dadurch den Konkurrenten seines Vertragspartners, das Bankhaus Morgan, auf den Plan rief, das sich durch seine Beziehungen zu Paris, London und Berlin, zum Reparationsagenten und durch seine Pläne bezüglich der internationalen Weltbank, die auf Grund des Young-Plans errichtet wird, solche Geldgeschäfte reserviert zu haben beanspruchte.

Morgan alarmierte die französische Regierung, so daß der Ministerpräsident Tardieu beim deutschen Botschafter von Hoesch seine „ernsten Bedenken“ gegen den Plan der Dillon-Anleihe geltend

machte, durch welche angeblich die Kommerzialisierung der französischen Reparationsanteile aus dem Young-Plan in Frage gestellt sei. Morgan alarmierte seinen Berliner Vertrauensmann, den Reparationsagenten Parker Gilbert. Dieser intervenierte bei Schacht. Schacht stellte der Regierung ein Ultimatum. Der Dillon-Kredit scheiterte. Die Reichsregierung mußte eine Bittprozession der Parteiführer zu Dr. Schacht organisieren, damit dieser ihr einen Ausweg aus der Ultimo-Krise eröffnete. Schacht diktierte: 1. die Reichsregierung mußte eine Inlandsanleihe bei den deutschen Großbanken aufnehmen, die um etwa 1½ Prozent teurer ist als der Dillon-Kredit; 2. die Regierung mußte ein Schuldentilgungsgesetz einbringen, wodurch freilich Hilferdings Finanzprogramm unwesentlich geändert wird; 3. Hilferding als derjenige, welcher diese ganzen Komplikationen mit der internationalen Weltfinanz heraufbeschworen hatte, mußte gehen.

Was lehren diese Ereignisse?

1. Der tiefgehende Antagonismus in der kapitalistischen Welt, dessen Ueberwindung gerade Hilferding als Folge seines „organisierten Kapitalismus“ prophezeit hatte, ist in ungeschwächter Kraft am Werk. [14] Er ist auch durch den Young-Plan nicht, wie die Apostel des „Young-Friedens“ vorausgesagt hatten, abgeschwächt worden, sondern verstärkt.

Morgans Vorstoß richtete sich nicht gegen die Person Hilferdings, sondern gegen eine Störung seiner europäischen Finanzpläne. Er ist ein Vorspiel dafür, was der Dollarimperialismus von der neuen Weltbank für Reparationen erwartet, die auf der in wenigen Tagen zusammentretenden zweiten Haager Konferenz beschlossen werden soll. Diese Politik von Wahlstreet richtet ihre Spitze vor allem gegen das englische Finanzkapital. Wenn dieses auch während der kurzen „Krise um Hilferding“ Gewehr bei Fuß stand, so wird es doch jetzt um so schärfer, infolge der erschwerten Situation, in Aktion treten müssen.

2. Wie es mit der „Unabhängigkeit Deutschlands“ steht, um derentwillen man angeblich den Young-Plan (aus einen neuen Schritt zu ihrer Wiederherstellung) annehmen müsse, zeigt die Tatsache, daß bereits die Interessenkonflikte zweier nordamerikanischer Finanzgruppen auf dem Rücken Deutschlands ausgefochten werden. Was man von der „Befreiung Deutschlands“, die angeblich als Folge des Young-Plans zu erwarten sei, auf sich hat, zeigt sich daran, daß der französische Ministerpräsident Tardieu unmittelbar in die Regelung einer innerdeutschen Finanzierungsangelegenheit eingreifen konnte. Solange finanzielle Verpflichtungen Deutschlands an die Reparationsmächte bestehen, werden immer wieder solche Anlässe vorhanden sein, d. h. für die ganze Laufzeit des Young-Plans.

3. Herr Schacht hat, bei aller sadistischen Freude, die er bei den schimpflichen Demütigungen der sozialdemokratischen Minister empfunden haben mag, doch nicht aus diesem Motiv heraus sein Ultimatum gestellt, sondern weil ihm wie dem deutschen Finanzkapital die Abhängigkeit des deutschen Kapitalismus von der Weltfinanz nur allzu klar war und weil er daraus den Schluß zog, daß ein Widerstreben gegen die Wünsche Morgans die schwersten Erschütterungen für das deutsche Finanzkapital zur Folge haben werde.

4. Für die Perspektiven der deutschen Politik, insbesondere auch ihre Außenpolitik, ergeben sich daraus weitgehende Schlußfolgerungen. Der Young-Plan fesselt die deutsche Außenpolitik aufs engste an die Interessen der imperialistischen Großmächte, insbesondere dort, wo die Großmächte gemeinsame Interessen wahrzunehmen haben: gegenüber Sowjetrußland. Nach diesem Sieg Morgans muß auch der letzte Zweifel beseitigt sein, daß das Deutsche Reich bei einer bewaffneten Intervention gegen die Sowjetunion in die vorderste Front geschoben würde.

2. Die Generaloffensive des deutschen Finanzkapitals

Die neue Generaloffensive des deutschen Finanzkapitals bezeichnet sich selbst, vollkommen zu recht, als die Fortsetzung jener ersten großen „Rationalisierungs“-Offensive des Jahres 1925, welche die innerpolitische Auswertung des Dawes-Paktes durch die Trustbourgeoisie darstellte; ihre Hauptlinie war in der Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom Dezember 1925 fixiert worden.

Die neue Generaloffensive des deutschen Trustkapitals will die innerpolitische Auswertung des Young-Plans in einer ähnlichen Weise vornehmen. Handelte es sich damals um den Wiederaufbau und die Durchorganisierung einer durch Krieg und Inflation geschwächten und des. organisierten Wirtschaft, als der Basis für eine neue imperialistische Weltpolitik der deutschen Trustbourgeoisie, so handelt es sich heute um nichts anderes als um eine zweite, noch tiefer greifende, noch weiter fassende „Rationalisierung“ als der Grundlage für die inzwischen erheblich gestiegenen Ansprüche des deutschen Imperialismus.

„Rationalisierung – das ist die Mobilisierung der Kampfkräfte der Industrie.“ („Westminster Bank Review“, Juni 1929.)

Warum hat die deutsche Trustbourgeoisie eine solche neue und verschärfte Rationalisierung notwendig?

Jene erste Rationalisierungsoffensive hob in kurzer Zeit die deutsche Industrie über das technische und organisatorische Niveau der Industrien der [15] europäischen Wettbewerbsländer. Der deutsche Kapitalismus brachte den gewaltigsten Chemietrust, Elektrotrust, Stahltrust, Kunstseidetrust, das größte Bankinstitut des Kontinents zustande, baute seine Seeschiffahrt wieder auf, organisierte seine Maschinenindustrie usw. und konnte auf den Weltmärkten große Eroberungen machen.

Aber inzwischen ist nicht nur der Konkurrenzkampf mit der sich gleichfalls rationalisierenden Industrie der führenden europäischen Länder mit ungeheurer Schärfe entbrannt, sondern auch der lange erwartete große Angriff des durch die herannahende innere Absatzkrise zur Exportsteigerung getriebenen übermächtigen Dollarimperialismus hat eingesetzt. Eine Anzahl großer deutscher Firmen wurde von dem nordamerikanischen Kapital erobert (Opel), andere mußten „Interessengemeinschaften“ mit dem Dollarimperialismus eingehen (AEG, IG Farben usw.). Der Düsseldorfer Kongreß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie eröffnete eine Diskussion über die „Ueberfremdungsgefahr“. Die höchstmögliche Verstärkung der Kapitalakkumulation aus „eigenem Boden“ wurde dringlicher denn je auf die Tagesordnung gesetzt.

Das Programm, welches die deutsche Trustbourgeoisie in jener Denkschrift vom Dezember 1925 niedergelegt hatte, ist, wiewohl sie aus leicht verständlichem Interesse das Gegenteil behauptet, in allen wichtigen Punkten verwirklicht worden. Mit Hilfe der Regierung, mit Hilfe der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie wurde die Rationalisierung, ihre zentrale Forderung, nach den Wünschen des Trustkapitals durchgeführt, der Abbau der öffentlichen Sozialausgaben weitgehend in Angriff genommen, die Kontrolle der öffentlichen Finanzen durch die Anleihekontrolle in die Hand Schachts gelegt, die Senkung der Besitzsteuern in dreimaliger Wiederholung vorgenommen usw.

Das neue Programm des deutschen Trustkapitals, wie es in der Dezember-Denkschrift von 1929 zum Ausdruck kommt, fordert eine beschleunigte Fortsetzung und eine Verschärfung dieser Politik. Alle Wege, die zu einer verstärkten Kapitalbildung führen können, sollen beschritten werden.

Im Vordergrund steht wieder die „Rationalisierung“ in den Betrieben. In der Denkschrift des Reichsverbandes heißt es darüber:

„Die gegenwärtige Lage des deutschen Geld- und Kapitalmarktes macht es unbedingt notwendig, daß der kürzeste, sicherste und billigste Weg für die Zuführung des gebildeten Kapitals in den Produktionsprozeß bevorzugt wird. Dieser Weg wird in erster Linie bei der Kapitalbildung in den Betrieben selbst gewährleistet.“

Damit ist ausgesprochen: , neue „Rationalisierung“, neue Massenentlassungen von Arbeitern, neuer Druck auf die Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit, neue Steigerung des mörderischen Hetztempos, Ersetzung vollbezahlter männlicher Arbeitskräfte durch billigere weibliche und jugendliche usw.

Diese neue Rationalisierungswelle erfolgt unter dem Schlagwort „Anerkennung der Gewerbefreiheit“, das aber zugleich auch näher erläutert wird, denn auf die Hilfe des Staatsapparats will das Trustkapital natürlich nicht verzichten. Der Staat soll das Kartellrecht im Sinne der Konzentrationsbewegung der

Trusts verstärken; der Staat soll durch eine „Reform der Schlichtungsordnung“ eine noch brutalere Politik gegen die Arbeiterschaft einschlagen; der Staat soll durch „eine richtige Gestaltung der innerwirtschaftlichen Verhältnisse“ die imperialistische Expansion des deutschen Kapitalismus erleichtern.

Das zweite Gebiet, neben der Rationalisierung in den Betrieben, ist der erhöhte Zollschutz, den das Trustkapital fordert. Das dritte die Aufhebung der öffentlichen Wohnungswirtschaft und Mietgesetzgebung und die Herstellung völlig freien Mietwuchers. Das vierte Gebiet ist die beschleunigte Weiterführung des Abbaus der Sozialpolitik. Das fünfte die Neuregelung des Steuersystems durch „Verschiebung des Schwergewichts unseres Steuersystems von den direkten auf die indirekten Steuern“, zusammen mit einer einschneidenden Beschränkung und Kontrolle der öffentlichen Finanzen vor allem der Gemeinden.

[16] Alle diese Forderungen hat das Trustkapital unter die einheitliche Parole der „verstärkten Kapitalbildung“ gestellt. In der Denkschrift des Reichsverbandes heißt es darüber:

„Ausgangspunkt für alle Maßnahmen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist unter den für die deutsche Wirtschaft gegebenen Umständen die Förderung der Kapitalbildung. Sie ist die Voraussetzung für die Steigerung der Produktion und liegt daher im Interesse aller Schichten des deutschen Volkes.“

Es ist ja nicht neu, daß die herrschende Klasse ihre speziellen Klasseninteressen als die „Interessen der Allgemeinheit“ hinstellen möchte. Aber die werktätigen Massen Deutschlands haben erst bei der großen „Rationalisierungs“-Offensive des deutschen Trustkapitals die Erfahrung gemacht, was für sie eine solche Kapitalakkumulation bedeutet.

„Aber alle Methoden zur Produktion des Mehrwerts sind zugleich Methoden der Akkumulation, und jede Ausdehnung der Akkumulation wird umgekehrt Mittel zur Entwicklung jener Methoden. Es folgt daher, daß in dem Maße, wie Kapital akkumuliert wird, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung sei, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muß. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich die Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol.“ Karl Marx: „Kapital“, Bd. 1, Kap. 22.

Akkumulation von Elend und Sklaverei: das bedeutet für die deutsche Arbeiterklasse das nach dem Programm des deutschen Trustkapitals aufgestellte Regierungsprogramm des Reichskabinetts Müller, Hilferding, Severing, Wissell!

3. Das Regierungsprogramm

Ueber die Grundlinie und den sachlichen Inhalt des „Finanzprogramms“ der Regierung bestand zwischen den sozialdemokratischen Kabinettsmitgliedern und dem Trustkapital von vornherein volle Einmütigkeit. Unter Zustimmung seiner Minister-„Genossen“ (unter stummer Billigung der gesamten SPD-Fraktion!) hatte Hilferding bereits in seiner Etatrede vom 14. März das ganze Trustprogramm vorweggenommen. (Siehe „Internationale“ Nr. 20, 15. Oktober 1929: „Die zweite Aera Hilferding“.) Er war damals gleichfalls von der „Notwendigkeit verstärkter Kapitalakkumulation“ ausgegangen, hatte einen Abbau der Sozialpolitik, eine Einschränkung der öffentlichen Finanzen, eine Senkung der Besitzsteuern in Aussicht gestellt. Kein Wunder also, wenn das „Finanzprogramm“ der Regierung Punkt für Punkt den Forderungen des Trustkapitals entspricht.

Im Vordergrunde stehen die Finanz- und Steuer„reformen“. Der besitzenden Klasse werden folgende Steuergeschenke gemacht:

1. Fortfall der Industriebelastung aus dem Dawes-Pakt – 330 Millionen Reichsmark.

2. Fortfall der Rentenbankschuld der Landwirtschaft – 85 Millionen Reichsmark.

3. Ermäßigung der Steuer auf die großen Einkommen und Fortfall der Kapitalertragsteuer für festverzinsliche Wertpapiere – rund 800 Millionen Reichsmark.

4. Senkung der Gewerbe- und Grundsteuer um je 20 Prozent – 400 Millionen Reichsmark.

5. Aufhebung der Zuckersteuer (zu Nutzen der Zuckerindustrie) – 160 Millionen Reichsmark.

6. Senkung der Gesellschafts- und Wertpapiersteuer um 50 Prozent, der Börsenumsatzsteuer um 33 Prozent – 80 Millionen Reichsmark.

7. Senkung der Vermögensteuer, auch für die größten Vermögen. Zugleich werden folgende Massensteuern erhöht:

1. die Tabaksteuer um 220 Millionen Reichsmark;

2. die Biersteuer um 180 Millionen Reichsmark.

[17] Endlich werden neu eingeführt (zum Ausgleich für den Ausfall an Realsteuern) die Kopfsteuern in Höhe von etwa 400 Millionen. Ueber die Umwandlung der Hauszinssteuer (die bei der Neuregelung des Finanzausgleichs und dem „Steuervereinheitlichungsgesetz“ auf die Tagesordnung gestellt werden wird) schweigt sich das „Finanzprogramm“ der Reichsregierung noch aus.

Erwähnt werden muß endlich noch die von der Regierung als Lockspeise für die Arbeiter ausgeworfene Senkung der Lohnsteuer durch Heraufsetzung des steuerfreien Existenzminimums auf zunächst 1440 Mark, obwohl diese „schöne Aussicht“ inzwischen durch das „Schacht-Gesetz“ über den Tilgungsfonds zunichte gemacht wurde. Mit diesem Gesetz aber wurde auch die weitere Erhöhung von Massensteuern (genannt wird wieder die Umsatzsteuer!) verbunden.

Ueber die Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden sieht das Regierungsprogramm folgendes vor:

1. Die Anteile der Länder und Gemeinden am Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftssteuer sollen von 75 Prozent auf 60 Prozent herabgesetzt werden; ebenso soll eine Herabsetzung des ihnen bisher zugewiesenen Anteils an der Umsatzsteuer stattfinden. Als einen teilweisen Ausgleich will man ihnen die Erträge des Branntweinmonopols und der Biersteuer zuweisen.

2. Für die Senkung der Realsteuern um 400 Millionen sollen die Gemeinden einen Ausgleich durch die Kopfsteuern erhalten.

3. Durch das „Steuervereinheitlichungsgesetz“ wird ein sogenannter „beweglicher Faktor“ geschaffen, d. h. eine Steuer eingeführt, welche in einem bestimmten Verhältnis zu den Realsteuern stehen soll und die bei der eventuellen „Ueberspannung“ dieser Steuern automatisch erhöht werden wird: die Kopfsteuer ist hier gemeint.

Zur Begründung der Kopfsteuer, dieser arbeiterfeindlichsten Steuer, die arm und reich in derselben Höhe belastet und die sonst nur zur Ausräuberung der unterdrückten Kolonialvölker benutzt wird, wird in dem von dem sozialdemokratischen Kanzler vertretenen Finanzprogramm gesagt, daß durch sie „unter Berücksichtigung sozialer Notwendigkeiten alle Gemeindebürger zu den Lasten der Gemeinde herangezogen werden“ sollen!

Zum Finanzausgleich gehören ferner noch die Bestimmungen über eine Verstärkung der Aufsicht über die Finanzgebarung der Gemeinden und Gemeindeverbände durch Vorschriften über die Genehmigung von Anleihen und Krediten und durch Einführung obligatorischer Rechnungsprüfung durch eine von den Gemeinden unabhängige Stelle“. Das ist die Finanzdiktatur über die Gemeinden, wie sie jetzt bereits über Berlin verhängt ist, und die jeden Rest von kommunaler Selbstverwaltung beseitigt.

Durch diese Finanzdiktatur, verbunden mit Anleihesperre und Kreditdrosselung und verbunden mit einer scharfen Einschränkung der kommunalen Finanzen, will das Trustkapital erreichen: sowohl die Abdrosselung der kommunalen Sozialpolitik wie auch die verschärfte Massenausplünderung durch Erhöhung der Tarife für die städtischen Werke und Verkehrsanlagen.

Von diesem weit ausholenden Finanzprogramm ist bereits die Erhöhung der Tabaksteuer (mit der die Errichtung eines Zigarettenmonopols für den Reemtsma-Neuerburg-Trust verbunden war) durchgeführt; der Rest soll im neuen Jahr folgen.

Durch das Finanzprogramm der Regierung wird aber zugleich auch noch vom Reich aus der Abbau der Sozialpolitik aufgerollt. Zunächst wurden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um ½ Prozent erhöht. Diese Regelung ist bis zum 30. Juni 1930 befristet. Bis dahin soll auf der Grundlage von Wissells Oktober„reform“ der Abbau der Arbeitslosenunterstützungen durch die Verwaltungspraxis so weit durchgeführt sein, daß die Reichsanstalt ohne erhöhte Beiträge auskommen kann. Weiter hat der Arbeitsminister Wissell in Vorbereitung eine „Reform“ (d. h. starke Verschlechterung) der Krankenversicherung und des Fürsorgegesetzes. Im übrigen wird ja der Abbau der Sozialpolitik in den Gemeinden sein Schwergewicht haben.

[18] Mit dem „Steuervereinheitlichungsgesetz“ kommt die Neuregelung der Hauszinssteuer, bzw. ihre Umwandlung in eine Mietsteuer, wodurch dem Hausbesitzerkapital einige hundert Millionen geschenkt werden. In Verbindung mit der „Umschuldung der Gemeinden“, wie sie im 11. Punkt des Begierungsprogramms mit enthalten ist, sollen die bisher zum Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Sparkassengelder zur Konsolidierung der kurzfristigen Kommunalschulden in Anspruch genommen, also damit dem Wohnungsbau entzogen werden, was zum völligen Erliegen des öffentlichen Wohnungsbaues führen muß. Dahinter steht nichts anderes als die auf diesem Umwege „zur Rettung aus der Wohnungskrise“ angestrebte Herstellung der Mietwucherfreiheit.

Der letzte Teil des Regierungsprogramms ist die erneute Erhöhung der Schutzzölle sowohl für Agrarprodukte wie für Industrieerzeugnisse. Erhöht wurden insbesondere die Zölle für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Fleisch und Vieh, wobei der sozialdemokratische Reichskanzler den Deutschnationalen vor Augen hielt, daß doch seine Regierung für den Zollschutz der Landwirtschaft unvergleichlich viel mehr getan habe als die frühere Bürgerblockregierung, in der Deutschnationale Wirtschafts- und Ernährungsminister gewesen seien. Erhöht wurden ferner die Zölle für Schuhe, Aluminium und Garne.

Insgesamt bedeuten diese Zollerhöhungen für die werktätigen Massen eine Mehrbelastung von etwa 1800 Millionen!

Endlich ist hier noch (als Faktor gesteigerter Massenbelastung) die Errichtung zweier privatkapitalistischer Monopole zu nennen. des Zigarettenmonopols für den Reemtsma-Neuerburg-Trust (in Verbindung mit der Neuregelung der Tabaksteuer) und des Zündholzmonopols für den Kreuger-Trust (in Verbindung mit der 500-Millionen-Anleihe).

In diesem Zusammenhang gehört aber auch das von Severing verlangte „Republikschutz“-Gesetz, welches ein Werkzeug zur faschistischen Unterdrückung der Arbeiterklasse sein wird. Seine „Notwendigkeit“ wurde ja von Severing im Rechtsausschuß des Reichstags ganz offen damit begründet, daß im Zusammenhang mit der Durchführung des Young-Plans und des „Finanzprogramms“ der Regierung mit ernsten Unruhen gerechnet werden müsse.

Das neue „Republikschutz“-Gesetz will jede revolutionäre Kritik an der Klassendiktatur des Finanzkapitals erdrosseln, indem es schon die „Verächtlichmachung und Herabwürdigung“ der Verfassung mit „Gefängnis nicht unter drei Monaten“ bestraft. Es hebt die „Versammlungsfreiheit“ (auch im bürgerlich-demokratischen Sinne) auf, indem es jedem Polizisten das Recht gibt, eine Versammlung zu schließen; es hebt die „Pressefreiheit“ auf und erhebt den Zensor auf den Thron. Es will „mit Gefängnis nicht unter drei Monaten“ schon die Zugehörigkeit zu einer revolutionären Organisation bestrafen; es gibt die Handhabe, die wegen „Hochverrats“ zu Zuchthaus (!) bestraften Führer des revolutionären Proletariats der Wählbarkeit zum Parlament zu berauben.

So ist dies „Republikschutz“-Gesetz ein wesentlicher Bestandteil des Gesamtprogramms des deutschen Finanzkapitals und seiner Regierung und beweist zugleich, wie das Einverständnis zwischen den sozialdemokratischen Führern und dem Finanzkapital über den Charakter der von ihnen eingeschlagenen Politik ist.

4. Die Diktatur des Finanzkapitals und der Sozialfaschismus

Seit dem „Kommunistischen Manifest“ von 1848 gehört es zu den grundlegenden Erkenntnissen des Marxismus, daß der kapitalistische Staat nichts anderes ist als „nur ein Ausschuß, der die

gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse verwaltet". Vor genau 21 Jahren war es die revolutionäre Schlußfolgerung des (im übrigen stark revisionistischen) „Finanzkapitals" von Rudolf Hilferding, daß die Staatsgewalt im monopolistischen Kapitalismus nichts anderes ist als die „Diktatur des Finanzkapitals", die durch die Diktatur des Proletariats vernichtet werden müsse.

[19] Die ganze Geschichte der gegenwärtigen Reichsregierung, vom Panzerkreuzerbau bis zu dem besprochenen „Finanzprogramm" ist eine endlos sich wiederholende Bestätigung jenes Satzes der marxistischen Lehre vom Staate. Auch die gegenwärtige Reichsregierung, „geführt" von einem sozialdemokratischen Kanzler und drei weiteren sozialdemokratischen Ministern, war und ist nichts anderes als das Werkzeug des Finanzkapitals gegen die Arbeiterklasse.

Da sich die Sozialdemokratie jetzt vor den Massen ihrer Arbeiterwähler damit entschuldigen möchte, daß sie „überrumpelt und vergewaltigt" worden sei, muß mit allem Nachdruck unterstrichen werden:

Mit vollstem Bewußtsein, auch der Konsequenzen, hat die Sozialdemokratie die Politik des Finanzkapitals gemacht!

Das „Republikschutz"-Gesetz Severings mit seiner Begründung ist schon Beweis genug dafür. Beweis ist ferner jene bereits wiederholt zitierte Etatrede Hilferdings vom 14. März 1929, die bei seiner Partei nicht den geringsten Widerspruch fand. Begreiflich, denn diese Rede ist ja nur die Konsequenz der Hilferdingschen Theorien vom Kieler Parteitag, die damals mit Jubel als profundeste Weisheit aufgenommen und zur Parteilehre erhoben worden sind, jener Theorien, welche das Lakaientum einiger sozialdemokratischer Minister von Gnaden des Finanzkapitals als die „Vorstufe des Sozialismus hinstellen. Es ist durchaus richtig, was der sozialdemokratische ‚Steuersachverständige" Dr. Paul Hertz (Dezemberheft der „Gesellschaft", 1929) feststellt:

„Diese Pläne (des Hilferdingschen Finanzprogramms. D. V.) sind auch in der sozialdemokratischen Presse kritisch erörtert worden. Es ist bemerkenswert, daß sie nirgends grundsätzliche Gegnerschaft gefunden haben."

Also die ganze sozialdemokratische Führerschaft war mit Hilferding, Hermann Müller, Severing und Wissell in der Durchführung der Politik des Trustkapitals einig.

Widersprechen dem aber nicht die Ultimatums, Drohungen, Demütigungen und Diktate des Finanzkapitals gegenüber der Regierung und ihrer Koalition?

Dr. Schacht, als er der Regierung sein erstes Ultimatum stellte (das Memorandum zum Young-Plan), kannte nicht nur die Absichten Hilferdings aus jener Rede vom 14. März und aus der offiziösen Veröffentlichung des „Finanzprogramms" im „Vorwärts" vom 2. Oktober, sondern er hatte kurz vorher auch noch sehr eingehende Besprechungen mit der Reichsregierung gehabt und war über alle Einzelheiten der Regierungsabsichten bis ins kleinste unterrichtet. (Der Kanzler Müller hat in seiner Reichstagsrede am 12. Dezember selbst darauf hingewiesen.) Wenn Schacht dennoch sein Ultimatum in die Welt hinausschickte, so mußte er damit den Zweck verfolgen, vor der breitesten Oeffentlichkeit zu unterstreichen, daß die Regierung alles, was sie tat, nur auf Befehl des Finanzkapitals unternahm.

Keinen anderen Zweck verfolgte auch die Veranstaltung und Inszenierung der außerordentlich Skala-Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie just um dieselbe Stunde, wo im „Haus des Volkes" am „Platz der Republik" der sozialdemokratische Reichskanzler das Regierungsprogramm bekannt gab, das ihm das Trustkapital diktiert hatte. Noch an demselben Abend platzte Dr. Schacht mit einem neuen „Ultimatum" mitten in die Verhandlungen der Koalitionsparteien über die Formel des Vertrauensvotums hinein; er forderte die Erhöhung weiterer Massensteuern im Rahmen des „Sofort-Programms". Die Sozialdemokratie glaubte, durch Uebernahme weitgehender Bindungen für die Erledigung des Gesamtprogramms den Widerstand Schachts aus dem Wege geräumt zu haben. Am nächsten Tage gab Breitscheid, wie es im „Vorwärts" hieß, eine „wohltemperierte Erklärung" ab, welche der Regierung das Vertrauensvotum und die Annahme des Programms versprach. Tags darauf wurde das Vertrauensvotum angenommen und der Reichstag begann mit der Durchpeitschung des „Sofort-Programms" (Tabaksteuererhöhung und Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung), dazu die Zollerhöhungen. Noch war dies „Sofort-Programm" noch nicht

ganz erledigt, als Dr. Schacht mit seinem dritten [20] Ultimatum hervortrat, das die Schaffung eines Schuldentilgungsfonds forderte. Die Regierung erfüllte auch dies, indem sie in aller Eile (am Donnerstag, dem 19. Dezember) durch die Koalitionsparteien einen entsprechenden Initiativantrag einbringen ließ. Bevor dies Gesetz in der Nachtsitzung auf den Sonntag in dritter Lesung verabschiedet wurde, gab die Regierung den Rücktritt des Finanzministers bekannt.

Wie in einem modernen Sensationsfilm folgten alle diese Ereignisse in einem atemversetzenden Tempo aufeinander, sich überstürzend, sich steigernd bis zu dem Höhepunkt des letzten Tages, an dem Dr. Schacht als der unbestrittene Diktator vor den Augen der Oeffentlichkeit stand. Etwas Neues in der Entwicklung der kapitalistischen Klassenherrschaft in Deutschland!

Das Finanzkapital, das bisher auf dem Wege über die Regierung und das Parlament, d. h. in den Formen der bürgerlichen Demokratie, seine Diktatur ausgeübt hatte, verzichtete jetzt auf die demokratische Kulisse, schob sie soweit beiseite, daß alle den wahren Beherrscher Deutschlands erblickten, und ließ sich die Huldigung der ganzen kapitalistischen Welt darbringen.

Nicht nur die deutschnationale und volksparteiliche Presse war erfüllt von „Dankbarkeit“ und Anerkennung für Dr. Schacht, sondern auch die demokratische. Die „Kölnische Zeitung“ (20. Dezember) forderte, man solle endlich Schacht auch die „legitime Regierungsgewalt“ übertragen, nachdem er ja die illegitime schon ausübe; das „Berliner Tageblatt“ beschwor Schacht, er möge doch ja die Vertretung Deutschlands gegenüber den Young-Plan-Mächten übernehmen. Und de Sozialdemokratie?

Der Chefredakteur des „Vorwärts“, Friedrich Stampfer, schrieb am 22. Dezember in einem Artikel über Hilferdings Rücktritt „Wie es kam“:

„Was Regierung und Reichstag jetzt unter dem Druck Schachts und der hinter ihm stehenden Finanzgruppen getan haben, das hätten sie aus eigenem Antrieb tun sollen, und das müssen sie jetzt aus eigenem Antrieb fortsetzen: Schuldentilgung, Sanierung der Kassenlage, Balancierung des Rechtshaushalts! Hinter diesen Lebensforderungen des Staates müssen alle anderen zurücktreten.“

Dies war die vollste Anerkennung für die Berechtigung der Handlungsweise von Schacht. Es war aber noch mehr: zugleich eine Festlegung auf die Fortführung der von Schacht und dem Finanzkapital verlangten Politik! Es war die erneuerte, in ihrer hündischen Unterwürfigkeit nicht mehr zu übertreffende Unterordnung der Sozialdemokratie unter die Finanzdiktatur!

Die Planmäßigkeit, mit der das Finanzkapital diese großzügig angelegte Aktion durchführte, die brutale Offenheit, mit der es seine Souveränität „wie einen rocher de bronce stabilisierte“, läßt darauf schließen, daß die Finanzdiktatur dabei nicht stehen bleiben wird. Die gleichzeitige Errichtung der Finanzdiktatur über Berlin, wieder mit Schacht als Hauptakteur, unterstreicht diese Entwicklung.

Die Errichtung der Finanzdiktatur ist ein Markstein der innerdeutschen Entwicklung. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich die Form der kapitalistischen Klassenherrschaft gewandelt hat. Die Diktatur des Finanzkapitals hat einen faschistischen Charakter angenommen.

Wie verhält sich die (faschistische) Finanzdiktatur zur Sozialdemokratie?

Sie hat es nicht notwendig, die demokratischen Kulissen ganz in die Rumpelkammer zu werfen. Sie hat sich über die Demokratie gestellt, kommandiert sie, dirigiert sie, durchsetzt sie. Sie läßt die äußeren demokratischen Formen noch bestehen (wie sie ja auch in Polen, Ungarn und anderen Ländern mit faschistischen Diktaturen bestehen), aber sie läßt keinen Zweifel, daß die Diktatur des Finanzkapitals die wirkliche und unmittelbare Herrschaft ausübt.

Wie verhält sich die (faschistische) Finanzdiktatur zur Sozialdemokratie?

Sie ist nur möglich geworden dank der Hilfe der Sozialdemokratie und denkt (zunächst) auch nicht daran, auf diese Hilfe zu verzichten, deren sie ja zur Durchführung ihres gesamten innerpolitischen Programms bedarf, insbesondere zur Niederhaltung bzw. Niederschlagung der Arbeitermassen, gleich [21] ob innerhalb oder außerhalb der Regierung. Darum hat sie jetzt auch bei dem Wechsel des Wirtschaftsministeriums Moldenhauer ins Finanzministerium dem Sozialdemokraten Robert Schmidt das Wirtschaftsministerium überlassen.

Die Sozialdemokratie ist entschlossen, auch unter der Diktatur Schachts dem Finanzkapital getreulich weiter zu dienen; sie hat dies durch Herrn Stampfer dick unterstrichen der Oeffentlichkeit mitgeteilt; sie hat darum auch ihren Schmidt zur Unterstützung des Trustkapitals bei der neuen Rationalisierung ins Wirtschaftsministerium entsandt.

Die Sozialdemokratie ist selbst bereits soweit faschistisch durchsetzt, daß sie mit Severing das neue Zuchthausgesetz gegen die Arbeiterklasse, mit Wissell den Abbau der Sozialpolitik, mit Hilferding das Finanzprogramm durchführen konnte.

Nach dem ersten Auftrumpfen des Diktators Schacht glaubte sie noch, etwas (aber nur an die Form dieses Auftretens!) kritisieren zu dürfen; man erlaubte sogar den „linken“ Blättern in Sachsen einige radikale Phrasen, und bei der namentlichen Abstimmung über das Vertrauensvotum dürften mit Genehmigung des Parteivorstandes 29 „linke“ Helden durch Abwesenheit glänzen. Aber als man sich in den Spitzen der SPD. überzeugt hatte, daß die Aktion des Finanzkapitals über ein einmaliges Ultimatum weit hinaus ging, verstummte die Kritik in der SPD-Presse; man fand den Dreh, daß ja eigentlich Dr. Schacht das Hilferding-Programm nur in dem ursprünglichen Sinne Hilferdings korrigiert habe, und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß, wie die SPD mitteilt, „in nahezu völliger Einmütigkeit“, dem von Schacht diktierten Schuldentilgungsgesetz ihre Zustimmung zu erteilen.

Die faschistische Finanzdiktatur kann sich also auf eine breite Grundlage stützen; auf die unterwürfige „Demokratie“, auf die faschistische Bewegung auf dem rechten und auf den Sozialfaschismus auf dem linken Flügel. So tritt sie jetzt der deutschen Arbeiterklasse, die sich um die Kommunistische Partei schart, gegenüber.

Vor der Kommunistischen Partei Deutschlands und dem revolutionären deutschen Proletariat stehen ungeheure Aufgaben!

*

Der Zollwucher der Hermann-Müller-Regierung

Von Edwin Hörnle

In drei Etappen führt der Weg der Hermann-Müller-Regierung in die Front der offenen kapitalistischen Zollräuber. Der erste weithin sichtbare Schritt war das Gesetz vom 14. Dezember 1928, wodurch der Zuckerzoll, den die Bürgerblockregierung im Sommer 1927 von 10 RM. auf 15 RM. heraufgesetzt hatte, auf 25 RM. erhöht wurde. Bei der Verabschiedung dieses Gesetzes wurde die „linke“ Toni Sender vorgeschickt, um mit gewohnter Routine das Bubenstück zu verteidigen. Ihre Rede war ein einziges Liebeswerben um die Gunst der Agrarier und Zuckerindustriellen, denen sie gut zuredete, doch vernünftig zu sein. Das Gesetz nannte sie den ersten Schritt auf einem „neuen Weg“, er sei der Versuch, die Interessen der „Produzenten“ mit dem Schutze der „Verbraucher“ zu verbinden. Dies geschehe durch die Verknüpfung der Zollerhöhung mit der Festsetzung eines für die Verbraucher „erträglichen“ Höchstpreises. Die Zollerhöhung selbst wurde auch von der Sozialdemokratie als unvermeidliche Abwehrmaßnahme gegen das tschechoslowakische Dumping anerkannt.

Daß die offen kapitalistischen Parteien sich über die historische Wendung in der Stellung der SPD zur imperialistischen Zollpolitik vollauf im klaren waren, ging schon daraus hervor, daß der demo-[22]kratische Ernährungsminister Dietrich in öffentlicher Sitzung des Plenums der SPD seinen Dank aussprach, weil sie diesen Weg mit ihm gehe. Daß es sich bei dem Höchstpreis nur um ein Täuschungsmanöver der Zollraubparteien handelte, die der SPD ihren Sündenfall erleichtern wollten, bewies die Erklärung, die die zweitstärkste Regierungspartei, das Zentrum bei der Abstimmung abgab. Sie behielt sich vor, im neuen Jahr einen Antrag auf Preiserhöhung zu stellen. Dies geschah auch prompt im Januar 1929.

Durch das Gesetz vom 3. Juli 1929 ist denn auch der Zuckerpreis gemäß den Wünschen der Zuckerindustriellen erhöht worden. Wie sehr der von der SPD gebilligte Höchstpreis den Interessen der werktätigen Verbrauchermassen widerspricht, beweist der Umstand, daß der Zentner Kolonialzucker im Freihafen von Hamburg durchschnittlich 11,50 Mark, der Zentner deutscher Rübenzucker

aber in Magdeburg ohne Steuer und Sack durchschnittlich 20,50 Mark kostete, und daß trotz des Jubelgeschreis des „Vorwärts“ die Ausfuhrvereinigung der deutschen Zuckerindustriellen auch in diesem Jahre wieder große Massen Zucker ins Ausland verschleudert. Nach ihrer eigenen Angabe kostete das Dumping im Jahre 1928 nicht weniger als 35 Millionen Mark, eine Summe, die natürlich in den deutschen Preisen einkalkuliert ist.

Der zweite Markstein auf dem Wege zur aktiven Beteiligung an der Zollpolitik der Bourgeoisie war die Zollgesetzgebung vom Juni 1929. Die SPD leistet sich hier noch die Extratour, im Plenum gegen das Gesetz zu stimmen, das ihre eigene Regierung vorgelegt hatte. Sie konnte sich das leisten, da eine sichere Mehrheit sowieso vorhanden, und Hermann Müller es ja gewohnt war, mit wechselnden Mehrheiten zu regieren. Die frech doppelzüngige Art aber, mit der die SPD ihre verräterische Rolle nicht nur zu vertuschen, sondern in eine „Durchbrechung der Zollfront“ (Leitartikel im „Vorwärts“ vom 29. Juni) umzulügen versuchte, stellt einen Rekord politischer Verlumpung dar. Die sozialdemokratische Lüge wird am einfachsten dadurch widerlegt, daß wir die Aufstellung, die der Reichsernährungsminister Dietrich in seinem Buche „Ein Jahr Agrarpolitik“ veröffentlicht, widergeben. Der Minister stellt die agrarischen Zollerhöhungen der Koalitionsregierung den Zöllen des Bürgerblocks gegenüber. Er schreibt:

„Es wurden erhöht (im Juni 1929!):

der Roggenzoll von 5,– auf 6,– M. ab 10. Juli 1929, auf 7,– M. ab 15. Februar 1930;

der Weizenzoll von 5,– auf 6,50 M. ah 10. Juli 1929, auf 7,50 M. ab 15. Februar 1930;

der Haferzoll von 5,– auf 6,– M. ab 10. Juli 1929, auf 7,– M. ab 15. Februar 1930;

der Mehlzoll von 11,– auf 14,50 M. (durch Abänderung des Handelsvertrags mit Frankreich. E. H.);

der Kartoffelzoll von 1,– auf 2,– M.

der Frühkartoffelzoll von 4 M. wurde auf den Monat August erstreckt;

der Zuckerzoll von 15,– auf 25,– M. (Gesetz vom 14. Dez. 1928. E. H. Preiserhöhung ab 10. Juli 1929.)

der Butterzoll für die Dauer von 4 Jahren von 30,– auf 50,– M.; sodann für weitere 2 Jahre auf 40,– M., dann soll er auf den normalen Zoll von 30,– M. zurückgehen;

der Zoll für Rindfleisch von 37,50 auf 45,– M. ab 15. Februar 1930;

der Zoll für Schweinefleisch von 32,– auf 45,– M. ab 15. Februar 1930;

der Lebendviehzoll für Großvieh und für Schweine von 16,– auf 18,– M. ab 15. Februar 1930.

Die zollpolitischen Maßnahmen meines Herrn Amtsvorgängers waren folgende:

[23] Erhöhung des Zuckerzolls von 10,– auf 15,– M.; des Kartoffelzolls von 0,50 auf 1,– M.;

des Zolls für Schweinefleisch von 23,– auf 32,– M., und des Mehlzolls von 10,– auf 11,50 M.“

Diese Zahlen des direkten Zollraubs müssen aber noch ergänzt werden durch die Maßnahmen des sogenannten administrativen Protektionismus z. B. durch das Gesetz über die verschärfte Kontrolle der Grenzschlachthäuser, das vollkommene Verbot der Einfuhr von Büchsenfleisch, die erschwerenden Bestimmungen über die Einfuhr von geschlachtetem Vieh, die Beseitigung der Zwischenzölle für Speck und Schmalz, die Erhöhung des Höchstpreises für Zucker und vor allem das Gesetz über den Vermahlungszwang für inländischen Weizen.

Aber die Hermann-Müller-Regierung ging noch weiter. Eine Reihe Handelsverträge hinderten noch die volle Auswirkung der neuen Zölle. Die Regierung machte sich sofort an die Abänderung bzw. Kündigung dieser Verträge. Im Vertrag mit Frankreich war der Mehlzoll auf 11,50 M. gebunden. Deutschland bot als Entgelt für die Erhöhung auf 14,50 M. einen Vorzugstarif für Tafeltrauben und Austern. **Billige Tafeltrauben und Austern für den Tisch der Reichen, teueres Brot für die Armen – das ist kennzeichnend für die Ernährungspolitik der Hermann-Müller-Regierung.**

Im Vertrag mit Schweden waren die Zölle für Getreide, Vieh und Fleisch gebunden. Die deutsche Regierung kündigte den Vertrag und nahm eine anhaltende Verstimmung Schwedens in Kauf. Nach langen Verhandlungen wurde auch in dem Vertrag mit Finnland die Bindung des Butterzolls auf

27,50 M. beseitigt, wodurch der 50-Mark-Zoll auch für alle übrigen meistbegünstigten Länder in Kraft trat. Mit Dänemark wurde entsprechend den Forderungen der großen norddeutschen Marschbauern schwierige Verhandlungen übel die Einschränkung der Vieheinfuhr geführt.

Weit entfernt, die zollwütigen Kapitalisten zu befriedigen, haben die Junizölle im Gegenteil nur ihren Appetit gereizt. Die Landbundorgane bliesen schon im August wieder zum Sturm. Zwei aufeinanderfolgende gute Getreideernten führten einen Sturz der Weizen- und Roggenpreise herbei. Die Absatzkrise auf dem Weltgetreidemarkt verschärfte die Agrarkrise in Deutschland. Auch die Großviehpreise standen schon seit Monaten relativ niedrig, die Preise für abgemolkene Kühe sogar unter Friedenspreisen. Die „Grüne Front“ forderte infolgedessen die sofortige Grenzsperre für Lebendvieh und Fleisch, strikte Ablehnung aller Einfuhrkontingente an Polen, Valorisierung des Roggens mit Hilfe staatlicher Großaufkäufe.

Wie immer, beeilte sich die Koalitionsregierung, den Wünschen der Großagrarier entgegenzukommen. Die Reichsregierung beauftragte zwei große Viehhandelsfirmen in Hamburg, Rinder zweiter Qualität auf dem Husumer Viehmarkt aufzukaufen und bei den Gutsbesitzern einzustallen. Weiter wurden diese Firmen beauftragt, erstklassiges Schlachtvieh nach der Schweiz zu exportieren. Rudolf Hilferding fand in den angeblich so leeren Kassen des Reiches noch 1 bis 2 Millionen für diesen menschenfreundlichen Zweck. Die Viehhändler erhielten für ihren Liebesdienst an den Junkern und Großbauern je 8 Pfennig Prämie pro Pfund Lebendgewicht. Als auch die Schweinepreise, die bisher eine Rekordhöhe von 85 Mark je Zentner und darüber gehalten hatten, leicht nachzugehen begannen, gab das Ernährungsministerium schnell eine „Schweinefibel“ heraus, mit guten Ratschlägen, wie man die Produktion von Schweinefleisch „regulieren“ solle, um die Preise hochzuhalten.

[24] Der „Vorwärts“ versuchte sogar die „Deutsche Tageszeitung“ zu übertrumpfen. Er schrieb am 14. August:

„Das sollte für die Schweinezüchter wie auch für die einzelnen Bauernwirtschaften ein Alarmruf sein.“

Nur schade, daß die kleinen Schweinezüchter von dieser schönen Anleitung zum Preiswucher keinen Gebrauch machen können, da es gar nicht in ihrem freien Willen steht, auf die oft einzige Bareinnahme zu verzichten, die ihnen die Schweinemast einbringt. Aber schon der Versuch ist für die Sozialdemokratie charakteristisch. Charakteristisch auch für die Vulgärökonomie ihrer Theoretiker, die behaupten: „Damit könnten die immer wiederkehrenden oft katastrophalen Preisverluste (der Schweinezüchter) ausgeschaltet werden.“ Ein artiges Beispiel für die Anwendung der Theorie des „organisierten Kapitalismus“ auf die landwirtschaftliche Praxis.

Eine besonders großzügige Aktion bereitete die Regierung vor zur „Stabilisierung“ der Roggenpreise. Nach ihrem Plan sollen mit Hilfe großer Reichskredite – man sprach ursprünglich von achtzig Millionen Mark – 500.000 Tonnen Roggen aufgekauft, magaziniert, für die menschliche Ernährung unbrauchbar gemacht und der Verfütterung anstelle von Gerste zugeführt werden. Der Kern dieses Planes ist in das neue Zollgesetz vom Dezember hineingearbeitet worden.

Das Hungergesetz von Weihnachten 1929 ist die vorläufige Krönung der zollpolitischen Entwicklung der Hermann-Müller-Regierung. Zum ersten Male stimmt hier die SPD geschlossen für ein ganzes Zollgesetz, das gewaltige Erhöhungen bringt sowohl der Agrarzölle wie der Industriezölle. Sie stimmt sogar für Zollerhöhungen, die über die Regierungsvorlage hinausgehen, so bei Gerste, Hafer und Mehl. Sie bekundet offen ihr Interesse am Zustandekommen dieses Gesetzes. Sie erklärt ohne Umschweife, daß sie mit diesen Zollerhöhungen „der Landwirtschaft“ helfen will, benutzt also wörtlich die Argumente und Formulierungen der bisher anscheinend so heftig bekämpften Großagrarier. Sie verteidigt die Neueinführung von Zöllen auf Rohaluminium und Aluminium-Halbware mit solcher Verve, daß Toni Sender im Ausschuß sogar einen Antrag des Zentrums zuerst bekämpft, der eine gewisse Ermäßigung für Bruchaluminium fordert. Die SPD stimmt zwar gegen die Erhöhung der Schuhzölle, aber für den abgeänderten Vertrag mit der Schweiz, der diese Erhöhungen erst realisiert. Sie erhält die lobende Anerkennung des Syndikus des Sächsischen Industriellenverbandes, des Volksparteilers Dr. Reichen, der im Ausschuß mit warmen Worten ihre Wandlung in der Schutzzollfrage begrüßt.

Die SPD. hat auch nichts dagegen einzuwenden, als der Ausschuß und nachher das Plenum beschließen, die über die Regierungsvorlage hinausgehenden Anträge des Reichsrats und der Deutschnationalen nicht etwa abzulehnen, sondern auf den Januar des kommenden Jahres zurückzustellen. Es handelt sich hierbei in erster Linie um Zollforderungen der Industrie: um die Erhöhung der Zölle auf Baumwoll-, Leinen- und Kammgarngewebe, auf Hanfwaren, verschiedene Eisen- und Stahlwaren wie Spaten, Schaufeln, Sensen, Ambosse, Eisenmöbel, auf Automobile, Motoren und Maschinen aller Art, auf Holzwaren und Kunstseide, Produkte der Steinindustrie u. a. m. Die Erhöhung der Agrarzölle führt zwangsläufig zur Erhöhung auch der Industriezölle und diese wiederum zu neuen Zollforderungen der Agrarkapitalisten.

[25] Die Zollerhöhungen des Hungergesetzes vom Dezember 1929 sind kurz folgende:

Erhöht wurden – bei Gleitzöllen setzen wir die obere Zollgrenze ein, da diese allein entscheidende Wirklichkeit ist – die Zölle je Doppelzentner:

auf Großvieh von 16 M. (Schwedenvertrag) auf 27 M. (Mindestsatz bei Handelsverträgen 24,50 M.);

auf Schafe von 16 M. auf 22,50 M. (Mindestsatz auch bei Handelsverträgen);

auf Schweine von 16 M. auf 27 M. (innerhalb der Preisgrenze von

70–85 M. je Zentner Lebendgewicht beträgt der Zoll 18 M.); auf Rindfleisch von 37,50 auf 45 M. (Mindestsatz auch bei Verträgen); auf Schweinefleisch von 32 M. auf 45 M. (Mindestsatz bei Verträgen 32 M.);

auf Butter von 27,50 M. (Finnlandvertrag) auf 50 M. (Mindestsatz);

auf Roggen von 6 M. (Schwedenvertrag) auf 9 M. (bei einem Preis unter 230 M. die Tonne);

auf Weizen von 6,50 M. (Schwedenvertrag) auf 9,50 M. (bei einem Preis unter 260 M. die Tonne);

auf Gerste von 5 M. auf 9 M., auf Futtergerste von 2 M. auf 5 M. (Vorzugszoll von 2 M. bei Mitverfütterung von vergälltem Roggen);

auf Hafer von 6 M. auf 8 M.;

auf Brotmehl von 11,50 M. (Vertrag mit Frankreich) bzw. 14,50 M. Junizoll) auf 18,50 M.;

auf Malz von 12,75 M. auf 22 M.;

auf Stärke aus Weizen oder Roggen in Aufmachungen für den Kleinverkauf von 21 M. auf 36 M., in anderen Aufmachungen von 16 M. auf 31 M.;

auf Honig von 40 M. auf 65 M.;

auf Schuhwaren aus Leder (bei einem Gewicht von 600-1200 kg) von 120 M. auf 280 M., (bei einem Gewicht von 600 kg oder darunter) von 180 M. auf 420 M.;

auf Eisensand von 1 M. auf 10 M.;

auf Stahlspäne von 1 M. auf 15 M.;

auf Stahlwolle von 1 M. auf 50 M.;

auf Aluminiumdraht von 12 M. auf 37 M. bezw. von 50 M. auf 75 M.

Neben diesen erhöhten Zöllen neueingeführt wurden der Zoll:

auf Rohaluminium von 25 M.;

auf Bruchaluminium von 20 M.; auf Aluminiumspäne von 12 M.;

auf Aluminium gepreßt, gewalzt, gezogen von 37 M.;

auf Aluminiumpulver von 80 M.

Die Aluminiumzölle wurden als Ersatz für das gemäß den Empfehlungen der Genfer Konferenz beseitigten Einfuhrverbot beschlossen: ein sinnfälliger Beweis für den Geist, in dem der berühmte „Abbau der Handelshemmnisse“ durch den Völkerbund betrieben wird.

Die Exportprämien des Bürgerblocks für Roggen, Weizen, Gersten, Hafer, Schweine und Schweinefleischwaren wurden natürlich aufrechterhalten und auf 6 M. bezw. 6,50 M. bei Brot- und

Futtergetreide, auf 16 bis 24 M. bei Schweinen festgesetzt. Diese enormen Zollerhöhungen wurden mit einer Reihe demagogischer Maßnahmen von der SPD zu beschönigen versucht. Sie werden in einem weiteren Artikel dargestellt werden. [26]

*

Das „Ende der Demokratie“

Von E. K.

Der historische Prozeß der Mauserung der parlamentarischen Demokratie erfährt in der dritten Periode eine sehr starke Tempobeschleunigung.

Severings Republikschutzgesetz, die radikale Abschaffung der letzten Reste des Selbstverwaltungsrechtes in den Kommunen, die geplanten „Reformen“ der Verfassung und der Verwaltung, die verschärfte „Hausordnung“ gegen die Abgeordneten der Arbeiterklasse in den Parlamenten zeigen die Methoden der „Ausgestaltung“ der parlamentarischen Demokratie zur nackten finanzkapitalistischen Diktatur.

Der Sozialfaschismus bemüht sich, alle diese Maßnahmen zur schärferen Unterdrückung der Arbeiterklasse in Ausnützung der von der Sozialdemokratie in jahrzehntelange „Arbeit“ geschaffene Verwirrung der Rolle des Klassenstaates mit einer Art „Rechtsschein“ zu umkleiden, indem er alle diese Unterdrückungsmaßnahmen auf „legalem“ Wege zustande bringt. Ebenso wie die parlamentarische Demokratie eine Methode der Verschleierung des Tatbestandes der Klassendiktatur der Bourgeoisie ist, sind es auch diese einzelnen „gesetzlichen“, „demokratischen“ zustande gekommenen Aufhebungen der parlamentarischen Demokratie, die sich an die Millionenmassen von Kleinbürgern und Arbeitern wenden, deren Erkenntnisvermögen durch den Reformismus, den Katholizismus und den Nationalismus in heillose Verwirrung gebracht ist.

Wenn man das Wort Demokratie anwendet, ist es zweckmäßig, sich stets und immer wieder an das Marxsche ABC zu erinnern:

daß es Demokratie (die Marx mit Absicht oft übersetzt als Volksherrschaft) nur geben kann, wo ein Volk ist, also keine Klassen, also erst nach völliger Ueberwindung kapitalistischer Produktionsverhältnisse und ihrer Folgen, daß gleichzeitig aber die Ueberwindung der Klassen auch die Aufhebung jeder Herrschaft, jedes Staates bedeutet,

daß unter kapitalistischen Bedingungen, mithin unter Demokratie nicht Demokratie zu verstehen ist, sondern nur eine bestimmte Methode bürgerlicher Klassenherrschaft, in der durch allgemeines Wahlrecht und gewisse formelle Bestimmungen über die Beziehungen zwischen den legislativen und exekutiven Organen des bürgerlichen Klassenstaates der falsche Schein eines „Mitbestimmungsrechtes“ der ausgebeuteten Massen erzeugt und zu ihrer Niederhaltung ausgenützt wird,

daß es in Deutschland nicht einmal diese „Demokratie“ zu irgendeinem Zeitpunkt gegeben hat; denn die Weimarer Verfassung hebt alles, was sie an demokratischen Phrasen von sich gibt, auch formell wieder auf,

daß die bürgerliche Demokratie eine Kampfform des jungen Kapitalismus gegen den feudalen Absolutismus ist und nur solchen geschichtlichen Perioden entsprechen kann.

Als das junge, revolutionäre kapitalistische Bürgertum gegen den feudalistischen Absolutismus zu kämpfen begann, trat es im Namen des Volkes auf. Das Proletariat reifte im Bürgertum zur Klasse heran, war als Klasse noch nicht konstituiert, der „Volksbegriff“ war ein Begriff der Vertuschung des Klasseninhalts. Das „Volk“ waren die Klassen, die gegen die Klasse des Adels und der Fürsten kämpften. Für den jungen Kapitalismus war die Demokratie eine revolutionäre Losung – [27] eine Klassenlosung des Bürgertums, Und eine innenpolitische Sammellosung zur Gewinnung der Massen, soweit sie auf nicht bürgerliche Schichten ausgedehnt wurde.

In Deutschland stieg das Bürgertum sehr spät auf die Barrikaden. zu einem Zeitpunkt, da der Kapitalismus bereits soweit entwickelt war, daß er sich in Groß-, Mittel- und Kleinbesitz gespalten und auch

ein breites Heer von Lohnarbeitern geschaffen hatte. Deshalb drehte ein Teil des Bürgertums vor und ein Teil auf den Barrikaden um. paktierte mit dem alten Klassenfeind, statt ihn zu schlagen. Ein kleiner Rest blieb eine Weile revolutionär – demokratisch unter den Verfolgungen der Reaktion –, die Masse der revolutionären Demokraten bestand aus der Arbeiterschaft. Mit der Trennung der Arbeiterklasse von der bürgerlichen Demokratie, die Konstituierung einer selbständigen proletarischen Klassenpartei, hatte die Demokratie ihren politischen Sinn als Sammellosung verloren.

So energisch Marx und Engels auch gegen die ungeheuerliche Verwirrung ankämpften, die in der Parole der parlamentarischen Demokratie vom Gothaer Programm an in der deutschen Partei angerichtet wurde, so wenig wurde diese bis in unsere Tage wirkende Verwirrung verhindert. Das Sozialistengesetz hemmte eine breite und Liefe Diskussion und bis in die Mitte der neunziger Jahre hinein wurde auf die gründliche Klärung des Wesens des Klassenstaates und mithin auch der „Demokratie“ aus Legalitätsgründen verzichtet. Der Reformismus machte damit Geschäfte.

In der Periode der Entfaltung des Monopolkapitalismus wurde die „Demokratie“ zur Losung eines immer kleiner und kleiner werdenden Teils des Bürgertums. Die Nationalliberalen waren weit entfernt davon, Anhänger der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie zu sein. Die stetig anschwellenden Sozialistenstimmen einerseits, das unaufhaltsame Sinken des spezifischen Gewichts des feudalen Großgrundbesitzes infolge der kapitalistischen Entwicklung andererseits, machten den Nationalliberalen selbst das Dreiklassenwahlrecht zweckmäßiger, als eine noch so verklausulierte Demokratie. Das Bürgertum hatte nicht mehr nötig, politisch zu siegen, es hatte ökonomisch gesiegt, der Kapitalismus hatte sich durchgesetzt.

Die Reformisten brachten es fertig, aus der konkreten Klassenparole der bürgerlichen Demokratie eine abstrakte, über den Klassen schwebende Parole der Demokratie als „Volksherrschaft“ herauszubilden. Die Demokratie wurde solange als der beste Kampfboden des Proletariats für seine Befreiung vom Ausbeutungssystem praktiziert, bis der Boden zum Selbstzweck wurde und der Kampf statt zur Befreiung der Arbeiterklasse, zur Steigerung der Profite der Ausbeuterklasse aufgenommen werden konnte, an jenem denkwürdigen 4. August. Von da an entwickelte sich die „Demokratie“ rapid. In vier Jahren schon wurden die „Sozialdemokraten“ kaiserliche Staatssekretäre. Als die Bemühungen der Ebert-Scheidemann-Legien, die Monarchie oder wenigstens die Dynastie zu retten, infolge des totalen Zusammenbruchs scheiterten, lernten wir durch diese Sozialdemokratie keimen, was „Demokratie“ wirklich „heißt“. Nämlich: Volksherrschaft, oder Herrschaft des ganzen Volkes, oder mit anderen Worten: die Mehrheit darf keine Minderheit unterdrücken, denn das heißt wiederum Diktatur. Demokratie heißt vielmehr: das ganze Volk geht hin und wählt sich einen Hindenburg. Wo dem Kapitalismus ein undemokratisches Leid angetan werden soll, werden demokratische Freikorps aus weißgardistischen Offiziersbanden mit Kanonen, Maschinengewehren und Handgranaten eingesetzt, um die „Demokratie“ zu retten. Und das ganze wird in Paragraphen gefaßt, deren [28] Sammlung Verfassung heißt. Diese Demokratie verbot uns, Arbeiter- und Soldatenräte zum Kampf gegen das Ausbeutungssystem einzusetzen, den Arbeitern Waffen zu geben und sogar die alten feudal-großkapitalistischen Steuerausschüsse zu ersetzen usw. usw. Diese Demokratie war auf einmal der beste Kampfboden der kapitalistischen Bourgeoisie zur Wiederherstellung und Befestigung des Ausbeutungssystems geworden! Die bürgerlichen Parteien wurden stark und groß unter dieser Demokratie.

Aber natürlich war sie als solches kapitalistisches Klasseninstrument weit davon entfernt, demokratisch mit allen „Minderheiten“ umzugehen. Die „Demokratie“ hatte ein sehr feines Unterscheidungsvermögen. „Minderheiten“, wie etwa die Kappistischen Massenmörder, fanden die zarteste demokratische Behandlung, die sich denken läßt. Bis ins Jahr 1929 erhielten solche Minderheitsführer ihre demokratisch-republikanischen Pensionen, wie die Pabst, Lüttwitz, Ludendorff usw. Dagegen fanden die proletarischen Minderheiten, die sich gegen die weißgardistische Diktatur energisch zur Wehr setzten, eine vollständig terroristische, bluttriefende „Demokratie“ vor, die so geschickte Proletarierfallen zu stellen verstand, wie das Bielefelder Abkommen. Dies Doppelgesicht der Demokratie hob aber keineswegs ihre Vorzüge auf: Beteiligung der breiten Massen des Proletariats an der formalen Mitverantwortung für die Unterdrückung und Ausbeutung der breiten Massen. In der schönen

Verfassung standen alle Freiheiten und Rechte verzeichnet: das Recht auf Arbeit, auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, auf politische Betätigung usw. usw., und dahinter alle „Ausnahmen“, die dazu nötig sind, diese Freiheiten auf die „vernünftigen Elemente“ zu beschränken. Da das Recht nichts anderes ist und niemals etwas anderes sein kann, als der in Paragraphen gefaßte reale Machtzustand zwischen den Klassen, konnte mangels Waffen, Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten die Arbeiterklasse mit dieser Demokratie keine Blumentöpfe gewinnen. Sie mußte sich Macht schaffen im Kampfe. Im Kampfe mußte sie sich schaffen das Instrument zum Kampfe, die Klassenpartei und im Verlaufe dieses Kampfes verlor die „Demokratie“ ihren neuen Sinn von neuem für die Bourgeoisie. Sie hörte in dem Maße, wie es dem Proletariat gelang, sich sein revolutionäres Kampfinstrument für Befreiung von der Ausbeutung zu schaffen, auf, das beste Verteidigungsinstrument des Kapitalismus zu sein. Was soll eine Demokratie für einen Sinn haben, wenn z. B. jeder vierte Berliner Kommunisten wählt? Diese „Parlamentarier“ bringen es fertig, Winterbeihilfen für die Erwerbslosen zu beschließen. Da muß alle Demokratie vor die Hunde gehen. Die Sozialdemokraten, um die Demokratie zu retten, kommen auf die geniale Idee, den Arbeitern zu sagen: gut, dann dürfen wir keine Winterbeihilfen für hungernde Proleten bewilligen.

„Man muß Realitäten Rechnung tragen, auch wenn sie sehr unbequem sind. Wenn man es nicht tut, wird die Situation nur immer schlechter für die Verwirklichung unserer aktuellen Wirtschaftsaufgaben. Besteht dieser Wille oder die Entschlußfähigkeit immer in ausreichendem Maße? Ich fürchte: Nein! Sonst hätten unsere Genossen im Berliner Rathaus Ausgaben, die jeder von uns wünschte, bei leerer Kasse nicht bewilligen dürfen. Der Erfolg war nicht Geld für die Arbeitslosen, sondern Zwangsverwaltung für die Berliner Stadtwirtschaft.“ (Fritz Naphtali im „Vorwärts“ vom 1. Januar 1930, 3. Beilage.)

„Was Regierung und Reichstag jetzt unter dem Druck Schachts und der hinter ihm stehenden Finanzgruppen getan haben, das hätten sie aus eigenem Antrieb tun sollen, und das müssen sie jetzt aus eigenem Antrieb fortsetzen.“ (Friedr. Stampfer im „Vorwärts“ vom 21. Dez. 1929.)

[29] Aber diese sozialdemokratische Weisheit ist keineswegs so blöd, wie sie ausschaut. Es handelt sich für die SPD natürlich nicht um die „Demokratie“, von der sie, wie Zörgiebel und Severing ganz eindeutig zeigen, selber weiß, daß sie nicht genügt, um die finanzkapitalistische Ausbeutungsordnung und Unterdrückungsruhe aufrecht zu erhalten. Mit diesem Manöver soll vielmehr nur der Schein erweckt werden, als sei die SPD noch „demokratisch“, als sei sie nicht selbst für die faschistischen Diktaturmethoden, zu denen die vernünftigen demokratischen Elemente von den unvernünftigen Proleten „gezwungen“ werden. So wird die „Demokratie“ zum Aufbaumittel für die faschistische Diktatur des Finanzkapitals.

Wieder eine andere, höchst charakteristische Seite hat diese Demokratie, wenn es sich um Mehrheiten innerhalb proletarischer Organisationen handelt, wie etwa bei den Rohrlegern, Drehern, Zimmerern usw. oder in den proletarischen Sport- und Kulturorganisationen. Dort verliert die ganze Demokratie ihren Sinn (für die „Demokraten“) sobald die Mehrheit proletarisch wählt. Dann muß die Justiz und die Polizei helfen, um die „Demokratie“ in ihren unangenehmen Folgen zu korrigieren. Dann werden alle Formen der Diktatur bis zu terroristischen Ueberfällen auf die proletarische Mehrheit angewandt; denn die SPD muß notwendig alle proletarischen Klassenkampforganisationen zu zerstören versuchen, wo es ihr nicht gelingt, den Klassenkampfcharakter zu zersetzen.

In dieser vom VI. Kongreß, vom Weddinger Parteitag und vom 10. Plenum vorausgesehenen Periode der gewaltigen Verschärfung des Klassenkampfes, muß die parlamentarische Demokratie ziemlich offen ihren Charakter entpuppen. Der „Staat“, das „Produkt und die Aeußerung der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze“ (Engels), welches sich „weder bilden noch halten könnte, wenn eine Versöhnung der Klassen möglich wäre“ (Marx), muß das Verhältnis zwischen Lohn und Profit unter die Bewachung der „besonderen Verbände von bewaffneten Leuten“ stellen, „welche Gefängnisse und Zwangsanstalten aller Art zu ihrer Verfügung haben“ (Engels).

Und diese „besonderen Verbände“ sind nicht mehr Armee und Polizei allein, sondern dazu kommen die modernen Formationen des Reichsbanners, des Stahlhelms und der Nationalsozialisten. Was an Demokratie noch aufgewandt werden kann, ist einzig und allein die „demokratische“ „Deckung“ des

Prozesses des Ausbaus der finanzkapitalistischen Diktatur. So muß man „Republikschutzgesetze“ und „Heimwehrverfassungen“ annehmen, damit die Diktatur legal ist und folglich „Demokratie“ „heißt“. So muß man Obuch-Rundschreiben anfertigen, Streiks, Demonstrationen, Zeitungen und ganze proletarische Organisationen verbieten, damit „legal“ auf das Proletariat geschossen werden kann, legal und demokratisch die revolutionären Funktionäre der Arbeiterklasse in die „Gefängnisse und Zwangsanstalten aller Art“ gesteckt werden können und dem demokratischen Spießer in Kleinbürgertum und Arbeiterklasse ein ruhiges Gewissen über die gesetzlich-demokratische Unterdrückung des Proletariats geliefert werden kann. Die Demokratie rationalisiert die Massen in den Hunger, sperrt ihnen legal-demokratisch die Erwerbslosenunterstützungen, sperrt den Massen die Straße, umzingelt sie höchst legal-demokratisch im Namen der kapitalistischen Akkumulation und „konstruiert“ so den „gesetzlich“ von der „Volksmehrheit“ ganz „volksherrschaftlich“ geschaffenen „Rechtsboden“, von dem aus sie gemütlicher auf die Proleten schießen kann. Diese Manöver sind natürlich nichts anderes, als die Versuche der politischen Isolierung des revo-[30]lutionären Proletariats, die Versuche der Trennung möglichst breiter, von sozialdemokratischer, kirchlicher, nationalistischer Ideologie erfaßbarer Teile der Arbeiterklasse von der revolutionären Vorhut. Deshalb ist unser Kampf gegen diese „demokratische“ Verfassung eine Angelegenheit der Mobilisierung der denkbar breitesten Massen, eine Angelegenheit der Arbeit in den Betrieben, Gewerkschaften, Sport- und Kulturorganisationen – nicht des Kampfes auf dem Boden der Parlamente. Hinein in die Massen – Kampf für und mit den Massen – an ihrer Spitze mit verdoppelter Kraft, das ist die richtige Form der Trennung des sozialdemokratischen. nationalsozialistischen und zentrümlichen Faschismus vom Proletariat, der Sammlung der Arbeiterklasse um ihre Partei, gegen die sich alle Geschütze des Finanzkapitals richten.

*

Zwei Wege des Faschismus

Bemerkungen zur Umgruppierung im bürgerlichen Lager

Von Hermann Jacobs

Die Umschichtung, die das letzte Jahr in sämtlichen bürgerlichen Parteien gebracht hat, entspricht den Notwendigkeiten einer Umformierung der Schlachtreihen der Reaktion, wie sie aus dem Näherrücken der revolutionären Situation sich ergehen. Alle diese Führerkrisen, Abspaltungen und Neubildungen geschehen unter dem einzigen Gesichtspunkt, gerüstet zu sein auf die entscheidende Auseinandersetzung mit der neu ansteigenden revolutionären Welle des deutschen Proletariats. Es verlohnt sich, die Hintergründe dieser Umgruppierungen gerade in dem Augenblick näher zu beleuchten, wo in das allgemeine Fließen dieser Veränderungen ein gewisser Stillstand gekommen zu sein scheint.

Es soll hier nicht entersucht werden, wie sich im einzelnen dabei die verschiedenen Interessen bestimmter Kapitalsgruppierungen in Deutschland, bestimmter Teile der Schwerindustrie, aber auch des agrarischen Kapitals ausgewirkt haben. Es soll im Rahmen dieser Betrachtung nur die allgemeine Tendenz der Faschisierung der großen bürgerlichen Parteien aufgezeigt werden. Das ist um so notwendiger, als die gesamte sozialdemokratische wie die bürgerliche Presse Auseinandersetzungen, wie sie vor allem das Gefüge der Deutschnationalen Volkspartei in den letzten Monaten erschüttert haben, als bloße Zersetzungserscheinungen oder Schwächemerkmale hinzustellen versucht. Es gehört zu dieser Lesart, den Eindruck eines ernsthaften Kampfes zwischen der gegen die Young-Plan „kämpfenden“ Gruppe Hugenberg-Hitler und den für den Young-Plan eintretenden bürgerlichen Parteien zu erwecken. In Wirklichkeit handelt es sich um etwas ganz anderes.

Die deutsche Bourgeoisie befindet sich in einer von Monat zu Monat schwierigeren innenpolitischen Situation. Die tiefe Wirtschaftskrise des deutschen Kapitalismus hat sich in keiner Weise abgeschwächt, sondern verschärft. Der Young-Plan, der die Verschiebung und Abschwächung dieser Schwierigkeiten bringen sollte, hat sie nur auf höherer Stufe verstärkt. Die Durchführung dieses Planes, der die wiedergewonnene Aktionsfreiheit des deutschen Imperialismus mach außen mit gewissen Einschränkungen garantieren soll, hat nur dann für das deutsche Unternehmertum einen Sinn, wenn die sehr ernsthaften wirtschaftlichen Leistungen an die sogenannten Siegerstaaten, wie sie auf eine

lange Reihe von Jahren in diesem Plan festgelegt sind, aus der Ausbeutung des deutschen Proletariats gezogen werden können, nicht nur ohne die Höhe der bisherigen Profite des deutschen Unternehmertums herabzumindern, sondern zugleich durch eine Steigerung dieser Profite die weitere Kapitalakkumulation und damit die Voraussetzung eines verstärkten Kapitalexports im Konkurrenzkampf mit den ausländischen Imperialisten zu garantieren. Die Maßnahmen, die das deutsche Unternehmertum in [31] allen wichtigen Industrien zu diesem Zweck trifft, gehen eben darum weit über alles das hinaus, was die erste Periode der Rationalisierung der deutschen Industrie an Ausbeutung, an Intensivierung des Arbeitsprozesses und nicht zuletzt an Stillegungen unrentabel gewordener Betriebe und Industriezweige gebracht hat.

Aber die Durchführung dieser Maßnahmen stößt heute auf einen Widerstand, der diesen wirtschaftlichen Plan zu einer politischen Machtprobe des Kapitals gegen das Proletariat macht. Die Radikalisierung der Arbeiterklasse hat im vergangenen Jahr ungeheure Fortschritte gemacht. Die Formen des Klassenkampfes haben sich verändert. Sie haben sich so gesteigert, daß sie wie in den Maitagen zur höchsten Form der Barrikadenkämpfe und in den Wirtschaftskämpfen der letzten Zeit zu politischen Massenaktionen übergegangen sind. Das Proletariat führt mehr als einen Gegenangriff, es führt eine eigene Offensive auf allen Gebieten des Klassenkampfes gegen das deutsche Kapital durch. Die Führung dieser Offensive liegt ausschließlich in den Händen der Kommunistischen Partei, deren Einfluß in demselben Grade wächst, wie die sozialfaschistische Politik der SPD auch den letzten Schein einer „Vertretung von Arbeiterinteressen im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten“ fallen lassen muß.

Damit steht das Problem der Verschärfung und Veränderung der Unterdrückungsmethoden der bürgerlichen Staatsgewalt gegen das Proletariat auf der Tagesordnung. Parlamentarisch-demokratische Methoden genügen nicht mehr. Die Rolle Schachts als des eigentlichen Diktators Deutschlands, eines Diktators zugleich im Namen des ausländischen wie des deutschen Finanzkapitals diskreditiert zugleich das ganze System des Kapitalismus überhaupt und revolutioniert damit objektiv die proletarischen Massen. Der Faschismus klopft an die Tore.

Zwei Möglichkeiten einer faschistischen Entwicklung stehen für die deutsche Bourgeoisie offen. Auf beide Möglichkeiten bereitet sie sich seit Monaten mit unerhörter Energie und Konsequenz vor. Das und nichts anderes ist der Hintergrund jenes großen Umschichtungsprozesses in den bürgerlichen Parteien Deutschlands.

Unter diesem Gesichtspunkt wird klar, was in der Deutschnationalen Volkspartei in den letzten Monaten vor sich gegangen ist. Das Bekenntnis der größten deutschen bürgerlichen Partei, der Deutschnationalen, zur offen faschistischen Diktatur, zur Methode des bewaffneten Bürgerkrieges gegen das Proletariat, wie es der Kasseler Parteitag der Deutschnationalen und ihr Bündnis mit den Nationalsozialisten in der Volksentscheidsbewegung kennzeichnen, ist eine Tatsache von großer Bedeutung. Nichts ist idiotischer, als die vom „Vorwärts“ aufgestellte Theorie „Hitler frißt Hugenberg“, die rein äußerlich den Stimmenrückgang der Deutschnationalen bei gleichzeitiger Verstärkung des nationalsozialistischen Einflusses an Hand der letzten Wahlergebnisse auf eine ebenso primitive wie falsche Formel bringen wollte.

Die Bourgeoisie rechnet mit zwei Möglichkeiten. Die wahrscheinlichere, diejenige, auf die sie im Augenblick ihre Hauptkraft konzentriert, ist freilich nicht die des offen faschistischen Staatsstreichs. Ihr schwebt das Vorbild der österreichischen Entwicklung, des kalten Faschismus, vor Augen, einer Entwicklung, für die nichts besser Vorarbeit geleistet hat, als die Koalitionspolitik des Hermann-Müller-Kabinetts. Für diesen legalen Faschismus auf kaltem Wege sammelt sie ihre Truppen. Für diesen legalen Faschismus sind heute Zentrum und Deutsche Volkspartei, die sich beide ausgesprochen nach rechts entwickelt haben, ebenso gestimmt, wie der von Hugenberg abgespaltene Teil der Deutschnationalen. Wenn im Zentrum ein Mann wie Kaas, der immer auf dem rechtesten Flügel der Partei stand, die unumstrittene Führung erobern konnte, wenn Scholz, der Gegenspieler Stresemanns vom rechten Flügel der Partei, zum Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei geworden ist, dann sind das ernste Symptome der Faschisierung dieser Parteien, die in den immer systematischer erhobenen Forderungen nach Aenderung der Verfassung, Stärkung der Macht des Reichspräsidenten, Finanzdiktatur und

Einschränkung der Parlamentsrechte, ihren politischen Ausdruck finden. Es ist nur eine Frage der Zeit, daß dieser große legal-faschistische Block den Verzicht auf die Mitarbeit der Sozialdemokratie in Regierung und Verwaltung auch offiziell durch die Sprengung der Koalition zum Ausdruck bringt. Die tatsächliche Lage ist charakterisiert durch die in einem Monat viermal gegen Parlament [32] und Regierung durchgesetzte finanzkapitalistische Diktatur Schachts und alles, was auf diesem Wege noch folgen wird, ergänzt nur dieses Bild.

Aber die Bourgeoisie spielt mit zwei Karten. Sie sieht sehr wohl den revolutionären Aufschwung im deutschen Proletariat. Sie erkennt sehr wohl das steigende Ansehen, die organisierende Kraft der Kommunistischen Partei in allen politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen der letzten Zeit. Sie muß rechnen und rechnet mit einem ernsthaften, die Durchführung ihres gesamten Programms gefährdenden Widerstand der revolutionären Massen Für diesen Fall aber züchtet sie mit der finanziellen und organisatorischen Unterstützung eines in Hugenberg verkörperten und unwesentlichen Teiles der deutschen Schwerindustrie den offenen Bürgerkriegsfaschismus der äußersten Rechten.

Dieser Faschismus, für dessen Wirksamkeit es sehr wenig ausmacht, ob er mehr unter der schwarzweißroten Fahne der Deutschnationalen oder der Hakenkreuzfahne der Nationalsozialisten marschiert, ist die militärische Reserve für die Unternehmeroffensive der nächsten Monate. Wie wenig diese Reserve an einen Kampf gegen den Young-Plan, an eine Aenderung der Erfüllungspolitik und aller ihrer innenpolitischen Folgen denkt, das hat derselbe Kasseler Parteitag der Deutschnationalen, der Hugenberg zum unumschränkten Herrscher machte, in seinem Angebot an die Ententeregierung auf Annullierung der Kriegsschulden uns den Preis der gemeinsamen Bekämpfung des Bolschewismus deutlich genug gezeigt. Die Deutschnationalen, die seinerzeit beim Dawes-Abkommen durch die Halbierung ihrer Stimmen die Annahme entschieden, setzten damit die Politik der Doppelzüngigkeit nationaler Demagogie nur fort. Nicht anders die Nationalsozialisten. Wenn einer ihrer Führer, Herr Goebbels, in ihrem Berliner Organ, „Der Angriff“, sich bereits offen für die Zahlung von Reparationen ausgesprochen hat, dann bedeutet das das vollkommene Einschwenken auf die Young-Politik, dem nach dem Scheitern des Volksentscheids auch kaum mehr agitatorische Rücksichten entgegenstehen.

Sechs Millionen hat diese Bürgerkriegsfront des Faschismus beim Volksentscheid für ihr Programm mobilisiert. Diese Sechs-Millionen-Reserve der legal faschistischen youngdeutschen Reaktion ist ein Faktum, das in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. Noch gefährlicher aber wäre es, den Umgruppierungsprozeß in den übrigen Parteien nicht als das zu werten, was er ist, als einen F a s c h i s i e r u n g s p r o z e ß, als die bewußte Konzentration aller reaktionären Kräfte für eine Entwicklung nach österreichischem Muster, für einen Sieg des Faschismus, der ebenso wie dort auch in Deutschland von den Händen der sozialfaschistischen Verräter in den Sattel gehoben werden soll.

Zwei Wege des Faschismus und ein Ziel: das ist der politische Sinn dessen, was in den letzten Monaten unter dem vielfachen Schleier scheinbar gegensätzlicher Polemiken und Auseinandersetzungen tatsächlich in der bürgerlichen Klassenfront sich vollzogen hat. Das Proletariat hat alle Ursache, diesen Klasseninhalt nüchtern end real zu sehen und seine Schlüsse daraus zu ziehen. Die Einschätzung der Lage durch die treibenden Kräfte im faschistischen Lager hat niemand klarer und unmißverständlicher formuliert, als Herr von Kardorff, der am 17. Oktober in der „Börsenzeitung“ fast gleichzeitig mit dem Zentrumsführer Kaas dieses Programm der Faschisierung zuerst entwickelte und seine Notwendigkeit mit diesen Sätzen begründete:

„In dem Augenblick, wo der Führer der Deutschen Volkspartei, Gustav Stresemann, die Augen geschlossen hat, ist die innerpolitische Lage Deutschlands so ernst, wie sie seit dem Zusammenbruch im November 1918 nicht gewesen ist. Täglich verschärfen sich die Gegensätze und man hat manchmal das Gefühl, in einem latenten Bürgerkrieg zu leben.“

Die Bourgeoisie hat die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis der Klassensituation gezogen. Es ist an uns, das gleiche zu tun.

*

[33]

Die Faschisierung des sozialdemokratischen Parteiapparates und der „linke“ Sozialfaschismus

Von J. K.

Die Faschisierung des sozialdemokratischen Parteiapparates ist – das haben die Ereignisse der letzten Zeit immer deutlicher gezeigt – keine Spezialerscheinung. Sie wird nicht von einem Teil der Bürokratie gegen den anderen durchgeführt. Vielmehr schließt sich in ihrem Zeichen der gesamte Apparat immer enger zusammen, wird die Zusammenarbeit aller seiner Glieder immer inniger. Denn diese Faschisierung bedeutet selbstverständlich nicht nur die Bereitstellung einiger geeigneter Träger der faschistischen Regierungsgewalt für das Finanzkapital, sondern eine Umwandlung der Innenstruktur der Partei, welche die Organisation als solche zu einer aktiven Stütze des faschistischen Regimes gestaltet. Das bedingt eine Ausschaltung der „Demokratie“ auch aus dem Parteigefüge, eine Vereinheitlichung und Verstärkung seiner Disziplinargewalt, die geeignet ist, oppositionelle Regungen von Arbeiterelementen rechtzeitig zu „umgrenzen“ und niederzuschlagen.

Bedeutet dies, daß die Sozialdemokratie nunmehr ihre Demagogie nach innen und nach außen (unter ihren eigenen Mitgliedern und unter der Arbeiterschaft) eingestellt hat oder auch nur einschränkt? Keineswegs! Nur die Methoden dieser Demagogie haben sich geändert. Während die offizielle Führung der Sozialdemokratie den Nationalfaschisten gegenüber ins Hintertreffen gerät, weil sie als Trägerin der Weimarer Verfassung revolutionäre Phrasen nicht im gleichen Ausmaß gebrauchen kann, wie diese „Feinde“ des „gegenwärtigen Staates“, formuliert z. B. Paul Levi seine oppositionelle Stellung demgegenüber folgendermaßen („Rechnungslegung“ in „Klassenkampf“, Nr. 23, 1929):

„Will die Sozialdemokratie wirklicher Hort der Unzufriedenen sein, ein Ausdruck berechtigter Kritik an dem Bestehenden, so müssen wir dazu kommen, auch unsere kritische Stellung zur parlamentarischen, zur demokratischen Republik zu umschreiben. Fast gedankenlos hat die Sozialdemokratie an der Republik, so wie sie ist, festgehalten, weil sie von den Arbeitern geschaffen wurde als ein Ersatz für ein altes schlechteres Regiment. Wir aber würden das Beste aufgeben, was uns der Marxismus lehrt, wenn wir um dessentwillen beharrten bei dem, was ist. Alles, was besteht, ist wert, daß es zugrunde geht: Wir würden aufhören, eine revolutionäre, auch nur eine reformistische Partei zu sein, wenn wir, die ‚staatserhaltende‘ Partei, so schlecht sein würden. Die Sozialdemokratie darf nicht an der Tatsache vorübergehen, daß die Frage der staatlichen Organisation die aktuelle Frage in allen Ländern Europas geworden ist.“

Das ist ein ziemlich deutliches Bekenntnis, zwar nicht zum offenen Angriff auf die demokratische Republik nach Art der Nationalsozialisten, aber zur Umwandlung parlamentarischen, demokratischen Regimes die aktuelle Frage in allen Ländern Europas zum Gedanken einer Verfassungsreform, wie er in Oesterreich unter aktiver Mithilfe der „linken“ österreichischen Bruderpartei so herrliche Früchte getragen hat. Levi eilt hier allen übrigen Bekundungen seiner Genossen, welche die sozialfaschistische Diktatur bloß als eine Verteidigungsmaßnahme zugunsten eben dieses demokratischen, parlamentarischen Regimes proklamieren wollen, einen Schritt voraus.

Aber auch diese „Diktatur als Verteidigungsmaßnahme“ hat ihren ersten Ansatzpunkt in dem allerlinkesten Parteiprogramm der II. Inter-[34]nationale, in dem schon 1926 geschaffenen Linzer Programm der österreichischen Sozialdemokratie, das ebenfalls die Aufrichtung der eigenen Diktatur bei Angriffen der Bourgeoisie auf die demokratische Verfassung verlangt. Selbstverständlich war der unmittelbare Sinn derartiger Formulierungen damals nicht ganz der gleiche; diese Angriffe der Bourgeoisie wurden als durchaus nicht unmittelbar aktuell, sondern als eine im Schoße der Zukunft ruhende Möglichkeit angesehen, die sich dann realisieren werde, wenn der Sozialdemokratie auf parlamentarischem Wege die Regierungsgewalt zuzufallen drohte. Nunmehr, in einer Situation, die der österreichischen Sozialdemokratie ein personelles Eindringen in die faschistische Regierung nicht gestattet, in der sie vielmehr zur aktiven Unterstützung des angriffslustigen Heimwehrfaschismus gezwungen wird, ist ihr dieses programmatische Verankerung einer ganz anders gearteten Taktik bereits peinlich genug geworden. Aber immerhin lehrt dieser Umstand, wie gute Anknüpfungspunkte die „linke“ Sozialdemokratie bei ihrer Einordnung in den Faschisierungsprozeß vorfindet.

Die Radikalisierung der Massen in Verbindung mit der faschistischen Offensive des Finanzkapitals hat die Manövrierfähigkeit des Sozialfaschismus objektiv eingeengt. Während früher Differenzen

häufig gern geduldet, geradezu zur Schau gestellt worden waren, um Arbeiter in der Partei zu erhalten, die der offiziellen Führung ihr Vertrauen kündigten; bedrohen jetzt alle Eigenmächtigkeiten, die in Zeiten revolutionärer Erregung unberechenbare Folgen haben können, den Bestand sind die Position der Partei. Sie werden deshalb mit allen Mitteln verfemt, durch alle Methoden des Terrors unterdrückt. Während ursprünglich die wachsende Radikalisierung das Bild der sozialdemokratischen Parteitage etwas belebt hatte, weil diese, dem Druck der Massen elastisch nachgebend, auch deren Stimme zum Schein zu Wort kommen ließen, hat sich jetzt dieses Bild von Grund auf geändert. Sehr charakteristisch dafür ist die Entwicklung in Oesterreich, wo nach dem Aufstand des 15. Juli auf dem sozialdemokratischen Parteitag (zum erstenmal seit Jahren) zumindest drei verschiedene Richtungen (Karl Renner, Otto Bauer und Max Adler) zu Worte kamen, Referat und Korreferat gehalten wurden und den Massen (in mehr oder weniger schamhafter Verhüllung) einen „Sieg“ des rechten Renner und der durch die Reaktion am meisten bedrohten ländlichen Parteiorganisationen über die „linkeren“ Otto Bauer und Max Adler vorgegaukelt wurde. (Aber schon die politische Resolution dieses Parteitages hatte sich mit besonderer Schärfe gegen jeden Disziplinbruch, gegen alle „unbesonnenen Einzelaktionen“ ausgesprochen und die sozialdemokratischen Mitglieder der Rußlanddelegation waren auf ihm bereits ausgeschlossen worden, während im Jahre vorher noch die Wiener Vertrauensmännerkonferenz der Sozialdemokratie selbst ein Referat der Rußlanddelegation über ihre Eindrücke entgegennahm.) Ueber den letzten österreichischen Parteitag aber berichtet der „linke“ Otto Leichter selbst im „Klassenkampf“ (Nr. 21, 1929):

„Daß nichts unsinniger ist als die Meinung, die Sozialdemokratie sei innerlich geschwächt oder gar in sich zerfallen, hat mit außerordentlicher Klarheit der letzte Parteitag gezeigt. Es hat selten Parteitage in der ... österreichischen Sozialdemokratie gegeben, auf denen auch nicht eine Differenz in den Nuancen in Erscheinung getreten wäre. Man kann feststellen, daß von Woche zu Woche, von Tag zu Tag ... die Einheitlichkeit der Meinungen ... in der Partei immer größer wird.“

Auf welcher Grundlage sich diese Einigung vollzog, das lehrte wenige Wochen später die einstimmige Annahme der faschistischen [35] Schober-Verfassung mit den Stimmen der Sozialdemokratie. Wenn jetzt dieser schändliche Verrat in der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs und im republikanischen Schutzbund trotz alledem eine Arbeiteropposition zum Leben geweckt hat, so ist es offenkundig, daß diese Opposition vielleicht da oder dort einen einzelnen Führer (zumal aus den unteren Teilen der Garnitur) zum Zurückweichen zwingen könnte, daß aber kein Teil des Apparates, und sei es auch nur zum Schein, sie zu decken wagt.

Eine solche Zunahme des inneren Terrors unter Teilnahme auch „linker“ Führer an diesem Terror läßt sich auch auf den Parteitagen der übrigen Länder feststellen. In Deutschland selbst hat der Magdeburger Parteitag die tiefgreifende Gärung in den unteren Organisationen der Sozialdemokratischen Partei, wie sie in der vorangegangenen Diskussion zum Ausdruck kam, nur höchst schwächlich widergespiegelt. In England hat gerade in der letzten Zeit die heftige Reaktion, welche die „etwas zuweitgehende“ Opposition der Gruppe um Maxton gegen die Macdonald-Regierung, die sich zum Beispiel in Disziplinbrüchen bei Abstimmungen äußerte, nicht nur in der Labour-Party, sondern in der gesamten II. Internationale hervorrief[*)], deutlich gezeigt, wie gewagt derartige Manöver, so unvermeidlich sie im Augenblick offenbar gewesen sein mögen, in der gegenwärtigen Periode dem Sozialfaschismus erscheinen müssen. (Selbstverständlich ist in derartigen Situationen die Absplitterung gewisser Organisationsteile unter ebenfalls sozialfaschistischer Führung ein durchaus denkbarer Ausweg.)

Die bedingungslose Anerkennung der sozialdemokratischen Parteidisziplin wird aber geradezu ein Mittel, demagogische Phrasen, oppositionelle Redensarten nach Belieben gebrauchen zu können, ohne zu entsprechenden Handlungen gezwungen zu sein. Wenn 28 „linke“ sozialdemokratische Abgeordnete die Billigung des Finanzprogramms der Hermann-Müller-Regierung, gegen das einige von ihnen wenige Tage vorher zum Kampf mit allen Mitteln aufriefen, ohne Protest und ohne Gegenstimme durchgehen ließen, so liegt in dieser Berufung auf die Parteidisziplin eine außerordentlich

[*)] Die österreichische „Arbeiterzeitung“ druckte dazu wörtlich einen Leitartikel des Vorwärts“ ab, in dem das Verbleiben Maxtons in der Partei bei Fortsetzung seines bisherigen Verhaltens als untragbar bezeichnet wird.

geschickte Rechtfertigung. Diese Disziplin wird denn auch von keinem Teil der SPD stärker betont als von den sächsischen Linken, die demgemäß ihre Parteitreue auch durch gesteigerte Initiative bei der Kommunisten- und Antisowjethetze beweisen. (Kein SPD-Blatt widmet dieser Hetze einen so breiten Raum wie die „Leipziger Volkszeitung“.) Ihre eigene Demagogie und der Umstand, daß sie für die Handlung der Gesamtpartei die Verantwortung ablehnen, sogar einen Scheinkampf gegen diese führen, obwohl sie alle diese Handlungen ans „Disziplin“ mitmachen, verbreitert ihren Wirkungsspielraum. sie hat das Ziel, zahlreiche Arbeiter aktiv in den Dienst der Reaktion zu stellen, unter der Vorspiegelung, dadurch bei einer späterhin möglichen inneren Umgestaltung der Sozialdemokratischen Partei eine bessere Basis für den eigenen Kampf zu erobern.

Diese Propaganda der Parteidisziplin hat aber noch eine andere Bedeutung. Durch sie soll der einzelne Arbeiter dazu erzogen werden, nicht im persönlichen Klasseninteresse, sondern im Interesse seiner Organisation zu handeln. Er soll lernen, alles das zu vermeiden, was zwar der unmittelbare Klasseninstinkt ihm vorschreibt, [36] was aber die sozialfaschistische Organisation schädigt. Auf diese Weise gelingt es auch dort, wo, wie z. B. in Oesterreich, die gesamte Partei bereits gelernt hat, sich der „linken“ Demagogie zu bedienen, radikale Phrasen in der Praxis bedeutungslos zu machen. Denn die Wahl des „richtigen Augenblicks“ und die Durchführung der Aktionen bleibt ja der Parteiführung vorbehalten, die dem Drängen einzelner Organisationsteile das von ihr vertretene Interesse der Gesamtorganisation entgegenhalten kann.

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß diese sozialfaschistische Disziplin nicht das geringste mit der kommunistischen Parteidisziplin zu tun hat. Nicht der Partei wird hier Disziplin gehalten, deren Führerrolle im proletarischen Kampf erkannt ist, sondern Organisationen der Arbeiterschaft „als solche“. In der Tat widerspricht die Handlung, die der Klasseninstinkt dem Arbeiter vorschreibt, in der Regel dem Interesse dieser Organisationen, sobald sie Instrument des Finanzkapitals geworden sind.

Die „linke“ Demagogie ist das wirkungsvollste und gefährlichste Kampfmittel des Sozialfaschismus. Mit der Faschisierung der Organisation, welche die Geschlossenheit des Apparates vergrößert und das Gewicht der Führung verstärkt, vermehren sich die Voraussetzungen ihrer Anwendung. Es ist daher durchaus wahrscheinlich, daß etwa in Deutschland die sächsischen Methoden in wachsendem Ausmaß in die übrigen Teile des Reiches übertragen werden, es ist durchaus wahrscheinlich, daß die Taktik der österreichischen Sozialdemokratie auch in anderen Ländern (insbesondere dort, wo der Sozialfaschismus in eine Scheinopposition gedrängt ist) Anwendung findet. Es ist die Aufgabe der Kommunistischen Parteien, diesen Bestrebungen mit der größten Wachsamkeit zu begegnen und gegen den „linken“ Sozialfaschismus als den gefährlichsten Feind der Arbeiterklasse das Hauptfeuer zu richten.

Dabei darf nicht vergessen werden, daß auch der Wirkungsbereich des „linken“ Sozialfaschismus seine Grenzen hat in der Aktivität und Kampfesenergie der Kommunistischen Partei. Alle bisherigen Erfahrungen sowohl in der KPD als auch in. der Komintern haben gezeigt, daß überall dort, wo eine „linke“ Taktik in der Sozialdemokratie mit Erfolg angewendet werden konnte, schwache Punkte in unserer eigenen Position diesen Erfolg unterbaut haben, die kommunistische Führerrolle nicht genügend scharf herausgearbeitet, der Kampf gegen den Sozialfaschismus nicht hinreichend aktiv und zähe geführt wurde. Wo unsere Organisation ihre Schuldigkeit tut, wird die Einsicht in die objektive Rolle des Sozialfaschismus in allen seinen Gestalten an Hand der reichlich genug vorhandenen Tatsachen rasch und wirksam unter den Arbeitern geweckt werden können. [37]

*

Formen und Methoden revolutionärer Betriebsarbeit

Eine Bilanz aus dem Jahre 1929

Von Hans Sawadzki

> ... An der kapitalistischen Produktionsstätte, namentlich in den Großbetrieben, erkennt das Proletariat am besten, daß sein Lebensinteresse sich in unüberbrückbarem Gegensatz zu den Interessen der Bourgeoisie befindet. Dort lernt es die Notwendigkeit des geschlossenen und solidarischen Auftretens der Arbeiter gegen ihre Ausbeuter und ihren Ausbeuterstaat, erkennt es die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen und politischen Organisierung und der Herstellung der proletarischen Einheitsfront auf einer wirklich revolutionären Grundlage. Deshalb ist der Betrieb die wichtigste organisatorische Schlüsselstellung bei der Durchführung der Politik der Kommunistischen Partei, von deren Gewinnung und Behauptung der Erfolg der gesamten Taktik der Kommunistischen Partei sowie jeder einzelnen revolutionären Aktion in entscheidendem Maße bedingt wird ... Aus der Org-Resolution des 12. Parteitages.

I.

Um es vorwegzusagen: die organisatorische Verankerung der Partei in den Betrieben, die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsstätten mit einem dichten Netz von Betriebszellen entspricht nicht dem ohne Zweifel starken und immer stärker werdenden ideologischen Einfluß auf die Millionenmassen der Fließband- und Stoppuhrsklaven. Ein Zustand, dessen Ursache in dem nur langsamen Zustrom der mit der Partei denkenden und handelnden Arbeitermassen zu suchen ist und sich damit als Schwäche der organisatorischen Ummünzung politischer Erfolge legitimiert.

In all den tausenden kapitalistischen Produktionsstätten haben wir in 1800 Betriebszellen feste organisatorische Fundamente, eine verhältnismäßig noch geringe Zahl im Reichmaßstabe gegenüber der Gesamtzahl der großen und mittelgroßen Betriebe Deutschlands. Wieviel revolutionäre Energien in den wichtigsten und politisch bedeutsamen Betrieben brach liegen, wieviel hunderttausende Werktätige sich selbst überlassen, dem wütenden Ansturm des Klassengegners ohne revolutionäre Führung im Betriebe ausgesetzt sind, das beweisen nachstehend aufgeführte Großbetriebe aus nur drei Industriegruppen, die sämtlich zur Kategorie der bedeutendsten (ihrer Größe nach) und politisch zu den wichtigsten Betrieben rechnen, in denen noch keine Betriebszellen bestehen.

Gruppe der Metallbetriebe:

Fichtel & Sachs, Schweinfurt	6000
Wanderer-Werke, Chemnitz	3700
Junkers Flugzeugkonzern, Dessau	4800
Lauchhammerwerke, Riesa	7000
Peiner Walzwerk, Peine	2500
Völklinger Hütte, Völklingen	5500
Motorenfabrik Köln-Deutz	2100
Eisenbahnwerkstatt Aachen	1800

[38]

Gruppe der Bergbaubetriebe:

Zeche de Wendel	4500
Zeche Escher Lippe	4500
Zeche Alma	3500
Zeche Eschweiler	2000
Zeche Hirschbach	3500
Zeche Luisenthal	3700
Zeche von der Heydt	3000
Zeche Camphausen	2800
Zeche Vereinsglück und Deutschland	3500

Gruppe der Chemiebetriebe:

Rheinisch-Westfälische Sprengstoffgesellschaft	3500
Günther Wagner, Hannover	2000
Radiumwerke, Köln-Dellbrück	1500

Diese kleine Auswahl von Betrieben ohne Zellen mit fast sämtlich mehr als 3500 Mann Belegschaft läßt sich ergänzen durch eine Reihe von Betrieben mit vornehmlich weiblicher Arbeiterschaft in der

Textil-, Bekleidungs- und Zigarettenindustrie sowie insbesondere auch in den Eisenbahnwerkstätten und anderen Verkehrsbetrieben. Hier wird unsere Schwäche offensichtlich. Ein halbes Jahr nach dem Parteitag zeigt, daß trotz der energischen Wendung zur verstärkten Betriebsarbeit noch sehr viel an Tempo aufgeholt werden muß, soll die Losung „Jeder Betrieb eine rote Festung in der Front des kämpfenden revolutionären Proletariats“ lebendigen Inhalt erhalten.

Im Zusammenhang mit der politischen Auswertung der dritten Reichskontrolle muß erneut und kategorisch jedem Einzelmitglied die unbedingte Notwendigkeit der kommunistischen Arbeit im Betriebe klargemacht werden. Es ist politisch unvereinbar mit dem revolutionären Charakter der Partei, daß nur etwa ein Drittel der in den Betrieben beschäftigten 63,3 Prozent der. Mitgliedschaft sich in die Arbeitsdisziplin der Betriebszellen einordnet, während zwei Drittel der Betriebsgenossen die politisch aktive und organisierte Betriebsarbeit fürchtend, sich auf die Linie des geringeren Widerstandes, nämlich in die Arbeit der Straßenzellen zurückzieht und damit, gewollt oder ungewollt, revolutionäre Betriebsarbeit ablehnt. Zugleich mit der Vergrößerung der Zahl unserer Zellen muß die politische Aktivität und Beweglichkeit gesteigert und verbreitert werden, denn diese ist entscheidend für die rascheste Ausschaltung des sozialfaschistischen Einflusses im Betriebe, für die Isolierung des sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparates von den Massen, wie zur Ausrottung aller Versuche des Aufbaues faschistischer Betriebsorganisationen.

II.

Der ständige wirtschaftliche und politische Kampf, den die Partei nach den Lehren von Marx und Lenin organisiert und führt, ist das Element, das allein in der Lage ist, die Partei in den breiten Massen zu verankern, die Partei zu festigen und innerlich reifer zu machen.

Die gegenwärtige Periode, die durch die ungeheure Vertrustung und die schärfste Rationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft auf Kosten der Werktätigen gekennzeichnet ist, schafft mit der Aenderung ihrer ökonomischen und politischen Struktur neue Formen des Klassenkampfes und damit neue Organisationsformen und Arbeitsmethoden.

[39] Die taktische Wendung der Partei verlangt dementsprechend die Anwendung neuer Formen der revolutionären Massenmobilisierung, neuer Formen der proletarischen Einheitsfront von unten, neuer Kampfformen gegen die Bourgeoisie und den Sozialfaschismus. Die kritische Betrachtung der Formen unserer revolutionären Betriebsarbeit in der letzten Vergangenheit ergibt, daß überall dort, wo die angewandte Methode den gefaßten Beschlüssen nicht zuwiderlief, kein Widerspruch in der Zustimmung zu den Beschlüssen und ihrer praktischen Durchführung bestand, die neuen Kampfformen rasch von den Massen verstanden und weiterentwickelt wurden. Andererseits aber zeigt sich bei einem wenn auch verhältnismäßig geringen Teil der Mitgliedschaft ein Unvermögen, den politischen Sinn der taktischen Wendung zu verstehen. Hier stehen sich Zustimmung zu den Parteitagsbeschlüssen und angewandte Methoden diametral gegenüber. Im wesentlichen beruht eine Reihe von leichteren Verstößen gegen die Beschlüsse der Partei darauf, daß diese nicht rechtzeitig und in nicht genügend konkreter Form an unsere Funktionäre und Mitglieder herankommen, daß von ihnen die taktische Wendung in der Parteiarbeit nicht miterlebt und deshalb auch nicht durchgeführt werden kann. Ein anderer Teil grober Verstöße liegt begründet nicht nur im Unvermögen, sondern in der versteckten (teilweise auch offenen) Ablehnung der Politik der Partei; nicht immer gelang es der Partei, rechtzeitig korrigierend einzugreifen.

Die Politisierung unserer Betriebsarbeit, die Verlegung des Schwergewichts unserer revolutionären Massenagitation in die Betriebe, vor allem in die Großbetriebe, die die Grundlage der imperialistischen Politik der deutschen Bourgeoisie bilden, kann nur verbunden mit schärfster ideologischer und, wenn es sein muß, auch organisatorischer Bekämpfung jeder opportunistischen Abweichung erreicht werden.

Die Riesenaussperrung im Ruhrgebiet stellte zum ersten Male konkret die Schaffung von Kampfleitungen auf die Tagesordnung; der Hennigsdorfer Kampf der Walzwerksarbeiter stellt schon auf Grund der im Ruhrgebiet gemachten Erfahrungen eine höhere Stufe der Anwendung unserer neuen

Taktik dar. Im sächsisch-thüringischen Textilarbeiterkampf findet die Anwendung dieser Kampfesformen ihre Fortsetzung, teilweise aber auch durch offene und versteckte Opportunisten ihre Ablehnung. Seither gibt es keine Bewegung, deren Träger die revolutionäre Opposition ist (und nur sein kann), wo nicht schon in der Vorbereitung des Kampfes die Schaffung der revolutionären Kampfleitung unter Zusammenfassung freigewerkschaftlich und auch christlich organisierter und unorganisierter Arbeiter und Arbeiterinnen sowie die aktive Heranziehung der Arbeiterfrauen auf der Grundlage eines revolutionären Programmes steht.

Die Bedeutung der revolutionären Kampfleitungen ist über die Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hinaus in den Massen bereits weitgehend erkannt und ist damit zu einer unentbehrlichen und scharfen Waffe des revolutionären Klassenkampfes geworden. Die Anerkennung der politischen Notwendigkeit der Schaffung von Kampfleitungen schon in der Periode der Vorbereitung der Kämpfe hat sich verhältnismäßig schnell durchgesetzt. Diejenigen in unseren Reihen, die, wie im sächsischen Textilarbeiterkampf u. a., versagten oder die Wahlen von Kampfleitungen sabotierten, wurden durch die weitere Entwicklung und Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland überzeugt, oder aber wie alle anderen Hindernisse [40] rücksichtslos beiseite geschoben. Gegenwärtig überzieht eine ganze Reihe kleinerer Kämpfe die Betriebe; in anderen Betrieben und Branchen, in Industriegruppen steigert sich die Aktivität zur Einleitung von zwischentariflichen Bewegungen, meistens jedoch bleiben sie noch in der Annahme einer Entschließung stecken, es fehlt an genügendem Nachdruck, an einer wirklichen Popularisierung der Oppositionsforderungen und konkreten Kampfvorbereitungen. Im ersten Halbjahr 1930 stehen zwei Millionen Arbeiter im Baugewerbe, in der Metall- und Textilindustrie, im Steinkohlenbergbau und in der Bekleidungsindustrie vor Lohn- und Arbeitszeitbewegungen. Diese im Sinne der revolutionären Gewerkschaftsopposition jetzt schon vorzubereiten, sie mit dem Kampfe gegen den Young-Plan zu verbinden, erfordert schnellste Mobilisierung unserer gesamten aktiven Kräfte und der bisher wenig in die Kampffront gezogenen Reserven, die sich zu unrecht in den Straßenzellen befinden.

III.

Die Wendung der Partei in bezug auf die Betriebsrätewahlen 1929 wies trotz der ziemlich gründlich durchgeführten Parteidiskussion auf Grund der Beschlüsse des IV. RGI- und des VI. Weltkongresses außerordentlich starke S c h w a n k u n g e n auf, die sich bei der praktischen Anwendung der Beschlüsse bemerkbar machten. Im wesentlichen zeigten die damals durchgeführten Wahlen, daß

1. die rechten und versöhnlerischen Genossen der Durchführung der politischen und praktischen Linie des ZK die größten Widerstände entgegensetzten;

2. ganz bedeutende Teile derjenigen Parteifunktionäre und Mitglieder, die auf der Linie der Partei stehen, bei der praktischen Durchführung der Wahlen in ihrem Betriebe zu verschiedenartigen Manövern griffen, um den Schwierigkeiten auszuweichen.

Im wesentlichen ist die revolutionäre Tätigkeit der roten Betriebsräte nicht hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Eine große Anzahl betrieblicher Bewegungen und Maßregelungen aktiver revolutionärer Betriebsräte bestätigt das. Andererseits jedoch muß festgestellt werden, daß der revolutionären Betriebsrätebewegung die Kinderkrankheiten nicht erspart blieben. Unentschlossenes Handeln in der Vertretung der Belegschaftsinteressen, Zurückweichen vor den reformistischen Berufsbetriebsräten, auch erfolgreiche Korruptionsversuche der Unternehmer müssen festgestellt werden. Die Ursachen sind in fast allen Fällen:

1. keine wirklich politische Zusammenarbeit der kommunistischen Fraktion im Arbeiter- oder Betriebsrat mit der Zelle, keine Selbstkritik;

2. ungenügende Unterstützung und Kontrolle der Betriebsräte durch die Zelle;

3. Fehlen eines breiten, der Stärke der Belegschaft entsprechenden revolutionären Vertrauensmännerkörpers;

4. Unerfahrenheit und ungenügende Schulung;

5. schlechter Zustand der organisatorischen Zusammenfassung der roten Betriebsräte eines Ortes, Bezirks oder einer Industriegruppe.

Im Bezirk Baden z. B. sind 87 rote Betriebsräte registriert. Es ist bisher nicht gelungen, diese Betriebsräte organisatorisch zu erfassen und Schulungsarbeit durchzuführen. Das Resultat? 90 Prozent dieser Betriebsräte sind vollkommen passiv. Drei Betriebsräte mußten wegen Handelns mit Uhren im Betrieb ausgeschlossen werden. In den Motorenwerken in Mannheim bezog der Betriebsrat Anzüge von den [41] Textilfabriken, die in geschäftlicher Beziehung zu den Motorenwerken standen, so daß die Bezahlung der Motoren auf dem Wege des Verkaufs der Anzüge an die Belegschaft durchgeführt wurde. Der Betriebsrat erhielt für dieses Geschäft 5 Prozent Provision! Ein Parteigenosse stellte im Betriebsrat den Antrag, die 5 Prozent Provision an diejenigen Betriebsratsmitglieder auszuzahlen, die speziell mit dem Verkauf beschäftigt sind. Die SPD-Betriebsräte, die bisher diesen Handel betrieben, beantragten, den Kleiderhandel einem KPD-Betriebsrat zu übertragen. Der Aufforderung der Parteileitung, diesen Kleiderhandel niederzulegen und ihn überhaupt zu unterbinden, kam der in Frage kommende Genosse nicht nach!

In den Strebelwerken beschäftigten sich unsere Genossen im Betriebsrat mit dem Verkauf von Fahrrädern. Dasselbe trifft zu auf die Tätigkeit einiger Genossen in den Rheinischen Gummiwerken und bei Benz.

Eine solche Summe von Inaktivität und Korruptionserscheinungen in einem Bezirk, in einer Stadt steht vereinzelt da; jedoch zeigten sich in politischer Hinsicht eine Reihe opportunistischer Entgleisungen in der Frage des politischen Massenstreiks am 1. Mai und 1. August, zur Kampfessolidarität mit den Erwerbslosen am 30. September in der Frage der Vorbereitung des Reichskongresses der Gewerkschaftsopposition und besonders auch in der falschen Stellung zu Teilkämpfen im Betrieb selbst (Arbeiterinnen- und Jungarbeiterstreiks), die die Partei zwangen, energische Schritte zur Abhilfe zu unternehmen.

IV.

Noch ist die Zahl der geschaffenen Vertrauensleutekörper gering, noch werden teilweise die Schwierigkeiten in der Organisierung überschätzt, noch drängt die Partei um die schnellste Schaffung dieser Vertrauensleute, in der richtigen Erkenntnis, daß erst ein dichtes Netz revolutionärer Vertrauensleute ein Garant für die wirkliche Durchdringung der Belegschaften mit den Losungen und Forderungen der revolutionären Opposition ist. Die engste Zusammenarbeit der Partei- und Jugendzelle mit rotem Betriebsrat und revolutionären Vertrauensleuten steigert die revolutionäre Mobilisierungsarbeit, die Vorbereitung, Auslösung und Führung der Lohn- und Arbeitszeitbewegungen, der Abwehr von Maßregelungen oppositioneller Funktionäre durch die Unternehmer, wie auch den Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie und Arbeiteraristokratie und den Betriebsfaschismus. Die Zunahme der Wirtschaftskämpfe, die Steigerung dieser Kämpfe zu erfolgreichen politischen Massenkämpfen wird in wesentlichem Maße von der Stärke und Dichte des Netzes revolutionärer Betriebsvertrauensleute und ihrer revolutionären Energie abhängen.

Große Mängel müssen auf diesem Gebiete noch überwunden werden. Heute gibt es noch eine Reihe von Parteibezirken, in deren Großbetrieben selbst in den Bezirksvororten kein einziger revolutionärer Vertrauensleutekörper geschaffen ist, andere, in denen die ersten Versuche gemacht werden. In einer Reihe von Zellen besteht die irrige Auffassung, daß bei der Beherrschung des Betriebes durch die Opposition besondere Vertrauensleute überflüssig seien. In anderen Betrieben hat man Sympathisierende einfach zu Vertrauensleuten bestimmt, ohne Mobilisierung der Belegschaft, ohne Mandatserteilung und konkrete Aufgabenstellung. Eine Reihe von Zellen betrachtet die revolutionären Vertrauensleute als einen illegal arbeitenden Apparat, dessen Existenz sorgsam geheimgehalten werden muß. Wieder andere Zellen glauben, daß rote Vertrauensleute erst dann geschaffen werden können, wenn rote Betriebsräte bereits vorhanden sind usw.

[42] Alle diese Unklarheiten erschweren naturgemäß die Förderung des Systems, halten nicht Schritt mit der revolutionären Entwicklung, begünstigen den Tempoverlust. Dort, wo (wie im Ruhrgebiet,

das an der Spitze in der Schaffung revolutionärer Vertrauensleute marschiert) politisch lebendige Vertrauensleutekörper vorhanden sind – z. B. in der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, Belegschaft 5800 –, zeigt sich in erheblichem Maße eine Steigerung der politischen Aktivität der Belegschaft. Dasselbe ist von der Betriebszelle Agfa-Berlin (IG Farbenindustrie), Belegschaft 2500, und in der Werft von Blohm & Voß in Hamburg, Belegschaft 10.000, festzustellen. Diese Zellen haben den Betriebsversammlungsbesuch gesteigert, die Zahl der Betriebsversammlungen vermehrt, den Umsatz der Betriebszeitung wesentlich erhöht, neue Mitglieder gewonnen, zur revolutionären Gewerkschaftsarbeit auf Grund der Beschlüsse des Oppositionskongresses gründlich Stellung genommen. Diese Zellenleitungen berichten übereinstimmend von dem hohen Wert des revolutionären Betriebsvertrauensleutekörpers, wobei bei der Agfa-Zelle hervorgehoben werden muß, daß besonders auf dem schwierigen Gebiet der Gewinnung der Arbeiterinnen des Betriebes die Haupterfolge ihrer Arbeit liegen.

Eng verbunden mit dem System der revolutionären Betriebsvertrauensleute ist das Delegiertensystem. Hier muß anerkannt werden, daß, von einigen Ausnahmen abgesehen, die wesentlichsten Erfolge in der Mobilisierung der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen liegen. Der Ruhrkampf war auch hier die Geburtsstätte der neuen Arbeitsmethode. Seit dem Kongreß der werktätigen Frauen im Ruhrgebiet gibt es keinen Bezirk in Deutschland, in dem nicht ähnliche, größtenteils außerordentlich erfolgreiche Kongresse stattfanden. Der Reichskongreß werktätiger Frauen in Berlin am 20. Oktober 1929 ist ein gewaltiger Fortschritt in der Richtung der Wendung der Partei zu den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen. Dem Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition werden in Bezirkskongressen der revolutionären Gewerkschaftsopposition folgen. Die weiblichen und männlichen erwachsenen und jugendlichen Betriebsvertrauensleute und die Erwerbslosenausschüsse sind die Basis des Delegiertensystems, das zur höchsten, wahrhaft im Sinne der revolutionären Arbeiterdemokratie liegenden beschlußfassenden Körperschaft werden muß.

Zu wenig noch ist im Zusammenhang mit der Popularisierung des Fünfjahrplans der USSR der revolutionäre Wettbewerb durch unsere Betriebszellen in Angriff genommen. Zwar liegen eine ganze Reihe von Abmachungen von Betriebszellen eines Ortes oder Bezirks untereinander vor, geringer ist schon die Zahl der im Reichsmaßstabe unter den Betrieben abgeschlossenen revolutionären Wettbewerbe, und noch geringer der Abschluß sozialistischer Wettbewerbe mit Betrieben der USSR. Außer Berliner, Hamburger und mitteldeutschen Betrieben gibt es so gut wie keine internationalen Wettbewerbe, wobei noch zu beachten ist, daß die Zellen in keinem Falle bisher es verstanden haben, den sozialistischen Wettbewerb zu einer Angelegenheit der Gesamtbelegschaft zu machen. Hier stehen wir erst im Anfang. Aber schon hat sich die Methode des revolutionären Wettbewerbs als gewaltiger Mobilisierungsfaktor erwiesen.

Zu den angewandten Methoden unserer Betriebsarbeit in der letzten Vergangenheit kommt besonders noch die Form der Komitees, die jedoch, von wenigen Ausnahmen (Maikomitees in Berlin und einige Antikriegskomitees im Reich) abgesehen, zu wenig Popularisierung er-[43]fahren hat. Die Praxis sieht so aus, daß in den Betrieben, wo einmal eine Anzahl von Arbeitern für die Besetzung eines Komitees gewonnen war, diese heute „Maikomitees“, später Komitees zur „Abwehr der Gewerkschaftsspaltung“, dann das „Wahlkomitee zur Durchführung der Parlamentswahlen“ und in ganz wenigen Fällen auch der Betriebsratswahlen bildeten.

Das in den Massen populärste Komitee ist unzweifelhaft das Antikriegskomitee, dessen Wert jedoch durch die Uebernahme anderer Funktionen gänzlich herabgemindert wurde, so daß heute allen Forderungen zum Trotz kein einziges Antikriegskomitee politisch lebt und die Antikriegsarbeit im Betriebe fördert.

Bei der bevorstehenden Betriebsrätewahl müssen in allen Betrieben auf wirklich breitester Grundlage Wahlausschüsse zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen gebildet werden; keine schematischen Ernennungen, sondern aus dem Willen der Belegschaftsmitglieder heraus gebildete arbeitende Ausschüsse, deren Aufgabe es ist, im Auftrage der revolutionären Gewerkschaftsopposition und im Sinne derselben die Mobilisierungsarbeit im Betriebe durchzuführen.

Lange nicht sind die Formen und Methoden unserer revolutionären Betriebsarbeit in erschöpfender Weise behandelt. Die Fragen der Gewinnung der Arbeiterinnen, des Jungproletariats, des Kampfes gegen Sozial- und Nationalfaschismus, der Organisierung der revolutionären Gewerkschaftsopposition im Betriebe, der Bedeutung der Betriebszeitungen, der Werbung neuer Mitglieder usw. müssen noch besonders in einem Artikel behandelt werden.

*

Regelung des Parteizuwachses in der KPSU.

Von Rosa Michel

Systematische Werbung von Arbeitern für die Partei

Je richtiger die Linie der Partei, je besser die Partei es versteht, den Kampf der werktätigen Massen zu organisieren, je mehr schart sich um sie der bewußteste, der kampfentschlossenste Teil der Arbeiterklasse. Aber je besser die Partei es versteht, die besten Elemente dieser Schicht in ihre Reihen aufzunehmen, je mehr und je schneller wird sie zur festen Vorhut der Arbeiterklasse und desto größer sind die Voraussetzungen für eine richtige Politik, für einen engeren Kontakt mit den breiten Massen, für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Darum ist die systematische Werbung von Arbeitern von grundlegender Bedeutung für unsere Partei.

Auch in der Sowjetunion, wo das Proletariat unter Führung der kommunistischen Partei die Macht erobert hat, wo die Partei bereits zwölf Prozent der gesamten Zahl des Industrieproletariats in ihren Reihen zusammenschließt, und wo vor der Partei die gewaltige Aufgabe des Aufbaues des Sozialismus steht, ist die Zusammensetzung und das Wachstum der Partei von entscheidender Bedeutung. Wir wollen versuchen, einige der Erfahrungen unserer russischen Bruderpartei hier zu übermitteln.

In der Rede des Genossen Molotow auf dem November-Plenum 1928 des ZK der KPdSU[*)] sind folgende Angaben zu finden: Die Partei zählt augenblicklich (ohne die Rote Armee) 1.317.000 Mitglieder, wovon 800.000, d. h. 61 Prozent ihrer Herkunft nach Arbeiter sind. [44] (18 Prozent sind Angestellte, Hausfrauen usw., 21 Prozent Bauern.) Der Prozentsatz der an der Werkbank stehenden Mitglieder beträgt aber nur 42 Prozent[**)]. Mit Recht betrachtet die Partei diesen Prozentsatz zu niedrig, da die Betriebsarbeiter die entscheidende Schicht der Arbeiterklasse bildet.

„Nur (diese) Betriebsarbeiter – führt Genosse Molotow in seiner Rede aus – leben unter genau denselben Bedingungen wie die Arbeitermassen, und durch sie unterhält die Partei die engste Verbindung mit der ganzen Masse der Arbeiterklasse."

Darum steckt sich die KPdSU folgendes Ziel: bis 1930 50 Prozent Betriebsarbeiter (Gewinnung von 300.000 bis 350.000); d. lt. also 80 Prozent der neu aufgenommenen Mitglieder müssen Betriebsarbeiter sein. Dabei bildet der parteilose Funktionärstamm das Hauptreservoir für das Wachstum der Partei: die Funktionäre der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung, des Jugendverbandes, die aktiven Teilnehmerinnen an der Delegiertenbewegung und alle aktiven Arbeiter in den Sowjets, in den freiwilligen Gesellschaften usw. Dieser Funktionärstamm wird auf eine Million geschätzt.

Das allein genügt aber noch nicht. Es muß besonders auf die Qualität der zu werbenden Mitglieder geachtet werden.

„Es liegt uns indessen nicht nur an der bloßen Zahl, nicht nur daran, in der Partei 50 Prozent Parteimitglieder zu haben. Es liegt uns vor allem daran, daß es tatsächlich fortgeschrittene Arbeiter sind, fähig in der Vorhut der Arbeiterklasse zu marschieren, die die Sache der sozialistischen Industrialisierung unseres Landes leiten." (Molotow-Rede.)

Sehen wir nun, wie diese Direktiven der Partei in einem Moskauer Großbetrieb der Autoindustrie zur Anwendung kamen.

*) Molotow: „Werbung von Arbeitern und Regelung des Wachstums der KPdSU." Verlag Carl Hoym.
**) Er beträgt Ende 1929 schon annähernd 50 Prozent.

Die Beschlüsse des November-Plenums in der Praxis

Eine Sitzung des Parteikomitees[*)] des Betriebes „Amo“ befaßte sich im Juni 1929 mit der Frage: „Wachstum der Partei“. Wir wollen hier den Verlauf dieser Sitzung im wesentlichen wiedergeben.

Der Sekretär des Parteikomitees führte aus:

„Die vom Genossen Molotow auf dem November-Plenum gegebenen Zahlen stellen an uns die dringendste Aufgabe der Verstärkung und Verbesserung der Werbearbeit. In unserem Betrieb war in der letzten Zeit ein Rückgang des Wachstums zu verzeichnen. Wir haben im vorigen Jahr nur 150 Mitglieder der Partei zugeführt. Diese Zahl genügt aber noch nicht, obwohl wir an erster Stelle im Verwaltungsbezirk stehen. Vom Januar bis Mai betrug die Zahl der neugewonnenen Mitglieder nur 55, darunter keine einzige Arbeiterin. Das ist ein besonderer Mangel, da die Zahl der Arbeiterinnen in unserem Betrieb wächst. Dasselbe trifft zu für die Jugend. Der Parteikern[**)] im Jugendverband arbeitet noch sehr schwach. Die Bildungsarbeit unter der Jugend muß intensiver durchgeführt werden, da beim Eintritt in die Partei viel größere Ansprüche an die jungen als an die alten Arbeiter gestellt werden. Die Schulung der parteilosen Arbeiter stellt uns gleichfalls größere Aufgaben. Wir dürfen uns nicht auf den automatischen Zufluß von Arbeitern zur Partei verlassen, sondern müssen auf die Qualität unserer Mitgliedschaft achten. Wir dürfen nicht warten, bis die [45] Arbeiter „von selbst“ zur Partei kommen, sondern wir müssen sie „bearbeiten“ um ihnen den Eintritt in die Partei zu erleichtern. Wir müssen den Parteilosen gegenüber mehr Vertrauen haben und uns von den alten Vorurteilen gegen sie befreien. Die Parteilosen beklagen sich vielfach mit Recht darüber, daß man sie über die Parteibeschlüsse nicht informiert. Wir müssen sie mit allen Fragen, die die Partei angehen, bekanntmachen und ihnen Funktionen anvertrauen. Wir müssen neue Werbungsmethoden finden. Deshalb ist es notwendig. ein oder mehrere Mitglieder des Parteikomitees zu beauftragen, die Probleme der systematischen Werbung zu klären. Vielleicht werden wir einen Wettbewerb zwischen den verschiedenen Zellen des Betriebes organisieren, wobei es besonders auf die Qualität der geworbenen Mitglieder ankommt. In einer Abteilung haben sich 18 Arbeiter in die Partei gemeldet, zwei Monate lang hat sich aber um sie kein Mensch gekümmert. Wenn ein Parteigenosse einen Arbeiter in die Partei empfiehlt, muß er sich darüber klar sein, daß er die Verantwortung für ihn trägt, und daß er verpflichtet ist, für seine weitere Entwicklung zu sorgen. Unser Betrieb zählt jetzt 3000 Arbeiter. Davon haben 1500 weniger als drei Jahre in einem Betrieb gearbeitet, 1000 haben ein Berufsalter von drei bis fünf Jahren, 400 von fünf Jahren 600 arbeiteten schon im Betrieb vor der Revolution. Unsere Zelle zählt 650 Mitglieder, das sind 20 Prozent der Belegschaft. Es ist noch zu wenig. Bei der Reinigung müssen wir neue, frische Kräfte der Partei zuführen. Anläßlich der 16. Parteikonferenz geloben wir, der Partei 50 der besten Arbeiter zuführen.“

In der Diskussion schlug ein Genosse vor, daß jedem Mitglied zwei bestimmte Parteilose zugeteilt werden, mit denen er über alle wichtigen Fragen diskutiert. Außerdem sei es Pflicht jedes einzelnen Kommunisten, während der Mittagspause unter seinen Kollegen zu bleiben und mit ihnen zu sprechen. Ein Parteimitglied, welches die Mittagspause im Zellenbüro verbringt, erfüllt nicht seine Aufgabe.

Ein anderer Diskussionsredner betonte, daß es darauf ankommt, die Frage nicht nur in den leitenden Instanzen, sondern auch in den unteren Organen der Partei zu stellen.

Der Agitpropleiter des Betriebes trat dann in der Diskussion auf und nahm zur Frage der Werbung in Verbindung mit dem Fünfjahrplan Stellung. „Bis Ende d. J. – führte er aus – werden wir 4000, vielleicht sogar 6000 Arbeiter in unserem Betrieb haben. Darunter befinden sich sicher eine Anzahl rückständiger Elemente, Bauern usw. Es steht deshalb vor uns die dringendste Aufgabe, dem jetzigen Stamm von Arbeitern eine feste Fundierung zu geben, damit dann dieser Kader von Arbeitern die rückständigen Elemente besser erfassen kann. Jeder der 50 im Betrieb vorhandenen Gruppenorganisatoren sollte sich die Aufgabe stellen, zwei bis vier Mitglieder monatlich für

[*)] Das „Parteikomitee“ ist das leitende Organ der Parteiorganisation in einem Betrieb mit mehreren Abteilungszellen.
[**)] Darunter versteht man die Mitglieder des Jugendverbandes. die gleichzeitig Mitglieder der Partei sind und die für die Durchführung der Parteilinie im Jugendverband verantwortlich sind.

die Partei zu gewinnen. Im Jahre 1930 muß unsere Zelle 1000 Mitglieder zählen. Wir müssen auch der Schulung der Parteilosen größere Aufmerksamkeit schenken. Bei uns sind 300 aktive parteilose Funktionäre vorhanden. Für sie gilt es Zirkel über die Politik der Partei, über die Beschlüsse der 16. Parteikonferenz und über andere wichtige Fragen zu organisieren. In diesen Zirkeln müssen wir ihnen die Antwort geben auf alle Fragen, über die sie noch keine genügende Klarheit haben, müssen ihnen die Ursachen der Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaues zeigen und sie davon überzeugen, daß die Partei nur mit ihrer Hilfe, mit Hilfe und Unterstützung der Masse in der Lage sein wird, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Für das Ergebnis dieser Schulungsarbeit wird maßgebend sein die Zahl der Zirkelteilnehmer, die sich [46] dann in die Partei melden. Der Genosse stellte dann die Frage der Werbung in Verbindung mit der Reorganisation der Parteizelle. Während früher in jeder Abteilung eine „Unterzelle“ bestand, welche kein selbständiges Organ darstellte, besteht heute in jeder Abteilung eine selbständige Zelle. Seit der Reorganisation hat die Abteilungszelle das Recht, wie jede Grundorganisation der Partei über die Aufnahme von Mitgliedern zu entscheiden. Jede Abteilungszelle ist in kleinere Einheiten, in „Gruppen“ gegliedert. In jeder territorialen Einheit der Abteilung: Werkstatt, Kolonne, Schicht usw., wo mehr als drei Kommunisten vorhanden sind, wird eine solche „Gruppe“ gebildet, welche unter Leitung des von ihr gewählten „Gruppenorganisators“ arbeitet. Der Gruppenorganisator ist das Bindeglied zwischen Zellenleitung und Mitgliedern, zwischen der Zelle und den Parteilosen. Ein Genosse des Betriebes bezeichnete den Gruppenorganisator als den „Stalin für 15 Mann“. Das wirkte sich sofort auf die Qualität der erworbenen Mitglieder aus. In der Abteilung kennt jeder den anderen. Bei der Aufnahme kann jeder Kollege über das Verhalten und Schaffen des Neuaufnehmenden Auskunft geben. Dadurch ist die Garantie für eine gute Zusammensetzung der Partei gegeben.

Als Ergebnis der Diskussion wurde eine Resolution angenommen, welche u. a. feststellt: das Wachstum der Partei im Betrieb ist ungenügend. Dieser Frage muß eine größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Arbeit der Gruppenorganisatoren muß verbessert werden. Neue politische Zirkel sind zu bilden. Den Parteilosen ist größeres Vertrauen zu schenken. Letztere sind bei der Reinigung der Partei heranzuziehen.

Und in der Tat! Im November, d. lt. fünf Monate später, war es gelungen, durch Aufnahme von über 100 Mitgliedern monatlich die Zahl der Parteimitglieder auf 900 zu erhöhen!

*

Welche Lehren lassen sich aus diesem Bericht für unsere Werbearbeit ziehen? Zunächst was die Arbeitsmethoden anbetrifft. Beachten wir, mit welcher Genauigkeit der Referent und die Diskussionsredner von der Parteidirektive (Resolution des November-Plenums und die Rede des Genossen Molotow) ausgehen, um dann die Fragen konkret dem Betrieb anzupassen. Bei der Werbung von Arbeitern kommt es darauf an, sagt Genosse Molotow, die „tatsächlich fortgeschrittenen Arbeiter“ zu gewinnen. Auf Grund einer genauen Kenntnis der Struktur der Belegschaft stellt sich nun die Parteiorganisation im Betrieb die konkrete Aufgabe, 50 Arbeiter mit dem ältesten Berufsalter bis zu einem bestimmten Termin zu gewinnen. Aber nicht nur die Parteileitungen, nicht nur die Funktionäre, sondern auch jedes Parteimitglied ist für die Durchführung der festgelegten Aufgaben verantwortlich, wobei eine genaue Arbeitsteilung vorgenommen wird: Jedes Parteimitglied erhält den Auftrag, zwei bestimmte Parteilose zu „bearbeiten“, während der „Grupporg“ diese Arbeit anleiten und kontrollieren muß; er bekommt selbst die konkrete Aufgabe gestellt, zwei bis vier Mitglieder monatlich der Partei zuzuführen.

Beachtenswert ist auch die Sachlichkeit, mit welcher unsere Genossen das Kriterium für die gute Durchführung der Schulungsarbeit bestimmen. Nicht irgendwelche Aeußerung der Zufriedenheit oder dergleichen, sondern die nackte Zahl der Zirkelteilnehmer, die sich in die Partei melden, ist maßgebend.

[47] Die Methode der Zusammenfassung einer Diskussion in einer kurzen Resolution, die den augenblicklichen Zustand charakterisiert und die nächsten Aufgaben stellt, gewinnt gleichfalls unsere Aufmerksamkeit.

Aber die wichtigsten Lehren, die wir aus den Erfahrungen der russischen Genossen ziehen können, ist vor allem die Notwendigkeit einer systematischen Werbearbeit und Klarheit über die Ziele, die man sich setzt.

Welche Schichten von Arbeitern wollen wir in die Partei bekommen?

Wo können wir sie am besten erreichen?

Welcher Zeitpunkt ist der günstigste, um an sie heranzukommen?

Schon diese Klarheit des Zieles ist uns ein Wegweiser in unserer Werbearbeit.

Welche Schichten von Arbeitern? Die Betriebsarbeiter, die Arbeiter in den Großbetrieben und unter diesen die am meisten ausgebeuteten, die schlechtestbezahlten, die unter dem Joch des Kapitalismus am meisten unterdrückten. Das bedeutet also Verlegung des Schwergewichtes der Werbung in die Betriebe, Uebergang von der rein „kampagnemäßigen“ und allgemeinen Werbung von oben zur systematischen und ständigen Werbearbeit im Betrieb selbst, wobei die Betriebszelle die größte Initiative zu entwickeln hat in der Wahl der Methoden. in der Anknüpfung an die Lage im Betrieb und an die Stimmungen der verschiedenen Kategorien von Arbeitern.

Damit ist gleichzeitig die Frage des Zeitpunktes der Werbung gestellt. Aber die ständige Werbearbeit schließt natürlich eine Verstärkung dieser Arbeit in Form von Kampagnen nicht aus: bei Lohn- und Arbeitszeitkämpfen, bei Kämpfen gegen den Abbau der sozialen Leistungen, gegen die Mehrbelastung der Massen. Gerade während dieser Kämpfe um ihre wirtschaftlichen Forderungen sind die Arbeiter in den Betrieben der Agitation der Partei zugänglicher, und die mutigsten, die kampfentschlossensten, die am eifrigsten den Parolen der Partei Folge leisten, treten in den Vordergrund. Diese Arbeiter gilt es für die Partei zu gewinnen. Hier ist die Voraussetzung für die Qualität der neu erworbenen Mitglieder.

Selbstverständlich werden wir nicht verzichten auf die allgemeinen Werbekampagnen bei politischen Anlässen, die mit einer Steigerung des politischen Interesses der Massen, wie bei Wahlen, verbunden sind. Die Erfolge unserer letzten Werbekampagne anläßlich der kommunalen Wahlen bestätigen das. Wir werden auch die Werbung unter den Tausenden und aber Tausenden von Funktionären und aktiven Arbeitern der Roten Hilfe. der IAH, der Sport- und Mieterorganisationen, der Genossenschaften nicht vernachlässigen, weil diese Organisationen aktive Elemente der Arbeiterklasse zusammenfassen und wichtige Reservoire für die Partei sind. Aber vor allem gilt es, die aktivsten Arbeiter in den Betrieben zu gewinnen, und es war gerade eine schwache Seite der letzten Kampagne, daß unter den neu geworbenen Mitgliedern die Betriebsarbeiter in der Minderheit waren.

Die Offensive des Kapitals nimmt immer schärfere und organisiertere Formen an. Noch stärker muß unsere Kampfkraft gesteigert werden. Für jeden aus einem Großbetrieb entlassenen Kämpfer müssen sich drei neue Kämpfer der Partei stellen. In dieser Weise wird es uns gelingen, die strategischen Punkte des Kampffeldes der Klassen zu beherrschen – und zu siegen. [48]

*

Die „engen Stellen“ in der Volkswirtschaft der Sowjetunion

Von Fred Oelßner.

In dem gewaltigen Umwälzungsprozeß der Volkswirtschaft der Sowjetunion, der sich gegenwärtig auf Grund des Fünfjahrplans vollzieht, spielt die Frage der „engen Stellen“ („ußkije mesta“) eine nicht geringe Rolle. Das Wesen dieser Frage besteht in folgendem: Ausgangszeit der sozialistischen Umwälzung der Wirtschaft sind die technischen und menschlichen Produktivkräfte, wie sie in der Sowjetunion am Ende der Wiederaufbauperiode vorhanden sind. Diese tragen aber noch wesentliche Züge ihrer kapitalistischen Vergangenheit. Eben weil nur der Wiederherstellungsprozeß beendet ist, d. h. weil die vom Kapitalismus hinterlassenen Produktivkräfte wieder in Gang gebracht und auf das Vorkriegsniveau gehoben wurden, haftet ihnen ihre Vergangenheit noch zum großen Teil an. Eines

der übelsten Erbteile der kapitalistischen Anarchie ist aber gerade die Disproportionalität zwischen den einzelnen Produktionszweigen. Sie ist ein Grundzug des Kapitalismus. Da das Kapital in den einzelnen Produktionssphären nicht entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen, sondern entsprechend dem Profithunger der Kapitalisten angelegt wird, also vor allem in jene Branchen mit hoher Profitrate strömt, ergibt sich notwendigerweise eine starke Disproportionalität zwischen den einzelnen Produktionszweigen. Die Zurückgebliebenheit der Landwirtschaft hinter der Industrie in der ganzen Welt ist letzten Endes auf diese Tatsache zurückzuführen. Diese vom Kapitalismus ererbte Disproportionalität zwischen den einzelnen Produktionssphären ist die erste Ursache der „engen Stellen". Diese stellen gerade jene zurückgebliebenen Produktionszweige dar.

Die zweite Ursache ergibt sich aus dem Umwandlungsprozeß der Volkswirtschaft selbst. Die Aufgabe besteht ja nicht allein darin, die alte Disproportionalität zu beseitigen, sondern zugleich darin, eine neue, den Erfordernissen der sozialistischen Entwicklung entsprechende Proportionalität zu schaffen. Kein Zweifel, schon in der Wiederherstellungsperiode der russischen Volkswirtschaft sind große Verschiebungen eingetreten, die ganz andere Proportionen als die früheren erfordern; in der Rekonstruktionsperiode ist dies in noch weit größerem Umfange der Fall. Aber diese Verschiebungen bewirken gerade eine weitere Anspannung der „engen Stellen". Im Kapitalismus geschah die Verteilung des Kapitals auf die einzelnen Produktionszweige unter dem Gesichtspunkt größtmöglichster Profitgewinnung. Produktionszweige, die der Versorgung der breiten Massen dienten, wurden vernachlässigt, verkamen, weil andere Zweige höhere Profite abwarfen. Daraus ergab sich u. a. die Stagnation der russischen Landwirtschaft. Mit der Oktoberrevolution ist das radikal anders geworden. Das Ziel des wirtschaftlichen Aufbaues kann nicht die Entwicklung einzelner Industriezweige auf Kosten der Verelendung der breiten Massen sein, sondern die möglichst harmonische Entwicklung aller Produktionszweige, der sozialistische Umbau der gesamten Wirtschaft bei gleichzeitiger Hebung der Lebenslage der Massen. Diese Tatsache fand klaren Ausdruck in der ungeheuer gestiegenen und ständig steigenden Nachfrage des Dorfes nach Industriewaren, sowie in der gewachsenen und fortwährend wachsenden Konsumtion der Bauernschaft, also einer starken Anspannung der landwirtschaftlichen Produktion. Oder ein anderes Beispiel: Der gewaltige industrielle Aufbau der Sowjetunion erfordert [49] zugleich riesige Wohnungsbauten für die Arbeiterschaft, die den Kapitalisten bei Neuanlagen in der Regel wenig Kopfschmerzen machen. Nirgends in der Welt geht der Wohnungsbau so fieberhaft vor sich wie in der Sowjetunion. Das bedeutet natürlich eine große Anspannung der Baumaterialproduktion, die die vorhandene Nachfrage nur teilweise und sehr schwer befriedigen kann.

Endlich kommt noch als dritte Ursache der „engen Stellen" das fast völlige Wegfallen des Außenhandels in Betracht. Die Abhängigkeit des früheren russischen Kapitalismus vom Auslande ist bekannt. Er bezog besonders Produktionsmittel in großem Umfange vom Auslande. Diese Produktionsmitteleinfuhr ist jetzt auf ein Minimum beschränkt, an ihre Stelle muß Eigenproduktion treten.

Alle diese Faktoren bewirken, daß es sehr viele „enge Stellen" in der Volkswirtschaft der Sowjetunion gibt. Es zählen dazu: Landwirtschaft, besonders Getreidebau, Metallurgie und chemische Industrie, Heizmittel- und energetische Basis, Baumaterialien, Transport, Export, Kredit und schließlich auch der Mangel an Spezialisten.

Es kann natürlich kein Zweifel darüber bestehen, daß die Aufgabe den „engen Stellen" gegenüber darin besteht, sie in ein normales Verhältnis zu allen anderen Zweigen der Volkswirtschaft zu bringen. Die Frage ist nur die, wie bei Berücksichtigung dieser Aufgabe die allgemeine Entwicklung der Volkswirtschaft und ihre sozialistische Umwälzung vor sich gehen soll. Soll der Plan so aufgebaut werden, daß in der Entwicklung der gesamten Wirtschaft der niedrige Stand der „engen Stellen" zum Ausgangspunkt genommen wird, daß also der ganze Plan den „engen Stellen" angepaßt wird oder soll umgekehrt der Plan die Erfordernisse der wirtschaftlichen Entwicklung und Umwälzung zum Ausgangspunkt nehmen, um dann durch besondere Anstrengungen die „engen Stellen" auf das Niveau der allgemeinen Entwicklung zu heben? Kurz gesagt, soll der Plan sich den „engen Stellen" anpassen oder soll er sie überwinden? Das ist die Frage.

So gestellt, scheint die Antwort auf diese Frage ganz klar. Daß sie indessen nicht klar war, zeigt die Tatsache, daß die Rechtsopposition in der KPSU gerade den ersten Weg vorschlug, daß sie die „engen Stellen“ zum Ausgangspunkt des planmäßigen Aufbaus machen wollte, wie es ja überhaupt den Opportunismus charakterisiert, daß er stets den Weg des geringsten Widerstandes wählt. Besonders klar fand diese Orientierung der Rechtsopposition auf die „engen Stellen“ in Bucharins „Bemerkungen eines Oekonomen“ Ausdruck, wo er in bezug auf den Mangel an Baumaterial schrieb:

„Gibt es nicht genug Ziegelsteine und kann auch in der gegebenen Saison (aus technischen Gründen) nicht mehr als eine bestimmte Menge erzeugt werden, dann darf man auch kein Bauprogramm aufstellen, das über diese Grenze hinausgeht und dadurch eine Nachfrage hervorrufen, die nicht gedeckt werden kann. Denn möge man noch so sehr die Bautätigkeit weiter forcieren, so kann man doch nicht Fabrik- und Wohngebäude aus Luft bauen ...“ (Inprekorr. 1928, Nr. 118, S. 2322.)

Und an anderer Stelle:

„Wie sollen wir praktisch bauen, wenn wir um 20 Prozent weniger Baumaterial haben als wir brauchen? Können wir hier nicht eine genauere Berechnung und ein genaueres Programm aufstellen, das auf wirkliche und nicht auf eingebildete Balken und Eisen aufgebaut ist?“ (Inprekorr. 1928, Nr. 119, S. 2341.)

Hier zeigt sich ganz klar das Bestreben, als Ausgangspunkt des Bauprogramms die im Moment vorhandene enge Basis der Produktion zu nehmen.

[50] Indessen, Genosse Bucharin hat ja inzwischen seine Fehler anerkannt, hat seine damalige Orientierung auf die „engen Stellen“ (wenn auch nicht ausdrücklich) als falsch verworfen, da ihm das praktische Leben diese Falschheit bewiesen hat. Ist es da nicht überflüssig, auf diese Frage überhaupt noch einzugehen? Mit nichten! Denn aus den Fehlern Bucharins soll die gesamte Komintern lernen. Die Antwort, die das praktische Leben der Rechtsopposition gegeben hat, beweist nicht allein die Richtigkeit des von der KPSU festgelegten Tempos des sozialistischen Aufbaus, sondern sie ist zugleich ein Beweis dafür, daß dieser Aufbau in der Sowjetunion mit noch schnelleren Schritten vorwärts schreitet, als es vor einem Jahre die kühnsten Optimisten hoffen konnten.

Betrachten wir diese Antwort in bezug auf zwei „enge Stellen“ (alle können wir hier ja unmöglich behandeln), die eine besonders beredte Sprache führen, in bezug auf Baumaterialien und Landwirtschaft.

„Man kann Fabriken und Wohngebäude nicht aus Luft bauen“, sagte Genosse Bucharin vor einem Jahr ironisch. Und dennoch hat man im Fünfjahrplan, in den Kontrollziffern für 1928/29, solche „Luftfabriken“ und „Luftwohnungen“ gebaut, aus Ziegeln, die bei Aufstellung des Fünfjahrplans noch nicht gebrannt waren, und man hat die Ziegel mit Zement verbunden, der noch nicht existierte. Und was war die Folge dieses „unrealen Beginnens“? Krach, Bankrott, Lächerlichkeit? Keimte Spur! Die Fabriken und Häuser, vor einem Jahr – im Plan – aus Luft gebaut, sind heute reale Wirklichkeit. Die Fabriken arbeiten, in den Häusern wohnen Arbeiter. Und dabei ist gar kein Wunder geschehen. Entsprechend dem im Plan vorgesehenen Bauprogramm wurde die Produktion von Baumaterialien besonders forciert, so daß das Bauprogramm durchgeführt, die im Plan vorgesehene Steigerung der Produktion von Baumaterialien aber überschritten werden konnte. Nur einige Zahlen zur Demonstration. In den Kontrollziffern für 1928/29 war eine Steigerung der Zementproduktion gegenüber dem Vorjahre um 17,6 Prozent vorgesehen, tatsächlich wurde die Produktion um 19,4 Prozent gesteigert. Die Herstellung von Ziegelsteinen sollte nach dem Plan im Wirtschaftsjahr 1928/29 um 29,4 Prozent erhöht werden, tatsächlich stieg sie um 70,3 Prozent. Während im Vorjahre an Ziegelsteinen noch ein fühlbarer Mangel herrschte, übersteigt jetzt schon teilweise das Angebot die Nachfrage.

Freilich ist die „enge Stelle“ der Baumaterialienherstellung noch nicht überwunden. Es bedarf hier noch großer Anstrengungen. Dennoch nimmt das Defizit an Baumaterialien rapid ab. Rundholz z. B. wies im Jahre 1927/28 ein Defizit von 7 Prozent auf, im Jahre 1928/29 nur noch 3 Prozent. Das Defizit an Fensterglas fiel in derselben Zeit von 28 auf 10 Prozent. Diese wenigen Zahlen zeigen ganz klar die Linie der Entwicklung, die Richtigkeit der Planpolitik der Partei, nicht den Plan nach den „engen Stellen“ zu richten, sondern die „engen Stellen“ nach dem Plan.

Besonders hatte es den Rechten die Landwirtschaft angetan. Sie sprachen von einer „Degradierung der Landwirtschaft“. Am klarsten wurde das von Frumkin, einem Sprachrohr der Rechten, ausgedrückt, der vor etwa einem Jahre folgendes schrieb:

„Jeder Stimulus zur Verbesserung der Wirtschaft, zur Vermehrung des toten und lebenden Inventars, des Produktionsviehs, wird durch die Furcht paralysiert, als Kulak gezählt zu werden ... Die herrschende Stimmung im Dorfe führt neben ihrer politischen Bedeutung zur Degradierung der Landwirtschaft ...“ (Aus dem russischen. F. O.)

[51] Aus dieser Fragestellung folgt logischerweise, daß die Partei den Kampf gegen die kapitalistischen Elemente im Dorfe, gegen die Kulaken einschränken müsse, um ihnen einen Stimulus zur Verbesserung ihrer (privaten, kapitalistischen) Wirtschaft zu geben. Das würde aber nur bei gleichzeitiger Einschränkung der Kollektivierung möglich sein, bei Hemmung der Entwicklung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften. Denn gerade diese sind es, die dem Kulaken das Wasser abgraben. Also auch hier ging die Rechtsopposition von der „engen Stelle“ aus, nämlich der bäuerlichen Privatwirtschaft, dem bäuerlichen Kleinbetrieb. Die Partei ging einen anderen Weg. Gestützt auf die aktive Teilnahme der Dorfarmut und in engem Bündnis mit dem Mittelbauer ging die Partei dazu über, die breiten Massen der Bauernschaft, in erster Linie die armen Bauern, aber in immer weiterem Umfange auch die Mittelbauern, kollektiv zusammenzufassen, den bäuerlichen Kleinbetrieb nicht als „enge Stelle“ zu kultivieren, sondern ihn auf die Höhe moderner landwirtschaftlich-industrieller Kollektivunternehmungen zu heben. Und parallel damit ging die Sowjetregierung unter Leitung der KPSU an die Schaffung gigantischer Sowjetwirtschaften, die nicht auf der Basis der „engen Stelle“ des bäuerlichen Kleinbetriebes, sondern auf der breiten Grundlage der sozialistischen Industrie entstehen. Allerdings bedeutet dieser Prozeß Degradierung. Aber nicht Degradierung der Landwirtschaft überhaupt, wie die Rechtsopportunisten behaupteten, sondern er bedeutet Degradierung der kapitalistischen Elemente in der Landwirtschaft, der Kulaken, die von der Kollektivierung mit Recht ausgeschlossen sind. Die Degradierung dieser kapitalistischen Elemente ist aber ein selbstverständliches, unvermeidliches Produkt des fortschreitenden Vergesellschaftungsprozesses. Sie stellt diesen Prozeß von der anderen Seite dar, demonstriert den Prozeß der ökonomischen Vernichtung des Kulaken, der Zurückdrängung der kapitalistischen Elemente in der Landwirtschaft. Natürlich geht das nicht ohne Kampf ab, die Kulaken setzen sich zur Wehr, ermorden Dorfkorrespondenten und versuchen Verschwörungen anzuzetteln. So ergibt sich jene Lage, die die Rechten nicht begreifen konnten, daß bei fortschreitendem sozialistischen Vormarsch in der Landwirtschaft der Klassenkampf im Dorfe sich verschärft. Der Kulak, der sich ruhig als Ausbeuter entwickeln kann und womöglich noch Staatskredit erhält, führt keinen Kampf gegen den Staat und seine Träger. Der Kulak aber, dem der Staat auf den Pelz rückt, dem er die Ausbeutung einzuschränken bestrebt ist usw., dieser Kulak sucht seine privilegierte Lage mit allen Mitteln zu verteidigen.

Die Kardinalfrage ist nun die: Ist die im Fünfjahrplan vorgesehene Kollektivierung und Entwicklung der Sowjetwirtschaften und die im Zusammenhang damit festgelegte Entwicklung der Landwirtschaft real, oder existiert sie nur auf dem Papier, in der Luft? In der Resolution des Novemberplenums des ZK der KPSU zum Vortrag des Genossen Krischanowski wird festgestellt, daß die Zahl der Bauernwirtschaften, die in Kollektivwirtschaften zusammengefaßt wurden, von 445.000 in 1927/28 auf 1.040.000 in 1928/29 gestiegen sind. Im Plan war eine Steigerung auf 564.000 vorgesehen. Die Saatfläche der Kollektivwirtschaften stieg in der gleichen Zeit auf 206,7 Prozent, während im Plan nur 137,4 Prozent vorgesehen waren. Die Bruttoproduktion erhöhte sich auf 240,4 Prozent, die Warenproduktion (d. h. von Getreide für den Markt) auf 278,3 Prozent. Die Produktion ist also in den Kollektivwirtschaften schneller gestiegen als die Saatfläche, d. h. die Produktivkraft der Kollektivwirtschaften ist höher als im Vorjahre. [52] Ein Bild, weit entfernt von einer Degradierung der Landwirtschaft. Wie steht es aber mit der Landwirtschaft im ganzen? Deckt die Entwicklung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften den Rückgang oder die Degradierung der Kulakenwirtschaften? Darauf gibt die Resolution des November-Plenums folgende Antwort:

„Das allgemeine Wachstum der produktiven Saatfläche (5 Prozent) war, obwohl es hinter der Aufgabe des Planes etwas zurücksteht, sichergestellt durch das Wachstum der Aussaat im vergesellschafteten Sektor und

in den armen und Mittelbauernwirtschaften, die die Einschränkung der Saatfläche in den Kulaken- und reichen Wirtschaften kompensierten.“ („Prawda“, 18. November 1929.)

Dadurch stieg das spezifische Gewicht des vergesellschafteten Sektors von 2,5 auf 5,8 Prozent der Gesamtproduktion und von 12,2 auf 21 Prozent der Warengetreideproduktion.

Zur Vervollständigung des Bildes noch einige Zahlen über die gewaltige technische Umwälzung, die gegenwärtig in der russischen Landwirtschaft vor sich geht. Die große prinzipielle Bedeutung dieses Prozesses hat Genosse Arens in genügender Weise dargestellt[*], so daß ich mich auf einige statistische Angaben beschränken kann. Die Summe, die in totem Inventar, ohne Gebäude, in den letzten Jahren angelegt wurde, betrug in Millionen Rubel:

1925/26	400	1927/28	537
1926/27	463	1928/29	610

Diese gewaltigen Kapitalanlagen finden ihren entsprechenden Ausdruck in einer ständig steigenden Versorgung der Landwirtschaft mit Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen. Es vollzieht sich eine grandiose technische Revolution in der russischen Landwirtschaft. Natürlich ist diese Entwicklung noch lange nicht soweit fortgeschritten, daß die Landwirtschaft nicht mehr zu den „engen Stellen“ der Volkswirtschaft der Sowjetunion zählt. Die Landwirtschaft ist auch in der Sowjetunion heute noch weit hinter der Industrie zurück und wird noch geraume Zeit brauchen, bis sie im nötigen Verhältnis zur Industrie steht. Doch auch auf diesem Gebiet geht es mit Riesenschritten vorwärts. Das beweist am besten die Tatsache, daß es schon in diesem Jahr gelingt, einen Reservefonds bis 100 Millionen Pud Getreide zu schaffen.

Die „Philosophie“ der Rechtsopportunisten über die „engen Stellen“ hat also elend Schiffbruch erlitten. Das wird jetzt von den Rechten selbst anerkannt, denn es ist unmöglich, es nicht anzuerkennen. Für uns ist aber die Tatsache von besonderer Wichtigkeit, daß dieser Bankrott der Rechten zugleich einen glänzenden Sieg der sozialistischen Planwirtschaft dokumentiert. Die Ueberwindung der „engen Stellen“, ihre Entwicklung über den Fünfjahrplan hinaus ist der Beweis für die praktische Durchführbarkeit der Parole, die sich jetzt die Arbeiter der Sowjetunion stellen: Durchführung des Fünfjahrplans in vier Jahren! [53]

*

Die marxistische Zusammenbruchstheorie

Von Kraus

Ein dickes Buch eines Universitätsdozenten über den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems –, auch das ist ein Zeichen der Zeit, der Zeit der Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung, des Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems. Henryk Großmann, Privatdozent am Institut für Sozialforschung in Frankfurt/Main, unternimmt es, auf mehr als 600 Seiten das „Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems[**]“ darzustellen.

Großmann meint, Methode und System von Marx wiederhergestellt zu haben und grenzt sich scharf gegen alle revisionistischen Theorien ab, die die Notwendigkeit des Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems, dieses Kernstück des Marxismus, leugnen. Seine Theorie des Zusammenbruchs ist jedoch nicht die von Marx, wie auch seine Theorie des Imperialismus nicht die von Lenin ist. Dennoch kommt diesem Werk das Verdienst zu, eine Reihe von Fragen der marxistisch-leninistischen Theorie des Kapitalismus und des Imperialismus neu gestellt zu haben. Eine sachliche Auseinandersetzung mit der Großmannschen Theorie kann das Verständnis einer Reihe von aktuellen und prinzipiellen Fragen nur fördern.

Hier kann es nicht darauf ankommen, den Gedankengang Großmanns in allen Einzelheiten darzustellen und zu kritisieren. Wir müssen uns auf die wichtigsten prinzipiellen Fragen beschränken.

[*] Siehe Heft 19 der „Internationale“, 1929, S. 621.

[**] Leipzig, 1929, C. L. Hirschfeld, Schriften des Instituts für Sozialforschung, herausgegeben von Karl Grünberg. Im folgenden beziehen sich die ohne nähere Angaben zitierten Seitenzahlens auf dieses Buch.

1. Die Methode

Großmann rühmt sich, zum erstenmal die Methode, die dem „Kapital“ zugrunde liegt, rekonstruiert zu haben. Merkwürdigerweise habe man sich bisher überhaupt über die Marxsche Methode keine Gedanken gemacht. Das ist eine kühne Behauptung. Es gibt, insbesondere in der russischen Sprache, eine ausgedehnte Literatur über die Marxsche Methode, Unkenntnis dieser Literatur ist kein Argument.

In Wirklichkeit liegt die Hauptschwäche von Großmann gerade darin, daß er die Marxsche Methode nicht begriffen hat und nicht zu gebrauchen versteht. Darum kommt er auch trotz des richtigen Ausgangspunkts bei seiner Problemstellung zu einer völlig falschen Lösung.

Die Methode von Marx ist nicht abstrakt, sondern konkret. Zur Erforschung der Gesetze der Wirklichkeit, die unter der Oberfläche der Erscheinungen liegen, sind Abstraktionen notwendig, d. h. man muß es verstehen, von dem, was an dem jeweils untersuchten Zusammenhang unwesentlich ist, abzusehen, um das Wesentliche zu erfassen. Bei der Untersuchung der Produktion des Mehrwertes im ersten Band des „Kapital“ kann und muß z. B. Marx von den Gesetzen absehen, „abstrahieren“, die den Profit und die Abweichung des Preises vom Wert regeln. Bei der Untersuchung der allgemeinen Gesetze der Warenzirkulation innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft kann man von der nichtkapitalistischen Umwelt abstrahieren eben deshalb, weil diese Gesetze von dem Verhältnis zu dieser Umwelt unabhängig sind. Die Abstraktionen, die Marx macht, sind keineswegs willkürlich, sondern sie entsprechen gemäß der materialistischen Methode völlig den wirklichen Zusammenhängen. An die Stelle dieser Methode der materialistischen Dialektik setzt Großmann eine „Stufentheorie“ der Erkenntnis, die bei der Fiktionstheorie von Vaihinger Anleihen aufnimmt. Man könne die allzu komplizierte Wirklichkeit nicht unmittelbar erkennen, man müsse sich ihr stufenweise nähern durch vereinfachende fiktive Voraussetzungen. Dadurch komme man zu vorläufigen Ergebnissen, die erst durch eine nachträgliche Korrektur mit der Wirklichkeit in Uebereinstimmung gebracht werden müßten. (VI/VII.) Der Ausgangspunkt der Erkenntnis ist danach nicht das Aufspüren der wirklichen Zusammenhänge in der Mannigfaltigkeit der Erscheinungen, der konkreten Tatsachen, sondern das Ausdenken will-[54]kürlicher Gedankendinge (Fiktionen), die nachträglich irgendwie mit der Wirklichkeit in Einklang gebracht werden sollen. Diese Methode, die mit der von Marx nichts gemein hat, ist in der Tat die von Gr. Er macht Abstraktionen, schematische Konstruktionen auf Grund willkürlicher Annahmen und findet dann nicht den Weg von dieser Abstraktion zur konkreten Wirklichkeit.

Diese abstrakte Methode hindert Großmann auch daran, den Zusammenhang von Oekonomie und Politik richtig zu erfassen. Er stellt sich in seinem Buch die Aufgabe, lediglich die ökonomischen Voraussetzungen des Zusammenbruchs darzustellen, weist aber den Verdacht eines „reinen Oekonomismus“ von sich. Er meint, es sei überflüssig, über den Zusammenhang von Oekonomie und Politik euch nur ein Wort zu verlieren. (X). Aber seine Darstellung des Zusammenbruches zeigt, daß er gerade diese für die marxistische Zusammenbruchstheorie grundlegende Frage nicht richtig erfaßt hat.

Gewiß, Marx begründet die Notwendigkeit des Zusammenbruchs ökonomisch, aber nicht „rein ökonomisch“. Die „reine Oekonomie ist eine bürgerliche Erfindung, sie entspricht dem „Fetischcharakter“ der Ware. Eine „reine Oekonomie“, die Wirtschaftsgesetze unabhängig von der Betrachtung der in der Produktion tätigen Menschen, also ohne soziale und politische Gesetzmäßigkeiten aufstellen will, ist ein Unding. Die ökonomischen Gesetze handeln nicht von dem Verhältnis von Dingen, sondern von den Beziehungen zwischen den Menschen; und so bedeutet auch der ökonomische Nachweis des Zusammenbruchs des Kapitalismus nichts anderes, als den Nachweis solcher sozialen Verhältnisse, in denen das Fortbestehen des Kapitalismus für die unter den kapitalistischen Produktionsverhältnis lebenden Menschen unerträglich, die Revolution notwendig wird.

Ein Blick in den berühmten Abschnitt des ersten Bandes des „Kapital“ über die „Geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation“ beweist augenscheinlich, daß Marx die Frage so gestellt hat. Akkumulation des Reichtums auf der einen, Akkumulation des Elends auf der anderen Seite, die so entstehende äußerste Verschärfung der Klassengegensätze und die daraus entspringende Expropriation der Expropriateure, das ist die Form, in der sich der Zusammenbruch des Kapitalismus vollzieht. Gr. ist trotz seiner Verwahrung dagegen ein Vertreter einer mechanischen Zusammenbruchstheorie.

2. Fall der Profitrate, Zusammenbruch und Krise nach Großmann

Gr. will sowohl das Zusammenbruchsgesetz als auch die Krisentheorie aus dem Gesetz des tendenziellen Falles der Profitrate ableiten. Dieser Grundgedanke seines Werkes ist absolut richtig und es ist sein Verdienst, die Bedeutung dieses Gesetzes wieder gebührend in den Vordergrund gerückt zu haben. Er zitiert eine Reihe von Stellen, in denen Marx von diesem Gesetz als von dem Fatum spricht, „das über der bürgerlichen Produktion schwebt", von dem „Grausen" der bürgerlichen Oekonomen „vor der unheilvollen Tendenz", „von der bürgerlichen Götterdämmerung – dem jüngsten Tag –", den dieses Gesetz für Ricardo bedeutet. (S. 110.)

Zum Nachweis der verhängnisvollen Bedeutung des Falles der Profitrate bedient sich Großmann des von Otto Bauer aufgestellten Akkumulationsschemas. Dieses geht von der Annahme aus, daß das variable Kapital (v) jährlich entsprechend der Bevölkerungsvermehrung um 5 Prozent, das constante (c) um 10 Prozent wächst, die Mehrwertrate ständig = 100 Prozent bleibt. Dann ergibt sich infolge der ständigen Erhöhung der organischen Zusammensetzung auch ein ständiges Sinken der Profitrate. Während Bauer annimmt, daß die Kapitalsakkumulation nach diesem Schema unbeschränkt fortgesetzt werden könnte, hat nun Gr. berechnet, daß im 21. Jahr unter den gemachten Voraussetzungen der Teil des Mehrwerts, der nicht akkumuliert, sondern vom Kapitalisten verzehrt wird, abzunehmen beginnt und im 35. Jahre gänzlich verschwindet. Der Fehler von Otto Bauer besteht also darin, daß er sein Schema nur bis zum 4. Produktionszyklus nachrechnet. Hätte er fleißiger gerechnet, dann hätte er schon das von Gr. entdeckte Zusammenbruchsgesetz gefunden!

Wenn die Akkumulation an dem Punkt angelangt ist, wo ihre Fort-[55]setzung nicht mehr eine Steigerung, sondern eine Verminderung der Revenue der Kapitalisten zur Folge hat, dann hat sie nach Großmann ihren Zweck für die Kapitalisten verloren, denn kann die Akkumulation nicht fortgesetzt werden, es tritt „Ueberakkumulation" ein. Kapital ist vorhanden, das nicht mir Akkumulation verwandt werden kann.

„Der beschriebene Zustand als ständige Erscheinung wäre gleichbedeutend mit einer Zersetzung des kapitalistischen Mechanismus, mit seinem ökonomischen Ende." (S. 122.)

Gäbe es keine Gegentendenzen gegen den Fall der Profitrate, so müßte unter diesen Voraussetzungen der Zusammenbruch eintreten. Infolge der Wirksamkeit von Gegentendenzen aber führt die Ueberakkumulation nicht sofort zum endgültigen Zusammenbruch, sondern zum Ausbruch einer Krise, in der der Kapitalismus ein neues Gleichgewicht herstellt und die Akkumulation auf neuer Grundlage fortsetzt. In der Krise tritt Kapitalentwertung und Lohndruck und durch beide Ursachen eine Erhöhung der Profitrate ein. Dadurch wird der tote Punkt überwunden und das Spiel kann von neuem beginnen. So soll die periodische Wiederkehr der Krisen erklärt werden.

„Aber trotz aller periodischen Unterbrechungen und Abschwächungen der Zusammenbruchstendenz geht der Gesamtmechanismus mit dem Fortschreiten der Kapitalakkumulation immer mehr seinem Ende notwendig entgegen, weil mit dem absoluten Wachstum der Kapitalakkumulation die Verwertung dieses gewachsenen Kapitals progressiv schwieriger wird. Werden einmal diese Gegentendenzen selbst abgeschwächt oder zum Stillstand gebracht, dann gewinnt die Zusammenbruchstendenz die Oberhand und setzt sich in ihrer absoluten Geltung als die ‚letzte Krise durch." (S. 140.)

3. Fall der Profitrate und Krise nach Marx

Zwischen dem Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate und dem Konjunkturzyklus der kapitalistischen Produktion besteht ein wesentlicher Zusammenhang, den Marx im 15. Kapitel des 3. Bandes des „Kapital" dar. gestellt hat. Aber dieser Zusammenhang sieht ganz anders aus, als ihn Gr. darstellt. Gr. unterscheidet den Fall der Profitrate im Stadium der Ueberakkumulation, d. h. der Krise, von dem Feil der Profitrate als ständige Begleiterscheinung der Akkumulation (S. 123). Diese Unterscheidung ist aber weder in den Tatsachen, noch in der marxistischen Theorie begründet. In Wirklichkeit erfolgt der Fall der Profitrate nicht als ein kontinuierlicher Prozeß, sondern diese Tendenz setzt sich in den Krisen sprunghaft und periodisch durch.

Das ist leicht zu verstehen, wenn man sich die Ursachen des Falls der Profitrate klarmacht. Die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals führt zum Sinken der Profitrate nur unter der

Voraussetzung, daß die steigende Produktivität der Arbeit, die sich in dieser Erhöhung ausdrückt, sowohl im Wert als auch im Preise des Produkts zum Ausdruck kommt. Vervollkommnung der Produktionsmittel, Ersetzung von Arbeitern durch die Maschinen, also Steigerung von c auf Kotten von v bedeutet zunächst die Herabdrückung der Produktionskosten. Bleiben die Preise unverändert, so wird der Profit und damit auch die Profitrate nicht kleiner, sondern größer. Das ist so lange die Regel, bis sich der technische Fortschritt, die mit ihm verbundene Erhöhung der organischen Zusammensetzung in der gesamten Produktion durchgesetzt, ein neues, geringeres Maß der „gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit“ allgemein gebildet hat. Diese Gesetzmäßigkeit hat Marx mehrfach entwickelt:

„Kein Kapitalist wendet eine neue Produktionsweise, sie mag noch so viel produktiver sein, oder um noch so viel die Rate des Mehrwerts vermehren, freiwillig an, sobald sie die Profitrate vermindert. Aber jede solche neue Produktionsweise verwohlfeilert die Waren. Er verkauft sie daher ursprünglich über ihrem Produktionspreis, vielleicht über ihrem Wert. Er steckt die Differenz ein, die zwischen ihren Produktionskosten und dem Marktpreis der übrigen, zu höheren Produktionskosten produzierten Waren besteht. Er kann dies, weil der Durchschnitt der zur Produktion dieser Waren gesellschaftlich erheischten Arbeitszeit größer ist als die mit der neuen Produktionsweise erheischte Arbeitszeit. Seine Produktionsprozedur steht über dem Durchschnitt der gesellschaftlichen. [56] Aber die Konkurrenz verallgemeinert sie und unterwirft sie dem allgemeinen Gesetz. Dann tritt das Sinken der Profitrate ein.“ (Kapital III, 1, S. 247.)

Das Sinken der Profitrate verwirklicht sich also durch das allgemeine Sinken des Preisniveaus. Aber durch welche Ursachen wird dies bewirkt? Die Kapitalisten ermäßigen nicht freiwillig die Preise und die Profite. Solange die Konjunktur ansteigt, sinken die Preise nicht, sondern sie steigen.

Der Umschwung tritt erst ein, wenn der Markt überhäuft ist, wenn die Ueberproduktion sichtbar wird, wenn die Krise einsetzt.

In den Krisen vollzieht sich der Ausgleich der Preise zu den Werten und damit der Fall der Profitrate. Das spricht Marx z. B. klar aus in den Theorien über den Mehrwert“. (II, 5. 216):

„Die Ueberproduktion bringt einen dauernden Fall des Profits hervor, aber sie ist dauernd periodisch.“

Gr. verkennt diesen für die Krisentheorie entscheidenden Zusammenhang völlig, weil er das Problem der Realisierung des produzierten Wertes gänzlich verneint. Er will seine ganze Untersuchung unter der Voraussetzung der Uebereinstimmung der Preise mit den Werten, der Deckung von Angebot und Nachfrage durchführen. Das ist möglich, solange man nur die Produktion des Mehrwertes untersucht. Darum konnte Marx auch diese Annahme im ersten Band des „Kapital“ konsequent festhalten. Das ist unmöglich, wenn man den Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion und speziell die Gesetze des Konjunkturzyklus untersucht. Darum spielt die Frage des Preises und der systematischen Abweichung des Preises vom Wert im 3. Band des „Kapital“ eine wesentliche Rolle.

Bei der Untersuchung der allgemeinen Krisengesetzmäßigkeit muß man von allen zufälligen Preisschwankungen, wie sie z. B. durch Mißernten, Naturkatastrophen u. dgl. entstehen, absehen. Denn die aus solchen Ursachen entstehenden Krisen sind nicht die dem Reproduktionsprozeß des Kapitalismus selbst entspringenden Krisen. Dagegen kann man unmöglich von der Frage der Abweichung der Preise von den Werten und der Angleichung der Preise an die Werte absehen, weil diese Angleichung in Preiskatastrophen erfolgt, die das Grundmoment der Krise bilden.

Großmann wirft auch die Frage nach der Dauer des Konjunkturzyklus auf und behauptet kühn, seine Theorie versuche zum erstenmal, die Phasenlänge zu bestimmen (S. 212). An einer anderen Stelle erwähnt er nebenbei in einer Anmerkung, die Rolle des fixen Kapitals, die regulierend auf die Periodizität der Krise einwirke (S. 140). Marx hat unzweideutig ausgesprochen, daß sich durch den „eine Reihe von Jahren umfassenden Zyklus von zusammenhängenden Umschlägen, in welche das Kapital durch seinen fixen Bestandteil gebannt ist, eine materielle Grundlage der periodischen Krisen“ ergibt. (Kapital, Band II, S. 156.)

Das wird klar, wenn wir bedenken, daß die Ueberproduktion erst dann eintritt, wenn sich die neuen Produktionsanlagen, in denen sich der technische Fortschritt, die Steigerung der Produktivität der

Arbeit verkörpert, in der Produktion toll auswirkt. Daher bestimmt die Zeit von dem Beginn großer Anlagen von fixem Kapital bis zu ihrer vollen Wirksamkeit in der Produktion die Länge der Phase vom Beginn des Aufschwunges bis zum Beginn der Krise. Diese Grundlage für die Bestimmung der Phasenlänge hat Marx gegeben. Dagegen ist es vom Standpunkt Gr.s aus unverständlich, welcher Zusammenhang zwischen der Reproduktion des fixen Kapitals und der Zeitspanne bis zur Abnahme der Revenue der Kapitalisten nach dem Bauerschen Schema bestehen soll.

Wie man sieht, ist der Zusammenhang zwischen dem Fall der Profitrate und der Krisentheorie ein wesentlich anderer, als der, den Gr. konstruiert.

4. Eine unmarxistische Bevölkerungstheorie

Gr. ergänzt seine Krisen- und Zusammenbruchstheorie durch eine Bevölkerungstheorie, die nicht nur falsch, sondern geradezu absurd ist. Da er die Ueberakkumulation, die doch nur ein anderer Ausdruck für die Ueberproduktion ist, ohne die Aufrollung der Absatzfrage erklären will, verfällt er auf den Gedanken, sie daraus zu erklären, daß die „Verwertungsbasis, die Bevölkerung, im Verhältnis zum angeschwollenen Kapital zu klein ist“ (S. 125). Wenn Kapital vorhanden ist, das nicht verwertet werden kann, [57] weil kein Arbeiter mehr zur Verfügung steht, der beschäftigt werden könnte, dann liegt das Kapital brach und so entsteht Ueberakkumulation von Kapital, die ihrerseits wieder „Ueberbevölkerung“ zur Folge hat.

Diese unsinnige Theorie entspringt einer Kombination aus dem Bauerschen Schema und falsch gedeuteten Marx-Zitaten. Das Bauersche Schema setzt voraus, daß die Kapitalakkumulation sich der natürlichen Bevölkerungsvermehrung anpaßt. Die jährliche Steigerung von v um 5 Prozent soll einer jährlichen Bevölkerungsvermehrung von 5 Prozent entsprechen. Gr. hält an dieser Voraussetzung fest, weil er auch auf dem Arbeitsmarkt die Deckung von Angebot und Nachfrage annehmen will, zitiert aber zugleich zustimmend Rosa Luxemburgs Kritik an dieser harmonistischen Akkumulationstheorie. (S. 322.) Die Korrektur, die er an das Bauersche Schema anbringt, ist in dieser Frage absolut unwesentlich:

„Innerhalb der früher bestimmten Verwertungsgrenze ist das Tempo der Kapitalsakkumulation von der Größe des Bevölkerungswachstuns unabhängig. Das Akkumulationstempo variiert parallel mit der Höhe der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Es kann bei derselben Rate des Bevölkerungswachstums verschieden groß sein, an Beschleunigung zu- oder abnehmen, je nachdem die organische Zusammensetzung hoch oder niedrig ist.“ (S. 224.)

Das würde selbstverständlich auch Otto Bauer zugeben. Der Hinweis darauf, daß das Wachsen von c von der Entwicklung der organischen Zusammensetzung abhängt, ändert nichts an der Annahme, daß die Entwicklung von v in schönster Harmonie mit der „natürlichen Bevölkerungsvermehrung“ vor sich geht. Es liegt keine Spur von Logik darin, wenn Großmann sagt:

„... aus der Tatsache, daß das konstante Kapital rascher wächst als die Bevölkerung, ergibt sich unabwendbar, daß nach einer mehr oder weniger langen Akkumulationsperiode der Zeitpunkt kommen muß, wo eine gegebene Bevölkerung nicht ausreicht, um die angeschwollene Kapitalsmasse zu verwerten.“ (S. 380.)

Das Wachstum von c hat an und für sich mit der Nachfrage nach Arbeitern gar nichts zu tun und das raschere Wachstum von c im Vergleich zu v kann unmöglich dazu führen, daß ein Mangel an Arbeitskräften eintritt. Sondern umgekehrt, es muß dazu führen (da das Wachstum des Gesamtkapitals keineswegs von der Bevölkerungsvermehrung abhängt), daß die relativ verlangsamte Vermehrung von v in der relativen „Ueberbevölkerung“, in der Produktion der industriellen Reservearmee zum Ausdruck kommt.

Die Abweichung Bauers vom Marxismus besteht nicht darin, daß er die Entwicklung der organischen Zusammensetzung des Kapitals vergißt, sondern darin, daß er den Zusammenhang zwischen Kapitalsakkumulation und Bevölkerungsvermehrung auf den Kopf stellt. Nach der Auffassung von Marx gibt es kein „natürliches Bevölkerungsgesetz“, das unabhängig von den Produktionsverhältnissen die Bevölkerungsvermehrung regeln und innerhalb der kapitalistischen Produktion das

Tempo der Akkumulation bestimmen könnte; sondern umgekehrt, das Bevölkerungsgesetz ist, wie jedes soziale Gesetz, von den Produktionsverhältnissen abhängig. Das Gesetz der Akkumulation bedingt die Entwicklung der Bevölkerung und nicht umgekehrt.

Die Bauer-Großmannsche Bevölkerungstheorie vernachlässigt den Unterschied zwischen dem Wachsen von v und der Nachfrage nach Arbeitskraft. Dasselbe v kann je nach dem Stand der Löhne eine größere oder kleinere Zahl von Arbeitern beschäftigen. Und zweitens, was noch wichtiger ist, ist die Vermehrung der industriellen Arbeiterschaft in weiten Grenzen unabhängig von der Bevölkerungsbewegung. Die ungeheure Vermehrung des Proletariats, die eine Voraussetzung für die Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise war, hat sich bekanntlich nicht durch eine plötzliche Steigerung der Geburtenziffer vollzogen, sondern in erster Linie durch das massenweise Herabsinken früher selbständiger Existenzen ins Proletariat. Dieser für die ursprüngliche Akkumulation charakteristische Vorgang setzt sich auch in der Zeit der „normalen“ Kapitalsakkumulation fort; dazu kommt die Hineinziehung von Frauen, Jugendlichen und Kindern in den Produktionsprozeß und schließlich Ein- und Auswanderung. Die kapitalistische Rationalisierung der letzten Jahre hat gezeigt, welche Reserven an Arbeitskräften [58] selbst in industriell so entwickelten Ländern wie Deutschland noch aus dem weiblichen und jugendlichen Proletariat herauszuholen sind. Frankreich hat seit vielen Jahren seine geringe natürliche Bevölkerungsvermehrung völlig durch die Einwanderung ausländischer Arbeiter ausgeglichen. Es gibt kein Beispiel aus der Geschichte des modernen Kapitalismus, wo eine Krise infolge Arbeitermanget ausgebrochen wäre. G. kann zur empirischen Begründung dieser merkwürdigen Theorie auch keine andere Tatsache anführen, als die Jagd nach Arbeitssklaven für die industriellen Unternehmungen in den Kolonien. Daß der Arbeitermangel in einem rückständigen Gebiet, in dem überhaupt noch kein industrielles Proletariat existiert, nichts gemein hat mit einem durch Ueberakkumulation entstandenen Arbeitermangel, liegt auf der Hand.

In Wirklichkeit ist die relative „Ueberbevölkerung“, die industrielle Reservearmee, nicht, wie Gr. es darstellt, erst das Produkt der kapitalistischen Akkumulation auf einer gewissen Höhe der Entwicklung, sondern eine „Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsweise“.

„Sie schafft für seine (d. h. des Kapitals) wechselnden Verwertungsbedürfnisse das stets bereite, ausbeutbare Menschenmaterial, unabhängig von den Schranken der wirklichen Bevölkerungszunahme.“ („Kapital“, Band I, Volksausgabe, Seite 570.)

Marx verhöhnt in seiner Darstellung des allgemeinen Gesetzes der Kapitalsakkumulation („Kapital“, Band I, 33. Kapitel) jene Oekonomen, welche die Phänomene der Akkumulation dahin deuten, „daß einmal zu wenig, das andere Mal zu viel Lohnarbeiter existieren“. Seine These ist die entgegengesetzte:

„Es sind diese absoluten Bewegungen in der Akkumulation des Kapitals, welche sich als relative Bewegungen in der Masse der ausbeutbaren Arbeitskraft widerspiegeln und daher der eigenen Bewegung der letzteren geschuldet scheinen.“ („Kapital“, I. Volksausgabe, S. 556.)

Gr. hat allerdings eine Stelle im „Kapital“ entdeckt, die er für seine Auffassung ausnutzen zu können glaubt. Im 3. Band des „Kapital“ heißt es:

„Die Schöpfung von Mehrwert findet, die nötigen Produktionsmittel, d. h. hinreichende Akkumulation von Kapital vorausgesetzt, keine andere Schranke als die Arbeiterbevölkerung, wenn die Rate des Mehrwerts, also der Exploitationsgrad der Arbeit, und keine andere Schranke als den Exploitationsgrad der Arbeit, wenn die Arbeiterbevölkerung gegeben ist.“ („Kapital“, Band III, 1, S. 224/25.)

Auf dieses Zitat hinweisend, sagt Gr. triumphierend:

„Die Bevölkerung bildet somit eine Schranke der Akkumulation; aber nicht eine Schranke im Sinne Rosa Luxemburgs, d. h. so, daß die Zahl der Konsumenten, der Abnehmer die Akkumulation beschränkt, sondern derart, daß mit der Bevölkerung auch die Verwertungsgrenze gegeben ist.“ (S. 375.)

Das ist ein Musterbeispiel dafür, wie man nicht zitieren darf, ein Musterbeispiel jener Marx-„Orthodoxie“, die sich aus dem Zusammenhang der Darstellung jene Stellen herausklaubt, die für die jeweils als marxistisch verteidigte Behauptung zeugen, ohne jeden Versuch, die Stelle in dem von Marx gegebenen Zusammenhang zu verstehen.

An der zitierten Stelle behandelt Marx die Entfaltung der inneren Widersprüche des Gesetzes der sinkenden Profitrate. Gerade hier zeigt er, warum die spezifisch kapitalistischen Produktionsbedingungen zu einer Schranke für die Entwicklung der Produktivkräfte werden. Gäbe es keine andere Schranke, als die Arbeiterbevölkerung, dann wäre es unsinnig, von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen als Fessel der Produktivkräfte zu sprechen. Denn daß die Produktion in der Zahl der produzierenden Menschen eine Schranke findet, das ist ein selbstverständliches Naturgesetz jeder Produktionsweise.

Um die spezifischen Schranken der kapitalistischen Produktionsweise aufzuzeigen, kann Marx nicht bei dem „unmittelbaren Produktionsprozeß", der keine andere Schranke als die oben angegebene hat, stehenbleiben.

„Aber mit dieser Produktion des Mehrwertes ist nur der erste Akt des kapitalistischen Produktionsprozesses, der unmittelbare Produktionsprozeß [59] beendet. Das Kapital hat so und so viel unbezahlte Arbeit eingesaugt. Mit der Entwicklung des Prozesses, der sich im Fall der Profitrete ausdrückt, schwillt die Masse des so produzierten Mehrwerts ins Ungeheure. Nun kommt der zweite Akt des Prozesses. Die gesamte Warenmasse, das Gesamtprodukt, sowohl der Teil, der das konstante und variable Kapital ersetzt, wie der, der den Mehrwert darstellt, muß verkauft werden. Geschieht das nicht, oder nur zum Teil, oder nur zu Preisen, die unter den Produktionszweigen stehen, so ist der Arbeiter zwar exploitiert, aber seine Exploitation realisiert sich nicht als solche für den Kapitalisten, kann mit gar keiner oder nur teilweiser Realisation des abgepreßten Mehrwertes, ja mit teilweisem oder ganzem Verlust seines Kapitals verbunden sein. Die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und die ihrer Realisation sind nicht identisch. Sie fallen nicht nur nach Zeit und Ort, sondern auch begrifflich auseinander. Die einen sind nur beschränkt durch die Produktivkraft der Gesellschaft, die andern durch die Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige und durch die Konsumtionskraft der Gesellschaft." („Kapital", Band III, 1, S. 225/26.)

Und nun wird erläutert, wie die Konsumtionskraft durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse eingeschränkt wird. So wird der Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise, der Widerspruch zwischen der ständig wachsenden Produktivkraft der Arbeit und den Schranken des kapitalistischen Marktes aufgedeckt. Gr. sucht die Schranken der kapitalistischen Produktion in der „unmittelbaren Produktion des Mehrwertes", aber gerade hier gibt es nur allgemeine Schranken der „Produktivkraft der Gesellschaft". Erst bei der Realisation des Mehrwertes treten die spezifischen Schranken der kapitalistischen Produktionsweise zutage.

LITERATUR

W. Molotow: Der Aufbau des Sozialismus und die Wachstumsschwierigkeiten

85 S., Verlag Carl Hoym Nachfolger, Berlin, 70 Pf.

Die Broschüre enthält das Referat des Genossen Molotow auf der ersten Parteikonferenz der KPdSU des Zentralen Industriegebiets (Moskauer Rayon). Obwohl seit dieser Rede mehrere Monate stürmischer Vorwärtsentwicklung der russischen Wirtschaft vergangen sind, kann die Broschüre unter keinen Umständen als veraltet betrachtet werden. Eine Reihe vollkommen neuer Gesichtspunkte behandelt Molotow in seinem Referat, das er in drei Teile zergliedert: die Analyse der Weltlage, die Lage innerhalb der Komintern und schließlich die Situation in der Sowjetunion und die Aufgaben der KPdSU.

Molotow mißt die Entwicklung der Sowjetunion an der „Entwicklung" der amerikanischen Wirtschaft und kommt nach eingehender Beschäftigung mit dem verzweifelten Versuch der bürgerlichen Oekonomen Amerikas, „die Technik des Gleichgewichts zu entwickeln", zu dem Resultat, daß der Kapitalismus verloren ist und an dem großen internationalen Widerspruch, dem Bestehen der sozialistischen Wirtschaft und der wachsenden Zersetzung des kapitalistischen Systems, unvermeidlich zugrundegeht.

Die sozialistische Entwicklung vollzieht sich dagegen in Widersprüchen, deren Formen und Ausmaß durch die industrielle Ungleichheit – ein Erbe der anarchisch-kapitalistischen Produktionsweise – bedingt sind: auf der einen Seite unerhörte Ueberschreitungen bestimmter, im Fünfjahrplan festgelegter Maximalforderungen, auf der anderen Seite bestimmte Schwierigkeiten, die mit dem Wachstum verbunden, deren Wirkung aber nicht immer vorauszusehen war. Am stärksten keinen diese Schwierigkeiten im Verlauf der Getreidebeschaffung zum Ausdruck.

Sehr eingehend untersucht Molotow die Fragen des ungeheuren Tempos des Sozialismus auf dem Lande, spricht über die Kollektivwirtschaften und betont, „daß ohne unmittelbare praktische Unterstützung der Kollektivierung des Dorfes durch die Industriearbeiterschaft ... nichts von Bestand ... nichts wirklich Sozialistisches geschaffen werden kann“.[1]

[60] Der Sozialistische Wettbewerb fördert die zur Verwirklichung des Fünfjahrplans entwickelte Initiative der Massen. Die Partei muß ihn weiter entfalten.

Im Schlußwort antwortet Molotow in aller Schärfe auf einige Diskussionsredner. Besonderen Raum nimmt die Frage der Ersetzung der verbrauchten, bürokratisierten und hemmenden Elemente im Staats- und Parteiapparat durch die schöpferischen Kräfte der Revolution, die Frage der Kaders ein. „Säuberung der Staatsorgane, kühnes Aufrücken neuer proletarischer Kader zu leitender Arbeit, verstärkte Arbeit an der Erziehung junger Kader“; diese Aufgaben stellt Molotow der Partei.

Die Selbstkritik verbindet Molotow mit der Frage dies Kampfes um die leninistische Linie. Die absoluten Feinde der Partei sind besiegt; jetzt gilt der Kampf der Prinzipienlosigkeit, dem feigen Opportunismus, der genau so notwendig ist, wie der Kampf gegen den Bürokratismus, der aber ebenfalls „ohne entschlossenen, systematischen und unversöhnlichen Kampf mit den rechtsabweichenden Tendenzen in unserer Arbeit“ unmöglich ist.

Das Material, das die Broschüre enthält, macht sie jedem Parteiarbeiter unentbehrlich. Wir empfehlen das Heft deshalb besonders. – Turowski. –

Arthur Feiler: Das Experiment des Bolschewismus

Dieses Buch des bekannten Wirtschaftsredakteurs der „Frankfurter Zeitung“ nimmt in der bürgerlichen Literatur über Sowjetrußland, die in letzter Zeit erschienen ist, eine besondere Stellung ein. Feiler will den Eindruck der strengsten Objektivität erwecken, um bei dem Leser um so besser seine antibolschewistische Hetze anbringen zu können. Dieses Streben nach „Objektivität“, bringt es mit sich, daß Feiler sehr viel Gutes und Anerkennendes über die Aufbauarbeit in der Sowjetunion schreibt. Von diesen positiven Seiten des Buches seien besonders folgende hervorgehoben: Auf Seite 46 findet Feiler warme Worte der Anerkennung für den Kampf der Sowjetregierung gegen das Analphabetentum; am Beispiel Baku schildert er (S. 96 ff.) die Vorteile der sozialistischen Planwirtschaft gegenüber der kapitalistischen Anarchie; seine Anerkennung finden weiter die aus der Arbeiterklasse hervorgegangenen roten Direktoren, die Tüchtiges leisten (S. 108); gegenüber allen „Vorwärts“-Lügen stellt F. fest, daß „das wichtigste, wirklich Neue die Verkürzung der Arbeitszeit“ ist (S. 137); ziemlich gut sieht er auch das Vorhandensein einer wirklichen Betriebsdemokratie unter der proletarischen Diktatur (S. 139), gegenüber der als Wirtschaftsdemokratie von den Sozialdemokraten verherrlichten Despotie in den kapitalistischen Betrieben. Auch die Schilderung des Bildungsprivilegs des Proletariats (S. 203) ist ihm ganz gut gelungen. Und manche andere Stelle des Buches bietet unseren Genossen gutes Material gegen die antibolschewistische Hetze. Allein schon bei diesen positiven Seiten des Buches, wo Feiler sich bemüht, Anerkennungsworte für die gewaltige Aufbauarbeit der Sowjetregierung zu finden, kommt häufig sein Antibolschewismus zum Vorschein. Besonders deutlich tritt das bei der Schilderung der Sowjetgüter (S. 185 ff) und der nationalen Politik (S. 196) hervor.

Diesen kurz skizzierten positiven Seiten des Feilerschen Buches, die von uns in der Agitation und Propaganda sehr gut ausgenutzt werden können, stehen jedoch sehr viele negative Seiten gegenüber, die das Buch auf den Tiefstand der gewöhnlichen antibolschewistischen Schwindelliteratur herabdrücken. So ist für Feiler der Ausgangspunkt seiner ganzen Darstellung der Lebensmittelmangel, oder besser der Mangel überhaupt, der in der Sowjetunion herrsche. Ohne die Ursachen der Lebensmittelschwierigkeiten in der Sowjetunion und den Kampf der Sowjetregierung dagegen zu schildern, begnügt sich Feiler damit, ihn in möglichst grellen Farben zu malen. Während er sonst das Klassenprinzip des Bolschewismus genügend unterstreicht, sagt er hier kein Wort von der bevorzugten Versorgung der Werktätigen, in erster Linie der Arbeiter. So spinnt er – bei scheinbar objektiver Schilderung

[1] Siehe Berichtigung dieses verkürzten Zitats auf S. 187/188.

– in verfeinerter Form den Lügenfaden der Antisowjetpresse weiter. Das Bemühen, den Mangel recht kraß zu schildern, führt Feiler direkt zur Lächerlichkeit. So schildert er z. B. auf Seite 23 „den Mangel an Waren, bei dem man kaufen muß, was es gerade gibt“, an folgendem Beispiel: „Frauen mit Männermützen, [61] Frauen im Kopftuch zum Pelz, der letzte Schrei der Mode, wurde hier noch nicht gehört.“ Nun ist aber gerade an Frauenhüten in der Sowjetunion gar kein Mangel vorhanden. Und wenn Feiler nicht mit der Brille der Voreingenommenheit auf der Nase durch die Straßen von Moskau spaziert wäre, dann hätte er ganze Schaufenster voll Frauenhüte bemerken können. Aber die Frau des neuen Rußland w i l l nicht mehr Frauenhüte tragen. Männermütze und rotes Kopftuch sind ihr äußere Zeichen ihrer Emanzipation. Diese Brille der Voreingenommenheit hinderte Feiler auch, die rund um Moskau (und alle anderen Industriestädte) entstandenen und entstehenden neuen Wohnquartiere – ganz neue Städte – zu bemerken. Darum nur kann er gehässig über „Verwaltungspaläste und Wohnungselend“ schreiben (Seite 18). Oft steigert sich die Feilersche Voreingenommenheit offen zur Gemeinheit. So lesen wir z. B. auf Seite 110: „Der Kampf gegen die Spezialisten, so sagte mir ein Russe, spielt heute dieselbe Rolle wie vor dem Kriege der von der Regierung inszenierte Judenpogrom“. Von besonderer Objektivität zeugt es auch nicht, wenn er auf Seite 122 über den sozialistischen Wettbewerb schreibt, daß die im Fünfjahrplan vorgesehene Produktionsquantität auf Kosten der Qualität erreicht werden könnte. Feiler weiß sehr gut, daß es sich beim sozialistischen Wettbewerb auch, und durchaus nicht in letzter Linie, um die Qualität der Produktion handelt. Ein Blick in eine beliebige russische Zeitung bestätigt das alltäglich. Auf Seite 145 behauptet F., daß die russischen Arbeiter kein Streikrecht haben, obwohl ihnen dieses Recht verfassungsmäßig garantiert ist. Wenn die Gewerkschaften es für die sozialistische Staatsindustrie ablehnen, davon Gebrauch zu machen, so ist dies eben ein Ausdruck des entwickelten Klassenbewußtseins des russischen Proletariats. Besonders zeigt sich der Antibolschewismus Feuers natürlich an der Schilderung der GPU, dem Spießerschreck der ganzen Welt. Die GPU. ist für Feiler

„ein gewaltiger und gewalttätiger, keiner anderen Schranke als dem Gesetz der Revolution unterworfener Machtapparat mit einer eigenen Truppe, mit einem geheimen Polizeidienst, mit einem fürchterlichen Spitzelsystem, mit der schrankenlosen Befugnis zu Verhaftungen, zu langen Einkerkerungen, zu administrativen Verurteilungen, mit Gefängnissen, mit Verschickungen, mit schnell und oft vollstreckten Erschießungen.“ (Seite 217/18.)

Das erinnert fast an die Gruselmärchen Poppoffs! Besonders hat es Herrn Feiler begreiflicherweise der Führer der bolschewistischen Partei, Genosse S t a l i n, angetan. Während er für die Trotzkisten Verständnis findet und die Rechtsopportunisten in sein Herz schließt, ist Stalin schuld, daß es in der Sowjetunion schlechter geworden ist (S. 55), hat Stalin seine alleinseligmachende Kirche aufgemacht (S. 74). Es ist überhaupt sehr interessant zu bemerken, daß Feiler sich als sehr gelehriger Schüler der rechten Opportunisten erweist. Was er z. B. über die Entwicklung der Landwirtschaft und besonders über den Kampf gegen die Kulaken sagt, sind Dinge, die uns bis zum Ueberdruß aus dem Kampf mit den Rechten im ganzen vergangenen Jahre bekannt sind.

Das ist so die äußere Bilanz des Feilerschen Buches. Betrachtet man die theoretischen Probleme, die Feiler behandelt, dann merkt man, daß er nicht ein einziges verstanden hat. Selbst eine so einfache Sache, wie die Fabrikleitungen in der Sowjetunion, hat er nicht begriffen. Nach ihm ist das berühmte „Dreieck“, das in jeder Fabrik besteht (Fabrikdirektor, Sekretär der Parteizelle und Vorsitzender des Gewerkschaftskomitees), nichts weiter als ein Mittel zur Beschränkung der Lohnforderungen der Arbeiter (!), während dieses Dreieck faktisch die kollektive Leitung der Fabrik darstellt. Noch weniger kann Feiler die Grundprobleme der russischen Revolution verstehen. Die Wechselbeziehungen zwischen Masse – Klasse – Partei hat er nicht begriffen und konnte er nicht begreifen, deshalb jammert er über die Diktatur der Partei, des Regimes, wobei völlig unklar bleibt, in wessen Interesse denn diese Diktatur ausgeübt wird?

Als bürgerlicher, d. h. nichtmarxistischer Nationalökonom, ist Feiler natürlich nicht fähig, den Unterschied zwischen ökonomischen Terminen, N a m e n und deren konkreten sozialen I n h a l t zu verstehen. Er kann nicht begreifen, daß die alten, noch von der alten Gesellschaft übernommenen Namen, die auch noch für den sozialistischen Sektor der Sowjetwirtschaft gebraucht werden, hier einen

ganz anderen, direkt entgegengesetzten Inhalt [62] haben Wenn wir z. B. den Fünfjahrplan anschauen, oder die Kontrollziffern, oder Parteidirektiven usw., so finden wir altbekannte Ausdrücke wie Kapital, Wert, Preis, Lohn usw. Diese Worte haben es Feiler angetan. Denn wenn es Kapital gibt, muß es logischerweise auch Kapitalisten geben. So finden wir an vielen Stellen des Feilerschen Buches die Behauptung, daß in der Staatsindustrie der Sowjetunion Staatskapitalismus herrsche, und wiederholt die Frage, was denn in Rußland anders sei als in den kapitalistischen Ländern. (Siehe u. a. Seiten 66, 78, 114, 135, 262). Dabei kommt Feiler aber in Widerspruch mit sich selbst. Denn wenn Kapitalismus herrscht, sei es auch Staatskapitalismus, dann muß es auch Kapitalisten geben, es muß eine Bourgeoisie vorhanden sein. Auf Seite 24 versichert Feiler jedoch: „die Bourgeoisie ist ausradiert, sie ist nicht mehr vorhanden“ Nebenbei bemerkt stimmt das nicht ganz, eine Klasse kann man nicht „ausradieren“. Richtig ist, daß die Bourgeoisie als herrschende Klasse in der Sowjetunion vernichtet ist. Das zugegeben, ist aber klar, daß mit dem Ausdruck „Kapital“ hier etwas ganz anderes bezeichnet wird. In der kapitalistischen Produktionsweise drückt die ökonomische Kategorie Kapital ein ökonomisches Ausbeutungsverhältnis aus, das Klassenverhältnis Bourgeois – Proletarier. Dieses Ausbeutungsverhältnis beruht hier auf dem monopolistischen Privateigentum an Produktionsmitteln. Mit anderen Worten, in der Kategorie Kapital ist dieses monopolistische Privateigentum ausgedrückt. In der Staatsindustrie der Sowjetunion bedeutet das Wort Kapital etwas ganz anderes. Es ist hier der Name für den gesellschaftlichen Reichtum, soweit dieser Arbeitsprodukt ist und zur Produktion verwandt wird. Das Wort Kapital bezeichnet hier also gerade das Gegenteil von dem, was es in der kapitalistischen Produktionsweise bezeichnet, es ist der Ausdruck für das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln.

Das wichtigste Problem aber, das Feiler in seinem Buche behandelt, ist das der Planwirtschaft, des Fünfjahrplanes. Bei vielem Guten und Schätzbaren, was er hier sagt, sieht er die ganze Frage doch durch die Brille der unüberwindlichen Schwierigkeiten, eines grenzenlosen Pessimismus. (Es ist hier besonders offensichtlich, daß er das Motiv zu seiner Musik von den Ideologen der Rechtsopportunisten in der KPSU genommen hat.) Nach Feilers Meinung muß der Fünfjahrplan die Not und den Mangel verschärfen, muß besonders die Unzufriedenheit der Bauern steigern. Doch nicht das ist das Entscheidende. Feiler bezweifelt überhaupt die Realität des Fünfjahrplans, hält dessen Durchführung für problematisch. Darum spricht er vom „Experiment des Bolschewismus“, nennt es ironisch ein „Konjugieren ins Futurum“. Doch in dieser Frage hat bereits die Wirklichkeit Feiler geantwortet. Im ersten Jahre des Fünfjahrplanes ist z. B. die Produktion der sozialistischen Schwerindustrie nicht um 21,4 Prozent, wie im Fünfjahrplan vorgesehen war, sondern um 23,7 Prozent gestiegen (gegenüber dem Vorjahre). Die Kapazität der Elektrizitätswerke stieg nicht, wie im Plane vorgesehen, um 14 Prozent, sondern um 20,3 Prozent. Mit solchen Beispielen könnte ich Seiten füllen. Sie zeigen, daß der Fünfjahrplan durchaus kein „Konjugieren im Futurum“ ist, sondern ein sehr reales Handeln im Präsens. fo.

*

Novemberheft des „Bolschewik“

W. W. Die Nummer 22 des Novemberheftes des „Bolschewik“ enthält eine interessante Besprechung des ZK-Plenums der WKP, dessen Probleme in der Tagespresse bereits gewürdigt worden sind. Der „Bolschewik“ erörtert besonders die Bewegung der Kollektivwirtschaften, die W. Molotow in einem Artikel präzisiert. Der überraschende Fortschritt in der Kollektivisierung hat sehr viel neue Probleme aufgeworfen. Molotow behandelt zuerst die technische Basis der Kollektivwirtschaften. Maschinisierung und Elektrifizierung sind zu beschleunigen. Die Durchführung ist aber nur möglich im Rahmen der Gesamtdurchführung des Fünfjahrplanes. Ein Mittel dazu ist vor allem die Organisation der Arbeit in Kollektivwirtschaften. Planmäßige sozialistische Arbeit ist notwendig. Daher müssen die Kader der Arbeiter, der Partei, der Spezialisten usw. zusammenarbeiten. Das Kollektivzentrum kann durch seinen zentralen Ueberblick die Aufbauarbeit planmäßig gestalten. Die Mobilisation von 25.000 Arbeitern, die Forderung des Novemberplenums, muß durchgeführt werden. Nur so kann den Kollektivwirtschaften [63] das Vertrauen und Hilfe gegeben werden. Die Widerstände müssen überwunden, Maschinen müssen repariert werden u. a. m.

Von einer anderen Seite werden die Fragen der Kollektivwirtschaft in einem Artikel von A. Asisjan über den „Klassenkampf in den Kollektivwirtschaften“ angepackt. Die politische Arbeit auf dem Lande ist von ebensolcher Wichtigkeit, wie die wirtschaftliche Hilfe, ja, der Fortschritt ist unmöglich ohne Beseitigung des Analphabetentums auf dem Lande, ohne aktive politische Arbeit.

An anderer Stelle zeigt Miron Großmann die Entwicklung der Stoßbrigaden, die durch ihre Aktivität bereits ihre Existenzberechtigung bewiesen haben. Aus der täglichen Arbeit heraus müssen die Stoßbrigaden neue Methoden der Arbeit einführen, damit die Leistung gesteigert wenden kann. Rationalisierung der Produktion unter dem Prinzip des sozialistischen Aufbaues.

In einem weiteren Artikel über die charakteristische Zusammensetzung der Arbeiterschaft der Sowjetunion gibt Sausolkow interessante Daten. Im April-Mai 1929 wurden in verschiedenen Arbeitergruppen und verschiedenen Bezirken Erhebungen angestellt. Die Resultate sind außerordentlich interessant. Eine eingehende Würdigung kann hier nicht gegeben werden, jedoch teilen wir mit, daß die Alterszusammensetzung eine durchaus günstige in der Industrie ist. Ueber 40 Jahre alt sind in den verschiedenen Bezirken und Berufen 15,8 bis 32,4 Prozent, also im Durchschnitt etwa 25 Prozent der Arbeiter. Bis 22 Jahre alt sind 12 bis 35 Prozent, im Durchschnitt etwa 25 Prozent, also im Gegensatz zu den kapitalistischen Ländern keine Beschränkung der Arbeitskraft der älteren Arbeiter. Eine weitere Tabelle gibt Auskunft über den Eintritt der Arbeiter in die Industrie. Seit vor 1913 sind in der Industrie tätig: in der Textilindustrie etwa 45 Prozent, in der Metallindustrie etwa 35 Prozent, Steinkohlenindustrie genau 24,3 Prozent und in der Naphtaindustrie 38,2 Prozent. Diese Fragen sind ausschlaggebend für die Beurteilung der Qualifikation der Arbeitskräfte. Während bei den älteren Arbeitern das Analphabetentum noch groß ist, haben die Jungen nicht nur Lesen und Schreiben gelernt, sondern auch viel länger die Schule besucht. Daraus ergibt sich, daß die älteren Arbeiter wohl praktische Erfahrung haben, aber nicht die theoretische Voraussetzung für die so dringend notwendige Besetzung der leitenden Posten.

In einem weiteren Artikel von Flixin werden die Kornfabriken in der UdSSR. behandelt. Bis jetzt bestehen 51 große Kornfabriken. An der Spitze steht der „Gigant“ mit 127.000 Hektar Ackerland. Die Ausbreitung der Korntrusts im Jahre 1929 ist planmäßig verlaufen. Flixin untersucht die Steigerungsfähigkeit und Ausdehnung durch Traktorenbewirtschaftung. Darauf folgen Untersuchungen über die Entwicklung der Kornfabriken nach dem Fünfjahrplan.

Der im Oktober des vergangenen Jahres stattgefundene Börsenkrach in den Vereinigten Staaten von Amerika wird von Madjar in seinen Auswirkungen geprüft. Daran schließen sich im „Bolschewik“ Kritiken und Bibliographien an. Insgesamt zeigt die vielseitige Behandlung der aktuellen Fragen die feste Fundierung der theoretischen Grundsätze des Bolschewismus.

„Kommunistische Internationale“, Heft 44-46, Jahrg. 1929

F. B. Die letzten Nummern beschäftigten sich sehr eingehend mit den Fragen der Massenkämpfe. Das Problem wird von allen Seiten konkret angepackt. Es werden die ökonomischen Voraussetzungen (vergl. vor allem den Artikel von Varga über die amerikanische Krise), die Wege der organisatorischen Umstellung der Parteien (Ulbricht über die Kontrolle der Parteien) und die Führung und der Charakter der Kämpfe und der sich daraus ergebenden Probleme behandelt. Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang das letzte EKKI-Plenum der KJI, das in zwei Artikeln besprochen wird. (Leitartikel in Heft 44 und der auch in der „Internationale“ erschienene Artikel von H. Remmele über die Ergebnisse des Plenums in Heft 46.)

Wichtig ist der Artikel von Jablonski in Heft 45 über den politischen Massenstreik, der jetzt immer mehr in den Vordergrund der Arbeit aller unserer Parteien rückt. Der politische Massenstreik ist das Kettenglied, das die Massenkämpfe in dieser Periode auf eine höhere Stufe [64] hebt; in dem Maße, wie er breite Massen ergreift, beschleunigt er das Herannahen entscheidender Auseinandersetzungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der demonstrative Charakter der Kämpfe muß sich zum Kampfcharakter steigern durch engste Verflechtung der politischen mit den ökonomischen Kämpfen unter der Führung der Partei. Diese Aufgaben: Verflechtung und Führung der Kämpfe durch die Partei, legen die Basis für den Kampf um die Macht.

Ueber die organisatorischen und taktischen Bedingungen der Umwandlung der Streiks und Demonstrationen in Kämpfe schreibt L. Alfred. Er gibt konkrete Anleitungen über die Führung der Demonstrationen und weist auf die Notwendigkeit verstärkter Arbeit unter Polizei und Heer, wie auch besonders auf die Propaganda und Organisation des aktiven proletarischen Selbstschutzes hin.

Merker untersucht die Fehler und Aufgaben der Gewerkschaftsopposition und betont als die entscheidende Aufgabe der Opposition, die Führung der Massenkämpfe sich unter Einsatz aller Kräfte derart zu sichern, daß der Erfolg garantiert ist; Voraussetzung ist stärkste revolutionäre Massenarbeit in Betrieb und Gewerkschaft.

Garlandt berichtet über die Schwierigkeiten und Fehler revolutionärer Gewerkschaftsarbeit unter dem italienischen Faschismus. Die Klassengewerkschaften sind noch sehr schwach unter den breiten Arbeitermassen verankert, der Aufbau der Funktionärkader und damit der Gewerkschaftsorganisation vollzieht sich sehr langsam, so daß sich vielfach ein Tempoverlust gegenüber der wachsenden Aktivität der Arbeitermassen ergibt. Auch hier steht also die Frage der „Wendung“, die Frage der Bolschewisierung der kommunistischen Arbeit mit unmittelbar praktischer Schärfe vor der KPI und den Klassengewerkschiften.

„Klassenkampf“: Koalitionsjammer der „Linken“

Heft 1 des 4. Jahrgangs der „theoretischen“ Zeitschrift der „linken“ Sozialdemokraten Deutschlands „Der Klassenkampf“ steht ausschließlich unter dem Zeichen des Katzenjammers der „Linken“ über die „Erfolge“, die die Koalitionspolitik des Hermann-Müller-Kabinetts in den letzten Monaten aufzuweisen hatte. Paul Levi schließt im Leitartikel mit der elegischen Frage: „Wo ist der Sieg von 1928?“ Panzerkreuzer, steuerfreie Anleihe und Dezemberkonkurs, das seien die Leidensstationen der Koalitionsregierung. Max Seydewitz fordert in radikalen Tönen: „Macht Schluß mit der Regierung“, denn „je früher die sozialdemokratische Fraktion den Mut findet, mit dieser Koalitionsregierung Schluß zu machen, um so geringer wird der Schaden sein“. Auch Hilferdings Ausschiffung könne die Regierung nicht mehr retten, sie sei bankrott. Die 28 Dissidenten der sozialdemokratischen Fraktion bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für die Regierung werden feierlich aufgeführt mit der Entschuldigung, daß „das Nichtmitstimmen bei entscheidenden Abstimmungen im Rahmen der verhältnismäßig starren Fraktionsdisziplin der sozialdemokratischen Fraktion die einzige Möglichkeit, die Auffassung der Minderheit auszudrucken“, sei. (!)

Auch Petrich spricht in seinem Artikel „Zweimal Hilferding oder der Bankrott der Großen Koalition“ vom „Trauer- und Satirspiel“, dem endlich ein Ende gemacht werden müsse, und Anna Siemsen, die Schachts Rolle im Reichstag mit der Rolle des Leutnants mit zehn Mann vergleicht, fordert nach echt „linker“ Methode, daß die Partei „erneut in einen ernsten Machtkampf eintritt, ohne uns durch die scheinbare Machtstellung einer Koalitionsbeteiligung binden zu lassen, die längst in ihr Gegenteil ausartete“.

Diese Forderung nach dem erneuten (!) „ernsten Machtkampf“ der Sozialdemokratie kennzeichnet die ganze Jämmerlichkeit dieser „Auseinandersetzungen“ der „Linken“ mit dem Koalitionsproblem, deren ganzer Zweck es ist, die steigende Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter über diese Politik aufzufangen und in Scheinoppositionen zu verzetteln. Natürlich wissen diese „Linken“ ganz genau, daß die SPD außerhalb der Koalition die gleiche Politik machen muß, wie innerhalb der Koalition, da sie ja auf dem Boden der Ausbeuterwirtschaft und des Ausbeuterstaates steht. J–s.

[65]

Die Internationale
13. Jahrgang * Berlin, 1. Februar 1930 * Heft 3

Das nächste Kettenglied

Von Paul Merker

Die wachsende Krise der amerikanischen Wirtschaft führt gleichzeitig zu einer weiteren unabsehbaren Verschärfung der inneren Widersprüche in den einzelnen kapitalistischen Ländern. Die besondere Lage des deutschen Imperialismus – des unterlegenen im Weltkriege – das Einengen seiner Expansionsmöglichkeiten durch den Young-Plan, die Wegnahme der Kolonien und die Beschränkung der offenen militärischen Rüstungen durch den Versailler Friedensvertrag, die sich im schnellen Tempo entwickelnde Radikalisierung der Arbeiter, kleinbürgerlichen und Bauernmassen und der Vormarsch der Kommunistischen Partei läßt Deutschland zu einem der schwächsten Punkte in der imperialistischen Front gegenüber dem Ansturm der proletarischen Klasse erneut heranreifen.

Deutschland steht vor den heftigsten Auseinandersetzungen zwischen den Klassen, deren Umfang und Kraft die Kämpfe der Jahre 1921 bis 1923 weit überragen und mit eiserner Konsequenz vor das revolutionäre Proletariat den Kampf zum Sturze der Bourgeoisie und zur Errichtung der proletarischen Diktatur auf die Tagesordnung stellen werden, – wenn es der kommunistischen Avantgarde gelingt, die Massen zu diesen gigantischen revolutionären Kämpfen zu mobilisieren und zu organisieren. Die objektiven Bedingungen für diese Kämpfe entwickeln sich in schnellem Tempo.

Die Sumpfperspektive der rechten Liquidatoren und der Versöhnler über die Entwicklungsmöglichkeiten der kapitalistischen Stabilisierung und über die Entwicklung der revolutionären Bewegung ist restlos widerlegt. Im Vordergrund des Kampfes steht der Kampf zwischen den Klassen und damit die ernste Vorbereitung des imperialistischen Angriffs auf die Sowjetunion, deren wichtigster Teil die faschistische Offensive gegen die proletarischen Massen in den einzelnen Ländern ist.

Die imperialistische Bourgeoisie sieht die revolutionäre, für sie todbringende Entwicklung sehr deutlich, wie das zahlreiche Aeußerungen der führenden bürgerlichen Presse und namhafter bürgerlicher Politiker zum Ausdruck bringen. Sie ist jedoch nicht gewillt, kampflos zu sterben, sondern sie hat rechtzeitig und mit größter Umsicht eine umfassende Offensive auf die Arbeitermassen zur Erhaltung und Sicherung ihrer Machtstellung organisiert und führt sie mit größter Entschiedenheit durch. Angesichts der wachsenden Gegenwehr der proletarischen Massen und auch kleinbürgerlicher und bäuerlicher Schichten erfordert die Verteidigung der bürgerlichen Herrschaft eine immer größere Faschisierung des gesamten Staatsapparates und der unter sozialfaschistischer Leitung [66] stehenden Massenorganisationen. Sie erfordert den Aufbau und die Förderung einer nationalfaschistischen Massenbewegung und die Anwendung gewaltsamer brutaler Unterdrückungsmethoden gegen die revolutionären Arbeiter- und Bauernmassen. Stein nach Stein und Balken nach Balken wird von dem Gebäude „der bürgerlichen Demokratie“ losgebrochen, und diese Tätigkeit vollziehen gerade die Parteien (Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum), die von breiteren Massen als die Träger und Verteidiger der „Demokratie“ betrachtet werden. Die Wandlung der sozialdemokratischen und christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung und der hinter ihnen stehenden politischen Kreise zum Sozialfaschismus macht gerade sie zum Totengräber aller sogenannten „demokratischen Rechte“ der Massen.

In einem Industrieland wie Deutschland, mit einem breiten und ungeheuer zusammengeballten Proletariat, schlägt die Faschisierung andere Wege ein als wie z. B. in Italien oder in anderen vorwiegend agrarischen Ländern. In einem Lande mit einer hochentwickelten, konzentrierten Industrie, in dem sich die ganze Macht in den Händen des Finanzkapitals der Beherrscher der Trusts und Monopole befindet, sind die Träger des Faschismus diese oberste bürgerliche Schicht und ihre korrumpierten arbeiteraristokratischen Agenten in den Massenorganisationen der proletarischen Klasse (Gewerkschaften, Sportorganisationen, Genossenschaften usw.), denen in immer größerem Maße die leitenden Positionen im Staatsapparat in die Hände gegeben werden und die die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die proletarischen Massen durchführen. Finanzoligarchie und die sozialfaschistische Bewegung, das sind die Grundpfeiler der faschistischen Diktatur in Deutschland. Die „linken“ Sozialfaschisten und die nationalfaschistische Bewegung richten sich Fangkörbe ein, um die Abwanderung

der radikalisierten Arbeiter, Kleinbürger und Bauernmassen zur kommunistischen Bewegung zu hindern.

Je mehr es der Kommunistischen Partei gelingt, die Massen der Arbeiterschaft, der Bauern und des Kleinbürgertums zu mobilisieren und sie zum offensiven Kampf gegen die Verelendung und Unterdrückung, gegen die Diktatur des Finanzkapitals zu führen, desto fester und einheitlicher wird das Bündnis der Großbourgeoisie mit dem Sozialfaschismus, desto skrupelloser werden die Unterdrückungsmaßnahmen der Severing, Zörgiebel, Schönfelder, Grzesinski und Konsorten. Desto demagogischer und scheinradikaler wird das Auftreten der linken Sozialfaschisten Levi, Saupe, Graf und ihrer Helfershelfer, der Brandler, Thalheimer, Walcher und Enderle. Desto demagogischer und auch gewalttätiger wird das Auftreten der Kader der nationalfaschistischen Bewegung.

Diese Entwicklung ergibt sich aus den vitalen Interessen aller der Schichtungen, die die soziale Basis der sozialfaschistischen und nationalfaschistischen Bewegung sind. Die Basis des Sozialfaschismus ist die gekaufte, korrumpierte und verräterische arbeiteraristokratische Oberschicht der proletarischen Klasse, die eine große Anzahl gutbezahlter Staats- und sonstiger Funktionen in der bürgerlichen Gesellschaft, in den Gewerkschaften, Genossenschaften und in sonstigen proletarischen Organisationen innehaben und deren Existenz unabänderlich verbunden ist mit der Erhaltung und Sicherung der Herrschaft des Finanzkapitals. Diese Schicht hat gemeinsam mit den Vertretern des Finanzkapitals die Führung in allen Kämpfen der [67] bürgerlichen Klasse zur Niederwerfung revolutionärer Bewegungen gehabt. Erinnern wir uns an die Erfahrungen der Oktoberrevolution Rußlands, des revolutionären Umsturzes 1918 in Deutschland, der revolutionären Kämpfe in Deutschland 1923 usw. Noske war der Organisator der weißgardistischen Banden 1918 und 1919, Severing und Hörsing hetzten die Polizeimeute auf die mitteldeutsche Arbeiterschaft im Jahre 1921, Ebert und Sollmann organisierten den Reichswehrangriff auf das revolutionäre Sachsen unter dem Vorwand des Angriffes auf Hitlers Faschistenbanden. Zörgiebel ermordete 33 Proletarier am 1. und 2. Mai in Berlin. Die Nationalfaschisten waren überall in diesen Kämpfen die Werkzeuge dieser sozialfaschistischen Henker.

An dieser Entwicklung ändern die inneren Streitigkeiten der Reaktion nicht das geringste. Im Kampfe gegen die proletarische Klasse besteht, ungeachtet der Interessenkämpfe der an und für sich nicht einheitlichen Bourgeoisie, vollständige Einheitlichkeit. Die Verbündeten des revolutionären Proletariats in den kommenden Kämpfen werden die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung aus den verschiedenen Bevölkerungsschichten sein, die heute noch der Sozialdemokratie, bürgerlichen Parteien oder den Nationalfaschisten nachlaufen, die aber durch eine größere Aktivität der Kommunistischen Partei in der Organisierung und Führung der proletarischen Massenkämpfe, in der Ausdehnung ihrer Tätigkeit auf die kleinbürgerlichen und bäuerlichen Bevölkerungskreise für den revolutionären Kampf gewonnen oder zumindestens in diesem Kampfe neutralisiert werden können. Die korrumpierte, gekaufte arbeiteraristokratische Oberschicht jedoch, die sich zum Sozialfaschismus entwickelt hat, ist nicht für die Revolution zu gewinnen, sondern im Vernichtungskampf gegen sie wird die proletarische Diktatur errichtet. Das ist es, was den proletarischen Massen eingehämmert werden muß. Das ist es, von dem aus alle Fragen der bürgerlichen Herrschaft, der Stellung zum Sozialfaschismus und Nationalfaschismus aufgerollt werden müssen. Der Nationalfaschismus löst nicht den Sozialfaschismus ab, sondern der Sozialfaschismus wird, je energischer die proletarischen Massen gegen das ganze kapitalistische Ausbeutersystem anrennen, in immer größerem Ausmaße im Bündnis mit der finanzkapitalistischen Oberschicht der Bourgeoisie die faschistische Diktatur ausüben, die sich unter den Massen durch den linken Sozialfaschismus und den Nationalfaschismus zu fundieren sucht. Der Sozialfaschismus ist deshalb der Hauptfeind und insbesondere seine „linke“ Strömung. Auf ihn muß das Sperrfeuer der revolutionären Bewegung gerichtet sein. Der Schlag gegen den Sozialfaschismus ist der Schlag gegen das Finanzkapital, ist der wirksamste Kampf gleichzeitig gegen die nationalfaschistische Bewegung. Kampf gegen Sozialfaschismus, das heißt die proletarischen Massen in Aktionen gegen die Bourgeoisie zu führen. Geschieht das mit der notwendigen Kraft, dann wird dem Wachsen des Nationalfaschismus ein Damm entgegengesetzt.

Das Jahr 1929 zeigt typisch die sozialfaschistische Strategie und Taktik in der Verteidigung der Herrschaft des Finanzkapitals und in der Verhinderung der Arbeiterkämpfe. Alle nur möglichen Methoden

wurden von der sozialfaschistischen Bürokratie dazu angewandt. Von der gewaltsamen Bekämpfung der Arbeiter durch bewaffnete polizeiliche An-[68]griffe auf Demonstrationen, auf Streikposten usw. über die Organisierung des Streikbruchs bis zur Propagierung scheinradikaler Losungen und der Einheitsfront gegen den Nationalfaschismus. Das Jahr 1930 soll die verschärfte Fortsetzung dieser Strategie und Taktik bringen. Rechte wie linke Sozialfaschisten erklären, daß die gesamte Gewerkschaftsbewegung eingestellt sein muß nicht auf die Offensive gegen das Unternehmertum, sondern auf die Verteidigung. Karl Zwing schreibt im „Gewerkschafts-Archiv“ Nr. 1, 7. Jahrgang: „Wie das Jahr 1929 wird auch das kommende Jahr ein Jahr der Abwehr für die Gewerkschaften bilden. Für die Vorwärtsentwicklung der sozialen Gesamtlage waren im verflossenen Jahre daher wenig gewerkschaftliche Energien zur Verfügung und dürften auch im neuen Jahre wenig frei werden.“ Das heißt, daß noch mehr als bisher die Streiks verhindert werden sollen. Die sozialfaschistische Bürokratie hat im Jahre 1929 erneut der Bourgeoisie ungeheure Dienste geleistet. Trotz der verstärkten Unternehmeroffensive und der wachsenden Radikalisierung der Massen ist die Zahl und der Umfang der von den Gewerkschaften geführten Arbeiterstreiks katastrophal gesunken. Im Jahre 1928 streikten 328.000 Arbeiter, es gingen 8.500.000 Arbeitstage „verloren“. Im Jahre 1929 streikten 115 000 Arbeiter und es gingen 1.800.000 Arbeitstage „verloren“. Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1929 waren darüber hinaus zum größten Teil Bewegungen von einzelnen gut organisierten Branchen und Berufen, die großen Massen der am schlechtesten bezahlten Arbeiter sind an den Bewegungen fast überhaupt nicht beteiligt, mit Ausnahme einer Anzahl Textilarbeiter.

Nach den sehr zugunsten der Unternehmer frisierten Statistiken über die Tariflohnsätze zeigt sich eine weiter um sich greifende Stagnierung der Nominallöhne und damit längst eine Senkung der Reallöhne. Im Jahre 1928 wurde der Tariflohn in der Zeit vom 1. Januar bis zum 1. Mai für den gelernten Arbeiter pro Stunde um 4,6 Prozent, für den ungelernten Arbeiter um 4,8 Prozent erhöht. Im Jahre 1929 betrug die Erhöhung in derselben Zeit für Gelernte nur 2,2 Prozent und für Ungelernte 2,5 Prozent. Das Lohneinkommen ist gegenüber dem Vorjahr auf 93,9 Prozent gesunken.

Im Jahre 1930 soll dieser Prozeß weiter vorwärtsgetrieben werden, deshalb wird in viel größerem Maße die offene streikbrecherische Tätigkeit der sozialfaschistischen Bürokratie und die gewaltsame Niederkämpfung proletarischer Streikbewegungen, die von der revolutionären Opposition organisiert und durchgeführt werden, in Erscheinung treten. Die allgemeine krisenhafte Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft, das Anwachsen der Erwerbslosigkeit verschärft an und für sich die Situation. Die von der revolutionären Opposition in immer größerer Zahl ausgelösten betrieblichen Streikbewegungen, ihre Tätigkeit zur Herbeiführung gemeinsamer Aktionen der erwerbslosen Massen und der Betriebsarbeiter, ihre steigende Tätigkeit in der Bekämpfung der Arbeiterentlassungen und zur Mobilisierung der Massen zum Kampfe um den Siebenstundentag führt in immer größerem Ausmaße zu revolutionären Auseinandersetzungen zwischen den proletarischen Massen und dem kapitalistischen Staatsapparat. Das reißt die Klassenfronten auf das schärfste auf. Je mehr es der Partei und der revolutionären Opposition gelingt, die proletarischen Massen in den Kampf zu führen, je umfassender und revolutionärer die Kämpfe werden, je unmittelbarer der Kampf [69] um die Macht als Aufgabe vor dem revolutionären Proletariat steht, desto breiter wird die Kluft zwischen den revolutionären Arbeitern und der sozialfaschistischen arbeiteraristokratischen Oberschicht. Je schmaler die Basis dieser gekauften, korrumpierten Gesellen wird, desto hinterhältiger, gewalttätiger und brutaler müssen die Kampfmethoden sein, die sie zur Verteidigung ihrer Interessen anwenden.

Wir werden in den nächsten Monaten infolgedessen alle die Erscheinungen in vielfach verschärftem Maße zu, verzeichnen haben, die sich in der Tätigkeit der sozialfaschistischen Bürokratie und ihres Anhanges im Jahre 1929 äußerten. Hartmannsdorf und Worms sind der Auftakt dazu. Vor der Kommunistischen Partei und der revolutionären Opposition steht unter diesen Bedingungen die Aufgabe, ihre revolutionäre Propagandaarbeit nunmehr allen Ernstes mit der aktivsten revolutionären Organisationsarbeit zu verbinden, die revolutionäre proletarische Klassenfront muß theoretisch klar und organisatorisch fest aufgerichtet werden. Ihre Manövrierfähigkeit und Beweglichkeit muß der ungeheuren Kompliziertheit der Situation und den großen vor ihr stehenden Aufgaben entsprechen. Ihre Kampfmethoden müssen dem gewalttätigen, faschistischen Kurs angepaßt werden.

Allen noch schwankenden, teils opportunistischen Elementen, die sich noch in der Partei befinden und den versöhnlerischen oder liquidatorischen Anschauungen bewußt oder unbewußt nachhängen, sei es gesagt: die Verbündeten des klassenbewußten proletarischen Vortrupps im revolutionären Klassenkampf sind die breiten Schichten der unterdrücktesten, schlecht bezahltesten, am meisten verelendetsten proletarischen, kleinbürgerlichen und Bauernmassen, die durch die kapitalistische Entwicklung in das Elend hinabgestoßen werden. Gleichgültig. ob sie heute noch im Lager des Faschismus oder des Sozialfaschismus stehen. Die arbeiteraristokratischen, von der Bourgeoisie korrumpierten Gesellen in der Führung der Gewerkschaften, Genossenschaften usw., in den Funktionen des kapitalistischen Staatsapparates, in den Betriebsräten der zahlreichen Großbetriebe, werden die geschworenen Feinde der revolutionären Arbeiter auch in den kommenden revolutionären Kämpfen sein, ganz gleichgültig, ob sie jahrzehntelang der Sozialdemokratie angehörten Marx „studiert“ und an dem Aufbau der Gewerkschaften mitgearbeitet haben. Sie gehören trotz ihrer vielfach proletarischen Herkunft zur bürgerlichen Klasse, ihre Existenz hängt von dieser ab. Die Revolution bedeutet für sie die Vernichtung ihrer Existenz, und das führt sie unabänderlich in das Lager der Konterrevolution als die aktivsten, brutalsten und rücksichtslosesten Verfechter der Interessen des Finanzkapitals. [70]

*

Einen Schritt vorwärts!

Von A. C.

> „... sie künden die Offensive gegen uns an. Die Antwort des Proletariats darauf muß sein: größte Ruhe, Vorsicht, Ausdauer, Organisiertheit und daran denken, daß es mit den friedlichen Demonstrationen vorbei ist.“
>
> Lenin in seiner Rede in der Sitzung des Leningrader Komitees der RSDAP am 24. Juni 1917.

Aehnliche geschichtliche Ereignisse in ähnlichen Situationen bieten Analogien, die richtig ausgewertet, von großer praktischer politischer Bedeutung sind; dies um so mehr, je zeitlich näher sie zusammengedrängt sind.

Seitdem unser unvergeßlicher Lehrmeister der proletarischen Revolution Lenin seine Rede vor dem Leningrader Komitee hielt, der wir obiges Zitat entnehmen, sind 12 Jahre von welthistorischer Bedeutung vergangen und doch zeigt gerade dieses Zitat, daß diese Rede anstatt vor 12 Jahren in Leningrad ebenso gut heute in irgendeiner Stadt der kapitalistischen Welt gehalten sein könnte.

Damals kündete der Minister Zeretelli im Namen der provisorischen Kerenski-Regierung die verschärfte Offensive gegen die Bolschewiki in Rußland an. Heute künden sozialfaschistische Minister verschärfte Maßnahmen gegen die Kommunisten Deutschlands an und führen sie im Auftrage des Trustkapitals durch. Beweisen diese „Herren“ damit, daß sie aus der Geschichte der russischen Revolution nichts gelernt haben, so müssen wir deutschen Kommunisten, die wir jetzt in ähnlicher Lage wie damals die Bolschewiki kämpfen, um so mehr daraus lernen. Dies dürfte keinem Kommunisten schwer fallen, da uns ja Lenin selbst die Lehren in einer ähnlichen Situation gab.

Die Zeit der f r i e d l i c h e n Demonstrationen – aber nicht der Demonstrationen ist vorbei. Nur so meinte es Lenin in seiner Rede und nur so dürfen wir ihn verstehen. Je zugespitzter die Situation, um so weniger kann die Arbeiterklasse auf das revolutionäre Kampfmittel der Demonstrationen verzichten. Vor uns steht jetzt wie einst im Juni 1917 vor den russischen Bolschewiki die Frage, wie organisieren wir in zugespitzter Situation mit Ruhe, Vorsicht und Ausdauer hunderte und tausende Demonstrationen und wie verbinden wir dieses Kampfmittel mit allen übrigen, die die Bolschewiki kennen.

Unsere Partei hatte im Kapp-Putsch, vor der Märzaktion und 1923 bereits Gelegenheit, zu beweisen, inwieweit sie die Lehren der russischen Oktoberrevolution in der Praxis anzuwenden verstand. Durch die Schuld der damaligen Führung versagte die Partei. Aber trotzdem waren diese Erfahrungen nicht umsonst. In eiserner bolschewistischer Selbstkritik ist die Partei gewachsen. Sie hat sich die Führung geschaffen, die imstande sein wird, in der jetzigen geschichtlichen Epoche ihre Mission zu erfüllen. Daß sie sich dabei auf alle tatkräftigen Parteimitglieder stützen wird und muß, wird jeder Genosse verstehen.

Neue Situationen erfordern neue taktische Maßnahmen und Methoden. Es ist klar, daß wir alle Demonstrationen in Zukunft so organisieren müssen, daß sie plötzlich auftreten und verschwinden und an immer neuen Stellen wieder auftauchen. Die Organisationsformen können und müssen sehr vielgestaltig und vielseitig sein, um dem Gegner die Gegenmaßnahmen zu erschweren. Ebenso müssen die Mittel und Maßnahmen zum Schutze der Demonstrationen den jeweiligen Verhältnissen entsprechen. In der taktischen Durchführung muß das Mittel der Ueber-[71]raschung des Gegners in jeder möglichen Form zur Anwendung kommen. Ein Höchstmaß von Disziplinierтheit nicht nur der Kommunisten, sondern des gesamten Proletariats muß erzielt werden, damit sie in ihren Zielen nie über den objektiven Reifegrad der Situation hinausgetrieben werden. Aber immer müssen wir dabei verstehen, daß Demonstrationen nur die Vorstufe für andere noch höhere Kampfmittel sind, die das Proletariat zur siegreichen Durchführung der Revolution gleichfalls anzuwenden lernen muß.

Eines dieser höheren Kampfmittel, das in engstem Zusammenhang mit den Demonstrationen selbst steht, ist der politische Massenstreik. Wir müssen jetzt das Problem des politischen Massenstreiks aus der Sphäre der Theorie auf den Boden der praktischen Wirklichkeit stellen. Das erfordert eine viel engere und gründlichere Verbindung mit den Massen der Betriebsarbeiter. Nur wenn die Partei versteht, ihre Hauptkraft auf die wichtigsten Betriebe, in denen die fortgeschrittenste Arbeiterschaft steht, zu konzentrieren, wenn sie versteht, dort das Kettenglied zu finden, an dem die ganze Kette nachgezogen werden kann, wenn wir mit größter Entschlossenheit auf Grund allgemeinverständlicher Programme ernste Lohnkämpfe auslösen und diese mit der Demonstrationstätigkeit verbinden, werden wir auch imstande sein, den politischen Massenstreik auf der breitesten Basis zu organisieren.

Daß wir das heute noch keineswegs verstehen, zeigte erst in den letzten Tagen das Verhalten unserer Partei in Chemnitz. Die Unternehmer und die Staatsmacht wandten dort bei dem Lohnkampf eines Betriebes neue verschärfte Methoden zum Schutze der Streikbrecher und zum Kampfe gegen die streikenden Arbeiter an. Die Sipo wurde in dem Betrieb einquartiert. Bei einer Demonstration der streikenden Arbeiter vor dem Betriebe wurden 5 Demonstranten von Polizeikugeln niedergestreckt. Darauf rief die Parteileitung zu einem einstündigen politischen Massenstreik auf. Die Parteileitung machte sich weder Gedanken darüber, welche neue Methoden und welche neuen Kampfmittel sie diesen neuen verschärften Maßnahmen der Unternehmer und des Staatsapparates gegenüberstellen muß, noch überlegte sie, wie in dieser Situation ihre Parole, einen einstündigen politischen Massenstreik durchzuführen, auf die übrige Arbeiterschaft wirken mußte. Da sich solche Vorfälle, wie diesmal in Chemnitz, in Zukunft öfters in allen Teilen des Reiches zeigen werden, ist es Pflicht der Gesamtpartei, sofort restlos die Lehren daraus zu ziehen.

Wenn Nationalfaschisten und Sozialfaschisten immer offener, selbst bei kleinsten Wirtschaftskämpfen, den Streikbruch organisieren, wenn zu ihrem Schutze ganze Hundertschaften Sipo in die Betriebe verlegt werden, dann wird offenbar, daß unsere alten Methoden der Lohnkampfführung keineswegs mehr genügen, sondern daß neue revolutionäre Mittel auch bereits beim Lohnstreik von uns angewandt werden müssen. Bei einigem Nachdenken wird jeder Kommunist mit auch nur einiger revolutionärer Erfahrung ohne Schwierigkeiten solche neue revolutionäre Kampfmittel und -methoden finden.

Die Parole: einstündiger politischer Massenstreik kann selbstverständlich in bestimmten Situationen absolut richtig sein. In Chemnitz war sie aber bestimmt falsch. Wenn Arbeiter wochenlang streiken, wenn die Polizei in den Betrieben die Streikbrecher schützt, wenn sich fünf demonstrierende Arbeiter vor den Betrieben in ihrem Blute wälzen, dann versteht jeder Arbeiter, daß ein Protest nicht genügt, sondern daß Kampfmittel gewählt werden müssen, die geeignet sind, dem Gegner eine Teilniederlage zu bereiten. Die Kommunistische Partei darf nicht hinter der Situation und den Arbeitermassen zurückbleiben. Sie muß tagtäglich die Verhältnisse genau überprüfen und die Arbeitermassen tatsächlich führen. [72] Aus den Ereignissen in Chemnitz müssen wir lernen, daß wir uns viel enger mit den Massen verbinden und auf ihre Stimme aufmerksam hören müssen, daß wir taktisch viel beweglicher zu operieren lernen und jeweils verstehen, die richtigen Kampflosungen und -methoden zu finden.

Aber nicht nur größere taktische Manövrierfähigkeit der Partei bei eisernem Festhalten an unserer bolschewistischen politischen Linie ist erforderlich. Wir müssen gleichzeitig den breiten revolutionären

Massen diese Manövrierfähigkeit lehren. Bald auf dieser, bald auf jener Front vorstoßend, bald an ungünstigen Punkten ausweichend, müssen wir lernen, den Gegner überall zu schlagen und dabei unvermeidliche Rückschläge im Kampfe auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Solche notwendigen taktischen Manöver können nur von Leitungen durchgeführt werden, die auf das engste mit den Massen der Parteimitgliedschaft und der Arbeiter verbunden sind und deren vollstes Vertrauen genießen. Diese Verbundenheit mit den Massen kann nur erreicht werden, wenn sofort dem Bürokratismus in jeder Form der schärfste Krieg angesagt wird. Jetzt gehören die Leitungen nicht in die Büros, sondern zu den kämpfenden Massen in den Betrieben und auf den Straßen. Ueberall müssen jetzt die Kommunisten und in erster Linie selbstverständlich die Leitungen Führer und Berater sein. Deshalb heraus aus den Büros. Die Zeit ist da, in der eine lebendige persönliche Verbindung wichtiger ist, als 100 Verbindungen auf dem Papier.

Aber nicht nur Verbindungen zu den revolutionären Arbeitermassen sind wichtig. Ebenso wichtig sind die Verbindungen zum Gegner. Wir müssen um jeden Preis eindringen in möglichst alle Massenorganisationen, die der Gegner beherrscht, und die wir ihm bisher fast tatenlos überließen. Es ist leichter, im engen Kreis der Freunde die bolschewistische Unschuld zu bewahren, als im Lager des Gegners wirklich zielklare bolschewistische Arbeit zu leisten. Jetzt brauchen wir größte bolschewistische Klarheit, mit größter Entschlossenheit und Tatkraft gepaart. Deshalb heraus aus den Zirkeln, hinein in die Reihen des Feindes und planmäßig seine Zersetzung auf allen Fronten organisiert. Alle Methoden, die nur möglich sind, müssen wir dabei anwenden.

Der Gegner bedroht uns mit Illegalität. Wir können seiner Drohungen spotten, wenn unsere Leitungen zielklar, unerschrocken und selbständig aus der jeweiligen Situation die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen und getreu den Lehren Lenins und auf Grund der kollektiven Erfahrungen der kommunistischen Weltpartei die geeigneten Maßnahmen ergreifen und ständig richtige Arbeitsmethoden finden.

Größere taktische Beweglichkeit bei eisernem Festhalten an der bolschewistischen Linie der Partei erfordert ein Höchstmaß von Kollektivismus in den Parteileitungen und in den Organisationen, erfordert rasche, rücksichtslose Entfernung aller offenen und versteckten Rechten und Versöhnler aus allen Funktionen und – beim Festhalten an ihren falschen Auffassungen – aus der Partei. Karl Marx lehrt uns:

„Gegenwärtig ..., wo eine neue Revolution bevorsteht, muß die Arbeiterpartei möglichst organisiert, möglichst einstimmig auftreten, wenn sie nicht auf Abwege geraten soll."

Einstimmigkeit, geboren aus gemeinsamer bolschewistischer Auffassung, aus gemeinsamen Erfahrungen und dem gemeinsamen, ehernen Willen, alle Feinde zu schlagen, wird uns befähigen, mit größter Ruhe und Ausdauer die Arbeiterklasse immer wieder an die aus der Situation geborenen neuen Aufgaben heranzuführen, ihre Erfahrungen zu bereichern und den eisernen Willen zum endgültigen Siege in ihr zu wecken.

Ruhe, Vorsicht, Ausdauer, Organisiertheit, und immer daran denken, daß die Zeit friedlicher Demonstrationen vorbei ist. [73]

*

Einige politisch-organisatorische Probleme der dritten Periode.

Von W. Ulbricht

Die neuen Aufgaben des revolutionären Massenkampfes, vor allem die Vorbereitung und Führung der politischen Massenstreikbewegungen und des Kampfes um die Straße erfordern die Verbesserung der Organisationsstruktur und der Arbeitsmethoden der Partei. Während in der KPSU infolge der planmäßigen Einstellung der Organisationsstruktur und Arbeitsmethoden auf die sozialistische Offensive ein Tempogewinn (Durchführung des Fünfjahrplanes in 4 Jahren) zu verzeichnen ist, zeigt sich bei uns in wichtigen Massenbewegungen, insbesondere bei der Organisierung der Kämpfe in den Betrieben und der Vorbereitung der politischen Massenstreikbewegungen teilweise Tempoverlust. Im einzelnen kommt das zum Ausdruck in der mangelhaften Anwendung

der Einheitsfronttaktik von unten, in der Schwäche der Kampfkomitees in den Betrieben, in der mangelhaften Organisierung von Teilkämpfen und Proteststreiks, in den ungenügenden Werbeerfolgen in den Großbetrieben, in der langsamen Entwicklung der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu einer Massenbewegung.

Die Organisierung der revolutionären Offensive gegen den Klassenfeind erfordert eine beschleunigte Verbesserung der Organisationsstruktur und Arbeitsmethoden, wobei in erster Linie die Verstärkung der Massenarbeit in den Großbetrieben notwendig ist. Parteiapparat, Zellenorganisation und revolutionäre Opposition in den Massenorganisationen müssen so innig mit den Arbeitermassen verbunden sein, daß sie Massenkämpfe organisieren, auf alle Ereignisse schnell reagieren und die Massen in den Kampf führen können. Unter diesem Gesichtspunkt wollen wir einige wichtige Probleme hervorheben.

Neue Methoden der Massenmobilisierung.

Die Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie, der Versuch, uns aus der Oeffentlichkeit zu verjagen, macht eine schnelle Aenderung unserer Agitationsmethoden notwendig. Bisher haben wir in der Regel die Arbeiter zu unseren Versammlungen eingeladen. Das ist heute infolge des Polizeiterrors vielfach nicht mehr möglich. Unsere Agitatoren müssen überall dort hingehen, wo Arbeiter, Arbeiterfrauen und Jungarbeiter sind. In den Betrieben müssen wir nicht nur jede Abteilungsversammlung, sondern jede Pause ausnutzen, um mit den Arbeitern zu diskutieren und sie zu veranlassen, zur Durchführung der revolutionären Aufgaben Stellung zu nehmen. Vielfach beschränkte sich unsere allgemeine Agitation auf Reden in Belegschaftsversammlungen. Da man nicht jede Woche Belegschaftsversammlungen durchführen kann, nahm die Belegschaft zu vielen wichtigen Fragen nicht Stellung. In der gegenwärtigen Situation der ungeheuren Verschärfung des Klassenkampfes ist es deshalb nötig, in den Pausen Stellung zu nehmen, und außerdem bei allen wichtigen Ereignissen vor dem Betrieb oder in der Nähe des Betriebes kurze Versammlungen durchzuführen, in denen unsere Redner die Arbeiter informieren und erklären, was getan werden muß. Dadurch kommen wir an Arbeiter heran, die nicht in die Belegschaftsversammlungen kommen. Es muß zu einer Gewohnheit für alle Arbeiter werden, daß bei wichtigen Ereignissen solche Versammlungen bei dem Betrieb stattfinden.

[74] Ebenso ist es nötig, an den Verkehrsknotenpunkten, auf den Märkten, in belebten Straßen und auf den Höfen solche fliegenden Versammlungen zu organisieren. Auf den Versuch der kapitalistischen Staatsgewalt, die Partei mit Hilfe eines Heeres von Polizeibeamten aus der Oeffentlichkeit zu verjagen, müssen wir mit der Mobilisierung tausender Massenagitatoren antworten. Wir müssen unsere Funktionäre systematisch schulen, damit sie lernen, wirkungsvoll in den Arbeitergruppen auf der Straße zu diskutieren. Die Agitatoren sollen durch Gruppen von Genossen in Stärke von fünf bis sechs Mann unterstützt werden. Bei allen Gruppen soll ein Literaturverkäufer sein, der eine bestimmte Broschüre während der Diskussion verkauft, wodurch eine wesentliche Vertiefung der agitatorischen Erfolge erzielt wird.

Die Mobilisierung der Massenagitatoren vor den Betrieben und auf den Straßen ist doppelt notwendig zur Durchführung von Demonstrationen. Die größte Polizeimacht ist nicht imstande, diese umfassende Agitation zu unterbinden. Sie kann nicht verhindern, daß sich die Arbeiter danach an bestimmten Punkten konzentrieren und marschieren. Durch die Zusammenarbeit der Straßenagitatoren und der Kader, die den Kundgebungen den inneren Zusammenhalt geben und die Widerstandskraft stärken, wird es unter allen Umständen möglich sein, Massenkundgebungen durchzuführen und die breitesten Massen zu beeinflussen.

Die Einheitsfront und die Heranziehung neuer Arbeiterkader.

Der wachsende Kampfwille der Arbeitermassen wird von uns noch nicht genügend ausgenutzt, um die breiten Massen der aktiven Arbeiter zur ständigen revolutionären Arbeit heranzuziehen. Viele Genossen glauben, daß nur Parteimitglieder die Aufgaben der Massenmobilisierung und Kampforganisierung durchführen können. Diese falsche Auffassung findet ihren Ausdruck in der Unterschätzung der

Kampfleitungen und ähnlicher Einheitsfrontorgane und in der Beschränkung des revolutionären Wettbewerbes, der Arbeit in den Massenorganisationen und der Arbeit auf dem Dorfe auf die kommunistischen Parteimitglieder. Die Wendung der Partei zur revolutionären Massenarbeit muß darin zum Ausdruck kommen, daß die Masse der klassenbewußten Arbeiter zur Durchführung der Kampfaufgaben und zur Führung der Bewegung herangezogen wird.

Die Einheitsfrontorgane haben nur einen Sinn, wenn sie von Arbeitermassen gewählt werden, und wenn eine möglichst große Zahl parteiloser Arbeiter diesen führenden Kampforganen angehören. Die Heranziehung der Mitglieder der Kampfleitungen zur Agitation, zur Herstellung und Verbreitung der Betriebszeitungen, zur Organisierung des Selbstschutzes, zur Geldsammlung usw. gibt den Arbeitern große Erfahrungen und ist eine wichtige Voraussetzung für die Gewinnung neuer Funktionäre. Zu allen Aufgaben der Massenarbeit, zum revolutionären Wettbewerb ebenso wie zur Arbeit auf dem Dorfe sollen nicht nur die Kommunisten, sondern alle revolutionären Arbeiter herangezogen werden.

Die Aufgaben der Betriebszellen

Von der Verankerung der Zellen in den Massen hängt der Erfolg der Einheitsfronttaktik, die Bildung und Stärkung der Kampfleitungen und des revolutionären Vertrauensmännerkörpers, der Kampf um die Betriebsräte, die Stärke der Wehrorganisation im Betrieb und, in der Zeit des unmittelbaren Kampfes um die Diktatur des Proletariats, die Kraft der politischen Arbeiterräte ab. Die Organisation und die [75] Arbeitsmethoden unserer Zellen stimmen aber in der Regel mit diesen politischen Aufgaben nicht überein. Wir wollen Kampfleitungen bilden, oder den revolutionären Vertrauensmännerkörper aufbauen, aber es gibt vielfach keine systematisch arbeitende Zellenleitung, oder die Zellenleitung hat keinen Verbindungsapparat mit den Abteilungen und die Sympathisierenden werden nicht zur Parteiarbeit herangezogen. Der Organisationsapparat der Zelle muß den Kampfaufgaben im Betrieb entsprechen. Deshalb ist notwendig:

Schaffung systematisch arbeitender Zellenleitungen, die fähig sind, die Massenarbeit im Betrieb zu organisieren. Die Zellenversammlungen (oder Kurse) müssen wöchentlich stattfinden. Für die Zellenmitglieder sind Kurse unmittelbar nach Arbeitsschluß durchzuführen. Für leitende Funktionäre der Zellen sind besondere Zirkel zur gründlichen Durcharbeitung aktueller Fragen zu organisieren.

Damit die Beschlüsse der Zellenleitung in kürzester Frist von den Parteimitgliedern und Sympathisierenden durchgeführt werden können, ist es notwendig, daß für Abteilung oder Werkstatt oder Block oder Kolonne ein Genosse als Gruppenorganisator bestimmt wird, der die Parteimitglieder und Sympathisierenden in seinem Tätigkeitsgebiet zur Durchführung der Aufgaben anleitet und in der Regel auch die Parteibeiträge kassiert. Auf diese Weise ist es am ehesten möglich, die Masse der Parteimitglieder und Sympathisierenden zur ständigen Parteiarbeit heranzuziehen. Auf diesem Wege können auch die Sympathisierenden besser erfaßt werden und die Versammlungen und Kurse mit Sympathisierenden werden einen besseren Besuch aufweisen. Diese Gliederung der Zelle paßt sich also der Struktur des Betriebes an. Die mechanische Gliederung der Fünfer- oder Zehnergruppe, wie sie früher versucht wurde, ist nicht zweckmäßig.

Die Zelle als grundlegende Parteiorganisation muß nicht nur einen eigenen Organisationsapparat haben, sondern sie muß selbständig imstande sein, Material herzustellen, Versammlungen einzuberufen, Kundgebungen zu organisieren.

Nach diesen Richtlinien muß auch die Straßenzellenarbeit ausgebaut werden, indem für jeden Häuserblock oder für jede Häusergruppe ein Genosse als Organisator bestimmt wird, der für eine systematische Bearbeitung der Bewohner seines Tätigkeitsgebietes sorgt, die Haus- und Hofagitation organisiert, die Mitglieder und Abonnentenwerbung, den Literaturvertrieb und die sonstigen Aufgaben leitet. Vor allen Dingen muß er für die regelmäßige Herausgabe der Häuserblockzeitung und für das regelmäßige Stattfinden von Häuserblockversammlungen sorgen.

Breitere Organisierung der Opposition In den Massenorganisationen

Früher haben wir in den Massenorganisationen in der Regel nur die Kommunisten zusammengefaßt. Die Faschisierung der Organisationsapparate, die Beseitigung der Demokratie, die Spaltungsarbeit der Sozialfaschisten, die Isolierung der Gewerkschaftsorganisation von den Unorganisierten, die Tatsache, daß viel oppositionelle Arbeiter nicht organisiert sind, erfordert, daß alle revolutionären organisierten und unorganisierten Arbeiter der betreffenden Industriegruppe von der revolutionären Opposition erfaßt werden. Zur selbständigen Vorbereitung der ökonomischen Kämpfe brauchen wir nicht nur die oppositionellen Gewerkschaftsmitglieder, sondern auch jene revolutionären Arbeiter, die außer-[76]halb der Gewerkschaften stehen. Diese Erfassung und systematische Erziehung aller oppositionellen Arbeiter ist eine wichtige Voraussetzung zur erfolgreichen Organisierung der Delegiertenkonferenzen bei der Vorbereitung von Bewegungen. Auch die Massenausschlüsse von Kommunisten aus den Gewerkschaften, die eine Isolierung der Kommunisten bezwecken, zwingen uns, alle oppositionellen Arbeiter zur Verstärkung des Kampfes gegen den Sozialfaschismus heranzuziehen. Dementsprechend müssen die parteilosen revolutionären Arbeiter auch in die leitenden Organe der revolutionären Opposition gewählt werden. Nachdem das Stattfinden offizieller Gewerkschaftsversammlungen eine Seltenheit geworden ist, muß die Opposition von sich aus solche Versammlungen organisieren. Früher wurden zu diesen Versammlungen nur die Gewerkschaftsmitglieder eingeladen, jetzt ist es nötig, diese enge Einstellung zu überwinden und auch die unorganisierten Arbeiter zum Besuch der Versammlungen der Gewerkschaftsopposition aufzufordern.

Ebenso wie in den Gewerkschaften ist es notwendig, in den Freidenker-, Sportorganisationen, Konsumgenossenschaften usw. die Opposition auf breiter Basis zu organisieren, um die Masse der sympathisierenden oppositionellen Arbeiter zur ständigen Arbeit und zur Führung der oppositionellen Bewegung heranzuziehen. Die Opposition muß zu einer Massenbewegung werden. Jede Nachlässigkeit in der Organisierung der Opposition als Massenbewegung nützt der sozialfaschistischen Politik.

Der revolutionäre Wettbewerb und die Bedeutung der Stoßbrigaden

Die Durchführung der großen Aufgaben des revolutionären Massenkampfes erfordert die Anwendung solcher Methoden, die hebelartig die maximale Entfaltung der Massenaktivität herbeiführen. Durch Organisierung des revolutionären Wettbewerbes zwischen Betriebsbelegschaften, oppositionellen Gewerkschaftsorganisationen, Gewerkschaftsoppositionen, Sportorganisationen, Freidenkerorganisationen usw. sollen nicht nur die Kommunisten, sondern alle revolutionären Arbeiter zur maximalen Entfaltung der Aktivität zur Durchführung konkreter Aufgaben angefeuert werden. So wie in der Sowjetunion der sozialistische Wettbewerb die Methode des siegreichen sozialistischen Aufbaues ist, so muß in dcii kapitalistischen Ländern der revolutionäre Wettbewerb die Methode der maximalen Entfaltung der Aktivität des Proletariats für die proletarische Revolution sein. Bisher wurde der Wettbewerb vielfach auf die kommunistischen Organisationen und Parteimitglieder beschränkt. Wir müssen jetzt die ganze Masse der revolutionären Arbeiter in die Wettbewerbsbewegung einbeziehen. Auf diesem Wege werden wir neue revolutionäre Kräfte erziehen und unsere Kader verstärken.

Trotz der richtigen politischen Linie und richtiger organisatorischer Anweisungen erleben wir, daß viele wichtige Aufgaben nicht durchgeführt werden. Oftmals liegt es daran, daß die Parteimitglieder, insbesondere bei neuen Aufgaben infolge ungenügender Erfahrungen, nicht wissen, wie sie die Aufgaben anfassen sollen. Hier sollen die Stoßbrigaden als Initiativorgane helfen. Indem sich die aktivsten Genossen in jeder Betriebs- und Straßenzelle zu Stoßbrigaden zusammenschließen und in vorbildlicher Weise durch die Tat zeigen, wie die Aufgaben mit Erfolg durchgeführt werden können, sollen sie als Pioniere wirken und die ganze Organisation vorwärtsreißen. [77]

Parteikontrolle und revolutionäre Selbstkritik

Die Aufgaben und Methoden der Parteikontrolle sind verschieden, je nach dem Entwicklungsgrad der Organisation und den politischen Aufgaben. Während wir in einem früheren Stadium der

Parteientwicklung uns auf die Registrierung der Mitglieder beschränkten, um die organisatorischen Voraussetzungen für die Zellenarbeit zu schaffen, ist es jetzt notwendig, die Parteikontrolle als politische Kontrolle durchzuführen, d. h. die politisch-organisatorische Tätigkeit der Zellen und ihrer Mitglieder in den Kämpfen und Kampagnen zu überprüfen. Die bisherigen Erfahrungen der Parteikontrolle in Berlin-Brandenburg lehren, daß es auf diesem Wege möglich ist, jenen Genossen, die sich in den Funktionärversammlungen durch Schweigen auszeichnen, aber die Beschlüsse, welche sie selbst mitfassen, nicht durchführen, die Zunge zu lösen, und die Probleme unserer Taktik gründlich zu diskutieren. Auf diese Weise ist es bis zu einem gewissen Grade möglich, die stille Sabotage opportunistischer Elemente zu brechen und durch vorbeugende Maßnahmen die Durchführung der Parteilinie zu sichern. Bezeichnenderweise versuchen viele unserer Funktionäre nicht nur die Kritik in der Zellenversammlung, sondern erst recht die Kritik der Massen zu unterbinden. Die Tatsache, daß in zahlreichen Fällen die Aufdeckung opportunistischer Fehler nur mit Hilfe parteiloser Arbeiter möglich war, lehrt die Notwendigkeit einer breiten Entfaltung der revolutionären Selbstkritik. In der Betriebszeitung, in der Parteipresse, in den Versammlungen müssen die Arbeiter veranlaßt werden, an der Selbstkritik teilzunehmen und Vorschläge zu machen, wie die revolutionären Aufgaben besser durchgeführt werden können. Dementsprechend sollen auch zu den Zellenversammlungen, in denen die Parteikontrolle durchgeführt wird, die sympathisierenden Arbeiter herangezogen werden. Wenn wir auf diese Art und Weise unsere revolutionären Aufgaben unter der Kontrolle der Massen durchführen, werden wir gleichzeitig neue Arbeiterkader gewinnen und die Autorität der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Internationale stärken.

*

Vom Wort zur Tat in der Massenarbeit

Ergebnisse des Dezemberplenums des ZK des KJVD

Von Kurt Müller

Eine besondere politische Bedeutung hat das letzte Plenum des ZK des KJVD vor allem deshalb, weil auf diesem Plenum die Berichterstattung vom Erweiterten Plenum des EK der KJI engstens verbunden wurde mit der konkreten Untersuchung der Durchführung der Beschlüsse des XI. Verbandskongresses des KJVD. Auf dieser Grundlage legte das Plenum des KJVD die konkreten Aufgaben des Verbandes fest, arbeitete Methoden zur Aktivierung der Mitgliedschaft zur Durchführung dieser Aufgaben aus und leitete damit einen ernsten Schritt zum Uebergang vom Wort zur Tat in der Massenarbeit ein.

Im Mittelpunkt der Diskussion der Plenarzentrale des KJVD stand die Frage des Kampfes gegen die in der kommunistischen Jugendbewegung vorhandenen Gefahren, die uns hemmen, die revolutionäre Politik anzuwenden und zur Massenarbeit überzugehen. Die rechte Gefahr in der gesamten kommunistischen Weltbewegung ist die größte. In der jetzigen dritten Periode verschwindet sie weder, noch vermindert sie sich. Im [78] Gegenteil, durch die Furcht der Opportunisten vor der revolutionären Welle, vor der Verschärfung des Klassenkampfes vertieft sich diese rechte Hauptgefahr. Neben dieser rechten Hauptgefahr, gegen die das Hauptfeuer zu richten ist, besteht in der kommunistischen Jugendbewegung die „linke“ Gefahr der Isoliertheit und der Abgeschlossenheit von den Massen, die das Haupthemmnis im Uebergang zur Massenarbeit des KJVD darstellt.

Den Kampf gegen die rechte Hauptgefahr hat der KJVD nach dem XI. Verbandskongreß richtig und erfolgreich geführt. In diesem Prozeß des Kampfes gegen die rechte Hauptgefahr in der kommunistischen Weltbewegung sind die führenden Kader des KJVD herangewachsen und gestählt worden. Im Zeichen des Kampfes gegen den rechten Opportunismus, seine Ideologie wie Praxis, stand auch selbst der XI. Verbandskongreß des KJVD.

Anders jedoch steht es mit der Bekämpfung der „linken“ opportunistischen Gefahr des Sektierertums und der Isoliertheit von den Massen. Die „linke“ Gefahr der Isoliertheit von den Massen zeigt sich im deutschen RJV insbesondere in der politischen Unterschätzung der Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit; in der Vernachlässigung einer systematischen Fraktions- und Oppositionsarbeit in den gewerkschaftlichen Jugendsektionen; in der Negierung

der Arbeit in den Sportorganisationen, die oftmals mit der Phrase, daß diese Arbeit nicht genügend politisch sei, erfolgt. Auch die Nichtanwendung der Einheitsfronttaktik von unten, wie das deutlich in den letzten Wirtschaftskämpfen, bei den letzten Kommunalwahlen, der Vernachlässigung der Arbeit zur Gewinnung der rebellierenden proletarischen Mitglieder der SAJ für den KJV und der revolutionären Gewinnung der Arbeiterjugend aus den christlichen Organisationen zum Ausdruck kam, signalisiert diese „linke" Gefahr in der kommunistischen Jugendbewegung. Richtig wird in der Resolution des Erweiterten Plenums des EK der KJI festgestellt, daß diese Gefahr noch besonders gestärkt und die Verwandlung des KJV in die Massenorganisation der Arbeiterjugend besonders bedroht wird dadurch, daß man diese „linke" Gefahr „nicht sieht oder sie unterschätzt, gegen sie den Kampf nicht führen kann oder will, nicht selten neutral bleibt in bezug auf die ‚linke' Abweichung."

Zweifelsohne sind solche Tendenzen des Nichtsehens, des Nichtsehenwollens, der Unterschätzung der „linken" Gefahr ebenfalls im deutschen Verband vorhanden. Tendenzen in dieser Richtung zeigten sich auf der letzten Tagung der Plenarzentrale und mußten ebenso wie die falsche Ansicht, daß die rechte Gefahr abgeschwächt sei, zurückgewiesen werden.

Auf Grund der Untersuchung der seitherigen Tätigkeit des Verbandes bei der Durchführung der Beschlüsse des XL. Verbandskongresses des KJVD wurde auf dieser Tagung des Plenums des ZK des KJVD das Verhältnis der rechten Hauptgefahr und der „linken" Gefahr zur Massenarbeit herausgearbeitet. Von den Trägern der rechten Hauptgefahr kann man keineswegs behaupten, daß sie nicht in die Massen und Massenorganisationen gehen. Die Träger der rechten Hauptgefahr gehen in die Massenorganisationen, in die Gewerkschaften, in die Sportorganisationen u. a. m., sie übernehmen hier die Positionen in den Massenorganisationen und leisten hier eine Massenarbeit. Aber eine Massenarbeit, nicht in revolutionärem Sinne, nicht im Sinne der bolschewistischen Anwendung unserer neuen offensiven Taktik und der offensiven Führung der Massen gegen den Klassenfeind und seine Verbündeten, sondern sie leisten hier eine reaktionäre, reformistische Massenarbeit. Sie [79] führen damit die Massen zur Niederlage, in das Lager des Reformismus und Sozialfaschismus und damit in das Lager des Klassenfeindes.

Aber die Träger der „linken" Gefahr? Sie gehen nicht in die Massenorganisationen, sie sprechen und philosophieren über die Massenarbeit und auch über ihre Notwendigkeit, verstecken so ihre Untätigkeit hinter radikalen Phrasen über die Massenarbeit und gehen nicht in die Massen und Massenorganisationen. Diese „linke" Abgeschlossenheit, die sich hinter radikalen Phrasen versteckt, die über die Wendung zur bolschewistischen Massenarbeit philosophiert, aber die Worte nicht in die Tat umsetzt, ist das Haupthemmnis, das den KJV hindert, den Uebergang zur Massenarbeit zu vollziehen.

Wenn wir die Massen wirklich zum revolutionären Kampf mobilisieren, zur Offensive führen wollen und unsere strategische Hauptaufgabe der Zeit, für deren Lösung die Voraussetzungen rapide wachsen, nämlich die Mehrheit der Arbeiterjugend erobern wollen, so müssen wir das Hauptfeuer gegen die rechte Hauptgefahr, die sich vor allem in der Massenarbeit zeigt, verstärkt führen und müssen die „linke" Gefahr, die das Haupthemmnis im Uebergang zur Massenarbeit darstellt, bekämpfen und überwinden.

Die Erkenntnis über die Notwendigkeit der Führung dieses Kampfes auf zwei Fronten, wie sie auf der Tagung des Plenums des ZK des KJVD ihren Durchbruch fand, ist ein Zeichen des wachsenden Prozesses der Bolschewisierung unseres Jugendverbandes.

Bei der konkreten Untersuchung der Durchführung der Beschlüsse des XI. Verbandskongresses des KJVD müssen wir die positiven als auch die negativen Seiten seiner Tätigkeit betrachten. Zweifelsohne hat der Jugendverband in seiner Tätigkeit seit dem XI. Verbandskongreß eine ganze Reihe von Erfolgen zu verzeichnen, die aber – das sei vorweg bemerkt – keineswegs den Möglichkeiten der jetzigen objektiv günstigen Situation entsprechen und auch noch lange nicht das Werk des Gesamtverbandes sind, sondern der Tätigkeit einzelner Funktionäre und Funktionärkader entspringen.

Im Zeichen der positiven Vorwärtsentwicklung des Verbandes sind solche Tatsachen wie die, daß es dem KJVD in Berlin z. B. gelang, Streiks jugendlicher Arbeiterinnen und Arbeiter selbständig vorzubereiten, zu organisieren und zu führen, zu verzeichnen. Entgegen den Repressalien und Terrormaßnahmen des Klassenfeindes trat der Jugendverband in vielen Bezirken, wie in Berlin, Hamburg, Ruhrgebiet, als führender Faktor im Kampf gegen diese Maßnahmen des Klassenfeindes auf und behauptete das Recht auf die Straße. Weitere positive Faktoren in der Entwicklung des Verbandes sind solche, wie die der Erziehung der arbeitenden Jugend zum Kampfinternationalismus. In diesem Zeichen standen die gewaltigen, in den verschiedensten Bezirken stattgefundenen Veranstaltungen anläßlich des X. Jahrestages der Kommunistischen Jugendinternationale. Die Antifaschistischen Jungen Garden – trotz aller ihrer Schwächen und Mängel, die sie noch aufweisen – sind als eine weitere Hilfsorganisation des KJVD geschaffen und in diesem Sinne positiv zu bewerten. Die Autorität des KJVD in den letzten drei Monaten seiner Tätigkeit ist nicht nur vor der Jungarbeiterschaft, sondern auch vor der erwachsenen Arbeiterschaft gewachsen und es signalisieren die geringen Ansätze in bezug auf die Werbung neuer Mitglieder die große Möglichkeit, die der Verband zur Verstärkung seiner eigenen Reihen in der jetzigen günstigen Situation hat.

[80] Aber diese positiven Seiten der Entwicklung dürfen keineswegs zur Selbsttäuschung führen. Auf der letzten Tagung des Plenums des ZK des KJVD wurden die im Verband noch vorhandenen Schwächen rücksichtslos aufgedeckt, fand die bolschewistische Selbstkritik ihren Durchbruch und wurden damit die Voraussetzungen der Beseitigung aller Schwächen und schwachen Stellen in der Verbandsarbeit geschaffen.

Im Kampfe gegen den Young-Plan und gegen den Faschismus hat der Verband große Schwächen aufzuweisen. Der Kampf gegen den Young-Plan wurde nicht nur verspätet eingeleitet, sondern wird heute noch ungenügend konkret und nicht genügend jugendgemäß geführt. Der Jugendverband verstand in dieser Beziehung noch nicht, dem Young-Programm der Bourgeoisie, das der arbeitenden Jugend gewaltige Verschlechterungen bringt, das Programm der proletarischen Diktatur, die beschleunigte Durchführung des Fünfjahrplanes des sozialistischen Aufbaues und seine Erfolge für die arbeitende Jugend zu propagieren.

Der Kampf gegen die drohende und wachsende Kriegsgefahr und die Mobilisierung der Jungarbeitermassen zum Schutze der Sowjetunion wurde in Verbindung damit unterschätzt.

Bei der Organisierung der Wirtschaftskämpfe und selbständigen Jugendstreiks zeigt sich insbesondere das Versagen in der Gefahr des Chwostismus (Hinterherhinken hinter den Ereignissen). So z. II. nur an den Streik der 450 jugendlichen Bergarbeiter in Oberschlesien erinnert, der ohne Zutun des KJVD um elementare Betriebsforderungen zustande kam, in den der Kommunistische Jugendverband nicht eingriff und von dem er teilweise erst nach Beendigung des Kampfes erfuhr. Während diese Gefahr des Chwostismus eine rechte Erscheinungsform in den Wirtschaftskämpfen darstellt, zeigen sich nach der anderen Seite hin „linke“ Erscheinungen darin, daß der Verband in den Wirtschaftskämpfen selbst, insbesondere bei der Bildung der Organe zur Führung des Kampfes die Einheitsfronttaktik von unten zur Mobilisierung der christlichen und sozialdemokratischen Jungarbeiter auf Grundlage unseres revolutionären Kampfprogramms fast nicht anwandte.

Auf dem Gebiet der Schaffung einer Jugendvertrauensleutebewegung in den Betrieben erreicht der Verband keine wesentlichen Fortschritte. Ja, es gibt sogar Fälle, wo die zum Teil geschaffene Jugendvertrauensleutebewegung auf Grund der unsystematischen Arbeit des Jugendverbandes wieder versandete. Im Ruhrgebiet z. B. betrug die Zahl der Jugendvertrauensleute in der Zeit nach dem Ruhrkampf etwa 140, sie ging auf 40 zurück und ist erst in letzter Zeit wieder auf 85 angestiegen. Die Hauptmängel, die auf diesem Gebiete der Organisierung der Jugendvertrauensleute sich zeigten, sind die, daß man nicht verstand, den Jugendvertrauensleuten wirklich konkrete Aufgaben im Betrieb zu geben, sie zur Arbeit anzuleiten, ständige Konferenzen zu veranstalten und sie laufend mit Materialien für ihre Arbeit im Betrieb zu versorgen.

Während seit dem Weddinger Parteitag die Partei ernsthaft den Kurs auf die Gewinnung der schlecht entlohntesten und unterdrücktesten Schichten des Proletariats, die

Arbeiterinnen, nimmt, vernachlässigte der Jugendverband die Arbeit zur Gewinnung der Jungarbeiterinnen. Das teilweise Unverständnis und die Unterschätzung der Notwendigkeit der Mobilisierung der Jungarbeiterinnen muß schärfstens bekämpft werden und wurde mit der Ausarbeitung einer besonderen Resolution über die Fragen der Organisierung der Jungarbeiterinnen Maßnahmen zur Liqui-[81]dierung dieser entscheidenden Schwäche eingeleitet. Ebenso mußte auf der Plenartagung des ZK des KJVD gegen die Unterschätzung der Arbeit zur Gewinnung der proletarischen Kinder und Arbeit im JSB entschieden Front gemacht werden.

Mit der selbstkritischen Untersuchung der Lage des Verbandes der Kennzeichnung der Hemmungen in bezug auf die Massenarbeit und Einleitung des Kampfes gegen das Haupthemmnis im Uebergang zur Massenarbeit, die „linke“ Gefahr, gegen die der Kampf seither nicht geführt wurde, wie mit der Festlegung der nächsten politischen Hauptaufgaben, verband die Plenarzentrale die Herausarbeitung von Methoden zur Aktivisierung der gesamten Mitgliedschaft in der Linie der Aufnahme der Massenarbeit und Lösung der Aufgabe der Eroberung der Mehrheit des Jungproletariats.

Ein ernster Schritt in dieser Linie der Aktivisierung der Mitgliedschaft ist der des Bruches mit den alten bürokratischen Methoden der Berichterstattung von den Tagungen unserer zentralen Körperschaften. Die Beschlüsse des Plenums des EK der KJI und der Plenarzentrale müssen schnellstens der Gesamtmitgliedschaft zur Kenntnis gebracht wer den, denn diese hat ja eine Hauptaufgabe bei der Durchführung der Beschlüsse zu erfüllen, d. h. daß wir mit dem alten eingefahrenen Weg brechen. Dieser alte bürokratische Weg war der, daß man über die Beschlüsse unserer verschiedenen Tagungen erst bei den oberen, dann bei den mittleren und schließlich bei den unteren Funktionären berichtet und nach langer Zeit – wenn überhaupt – mit den Mitgliedern, denen eine Hauptaufgabe bei der Durchführung der Beschlüsse zufällt, erst gesprochen wurde. Wie konnte da von einer Aktivierung der Mitgliedschaft zur Durchführung der Beschlüsse über die sie kaum informiert wurden, die Rede sein? Mit diesem Bruch mit den alten Methoden ist keineswegs gesagt, daß wir vor den Funktionären der Organisation über die Beschlüsse und über unsere Tagungen nicht berichten. Aber das wesentliche ist, schneller an die Mitglieder mit den Beschlüssen heranzutreten, um damit den Prozeß der Umsetzung der Beschlüsse in die Tat zu beschleunigen. und die Mitgliedschaft für die Durchführung der Beschlüsse zu aktivieren. In dieser Richtung beschloß das Plenum des ZK, in allen Großstädten, in allen Unterbezirken Mitgliederversammlungen des Verbandes zu veranstalten, auf denen kurz und kernig, in allen Mitgliedern verständlicher Sprache über die Ergebnisse des Erweiterten Plenums des EK der KJI berichtet und damit zugleich praktische Schritte zur Durchführung der Beschlüsse eingeleitet werden. Welche praktischen Schritte? Auch hier wies die Plenarsitzung des ZK den konkreten Weg. Auf besonderen Besprechungen mit den anwesenden Bezirken wurden mit jedem Bezirk die Hauptaufgaben in einem Sturmplan, der bis zum Reichsjugendtag Ostern 1930 (in Leipzig) durchzuführen ist, festgelegt. Diese Sturmpläne beinhalten im wesentlichen folgende Hauptpunkte: Wieviel Mitglieder sollen geworben werden, wieviel Betriebszellen und in welchen Betrieben geschaffen werden, in welche Sportorganisationen soll eingedrungen und in welchen Jugendsektionen der Gewerkschaften soll unser Einfluß bis zum Reichsjugendtag verstärkt werden u. a. m. Diese Sturmpläne – die für jeden Unterbezirk, Betriebszelle und Ortsgruppe noch konkretisiert werden – werden nach den Referaten auf den Mitgliederversammlungen in den Hauptpunkten der Mitgliedschaft bekanntgegeben. Zur Durchführung der in den Sturmplänen gestellten Aufgaben, zur Erfüllung der einzelnen Punkte des Sturmplanes werden nach der Verkündigung desselben auf der Mitgliederversammlung freiwillige Sturmbrigaden zusammengestellt.

[82] Wenige Tage bereits nach der Plenarzentrale des KJVD wurden solche Maßnahmen zur beschleunigten Durchführung der Beschlüsse des Erweiterten Plenums des EK der KJI eingeleitet. In Leipzig z. B. fand eine Mitgliederversammlung des Verbandes statt, in welcher man ein kurzes Referat über die Beschlüsse des Plenums hielt, die Hauptpunkte des Sturmplanes verkündet wurden und alsdann die Mitgliedschaft aufgefordert wurde, sich freiwillig zur Schaffung der Sturmbrigaden, die nacheinander mit konkreter Zielstellung geschaffen wurden, zu melden. So wurden in diesem Unterbezirk Leipzig elf solcher Sturmbrigaden geschaffen und damit ernste Maßnahmen zur aktiven Durchführung der Beschlüsse eingeleitet.

Die besten Funktionäre des Verbandes, die wirklich beweisen müssen, daß sie nicht nur im Wort, sondern in der Tat Massenarbeiter sind, sind in die Sturmbrigaden zu entsenden und müssen hier ihre führende Rolle und damit ihre Fähigkeit, leitende Funktionäre des Verbandes zu sein, beweisen.

Mit der Anwendung dieser Methoden zur Aktivierung der Mitgliedschaft, zur Lösung der großen Kampfaufgaben müssen solche Mittel, wie die des Abschlusses revolutionärer Wettbewerbe weiter entfaltet, verbreitert und vertieft werden. Die bisher vorhandenen Mängel, daß diese Wettbewerbe lediglich von den Leitungen des Verbandes abgeschlossen wurden, ohne daß die Mitgliedschaft davon erfuhr, müssen abgestellt werden, indem auf den Mitgliederversammlungen der Organisation die Mitglieder selbst zur Durchführung des Wettbewerbes mobilisiert werden. Selbst die zu schaffenden Sturmbrigaden können ihre Tätigkeit bei der Durchführung der ihnen gestellten Aufgaben durch den Abschluß von Wettbewerben untereinander noch gewaltig entwickeln und steigern. Mit diesen Maßnahmen der Entfaltung neuer Methoden der Aktivierung der Mitgliedschaft wird stärker den je die Kontrolle der Durchführung über die gestellten Aufgaben zu entwickeln sein. Auch hier wird die von der Plenarzentrale beschlossene Reichskontrolle ein erster Schritt in dieser Richtung sein.

Es gilt, mit aller Kraft den Drang nach vorwärts und den Enthusiasmus zur Durchführung der gestellten Beschlüsse, wie auch den großen politisch-ideologischen Fortschritt, wie er insbesondere in der Betonung der Notwendigkeit der Führung des Kampfes auf zwei Fronten auf der Plenarzentrale des ZK des KJVD zum Ausdruck kam, im beschleunigten Tempo auf den gesamten kommunistischen Jugendverband überzuleiten zur praktischen Verwirklichung der Beschlüsse des Plenums des EK der KJI und der Plenarzentrale des KJVD zur Eroberung der Mehrheit des Jungproletariats. Die Parteiorganisation spielt dabei politisch eine entscheidende Rolle und muß stärker denn je selbst in den untersten Organisationseinheiten in der Praxis den Jugendverband unterstützen und muß die Beschlüsse des XII. Weddinger Parteitages, der verstärkt den Kurs auf die Gewinnung der Massen des Jungproletariats festlegte, in die Tat umsetzen. [83]

*

Lenin und die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien

Von Rudolf Gerber

In seinem Kampf gegen den ökonomistischen Opportunismus formulierte Lenin 1902 in seiner Broschüre „Was tun?“ die Grundlinien der bolschewistischen Auffassung von der revolutionären Partei, der organisierenden Vorhut der kämpfenden Arbeiterklasse:

„Der politische Kampf der Sozialdemokratie ist viel breiter und komplizierter als der ökonomische Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer und ihre Regierung. Genau so (und infolgedessen) muß die Organisation der revolutionären Sozialdemokratischen Partei anderer Art sein als die Organisation der Arbeiter für einen solchen Kampf. Die Organisation der Arbeiter muß erstens eine gewerkschaftliche sein; zweitens muß sie möglichst weitgehend sein; drittens muß sie möglichst wenig konspirativ sein (ich meine natürlich hier und weiter unten nur das absolutistische Rußland); hingegen die Organisation der Revolutionäre muß vor allem und hauptsächlich die Personen erfassen, deren Beruf die revolutionäre Tätigkeit ist (deshalb rede ich auch von der Organisation der Revolutionäre, wobei ich die revolutionären Sozialdemokraten im Auge habe). Vor diesem allgemeinen Merkmal der Mitglieder einer solchen Organisation muß jeder Unterschied zwischen Arbeitern und Intellektuellen vollkommen verschwinden, ganz zu schweigen von dem Berufsunterschied der einen und der anderen. Diese Organisation darf nicht besonders breit und muß möglichst konspirativ sein.“

Lenin selbst bemerkt hier, daß manches von dem Gesagten den spezifisch russischen Verhältnissen Anfang des 20. Jahrhunderts entspricht. Die Frage des Verhältnisses von Arbeitern und Intellektuellen ist natürlich abhängig von den Traditionen der Arbeiterbewegung eines Landes, von dem Reservoir politisch qualifizierter (bzw. politisch qualifizierbarer) Arbeiterkräfte zur Besetzung der verantwortlichen Parteifunktionen; der Begriff „eng“ und „breit“ ist ein relativer, bezieht sich nicht auf

Mitgliederzahlen, sondern auf das Niveau der Aktivität. In anderen Fragen, insbesondere der des konspirativen Charakters der Organisation der Revolutionäre, hat die Faschisierung der bürgerlichen Demokratie unsere deutschen Verhältnisse denen des absolutistischen Rußlands angenähert, so daß gerade diese Bemerkungen Lenins in immer höherem Maße Gültigkeit erlangen – in der Frage des gewerkschaftlichen Charakters der „Organisation der Arbeiter" schafft die sozialfaschistische Entwicklung neue Verhältnisse und neue Organisationsformen. Aber das Grundlegende an Lenins Bemerkungen ist nicht an die Zeit des Entstehens gebunden und entspringt den bolschewistischen Grundauffassungen über die Rolle der revolutionären Vorhut: daß sie eine Organisation von Berufsrevolutionären ist, daß jedes Mitglied aktiver Organisator der Massenbewegung sein muß (es ist notwendig, gerade heute die breiten Mitgliederschichten daran zu erinnern, daß Lenin an dieser Frage 1903 die organisatorische Trennung vom Menschewismus vollzog), und daß die Organisation der Revolutionäre, die Kommunistische Partei, gerade weil sie weitergehende, breitere, viel größere Massen erfassende und deshalb für den bürgerlichen Staat gefährlichere Aufgaben stellt als die bloß an einzelne Tagesfragen anknüpfende „Organisation der Arbeiter", relativ enger, konspirativer sein und vor allem an ihre Mitglieder viel höhere Anforderungen stellen muß als diese. Und endlich ist es gerade in diesem Augenblick, wo die KPD vor der Illegalität steht, angesichts ernster sektiererischer Fehler, die früher bei solchen Gelegenheiten gemacht wurden, ganz besonders wichtig, darauf zu verweisen, daß Lenin die Frage der konspirativen Partei der Berufsrevolutionäre stets gestellt hat im Zusammenhang mit der „Organisation der Arbeiter", mit der Schaffung jener Formen der [84] Massenorganisierung, die der illegalen Partei – und gerade ihr – das Höchstmaß an organisatorischer Massenbeeinflussung garantieren. Das sind die Grundlehren, die man heute – auf höherer Stufe – beherzigen muß: nicht indem man im Augenblick der Illegalität mechanisch alle nicht den Leninschen Anforderungen entsprechenden Parteimitglieder hinaussäubert (von unverbesserlichen und insbesondere ideologisch oder materiell korrumpierten Elementen natürlich abgesehen), aber so, daß man einen bewußten und konsequenten Kurs auf die Einstellung aller Parteimitglieder im Sinne der Partei der Berufsrevolutionäre und die allmähliche Abstoßung der unerziehbaren einschlägt.

Die Grundauffassungen, die Lenin in der Frage der Partei 1902 entwickelt hat, waren für ihn die richtunggebenden, als mit der Gründung der III. Internationale die Frage der Bolschewisierung, der wirklichen und endgültigen Ueberwindung des sozialdemokratischen Charakters der außerrussischen Sektionen der neuen Internationale stand. Lenin hat vom ersten Augenblick an gegen die Fehler sektiererischer Art gekämpft, die – gerade auch im Zusammenhang mit den neuen Bedingungen der Revolution – die ersten Schritte der neuen Parteien begleiteten. Aber so wie er in den „Kinderkrankheiten" den Anarchismus als die „geschichtliche Strafe für die opportunistischen Sünden der Arbeiterbewegung" bezeichnete, so wie er auf dem II. Weltkongreß – in engstem Zusammenhang mit seinem scharfen Kampf gegen Sektierertum und abstrakten „Radikalismus" – den Kominternsektionen gerade die Gewinnung der guten proletarischen Elemente aus dem anarchistischen Lager zur Pflicht machte[*)], so hat er auch, wenige Wochen nach der Abfassung seiner Schrift über „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" in den 21 Bedingungen des II. Weltkongresses das grundlegende Dokument für die Bolschewisierung der außerrussischen Kominternsektionen geschaffen. Die 21 Bedingungen leben in der Partei als eine Art geschichtlicher Erinnerung fort, mancher Genosse hat vielleicht das Gefühl, daß sie nur die, allerdings grundwichtige, aber doch an einen bestimmten Zeitpunkt gebundene Aufgabe hatten, die Komintern vor der Mitgliedschaft der Kautsky, Hilferding und Breitscheid sowie ähnlicher Leute in anderen Ländern zu bewahren. Da ist es besonders wichtig, ihren unbedingt grundlegenden Charakter für die Entwicklung und die Tätigkeit der bolschewistischen Massenparteien in der ganzen Periode bis zur Machtergreifung zu betonen, gerade im Zusammenhang mit jenen Grundauffassungen von der Partei, die Lenin in seinem Kampf mit dem Menschewismus Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelt hat. Manches aus den 21 Bedingungen (so die Frage der Spaltung vom Zentrismus und Sozialpazifismus, des Kampfes gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, der Arbeit in den Gewerkschaften und Betriebsräten, der aktiven

[*)] Ist diese Frage nicht für uns gerade auch beute aktuell, wo wir einen verschärften Kampf gegen den „radikal" maskierten Reformismus der Industrieverbändler und ähnlicher Leute führen müssen?

Unterstützung der Sowjetunion, der Kolonialfrage und der Arbeit auf dem Lande, des demokratischen Zentralismus als Prinzip des Parteiaufbaus) ist inzwischen in das Bewußtsein der Parteien übergegangen, so viel im einzelnen da und dort dagegen gesündigt werden mag. Aber ist es nützlich, gerade in der gegenwärtigen Situation des revolutionären Aufschwungs daran zu erinnern, daß es in der ersten Bedingung heißt:

„Von der Diktatur des Proletariats darf nicht einfach wie von einer landläufigen einfachen Formel gesprochen werden, sondern sie muß so propagiert werden, daß ihre Notwendigkeit jedem einfachen Arbeiter, Arbeiterin, Soldaten mmd Bauern verständlich wird aus den Tatsachen des täglichen Lebens, die von [85] unserer Presse systematisch beobachtet und Tag für Tag ausgenützt werden müssen."

Und ist es nicht angesichts der Betriebsrätewahlen für manche Zelle nützlich, zu wissen, daß in der zweiten Bedingung ausdrücklich gefordert wird, von den verantwortlichen Positionen der Arbeiterbewegung Opportunisten zu entfernen und durch gute Revolutionäre zu ersetzen,

„ohne sich daran zu stoßen, daß besonders im Anfang an die Stelle von ‚erfahrenen' Opportunisten einfache Arbeiter aus der Masse gelangen"?

Wenn wir diese Punkte besonders anführen, so handelt es sich um häufig und mit einer gewissen Regelmäßigkeit vorkommende Verstöße gegen der Partei bekannte und von ihr anerkannte Grundsätze. Aber wieviele Genossen kennen oder kannten vor der gegenwärtig durchgeführten Generalkontrolle die 13. Bedingung?

„Die kommunistischen Parteien derjenigen Länder, in denen die Kommunisten ihre Arbeit legal führen, müssen von Zeit zu Zeit Säuberungen (neue Registrierungen) des Bestandes ihrer Parteiorganisation vornehmen, um die Partei von den sich in sie einschleichenden kleinbürgerlichen Elementen systematisch zu säubern."

Es ist klar, daß Lenin hier nicht bloß an sozial fremde Elemente – um die man sich im übrigen auch kümmern muß, und die mit besonderer Vorliebe als Träger der alten sozialdemokratischen Traditionen auftreten –, sondern vor allem an kleinbürgerliche, legalistische und opportunistische Entartungserscheinungen selbst unter proletarischen Parteimitgliedern dachte. Es ist wichtig, auf diese 13. Bedingung besonders hinzuweisen. Nicht nur, weil sie fast zehn Jahre so gut wie völlig vergessen war[*)], sondern vor allem, weil in ihr klar hervortritt, daß Lenin auch nach der Entstehung kommunistischer Massenparteien an seinen grundlegenden Auffassungen über die Partei der Berufsrevolutionäre, wie sie 1902 formuliert wurden, festgehalten hat. Wenn manchmal durch Duldung passiver Mitglieder, durch mechanische Werbemethoden, die das Neueindringen solcher geradezu begünstigen, in legalen Zeit dagegen gesündigt wurde, so muß man das mit verstärkter Kraft korrigieren, indem man die Werbetätigkeit der Partei auf das uns nahestehende Arbeiteraktiv konzentriert, aus dem wir den Bestand an Berufsrevolutionären ergänzen und erweitern können, und indem man die gesamte Parteimitgliedschaft auf ihre Aktivität, auf die Durchführung der gefaßten Beschlüsse kontrolliert. Die gegenwärtig von der KPD als erster außerrussischer Sektion der KI durchgeführte Generalkontrolle bedeutet – so wenig die Ergebnisse dieses ersten Schrittes vollständige sein können – einen ungeheuren Fortschritt, wenn im Zusammenhang mit ihr und der Ueberwindung der eben aus sozialdemokratischen Parteiauffassungen entspringenden Widerstände die grundsätzlichen Fragen klargestellt werden. Und nie hat die Gesamtpartei diese Lehren Lenins nötiger gehabt als gerade jetzt, wo sie unter den Bedingungen des revolutionären Aufschwungs und der bevorstehenden Illegalität ihre geschichtliche Aufgabe zu erfüllen hat.

*

[86]

[*)] Sehr viele Genossen glaubten sogar, daß die „Säuberungen" der KPSU sich nur aus den spezifischen Bedingungen nach der Machteroberung ergeben und daß sich die vom bürgerlichen Staat verfolgten Parteien schon in der laufenden Arbeit rein halten bzw. reinigen könnten. In Wahrheit hat Lenin eine solche Voraussetzung nur für die illegal arbeitenden Parteien gemacht.

Antisowjetkampagnen – Imperialistische Außenpolitik und Angriff auf die USSR.

Von Ch. W.

Eine Welle der gehässigsten Verleumdungen und der heftigsten Angriffe gegen die Sowjetunion geht gegenwärtig wieder einmal durch die Presse. Welche Zeitung man auch zur Hand nimmt, sei es eine deutsche, eine englische, eine französische oder italienische, ganz gleich welcher Richtung, ob Organ der Bourgeoisie oder des Sozialfaschismus, ob Provinz- oder leitendes Organ, einheitlich ist die Hetze.

Registrieren wir nur das Wichtigste aus der letzten Zeit. Was war in Paris? Dort versammelten sich französische Parlamentarier, frühere zaristische Minister, zusammen mit Kerenski, um in einer gemeinsamen Kundgebung gegen „die Verhöhnung der Religion in der USSR“ zu protestieren, die in der Einführung der Fünftagewoche, in der Beseitigung der alten religiösen Sonn- und Festtage zum Ausdruck komme.

Und in England? Dort entwickelte sich eine umfangreiche Kampagne „zum Schutze der Religion in der USSR“. Doch diese Kampagne – beileibe keine Einmischung in innerrussische Verhältnisse – war nur eine Kundgebung zur „Rettung der heiligsten Kulturgüter“. Politisch jedoch war diese Kampagne an die Adresse Amerikas gerichtet.

Und die Vorgänge in Indien? Waren sie nicht, immer nach der englischen Presse, „das Werk Moskaus?“, las man nicht überall, daß „die Agenten Moskaus ha der Arbeit“ seien? Wer erinnert sich nicht der Hetze, als die erste Nummer der englischen kommunistischen Tageszeitung „Daily Worker“ erschien?

Was sahen wir in Italien? Die gleiche provokatorische Hetze gegen die Sowjetunion. Provokateure wurden gedungen, fingierte Attentate mußten herhalten, um „nachzuweisen“, daß „Moskau terroristische Anschläge“ gegen die faschistische Mörderregierung eines Mussolini „vorbereite“.

Und nicht zuletzt Deutschland. Wem ist nicht noch die allerdings zum Verstummen gebrachte Kulakenhetze in Erinnerung? Wer erinnert sich nicht der Artikel des „Vorwärts“, der „Leipziger Volkszeitung“, der „Kölnischen“, um nur einige zu nennen.

Was ging in Genf vor? Dort erläßt der Sekretär des Kongresses der europäischen Minderheiten beim Völkerbund einen Aufruf über „das Schicksal der Kulaken in der Sowjetunion“. In seinem Aufruf beschwor dieser Herr das „moralisch“ gesonnene Europa, daß es in der Sowjetunion nicht nur um deutsche Kulaken ginge, sondern um alle kulturell hochstehenden Bauern, die „mit dem Westen verbunden“ seien. Internationale Aktion zur „Rettung der Kulaken“.

Oder sehen wir die Wirtschaftsbetrachtungen der sogenannten „Fachmänner“ über die Sowjetunion à la Scheffer. Steigert Rußland seinen Export, so ist es sicherlich „ein Ausdruck seiner ausweglosen Situation“. Bringt es Getreide auf den Weltmarkt so ist es nach dem „Vorwärts“ ein Zeichen dafür, daß „der Bolschewismus die russische Bevölkerung verhungern lasse“.

Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt aus den letzten Pressekampagnen gegen die Sowjetunion. Ueber den Sinn jedoch dieser sich ständig wiederholenden Hetz- und Verleumdungskampagnen gegen den ersten proletarischen Staat, die je nach der Situation zu- oder abnehmen, muß sich jeder Kommunist im klaren sein. Sicher ist, daß sich die Formen dieser Hetzkampagnen vielfach ändern, wie sich überhaupt, dank der Festigung der Sowjetmacht, die Formen der Politik der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion geändert oder der neuen Lage [87] angepaßt haben. Es ist hier gewissermaßen ein dialektischer Wandlungsprozeß vor sich gegangen. Stellte die erste Etappe der „Beziehungen“ der imperialistischen Mächte zur Sowjetmacht die Form der bewaffneten Intervention einzelner imperialistischer Mächte dar, so sehen wir in der zweiten Etappe die diplomatische Vorbereitung einer neuen Intervention auf breiterer und umfassenderer Grundlage. An Stelle einer Politik des Krieges trat das Stadium seiner propagandistischen Vorbereitungen, um auf diesem Wege die höhere Einheit – den bewaffneten Kampf der imperialistischen Mächte, d. h. einheitliche Kriegsfront gegen die Sowjetunion – zustande zu bringen. Diese Einheit zu schaffen, ist gegenwärtig eine der wesentlichsten Aufgaben der imperialistischen Diplomatie, wobei den Antisowjetkampagnen im internationalen Maßstabe eine große Aufgabe zufällt.

Kann so über den eigentlichen und tieferen Sinn der Antisowjetkampagnen – Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion – keine Unklarheit bestehen, so fragt sich nun, von welchem Faktor jeweils Ebbe und Flut in diesen Kampagnen abhängig ist. Im nationalen Maßstabe zeigt sich immer der Uebergang von Ebbe und Flut in dem Zeitpunkt, an dem die Außenpolitik einer imperialistischen Macht eine unmittelbar und sofort gegen die Sowjetunion gerichtete Aktion, sei es auch nur diplomatischer Natur, zum Ziele hat. Dabei ist der enge Zusammenhang zwischen Regierung und bürgerlicher einschließlich sozialfaschistischer Presse deutlich. Die „offiziösen" Organe bestimmen Art und Schärfegrad sowie vor allem den Zeitpunkt der Kampagne, wobei der Ton in den verschiedenen Zeitungen ruhig voneinander abweichen kann. Somit dienen diese Kampagnen jeweils als ein wesentliches Mittel zur Unterstützung eines Angriffes auf die Sowjetunion, welche Formen er auch annehmen möge. Markant in dieser Hinsicht war die schon etwas zurückliegende Antisowjetkampagne in Deutschland aus Anlaß der damals vor sich gegangenen deutsch-russischen Verhandlungen.

Antisowjetkampagnen, die jedoch den nationalen Rahmen überschreiten, stehen immer in engstem Zusammenhang mit bestimmten internationalen Zusammenkünften imperialistischer Mächte, wenn auch meistens dieser Zusammenhang nicht an die Oberfläche tritt. Wir wollen zum Beweis nur die gegenwärtig tagenden internationalen Konferenzen und die mit ihnen im Zusammenhang stehenden internationalen Probleme betrachten. Als solche wären zu nennen: die zweite Haager Konferenz, die Konferenz der Seemächte in London und die Zollfriedenskonferenz. Außer diesen Konferenzen trat ein einzelnes internationales Problem, das für die künftigen Tagungen des Völkerbundes noch eine größere Bedeutung gewinnen dürfte – der europäische Staatenbund Briands –, hervor. Vorgenannte Konferenzen fallen, wie wir schon eingangs feststellten, zeitlich mit einer internationalen Umfang annehmenden Hetze gegen die Sowjetunion zusammen. Die auf diesen Zusammenkünften hervortretende und gegen den ersten proletarischen Staat gerichtete Grundtendenz gilt es aufzuzeigen. Daß diese Konferenzen eine gegen die Sowjetunion gerichtete Grundtendenz haben, mag dem oberflächlichen Beurteiler nicht zum Bewußtsein kommen. Andererseits haben die Bourgeoisie sowie ihre sozialfaschistischen Helfershelfer alle Ursache, diese Zusammenhänge zu verschleiern. Doch eine nähere Betrachtung der mit den internationalen Konferenzen im Zusammenhang stehenden Antisowjetkampagne zeigt, daß unter dem Geschrei, wie „Schutz der Religion!", „Rettet Kultur und Moral!" – das beileibe keine Einmischung In innerrussische Angelegenheiten darstellt – die „öffentliche Meinung" bearbeitet wird, um dahinter die weitgehenden Versuche der imperialistischen Mächte zur Bildung der Einheitsfront gegen die Sowjetunion zu verbergen. Nun fällt es selbstverständlich keinem Kommunisten ein, zu [88] behaupten, daß jene internationalen Konferenzen nur oder ausschließlich gegen die Sowjetunion gerichtet seien. Doch auch bei genügender Berücksichtigung der Gegensätze der imperialistischen Mächte untereinander – und wir tun dies in genügendem Maße – wäre es ein unverzeihlicher Fehler, die antisowjetistische Problemstellung aller dieser Konferenzen zu vergessen oder auch nur zu verkleinern.

Betrachten wir von diesem Gesichtspunkt aus die zweite Haager Konferenz. Legen wir aber von vornherein alle jene kleineren Fragen beiseite, die der bürgerliche Zeitungsschmock so in den Vordergrund stellt, und wenden wir uns den großen politischen Zusammenhängen zu. Hierbei tritt ein Grundproblem deutlich hervor, das sich hinter dem Kampf über Zahlungsverteilungs- und Finanzprobleme verbirgt. Es ist der Kampf um die Einbeziehung Deutschlands in den unter französisch-englischer Führung stehenden Block der europäischen Staaten. Jener Block ist auf der gegenwärtigen Haager Konferenz genügend deutlich hervorgetreten. Jedoch noch etwas mehr Licht über Haag für jene, die so noch nicht genügend sehen, brachte das Auftreten Schachts. Schacht, als der Beauftragte Morgans, sollte diese Blockbildung in der von den Franzosen gedachten Form unmöglich machen. Dies das Auftreten der einen Seite. Andererseits hat sich die deutsche Delegation durch die Desavouierung Schachts „die volle Anerkennung und das restlose Vertrauen der Konferenz" (lies: französischen Bourgeoisie), wie der „Matin" zur Freude des „oppositionstreibenden" deutschen Blätterwaldes so schön schrieb, gesichert. Das ist die andere Seite. Diese europäische Blockbildung ist selbstverständlich ohne Deutschland nicht denkbar. Jedoch nicht eines Deutschlands als gleiches unter gleichen, eines „mächtigen Deutschlands in der Mitte", wie es die „Kölnische Zeitung" vom 15.1. träumte. Das ist nicht das Ziel des französischen Imperialismus. Er

will und kann nur Deutschland in diesem Block unter seinem Kommando sehen. In diesem Block nun soll der Reparationsbank eine besonders große Bedeutung zukommen, denkt man sie sich doch als eine „scharfe Waffe im Expansionskampf des europäischen Monopolkapitals“ nach Osteuropa zu. Osteuropa ist aber nur ein Pseudonym für die Sowjetunion, und Expansionskampf heißt hier nichts anderes als Krieg.

Doch die Reparationsbank hat auch noch eine zweite Aufgabe: die Sicherstellung der von Deutschland aufzubringenden Reparationen. So bedeutet die Bank für die führende imperialistische Macht im europäischen Block rückwärtsweisend größtmögliche Sicherung des Versailler Vertrages und vorwärtsweisend das Suchen nach einem Wege, auf welchem der europäische Kapitalismus aus seiner unerträglichen Lage herauskommen könne.

Damit sind wir mitten im Paneuropa-Problem, das mit der Reparationsbank, so wie sie sich die Franzosen vorstellen, zusammenhängt. Darüber äußerte sich Sauerwein in der Prager Presse vom 1. Januar 1930 ziemlich deutlich. Er fragt:

„Durch was wird das Jahr 1929 charakterisiert? In diesem Jahr reifte mit Notwendigkeit die Idee der Rekonstruierung Europas nach zwei Seiten. In Genf wurde der Vorschlag einer europäischen Föderation auf die Tagesordnung gestellt und in Basel wurde die internationale Reparationsbank gegründet, welche eine tätige Waffe im Kampfe für diese Föderation sein muß.“

Also Bildung einer „europäischen Wirtschafts- und politischen Föderation“, mit der nach Sauerwein Briand in der nächsten Zeit erneut in die Oeffentlichkeit tritt. Als eine der Hauptaufgaben der Bank bezeichnet Sauerwein die Erschließung neuer Märkte in Europa. Da alle Märkte in Europa, mit Ausnahme jenes der Sowjetunion, für den europäischen Imperialismus geöffnet sind, so steht hier nur die Eroberung des sowjet-[89]russischen Marktes zur Debatte. Doch hier spielen nun wieder die gegen den europäischen Block – unter Führung des französischen Imperialismus – gerichteten Interessen des amerikanischen Finanzkapitals hinein, für das nunmehr nach Einsetzen der Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten die Gewinnung neuer Absatzmärkte als einzig möglicher Ausweg erscheint.

Doch in welcher Richtung geht das amerikanische Exportinteresse? Darüber unterrichtet uns das Organ der deutschen Schwerindustrie, die „Berliner Börsenzeitung“, die bei einer Behandlung der paneuropäischen Frage schrieb, daß sich das Interesse der amerikanischen Exportpolitik in der Hauptsache nach Rußland richte; also Gegensatz und Kampf um die imperialistische Eroberung des sowjetrussischen Marktes zwischen den Imperialisten der Vereinigten Staaten und jener Europas unter französisch-englischer Führung, das ist es, was sich im Hintergrunde der Verhandlungen über die Reparationsbank im Haag abspielt. Hier handelt es sich nur darum: Wer führt wen? – das Ziel ist umrissen. Doch die Eroberung des sowjetrussischen Marktes für den Imperialismus, was heißt das anderes als Krieg? So ist die Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion keine kommunistische Erfindung, sondern eine Realität erster Größe.

Berühren wir in diesem Zusammenhang nur noch die Londoner Flottenkonferenz. Ist hier vielleicht eine Politik der Kompensationen ganz und gar ausgeschlossen? Oder liegt nicht die Möglichkeit auf der Hand, daß die englischen Imperialisten vor den Vereinigten Staaten in der Kreuzerfrage oder hinsichtlich der „Freiheit der Meere“ kapitulieren und sich durch diese Kapitulation die Freiheit erkaufen, „das russische Problem zu lösen“? Lösung aber heißt Krieg, oder wie Rechberg in den letzten Tagen in der „Bergwerkszeitung“ schrieb: „das russische Volk aus der würgenden Gewalt des Bolschewismus zu befreien“.

So enthüllen uns die politisch-diplomatischen Kombinationen, die gegenwärtig im Mittelpunkt der internationalen Konferenzen stehen, und die durch eine wüste Hetzkampagne gegen die Sowjetunion überschattet werden, ihren tieferen Sinn. Sie signalisieren die außenpolitische Gefahr, in welcher sich die Sowjetunion befindet. Die Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion erreicht eine höhere Stufe und nimmt in der Reparationsbank schon in greifbarer Form den Charakter einer internationalen Intervention und Blockade an. Das ist die Einleitung eines neuen Buches, zu dem aber bestimmt nicht jene Herrschaften die darauf folgenden Kapitel schreiben. Revolution und Sieg des Sozialismus müssen und werden den Inhalt abgeben.

Die marxistische Zusammenbruchstheorie

Von Kraus

(Fortsetzung)

5. Stagnation, Monopol, Imperialismus.

Gr. versucht den mathematischen Nachweis, daß der Fall der Profitrate an einem bestimmten Punkte zur Abnahme der Revenue der Kapitalisten führen muß. Das ist für ihn der Ausgangspunkt der Krisen- und Zusammenbruchstheorie. Der mathematische Beweis taugt aber nichts, weil er nicht nur nicht unter allgemein gültigen Voraussetzungen, sondern sogar unter innerlich widersprechenden Voraussetzungen geführt wird. Das Bauersche Schema nimmt einerseits eine ständige Steigerung der Produktivität der Arbeit, andererseits eine konstante Mehrwertrate an. Das ist ein Widerspruch. Die Steigerung der Produktivität der Arbeit muß auch zur Entwertung der Ware Arbeitskraft, zum Wachsen des relativen Mehrwerts, zur Steigerung der Mehrwertrate führen. Diese Gesetzmäßigkeit verlangsamt schon das Tempo des Falls der Profitrate. [90] Dazu kommt noch eine Reihe anderer Gegentendenzen gegen den Fall der Profitrate, die weder im Bauerschen Schema, noch in der algebraischen Formel Gr.s berücksichtigt sind. Der mathematische Beweis ist daher wertlos.

Aber es bleibt die Frage, wie sich der Fall der Profitrate auf die Akkumulationsrate und die Revenue der Kapitalisten auswirkt. Das Tempo der Akkumulation hängt keineswegs, wie es nach dem Bauerschen Schema den Anschein hat, von der natürlichen Bevölkerungszunahme ab. Es gilt hier vielmehr das Gesetz:

„Und so wälzt sich der Strom des Kapitals fort, oder seine Akkumulation im Verhältnis der Wucht, die es schon besitzt, nicht im Verhältnis zur Höhe der Profitrate." („Kapital", Band III, S. 227.)

Das heißt: mit der Masse des akkumulierten Kapitals wird die Akkumulationsrate nicht kleiner, sondern im allgemeinen größer. Der Zwang der Konkurrenz treibt jeden Kapitalisten zur möglichsten Erweiterung der Produktion, die Masse des Profils, nicht die Profitrate, ist dafür maßgebend, ob mehr oder weniger Profit akkumuliert werden kann, denn nicht Konsumtion, sondern die Akkumulation ist „der unmittelbare Zweck und das bestimmende Motiv der kapitalistischen Produktion". („Kapital", Band III, 1, Seite 225.)

Ist nun eine konstante oder gar steigende Akkumulationsrate auf die Dauer bei sinkender Profitrate möglich? Wir haben früher entwickelt, daß der Fall der Profitrate nicht stetig erfolgt, sondern periodisch in den Krisen. Infolge der wirksamen Gegentendenzen „wirkt das Gesetz nur als Tendenz, dessen Wirkung nur unter bestimmten Umständen und im Verlauf langer Perioden schlagend hervortritt". („Kapital", Band III, 1, Seite 220.)

Abstrakt, rein mathematisch betrachtet, ist es denkbar, daß die Profitrate nach einer solchen Gesetzmäßigkeit sinkt, daß sie einer bestimmten Grenze, die der Höhe der Akkumulationsrate entsprechen könnte, ständig asymptotisch näher kommt, ohne sie je zu erreichen[*)].

Da aber das Sinken der Profitrate ganz unabhängig von den Bedürfnissen der kapitalistischen Akkumulation erfolgt, ist es absurd, eine solche mathematische Gesetzmäßigkeit anzunehmen. Vielmehr muß man damit rechnen, daß bei ständigem Fall der Profitrate und konstanter oder steigender Akkumutationsrate der Zeitpunkt eintritt, wo die Profitmasse nicht mehr zur Fortsetzung der Akkumulation im bisherigen Tempo ausreicht.

In Wirklichkeit wird sich der Prozeß nicht so vollziehen, daß erst die Revenue der Kapitalisten allmählich verschwindet und, bis sie zur Null herabgesunken ist, der Zusammenbruch eintritt. Die Krise beginnt vielmehr, sobald sich das Sinken der Profitrate durch den Sturz der Preise infolge Ueberfüllung der Märkte durchsetzt. Die Krise wird überwunden infolge verschiedener Gegentendenzen, die dem Fall der Profitrate entgegenwirken. Entwertung von c, Erhöhung der Mehrwertrate durch den

[*)] Um das verständlich zu machen, geben wir ein Beispiel: Die konstante Akkumulationsrate sei 10 Prozent, die Profitrate sinke in folgender Weise: 11, 10,9, 10,89, 10,889, 10,8889 usw. Auf diese Weise kann die Profitrate unbeschränkt weitersinken, ohne jemals auf 10 herunterzukommen.

infolge der Krise verschärften Druck auf die Arbeiterklasse, Ersparnisse an c durch Reorganisierung des Produktionsprozesses, Erhöhung des Profils durch Gewinnung neuer Märkte usw.

Auf neuer Grundlage, in der Regel aber bei einer niedrigeren Profitrate, kann dann die Akkumulation von vorn beginnen. Abstrakt betrachtet ist dann sowohl denkbar, daß trotz der geringeren Profitrate die Akkumulationsrate auf der alten Höhe bleibt – was dann ein relatives Sinken der Revenue der Kapitalisten zufolge hätte – als auch, daß die Akkumulationsrate sinkt.

Was entspricht der Wirklichkeit unserer Zeit? Der Zeit des Imperialismus, des Monopolkapitalismus entspricht offenkundig die Drosselung der Akkumulation, die Verlangsamung ihres Tempos. Das folgt unmittelbar aus dem Wesen des Imperialismus als Monopolkapitalismus. Das Monopol hebt zwar die Konkurrenz nicht auf, schränkt sie aber doch in gewissen Grenzen ein. Damit wird die Kraft geschwächt, die die eigentliche Triebfeder der ständig gesteigerten Akkumulation ist. Zugleich ermöglicht das Monopol eine organisierte Einschränkung der Akkumulation und erzwingt sie in gewissen Grenzen. Wenn z. B. die kontinentale Rohstahlgemeinschaft den wichtigsten Stahlproduzenten Europas bestimmte Produktionsquoten zuweist, und die Ueberschreitung dieser Quote durch Konventionalstrafen erschwert, so heißt das, daß für eine gewisse [91] Zeit in gewissen Grenzen der Zwang der Konkurrenz zur ungehemmten Entfaltung der Akkumulation ausgeschaltet und umgekehrt ein Druck ausgeübt wird, um die Akkumulation in gewissen Schranken zu halten.

Gr. lehnt die Leninsche Theorie des Imperialismus ab. Er bezeichnet die Monopolorganisation, den Kapitalexport usw. als „sekundäre Oberflächenerscheinungen, die aus dem Wesen der kapitalistischen Akkumulation als primärer Wurzel entspringen“. (S. X.) Daß das Monopol ein Produkt der Konzentration, also auch der Akkumulation ist, das ist richtig. Aber es ist ein Produkt der Akkumulation auf bestimmter Stufe. Und das wesentliche ist, daß das Ueberhandnehmen des Monopols von wesentlicher Bedeutung ist für ein gewisses Stadium des Kapitalismus, in dem sich ein Strukturwechsel im Kapitalismus vollzieht, in dem der Kapitalismus erst sein reaktionäres Wesen, seine Funktion als Hemmnis der Entwicklung der Produktivkräfte voll entfaltet. Während Gr. die von Lenin aufgedeckten Merkmale mit großer Geste als „Oberflächenleistung“ abtut, glaubt er, das Wesen des Imperialismus durch folgende Definition besser erfaßt zu haben:

„Der moderne Imperialismus der kapitalistischen Staaten ist das notwendige Streben, durch wirtschaftliche Expansionen, deren letzte Stufe die staatliche Eingliederung fremden Gebiets ist, die auf einer bestimmten Stufe der Kapitalakkumulation einsetzende Zusammenbruchstendenz, das Versagen der Verwertung, durch Sicherung des Zuflusses von zusätzlichem Mehrwert von außen zu überwinden.“ (Seite 300.)

Diese unbestimmte Formel kann die Leninsche Theorie in keiner Weise ersetzen. In dieser Erklärung fehlt das Wichtigste, nämlich, daß der Imperialismus eine besondere Etappe des Kapitalismus, und zwar die Etappe seines Niedergangs ist. Nach Gr.s eigener Darstellung tritt die Zusammenbruchstendenz, das „Versagen der Verwertung“, regelmäßig beim Ausbruch einer Krise zutage. „Die bestimmte Stufe der Kapitalakkumulation“, von der hier gesprochen wird, war also schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts erreicht, als die modernen Konjunkturzyklen einsetzten. Gr. behauptet mit Recht, daß die Gegentendenzen, die die Ueberwindung der Krise ermöglichen, „mit dem Fortgang und dem Umfang der Kapitalakkumulation auf wachsende Schwierigkeiten stoßen“. Wachsende Zusammenbruchstendenz und Erstarken des Imperialismus seien bloß zwei Seiten desselben Tatsachenkomplexes. (Seite 296/297.) Das ist, allgemein gesprochen, richtig und besagt ja nichts anderes, als daß der Imperialismus der sterbende Kapitalismus ist. Aber warum das so ist, und wo die Grenze liegt, an der ein neues Zeitalter des Kapitalismus beginnt, gerade diese Frage vermag Gr. mit seiner abstrakten Methode, die an der konkreten Wirklichkeit vorbeigeht, nicht zu erklären.

Marx datiert bekanntlich „eine Epoche der sozialen Revolution“ von dem Zeitpunkt, wo die kapitalistischen Produktionsverhältnisse aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte in Fesseln derselben umschlagen. Solange die kapitalistische Produktion unter der Peitsche der Konkurrenz vorwärts drängt und die vorkapitalistischen Produktionsformen vernichtet, wirkt sie noch als „Entwicklungsform“ der Produktivkräfte. Mit dem Ueberhandnehmen des Monopols ist diese Rolle ausgespielt. Das kapitalistische Monopol, sagt Lenin, „erzeugt wie jedes andere Monopol unvermeidlich die Tendenz

zur Stagnation und Zersetzung, in demselben Maße, wie, sei es auch nur vorübergehend, Monopolpreise eingeführt werden, verschwindet bis zu einem gewissen Grade der Antrieb zum technischen und folglich auch jedem anderen Fortschritt und zur Vorwärtsbewegung; in demselben Maße entsteht auch die wirtschaftliche Möglichkeit, den technischen Fortschritt künstlich auszuschalten". (Lenin, Imperialismus, Seite 89.)

Die kapitalistische Rationalisierung zeigt, daß die „Vorwärtsbewegung", die Kapitalakkumulation, die Entfaltung der Produktion sogar in noch höherem Maße gehemmt werden als der technische Fortschritt, was zur Quelle besonders krasser sozialer Widersprüche wird[*]. (Fortsetzung folgt.) [92]

LITERATUR

Dezemberheft des „Bolschewik"

Die Dezembernummer des „Bolschewik" bringt als Leitartikel eine Widmung zum 50. Geburtstag des Genossen Stalin. Die Verdienste des Genossen Stalin am sozialistischen Aufbau, an der Komintern in theoretischer und praktischer Arbeit werden hervorgehoben. Der nächste Artikel ist selbst vom Genossen Stalin und behandelt die rechten Abweichungen in der WKP.

Es ist die Rede des Genossen Stalin im Plenum des ZK. der WKP. im April des vergangenen Jahres, in einem Zeitpunkt, wo die Opposition noch auf der Höhe war. In den Meinungsverschiedenheiten der Partei kritisierte er die Abweichungen des Genossen Bucharin, die Stabilisierungs- und Rekonstruktionstheorie im Kapitalismus[**]. Zu den aktuell wirtschaftlichen Fragen, den „Problemen der Kader", nimmt der Genosse Kaganowitsch Stellung. Ein Rest des alten Regimes sind die vielen unqualifizierten Arbeiter. Trotzdem die Sowjetregierung alles getan hat, um diesem Mangel abzuhelfen, ist die Zeitspanne zu kurz, um genügend zuverlässige technische Kader geschafft zu haben. Für die Durchführung des Fünfjahrplanes müssen 25.000 neue Ingenieure herangebildet werden. Wie stark die Vergangenheit auf die heutigen Verhältnisse einwirkt, ergibt sich aus der Gegenüberstellung des technischen Stabes der Sowjetunion, wo auf 10.000 Arbeiter 80 Ingenieure und 81 Techniker kommen, und den kapitalistischen Ländern, wo auf 10.000 Arbeiter in den Vereinigten Staaten 125 Ingenieure und 250 Techniker kommen. In Deutschland entfallen auf 10.000 Arbeiter 106 Ingenieure und 114 Techniker. Die Sowjetunion hat 57.000 Spezialisten und etwa 55.000 Techniker. Im Maschinenbau und in der Metallverarbeitung entfallen in Deutschland 2,18 Ingenieure auf 100 Arbeiter und in der Sowjetunion auf die gleiche Zahl Arbeiter 0,76 Ingenieure. In der Landwirtschaft liegen die Verhältnisse noch ungünstiger. Die alten Spezialisten sind unbrauchbar und während der ersten Aufbauperiode waren sie zum großen Teil direkt unzuverlässig. Die Sowjetunion hat den gesamten technischen Kader fast neu schaffen müssen. Zur Durchführung des Fünfjahrplanes gehört vor allen Dingen die Heranbildung neuer proletarischer Kräfte für den Sowjetaufbau.

Die Steigerung der Frühjahrsaussaat wird in einem Artikel von M. Kubanin behandelt. Die Organisierung von 300 Rayons mit vollständiger Kollektivierung und die Bereitstellung von 103 Maschinen-Traktorenstationen sind eine gute Gewähr der Steigerung der Frühjahrskampagne. Die Erfolge der letzten Zeit sind außerordentliche, jedoch betont Kubanin, daß vor allem eine Intensivierung der Vieh- und Geflügelwirtschaft einsetzen muß. Einen Vergleich der Wirtschaft der Sowjetunion mit der kapitalistischen Wirtschaft zieht Ewentow in einem Artikel: „Wie realisieren Direktiven – einholen und überschreiten." Aus den Statistiken, die Ewentow anführt, ergibt sich, daß die Steigerung in den letzten Jahren in der Sowjetunion eine bedeutend größere ist als in den kapitalistischen Ländern. Die Sowjetwirtschaft ist ein Faktor in der Produktionssteigerung der Weltwirtschaft.

---

[*] Auf die Frage des Kapitalexports wollen wir hier nicht näher eingehen. Gr. versteht nicht den Zusammenhang zwischen Monopolkapitalismus und dem Zwang zum Kapitalexport. Er leugnet im offenbaren Widerspruch zu Marx („Kapital", Band III, 1, Seite 218) die entscheidende Bedeutung der höheren Profitrate in kapitalistisch weniger entwickelten Ländern für den Kapitalexport.

[**] Diese Rede ist inzwischen in der deutschen Parteipresse erschienen.

(*1928/29 in Prozent zu 1927/28*)

Länder	*Kohle*	*Stahl*	*Eisen*	*Baumwolle*	*Naphtha*
Europa mit USSR	105,3	106,3	104,0	99,6	–
Europa ohne USSR	104,8	105,5	102,5	96,3	–
Welt mit USSR	105,9	113,9	111,2	101,3	114,6
Welt ohne USSR	105,6	113,8	110,8	100,2	114,4

Viel bedeutender ist aber die Steigerung des Reallohnes in der Sowjetunion im Vergleich zu den kapitalistischen Ländern. Selbst nach den amtlichen Statistiken steht der Index des Reallohnes in der Sowjetunion am höchsten. Besonders stark ist die Steigerung von 1928 bis 1929. Ewentow behandelt noch die Landwirtschaft und den Außenhandel. Das Tempo der Entwicklung ist in der USSR bedeutend schneller als in den kapitalistischen Ländern.

[93] N. Lenzner behandelt den internationalen Opportunismus nach dem 10. Plenum des EKKI. Er erinnert an den internationalen Charakter der ultralinken Krise in den Jahren 1920/21. Lenzner zeigt die Auswirkungen der Abweichungen auf den verschiedenen Gebieten unserer Politik und in den verschiedenen Ländern und zeigt, wie der Kampf gegen den internationalen Opportunismus geführt werden kann. N. Nasonow gibt einen Ueberblick über den Kampf der Arbeiterjugend und der KJI. Die Rationalisierung hat in allen Ländern die Arbeiterjugend stark getroffen. im Durchschnitt sind 20 bis 25 Prozent der Arbeiter Jugendliche. Nasonow weist auf die Bedeutung der Jugend im Klassenkampf hin und zeigt die Perspektive der kommenden Arbeit.

S. I. Gusew behandelt noch die Lage der Kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei. Daran schließen sich Kritiken und Bibliographien, von denen „Die letzten ökonomischen Veränderungen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika“ (New York 1929) eine eingehende Würdigung erhielt. W. W.

„Die Gesellschaft“, Januar 1930

Nur ein kurzes Artikelchen, „.Koalitionskrämpfe“ von Georg Decker. befaßt sich mit der Gegenwart, im übrigen aber zeigt diese Gesellschaft die gewisse „Flucht ins Jenseits“, zur Philosophie und zu Tolstoj. Was der Taktiker“ der „Gesellschaft“ über die politische Situation zu sagen hat, zeigt die ganze Einstellung der heutigen sozialdemokratischen Politik. D. läßt „nicht den geringsten Platz für eine einigermaßen optimistische Betrachtung unserer politischen Entwicklung übrig“. Aber damit meint er nicht etwa die ökonomische Krise, den verschärften Klassenkampf, die revolutionäre Zuspitzung – sondern nur das Schicksal der Regierungskoalition. Auf diesem sehr beschränkten Gebiet werden einige Tatsachen richtig festgestellt, so z. B. daß die DVP tatsächlich „nicht mehr zur Koalition gehöre“. Auch bestätigt er die Feststellung der kommunistischen Presse – entgegen dem lächerlichen Geschreibe des Vorwärts“ –, daß die Abspaltungen von der DNVP nicht etwa eine Linkswendung der Bourgeoisie, sondern eine Verstärkung ihrer reaktionären Konzentration nach rechts bedeuten. Selbstverständlich stellt Decker diese Tatsache nicht etwa fest, um einen wirklichen Kampf gegen den Faschismus zu befürworten, sondern um das Liebeswerben der SPD um die Gunst des Zentrums geschickter führen zu können. Im übrigen sieht er nach der Annahme des Young-Planes „gewissermaßen eine Gelegenheit, ein neues Leben anzufangen“. Die SPD werde „eine viel größere taktische Bewegungsfreiheit gewinnen“, und müsse es sich zur Aufgabe machen, „den Zwang für die anderen (mit der SPD zusammen zu regieren. K. S.) zu verstärken“. (S. 4.)

Also im Grunde dasselbe Rezept, das auch die „Linken“ in ihrem „Klassenkampf“ vorschlagen. Der Unterschied zwischen diesen „Linken“ und der offiziellen Linie ist in der Tat gleich null.

Daß die SPD gegenwärtig auf Grund ihrer ökonomischen und sozialen Basis und ihrer politischen Rolle längst eine Partei des Sozialfaschismus geworden ist, ist eine Tatsache, die hier nicht mehr bewiesen zu werden braucht. Größter Aufmerksamkeit würdig aber sind die besonderen Formen, in denen sich dieser Prozeß des Hinüberwachsens der „bürgerlichen Arbeiterpartei“ zum offenen Faschismus auf allen Gebieten ihrer Arbeit vollzieht. Auch dieses Heft ihrer „wissenschaftlichen“ Zeitschrift gibt dafür wieder eine Reihe interessanter Beispiele. So die Artikel von Hermberg und Croner. Der Artikel von Prof. Hermberg, „Wie ist proletarische Bildungsarbeit möglich?“, die Wiedergabe eines Referates auf der Volkshochschultagung in Heidelberg, April 1929. Er beginnt mit erfrischendem Zynismus:

„Alle Bildungseinrichtungen erfüllen eine Reihe sozialer Funktionen, die mit Bildung wenig zu tun haben, aber trotzdem sehr bedeutsam sind ..., der Erholung oder der Zerstreuung, der Beruhigung oder der Einschläferung, der Erbauung oder der Ablenkung ..." (S. 7.)

Im weiteren wird dann untersucht, wie im Rahmen dieser Funktionen des bürgerlichen Bildungswesens eine besondere „proletarische Bildungsarbeit möglich ist, das heißt, unter welchen Bedingungen sie die Massen des Proletariats wirklich beeinflussen kann. Wir werden nicht fehlgehen in der Vermutung, daß gerade die Krise des bürgerlichen Volkshochschulwesens und das Abströmen der proletarischen Elemente aus diesen Anstalten (hei dem gleichzeitigen gewaltigen Wachstum der „Marxistischen Arbeiterschulen" in allen Teilen Deutschlands) [94] die Ursache dieser Untersuchungen des sozialdemokratischen Professors darstellen. Mit allem notwendigen Takt und zarter Rücksicht macht er die Bourgeois, für die er schreibt, darauf aufmerksam, daß „das Proletariat aller Färbungen" sich heute nicht mehr „als Glied einer sinnvollen und von ihm selbst anerkannten Ordnung fühlt", daß es sich zwar dem Zwang zur Arbeit fügt, aber in dieser „keinen Beruf mehr sieht". Damit verliere „die Vorbereitung für das Arbeitsleben den Kern ihres Bildungswertes". Dasselbe mit der „allgemein menschlichen Bildung": dem Proletarier seien „alle überkommenen gesellschaftlichen Werte längst fragwürdig geworden ... Volk, Staat und auch Familie sind ihm keine selbstverständlichen Werte mehr; denn feindselig und mißtrauisch steht er der gesamten Lebensordnung gegenüber". Um also die Proletarier wirklich für die (bürgerliche) Bildungsarbeit zu interessieren – dies ist der kurze Sinn der langen Rede –, müsse die Arbeiterbildung sich auf den „Klassenstandpunkt" stellen (Hermberg gebraucht das Wort Klasse immer in Anführungszeichen), sie müsse den einzelnen „schulen zum Funktionär der (natürlich bürgerlichen, d. h. sozialfaschistischen) Arbeiterbewegung". Daher die Unentbehrlichkeit der sozialfaschistischen Ideologie zur Beeinflussung und Unterdrückung des Proletariats.

Dieselben Gedankengänge auf einem anderen Gebiet entwickelt Fritz Croner in dem Artikel „Zur Theorie proletarischer Sozialpolitik". Auch hier der Beweis, wie notwendig die Sozialpolitik zur Erhaltung des Kapitalismus, daß ihre Beseitigung dem Interesse des Kapitals widerspreche. So wird z. B. „Sozialversicherungs-Ersatz" von Hartz (dessen Propaganda Hugenberg finanziert) durch zwangsweises Sparen (Lohnabzüge) nicht vom Standpunkt des Proletariats kritisiert, sondern ganz vom Standpunkt der Bourgeoisie. Im übrigen bemüht sich Croner, den „Funktionswandel" in der Sozialpolitik in den letzten Jahren herauszuarbeiten, so z. B. die Tatsache, daß nicht mehr der Staat, sondern die „Gewerkschaften zu Trägern der Sozialpolitik" werden, die „antikapitalistischen Tendenzen in ihr" usw. Der spezifisch faschistische Inhalt dieses Funktionswandels wird sehr klar gezeigt:

„Die antikapitalistischen Tendenzen in der neuen Sozialpolitik versetzen diese auch erst in die Lage, antikapitalistisch-revolutionäre Erscheinungen der proletarischen Bewegung sozialpolitisch aufzufangen und zu verarbeiten. Die revolutionäre Erscheinung der Betriebsräte verschwindet nicht, nachdem sie ihre revolutionäre Funktion erfüllt (oder nicht erfüllt) hat, sondern sie wird von der neuen Sozialpolitik für ihre Bestrebungen eingespannt und verwendet, wenn es gelingt, die Betriebsräte auf einer sozialpolitischen Basis zu sammeln und neu zu organisieren, sie, die die Grundlage einer neuen Staatsform bilden wollten ... – gewaltigste organisatorische Leistung des vergangenen Jahrzehnts –, zu Gliedern, gewissermaßen zum verlängerten Arm der Gewerkschaftsbewegung zu machen." (S. 52.)

Interessant ist noch der Artikel von Herbert Marcuse „Zum Problem der Dialektik", der sich mit dem Buch des Prof. Siegfried Marck, „Die Dialektik in der Philosophie der Gegenwart", beschäftigt. Dieser Marck, ein Sozialdemokrat, der sich als „kritischen Dialektiker" bezeichnet, in der Tat aber ein Agnostiker und philosophischer Dunkelmann kantischer Färbung ist, hat sich erst vor einem Jahr im Wiener „Kampf" durch eine fast ebenso gehässige wie blöde Kritik des Leninschen Buches „Materialismus und Empiriokritizismus" ausgezeichnet. Marck bezeichnet als Dialektik im wesentlichen die kantischen „Antagonismen", den Gegensatz zwischen Erkennen und Ding an sich usw., „die Unaufhebbarkeit der Gegensätze" zwischen „Ich und Ist" usw. (also subjektiver Idealismus, Solipsismus). Marcuse andererseits gibt vor, „den ursprünglichen Sinn der Dialektik bei Marx wieder anzueignen" – während er in der Tat den stark verhunzten Hegelianismus der Theorie von Lukács „aneignet": die Dialektik sei „Geschichtlichkeit", d. h. menschliche Geschichte, nicht mehr. Von Dialektik in der Natur oder auch nur in der Naturwissenschaft zu sprechen, sei „eine falsche Auffassung von Engels" (deren Revision durch Lukács applaudiert wird). Mehr noch: Marcuse

leugnet sogar die Dialektik als „Methode, Erkenntnisform oder Erkenntnismittel“. Für ihn ist dialektisch „nur das eigentlich Geschichtlich-Seiende: die menschliche Existenz in ihrer Wirklichkeit, in ihrem Geschehen, in der ergriffenen und gestalteten Welt“. (S. 27.) Hier zeigt sich im Keim jene – gerade für den klassischen italienischen Faschismus typische – Abwendung von der Theorie überhaupt, jene Wendung des „modernen“ Agnostizismus zum nackten Pragmatismus, d. h. jener philosophischen Richtung, die die praktische Brauchbarkeit zum einzigen Kriterium einer Theorie macht, die [95] zugleich zynisch ausspricht, daß Theorien nur dazu da sind, um zu den jeweiligen Bedürfnissen zurechtkonstruiert zu werden.

Marck wie Marcuse sind einig in der Anerkennung von Lukács. Sie wollen an ihm „endlich ein langes und schweres Unrecht gutmachen“, indem sie seine Theorie in ihrer „wesentlichen und nicht zu überschätzenden Bedeutung für die Entwicklung des Marxismus“ würdigen. Diese sozialdemokratische „Aneignung“ der Philosophie von Lukács, die ursprünglich als „links“ vom Marxismus-Leninismus auftrat und ihre Fortentwicklung in der Richtung des faschistischen Pragmatismus – auch dies ist eine interessante Form in der Ideologie des Sozialfaschismus, d. h. in der Entwicklung der Sozialdemokratie zu einer offen faschistischen Partei. In derselben Richtung liegt übrigens der Nachruf von Karl Kautsky auf Eugen Dietzgen in derselben Nummer der Gesellschaft“, der diesen Revisionisten, der den Materialismus seines Vaters Josef Dietzgen durch einen machistischen Agnostizismus ersetzt hat, als „Urheber der Renaissance der Philosophie Josef Dietzgens“ feiert. K. S.

*

Der „Klassenkampf“, 15. Januar 1930

Jedes Heft dieser Zeitschrift beweist aufs neue die bodenlose politische und ideologische Verkommenheit der sich „marxistisch“ gebärdenden „linken“ Sozialdemokratie.

Im Leitartikel „Faschismus, Bürgertum und Sozialdemokratie“ ist Karl Böchel „erschrocken über die dumpfe Verbissenheit“ des Hasses der Bourgeoisie gegen die Sozialdemokratie, eines Hasses, der „nicht an Achtung zugenommen hat“, ihn quält das Problem, warum die Bourgeoisie nach so langen treuen Diensten ihren sozialfaschistischen Hausknecht verächtlich behandelt. Zugleich stellt er fest, daß viele Arbeiter und Kleinbürger „in einer merkwürdigen Begriffsverwirrung, woran die kommunistische Phraseologie nicht ganz schuldlos ist, die Sozialdemokratie mit dem kapitalistischen Staat identifizieren“. Aus diesen beiden Tatsachen erklärt er die nationalsozialistische Bewegung. Aber völlig unfähig, eine wirkliche Klassenanalyse dieser Bewegung zu geben, bezeichnet er wenige Zeilen weiter nicht nur die NSDAP selbst, sondern sogar ihre gesamte Wählerschaft als „Stoßtrupp von Marodeuren, Abenteurern und Deklassierten“. Es ist dies dieselbe lächerliche Vogelstraußpolitik, die auch die italienischen Sozialisten dem Faschismus gegenüber angewandt haben. Den Faschismus für eine Bewegung von Deklassierten zu erklären, ist ebenso falsch, wie für eine Bewegung des Kleinbürgertums[*)]. Diese „Analyse“ hindert aber Böchel nicht, gleich darauf mit dem Gedanken einer Koalition mit den Nationalsozialisten zu spielen: Die Hamletfrage für das Bürgertum sei, ob es gelingen werde, die nationalsozialistische Bewegung „innerhalb des bürgerlichen Lagers festzuhalten“. Und nach einem Zitat aus einem Artikel des Nationalsozialisten Ebeling, der sich gegen ein Zusammengehen mit Hugenberg ausspricht, deklamiert Böchel, „die Gesetze des Klassenkampfes hämmern allmählich auch dem dicksten Schädel die Wahrheit ein“. (?)

„Will man sich mit dem Faschismus im kapitalistischen Deutschland geistig auseinandersetzen ..., dann muß man ihn an dieser Stelle packen. Er hat das Hakenkreuz im roten Felde gewählt. Schlagen wir ihn auf diesem Feld.“

Böchel will also die NSDAP nicht als eine Terrorgarde der Bourgeoisie bekämpfen, sondern in einen Wettstreit mit ihr eintreten, wer „sozialistischer sei, die SPD oder NSDAP. In der Tat: eine schwere Wahl!

[*)] In der Tat ist die Klassenstruktur des Faschismus viel komplizierter: geführt vom Finanzkapital, besitzt er einen aktiven Kader aus deklassierten Elementen und eine in der Hauptsache kleinbürgerliche Massenbasis. In letzter Zeit versucht er auch immer mehr ins Proletariat einzudringen.

Der Artikel „Zur psychologischen Lage der Gegenwart“ von Helmut Wagner ist ein Musterbeispiel pseudowissenschaftlichen Geredes zur Rechtfertigung der heutigen SPD-Politik. Die Polizeimethoden im Parlament, ferner die Abwürgung der Lohnkämpfe durch Schlichtungswesen und Gewerkschaften usw. sind ihm interessante Beispiele der „neuen Sachlichkeit“, die, wie in die Kunst, so auch in die Politik Eingang findet. Während sich die Bourgeoisie „versachlicht“, verfällt aber das Proletariat demgegenüber einer [96] „Hysterie“, einer „Flucht aus dem Dasein“, eines „ungeheuren Verflachung“. Der Sozialdemokratie „bleibt gar nichts anderes übrig, als der Verflachung und Sensationsgier der heutigen sozialpsychologischen Situation nachzugeben“. Daher also die sozialfaschistische Politik der SPD. (Der Artikelschreiber spricht von „politischem Jesuitentum, kapitalistischer Erziehung der Arbeiterschaft“ usw.) Eine wahrhaft geniale Entdeckung! Warum hat die SPD. den Angriff des Kapitals und die Verschärfung der Klassengegensätze nicht zu ihrer Stärkung ausgenützt, warum nicht „der wahnsinnigen Politik der KPD. den entscheidenden Stoß versetzt“? Nicht etwa, weil sie im Lager der Bourgeoisie steht, sondern infolge der „psychologischen Reaktionsstimmung der Massen“ und weil sie sich leider den „verflachten denkarmen Wählern“ anpassen mußte, nicht weil der Klasseninhalt ihrer Politik bürgerlich, sondern ihre Wahlagitationsmethoden flach und oberflächlich sind. Im Anschluß daran versucht der Autor etwas über die Notwendigkeit der Betriebsarbeit zu stammeln und schließt mit der Versicherung:

„Kampf um das Klassenbewußtsein, das heißt, stärkste Förderung der sich aus der gegenwärtigen kapitalistischen Entwicklung ergebenden proletarischen Bewußtregungen der Arbeiterschaft, stärkster Kampf gegen die sich nach der anderen Seite hin ergebenden kapitalistisch-psychologischen Tendenzen in ihr.“

Der Klassenkampf wird also völlig in eine psychologische Angelegenheit verwandelt, was im Grunde ja nur eine „Theorie“ zu der Praxis des schamlosen Arbeiterbetrugs darstellt. Die „Marxisten“ des „Klassenkampf“ sind bei de Man angekommen.

Der Artikel von Fritz Bieligk über die „Politik der englischen Arbeiterregierung“ ist im Grunde nur eine Wiederholung des Lamentos der letzten Nummer des „Klassenkampf“ über die deutsche Koalitionspolitik. Der Zweck derselben: die Entschuldigung der führenden Sozialfaschisten. Den Ministern MacDonalds geschähe Unrecht durch eine scharfe Kritik. Es sei egal, ob sie nun äußerst rechte Reformisten oder Marxisten „in der Art der Sozialisten des Kontinents“ (!) sind, als eine Minderheitsregierung besäßen sie nicht die Macht, sozialistische Maßnahmen zu treffen. Worin diese „sozialistischen“ Aufgaben der Arbeiterregierung bestünden, sagt Bieligk auf Seite 51: in der Durchführung der nötigen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Erleichterung der Monopolisierung der englischen Wirtschaft, deren „kapitalistische Organisation in der Entwicklung auffallend zurückgeblieben“ ist. Nachdem Bieligk versichert hat, daß MacDonald „überzeugt und ehrlich für die Abrüstung arbeitet“, muß er feststellen, daß sich auf der gegenwärtigen Flottenkonferenz nur die Imperialisten über eine weitere Aufrüstung der Flotten verständigen. Zum Schluß bedauert er, diese „Tragik für die Arbeiterregierung“ und murmelt etwas von der Gefahr der Enttäuschung der Massen.

Noch ganz mit rosigem Optimismus gefärbt ist der Artikel des deutschen Sozialdemokraten aus der Tschechoslowakei J. Belina über den Eintritt seiner Partei in die Regierung. Dieser Schritt sei ohne Begeisterung und auch ohne Illusionen geschehen. Er war nötig, um – man höre und staune – die internationale Solidarität hochzuhalten. (Die tschechischen Sozialdemokraten traten ebenfalls in die Regierung ein.) Damit aber breche eine „neue Aera der völligen Beilegung der nationalen Gegensätze in der Tschechoslowakei“ an: „Es ist der tiefste Sinn dieser Koalitionsteilnahme, daß sie den Weg öffnet zur klaren Politik des Klassenkampfes.“

Den Schluß des Heftes bildet eine Wirtschaftsumschau, in der sich Petrich gegen die Verbreitung der „ökonomischen Illusion“ ausspricht, daß wir schon einen organisierten Kapitalismus haben. K. S.

A. E.: Das kommunistische Bildungssystem in der Sowjetunion

Dieser in Nummer 23/24 der „Internationale“ von 1929 erschienene Artikel ist durch Fortlassung eines Absatzes leider ein wenig verstümmelt worden. [97]

Die Internationale
13. Jahrgang * Berlin, 15. Februar 1930 * Heft 4

Zur Lage

Unaufhaltsam entfaltet sich die allgemeine Depression. Die Erwerbslosenziffern beginnen seit Februar auf die vierte Million zu steigen, und der Teil der Ausgesteuerten nimmt ununterbrochen zu. Die geringfügigen Elemente, die den saisonmäßigen Frühjahrsauftrieb hätten unterstützen können, nämlich die gute Ernte, die Wirkung der Rekordausfuhr vom Herbst und die Geldflüssigkeit sind wirkungslos geworden. Die internationale Preisbewegung zusammen mit der gewaltigen Konsumdrosselung, die die Erwerbslosigkeit und die brutalen Kürzungen aller Sozialunterstützungen bedeuten, haben die Wirkung der Ernte als Auftriebsmoment zerstört. Die Zollwirkungen, die mit der Aenderung der Handelsverträge von Februar/März an einsetzen werden, werden das Elend der Erwerbslosen und Kurzarbeiter weiter steigern und den Arbeitern, Angestellten und unteren Beamten eine weitere Verkürzung des Konsumtionsfonds aufbürden. Der Export stößt auf die Welle von Depressionen und Krisen, die von der amerikanischen Krise über die Welt hinstrahlt und die sich von Monat zu Monat immer stärker durchsetzt. Der Baumarkt ist verödet, die Produktionsziffern beginnen dem zunehmend rückgängigen Absatz immer stärker nachzusinken.

Die Krisen in den osteuropäischen und den Ueberseeländern werden sich durch die Wirkung der immer stärker werdenden amerikanischen Depression auf Westeuropa ausdehnen und die am stärksten vorbelastete deutsche Wirtschaft am empfindlichsten treffen. Die allgemeine Krise des Kapitalismus beginnt in eine Welle mehr oder minder tiefer akuter Krisen von noch nicht erreichter Schärfe zu münden.

*

In diesem Zeitpunkt haben die deutschen Ausbeuter mit ihrer siegreichen Konkurrenz einen neuen Zahlungsvertrag nach dem Plan des Morgan-Mannes Owen Young, Aufsichtsratsmitglied der AEG., abgeschlossen. Sie verpflichten sich darin, jährlich ihrer Konkurrenz reichlich 2 Milliarden von dem Mehrwert abzugeben, den sie den deutschen Arbeitern abpressen. Damit kürzen sie nicht nur ihre eigene Akkumulationsquote, sondern verstärken im selben Verhältnis auch noch die ihrer Konkurrenz. Außerdem haben sie an Zinsen und Amortisationen eine reichliche weitere Milliarde für die Auslandsanleihen zu zahlen, mit denen sie die Wirkung der „Reparations“zahlungen teilweise auf spätere Zeiten verschieben wollen. Ferner ist das Auslandskapital zu den neuen aggressiven Formen des Kapitalimports in Deutschland übergegangen, die in den festen Beteiligungen, also in dem Eindringen in den Wirtschaftsapparat bestehen. Damit schleppen sie nicht nur den Zinsteil, sondern auch den Unternehmerprofit aus der deutschen Mehrwertmasse hinaus, [98] beteiligen sich gemeinsam mit den deutschen Kapitalisten an der unmittelbaren Ausbeutung der deutschen Arbeiter. Eine Welt von Plünderern zehrt am Marke des deutschen Proletariats.

*

Diese Lasten und die hereinbrechende Krise versuchen die deutschen Kapitalisten durch die wahnsinnigste Steigerung der Profite auf Kosten der Löhne und durch eine neue Herauspressung unbezahlter Mehrarbeit aus den werktätigen Massen Deutschlands, insbesondere dem Industrieproletariat, herauszuholen. Mit Steuern, Zöllen, Drosselung der Sozialausgaben, Lohndruck, Ueberstunden (bei gleichzeitiger Kurzarbeit und Erwerbslosigkeit), durch eine wahnsinnige Intensivierung der Arbeit wollen sie diese Mittel beschaffen. Millionen und aber Millionen von Menschen wollen sie zwingen, in elenden Höhlen zu hausen, in zerlumpten Kleidern ewig zu hungern, Millionen und aber Millionen von Arbeitern wollen sie zwingen, für den gleichen oder gesenkten Lohn die Arbeit der auf die Straße Geworfenen mitzuleisten. Kein Arbeiter, abgesehen von kleinen Schichten und einer Masse ideologisch oder materiell gekaufter Einzelner, ist seiner Arbeit mehr sicher und nicht mehr sicher seines Lebens. In der Arbeit bedroht ihn das rasende Tempo der Maschinen mit Tod oder Verstümmelung oder durch Erschöpfung bewirktes Siechtum. Auf die Straße geworfen bedroht ihn die Kugel und der Gummiknüppel sozialdemokratischer Polizeipräsidenten, der Wachhunde des finanzkapitalistischen Ausbeutungsprozesses.

*

Aber das deutsche Proletariat beginnt sich zu wehren. Es hat sich seine Partei geschaffen, die Waffe, mit der es der mörderischen Ausbeutungsordnung ein Ende machen wird. Und deshalb mobilisiert das Finanzkapital alle seine politischen Kräfte, um die Partei des Proletariats, die KPD, zu isolieren, zu verfehmen, zu verleumden und zu schwächen, damit sie sie mit terroristischen Mitteln niederschlagen kann. Unter der Führung der Sozialfaschisten wird von der gesamten Ausbeuterpresse ein Trommelfeuer von Lügen, Verdrehungen, Entstehungen auf die Kommunisten gerichtet, hinter dem das Republikschutzgesetz, das ganze oder stückweise Verbot der revolutionären proletarischen Organisationen, der Massenterror gegen die Funktionäre der Arbeiterklasse und ihre Presse vorbereitet wird. Damit hoffen die Bourgeoisie und ihre sozial- und nationalfaschistischen Werkzeuge der deutschen Arbeiterklasse die organisierende, mobilisierende und führende Kraft zu zerschlagen, mit der sie die youngdeutsche Ausplünderung überwinden kann.

*

Aber die revolutionäre Welle, die drohende Abrechnung des Proletariats ist keine nationale Erscheinung. In der ganzen Welt knistert es im Gebälk des kapitalistischen Baus. Die ausgeplünderten kolonialen und halbkolonialen Nationen erheben sich gegen die Imperialisten, mobilisiert durch die Wucht der Krise, die auf sie abgewälzt wird wie auf das Weltproletariat. Und das revolutionäre Proletariat ist eine internationale Macht, straff organisiert in seiner Weltpartei, die ein Sechstel der Erde bereits befreit hat von der Pest der kapitalistischen Ausbeutung. Gegen das Bollwerk des Proletariats, die USSR und die Kommunistische Internationale, ist die konzentrische Welle der Ausbeuterhetze gerichtet, die [99] den Angriff der imperialistischen Räuber vorbereitet. In allen Teilen der Welt wird diese planmäßige Hetze gesteigert.

*

Der Papst organisiert eine Weltoffensive gegen die „große Heimsuchung“ des Bolschewismus und mobilisiert eine Reihe von Heiligen und Engeln unter der Führung einer gewissen Theresia vom Kinde Jesu zum Schutze der konterrevolutionären Kirchenhäupter in der Sowjetunion.

Die SPD bereitet im Auftrag des internationalen Finanzkapitals (speziell wohl der Standard Oil und der I. G. Farbenindustrie) den Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion durch die Reichsregierung vor. Mit der Behauptung, die „Rote Fahne“ würde von der Berliner Sowjetbotschaft „subventioniert“, fordert der Sozialdemokratische Pressedienst die deutschen Behörden auf, „mit rücksichtsloser Schärfe durchzugreifen“. Die SPD wünsche zwar die Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen, aber: „Was haben wir eigentlich noch von unseren Beziehungen zu der Sowjetunion?“ Konterrevolutionäre bürgerliche Pressevertreter würden ausgewiesen, Kulaken durch Steuerexekutionen davongejagt, Weißgardisten und Saboteure des proletarischen Aufbaus würden fortgesetzt erschossen, und deshalb stelle man sich in einflußreichen sozialdemokratischen Kreisen die Frage, ob nicht entscheidende Konsequenzen zu ziehen sind, falls das russische Proletariat nachweisbar materielle Solidarität mit den revolutionären Organisationen des deutschen Proletariats übe.

Nun ist unleugbar, daß auch durch solche materiellen Solidaritätsaktionen die Widerstandskraft der deutschen Arbeiterklasse gegen die vermehrte Ausbeutung gestärkt, wenn auch nicht erzeugt werden kann. Die Sorgen der SPD als der formell führenden Partei des youngdeutschen Ausbeuterstaates sind verständlich, und wenn sich erweisen sollte, daß der Pakt der I. G. Farbenindustrie mit der Standard Oil dem amerikanischen Petroleum den deutschen Markt gegen das Naphtha durch Monopolbildung sichert, so ist auch der zunächst liegende Grund ersichtlich. Herr Hilferding hat schon Musterarbeit mit seinem Zündholzmonopol geleistet, das dem Schwedentrust Sonderprofite aus den Taschen der deutschen werktätigen Massen zuschanzt und die Zündhölzer der Sowjetunion vom deutschen Markt ausschließt.

Die Internationale des Finanzkapitals, der Sozialfaschisten, der Kirchen und der Nationalfaschisten organisiert über alle Länder hinweg die Einheitsfront gegen die Internationale des revolutionären Proletariats und ihr Bollwerk, die Sowjetunion, die mit dem Fünfjahrplan eine von den Imperialisten der ganzen Welt unangreifbare Stärke zu gewinnen droht.

*

Aber dieser Kreuzzug gegen das Proletariat wird organisiert auf der Grundlage einer heraufziehenden internationalen Zuspitzung der Krise. In vielen Ländern reifen die objektiven Bedingungen der proletarischen Revolution heran. In der ganzen Welt nehmen die Kämpfe der von den imperialistischen Räubern versklavten und ausgebeuteten Länder offen revolutionäre Formen an. In Asien, Amerika, Afrika und Australien, selbst im Inselarchipel des Pazifik entbrennt Kampf um Kampf. Zugleich verstärken die großen imperialistischen Nationen fieberhaft ihre Rüstun-[100]gen gegeneinander Der Kapitalismus offenbart sein Wesen. Der Ludergeruch des imperialistischen Krieges erfüllt die Welt.

In diesem chaotischen Wirrwarr, der die Welt zurückzuwerfen droht, gibt es nur eine vorwärtsführende Kraft: das Proletariat, das sich auf seine Macht besinnt. Aber diese Macht muß organisiert werden, zusammengefaßt, geleitet zum vernichtenden Stoß gegen das verfaulende, immer größeres Massenelend erzeugende, ökonomisch erzreaktionäre Ausbeutersystem, das nur überwunden werden kann durch die Eroberung der politischen Staatsmacht. Das ist die Pflicht der kommunistischen Parteien, die allein das Proletariat zum Siege führen können. Dieser Kampf kann nur erwachsen aus dem einfachen, sich auf immer höhere Stufen massierenden Kampf um Lohn und Arbeit, der unmittelbar zum politischen Massenstreik führt, dessen Grundlage er bildet. Die Kommunisten, die die Organisatoren und Führer dieser Kämpfe sind, werden in der Welle von Terror, Haß, Niedertracht, Lügen zäh und unbeirrt Schritt für Schritt sich im Kampfe erweisen als die Führer des Proletariats, die Schmiede der proletarischen Diktatur. Deshalb müssen sie die halben, schwankenden, von sozialfaschistischer Ideologie angekränkelten Elemente, die den Kommunismus im Kampf diskreditieren können, aus ihren Reihen in unerbittlicher härte ausmerzen und sie zehn- und tausendfach ersetzen durch die Massen der kampfbereiten revolutionären Arbeiter der Betriebe und der Stempelstellen.

Eine gewaltige Verantwortung vor dem ganzen internationalen Proletariat lastet auf jedem einzelnen Kommunisten. Mit der ganzen Kraft gegen eine Welt voll Feinden muß und wird er unermüdlich und zäh unter den schwersten Bedingungen die Arbeiterschaft zusammenschweißen und führen helfen im Kampf um Lohn und Brot, zum Kampf um die proletarische Diktatur.

*

Die Londoner Abrüstungskomödie

Von Ch. W.

Am 21. Januar wurde in London unter großem Tamtam die „Abrüstungs“konferenz der fünf Seemächte eröffnet. Hinter einem Schwarm von pazifistischen Phrasen und Allgemeinplätzen verbarg sich in den Reden eine Inhaltslosgkeit, die sich sogar von den früheren „Abrüstungs“konferenzen wesentlich unterschied.

In diesen pazifistischen, nichtssagenden, inhaltlosen Phrasen, in diesen Reden von „herzlicher Freundschaft“ und „erfolgversprechendem Verlauf“ der Konferenz tritt deutlich auch ihr Unterschied gegenüber der Washingtoner Konferenz von 1921 hervor. Der Vertreter des amerikanischen Imperialismus entwickelte damals sofort und offen sein Programm. Klar und deutlich forderte er eine Herabsetzung der englischen Seestreitkräfte, forderte er die „Flottengleichheit“ der Vereinigten Staaten mit England. Und Flottengleichheit bedeutete bei der ganzen seestrategischen Lage Englands und bei den Aufgaben der englischen Kriegsflotte im Falle eines Krieges: Ueberlegenheit der Kriegsflotte der Vereinigten Staaten

Und nun in London. Ueber der Konferenz herrscht ein undurchdringliches Dunkel, und jetzt nach drei Wochen dauernder Tagung, vertröstet bereits Macdonald „seine Oeffentlichkeit“ auf „spätere Konfe-[101]renzen“, die hoffentlich der Oeffentlichkeit „größere Genugtuung geben“ als die jetzige. Schließlich würde man auf dieser Konferenz, immer nach Macdonald, eine „geistige Annäherung“ der Nationen erzielen, „die einen größeren Erfolg darstelle, als der tatsächliche Gewinn an Abrüstung in der einen oder anderen Schiffskategorie“. Ja, Macdonald geht noch weiter. Wenn er früher erklärte, daß der Friede nur durch die Abrüstung gesichert werden könne, so braucht Macdonald nunmehr „zum ewigen Frieden“ eine „politische Ehe“. Doch zur Ehe, auch zur politischen, gehören mindestens zwei. Dort aber sind vorläufig fünf Bräutigams vorhanden, von denen jeder ja die Ehe mit dem

„Friedensengel“ eingehen will. Das Heiratsgut, mit dem sie ausgestattet sind, werden wir gleich in Augenschein nehmen.

Im Unterschied zu gewöhnlichen Ehen haben hier die Beteiligten keinerlei Illusionen. Sie träumen auch nicht vom „ewigen Frieden“, sondern bauen alles auf die eigene Macht, die nicht „Vertrauen“, sondern nur einzig und allein Mißtrauen kennt. Diese Macht ist unter dem Namen Wettrüsten weltbekannt. Sie ist das einzig Reale, das sich unter allem Tamtam über „Frieden“ und „Freundschaft“ verbirgt.

Dazu einige Ziffern, die ein ungefähres Bild geben, wie groß das „gegenseitige Vertrauen“ der imperialistischen Räuber untereinander ist. Die jährlichen Ausgaben für Kriegsrüstungen betragen nach einer Aufstellung, die die Neuyorker „Times“ bei Abschluß des Kellogg-Paktes veröffentlichten, in der ganzen Welt 14½ Milliarden Goldmark. Davon fallen 10 Milliarden auf das Landheer und 4½ Milliarden auf die Flotte. An diesen jährlichen Ausgaben für Wettrüsten hat weder der „Völkerbund“ noch der „Kellogg-Pakt“ etwas geändert. Man kann nur ruhig noch hinzusetzen, daß diese Ausgaben umgekehrt von Jahr zu Jahr wachsen.

Die Rüstungen zur See in den zehn Jahren nach dem Weltkriege treten in folgenden Ziffern deutlich hervor. Nach dem Kriege wurden an Kriegsschiffen neu gebaut (oder befinden sich im Bau):

Linienschiffe	Flugzeugmutterschiffe	Kreuzer
9 mit 320.000 t	15 mit 289.000 t	102 mit 815.000 t

U-Boote	Torpedofahrzeuge
283 mit 300.000 t	480 mit 875.000 t

So wurden gebaut oder sind im Bau: Insgesamt 889 Schiffe mit 2½ Millionen Tonnen. Dies Ist das Ergebnis einer zehnjährigen Abrüstung zur See. Damit Ist der ganze Abrüstungsschwindel entlarvt.

So zeigt sich in der Wirklichkeit trotz der verschiedenen „Abrüstungs“konferenzen, die in den letzten zehn Jahren stattfanden, ein fortgesetztes Rüsten, und wir behaupten nicht zu viel, wenn wir sagen, daß nach jeder „Abrüstungs“konferenz das Wettrüsten nur noch intensiver fortgesetzt wurde. Noch immer war das Wettrüsten – das haben wir schon bei dem letzten Weltkrieg gesehen – die eigentliche Vorbereitung zum Krieg. Das gleiche werden wir nunmehr auch auf der Londoner Konferenz erleben. Einerlei, ob die Konferenz ruhig oder stürmisch verläuft – der stürmische Verlauf ist übrigens das einzige, was bis jetzt bekannt wurde –, **so oder so, sie Ist ein entscheidender Faktor In der Bestimmung des Tempos, In dem der neue Weltkrieg vorbereitet wird. Das ist es, was wir uns vor allem vor Augen zu halten haben.**

Wenn nun der sozialfaschistische ,.Vorwärts“ vor einigen Tagen schrieb, daß die in London versammelten Mächte weitere Rüstungen verhindern wollen, so ist dies nichts als ein nichtsnutziger Betrug, eine [102] niederträchtige Beschwindelung seiner Leser, mit dem Zweck, die wahren Ziele dieser Konferenz zu verleugnen. Doch jeder ernste Arbeiter weiß, daß Macdonald, der personifizierte „Friedensengel“ des Weltimperialismus, die Rüstungsinteressen des englischen Imperialismus mit aller notwendigen Scharfe und Konsequenz vertritt, weshalb auch sehr richtig die „Times“ vom 6. Februar feststellen, daß es

„gegenwärtig in England keinen Ersten Minister gebe, dessen Stellung erschüttert sei. Wenn er morgen Neuwahlen ausschreibe ... so werde er wieder Erster Minister.“

Warum spricht das ernsteste Blatt der englischen Bourgeoisie gerade in diesem Moment und in Verbindung mit der Londoner Konferenz Macdonald das Vertrauen aus? Etwa darum, weil Macdonald den englischen Imperialismus entwaffnen will? Hat er nicht schon in der Vergangenheit zur Genüge bewiesen, daß auch er gewillt ist, ebenso weiterzurüsten wie eine konservative Regierung unter Führung von Baldwin und Churchill? Hat er nicht etwa mit den gleichen Mitteln des militärischen Machtapparats Expeditionen gegen die um ihre Befreiung kämpfenden Kolonialvölker gesandt, dabei seine pazifistischen Traktätchen ruhig zu Hause lassend? Hat er nicht die seestrategischen Stützpunkte des englischen Imperialismus ebenso wie eine konservative Regierung weiter ausgebaut? Ja, die englische

Bourgeoisie weiß diesen Macdonald als einen der ihrigen zu schätzen. Doch das wissen die deutschen Sozialfaschisten genau so gut wie wir. Und selbst die „Börsenzeitung“ vom 4. Februar schreibt, allerdings aus durchsichtigen Gründen, daß die Sozialdemokratie genau so gut wie sie es wisse, daß in London nicht abgerüstet wird. Wir fügen hinzu, daß gerade die Vertreter der II. Internationale es sind, die in jeder Weise die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten ihrer Länder unterstützen, sei es zu Hause oder wie jetzt auf der Londoner Konferenz.

Wir haben schon erwähnt, daß die Washingtoner „Abrüstungs“konferenz 1921 zwar nichts mit Abrüstung zu tun hatte, aber dafür mit einem Sieg des mächtigeren Imperialismus der Vereinigten Staaten endete. England mußte sich zur „Flottenparität“ mit den Vereinigten Staaten bequemen und mußte das anglo-japanische Bündnis aufgeben. Unter der „Parität“ ging dann der Kampf um die Ueberlegenheit weiter. Darum war die Periode nach Washington durch schärfstes Wettrüsten gekennzeichnet, worin sich zugleich die zunehmende Verschärfung des anglo-amerikanischen Gegensatzes widerspiegelt. England wurde, obwohl es die mächtigste Kreuzerflotte behielt, sowohl von den Vereinigten Staaten als auch von Frankreich aufs ernsteste bedroht. Diese Lage drückte der „Abrüstungs“konferenz von Genf im Jahre 1927 ihren Stempel auf. Sie scheiterte vor allem an dem anglo-amerikanischen Gegensatz. Nunmehr trat England offen gegen die Vereinigten Staaten auf, wobei das militärische Abkommen mit Frankreich eine wichtige Rolle spielte. Die Folge davon war eine weitere Verschärfung der anglo-amerikanischen Gegensätze, so daß der amerikanische Senator Borah im März 1928 erklären konnte:

„Wir leben im Anfang eines englisch-amerikanischen Wettrüstens, das sich in nichts unterscheidet von dem zwischen England und Deutschland in den Jahren 1905-1914.“

Doch England wurde im weiteren Verlauf der Entwicklung zum zweitenmal zur Kapitulation gezwungen. Die zweite Aera der „glorreichen“ Regierung Macdonalds begann mit der Anbahnung einer Konferenz zwischen Macdonald und Hoover, die schließlich im Herbst 1929 zustande kam. Was waren die Ergebnisse der Besprechungen zwischen Macdonald und Hoover? England sollte 50 Kreuzer mit 339.000 Tonnen und die Vereinigten Staaten 31 mit 315.000 Tonnen erhalten. Davon für [103] England 15 Kreuzer des Washingtoner Typs (10.000 Tonnen) und die Vereinigten Staaten 21. Auf diese Weise sollten die Vereinigten Staaten sechs Kreuzer à 10.000 Tonnen mehr erhalten. Eine solche Entscheidung ermöglichte den Vereinigten Staaten, das ganze Bauprogramm vom Frühjahr 1929 mit Ausnahme von zwei 10.000-Tonnen-Kreuzern durchzuführen.

Weiter wurde eine Einigung über die Beseitigung der U-Bootwaffe erzielt. Doch diesem formalen Beschluß konnten die Vereinigten Staaten ruhig zustimmen, wußten sie doch schon im voraus, daß dieser Vorschlag vor allem von Frankreich sowohl als auch von Japan abgelehnt werde. Die formale Bedeutung dieses Vorschlages wird auch noch dadurch ins richtige Licht gerückt, wenn wir betonen, daß die Vereinigten Staaten mit 122 U-Booten die größte U-Bootflottille besitzen, gegenüber 224 U-Booten, die auf die übrigen vier Seemächte entfallen.

So ist seinem Inhalt nach das englisch-amerikanische Abkommen nicht nur keine Abrüstung, sondern offenkundig eine Aufrüstung, und vor allem zugunsten der Vereinigten Staaten.

Diese zwei Fragen: Kreuzer und U-Boote, stehen auch im Mittelpunkt der Londoner Konferenz. Wie zu erwarten, wurde sowohl der Vorschlag über die Kreuzer wie auch jener über die U-Boote in erster Linie von Frankreich und Japan abgelehnt, von Italien nicht zu sprechen. Von Frankreich darum, weil nach diesem Vorschlag Frankreich von seinem bis 1942 laufenden Bauprogramm sechs 10.000-Tonnen-Kreuzer hätte streichen müssen. Was aber die U-Boote anbelangt, so sind diese für Frankreich die wichtigste Waffe in einem Krieg gegen England. Von Japan wurden die beiden Vorschläge aus ähnlichen Gründen abgelehnt. Und Japan stellt die Forderung auf eine Veränderung des Washingtoner Kreuzerschlüssels zwischen Amerika und Japan und verlangte ein Verhältnis von 7 : 10 statt 6 : 10 gemäß dem Washingtoner Schlüssel.

Die Franzosen traten nun ihrerseits mit einem neuen Vorschlag auf der Londoner Konferenz hervor, der darauf hinauslief, nur die Gesamttonnage aller Kriegsschiffe festzulegen, im übrigen aber jedem Lande die Verteilung der Tonnage auf die jeweiligen Kategorien selbst zu überlassen.

Selbstverständlich, daß dieser französische Vorschlag einzig und allein auf die Interessen des französischen Bauprogramms zugespitzt ist. Sehen wir das im einzelnen. Der französische Vorschlag gibt einmal Frankreich die Möglichkeit, jene 60.000 Tonnen, die es für Küsten-U-Boote gegenüber seinem Bauprogramm gefordert hat, auf die größeren U-Boote und Torpedoboote zu übertragen. Weiter sei daran erinnert, daß Frankreich nach den Washingtoner Beschlüssen das Recht hat, in den Jahren 1927, 1929 und 1931 je ein neues Linienschiff an Stelle veralteter zu bauen. Hierbei ist zu erwähnen, daß nach den englisch-amerikanischen Abmachungen vom Herbst v. J. das Alter der großen Kampfschiffe auf weitere sechs Jahre hinaufgesetzt werden sollte. Von diesem Washingtoner Recht hat Frankreich bis jetzt keinen Gebrauch gemacht. Würde aber nunmehr der französische Tonnagevorschlag angenommen, was wegen der bestehenden Gegensätze aber nicht zu erwarten ist, so hätte Frankreich die Möglichkeit, rund 100.000 Tonnen aus der Kategorie der Schlachtschiffe auf die Kreuzer zu übertragen. Auf diese Weise könnte Frankreich sein ganzes Bauprogramm vollkommen durchführen. Doch dies hätte wiederum eine Veränderung der seestrategischen Lage im Mittelmeer und im Atlantischen Ozean von einem Ausmaß zur Folge, der die Kräfteverhältnisse wesentlich zugunsten Frankreichs verschieben würde. Daraus ergibt sich, daß eine Einigung in der Kreuzerfrage auf der Londoner Konferenz nicht nur unwahrscheinlich, sondern unmöglich ist. Eine Lösung wird nicht gefunden werden.

Nehmen wir die zweite wichtige Frage, die der U-Boote. England for-[104]dert ihre Beseitigung oder zumindest eine starke Einschränkung. Warum? Die U-Boote sind eine billige, aber für England außerordentlich gefährliche Waffe. Eine starke U-Bootflottille in Händen Frankreichs bedroht bei Ausbruch eines Krieges zwischen Frankreich und England nicht nur unmittelbar England selbst, sondern vor allem seine Handelsschiffahrt. Letztere aber muß funktionieren, da England im Falle eines Krieges von der Zufuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln abhängig ist, weil England nur unter der Sicherung dieser Zufuhr einen Krieg führen kann. So wird es verständlich, warum England unter dem Deckmantel der Humanität eine Abschaffung dieser für sie außerordentlich gefährlichen Waffe fordert. Obwohl es nicht einzusehen ist, warum ein Kreuzer oder eine Blockade, wie sie England während des letzten Weltkrieges gegen Deutschland durchgeführt hat, humaner sein soll als die U-Bootwaffe. England und Japan können aber auf keinen Fall auf diese Waffe verzichten und deshalb ist auch in dieser Frage auf der Londoner Konferenz keine Einigung möglich.

In diesen beiden Fragen kommen die Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten untereinander zur deutlichen Wirkung. Allen voran steht der anglo-amerikanische Gegensatz. Daran wird auch nichts geändert, wenn nunmehr der Vertreter der Vereinigten Staaten auf der Londoner Konferenz mit einem neuen Programm hervorgetreten ist, nach dem eine englisch-amerikanische Verständigung erzielt werden soll, der sich dann die anderen Mächte anschließen können. Neben dem anglo-amerikanischen Gegensatz spielten der französisch-italienische im Mittelmeer, bei dem auch kein Ausgleich möglich ist, sowie amerikanisch-japanische Gegensätze eine große Rolle, um nur die wichtigsten zu nennen. Von nicht weniger entscheidender Bedeutung ist das Prinzip der „Freiheit der Meere“. Die Anerkennung dieses Prinzips von seiten Englands bedeutet im Effekt die Anerkennung der Blockade zu seinen Ungunsten.

Auf Grund dieser entscheidenden Gegensätze und Widersprüche, die in den vorgenannten Fragen zum Ausdruck kommen, werden sicherlich eine Reihe weiterer politischer Probleme, wenn auch nicht direkt, so doch indirekt, in London zur Verhandlung stehen. Auch hier können wir die Dinge nur andeuten. So die Möglichkeit eines Abkommens über das Mittelmeer nach Art des Vier-Mächte-Abkommens im Stillen Ozean, das auf der Washingtoner Konferenz abgeschlossen wurde; das Problem der Landstreitkräfte; französisch-italienische Gegensätze in den Fragen ihres Kolonialbesitzes; amerikanisch-japanische Gegensätze in China und nicht zuletzt das „Problem“ der Sowjetunion. Darauf wies auch in den letzten Tagen der „Daily Express“ hin, schrieb er doch, daß „das russische Gespenst“ auf der Londoner Konferenz herumgehe. So wird die Londoner Konferenz zweifelsohne dazu ausgenützt, das Problem einer einheitlichen Kampffront der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion weiter zu forcieren. Dabei müssen wir die Tatsache im Auge behalten, daß sich die Vereinigten Staaten nunmehr führend an der Vorbereitung dieser Front zum Kriege gegen die Sowjetunion beteiligen.

Die Schlußfolgerungen, die aus der Londoner Konferenz und aus ihrem weiteren Verlauf gezogen werden können, sind eindeutig: **Weitere Verschärfung der Gegensätze der imperialistischen Mächte untereinander und eine sehr ernste und zunehmende Verschärfung ihres Verhältnisses zur Sowjetunion.** Die Gegensätze der imperialistischen Mächte untereinander sind unüberbrückbar, nicht zu reden von ihrem allgemeinen Gegensatz zur Sowjetunion. Daran wird auch nichts durch die eine oder andere Abmachung oder Kombination geändert. Im Gegenteil. Auch sie sind nur auf den Krieg zugeschnitten oder dienen zu seiner unmittelbaren [105] Vorbereitung. Ein „Erfolg" der Konferenz kann nur auf einem Gebiet liegen: und das ist die Beschleunigung eines Krieges gegen die Sowjetunion. Das ist der Punkt, auf den die internationale Arbeiterklasse ihre ganze Aufmerksamkeit konzentrieren muß.

*

Massenarbeit als Antwort auf das Verbot der Partei

Von Paul Langner

Der „neue Plan", wie nach der Haager Konferenz offiziell der Young-Plan genannt wird, hat die Schwierigkeiten für das kapitalistische System nicht gemildert, sondern die Widersprüche verschärft. Die Krise des Kapitalismus, die die ganze kapitalistische Welt umfaßt, und die durch die vorhandene Agrarkrise verschärft wird, fällt zusammen mit dem Wachsen der revolutionären Klassenkräfte des Proletariats im internationalen Maße und dem Wachsen der revolutionären Erhebungen der Arbeiter und Bauern in den Kolonien, mit dem Vorwärtsschreiten des Aufbaues des Sozialismus in der Sowjetunion. Diese revolutionären Faktoren vertiefen die Krise des Kapitalismus und machen seine Lage schwieriger denn je.

Die verstärkte Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats mit faschistischen Methoden, die blutige Niederwerfung der Kolonialsklaven und der Raubkrieg gegen die Sowjetunion, das ist der Weg, den die internationale Bourgeoisie heute ganz offensichtlich beschreitet und von dem sie eine Besserung der Lage, die Rettung vor der Revolution erhofft. In den kapitalistischen Ländern faschisiert die Bourgeoisie ihre Herrschaftsmethoden. Der Faschismus wird die Regierungsmethode, mittels deren die Unterdrückung und Ausplünderung der werktätigen Massen aufrechterhalten werden soll. An Stelle der „Demokratie", der verschleierten Diktatur des Finanzkapitals, tritt die offene, die faschistische Diktatur. Dieser „Siegeslauf" des Faschismus ist nicht der Ausdruck der Stärke, sondern der Schwäche des kapitalistischen Systems.

Naturgemäß ist die Entwicklung zum Faschismus in jenen kapitalistischen Ländern am stärksten, wo die Widersprüche am größten und die Klassengegensätze am schärfsten sind. Das trifft vor allem auf Deutschland zu. Der Young-Plan hat die Lage für die deutsche Bourgeoisie keineswegs erleichtert. Die brutale Offensive der Bourgeoisie gegen das Proletariat, deren Ziel die Abwälzung aller Reparationslasten auf das Proletariat ist und eine Massenerwerbslosigkeit und die fortschreitende Verelendung breiter Massen zur Folge hat, stößt auf den wachsenden, erbitterten Widerstand der Arbeiterklasse unter der Führung der Kommunistischen Partei. In den Betrieben entstehen Bewegungen und Teilstreiks. Die Demonstrationen der Erwerbslosen nehmen revolutionären Charakter an und führen zu Zusammenstößen mit der Staatsmacht.

In dieser Situation versagen die bisher angewandten „demokratischen" Methoden. Die Sozialdemokratie ist durch ihre Koalitionspolitik in den Augen der Arbeitermassen kompromittiert, der faschistische Charakter ihrer Politik kommt den breiten Massen immer mehr zum Bewußtsein. Die „demokratische" Kulisse, die die Sozialdemokratie vor den Massen errichtet hatte, um den wahren Inhalt der kapitalistischen Republik (der nur schamlose Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats für eine Handvoll Finanzkapitalisten ist) zu verbergen, wird zerfetzt.

[106] Mit der Verschärfung der Klassengegensätze und Steigerung der Klassenkämpfe vollzieht sich innerhalb der Bourgeoisie eine Konzentration der faschistischen Kräfte. Die Sozialdemokratie macht ebenfalls einen raschen Prozeß der Faschisierung durch. Ihr fällt in der gegenwärtigen Situation die Aufgabe zu, den Faschismus in Deutschland auf legalem Wege einzuführen, die „Demokratie" in den

Faschismus zu verwandeln. Entsprechend dem Wesen des Sozialfaschismus ist es die Aufgabe der sozialfaschistischen Führer, den Faschismus mit demokratischen Phrasen und „im Namen der Demokratie“ zu etablieren. Um die „demokratische“ Demonstrations- und Versammlungsfreiheit in chemischer Reinheit zu retten, verbietet der sozialfaschistische Minister Grzesinski Versammlungen und Demonstrationen, hetzen die sozialfaschistischen Polizeipräsidenten die von faschistischen Offizieren kommandierten Bürgerkriegstruppen auf demonstrierende Arbeiter. Zu dem gleichen Zweck, zur „Erhaltung der Demokratie“, schafft der sozialfaschistische Minister Severing das Republikschutzgesetz, um der Bourgeoisie die „demokratische gesetzliche Handhabe“ zur Unterdrückung der proletarischen Klassenpartei und der revolutionären Arbeiterorganisationen zu geben. Zwei Momente treiben die Sozialfaschisten zu dieser Henkerarbeit. Erstens versuchen sie damit der Bourgeoisie ihre Unentbehrlichkeit bei der Aufrechterhaltung der Ausbeuterwirtschaft zu erweisen. Zweitens wollen sie durch die Unterdrückung der Kommunistischen Partei den Kampf um die Führung der Arbeiterklasse, der jetzt in ein entscheidendes Stadium getreten ist, zu ihren Gunsten entscheiden.

Da die Kommunistische Partei in wachsendem Maße die Kämpfe der Arbeiterklasse auf allen Gebieten des Klassenkampfes organisiert und führt, soll mit einem Verbot der Kommunistischen Partei die Widerstandskraft des Proletariats gegen die Ausbeutung gelähmt und große und entscheidende Teile der Arbeiterklasse im Klassenkampf neutralisiert werden.

Die Severing und die anderen Henker der Arbeiterklasse wissen, daß sie die Kommunistische Partei nicht „verbieten“ können, aber sie hoffen, mit ihrer Unterdrückung die Kommunistische Partei aus einer Massenpartei in eine Verschwörersekte zu verwandeln.

Aber die Herren Sozialfaschisten und ihre Auftraggeber täuschen sich. Die Kommunistische Partei hat während ihres Bestehens genügend revolutionäre Erfahrung gesammelt, um diesen Anschlag zuschanden zu machen. Es wird ihnen darum nicht gelingen, die Partei von den Massen zu isolieren. Die Partei wird, verfolgt und gehetzt von der Polizei und den Spitzeln Severings, Grzesinskis und Zörgiebels, keinen Augenblick aufhören, ihre strategische Hauptaufgabe im gegenwärtigen Moment, die Sammlung der Massen unter ihrer Fahne, durchzuführen. Die Illegalität wird die Partei antreiben, die Methoden der Massenarbeit und der Organisation zu verbessern. Das wird die wirksamste Antwort auf das Parteiverbot sein. Schon jetzt hat die Partei in der Mobilisierung und Organisierung der Massen zum Kampf eine Reihe neuer Formen geschaffen, deren weiterer Ausbau die Führung der Arbeitermassen auch in der Illegalität sichert. Die Einheitsfrontorgane in den Betrieben. Kampfausschüsse, Streikleitungen, Antikriegskomitees, rote Vertrauensmänner, rote Betriebsräte, Kampfkomitees gegen den Faschismus sind Positionen, aus denen die Sozialfaschisten die Partei nicht vertreiben können. Aber umgekehrt: die Partei wird durch ihre revolutionäre Arbeit in den Betrieben, durch die Schaffung der Einheitsfront von unten die Sozialfaschisten aus ihren Positionen in den Betrieben vertreiben. Diese Einheitsfrontorgane werden in der Situation der Verschärfung des Klassenkampfes eine noch größere Bedeutung erhalten und der Partei die Führung der Massen auch in der Illegalität sichern.

[107] In den proletarischen Massenorganisationen, in den Gewerkschaften hat die Partei ebenfalls Positionen, die es auszubauen gilt. Zweifellos werden die Sozialfaschisten offen zur Denunziation und Auslieferung der Kommunisten an die Klassenjustiz übergehen. Das wird ihnen jedoch in dem Maße erschwert, wie es der Partei gelingt, in den Organisationen breite Massen zum Kampf gegen den Sozialfaschismus zu mobilisieren.

Die Bedingungen, unter denen die Kommunisten in der Illegalität arbeiten müssen, zwingen zu einer verstärkten Fraktionsarbeit in den proletarischen Massenorganisationen.

Die Illegalität stellt sehr ernsthaft überhaupt die Frage der besseren Organisierung unserer Arbeit, der radikalen Ausrottung aller Reste sozialdemokratischer und die Anwendung bolschewistischer Arbeitsmethoden. Die Parteileitungen müssen viel konkreter, als das bis jetzt der Fall ist, die Sitzungen und Versammlungen usw. vorbereiten, planmäßig arbeiten und die Arbeit auf alle Genossen verteilen und die Durchführung der Arbeit kontrollieren.

Es ist klar, daß sich durch das „Verbot“ der Kommunistischen Partei nur die Bedingungen, unter denen die Kommunisten arbeiten müssen – und nur diese –, ändern, und daß wir diesen veränderten Bedingungen unsere Arbeitsmethoden entsprechend anpassen müssen. Es ist zweifellos, daß z. B. eine Betriebszelle mit den Methoden der Legalität nicht weiterarbeiten kann und daß vor jeder Parteieinheit sehr scharf die Frage der Sicherung der Parteiarbeit steht. Diese Sicherung zwingt uns zu besonderen Maßnahmen, Beachtung konspirativer Regeln, bei Abhaltung von Mitglieder- und Funktionärversammlungen und Sitzungen, Herstellung illegalen Agitationsmaterials, Schaffung illegaler Verbindungen zwischen den Zellen, Ortsgruppen und Leitungen.

Viele unserer Betriebszellen haben auf Grund der Verfolgungen, denen sie schon jetzt durch den Unternehmer ausgesetzt waren, bestimmte Erfahrungen auf dem Gebiet der illegalen Arbeit. Zweifellos werden aber die Verfolgungen noch stärker werden. Die Arbeit wird dadurch erschwert, daß größere Betriebszellen nicht mehr regelmäßig zusammenkommen können und dadurch die Zusammenarbeit der einzelnen Genossen der Zellen schlechter wird. Man muß dem dadurch vorbeugen, daß man die Zelle in Gruppen einteilt, wobei die Einteilung der Struktur des Betriebes (Abteilung, Meisterei, Werk oder Block) entsprechen muß, deren Aufgabe auch die Heranziehung der sympathisierenden Arbeiter ist. Diese Gruppen können leichter als die gesamte Zelle zusammenkommen und die Arbeit besprechen. Natürlich muß für eine gute Verbindung der Gruppen untereinander und für ein einheitliches Arbeiten gesorgt werden. In ähnlicher Weise müssen die Straßenzellen arbeiten. In der Illegalität wird die Zusammenarbeit zwischen den Straßenzellen und der in ihrem Bereich liegenden Betriebszelle eine viel größere Bedeutung erhalten als gegenwärtig. Die Straßenzellen können dabei in wirkungsvoller Weise die Arbeit der Betriebszellen beim Vertrieb von Literatur, bei Herstellung und Verteilung von Betriebszeitungen usw. unterstützen.

Von außerordentlicher Bedeutung ist unter den Bedingungen der Illegalität die Herstellung des Agitationsmaterials. Das Verbot der kommunistischen Presse muß beantwortet werden mit der Massenherausgabe von Betriebs-, Häuserblock- und Ortszeitungen. Dabei muß Grundsatz sein, daß sich jede Zelle, jede Ortsgruppe (auch die kleinste), die Möglichkeit zur Herstellung der Betriebs- und Häuserblockzeitungen selbst schafft, und daß die Verteilung des Agitationsmaterials sorgfältig in jeder Zelle organisiert wird. Eine andere Waffe der Agitation wird die Herausbildung des Massenagitators sein, der im Betrieb, auf der Straße, überall dort, wo Arbeitermassen sind, für die Partei und für die revolutionäre Sache agitiert und wirbt.

[108] Die Methoden des revolutionären Wettbewerbs, die Forderung unserer Arbeit auf allen Gebieten durch Aktivgruppen müssen auch in der Illegalität und erst recht in dieser ausgebaut werden.

Die Partei wird auch in der Illegalität nicht in kleine Verschwörerzirkel zerfallen. Gegen alle Tendenzen, die auf die Schaffung einer kleinen, „aber reinen Partei“ hinauslaufen, muß der erbittertste Kampf geführt werden, weil sie dem Klassenfeind in die Hände arbeiten. Die Partei wird nur unter veränderten Bedingungen in den Massen und durch die Massen wirken, sie wird als Massenpartei die Massen mobilisieren, ihren Kampf organisieren und sie zum Sturm gegen die Bourgeoisie und ihren Staat, zum Sieg des Proletariats führen.

Die Entfesselung eines Massenkampfes gegen das Verbot der Partei, die Tatsache, wie die Partei versteht, durch ihre praktische revolutionäre Politik den Massen die Erfahrung zu übermitteln, daß die Kommunistische Partei die einzige Partei des Proletariats ist, die Verknüpfung der Tageskämpfe des Proletariats mit seinen politischen Kämpfen, die zielklare Führung dieser Kämpfe durch die Partei wird alle Verbotsmaßnahmen der sozialfaschistischen Handlanger des Finanzkapitals zuschanden machen. Die Partei der Revolution wird siegen!

*

Die Faschisierung der bürgerlichen Klassenherrschaft

Von K. Schmidt

Wie die dritte Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus eine Reihe anderer politischer Fragen neu gestellt hat, so auch die Frage des Faschismus. Die letzten Jahre haben nicht nur eine große Zahl

neuer Tatsachen und einen Fortschritt der faschistischen Bewegungen gebracht, sondern auch (im Zusammenhang und als Folge des neuen Grades der Zentralisierung des Kapitals [Monopolismus] und der ihr entsprechenden Zentralisierung des bürgerlichen Staatsapparats gegen das sich revolutionierende Proletariat) eine starke Verschiebung des „spezifischen Gewichts“ und der Rolle des Faschismus innerhalb der allgemeinen nationalen und internationalen Klassenpolitik der Bourgeoisie.

Schon der VI. Weltkongreß hat alle wesentlichen Tatsachen dieser Entwicklung festgestellt. Das 10. Plenum hat dann mit der These der „Faschisierung der bürgerlichen Klassenherrschaft“ die zusammenfassende theoretische Formulierung gegeben. Bisher wurden diese Ergebnisse der Kongresse der Komintern in der Frage des Faschismus, die eine entscheidende Bedeutung auch für die Frage des Sozialfaschismus besitzen, im allgemeinen zu wenig beachtet. Wir wollen sie daher im folgenden – bevor wir zur Behandlung weiterer Probleme übergehen – in ihren wesentlichen Punkten darstellen.

I.

Die politischen Thesen des VI. Weltkongresses, die in der Einleitung die dritte Periode allgemein charakterisieren durch die Feststellung der Linksentwicklung der Arbeiterklasse und der Verschärfung des Klassenkampfes, bringen im weiteren eine Reihe wichtiger Merkmale der faschistischen Entwicklung: sie stellen (im § 15) eine „reaktionäre Umgestaltung der bürgerlichen Staatsordnung“ fest; im § 16 wird von den „immer schärferen Methoden und Mitteln zur Unterdrückung der revolutionären Trupps des Prole-[109]tariats“ gesprochen und festgestellt, daß die Bourgeoisie immer mehr zur Anwendung faschistischer Unterdrückungsmittel übergeht. Im § 24 heißt es, daß neben der Heranziehung der Sozialdemokratie die Bourgeoisie in kritischen Augenblicken und unter bestimmten Verhältnissen noch mit dem faschistischen Regime auf den Plan tritt.

Das Programm der Komintern, das der VI. Weltkongreß beschlossen hat, gibt im wesentlichen dieselbe Analyse, doch finden wir hier wichtige weiterreichende Formulierungen. Im dritten Absatz des zweiten Kapitels heißt es unter der Ueberschrift „Die Krise des Kapitalismus und der Faschismus“:

„In der Epoche des Imperialismus führt die Verschärfung des Klassenkampfes und die Zunahme der Elemente des Bürgerkrieges – besonders nach dem imperialistischen Weltkrieg – zum Bankrott des Parlamentarismus... Unter besonderen historischen Bedingungen nimmt dieser Prozeß der Offensive der bürgerlich-imperialistischen Reaktion die Formen des Faschismus an. Solche Bedingungen sind: die Labilität der kapitalistischen Beziehungen, das Vorhandensein sozial deklassierter Elemente in beträchtlicher Zahl; die Verarmung breiter Schichten des städtischen Kleinbürgertums und der Intelligenz; die Unzufriedenheit der ländlichen Kleinbourgeoisie, schließlich die ständige Gefahr proletarischer Massenaktionen.“

Es ist notwendig, hier zu unterstreichen, daß diese Analyse sich nicht speziell auf die dritte Periode bezieht, sondern auf „die Epoche des Imperialismus, besonders nach dem imperialistischen Weltkrieg“, d. h. also die allgemeine Krise des Kapitalismus. Es ist also vollkommen richtig, von „besonderen historischen Bedingungen“ für die faschistische Form der bürgerlich-imperialistischen Reaktion zu sprechen. Obwohl also das Programm die Analyse der dritten Periode noch nicht ausdrücklich gibt, zeigt es doch die entscheidende Tendenz auf:

„Um ihrer Macht größere Stetigkeit und Festigkeit zu sichern, ist die Bourgeoisie in steigendem Maße gezwungen, vom parlamentarischen System zu der faschistischen Methode überzugehen, die von Beziehungen und Kombinationen zwischen den Parteien unabhängig ist. Der Faschismus ist eine Methode der unmittelbaren Diktatur der Bourgeoisie, ideologisch verkleidet mit der Ideologie der ‚Volksgemeinschaft‘ und der Vertretung nach ‚Berufsständen‘....“

Damit ist im Grunde gesagt, daß der Faschismus nicht nur eine „besondere Form der imperialistischen Reaktion“ ist, sondern ihre grundlegende Form, ihr – wenn man so sagen will – Entwicklungsziel, daß alle jene reaktionären Veränderungen der bürgerlichen Staatsgewalt also in gewissem seine Vorstufen bzw. Elemente einer Faschisierung der bürgerlichen Klassenherrschaft sind. Dies ist der Sinn der Beschlüsse des VI. Weltkongresses.

II.

Die Entwicklung, die der VI. Weltkongreß bei der Analyse der dritten Periode festgestellt hatte, nahm einen raschen Verlauf: Verschärfung aller Widersprüche und der Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung, Verschärfung der Klassengegensätze und Eintritt einer neuen Phase des revolutionären Aufschwungs der Arbeiterbewegung. Vor allem in Deutschland traten diese Tatsachen am krassesten in Erscheinung, und in der deutschen Partei wurde (außerhalb der USSR) am schärfsten im Kampf gegen die offenen und versteckten liquidatorischen Abweichungen die Linie des VI. Weltkongresses herausgearbeitet. Der 12. Parteitag der KPD, der im Juni 1929 nach den historischen Maiereignissen stattfand, konnte daher schon einen Schritt über den VI. Weltkongreß hinaus tun, auch in der Kennzeichnung der politischen Entwicklungstendenzen der dritten Periode, in deren Mittelpunkt die Frage des Faschismus steht. So heißt es in den politischen Thesen:

[110] „Die mächtiges sozialen Kämpfe, die Deutschland erschüttern, und die Bedürfnisse der Kriegsvorbereitung zwingen die Bourgeoisie zur Konzentration ihrer politischen Gewalt gegen die Arbeiterklasse. Für diese Aufgabe erweist sich das gegenwärtige bürgerliche Parteisystem, die bürgerlich-demokratische Verfassung und die parlamentarische Herrschaftsform der Bourgeoisie mehr und mehr als unzulänglich, als untauglich. Während die kleinbürgerlichen proletarischen und halbproletarischen Anhängerscharen der bürgerlichen Parteien einen tiefgehenden Gärungsprozeß durchleben, vollzieht ihre kapitalistische Führerschaft eine schroffe Wendung, die sich in einer scharfen Rechtsschwenkung bis zum offenen Faschismus äußert ... Die faschistischen Kampforganisationen (Stahlhelm, Nationalsozialisten usw.) entwickeln eine gesteigerte Aktivität und gewinnen Dank der sozialdemokratischen Politik stärkeren Einfluß in den kleinbürgerlichen Schichten ...“ („Waffen f. d. Klassenkampf“, S. 16).

Und dann folgt die zusammenfassende Formulierung:

„Die Bourgeoisie greift immer mehr, immer bewußter, immer rascher zu faschistisch-diktatorischen Methoden der Verteidigung ihrer Klassenherrschaft gegen das Proletariat. Die Liquidierung der Ueberreste der bürgerlichen Scheindemokratie ist eingeleitet. Die Errichtung der unverhüllten, von den formal-demokratischen Schranken befreiten Diktatur des Finanzkapitals wird auf die Tagesordnung gestellt. Die Ergänzung und fortschreitende Verdrängung der demokratischen durch die diktatorischen, der parlamentarischen durch die faschistischen Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie ist ein unvermeidliches Produkt der dritten Periode.“ (Ebendort).

Hier haben wir die klare Feststellung, daß die Liquidierung der bürgerlichen Demokratie eingeleitet ist, und zwar wird diese Liquidierung näher erklärt als „Ergänzung und fortschreitende Verdrängung“ usw., wobei aber besonders die zweite Form betont wird. Unter „Aufgaben der Partei im Kampfe gegen den Faschismus“ heißt es:

„Die Liquidierung der bürgerlichen Demokratie, die von der Geschichte unweigerlich auf die Tagesordnung gesetzt ist, darf nicht durch den Faschismus, sondern muß durch das revolutionäre Proletariat erfolgen.“

III.

Das X. Plenum hat – auf Grund der internationalen Erfahrungen – wichtige Elemente der Weiterentwicklung unserer politischen Analyse des Faschismus gegeben. Freilich wäre es unrichtig, seine Ergebnisse nur auf Grund der kurzen Formulierungen der Thesen zu beurteilen, die sich im wesentlichen auf eine knappe Analyse und die Feststellung der Aufgaben beschränken. Es ist vor allem nötig, die Referate der Genossen Kuusinen und Manuilski sowie die Debatte heranzuziehen, um ein Bild dieser Ergebnisse zu gewinnen.

Nehmen wir zuerst die Frage des Faschismus im allgemeinen. In den Thesen über die internationale Lage und die nächsten Aufgaben der Komintern heißt es:

„Neben der Politik der wirtschaftlichen Strangulierung der Arbeiterklasse geht die Steigerung der politischen Reaktion einher: die Faschisierung des Staatsapparates der Bourgeoisie, die Verschärfung der Repressalien und des weißen Terrors, faschistische Staatsstreiche mit Unterstützung des Weltkapitals (Jugoslawien) , Massenverhaftungen der Arbeiter (Frankreich, Polen u. a.) , Niederschießung von Arbeitern und Streikenden (Indien, Amerika und Berlin) ... sind an der Tagesordnung. Angesichts der sich steigernden imperialistischen Gegensätze und der Verschärfung des Klassenkampfes wird der Faschismus in zunehmendem

Maße zu einer immer mehr verbreiteten Herrschaftsmethode der Bourgeoisie.“ (Gesperrt von mir. K. S) (Inprekorr S. 1533.)

[111] In der knappen Formel „Faschisierung des Staatsapparats der Bourgeoisie“ besteht ein wichtiger Schritt über die vom VI. Weltkongreß gegebene Formulierung hinaus. Es wird damit gesagt, daß alle Methoden der Konzentrierung der Staatsgewalt gegen das Proletariat gegenwärtig in der dritten Periode tatsächlich zu Elementen einer allgemeinen Faschisierung der bürgerlichen Klassenherrschaft werden. Ausführlicher wird dies in dem Referat des Genossen Kuusinen dargestellt. In dem Abschnitt „Faschisierung der bürgerlichen Klassenherrschaft“ heißt es:

„Es geht eine Wandlung in der bürgerlichen Klassenherrschaft vor sich, ein Uebergang von den Methoden des Parlamentarismus zu den Methoden des offen terroristischen Gewaltregimes, zu den Methoden des Bürgerkriegs. Diese Methoden, die allerdings auch früher, im Rahmen der bürgerlichen Demokratie, angewandt wurden, erhalten in der jetzigen Periode in den kapitalistischen Ländern eine dominierende Rolle bei der staatlichen Gewalt und bürgerlichen Klassenherrschaft überhaupt.

Dieser Kurs der Bourgeoisie ist bei weitem noch nicht überall zu Ende geführt, das ist in manchen Ländern ein längerer Prozeß.

Aber dieser Prozeß selbst ist nicht nur in Italien und Polen, in Finnland, in den Balkanstaaten und ähnlichen Ländern, sondern überall in der kapitalistischen Welt im Gange.“ (Inprekorr S. 1647.)

Hier wird der Prozeß der Faschisierung mit großer Klarheit formuliert, indem festgestellt wird: erstens, daß das Wesen des Faschismus das offen terroristische Gewaltregime, die Anwendung der Methoden des Bürgerkrieges ist; zweitens, daß dieser Prozeß der Faschisierung überall vor sich geht, und daß er denselben Zuständen zustrebt, wie sie heute in Italien herrschen. Schließlich wird festgestellt, daß diese Faschisierung keineswegs ein Zeichen der Erstarkung der Lage der Bourgeoisie ist:

„Eher könnte man fast als Gesetz aufstellen, daß, je unsicherer das herrschende Klassenregime seine Lage fühlt, es um so mehr versucht, sich auf ein System der diktatorischen Mittel zu stützen.“

Nach dieser politischen Charakterisierung des Faschisierungsprozesses hat Genosse Manuilski seine ökonomische Basis gekennzeichnet:

„Der Faschismus (ist) nicht etwas in der Art „jeglicher Repressalien“ ... sondern die bis ins ungeheuerliche gesteigerte Zentralisierung des staatlichen Gewaltapparats gegen die proletarischen Massen, die dem Grad der Zentralisierung des Kapitals und dem monopolistischen Charakter des Imperialismus entspricht.“ (Inprekorr S. 1659.)

Diese Feststellung ist wichtig. Denn während sie die lächerliche Unterstellung der rechten Liquidatoren zurückweist, als ob wir jeden Terror, der einmal in der Weltgeschichte vorgekommen ist, als Faschismus bezeichnen würden, zeigt sie doch zugleich, daß jene terroristische Politik der Bourgeoisie, die gegenwärtig auf der Basis des ungeheuer gesteigerten Monopolismus und der Zentralisierung des staatlichen Gewaltapparats gegen das Proletariat gehandhabt wird, in der Tat eine faschistische ist. Sie zeigt die allgemeine ökonomische Basis jenes Prozesses auf, der gegenwärtig in der dritten Periode alle Elemente der staatlichen Unterdrückung, ökonomischen Knebelung und terroristischen Niederwerfung des Proletariats in Elemente eines faschistischen Gesamtsystems verwandelt. Hier liegt auch ein Schritt über die Feststellung des VI. Weltkongresses hinaus vor: die scharfe Unterscheidung zwischen der „allgemeinen bürgerlich-imperialistischen Reaktion“ einerseits und dem Faschismus andererseits, als einer speziellen, nur unter „besonderen historischen [112] Bedingungen eintretenden Form dieser Reaktion, eine Unterscheidung, die den objektiven Bedingungen der zweiten Periode der Nachkriegskrise des Kapitalismus noch vollkommen entsprach, wird aufgehoben in demselben Maße, als jene besonderen jetzt zu allgemeinen Bedingungen geworden sind. Die gesamte „bürgerlich-imperialistische Reaktion“ fällt nun unter den Begriff der „Faschisierung“, während der ausgesprochene Faschismus in der Art des italienischen nur einen bestimmten, höheren Reifegrad dieser in der ganzen Welt vor sich gehenden Entwicklung darstellt. Es wäre natürlich theoretisch und vor allem politisch falsch, den Unterschied zwischen dem vollendeten Faschismus z. B. in Italien und dem sich erst faschisierenden Deutschland zu leugnen, für den natürlich objektive

Ursachen bestehen: zwar nicht die „ökonomische Rückständigkeit“ Italiens, wie die rechten Liquidatoren behaupten, wohl aber u. a. die besondere Verschärfung der Krise des Kapitalismus und des Klassenkampfes In Italien, Polen usw. Nicht diesen Unterschied hat das X. Plenum geleugnet, aber es hat festgestellt, daß es nur ein Grad unterschied ist, daß sich Deutschland z. B. unmittelbar auf dem Wege zum „italienischen“ Faschismus befindet.

Genosse Manuilski hat mit Recht im Schlußwort Uebertreibungen zurückgewiesen, die darauf hinauslaufen, daß der Faschismus erst ein Produkt der dritten Periode sei. Nicht dies ist der Sinn der Feststellungen des X. Plenums. Wohl aber, daß es heute falsch wäre, eine einzelne Maßnahme z. 13. des deutschen Finanzkapitals oder seiner Regierung zu prüfen, ob sie faschistisch ist oder nicht (z. B. wie es die Versöhnler machen: das Erschießen von Arbeitern durch die Polizei sei „nicht faschistisch“, während dasselbe von seiten des Stahlhelms als faschistisch bezeichnet werden könne). Eine solche Betrachtungsweise ist vollkommen unmarxistisch und die Quelle grober opportunistischer Fehler. Heute spielt der Faschismus eine „dominierende Rolle bei der staatlichen Gewalt und bürgerlichen Klassenherrschaft überhaupt“, und auf Grund der neuen Stufe des Monopolismus und der Zentralisierung der Staatsgewalt gegen das Proletariat werden alle Formen der Unterdrückung und Niederwerfung des Proletariats zu Elementen der Faschisierung der bürgerlichen Klassenherrschaft.

Natürlich ist dieser Prozeß der Faschisierung nicht überall gleich weit fortgeschritten, er geht auch nicht überall denselben Weg, zeigt nationale Formunterschiede usw. (Fortsetzung folgt.)

*

Die These vom Sozialfaschismus und einige historische Parallelen

Von Alexander Emel

„Die Demokratie in Oesterreich und der sozialistische Aufbau in Wien sind gerettet“, die „Befriedung“ ist da, alle „Kräfte der Nation“ sind nun vom „überflüssigen Verfassungsstreit“ befreit, für den Wiederaufbau freigestellt. Dies ist das Leitmotiv des Austromarxismus und seiner Organe („Kampf“, „Wiener Arbeiterzeitung“). Was geht in Oesterreich weiter vor sich? Diese Frage wird nicht nur für unsere österreichische Bruderpartei, sondern auch für die KPD und darüber hinaus für die gesamte KI von eminenter Bedeutung, denn der Austromarxismus und sein „linker“ Schatten dürfen nicht national, sondern müssen international betrachtet werden. [113]

1. Das Linzer Programm. Der Fehler unserer theoretischen Organe bestand nicht darin, daß wir den Austromarxismus „zu hart“ und „ungerecht“ angefaßt, sondern gerade darin, daß wir den wahren Inhalt des Austromarxismus und dessen Programm von Linz bis zur letzten Zeit leider nur allzu sanft berührt haben. Denn das Programm von Linz ist kein Programm der proletarischen Diktatur und sei es auch nur als „Defensivmittel“, – sondern das beste Programm der II. Internationale für die Einschüchterung und Verdummung des Proletariats, das beste und raffinierteste Werkzeug, um das Proletariat „im Namen der Demokratie“ vom Kampf abzuhalten, damit die „Seele des Kleinbürgers und des Intellektuellen“, um die angeblich der Kampf geht, nicht abgeschreckt wird. Das Linzer Programm ist nur eine andere Variante vom Heidelberger Programm – und daher nicht minder gefährlich. Unser Fehler lag gerade darin, daß wir das schon früher den Arbeitern nicht genügend klargemacht haben. Der Weg von Heidelberg mußte aber mit eiserner Notwendigkeit zum 1. Mai in Berlin und zum Parteitag in Magdeburg führen. Der Weg von Linz – zum 15. Juli 1927 in Wien und zur „Verfassungsreform“. Nur politische Narren können einen „Gegensatz“ zwischen Wels und Renner einerseits und Seydewitz und Otto Bauer andererseits konstruieren. Sie alle haben ihren Zörgiebel und Seitz – sie müssen sie haben!

2. Der Sozialfaschismus. „Was wollt ihr mit dieser Bagatelle? Warum zeugen ausgerechnet 33 Zörgiebel-Opfer vom Sozialfaschismus und 15.000 von Noske Ermordete nicht? Ist denn der Weg der SPD seit dem 4. August 1914 und vor allem seit den Novembertagen von 1918 ein wesentlich anderer gewesen, sprach er denn nicht von einem einzigen Arbeiterverrat und Arbeitermord? Warum also diese durch nichts berechtigte These vom Sozialfaschismus?“ Das sind im wesentlichen

die Argumente sowohl der Brandleristen als auch der Trotzkisten. Und schon die Uebereinstimmung in dieser Argumentation zeigt die „ideologische Reinheit“ und „Klarheit“ dieser Leute. Der weitere Schritt war der Block der „KPD-Opposition“ und des „Leninbundes“ in Hamburg für die Bekämpfung der Partei in den Gewerkschaften. Allein die These vom Sozialfaschismus muß doch etwas für sich haben, denn sonst würde der „Vorwärts“ nicht mit einer solchen Wut darauf reagiert haben. Nicht nur muß er fast täglich darüber sprechen, sondern er ist gezwungen, Leitartikel zur Rechtfertigung vor der Arbeiterschaft zu schreiben: Die Sozialdemokratie habe mit Faschismus nichts gemein, gerade sie sei überall die stärkste Bekämpferin des Faschismus. Die These vom „Sozialfaschismus sei nur ein neues unsauberes Mittel, die „Arbeiterpartei“ zu verleumden und zu verunglimpfen.

So Stampfer im „Vorwärts“. Ergänzt wird er durch Trotzki in der „Fahne des Kommunismus“ (Nr. 42 und 43 vom 8. und 20. Dezember).

„Was bedeutet eigentlich ‚Sozialfaschismus‘?“ fragt Trotzki. Und antwortet selbst:

„Wie klug sich auch die ‚braven Theoretiker‘ gebärden würden, sie können nichts anders darauf erwidern, als daß die Sozialdemokratie bereit ist, die Grundlagen des bürgerlichen Regimes und ihre eigene Positionen im bürgerlichen Regime mit Hilfe der bewaffneten Macht gegen die Arbeiter zu verteidigen. Aber ist das nicht der allgemeine Zug aller „demokratischen“ Parteien ohne Ausnahme? Haben denn Kerenski und Zeretelli nicht im Honigmonat der demokratischen Revolution die Bauern und Arbeiter zerschlagen? Haben denn die französischen Radikalen nicht vor und nach dem Kriege die bewaffnete Macht gegen die Streikenden gebraucht. ... Wenn all das Faschismus ist, dann ist die Geschichte der Klassengesellschaft, die Geschichte des [114] Faschismus: dann gibt es in der Welt so viel Faschismen als es bürgerliche Parteien gibt: Liberalfaschisten, Radikalfaschisten, Nationalfaschisten usw. ...“

Die Frage aber so zu stellen, heißt alles andere als dialektisch zu denken, heißt einfach: Konterrevolution, weißen Schrecken mit Faschismus (bzw. Sozialfaschismus) in einen Topf werfen zu wollen. Wenn Trotzki anstatt des Satzes „Was bedeutet eigentlich Sozialfaschismus“, den Satz „Was bedeutet eigentlich Faschismus?“ stellen wollte, so könnte er, so müßte er ebenfalls zur Schlußfolgerung kommen, daß es unsinnig sei, vom „Faschismus“ zu sprechen; denn Faschismus ist ja nichts anderes als „die Grundlagen des bürgerlichen Regimes ... mit Hilfe der bewaffneten Macht gegen die Arbeiter zu verteidigen“. Dies aber sei nichts neues, denn: „wenn all das Faschismus ist, dann ist die Geschichte der Klassengesellschaft die Geschichte des Faschismus.“ Wäre Trotzki konsequent, so müßte er notgedrungen nicht nur den Sozialfaschismus, sondern auch die These vom Faschismus ablehnen. Soweit zu gehen fehlte aber die Konsequenz. Und bis Trotzki zu dieser „Konsequenz“ noch nicht gelangt ist, und das Vorhandensein sei es auch nur eines italienischen Faschismus zugibt, da man doch wohl Faschismus mit einfacher Konterrevolution nicht verwechseln kann und darf, denn auch die neuen Sozial- und Klassenmomente dürfen nicht negiert werden – bis dahin müssen wir Trotzki antworten: „Sozialfaschismus“ ist noch bei weitem nicht allein das, „daß die Sozialdemokratie bereit ist, die Grundlagen des bürgerlichen Regimes und ihre Positionen im bürgerlichen Regime mit Hilfe der bewaffneten Macht gegen die Arbeiter zu verteidigen.“ Zu Sozialfaschismus gehört auch noch etwas Soziales und Klassenmäßiges! Im Januar 1918 war weißer Schrecken, war Konterrevolution, im Mai 1929 war aber schon etwas anderes – hier waren schon die Früchte des Heidelberger Programms, des Kieler Gewerkschaftskongresses, hier galt es nicht nur „Positionen“ zu verteidigen, sondern ein ganz neues Prog ramm, das sozial in der Phrase und faschistisch in der Tat ist! Das ist keine geschichtliche Paraphrase der Leninschen Formulierung vom Sozialchauvinismus oder Sozialimperialismus. Das ist nur die weitere Entwicklung der letzteren, ihre Logik.

Allein, Trotzki spürt selbst, daß man gerade hier noch etwas sagen muß: „Wir haben im August 1914 – fährt er fort – den demokratischen Sozialismus – Sozialimperialismus genannt. Hiermit sagten wir, daß die Sozialdemokratie eine besondere Art Imperialismus ist, der Arbeiterklasse angepaßt. Der Imperialismus vereinigt die Sozialdemokratie mit allen Parteien der Bourgeoisie ohne Ausnahme, ‚Sozialismus‘ unterscheidet sie von diesen Parteien. Sozialimperialismus bestimmt sie im ganzen.“ Sehr gut! Nun aber, wo bleibt die Konsequenz? Warum wurde der Sozialimperialismus erst historisch

am 4. August 1914 proklamiert? Warum stellte Trotzki nach dem 4. August nicht die Frage „Was ist denn neues passiert? Wodurch unterscheidet sich die Erklärung Haases im Reichstag von den Reden und Schriften Auers, Vollmars, Hildebrandts usw.? Hat denn Hildebrandt schon nicht vor dem 4. August den nackten Imperialismus proklamiert?“ „Welchen Sinn erhält dann diese Benennung selbst?“, wie er es über den Sozialfaschismus sagt.

Die klassische Formulierung, was Sozialfaschismus ist, hat kein anderer als Friedrich Adler selbst gegeben. Nach dem trockenen Sieg des Faschismus feierte Friedrich Adler denselben wie folgt: „Durch die Entschlossenheit (!), mit der die Sozialdemokraten an der Sicherung der Verfassung durch die Zweidrittelmehrheit festhielten, haben sie die Demokratie in Oesterreich und den sozialistischen Aufbau in Wien gerettet.“ (!!!) Wenn nur jemals eine Lenin-[115]sche These vom Leben selbst eine Bestätigung in solch kurzer Zeit erhalten hat, so die These vom Sozialfaschismus: Sozialismus in Worten und Faschismus in der Tat. Der trockene Sieg des Faschismus in Oesterreich wird vom alten Fritz – als Sieg des sozialistischen Aufbaus gefeiert („Wiener Arbeiterzeitung“ vom 15. Dezember Seite 2). Damit hat Friedrich Adler geantwortet, ob es einen Sozialfaschismus gibt oder nicht.

3. Trotzkis Argumentation. Auf welchem Wege gelangt Trotzki zur Ablehnung der These vom Sozialfaschismus? Seine wichtigsten Argumente sind folgende: Auf der Tagesordnung steht in Oesterreich der Kampf (!) zwischen Faschismus und Sozialdemokratie: „Ja, der Zusammenstoß des Faschismus und der Sozialdemokratie ist jetzt die wichtigste Tatsache (!l) der österreichischen Politik ... Nichts taugt der Kommunist, welcher angesichts des Zusammenstoßes zwischen dem Faschismus und der Sozialdemokratie diesen Konflikt mit der nackten Formel des Sozialfaschismus, die ganz und gar inhaltslos ist (!!), überschreit.“ Das ist das erste Argument. Von einem „Zusammenstoß“ des Faschismus und der Sozialdemokratie in Oesterreich haben wir bis jetzt in Oesterreich nicht viel merken können, es sei denn, daß Trotzki den „Verfassungskampf“ als „Zusammenstoß“ betrachtet.

Da soll die These vom Sozialfaschismus große Gefahren für die KPOe und die gesamte Komintern in sich bergen, denn, so lautet das zweite Argument, die Arbeiter, die jetzt tagein tagaus von „Sozialfaschismus“ hören, werden mit einemmal Zeugen des Zusammenstoßes zwischen der österreichischen Sozialdemokratie – und sei es auch nur von einem Teil derselben – und dem Faschismus sein. So wird wiederum nicht die KPOe, sondern die SPOe den Einfluß auf die österreichische Arbeiterschaft ausüben können. Zur Bekräftigung dieses Arguments führt Trotzki einen historischen Vergleich an, nämlich die Rolle des „Liberalismus“:

„Es wäre sehr töricht, die Augen davor zu schließen, daß im Falle eines Sieges des Faschismus (in Oesterreich) nicht nur die physische Ausrottung der wenigen Kommunisten vor sich gehen wird, sondern auch alle Organisationen und Stützpunkte der Sozialdemokratie werden ohne Pardon vernichtet werden. In dieser Hinsicht, wie auch in mancher anderen, geben die Sozialdemokraten nur die Geschichte des Liberalismus wieder, dessen Spätling sie ist. Die Liberalen heben mehr als einmal der feudalen Reaktion geholfen, mit den Volksmassen fertig zu werden, worauf die Reaktion die Liberalen selbst liquidiert hat.“ (Nr. 43, „Fahne des Kommunismus“.)

Eine unglückliche historische Parallele. Unglücklich für den Verfasser, der sie anführt. Vor allem hat sie mit der Bekräftigung des angeblichen Widersinns von der These vom Sozialfaschismus nichts zu tun. Welcher politische Sinn, welcher politische Inhalt steckt aber in dieser Parallele, zu welchen Schlußfolgerungen müssen wir gelangen, wenn wir die Rolle der Sozialdemokraten im besten Fall mit derjenigen der Liberalen von der Zeit von vor 1848 und später vergleichen?

Wer sind die Liberalen aus der angeführten Zeit? Sind es nicht die Ledru-Rollins, sind es nicht die Camphausens? Und mit wessen Hilfe hat Cavaignac die Pariser Arbeiter in den Junitagen von 1848 niedergemetzelt? Wer war denn Cavaignac selbst? War er nicht der Vertreter der Demokratie, der Vertreter des Liberalismus? War er nicht der demokratische Kandidat gegen Louis Bonaparte zum Ministerpräsidenten?

Aber, wird Trotzki ausrufen, das ist ja nur eine ausführliche Darlegung meiner eigenen Worte, meines knappen Satzes, der da lautet: „Die Liberalen haben mehr als einmal der feudalen Reaktion geholfen, [116] mit den Volksmassen fertig zu werden, worauf die Reaktion die Liberalen selbst liquidiert hat.“

Pardon! Dagegen ist nichts einzuwenden. Nun muß aber hinzugefügt werden, daß wenn der Liberalismus sich zu einem „Zusammenstoß“ mit der Monarchie aufgerafft hat, so war es immer spät, so war es immer der 13. Juni von 1849, als das Proletariat von der Reaktion, mit der Hilfe desselben Liberalismus, in den Tagen vom 24. bis 27. Juni 1848 bereits geschlagen wurde. Das sind die geschichtlichen „Daten“.

Otto Bauer als Spätling von Ledru Rollin heißt nicht Zusammenstoß zwischen Liberalismus (= Sozialdemokratie!) und Cavaignac (= Schober! nach Trotzki), sondern heißt Niedermetzelung der Wiener Arbeiter durch Schober mit der Hilfe von Otto Bauer, Trotzkis Spätling von Ledru Rollin. Und ist dem so, so wird Otto Bauer, so wird der „liberale“ Teil der abgespaltenen österreichischen Sozialdemokratie, auf den Trotzki rechnet, im besten Fall noch fähig sein, einen im Voraus verlorenen Aufstand von einem 13. Juni 1849 zu inszenieren, was wir aber den jetzigen Ledru Rollins nicht zutrauen. Sie werden nicht nur mit blauen Bohnen vom siegreichen Faschismus traktiert werden, wie es Trotzki meint, sondern auch mit nicht weniger ehrenhaften Staatsämtern! Oder hat dies der italienische Faschismus nicht gezeigt? Oder ist Zankow-Bulgarien, ist Horthy-Ungarn kein lehrreiches Beispiel?

Welche praktischen Schlußfolgerungen hat nun die proletarische Revolution daraus zu ziehen? Was wird zur praktischen Lebensaufgabe für die KPOe, für die KPD und die gesamte Komintern? „Welche Klippe bedroht die proletarische Revolution von morgen? Die Klippe, an der die vorige gescheitert ist: die beklagenswerte Volkstümlichkeit der Bourgeois, die sich als Volkstribunen verkleideten: Ledru Rollin, Louis Blanc, Cremieux, Lomarline ... Marast! Eine Totenliste! Unheilschwangere Namen. Unser Unglück wird es sein, wenn am Tage des nächsten Sieges die vergeßlichen Massen einen dieser Männer wieder zur Macht kommen ließen

Dies waren die Lehren, die Auguste Blanqui bereits im Jahre 1851 gezogen hat. Und im Jahre 1929 ruft Trotzki: Ledru Rollin und Lamartine (Otto Bauer und Max Adler) bereiten sich zum Zusammenstoß mit der Reaktion vor! Es sei Wahnsinn, die österreichische Sozialdemokratie als sozialfaschistisch zu proklamieren!

Das sollen die Ledru Rollins sein, die, eingeschüchtert vom roten Gespenst“, gemeinsam mit der Konterrevolution der Großbourgeois die Pariser Arbeiter zu Zehntausenden niederkartätschen ließen!

Und zum Schluß noch etwas zur „historischen Parallele“, noch ein Wort zu Trotzkis Ledru Rollins. Die Sozialdemokraten, sagt er, d. h. die Otto Bauer ‚sind die Spätlinge des Liberalismus. So wäre man berechtigt, diesen Liberalen wenigstens einen 13. Juni von 1849 zuzutrauen: aber so blind ist Trotzki nicht, denn er sagt: „Man braucht nicht daran zu zweifeln, daß im Falle einer Verwirklichung des Umsturzes Bauer erklären wird: Wenn wir die Arbeiter nicht zur Empörung aufgerufen haben, als wir im Besitz von mächtigen Organisationen, der freien Presse, 43 Prozent Abgeordneter des Wiener Stadtparlaments waren, um gegen die Faschisten zu kämpfen usw... . So können jetzt nur Putschisten oder Bolschewiken einen bewaffneten Aufstand vorschlagen ...“

Wo bleibt nun die „historische Parallele?“ Wo bleibt der „Liberalismus“ und wo der „Zusammenstoß zwischen Sozialdemokratie und Faschismus?“ [117]

*

Zum „Generalkartell“

oder wie der „organisierte“ Kapitalismus die objektiven Bedingungen der proletarischen Revolution organisiert.

Von E. Kunik

Im Zusammenhang mit der Diskussion über den „organisierten“ Kapitalismus ist es lohnend, der Hilferdingschen Konstruktion des Generalkartells etwas genauer nachzugehen.

Hilferding findet bekanntlich keine ökonomische Grenze für die monopolistische Kartellierung.

Es genügen zwei Zitate aus dem Finanzkapital (nach der Ausgabe von 1923) um seine Idee zu charakterisieren:

„Es entsteht aber die Frage, wo die Grenze der Kartellierung eigentlich gegeben ist. Und diese Frage muß dahin beantwortet werden, daß es eine absolute Grenze für die Kartellierung nicht gibt. Vielmehr ist eine Tendenz zu stetiger Ausbreitung der Kartellierung vorhanden. Die unabhängigen Industrien geraten, wie wir gesehen haben, immer mehr in Abhängigkeit von kartellierten, um schließlich von ihnen annektiert zu werden. Als Resultat des Prozesses ergäbe sich dann ein G e n e r a l k a r t e l l. Die ganze kapitalistische Produktion wird bewußt geregelt von einer Instanz, die das Ausmaß der Produktion in allen ihren Sphären bestimmt.“ (Seite 295.)

„An sich wäre ein Generalkartell ökonomisch denkbar, das die Gesamtproduktion leitete und damit die Krisen beseitigte, wenn auch ein solcher Zustand sozial und politisch eine Unmöglichkeit ist, da er an dem Interessengegensatz, den er auf die äußerste Spitze treiben würde, zugrunde gehen müßte.“ (Seite 372.)

Es wird also ganz eindeutig eine ökonomische Grenze der Kartellierung nicht gefunden.

*

Der Gesamtheit aller Kapitalisten steht nun nur eine bestimmte Profitmasse zur Verfügung, in die sie sich teilen müssen. Die Größe dieser Profitmasse ist bedingt durch:

a) die Masse des Mehrwerts, also durch das Verhältnis zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit,

b) durch die Unkosten, die aus diesem Mehrwert bezahlt werden müssen.

Die Höhe dieser Unkosten ist bestimmt durch den internationalen Konkurrenzkampf – d. h. also die Rüstungskosten, die der Verteidigung der Profitraten dienen, und die „nationalen“ Unkosten, die eben die Aufrechterhaltung eines bestimmten Verhältnisses zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit erfordert, nämlich die Unterdrückung des Proletariats. Sie haben die Tendenz zu steigen.

Daneben aber drückt sich die Aneignung unbezahlter Arbeit in ihrer kapitalistisch wesentlichen Form aus, in der dauernden relativen Steigerung des konstanten Kapitals, speziell des fixen Teiles, und mithin in einer dauernden relativen Senkung der bezahlten Arbeit, oder des variablen, die Mehrwertmasse erzeugenden Kapitalteiles. Daraus ergibt sich die Tendenz des Sinkens der Profitrate als Folge der fortschreitenden Erhöhung der organischen Zusammensetzung.

Solange die Masse des angewandten variablen Kapitals noch steigt, steigt bei sinkender Profitrate auch noch die Mehrwertmasse, mithin auch noch die Masse des Profits.

Aber die monopolistische Organisation beginnt infolge sinkender Profitrate – nicht infolge sinkender Profitmasse – als der Versuch, [118] dies Sinken der Rate für einen bestimmten Produktionszweig aufzuhalten. Die monopolistische Organisation stellt sich dar als die Erhöhung der Profitrate durch die Erhöhung des Preises, in dem jeder Profit realisiert werden muß. Sie kann bewirkt werden durch die Aufhebung der Konkurrenz der Waren, wobei die Konkurrenz des Auslandskapitals durch Prohibitivzölle (oder andere Mittel) ausgeschaltet werden muß, und durch die Aufhebung der Konkurrenz der Kapitale, wodurch der Zustrom von Konkurrenzkapital abgeriegelt wird. Ihre Voraussetzung ist also: die Konzentration in wenigen Groß- und Mittelbetrieben und die Verwachsung des Industrie- mit dem Bankkapital zum Finanzkapital. Eine solche Organisation kann durch Drosselung der Produktion einen optimalen Monopolpreis erzielen, dessen Grenzen bestimmt sind durch die Verdrängbarkeit des Produkts durch ein anderes und durch die Notwendigkeit, den Nachfolgeindustrien, für die das monopolistische Produkt zirkulierendes Kapital ist, eine Durchschnittsprofitrate zu lassen.

Dabei ist, weil nur eine Profitmasse vorhanden ist, deren Größe bestimmt ist nicht von ökonomischen Faktoren, sondern von der Größe der Mehrwertmasse, die abhängt von dem Verhältnis zwischen Lohn und Profit, also dem Kräfteverhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie, und von den Unkosten, die die Tendenz haben, mit der Verschärfung der internationalen Konkurrenzkämpfe und der Klassenkämpfe zu steigen. Ferner bedeutet die Drosselung der Produktion, die erforderlich ist, um den optimalen Produktionspreis zu halten, eine Drosselung der Anwendung auch von variablem Kapital und insoweit eine Drosselung auch der Mehrwertmasse, mithin auch der Profitmasse.

Da aber die Profitmasse nicht von ökonomischen Faktoren abhängt, muß zunächst die Wirkung der monopolistischen Organisation auf diese Masse des Profits untersucht werden, wobei diese Masse als eine jeweils gegebene Größe vorauszusetzen ist.

Und hier findet nichts anderes statt, als eine Umverteilung der Profite. Monopolistische Produktionszweige eignen sich Surplusprofite an, die zunächst als Senkung der Durchschnittsprofitrate der Nachfolgeindustrie erscheinen. Die kapitalistische Konkurrenz duldet keine solche Senkung und diese Senkung wird im Wege der Wanderung der Kapitale ausgeglichen. Nur wo diese Konkurrenz der Waren und der Kapitale ausgeschaltet ist, also bei festen Monopolen, kann eine Angleichung an die allgemeine Durchschnittsprofitrate nicht erfolgen. Aber bei allen unter den Bedingungen der freien Konkurrenz ihre Profite realisierenden Wirtschaftszweigen muß durch diese Doppelkonkurrenz der Waren und der Kapitale die Angleichung an die allgemeine nationale Durchschnittsprofitrate erfolgen.

Aber diese Angleichung erleidet zwei modifizierende Korrekturen, die auf die überhöhte Profitrate der Monopolisten, wie auf die Durchschnittsprofitrate der nicht organisierten Wirtschaftszweige einwirken.

1. Soweit die Nachfolgeindustrie Exportindustrie ist, kann sie nur Weltmarktpreise realisieren, in denen sie Monopoltribute, die auf ihren Kostpreisen liegen, nicht weiterwälzen kann. Für diesen Teil ihrer Produktion bliebe ihr Profit gesenkt, die entsprechende Kapitalmenge müßte wegen chronisch unterdurchschnittlicher Profite abwandern und die von ihr bisher aufgenommene Menge der Monopolprodukte bliebe unabsetzbar. Daher die Rückvergütungsverträge nach dem Typus der Avi-Abkommen. Auf diesen sehr interessanten Mechanismus kann hier nicht speziell eingegangen werden. Was bei ihm herauskommt, ist die Rückerstattung gewisser Teile der Surplusprofite von Monopolen, aber nur solcher Teile, die den Export gerade noch möglich machen.

2. Soweit die nicht monopolistisch organisierten Wirtschaftszweige [119] ihre Profite in Preisen realisieren müssen, die der gar nicht oder wenig gehemmten Weltkonkurrenz unterliegen, büßen sie den Profitverlust voll ein und die Durchschnittprofitrate aller Wirtschaftszweige sinkt entsprechend. Daher kommt das ganz allgemeine Interesse der Monopolisten und der nicht monopolistisch organisierten Produktionszweige an den Schutzzöllen. Auch dieses wichtige Spezialproblem kann hier nur gestreift werden. Es ist dies eine der Wurzeln der internationalen Schutzzollwelle. Auch die agrare Schutzzollpolitik muß in diesem Zusammenhang noch besonders untersucht werden.

Praktisch bleibt zunächst der Tatbestand, daß die Herausnahme überhöhter Profite aus einer gegebenen Profitmasse durch monopolistisch organisierte Produktionszweige die Durchschnittsprofitrate der übrigen Wirtschaftszweige senkt.

Als vereinfachtes Beispiel sei angenommen: sechs Produktionszweige (die man beliebig vermehren kann auf 600 oder 6000 oder wie immer man wolle) ein Durchschnittsprofit von 6 Prozent, eine Zinshöhe von 2 Prozent. Es sind 6 x 6 = 36 Prozent vorhanden, die geteilt werden müssen. Ein Produktionszweig steigere seinen Profit auf 8 Prozent, so bleiben den übrigen fünf nur 28; zwei steigern auf 8 Prozent, so bleiben den übrigen vier nur 20; drei steigern auf je 8 Prozent, so bleiben den übrigen drei nur 12 oder je 4 Prozent; vier steigern auf je 8, so bleiben den restlichen zwei nur 4 oder je 2 Prozent; der fünfte kann nur eine Steigerung auf 4 erreichen, wenn der sechste (oder das letzte Sechstel) auf Null sinkt, also kapitalistisch erlischt.

Es ist ganz gleich, ob sich die später sich organisierenden Produktionszweige geringere Surplusprofite aneignen, eventuell Bruchteile von Prozenten, das Generalkartell käme stets nur zustande auf der Grundlage folgender Alternative:

1. entweder die Profitraten wären gleich verteilt, dann wäre der gleiche Zustand wie vor jeder Kartellierung;

2. oder sie wären ungleich verteilt, dann hätten die übrigen eine chronisch gesenkte Durchschnittsprofitrate, die über der Zinsgrenze liegen müßte. Die Zinsgrenze kann zwar fast beliebig tief sinken, aber sie hängt von Faktoren ab, auf die eine nationale Bourgeoisie keinen allein bestimmenden Einfluß hat.

Diese Abstraktion des Generalkartells abstrahiert vom Wesentlichen, nämlich vom Zweck der monopolistischen Organisation, der in nichts anderem als der Aneignung von Surplusprofit besteht.

Ursprünglich geboren aus der Verteidigung gegen das Sinken der Profitrate (was auch nichts anderes bedeutet), ist ihr Zweck, relativ höhere Profite als die jeweilige Durchschnittsprofitrate zu realisieren.

Ausdehnung der monopolistischen Organisation auf alle Zweige, alle Kapitalanlagesphären würde bedeuten den Verzicht auf Surplusprofite durch die bereits monopolisierten, also auf den kapitalistischen Zweck.

Abstrakt vorstellbar wäre noch, daß der finanzkapitalistische Verwachsungsprozeß die Aufnahme der letzten Produktionszweige mit ihren Unterprofiten bewirken könnte.

Aber dies unterstellt wiederum, daß das monopolistische Finanzkapital auf die kapitalistisch völlig verrückte Idee käme, sich in der Richtung auf gesenkte Durchschnittsprofitraten zu bewegen, statt das infolge der Organisation nicht mehr voll akkumulierbare Kapital zu exportieren. Nimmt man als Beispiel das Verhältnis eines Eisen und Stahl erzeugenden Unternehmens zu seinen weiterverarbeitenden Abnehmerwerken, so stellt sich dabei folgendes heraus:

Bei einer Menge von sage 100.000 Tonnen und einem Monopoltribut [120] von sage 20 Mark je Tonne beträgt der Surplusprofit 2.000.000 Mark. Die Rückvergütung sei sehr hoch mit 50 Prozent der Menge und dem vollen Monopoltribut, also 1.000.000, angenommen. Uebernimmt das monopolisierte Werk die Nachfolgeindustrie, so zahlt es zunächst den Monopoltribut an sich selbst und muß durch Organisation der verarbeitenden Industrie auf dem Binnenmarkt die Preise um diese eine Million zunächst erhöhen, um nur den früheren Monopolgewinn wieder zu realisieren. Erst Preiserhöhungen über dies Niveau hinaus bringen neue, zusätzliche Monopolprofite. Der Prozeß hat mithin nach dieser Richtung hin Hemmungen. Die praktische Wirkung dieser Hemmungen scheint sich in Deutschland deutlich zu zeigen. Zwar gibt es eine Art Vertrag, in dem sich die „eisenschaffende“ Industrie verpflichtet, nicht in die „eisenverarbeitende“ Industrie einzudringen, aber alle solchen Verträge sind unter finanzkapitalistischen Bedingungen bloßes Papier. Wenn die Möglichkeit der Realisierung von Surplusprofiten besteht, besteht kapitalistisch zugleich ihre Notwendigkeit, gegen alle Verträge. Trotzdem ist tatsächlich die Konzentrationsbewegung in der Richtung auf die Verarbeiter schwach. Im allgemeinen beschränkt sie sich auf die Angliederung verarbeitender Werke für den Selbstbedarf der Monopolunternehmen. Mangelnde Konzentration, also fehlende Organisationsreife und die prozentuale Höhe des Exports, aber auch die Masse des zur Organisierung aufzuwendenden Kapitals sind realere Hemmungen als die „heiligsten“ Verträge.

Die Akkumulation der Monopolisten ist zunächst Rüstungsfonds zur Fortsetzung des Konkurrenzkampfes auf der höheren Stufe der monopolistischen Organisation. Diese „friedlichen“ Kämpfe um nationale und um internationale Quoten innerhalb der Monopole, der Blockmonopole gegen Außenseiter und gegen andere Monopole, der Kampf um die Rohstoffbasis, den Transport, die Unterordnung des Handels, alle diese vielfältigen und gigantischen Kämpfe erfordern die Investition großer Teile der Akkumulation. Die freibleibenden Teile aber werden nach den günstigsten Verwertungsbedingungen hin getrieben und deshalb bestimmt die Richtung der Konzentration der Profit. Diese Verwertungsbedingungen sind außerordentlich variable Faktoren.

Ferner bleibt vorstellbar, daß ein solcher Prozeß sich im Kampfe durchsetze. Damit wird unterstellt, daß alte monopolistische Wirtschaftszweige zur Preisgabe ihrer Surplusprofite gezwungen werden könnten von Wirtschaftszweigen, die an Monopoltributen schleppen und damit ökonomisch schwächer sind.

Man sieht, diese Vorstellungen bleiben, wohin man sich auch im Kreis der Möglichkeiten wende, weit ab von jeder Realität.

Die finanzkapitalistische Dirigierung der Akkumulation besorgt das Einbeziehen neuer Produktionszweige, die Surplusprofite ergeben, stets im bittersten Kampfe, und der reale Nährboden des Monopolismus sind weite Produktionszweige, deren Konkurrenzkampf zunehmend nur um den Preis der Senkung monopolistischer Surplusprofite ausgeschaltet werden kann.

Die unmittelbare ökonomische Schranke ist in der Notwendigkeit zu finden, daß die Nachfolgeindustrien veröden, wo ihnen der Durchschnittsprofit genommen wird. Sie müssen, um kapitalistisch

produzieren zu können, Kostpreis plus Zins plus einen, wenn auch noch so geringen Durchschnittsprofit erzielen.

*

Unterstellt man die Möglichkeit der restlosen Abwälzung aller Monopoltribute in den Preisen – sei es durch ein entsprechendes Zollsystem oder sonst einen Mechanismus –, so kommt nichts anderes heraus als die Abwälzung aller Monopoltribute auf die [121] arbeitenden Massen (Arbeiter, untere Angestellte und beamte, arbeitende Bauern). Damit geht das Problem über seine „ökonomischen Grenzen“ hinaus in die Realität. Die besondere sozial-reaktionäre Stellung gerade der Masse der nicht monopolistisch organisierten Industriellen, die, weil sie nicht völlig im Preis die Monopoltribute überwälzen können, sich am Lohn schadlos halten wollen, und die Stellung großer Teile der Mittelschichten resultiert aus dieser Zangenstellung.

Erscheint der Monopoltribut als Senkung des realen und des relativen Lohns, als absolute und relative Verelendung des Proletariats, wie er es tatsächlich tut, so erhöht er wiederum die Unkosten (Kosten der Unterdrückung des Proletariats) und vermindert damit ebenfalls wieder die Mehrwertmasse. Der Faschismus erscheint in diesem Zusammenhang als ein Versuch der Senkung gerade dieser Unkosten, indem er die freiwillige Hilfsleistung möglichst großer Massen der Mittel- und Zwischenschichten, der Angestellten und Arbeiter für das monopolistische Finanzkapital zu mobilisieren versucht, sei es mit den vorwiegend nationalen Phrasen der Nazis oder den vorwiegend sozialen Phrasen der Sozis.

Natürlich müssen auch Nationalfaschismus und Sozialfaschismus bezahlt werden, ebenso wie der Klerikalismus, der mit seinen christlichen Gewerkschaften ja eine ähnliche Rolle spielt. Aber hier werden mit nationalen, religiösen und sozialen Phrasen große Massen zur eben freiwilligen Hilfe für die Vermehrung der unbezahlten Arbeit, also der Mehrwertmasse mobilisiert, und die Sozialdemokraten stellen dabei sogar die Mittel der Organisationen, die die Arbeiterklasse sich zum Kampf um die Abschaffung der unbezahlten Arbeit geschaffen hat, dem Finanzkapital zur Verfügung. Die Faschisierung des gesamten Staatsapparats wird so dem monopolistischen Finanzkapital verbilligt, was als relative Senkung der Unkosten in Erscheinung tritt. Problematisch bleibt, ob die Unkosten gesenkt sind, die die Verteidigung der nationalen Profitrate der deutschen Bourgeoisie erheischen, die Rüstungskosten. Was das Diktat der siegreichen Konkurrenz an Beschränkungen der Rüstungen gebracht hat, erscheint überkompensiert durch die relativ kostspielige Tarnung der Rüstungen.

Dafür müssen die deutschen Ausbeuter jährlich zwei Milliarden aus dem Mehrwert abgeben, den sie den Arbeitern abpressen. Von außen gesehen erscheint das zunächst kapitalistisch als der einzige Lichtblick: zwei Milliarden können weniger akkumuliert, also in konstantes Kapital verwandelt werden, also muß damit die sinkende Tendenz der Profitrate gebremst werden. Nur daß das eben nicht möglich ist, weil gerade durch die mangelnde Akkumulation zugleich die Konkurrenzfähigkeit, die in der Senkung der Kostpreise erreicht werden muß, verloren ginge. Die fehlende Akkumulationsmasse muß ersetzt werden, und das Maß dieser Masse ist bestimmt durch die imperialistische Konkurrenz. Jeder auf dem Weltmarkt konkurrierende Produktionszweig muß, um Schritt halten zu können, die Akkumulationsquote erreichen, die sein jeweils entscheidender Konkurrent erreicht. Soweit die deutschen Ausbeuter also Teile „ihres“ Mehrwerts abgeben müssen, wird nicht nur ihre Akkumulation gesenkt, sondern auch die ihrer Konkurrenz entsprechend erhöht. Sie müssen beides ersetzen, sowohl ihren eigenen Ausfall als auch den Zuschuß an ihre Konkurrenz, mechanisch gesehen also 4 Milliarden statt 2, sofern ihre Akkumulationsrate gleich der der Konkurrenz war. War die Jahreslohnsumme 40 Milliarden, so müssen sie sie also um 4 Milliarden senken oder zur vermehrten Hergabe von Arbeitskraft pressen (Rationalisieren). Damit müssen sie also das Tempo der Akkumulation, mit anderen Worten: die Erhöhung der organischen Zusammensetzung oder die tendenzielle Senkung der Durchschnittsprofitrate einhalten. Aber der wichtigste Faktor, mit der diese Senkung gehemmt werden kann, [122] nämlich die Vermehrung des absoluten und des relativen Mehrwerts, ist ihnen vorbelastet durch die bloße Ersetzung ihrer Abgaben an die siegreiche Konkurrenz. So müssen sie die Ausbeutung verdreifachen, und deshalb ist Deutschland in der dritten Periode das Land mit den günstigsten objektiven Bedingungen zur revolutionären Ueberwindung der Ausbeuterherrschaft.

Die marxistische Zusammenbruchstheorie

Von Kraus

(Schluß)

6. Stagnation, Verelendung und Zusammenbruch

Warum bedeutet Stagnation Zusammenbruch? Warum muß eine Gesellschaftsordnung zugrundegehen, sobald sie zur Fessel der Produktivkräfte geworden ist? Diese Frage ist „rein ökonomisch“ nicht zu beantworten. Vom Standpunkt „der reinen Oekonomie“ aus, die fetischistisch Wirtschaftsprozesse ohne die in ihnen tätigen Menschen betrachtet, ist kein Grund einzusehen, warum der Kapitalismus nicht weiter vegetieren könnte, auch wenn die Akkumulation zum Stillstand kommt.

Das vermittelnde Glied zwischen dem Gesetz des tendenziellen Fallens der Profitrate und der dadurch bedingten Stagnation auf der einen und dem Zusammenbruch des kapitalistischen Systems auf der anderen Seite ist die Theorie der Verelendung des Proletariats. Die Stagnation muß darum zum Niedergang jedes Wirtschaftssystems führen, weil Stillstand in der Entwicklung der Produktion bedeutet, daß die Bedürfnisse der Menschen, insbesondere der in der Produktion tätigen, immer weniger Befriedigung finden können, daß der Gegensatz zwischen ihren Lebensbedürfnissen und einer Gesellschaftsordnung, die die Produktion des zum Leben Notwendigen hindert, immer schroffer wird. Es ist daher absolut folgerichtig, wenn Marx schon im ersten Band des Kapitals dort, wo er das Gesetz der Kapitalakkumulation behandelt, unter diesem Titel die Entstehung der industriellen Reservearmee, die Entwicklung der Frauen- und Kinderarbeit, die Verdrängung der Arbeiter durch die Maschine, kurz alle jene Erscheinungen betrachtet, die die Verelendung des Proletariats begründen.

Der Zusammenbruch des Kapitalismus ist aus keinem anderen Grunde notwendig, als deshalb, weil seine Existenz immer mehr unverträglich wird mit dem Lebensinteresse der Massen. Die Notwendigkeit des Zusammenbruches des Kapitalismus, das ist die Notwendigkeit der proletarischen Revolution. Der proletarische Klassenkampf ist nicht eine „außerökonomische“ Erscheinung, die irgendwie die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten modifiziert. Durch ihn – genau so wie andererseits durch den Konkurrenzkampf zwischen den Kapitalisten – setzen sich die ökonomischen Gesetze durch, vor allem auch das Gesetz des Zusammenbruchs.

Wir nennen Großmanns Theorie (ebenso wie die Theorie Rosa Luxemburgs) deshalb eine mechanische, nicht dialektische, weil sie diesen Zusammenhang verkennt. In seiner Theorie hat der Klassenkampf nur insofern einen „Spielraum“, als er den Termin des Zusammenbruchs, der nach mathematischen Gesetzen auf Grund eines Schemas von Otto Bauer eintreten soll, beschleunigen kann. Wenn das Proletariat sich höhere Löhne erkämpft, wird das Sinken der Profitrate und dadurch der Zusammenbruch beschleunigt, und umgekehrt, wenn das Proletariat sich eine Steigerung der Mehrwertrate und damit die Hemmung des Sinkens der Profitrate auf seine Kosten gefallen läßt, dann wird der Zusammenbruch verzögert. Daraus folgert Großmann:

„... daß der Zusammenbruch des Kapitalismus, obwohl unter gegebenen Voraussetzungen objektiv notwendig und in bezug auf den Zeitpunkt seines Eintretens exakt berechenbar, dennoch nicht ‚von selbst‘ automatisch zu dem erwarteten Zeitpunkt zu erfolgen braucht und deshalb bloß passiv abzuwarten sei. Vielmehr ist sein Eintritt durch das bewußte Handeln der beiden in Betracht kommenden Klassen in gewissen Grenzen beeinflußbar.

So zeigt es sich, daß der Gedanke eines aus objektiven Gründen notwendigen Zusammenbruchs durchaus nicht im Widerspruch zum Klassenkampf [123] steht, daß vielmehr der Zusammenbruch, trotz seiner objektiv gegebenen Notwendigkeit durch die lebendigen Kräfte der kämpfenden Klassen in starkem Maße beeinflußbar ist und für das aktive Eingreifen der Klassen einen gewissen Spielraum läßt.“ (Seite 601/02.)

Der Klassenkampf wird also ökonomisch als ein Lohnkampf aufgefaßt, der Zusammenbruch tritt unabhängig vom Klassenkampf ein. Nur in der Bestimmung des Termins hat der Klassenkampf seinen „Spielraum“. Daß der Zusammenbruch des Kapitalismus nur durch die proletarische Revolution verwirklicht wird, daß es außer dem Klassenkampf keine Notwendigkeit des Zusammenbruchs gibt, dieser Gedanke ist Gr. offenbar fremd. Darum ist seine Theorie im Grunde reformistisch-quietistisch, die Theorie eines von der Bewegung isolierten Intellektuellen, der ohne Vertrauen auf die revolutionäre Kraft des Proletariats mich damit tröstet, daß der Kapitalismus schließlich doch, wie die „heilige

Ilios“ hinsinken wird, gefällt nicht vom Hammerschlag der proletarischen Revolution, sondern durch die Macht geheimnisvoller Rechenformeln.

Daher vermag auch Gr. die Bedeutung des Weltkrieges als Beginn der Weltrevolution nicht zu erfassen. Er polemisiert gegen Bucharin, weil dieser die russische Revolution wie jeder revolutionäre Marxist als den Beginn des Zusammenbruchs des Kapitalismus auffaßt. Das paßt nicht in Gr.s Schema. Der imperialistische Krieg ist für ihn eine „außerökonomische“ Kraft (Seite 47/48) und der Zusammenbruch soll eben in den Schranken des rein Oekonomischen bleiben.

Dementsprechend erhält auch die Verelendungstheorie in Gr.s Darstellung nicht ihre wesentliche Bedeutung. Auch hier zieht er nicht die Wirklichkeit, sondern das Schema zu Rate. Dort wird ein dem Werte nach konstanter Lohn vorausgesetzt, da aber die Produktivität der Arbeit steigt, bedeutet das einen wachsenden Reallohn. Das Schema sagt es, also muß es so sein! Und unserem Theoretiker bleibt nur noch die Aufgabe, zu erklären, warum denn der Reallohn in einer gewissen Periode (bis zu dem verhängnisvollen 21. bzw. 35. Jahre) gestiegen ist. Er findet die Erklärung in der wachsenden Intensität der Arbeit, die im allgemeinen mit der steigenden Produktivität verbunden ist. Der steigende Reallohn entspricht also dem steigenden Wert der verbrauchten Arbeitskraft, da infolge der wachsenden Intensität mehr an Arbeitskraft verbraucht worden ist. Daneben ist er bereit, zuzugeben, „daß die Besserung der Lage der kontinentalen Arbeiterschaft zum Teil der imperialistischen Ausbeutung der Kolonialländer durch den Kapitalismus“ zuzuschreiben ist. (Seite 589.) Aber auf Grund seiner Theorie will er die Besserung der Lage der gesamten Arbeiterklasse innerhalb des kapitalistischen Systems, wenn auch nur für eine gewisse Periode, die er ins 19. Jahrhungert verlegt, auch abgesehen von imperialistischen Extraprofiten, bewiesen haben.

Diese „Theorie“ hinkt auf beiden Beinen. Erstens kann von einer Besserung der Lage der Arbeiterschaft gar keine Rede sein, wenn der Arbeitslohn im selben Verhältnis steigt, wie die Intensität der Arbeit. Wenn man für zwei Pfund Aepfel doppelt so viel bezahlt bekommt, wie für ein Pfund, sind die Aepfel keineswegs besser bezahlt. Wenn der Arbeiter für den doppelten Verbrauch an Arbeitskraft den doppelten Lohn bekommt, so ist seine Lage nicht im mindesten gebessert. Er hat genau wie zuvor gerade das, was zur Reproduktion seiner Arbeitskraft notwendig ist. Von einer Erhöhung des Wertes der Arbeitskraft ist dabei keine Rede. Gr. selbst zitiert eine Stelle aus „Lohn, Preis und Profit“ (Elementarbücher des Kommunismus, Band 3, 2. Auflage, Seite 59), wo Marx davon spricht, daß bei erhöhter Intensität ein Steigen des Lohnes notwendig ist, „um den bisherigen normalen Wert der Arbeit aufrechtzuerhalten“.

Setzen wir aber zugleich, wie es hier geschieht, eine Steigerung der Produktivität der Arbeit voraus und ein Steigen des Reallohnes, das nur dieser Steigerung dieser Produktivität entspricht, so daß der Arbeiter bei gestiegener Intensität der Arbeit dieselbe Masse Wert wie früher ersetzt bekommt, so ist das nicht nur keine Verbesserung seiner Lage, sondern eine Verschlechterung. Der Wert der Arbeitskraft ist gesunken, der relative Mehrwert gestiegen, es tritt trotz steigendem Reallohn eine relative Verelendung ein. Es ist merkwürdig, daß Gr. die Theorie der relativen Verelendung in seinem Buche mit keinem Wort erwähnt, obwohl er sie in seiner Kritik an der Imperialismustheorie Sternbergs richtig anführt[*)].

[124] Offenbar versteht er nicht, daß die relative Verelendung eine wirkliche Verelendung ist. Wenn selbst bei steigendem Reallohn der Lohn wesentlich hinter der steigenden Produktivität der Arbeit, d. h. hinter dem wachsenden Reichtum der gesamten Gesellschaft zurückbleibt, so merkt das der Arbeiter auch ohne statistischem Studium unmittelbar daran, daß er seine wachsenden Bedürfnisse nicht im wachsenden Maße befriedigen kann. Denn die Bedürfnisse des Menschen hängen von der Entwicklung der Produktion, von dem gesellschaftlichen Reichtum ab.

Die Verelendung ist also eine dauernde Erscheinung der Kapitalakkumulation, wie das Marx immer wieder betont hat. Nach Gr. dagegen folgt nach einer Periode der Besserung der Lage der

[*)] Henry Großmann, „Eine neue Theorie über Imperialismus und die soziale Revolution“. (Grünbergs Archiv, 13. Jahrgang, 1928, Seite 175.)

Arbeiterschaft eine Periode der Verelendung von dem Zeitpunkt an, wo die Kapitalisten an jenem Wendepunkt angelangt sind, wo sie entweder ihre Revenue oder die Akkumulation einschränken, oder die Profitrate durch Herabdrücken der Löhne erhöhen müssen.

Hier ist Gr. wiederum nicht konsequent. Er hat zuvor begründet, daß jene Wendung im allgemeinen nur eine Wendung zur Krise ist, und daß durch die Krise ein neuer Ausgangspunkt für den Aufschwung der Kapitalakkumulation entsteht. Danach wäre die Verelendung der Arbeiterklasse nur eine Krisenerscheinung, die periodisch von einem neuen Aufschwung in der Lage der Arbeiterschaft abgelöst werden würde. Er spricht aber von der absoluten Verelendung in der Spätphase der Kapitalakkumulation. (Seite 598.) Das ist absolut richtig, nur ist aus seiner Theorie keine Charakterisierung dieser „Spätphase“ der Niedergangsepoche zu entnehmen.

In Wirklichkeit ist die absolute Verelendung eine notwendige Folge jener Stagnationserscheinungen, die für den Monopolkapitalismus, für den Imperialismus, kennzeichnend sind. Die Theorie des Genossen Varga von der „strukturellen Erwerbslosigkeit“ hat einige Genossen[*)] zu dem Versuch veranlaßt, aus der marxistischen Theorie die Unmöglichkeit einer Abnahme von v abzuleiten. Ein solcher Beweis ist unmöglich, solange der Kapitalismus noch eine Aufwärtsentwicklung durchmachte, überwog die Zunahme des Gesamtkapitals durch die Akkumulation weitaus die relative Abnahme von v durch die Erhöhung der organischen Zusammensetzung. Abstrakt möglich ist aber ebenso, daß sich diese beiden entgegengesetzten Tendenzen ausgleichen, und auch bei verlangsamter Akkumulation, daß die Erhöhung der organischen Zusammensetzung im rascheren Tempo v verringert, als sich das Gesamtkapital vermehrt, d. h. also, daß v absolut abnimmt. Im ersten Band des „Kapital“, wo Marx diese Gesetzmäßigkeit zum ersten Male untersucht (23. Kapitel), erklärt er nur, wie die relative Abnahme von v die Steigerung der absoluten Größe von v keineswegs ausschließt und er gibt ein zahlenmäßiges Beispiel: Ursprünglich zerfiel das Kapital in 50 Prozent c und 50 Prozent v, später in 80 Prozent c und 20 Prozent v. Das ursprüngliche Kapital ist von 6000 Pfund Sterling auf 8000 Pfund Sterling gewachsen, das v von 3000 auf 3600, also um 20 Prozent. „Wo aber früher ein Kapitalzuwachs von 20 Prozent genügt hätte, die Nachfrage nach Arbeit um 20 Prozent zu steigern, erfordert das jetzt die Verdreifachung des ursprünglichen Kapitals.“ („Kapital“, Band I, Seite 561 – Volksausgabe.)

Wie aber, wenn in dieser Zeit sich das Kapital nicht verdreifacht, sondern beispielsweise nur verdoppelt? Dann entspricht dem Kapital von 12.000 Pfund Sterling ein v von 2400 Pfund Sterling, also in der Tat um 20 Prozent weniger. Im 3. Band des „Kapital“ spricht Marx von dieser Möglichkeit und sagt:

„Eine Entwicklung der Produktivkräfte, welche die absolute Anzahl der Arbeiter verminderte, d. h. in der Tat die ganze Nation befähigte, in einem geringern Zeitteil ihre Gesamtproduktion zu vollziehen, würde Revolution herbeiführen, weil sie die Mehrheit der Bevölkerung außer Kurs setzen würde („Kapital“, Band III, Seite 246.)

Im Prozeß der kapitalistischen Rationalisierung haben wir solche Vorgänge tausendfach beobachtet. Der Produktionsprozeß wird so reorganisiert, daß bei verbesserter technischer Einrichtung, bei gesteigerter Arbeitsintensität, bei nicht wesentlicher Steigerung des angelegten Kapitals mit verringerter Belegschaft ein vermehrtes Produkt erzielt wird. Wenn wir auf Grund der eben entwickelten Zusammenhänge annehmen, daß im Zeitalter des Imperialismus die Akkumulation gebremst wird, während der technische Fortschritt und damit [125] die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals weiter fortschreitet, so muß ein solcher Zeitpunkt eintreten, an dem die relative Abnahme von v in die absolute umschlägt. Ob das in der Tat schon im internationalen Maßstab der Fall ist, das kann man nicht abstrakt entscheiden, das ist durch die statistische Untersuchung der Tatsachen festzustellen[**)].

Die Abnahme der Zahl der beschäftigten Arbeiter bedeutet aus dreifachen Gründen die äußerste absolute Verelendung: erstens wird das gesamte Einkommen der Arbeiterklasse durch die dauernde

[*)] Z. B. Lominadse auf dem 6. Weltkongreß, siehe „Inprekorr“, Nr. 83, Seite 15/63.

[**)] Eine sonderbare Haltung in dieser Frage nimmt N. Nassanow in seinem Artikel „Lebenshaltung des englisch-amerikanischen Proletariats“ („KI“, 1929, Heft 37 und 39/40) ein. Er beginnt mit einer Polemik gegen Vargas Theorie der sinkenden Arbeiterzahl, um dann selbst auf Grund der Statistik sowohl für Amerika als auch für England das Sinken der Lohnsumme nachzuweisen.

Massenerwerbslosigkeit, von der die meisten Arbeiter zeitweilig betroffen werden, wesentlich .herabgedrückt. Zweitens wird die Lohndrückerei in den Betrieben durch die Konkurrenz der erwerbslosen Arbeiter begünstigt und schließlich können die Kapitalisten das Sinken der Profitrate infolge der Verringerung von v nur dadurch wettmachen, daß sie die Ausbeutungsrate entsprechend erhöhen.

Aber die Steigerung der Mehrwertrate hat ihre Grenze in dem Widerstand und in der physischen Leistungsfähigkeit der Arbeiterklasse. Darum muß mit dem Angriff gegen die Arbeiterklasse im eigenen Lande der verschärfte Kampf um den Weltmarkt verbunden werden. Verschärfung der Klassengegensätze und der imperialistischen Gegensätze, Kriege und Revolutionen sind daher die notwendige Folge der gekennzeichneten ökonomischen Widersprüche des kapitalistischen Systems.

*

Fassen wir unsere Kritik zusammen. Wir haben eine Reihe positiver Seiten des Gr.schen Buches nicht besonders hervorgehoben, z. B.: Eine im wesentlichen treffende Polemik gegen die bürgerlichen und sozialdemokratischen Harmonieapostel, reiches Tatsachenmaterial über die verschiedensten Seiten der gegenwärtigen kapitalistischen Entwicklung, eine in vielen Punkten berechtigte Kritik an der Theorie Rosa Luxemburgs, Sternbergs, zum Teil auch an Bucharin. Zweifellos können von diesem Buch wertvolle Anregungen zu einem tieferen Studium der marxistischen Oekonomie ausgehen.

Soll es aber nicht Verwirrung in unsere Reihen bringen, muß man sich bei der Lektüre dieses Buches dessen bewußt sein, daß es kein marxistisch-leninistisches Werk ist, daß es zwar versucht, einige allgemeine Grundsätze des Marxismus festzuhalten, aber nicht imstande ist, sie konkret auf die wirkliche Entwicklung des Kapitalismus anzuwenden. Gerade das Mißlingen dieses theoretischen Versuches eines marxistisch geschulten, kritisch denkenden Oekonomen bestätigt erneut unsere Auffassung, daß es in unserer Zeit unmöglich ist, Marxist zu sein, wenn man nicht Leninist ist. [126]

LITERATUR

„Kommunistische internationale“, Heft 47-50, Jahrgang 1929

F. B. Auch diese Hefte der „Kommunistischen Internationale“ behandeln vorwiegend die verschiedenen Probleme der Wendung. Es zeigt sich, daß mit der Durchführung der Wendung immer neue und konkretere Aufgaben für die Parteien und Jugendverbände erstehen. Mit den Problemen der Internationale befassen sich einige Artikel, von denen wir vor allem folgende erwähnen. In dem Leitartikel zum 50. Geburtstag des Genossen Stalin wird dargestellt, welche Bedeutung der Genosse Stalin für die Bolschewisierung der KI gehabt hat und hat Es wird in einer knappen, aber vorzüglichen Zusammenfassung gezeigt, wie Stalin nach dem Tode Lenins es vor allem war, der den Kampf gegen die verschiedenen rechten und linken Abweichungen führte (Trotzkismus, Brandlerismus). Es wird insbesondere auf seine Rolle bei der Festlegung der Perspektiven für die chinesische Revolution und beim Entwurf des Programms der KI hingewiesen. Besonders wichtig ist das teilweise wiedergegebene Referat des Genossen Manuilski auf dem Plenum der KJI, in dem mit begrüßenswerter Offenheit und Eindringlichkeit auf die Schwächen in der Durchführung der Wendung nicht nur in den Jugendverbänden, sondern auch in den verschiedenen Parteien hingewiesen wird. Insbesondere wird kritisiert, daß die Jugendverbände die Wendung mit Worten, aber nur in sehr beschränktem Umfange auch in Taten durchgeführt haben, und Manuilski fordert mit allem Nachdruck, daß mit dieser Politik vollständig gebrochen wird und daß die Jugendverbände zu einer wirklichen, bolschewistischen Massenarbeit zur Eroberung der Massen der Arbeiterjugend übergehen. Wichtig ist auch der Artikel von B. W., der die Frage der bolschewistischen Reorganisation der Kader behandelt. Während die alten Genossen in der KPSU geschulte Revolutionäre waren, sind die alten Mitglieder der anderen KP vielfach mit opportunistischen, sozialdemokratischen Methoden behaftet. Es muß in diesen Parteien jetzt mit besonderem Nachdruck der Kurs auf die Proletarisierung der Kader gelegt werden. Dabei muß gleichzeitig die Verantwortlichkeit sämtlicher Parteileitungen bedeutend verschärft werden, die Parteidisziplin ist straffer zu handhaben. Verschiedene Artikel befassen sich dann mit den einzelnen Parteitagen in England, Kanada und Schweden, die im Zeichen der Auseinandersetzung mit den

Rechten und der Hinwendung zu bolschewistischer, konkreter, organisierender Massenarbeit standen. Besonders wichtig ist der Parteitag der KPE gewesen, der entscheidende Beschlüsse für die Wendung der Politik der englischen Bruderpartei zu fassen hatte. Vor allem galt es, die opportunistischen Elemente aus der Führung zu beseitigen und gleichzeitig entsprechende Richtlinien für die weitere politische Arbeit festzulegen (Minderheitsbewegung, Kurs auf die Eroberung der Betriebe, internationale Solidarität, insbesondere für die indische Revolution, Kampf gegen die „Arbeiter"-Regierung). Besonders wichtig waren die Beschlüsse zur Umwandlung der Parteizeitung in eine Tageszeitung, die für die Durchführung der Wendung von entscheidender politischer und organisatorischer Bedeutung ist, ganz abgesehen von der Vergrößerung der Propagandamöglichkeiten.

In weiteren Aufsätzen werden Tatsachen zur Entwicklung des revolutionären Aufschwungs gebracht, so über die Entwicklung der Bauern- und der Streikbewegung der Arbeiter in China, die sich vielfach bereits zu bewaffneten Aktionen gesteigert hat; so über die landwirtschaftlichen Streiks in der Westukraine, die trotz mancher Mängel unter der Leitung der KP der Westukraine standen und ebenfalls zu bewaffneter Gegenwehr der Landarbeiter und Kleinbauern gegen den staatlichen Machtapparat in verschiedenen Gegenden führten.

Zu erwähnen sind noch die Zahlenangaben zur Entwicklung der amerikanischen Krise, die sehr deutlich die Theorien widerlegen, daß es sich nur um einen Börsenkrach handele, der bestenfalls eine Depression hervorgerufen habe, aber nicht zu einer Krise führe, wie die Brandleristen erst neuerdings wieder behauptet haben. [127]

*

Cahiere du Bolchevisme, Januar 1930

Januarnummer

Der Leitartikel ist der bevorstehenden Reichsparteikonferenz gewidmet. Er stellt fest, daß die Partei seit dem Kongreß von St. Denis im April 1929 einen systematischen Kampf gegen die opportunistischen Abweichungen geführt und sich ideologisch befestigt hat. In den Vordergrund der Aufgaben werden gestellt: eine bessere Massenarbeit, die Schaffung von Kampfleitungen in den Betrieben bzw. die Umwandlung der Verteidigungskomitees für die „Humanité" in Kampfkomitees, den verstärkten Kampf gegen die Sozialfaschisten und ihren linken Flügel, gegen alle Grüppchen der aus der Partei Ausgeschlossenen und gegen ihre Verbündeten innerhalb der Partei. Die Tagung soll eine wirkliche Konferenz der bolschewistischen Konsolidierung sein.

Der Beitrag des Genossen Berlioz: die Krisis in der Stabilisierung der französischen Wirtschaft zeigt, wie Frankreich in der heranwachsenden kapitalistischen Weltwirtschaftskrisis hineingezogen wird. Der New Yorker Börsenkrach hatte auch auf der Pariser Börse seine Auswirkungen: Die Papiere der Banque de Paris fielen im November von 4550 auf 2760, der Compagnie Générale d'Elecitricité von 4380 auf 3010, von Citroën von 2140 auf 1100. Der Produktionsindex, der in den zwei letzten Jahren eine ständige Steigerung gezeigt hatte, stagniert, aber die Konsumtionsindustrie zeigt schon einen bedeutenden Rückgang; besonders die Textil-, die Leder- und die Luxusindustrie. Die Automobilindustrie hat einen Stillstand zu verzeichnen. Im Jahre 1929 hat Citroën 8000 und Renault 3000 Arbeiter entlassen. Die Mehrbelastung der Massen hat eine Einschränkung des inneren Marktes zur Folge. Auch der Export geht zurück. Das Defizit der Handelsbilanz ist von 1402 Millionen im vorigen Jahre auf 7067 Millionen in diesem Jahre gestiegen. Die Unternehmerorganisationen haben schon angekündigt, daß man die Produktion, die auf 200 Milliarden Francs geschätzt wird, auf dem Wege der „Einigung und Mitarbeit aller Klassen" und dank einer „Verbesserung der Arbeitsorganisation und -leistung" um 20 bis 60 Milliarden Francs steigern könnte!

Der „Politische Massenstreik" von Germinal gibt eine kritische Analyse der letzten politischen Streiks in Frankreich: des 24stündigen Streiks von 1922, anläßlich der Ermordung von vier Arbeitern in Le Hâvre; des 24stündigen Streiks im Jahre 1925 gegen den Marokkokrieg und der letzten Aktion am 1. August.

In „Probleme der Gewerkschaftspolitik der Partei" zeigt Laforge den Zusammenhang zwischen der Tätigkeit der rechten Opposition innerhalb der CGTU. (revolutionäre Gewerkschaften)

und den reformistischen Gewerkschaften. Die Hoffnung dieser Opposition auf „40 Jahre sozialem Frieden“, ihre Leugnung der Radikalisierung der Massen, ihre Hoffnung in der Ueberwindung der Schwierigkeiten des Kapitalismus durch die Bildung von internationalen Trusts, ihre Verachtung der am meisten ausgebeuteten Schichten, der Arbeiterklasse, ihr Negieren des Aufbaues des Sozialismus in der Sowjetunion, ihre Verachtung der großen kolonialen Bewegungen, dies alles führt die Opposition zur Klassenkollaboration. In Verbindung damit zeigt Laforge, daß die Verbesserung der sozialen Zusammensetzung der CGTU die Voraussetzung für den entschiedenen Kampf gegen die opportunistischen Abweichungen und für eine revolutionäre Politik ist.

In dem Artikel „Organische Konsolidierung der Partei“ zählt Labeyrou alle organisatorischen Mängel auf, die die Partei zu überwinden hat, um sich organisch zu befestigen. Sie ist noch nicht genügend in den Großbetrieben verwurzelt, sie hat die entscheidende Schicht der Arbeiterklasse, die unqualifizierten Arbeiter, noch nicht erfaßt. Er wirft die Aufgaben auf, einer unmittelbaren Verbindung der leitenden Genossen der Partei mit den wichtigsten Betriebszellen, der besseren Arbeit der Parteimitglieder in den Gewerkschaften, der Werbungsarbeit für die Partei in den Gewerkschaften und während der Kämpfe.

Warum drei Maschinengewehre für die Rote Armee? Unter diesem Titel wird die Kampagne für eine Sammlung in der Arbeiterschaft eingeleitet. Auf Initiative des 6. Kongresses des Jugendverbandes wurde beschlossen, an die 57. Division der roten Kavallerie, dessen Fahne den Namen „Jeunesses Communistes de France“ trägt, ein Gespann von drei Maschinengewehren (gleich denen, die den Vormarsch der Roten Armee nach Warschau [128] 1920 gesichert haben) zu schenken. Dieses Geschenk soll eine Antwort des französischen Proletariats auf die gesteigerten Kriegsvorbereitungen des französischen Imperialismus gegen die Sowjetunion sein. Die Sammlungen sollen besonders in den Großbetrieben durchgeführt werden, das Ziel ist, nicht viel von jedem einzelnen Arbeiter zu verlangen, aber von möglichst vielen Arbeitern einen Beitrag zu bekommen. Die Soldaten zweier Garnisonen haben schon einen Wettbewerb aufgestellt mit dem Ziel: 500 Francs für 2000 Soldaten. Zum Jahrestag der Pariser Kommune, im März sollen die drei Maschinengewehre der Roten Kavallerie der siegreichen Kommune, übergeben werden.

Zu verzeichnen wäre noch der Bericht der Bezirksleitung Ost-Frankreichs zur Reichskonferenz.

Eine Sondernummer der „Cahiers“ enthält die Resolutionen und sonstigen Dokumente zur Parteikonferenz. Bin.

*

Die Dezembernummer war gleichfalls der bevorstehenden Reichskonferenz gewidmet und die meisten Aufsätze befassen sich mit der innerparteilichen Lage und den Kampf gegen den Opportunismus. Der Leitartikel „Charakter der Partei ‚Krisis‘“ stellt fest, daß die Partei die „Krise“ der dritten Periode der Arbeiterbewegung der Nachkriegszeit jetzt durchmacht. Je schärfer die Wendung durchgeführt wird, je schneller entlarven sich die Vertreter des Opportunismus innerhalb der Partei.

Der Aufsatz: „Acht Monate nach dem Kongreß von St.-Denis der KPF“, gibt einen Ueberblick über die wirtschaftliche und politische Entwicklung seit dem letzten Parteitag, die eine volle Bestätigung der Perspektiven des Kongresses und des 10. Plenums darstellen. Diese Bestätigung der Perspektiven des 10. Plenums wird noch eingehender in der Analyse von Laforge: „Das 10. Plenum und die Arbeiterbewegung in Frankreich“, beleuchtet. Eine Abhandlung von Davanne: „Das Finanzkapital in Frankreich“, zeigt die ungeheure Konzentration der französischen Industrie in der Nachkriegszeit, die Kartellierung und Trustifizierung deren wichtigster Zweige. In seine Schlußfolgerungen stellt Davanne fest, daß diese Konzentration die soziale Rolle der Kleinbourgeoisie vermindert, die des Industrieproletariats erhöht und „wirtschaftliche Einheiten“ schafft, die dem proletarischen Staat – nach der Eroberung der Macht – nützen. Er versäumt es zu sagen, daß gegenwärtig diese Konzentrierung eine Verstärkung der Macht der Bourgeoisie bedeutet,

und für das Proletariat verstärkte Ausbeutung durch Rationalisierung und Preiserhöhung infolge der Monopole.

In „Der Opportunismus in den Gewerkschaften“ zeigt ein führender Genosse der CGTU, daß die Wurzel des Opportunismus in der sozialen Zusammensetzung der CGTU selbst zu suchen sind. Es ist kein Zufall, wenn sich unter dem Einfluß der rechten Opposition die Verbände der Staatsbeamten, der Lehrer, die älteren Eisenbahner mit höherem Gehalt, der Lebensmittelarbeiterverband (der nur Köche und Bäcker zusammenfaßt und die große Masse der Arbeiter der Konservenindustrie außer acht läßt) ein Teil der Buchdrucker usw. befinden.

In der Abhandlung von Gab über die „Internationale Reparationsbank“ ist das Uebereinstimmen der ganzen französischen bürgerlichen Front über den Zweck der Bank zu sehen. Die Sozialfaschisten erheben sogar Anspruch darauf, die Initiatoren der Bank gewesen zu sein, während Herriot über das „unvernünftige Rußland“ jammert, welches den Weg zu seinen Rohstoffen den europäischen und amerikanischen Imperialisten versperrt.

Ferner enthält noch die Nummer: die parteifeindliche Erklärung der sechs ausgeschlossenen Mitglieder des Pariser Gemeindeparlaments (die inzwischen eine „Partei“ gegründet haben und bei Brandler gelandet sind), sowie die Antwort darauf. Ein Artikel von Victor über die „Trotzkistische Wahrheit“ zeigt, daß die französischen Trotzkisten in allen wichtigen Fragen 100prozentig hinter den rechten Liquidatoren stehen.

[129]

Die Internationale
13. Jahrgang ∗ Berlin, 1./15. März 1930 ∗ Heft 516

Vom „Heiligen Vater", der Gewissensfreiheit, den Kulaken, Erdöl und anderen Gütern der Kultur

W. H. Am 8. Februar schrieb der Papst jenen Brief an den römischen Kardinal Pompelj, mit dem die neueste Hetzkampagne gegen die Sowjetunion, genannt „Kultur-Kreuzzug", eröffnet wurde. In diesem schamlosen Dokument der Verleumdung und der Heuchelei hieß es:

„Die gotteslästerliche Ruchlosigkeit (der Bolschewiki) wendet sich nicht nur gegen die Geistlichkeit, sondern auch gegen die Jugend, deren Unwissenheit mißbraucht wird. Statt daß man Wissenschaft und Kultur vermittelt, wird ihre Seele mit schändlichen materiellen Verwirrungen angefüllt."

Einige Tage später schrieb das Berliner Organ des „Heiligen Vaters", die „Germania":

„Gewissens- und Meinungsfreiheit ist ja heute in Sowjetrußland auf dem Gebiete der Kultur ein ebenso unbekannter Begriff wie auf dem der Politik."

Aus alledem ergibt sich, daß der Papst und die katholische Kirche über Nacht zu Sachwaltern der Meinungs- und Gewissensfreiheit gegenüber dem Bolschewismus und seiner weltbekannten „asiatischen Barbarei" geworden sind. Ein possierliches Spiel.

Inzwischen sind einige Wochen verstrichen. Die katholischen Pfaffen und ihre Organisationen verbreiten mittlerweile bei jeder Gelegenheit die „anmutigsten" und farbenprächtigsten Anekdoten über die Sowjetunion. Daß es dort üblich ist, Priester in ihrem eigenen Fett zu schmoren oder auf sonstige gotteslästerliche Art ums Leben zu bringen, gehört mittlerweile zum Abc jedes besseren katholischen Gottesdienstes. Mit Schaudern durchlebt die gläubige Christenseele die unerhörten Greuel, denen die satanischen Bolschewiki sich mit Leib und Seele ergeben haben. Gäbe es nicht die katholische Kirche, gäbe es nicht den „Heiligen Vater" in Rom, diesen gewaltigen Ritter für Meinungs- und Gesinnungsfreiheit, – man müßte wahrhaftig an der „Menschheit" und ihren „Kulturgütern" verzweifeln.

Aber die gemordeten, geschändeten, gesottenen und gebratenen Priester, mit denen der „Heilige Vater" und seine fromme Schar bei ihrem Kulturkreuzzug gegen den Bolschewismus operieren, sind auf die Dauer doch eine zu e i n t ö n i g e Sensation. Darum halten wir es für ein Gebot von Sittlichkeit und Kultur, der katholischen Kirche mit einigen historischen Dokumenten unter die Arme zu greifen, aus denen sich gewiß noch manch nützliche Folterungsmethode entnehmen ließe, die man den garstigen Bolschewiki in die Schuhe schieben könnte. Wie wäre es beispielsweise mit einem Protokoll vom 31. Oktober 1724 in dem sich u. a. folgende Bekundungen finden:

„Die Angeklagte wurde in die Folterkammer geführt, entblößt und angebunden und über die Anklagepunkte befragt. Sie blieb beständig beim Leugnen. Sie wolle gerne sterben und wolle gerne Ja sagen, wenn die Herren es nur auf i h r Gewissen nehmen wollten. Und wie selbige beständig beim Leugnen [130] verblieben, ist zum dritten Grad geschritten und sind der Angeklagten die Daumschrauben angelegt worden. Obgleich Angeklagte 50 Minuten in diesem Grade ausgehalten, ihr auch die Daumschrauben zu verschiedenen Malen versetzt und wieder angeschrieben sind, hat sie doch allein nicht bekannt, sondern auch während der peinlichen Frage keine Zähre fallen lassen, sondern nur gerufen: ‚Ich bin nicht schuldig! O Jesu, gehe mit mir in mein Leiden und stehe mir bei!' Sodann: ‚Herr Richter! Ich bitte Euch, laßt mich nur unschuldig richten!' Ist also zum vierten Grade geschritten, vermittels Anlegung der spanischen Stiefel. Dieselbe hat die Tat beständig geleugnet und zu verschiedenen Malen gerufen: ‚O Jesu, ich habe es nicht getan! Wenn ich es getan hätte, so wollte ich gern bekennen. Herr Richter, lasset mich nur unschuldig richten. Ich will gern sterben. Ich bin unschuldig, unschuldig!' Demgemäß wurde die Angeklagte vorwärts aufgezogen und mit zwei Ruten bis zu 30 Streichen geschlagen. In betreff der vorliegenden Artikel aber beharrte sie beim Leugnen. Daher dem Nachrichter befohlen worden, peinlich Befragte rückwärts aufzuziehen. Mit der Aufziehung ist dergestalt verfahren, daß die Arme rückwärts gerade über dem Kopf gestanden, beide Schulterknochen aus ihrer Verbindung gedreht und die Füße eine Spanne weit von der Erde entfernt gewesen. Als die Angeklagte ungefähr 6 Minuten also aufgezogen gewesen, hat Doktor Gogravius befohlen, sie abermals mit 30 Streichen zu hauen, was dann auch geschehen ist. Peinlich Befragte beharrte aber beim Leugnen. Auch als Doktor Gogravius zu zweien Malen, jedes Mal zu ungefähr acht Schlägen die Korden anschlagen ließ, hat sie nur gerufen: ‚Ich habe es nicht getan!' Ferner auch,

obwohl die Korden zum dritten Male mit ungefähr zehn Schlägen angeschlagen und ihr außerdem die bisherigen Folterwerkzeuge wieder angelegt sind, dergestalt, daß dieselbe fast unerträglich geschienen, hat dieselbe doch über 30 Minuten diesen fünften Grad ebenso unbeweglich wie die vier vorhergegangenen überstanden, ohne zu bekennen."

Wie wäre es, wenn die katholischen Pfaffen dieses Protokoll aus dem Jahre 1724 um zwei Jahrhunderte nachdatieren und von dem Fürstentum Münster nach Leningrad oder Moskau verlegen würden?

*

Wir wollen ihnen noch mit einigen weiteren Beispielen dienen. Aus dem Jahre 1672 existiert das nachfolgende Protokoll über die „Vernehmung" der Schulmeistersfrau Katharina Lips aus Oberhessen. Dort lesen wir:

„Sie ist aber beständig bei dem Leugnen blieben, hat sich selber herzhaft und willig ausgezogen, worauf sie der Scharfrichter mit den Händen angeseilet, – peinlich Beklagte hat gerufen: ‚O wehe! O wehe! Herr im Himmel, komme zur Hilfe!' Die Zehen sind angeseilt worden – hat gerufen: ihre Arme brechen ihr. Die spanischen Stiefel sind ihr aufgesetzet, die Schraube auf dem rechten Bein ist zugeschraubet. Ihr ist zugeredet worden, die Wahrheit zu sagen. Sie hat aber darauf nicht geantwortet. Die Schraube auf dem linken Bein auch zugeschraubet. Sie hat gerufen, sie kennte und wüßte nichts. Die linke Schraube gewendet, peinlich Beklagte ist aufgezogen, sie hat gerufen: ‚Du lieber Christ, komm mir zu Hilfe!' Ist höher aufgezogen, ist stille worden und hat gesagt, sie wäre keine Hexe. Die Schraube auf dem rechten Bein zugeschraubet, worauf sie ‚O wehe!' gerufen. Ist wieder niedergesetzt worden, die Schrauben sind wieder zugeschraubt, hat geschrien: ‚O wehe, o wehe!' Wieder zugeschraubt auf dem rechten Bein, ist stille worden und hat nicht antworten wollen. Zugeschraubet, hat laut gerufen, wieder stille worden und gesagt, sie kenne und wüßte nichts. Nochmals aufgezogen, sie gerufen: ‚O wehe, wehe!' ist aber bald wieder ganz stille worden, ist niedergesetzt und ganz stille blieben. Die Schrauben höher zugeschraubet, sie laut gerufen und geschrien, ihre Mutter unter der Erde sollte ihr zu Hilfe kommen. Ist bald ganz stille worden und hat nichts reden wollen. Härter zugeschraubet, worauf sie anfangen zu kreischen und gerufen, sie wüßte nichts. An beiden Beinen die Schrauben höher gesetzet. Daran geklopfet, sie gerufen: ‚O Jesu, komm mir zu Hilfe!' Am linken Bein zugeschraubet, sie gerufen, sie wäre keine Hexe, das wüßte der liebe Gott, es wären lauter Lügen, die von ihr geredet worden ... Nachdem ihr die Haare [131] angeschoren, ist sie wieder angeseilt worden an Händen und Füßen, abermals aufgezogen, da sie geklaget, ist wieder ganz stille worden, gleich als wenn sie schliefe. Die Schraube am rechten Bein wieder zugeschraubet, da sie laut gerufen die linke Schraube auch zugeschraubet, wieder gerufen und straks ganz stille worden und ihr das Maul zugegangen. Am linken Bein zugeschraubet, worauf sie gesagt, sie wüßte von nichts, wenn man sie schon tot machete. Besser zugeschraubet am rechten Bein, sie gekrischen, endlich gesagt, sie könne nichts sagen, man solle sie auf die Erde legen und totschlagen. Am linken Bein zugeschraubet, auf die Schrauben geklopfet, härter zugeschraubet, nochmals aufgezogen, endlich ganz wieder losgelassen worden."

Diese Angeklagte wurde dann noch viermal aufgezogen, sechzehnmal wurden die Schrauben so weit geschraubt, bis sie in Starrkrampf verfiel, worauf ihr mit Werkzeugen der Mund aufgebrochen wurde, damit sie bekennen sollte. Bald betete sie, bald brüllte sie „wie ein Hund". Schließlich wurde sie des Landes verwiesen. Wir glauben, daß auch dieser Fall nicht ungeeignet wäre, ihn den Bolschewisten bei ihrer Verfolgung von Gewissens- und Meinungsfreiheit zur Last zu legen.

*

Wir wollen unseren Katalog, den wir den katholischen Pfaffen und dem „Heiligen Vater" freundlichst zur Verfügung stellen, mit einer kleinen, gleichfalls historischen Schilderung von Kerkern abschließen, wie sie vor drei bis vier Jahrhunderten zur Bewahrung von „Hexen", „Zauberern" und ähnlichen Verdächtigen diente:

„In dicken, starken Türmen, Gewölben, Kellern oder sonst tiefen Gruben sind gemeinlich die Gefängnisse. In denselben sind große, dicke Hölzer, zwei oder drei übereinander, daß sie auf und niedergehen an einem Pfahl oder Schrauben; durch dieselben sind Löcher gemacht, daß Arme und Beine darin liegen können. Etliche haben große eiserne oder hölzerne Kreuze, daran sie die Gefangenen mit dem Hals, Rücken, Armen und Beinen anfesseln, daß sie stets entweder stehen oder liegen oder hängen müssen, nach Gelegenheit der Kreuze, daran sie geheftet sind. Etliche haben starke eiserne Stäbe, daran an beiden Enden eiserne Banden sind, darin verschließen sie die Gefangenen an den Armen, dann haben die Stäbe in der Mitte große Ketten in der Mauer

angegossen, daß die Leute stets in einem Lager bleiben müssen. Etliche machen ihnen noch dazu große schwere Eisen an die Füße, daß sie die weder ausstrecken, noch an sich ziehen können. Etliche haben enge Löcher in den Mauern, darin ein Mensch kaum sitzen, liegen oder stehen kann. Darin verschließen sie die Leute mit eisernen Türen, daß sie sich nicht wenden oder umkehren mögen, etliche liegen in steter Finsternis, daß sie den Sonnenglanz nimmer sehen, wissen nicht, ob es Tag oder Nacht ist. Sie alle sind ihrer Gliedmaßen wenig oder gar nicht mächtig, haben immerwährende Unruhe. liegen in ihrem Unrate, viel unflätiger und elender denn das Vieh, werden übel gespeiset, können nicht ruhig schlafen, haben viel Bekümmernis, schwere Gedanken, böse Träume, Schrecken und Anfechtung. Und weil sie Hände und Füße nicht zusammenbringen und wo nötig hinlenken können, werden sie von Läusen, Mäusen, Ratten und Martern übel geschlagen, übel geplaget, ;gebissen und zerfressen. Werden überdem noch täglich mit Schimpf, Spott und Dräuung vom Stöcker und Henker gequälet und schwermütig gemacht. In so schändliche, grausame, böse Türme, welche billig nicht Menschengefängnis, sondern wie Teufelsmarterbank möchte geheißen werden, lassen die Richter oftmals unschuldige Frauen hinabwerfen, da liegen die elenden, blöden Weiber im Finsteren ...“

Sollte es nicht angebracht sein, auch diese Schilderung bei der weiteren propagandistischen Vorbereitung des Kreuzzuges gegen die Sowjetunion auszuschlachten? Warum „Hexenturm“? Warum „Drudenhaus“? Warum 16. Jahrhundert? Könnte man die malerische Schilderung nicht sehr gut auf die Gefängnisse der GPU, der Tscheka, anwenden?

[132] Der „Heilige Vater“ brauchte sich wahrhaftig keinen Zwang anzutun, wenn er diese kleine Geschichtsfälschung beginge. Denn was er und die Schar der katholischen Kanzelredner in den letzten Wochen über die Sowjetunion produzierten, war gewiß nicht weniger verlogen, nicht weniger heuchlerisch, als eine solche kleine historische „Veränderung“. Ja, der Vorteil bei unserem Material bestände darin, daß es sich um wirklich historische Tatbestände handelte und nicht, wie bei den Anklagen des Papstes, seiner Bischöfe, Kardinäle, Prälaten und Aebte, um reine Phantasieprodukte.

*

Unser Vorschlag ist ernst gemeint. Wir glauben, daß die katholische Kirche solche Materialien in noch reichhaltigerem Maße aufzutreiben vermag. Sitzt sie doch an der Quelle. Wenn es sich darum handelt, aus den Archiven der Geschichte Dokumente der Folterung, der Inquisition, der Barbarei oder – um mit den Worten des Papstes und der „Germania“ zu sprechen – der „Ruchlosigkeit“ und des „Raubes der Gewissens- und Meinungsfreiheit“ zu Tage zu fördern, – wer sollte dazu besser imstande sein, als der „Heilige Vater“ und der katholische Klerus? Die Geschichte des Papsttums ist eine einzige Kette dieser Ruchlosigkeiten. Die Geschichte der katholischen Kirche ist geschrieben mit dem Blut ihrer unglücklichen Opfer, ist erfüllt mit dem schmutzigen Gifthauch der Inquisition. Jene Folterungen, deren Protokolle wir eingangs publizierten, legen Zeugnis ab von den Greueltaten der katholischen Kirche, wie sie bis ins 18. Jahrhundert nach dem Befehl der Päpste, Bischöfe und der ganzen katholischen Geistlichkeit verübt wurden.

Jener Papst Pius XI., dem heute als Vorkämpfer der Gewissensfreiheit auftritt, der es wagt, von „Kultur und Zivilisation“ zu schwätzen, der nicht schamrot wird, wenn er das Wort „Wissenschaft“ in den Mund nimmt, ist der Nachfolger all jener Päpste, auf deren Konto die „heilige Inquisition“, die Scheiterhaufen, das Jesuitentum, die Ketzerverbrennungen kommen. Seine Vorgänger waren es, die die Daumenschrauben, den spanischen Stiefel, die Wasserprobe, Nadelprobe, Feuerprobe, die Hexenwage, die Reckebank, den Marterstuhl, den gespickten Hasen, die „Spinnen“, die „Wippe“, den spanischen Esel, den „Jungfrauenschoß“, den „Krebs“, die Drehscheibe und ähnliche Instrumente der „Gewissensfreiheit“, des christlichen Glaubens, der „Kultur und Wissenschaft“ erfanden. Derselbe Pius XI., der sich nicht entblödet, heute als Schützer der „Wissenschaft“ aufzutreten, sitzt auf dem Stuhl jener Vorgänger, die einen Giordano Bruno wegen seiner bahnbrechenden Leistungen als Ketzer verbrennen ließ, die Galilei auf Lebenszeit einkerkerten. Er steht an der Spitze jener Institution, über die Ullrich von Hutten schrieb:

„Ohne Zweifel besteht diese Kirche aus Dieben, Heuchlern, Betrügern, Notaren, Bischöfen, die der Simonie schuldig sind, und Speichelleckern des höchsten Geistlichen in Rom, und zudem noch ausschließlich aus ihnen ... Mit drei Dingen befassen sich die Müßiggänger in Rom: mit Herumflanieren, mit Unzucht und mit Völlerei. Ja, dort tut man nichts anderes, denn jene, die müßig scheinen, betrügen, lügen,

schwören falsch, verraten, plündern, stehlen, brechen die Ehe ... Was aber tun die Päpste? Führen sie nicht die Christen, die durch die päpstliche Ausplünderung ausgeweidet werden, zum Hungern, schinden sie nicht ständig und schneiden sie nicht bei der Schur stets in das Fleisch ihrer Herde?“

[133] Ausgerechnet der Erbe jener Päpste, in deren Gefolgschaft alle Laster und Entartungen, alle Verbrechen von Raub und Plünderung bis zu Giftmord, Kinderschändung und Sodomie ihre Verbreitung fanden, wagt es heute, zum Kreuzzug gegen den Bolschewismus aufzurufen, weil der „die Jugend verführe“. Vielleicht wünscht der ehrbare „Statthalter Gottes auf Erden“, Pius XI., daß die Jugend des Proletariats und der werktätigen Bauernschaft der Sowjetunion statt in den „materialistischen Verirrungen“ des Lesens, Schreibens, der Naturwissenschaft und Geschichtsforschung lieber in jenen Künsten ausgebildet würde, in denen es seine Vorgänger im Vatikan bis zu den höchsten Gipfeln der Vollendung brachten: wir denken an die Bacchanalien des Papstes Paul II., die dieser „Heilige Vater“, dieser „Statthalter Gottes auf Erden“, in die Gebräuche des päpstlichen Hofes einführte. Wir denken an die besonderen sinnlichen Bedürfnisse der Päpste Sixtus IV., Leo X., Alexander VI., wir denken an die ganze Schar entarteter Päderasten, verkommener Sadisten, schmutziger, abscheulicher Wüstlinge, die zu den glorreichen Vorgängern jenes Pius XI. zählen, der heute zum Kreuzzug gegen die Sowjetunion aufruft.

Der „Heilige Vater“ wird uns verzeihen müssen, wenn wir an die ehrbaren, christlichen, moralischen Beweggründe seiner Aktion nicht zu glauben vermögen. Der Vertreter einer Institution, deren Geschichte ein Uebermaß von Laster, Blutvergießen, Räubereien repräsentiert, erscheint wenig geeignet, im Ernst als Streiter für „Gewissensfreiheit, Kultur und Wissenschaft“ gelten zu dürfen. Wir glauben vielmehr, daß der „Heilige Vater“, ehe er sich zu diesem Kreuzzug wider den Bolschewismus anschickte, weniger mit dem heiligen Oel aus italienischen Oliven gesalbet ward, dessen sich der Vatikan sonst bedient, als vielmehr mit dem Erdöl jener Naphthaquellen, die sich heute im Besitz der Arbeiter und Bauern der Sowjetunion befinden und nach denen die Kapitalisten der Welt seit jeher gieren. Wenn der „heilige“ Pius XI. am 19. März seine Sühnemesse in der Peterskirche auf den Apostelgräbern „für das Seelenheil des russischen Volkes zelebriert, damit es wieder in den einigen Schoß des Erlösers zurückkehre“, so wird er sich gefallen lassen müssen, daß wir ihm andere Absichten und Wünsche zur Last legen, die der „Tradition“ der katholischen Kirche und des Papsttums mehr entsprechen: Nicht um die Rückkehr des russischen Volkes in den Schoß des Erlösers geht es, sondern vielmehr um die Rückkehr der Erdölquellen von Baku, der Fabriken von Moskau, Charkow und Leningrad, der Schächte des Donezbeckens und der Paläste und Gutshäuser in ganz Rußland in die Hände jener Kapitalisten und Gutsbesitzer, die die russische Revolution zum Teufel jagte.

*

Warum gerade jetzt der päpstliche Kreuzzug? Warum mischt sich der „Heilige Vater“ gerade heute in die Schar der Tscherwonzenfälscher, bankrotten Generale, weißgardistischen Abenteurer und ihrer Helfershelfer aus dem Kreise der sozialdemokratischen und bürgerlichen Journaille? Der neue Aufschwung der antibolschewistischen Hetze, der diesmal im Zeichen des „Kreuzes“ vonstatten geht und in dessen Dienst alle Kanzeln der katholischen Kirche gestellt werden, ist das Echo der kapitalistischen Welt auf die Liquidierung der letzten Ueberreste des Kapitalismus im Lande der prole-[134]tarischen Diktatur. Der Kulturkreuzzug des Papstes ist die Antwort auf die Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion, auf die Liquidierung des Kulakentums als Klasse. Die liebevolle Anteilnahme, mit der der „Heilige Vater“ und die katholische Kirche die russischen Kulaken bedenkt, erscheint uns durchaus nicht deplaciert, nachdem wir die Geschichte des Papsttums ein wenig naher beleuchteten. Wir erinnern uns in diesem Zusammenhang jener Charakteristik, die Genosse Lenin über die Kulaken gab. Dort hieß es:

„Die Kulaken sind die bestialischsten, brutalsten, wildesten Ausbeuter, die in der Geschichte anderer Länder mehr als einmal die Macht der Großgrundbesitzer, Könige, Pfaffen und Kapitalisten wiederhergestellt haben. Diese Blutsauger bereichern sich an des Volkes Not, häuften während des Krieges Geld in Tausenden und Hunderttausenden an, durch Erhöhung der Preise des Getreides und anderer Produkte. Diese Spinnen mästeten sich auf Kosten der durch den Krieg zugrunde gerichteten Bauern, auf Kosten der hungrigen

Arbeiter. Diese Blutegel tranken das Blut der Werktätigen und bereicherten sich um so mehr, je mehr die Arbeiter in den Städten und in den Fabriken hungerten. Diese Vampire sammelten und sammeln die Güter der Großgrundbesitzer, ade unterjochen wieder und wieder die armen Bauern."

Nach allem, was wir über die Geschichte der katholischen Kirche und ihrer Päpste wissen, wird deren Sympathie für eine so bestialische, blutgierige und ausbeuterische Klasse wie das Kulakentum völlig verständlich.

*

Nicht minder verständlich ist die Sympathie, mit der Bourgeoisie und Sozialdemokratie den Kreuzzug des Papstes begrüßten. Auf die Kulaken hatten die Kapitalisten und ihre sozialdemokratischen Kettenhunde die größten Hoffnungen gesetzt, als sie beim Beginn der Periode der Neuen Ökonomischen Politik ihre Wunschträume von einer Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion produzierten. Die Liquidierung des Kulakentums als Klasse bedeutet die endgültige Zerschlagung dieser trüben Hoffnungen. Indem der „Heilige Vater" und in seinem Gefolge das Pfaffentum der ganzen Welt ohne Unterschied der besonderen Konfession – katholische Priester, evangelische Geistliche und Rabbiner Hand in Hand – ihre Hetzfanfaren zugunsten der vom Sozialismus bedrohten Kulakenklasse erschallen lassen, verfechten sie das Gesamtinteresse der Kapitalisten auf fünf Sechsteln der Erde gegen den siegreichen Vormarsch des Sozialismus auf dem Sechstel der proletarischen Sowjetmacht. Kein Wunder, daß nun auch die „Vorwärts"-Redakteure und sonstigen sozialdemokratischen Leuchten voller Begeisterung ihren Federhalter mit dem Weihrauchkessel Roms vertauschen, kein Wunder, daß die sozialdemokratischen „Freidenker" Hand in Hand mit dem Stahlhelm sich als Ministrantenbuben in der katholischen Prozession wider den Bolschewismus gefallen. Kein Wunder, daß sie alle, alle bereit sind, für die „Kulturgüter der Menschheit" zu Felde zu ziehen. Sie alle wissen: Hinter der religiösen Maskerade verbirgt sich das wahre Heiligtum – der Profit!

*

Eure Rechnung, Ehrwürden, hat ein Loch: Der pfäffische Mummenschanz erscheint nicht nur den „Eingeweihten" durchsichtig; auch die Millionenmassen der Arbeiter, der Werktätigen in der ganzen Welt begreifen, worum es Euch geht! Sie werden Euch auf proletarische Art auf die Finger klopfen! [135]

*

Schritt halten!

Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?

Von Hermann Remmele

1. Nicht nachhinken!

Die Partei ist in der letzten Periode der verschärften Krisenerscheinungen und der stärkeren Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung in raschem Marschtempo vorwärtsgeschritten. Das gilt sowohl für den äußeren Vormarsch in der wachsenden Gewinnung der Sympathie der werktätigen Massen und der Verbreiterung der revolutionären Basis im allgemeinen, als auch in der inneren Entwicklung der Partei zum Bolschewismus. Beide Erscheinungen, das Vordringen an der äußeren Front zur Eroberung der Mehrheit des Proletariats und die zunehmende Bolschewisierung der Partei, stehen in engster Wechselbeziehung, ergänzen und stützen einander, und das erste hat das zweite zur Voraussetzung. Ohne bolschewistische Festigung und Höherentwicklung kein äußerer Vormarsch, aber auch ohne Vormarsch und Verbreiterung der äußeren Basis keine Bolschewisierung.

Wir sind eine bolschewistische Partei. Nach der KPSU die bolschewistischste in der Komintern. Das hat die Komintern auf ihren letzten Tagungen ausgesprochen. Und der Einfluß unserer Partei auf die kommunistischen Parteien der übrigen kapitalistischen Länder ist in zunehmendem Wachstum begriffen. All das steht außer Zweifel. Aber das bedeutet noch nicht, daß wir eine fehlerlose, nach allen Seiten hin einwandfreie bolschewistische Politik und Strategie anzuwenden in der Lage sind.

Trotz unserer mehr als zehnjährigen Erfahrungen – bald im stürmischen Vormarsch, bald durch blutige Niederlagen und Rückzüge hindurch, bald wiederum geschüttelt und gerüttelt durch tiefgehende innere Krisen, durch wiederholten Führerwechsel usw. – müssen wir immer und immer wieder von neuem die Front ausrichten und verbessern. Trotz aller dieser reichsten Erfahrungen macht auch unsere Partei immer wieder von neuem Schwankungen politischer und strategischer Natur durch.

Das ist keine Schande, sondern das liegt begründet in dem ganzen Wesen revolutionärer Parteien, die einen neuen Weg gehen, unbekannte Gebiete betreten, auf denen sie tastend das Richtige suchen und finden müssen. Die Geschichte selbst der erfahrensten revolutionären Partei in der Komintern, die der KPSU, ist erfüllt von ständigen Kämpfen gegen Abweichungen der verschiedensten Art. Trotz der hundertfältig reicheren Lehren und Erfahrungen, die die sieghafte russische Revolution der KPSU gegeben hat, muß auch heute noch diese Partei den Weg des Kampfes gegen Abweichungen und Irrtümer einzelner Teile der Partei gehen. Wie sollte das für unsere Partei, die lange nicht die großen Erfahrungen der russischen Bruderpartei besitzt, anders sein? Erst in diesen Tagen, im Kampf um den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion, war der Führer der russischen Partei, der Genosse Stalin, genötigt zu konstatieren:

„Die Kunst der Führung ist eine ernste Angelegenheit. Man darf nicht hinter der Bewegung zurückbleiben, weil dies die Loslösung von den Massen bedeutet. Man darf auch nicht voraneilen, weil man dadurch die Verbindung mit den Messen verliert. Wer die Bewegung leiten und gleichzeitig die Verbindung mit den Millionenmassen erhalten will, muß den Kampf an zwei Fronten führen, sowohl gegen die Zurückbleibenden, als auch gegen die Voraneilenden.“

Je unerfahrener die Parteien sind, desto größer ist die Gefahr der von Stalin aufgezeigten Schwankungen nach beiden Seiten hin.

[136] Es ist jetzt just ein Jahr, daß wir in einer ganz ähnlichere Situation wie heute, unmittelbar mitten in den Betriebsrätewahlen, in einem Artikel „Tempoverlust“ das Zurückbleiben der Partei, oder genauer gesagt, einiger Teile der Partei, hinter den Massen konstatiert haben. Die Partei hat inzwischen zweifellos sehr stark aufgeholt. Neue, vorwärtsstrebende Schichten des Proletariats sind in die Partei hineingegangen, alte, zurückgebliebene Schichten sind ausgeschieden. Die Partei hat an der inneren Front große Fortschritte zu verzeichnen.

Vor Jahresfrist, unmittelbar vor dem Weddinger Parteitag, hatten wir die Renegatengruppen um Brandler und Thalheimer liquidiert und den Einfluß der Versöhnler um Ewert und Gerhart gebrochen, so daß mit der endgültigen Abrechnung auf dem Weddinger Parteitag die Bahn frei war für eine ungehemmte Entfaltung der Kräfte der Partei in bolschewistischem Geiste nach außen und innen. Ohne auf Einzelheiten der Erfolge an der äußeren und inneren Front einzugehen, sei doch eine der bedeutendsten Errungenschaften in der Bolschewisierung der Partei erwähnt: Die Partei hat gelernt, die Theorie mit der Praxis in wirkliche Uebereinstimmung zu bringen!

Das ist eine der wichtigsten Errungenschaften im gesamten Bolschewisierungsprozeß unserer Partei. Ohne vollkommene Uebereinstimmung von Theorie und Praxis keine revolutionäre Politik, Strategie und Taktik, ohne vollkommene Erfüllung der Theorie durch die Praxis und ohne Gewinnung der Theorie aus der Praxis, aus den wirklichen, realen Welt- und Zeitumständen, keine bolschewistische Strategie und Taktik.

Die größte Errungenschaft der Partei war die, daß sie nach dem Siege über den Opportunismus im Innern und am Rande der Partei nicht selbstgefällig und befriedigt stehen blieb, sondern sofort unmittelbar nach der Liquidierung des Opportunismus in der Theorie, dem Opportunismus in der Praxis, dem Opportunismus in der Tat unbarmherzig und rücksichtslos auf den Leib rückte.

Ach, wie waren wir noch vor nicht allzu langer Zeit so bescheidene und anspruchslose Menschen! Wie waren wir stolz und wie freuten wir uns, wenn wir einstimmige Beschlüsse über die Politik und Taktik der Partei erzielten. Wie glaubten wir damals, den höchsten Gipfel bolschewistischer Vollkommenheit erklommen zu haben, alles zu kennen und die vollkommenste aller Parteien zu sein. Da

aber zeigte sich zum Erstaunen manch eines Genossen, daß es mit der „Zustimmung“ und „Verteidigung“ der politischen Linie der Partei eine ganz andere Bewandtnis hat, als mit der Durchführung und Verwirklichung derselben. So manche „alte und bewährte“, „treu ergebene“ und „absolut zuverlässige“ Genossen, so mancher „tapfere und unerschütterliche Revolutionär“, der als Muster der revolutionären und bolschewistischen Gesinnung galt, erwies sich als Kommunist der Phrase und blieb im Fortschreiten der Partei, die im Strombett der Radikalisierung der proletarischen Massen Schritt halten mußte, am Wegrande liegen oder – was ebenso häufig in Erscheinung trat – flüchtete vor der heranrollenden neuen revolutionären Flut und der daraus folgenden erhöhten Verfolgung der Partei in die Arme der Klassenfeinde.

Hierbei konnte man ganz erstaunliche Leistungen beobachten. Die, die sich ehemals als die einzigen hundertprozentigen Bolschewisten dünkten, standen im Handumdrehen drüben in der feindlichen Front, in der sie sich heute als die unduldsamsten hundertprozentigen Kommunistenfresser erproben.

Die Partei machte in den letzten Monaten einen in ihrer Geschichte noch nie gekannten Umschichtungs- und Reinigungsprozeß durch. Neue, [137] vorwärtsdrängende proletarische Schichten sind in die Partei eingedrungen, drängen an die Oberfläche; alte, zurückgebliebene, stagnierende, verknöchernde Schichten wurden in den Hintergrund gedrängt oder verschwinden ganz aus der Partei. Ohne diesen Umschichtungs- und Klärungsprozeß hätte die Partei ihre großen Gegenwartsaufgaben in der Mobilisierung und Organisierung der proletarischen Massen für den revolutionären Klassenkampf nicht vollbringen können.

Die Umstellung und Reinigung der Partei vollzog sich von unten herauf mitten in der Erfüllung der revolutionären Aufgaben, wie sie der Klassenkampf in der Praxis vor die Partei stellte. Die Durchführung der revolutionären Klassenkämpfe waren die Prüfungsmittel für die Parteikader und Funktionärkörper der Partei. Unter der Beteiligung der breitesten Arbeitermassen vollzog sich die Kontrolle und die Prüfung der Partei auf ihre bolschewistische Schlagkraft und Zuverlässigkeit. Die Partei hat zum ersten Male in der Geschichte gelernt, die wirkliche Uebereinstimmung der revolutionären Theorie mit der bolschewistischen Praxis anzustreben und jenes revolutionäre Ziel ins Auge zu fassen, von dem Karl Marx sagt:

„Dort (in der bürgerlichen Revolution) ging die Phrase über den Inhalt, hier (in der proletarischen Revolution) gebt der Inhalt über die Phrase.“

Die Partei darf sich nicht täuschen: die proletarischen Massen in Deutschland sind äußerst feinhörig geworden. Zu oft betrogen und geprellt, sind sie erfüllt mit einem gesunden revolutionären Mißtrauen. Wenn die Partei nicht lernt, die revolutionäre Theorie in vollkommene Uebereinstimmung mit der revolutionären Praxis zu bringen, wird sie ihre historische Mission der Befreiung der Arbeiterklasse aus der Kapitalsknechtschaft nicht erfüllen können. Diese Wahrheit haben die letzten Kampagnen der Partei immer von neuem wieder eingehämmert und ihr so die Kraft gegeben, die alten opportunistischen Traditionen und Schwächen abzustreifen und sie der vollkommeneren Bolschewisierung entgegenzuführen.

In der bolschewistischen Entwicklung der kommunistischen Parteien war es meist so, daß die rechten opportunistischen Abweichungen die größere Gefahr bedeuteten und gegen den rechten Opportunismus der schärfste und unerbittlichste Kampf geführt werden mußte. Lenin sagt darüber:

„Im Kampfe mit welchen Feinden innerhalb der Arbeiterbewegung ist der Bolschewismus aufgewachsen, erstarkt und gestählt worden?

Erstens und hauptsächlich im Kampfe gegen den Opportunismus ... Das war natürlicherweise der Hauptfeind des Bolschewismus innerhalb der Arbeiterbewegung. Dieser Feind bleibt auch der Hauptfeind im internationalen Maßstabe. Diesem Feinde hat der Bolschewismus die größte Aufmerksamkeit gewidmet und widmet sie noch. Diese Seite der Tätigkeit der Bolschewiki ist jetzt auch im Auslande schon ziemlich gut bekannt.“

Die Partei muß auch fernerhin den im letzten Jahre eingeschlagenen Weg fortsetzen. Nachdem die Liquidierung des Opportunismus in der Theorie, die Liquidierung des rechten Renegatentums um Brandler und Thalheimer und die Beseitigung des Einflusses der Versöhnlerei gegenüber diesem rechten Renegatentum durchgeführt war, führte die Partei den Kampf gegen den rechten Opportunismus

in der Praxis. Dieser Kampf gegen den rechten Opportunismus in der Praxis kann nicht als abgeschlossen gelten, sondern er wird auch fernerhin an der inneren Parteifront auf der Tagesordnung stehen. Was ihn in den letzten Monaten (besonders bei den Betriebsrätewahlen, in der Gemeindepolitik usw.) so stark und undurchdringlich erscheinen ließ, war die Tatsache, daß die Partei sich zum ersten Male nicht mehr mit Lippenbekenntnissen begnügte, [138] sondern die Funktionäre und die Mitgliedschaft nach ihren Handlungen und Taten beurteilte.

Und erst hierdurch schafft die Partei die Voraussetzung, daß die revolutionäre Phrase durch die revolutionäre Tat abgelöst werden kann, daß „der Inhalt über die Phrase hinaus wächst".

Groß sind die Erfahrungen, die die Partei auf diesem Gebiet gemacht hat. Während bei den vorjährigen Betriebsrätewahlen der Gegensatz zwischen Theorie und Praxis nur in einzelnen Fällen konstatiert werden konnte, da damals die Wahltaktik der revolutionären Gewerkschaftsopposition nicht in allen Betrieben zur Anwendung gelangte, gingen diesmal die Betriebsrätewahlen vor sich unter der umfassenden Einbeziehung der Betriebe in die revolutionäre Strategie, was zwangsläufig die Schwächen, die nachhinkenden Teile der Partei in den Funktionär- und Mitgliederkreisen restlos aufdecken mußte. Wir brauchen nur zu erinnern an die Erscheinungen, die wir in einer Reihe Berliner Großbetriebe, wie bei Ullstein, Loewe u. a., sowie in einer ganzen Reihe von Bezirken gehabt haben.

Die gleiche Wirkung hatte die Kampagne der Gemeinderatswahlen, bei der gleichfalls das Rückständige, das Verfaulte innerhalb der Partei an die Oberfläche gekommen ist. Fahnenflucht aus der revolutionären Front, weil zum ersten Male die Partei übergegangen ist zu einer wirklich revolutionären Massenmobilisation und revolutionären Rathauspolitik. Vielleicht hat bei dieser Gelegenheit die Partei nicht mit der gleichen Rücksichtslosigkeit zugepackt, wie das bei den Betriebsrätewahlen geschehen ist. Aber allein schon die Tatsache, daß beim ersten Versuch die rückständigen Schichten in der Partei zum Klassenfeind übergelaufen sind, weil die Partei nicht mehr gestattete, die alte sozialdemokratische Mentalität mit revolutionären Phrasen zu maskieren, zeigt, daß die Partei hier auf dem richtigen Wege ist, und daß das überradikale, besonders das „links" schwadronierende Heldentum am raschesten beim Klassenfeind angelangt und zum Renegatentum geworden ist. Wir brauchen hier nur an die Berliner Gruppe der Stadträte zu erinnern, die in der allgemeinen Korruptionswelle des Berliner Magistratssumpfes untergegangen ist.

Fortsetzung der bisherigen Parteilinie, noch schärfere Beobachtung und Bekämpfung opportunistischer Schwankungen und Abweichungen, besonders in der Praxis, um auf diesem Wege eine Struktur und eine Zusammensetzung der Partei zu erlangen, die wirklich die fortgeschrittensten und zuverlässigsten Revolutionäre zu ihrer festen Avantgarde zählt, das ist es, was die erste Voraussetzung für den kommenden Sieg des deutschen Proletariats gegen die kapitalistische Raubgesellschaft garantieren wird.

Aber ebenso aufmerksam und feinfühlig muß die Partei hören auf Stimmungen und Aeußerungen, die scheinbar aus einem anderen Loch pfeifen und in Wirklichkeit doch nur in derselben Linie liegen. Hierüber sagt Lenin:

„Etwas anderes muß von einem anderen Feinde innerhalb der Arbeiterbewegung gesagt werden. Im Auslande ist es allzu ungenügend bekannt, daß der Bolschewismus aufgewachsen ist, sich entwickelt hat und gestählt worden ist in langjährigem Kampfe gegen kleinbürgerlich-revolutionäre Stimmungen, die dem Anarchismus ähnlich sind oder manches von ihm entlehnt haben, die in allem Wesentlichen von den Bedingungen und Anforderungen des konsequenten proletarischen Klassenkampfes abweichen."

Und in der Tat können wir bei Ueberprüfung von Stimmungen und Bestrebungen, die in der Partei und in der Parteipresse sich in den letzten Monaten zeigten, zur Genüge Tendenzen finden, die sich nach dieser Seite hin bewegen und gegen die ebenso der Kampf aufgenommen werden muß, wie gegen die rechten, opportunistischen Fehler. [139]

2. Nicht vorauseilen!

Die Erfolge an der revolutionären Klassenfront sind vielen unserer Genossen in den Kopf gestiegen. Das trifft besonders für einige Publizisten und Redakteure der Parteipresse zu. Neue, „nie gekannte",

„nie geahnte“ Theorien entstehen und werden verbreitet. Vielfach entsteht die Ansicht, daß die neuen Formen und neuen Erscheinungen des Klassenkampfes in den alten Erfahrungen, in den marxistisch-leninistischen Theorien und taktischen Grundsätzen des revolutionären Klassenkampfes keinen Raum und keinen Platz haben, und daß man aus diesem Grunde ganz neue und „noch nie dagewesene“ Theorien und Grundsätze entdecken müsse. Betrachtet man sich aber die „neu entdeckten“ wundertätigen Glaubenssätze etwas genauer, so findet man leicht und ohne Schwierigkeit, daß man es mit sehr alten und guten Bekannten zu tun hat, mit den „falschen Fufzigern“ aus der ultralinken Küche. Das Wesen der ultralinken Schwankungen in der gegenwärtigen Periode liegt gerade darin, daß den nach „links“ Schwankenden die Beschlüsse, Analysen und theoretischen Richtlinien der offiziellen Parteiinstanzen nicht genügen, und daß sie glauben, besondere Leistungen in der Ueberspitzung, Uebertreibung, Ueberbietung der grundlegenden Feststellungen über die gegenwärtige Lage, der Beurteilung des Klassenfeindes usw. leisten zu müssen. „Radikaler“ zu sein als die Gesamtheit, das ist das Charakteristische aller „Linksheit“. Die einfache, schlichte Darstellung, das Bestreben, der Wirklichkeit am nächsten zu kommen, genügt nicht, man muß sich von der Wirklichkeit, der übrigen Welt abheben. Man muß aus der Masse hervorragen, man muß gesehen sein.

Das Charakteristische an dem neuen Typus der Linksheit ist es, alle Grundsätze und Praktiken aus der Vergangenheit, die uns bei ihrer rücksichtslosen Anwendung erst die Erfolge an allen Fronten brachten, in Acht und Bann zu erklären. Aber diese scheinbar „neuen“ Grundsätze erweisen sich sehr rasch als solche, die in der Vergangenheit samt ihren Trägern abgetan werden mußten, weil sie mit dem Marxismus-Leninismus nichts zu tun hatten und die revolutionäre Vorhut des Proletariats nur von Niederlage zu Niederlage führten. Selten traf die Charakteristik Lenins über den rechten und linken Doktrinarismus so treffend zu, als für die Erscheinungen der Schwankungen in der Gegenwart, mit denen wir uns noch zu beschäftigen haben. Lenin sagt hierüber:

„Man braucht aber nur einen kleinen Schritt weiter zu tun – offenbar in derselben Richtung –, und die Wahrheit verwandelt sich in einen Fehler. Man braucht nur zu sagen, wie die deutschen und englischen ‚radikalen‘ Kommunisten sagen, daß wir nur einen, den geraden Weg anerkennen, daß wir kein Lavieren, kein Paktieren, kein Kompromiß zulassen, und das wird schon ein Fehler, der fähig ist, dem Kommunismus ernsten Schaden zuzufügen, und der ihm schon ernsten Schaden zugefügt hat. Der rechte Doktrinismus hat sich in die Anerkennung nur der alten Form verrannt und hat vollständigen Bankrott erlitten, ohne den neuen Inhalt zu bemerken. Der linke Doktrinismus verrennt sich in die unbedingte Verneinung bestimmter alter Formen, ohne zu sehen, daß der neue Inhalt sich durch alle möglichen Formen den Weg bahnt, daß es unsere Pflicht als Kommunisten ist, alle Formen zu beherrschen, mit größter Schnelligkeit eine Form durch die andere zu ergänzen, eine Form durch die andere zu ersetzen, unsere Taktik jedem Wechsel anzupassen, der nicht durch unsere Klasse und nicht durch unsere Anstrengungen veranlaßt worden ist.“ [140]

3. Man muß Eier legen, ohne zu gackern

Ein weiterer charakteristischer Wesenszug der kleinbürgerlichen „Linksheit“ ist das ruhmredige Maulaufreißertum, das Kraftmeiertum bei den geringsten Fortschritten und Erfolgen. Kleinbürgerlicher Radikalismus, ultralinke Kinderkrankheit ist es, wenn die Sprache unserer Presse, wenn die Sprache der Partei in den stärksten Tönen erschallt, ohne daß die Partei die Kraft hat, diese Sprache in die Tat umzusetzen. Ist unsere Sprache stärker, als unsere Kraft ausreicht, um das Verkündete in die Tat umzusetzen, dann muß sich dieser Widerspruch gegen uns auswirken. „Man muß Eier legen, ohne zu gackern“, sagt Tschang, und Tschang hat recht. Aber wie ist es bei uns? Wir gackern noch viel, ohne Eier zu legen, und das ist ein typisch sozialdemokratisch-reformistisches Erbe in unserer Partei. Ein schlechtes Erbe, das uns vielfach an der Gewinnung des Vertrauens der Massen hindert. Wirklich bolschewistisch ist es, vieles und oft das Wichtigste zu tun, ohne ein Wort darüber zu reden. Reden, und kräftig reden, ist in vielen Fällen sehr wichtig und notwendig. Aber man kann nicht kräftig reden, wenn die Stimme ständig sich in den höchsten Schwingungen befindet. Ständig in höchsten Schwingungen reden, wird wirkungslos. Man muß auch in bestimmten Fällen schweigen können, und

das auch bei wichtigen, oft den wichtigsten Anlässen. Das Gackern, ohne Eier zu legen, das ist die besondere Tugend der „linken“ Sozialdemokraten, wie überhaupt des Zentrismus. Der Opportunismus versteckt sich hinter dem radikalen Geschrei – eine echte „linke“ Altersschwäche –, denn auch im Alter kann man an „Kinderkrankheiten“ leiden. Das war es überhaupt, was in der russischen Oktoberrevolution die Bolschewiki von den Menschewiki unterschied. Die Menschewiki waren im Schwadronieren gelegentlich viel „radikaler“ als die Bolschewiki, aber sobald sie ihren Worten die entsprechenden Taten folgen lassen sollten, da allerdings sah es anders aus. Und das war nicht nur in der russischen Revolution so. Erinnern wir uns doch nur, wie radikal und revolutionär 1918/19 die Crispien, Dittmann und Konsorten zu schwadronieren verstanden, und welch feige Kleinbürger sie waren, wenn die Arbeiter ihre Reden ernst nahmen und in die Tat umsetzten. Die Arbeiter haben aus diesen Erfahrungen gründlich gelernt. Sie haben gelernt, daß man den Leuten nicht aufs Maul sehen darf, sondern daß man auf die Fäuste sehen muß. Nicht unsere radikale oder nichtradikale Sprache macht die Musik, sondern unsere Politik, unsere Taktik, unsere Taten. Kleinbürgerlich vor allem ist es, wenn man bei einem kurzen Weg nach vorwärts nur das zurückgelegte Wegstück sieht und nicht den weiten, schweren und dornigen Weg, der vor einem liegt. Und vor allem ist es unbolschewistisch, wenn man bei den geringsten Fortschritten und Erfolgen in Ekstase gerät und nur den Fortschritt und den Erfolg sieht, und keine Augen und kein Gefühl für Niederlagen und Mißerfolge hat. Das wirklich Bolschewistische ist es gerade, daß man aus Niederlagen und Mißerfolgen die entscheidenden Lehren zieht. Gerade das ist es, was die bürgerliche Welt von der proletarischen unterscheidet, was den weltgeschichtlichen Unterschied zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Revolution ausmacht.

Ueber diese Wahrheit sagt Karl Marx:

„Bürgerliche Revolutionen, wie die des 18. Jahrhunderts, stürmen rascher von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sieh, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefaßt, die Ekstase ist der Geist jedes Tages; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht, und ein langer Katzenjammer erfaßt die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode nüchtern sich aneignen lernt. Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des 19. Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-[141]gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen:

Hic Rhodus, hic salta!
Hier ist die Rose, hier tanze!“

„Proletarische Revolutionen kritisieren sich selbst!“ Und wenn die hemmungslosen Stürmer in ihnen glauben, Großes, nie Dagewesenes in der Geschichte vollbracht zu haben, zeigt ihnen die „Tücke des Geschicks“, daß sie immer wieder von neuem von vorn beginnen müssen, längst Vollbrachtes erneut in Angriff nehmen müssen. Gerade die letzten Erscheinungen bei den Betriebsräte- und anderen Wahlen zeigen die unbeständige, schwankende, ungleichmäßige Entwicklung in unserem Vormarsch, Die Wahlen im Leuna-Werk, bei der Berliner Verkehrs-AG, die Berliner Freidenkerwahlen legen Zeugnis ab von der geschickten Manövrierfähigkeit unserer Gegner, die, im Besitz aller gesellschaftlichen und staatlichen Machtmittel, dafür zu sorgen verstehen, daß unsere Bäume nicht gradlinig und unaufhaltsam in den Himmel wachsen. Gewiß gibt es tausend und einige Entschuldigungsgründe für die genannten Niederlagen. Aber alle Entschuldigungsgründe in der Welt wiegen die Tatsache nicht auf, daß das Zurückdrängen an diesen beiden so wichtigen Betriebspositionen eine empfindliche Niederlage in unserem Vormarsch bedeutet. Eine gründliche Erforschung und Untersuchung der Fehler an diesen Frontabschnitten und die Unterlassung und Beseitigung derselben muß die Folgerung aus diesen Erscheinungen sein. Darüber hinaus zwingen uns aber auch diese Erscheinungen, unser geistiges Rüstzeug, unsere Theorie in den jüngsten Tagen, wie sie sich in der Parteipresse breit machte, zu prüfen und einer näheren Betrachtung zu unterziehen.

4. Die neueste Theorie vom Sozialfaschismus

In einer unserer letzten Untersuchungen („KI“, Heft 7, 1930, „Die Theorie vom Bonapartismus“) mußten wir uns mit den rechten Liquidatoren beschäftigen, die die faschistischen Tendenzen

innerhalb der SPD leugnen und die Kennzeichnung dieser Entwicklung innerhalb der SPD als Sozialfaschismus bestreiten. Diese rechte opportunistische Verteidigung des Reformismus hat sein Gegenstück in einer in der Partei in den letzten Wochen neuentstandenen Methode, alle Erscheinungen im politischen Leben als „Sozialfaschismus“ zu bezeichnen. Alle Begebenheiten, Lebensäußerungen, Vorgänge und Erscheinungen nicht nur in der SPD, sondern in der ganzen bürgerlichen Gesellschaft werden entweder als Sozialfaschismus bezeichnet, oder doch mindestens mit Sozialfaschismus in irgendeine, wenn auch noch so unmotivierte Verbindung gebracht. Diese Methode erhält dann ihre besondere Ergänzung in der Erfindung neuer Theorien über den Sozialfaschismus, die weit über das hinausgehen, und die übertreiben, überspitzen, was sich über diese Frage in den offiziellen Beschlüssen der Internationale und der Partei vorfindet, Die Terminologie der Partei wird gewissermaßen „verbessert“.

Diese „Fortentwicklung“ unseres theoretischen Rüstzeuges erscheint recht radikal. „Waffen für den Klassenkampf“, der den Feind vernichten soll. In Wirklichkeit aber ist es nicht allzu schwer zu erkennen, daß die Uebertreibungen und Ueberspitzungen gerade auf diesem Gebiet heil. lose Verwirrung anrichten müssen und auf nichts anderes hinauslaufen, als auf die Negation, Abstumpfung und Vernichtung aller unserer klassenmäßigen Begriffe und Feststellungen. Wir werden das später mit Kostproben aus diesen Theorien ganz klar aufweisen.

[142] Viele Genossen sehen überhaupt nichts mehr als Sozialfaschismus, selbst in Dingen, die auch nicht das geringste mit Faschismus zu tun haben. Für viele Genossen gibt es keine Sozialdemokraten und keine Sozialdemokratie mehr, sondern nur noch Sozialfaschisten und Sozialfaschismus. Arbeiter, einfache Arbeiter, die mit dem Faschismus nichts mehr au tun haben, als daß sie einmal sozialdemokratisch gewählt haben, werden als Sozialfaschisten bezeichnet. Was soll dieses Spiel? Kann das einem anderen Zwecke dienen, als die Millionen, die bei den Wahlen sozialdemokratisch gewählt haben, von uns abzustoßen statt sie zu gewinnen?

In der neuen Theorie über den Sozialfaschismus werden die Dinge so dargestellt, daß die Entwicklung der Sozialdemokratie zum Faschismus eine vollzogene Tatsache sei und daher der eigentliche nationale Faschismus keine Entwicklungsmöglichkeit mehr habe, da der Sozialfaschismus bereits dessen Stelle einnehme. Diese Darstellung der Dinge ist ebenso falsch und nicht nur falsch, sondern auch vom revolutionären Standpunkt aus dumm, wie die im Oktober 1923 von Radek gemachte Feststellung, „der Faschismus hat gesiegt!“ Wenn der Faschismus bereits gesiegt hat, wenn die sozialdemokratische Koalitionsregierung bereits die faschistische Diktatur ist, dann kann es keine Entwicklung zum Faschismus mehr geben, d. h. wir verschließen uns selbst und den Arbeitern die Augen vor der Entwicklung der Dinge, vor dem, was eigentlich erst noch kommt und worauf wir uns vorbereiten und einstellen müssen.

In der gleichen Theorie wird die These aufgestellt, daß die faschistische Diktatur in Deutschland nur von der Sozialdemokratie kommen könne, d. h. mit anderen Worten, daß die faschistische Diktatur nicht von einer Bürgerblockregierung, aber auch nicht von den Nationalfaschisten kommen könne. Das letztere wird stets besonders unterstrichen. Aus dieser Einstellung folgt dann auch logisch die Auffassung, die auch in der neuen Theorie ausgesprochen wird, daß der Kampf gegen den Faschismus in jeder Form, d. h. auch gegen den Nationalfaschismus, nur geführt werden könne und dürfe als Kampf gegen den Sozialfaschismus. Damit entstand dann auch die Losung: „Schlagt den Sozialfaschismus, damit schlagt ihr auch den Nationalfaschismus!“ Wir brauchen wohl nicht besonders zu betonen, daß diese Auffassungen und Ansichten nichts mehr mit unserer Strategie und Taktik zu tun haben, wie wir sie allezeit auf unseren Kongressen, Parteitagen und Parteiversammlungen beschlossen haben. Seit dem 3. Weltkongreß im Jahre 1921 beschäftigen wir uns mit der Frage des Faschismus, seit dem 8. oder 9. Plenum des EKKI 1927/28 beschäftigen wir uns mit der Frage des Sozialfaschismus, aber niemanden war es bisher eingefallen, beide Bewegungen, die des Faschismus und des Sozialfaschismus, auf eine Linie zu stellen und die Geburtsstätte, die Entwicklung, die soziale Herkunft beider Bewegungen außer acht zu lassen und zu vergessen. Eine solche Gleichmacherei muß unbedingt dazu führen, jeden konkreten Kampf gegen diese feindlichen Mächte unmöglich zu machen.

Als bei den Gemeinderats- und Parlamentswahlen im vorigen Sommer und Herbst sich schon bei den ersten Wahlen zeigte, daß die Nationalsozialisten stark an Boden gewannen, mußte mitten im Wahlkampf die Anweisung gegeben werden, das Feuer stärker gegen den Nationalfaschismus zu konzentrieren. In vielen Resolutionen der Partei wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Anwachsen der nationalfaschistischen Bewegung von der Partei zu spät beachtet wurde und man nicht genügend stark genug auf den Kampf gegen den Faschismus vorbereitet und eingestellt war, Wenn die neue Theorie über den Sozialfaschismus richtig ist, dann war diese Stellung und Selbstkritik der Partei falsch. Den [143] Nationalfaschismus nicht sehen wollen vor lauter Sozialfaschismus, muß zu den verhängnisvollster Fehlern, zu einer falschen, unleninistischen Parteilinie, zu einer unbolschewistischen Politik, Strategie und Taktik führen. Man muß gegen solcherlei falschen Theorien auf das schärfste Front machen.

Die Bezeichnung Sozialfaschismus kann und darf nicht anders angewendet werden, wie seiner Zeit in der Kriegszeit das Wort Sozialchauvinismus und später Sozialimperialismus (zwei Bezeichnungen, die bekanntlich von Lenin geprägt wurden) angewendet wurde. Niemanden ist es damals eingefallen, die gesamte Betätigung der Sozialdemokratie als Chauvinismus zu bezeichnen, sondern nur die Handlungen und Taten, die wirklich etwas mit Chauvinismus zu tun hatten, wurden mit Sozialchauvinismus bezeichnet. Und heute kann und darf das nicht anders sein. Verfährt man anders, dann wird unsere ganze Terminologie, unsere ganze Sprache zur leeren, inhaltlosen Sprache, die kein Arbeiter versteht, begreift und die er nicht ernst nehmen kann. Jede Ueberspitzung auf diesem Gebiet muß zur vollkommenen Abstumpfung unserer wirksamsten Kampfwaffen führen.

Die Partei ist in ihren offiziellen Bekundungen auch nie anders verfahren, als die Dinge sinngemäß so zu benennen, wie sie ihrer besonderen Kategorie nach benannt werden müssen. So heißt es z. B. in der politischen Resolution des Weddinger Parteitages unter V. „Die Rolle des Reformismus“, Punkt 18:

„Die Verschmelzung des Reformismus mit der bürgerlichen Staatsgewalt findet ihren höchsten Ausdruck in der Politik des Sozialimperialismus (Wehrprogramm der SPD, das sich unter dem Deckmantel der „Neutralität“, der „Landesverteidigung“ und des „Grenzschutzes“, der „Demokratisierung und Republikanisierung der Reichswehr“, der Verhinderung von Kriegen durch Schiedssprüche des Völkerbundes bedingungslos zur bürgerlich-kapitalistischen Wehrmacht und zum Interventionskrieg gegen die Sowjetunion bekennt) und des Sozialfaschismus (Anwendung faschistischer Terrormethoden gegen das revolutionäre Proletariat, gewaltsame Verhinderung von Streiks mit Hilfe von Polizei und des Unternehmertums (Rollkommandos und Mordriegen des Reichsbanners, Berliner Mai-Blutbad, Verbotsmaßnahmen der Polizei und der Klassenjustiz).“

Hier wird also genau unterschieden zwischen Sozialimperialismus und Sozialfaschismus als zwei Kategorien nach ihrem jeweiligen Inhalt. Verläßt man diese Basis, wie dies in der letzten Zeit in der Presse geschehen ist, dann heißt das: „Vernunft wird Unsinn“.

Es ist natürlich sehr gut und vorteilhaft über das Wesen, über den Charakter und über die Besonderheiten der faschistischen Tendenzen und der Entwicklung innerhalb der SPD konkrete und anschauliche Analysen und eine treffende Terminologie zu besitzen. Aber solange wir eine bolschewistische Partei sind und bleiben wollen, müssen wir derartige Untersuchungen und Theorien an eine unerläßliche Voraussetzung knüpfen: sie müssen den marxistisch-leninistischen Grundsätzen der Forschung und Untersuchung entsprechen und sie müssen einer wirklich bolschewistischen Politik und Taktik bis zum letzten zweckdienlich angepaßt sein, sie müssen, mit einem Wort, mit den marxistisch-leninistischen Methoden der Forschung gewonnen und festgelegt sein.

Aber in einer ganzen Reihe von Artikeln, Notizen, Aufrufen und sonstigen Auslassungen in der Parteipresse wird gerade dieser Grundsatz mißachtet. Geben wir gleich eine Probe. In einem Artikel „Wir und die sozialdemokratischen Arbeiter“, der in den letzten Tagen durch die Parteipresse ging, lesen wir:

[144] „Es ist klar, daß es mit diesen Leuten (Sozialfaschisten) keine Einheit geben kann, Es ist klar, daß unsere Auseinandersetzung mit dem Sozialfaschismus, sowie die mit der Bourgeoisie, deren treuester Knecht er ist, nicht an irgendeinem Verhandlungstische, sondern nur auf den Schlachtfeldern der Entscheidungskämpfe und

vor den Revolutionstribunalen der deutschen Räterepublik enden kann. Und das gilt natürlich vom kleinen sozialfaschistischen Betriebsrat, der in seinem Betrieb dem Unternehmer kommunistische Arbeiter denunziert, um zur Belohnung Meister zu werden, ganz genau so wie seine großen Brüder Severing, Zörgiebel usw.“

Wie einfach doch die Welt im Hirn so mancher Genossen aussieht. Die sozialdemokratischen Minister, Polizeipräsidenten, Bankdirektoren, Kommunalbeamten, Gewerkschaftsbonzen, Vorarbeiter, Meister und freigestellten Betriebsräte in der Industrie usw., alles ist hier eine einheitliche homogene soziale Schicht. Sollte unser „Erforscher des Sozialfaschismus“ nie etwas davon gehört haben, daß Betriebe stillgelegt und ganze Belegschaften in den Fabriken liquidiert werden, daß Vorarbeiter, Meister, Betriebsräte usw. in die üble Verlegenheit kommen können, sich auf den Stempelstellen der Arbeitsnachweise betätigen zu müssen? Glaubt unser „Theoretiker“, daß Minister und Polizeipräsidenten in dieselbe Verlegenheit kommen könnten? Die Annahme unseres „Erforschers des Sozialfaschismus“ hat nur Sinn und Realität, wenn die Liquidatoren recht hätten, nämlich wenn die kapitalistische Stabilisierung eine feste und dauerhafte wäre. Aber gerade unsere Auffassung über die gegenwärtige Lage und die gesellschaftlichen klassenmäßigen Zustände der Gegenwart geht von der Voraussetzung aus, daß sich gewaltige Verschiebungen und Veränderungen in der ganzen sozialen Struktur gerade in der gegenwärtigen Periode vollziehen und daß auch hiervon die einzelnen politischen Parteien und ganz besonders die Sozialdemokratie nicht unberührt bleiben. Geht man von dieser Voraussetzung aus, dann zeigt sich die ganze Hilflosigkeit und Banalität, mit der der Standpunkt vorstehender Ansicht an das Programm der Bekämpfung des Sozialfaschismus herangeht. Nachdem sich unser Theoretiker dieses starre, unveränderliche Weltbild über den Sozialfaschismus geschaffen hat, weiß er in seiner Hilflosigkeit keinen anderen Ausweg, als er hier drastisch zum Ausdruck kommt: „Es ist klar, daß es mit diesen Leuten keine Einheit geben kann, es ist klar, daß unsere Auseinandersetzung mit dem Sozialfaschismus, sowie die mit der Bourgeoisie, deren treuester Knecht er ist, nicht an einem Verhandlungstische, sondern nur auf den Schlachtfeldern der Entscheidungskämpfe und vor dem Revolutionstribunal der deutschen Republik enden kann.“

Also Zukunftsmusik statt der Aufgabe, die die Komintern für den heutigen Tag stellt, statt der unmittelbaren Eroberung der Mehrheit des Proletariats. Bei den letzten Reichstagswahlen erhielt die SPD 9 Millionen Stimmen, wir selbst 3½ Millionen. Es gibt in Deutschland, mit Einrechnung der Erwerbslosen rund 17 Millionen versicherungspflichtiger Arbeiter, und rechnen wir hier ¼ bis ⅓ unter 21 Jahre alter Arbeiter ab, so ist also zu erraten, wo noch bis zum Jahre 1928 die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse stand. Die Sozialdemokratie selbst gibt an, eine Million Mitglieder zu haben. Mögen von diesen auch 300.000 in unmittelbaren Funktionen, amtlichen, staatlichen, Gewerkschafts- und Parteifunktionen sein, wie das wahrscheinlich richtig errechnet ist, so blieben immerhin noch rund 700.000 und bei den 9 Millionen von Wählern mindestens 8 Millionen, die nicht in die Kategorie gerechnet werden können, wie sie unser „Theoretiker“ analysiert. Und mit allen diesen Millionen gibt es nur die „Entscheidungsschlacht“ und das Revolutionstribunal! Eine nette marxistisch-leninistische Perspektive. Das ist denn doch zu viel der Kraftmeierei und ein Vertagen der gegenwärtigen Aufgaben auf das vom Himmel fallende große Ereignis, des Entscheidungskampfes. Wir glauben, daß es zweckdienlich ist, hier unsere grundsätzliche Stellungnahme in [145] Erinnerung zu rufen. wie sie auf unseren letzten Parteitagen festgelegt wurde. Auf dem Essener Parteitag wurde eine ausführliche Analyse über las Wesen und auf die faschistische Entwicklung innerhalb der SPD gegeben. Der Parteitag zeigte in der politischen Resolution in den Ziffern 20, 21 und 22 die klare Stellungnahme zur Sozialdemokratie auf. Unter Punkt 20 wurde die Rolle der rechten Sozialdemokratie dargestellt, unter Punkt 21 die Rolle der „linken“ SPD, und der Punkt 22, der sich auf die sozialdemokratischen Arbeiter bezog, lautete folgendermaßen:

„*Die Rolle der Sozialdemokratie*.

22. Aus dem Bankrott der sozialdemokratischen Koalitionspolitik und aus der Verschärfung des Klassenkampfes entsteht innerhalb der SPD eine dritte Strömung, die revolutionäre, proletarische Opposition. Durch einfache untere Funktionäre vertreten, hat sich diese Richtung von vielen zentristischen Illusionen befreit. Sie setzt sich für den revolutionären Klassenkampf, für das Bündnis mit der Sowjetunion und für die Einheitsfront mit den Kommunisten ein. Die Ansätze dieser zunächst noch unklaren, unorganisierten proletarischen Opposition zeigen sich fast in allen Teilen des Reiches, besonders in den zentristischen Bezirken Sachsen, Thüringen,

Frankfurt, aber auch in den Mehrheitsorganisationen wie Berlin, Breslau, Hamburg, Ruhrgebiet. Die revolutionäre Opposition äußert sich u. a. in Mißtrauenskundgebungen gegen die Parteileitung, Protesten gegen die reformistische Politik, Boykott der Werbetätigkeit, Teilnahme an Bewegungen und Organisationen für die Einheitsfront, Versuchen der Fraktionsbildung (zum ersten Male in größerem Umfange auf dem KdW). Die sozialdemokratischen Führer versuchen vergeblich, diese wachsende revolutionäre Opposition durch Ausschlüsse und Mundtotmachung zu unterdrücken. Die Aufgabe der Kommunisten besteht darin, diese Arbeitermassen auf die Seite und in die Reihen der KPD. hinüberzuziehen. Das wichtigste Mittel dazu ist die aktivste Anwendung der Einheitsfronttaktik auf alle Kampffragen im örtlichen und bezirklichen Maßstabe. Die Partei muß nach dem Beispiel der erfolgreichen Bewegung für den Volksentscheid und für den Werktätigenkongreß ähnliche Kampagnen im Reichsmaßstabe bei entscheidenden Anlässen durchführen, um die sozialdemokratischen Arbeiter zu gewinnen."

Das, was hier geschildert wird, ist nicht ein einmaliger Vorgang, wie er zur Zeit des Essener Parteitages zu verzeichnen war, sondern es ist ein immerwährender Prozeß. Gerade die jüngste Zeit zeigte uns Dutzende von Beispielen des fortgesetzten Zersetzungsprozesses in den Reihen der SPD, des Ausscheidens ganzer Teile aus ihr, des Hineinwachsens neuer Schichten, die noch nicht bis zur proletarischen Vorhut herangereift sind, die der SPD zeitweise eine zahlenmäßige Verstärkung bringen, aber zu gleicher Zeit sehen wir enttäuschte Schichten und rebellierende Teile aus ihr ausscheiden. Wir erinnern nur an die Tatsache des Austritts ganzer Ortsgruppen im Bezirk Danzig, an die starke Opposition während der Panzerkreuzeraffäre, die Rebellion gegen die Mai-Strategie im vorigen Jahre und die proletarischen Oppositionen, die immer wieder, bis auf den heutigen Tag, in der SPD neu entstehen, zurückfluten, um wieder von neuem anzusteigen.

Vielleicht wird eingewendet, daß die Beschlüsse des Essener Parteitages nicht mehr zutreffend seien, daß sie bereits so weit zurückliegen, daß sie bei der fortgeschrittenen Entwicklung der Dinge heute ihre Anwendbarkeit verloren hätten. Gehen wir aus diesem Grunde zum Weddinger Parteitag und sehen zu, wie dieser die Frage stellt. In der politischen Resolution des Weddinger Parteitages heißt es:

„*Die taktische Wendung der KPD*

Die taktische Wendung der KPD. bedeutet die Anwendung neuer Formen der revolutionären Massenmobilisierung, neuer Formen der proletarischen Einheitsfront von unten, neuer Kampfformen gegen die Bourgeoisie und den Reformismus. In den Wirtschaftskämpfen, den Betriebsrätewahlen, in der [146] Erwerbslosenbewegung, in den Maikämpfen, im Kampf gegen die Kriegsgefahr, gegen den Faschismus, gegen die polizeilichen Verbots- und Unterdrückungsmaßnahmen wurden und werden diese neuen Kampfmaßnahmen zum ersten Male in der Praxis verwirklicht, erprobt und durch die Schöpferkraft der Massen aufgegriffen und fortgebildet ... Weit entfernt, die Partei von den Massen zu isolieren (wie die liquidatorisch-versöhnlerischen Opportunisten verleumderisch behaupten), erfüllt diese Taktik vielmehr die Leninsche Voraussetzung des Kampfes um die Macht: die Eroberung der Mehrheit des Proletariats in den entscheidenden Zentren, ohne die ein Sieg der Revolution unmöglich ist ... Diese Politik bedeutet nicht eine Einschränkung der bolschewistischen Einheitsfronttaktik, sondern die Verlegung ihres Schwergewichts nach unten, in die Betriebe, die Ausdehnung der proletarischen Einheitsfront bis weit über den Rahmen der freigewerkschaftlichen und sozialdemokratisch organisierten Arbeiter hinaus, auf die Mehrheit des gesamten Proletariats."

Einheitsfront „weit über den Rahmen der freigewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierten Arbeiter hinaus". Also Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern ist hier ausdrücklich vorgeschrieben. Das klingt ganz anders, als die neue Theorie, die keine Einheit mit den sozialdemokratischen Arbeitern anerkennt und die „Auseinandersetzung" mit diesen Arbeitern auf die Entscheidungskämpfe vertagt sind auf das kommende Revolutionstribunal.

Im Abschnitt 5 „Die Rolle des Reformismus heißt es unter Punkt 21:

„In dem Maße, wie die sozialdemokratischen Führer sich durch ihre Regierungspolitik kompromittieren, wie die Verschärfung des Klassenkampfes die Arbeitermassen gegen den bürgerlichen Staat aufrüttelt, wie die revolutionäre Politik der KPD, die die Arbeiterklasse in den Kampf führt, die Sozialdemokratie entlarvt, angreift und durchs die selbständige Führung von Massenaktionen in die Enge treibt, verringert sich die Manövrierfähigkeit der Reformisten. In der gegenwärtigen Situation entwickelt sich eine starke, breite Rebellion der proletarischen Mitgliedschaft der Sozialdemokratie gegen den verbrecherischen Kurs ihrer Führer, gegen die

Koalitionspolitik, gegen die Kriegstreiberei, gegen die Wehr- und Rüstungspolitik, gegen die Streikabwürgung, gegen die Aushungerung der Erwerbslosen und den reformistischen Spaltungskurs in allen Massenorganisationen. Diese Meuterei der sozialdemokratischen Mitgliedermassen gegen die sozialimperialistische Politik ihrer Partei hat während der Panzerkreuzerkampagne begonnen, ist nach einer kurzen Unterbrechung während des Ruhrkampfes wieder aufgelebt, hat sich nach der Aufstellung des Wehrprogramms außerordentlich verstärkt und wird nach den provokatorischen Beschlüssen von Magdeburg unvermeidlich noch schärfere, radikalere Formen annehmen. Die Bedeutung dieser Abkehr breiter Arbeitermassen von Sozialimperialismus überschreitet schon jetzt den Rahmen einer innerparteilichen Auseinandersetzung im reformistischen Lager. Sie ist ein wichtiges Anzeichen dafür, daß die proletarischen Elemente in der SPD die Nähe des drohenden imperialistischen Krieges empfinden und die ersten, allerdings noch vollkommen unzulänglichen Schritte tun, um auf die Seite der proletarischen Revolution überzugehen. Von der entschlossenen Initiative, von der Fortsetzung des rücksichtslosen Angriffs der Kommunisten auf die Sozialdemokratie hängt es ab, in welchem Maße diese Rebellion der proletarischen Mitgliedschaft bis zum organisatorischen Zerfall der Sozialdemokratie, bis zum Bruch der Arbeiter und ihrer verräterischen Partei, bis zu ihren Austritt aus der SPD und zu ihrem Uebertritt in die KPD gesteigert wird."

Das ist also genau, aber auch haargenau die gleiche Stellungnahme, wie auf dem Essener Parteitag. Was aber lehrt die neueste Theorie über den Sozialfaschismus? „Die kleinen Zörgiebels sind genau so schlimm wie die großen", „Arbeiter, die heute noch bei der SPD sind, sind verfault, mit denen gibt es kein Verhandeln, keine Einheit, mit denen setzen wir uns nur in den Entscheidungskämpfen auseinander [147] und vor dem Revolutionstribunal" und wie die radikal sein sollenden Phrasen sonst noch lauten.

Unter Punkt 35 der Weddinger Resolution heißt es, in bezug auf die Mitgliedschaft der SPD:

„35. Eroberung der Arbeitermassen, Eroberung der Betriebe. Die Partei muß den Prozeß der Radikalisierung der Arbeiterschaft tatkräftig fördern und alle proletarisch-revolutionären Tendenzen in der Mitgliedschaft der SPI) und des Reichsbanners unterstützen, um den Bruch der Arbeiter mit den reformistischen Führern, ihren Austritt aus den feindlichen Organisationen und ihren Eintritt in die Kommunistische Partei zu beschleunigen."

Bei allen diesem Beschlüssen hat die Partei richtig das Klassenmäßige gesehen, das Herauskristallisieren ganzer Gruppen und klassenmäßig zum Proletariat gehörende Schichten innerhalb der SPD. An Stelle dieser richtigen Betrachtungsweise trat in der letztem Zeit immer mehr die individualistische Beurteilung einzelner Opponenten innerhalb der sozialdemokratischem Partei bei den Betrachtungen einzelner unserer Genossen auf die Tagesordnung.

5. Die Kur des Doktor Eisenbart

Ein Musterbeispiel von „Linksheit" ist die Behandlung eines scheinbar ganz nebensächlichen und untergeordneten Vorganges. Aber gerade dieser Fall zeigt die ganz katastrophal falsche Linie, die sich in der Partei einnisten konnte. Im Februar dieses Jahres wendete sich ein sozialdemokratischer Betriebsrat an unsere Parteipresse, um seiner oppositionellen Stellung gegen die arbeiterfeindliche Politik seiner Partei Ausdruck zu geben. Anstatt mit dieser Stimme Mißtrauen und Opposition in die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter zu tragen und die Beschlüsse des Weddinger Parteitages durchzuführen, diese Arbeiterschichten zu uns herüberzuziehen, benutzt die Parteipresse diese Stimme, um dem sozialdemokratischen Funktionär – bildlich gesprochen – eins mit dem Holzhammer vor der Dötz zu geben. Der sozialdemokratische Funktionär hatte lange mit sich gerungen, es dämmerte ihm allmählich, daß er einen falschen Sache dient. Er beginnt zu erwachen und es leuchtet ihm allmählich ein, daß seine Parteiführer nicht Politik für die Arbeiter, sondern gegen die Arbeiter machen. Er bringt seine Klagen und Anklagen zu Papier. Er weiß, seine Parteizeitung nimmt das nicht auf. Er wendet sich vertrauensselig an unsere Parteipresse in der Annahme, daß dort Leute sitzen, die ihn, den einfachen Arbeiter, verstehen und begreifen werden, denn „eigentlich ist das, was er denkt, ja genau dasselbe was die kommunistischen Zeitungen immer schreiben".

Jetzt aber passiert das Unglaubliche: auf dem Stuhl in unserem Redaktionszimmer sitzt kein Bolschewik, sondern ein Doktor Eisenbart, der „die Leute nach seiner Art kuriert". Was tut unser Doktor

Eisenbart? Er spannt den verdutzten sozialdemokratischen Funktionär bei lebendigem Leibe auf den Seziertisch, trennt ihm ein Glied nach dem anderen vom Leibe, beschnuppert es von allen Seiten mit der Nase – und unser Doktor Eisenbart hat eine gute Nase, eine feine Nase –, ob der Kerl nicht schon durch und durch verfault ist. Da unser Doktor Eisenbart an dem so zerfetzten Leib des Proleten „keine besonderen Merkmale" finden kann, betrachtet er sich nochmals dessen Ausweispapiere und da entdeckt er zu seinem Schrecken, daß der Kerl mit dem Einsenden des Artikels nicht auch zugleich sein Mitgliedsbuch von der SPD abgeliefert hat. Fix setzt sich unser Doktor Eisenbart hin und schreibt als Krankenbefund nieder: „Bis auf Mark und Knochen hoffnungslos verfault." Und [148] so steht es am nächsten Tage unter der herrlichen Ueberschrift „Klare Fronten unten wie oben!" in der kommunistischen Zeitung. Ob unser Doktor Eisenbart gar nicht gemerkt hat, daß jemand auf den gotteslästerliehen Gedanken kommen könnte, daß sich das von ihm ausgestellte Krankenattest gar nicht auf den vermeintlichen Kranken, sondern auf ihn, unsern Doktor Eisenbart selbst, beziehen könnte?

Was nicht im Almanach des Doktor Eisenbart steht, das ist erstens, daß es uns gar nicht darauf ankommt, daß dieser sozialdemokratische Funktionär sofort zu uns übertritt, sondern gerade im Gegenteil, daß wir mit ihm Verbindung halten und danach streben, daß er noch mehr sozialdemokratische Arbeiter von seiner neugewonnenen Erkenntnis überzeuge, zweitens, daß es ein Unterschied ist, ob ein sozialdemokratischer Arbeiter zu sozialdemokratischen Arbeitern spricht oder ein Kommunist, drittens, und das ist die Hauptsache und das, was einen kommunistischen Redakteur besonders angeht: er hatte mit der Zuschrift des sozialdemokratischen Arbeiters die breiteste Massenagitation unter sozialdemokratischen Arbeitern zu treiben. Hätte er seinen Hirnkasten angestrengt, wie und auf welche Art er mit der betreffenden Zuschrift aus möglichst viel sozialdemokratische Arbeiter herankommt, dann hätte er seine bolschewistische Pflicht erfüllt. Wollte er darüber hinaus dem einzelnen Menschen, denn sozialdemokratischen Funktionär helfen, den Weg zu uns zu finden, so wäre das weiter löblich, aber nicht absolut notwendig gewesen. Aber einen Menschen, der eben erst die ersten Schritte zu uns zu gehen beginnt, als „verfaultes Element" zu bewillkommnen, dazu gehört schon etwas mehr als die landesübliche und von der Polizei gestattete Dummheit eines Parteibürokraten.

Zitieren wir nur eine Stelle aus dem Artikel: „Klare Fronten unten wie oben", um unseren ehrwürdigen sind „volkstümlichen" Doktor Eisenhart an der Arbeit zu sehen.

„Der kleine Funktionär ist wichtiger, ja, der wichtigste Teil des sozialdemokratischen Apparates, der zu einem wesentlichen Bestandteil des sozialfaschistischen Staatsapparates geworden ist. Er schimpft, er hält aber gerade mit diesem Geschimpfe den ganzen Laden zusammen ...

... Unser Trommelfeuer auf die großes Zörgiebels hat darum nur dann Erfolg, wenn es gleichzeitig mit einem Sturmangriff auf die verbürgerlichten unteren Funktionäre verbunden wird. Wir müssen die proletarischen Reihen in Betrieb und Gewerkschaft und in den übrigen Massenorganisationen mit aller Rücksichtslosigkeit von allen verfaulten Elementen säubern. Wer noch zur SPD gehört, ist verfault und muß fliegen – und wenn er noch so radikal tut. Der vorhandene Wille der Arbeitermassen zum Kampf gegen Trustdiktatur und Young-Plan, Hungerkurs und Kriegsgefahr wird erst dann wirklich zu der unüberwindlichen revolutionären Kraft, wenn an Stelle dieser unteren Funktionäre zu jedem Opfer bereite revolutionäre Arbeiter sich als die organisierenden und führenden Kräfte der Revolution unermüdlich betätigen."

Da haben wir den Senf! Wer das sozialdemokratische Mitgliedsbuch in der Tasche hat, oder wer auch nur einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgegeben hat, ist ein Schuft, ein Verräter an der Arbeiterklasse, mit dem es kein Paktieren und Verhandeln gibt. Diese Denkweise, so falsch sie ist, ist aber noch verständlich.

Was soll man aber aus folgendem machen?

„Wir müssen die proletarischen Reihen in Betrieb und Gewerkschaft und in den übrigen Massenorganisationen mit aller Rücksichtslosigkeit von allen verfaulten Elementen säubern. Wer noch zur SPD gehört, ist verfault und muß fliegen ..."

[149] Was soll diese Großsprecherei? Wo, in welchen Regionen lebt denn dieser Herkules, der die Betriebe und die Gewerkschaften von den verfaulten Elementen der Sozialfaschisten säubert? Sollte

unser Kraftmeier noch nie etwas davon gehört haben, daß die Wirklichkeit gerade umgekehrt aussieht – nämlich, daß die Betriebe und Gewerkschaften gerade jetzt von unseren Genossen gereinigt werden? Wir sind der bescheidenen Meinung, daß es unserer revolutionären Bewegung förderlicher und zweckdienlicher wäre, wenn unser Held sich besser sein Gehirn darüber anstrengen, wie die zweifellos erfolgreiche Offensive der Unternehmer in der Reinigung der Betriebe und die Offensive der sozialfaschistische Bürokratie in der Reinigung der Gewerkschaften von Kommunisten pariert werden kann, als diese sinnlose Aufforderung zur Reinigung an den Klassengegner zu richten, denn wir sind doch nicht Subjekt, sondern Objekt der gegenwärtigen Reinigungsaktionen. „Wer noch zur SPD gehört, ist verfault und muß fliegen." Welch dumme, gedankenlose Bramarbasiererei. Unser Held, der mit dem Maule „fliegen" läßt, fordert von jedem Arbeiter, daß er hundertprozentiger Kommunist sei, ohne zu merken, wie weit er selbst davon entfernt ist, ein solcher zu sein. Er hat wahrscheinlich nie bei Lenin gelesen:

„... Die proletarische Avantgarde ist geistig erobert, das ist die Hauptsache. Ohne das kann man auch nicht den ersten Schritt zum Siege machen. Aber von da bis zum Siege ist es noch ziemlich weit. Mit der Avantgarde allein kann man nicht siegen. Die Avantgarde allein in den entscheidenden Kampf werfen, bevor die ganze Klasse, bevor die breiten Massen die Stellung entweder der direkten Unterstützung der Avantgarde, oder wenigstens der wohlwollenden Neutralität in bezug auf dieselbe und der vollen Unfähigkeit, ihren Gegner zu unterstützen, bezogen haben – das wäre nicht nur eine Dummheit, sondern auch ein Verbrechen. Damit aber wirklich die ganze Klasse, wirklich die breiten Massen der Werktätigen und vom Kapital Geknechteten zu dieser Stellung gelangen, dazu ist Propaganda und Agitation allein zu wenig. Dazu gehört die eigene politische Erfahrung dieser Massen. Das ist das grundlegende Gesetz aller großen Revolutionen, das jetzt mit überraschender Kraft und Anschaulichkeit nicht nur von Rußland, sondern auch von Deutschland bestätigt ist. Nicht nur die auf niedriger Kulturstufe stehenden, oft des Lesens und Schreibens unkundigen Massen Rußlands, sondern auch die durchweg des Lesens und Schreibens kundigen Massen Deutschlands mit ihrer hohen Kultur mußten an ihrer eigenen Haut die ganzen Schwächen, die ganze Charakterlosigkeit, die ganze Hilflosigkeit, die ganze Lakaienhaftigkeit, die ganze Gemeinheit der Regierung der Ritter der II. Internationale, die ganze Unvermeidlichkeit der Diktatur der äußersten Reaktionäre (Kornilow in Rußland, Kapp und Co in Deutschland) als eine Alternative in bezug auf die Diktatur des Proletariats erfahren, um sich entschieden dem Kommunismus zuzuwenden."

Es ist höchste Zeit, daß mit den Doktor-Eisenbart-Kuren in der Partei endgültig Schluß gemacht wird und auch die Publizisten und Redakteure der Partei die Methoden und Taktik anwenden, die von der Partei beschlossen sind.

6. Die „linke" Kinderkrankheit bei den Betriebsrätewahlen

Am deutlichsten sind die Linksentgleisungen bei den Betriebsrätewahlen zum Durchbruch gekommen. Dies trotz der vom Zentralkomitee gefaßten klaren und einwandfreien Beschlüsse. Unsere Publizisten kümmerten sich bei der Pressekampagne zu den Wahlen nicht im geringsten mm diese Beschlüsse, um so mehr veranstalteten sie geradezu einen „sozialistischen Wettbewerb" in der Linksheit.

Die „Richtlinien zur Betriebsrätewahl" besagen:

„Die Aufstellung der Kandidatenlisten durchs die Arbeitermassen muß ein gewaltiger Schritt sein in der Errichtung der revolutionären Kampfesfront der [150] organisierten und unorganisierten Arbeiter, der Proletarier und Proletarierinnen aller Schichten der klassenbewußte Arbeiterschaft. Eine erfolgreiche Durchführung der Wahl ist nur möglich bei weitgehendster Heranziehung neuer Arbeiterschichten zu den Funktionären der revolutionären Gewerkschaftsbewegung und bei einer umfassenden Mobilisierung der Betriebsbelegschaften zum Schutze der revolutionären Betriebsrätekandidaten vor den Unterdrückungsmaßnahmen der Unternehmer und der sozialfaschistischen Bürokratie. Entschlossenste Kampfessolidarität mit den Funktionären der revolutionären Gewerkschaftsbewegung."

„Zur Vorbereitung der Betriebsrätewahlen müssen in allen Betrieben Wahlausschüsse unter Hinzuziehung derjenigen Parteiloses, sozialdemokratischen und christlichen Betriebsarbeiter gewählt werden, die bereit sind, auf dem Boden der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu kämpfen. Diese Wahlausschüsse, die eine besonders wichtige Bedeutung für die erfolgreiche Durchführung der Wahlen haben, müssen zugleich eine leitende Rolle bei der Organisierung des Kampfes gegen Teuerung und für bessere Lebensbedingungen übernehmen."

Sehen wir nun zu, wie diese Bestimmungen über Aufstellung der Kandidaten in der Parteipresse „popularisiert“ wurden. In einem Artikel „Vor den Betriebsrätewahlen 1930“ heißt es:

„Wer nicht den Kampf gegen die Sozialfaschisten führt, wer mit ihnen gemeinsam auf einer Liste kandidiert, unterstützt den Raubzug der Bourgeoisie gegen die Arbeiter und stellt sich außerhalb der revolutionären Front.“

In einem Artikel „Erobert die Festungen des Kapitalismus“ heißt es:

„In jedem Betrieb eine revolutionäre Liste! Das ist die erste und wichtigste Forderung. Diese Liste muß von der gesamten Belegschaft, von den organisierten und unorganisierten Kollegen, Männer und Frauen, Erwachsenen und Jugendlichen aufgestellt werden.

Die revolutionären Kandidaten können nicht auf einer Liste mit den Sozialfaschisten kandidieren. Warum ist das unmöglich? Weil die Betriebsrätewahl eine politische Frage ist. Bei den Betriebsrätewahlen kämpfen zwei Programme miteinander, das Programm des revolutionären Klassenkampfes gegen das des Klassenfriedens ...“

Der oder die Artikelschreiber in diesen beiden Fällen begehen hier – ob bewußt oder unbewußt, sei dahingestellt, die Häufung dieser Redewendungen läßt eher auf eine beabsichtigte Methode schließen – eine kleine Gaunerei. Im Bewußtsein der klaren Anweisung des ZK, stellen sie nicht die Frage, wie sie im Zusammenhang mit den Oppositionslisten gestellt werden muß: ob auf die Oppositionslisten auch sozialdemokratische Arbeiter aufgestellt werden können, sondern sie dekretieren, daß revolutionäre Kandidaten, d. h. Kommunisten und Sozialdemokraten nicht auf eine gemeinsame Liste dürfen, was im schärfsten Widerspruch zu den Beschlüssen des ZK steht. Zu feige, offen gegen die Beschlüsse des ZK anzukämpfen, „begnügt“ man sich damit, mit retuschierter Fragestellung, die aber keine Zweifel zuläßt, was damit gemeint ist, den vermeintlichen Fehler des ZK zu „korrigieren“.

Eine weitere Linksheit zeigt sich bei der Beurteilung der Betriebsrätewahlen überhaupt. In dem eben genannten Artikel heißt es:

„Betriebsrätewahlen sind für die Arbeiterschaft wichtiges als Reichstagswahlen. Der Reichstag dient für uns, für die klassenbewußte Arbeiterschaft als Tribüne, von der wir unsere Auffassung propagieren. Die Betriebsräte sind Organe, die die Aktionen der Arbeiterschaft zu organisieren berufen sind.“

Es ist natürlich eine – sagen wir gelinde – Uebertreibung der Dinge, wenn man die Betriebsrätewahlen als wichtiger wie die Reichstagswahlen bezeichnet. Allein schon die Tatsache, daß bei den Betriebsrätewahlen höchstens 9 bis 10 Millionen, bei den Reichstagswahlen dagegen 30 Millio-[151]nen in Aktion treten, ohne dabei die politische Bedeutung der Dinge zu erwähnen, sollte solche Ueberspitzungen vermeiden lassen. Gewiß wird es Situationen geben, in denen die Betriebsrätewahlen eine größere Rolle spielen als die Parlamentswahlen, aber das ist unmöglich von der heutigen Situation zu behaupten. Warum solche Uebertreibungen? Um eine stärkere Mobilisierung der Massen zu erzielen? Mit Uebertreibungen, die über die Köpfe der Arbeiter hinweggehen, erreicht man das nicht. Aber schließlich brauchte man diese Uebertreibung, um zu folgender „linken“ Schlußfolgerung zu kommen:

„... Gemeinsame Listen mit den Sozialdemokraten bei den Betriebsrätewahlen sind deshalb genau so unmöglich, wie gemeinsame Listen von Sozialdemokraten und Kommunisten zum Reichstag ...“

Das stellt alle unsere bisherigen Grundsätze über Parlaments- und Betriebsrätewahlen auf den Kopf. Jedermann weiß, bei Parlamentswahlen werden reine Parteilisten aufgestellt und im Gegensatz hierzu bei Betriebsrätewahlen Einheitslisten von Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Hirsch-Dunckerianern, Parteilose. Sind denn die Artikelschreiber unserer Parteipresse solche Ignoranten, daß sie die einfachsten Vorgänge und Dinge im Arbeiter- und Parteileben nicht zu unterscheiden verstehen?

Um nun all diesem Unsinn und dieser Sabotage der Parteibeschlüsse eine „historische“ Rechtfertigung zu geben, sagt der betreffende Artikel:

„In den bewegtesten Monaten des Sommers und Herbstes 1917 in Rußland standen die Betriebsräte geschlossen hinter der bolschewistischen Partei. Die Gewerkschaftsspitzen befanden sich auch dort in den Händen der Reformisten. Die Betriebsrätebewegung aber war revolutionär.“

Hier werden die heutigen deutschen Betriebsräte mit den Arbeiter- und Soldatenräten in der russischen Revolution auf eine Stufe gestellt und obendrein eine Geschichtsfälschung begangen, daß die Sowjets bereits am Anfang der Kerenski-Periode auf seiten der Bolschewiki gestanden hätten. Warum diese Geschichtsfälschung? Um nicht sagen zu müssen, daß die Massen, die hinter den Sowjets standen und damit die Sowjets selbst, erst im Verlaufe der Revolution auf die Seite der Bolschewiki gezogen werden mußten. Das ist es, was so gar nicht in den ultralinken „Laden" paßt, denn man könnte ja auf den Einfall kommen, daß das auch bei den sozialdemokratischen Betriebsräten und Arbeitern von heute versucht werden müßte.

7. Höher und höher!

Nachdem man die anfänglich vom ZK richtig bezogene Linie entsprechend „verbessert" hatte, gab es im Linkskurs keine Grenzen mehr. Es setzt nun ein richtiger Wettbewerb in der Steigerung von linken Losungen und Parole ein. Der erste Redakteur begann:

„Verjagt die Sozialfaschisten aus den Funktionen in Betrieb und Gewerkschaften."

Dem nächsten, der diese richtige Losung liest und sich im Besitze des Kommandeurpostens in der Partei befindet, ist das nicht radikal genug und er schreibt:

„Verjagt die kleinen Zörgiebels aus Betrieb und Gewerkschaft!" Hat hie erste Losung „Verjagt die Sozialfaschisten aus den Funktionen!" noch Sinn als Wahlparole, so wird die zweite Losung direkt zum höheren Unsinn – zur vollendeten Dummheit.

Aber auch die vollendete Dummheit genügt noch nicht. So finden wir, nachdem man sich in der Parteipresse so ausgetobt hat, in der „Jungen Garde" endlich die Losung:

[152] „Vertreibt die Sozialfaschisten aus den Betrieben, aus den Arbeitsnachweisen, aus den Berufsschulen!"

Es ist nicht zu ersehen, warum man bei den Berufsschulen aufhören soll, und so liest man endlich in der „Trommel": „Schlagt die kleinsten Zörgiebel aus den Schulen und Spielplätzen!"

Höher gehts nimmer!

Aber es handelt sich nicht nur um Losungen und Parole, sondern diese finden ihre würdige Erläuterung. In einem Artikel „Betriebsrätewahlen", der durch eine Reihe Parteizeitungen ging, heißt es:

„Man muß beweisen, daß die sozialfaschistischen Betriebsräte und Funktionäre im Betrieb die Statthalter der blutbefleckten Noske-Severing-Zörgiebel-Politik sind. Es ist notwendig. daß wir ihre Aeußerungen in den Betriebsratssitzungen, Abteilungs-, Betriebsversammlungen oder Parteiversammlungen festnageln, die sich auf politische Fragen wie 1. Mai, Koalitionspolitik, Teuerung, Young-Plan, Regierungspolitik, Zollfragen, Politik der SPD usw. beziehen. Diese Tatsachen werden beweisen, daß die sozialfaschistischen Betriebsräte nicht nur in gewerkschaftlicher Hinsicht Verräter sind, sondern daß sie eben solche Bluthunde sind wie die Noske, Severing oder Zörgiebel, indem sie die Massenverelendungspolitik der SPD im Betrieb durchführen."

Daß die Kommunisten den Noske, Severing, Zörgiebel, Hörsing und Konsorten je eine solche Entlastung und Rechtfertigung zuteil werden lassen, haben sie sich bestimmt nicht träumen lassen. Man bedenke, wenn Tausende von Betriebsräten ebensolche Bluthunde wie Noske und andere sozialdemokratische oberste Führer sind, und wenn man solche Auffassung noch weiter ausdehnt auf die Massen, die heute noch sozialdemokratisch wählen, wie dann die Welt aussieht! Was kann man schon zu solch wahnwitzige Uebertreibungen sagen? Das soll radikal sein? Hier schlägt schon die Quantität in Qualität um. Dieser Radikalismus ist so banal albern, daß er nicht nur zur Dummheit, sondern der Partei zum Verhängnis werden kann.

„Vertreibt die Sozialfaschisten!" ‚Vernichtet die Sozialfaschisten!" „Es gibt kein Verhandeln, sondern nur Abrechnung im Bürgerkrieg und vor dem Revolutionstribunal !" Was soll all diese dumme Maulaufreißerei, diese lächerliche Herkules-Pose, diese komische Kraftmeierei? Es wird Zeit, daß wir uns auf Lenin besinnen, der uns für die Situation und für die Lage, in der wir uns auch heute noch befinden, folgendes auf den Weg gegeben hat:

„Die nächste Aufgabe der bewußten Vorhut in der internationalen Arbeiterbewegung, d. h. der kommunistischen Parteien, Gruppen, Strömungen, besteht darin, es zu verstehen, die breiten (jetzt noch in der Mehrzahl der Fälle schlafenden, apathische, in Routine befangenen, trägen, konservativen, noch nicht erwachten) Massen an diese ihre neue Position heranzuführen, oder richtiger, es zu verstehen, nicht nur die Partei, sondern auch die Massen während ihres Ueberganges zu einer neuen Position zu leiten. Konnte die erste historische Aufgabe (das Hinüberziehen der bewußten Vorhut des Proletariats) nicht ohne vollen ideologischen und politischen Sieg über den Opportunismus gelöst werden, so kann die zweite Aufgabe, die jetzt zur nächsten Aufgabe wird, und die in der Heranführung der Massen zu einer neuen Position besteht, welche fähig ist, den Sieg der Vorhut in der Revolution zu sichern, so kann diese neue Aufgabe nicht ohne Liquidation des radikalen Doktrinarismus, ohne volle Ueberwindung seiner Fehler, ohne Befreiung von diesen Fehlern durchgeführt werden."

Die Partei hatte die besten Voraussetzungen und Gelegenheiten, breiteste Arbeiterschichten an ihre neuen revolutionären Positionen heranzuführen. Die Partei hat diese guten Vorbedingungen und Gelegenheiten nach Kräften genutzt. Weil aber die günstigen Bedingungen und die [153] Erfolge sich nur ungleichmäßig zeige, weil sich der Aufstieg in einer Zickzacklinie vollzieht, verzweifeln einige ungläubige Menschen und verfallen in ultralinkes Fieber. Sie glauben, das, was sich nicht sofort einstellt, was mühsam, zäh, langsam und mit Ausdauer erkämpft und errungen werden muß, mit Gewalt erzwingen zu können. Das Resultat dieser Ungeduld und des Uebereifers ist, was sie zuvor mühsam aufgebaut haben, im Handumdrehe wieder vernichtet wird. Eine ganze Reihe Anzeichen sind schon vorhanden, die erkennen lassen, daß uns die Ultralinksheit teuer werden kann. Wir werden die „zweite Aufgabe", die Millionenmasse an unsere Positionen nicht heranführen können, also die Hauptaufgabe, die uns das X. Plenum des EKKI und der Weddinger Parteitag gestellt hat, nicht erfüllen können, ohne Liquidation des „radikalen" Doktrinarismus, ohne volle Ueberwindung seiner Fehler, ohne „Befreiung von diesen Fehlern". Das muß jetzt die zentrale Achse unserer Aufgabe an der inneren Parteifront sein.

8. Die einheitlich reaktionäre Masse

In den linken Entgleisungen, wie sie in unserer Parteipresse in der letzten Zeit entstanden sind, ist das Bestreben vorherrschend, den Klassenfeind als eine einheitlich reaktionäre Masse darzustellen, bei dem es keinerlei soziale, politische oder andere Unterschiede gibt. Das ist überhaupt das Wesen der Linksheit, daß sie alles bis zur Banalität auf die einfachste Formel bringt, um dann gegen den so im Kopfe angefertigte Popanz drauflosdreschen zu können. „Die sozialdemokratischen Arbeiter sind ebensolche Bluthunde wie Noske!" Oben und unten ist alles gleich, die Massen, die den Sozialdemokraten ihre Stimme geben, sind ebensolche Verbrecher, wie die sozialdemokratischen Führer.

Diese Theorien und Ansichten wurden vom Kommunismus stets auf das Entschiedenste abgelehnt und der Streit hierüber bildete den Gegensatz, der uns vom Anarchismus, vom Syndikalismus, von der KAP und ähnlichen sektiererischen Gruppen abgrenzte. Alle diese Erfahrungen unserer Partei sollten vergessen und vergebens gewesen sein?

Es ist an der Zeit, daß wir uns an unsere so lehrreichen Kämpfe gegen die Ultralinksheit erinnern, um den unbolschewistischen Stimmungen und Strömungen, die in der letzten Zeit aufgekommen sind, Einhalt zu gebieten. Hier nur noch einige Proben.

In einem anderen Artikel kann man folgende Ansicht finden:

„Finanzoligarchie und die von ihr gekaufte Oberschicht der Arbeiteraristokratie, das sind in dem monopolistisch-imperialistische Industriestaat die entscheidenden Klassenkräfte der Bourgeoisie, denn sie stützen sich auf die monopolistische Produktion. Sie sind, sozial betrachtet, auch die schärfsten Klassengegner des Proletariats, die reaktionären Kräfte innerhalb der bürgerlichen Klasse und somit die Träger der faschistische Diktatur."

Finanzoligarchie und Arbeiteraristokratie werden hier auf eine Linie gestellt, die beide die gleichen Interessen hätten. Jeder Marxist weiß aber, daß die Stärke und der Umfang der Arbeiteraristokratie und damit auch deren soziale und politische Bedeutung von einer Reihe Umständen und sozialen Zuständen abhängig sind und durchaus keine für alle Zeiten und in allen Ländern gleichmäßig gegebenen Größen bilden, wie es der Artikel darzustellen versucht. Vor allem aber ist wichtig, festzustellen, daß

die Arbeiteraristokratie eine „schmale Schicht“ ist, wie Lenin sagt, und daß dies keinesfalls die Millionenmassen sind, die sozialdemokratisch gewählt haben, oder alle die Hunderttausende, die noch der SPD angehören.

[154] Die linke Metaphysik in dem genannten Artikel kommt aber in folgendem zum Ausdruck:

„Die gesamte faschistische Bewegung ist gerichtet gegen die Kommunistische Partei, die Führerin der proletarischen Klasse und gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Die Klassenfronten sind also klar aufgerichtet. Auf der einen Seite die Finanzoligarchie, die korrumpierte, gekaufte Oberschicht der Arbeiteraristokratie und des Kleinbürgertums als ihre sozial- und nationalfaschistischen Trabanten, auf der andere Seite die Kommunistische Partei und die Massen der unterdrückten Proletarier, Bauern und Mittelständler.“

Wenn dem so ist, dann ist unsere Lage sehr aussichtslos und muß zum absoluten, ausweglosen Pessimismus führe. Das ergibt sich auch aus der Schlußfolgerung, die unmittelbar dieser Auslassung folgt:

„Daraus ergibt sich, daß für den Klassenkampf des Proletariats die Gegensätzlichkeiten in der Bourgeoisie keine größere Bedeutung haben.“

Eine weitere Stelle in diesem Aufsatz lautet:

„In der Regierung und zwischen den hinter ihr stehenden bürgerlichen Gruppen tobt der Kampf um die Höhe der Pfründe für die Arbeiteraristokratie und um den Anteil der einzelnen bürgerlichen Interessengruppen an dem Profit, der aus den proletarischen Massen herausgepreßt wird. Dieser Kampf innerhalb der bürgerlichen Klasse ist für den revolutionären Kampf unwesentlich. Ebenso unwesentlich ist es für den proletarischen Klassenkampf, ob der Interessenkampf unter den Ausbeuter und ihren Werkzeugen zur Auswechslung dieser oder jener Minister führt, ob dieser oder jener Schwächling unter ihnen durch stärkere, zuverlässigere Leute vom Standpunkt der Interessen der Finanzoligarchie ersetzt wird. Das ändert an dem Charakter der Regierung und in der Grundtendenz ihrer Politik nicht das geringste. Sie ist und bleibt die Regierung der Finanzoligarchie und damit die Regierung der faschistische Diktatur.“

Gegen diese Vereinheitlichung und „Herausarbeitung der Klarheit“, die auch schon bei Beginn der deutschen Arbeiterbewegung durch die Lassalleaner unternommen wurde, hat sich Karl Marx mit aller Entschiedenheit gewendet. Man lese hierüber die „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“. Aber auch Lenin hat sich wiederholt mit dem gleichen Thema beschäftigt, wir zitieren hier folgende Stelle:

„Die Uneinigkeiten zwischen den Churchill und Lloyd George (diese politischen Typen gibt es in allen Ländern mit geringen nationalen Unterschieden) einerseits, darauf zwischen den Henderson und den Lloyd George andererseits, sind ganz unwichtig und geringfügig vom Standpunkt des reinen, d. h. des abstrakten, d. h. für die praktische politische Massenaktion noch nicht reifen Kommunismus. Aber vom Standpunkt dieser praktischen Aktion der Massen sind diese Uneinigkeiten äußerst, äußerst wichtig. In ihrer Abschätzung und Einrechnung, in der Bestimmung des Augenblicks der vollen Reife der unter diesen ‚Freunden‘ unvermeidliche Konflikte, die alle diese Freunde insgesamt schwächen und entkräften – besteht das ganze Geschäft, die ganze Aufgabe des Kommunisten, der nicht nur ein bewußter, überzeugter, ideologischer Propagandist, sondern auch ein praktischer Führer der Massen in der Revolution sein will. Man muß die strengste Hingebung an die Ideen des Kommunismus mit dem Vermögen vereinigen, auf alle notwendigen, praktische Kompromisse, auf Lavieren und Paktieren, auf Zickzacklinie, Rückzüge und dergl. einzugehen, um die Verwirklichung und die Ueberwindung der politischen Macht der Henderson (der Helden der II. Internationale, um nicht die Namen einzelner Personen zu nennen; der Vertreter der kleinbürgerlichen Demokratie, die sich Sozialisten nennen), zu beschleunigen, ihren unvermeidlichen Bankrott in der Praxis beschleunige, der die Massen gerade in unserem Geiste, gerade in der Richtung zum Kommunismus aufklärt; die [155] unvermeidliche Reibungen, Streitigkeiten, Konflikte, den vollen Zerfall zwischen den Henderson, Lloyd George, Churchill (den Menschewiki und den Sozialrevolutionäre, Kadetten und Monarchisten, den Scheidemännern und der Bourgeoisie, den Kapp usw.) beschleunigen und richtig den Augenblick des größten Zerfalls aller dieser ‚Stützen des heiligen Privatbesitzes‘ wählen, durch entschlossenen Angriff des Proletariats sie alle schlagen und die politische Macht erobern.“

Gerade vom revolutionären Standpunkt aus sind die Differenzen im feindlichen Lager von erstklassiger und ebenso wichtiger Bedeutung, wie die Sammlung der Mehrheit der proletarischen Massen auf der Seite der revolutionäre Klassenfront. Bei jeder Gelegenheit, bei der Lenin auf die Vorbedingungen des

Sieges der proletarischen Revolution zu sprechen kommt, nennt er stets zwei Hauptbedingungen: Erstens, daß die Mehrheit der unterdrückten Klasse für die Revolution gewonnen ist, zweitens, daß die Revolution die feindlichen Klassen und Gruppen so zersetzt und untereinander uneins macht, daß sie der Revolution keinen ernsthaften Widerstand entgegensetzen können. Von den vielen Stellen, die bei Lenin über diese Frage zu finden sind, sei hier nur eine wiedergegeben:

„Solange es sich darum handelte (und insofern noch die Rede davon ist), die Vorhut des Proletariats auf die Seite des Kommunismus zu ziehen, solange und insofern tritt die Propaganda an die erste Stelle; sogar politische Zirkel mit allen den Schwächen der Sektiererei und des Zirkelwesens sind hier nützlich und ergeben fruchtbare Resultate. Wenn es sich um die praktische Aktion der Massen handelt, um den Aufmarsch – wenn man diesen Ausdruck gebrauchen darf – von Millionenarmeen, um die Aufstellung aller Klassenkräfte der gegebenen Gesellschaft zum Letzten und Entscheidenden, so ist hier mit propagandistische Gewohnheiten allein, mit bloßer Wiederholung der Wahrheiten des ‚reinen' Kommunismus nichts zu erreichen. Hier muß man nicht bis zu Tausend zählen, wie im wesentlichen der Propagandist, das Mitglied einer kleinen Gruppe, die noch keine Massen geführt hat, zählt: hier muß man mit Millionen und Dutzenden von Millionen rechnen. Hier muß man sich nicht nur fragen, ob wir die Vorhut der revolutionären Klassen überzeugt haben, sondern auch ob die historisch wirksamen Kräfte aller Klassen, unbedingt aller Klassen der gegebenen Gesellschaft ohne Ausnahme so aufgestellt und verteilt sind, daß die entscheidende Schlacht wirklich herangereift ist, so daß 1. alle uns feindlichen Klassenkräfte genügend in Verwirrung geraten sind, sich genügend untereinander verzankt haben, genügend durch den Kampf, der ihre Kräfte übersteigt, geschwächt sind, daß 2. alle schwankenden, unsicheren, unbeständige Zwischenelemente, d. h. das Kleinbürgertum, die kleinbürgerliche Demokratie zum Unterschiede von der Bourgeoisie vor dem Volke genügend sich entlarvt haben, sich durch ihren praktischen Bankrott genügend bloßgestellt habe, daß 3. im Proletariat eine Massenstimmung zugunsten der Unterstützung der entschiedensten, grenzenlos kühnen revolutionären Aktionen gegen die Bourgeoisie beginnt und machtvoll anwächst. Dann ist die Revolution herangereift. Dann ist unser Sieg, wenn wir alle oben angeführten, oben kurz charakterisierten Bedingungen einkalkuliert und den Augenblick richtig gewählt haben, dann ist unser Sieg sichergestellt."

Aber selbst wenn wir die unmittelbare revolutionäre Situation nicht ins Auge fassen, bei der einfachen Tagespolitik erweist sich das Gerede von der „einheitlichen konterrevolutionäre Masse" und von der „Unbedeutendheit" der Gegensätze im feindlichen Lager als ein leeres Gerede, das niemanden in unserer Partei nutzt, sondern nur Verwirrung und Schaden stiften kann. Erinnern wir nur daran, daß bei der Forderung Severings nach Verlängerung des Republikschutzgesetzes vor etwa Jahresfrist sich im Reichstag für diese Forderung keine Mehrheit gefunden hat. Damals hat die Wirtschaftspartei gegen das Gesetz gestimmt. Gewiß nicht den Kommunisten zuliebe, sondern deshalb, weil sie sich mit der Regierung „verzankt" hatte. War das für uns gleichgültig, ob das Repu-[156]blikschutzgesetz zustande kam oder nicht? Ist es für uns gleichgültig, ob 7000 bis 10.000 Propagandisten der Partei im Kerker sitzen, oder sich in Freiheit befinden? Die Frage stellen, heißt sie beantworten.

Alle diese Anschauungen und Theorien sind die gerade umgestülpte Wirklichkeit. Es gibt im politischen Leben keine unbeständigere, unberechenbarere, schwankendere und von einem Extrem ins andere wechselndere Masse, wie die des Kleinbürgertums. Heute „Hosianna! Hosianna!", morgen „kreuziget ihn!" Heute „republikanisch bis auf die Knochen!", morgen Kaiserparade! Prinzenempfang! „Heil dir im Siegerkranz!" Heute „Heraus aus der Kirche!" morgen Ehrengottesdienst, Weihrauch und Konkordat. Gerade weil dem so ist, weil das Kleinbürgertum von einem zum anderen Tage so sprunghaft seine Stellung und Positionen wechseln kann, eben deshalb kann die Sozialdemokratie in einem so unendlich großen Spielraum operieren. Bei jedem neuen Minister, bei jedem neuen betrügerischen Schachzug der Regierung gerät der Kleinbürger in Ekstase und jauchzt in höchstem, himmelstürmendem Optimismus, doch bald stellt sich der Katzenjammer ein und es ergreift ihn tiefster Pessimismus. Bald schwebt er in den seligsten Illusionen des kühnsten Optimismus, bald gleitet er hinab in den tiefsten Pessimismus. In seinem Optimismus geht der Kleinbürger mit „seiner" Regierung durch dick und dünn, die Ministerworte sind ihm himmlische Musik. In seinem Pessimismus wird der Kleinbürger „fürchterlich", er wird „revolutionär", Kraftmeierei ist alsdann sein Element, er ist in dieser Verfassung der „wildgewordene Spießbürger". So ist der Kleinbürger und wäre er nicht so, dann wäre er eben nicht der Kleinbürger.

Wer diese wesentliche Charakterzüge und Klasseneigentümlichkeiten des Kleinbürgertums, der Arbeiter, die sich noch im Banne der kleinbürgerlichen Parteien befinden usw., nicht versteht und alles, was nicht von vornherein bei der Vorhut des revolutionäre Proletariats steht, als eine „einheitliche reaktionäre Masse“ ansieht, der hat seinen Beruf als Revolutionär verfehlt, dem wird es nie gelingen, die Hauptmasse an die Positionen der Vorhut heranzuführen.

9. Der „Hauptfeind“!

Alle die vorstehend behandelten Abweichungen wurzelt in Anschauungs- und Betrachtungsweisen, die die komplizierten vielseitige und vielgestaltigen Erscheinungsformen auf die primitivste, einfachste Formel reduziere möchten. An Stelle der wirklichen realen Gestaltung der Dinge mit ihren millionenfachen Erscheinungs- und Daseinsformen und den stets in raschem Tempo wechselnden Umgestaltungs- und Veränderungsprozesse sehen unsere neuesten Theoretiker nur feste, starre unveränderliche Formen und alles in der einfachsten Weise: „Dinge, die sich nicht ändern und nicht ändern lassen.“ Soweit es hier überhaupt noch eine Entwicklungsperspektive gibt, ist es die Froschperspektive der grenzenlosen Hoffnungslosigkeit, des tiefsten Pessimismus. Zu den vielen Zitaten, die wir über unser Thema gebracht haben, sei noch eines erlaubt, das aber besser als alle anderen den tiefsten Pessimismus, die Hoffnungslosigkeit zum Ausdruck bringt, der den neuesten Theorien über den Sozialfaschismus zugrunde liegt. In dem bereits erwähnten Artikel heißt es:

„Solange noch zahlreiche Kommunisten in den sozialfaschistischen Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionäre Kameraden sehen, die für das gleiche Ziel, für den Sozialismus, kämpfen und auf dem Wege dahin nur einen anderen Weg als die Kommunisten marschieren, solange noch zahlreiche Kommunisten nicht gerade in den unteren sozialfaschistischen Funktionären und besonders in den „ehrlichen“ Reformisten den Hauptfeind sehen, der die Ausbreitung der revolutionären Bewegung und ihre Organisierung auf das wirksamste hindert, so lange zahlreiche Kommunisten in den sozial-[157]demokratisch organisierte Arbeitern immer noch irregeführte Arbeitsbrüder sehen und nicht bemerken, daß gerade sie das Fundament der Arbeiteraristokratie im Betrieb, des Sozialfaschismus überhaupt sind, mit dem man sich nicht verbrüdern darf, sondern den man vor den Massen auf das rücksichtsloseste, bis zur politische Vernichtung bekämpfen muß, so lange kann der Kommunismus nicht in dem erforderlichen Tempo vorwärts marschieren, so lange wird es keine wirkliche Zersetzung der Organisationen des Sozialfaschismus geben.“

Diese Auslassung ist der auf den Kopf gestellte Brandlerismus, der Pendelschlag nach „links“ erklimmt seine höchsten Punkt – der Pendelschlag weg, fort vom Marxismus-Leninismus, der Pendelschlag fort und immer weiter fort vom bolschewistischen Kurs, fort von der revolutionäre Einheitsfront von unten, zum Sektierertum und zur Isolierung von allen uns noch fernstehenden Massen. Ja, wenn es schon mit den sozialdemokratische Arbeitern so bestellt ist, wie unser Theoretiker sagt, wie sieht es dann erst mit den christlichen, Hirsch-Dunckerschen, gelben und faschistische Arbeitern aus? Oder mit jenen, die sich noch in der Gefolgschaft der Deutschnationalen und anderer Parteien der konservativen Reaktion befinden? Und deren gibt es nicht wenige.

Die Zahl all dieser Arbeiter ist nicht gering. Arbeiter, die als Mitglieder der Sozialdemokratie angehören, gibt es mindestens 500.000. Das sind also nicht jene in den Funktionen des Staates, der Partei, der Gewerkschaften tätigen Arbeiterbürokratie. Rechnet man die anderen Parteien angehörende Arbeiter hinzu, so bekommt man eine Zahl von mindestens einer Million Arbeiter, die direkt durch ihre Mitgliedschaft im feindliche Lager stehen. Geht man erst über zur Peripherie, dann ist diese Armee noch um das Vielfache größer. Und alle diese Arbeitermassen, die heute noch um das Vielfache größer und stärker sind als unsere eigene Gefolgschaft, sollen unsere schlimmsten Feinde sein, schlimmere Feinde des Proletariats als die Severing, Hörsing, Zörgiebel usw.? Was soll man dazu sagen?

Ja, wir stehen nicht an zu erklären: jawohl auch die sozialdemokratischen Arbeiter, auch die christliche, auch die Hirsch-Dunckersche und selbst die faschistischen und gelben Arbeiter sind unsere Arbeitsbrüder und wir werden mit ausdauernder Geduld, mit der glühende Leidenschaft, mit der größten Hingabe und Liebe um sie und für sie kämpfen. Heute noch im feindlichen Lager, werden sie früher oder später und in der revolutionären Aktion erst recht bei uns stehen. Wer das nicht versteht, hat das

ABC des Kommunismus nicht begriffen. Mit all diesen Arbeiter waren wir und sind wir allzeit bereit zu verhandeln, zu diskutieren, uns mit ihnen kameradschaftlich zu unterhalten und auseinanderzusetzen. Den sozialdemokratischen Führer, Minister, Polizeipräsidenten, Gewerkschaftsbürokraten all unsern tiefen unauslöschliche Haß, allen sozialdemokratische Arbeitern aber all unsere leidenschaftliche ausdauerndste Hingabe und Geduld, sie für den revolutionären Klassekampf zu gewinnen. Wer etwas anderes lehrt und anders handelt, das ist kein Bolschewik, sondern im günstigsten Fall ein verblendeter Revolutionsromantiker.

Nachdem wir uns fast ein Jahrzehnt im Kreise gedreht hatte und fast nur die organisierten Teile des Proletariats gesehen hatten, nahmen wir mit der Umstellung unserer Politik und Taktik stärkeren Kurs auf die unorganisierten Massen, um sie an die revolutionären Positionen heranzuführen. Die Erfolge, die wir hierbei erzielt haben, beweisen, wie richtig diese Kursänderung war. Die hierbei entwickelte Kraft, die wir bisher nach dieser Seite entfalteten, kann nur der Anfang sein und die Anstrengungen auf diesem Gebiete müssen noch verzehnfacht, ver-[158]hundertfacht werden. Noch unendlich reiche revolutionäre Energien schlummern brach und unverbraucht in den Millionenmasse des unorganisierten Proletariats. Sie zu wecken und zu entfachen, sie zur motorischen Kraft des revolutionären Klassenkampfes zu mobilisieren, bleibt eine der vornehmsten und wichtigsten Hauptaufgaben der Partei. Wir stehen weit erhaben über dem arbeiteraristokratische Dünkel der Brandleristen, die als den „modernen“, den „klassenbewußten“ Arbeiter nur den in einer politischen Partei oder in den Gewerkschaften organisierte Arbeiter anerkennen wollen. Wir haben rücksichtslos und bis zur Vernichtung gegen arbeiteraristokratischen Opportunismus in unsern Reihen gekämpft. Aber ebenso werden wir gegen den entgegengesetzte Fehler kämpfen, der den Hauptfeind des Proletariats und der proletarischen Revolution in den Arbeitermassen sieht, die heute noch im feindlichen Lager stehen.

Als wir bei Umstellung unserer Taktik den Kurs auch auf die unorganisierten Arbeitermassen genommen haben, haben wir auch in keinem Moment vergessen, zugleich den Kurs auf Eroberung der organisierten Teile des Proletariats verstärkt fortzusetzen. Zur Bekräftigung dieser Tatsache sei nochmals die entscheidende Stelle in den Weddinger Parteitagsbeschlüssen erwähnt:

„Diese Politik bedeutet nicht eine Einschränkung der bolschewistischen Einheitsfronttaktik, sondern die Verlegung ihres Schwergewichts nach unten, in die Betriebe, die Ausdehnung der proletarische Einheitsfront bis weit über den Rahmen der freigewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierten Arbeiter hinaus, bis auf die Mehrheit des gesamten Proletariats.“

Hier ist die strategische Linie unserer Politik klar und eindeutig aufgezeigt: „Einheitsfront mit den freigewerkschaftlich, mit den sozialdemokratisch organisierten Arbeitern und ‚darüber hinaus‘ mit den Unorganisierten!“ So heißt unsere Parteilosung und wer was anderes lehrt, oder die Losung der Partei verfälscht, befindet sich nicht im Einklang mit dem Willen der Partei. Jeder Versuch einer solchen Veränderung der Parteilinie muß als unbolschewistisch abgelehnt und bekämpft werden. (Schluß folgt.) [159]

*

Durchbruch organisieren

R. Cr.

Die wachsende Krise des Imperialismus reißt immer offener die Klassefronten im Weltmaßstabe auf. Während sich im Jahre 1923 die Zuspitzung der politischen Krise und damit der Klassenkämpfe in der Hauptsache auf die sogenannten Verliererstaaten, Deutschland und Oesterreich beschränkte, ist heute kein Fleckchen Erde, mit Ausnahme der Sowjetunion, von dieser Erscheinung verschont.

Aber nicht nur das. In allen kapitalistischen Ländern, in Halbkolonialländern und in den Kolonien wachsen entsprechend den besonderen Verhältnissen und Bedingungen die verschiedensten Phasen des Klassenkampfes zum Teil in stürmischem Tempo zu den höchsten Forme heran. Je mehr aber die Klassenkämpfe sich zuspitzen, desto mehr wächst auch die Umgruppierung innerhalb der Klasse selbst.

Immer klarer und eindeutiger formieren sich die Fronten: hie soziale Revolution – hie faschistische Reaktion. Immer zwingender wird jeder vor die Frage gestellt, auf welcher Front des Klassenkampfes er kämpfen will.

In dieser Situation steht vor der Partei ernster als je die unmittelbar zu lösende Aufgabe:

die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse.

In unserer gesamten praktischen politischen Arbeit müssen wir tagtäglich vor jede Arbeiter die Frage stellen: wohin gehörst du? Wir müssen mit bolschewistischer Ausdauer und Zähigkeit versuchen, ihn zu überzeugen, daß sein Platz in der Vorhut des kämpfenden Proletariats, in der Kommunistischen Partei ist.

Das bedeutet natürlich keineswegs, daß schon jetzt der Letzte sich klar entscheiden wird; das wird sowohl bei gewissen proletarischen Schichten, vor allem aber bei den schwankende Mittelschichten zum Teil erst im akute Bürgerkrieg, zum Teil erst nach Uebernahme der Macht durch das Proletariat geschehen. Aber die entscheidenden Schichten des Proletariats müssen wir schon jetzt erobern.

Daß das nur bei entschlossenstem und kühnstem Eintreten der kommunistischen Parteien für das Proletariat in jeder Situation möglich ist, lehren alle Erfahrungen in allen bisherigen revolutionären Kämpfen. Deshalb ist jetzt die Aufgabe unserer Partei:

auf allen Fronten des Klassenkrieges
entschlossener und vor allem organisierter vorstoßen.

Bestätigt wird die Richtigkeit unserer politischen Linie, unserer Taktik sowie unserer Arbeitsmethoden durch den politischen und organisatorischen Erfolg.

Haben wir seit dem 12. Parteitage Erfolge errungen?

Nur Ignorante oder berufsmäßige Lügner und Verleumder, wie die zum Teil bereits im Sumpfe des Sozialfaschismus gelandete, zum Teil davor stehende Renegatengruppe Brandler-Thalheimer, können das leugnen. Nur feige Opportunisten, unverbesserliche Versöhnler können hier diplomatisch die Achseln zucken.

Trotz oder gerade wegen der sich immer mehr steigernde Verleumdungs- und Terrorwelle gegen die Sowjetunion und unsere Partei haben wir auf allen Fronten des Klassenkampfes große politische und organisatorische Erfolge in fast [160] allen Bezirken erzielt. In den Betrieben ist unser Einfluß gewachsen. Die Wahlergebnisse bei den Betriebsrätewahlen im Vorjahre haben dies bereits gezeigt. In diesem Jahre werde diese Beweise noch deutlicher werden. Dies zeigen schon die wenigen Ergebnisse der diesjährigen Betriebsrätewahlen, die uns bis jetzt vorliegen. Auch in den Gewerkschaften hatten wir gute Erfolge. Bei den diesjährigen Gewerkschaftswahlen haben wir trotz Herauswurfs tausender unserer besten Genossen durch die sozialfaschistische Bürokratie eine große Anzahl Ortsverwaltungen erobert, die wir noch niemals besaßen. Vor allem aber hatten wir große Erfolge in fast allen überparteilichen proletarischen Massenorganisationen, vor allem bei den Sportlern, Freidenkern, Sozial- und Kriegsrentnern usw. Hier haben wir zum Teil unseren Einfluß im letzten Jahre um 40 bis 60 Prozent gesteigert.

Aber auch die innerparteilichen Erfolge können nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Partei hat die rechte Renegatengruppe wenn auch noch nicht vollständig vernichtet, so doch entscheidend geschlagen. Sie hat die Versöhnler auf die Knie gezwungen, wenn auch noch nicht restlos überwunden. Sie ist eiserner, fester geworden, vor allem aber hat sie sich eine Führung geschaffen, die einheitlich, entschlossen und fest auf der bolschewistischen Linie der Komintern marschiert. Die Partei ist so gewachsen. daß sie vor der gesamten Arbeiterklasse und im Angesicht eines unerbittlichen Gegners offen ihre Fehler, Schwächen und Mängel in rücksichtsloser Selbstkritik aufrollen kann.

Nachdem einige Monate dieser Selbstkritik in allen Einheiten und Leitungen hinter uns liegen, müssen wir feststellen, daß

unsere Hauptschwächen und Mängel in nachfolgendem liegen:

1. In dem Nachgeben einzelner Leitungen und Funktionäre gegenüber dem Sozialfaschismus, rechten opportunistischen Abweichungen und versöhnlerischen Tendenzen, sowie zum Teil gegenüber sektiererischen Elementen.

2. In dem nicht immer genügend rechtzeitige Reagieren auf bestimmte neue Erscheinungen in den Tageskämpfen.

3. In dem oft nicht genügenden Verbinden der großen politischen Probleme mit den kleinen Tagesnöten des Proletariats auf den verschiedensten Gebieten.

4. In der nicht genügenden Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten.

5. In dem oft mangelnde Verständnis für neue Agitations-, Propaganda-, Organisations- und Arbeitsformen und -methoden.

6. In dem zum Teil vorhandenen Unverständnis, den zunehmenden politischen Einfluß der Partei genügend organisatorisch zu festigen und zu verankern.

7. In dem teilweisen Unvermögen, die besten proletarischen Kräfte rechtzeitig in die Partei und solche innerhalb der Partei in leitende Funktionen zu bringen.

8. In zum Teil nicht genügender bolschewistischer Kollektivarbeit und Disziplin. [161]

Ungleichmäßige Entwicklung

Selbstverständlich ist auch in dieser Richtung die Entwicklung in den verschiedensten Bezirken, Ortsgruppen und Zelle sehr ungleichmäßig und verschiedenartig. Aber überall zeigt sich, daß die Hauptfehlerquelle in unserer praktische Arbeit in dem Nachgeben vieler unserer Funktionäre gegenüber der sozialfaschistische Bürokratie in den Gewerkschaften und den übrigen Massenorganisationen liegt, aus der sich in der Hauptsache gleichzeitig alle übrige Schwächen und Mängel ergeben.

Zwei Beispiele mögen das beweisen.

Im Ruhrgebiet wurde im Nordwestkampf, wenn auch noch mit Mängeln behaftet, bereits im Jahre 1928 die Linie, wie sie vom IV. RGI-Kongreß festgelegt und später vom VI. Weltkongreß der Komintern bestätigt wurde, durchgeführt. Bei den Betriebsrätewahlen im Jahre 1929 wurde anknüpfend an die Erfahrungen dieses Kampfes in fast allen Betriebe die Frage der Aufstellung von roten Listen gestellt und durchgekämpft. Rechte und Versöhnler wurden rechtzeitig aus den Reihe der Partei oder aus Funktionen entfernt, sektiererische Einstellungen wurden rechtzeitig und entschlossen zurückgewiesen. Der Erfolg zeigt sich heute klar. Selbstverständlich gibt es auch hier noch Schwächen, aber im großen und ganzen wird die Linie der Partei ohne Schwankungen und große Schwierigkeiten durchgeführt. Dementsprechend sind auch die Erfolge auf fast allen Gebieten.

Ganz anders in Bezirken, wie z. B. in Halle-Merseburg oder in Thüringen. In dem einen Bezirk war die Leitung bei den Betriebsrätewahlen im Jahre 1929 noch mit Versöhnlern besetzt; im anderen Bezirk hatten jahrelang die Rechten die Führung vollständig beherrscht. In beiden Bezirke wurden die Beschlüsse der Komintern und der Partei vor der Mitgliedschaft weder theoretisch noch in der praktischen Arbeit gestellt, oder die Leitungen führten den entschiedensten Kampf dagegen. Der Erfolg oder vielmehr der Mißerfolg war in beiden Bezirken ähnlich; nur in wenigen Betrieben wurden rote Betriebsratslisten aufgestellt, und ein ganzes Jahr lang wurde infolgedessen in den Betrieben und überparteilichen Massenorganisationen die Linie des Statuten- und Staatslegalismus, d. h. die opportunistische Linie des Nachgebens gegenüber dem Feinde durchgeführt. Als Folge davon zeigen sich bei jedem Schritt in der Durchführung unserer bolschewistischen Linie von oben bis unten die allergrößten Widerstände. Eine ganze Schicht unterer und mittlerer Funktionäre hemmten bewußt oder unbewußt nicht nur die Durchführung der Linie der Partei bei den durch konkrete Tagesereignisse auf die Tagesordnung gestellten Aufgaben, sondern verbanden sich zum Teil gegen die Partei mit dem ärgsten Klassenfeind des Proletariats, dem Sozialfaschismus. Sie legten sich wie ein Ring um die Partei und drohten alles zu ersticken, was an revolutionären Kräften in der zugespitzten Situation nach vorwärts drängte. Noch jetzt stoßen die im Kampfe gegen die Renegaten neugewählten, auf der Linie der Partei stehenden Leitungen an diesen Ring und verlieren außerordentlich wertvolle Zeit in dem Bestreben, ihn zu zerschlagen.

Die Zeit in der gegenwärtigen Situation aber ist zu kostbar, um zu viel von ihr an solche sozialdemokratische Ueberreste in der Partei zu verschwenden. Hier muß mit einem entschiedenen Ruck der

Durchbruch organisiert und der Ring des Opportunismus gesprengt werden. Ohne die Lösung gerade dieser Aufgabe werden wir die übrigen nicht schaffen.

Wie kann das geschehen?

Der politische Hebel ist die breiteste Entfaltung der [162] offene bolschewistischen Selbstkritik. Diese Selbstkritik wird in unserer Partei noch keineswegs in genügendem Maße angewandt. Aber auch die beste Selbstkritik vermag nur dann zum Hebel der Ueberwindung der Fehler, Schwächen und Mängel zu werden, wenn in ihr diese nicht nur festgestellt, sondern gleichzeitig die positive Schlußfolgerungen für unsere praktische Arbeit restlos daraus gezogen werden.

Wir habe auch auf diesem Gebiete noch große Schwächen, deshalb gilt es jetzt, in breiter Front den Durchbruch zu organisiere. Das heißt organisatorisch zunächst bei Inangriffnahme jeder wichtigen Aufgabe, wie z. B. jetzt bei den Betriebsrätewahlen, die besten Kräfte der Partei an den entscheidenden Stellen als Instrukteure einzusetzen. Sie dürfen nicht nach den alten Methoden der Vergangenheit, in der Vergangenheit klebend, abstrakte Diskussionen über die Richtig- oder Unrichtigkeit der oder jener Maßnahme der Partei führen, sondern müssen mit ihren praktischen politischen und organisatorische Vorschlägen für die Lösung der vor den Zellen- und Parteimitgliedern stehenden Aufgabe die Frage der richtige Durchführung der bolschewistische Linie der Partei stellen und mit ihre konkrete Anweisungen auch klar und eindeutig beantworten. Unsere Instrukteure sind Helfer, Berater und Lehrer für die politische und organisatorische Tagesarbeit der Organisationen und keine Kommandeure.

Bei Anwendung dieser Methoden unserer Instrukteure wird sich sehr rasch zeigen, welche Genossen nur aus politischer Schwäche im Schlepptau rechter oder versöhnlicher Elemente irrten, oder welche bewußt und planmäßig gegen die Linie der Partei arbeiten und ihre Durchsetzung sabotieren. Die ersteren wird man mit diesen Methoden leicht überzeugen, die übrige müssen ohne Verzug aus den Organisationen entfernt werden. Geschieht das nicht, „ward alle Kraft umsonst vertan“, und die Folge wird sein Passivität auch der noch guten, auf der Linie der Partei stehenden Genossen.

Zur rascheren Ueberwindung der vorhandenen Schwierigkeiten und um gleichzeitig die besten neuen revolutionären Arbeiterelemente fest an die Partei zu binden, sind diese nicht nur zur Arbeit der Zellen, sondern auch zu entscheidenden Sitzungen und Versammlungen, in denen über die Arbeit der Zellen für die Betriebe entschieden wird, hinzuzuziehen.

Damit wird gleichzeitig der Weg geebnet für die Anwendung einer wirklich entschiedenen Einheitsfronttaktik von unten auf allen Fronten und Gebieten und eine noch festere und tiefere organisatorische Verankerung der Partei in den breiten Massen des Proletariats. Hunderte von Beispielen aus fast allen Bezirken liege heute bereits vor, die das ganz anschaulich beweisen.

Um endlich die vom 12. Parteitag beschlossene Wendung auf die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen sowie jugendlichen Arbeiter offen vor der Partei und der Gesamtarbeiterschaft zu dokumentieren, müssen wir entschlossen in jede Leitung nach den Richtlinien zur Reichskontrolle Genossinnen und jugendliche Genossen kooptieren. Es gibt keinen stichhaltigen Grund, mit der Durchführung dieser wichtigen politischen Maßnahme noch länger zu zögern. Leitungen, die diesen Beschluß nicht durchführen, werden nicht imstande sein, eine wirkliche politische Massenarbeit auf allen Gebieten zu entfalten. [163]

Beispiele schaffen!

Politisch anspornender wie alle Anweisungen und Referate wirken entschlossene Beispiele nicht nur in dieser Frage, sondern auch auf allen übrigen Gebieten. Deshalb muß nicht nur diese Maßnahme sofort von allen Leitungen durchgeführt werden, sondern gleichzeitig müssen in allen Zellen und allen Fraktionen die besten, aktivsten Parteimitglieder zu Stoßkolonnen zusammengefaßt werden, die solche lebendigen Beispiele auf den verschiedensten Gebieten der politische und organisatorischen Massenarbeit der Partei schaffen. Nur wenn wir kühn diese neuen Arbeitsmethode anwenden, werden

wir bald die jetzigen Schwierigkeiten, Schwächen und Mängel in unserer Arbeit überwinden und neue Massen ausschlaggebender Arbeiterschichte erobern.

Im Augenblick sind es besonders drei Aufgabengebiete, auf denen wir in dieser Linie vorstoßen müssen. Es sind die Betriebsrätewahlen, die Erwerbslosenbewegung und die Organisierung der Beiräte bei unseren kommunalen Fraktionen. Organisieren wir im Betriebsrätewahlkampf den Durchbruch durch die opportunistische Passivität, die in zahlreichen Zellen herrscht, und legen wir gleichzeitig durch die Wahl von Wahlausschüssen den Grundstock für revolutionäre Betriebsvertrauensleutekörper, so schaffen wir gleichzeitig damit die beste Voraussetzung für die engste Verbindung der Kämpfe der Erwerbslosen mit den Kämpfen der Betriebsarbeiterschaft. Damit verschärfen wir erneut den Kampf gegen den Sozialfaschismus in den Gewerkschaften und den übrigen Massenorganisationen. Bei der Organisierung der kommunalen Beiräte schaffen wir gleichzeitig die Kontroll- und Einheitsfrontorgane in den Kommunen, kontrollieren besser als bisher durch öffentliche Organe die kommunistische Parlamentsarbeit und verbinden sie besser mit den außerparlamentarischen Kampagnen.

Gleichzeitig lernen wir durch das Hineinsenden der besten Genossen als Instrukteure in die Betriebe und die Fraktionen der Massenorganisationen die jeweilige Lage in diesen und die Forderungen und konkreten Kampfmöglichkeiten der Arbeiter genauer kennen. Dadurch werde wir imstande sein, die großen politischen Probleme viel besser mit ihnen zu verbinden. Wir lernen die Kampfbedingungen in der jetzigen Situation viel besser ausnützen und befähigen damit unsere Partei, in fruchtbarer Selbstkritik planmäßig auf alle neu auftauchenden Probleme zu stoßen und in fester Kollektivarbeit von oben bis unten alle Schwierigkeiten zu überwinden und dem Gegner entscheidende Schläge zu versetzen.

Der internationale Kampftag der Erwerbslosen am 6. März wird uns erneut zeigen, inwieweit die Partei bereits verstanden hat, den Kampf der Erwerbslosen mit den Kämpfen der Betriebsarbeiterschaft zu verbinden. Die Beteiligung der Betriebsarbeiter an den Demonstrationen der Erwerbslosen vom Betrieb aus wird es allein beweisen. Deshalb muß die Partei nicht nur vor dem 6. März noch alle Anstrengungen verdoppeln, sondern auch nach diesem Tage sofort restlos die Schlußfolgerungen aus dem Ergebnis ziehen, offen und rückhaltlos noch vorhandene Schwächen aufzeigen und versuchen, sie in der aktiven Steigerung der Erwerbslosenbewegung in engster Verbindung mit den Massen der Betriebsarbeiter restlos zu überwinden.

Große Erfolge hat die Partei bisher seit dem 12. Parteitag schon errungen, jetzt gilt es, entschlossen die hemmenden Ueberreste des Opportunismus in den eigenen Reihen zu schlagen und die Renegaten zu vernichten. Nur so erreichen wir die Ueberwindung des Sozialfaschismus, des letzten Bollwerkes der Bourgeoisie. [164]

*

Formen und Methoden revolutionärer Betriebsarbeit

Der Schwerpunkt der Werbearbeit muß in den Betrieben liegen

Von Hans Sawadzki

Die Mittel und Methoden unserer revolutionären Tätigkeit haben insbesondere mit der Verschärfung der Klassengegensätze eine wesentliche Bereicherung erfahren. Das Ausschlaggebendste ist, daß sich diese Bereicherung vor allem in der praktischen Betriebsarbeit als Grundlage unserer Massenarbeit auswirkt. Zwar wurde nicht immer die Bedeutung der Anwendung neuartiger, den gegebenen politischen Verhältnisse angepaßter Methoden richtig gewertet. Vielerorts und in einer ganzen Reihe von Zellen bedurfte es einer angestrengten Kampagne, um die Genossen von der unbedingten Richtigkeit und der politischen Notwendigkeit der Herausarbeitung und Anwendung neuartiger Mittel und Formen in der Agitation und Propaganda zur Gewinnung und Führung der breiten Massen zu überzeugen.

Die im Januarheft an dieser Stelle behandelten Methoden revolutionärer Betriebsarbeit haben die Frage offen gelassen, inwieweit es gelang, auf Grund der verstärkten Wendung zur Betriebsarbeit und der errungenen politischen Erfolge auch die organisatorische Basis der Partei in den Betrieben zu verstärken.

So steht denn die Beantwortung der Frage: wie und in welchem Umfang gelang es den Betriebszellen, den verhältnismäßig noch geringen prozentualen Anteil der KPD-Mitglieder an der Zahl der Gesamtbelegschaft zu verbessern, an erster Stelle. Ebenso notwendig ist die Beantwortung der Frage: Mit welchen Methoden wurde die Gewinnung von Mitgliedern durchgeführt und auf welche Schichten konzentrierten wir uns besonders?

In der letzten Zeit insbesondere wurde von der Partei eine großzügige erfolgreiche Massenwerbung durchgeführt. Tausende von neuen Genossen wurden gewonnen. Wie hoch ist nun aber der Anteil der Betriebsarbeiter an der Gesamtzahl aller Neuaufnahmen? In welchem Umfange gelang es, gestützt auf die erzielten Erfolge unserer allgemeinen politischen Arbeit, wie diese sich unzweifelhaft in dem wachsenden Einfluß in den Betriebe ausdrückt, die zur revolutionären Opposition stehenden Arbeiter, die Wähler der Roten Betriebsräte, die Käufer unserer Presse und Literatur, die Helfer bei den Sammlungen usw., kurz, die parteilosen Kommunisten, in die Partei hineinzubekommen, sie organisatorisch an uns zu binden. Das Ergebnis einer solchen Nachprüfung ist für den Anteil unserer Betriebswerbung äußerst schlecht. Noch nicht einmal 20 Prozent der in den letzten drei bis vier Monaten neuaufgenommenen Genossen sind Betriebsarbeiter. Alle anderen, neben einer geringen Anzahl von Frauen und darunter einer noch geringeren Zahl von Betriebsarbeiterinnen, sind erwerbslose Proleten.

Ein absolut unbefriedigendes Ergebnis unserer Betriebswerbearbeit. Eine unzweifelhaft vorhandene Trennung der allgemeinen politischen Arbeit im Betrieb von der Werbung neuer Betriebsgenossen, die in krassem Widerspruch zu den politischen Erfolgen unserer allgemeinen Betriebsarbeit steht, ist festzustellen, andererseits aber auch auf seiten der mit uns sympathisierenden Betriebsarbeiter eine bestimmte Unentschlossenheit, die nicht zuletzt auf der Furcht, von faschistischen Elementen als organisierter Kommunist der Betriebsleitung, dem SPD-Meister oder -Vorarbeiter denunziert zu werden, beruht. Das Vorgehen der Be-[165]triebsleitung gegen alle aktiven Kommunisten, die Schikanen der SPD-Kalkulatoren und -Meister, ja die kleinliche Benachteiligungs- und Rachepolitik der SPD-Schieber und -Vorarbeiter gegen jeden als Kommunisten bekannten Genossen bewirken noch jene Zurückhaltung, bei der die Erhaltung der zufälligen Erwerbsmöglichkeit die wesentliche Rolle spielt. Alle anderen Behauptungen, wie zu starke Belastung, Zwist in der Familie, finanzielle Opfer usw. sind, trotzdem sie besonders hervorgehoben werden, doch nur der oben angeführten untergeordnet. Als Beweis dafür dient, daß die Zurückhaltung eines Teils der Arbeiter mit Eintritt der Erwerbslosigkeit, bei der doch die materiellen Opfer wie auch die physische Anstrengung bei einer ganz geringfügigen oder manchmal gar keiner Unterstützung noch viel größer sind, nicht mehr so stark zutage tritt, sondern gerade dann Massen erwerbsloser Betriebsproleten ihren Beitritt zur Partei erklären. Die Zurückhaltung schwindet, weil die Arbeiter, trotz dieser Reserviertheit doch erwerbslos geworden, erkennen, daß der Nichtbeitritt zur Kommunistischen Partei nicht vor Entlassung und Maßregelung schützt, daß jedes auch noch so geringfügige klassenbewußte Auftreten zur Denunziation und zur Entlassung führt. Leider wiederholt sich dieser Vorgang in vielen Fällen bei der Annahme neuer Arbeit. Es bereitet große Schwierigkeiten, diese in der Zeit ihrer Erwerbslosigkeit aufgenommenen Arbeiter an die Zelle im Betrieb anzuschließen und sie wirklich zu aktivieren. Aus allen diesen Gründen heraus betont die Partei immer wieder die Bedeutung der Gewinnung von neuen Mitgliedern gerade im Betrieb, weil so die besten Voraussetzungen und die größte Garantie für das Einspannen dieser Genossen in die tägliche Kleinarbeit gegeben ist.

Mit dieser Feststellung ergeben sich auch die zu lösenden Aufgaben, schwere Aufgaben, die überwunden werden müssen durch neue Methoden unserer Betriebswerbung, die vor allem in der Ueberzeugung der Betriebskollegen beruhen müssen, daß nicht die Sympathie allein die Stärke der revolutionären Bewegung ausmacht, sondern daß dazu das offene Bekenntnis und die Unterordnung unter die revolutionäre Disziplin der Partei notwendig ist.

Die dringende Notwendigkeit gesteigerter Betriebswerbung soll an einigen Beispielen durch nüchterne Zahlen dargelegt werden. Wir bringen eine Reihe der wichtigsten Großbetriebe im Reiche mit ihren Belegschaften in den Jahren 1927, 1928 und 1929 und stellen dem gegenüber die Stärke und die Entwicklung der Parteizelle in diesen Betrieben für dieselbe Zeit. Eine eingehende Betrachtung dieser Zahle zeigt mit der Uneinheitlichkeit der Entwicklung die immer noch vorhandene organisatorische

Schwäche unsererseits in den wichtigsten Großbetrieben und die ungenügende politische Auswertung der errungenen Erfolge in bezug auf die Gewinnung neuer Arbeitermassen für die Partei. Zugleich aber sind diese Zahlen eine dringende Mahnung, die Losung des 12. Parteitages: verstärkte Arbeit in den Betrieben und vor allem in den Großbetrieben zu leisten, in die Tat umzusetzen.

	Betrieb	Belegschaftsziffer:			Zellenstärke		
1.		1927	1928	1929	1927	1928	1929
2.	Metallwerk	30.400	25.000	22.000	249	300	200
3.	Hüttenwerk	11.000	12.000	10.400	22	42	32
4.	Stahlwerk	8826	8900	8300	50	82	52
5.	Walzwerk	8000	7120	7000	91	48	23
6.	Metallhütte	7200	6050	6000	64	60	20
7.	Stahlwerk	4200	5800	5800	32	38	25
8.	Motorenfabrik	6000	8000	5500	52	67	53
[166]							
9.	Gußstahlfabrik	3000	6000	6000	–	6	18
10.	Chemiewerk	12.000	11.000	8000	80	21	20
11.	Verkehrsbetrieb	3000	4000	4000	30	23	16
12.	Zeche	3000	4000	4050	49	42	37
13.	Zeche	3500	3000	3900	47	24	40
14.	Zeche	3500	4000	3800	67	90	120

Die in der vorstehenden Tabelle enthaltenen Betriebe sind aus vier verschiedenen Parteibezirken, ohne Berlin-Brandenburg und ohne besondere Gesichtspunkte zu berücksichtigen, ausgewählt. Die große Mehrzahl dieser Betriebe zeigt deutlich die zunehmende Verminderung der Belegschaftsziffern als Folge der ständigen Rationalisierungsmaßnahmen, die anderen bei verhältnismäßig gleichbleibender Zahl sind solche, die wiederholt in diesen drei Jahren die Belegschaften auswechselten, was sich naturgemäß auf den Bestand und die Entwicklung der Zellen auswirken mußte. Interessant ist es, die Verhältniszahl der Zelle zu den einzelnen Gesamtbelegschaften festzustellen. Nehmen wir die Jahre 1928 und 1929, so ergeben sich auf je einen Genossen die nachstehende Zahl von Arbeitern in der Reihenfolge der oben angeführten Betriebe:

	1928		1929	
Betrieb	1 =	83	=	110
"	2 =	285	=	325
"	3 =	108	=	159
"	4 =	148	=	304
"	5 =	91	=	300
"	6 =	152	=	232
"	7 =	119	=	103
"	8 =	303	=	194
"	9 =	1000	=	333
"	10 =	523	=	400
"	11 =	173	=	266
"	12 =	92	=	109
"	13 =	125	=	97
"	14 =	44	=	31

Erst diese Zahlen machen klar, welch große Aufgaben in der Massenbearbeitung bis zur Führung der Belegschaft durch die Partei vor die Gesamtzelle wie vor jeden einzelnen Genossen im Betrieb gestellt sind. Hierin zeigt sich, wie ungeheuer politisch wichtig die aktive Werbearbeit eines jede einzelnen Kommunisten im Betrieb ist. Das Verhältnis unserer Kräfte in den Betrieben wäre ein wesentlich günstigeres, wenn heute statt der 63,5 vom Hundert der in den Betrieben beschäftigten Kommunisten tatsächlich 95 bis 100 Prozent aktive und organisierte Betriebsarbeit leisten würden. Eine energische Wendung in der Betriebswerbearbeit muß durchgeführt werden. Diese Wendung besteht darin, daß radikal mit dem Zustand der periodischen Werbekampagne gebrochen werden muß (der Anfang ist gemacht!), daß an Stelle der bis vor kurzem üblichen Werbekampagne, die nichts anderes als periodische Ausfüllungskampagnen sind, eine äußerst zähe, täglich sich wiederholende und steigende

Kleinarbeit in allen Betriebsabteilungen und Meistereien zur Neugewinnung von Mitgliedern aus der großen Masse vornehmlich der unqualifizierten Betriebsarbeiter und -arbeiterinnen organisiert werden muß, mit dem Ziel die Führung der Arbeitermasse im Betrieb zu erobern. Die erfolgreichen Betriebsversammlungen, die in Berlin, im [167] Ruhrgebiet und an einigen anderen Stellen von den Spitzenfunktionären der Partei mit großem Erfolg durchgeführt worden sind, müssen fortgesetzt werden, können aber die Betriebswerbearbeit nur unterstützen, ergänzen, keinesfalls aber ersetzen. Die Parteiführung, nicht nur die oberste Spitze, muß sich noch mehr als bisher in den Betrieben zeigen und so die schwere Arbeit unserer Betriebsgenossen unterstützen. Revolutionäre Wettbewerbe für eine längere Zeitdauer festgelegt, mit solchen Forderungen, die der jeweiligen Stärke und den gegebenen Möglichkeiten entsprechen, sind ein Mittel, um wirklich alle Kräfte der Zelle zumindest zunächst für die ganze Zeitdauer des Wettbewerbs an konkret gestellten Aufgaben zu binden und damit erzieherisch zu wirken. Dann viel stärkere Ausnutzung der betrieblichen Positionen wie Betriebsräte, revolutionäre Vertrauensleute, Ausbau und stärkere Verbreitung der Betriebszeitungen, noch besserer Ausbau unserer Tagespresse unter Mitwirkung der Arbeiterkorrespondenten aus den Betrieben, wie die propagandistische Bearbeitung der Belegschaft durch Betriebsveranstaltungen unter Mitwirkung von Agitproptruppen, Filmvorträgen usw., müssen in viel weiterem Maße als bisher in der Praxis angewandt werden.

Die Betriebsrätewahlen, die wachsenden Kampfkräfte der revolutionären Gewerkschaftsopposition in den Betrieben, die Zunahme der Anzahl der revolutionären Vertrauensleute, zeigen das Mißverhältnis zwischen dem Wachsen unseres ideologischen Einflusses und unserer organisatorischen Verankerung als Partei. Mit der Verstärkung unseres politischen Einflusses im Betrieb muß auch die organisatorische Verbreitung unserer Basis im Betrieb wachsen. Wie soll es für die Zukunft möglich sein, die Fülle der Aufgaben, die eine wirklich revolutionäre Arbeit im Betrieb vor die Zelle stellt, zu bewältigen, wenn es nicht gelingt, immer mehr revolutionäre Arbeiter enger an uns heranzuziehen, sie in die aktive Parteiarbeit einzureihen und sie der revolutionären Parteidisziplin unterzuordnen? Es gibt im Reiche eine Reihe von Zellen, die ihren zahlenmäßigen Stand jahraus, jahrein, trotz der Fluktuation in der Belegschaft behaupten, also stagnieren, dabei wichtige Betriebsfunktionen, wie Betriebsräte, Vertrauensleute, Generalversammlungsdelegierte usw. besetzt haben, in Kampfleitungen führend sind, in Komitees und Ausschüsse die Mehrheit besitzen, und es nicht fertig bringen, ihren unzweifelhaft vorhandenen Einfluß in der Richtung der Heranziehung neuer aktiver Mitglieder auszuüben. Diese Zellen sind gewissermaßen „eingefroren“; sie sind trotz des Vertrauens der Belegschaft, das in ihrer Wahl zum Ausdruck kommt, von der Belegschaft abgekapselt, sie führen getrennt von den Arbeitern, ohne Kontrolle von unten, ihre Arbeit durch. Die Arbeiter ihrerseits sehen zwar in ihren Personen die guten revolutionären Kollegen, lernen aber niemals die Bedeutung und die Rolle der Partei in dem Maße kennen, wie es einer wirklich revolutionären Massenpolitik im Betriebe entspricht. Denn nur selten werben diese Zellen für die Partei, ziehen sie revolutionäre Arbeiter zu verantwortlichen Funktionen heran. Selbstverständlich bezieht sich das nur auf eine bestimmte Anzahl unserer Zellen und soll keinesfalls verallgemeinert werden. Einen Beweis bietet z. B. der Stand der Gewinnung von Betriebsarbeiterinnen für die Partei. 40 Prozent aller erwerbstätigen Betriebsarbeiter sind Arbeiterinnen und nur sechs Prozent unserer Parteimitgliedschaft haben wir aus dieser großen Masse weiblicher Betriebsproleten für die Partei gewonnen, wie ja überhaupt die Gesamtzahl der weiblichen Parteimitglieder mit nur 17 Prozent von der Gesamtmitgliedschaft ein sehr schlechtes Verhältnis ist, dessen Unzulänglichkeit jedem Genosse klar sein dürfte.

Die Anerkennung der Parteitagsbeschlüsse bezüglich der Wendung auf die Betriebe, der Gewinnung der Massen und unter ihnen vor allem [168] auch der Arbeiterinnen und des Jungproletariats, bleibt eine leere Phrase, wenn der Anerkennung nicht Taten folgen. Neue Methoden in der Werbung tun not; sie können nicht am grünen Tisch erfunden werden. Es gilt diese in der praktischen Betriebsarbeit in Verbindung mit betrieblichen Kämpfen herauszuarbeiten, die Erfahrungen der Gesamtpartei zum Nutzen mitzuteilen, um sie überall anwenden zu können. Mit dem Vormarsch der revolutionäre Opposition in den Betrieben, mit der Zunahme der Zahl der roten Betriebsräte, mit der wachsenden Sympathie, die die Partei in ihrem Kampf um alle Tagesforderungen des Proletariats gewinnt, muß

sich vollziehen eine ebenso breite organisatorische Entwicklung der Gewinnung neuer aktiver Parteimitglieder, der Bildung von neuen Betriebszellen in allen Betrieben Deutschlands und einer wesentlichen Auffüllung und Verstärkung der bisherigen Fundamente in den Betrieben.

*

Die Saisonwanderung der polnischen Landarbeiter nach Deutschland

Von N e m o

Das nachfolgend behandelte Problem ist von großer Bedeutung. Hunderttausende aufs schlimmste ausgebeutete Arbeiter wandern alljährlich zwischen Deutschland und Polen. Es ist Pflicht der beiden beteiligten Sektionen, in diesen Massen ein festes Bindeglied der revolutionären Bewegung zu schaffen.

1. Zur Frage der ausländischen Arbeitskraft

Während die Frage der ausländischen Arbeitskraft in zahlreichen überseeischen und europäischen Ländern zu den aktuellsten politischen Problemen gehört, spielt sie für das deutsche Industrieproletariat fast keine Rolle. Dagegen kennt Deutschland eine Wanderungsbewegung polnischer Saisonarbeiter, die für die wirtschaftliche und politische Lage der gesamten deutschen Landarbeiterschaft von einschneidender Bedeutung ist. Der permanente Charakter der polnischen Saisonarbeiterwanderung wird durch den starken Bevölkerungsüberschuß Polens bedingt, wobei die polnische Auswanderungsbewegung eine eher steigende als sinkende Tendenz aufweist. Von den 14 Millionen berufstätiger Personen in Polen sind 10 Millionen allein in der Landwirtschaft tätig, die denn auch das stärkste Kontingent an der Auswanderung stellt. Veraltete landwirtschaftliche Kultur, klägliche Lohnverhältnisse, völlige wirtschaftliche und politische Rechtlosigkeit sowie als Folge der „Agrarreform“ noch weiter stark gestiegener Landmangel und Besitzlosigkeit zwingen jährlich ein Heer polnischer Landarbeiter, die „Heimat“ zu verlassen und als Lohndrücker in der „Fremde ein Stück Brot zu verdienen.

In derselbe Zeit, in der der polnische Bevölkerungszuwachs jährlich 400.000 Menschen beträgt, werden dem polnischen Auswanderer immer mehr Länder verschlossen. Während die Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1913 etwa 175.000 polnische Auswanderer aufnahmen, sind es heute kaum noch 70.000.

Dieser Auswanderungsstrom dürfte um so weniger versiegen, als nicht mehr dem polnischen Landarbeiter allein, sondern auch dem polnischen Industriearbeiter die Existenzmöglichkeit im „Vaterlande“ fehlt. Nach dem „A r c h i v f ü r W a n d e r u n g s w e s e n“ (Heft 10, 1928) war der Anteil der industriellen Landesteile Polens an der Auswanderung in den letzten Jahren außerordentlich groß. Berücksichtigt man schließlich die Auswanderungsbewegung der Randstaaten und der Balkanländer, der Tschechoslowakei und Italiens, so wird man verstehen, daß das Auswanderungsproblem und damit die Frage der ausländischen Arbeitskraft in absehbarer Zeit keineswegs von der Tagesordnung verschwinden dürfte.

2. Der Bedarf an ausländischer Arbeitskraft für die deutsche Landwirtschaft

Die Erörterung über die Notwendigkeit der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte für die deutsche Landwirtschaft geht bereits auf die Zeit [169] B i s m a r c k s zurück, als der industrielle Aufschwung Deutschlands hunderttausende Landarbeiter in die Städte zog und das flache Land von Jahr zu Jahr entvölkerte. Wie rapid die Landflucht vor sich ging, zeigen folgende Ziffern, nach denen die Bevölkerung Deutschlands, obwohl sie vom Jahre 1871 bis 1910 von 41 auf 65 Millionen gewachsen war, betrug:

Jahr	Auf dem Lande		In den Städten	
	Millionen	Prozent	Millionen	Prozent
1871	26,2	63,	14,8	36,1
1880	26,5	58,6	18,7	41,4
1890	26,2	53,0	23,2	47,0
1900	25,7	45,7	30,6	54,3
1910	25,9	39,9	38,9	60,1

Nach der Volkszählung vom Jahre 1919 wohnten 37,1 Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands auf dem Lande und 62,9 Prozent in den Städten. Im Jahre 1925 waren nur noch 23 Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands in der Land- und Forstwirtschaft tätig.

An der ungeheuren Landflucht in Deutschland sind in erster Linie die Landarbeiter mit ihrem Nachwuchs an der Spitze beteiligt. Nach Radetzki betrug der Anteil der Ladarbeiter an der deutschen Auswanderung nach Uebersee in den Jahren 1871-1910 etwa 850.000. Daß dieser Prozeß noch bis heute nicht zum Stillstand gekommen ist, beweist die Tatsache, daß die Landwirtschaft mit 40.862 Menschen allein in den Jahre 1925/27 an der deutschen Auswanderung nach Uebersee beteiligt war. Gewiß ist unbestreitbar, daß der große Industrialisierungsprozeß Deutschlands den ersten Anstoß zur Landflucht gab. Ebenso anerkannt ist aber auch, daß nur infolge der elenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse auf dem Lande die Landflucht nicht zum Stillstand kommen kann. Die außerordentlich hohe Spanne zwischen den Löhnen der Industrie- und denen der Landarbeiter, das Fehlen einer geregelten Arbeitszeit und Koalitionsfreiheit auf dem Lande, fürchterliche Wohnungs- und Arbeitsverhältnisse, völlige Willkür der Agrarier und die einfache Unmöglichkeit zur Befriedigung der bescheidensten Lebensbedürfnisse – all dies treibt den Landarbeiter in die Stadt oder zur Auswanderung. Bezeichnend für die unzureichenden Lebensbedingungen auf dem Lande ist die Landflucht gerade in jenen Gebieten, in denen die Deputatenlohnung die Grundlage des landwirtschaftlichen Betriebes ist. So betrug auf Grund der Berechnungen Dr. Goldings vom Preußischen Statistischen Landesamt die Zahl der abgewanderten Personen aus:

	1900/1910	in Proz.	1919/1925	in Proz.
Ostpreußen	226.000	21,0	158.000	25,0
Pommern	137.000	12,5	60.000	10,0
Schlesien	149.000	14,5	72.000	11,0

Hieraus geht hervor, daß auch die Naturentlohnung auf dem Lande, von der die Agrarier besonders viel Aufhebens machen, die Existenzbedingungen der Landarbeiter nicht zu sichern vermag. Wenn die stramm deutschnationalen Junker die Beschäftigung ausländischer Landarbeiter mit der Landflucht und heute sogar mit der Arbeitslosenversicherung als eines Anreizes für die Arbeitslosigkeit zu begründen versuchen, so verwechseln sie bewußt Ursache mit Wirkung. So schreibt Dr. Arnim Rieger in seiner Schrift „Die Landflucht und ihre Bekämpfung“:

„Ausländer, besonders Polen und Russen, wurden schon lange vor der eigentlichen Arbeiternot auf deutschen Gütern, die nahe an der Grenze lagen, während der Ernte beschäftigt. Als nun immer größere Scharen aus den östlichen Provinzen Preußens den Sommer über nach Westen zogen, sahen sich schließlich die einheimischen Landwirte genötigt, als Ersatz für die verlorenen Arbeitskräfte von Jahr zu Jahr ausländische Arbeiter in bedeutend höherem Maße heranzuziehen. Diese kamen gerne, weil der Lohn in ihrer Heimat sehr niedrig war und sie wegen Ueberproduktion an Menschenmaterial keine Arbeit fanden. Ihre Lebensweise war dürftig und ihre Lebensansprüche gering. Anstatt in einzelnen Wohnungen, brauchten sie nur in sehr einfache Massenquartieren untergebracht werden. Sie waren nicht nur billiger, sondern auch williger wie die einheimischen Leute. Dem Besitzer war es lieb, die überschüssigen Kräfte nach [170] der Ernte zu entlassen. Er ersparte den Winter über Bar- und Deputatlohn. Auch brauchte er für sie weder Schul- und Armenlaste, noch sonstige soziale Beiträge zu leisten.“

Dr. Arnim Rieger stellt auf Grund seiner Untersuchungen fest, daß die einheimischen Arbeiter durch das Verhalten der Arbeitgeber gezwungen wurden, ihre Arbeitsstelle aufzugeben und „daß die Landwirte selbst die ganze Entwicklung der ausländischen Wanderarbeiter-Beschäftigung durch ihr Verhalten beschleunigt und somit die Landflucht der einheimischen Leute begünstigt haben“.

Nach Professor Aereboe ist die Beschäftigung der ausländischen Wanderarbeiter „der größte Krebsschaden, der an Deutschlands nationalem Mark nagt und die Entvölkerung des platte Landes in unerhörter Weise fördert“. In seiner Schrift „Die ländliche Arbeiterfrage nach dem Kriege“ erklärt Professor Aereboe:

„Ich glaube nicht an die Richtigkeit der Behauptung, daß die deutsche Landwirtschaft zugrunde gegangen wäre, wenn man die ausländischen Wanderarbeiter niemals über die Grenze gelassen hätte.“

Allein, die preußischen Junker, die seit vier Jahren einen erbitterten Kampf gegen die Einführung billigen polnischen Schweinefleisches führen, lassen nichts unversucht, um die Oeffentlichkeit von

ihrer „Zwangslage“, polnische Wanderarbeiter zu beschäftigen, zu überzeugen. Diese Notwendigkeit wird u. a. auch damit begründet, daß der deutsche Landarbeiter für bestimmte Kulturen unbrauchbar und besonders für den Zuckerrübenbau ungeeignet, weil er „arbeitsunwillig“ sei. Tatsächlich aber wird der polnische Landarbeiter zum größten Teil in anderen landwirtschaftlichen Betrieben als im Zuckerrübenbau beschäftigt. Dies geht aus folgender Tabelle klar hervor:

1925 Bezirk	Anbaufläche an Zuckerrüben in ha	Beschäftigte Ausländer	Auf 100 ha entfielen Ausländer
Sachsen mit Anhalt	124.225	28.449	22
Schlesien	77.072	10.157	13
Hannover-Braunschweig	59.607	9759	17
Pommern	25.553	20.164	79
Brandenburg	21.865	15.714	72
Mecklenburg-Schwerin	15.914	16.367	103
Ostpreußen	3424	6648	195
Mecklenburg-Strelitz	2646	2633	101
Insgesamt:	330.306	109.891	602

Nach diesen Ziffern beschäftigten gerade die Gebiete mit umfangreichem Zuckerrübenbau (Schlesien, Sachsen, Anhalt, Hannover, Braunschweig) nur 18,6 Ausländer pro 100 ha, während in anderen Gebieten, in denen ein nur geringer oder überhaupt kein Zuckerrübenanbau erfolgt, 102,5 Ausländer pro 100 ha beschäftigt wurden. Das „Wirtschaftsblatt Niedersachsens“ (Nr. 9/10, 1928) brachte eine ausführliche Statistik, nach der über zwei Drittel des hannoverschen und über vier Fünftel des brauschweigischen Zuckerrübenanbaus ohne Ausländer bearbeitet wird. Nach den Berechnungen August Lochers in „Arbeit und Beruf“ (Nr. 19, 1925) hätte bei richtigem Verhältnis der obigen Gebiete statt 109.891 nur 59.525 ausländische Wanderarbeiter beschäftigt werden dürfen. Und in derselben Zeit, in der fast 60.000 ausländische Arbeitskräfte zuviel beschäftigt wurden, ging die Anbaufläche in den wichtigsten Zuckerrübenanbaugebieten erheblich zurück. Auf Grund einer Umfrage des Vereins der Deutschen Zuckerindustrie vom 26. April 1926 betrug dieser Rückgang in: Ostpreußen 8, Mecklenburg 5,4, Pommern 5,4, Brandenburg 10,3, Provinz Sachsen mit Anhalt 2,9 und Hannover 4 Prozent. Dagegen wies Schlesien, das die niedrigste Zahl von polnischen Landarbeitern pro ha beschäftigte, eine Zunahme der Anbaufläche um 0,7 auf, während die Anbaufläche Süddeutschlands, in dem ausländische Wanderarbeiter fast gar nicht beschäftigt wurden, um 36,5 Prozent zunahm.

Wenn die Landwirtschaft die billigen polnischen Arbeitskräfte im Zuckerrübenbau beschäftigt, so nur, um den augenblicklich vor sich gehenden Prozeß seiner Abwanderung in den bäuerlichen Betrieb aufzuhalten. Nur die billige Arbeitskraft ermöglichte bisher den Zuckerrübenbau im landwirtschaftlichen Großbetrieb. So muß auch das „Magazin der Wirtschaft“ (Nr. 20, 1926) feststellen:

[171] „Die polnischen Landarbeiter sollen wesentlich die Funktion erfüllen, in diesem Prozeß den Zuckerrübenanbau des landwirtschaftlichen Großbetriebes künstlich zu erhalten. Ihre Zulassung stellt eine Subvention für den Großbetrieb dar.“

Gegenüber den unaufhörlichen Klagen der Großagrarier über „Leutenot“ sei darauf hingewiesen, daß selbst bei den Frühjahrsarbeiten 1926 etwa 130.000 ausländische Landarbeiter beschäftigt wurden, zu einer Zeit also, in der Deutschland fast zwei Millionen Arbeitslose zählte. Im demselben Moment, in dem Deutschland bereits drei Millionen Arbeitslose hat, rüsten abermals weit über 100.000 polnische Wanderarbeiter zur Abreise nach Deutschland. Nach den Wochenberichte des Institutes für Konjunkturforschung ergab die landwirtschaftliche Betriebszählung im Juni 1925, daß über eine Million nichtständige fremde Arbeitskräfte in der Landwirtschaft beschäftigt waren, wobei berücksichtigt werden muß, daß die Gesamtzahl des deutschen Landproletariats (inkl. Gesinde) nur 3,5 Millionen beträgt.

3. Umfang und Entwicklung der Saisonarbeiterwanderung.

Bismarck hat sich der Forderung nach Hereinlassung ausländischer Feldarbeiter mit der ihm eigenen Energie widersetzt und erst unter seinem Nachfolger, Caprivi, wanderten die ersten Feldarbeiter aus Russisch-Polen ein. Bismarck mag wohl vorausgesehen haben, daß die Beschäftigung polnischer

Landarbeiter in den Grenzgebiete Posen und Westpreußen seiner Polenpolitik gefährlich werden könnte.

Wie diese Befürchtung Bismarcks gerechtfertigt war, hat die Nachkriegszeit deutlich bewiesen. Es ist interessant, in der heutigen Politik der deutschen Regierung gegenüber der polnischen Saisonarbeiter-Wanderung Tendenzen feststellen zu können, die an die Gedankengänge Bismarcks anzuknüpfen versuchen.

Seitdem Caprivi die Grenzen für die polnischen Feldarbeiter öffnen ließ, schwoll ihre Ziffer von Jahr zu Jahr an. Bei Kriegsausbruch befanden sich etwa 500.000 ausländische Feldarbeiter in Deutschland, die von der Regierung widerrechtlich festgehalten und zur Arbeit gezwungen wurden. Während der Kriegszeit führten die deutschen Okkupationsbehörden weitere 400.000 polnische Arbeiter zwangsweise nach Deutschland.

Durch den Krieg war zwar die übliche Wanderbewegung zum Stillstand gekommen, allein über hunderttausend ausländischer Arbeiter blieben in Deutschland zurück und bald setzte ein frischer Zustrom ausländischer Arbeitskräfte ein. Erst mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit schritt die Reichsarbeitsverwaltung zur Festlegung eines Jahreskontingentes für die hereinzulassenden und zu beschäftigenden ausländischen Landarbeiter, ohne jedoch einen Erfolg erzielen zu können. Tausende ausländischer Ladarbeiter entzogen sich der Legitimation, wurden mit ihren Familien seßhaft oder blieben als Dauerarbeiter zurück, wobei sie die tatkräftigste Unterstützung der deutschnationalen Agrarier erhielten. Noch bis vor kurzem hielten die Junker an den Gepflogenheiten der Vorkriegszeit fest, indem sie gewissenlose private Agenten an die Grenze oder nach Polen zwecks Anwerbung von Saisonarbeiter entsandten. Aus diesem Grunde ist es unmöglich, vollkommen einwandfreie Ziffern über die Zahl der in der deutschen Landwirtschaft tatsächlich vorhandenen ausländischen Arbeitskräfte zu erhalten. Die Deutsche Arbeiterzentrale führt eine Statistik über ihre Vermittlungs- und Legitimierungstätigkeit, die besonders für die ersten Jahre ein völlig unzureichendes Bild ergibt.

Die Zahl der durch die Deutsche Arbeiterzentrale legitimierten polnischen Arbeiter betrug:

Jahr	Landwirtschaft	Industrie	Insgesamt
1918	295.486	118.961	414.447
1919	97.478	23.963	121.442
1920	98.658	27.838	126.496
1921	–	–	140.360
1922	–	–	154.088
1923	118.626	1374	120.000
1924	96.948	5037	101.985
1925	12.5790	5854	131.644
1926	114.255	3741	117.996
1927	110.741	3153	113.894
1928	116.904	2828	119.732

Die Kontingente für 1929 und 1930 sahen die Hereinlassung von etwa 250.000 polnischen Landarbeitern vor.

[172] Von der unbeschränkten Heranziehung der Saisonarbeiter abgesehen, waren die deutschen Agrarier noch bestrebt, ganze polnische Familien für dauernd seßhaft zu machen. Die Zahl der in der ostdeutschen Landwirtschaft seßhaft gewordenen polnischen Familien ging mit ihren Kindern in die Zehntausende. Wenn auch die Zahl der sich „zu Unrecht“ in Deutschland aufhaltenden polnischen Landarbeiter in Deutschland von amtlicher Seite auf 170.000 angegeben wurde, so wird man sie auf mindestens 200-250.000 schätzen können. Diese Ziffern dürften nicht zu hoch gegriffen sein, wenn man berücksichtigt, daß die polnischen Landarbeiter in Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Oldenburg und Hamburg nur unvollständig von der Legitimierung durch die Deutsche Arbeiterzentrale erfaßt worden sind. So spiegeln weder die Ziffer der Deutschen Arbeiterzentrale noch die jährlichen Kontingentsziffern die Zahl der tatsächlich in Deutschland vorhandenen polnischen Landarbeiter wider. Die Zahl der bei Beendigung des Krieges in Deutschland seßhaft gewordenen polnischen Wanderarbeiter wurde auf 60.000 geschätzt. Noch im Jahre 1925/26 kehrten nur 61.473 polnische Ladarbeiter, d. h. fast nur die Hälfte des Jahreskontingentes, nach Polen zurück.

Die Beschäftigung der polnischen Landarbeiter durch die Träger des Patriotismus, durch die Agrarier, war um so bezeichnender, als sie trotz einheimischer Arbeitslosigkeit auf dem Lande erfolgte. Während die Provinz Schlesien im Winter 1926 etwa 16.000 landwirtschaftliche Arbeitslose aufwies, wurden innerhalb derselben Zeit 15.000 polnische Landarbeiter beschäftigt, die gesetzlich am 15. Dezember 1925 hätten entlassen werden müssen, von denen tatsächlich aber nur 1500 abgebaut wurde. In derselben Zeit wurden auch in Pommern 10.000 polnische Landarbeiter beschäftigt, während 70.000 Arbeitslose vorhanden waren.

Die deutsche Regierung blieb in den letzten Jahren bemüht, die Einwanderung der polnischen Landarbeiter zu beschränken und die bereits seßhaft gewordenen Familien auszuweisen. Bei den Verhandlungen um den Abschluß des deutsch-polnischen Landarbeitervertrages kündigte die deutsche Regierung die Ausweisung von 45.000 seßhaft gewordenen polnischen Landarbeitern an, die im Verlauf von sieben Jahren in die Wanderbewegung wieder eingereiht werden sollten. Diese Bestrebungen der deutschen Regierung hängen eng mit dem deutsch-polnischen Minoritätsproblem zusammen und sind keineswegs vom Interesse für die deutschen Landarbeiter diktiert. Vor allem in den Grenzgebieten ist die Regierung bestrebt, die polnischen Landarbeiter vollständig zu verdrängen, um den rein deutschen Charakter der Grenzländer zu sichern. So fiel die Zahl der polnischen Landarbeiter in der Grenzmark von 22.000 im Jahre 1925 auf 15.200 im Jahre 1927 und in Schlesien von 12.200 auf 6100. Gleichzeitig versuchte die deutsche Regierung, nur deutschstämmige Saisonarbeiter nach Deutschland hereinzulassen, da sie auf diese Weise die Erhaltung einer deutschen Minderheit in Polen durchzusetzen hoffte. Derartige vertragliche Abmachungen vermochte die deutsche Regierung wohl mit Jugoslawien und der Tschechoslowakei, nicht aber mit Polen durchzusetzen.

In welch einer wirtschaftlichen und politische Lage sich die polnischen Landarbeiter in Deutschland befinden und welche Rückwirkungen die polnische Saisonwanderung für die deutsche Landarbeiterschaft hat, soll in einem zweiten Aufsatz behandelt werden.

*

Zur Bewegung des Reallohnes

Von J. K.

Daß die Lebenshaltung der Arbeiterklasse sich ständig verschlechtert, daß der Reallohn allgemein und insbesondere in den letzten Jahre eine sinkende Tendenz aufweist, ist jetzt eine in unseren Reihen schon ziemlich verbreitete Erkenntnis. Bei der Benutzung bürgerlicher Quellen (eigene Statistiken stehen uns für die kapitalistischen Länder nicht zur Verfügung) besteht gleichwohl noch die Gefahr der kritiklosen Wiedergabe solcher Daten, aus denen die entgegengesetzte Entwicklung sich ablesen läßt. Diese Gefahr ist um so größer, wenn es sich um Quellen [173] handelt, deren Art der Darstellung für den proletarischen Leser wohltuend von dem üblichen Ton kaum verhohlener Schönfärberei absticht.

Diesem Umstand ist es wohl zuzuschreiben, wenn die von Jürgen Kuczynski in der „Finanzpolitischen Korrespondenz“ seit einiger Zeit regelmäßig veröffentlichten Arbeiten über die „Konjunktur für den Arbeiter“ jetzt häufig in unserer Presse als sachkundige Untersuchungen ohne genügenden Kommentar zitiert werden. Zunächst hat Kuczynski in der Tat auf Momente hingewiesen und darüber besondere Berechnungen angestellt, die zur Senkung des Reallohnes beitragen und von der bürgerlichen Statistik in der Regel vernachlässigt werden, nämlich auf den Lohnentgang durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Darüber hinaus findet sich in seinen Untersuchungen der Nachweis, daß die Konjunktur „für den Arbeiter“ – wie Kuczynski sich ausdrückt – sich in der letzten Zeit verschlechtert hat. Auch die Niedrigkeit des allgemeinen Niveaus seiner Lebenshaltung wird von Kuczynski stark hervorgehoben:

„In keinem Monat des Jahres 1929 verdiente der Durchschnitt der deutsche Arbeiter genug pro Woche, um eine Familie ausreichend zu ernähren, zu kleiden usw. Die Einnahmen blieben bisher um 15 Prozent hinter den dazu notwendige Ausgaben zurück. Diese ungünstige Gestaltung der Einnahmen ist kein Ausnahmefall, über den der Arbeiter durch Ersparnisse aus früheren Jahren ohne große Not hinwegkommen kann; die Lage in den vorangehenden Jahren war ebenso ungünstig, oder noch ungünstiger.“ (Finanzpolitische Korrespondenz, X, 46.)

Ist Kuczynski deshalb über die landläufigen Schranken bürgerlicher Publizistik hinausgekommen, und sind seine Berechnungen zuverlässig? Aus dem angeführten Zitat wird man bei genauerem Lesen entnehmen können, daß in diesem Fall der Nachweis als erbracht gelten müßte, daß der Reallohn im abgelaufenen Jahre zwar niedrig, aber jedenfalls nicht niedriger gewesen ist als in den vorangehenden Jahren. In der Tat ergibt Kuczynskis zahlenmäßige Aufstellung, daß der Reallohn 1929 im Verhältnis zu 1928 im Durchschnitt zwar gesunken ist (die ungeheuren Arbeitslosenziffern des Jahres 1929 fallen hier sehr ins Gewicht), aber noch immer höher geblieben ist als 1927. Eine Ausdehnung seiner Berechnungen auf die frühere Zeit nach derselben Methode würde zweifellos eine größere Steigerung des Reallohns ergeben.

Es verlohnt sich also, die Methode dieser Berechnungen genauer zu untersuchen. Das ist auch noch aus einem anderen Grunde nötig. K. mag mit der revolutionären Arbeiterbewegung sympathisieren (manche Anzeichen deuten darauf hin), seine Arbeitsweise ist derzeit noch alles andere als marxistisch und läßt unverfälschte Ergebnisse keineswegs erwarten. Wir greifen nur ein charakteristisches Beispiel dafür heraus. Die Frage nach einem Maßstab für eine „genügende“ Steigerung der Löhne wird von ihm dahin beantwortet, daß ein solcher in der Tat existiere, und zwar in dem Grad der Produktionssteigerung pro Kopf der Bevölkerung („Neue Methode der Lohnmessung“, Finanzpolitische Korrespondenz Nr. 27/28). Nach dieser Theorie sind somit gewerkschaftliche Lohnforderungen überhaupt nur bei gleichzeitiger Steigerung der Produktion (und zwar bei einer solchen Steigerung, die über das normale Wachstum der Bevölkerung hinausgeht) berechtigt. Allerdings hängt diese Theorie bei K. mit der Tendenz zusammen, die Steigerung der Produktion im Augenblick zu überschätzen, einen möglichst krassen Unterschied zwischen der „Konjunktur für den Unternehmer“ und der „Konjunktur für den Arbeiter“ festzustellen. Nach seinen Angaben hat sich diese „Konjunktur für den Unternehmer“, die er nach der Entwicklung der Produktion bemißt, „im Jahre 1929 gegenüber 1928 erheblich verbessert“. Der Produktionsindex der Reichskreditgesellschaft, der für die ersten drei Jahresviertel veröffentlicht ist, zeigt dagegen eine durchgängige Senkung. Wie [174] immer dem sei, die hier offenbare Vorstellung, daß der allgemeine Niedergang der Wirtschaft den Arbeiter trifft, den Kapitalisten aber unberührt läßt, mag dem unmittelbaren Agitationsbedürfnis manchmal willkommen sein, sie hindert aber die Einsicht in die Zersetzungserscheinungen des kapitalistischen Systems und deren inneren Zusammenhang[*)]).

Welches ist nun die Berechnungsmethode Kuczynskis? Zur Grundlage nimmt er den vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Index der Tariflöhne. An diesen Zahlen werden dann Korrekturen in der Form angebracht, daß zunächst (wie es auch sonst üblich ist) auf Grund des amtlichen Index der Lebenshaltungskosten der Reallohn des Vollbeschäftigten berechnet wird, und dann noch, auf Grund der von den reformistischen Gewerkschaften angegebenen Prozentzahlen für Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, die entsprechenden Lohnverluste (im Durchschnitt verteilt auf den einzelnen Arbeiter). Diese Verluste werden von dem ursprünglich erhaltenen Reallohn abgezogen und dann noch 50 Prozent des durch Arbeitslosigkeit verursachten Lohnverlustes als annähernden Betrag der Arbeitslosenunterstützung hinzugefügt. Wenn also die Gewerkschaften einen Arbeitslosenstand von 10 Prozent angeben, dann beträgt danach der Lohnentgang durch Arbeitslosigkeit ein Zehntel, es wird aber in Berücksichtigung des zusätzlichen Einkommens durch Arbeitslosenunterstützung nur ein Zwanzigstel von der ursprünglichen Zahl abgezogen. Schon dieser Betrag der Arbeitslosenunterstützung wird zu hoch eingeschätzt. Aber dieser Fehler fällt im Verhältnis zu den übrigen Fehlern noch nicht sehr ins Gewicht. Nicht berücksichtigt werden von K. nach seiner Angabe das „Lohneinkommen von Ueberstunden“ sowie die „Lohnverluste durch Streiks, Aussperrungen und Krankheit“.

Vorausgesetzt wird danach, daß die amtliche Lohnstatistik zumindest das Lohnniveau der beschäftigten Arbeiter richtig widerspiegelt. Diese Voraussetzung ist g r u n d f a l s c h. Die amtlichen Zahlen

[*)] Uns scheint dabei wichtiger, daß die dem Monopolkapitalismus eigentümliche D r o s s e l u n g der Produktion, in der ja das Wesen der „Organisation“ des Kapitalismus beruht, damit in diesen Maßstab einbezogen wird. Aus der Gesamtkonzeption der Kuczynskischen Darstellung scheint aber hervorzugehen, daß er die Produktionssteigerung nicht als Maßstab für eine „genügende“ Lohnsteigerung ansieht, sondern nur als Maßstab dafür, ob der Lohn gleichgeblieben oder gesunken ist. Die Red.

stützen sich erstens nur auf die Tariflöhne einer Anzahl von Industrien mit teilweise überdurchschnittlichem Lohniveau. Große besonders schlecht entlohnte Gruppen, wie z. B. die Landarbeiter, bleiben außer Betracht. Zweitens legt diese Lohnstatistik nur die Tarifspitzenlöhne (die Löhne der bestbezahlten Tarifgruppen) zugrunde; die Massen der Frauen, der jugendlichen Arbeiterschaft z. B. werden durch sie überhaupt nicht erfaßt. Drittens werden vom Statistischen Reichsamt auch durchaus nicht alle Tarife der betreffenden Industriegruppen zur Berechnung des Durchschnitts herangezogen. Ueber die Art der hier getroffenen Auswahl erklärt z. B. die „Frankfurter Zeitung“ auf Grund konkreten Materials über die Bauindustrie:

„Der vom Reichsamt als für die gesamte Bauarbeiterschaft gültig angesehene durchschnittliche Lohnsatz stellt also nur den Lohn des bestbezahlten Bruchteils dieser Arbeiterschaft dar.“ (10. Oktober 1929.)

Sie führt dies auf die „Außerachtlassung provinzieller und ländlicher Löhne“ zurück.

Die Reihe solcher Argumente ließe sich noch verlängern, aber die angeführten genügen wohl, um zu zeigen, wie sehr und in welcher Richtung die hier zugrundegelegte amtliche Lohnstatistik gefärbt ist. Was vollends die Dynamik der Lohnentwicklung betrifft, tritt diese Verfälschung noch viel stärker hervor. Denn es werden ja die Löhne ganz [175] bestimmter, der bestbezahlten Tarifgruppen festgestellt und deren Entwicklung verglichen. Der durchschnittliche Reallohn des einzelnen Arbeiters wird aber in erster Linie gerade dadurch gesenkt, daß die Disqualifizierung, also der Ersatz besser entlohnter Gruppen, durch schlechter entlohnte, männlicher erwachsener Arbeiter durch Frauen und Jugendliche immer weiter fortschreitet. Diese – umfangreichste – Senkung des durchschnittlichen Reallohns kommt in der amtlichen Lohnstatistik in keiner Weise zum Ausdruck.

Wir haben auch gewichtige Gründe, anzunehmen, daß der von den reformistischen Gewerkschaften veröffentlichte Prozentsatz für Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit deren ganzen Umfang unrichtig widerspiegelt. In früheren Zeiten, als diese Gewerkschaften noch Kampforganisationen darstellten, war der Prozentsatz der Arbeitslosen unter ihren Mitgliedern wohl größer als innerhalb der gesamten Arbeiterschaft, weil die gewerkschaftliche Organisiertheit von dem Unternehmer mit Entlassung bestraft wurde. Heute, da die reformistischen Gewerkschaften zu einem Faktor der „Befriedung in den Betriebe“ geworden sind, ist die umgekehrte Entwicklung wahrscheinlich. Immerhin haben auch die anderen offiziellen Zahlenreihen der Arbeitslosigkeit große Fehlerquellen, und der Versuch einer Berücksichtigung wenigstens dieses eine Moments beim Studium der Reallöhne ist durchaus richtig.

Unrichtig ist es aber, dieses Moment als das allein wesentliche bei der Korrektur des amtlichen Lohnindexes zu behandeln.

*

Der Internationale Frauentag 1930

Von Lene Overlach

Wir bringen diesen Artikel, der vor dem Frauentag geschrieben war und aus redaktionellen Gründen erst jetzt aufgenommen werden konnte, mit einigen Aenderungen, da er auch für die zukünftige Arbeit seine volle Geltung behält.

Der Internationale Frauentag am 8. März stand in Deutschland unter den zentralen Losungen des Kampfes gegen den Young-Plan als dem internationalen Kriegs- und Hungerpakt und damit des Kampfes gegen die außerordentlich verschärfte Kriegsgefahr und für den Schutz und die Verteidigung der Sowjetunion mit dem Ziele des Sturzes der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und der Errichtung der Diktatur des Proletariats. Diese Hauptlosungen schließen alle Forderungen der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, insbesondere auch die Parole des Kampfes gegen die Massenerwerbslosigkeit ein und zeigen die enge politische Verbundenheit des internationale Frauentags und des Welterwerbslosentages.

Der Welterwerbslosentag war der Kampftag des Weltproletariats gegen die ungeheuer verschärfte Offensive des in seinen Grundfesten erschütterten Weltkapitals. Am Welterwerbslosentag trat die revolutionäre Arbeiterschaft, Betriebstätige, wie Erwerbslose, Arbeiter, Arbeiterinnen und erwerbslose

Frauen, geschlossen auf gegen die konzentrierte Angriffe der Bourgeoisie, gegen ihre Versuche, sich vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch auf Kosten der Arbeiterschaft zu retten, alle Lasten der beginnenden Wirtschaftskrise auf das Proletariat abzuwälzen, die Milliardenzahlungen aus dem Young-Plan auf Kosten der Werktätigen und Erwerbslosen Deutschlands zu leisten.

Massenentlassungen in den Betrieben sind eine Hauptwaffe der Bourgeoisie zur neuen verschärften Rationalisierung, zur Niederdrückung des Kampfwillens der [176] Betriebsarbeiterschaft, zur Verstärkung des Reserve-Arbeitsheeres, zur Senkung der Lebenshaltung der gesamten Arbeiterschaft und durch alle diese Maßnahmen zur Rettung der kapitalistischen Profitwirtschaft.

Die Frage der Entlassung steht täglich – und mit der wachsenden Krise immer schärfer – vor jedem Arbeiter, vor jeder Arbeiterin im Betrieb, geht kaum an einer einzigen Arbeiterfamilie vorüber, denn jeder vierte Deutsche ist heute schon erwerbslos.

Die Herstellung der revolutionären Einheitsfront der betriebstätigen Arbeiter und Arbeiterinnen mit den Erwerbslosen ist somit eine der Vorbedingungen für die erfolgreiche Auslösung von Massenkämpfen in den Betrieben und auf der Straße.

In dem Maße, wie die Frauen und Jugendlichen in den Betrieben die freigewordenen Plätze an den Maschinen einnehmen – soweit diese nicht durch Steigerung des Hetztempos eingespart werden – in dem Maße wächst die Rolle der Frau in den revolutionären Kämpfen, wächst die Bedeutung der Aufgabe ihrer Einbeziehung in die sich formierende revolutionäre Einheitsfront. Uebersehen wir nicht die Gefahr, daß die große Masse der indifferente Arbeiterinnen und gerade die neu in den Betrieb eintretenden Arbeitermädchen sich unter der täglichen Drohung der Entlassung unter das Unternehmerdiktat eher beugen als der politisch aufgeklärte, kampferfahrene Arbeiter.

Gehen wir auch nicht an der Tatsache vorüber, daß trotz der ständigen Zunahme der Frauen und Mädchen im Produktionsprozeß die Erwerbsloseziffern des weiblichen Proletariats steigen, wenn auch in viel langsamerem Tempo als bei den Männern. Diese Hunderttausende weibliche Erwerbslose, die infolge der Lohnklassenstaffelung die niedrigste Unterstützungen beziehen oder als verheiratete Erwerbslose von der Unterstützung vollständig ausgeschaltet werden, versinken im Elend, wandern ins Lager des Faschismus, wirken als Lohndrücker und Streikbrecher, wenn wir ihnen nicht den Weg des gemeinsamen revolutionären Kampfes zeigen und sie darauf führen. Andererseits nimmt unter dem ungeheuren Drucke der Ausbeutung und Entrechtung die Radikalisierung der Frauen rasch zu, beteiligen sich in allen kapitalistischen Länder bereits Hunderttausende Frauen an den Kämpfen der Arbeiterschaft in vorderster Front.

Im Kampfe gegen die Massenentlassungen stoßen wir heute fast in jedem Betrieb auf die Frage der „verheirateten Frau“. Jener Beschluß des Arbeiterinnenkomitees der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und der Beschluß des ADGB, bei Massenentlassungen den Platz an der Maschine den wirtschaftlich Schwächeren zu sichern, die verheiratete Frau zuerst zu entlassen, jene Artikel im „Vorwärts“ gegen die „Doppelverdiener“ bedeuten nichts anderes als eine bewußte Ablenkung der Betriebsarbeiterschaft vom einzig richtigen revolutionären Weg des Kampfes, dem Kampfe der gesamten Belegschaft, unterstützt von den bereits erwerbslos Gewordenen, gegen jede Entlassung, für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Die Beschlüsse der sozialfaschistischen Spitzen dienen dem Versuch, der Arbeiterschaft die Sorge zu übertragen, um die „gleichmäßige Verteilung des Elends unter sich“, um die „Rentabilität des Unternehmens“, um den „Aufbau der deutsche Wirtschaft“, die „Neubildung von Kapital“, um dessentwillen sie alle Laste des Young-Plans und der kapitalistischen Rationalisierung auf sich nehmen sollen.

Diese Beschlüsse bedeuten den Versuch, die Betriebsarbeiterschaft zu spalten, jene noch vorhandene Kluft zwischen Arbeitern und [177] Arbeiterinnen zu vergrößern, indem dem Arbeiter die Frau als lästige Konkurrentin gezeigt wird, gegen die es in erster Linie gilt, den Kampf zu führen.

Die große aktuelle politische Bedeutung dieses Vorstoßes liegt in der dem Kapital und seinen Stützen äußerst gefährlichen Tatsache, daß die Millionenmasse der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen sich rasch radikalisiert, immer häufiger zum Mittel des Streiks greift, in den Riesenkämpfen in allen Ländern des Imperialismus und selbst in den Kolonien aktiv in vorderster Reihe steht; liegt in der Tatsache, daß sich infolgedessen in der Einstellung der Arbeiter gegenüber der Frau seiner Klasse die ungeheuer bedeutsame Wendung ihrer Anerkennung und Eireihung in die revolutionäre Einheitsfront anbahnt.

Die Bourgeoisie und ihre Verbündeten, National- und Sozialfaschisten, ahnen die Todesgefahr, die in dieser Wendung sich erstmalig ankündigt, die Lenin im März 1917 mit den Worten unterstrich:

„Wenn die Frauen unserer Klasse mit uns sind, ist uns der Sieg gewiß."

Darum muß die Frage der leninistischen Einstellung der Arbeiter zur Kampfgefährtin und damit praktisch zur Frage der „Doppelexistenz" in den Belegschaftsversammlungen mit auf der Tagesordnung stehen.

Die Partei muß die Arbeiterschaft lehren, daß die Einbeziehung der Frau in die gesellschaftliche Arbeit an sich ein ungeheurer Kulturfortschritt ist, der sich aber erst dann zum Nutzen der ganzen Gesellschaft auswirken wird, wenn an die Stelle der kapitalistischen die kommunistische Gesellschaftsordnung treten wird. Nur unter der Diktatur des Proletariats vollzieht sich die völlige Gleichberechtigung und Befreiung der proletarischen Frau mit ihrer gleichberechtigten Einreihung in die Produktion und auf alle führenden Posten des Sowjetstaates.

Indem die KPD und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition in den Belegschafts- und Erwerbslosenversammlungen, bei der Durchführung des Welterwerbslosentages die speziellen Forderungen der erwerbslosen Frauen und Betriebsarbeiterinnen erhob und sie als Forderungen, für die die gesamte Arbeiterschaft kämpfen muß, in die allgemeinen Forderungen der Arbeiterschaft eingliederte, verband sie nicht nur die Kampagne zum Welterwerbslosentag mit der des Internationalen Frauentages, sie tat damit auch einen entschiedenen Schritt vorwärts in der Verwirklichung der vom Weddinger Parteitag eingeleiteten Wendung zu den Millionen Arbeiterinnen, werktätigen und erwerbslosen Frauen. Indem die Partei die Frauen in die Massenaktionen des Erwerbslosentages einreihte, schaffte sie einen neuen bedeutsamen Abschnitt in der revolutionären Einheitsfront.

Eine solche Durchführung des 6. März sicherte die erfolgreiche Fortführung der Kampagne, die Durchführung des Internationalen revolutionären Frauentages in einem Teil der Bezirke, als eines Kampftages der gesamten Arbeiterschaft für die Befreiung und Gleichberechtigung der proletarischen Frauen.

Den russischen revolutionären Arbeitern war es immer eine Selbstverständlichkeit, den internationalen Frauentag aktiv mit vorzubereiten und durchzuführen – schon am 1. internationalen Frauentag in Rußland im Jahre 1913 wanderten Arbeiter, weil sie mit den Frauen demonstrierten, wanderten Redakteure, weil sie Zeitungen zum Frauentag herausbrachten, ins Gefängnis oder in die Verbannung.

In Deutschland und auch in anderen Staaten West- und Mitteleuropas aber wurde dieser Tag vorwiegend von den Frauen selbst organisiert und durchgeführt.

[178] Der Versuch, den Internationalen Frauentag zu einer Sache der revolutionären Arbeiterschaft zu machen, die er in der Tat sein muß, bedeutete vorzustoßen zum Angriff gegen die kleinbürgerlich reaktionäre Einstellung der Arbeiterschaft gegenüber den Frauen ihrer eigenen Klasse, die sich in der noch vorhandenen Unterschätzung ihrer Rolle im revolutionären Kampf und demzufolge ihrer ungenügenden Einbeziehung in die revolutionäre Front ausdrückt. Die Aufgabe des Kampfes um die Forderungen der doppelt und dreifach geknechteten und ausgebeuteten Frauen ist heute zu einer zentralen Aufgabe der Arbeiterklasse geworden.

Soweit der Partei die Verbindung der beiden internationalen Tage gelang, was allerdings nur in einem Teil der Bezirke der Fall war, bedeutete dies eine breite Massenmobilisierung der Arbeiterinnen, erwerbslosen Frauen und Arbeiterfrauen.

Diese breite Kampagne unter systematischer Entlarvung der Sozialfaschisten muß der Auftakt sein zur aktivsten Beteiligung der Arbeiterinnenmassen an der Aufstellung und Wahl roter Betriebsräte, zur Eingliederung der im Kampf bewährten Arbeiterinnen in die revolutionären Einheitsfrontorgane, in die Vertrauensmännerkörper, die Wahlausschüsse, die Kampfleitungen. Diese Kampagne wird auch zur Bildung neuer und zur wesentlichen Verstärkung schon bestehender Arbeiterinnen-Delegiertenversammlungen in den Betrieben beitragen.

Damit wurden weitere organisatorische und politische Vorbedingungen geschaffen für die planmäßige Vorbereitung und Durchführung von wirtschaftlichen und politischen Massenstreiks.

Die Partei wird die Lehren aus den noch vorhandenen großen Mängeln und Schwächen bei der Massenmobilisierung der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen ziehen, um in der Vorbereitung und Durchführung des 1. Mai Millionen ausgebeuteter Frauen in die revolutionäre Kampffront einzubeziehen.

Die objektive politische Situation ist überreif für die Massenmobilisation der Frauen in allen Ländern der Erde, für ihre Einreihung in die revolutionäre Kampffront, für die internationale Führung und Verbindung ihrer Kämpfe mit dem Ziel des Sturzes der kapitalistischen Gesellschaft, der Errichtung der Diktatur des Proletariats, des Aufbaus des Sozialismus. Reihen wir die Frauen in die revolutionäre Bewegung ein, und der Sieg ist uns gewiß!

*

Die Faschisierung der bürgerlichen Klassenherrschaft

Von K. Schmidt
(Schluß)

IV.

Es war zweifellos von großem Wert, daß auf dem X. Plenum des Ekki im Rahmen der Untersuchung des Faschismus und der Faschisierung der bürgerlichen Klassenherrschaft auch besonders die Frage der Faschisierung der bürgerlichen Demokratie gestellt wurde, wie dies besonders vom Genossen Béla Kun geschah. Wir zitieren die entscheidenden Sätze seiner Diskussionsrede zu dieser Frage:

„Bevor wir zur Entwicklung der Sozialdemokratie zum Sozialfaschismus kommen, müssen wir die Frage der Umwandlung der Demokratie in den Faschismus untersuchen. Thalheimer und seine Gesinnungsgenossen schließen die Möglichkeit der Umwandlung der Demokratie in den Faschismus aus. Wir [179] beweisen, das will ich versuchen jetzt zu tun, die Möglichkeit, sogar die Notwendigkeit der Umwandlung der Demokratie in den Faschismus. Nur so können wir zu einer generellen Formulierung des Sozialfaschismus kommen.“ (Inprekorr S. 1694.)

Hiermit wird eine in den Beschlüssen des VI. Weltkongresses zwar schon angedeutete, aber bis dahin noch nicht so klar ausgesprochene Tatsache festgestellt. Vor allem ist wichtig die Betonung der historischen Notwendigkeit der Umwandlung der Demokratie in den Faschismus. Diese Feststellung heißt keineswegs, daß man Demokratie und Faschismus gleichsetzt, was Genosse Garlandi in seiner Polemik dem Genossen Kun mit Unrecht vorwarf (s. „Inprekorr.“ S. 1847).

Einzuwenden ist etwas anderes: Es ist nicht richtig, die Frage des Faschismus bzw. der Faschisierung der bürgerlichen Klassenherrschaft ausschließlich als eine Frage der allmählichen „Umwandlung“ der bürgerlichen Demokratie zu stellen, d. h. einer Umwandlung ihres politischen Inhalts bei Aufrechterhaltung der parlamentarischen Formen. Man muß zugleich von dem Prozeß sprechen, den der XII. Parteitag der KPD als „fortschreitende Ergänzung und Verdrängung der demokratischen durch die diktatorischen, der parlamentarischen durch die faschistischen Herrschaftsformen“ gekennzeichnet hat. Man muß dies tun, weil dieser Prozeß auch in Wirklichkeit stets mit der Faschisierung der bürgerlichen Demokratie verbunden ist. Auch die „Umwandlung“ der bürgerlichen Demokratie bedeutet ja ihre Liquidierung. Es ist für die materialistische Dialektik nicht möglich, Form und Inhalt zu trennen; das würde in diesem Fall zu schweren politischen Fehlschlüssen führen. Zweifellos konnten Mussolini und Piłsudski jahrelang mit Hilfe eines „faschisierten“ Parlaments regieren. Trotzdem hat jener es schon beseitigt, dieser ist im Begriff, dasselbe zu tun. Und wenn Bethlen

erklärt, daß Demokratie und Korporativsystem einander „ergänzen und stärken“, so sagt dies natürlich nicht mehr, als daß Ungarn noch im Prozeß der Faschisierung begriffen ist.

Der Gedanke der Verwirklichung einer offen faschistischen Diktatur durch bloßen „Funktionswandel“ der demokratischen Formen ist irreal. „Politik ist: Beziehungen zwischen den Klassen“ (Lenin). Die Wandlung der bürgerlichen Politik zum Faschismus bedeutet Veränderung der Beziehungen zwischen den Klassen. Der Prozeß der Faschisierung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie bedeutet eine Veränderung der Klassenstruktur und der Formen der finanzkapitalistischen Diktatur: An die Stelle der parlamentarischen Parteien und der vom Arbeiter „gewählten“ „Volksvertreter“ (Bourgeois, Kleinbürger und Arbeiteraristokraten), die vom Finanzkapital vor allem kraft der Verfügung über das Kapital, durch indirekte Bestechung gelenkt werden, tritt als unmittelbares Werkzeug des Finanzkapitals eine Organisation direkt bestochener, deklassierter Elemente, die faschistische bzw. sozialfaschistische Partei; an die Stelle des Betruges durch die lügenhaften „Freiheiten“ von Presse, Wahlrecht, Versammlungen, Organisationen und Streiks tritt die Knebelung der ausgebeuteten Massen durch Abschaffung auch dieser spärlichen „Freiheiten“, durch staatliche Gewerkschaften, Streikverbot usw.; an die Stelle der „Macht des Reichtums“ als Instrument des „demokratischen“ Betruges der Massen tritt die unmittelbare Gewalt. Die Gewalt, diese politische Grundlage jeder Klassenherrschaft, die in der bürgerlichen Demokratie nur „ausnahmsweise“ offen hervortrat, wird jetzt das unmittelbare, offene und alltägliche Herrschaftsinstrument, von dem sich alle Ideologien und Institutionen des Faschismus direkt ableiten.

Nicht darum handelt es sich, ob das italienische Korporativsystem ein „unentbehrlicher“ Bestandteil des Faschismus ist, sondern darum, ob die [180] ökonomische und politische Knebelung der Arbeiterklasse durch Streikverbot, Staatsgewerkschaften, Abschaffung auch der „bürgerlichen Arbeiterpolitik“ im Parlament unter der Maske des Ständesystems (Korporativsystem) sein „unentbehrlicher“ Bestandteil, ob Faschismus, d. h. eine offen faschistische Diktatur möglich ist unter Aufrechterhaltung der Demokratie. Und hier muß ganz klar gesagt werden: Nein. Während wir die prinzipielle Unterscheidung von Demokratie und Faschismus, die die rechten Liquidatoren machen, schärfstens zurückweisen, müssen wir doch die tatsächlichen, konkreten Unterschiede sehen. Nicht nur, weil sonst der Begriff des Faschismus zu einer bloßen Phrase würde, sondern vor allem, weil man sonst den Prozeß der Faschisierung nicht richtig beurteilen kann. Nicht zu einer „faschisierten“ Demokratie (wie wir sie heute in der Tat in Deutschland schon haben), sondern viel weiter, zur offenen faschistischen Gewaltherrschaft, zu den brutalsten Formen der Diktatur geht die Reise. Dies ist das Ziel des Finanzkapitals, das es erreichen will, erreichen muß[*)]. Ob ihm das gelingt, ist eine andere Frage, die wir nicht theoretisch, sondern praktisch zu beantworten haben. Die richtige Beurteilung der Perspektive der Faschisierung, der Entwicklungstendenzen im Lager des Klassenfeindes aber ist für die Führung des Kampfes von entscheidender Bedeutung[**)].

[*)] [Diese Fußnote ist im Original verstümmelt. Der Autor hat dies korrigiert und den Text erweitert. Siehe Druckfehlerberichtigung in Heft 10, S. 320. *KWF*]

„Genosse Kun kennzeichnet in seiner Rede die gegenwärtige Entwicklung der Sozialdemokratie als eine Entwicklung zum Sozialfaschismus. Diese Formulierung ist für die Gegenwart nicht mehr richtig. Die Sozialdemokratie ist heute in allen Ländern schon eine sozialfaschistische Partei. Natürlich haben wir hier einen Prozeß vor uns, der noch keineswegs abgeschlossen ist. Aber nicht erst sein Endpunkt ist der Sozialfaschismus. Der Endpunkt ist vielmehr der offene Faschismus. Daher nicht bloßer „Funktionswandel“, sondern Krise und schließliche Vernichtung der bürgerlichen Arbeiterpartei durch das revolutionäre Proletariat in der Revolution. Die weitere Faschisierung der bürgerlichen Klassenherrschaft bedeutet aber auch nicht die Ausschaltung des Sozialfaschismus als Werkzeug des Finanzkapitals und seine Ersetzung durch den heutigen Nationalfaschismus, sondern – bei weitgehendem Verwachsen mit diesem – seine Entwicklung in der Richtung des offenen Faschismus. Was zeitweilige „Opposition“ und heftigen Konkurrenzkampf mit dem Nationalfaschismus nicht aus-, sondern einschließt.)

[**)] In Nr. 23/24 (1929) dieser Zeitschrift macht Genosse J. K. (in dem Artikel „Die nationalfaschistische Welle in Deutschland“) bei seinem Versuch einer „soziologischen“ (?!) Analyse des Nationalsozialismus einen schweren Fehler, indem er ihn als eine Partei des Kleinbürgertums darstellt. Nicht nur sein Programm trage deutlich das Gepräge „des um die Sicherung seiner Existenz besorgten Kleinbürgers“. J. K. spricht nur mehr herablassend von den „nationalsozialistischen Kleinbürgern“, ja, er stellt sogar fest, daß „die Führung dem kleinbürgerlichen Kern“ gehöre (S. 749). Es ist hier nicht der Platz zu einer ausführlichen Behandlung der Frage. Aber diese „Klassenanalyse“ des Faschismus (die übrigens einer

V.

Wichtig an der Feststellung der Faschisierung der bürgerlichen Demokratie ist vor allem die scharfe Herausarbeitung des Gegensatzes zwischen uns und den Liquidatoren. Es ist auch zweifellos richtig, daß es heute nicht mehr genügt, so wie es der V. Weltkongreß [181] getan hat, bloß die prinzipielle Verwandtschaft von Faschismus und Demokratie zu konstatieren, sondern, daß man gerade diesen Prozeß der Umwandlung betonen muß. Genosse Kun hat vollkommen recht, wenn er den Prozeß der schrittweisen Umwandlung in eine faschistische Partei, den wir bei der Sozialdemokratie konstatieren, auch bei der bürgerlich-demokratischen Staatsform feststellt.

Aber diese Betonung der schrittweisen Umwandlung der bürgerlichen Demokratie in den Faschismus, kann natürlich keineswegs bedeuten, daß faschistische Staatsstreiche ausgeschlossen sind, bzw. daß der Unterschied unserer Auffassung von der der rechten Liquidatoren darin besteht, daß sie das Kommen des Faschismus nur durch Staatsstreich, wir sein Kommen durch allmähliche Entwicklung behaupten. Eine solche Auslegung der Rede des Genossen Kun wäre natürlich ein grober Fehler. Das Wesen der rechtsliquidatorischen Auffassung wird gekennzeichnet durch den Satz aus dem gelben Organ „Gegen den Strom“:

„Aber der Faschismus gewinnt erst da und dann, wo das Bajonett selbständig wird und seine Spitze auch gegen den bürgerlichen Parlamentarismus wendet. Das ist aber kein allmählicher ‚Uebergang‘, wobei der Parlamentarismus sich selber in sein Gegenteil verwandelt, sondern ein Sprung, praktisch ein Staatstreich.“

Mit anderen Worten: der Faschismus ist unmöglich ohne einen Staatsstreich eines Teiles der Bourgeoisie gegen den anderen, diese Kämpfe sind das Wesen, der Hauptinhalt des Faschismus, der Faschismus „besiegt“ die bürgerliche Demokratie. Die leninistische Auffassung des Faschismus aber sagt: der Faschismus ist eine Form der Konterrevolution der Bourgeoisie gegen das Proletariat, und zwar in der gegenwärtigen Periode des Klassenkampfes die dominierende Form, die immer mehr zur allgemeinen Form der bürgerlichen Klassenherrschaft wird. Die Aufrichtung einer offen faschistischen Diktatur ist kein Schlag gegen die bürgerliche Demokratie, sondern gegen das Proletariat. Ein faschistischer Staatsstreich oder gar ein bewaffneter Kampf gegen den bürgerlichen Parlamentarismus wird gegenwärtig immer seltener, der Parlamentarismus und die ihn unterstützenden Fraktionen der Bourgeoisie wachsen „friedlich“ in den Faschismus hinein. Faschistische Staatsstreiche aber, die sich ausschließlich gegen das Proletariat richten, sind keineswegs unmöglich, sondern solche „Staatsstreiche“ werden gerade dort zur Errichtung einer offen faschistischen Diktatur notwendig sein, wo das Proletariat unter Führung einer starken Kommpartei[1] revolutionär gegen den Faschismus kämpft. Es werden dies keine Staatsstreiche im hergebrachten Sinne sein, sondern die Eröffnung des Bürgerkrieges gegen das Proletariat, die offen militärische Aktion der Faschisten, mit direkter oder indirekter Unterstützung des Parlaments, der bürgerlich-demokratischen Parteien und der Sozialdemokratie.

Nicht weil das Proletariat die Demokratie verteidigt, sondern weil es revolutionär vorwärtsdrängt und um die proletarische Diktatur kämpft, kann sich die bürgerliche Klassenherrschaft nur halten durch die Liquidierung der bürgerlichen Demokratie und die Handhabung der schärfsten Form des offenen Terrorismus, der faschistischen Diktatur. Die Faschisierung der bürgerlichen Demokratie und die stärkste Entwicklung der offen gewaltsamen antidemokratischen Formen des Faschismus, geht – wie Deutschland beweist – gerade Hand in Hand vor sich, und die Errichtung einer offen faschistischen

---

gelegentlichen Aeußerung desselben Artikels über das Finanzkapital als Führer der NSAP direkt widerspricht) muß auf das schärfste zurückgewiesen werden: 1. Die Führung hat nicht ein „kleinbürgerlicher Kern“, sondern das Finanzkapital, nicht nur „objektiv“ oder im übertragenen Sinne, sondern unmittelbar (wenn auch heute noch nicht offen); 2. auch sein aktiver Kader ist nicht das Kleinbürgertum, sondern deklassierte Elemente, „Lumpenproletariat“, d. h. Abfall „aus allen Klassen“, vorwiegend der bürgerlichen Intelligenz, Angestellten, Offizieren usw.; 3. seine Massenbasis ist vor allem das Kleinbürgertum bzw. noch eng mit ihm zusammenhängende junge Schichten des Proletariats.
Daß Genosse J. K. die Frage aufwirft, ob „die kleinbürgerlichen Gruppen, die nach wie vor den Kern der nationalsozialistischen Bewegung bilden, durch revolutionäre Phrasen zu einem ernsthaften Kampf gegen das kapitalistische System gebracht werden könnten“ – zeigt, daß seine Analyse nichts anderes ist als ein Rückfall in die Fehler des Jahres 1923.

[1] Kommunistischen Partei/Komintern-Partei; *KWF*

Diktatur bedeutet in der dritten Periode – unter der Voraussetzung einer revolutionären Führung der proletarischen Massen – nicht mehr wie noch in der zweiten Nachkriegsperiode (Polen 1926) den Staatsstreich eines Teils der Bourgeoisie gegen den anderen, sondern den Entscheidungskampf zwischen der um den [182] Faschismus (plus Sozialfaschismus) gescharten Gesamtbourgeoisie und dem unmittelbar um die proletarische Diktatur kämpfenden Proletariat.

VI.

Die Tatsache der Faschisierung der bürgerlichen Klassenherrschaft hat auch definitiv die Frage beantwortet, ob die faschistische Staatsform als „die" Staatsform des gegenwärtigen Imperialismus bezeichnet werden kann. Zweifellos soll man Tendenzen nicht für vollendete Tatsachen nehmen. Immerhin: man kann sagen, daß die Tendenz zum faschistischen Staat in seiner klassischen italienischen Form besteht in der Epoche der allgemeinen Krise des Kapitalismus und daß sie dominiert, in ein akutes Stadium tritt, in ihrer dritten Periode (seit etwa 1927).

Damit aber ist es auch nötig, auf eine Frage zu antworten, die Genosse H. Duncker anläßlich der Programmdebatten[*)] gestellt hat: Bedeutet die Feststellung jener allgemeinen Tendenz zum Faschismus eine Aufhebung des Marxschen Satzes, daß die demokratische Republik „die letzte Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft", in der „der Klassenkampf definitiv auszufechten ist" (Randglossen zum Gothaer Programm, 1875)[**)] bzw. macht diese Feststellung seine Revision nötig?

Vor allem muß man den konkreten historischen Sinn dieses Marxschen Satzes verstehen: Marx nimmt hier die demokratische Republik im Gegensatz zur Monarchie. Dieser Gegensatz hatte damals noch eine große Bedeutung, stand im Mittelpunkt des politischen Kampfes, die demokratische Republik figurierte als zentrale Forderung in den Minimalprogrammen der revolutionären Arbeiterparteien. Marx verspottet die „vulgäre Demokratie", die in der Republik „das tausendjährige Reich sieht", und sagt, daß die Republik nur die „letzte" (man muß das Wort nicht im rein zeitlichen, sondern im historischen Sinne verstehen), d. h. die höchste, am meisten „demokratische" bürgerliche Staatsform ist, das „letzte Wort" der bürgerlichen Demokratie, nicht aber der Beginn der Herrschaft des Proletariats. Heute ist der Gegensatz von Monarchie und Republik längst überwunden. Heute steht im Mittelpunkt des politischen Kampfes der Gegensatz zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Diktatur, die Forderung der Republik ist mit dem alten „Minimalprogramm" aus dem kommunistischen Programm verschwunden. Heute ist der Klassencharakter dieser Republik kraß in Erscheinung getreten, Millionen Ausgebeutete haben ihn begriffen. Zugleich aber ist auch der Unterschied zwischen Republik und Monarchie in den imperialistischen Ländern bis auf einige Aeußerlichkeiten völlig verschwunden: die „parlamentarische Demokratie" entfaltet in gleicher Weise unter Königen wie unter Präsidenten ihre Unterdrückerrolle. Und ebenso allgemein wie die parlamentarische Demokratie – ist auch der Prozeß ihrer Faschisierung, ihrer Liquidierung durch den Faschismus. Der Faschismus, der aus der Demokratie herauswächst, straft Marx keineswegs Lügen, er bestätigt vielmehr die Marxsche Feststellung, vom Klassencharakter dieser Demokratie, er bestätigt zugleich, daß sie das „letzte" Wort der demokratischen Entwicklung der Bourgeoisie war.

Marx hat in der Epoche der freien Konkurrenz geschrieben, die [183] Epoche des Imperialismus und die allgemeine Krise des Kapitalismus hat er nicht mehr analysiert. Daher konnte er auch unmöglich den Faschismus, ihr Produkt, voraussehen. Die allgemeinen Tendenzen der Entwicklung des bürgerlichen Staates aber hat Marx analysiert – am Beispiel des Bonapartismus. Obwohl es keineswegs angeht, Faschismus und Bonapartismus gleichzusetzen[***)], ist es lehrreich, in dieser Frage die Marxsche Analyse des Staatsstreiches vom 2. Dezember 1851 als Parallele heranzuziehen.

[*)] Siehe H. Duncker „Zum neuen Programmentwurf", „Die Internationale Nr. 13, 1928, S. 479.

[**)] „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei", Viva 1922, S. 33 (In den „Programmkritiken", Bd. 12 der „Elementarbücher des Kommunismus" ist dieser wichtige Absatz der „Randglossen" leider ausgelassen).

[***)] Eine Darstellung ihres Verhältnisses und besonders ihrer grundlegenden Unterschiede habe ich in dem Artikel „Der Faschismus als neueste Form der bürgerlichen Konterrevolution" in Nr. 7 (1929) der Zeitschrift „U. d. Banner d. Marxismus" gegeben. Vor allem müssen die oberflächlichen Analogien Thalheimers (s. „Rote Fahne" vom 28. Februar 1928) zurückgewiesen werden, der u. a. behauptete, auch beim Faschismus „herrsche die Bourgeoisie, aber sie regiere nicht" (dies die „wissenschaftliche" Grundlage des Satzes vom „Siege des Faschismus" über die Demokratie").

In seinem „18. Brumaire“[*)] stellt Marx die Entwicklung der Exekutivgewalt, der „weitschichtigen und künstlichen Staatsmaschinerie“ in Frankreich dar, die, vom Absolutismus geschaffen, von jedem folgenden Regime „vervollkommnet“ wurde. „Die parlamentarische Republik endlich sah sich in ihrem Kampf gegen die Revolution gezwungen, mit den Repressivmaßregeln die Mittel und die Zentralisation der Regierungsgewalt zu verstärken.“ Der Staatsstreich des 2. Dezember war daher keineswegs ein Gegensatz zur Republik; durch ihn wurde vielmehr bloß die Exekutivgewalt „vollendet“, „auf ihren reinsten Ausdruck reduziert“, und „isoliert“.

Im hier entscheidenden Punkt (natürlich nicht in allen Punkten), das gleiche Verhältnis besteht (wenn auch unter ganz anderen historischen Bedingungen) gegenwärtig zwischen der sich „faschisierenden“, in Zersetzung begriffenen parlamentarischen Demokratie und dem „faschistischen Staat“. Dieser „reduziert“ die faschistischen Tendenzen in der gegenwärtigen bürgerlichen Demokratie „auf ihren reinsten Ausdruck“, legt sie offen, wirft die bloße Maske des Parlamentarismus ab. Hier ist kein Widerspruch zu dem Satz von Marx über die demokratische Republik. Im übrigen wäre es natürlich völlig unmarxistisch, zwischen zwei konkreten Feststellungen des Marxismus aus zwei so verschiedenen Epochen der Entwicklung des Kapitalismus einen Widerspruch entdecken zu wollen. Schon Lenin hat die politischen Tendenzen des Imperialismus gekennzeichnet als brutale, offene Reaktion, „Monopol, Oligarchie, Streben nach Herrschaft statt Streben nach Freiheit“[**)]. Dieser Leninsche Satz, – der der Marxschen Analyse des bürgerlichen Staates nicht widerspricht, sondern sie fortführt – wird durch die These der Faschisierung der bürgerlichen Klassenherrschaft den gegenwärtigen Bedingungen des Klassenkampfes entsprechend konkretisiert und entscheidend ergänzt.

VII.

Eine weitere Frage, die mit dem Gesetz der Faschisierung des bürgerlichen Staates in enger Verbindung steht, ist die Möglichkeit der „Rückverwandlung“ faschistischer Staaten in demokratische Republiken. Zweifellos ist auf einer gewissen Stufe der Faschisierung eine solche Rückverwandlung, d. h. ein neuerliches Vorbinden der demokratischen Maske durchaus möglich ohne irgendwelche wichtigen Veränderungen im Staatsapparat, ja auch ohne seine spezifisch faschistischen Funktionen aufzuheben. Es wäre dies natürlich bloß ein Manöver der Finanz-[184]oligarchie, bzw. des Faschismus selbst, um seine Basis zu verbreitern und bei gelegener Zeit weiter vorzustoßen, keinesfalls aber der Anbruch einer neuen Epoche der bürgerlichen Demokratie (siehe z. B. das Zurückweichen Mussolinis und das Versprechen der „Normalisierung“ während der Matteotti-Krise 1924, die ähnlichen Manöver Primo de Riveras, Piłsudskis usw.). Mit jedem weiteren Schritt der Faschisierung wird auch nur eine solche neue Maskerade der bürgerlichen Klassenherrschaft schwieriger, nur möglich unter Preisgabe ihrer wichtigsten Stützen (sie ist heute in Polen und Spanien leichter als in Italien).

Dennoch wäre es falsch, zu behaupten, daß sie unmöglich ist[***)]. Nehmen wir das Beispiel Italiens. Es ist klar, daß jedes Ansteigen der revolutionären Massenbewegung den Faschismus zur Verschärfung seines Kurses der Knebelung und Terrorisierung der Massen veranlassen wird. Aber dies ist – bei ernsten revolutionären Erschütterungen – nur bis zu einem bestimmten Punkt möglich, nämlich solange der faschistische Gewaltapparat noch funktioniert. Möglich ist es (und unsere italienischen Genossen werden dies mit allen Kräften anstreben), daß das Proletariat in einem Ansturm mit dem Faschismus auch den bürgerlichen Staat überhaupt zerschmettert und die proletarische Diktatur erkämpft. Sicher aber ist, daß das italienische Finanzkapital und wohl der Faschismus selbst bzw. eine seiner Fraktionen im Moment der Auflösung seiner Macht unter den Schlägen der Revolution versuchen wird, die Maske der „Demokratie“ oder der „Republik“ vorzubinden. Die Klassenbasis einer

[*)] Deutsche Ausgabe von Rjasanow, Berlin 1927, S. 114.

[**)] XIX, 171 (russ.).

[***)] In der Zeit seit der Niederschrift des Artikels (XI. 1929) ist in der Tat die faschistische Diktatur in Spanien zusammengebrochen, ohne daß das Proletariat die Kraft hatte zu einem gleichzeitigen oder rasch darauf folgenden Sturz der Bourgeoisie. Es wird eine gewisse „demokratische“ Maskerade inszeniert. Von der revolutionären Kraft des Proletariats und der armen Bauern Spaniens wird es abhängen, ob diese das Vorspiel der Revolution oder der Anlauf zu einer neuen, mehr maskierten Form des Faschismus sein wird. Auf jeden Fall ist der Sturz Primo de Riveras eine schwere Erschütterung der spanischen Bourgeoisherrschaft und darüber hinaus des internationalen Faschismus.

solchen Wendung des Finanzkapitals ist vorhanden in dem starken Kleinbürgertum, das sich vom Faschismus abgewandt hat. Ob sie gelingt, ist eine Frage der revolutionären Kraft, Organisiertheit und Führung des Proletariats, seiner Hegemonie über die kleinbürgerlichen Massen usw. Um es aber zur sofortigen Niederwerfung auch der „demokratischen" Konterrevolution fähig zu machen, muß man offen von dieser Gefahr sprechen, darf sie nicht verschweigen oder unterschätzen.*)

In den Thesen über die Taktik der KPR, die der III. Weltkongreß der Komintern angenommen hat, schrieb Lenin:

„Die proletarische Revolution in Rußland bestätigt noch einmal die Erfahrungen aus den Jahren 1789-1794 und 1848-1849, bestätigt die Worte Friedrich Engels, der in seinem Brief an Bebel vom 11. Dezember 1884 schrieb: Die reine Demokratie kann im Momente der Revolution als letzter Rettungsanker der ganzen bürgerlichen, selbst feudalen Wirtschaft momentan Bedeutung bekommen ... So verstärkte die gesamte feudal-bürokratische Masse 1848 (März bis September) die Liberalen, um die revolutionäre Masse nieder-[185]zuhalten ... Jedenfalls ist unser einziger Gegner am Tage der Krise und am Tage nachher die um die reine Demokratie sich gruppierende Gesamtreaktion, und das glaube ich, darf nicht aus den Augen verloren werden. (Friedrich Engels: „Politisches Vermächtnis", Nr. 12 der Internationalen Jugendbibliothek, Berlin 1920, S. 18.)

Sind diese Erfahrungen aller Revolutionen von 1789 bis 1917 (und 1919), die auch den Leninschen Thesen über Demokratie und Diktatur zugrundeliegen, heute veraltet, ungültig geworden infolge der Faschisierung der bürgerlichen Klassenherrschaft? Nein. Nur die Grenzen, Innerhalb derer sie gelten und die konkreten Verhältnisse, auf die sie heute angewendet werden müssen, haben sich geändert. Die Rolle der reinen Demokratie von 1917 bis 1919 war nicht nur eine Folge der besonderen historischen Situation bei Kriegsschluß. Sie hat auch kein „Monopol" auf die Verteidigung der bürgerlichen Klassenherrschaft besessen, sondern war „bloß" der Sammelpunkt der Konterrevolution, auch der m. o. w.[1] faschistischen. Sie arbeite zum Teil mit faschistischen Methoden (Noske). Die Faschisierung der bürgerlichen Demokratie und ihrer Parteien schließt eine neuerliche ähnliche Rolle wie 1917 bis 1919 keineswegs aus, auch wenn sie wesentliche Unterschiede mit sich bringt (vor allem die Untergrabung der Klassenbasis der „reinen Demokratie", die notwendige Kurzlebigkeit solcher Maskeraden usw.).

Fassen wir zusammen: Das Gesetz der Faschisierung der bürgerlichen Klassenherrschaft ist keine Schablone zur mechanischen Umstülpung aller bisherigen Begriffe, sondern eine Zusammenfassung der neuen konkreten Erfahrung auf der Grundlage der Lehren Lenins über den Staat, die bürgerliche Demokratie, usw. und – wie diese Lehren selbst – eine Anleitung zur Praxis, d. h. zum Kampf gegen den Faschismus, zum Kampf für die Diktatur des Proletariats, der eben durch die Faschisierung der bürgerlichen Klassenherrschaft viel konkreter, viel unmittelbarer auf die Tagesordnung gestellt wird als bisher.

LITERATUR

Handbuch der Rationalisierung

herausgegeben im Auftrage des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit von Dr. Fritz Reuter, Berlin.
Industrieverlag Spaeth u. Linde, Berlin–Wien, 1930.

Dieses „Handbuch der Rationalisierung" ist ein dicker Wälzer von über 1200 Seiten. Zum ersten Male wird hier eine eingehendere Darstellung des technischen Vorganges der deutschen Rationalisierung auf einer großen Anzahl von Gebieten gegeben. Fast 1000 Seiten sind der Darstellung einzelner

*) Diesen Fehler machten in der Tat die Thesen des ZK der KP Italiens zur II. Parteikonferenz: obwohl auf die Gefahr eines „demokratischen" Antifaschismus zur Rettung des kapitalistischen Regimes (S. 478) hingewiesen wurde (als dessen Führer die Thesen vor allem die Sozialdemokratie nannten), hieß es auf Grund einer abstrakten „Identifizierung" von Kapitalismus und Faschismus im weiteren, daß „der Kampf um die (bürgerliche) Demokratie ein Kampf gegen den Kapitalismus", „identisch" sei mit dem Kampf für die proletarische Diktatur. Und daraus folgten erstens die taktische Richtlinie: „Die Tagesparolen, die wir herausgegeben, sind „demokratischen Typus im Sinne der bürgerlichen Demokratie", zweitens die Parolen: Republik und Nationalversammlung auf der Basis der Arbeiter- und Bauernkomitees (s. Inprekorr 1928, Nr. 25, S. 480).

[1] mehr oder weniger. *KWF*

Rationalisierungsvorgänge und -methoden gewidmet, die durch Bilder, Graphiken, Tabellen usw. in zum Teil geschickter Form illustriert und erläutert wird. In dieser Beziehung gibt das Buch zweifellos wichtiges Rohmaterial. Es werden eine Reihe außerordentlich fortgeschrittener Methoden rationeller Betriebsführung gezeigt, nicht nur im Produktionsprozeß, sondern auch in der Zirkulation und Distribution; nicht nur für den kapitalistischen Mittel- und Großbetrieb, sondern auch für den Kleinbetrieb des Handwerkers, nicht nur für den wirtschaftlichen Prozeß selbst, sondern auch für die rationellere Ausbildung der menschlichen Arbeitskraft.

Es ist natürlich das Handbuch der kapitalistischen Rationalisierung. Denn die Ratio, die hier neue Methoden untersucht, ist die Ratio des Kapitalisten. Der kapitalistische Charakter der Rationalisierung äußert sich bekanntlich in erster Linie in der verstärkten Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Allein die Tatsache, daß z. B. in dem 52 Seiten umfassenden Abschnitt über Zeit-[186]studien und Zeitfestsetzung nur sechs bis sieben Seiten die Stellung des Arbeiters behandeln, zeigt das schon. Und noch mehr tritt das hervor, in der Art, wie das Problem der menschlichen Arbeitskraft hier behandelt wird. Es wird untersucht, wie die Rationalisierung am besten gegen den Arbeiter durchgeführt werden kann. So heißt es z. B. auf Seite 302:

„Es ist zu verwerfen, auf Grund von wenigen Beobachtungen neue, womöglich sogar herabgesetzte Akkorde in der Werkstatt durchsetzen zu wollen, sondern man sollte warten, bis genügend Material für den Nachweis nicht nur der wirklichen Arbeitszeiten, sondern möglichst auch der damit verbundenen Verlustzeiten vorliegt. Denn gerade in der Möglichkeit dieses Nachweises liegt die Stärke der neuen Methode. Während die Arbeiterschaft der früheren Akkordgebung mit einem manchmal begründeten Mißtrauen gegenüberstand, kann dieses jetzt bei halbwegs gutem Willen überwunden werden, da in der neuen Stückzeitrechnung nichts zu verbergen ist. Daher sollte man die ganzen Arbeiten in aller Offenheit durchführen."

Und auf Seite 305 wird der Grundsatz aufgestellt: „Der besser geeignete Mann ist stets vorzuziehen. „Aufgabe" der kapitalistischen Rationalisierung ist es eben, die Arbeitsleistung auf ihr Höchstmaß zu steigern, um den Profit zu vergrößern. Daran ändern auch nichts die in diesem Zusammenhang rein formalen Hinweise auf die Arbeiterschutzgesetze.

Das Problem der menschlichen Arbeitskraft wird dann weiter behandelt in dem Abschnitt über Berufsauslese. Es wird zugegeben, daß die Rationalisierung auch gewisse Nachteile für die Arbeiterschaft hat; diese Nachteile können aber beseitigt werden. Ein wichtiges Mittel dazu soll die Berufsauslese sein. Aber diese Berufsauslese hat nicht den Sinn, den Arbeiter zu schützen, sie soll seine rationellere Ausbeutung ermöglichen. Abgesehen von dem geringen Wirkungskreis – da die Zahl der gelernten Arbeitskraft sinkt – ist Berufseignungsprüfung natürlich nicht gleichbedeutend mit Existenzsicherung für den Arbeiter, soll es auch nicht sein. Darüber findet sich aber nun in diesem umfangreichen Werk nichts mehr. Denn dieses Buch handelt nur von der Rationalisierung, deren Auswirkungen „gehören ja nicht zum Thema". So werden die für die Arbeiterklasse entscheidenden Probleme der verstärkten Ausbeutung und der steigenden Erwerbslosigkeit infolge der kapitalistischen Rationalisierung in diesem Buche in keiner Weise behandelt. Es ist eben ein Handbuch der kapitalistischen Rationalisierung.

Noch ein anderer Punkt ist von Interesse. Ein Abschnitt behandelt das „Budgetprinzip in der industriellen Unternehmung". Budgetprinzip heißt Aufstellung eines Wirtschaftsplans. Aber es ist ja gerade eines der grundlegendsten Merkmale der kapitalistischen Produktionsweise, daß in ihr eine planmäßige Wirtschaft nicht möglich ist, da sich keine Unternehmung von der Abhängigkeit vom kapitalistischen Markt freimachen kann. Mit anderen Worten, im Verlauf der Untersuchung der Rationalisierungsmethoden drängt sich den Fachleuten von selbst der Gedanke der Planwirtschaft auf. Für sie handelt es sich nur um „Schwierigkeiten", nicht um prinzipielle Schranken, wenn sich das Budgetprinzip nicht ohne weiteres durchführen läßt. Der mit der technischen Entwicklung wachsende Grundwiderspruch zwischen der Entfaltung der Produktivkräfte und ihren Produktionsverhältnissen muß notwendig in dieser Form auftreten, sobald der Versuch gemacht wird, die kapitalistische Produktion systematisch zu rationalisieren.

Zusammenfassend kann man sagen: ein in jeder Hinsicht lehrreiches Buch, wenn man versteht, es marxistisch zu lesen. F. B.

Kurt Kersten: „ Bismarck und seine Zeit“

Neuer Deutscher Verlag, Berlin 1930, 544 Seiten.

Das Buch sagt dem Arbeiter viel von dem Manne und der Zeit, die die bürgerliche „Wissenschaft“ als die „große und heldenhafte“ Epoche der deutschen Vergangenheit zu feiern auch heute nicht müde werden kann. Kersten gibt nicht nur ein hervorragendes Bild des genialsten Intriganten, den die deutsche Geschichte kennt, er bietet auch einen glänzenden Auszug von Dokumenten der Entstehung des schwarzweißroten Deutschland.

„Drei Könige habe ich nackt gesehen, da nehmen sich die hohen Herrschaften nicht gerade sehr gut aus“: so Bismarck 1891 zu einem seiner Ver-[187]trauten: davongejagt von einer Clique, deren Ränkespiel zu meistern er zu alt geworden, hatte der Erzmonarchist keinen Grund mehr, seinem Prinzip zuliebe noch weiter zu lügen. Ihn selbst aber, den wahren Herrscher und das wahre Symbol seiner Zeit, „nackt“ zu zeigen, das mußte einer Zeit vorbehalten sein, die über ihn und seine Epigonen längst hinweggeschritten.

Eine Unmenge von Belegen aus Briefen, Gesprächen, Notizen, teilweise noch unverwandtes Material, ergeben eine gute Zeichnung des Mannes, der mit dem Leben Tausender von Menschen spielte, der Könige, Hofdamen und Generale, Parteiführer und Bankiers wie an seidenen Schnüren tanzen ließ, der über ein Heer von Kreaturen, Spitzeln, Soldschreibern und Provokateuren in allen Winkeln der Diplomatie verfügte; des Mannes, der mit der fanatischsten Gier nur das eine Ziel kannte, für das ihm kein Mittel zu schmutzig war: die Autokratie der eigenen Person. Die Lügen der Lehrstühle und Geschichtsbücher vom „Schmied der deutschen Einheit“, von edler Gesinnung und hohen Ideen zerflattern. Es bleibt das Zerrbild des Hasardeurs, der 1848 die Straßen Berlins mit Proletarierblut ertränken wollte, der Landtage und Reichstage wie eine Zusammenrottung von dummen Jungens behandelte, der das Rheinland – lieb Vaterland, magst ruhig sein – an Napoleon verschachern wollte, der blutige Kriege mit der Logik eines Teufels provozierte, der ein Kaiserreich schuf, an dem zwar nicht der „Ludergeruch der Revolution“ klebte, dafür aber der Gestank von Fälschung, Fürstenbestechung und elendem Kuhhandel um Privilegien, ein Reich, geschaffen als notwendiges Produkt der Entwicklung der Großbourgeoisie, gestützt auf die Machtgelüste einer Militärkamarilla, errichtet auf den Leichen von Tausenden Proletariern.

Dieses Buch zeichnet rücksichtslos den pommerschen Junker, zeitlebens ein Exponent seiner reaktionären Klasse, der unter seinen Kürassierstiefeln, so wie er Monarchen zertrat, das revolutionäre Proletariat zertreten, mit Zuchthaus und Terror – rühmliches Vorbild sozialfaschistischer Ministerlinge – seine Bewegung „auslöschen“ wollte; der schließlich zerschellte an eben dieser Klasse, deren Energie und Kraft stärker war als der Wille des Einen, möge er auch ein Genie gewesen sein.

Schilderungen von teilweise ausgezeichneter Fassung, wie etwa die der Reichsgründung von Versailles oder der Entlassung sind zu erwähnen.

Der Verfasser offenbart jedoch auch eine ganze Reihe unmarxistischer Schwächen: Die klare Aufzeigung der Klassenstruktur Deutschlands, auf Grund deren Bismarck seine Experimente wagen konnte, fehlt meist, oder hinkt doch hinter der Schilderung der Ereignisse her, so als ob es dem Verfasser erst hinterher eingefallen wäre, daß diese Dinge ja eigentlich auch „erwähnt“ werden müßten. Wo sie genannt werden, geschieht dies meist in unklarer, verwirrender Weise: so behauptet K. (S. 319), der 70er Krieg sei ein reiner Klassenkrieg der Reaktion gegen die Bourgeoisie, sei zugleich „ein Kampf gegen die revolutionären und zentrifugalen Elemente im eigenen Lande“ usw., während ein paar Seiten später frisch erzählt wird, das Ganze sei nur ein Streit um die lothringischen Erzgruben gewesen, die Schwerindustrie sei der treibende Faktor gewesen, und bei Bismarck sowieso ständig ein- und ausgegangen. Und solche Geschichten wie „Napoleon sei mit Hilfe des ‚Finanzkapitals‘ zu Macht gekommen“ (S. 130) oder mit der Kriegserklärung habe „der Imperialismus seine Herrschaft in Mitteleuropa angetreten“ (S. 299) und andere wären auch besser unterblieben.

Trotz dieser Mängel jedoch kann das Buch empfohlen werden. Es ist ein glänzendes Handbuch der reaktionären Geheimdiplomatie, die bis auf den heutigen Tag ja schließlich nur Spieler und Thema gewechselt hat. wf.

Berichtigung
zur Besprechung der Broschüre von Molotow, „Der Aufbau des Sozialismus und die Wachstumsschwierigkeiten“

In der Besprechung der Broschüre des Genossen W. Molotow „Der Aufbau des Sozialismus und die Wachstumsschwierigkeiten“, die in Heft 1/2 der „Internationale“ vom 15. Januar 1930, unterzeichnet von Turowski, erschien, sind einige grobe Entstehungen des Sinnes der Rede des Genossen Molotow auf der Moskauer Parteikonferenz enthalten. Durch unrichtige Zitierung wird der Inhalt der Rede geändert, insbesondere wird an einer Stelle dem Genossen Molotow [188] der Satz unterstellt, „daß ohne unmittelbare praktische Unterstützung der Kollektivierung des Dorfes durch die Industriearbeiterschaft ... nichts von Bestand ... nichts wirklich Sozialistisches geschaffen werden kann.“

Indem dieses Zitat unbefugter Weise gekürzt und aus dem Zusammenhang gerissen wird, entsteht der Eindruck, als sei damit eine Perspektive des Zweifels und Unglaubens an den Sieg der Kollektivierung des Dorfes aufgestellt worden.

In Wirklichkeit besagen die zitierten Sätze genau das Gegenteil. Sie haben im Wortlaut der in deutscher Sprache veröffentlichten Broschüre (S. 31) folgende Fassung:

„Die verstärkte Organisierung der proletarischen und halbproletarischen Elemente im Dorf ist für uns gegenwärtig von besonderer Bedeutung. Wir müssen uns aber stets vergegenwärtigen, daß ohne unmittelbare praktische Unterstützung der Kollektivierung des Dorfes durch die Industriearbeiterschaft – im Aufbau von Kollektivwirtschaften, die tatsächlich die breiten Massen der Klein- und Mittelbauern vereinigen – nichts von Bestand, nichts wirklich Zuverlässiges, nichts wirklich Sozialistisches geschaffen werden kann. Diese Unterstützung der Arbeiter wird auch jetzt schon durch die Parteiorganisationen, die Gewerkschaften, durch Arbeiter, die zur Durchführung bestimmter Kampagnen ins Dorf entsandt werden, und auf ähnliche Weise in mannigfaltigsten Formen verwirklicht. Das alles genügt aber noch nicht. Man muß auch neue Formen der Beteiligung der Industriearbeiter an der Kollektivierung der Bauernwirtschaft finden.“

Der entsprechende Teil der Rede des Genossen Molotow enthält also in Wirklichkeit nicht eine Einschränkung der Perspektiven der Kollektivierung – wie aus der falschen Wiedergabe in Heft 1/2 zu folgern wäre – sondern umgekehrt: ihre Erweiterung und maximale Sicherung bei gleichzeitiger aktiver Mobilisierung der Massen des Industrieproletariats für die Einbeziehung der Landwirtschaft in den Sozialismus.

Wir stellen diesen Fehler hiermit richtig.

Die Redaktion der „Internationale“.

*

„Kommunistische internationale“, Jahrgang 1930, Hefte 1-5

Mit der wachsenden Verschärfung der Weltkrise wird es notwendig, ihre ökonomische Basis eingehender zu untersuchen, da ihre Auswirkungen infolge der Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung in den einzelnen Ländern verschieden sein müssen. Daher beschäftigen sich diese Nummern des neuen Jahrganges ausführlich mit der ökonomischen Seite der Krise. Besonderes Gewicht fällt dabei den Artikeln über die Weltkrise und die amerikanische Krise zu. Denn die allgemeine Krise der Weltwirtschaft, die wir schon seit Jahren in verschiedenem Ausmaß in einer Reihe von Ländern feststellen konnten, erfährt durch die amerikanische Krise eine besonders große Verschärfung, die als eine qualitative Veränderung des Charakters der Weltkrise betrachtet werden muß: die amerikanische Krise ist nicht eine Krise neben den anderen Teilkrisen, sie ist vielmehr der Punkt in der Weltwirtschaft, von dem aus die Einheit der Krise in der ganzen Welt neu ersteht. Noch haben wir es in den einzelnen Ländern mit Teilkrisen zu tun, noch haben die Wellen der amerikanischen Krise die meisten Länder nicht erreicht, aber der Zeitpunkt rückt immer näher, in dem die amerikanische Krise alle anderen kapitalistischen Länder aufs schwerste erschüttern wird. Darum müssen die ökonomischen Faktoren der amerikanischen Krise wie der Teilkrisen in den anderen Ländern eingehend untersucht werden.

Das ist der leitende Gedanke, der alle Artikel über die Krise in diesen Nummern der Kl. durchzieht und im Leitartikel von Heft 4 eingehend ausgeführt wird. Dabei wird besonders betont, daß die Ursache der amerikanischen Krise nicht der Börsenkrach im Herbst 1929 war, daß dieser vielmehr durch eine Reihe tieferliegender Ursachen veranlaßt wurde: Teilkrisen in einer Reihe südamerikanischer Staaten, die den Export der Vereinigten Staaten dorthin erschwerten.

[189] Für die Wucht, mit der die amerikanische Krise die anderen Länder ergreifen wird, ist es von ausschlaggebender Bedeutung – das wird von Varga in Heft 4 untersucht –, wie stark der internationale Preisfall sein wird. Nach Varga enthält das hohe Preisniveau heute noch inflationistische Reste; daneben noch die Wirkungen des Monopolisierungsprozesses, die jedoch nach Vargas Ansicht von nicht so entscheidender Bedeutung sein können, da gerade das Preisniveau der Fertigfabrikate gegenüber der Vorkriegszeit am höchsten liegt, obwohl hier die Monopole weniger entwickelt sind als in der Produktionsmittelindustrie. Varga rechnet mit einem sehr starken Preisfall, der den internationalen Kampf um die Märkte und damit auch die internationale Krise bedeutend verschärfen muß. Je größer der Preisfall, desto schärfer die Auswirkungen der amerikanischen Krise.

In besonderem Maße wird jedoch die Weltkrise verschärft durch die internationale Agrarkrise, die Genosse Magyar in Heft 1 untersucht. Er zeigt, daß sich heute ein Prozeß der Standortsverlagerung in der Weltagrarproduktion vollzieht, insbesondere in der Getreideproduktion; es heißt bei ihm (S. 40):

„In der Hauptsache muß konstatiert werden: während vor dem Weltkrieg die Länder mit halbfeudalen Bodenverhältnissen (Rußland, Indien, Rumänien, Ungarn) auf dem Getreideweltmarkt eine entscheidende Rolle gespielt haben, sind nach dem Kriege die Länder mit einer gesteigerten technischen Entwicklung der Landwirtschaft auf dem Getreideweltmarkt von maßgebender Bedeutung geworden."

Die Ursachen hierfür liegen in dem beschleunigten Prozeß der Industrialisierung der Landwirtschaft im Verein mit sozialen und politischen Veränderungen, der besonders stark in kapitalistisch entwickelten Ländern sich vollzieht, während die halbfeudalen und kolonialen Länder nur in geringem Grade von ihm berührt werden. Dazu kommt die Sozialisierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion, die die Ueberproduktionskrise auf dem Weltgetreidemarkt noch verschärfen wird. Die Folge wird auf die Dauer trotz mancher Schwankungen ein Preisfall sein, der die agrarische Kaufkraft verringert und dadurch die industrielle Krise und den internationalen Kampf um die Märkte notwendig verschärft.

Neben diesen allgemeinen Untersuchungen finden sich eine Reihe von Artikeln, die den Grad und den Umfang der Krise in den einzelnen Ländern behandeln. Wir erwähnen von ihnen besonders die Aufsätze von P. D. über Deutschland, Barbé über Frankreich, Garlandi über Italien, Weinstone über Amerika, Sorki über Polen u. a. m.

Wir wollen noch besonders auf die auch in der deutschen Parteipresse abgedruckten Reden des Genossen Stalin auf der Aprilkonferenz 1929 und vor den Agronomen hinweisen, die außerordentlich wichtige, grundsätzliche Fragen, nicht nur des sozialistischen Aufbaus, sondern der Komintern überhaupt (vor allem in der Diskussion mit Bucharin) behandeln. Auch ein Artikel von Ferdi sei genannt, der die Verlagerung des Schwerpunktes der nationalen Freiheitsbewegung in den östlichen unterdrückten Ländern zeigt: die Führung des Befreiungskampfes geht hier mehr und mehr von der nationalen Bourgeoisie an das Proletariat und die Werktätigen, insbesondere die armen Bauern, über.

*

Der Klassenkampf vom 1. Februar 1930

Das Heft führt die Kampagne der „Linken" für eine demagogische Ausgestaltung der SPD-Politik fort (wie übrigens mit kleinen Nuancen auch Decker im Februarheft der „Gesellschaft"). Im Leitartikel weint Seydewitz ein wenig darüber, daß die Regierung, einschließlich der SPD-Minister, die Forderung der SPD-Fraktion nach Beseitigung Schachts abgelehnt hat. Er tröstet sich damit, daß eine Beseitigung Schachts nicht grundlegend irgendwie in entscheidender Weise die reelle Macht der herrschenden kapitalistischen Klasse „beseitigen wird". Diese gewundene, revolutionär schillernde Formel ist in der Tat nur die „marxistische" Einkleidung der Kapitulation auch in dieser Frage. In der

Tat fehlt indem Entwurf eines „Kampfprogramms der Sozialdemokratie“, den dasselbe Heft bringt, die Forderung der Beseitigung Schachts. Wieder eine geplatzte Illusion der „Linken“!

[190] Interessant ist das Geständnis S.s, daß sich Hilferding dem Trustkapital viel schmiegsamer fügen „mußte“ als Moldenhauer.

E. Weckerle feiert in dem Artikel „Happy end im Haag“ das Auftreten Deutschlands und Frankreichs „Arm in Arm auf dem internationalen Kapitalmarkt“ mit „dem Prospekt zu der größten bisher erlebten Anleihe“ als „erstrangige Sensation“, „einen großen Friedensschritt“, einmal, das den Ausbruch eines neuen Zeitalters ankündigt“. Er zitiert dabei zustimmend eine ganze Spalte der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 18. Januar 1930, der konsequentesten Vertreterin des deutsch-französischen Kriegsbündnisses gegen die Sowjetunion. Kommentar überflüssig.

Die „Positiven Vorschläge zur Finanzreform“, die vom Landesarbeitsausschuß der SPD Ostsachsens aufgestellt wurden, werden als „Vorarbeit für ein Kampfprogramm der Sozialdemokratie“ bezeichnet, sie sollen „ein für die gegenwärtige Lage zugeschnittenes Aktionsprogramm“ sein, „das den verzweifelten Massen den Weg aus der jetzt geradezu katastrophalen Situation zeigt“. Wer von diesem Programm starke demagogische oder revolutionäre Phrasen erwartet hatte, hat sich geirrt. Die „Forderungen“ sind direkt kläglich.

Zuerst: der Etat des Reiches müsse unbedingt ins Gleichgewicht gebracht werden. Dann: Mehreinnahmen seien zu erschließen durch Offenlegung der Steuerlisten, Einziehung der Rückstände, Verschärfung der Erbschaftssteuer, Aufhebung der Steuerfreiheit für Spekulationsgewinne und Herabsetzung der Grenze der Besteuerung des Einkommens, Einführung weiterer Staatsmonopole. Von Luxussteuern kein Ton! Eine Entlastung der Massen wird in ganz verschwommenen Phrasen „gefordert“:

„Herabsetzung der Zölle und Verbrauchsabgaben; der Sozialetat darf nicht abgebaut, sondern muß ausgebaut werden. Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeit“.

Kein Wort von Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, dafür aber seien „die Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge wesentlich zu erhöhen“!

Ferner fordert man „keine Verminderung der Einnahmen der Länder und Gemeinden“ und „Ersparnisse“, u. a. durch folgende lächerliche Maßnahmen: „Abbau der hohen Gehälter der höchstbezahlten (!) Beamten“ um 20 Prozent, Kürzung der Pensionen auf den Höchstsatz von 12.000 Mark (!), Herabsetzung des Wehretats auf 500 Millionen usw.

Dieses „Kampfprogramm“ ist gestellt mit der Absicht, die Regierungspolitik der SPD nicht zu stören. In der Tat heißt es in der Einleitung, es „könne“ zum Auseinanderfallen der Regierung führen. Dies sind – die „Linken“. Es wird die Aufgabe unserer Presse sein, sie an Hand ihres „Kampfprogramms“ vor den Massen zu entlarven.

Erwähnenswert aus dem Heft ist noch der Artikel von A. Gurland „Absatz und Verwertung im Kapitalismus“, der versucht, aus den beiden mechanistischen Zusammenbruchstheorien von Sternberg und Großmann ein ethisches Ragout zum Hausgebrauch der „linken“ SPD. zurechtzumachen. K. S.

*

„Die Gesellschaft“, Februar 1930.

Jahrelang, noch bis in die allerletzte Zeit, haben die „Theoretiker“ der SPD. die Feststellung der Komintern bestritten, daß sich die bürgerliche Klassenherrschaft, wie im allgemeinen so auch in Deutschland, zum Faschismus entwickelt. Im Gegenteil – hieß es – zur immer weiteren Demokratisierung gehe die Reise. Diese Lüge ist zusammengebrochen. Im Leitartikel des vorliegenden Heftes betrachtet es G. Decker schon als selbstverständlich, daß die faschistische Diktatur in Deutschland komme, nur daß sie „nach italienischem Muster durch die „Eroberung“ Berlins errichtet werden wird“, ist ihm „höchst unwahrscheinlich“. Er betrachtet den kalten Weg als wahrscheinlicher, wobei er voraussieht, daß „eine solche faschistische Diktatur von manchem, der sich aufrichtig für einen konsequenten Demokraten hält, als eine „Ergänzung“, „Verbesserung

oder „Erneuerung“ der Demokratie begrüßt werden wird. Herr Decker, der damit den Demokraten, besonders dem [191] „Berliner Tageblatt“-Redakteur Günther Stein eins auswischen will für seine Unterstützung der Aktion Schachts gegen Hilferding – hat hier in der Tat sehr gut die aktiv faschistische Rolle der bürgerlichen Demokratie und der SPD gekennzeichnet. Spottet seiner selbst und weiß nicht wie!

Schachts Aktion sei „der erste Schritt“ zum Faschismus. Und Zörgiebels, Grzesinskis, Severings „Aktionen“? Wer hat übrigens Schachts Befehle prompt erfüllt und wer hat sich nach dem faus pas im Haag schützend vor Schacht gestellt? In der Tat ist nicht allein Schachts „Handlungsweise“, sondern die der gesamten Regierung „typisch faschistisch“[*)].

Interessant die politischen Schlußfolgerungen Dechers. Er verlangt die Anwendung von „Mitteln des außerparlamentarischen Druckes“ (Demonstrationen) , die aber leider „durch den kommunistischen Mißbrauch der SPD genommen sind“. Also: Verbot der KPD, damit die SPD à la Oesterreich ihren „Kampf gegen den Faschismus“ entfalten, d. h. ihn auf kaltem Wege einführen kann.

Wie die Sozialdemokratie dies machen und gleichzeitig als stiller Teilhaber in das faschistische Regime hineinschlüpfen kann – dieses Rezept gibt der austromarxistisch geschulte Sozialfaschist Karl Renner seinen plumperen deutschen Komplicen in demselben Heft („Grundsätzliches zum Kampf der österreichischen Sozialdemokratie gegen den Faschismus“). Er lehrt, daß „die stille Teilnahme an der Verwaltung des Staates unendlich wichtiger ist als die weithin sichtbare und vernehmbare Stellung in der Gesetzgebung“ (133), daß notwendig sei „die Teilnahme an der Regierung in einer Epoche der Reaktion (!), um diese Reaktion zu mildern oder zu binden“ (134), ja daß die Sozialdemokratie „einer bürgerlichen Mehrheit zu regieren ermöglichen“ müsse (138). Denn: „Die Ereignisse bestätigen eine große Wahrheit, deren Verkünder wir und nur wir waren: Bourgeoisie und Proletariat führen ihren Klassenkampf – aber sie können ihn praktisch nur führen in dem Rahmen der Aufrechterhaltung eines höheren Ganzen“, als „bloße Glieder eines höheren Ganzen“, nämlich – der „Wirtschaftsgemeinschaft eines Volkes“. Die Aufgabe der Sozialdemokratie aber sei es „das Interesse des Ganzen gegen die Klassen, auch gegen uns selbst und unsere Traditionen, zu wahren ...“ Was ist dieses „Ganze“ anderes als die imperialistische „Nation“ Mussolinis? Und was schreibt Renner anderes als die Theorie des Sozialfaschismus?

Dasselbe Thema behandelt J. Birnbaum (Warschau) in dem Artikel „Der polnische Verfassungskampf“. Er zeigt der SPD., wie die PPS. es verstanden hat, die Fehler Piłsudskis zu korrigieren und an Stelle der ungeschickten Faschisierung durch die „Obersten“ die kalte Methode, die „Erledigung der Verfassungsfrage durch ein Kompromiß“ (156) zu erreichen. B. versichert der Piłsudskipartei, sie würde „ja auch auf rein parlamentarischem Wege ihre Ansichten zum guten Teil zur Geltung bringen können“ (156).

Ernst Fränkel analysiert in dem Aufsatz „Zehn Jahre Betriebsrätegesetz“ die Wandlung, die das Betriebsrätegesetz seit 1920 praktisch durchgemacht „trotzdem der Wortlaut des Gesetztextes im wesentlichen unverändert geblieben ist“, d. h. in der Tat seine Wandlung zu einem offen faschistischen Instrument zur Knebelung der Arbeiterklasse[**)]. Fr. nennt dies „Triumph der Idee der allgemeinen Menschenwürde“ (129). Er polemisiert gegen das Reichsarbeitsgericht, weil dieses die Tendenz zeige, „an die zur Einheit verbundene Belegschaft und nicht so sehr an die als Organisation konstituierte Gewerkschaft“ (122) anzuknüpfen. Dies ist im Grunde nur der faschistische Familienstreit zwischen Werksgemeinschaft und gelber Gewerkschaft. Fr. zieht – ganz wie Mussolini – die letztere vor und definiert die faschistische Rolle dieser Gewerkschaften und ihrer gelben Betriebsräte wie folgt:

„Für die Gewerkschaft ist ... die Vorschrift von entscheidender Bedeutung geworden, daß die Betriebsräte die Durchführung der Tarifverträge zu über [192] wachen haben. Auf der „Tarifpolizeihoheit“

[*)] Der inzwischen erfolgte Rücktritt Schachts hat bewiesen, daß der heute entscheidende Hebel des Faschismus nicht Schacht, sondern die Regierung ist.

[**)] Das BRG sei kein „Arbeiterschutzgesetz“, sondern – typisch faschistisch – ein „Organisationsgesetz“ (127), das also von Staats wegen die Arbeiter „organisieren“ soll. Seine Aufgabe sei zugleich – wie die des Allgemeinen Wahlrechts – „einen sozialen Minderwertigkeitskomplex abzureagieren“ (128). Also Knebelung und Betrug!

(!!) der Betriebsräte ist das Tarifwesen der Gegenwart weitgehend aufgebaut ... Der Betriebsrat verhält sich zur Gewerkschaft wie im Staatsleben das Exekutivorgan zur Legislative“ (125).

Die sozialdemokratischen Betriebsräte als Betriebspolizei! Diese Definition wird klassisch werden, das können wir Herrn Fränkel versichern. Sie wird den Arbeitern das Verständnis erleichtern, daß sie solche Betriebsräte ebenso bekämpfen müssen wie die politische Polizei. – Von Interesse ist ferner der Artikel P. H. Haupts, der die „Bekehrung“ der schweizerischen Sozialdemokratie zur Koalitionspolitik aus dem verstärkten Einfluß der (seit jeher bürgerlich-liberalen) Gewerkschaftsbürokratie auf die Partei und dem starken Anwachsen der Zahl der Beamten und Angestellten in den Gewerkschaften (gegenwärtig 50 Prozent aller Mitglieder) erklärt. Der Verfasser bringt so interessante Tatsachen zur Charakterisierung des Sozialfaschismus in der Schweiz, während er ihn mit der „materialistischen Geschichtsauffassung“ (!!) als „naturnotwendig“ entschuldigen will.

Die „philosophische“ Grundlegung des Sozialfaschismus wird in diesem Heft fortgeführt (II. Arendt, „Philosophie und Soziologie“) im Anschluß an das Buch von K. Mannheim „Ideologie und Utopie“ (Bonn 1929). Worauf schon bei Besprechungen des Januarheftes[*)] hingewiesen wurde, das bestätigt sich weiter: G. Lukács spielt für den deutschen Sozialfaschismus eine ähnliche Rolle wie G. Sorel für den italienischen Faschismus. Mannheim und der Referent gehen von Lukács aus, aber über ihn hinaus: sie benützen die Relativierung aller Erkenntnis durch ihre „politische Standortgebundenheit“ nicht nur als Sprungbrett zur Leugnung jeder Wahrheit, sondern zur Umkehrung, daß alles wahr, was „seinsgebunden“. Der „Geist“ sei möglich nur als „Ideologie“ der Vergangenheit oder als „Utopie“ der Zukunft, ihm sei eigen „die Heimatlosigkeit und scheinbare Entwurzeltheit („freischwebende Intelligenz“)“. Es ist die Philosophie des Deklassierten, die da entwickelt wird. Die anfangs scheinbar materialistische Relativierung aller Ideen durch ihre „soziologische“ Erklärung aber kommt schließlich nicht nur zum Agnostizismus, sondern zu Kierkegaard, Franz von Assisi und Gott. Der faschistische Lumpenproletarier wird religiös. K. S.

*

Verlagsnachrichten

Der Zeitschriftenvertrieb Herbert Firl hat am 1. März 1930 den Vertrieb der Zeitschriften „Die Internationale“, „Der Parteiarbeiter“, „Die Kämpferin“, „Proletarische Sozialpolitik“ und „Die Kommune“ übernommen. Alle den Vertrieb betreffenden Angelegenheiten, das sind Bestellungen, Umbestellungen und Beschwerden über Belieferung, sind zu richten an

Herbert Firl, Zeitschriftenvertrieb
Berlin 02, Burgstraße 28, b.

[193]

[*)] Auf Seite 94, Z. 16, soll es übrigens statt „Antagonismen“ richtig heißen Antinomien.

Die Internationale
13. Jahrgang * Berlin, 1. April 1930 * Heft 7

Diktatur des Finanzkapitals

(W. H.) Die Hermann-Müller-Regierung hat das Zeitliche gesegnet. Die sozialdemokratischen Minister, die eindreiviertel Jahre hindurch alle Verbrechen gegen die Arbeiterklasse Deutschlands, die das Finanzkapital von ihnen erwartete und verlangte, im Dienste der Bourgeoisie getreulich erfüllt hatten, erhielten den Fußtritt ihrer kapitalistischen Auftraggeber Der Bürgerblock, von Hindenburg berufen, von Hugenberg dirigiert, übernahm die Regierung. An die Stelle der Hermann Müller, Severing, Wissell, Robert Schmidt traten die Stahlhelmminister Treviranus, Schiele usw. Nachdem die Lakaien der Bourgeoisie den Boden geackert hatten, übernahm die Bourgeoisie mit ihren eigenen Vertretern die Regierungsgewalt, um den von der sozialfaschistischen Koalitionsregierung vorbereiteten und eingeleiteten Generalangriff gegen die Werktätigen, die Politik des Krieges und des Hungers mit nackter brutaler Diktatur durchzuführen.

Eindreiviertel Jahre lang hatte der sozialdemokratische „Mohr“ Hermann Müller seine „Schuldigkeit getan“, nun mußte er „gehen“. In der ersten Bestürzung vermochte die SPD sich noch nicht zu jenen demagogischen Methoden des Betruges an den Massen aufzuschwingen, mit denen sie nachträglich ihren Hinauswurf aus der Regierung in eine Heldentat, einen freiwilligen „Austritt“ umzudichten begann. Im ersten Schreck entfuhr dem „Vorwärts“ das offene Geständnis:

„Für die 152 Mann starke Fraktion der Sozialdemokratischen Partei besteht nicht der allergeringste Anlaß, sich in die Rolle des Aschenputtels zurückschieben zu lassen. Sie hat nicht beschlossen, aus der Regierung auszuscheiden oder sich an der Bildung einer neuen Regierung nicht zu beteiligen.“

In der Tat: die Sozialdemokratie hatte nichts dergleichen beschlossen. Wohl aber die Bourgeoisie, das Finanzkapital, die herrschende Klasse selbst, die den angestellten, gekauften, bestochenen Kutscher vom Bock warf, um die Zügel in die eigenen Hände zu nehmen.

*

Wie vollzog sich der Regierungswechsel im einzelnen? Es ist selbstverständlich daß die Frage des Abbaus der Arbeitslosenversicherung die von der Bourgeoisie zum Anlaß für die Entfernung der sozialdemokratischen Koalitionsminister genommen wurde, in Wirklichkeit keinen Gegenstand des Streites, eines ernsten Gegensatzes zwischen Bourgeoisie Und Sozialdemokratin bedeutet. Die SPD hat im Laufe der eindreiviertel Jahre ihrer Regierungsherrlichkeit seit den Maiwahlen 1928 jede ein-[194]zelne ihrer früheren „Forderungen“ in schamlosem Zynismus über Bord geworfen. Es gibt keinen Punkt ihrer Wahlagitation aus dem Jahre 1928, den sie nicht nach der Wahl, in der Regierung angelangt, schmählich im Stich gelassen hätte. Ob das nun „Kinderspeisungen statt Panzerkreuzer“, der versprochene „Kampf gegen Hungerzölle und Massensteuern“ die angebliche „Ablehnung des RFB-Verbots“ oder sonst etwas sein mag, die SPD scheute nie davor zurück, selbst ihre eigenen früheren Anträge, wenn die Kommunisten sie im Reichstag wörtlich wieder aufnahmen, brutal niederzustimmen. Das geschah vor allem gerade bei der Frage der Erwerbslosenunterstützung. Gerade hier brachte die Periode der Koalitionsregierung einen Leistungsabbau, eine Verschlechterung nach der anderen. Warum hätte die SPD nun bei dem neuerlichen Vorstoß des Trustkapitals plötzlich „widerstreben“ sollen?

Sie dachte nicht daran. Die sozialfaschistischen Koalitionsminister stimmten ohne Unterschied der sogenannten „Einigungsformel“ Brüning Meier, die das Defizit von 100 Millionen bei der Arbeitslosenversicherung durch Leistungsabbau zu beseitigen vorgab, zu. Aber die Sozialdemokratie glaubte sich berechtigt, diesen neuen Handstreich gegen die Erwerbslosen mit einem ähnlichen parlamentarischen Schiebertrick maskieren zu dürfen, wie sie ihn seinerzeit beim Bau des Panzerkreuzers „A“ angewandt hatte. Damals bauten die sozialdemokratischen Minister das Panzerschiff, stimmten im Reichstag dafür, während die bürgerlichen Parteien der SPD erlaubten, nach Abkommandierung von 40 Abgeordneten, die sich vor der Abstimmung drückten, in hoffnungsloser Minderheit „gegen“ den Bau zu votieren.

So ähnlich hatten die Hermann Müller und Wels sich auch diesmal ihre schmierige parlamentarische Komödie ausgedacht. Sie glaubten nichts bei der Ablehnung des von den sozialfaschistischen Koalitionsministern angenommenen Brüning-Vorschlags durch die SPD-Fraktion zu riskieren, nachdem der Führer der Volkspartei, Scholz, auf deren Mannheimer Parteitag einige Tage zuvor freundlich erklärt hatte, ohne die Sozialdemokratie lasse sich in Deutschland auf die Dauer nicht regieren. Die SPD nahm dieses offensichtliche Manöver der Volkspartei für bare Münze. Das war der Anlaß, auf den die Bourgeoisie gewartet hatte, um den sozialdemokratischen Ministern den Stuhl vor die Tür zu setzen.

*

Es ist selbstverständlich, daß ein solcher Wechsel in den Regierungsmethoden des Finanzkapitals, wie er sich im Uebergang von der Koalitionspolitik zum Bürgerblock ausdrückt, keine Ueberraschung kein plötzlicher Einfall der herrschenden Klasse, keine zufällige Begebenheit sein kann, die auf „parlamentarischen Mißverständnissen“ oder einem „sozialdemokratischen Ungeschickt beruht, wie die bürgerlich-liberale Presse das Ende der Koalitions-Aera zu erklären versucht.

Es ist vielmehr für den Marxisten klar, daß es sich hier um den Ausdruck einer bestimmten Entwicklungsphase des Klassenkampfes handeln muß, in der – mit der sich verschärfenden Zuspitzung der Klassengegensätze – die herrschende Klasse ihren Lakaien aus der gekauften Oberschicht der Arbeiterklasse, der Arbeiteraristokratie, eine andere Rolle als die bisherige der „Teilnahme an der Regierungsmacht“ zuweist.

[195] Die gesamte Vorgeschichte der jetzigen Regierungskrise, angefangen von der Attacke des Reichsbankpräsidenten Schacht im Dezember 1929 gegen die Hermann Müllersche Koalition, bestätigt vollkommen die Auffassung unserer Partei, weil sich gerade aus der marxistischen Analyse der Klassenkräfte folgerichtig jene politische Behandlung und Bewertung des eingetretenen Regierungswechsels durch das Politbüro der Partei und das Zentralorgan, die „Rote Fahne“, in den letzten Wochen ergab, gegen die neuerdings die Gruppe der linksopportunistischen Sektierer unter Führung des Genossen Merker Sturm lief. Genosse Merker polemisierte schon vor dem Sturz der Hermann-Müller-Regierung gegen die stehend ha den wichtigsten Auszügen wiedergegebene Analyse der Klassenkräfte durch einen Artikel „Der Kampf gegen den Faschismus“. Er führte dabei aus:

„Einige in der Analyse der Klassenkräfte in letzter Zeit gemachte Fehler führten zu einer Ueberschätzung der Differenzen im Lager der Bourgeoisie, zur Gegenüberstellung der gemeinsamen Regierung des Finanzkapitals und der korrumpierten Oberschicht der Arbeiteraristokratie gegen einen der ersten Vertreter des Finanzkapitals, Reichsbankpräsident Schacht. Sie führten zu der sogenannten ‚Fußtritt-Theorie‘ gegenüber den sozialfaschistischen Regierungsmitgliedern, zur vollständigen Verkennung der gegenwärtigen Regierung ... Es ist zur Zeit keine Ursache vorhanden, die eine Aenderung der jetzigen parteimäßigen Zusammensetzung der Reichsregierung begründen würde.“

Die Tinte, mit der diese Worte geschrieben, war noch nicht trocken, als die „Aenderung in der jetzigen parteimäßigen Zusammensetzung der Reichsregierung“, d. h. der Hinauswurf der SPD und die Einbeziehung der Deutschnationalen, für die nach dem Genossen Merker „zur Zeit keine Ursache vorhanden“ sein sollte, bereits vollzogene Tatsache war. Es ist gewiß nicht Aufgabe des Politikers, Prophezeiungen zu machen, wohl aber, die Klassenkräfte, die bestimmte politische Entwicklungen hervorrufen und bedingen, richtig zu analysieren. Wenn also die Tatsachen so rasch und so gründlich die Illusionen des Genossen Merker über die Dauerhaftigkeit der Koalitions-Aera widerlegten, so ist es klar, daß seine Methode der Untersuchung der politischen Situation und Entwicklung eine unrichtige, unmarxistische gewesen sein mußte.

*

Diese Tatsache veranlaßte jedoch den Genossen Merker und seine Grüppe nicht, die bisherigen politischen Fehler einzugestehen und von ihnen abzurücken, vielmehr verstieg er sich in der Fortsetzung seines Kampfes gegen die Parteiführung und die Linie der Partei zu neuen Angriffen, verleumdete die Linie der Partei zur Regierungsfrage als „rein brandleristisch“ und entwickelte ihr gegenüber eine

andere Auffassung, die wiederum Produkt einer unmarxistischen Analyse war. Der Hinauswurf der sozialdemokratischen Koalitionsminister verwandelt sich bei ihm in einen „Austritt aus der Regierung“. Das Manöver der Bourgeoisie, die die Sozialdemokratie aus der Regierung entfernt, um an Stelle der Lakaien selbst „aufs ganze zu gehen“, d. h. den Generalangriff in der Fortsetzung und Verschärfung der bisherigen Politik des Finanzkapitals durchzuführen und die faschistische [196] Entwicklung Deutschlands um einen großen Schritt voranzutreiben, erscheint ihm als ein „großzügiges Manöver der sozialfaschistischen Partei“.

Es ist offensichtlich, daß Genosse Merker hierbei, wenn auch ungewollt, ins Schlepptau der sozialdemokratischen Agitation gerät. Denn die SPD selbst ist es ja, die stets versuchte, ihre Lakaienrolle in der Koalitionsregierung als Werkzeug der Bourgeoisie vor den Massen umzulügen in eine selbständige „Teilnahme an der Macht“ oder gar „Führung“. Kaum hatte sie sich von dem Schreck über den Hinauswurf aus der Regierung erholt, so entfaltete die Sozialdemokratie selbst das Betrugsmanöver, das darin bestand, ihren unfreiwilligen Hinauswurf aus der Koalition durch die Bourgeoisie in einen freiwilligen Austritt im Interesse der Arbeiterschaft, freiwilligen Verzicht auf die Ministersessel zugunsten der Arbeitslosenforderungen umzuschwindeln Genosse Merker, der die Partei des Brandlerismus bezichtigt, läßt sich also in Wirklichkeit seinerseits in eine Position drängen, die einer faktischen Beschönigung der Rolle der Sozialdemokratie gleichkommt.

Die Fehlerquelle des Genossen Merker ist seine falsche Analyse des Sozialfaschismus. Für ihn ist die Arbeiteraristokratie nicht ein Anhängsel der Bourgeoisie und der Sozialfaschismus als Vertretung dieser Arbeiteraristokratie nicht ein Werkzeug, ein Lakai des Finanzkapitals, sondern die Arbeiteraristokratie ein Teil der herrschenden Klasse, der Sozialfaschismus ein gleichberechtigter Faktor in der Ausübung der Klassenherrschaft. In seinem Artikel „Der Kampf gegen den Faschismus“ heißt es:

„Finanzoligarchie und die von ihr gekaufte Oberschicht der Arbeiteraristokratie, das sind in dem monopolistisch-imperialistischen Industriestaat die entscheidenden Klassenkräfte der Bourgeoisie, denn sie stützen sich auf die monopolistische Produktion. Sie sind, sozial betrachtet, auch die schärfsten Klassengegner des Proletariats, die reaktionärsten Kräfte innerhalb der bürgerlichen Klasse und somit die Träger der faschistischen Diktatur.“

Es ist besonders bezeichnend, daß Genosse Merker mit dieser seitsamen und unleninistischen Analyse die Antwort auf die von ihm in seinem Artikel ausdrücklich aufgeworfene Frage zu geben glaubt: „Wer herrscht in Deutschland?“

*

Aus dieser falschen Beurteilung des Sozialfaschismus in seinem Verhältnis zur Bourgeoisie – das eine gewisse unbewußte Aehnlichkeit mit der von der Sozialdemokratie selbst bewußt betriebenen Glorifizierung ihrer eigenen Rolle aufweist – resultiert auch die frühere Ueberzeugung des Genossen Merker, daß an ein Ende der Koalitions-Aera gegenwärtig nicht zu denken sei. Nachdem nun dieses Ende doch eingetreten ist, wehrt er sich auch gegen die selbstverständliche Feststellung der Partei, daß die Bürgerblockregierung – nicht, weil in ihr keine Sozialdemokraten sitzen und der Sozialfaschismus statt dessen in der Scheinopposition seine Handlangerdienste für den Bürgerblock vollzieht, sondern auf Grund der Verschärfung der Klassengegensätze! – einen Schritt weiter in der faschistischen Entwicklung Deutschlands darstellt und in diesem Sinne eine „reaktionärere Regierung“ als die vorangehende Koalitionsregierung [197] ist (so wie die Hermann-Müller-Regierung selbstverständlich eine reaktionärere Regierung als die ihr vorausgehende Bürgerblockregierung war). Der Widerstand des Genossen Merker gegen diese einfache, aus dem Klassenkampf sich ergebende Tatsache wird verständlich, wenn man liest, wie er die Hermann-Müller-Regierung vor ihrem Sturz in seinem Artikel „Der Kampf gegen den Faschismus“ einschätzte. Dort heißt es:

„Sie ist die Regierung der faschistischen Diktatur, die sich auf den faschistischen Staat und Wirtschaftsapparat und die sozial- und nationalfaschistische Bewegung stützt. Sie ist die Regierung, die gegen die proletarischen Massen ihre faschistischen Bürgerkriegsmethoden anwendet (... Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung ...), im selben Verhältnis wie die Offensive des revolutionären Proletariats unter Führung

der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition an Schärfe zunimmt. ... Sie ist und bleibt die Regierung der Finanzoligarchie und damit die Regierung der faschistischen Diktatur."

Wenn diese schematische und überspitzte Charakteristik der Hermann-Müller-Regierung richtig gewesen wäre, dann hätte es allerdings keine „reaktionärere Regierung", keinen „weiteren Schritt zum Faschismus" mehr geben können. Der Regierungswechsel wäre unmöglich gewesen oder man hätte in der Bürgerblockregierung Brüning-Schiele-Treviranus allenfalls eine etwas „linkere", etwas „gemäßigtere" Regierung zu erblicken. Das würde bedeuten, daß nicht eine weitere Zuspitzung der Klassengegensätze, eine weitere Verstärkung der Krisenfaktoren des Kapitalismus und gleichzeitig des herannahenden revolutionären Aufschwungs, sondern das Gegenteil von alledem: eine Festigung des Kapitalismus, eine Stabilisierung zu verzeichnen sei.

Und wirklich läuft ja die Auffassung des Genossen Merker und der ganzen Gruppe der Linksopportunisten praktisch auf eine Leugnung des revolutionären Aufschwungs und der beginnenden Krise des Kapitalismus heraus. Denn wenn Genosse Merker in seiner Plattform immer wieder davon spricht, daß die „Gegensätzlichkeiten in der Bourgeoisie", die „Differenzen im Lager der Bourgeoisie", „keine größere Bedeutung" hätten, so leugnet er damit ja eben eines der wesentlichsten Merkmale einer herannahenden revolutionären Situation: die Zersetzung im Lager der herrschenden Klasse und der mit ihr verbundenen Schichten.

*

Gegenüber den abwegigen und unleninistischen Auffassungen der Genossen, die sich gegen die Bewertung der Regierungsfrage durch die Partei auflehnten, gilt es, mit aller Schärfe die wachsende faschistische Entwicklung Deutschlands, wie sie die Bürgerblockregierung, gestützt auf die in der Scheinopposition befindlichen sozialfaschistischen Trabanten, betreibt, zu erkennen, der Arbeiterschaft zu signalisieren und den Kampf dagegen zu organisieren. Dabei ist es selbstverständlich, daß durchaus bei einer noch schärferen Zuspitzung der Lage die Bourgeoisie wieder auf die Sozialfaschisten zurückgreifen und sie wieder in die Regierung zurückrufen kann. Und erst recht ist es selbstverständlich, daß die SPD auf den ersten Pfiff der Bourgeoisie gehorsam zur Stelle sein wird.

Wenn die Hindenburg-Regierung vom ersten Augenblick ihrer Existenz an mit dem Paragraphen 48, mit der Ausnahmediktatur [198] drohte, so kommt dem eine viel stärkere Bedeutung zu, als etwa der Anwendung des Paragraphen 48 durch irgendeine frühere Regierung Rein formal stützte sich eine jede solche Anwendung des Diktaturparagraphen stets auf eine parlamentarische Mehrheit, während die Brüning-Hindenburg-Regierung ganz offen den Staatsstreich, die Anwendung des Paragraphen 48 ohne Parlament, ja gegen die Mehrheit des Parlaments ankündigt. Diese formelle Drohung, sich über die traurigen Paragraphen der Weimarer Verfassung rücksichtslos hinwegzusetzen, spiegelt aber nur den Klasseninhalt der heutigen Politik des regierenden Finanzkapitals wider: den Bruch mit der parlamentarischen Methode der Ausübung der bürgerlichen Klassenherrschaft, den Verzicht auf die demokratisch-parlamentarische Fassade, den Willen zur offenen, brutalen faschistischen Diktatur! Die Massen zur revolutionären Einheitsfront gegen diese Diktaturpläne zu mobilisieren und zusammenzufassen, das ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei. Im Zeichen dieser Aufgabe, neben dem Kampf gegen die übrige Kriegs- und Hungerpolitik der Bourgeoisie und des Sozialfaschismus, müssen alle Aktionen der Partei, muß vor allem auch die Vorbereitung und Durchführung des 1. Mai stehen!

*

Schritt halten!

Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?

Von Hermann Remmele

(Fortsetzung)[*)]

10. Einiges vom Wesen des Sozialfaschismus

Die sozialfaschistische Ideologie hat zweifellos unter den Belegschaften in den Betrieben nicht mindere Verheerungen in der Klassenkampfideologie angerichtet, als in den Gewerkschaften und sonstigen Massenorganisationen des Proletariats. Das, was die moderne Arbeiterbewegung in einer sieben bis acht Jahrzehnte langen Entwicklung mühevoll und allmählich an Klassenkampfideologie und Klassenmoral aufgebaut und im Proletariat geweckt hat, drohte die jüngste Phase der Entwicklung des Reformismus, die des Sozialfaschismus, in wenigen Jahren zu untergraben.

Ohne uns in große theoretische Abhandlungen über die Begriffe Faschismus und Sozialfaschismus an dieser Stelle einzulassen, müssen wir die wichtigsten Theorien und Ansichten der sozialfaschistischen Ideologie festhalten, um die notwendigen Schritte zu ihrer Bekämpfung zu erkennen. In den Referaten auf dem Weddinger Parteitag und in einer Resolution des Zentralkomitees haben wir jene Lehre, Handlungen und Taten als Sozialfaschismus bezeichnet, „die Faschismus in der Tat und Sozialismus in der Phrase“ sind. Am sichtbarsten und am klarsten erkennbar trat die Praxis des Sozialfaschismus im politischen Regime der Sozialdemokratie in der Reichs- und Staatspolitik auf, in der Tätigkeit [199] der Sozialdemokraten in den verschiedenen Koalitionsregierungen, in ihren Funktionen als Polizei-, Arbeits-, Justiz- und sonstige Minister, als Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten, als staatliche Schlichter, bei Tarifverhandlungen usw. Ebenso bekannt sind die sozialfaschistischen Handlungen der Gewerkschaftsbürokratie bei Vernichtung der Demokratie innerhalb der reformistischen Gewerkschaften, in den sonstigen Massenorganisationen, wie bei den Freidenkern, den Arbeitersportlern usw.. Hier handelte es sich nicht nur um die Vernichtung der Demokratie und die stück- und teilweise Zerschlagung dieser Organisationen im Kampfe gegen das revolutionär gesinnte Proletariat, sondern, was nicht minder bedeutsam ist, um den Versuch der Entwaffnung und Entmannung des Proletariats durch die sozialfaschistische Ideologie zur Verhinderung des Klassenkampfes und zur Vernichtung der Klassenkampfideologie im Proletariat. Die Entwicklung des Reformismus zum Sozialfaschismus ging in den reformistischen Gewerkschaften bekanntlich sogar bis zur Stufe des offenen Streikbruchs, bis zum organisierten Klassenverrat. Das Streben, die Tendenz der Entwicklung des Sozialfaschismus ist es, die Klassenorganisationen des Proletariats zu Hilfstruppen für die Politik des bedingungslosen Zusammenarbeitens mit der Bourgeoisie, zum Werkzeug der Koalitionspolitik mit der kapitalistischen Gesellschaft, mit dem ausbeuterischen Unternehmertum zu machen.

Mit der Agitation der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften, der Massenorganisationen dringt durch tausend Kanäle die sozialfaschistische Ideologie in die Gesamtarbeiterschaft ein und bewirkt dort eine zeitweise und teilweise Abkehr breiter Arbeiterschichten vom Klassenkampf.

Gewiß ist die Methode der Entwaffnung und Entmannung des Proletariats, wie sie unten beim Proletariat Anwendung findet, nicht die plumpe Art, wie sie die Zörgiebel, Severing und Konsorten in der Anwendung der Staatsgewalt gegen das Proletariat praktizieren. Im Betrieb und bei den Belegschaften müssen viel feinere Formen des Betrugs und der Gewalt angewendet werden als mittels des Staatsapparates. Hier sind es vor allem die Methoden, daß Streiks und Lohnkämpfe nur sanktioniert werden mit Dreiviertel- oder Fünfsechstelmehrheit, daß die Belegschaften überhaupt an Abstimmungen verhindert werden, daß über die Köpfe der Arbeiter hinweg, hinter verschlossenen Türen, Tarifverträge geschlossen werden, ohne daß die Arbeiter davon erfahren, daß die Schlichtungsmaschine die Arbeiter, ohne sie zu befragen, gewaltsam in die Hungerfron zwingt u. a. m.

[*)] Die beabsichtigten Schlußkapitel wurden zur Fortsetzung, da der inzwischen ausgebrochene offene Kampf mit dem Linksopportunismus es notwendig machte, zu einigen Fragen ausführlicher Stellung zu nehmen. In der nächsten Nummer bringen wir den nichtveröffentlichten Artikel des Genossen Merker zum Abdruck, der mit die wichtigsten Anschauungen des Linksopportunismus enthält, den wir in unserer Artikelserie in den Hauptfragen beantworten werden.

Um aber all diese verruchten Mittel des Betrugs und des Verrats am Proletariat anwenden zu können, stellte der Reformismus an Stelle der alten Klassenkampfideologie eine neue Lehre, eine neue Theorie, die dem Faschismus nahe verwandt ist, sich diesem immer mehr anpaßt. Dabei wird zum großen Teil der alte Betrug des Reformismus, daß seine arbeiterverräterische Politik .der Weg zum Sozialismus sei, beibehalten und weiter kultiviert.

Die Kernidee des Faschismus ist die Lehre von der im mächtigen, starken Staate vereinten Nation ohne Gesellschaftsklassen und daher auch ohne feindlich einander gegenüberstehender Klasseninteressen. Der faschistische „Ueberstaat" ist berufen, die Produktion zu regeln, alle Gebiete des Arbeits„rechts", die Arbeitszeit, die Lohnhöhe, die Tarife und alles, was den Arbeiter angeht, nach eigenem Ermessen zu bestimmen. Dem Klassenkampf des Proletariats setzt der Faschismus die Lehre vom „gemeinsamen Interesse von Arbeitern und Unternehmern" entgegen, das in einem „höheren Staatsinteresse" seine „moralische" Begründung erfährt. „Gemeinnutz geht vor Eigennutz !" heißt der Kern-[1]

[200] Sehen wir uns die Theorie des Reformismus in seiner sozialfaschistischen Formulierung an, dann finden wir, zwar in anderen Worten, dieselben Gedanken, die gleiche Ideologie. Hier ist vor allem zu finden die Ablehnung des Klassenkampfes, der durch „freiwillige Vereinbarungen" zwischen den Organisationen der Unternehmer mit denen der Arbeiter ersetzt werden soll. Können sich beide Organisationsleitungen nicht verständigen, dann spricht der Staat (Schlichter) sein Urteil, dem sich beide Teile fügen müssen. Die „friedliche Zusammenarbeit der Klassen" führe zur Wirtschaftsdemokratie, deren Endresultat die klassenlose Gesellschaft, d. h. der Sozialismus sei. Kautsky bezeichnet die Koalitionsregierung als jene Staatsform des Uebergangs zur sozialistischen Gesellschaft, die Marx als die Diktatur des Proletariats bezeichnet habe. Und im Namen dieser „sozialistischen Entwicklung" finden alle jene Gewaltmittel gegen das Proletariat Anwendung, deren eine wirkliche Diktatur bedarf. Das Proletariat, das nicht freiwillig in den „Sozialismus" hineinwachsen will, muß mit Gewalt hineingezwungen werden. Die Lehre vom Burgfrieden, von der Arbeitsgemeinschaft, von der Wirtschaftsdemokratie, von den gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Unternehmer, der segensreichen Wirkung der Rationalisierung, von der Klassenzusammenarbeit durch friedliche Vereinbarung, von den höheren Staatsinteressen und so fort, alles das gehört zur sozialfaschistischen Ideologie, die von der Sozialdemokratie und von der Gewerkschaftsbürokratie der Arbeiterschaft in den verschiedensten Formen und durch unzählige Kanäle beigebracht wird.

Diese sozialfaschistische Ideologie versucht die einheitliche Klassenfront der Arbeiter in den Betrieben zu zerstören und hat die Arbeiter in zwei Lager gespalten. Die beiden feindlichen Lager innerhalb der Arbeiterklasse, das Lager der Anhänger der sozialfaschistischen Ideologie und das Lager der revolutionären Klassenkampfideologie stehen in scharfer Kampfesstellung einander gegenüber und ringen miteinander um die Gefolgschaft der Arbeiter. In diesem Kampf zwischen den zwei feindlichen Armeen innerhalb der Arbeiterschaft entscheidet sich nicht nur das Schicksal des Reformismus-Sozialfaschismus, sondern zugleich das Sein oder Nichtsein der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Diese Front unten in der Arbeiterklasse ist eine wichtige Front im Klassenkampf. Ohne daß hier im Betrieb und in der Gesamtarbeiterschaft die Entscheidung der Gefolgschaft der Hauptmassen der Arbeiter nicht gefallen ist, kann die Entscheidung zwischen den zwei Hauptklassen, zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, nicht fallen.

Das, was die Komintern als die Hauptaufgabe für die KPD in der gegenwärtigen Periode gestellt hat, ist die Pflicht, an der genannten Front die Entscheidung herbeizuführen, d. h. die Gewinnung der Hauptmassen der Arbeiterklasse, die Eroberung der Mehrheit des Proletariats für den revolutionären Klassenkampf, Ueberwindung und Vernichtung des Einflusses des Reformismus und Sozialfaschismus in der Arbeiterschaft, Führung und Sammlung der Arbeiterschaft auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes.

Das feindliche Lager innerhalb des Proletariats kann nur erledigt und vernichtet werden im und durch den Verlauf des Klassenkampfes, im Kampf Klasse gegen Klasse, im Kampf zwischen Proletariat

[1] Hier bricht der Text ab, wird nicht auf S. 200 weitergeführt. Die Fortsetzung könnte heißen: spruch der Faschisten. *KWF*

und Bourgeoisie, im Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Der „Richtungskampf“ im Proletariat wird nicht entschieden nach den Zentnern be-[201]druckten Zeitungspapiers, nach der Anzahl der „durchschlagenden“ Losungen und Parolen, durch die größere Fähigkeit oder Unfähigkeit in der Agitation und Propaganda. Gewiß, alle diese Dinge sind äußerst wichtig; aber noch wichtiger ist, zu wissen, daß die Entscheidung in der Orientierung des Proletariats, ob für Kommunismus oder Sozialfaschismus, fällt durch die eigene Erfahrung des Proletariats im Klassenkampf. „Die selbständige Führung des Klassenkampfes durch die Partei!“ Das ist die Waffe, das ist die Methode, die den Kampf der „Richtungen“ innerhalb des Proletariats, innerhalb der werktätigen Massen entscheiden wird. Im offenen Kampf Klasse gegen Klasse, bei jedem Streik, bei jeder Aktion des Proletariats, bei jeder Forderung der Arbeiter an Unternehmer oder Staat, die zum Massenkampf führt, muß sich der Agent der Bourgeoisie, der Verbündete mit der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse unvermeidlich entlarven als das, was er ist: der Lakai des Kapitals! Diese Entlarvung erfolgt aber nur, wenn sich die Partei mutig an die Spitze der kämpfenden Arbeiter stellt, so daß durch die Erweckung des Selbstvertrauens und der Klassensolidarität die Arbeiter sehen, daß sie kämpfen können, sobald eine revolutionäre Führung an ihrer Spitze steht. Nur so und nicht anders wird die Partei die Mehrheit des Proletariats auf die Seite der Revolution ziehen.

In diesem Kampf um die Mehrheit des Proletariats ist das Haupthindernis, das uns entgegensteht, der rechte Opportunismus, der sich dem revolutionären Massenkurs der Partei entgegenstemmt, zur sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie, zum Sozialfaschismus im Betrieb eine versöhnlerische Haltung einnimmt, der vor dem entschiedenen Klassenkampf gegen das Unternehmertum zurückschreckt, der aus Furcht vor dem Kampf die Tätigkeit und Funktion der Partei sabotiert und der der Durchführung der Politik und der Aktionen der Partei hindernd im Wege steht. Gegen den rechten Opportunismus kann es nur unerbittlichen Kampf bis zur Vernichtung in der Partei geben. Die Partei muß, wenn sie vorwärtskommen und ihre revolutionären Aufgaben erfüllen will, ständig ihre Reihen von den hartnäckigen und unverbesserlichen Trägern des Opportunismus säubern.

In der gleichen Richtung wie der rechte Opportunismus wirkt aber auch der Linksopportunismus, der die Theorie und Praxis des Leninismus im Klassenkampf nicht anerkennt und sich weigert, die Grundsätze des Bolschewismus anzuwenden. Wer den Klassenkampf innerhalb der Arbeiterschaft zu verlegen versucht und nicht sieht oder sehen will, daß die Front Klasse gegen Klasse verläuft, nimmt ganz zwangsläufig einen wirtschaftsfriedlichen Standpunkt ein. Eine solche Stellung hemmt den Klassenkampf und muß die Partei von den Arbeitern isolieren. Wer es ablehnt, die ganze Klasse in den Kampf zu führen, d. h. neben dem revolutionären Proletariat auch die parteilosen, die sozialdemokratischen, die christlichen Arbeiter usw., wer nur mit der Vorhut und im besten Fall noch nur mit den parteilosen Arbeitern kämpfen will, wer auf die Heranziehung sozialdemokratischer, christlicher und anderer Arbeiter zur revolutionären Klassenfront verzichtet, liquidiert den Klassenkampf, denn „allein kann die Vorhut nicht kämpfen“ (Lenin).

„Mit der Avantgarde allein kann man nicht siegen. Die Avantgarde allein in den entscheidenden Kampf werfen, bevor die ganze Klasse, bevor die breiten Massen die Stellung entweder der direkten Unterstützung der Avantgarde, oder wenigstens der wohlwollenden Neutralität in bezug auf dieselbe und der vollen Unfähigkeit, ihren Gegner zu unterstützen, bezogen haben – das wäre nicht nur eine Dummheit, sondern auch ein Verbrechen.“

[202] Wir glauben, die Partei hat bittere und harte Erfahrungen genug, um die absolute Richtigkeit des obigen Grundsatzes Lenins für den revolutionären Klassenkampf in seiner vollen Gültigkeit und seiner entscheidenden Bedeutung für unsere gesamte Strategie und Taktik anzuerkennen. Es ist ganz klar, daß der Linksopportunismus, der den Leninismus im entscheidendsten Punkt seiner Praxis und Strategie ablehnt, ein ebensolcher Feind des revolutionären Kampfes ist wie der rechte Opportunismus und daher ebenso bekämpft und liquidiert werden muß wie jener. Der Unterschied zwischen beiden ist nur der, daß der rechte Opportunismus verbreiteter ist und tiefer in der Arbeiterbewegung wurzelt als der „linke“ und daher der „rechte“ Opportunismus stets der Hauptfeind in unseren Reihen sein wird. Nur wenn wir beide Abweichungen von der Linie des Leninismus überwinden oder wenigstens zurückgeschlagen haben, kann die Partei mit Erfolg den Klassenkampf führen und damit den Einfluß des Reformismus und Sozialfaschismus in der deutschen Arbeiterklasse brechen und überwinden.

Der Reformismus hat den festen Apparat der alten traditionellen Organisationen, der Gewerkschaften und der Massenorganisationen auf seiner Seite, er hat eine alte, weitverzweigte Tagespresse und endlich die nach Hunderttausenden zählenden Funktionen im ganzen Machtapparat der Bourgeoisie, angefangen von den Regierungsämtern bis hinab zum Schalterbeamten im Arbeitsnachweis, oder dem Meister oder Vorarbeiter im Betriebe, oder dem Armenpfleger, dem Wohnungsamtsvorsteher in den Wohnquartieren des Proletariats. Dieser gigantische Apparat umspannt bis zum letzten das Leben der Arbeiterschaft, greift überall ein, regelt und reguliert jeden Schritt des Arbeiters. Ueberall, wo du hinguckst und wo du hinspuckst, steht der sozialfaschistische Bonze, der die „Ordnung“ und die „Ruhe“ der bürgerlichen Gesellschaft hütet und der die „Fürsorge“ für das Wohlergehen des Arbeiters betreut.

Gewiß ist dieser gewaltige Apparat von Aufpassern und Gesinnungsriechern eine starke, mächtige Waffe in den Händen des Sozialfaschismus, mit dem die „gute“ Gesinnung, wenn sie sich freiwillig nicht einstellen will, mit „sanftem Druck“ auf die Magengegend erzeugt wird. Der Apparat kann ja regeln und regulieren. Und der Sozialfaschismus macht rücksichtslosen Gebrauch von der Macht, die er mit diesem Apparat in Händen hat. Die 300.000 Räder der sozialfaschistischen Maschinerie, die den Gang der bürgerlichen Gesellschaftsordnung in Bewegung hält und von hier aus hinübergleitet in das Getriebe des Arbeiterlebens und der Arbeiterbewegung, das er zum Hilfswerk der kapitalistischen „Ordnung“ machen möchte, werden immer mehr zur blutigen Geisel des Proletariats, zur Achillesferse des Apparates selbst. Achilles hatte seine verwundbare Stelle am Fuße, der Sozialfaschismus hat sie am Hintern, mit dem er auf den Hunderttausenden Stühlen und Sesseln des kapitalistischen Nachtwächterapparats sitzt. Der sozialfaschistische Apparat ist eine Macht, eine starke, einflußreiche Macht in der modernen Gesellschaft, aber es ist eine Macht von sehr zweifelhafter Natur, die auf sehr hohlen Fundamenten steht. Die Geburtshelfer, die dem sozialfaschistischen Machtapparat zum Leben und zur Existenz verholfen haben, die Millionenmassen des Proletariats, sind zu gleicher Zeit die Totengräber dieser Macht, da diese Macht, je länger sie besteht, je stärker sie wird, nicht den Millionenmassen des Proletariats dient, sondern ihnen zum Verhängnis, zum Verderben wird.

Der Sozialfaschismus hat in der Abwehr gegen den revolutionären Teil des Proletariats viele Vorteile auf seiner Seite. Er kann die revolutionären Arbeiter verfolgen und unterdrücken, aushungern und zermürben, er kann den Feldzug gegen das revolutionäre Proletariat führen bis zur physischen Vernichtung einzelner Teile und Personen. Der [203] Sozialfaschismus kann das, er hat die Macht dazu. Aber zur physischen Vernichtung der revolutionären Bewegung reicht weder seine Macht noch die der Bourgeoisie aus. Das hieße Vernichtung des Proletariats überhaupt. Er kann seinen Kampf gegen das revolutionäre Proletariat nur durchführen im Dienst der Bourgeoisie – nie im Dienste des Proletariats. Und das ist der wunde Punkt, die verwundbarste Stelle des Sozialfaschismus. Der Sozialfaschismus kann viel, er kann es aber nur für die bürgerliche Gesellschaft, für den Kapitalismus – nie für die Arbeiterklasse – nie im Dienste des Proletariats – und dies ist sein Untergang.

Hat der Sozialfaschismus in seinem Kampfe gegen das revolutionäre Proletariat äußerst große Vorteile auf seiner Seite, so hat das revolutionäre Proletariat einen Verbündeten, der stärker, unbezwingbarer und mächtiger ist als alle Machtmittel des Sozialfaschismus plus der ganzen Machtmittel der bürgerlichen Gesellschaft, stärker als all unsere Waffen der Agitation und Propaganda, das ist die eigene Erfahrung des Proletariats, die Lebensschule der Arbeiterklasse, wenn man so sagen darf, der unsere Agitation und Propaganda dienen muß.

11. Der Kampf gegen den Sozialfaschismus im Betriebe.

Der Kampf gegen den Sozialfaschismus im Betriebe ist in den meisten Fällen schwieriger als in den Gewerkschaften und in den Massenorganisationen des Proletariats. Das für das Proletariat gemeingefährliche des Sozialfaschismus ist es, daß er nicht nur die Klassenkampfideologie im allgemeinen, das starke Pflichtbewußtsein der proletarischen Klassensolidarität untergraben und teilweise zerstört hat, sondern daß er auch die proletarische Klassenethik teilweise vernichtet und eingedämmt hat. Aber ohne diese Tugenden und Eigenschaften kann das Proletariat einen erfolgreichen revolutionären Klassenkampf nicht führen. Aus diesem Grunde sind häufig die revolutionären Arbeiter, in den Betrieben, wo sie nur in geringer Minderzahl sind, den dort vorhandenen Verhältnissen gegenüber in

eine schwierige Lage gestellt, da sie meist an der Belegschaft keinen stärkeren Rückhalt ihrer gemeinsamen Interessenwahrnehmung haben.

Zu den Fällen der mangelnden Klassensolidarität in der Wahrnehmung der gemeinsamen Klasseninteressen im Betrieb gesellt sich noch die Tatsache der Verwilderung und Vernichtung der Klassenethik, indem sozialfaschistische Funktionäre im Betriebe in der konsequenten Durchführung der sozialfaschistischen Ideologie diese auf die Verhältnisse im Betriebe übertragen und zum offenen Büttel des Unternehmers werden. Solche sozialfaschistischen Elemente gleiten ohne Bedenken hinab bis zur schmählichen Rolle des freiwilligen oder gekauften Werkspitzels, Denunzianten und Unternehmerknechtes der verächtlichsten Natur. Diese Kettenhunde des kapitalistischen Ausbeuters sehen ihre von den Arbeitern übertragene Funktion darin, „den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren“ und „jede Unruhe in der Belegschaft im Keime zu ersticken“. Mit dieser „höheren Aufgabe“ geben diese Kreaturen des Unternehmertums ihrem arbeiterfeindlichen Treiben eine „moralische“ Begründung, wenn sie in der Belegschaft jeden revolutionärgesinnten Arbeiter aufspüren, um ihn als „unruhiges Element“ dem Unternehmer zur Entlassung zu denunzieren. Wenn in Betrieben oder in Abteilungen, wo solche Spürhunde des Kapitals ihr Unwesen treiben, kein gut funktionierendes System der revolutionären Vertrauensleute vorhanden ist, oder in dem betreffenden Betriebe durch den Einfluß der sozialfaschistischen Ideologie die proletarische Klassensolidarität und Klassenethik in der Arbeiterschaft nur schwach entwickelt Ist, ist der revolutionäre Arbeiter meist in einer mißlichen Lage.

[204] Es ist zweifellos, daß diese heimtückische, hinterlistige Tätigkeit sozialfaschistischer Funktionäre eine teuflische Waffe gegen die revolutionären Arbeiter ist. Aber gleichzeitig muß man sehen, daß diese Giftwaffe des sozialfaschistischen Funktionärs zur tödlichen Waffe gegen den Sozialfaschismus werden muß, überall dort, wo unter der Arbeiterschaft die entsprechenden Abwehr- und Kampfesmethoden gegen den Sozialfaschismus Anwendung finden. Der Verrat des Arbeitskollegen, die Denunziation an den Meister oder Unternehmer wird auch beim indifferentesten Arbeiter, wenn bei ihm auch nur eine Spur von Klassenbewußtsein vorhanden ist, als die schmählichste und erbärmlichste Handlung eines Arbeiters angesehen. Und das trifft auch in neunzig Fällen von hundert nicht nur bei den parteilosen Arbeitern zu, sondern auch für die noch der Sozialdemokratie angehörenden. Nur in den seltensten Fällen finden sich sozialdemokratische Arbeiter bereit, Denunziationen von Arbeitern und seien dies selbst Kommunisten, durch ihre Funktionäre zu billigen oder zu verteidigen. Je mehr es unseren Genossen gelingt, gegen solche Schandtaten die Belegschaften zu mobilisieren, und nicht nur die Belegschaft in dem Betrieb, in dem die Denunziation passiert, sondern darüber hinaus in den anderen Betrieben des Ortes, in der Presse. in den Betriebszeitungen usw., Indem überall dort der politische Tatbestand festgestellt und angeprangert wird, desto weniger werden die sozialdemokratischen Arbeiter geneigt sein, ihre Funktionäre zu verteidigen und zu rechtfertigen.

Bei Stellungnahme gegen die offenen Spürhunde des Kapitals muß man jeweils zugleich die ganze sozialfaschistische Ideologie vor der gesamten Arbeiterschaft und Belegschaft aufrollen und vor allem die Ideologie, den Sozialfaschismus, die sozialfaschistische Partei für die Vorreiterrolle des einzelnen sozialfaschistischen Funktionärs verantwortlich machen. Nur wenn man so ganz konkret und ganz detailliert die Rolle des Sozialfaschismus als des Feindes der proletarischen Klassenfront aufweist, und die Bezeichnung Sozialfaschist oder Sozialfaschismus nicht als leere Beschimpfung statt des Wortes Sozialdemokrat oder Sozialdemokratie vor dem Arbeiter erscheint, weckt man in der Arbeiterschaft das sachliche und motivierte Verständnis für den gemeinsamen Kampf gegen die Gefahr der sozialfaschistischen Verseuchung der Arbeiterschaft. So richtig die Wahrheit ist, daß die Arbeiterklasse am besten und gründlichsten aus den eigenen und bitteren Erfahrungen lernt, so muß man mit aller Schärfe darauf hinweisen, daß es immer und immer auf unsere größere oder mangelnde Fähigkeit ankommt, wie und mit welcher Kraft wir in der Lage sind, den Arbeitern ihre eigenen Beobachtungen und Erfahrungen in der Agitation zu reproduzieren, um durch diese Erfahrungen und Lehren die Massen in Bewegung zu setzen und sie zur lebhaften Anteilnahme an ihrem eigenen Kampf zu bewegen. Und bei all dem muß immer als Grundsatz gelten, nicht nur mit Schlagworten arbeiten, sondern immer klar aufzeigen, was hinter den Schlagworten steht. In der Agitation wird man nie ohne Schlagworte auskommen, aber der Hörer oder Leser des Schlagwortes muß sich immer eine

ganz konkrete Vorstellung machen können, was mit dem Schlagwort gemeint ist. Darum muß gelten: jedes Ding bei seinem richtigen Namen nennen, und die Schlagworte und Bezeichnungen so wählen, daß jeder Arbeiter weiß, was gemeint ist.

Wir wiesen schon darauf hin, daß die schlimmste Entartung sozialfaschistischer Betätigung in den Betrieben, die Werkspitzelei, das berufsmäßige oder freiwillige Angebertum zur tödlichen Waffe gegen den Sozialfaschismus selbst werden kann. Wir hatten eine ähnliche Lage wie mit den Auswüchsen des Sozialfaschismus in den Betrieben, in den achtziger und Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts mit [205] den gelben Werkvereinen mit starkem antisemitischen Einschlag in den meisten Großbetrieben. In den Riesenbetrieben der Stumm, Krupp, der Anilinwerke usw. haben sich diese Werkvereine am längsten gehalten. Als aber Mitte und Ende der neunziger Jahre und erst recht am Anfang des 20. Jahrhunderts die Arbeiterbewegung ihren stürmischen Vormarsch erlebte, verschwanden nicht nur die gelben Werkvereine spurlos von der Bildfläche, sondern die traurigen Gesellen der berüchtigt gewesenen Achtgroschenjungen in Betrieben wurden selbst von diesem Frühlingssturm hinweggefegt. Der eventuelle Einwand, den wir schon von einigen pessimistischen Seelen im voraus hören, daß das damals ganz andere Zeiten und Verhältnisse gewesen seien, da damals bei der stürmisch aufsteigenden Entwicklung des Kapitalismus die ungeheure, immer größer und schwerer lastende Erwerbslosigkeit nicht vorhanden gewesen sei, und daher heute eine ganz andere Situation in den Betrieben vorhanden sei, erledigt sich damit, daß infolge der größeren Unsicherheit des Proletariats, der Radikalisierungsprozeß bald auch die zeitweisen Hemmungen im Aufschwung der Arbeiterbewegung überwinden und damit dem Sozialfaschismus in den Betrieben ebenso den Garaus machen wird, wie einst der gelben Werksbewegung, die große Verwandtschaft mit dem Sozialfaschismus hatte.

Bei Behandlung der sozialfaschistischen „Spitzenleistungen“ in den Betrieben muß beachtet werden, daß man die Spitzelleistungen und Ia-Methoden einzelner sozialfaschistischer Funktionäre (und mitunter auch sozialdemokratischer Mitglieder – warum soll der Polizeigeist des Sozialfaschismus nur auf die Funktionäre beschränkt sein?) nicht auf die Gesamtmitgliedschaft verallgemeinern darf. Es besteht kein Zweifel, daß die sozialfaschistische Ideologie große Verheerungen in breiten Kreisen der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter gebracht hat. Das entscheidende ist jedenfalls, daß diese Ideologie jene Schranken in weitem Maße niedergerissen hat, die sich auf die Arbeiterschaft in jahrzehntelangem Klassenkampf gegen Verräterei aufgerichtet hatte. Das entscheidende ist, daß die Sozialdemokratie heute das heilig spricht, was sie einst als die größte Sünde in der Arbeiterbewegung verdammte. Aber trotz all dieser Tatsachen muß man sehen, daß die Schicht der berufsmäßigen und freiwilligen Spürhunde, gemessen an der großen Anzahl sozialdemokratischer Arbeiter, eine schmale Schicht ist und ihre Breite und ihr Umfang wesentlich abhängt von dem mehr oder minder geschickten Kampf, den wir in der Lage sind zu führen. Dies zu betonen ist deshalb wichtig, weil von der richtigen und vorurteilslosen Einschätzung gerade dieser Dinge die Anwendung der richtigen Kampfesmethoden und Kampfesbedingungen abhängig ist, mit denen bei den für unsere großen Aufgaben verhältnismäßig schwachen Kräfte die besten Resultate gewonnen werden können.

Nach all dem Gesagten ist es nun nicht allzu schwer, die Kampfesmethoden, Maßnahmen und Aufgaben zu nennen, die die erfolgreichste Ueberwindung des Sozialfaschismus in den Betrieben versprechen. Da ist als erstes zu nennen: die größte Anstrengung, selbständige Kämpfe um die Arbeiterinteressen in den Betrieben (Verkürzung der Arbeitszeit, mehr Lohn, Kampf gegen Entlassungen, Kampf gegen Ueberstunden, Kampf gegen Brutalitäten der Meister und Willkür der Unternehmer, Kampf um hygienische Verbesserungen und Sicherheit für Leben und Gesundheit der Arbeiter, usw.), die das Kraftbewußtsein der Arbeiter stärken, das Klassenbewußtsein, die Klassensolidarität und die Klassenethik des Proletariats wecken; Aufbau und Ausbau eines engmaschigen Systems der revolutionären Vertrauensmänner, Aufbau, Ausbau und erhöhte Disziplin der Gewerkschaftsopposition im Betriebe, verstärkte Mobilisierung und Organisierung der Arbeiterinnen und Jugendlichen in [206] den Betrieben, Aufbau und Ausbau eines proletarischen Selbstschutzes im Betriebe, Einreihung der revolutionären Betriebsräte in die Organisationen des revolutionären Proletariats, und was das wichtigste ist, die verdreifachte und verzehnfachte Aktivierung und Verstärkung der Betriebszellen als Agitator und Organisator für alle vorgenannten Aufgaben im Betriebe. Die Zelle muß alle

Organisationsformen, Instanzen und Organisationen der revolutionären Bewegung innerhalb des Betriebs zusammenfassen und sie mit einheitlichem Willen zum einheitlichen Handeln erfüllen. Ueber die Zelle müssen alle diese Organisationen mit den gleichen Organisationen in anderen Betrieben und im ganzen Ortsbereich oder im Bereich des Wirtschaftsgebiets verbunden werden.

Aber mit der Organisation und der organisatorischen Verankerung der revolutionären Bewegung im Betrieb allein ist es nicht getan. Die Organisation muß ihren politischen Inhalt haben. Politisierung der revolutionären Bewegung, Politisierung der Gesamtbelegschaft im Betrieb muß eine der wichtigsten Aufgaben der revolutionären Bewegung sein. Alle bedeutsamen politischen Ereignisse, und besonders alle Ereignisse in der Arbeiterbewegung, Parteitage, Kongresse und Konferenzen der Gewerkschaften, Tagungen der Unternehmer, Zoll- und Steuerfragen, Parlamentsverhandlungen und Gesetze über Erwerbslosenversicherung, soziale Gesetze, Konkordat, Vereins-, Versammlungs-, Koalitionsrecht, Streiks und Aussperrungen in anderen Betrieben und Industrien, kurzum alles, was das Arbeiterleben angeht, muß neben den Fragen des Betriebs vor dem Forum der gesamten Belegschaften behandelt werden. Und bei all dieser Politisierung des Betriebes ist die stärkste Heranziehung der parteilosen, die stärkste Bearbeitung der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter bei jeder Mobilisierung der Belegschaft notwendig.

Und stets, vor allem bei jeder Aktion im Betrieb, ist notwendig die stärkste Anwendung der Einheitsfront von unten, die Heranziehung von parteilosen, der sozialdemokratischen, der christlichen Arbeiter, die nicht durch arbeiterverräterische Haltung und Handlungen vor der Arbeiterschaft kompromittiert sind. Die richtige Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten zerschlägt den sozialfaschistischen Apparat im Betrieb, oder setzt ihn dort erheblich schachmatt.

Nur bei Aufbietung aller Kräfte zur Aktivierung der Betriebszellen und der stärksten Mobilisierung und Politisierung der Betriebe kann die Partei jenen, sich in so großem Maße zeigenden Opportunismus, wie er bei Durchführung der Betriebsrätewahlen in so vielen Betriebszellen aufgetreten ist und zugleich die linken sektiererischen Tendenzen, die sich gleichfalls zeigten, mit Erfolg überwinden. Diese Aktivierung der Zellen, die Politisierung der Betriebe, die Wiederherstellung und weiteste Verstärkung der revolutionären Klassenkampfideologie, die weitestmögliche Hebung des Klassenbewußtseins, die vollkommene Aufrichtung der proletarischen Klassenethik und der Klassensolidarität der gesamten Belegschaft und über den Betrieb hinaus der gesamten Arbeiterklasse sind die einzige Möglichkeit der erfolgreichen Abwehr gegen den Sozialfaschismus im Betrieb.

12. Die kleinen Zörgiebels in den Betrieben

„Die kleinen Zörgiebels im Betriebe“ ist der Ausdruck, das Schlagwert, dem man immer wieder begegnet. Diese knappe und charakteristische Bezeichnung für einen sozialfaschistischen Betriebsfunktionär des Schlages, wie wir ihn schon angedeutet haben, soll die Aufgabe erfüllen, den denunzierenden Sozialfaschisten vor der ganzen Belegschaft in Mißkredit zu bringen, um seinen Einfluß auf die Arbeiter zu brechen. [207] Sehen wir zu, wie das Schlagwort vom „kleinen Zörgiebel im Betrieb“ dieser Aufgabe gerecht wird.

Die Bezeichnung: „die kleinen Zörgiebels in den Betrieben“, die den sozialdemokratischen Betriebsfunktionär in der Belegschaft mißkreditieren und isolieren und uns so die Sympathie der Arbeiter bringen sollte, hat sich – was gerade die Betriebsrätewahlen an vielen Plätzen erwiesen – nicht in dem erhofften und erwarteten Sinne ausgewirkt, sondern gerade im Gegenteil: wir haben in manchen Betrieben an Boden verloren. Wir haben in vielen Betrieben nicht die „kleinen Zörgiebels“ isoliert. Gerade dort, wo die „kleinen Zörgiebels“ am schlimmsten, am stärksten und auffallendsten ihre arbeiterverräterische Politik betrieben und daher bei einer geschickten und aktiven Politik und Taktik unsererseits am leichtesten hätten entlarvt, mißkreditiert und isoliert werden können, haben wir an Boden verloren, die „kleinen Zörgiebels“ gewonnen. Das trifft zu bei der Berliner Verkehrs AG, im Leunawerk, in den Hamburger Hafenbetrieben, bei der Straßenbahn in Hamburg, teilweise bei Krupp in Essen – um nur die wichtigsten Positionen, wo wir verloren haben, zu nennen. Noch stärker tritt das in Erscheinung in den Gewerkschaften und in einigen Massenorganisationen, wie bei den Berliner Freidenkern u. a. m. Wir haben uns in all diesen Fällen selbst isoliert.

Gerade dort, an jenen Plätzen und in den Betrieben, wo „die kleinen Zörgiebels“ am stärksten und zynischsten ihr verräterisches, arbeiterfeindliches Unwesen treiben, wo wir also an Hand des Selbsterlebens der Arbeiter im Betriebe die stärkste Wirkung in der Entlarvung und Stäupung der sozialfaschistischen Verrätereien hätten erzielen können, gerade dort hat die Partei versagt, und „die kleinen Zörgiebels“ gingen nicht nur unbestraft, sondern mit größerem Ansehen und starkem Gewinn aus dem Kampf hervor. Solche Erscheinungen müssen von den verantwortlichen Parteiorganen gründlich geprüft und erforscht und durch entsprechende Maßnahmen beseitigt werden. Soweit sich die Dinge bei den verschiedenen Wahlen aus der Ferne überblicken lassen, sind die Ursachen der Wahlniederlagen nicht überall die gleichen. So war es außer allem Zweifel der rechte Opportunismus in der Zelle und in der Belegschaft der Berliner Verkehrs-AG, der schon zur Zeit der Maikämpfe (unmittelbar nach der Wahl) im vorigen Jahre sich eindeutig und klar zeigte, während es bei den Berliner Freidenkern der typische Fall der Sektiererei war, was zur Niederlage führte. Welches die Ursachen der Niederlagen an den anderen Plätzen wie Leuna, Hamburg und Krupp waren, läßt sich, ehe man die Untersuchung kennt, nicht mit Gewißheit sagen.

Rückschläge bei Parlaments- und Gemeindewahlen sind für uns nicht so schlimm, wie Rückschläge und Niederlagen bei den Betriebsrätewahlen. Bei Parlamentswahlen handelt es sich nicht ausschließlich um die Arbeiter, die wir gewinnen müssen, wie bei den Betriebsrätewahlen. An einer Reihe von Plätzen, bestimmt bei der Berliner Verkehrs A. G., im Hamburger Hafen, in Leuna u. a. steht fest, daß teilweise breite Arbeiterschichten, die vor Jahresfrist oppositionell gewählt haben, diesmal die reformistische Liste wählten. In dieser Tatsache ist das Urteil über unsere Politik in diesen Betrieben, für die die Partei verantwortlich ist, bereits enthalten. Indem diese Arbeiter, deren Vertrauen wir bereits besessen haben, uns die Gefolgschaft aufkündigen und bei den Reformisten besser ihre Klasseninteressen gewahrt wähnen, ist erwiesen, daß die Arbeit unserer Vertretungen und unserer Zellen in den betreffenden Betrieben falsch gewesen sein muß. Zweifellos spielen die Maßregelungen und Massenentlassungen revolutionärer Arbeiter dabei eine große Rolle, aber auch unsere eigenen Fehler sind entscheidend. Es steht fest, daß es sich hierbei fast durchweg um eine opportunistische Politik des Verzichts auf [208] Führung des Kampfes gegen das Unternehmertum, um das Nachgehen und Zustimmen bei Arbeiterentlassungen, um nicht genügendes Eintreten für die Interessen der Arbeiter, um opportunistisches Verhalten bei Wahrung eigener persönlicher Interessen, Verschaffung von Druckposten (Korruptionserscheinungen) handelt, oder, was noch häufiger zutrifft, auf Verzicht der Führung des ideologischen Kampfes gegen den Sozialfaschismus, oder um jene faule opportunistische „Einheitsfront“ mit den sozialfaschistischen Funktionären, die dem Zweck der Mobilisierung der Arbeiterklassen zum Klassenkampf entgegengesetzt ist und zum guten Einvernehmen mit der sozialfaschistischen Politik, d. h. zum guten Einvernehmen mit dem Unternehmer führt. Ein solch opportunistischer Verzicht auf Führung des Klassenkampfes, bei dem der Arbeiter zu der Ueberzeugung gelangen muß, daß die oppositionellen Betriebsräte und Funktionäre nicht besser, ja oft schlechter als die sozialdemokratischen sind, ist mit der revolutionären Politik, mit der Zugehörigkeit zu unserer Partei als der einzigen Partei des revolutionären Klassenkampfes unvereinbar. Je rascher und je entschlossener die Partei zwischen sich und diesen opportunistischen Elementen den Trennungsstrich zieht, um so rascher und um so fester wird sie das Vertrauen der Arbeiter zurückgewinnen. Diese Reinigungsaktion zur Sicherstellung und Herausbildung der Klassenkampflinie der Partei, vor allem in der Praxis, darf aber nur unter weitgehendster und systematischster ideologischer Bearbeitung unserer Funktionäre und Zellen und unter breitester Aufklärungskampagne in der betreffenden Belegschaft vor sich gehen, so daß der proletarisch-revolutionäre Charakter unserer Partei allen Arbeitern verständlich wird.

Aber gleichzeitig treten meistens neben den opportunistischen Erscheinungen des Verzichts auf den entschiedenen und rücksichtslosen Kampf gegen das Unternehmertum und seine sozialfaschistischen Helfer, der Neigung des Paktierens oder wenigstens „in-gutem-Frieden-lebens“ mit offenen Verrätern der Arbeiterklasse auch die sektiererischen „linken“ Einstellungen und Erscheinungen auf, die zu dem gleichen Resultat der Unfruchtbarkeit und der Niederlage unserer Bewegung führen.

Der rechte Opportunismus, der nicht ernsthaft gegen den Sozialfaschismus kämpft und nicht kämpfen kann, das „linke“, sich selbst genügsame Sektierertum, das alles von den Wundern der

„zwangsläufigen Entwicklung“ erwartet und kein Vertrauen zur Kraft der Arbeiterklasse und zu sich selbst besitzt, erzeugen den Unwillen und teilweise auch das Unvermögen, mit zäher Ausdauer und mit gut fundierten sachlichen Argumenten Schritt um Schritt Boden zu gewinnen, das ist es, was in vielen Fällen unsere Mißerfolge verursachte. Dabei ergänzen sich beide Erscheinungen, die opportunistische Politik und der pessimistische Unwille zur systematischen Kleinarbeit im Betriebe. Eines weckt das andere und eines leistet dem anderen Vorschub. Der rechte Opportunismus zerschlägt die Positionen und erzeugt im Gefolge die pessimistische Stimmung der „Linksheit“, jene Mentalität: „es hat doch alles keinen Wert!“ Der pessimistischen „Linksheit“ gegenüber sieht sich der Opportunist noch mehr verwirrt und verfällt in noch tieferen Opportunismus. Oft stehen beide Erscheinungen wie Zwillinge zu gleicher Zeit nebeneinander und vertragen sich sehr gut miteinander zum Schaden unserer Positionen und unserer Bewegung.

In der Resolution der Plenarsitzung des Zentralkomitees heißt es:

„*Der bisherige Verlauf der Betriebsrätewahlen hat nochmals die starken wie die schwachen Seiten unserer Massenarbeit schart beleuchtet. Ueberall dort, wo die revolutionäre Massenarbeit mit dem genügenden Nachdruck und der genügenden Initiative durchgeführt wurde, brachten die Betriebsrätewahlen bedeutsame Siege der revolutionären Gewerkschaftsopposition.*

[209] *Eine schwächliche und nachlässige Durchführung der Parteilinie, Ausübung und Duldung des Opportunismus der praktischen Arbeit, Verzicht auf die Anwendung der revolutionären Einheitsfronttaktik von unten, Außerachtlassung der sozialdemokratischen Arbeitermassen führten dagegen zu teilweisen Mißerfolgen bei den Betriebsrätewahlen und zum Rückgang des Einflusses der revolutionären Opposition in jenen Betrieben, wo die Parteilinie durch Opportunismus oder Sektierertum entstellt wurde.*“

An anderer Stelle der gleichen Resolution heißt es:

„Für die revolutionäre Einheitsfront von unten.

Die zahlreichen Fälle von opportunistischen Widerständen und Sabotageversuchen anläßlich der Betriebsrätewahlen, die Beispiele des Renegatentums von Betriebsrätekandidaten und Kommunalbeamten, die von der Kommunistischen Partei zum Brandlerismus und zur Sozialdemokratie überliefen, zeigen deutlich, daß der rechte Opportunismus die Hauptgefahr in der Partei bildet. Die rechte Hauptgefahr erhält unmittelbare Nahrung durch den Druck der Sozialdemokratie und die Flut von reaktionären Verfolgungen, die über die Partei hereinbrechen. Gegen diese Gefahr ist das Hauptfeuer zu richten.

Aber der rechte Opportunismus kann nur dann konsequent und vollständig niedergekämpft werden, wenn die Partei ohne jede Schonung das ‚linke‘ Sektierertum ausmerzt, das durch die Durchkreuzung der revolutionären Massenpolitik und die dadurch hervorgerufene Diskreditierung der Parteilinie nur Wasser auf die Mühlen des rechten Opportunismus lenkt.

Beide Abweichungen, die sich gegenseitig in die Hände arbeiten, hindern den Vormarsch der Partei und den erfolgreichen Kampf der Arbeiterklasse, indem sie die selbständige Führung der Massenkämpfe durch die Partei hemmen. Alle aktiven Verfechter der Parteilinie, alle wirklichen Kommunisten sind daher verpflichtet, einen hartnäckigen, ideologisch-politischen Zweifrontenkampf gegen die opportunistische Hauptgefahr und gegen das ‚linke‘ Sektierertum zu führen, um alle Hemmnisse zur stärksten Kraftentfaltung der Partei, zur Führung der Millionenmassen des deutschen Proletariats, zur weiteren Organisierung des revolutionären Aufschwungs aus dem Wege zu räumen.“

Wie oft hört man – wenn man bestimmte Arbeiten von den Betriebszellen fordert – den Einwand, „in unserem Betrieb ist nichts zu machen“, und als Begründung wird hinzugefügt: „Die Arbeiter da sind alle Sozialfaschisten und kleine Zörgiebels, mit denen ist nichts anzufangen!“ Natürlich versteckt sich hinter diesen Ausflüchten nur die Unlust unter der Belegschaft zu werben und zu agitieren, die Passivität und die Furcht vor den Massen, der Hang nach Sektiererei und statt des kühnen Vorwärtsdrängens zur Massengewinnung, das feige Verstecken vor den Massen mit dem selbstzufriedenen Zirkelwesen. Ein solcher Zustand der Zelle ist die größte Gefahr für die Partei und wo er besteht, muß er mit aller Entschiedenheit und mit aller Kraft beseitigt und überwunden werden.

Fragt man unsere Genossen, was sie unter den „kleinen Zörgiebels“ im Betrieb verstehen, so bekommt man zur Antwort, „das sind solche sozialfaschistischen Betriebsfunktionäre, die die

revolutionären Kollegen und Kommunisten bei der Betriebsleitung denunzieren und zur Entlassung bringen“. Und solche gemeine Kreaturen gibt es in den Reihen der sozialdemokratischen Betriebsfunktionäre nicht wenige. Dafür sorgt schon die ganze sozialfaschistische Ideologie von den „höheren gemeinsamen Interessen von Arbeitern und Unternehmern“, mit der der Klassen- und Arbeiterverrat seine „moralische“ Rechtfertigung erlangt. Früher waren es die Fundamente der proletarischen Ethik, daß der Denunziant im Betrieb, der Streikbrecher, der Verräter an der Klasse, der von allen Arbeitern, gleichgültig in welchem Lager sie standen, geächtet und verachtet wurde. Jeder Arbeiter ging dem Streikbrecher und dem Verräter, dem Denunzianten aus dem Wege, bespuckte ihn und weigerte [210] sich mit ihm in einem Betrieb, unter einem Dach zu arbeiten. Die Streiks zur Beseitigung von Streikbrechern, Denunzianten und Verrätern aus den Betrieben waren vor dem Kriege nicht selten und sie sind meist mit Unterstützung der Gewerkschaften und mit voller Klassensolidarität der am Streik nicht beteiligten Arbeiter erfolgreich durchgeführt worden. Heute ist durch die sozialfaschistische Ideologie und Theorie von den gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Unternehmer zum höheren Staatszwecke der Streikbruch, die Denunziation und der Arbeiterverrat im Betrieb durch die sozialfaschistische Bürokratie heilig gesprochen, zum Zwecke der Verfolgung der revolutionären Arbeiter, der Kommunisten und der Gewerkschaftsopposition. Der Arbeiterverrat im Betrieb soll dem in den Parlamenten und auf den Rathäusern würdig sein – sich ihm unterordnen. Wir haben es hier mit dem faschistischen System der sozialfaschistischen Bürokratie von der Korruption in den Parlamenten und Regierungen bis hinab in den Betrieben zu tun. Das ist die Feststellung des Tatbestandes.

Die Frage ist nun, wie bekämpft man am wirksamsten und erfolgreichsten diese Erscheinungen im Betriebe? Hier gibt es gar keinen anderen Weg als den der Wiederherstellung der unverfälschten Klassenkampfideologie, der klassenkämpferischen proletarischen Ethik, nach der jeder Verräter, Denunziant und Streikbrecher als verbrecherisches Element der Arbeiterklasse von den Arbeitern geächtet und verachtet wird. Das kann aber nur erreicht werden durch die Vernichtung der sozialfaschistischen Ideologie, die in der Leugnung des Klassenkampfes besteht, durch die Vernichtung der klassenkampffeindlichen Theorie von den Gemeinschaftsinteressen von Arbeitern und Unternehmern, durch Vernichtung der Lehre von der Wirtschaftsdemokratie und des Burgfriedens zwischen Kapital und Arbeit. Kurz also: durch den erneuten Sieg der revolutionären Klassenkampfideologie. Jede Konzession an die sozialfaschistische Ideologie der Gemeinschaftsinteressen, jedes Zurückweichen vor der sozialfaschistischen Bürokratie auf dem Gebiete der Burgfriedenspolitik mit den Unternehmern, bedeutet Vernichtung der proletarischen Ethik und damit schon des sachlichen und faktischen Uebergewichts des Sozialfaschismus über den proletarischen Klassenkampf im Betriebe. Jede opportunistische Duldung oder jedes Phlegma gegenüber den Kernfragen des klassenverräterischen Faschismus und der Lehre von den „höheren Gesellschafts- und Staatsinteressen“ ist ein Sieg des Faschismus und eine Niederlage der revolutionären Klassenfront, Bekämpfung und Ausrottung jeder versöhnlerischen Haltung und opportunistischen Duldung gegenüber der sozialfaschistischen Ideologie und den Trägern dieser Ideologie in unseren Reihen ist das erste, das wichtigste in der lückenlosen Wiederherstellung der proletarischen Ethik in der Gesamtarbeiterklasse

Das zweite ist, die richtige M e t h o d e zu finden, um die revolutionäre Solidarität im Proletariat wieder zur vollen Geltung zu bringen. Nehmen wir den Fall, wie er hier als Ausgangspunkt unserer Betrachtung gegeben war: Ein sozialfaschistischer Funktionär bekämpft revolutionäre Arbeiter innerhalb des Betriebes. Unsere Genossen nennen ihn aus diesem Grunde einen „kleinen Zörgiebel“. Was ist die Wirkung bei den uns noch fernstehenden Arbeitern? Diese Arbeiter wissen, daß Zörgiebel Dutzende von Menschen erschießen ließ, daß er seine Polizeisoldateska auf die Arbeiter hetzt, daß er Demonstrationen verbietet usw. Diese Arbeiter wissen aber auch, daß der sozialdemokratische Funktionär all das nicht getan hat, nicht tun konnte – da er eben nicht der Polizeipräsident von Berlin ist. Hier wirkt also der „kleine Zörgiebel“ als leeres Schimpfwort ohne jeden konkreten Inhalt – das Schimpfwort ist wirkungslos. Das trifft schon für den indifferenten oder parteilosen [211] Arbeiter zu. Auf den sozialdemokratischen Arbeiter wirkt das inhaltlose Schimpfwort vom „kleinen Zörgiebel“ aber noch ganz anders. Dieser fragt sich, warum nennen die „Moskowiter“ meinen Parteigenossen „kleinen Zörgiebel“? Ach nur, um ihn vor den übrigen Arbeitern zu infamieren. Sie nennen ihn so, weil er das sozialdemokratische Mitgliedsbuch in der Tasche hat. Nun das habe ich auch und

deswegen muß ich „meinem“ Genossen beistehen. Die Wirkung ist also die, daß die sozialdemokratischen Arbeiter durch die „kleinen Zörgiebels“ sich fester und enger um ihre arbeiterverräterischen Funktionäre scharen.

Ganz anders aber wirkt es, wenn man den sozialfaschistischen Denunzianten bei seinem richtigen Namen nennt – nämlich „Denunziant“ und das noch bekräftigt mit dem alten, im Proletariat bekannten Spruch: „Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant!“, oder was ebenso richtig ist, als „Werkspitzel“, „Achtgroschenjunge!“ und wie sonst die landesüblichen Bezeichnungen sind für solche Menschen und Handlungen. Nennt man die sozialfaschistischen Halunken in den Betrieben bei dem richtigen Namen, entsprechend den Handlungen, die sie gegen andere Arbeiter begangen haben, so daß jeder Arbeiter versteht, um was es sich bei der Infamierung handelt, dann ist die Wirkung auf alle Arbeiter eine ganz andere, als mit Bezeichnungen, deren Inhalt und Wesen mit den in Frage stehenden Handlungen nicht übereinstimmen. Die richtige Bezeichnung appelliert an das Klassenbewußtsein, das in jedem Arbeiter schlummert, der „kleine Zörgiebel“ aber erinnert an das Mitgliedsbuch, das nicht jeder Arbeiter besitzt und das den, der es aber besitzt, zur Solidarität mit dem „kleinen Zörgiebel“ aufruft. Die meisten sozialdemokratischen Arbeiter werden von ihrem Parteigenossen abrücken, wenn es sich um einen Klassenverrat handelt, sie werden ihn aber unterstützen, wenn es um sein vermeintliches „Parteiinteresse“ ohne sichtbaren Klassenverrat geht. Aus alledem ergibt sich, daß es in dem angegebenen Fall die richtige Methode ist, den sozialfaschistischen Verräter als das zu bezeichnen, was er nach seinen Handlungen wirklich ist. Das ist zwar altmodisch, aber auch heute noch in unserer modernen Zeit des rasenden Tempos, des Radios und der Zeitlupe immer noch die wirksamste Waffe zur Verteidigung der proletarischen Ethik, ohne die das Proletariat keinen Schritt zu seiner Befreiung tun kann.

Gewiß gibt es auch Fälle, wo sozialdemokratische Betriebsfunktionäre direkt mit der Polizei zusammenarbeiten, bei Betriebsversammlungen die Polizei zu Hilfe rufen, um die oppositionellen Redner mundtot zu machen oder die oppositionellen Arbeiter aus der Versammlung zu entfernen. In solchen Fällen gibt es auch „kleine Zörgiebels in den Betrieben“.

13. Etwas von der revolutionären Kriegführung

Die letzte Plenarsitzung des Zentralkomitees hat in ihrer politischen Resolution mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß man bei Behandlung der Sozialdemokratie unterscheiden muß „zwischen der konterrevolutionären Führerschaft der SPD, den unteren Betriebsfunktionären und den einfachen sozialdemokratischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen“, also erstens zwischen der sozialfaschistischen, konterrevolutionären, arbeiterfeindlichen und korrumpierten Führerschaft, zweitens zwischen den privilegierten Betriebsfunktionären und drittens zwischen den sozialdemokratischen Arbeitern in den Betrieben. Zwischen der oberen Führerschaft in den Ministerien und hohen Staatsfunktionen und den sozialdemokratischen Arbeitern steht das große Heer der kleinen Bürokraten im Partei- und Gewerkschaftsapparat, in den unteren Staats- und Gemeindeämtern, in den Genossenschaften., Krankenkassen. Versicherungen usw. Wir haben schon an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß die Inter-[212]essen des privilegierten sozialfaschistischen Führers mit seinen Minister-, Aufsichtsrat- oder Direktorgehältern von oft Hunderttausenden jährlich und mit Pensionsberechtigung, also mit der „Lösung der sozialen Frage“ bis zu seinem Lebensende (vorausgesetzt, daß ein allgemeiner „Betriebsunfall“ der kapitalistischen Ausbeuterordnung dem Lebensende nicht zuvorkommt) durchaus nicht miteinander übereinstimmen mit den Interessen des kleinen sozialdemokratischen Funktionärs, und sei es selbst eines solchen mit gleichfalls privilegierter Stellung dem Arbeiter gegenüber, wie der eines niederen oder mittleren Staats- oder Gemeindebeamten, eines Meisters, Vorarbeiters oder Betriebsrats in den Betrieben, eines kleinen oder mittleren Angestellten in den Gewerkschaften, Genossenschaften, Krankenkassen usw. Der Minister-, Aufsichtsrats- oder Direktor„genosse“ wird von den Nöten des Arbeiters, von der Teuerung, von den Massensteuern kaum oder gar nicht berührt; dagegen bekommt der untere sozialdemokratische Angestellte, dessen Gehalt meist nicht viel höher ist als der Lohn der gutbezahlten Arbeiter, alle die Nöte der Arbeiterschaft mitzufühlen. Seine Privilegien den Arbeitern gegenüber liegen auch auf einem ganz anderen Gebiete, als dem der hohen Einkünfte, die ihm die Lebenssorgen vom Halse halten. Das Privileg des unteren und mittleren

Angestellten beruht auf der Anstellung selbst, die ihn vor der Gefahr des alle Arbeiter immer stärker bedrohenden Gespenstes der Arbeitslosigkeit bewahrt.

Bestehen aber schon zwischen der sozialfaschistischen Führerschaft und zwischen dem sozialfaschistischen unteren und mittleren Parteiapparat und den mit diesem Apparat verwandten Gruppen von Angestellten im Staat und Gemeinden tiefgehendste, soziale und materielle Interessengegensätze, wieviel mehr bestehen solche Gegensätze erst zwischen den sozialdemokratisch organisierten Arbeitern und den beiden genannten privilegierten Schichten in der Partei!? In den weitaus meisten Fällen decken sich die sozialen, materiellen und kulturellen und alle sonstigen Interessen des sozialdemokratischen mit denen aller übrigen Arbeiter – und damit auch der kommunistischen und parteilosen Arbeiter – und verschmelzen sich zum gemeinsamen Klasseninteresse. Dies trifft besonders in den Gebieten und Industriezentren zu, wo die Sozialdemokratie noch einen starken Arbeiteranhang hat und wo ihr nicht sehr selten die ärmsten Arbeiterschichten angehören. In den Hochburgen der Sozialdemokratie, in Schlesien, Sachsen, Hannover, Magdeburg und vielen anderen Gebieten trifft das in vollem Umfange zu.

Natürlich gibt es von dieser allgemeinen grundlegenden Regel auch Ausnahmen. So gibt es sozialdemokratische Arbeiter, die keine Funktionen bekleiden, die aber nach ihrer privilegierten Stellung im Betrieb, durch ihr Anstellungsverhältnis, oder ihre Sonderstellung den übrigen Arbeitern gegenüber durch ihre höhere Lebenshaltung und höhere Entlohnung usw., zur Arbeiteraristokratie zu zählen sind, oder – was auch häufig der Fall ist – Arbeiter, die mit ihrer Zugehörigkeit zur SPD die Stufe der Arbeiteraristokratie erklimmen möchten, oder auf eine sichere Anstellung spekulieren, die sie den ständigen Gefahren der Erwerbslosigkeit, des Lohndrucks, der erhöhten Ausbeutung usw. enthebt. Solche Außenseiter von der großen Masse der sozialdemokratischen Arbeiter gibt es gewiß nicht wenige und der sozialfaschistische Apparat arbeitet bewußt mit aller Kraft darauf hin, möglichst breite Schichten der Arbeiter zum Zwecke der Unterbindung oder Sprengung der einheitlichen Klassenfront, mit allerlei Versprechungen und Hoffnungen zu korrumpieren. In den letzten Monaten konnten wir fast im ganzen Reiche beobachten, wie die sozialfaschistischen Apparatleute selbst an unsere Parteifunktionäre herangetreten sind, um sie mit Angeboten von Posten und Aemtern in den Gemeinden und Gewerkschaften zu kaufen. Und das nicht ohne [213] Erfolg, wie das der Fall Leetz, Rosenthal und Co. erwiesen hat. Das Auftreten dieser Erscheinungen in fast allen Gegenden Deutschlands beweist, daß hier der Sozialfaschismus nach einem einheitlichen zentralen Plan vorgeht.

Aber all diese Erscheinungen und Tatsachen sind Nebenerscheinungen und Ausnahmen von der allgemeinen Regel, daß die sozialdemokratischen Arbeiter ihrer sozialen Lage nach, ihrer Stellung im Produktionsprozeß, ihrer Stellung innerhalb des Proletariats nach keine ausnahmsweise privilegierte Stellung einnehmen – schon deshalb nicht, weil die kapitalistische Wirtschaft und der bürgerliche Staat je länger, desto weniger einer so breiten Schicht von Arbeitern, wie es die sozialdemokratischen Arbeiter sind, gar keine privilegierte Sonderstellung den anderen Arbeitern gegenüber einräumen können.

Aber nicht nur die soziale Stellung des einzelnen innerhalb der Sozialdemokratie verleiht dieser Partei ihren eigenartigen Charakter, sondern auch die klassenmäßige Herkunft ihrer Mitglieder. Vor dem Kriege war es neben Arbeitern, die aus revolutionärer Ueberzeugung bei der Partei waren, eine dünne Schicht der kleinbürgerlichen Intelligenz, die sich zum Broterwerb als Redakteure, Sekretäre usw. der SPD anschlossen. Die Partei war damals eine fast reine Arbeiterpartei, wenn auch immer mehr die revisionistischen Elemente der kleinbürgerlichen Intelligenz in der Führung und daher in der Bearbeitung der Partei die Oberhand gewannen, in deren Atmosphäre dann Arbeitertypen wie Ebert, Noske, Severing usw. an die Führung der Partei gelangen konnten. Heute haben wir es mit einer ganz andern Partei zu tun als damals. Mußten früher die Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten, die breite Schicht von Beamten und Angestellten in Industrie, Handel und Transport (Eisenbahn usw.) bei Strafe der Entlassung der SPD fernbleiben, ja, durften sie noch nicht einmal einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgeben – sie befanden sich in ihrer Orientierung zur SPD in einer Lage wie heute zur KPD –, so müssen jetzt alle diese Berufsbeamten- und -angestelltenkategorien geradezu das sozialdemokratische Mitgliedsbuch in der Tasche haben, um auf der Stufenleiter der Beförderung klettern zu

können. Das sozialdemokratische Mitgliedsbuch ist heute ein ebenso gutes Zeugnis staatserhaltender und vaterländischer Gesinnung wie die deutsch-nationale Mitgliedskarte. Diese Veränderung der Dinge brachte in dem letzten Jahrzehnt eine große Strukturänderung der Sozialdemokratischen Partei, und zwar entwickelte sich ein zwiefacher Prozeß. Einerseits gelangten sozialdemokratisch organisierte Arbeiter in Staats-, Gemeinde- und Betriebsfunktionen, andererseits traten immer mehr Staats-, Gemeinde- und Betriebsbeamte und -angestellte der SPD bei. Diese beiden Schichten wurden neben dem eigentlichen Partei- und Gewerkschaftsapparat allmählich zur maßgebenden, selbst dort, wo sie kein zahlenmäßiges Uebergewicht in der Partei haben. Diese Schichten spielen sozial die gleiche Rolle wie die eigentliche Arbeiteraristokratie, d. h. Arbeiter in gehobenerer Lebensstellung als die großen Massen. Sie sind wie die Arbeiteraristokratie ein Teil des Kleinbürgertums, sie zählen zu den Millionenmassen des Kleinbürgertums und geben der Partei ihren spezifisch kleinbürgerlichen Charakter, der die Grundlage ihrer kleinbürgerlichen Politik bildet. Die Arbeiter können in vielen Bezirken des Reiches in der Sozialdemokratie die Mehrheit der Mitglieder sein, das spezifische Gewicht des Einflusses in der Partei liegt aber bei den kleinbürgerlichen Schichten der Beamten- und Angestelltenschaft, bei der Arbeiteraristokratie und bei dem Partei-, Gewerkschafts-, Genossenschaftsapparat, bei den Beamten und Angestellten des Staates, der Gemeinden, der Arbeiterversicherungsanstalten usw. Und gerade hier, in diesem Gegensatz zwischen den Interessen und der sozialen Stellung der Arbeiter und des Kleinbürgertums, liegt jene Einbruchsstelle, [214] an der wir den Hauptkeil ansetzen müssen, um dieses heterogene Parteigebilde zu sprengen.

Bei der Bearbeitung der sozialdemokratischen Arbeiter wird man u. a. auf zwei Schichten stoßen, die je nach unserer Geschicklichkeit in der Bearbeitung verschieden reagieren werden. Da sind erstens die alten Schichten, die seit 10, 15, 20 und mehr Jahren der SPD angehören, die bei allen Schandtaten der Führer „der Fahne treu“ geblieben sind und die auf alle neuen Verbrechen der Führer an der Arbeiterschaft sehr wenig oder auch gar nicht reagieren. Hier wirken Tradition, gleichgültige oder oft sogar feindliche Einstellung zum Klassenkampf u. a. m. nach der Richtung der politischen Apathie. In dieser Schicht, die immer schmäler wird, wird unser Kampf um deren Gewinnung zwar nicht vollkommen aussichtslos, wohl aber äußerst schwer sein. Anders ist es mit einer zweiten Schicht, nämlich derjenigen Arbeiter, die erst zur SPD gekommen sind. Diese Arbeiter sind meist mit ihrem Eintritt in die SPD. überhaupt erst zum politischen Leben erwacht und sind aus vielerlei Umständen zuerst zur SPD. gekommen. Diese Schicht, die eine sehr breite ist, ist am erfolgreichsten und ehesten zu gewinnen.

Das was für die sozialdemokratischen Arbeiter in ihrer Gesamtheit zutrifft, trifft teilweise – aber natürlich in nicht zu großem Umfange – auf den unteren Funktionärkörper der SPD zu. Auch hier gibt es zeitweise bei besonders arbeiterfeindlichen Provokationen durch die Führer starke Zersetzungs- und Erschütterungserscheinungen. Besonders stark wuchs in den letzten Monaten die Opposition gegen die Führer bis in den unteren Parteiapparat an. Aus allen Gegenden Deutschlands liegen uns Berichte aus den SPD-Mitgliederversammlungen, Funktionärsitzungen usw. vor, aus denen hervorgeht, daß teilweise die oppositionellen Strömungen so stark sind, daß es selbst mit den Methoden der „linken“ Führer nicht mehr gelingt, die Rebellion aufzufangen und den Sturm mit Phrasen abzulenken. Dieser Sturm der Opposition in den SPD-Reihen hatte seine Ursache in dem reaktionären und offen arbeiterfeindlichen Regierungskurs der Hermann-Müller-Regierung im Reiche und des ebensolchen reaktionären Kurses der Braun-Regierung in Preußen. Hier wirkte vor allem der teilweise Raub der Erwerbslosenunterstützung, die Erhöhung der Zölle und Steuern bei gleichzeitigem Abbau der Besitzsteuern, die Durchpeitschung des Antikommunistengesetzes und anderes, und in der Preußenpolitik die Annahme des Konkordats, der ständige Belagerungszustand, die ständigen Demonstrationsverbote, besonders stark auch die sich ständig wiederholenden mörderischen und barbarischen Menschenjagden auf Straßenpassanten, die für Kommunisten gehalten werden, die moderne Zörgiebelei, die jetzt überall Schule macht und für die meist „Parteigenossen“ verantwortlich sind u. a. m.

Diese Oppositionswelle in der SPD (wir können leider an dieser Stelle keine Auszüge aus den vielen Berichten aus allen Bezirken aus den SPD-Versammlungen bringen), hat den seit Jahren tiefsten und größten Umfang und die schärfsten Formen angenommen, so daß es in vielen Versammlungen zu solchen Tumultszenen kam, daß sie vorzeitig geschlossen werden mußten.

Diese starke und breite Opposition konnte keine organisatorischen Formen annehmen, weil im Innern der SPD die Kräfte hierzu fehlten. Die Opposition ließ sich diesmal von den berufsmäßigen Betrügern der „Linken“ und den Seifenkünstlern nicht mehr täuschen, und von außen erhielt die Opposition von der Seite, von der allein die Unterstützung kommen konnte, von uns, diese Unterstützung nicht. Ja dort, wo oppositionelle Funktionäre unsere Hilfe und Unterstützung suchten, [215] wurden sie – wie wir das früher bereits zeigten – abgewiesen. Das kam von unserer „radikal“ sein sollenden Einstellung, nach der jeder, der das Mitgliedsbuch der SPD in der Tasche hat, ein „kleiner Zörgiebel“ sei, mit dem ein revolutionärer Arbeiter bei Verlust seiner bolschewistischen Ehre nicht sprechen dürfe. Und so kam, was kommen mußte: die SPD-Opposition verpuffte ohne organisatorische Auswirkung. Ganz spurlos ist allerdings diese Opposition nicht vorübergegangen. Die Wahlresultate bei den Betriebsrätewahlen in vielen Industriegebieten zeugen von ihr. Leider hat aber auch ein anderer Feind gewonnen – dank unserer mangelnden Fähigkeit, die Sache für uns auszuwerten – nämlich die Nationalfaschisten. Bei den vorjährigen Parlaments- und Gemeinderatswahlen konnte man besonders in Sachsen, Erzgebirge-Vogtland, West- und Ostsachsen, Thüringen und Schlesien beobachten, daß gerade in den Gebieten, wo die ärmsten Bevölkerungsschichten, die Heimarbeiter vorherrschend sind, die jahrzehntelang unentwegt der Sozialdemokratie folgten, sie in großen Massen zur Nationalsozialistischen Arbeiterpartei übergingen. Jahre hindurch wurde bei uns die Auffassung vertreten, daß diese Schichten, die besonders den „linken“ Sozialdemokraten folgten, „nie“ von der Sozialdemokratie abzubringen seien. Das was uns „nie“ gelungen ist, die Nationalfaschisten haben es im ersten Ansturm erreicht! Das sollte uns auch zu denken geben.

Die Opposition in der SPD hatte auch diesmal verschiedene Ursachen – eben weil die SPD als „bürgerliche Arbeiterpartei“ keine einheitliche Organisation ist. Selten setzt sich eine kleinbürgerliche Partei aus so unterschiedlichen und verschiedenartigen sozialen Schichten und Bevölkerungskreisen zusammen, wie gerade die SPD. Die Mitgliedschaft in der SPD ist in keiner Weise mit der unserer Partei zu vergleichen. Wir sind „unten“ und „oben“ die reinste Arbeiterpartei, die es je gegeben hat. Die kleinbürgerliche Intelligenz, die bis vor einigen Jahren bei uns noch in der Führung eine Rolle spielte, ist fast ganz aus der Partei verschwunden. Die Führung der Partei liegt ausschließlich in Händen von Arbeitern. Zur Führung und auch im Parteiapparat stehen uns nur wenige Akademiker zur Verfügung, die sich in jahrelanger Arbeit in der Partei zum Bolschewismus entwickelt haben. Das ist keine Schande für uns, wohl aber unsere bolschewistische Stärke, wohl aber auch eine Schande für die deutsche akademische Intelligenz, die in ihrer Gesamtheit so reaktionär und konterrevolutionär wurde, daß sich in ihr auch noch nicht einmal der berühmte „weiße Rabe“ zeigt, der dem Proletariat bei seiner weltgeschichtlichen Mission zu helfen vermag. Anders ist es in der Mitgliedschaft der SPD, die ein buntes, vielgestaltiges und vielseitiges und gegensätzliches Mosaik der heterogensten Strömungen, Richtungen und Interessengruppen ist. Da haben wir die Freidenker und die religiösen Sozialisten, die prügelnde Schupo und die verprügelten Arbeiter, die zum Klassenkampf sich bekennenden Arbeiter in den Gewerkschaften, daneben den Streikbrecheragenten aus der Gewerkschaftsbürokratie, den kommandierenden Arbeiterschinder in den Staats- und Gemeindebetrieben, den schikanierten und hungernden Staats- und Gemeindearbeiter. Da ist der 72.000-Mark-Brolat neben dem 2000-Mark-Omnibusführer, der jederzeit sein Leben aufs Spiel setzen muß, und so geht es weiter. Es ist ganz natürlich, daß aus eben diesem bunten heterogenen Chaos von Interessen und Gegeninteressen keine einheitliche Opposition in der Form und in dem Ausmaße herauswachsen kann, wie zur Zeit der Absplitterung der USPD und deshalb eine geschlossene umfangreiche Ueberführung ins revolutionäre Lager, besonders in der gegenwärtigen nicht akut revolutionären Situation nicht erfolgen kann, Es kann sich in [216] der gegenwärtigen Periode also nur darum handeln, verhältnismäßig kleine Gruppen (oft auch ganze Ortsvereine, besonders auf dem flachen Lande), oder oftmals nur einzelne Mitglieder oder untere Funktionäre zu gewinnen. Bei all diesen einschränkenden Entschuldigungen muß gesagt werden, daß die Partei in den letzten Jahren auf diesem Gebiete fast keinerlei Erfolge aufzuweisen hatte, weil sie dieses Problem, das immer und ständig vor der Partei steht, einfach nicht genügend oder überhaupt nicht gesehen hat. Und doch ist gerade dieses Problem eines der wichtigsten in die Linie der Hauptaufgabe der Partei, der Gewinnung der Mehrheit des deutschen Proletariats.

Die Sozialdemokratie ist in der Front des uns gegenüberstehenden Klassenfeindes die stärkste feindliche Truppe. Sie ist in der revolutionären Kriegführung bildlich mit einer feindlichen reaktionären Armee im Klassenkriege zu vergleichen. Unsere „zielbewußten" Theoretiker sind der Auffassung, daß es mit den Soldaten dieser Armee „kein Verhandeln", sondern nur „Vernichtung" geben kann. Auch wir sind der Auffassung, daß nur „Vernichtung" in Frage kommt – aber hier beginnt erst die Frage „wessen Vernichtung?" und „wie vernichten?". Diese Fragestellung trennt den Bolschewisten von den Phraseuren der Linksheit. Was muß vernichtet werden? Die Sozialdemokratische Partei! Die feindliche Armee ist es, die vernichtet werden muß und nicht, wie es in der „linken" Theorie so schwungvoll hieß: „Abrechnung mit dem sozialdemokratischen Arbeiter in der Entscheidungsschlacht!" Die feindliche Armee (der Sozialfaschismus) wird am erfolgreichsten und am wirksamsten vernichtet, wie jede Armee im Kriege, durch – Zersetzung. Die kriegführende Partei, der es gelingt, die feindliche Armee durch Zersetzung zu zerschlagen oder zum Rückzug zu zwingen, gewinnt den Feldzug. In der modernen Kriegführung hat die Zersetzung der feindlichen Armee eine immer größere Rolle gespielt und wurde zeitweise zur stärksten Waffe der Kriegskunst überhaupt. Der moderne Nachrichtenapparat, der Spionagedienst, die systematische und gründlichste Bearbeitung ganzer Truppenteile, die Bearbeitung der Volksmassen hinter der Front gilt in jedem Krieg als die stärkste Waffe dem Feinde gegenüber. Wer dieses Gebiet der modernen Kriegführung nicht begriffen hat, der hat auch noch nichts von der revolutionären Kriegführung begriffen.

In der Zersetzung der feindlichen Armeen spielt die Ausnutzung des Gegensatzes zwischen den Offizieren und den Mannschaften die wichtigste Rolle. Die Auflehnung der Soldatenmassen gegen das Offizierkorps, die Durchbrechung der militärischen Disziplin ist das Ziel der Zersetzung der feindlichen Armee. Und das, was für den Krieg gilt, gilt noch mehr für den Klassenkrieg. Wer da schreit: „Mit den sozialdemokratischen Arbeitern gibt es kein Verhandeln!", ist ein unfruchtbarer Maulaufreißer, aber kein revolutionärer Bolschewik. Der Erfolg in der Zersetzung der feindlichen Armee beruht auf der Methode, die Massen der Soldaten in Gegensatz zum Offizierkorps zu bringen. Hierbei wird ein Teil der Unteroffiziere (unterer Parteiapparat, Funktionäre in den Betrieben) auf die Seite der Soldaten, ein anderer Teil auf die Seite der Offiziere treten. Hierbei kommt es sehr häufig vor, daß vereinzelte Offiziere sich auf die Seite der Mannschaft schlagen, genau so wie es auch vorkommt, daß eine ganze Reihe Kriecher aus den Reihen der Soldaten Verrat an ihren Kameraden begehen und es mit den Offizieren halten. Alles das gibt es bei der Kriegführung und noch viel mehr in der Kriegführung der politischen Parteien.

Zur Zersetzung der feindlichen Armee des Sozialfaschismus gehört als wichtigstes und wirksamstes Mittel die Weckung und Stärkung des Klassenbewußtseins und des Klasseninteresses, die die Teile der sozialfaschistischen Armee, die gemeinsame Klasseninteressen mit uns, mit dem [217] gesamten Proletariat haben, in Gegensatz zur sozialfaschistischen Führung und in das Bündnis mit uns bringt. Die Herstellung der proletarischen Einheitsfront der sozialdemokratischen, der parteilosen, der revolutionären, der kommunistischen Arbeiter zum gemeinsamen Handeln im Klassenkampf ist die wichtigste und bedeutsamste Waffe im Kampf gegen den Sozialfaschismus. Das Klassenbewußtsein, die Klasseninteressen, der Klassenkampf trennen die sozialdemokratischen Arbeiter von ihren Führern und verbinden sie mit uns. Je höher die Wellen des Klassenkampfes gehen, desto rascher zersetzt sich die sozialfaschistische Armee, und im Sturm der revolutionären Klassenauseinandersetzung, im verschärften Klassenkampf zerbricht das Instrument des sozialfaschistischen Machtapparats. Damit wird die selbständige Führung der Kämpfe des Proletariats durch den revolutionären Vortrupp zu einer der schärfsten Waffen zur Vernichtung der sozialfaschistischen Armee. Der Klassenkampf, die Wahrnehmung der Klasseninteressen, das ist der Kitt, der das Proletariat, gleichgültig in welchem Lager es zeitweilig steht, verbindet und vereinigt und zugleich das Dynamit, das die Armee des Klassengegners sprengt.

Gewiß sind die Situationen und Gelegenheiten zur Zersetzung feindlicher Armeen (politischer Parteien) nicht immer gleich günstig. Der Generalstab, der die feindliche Armee zersetzen und vernichten will, muß die betreffenden Waffen im entscheidenden Augenblick einsetzen, verpaßt er diesen, dann muß er wieder warten, bis der richtige Moment kommt und inzwischen alles vorbereiten, um

für den entscheidenden Augenblick genügend Waffen und Munition zum Angriff bereit zu haben. Der erfolgreiche Angriff zur Zersetzung wird gegen die feindliche Armee geführt, wenn diese eine Niederlage oder große Verluste erlitten hat und wenn aus diesem Grunde in ihren Reihen starke Depressionsstimmungen auftreten. Wenn durch die Politik der Hermann-Müller-Regierung oder Otto-Braun-Regierung das Proletariat eine Niederlage erlitten hatte, setzte stets die Depressionsstimmung bei den proletarischen Elementen in der SPD ein, die jeweils von der Opposition sich bis zur Rebellion der Arbeitermitglieder (der einfachen Soldaten) gegen die Führer (gegen die Offiziere) zeitweise steigerte. Statt daß wir in solchen Situationen wie revolutionäre Strategen gehandelt hätten, haben wir meist ganz untaktisch und ganz unstrategisch alle diese Gelegenheiten verpaßt. Die Linie, die wir in den vorstehenden Kapiteln aufgezeigt haben, lief darauf hinaus, bei den begangenen Verbrechen der sozialfaschistischen Offiziere sich nicht gegen diese, sondern gegen die sozialdemokratischen Arbeiter zu wenden, statt diese davon zu überzeugen, daß sie mit Ihrer Zugehörigkeit zur SPD. eine verbrecherische Politik gegen die Arbeiterklasse unterstützen. Diese unsere großen Hauptfehler müssen wir erkennen und sie abstellen. Auf dem Gebiete der revolutionären Kriegführung muß die Partei ein großes Stück vorwärts tun, um erst zur wirklichen bolschewistischen Partei, zur revolutionären Avantgarde des deutschen Proletariats zu werden.

Zur revolutionären Kriegführung gehört aber noch etwas mehr als nur das Sehen der eigenen Positionen, man muß auch auf das gründlichste die des Feindes kennen. Wir zitieren hier nochmals Lenin:

„Wenn es sich um die praktische Aktion der Massen handelt, um den Aufmarsch – wenn man diesen Ausdruck gebrauchen darf – von Millionenarmeen, um die Aufstellung aller Klassenkräfte der gegebenen Gesellschaft zum Letzten und Entscheidenden, so ist hier mit propagandistischen Gewohnheiten allein, mit bloßer Wiederholung der Wahrheiten des ‚reinen' Kommunismus nichts zu erreichen. Hier muß man nicht bis zu Tausend zählen, wie im wesentlichen der Propagandist, das Mitglied einer kleinen Gruppe, die noch keine Massen geführt hat, zählt: hier muß man mit Millionen und Dutzenden von Millionen rechnen. Hier muß man sich nicht nur [218] fragen, ob wir die Vorhut der revolutionären Klassen überzeugt haben, sondern auch ob die historisch wirksamen Kräfte aller Klassen, unbedingt aller Klassen der gegebenen Gesellschaft ohne Ausnahme so aufgestellt und verteilt sind, daß die entscheidende Schlacht wirklich herangereift ist, so daß 1. alle uns feindlichen Klassenkräfte genügend in Verwirrung geraten sind, sich genügend untereinander verzankt haben, genügend durch den Kampf, der ihre Kräfte übersteigt, geschwächt sind, daß 2. alle schwankenden, unsicheren, unbeständigen Zwischenelemente, d. h. das Kleinbürgertum, die kleinbürgerliche Demokratie zum Unterschiede von der Bourgeoisie vor dem Volke genügend sich entlarvt haben, sich durch ihren praktischen Bankrott genügend bloßgestellt haben, daß 3. im Proletariat eine Massenstimmung zugunsten der Unterstützung der entschiedensten, grenzenlos kühnen revolutionären Aktionen gegen die Bourgeoisie beginnt und machtvoll anwächst. Dann ist die Revolution herangereift. Dann ist unser Sieg, wenn wir alle oben angeführten, oben kurz charakterisierten Bedingungen einkalkuliert und den Augenblick richtig gewählt haben, dann ist unser Sieg sichergestellt."

Das klingt ganz anders als die anarchosyndikalistischen Phrasen von der „einheitlich reaktionären Masse" unserer Linksopportunisten. „Die kleinbürgerliche Demokratie zum Unterschiede von der Bourgeoisie" (man beachte diese Unterscheidung!) „vor dem Volke sich genügend entlarvt haben" usw. Und vorher, als erstes, daß „alle uns feindlichen Klassenkräfte genügend in Verwirrung geraten sind, sich genügend untereinander verzankt haben, genügend durch den Kampf, der ihre Kräfte übersteigt, geschwächt sind". Wer diese „Kleinigkeiten" im Lager der uns feindlichen Klassen nicht sieht und nicht sehen will, wer vor der sozialen Wirklichkeit die Augen verschließt und sich vor dem Knistern und Krachen im Gebälk der bürgerlichen Gesellschaft die Ohren mit Watte verstopft, wer darauf verzichtet, im Lager der feindlichen Klassen bestimmte Aktionen, Aufgaben der Zersetzung, der Verwirrung, der Entlarvung bis zu ihrem Bankrott durchzuführen, wie es unsere Linksopportunisten tun, der ist kein revolutionärer Bolschewist.

In der russischen Oktoberrevolution spielten die 100-Millionen-Massen des Dorfes eine große Rolle. Bei uns in Deutschland hat die Bauernschaft eine große, ungeheure Bedeutung, aber bei weitem nicht die, wie sie der russische Bauer in der Oktoberrevolution hatte. Dagegen gewinnt das städtische Kleinbürgertum (Beamte und Angestellte in Staat, Gemeinde und Betrieb) eine höhere Bedeutung als in der

russischen Revolution. Aus diesem Grunde müssen wir die Frage des Kleinbürgertums ebenso aufmerksam beobachten und studieren, wie die russischen Genossen die Agrarfrage studieren mußten.

Wir haben bereits auf die heterogene Basis und Struktur des Kleinbürgertums hingewiesen. Hier gibt es als die wichtigste soziale Schicht zunächst die Schicht kleiner und kleinster Besitzer, die teilweise in geringem Umfange fremde Arbeitskraft ausbeuten, teilweise als Rentner Anteil haben an der Ausplünderung der Arbeiter durch die Industrie usw. Diese Schicht, die unter dem Monopolkapital täglich enteignet und proletarisiert wird und, täglich neugeboren, nur davon träumt, aufzusteigen zum kapitalistischen Krösus, diese Schicht ist der entschlossenste Feind der proletarischen Revolution, und sie wird ihren Pfennig entschiedener verteidigen als die Finanzherzöge die Mark. Diese Schicht ist durch und durch konterrevolutionär und reaktionär, sie steht in aktivster Feindschaft zur proletarischen Revolution, und aus ihr organisiert der Faschismus seine Kerntruppen. Da gibt es die breite Schicht des sogenannten neuen Mittelstandes, der seine Arbeitskraft oder sein Hirn verkauft an das Finanzkapital, an den Staat, an die Gemeinde, und dessen einziges „Anlagekapital" in der Summe der Schul- und Studienjahre besteht. Zu [219] dieser Schicht zählen auch die einstmaligen Arbeiter, die an der Stufenleiter der Bürokratie in Staat, Gemeinde und Betrieb herumturnen. Diese Schichten werden stets von der Idee beherrscht, die gewandteste Gymnastik an der Stufenleiter des „gesellschaftlichen Aufstiegs" zu entwickeln. Die Bourgeoisie hat ein raffiniertes System einer Stufenleiter von Gehaltsklassen, von Aemtern, Titeln und Privilegien geschaffen, mit dem sie den neuen Mittelstand versucht an die Existenz der kapitalistischen Gesellschaft zu fesseln. Infolge dieses Systems, unter dem diese breite Schicht von Angestellten und Beamten gezwungen ist zu leben, findet unter dieser Schicht ein ständiger, ununterbrochener Kampf aller gegen alle statt; keiner will auf der untersten, alle wollen sie auf der obersten Stufe dieser Leiter sein. Die untersten Schichten dieses „Mittelstandes", die oft miserabler leben als die Arbeiter und deren Existenz meist nicht gesicherter als die der Arbeiter ist, neigen häufig auf die Seite der proletarischen Revolution, während in den mittleren Schichten starke Schwankungen zwischen Revolution und Konterrevolution auftreten, während die oberen Schichten hingegen der kapitalistischen „Ordnung" treu ergeben sind. Hier in die Risse und Sprünge, die sich fortgesetzt an diesem raffinierten System der Gehaltsstufen, Aemter und Titel zeigen, die Keile richtig einsetzen, um diesen Apparat der kapitalistischen Wirtschaft und Herrschaft zu sprengen, ausnutzen die sozialen Gegensätze, die es unvermeidlich im Bau der kapitalistischen Ordnung gibt, ist eine von den wichtigsten strategischen Aufgaben der revolutionären Vorhut.

Nur bei schärfster Beobachtung und dem Einsatz aller Kräfte an allen Frontabschnitten des Klassenkampfes, der in allen Schichten der Bevölkerung vor sich geht, erfüllt die Partei ihre Aufgabe, ihre Pflicht in der Vorbereitung und Organisierung der Revolution. Das ist es, was wir revolutionäre Kriegführung nennen.

14. Die Ursachen der Abweichungen von der Parteilinie

Unsere Untersuchung hat ergeben, daß in den letzten Wochen und besonders im Zusammenhang mit den Betriebsrätewahlen sich in unserer Publizistik in der Parteipresse erhebliche Entgleisungen und Fehler eingestellt haben. Diese Fehler sind zweifellos nicht nur in der Parteipresse vorhanden, sondern sie sind auch sonst in die Partei eingedrungen bzw. sie spiegeln einen bestimmten Zustand in der Partei wider. Wie sind nun diese Entgleisungen und Fehler zu bewerten?

Der Nachweis, den wir geliefert haben, zeigt klar, daß diese Fehler und Entgleisungen ziemlich erheblicher Natur sind und die Fundamente des Bolschewismus berühren. Die Häufung dieser Fehler und die Tatsache, daß sie sich wie ein roter Faden durch die meisten Publikationen zu den Betriebsrätewahlen hindurchziehen, überspringen auf Publikationen zu anderen Aktionen (wie z. B. zu der des 6. März), in theoretischen Artikeln in der Parteipresse und in der theoretischen Zeitschrift wiederkehren, oder gar ihre theoretische Fundierung erhalten sollten, alles das zeigt, daß es sich um eine ideologische Abweichung handelt von der Linie des Marxismus-Leninismus, um eine andere politische Linie, als der von den Kongressen und Parteitagen beschlossenen Linie in Theorie und Praxis.

Die Abweichungen lassen sich nur wie folgt erklären: Wir haben bereits festgestellt, daß sich die gemachten Fehler nur aus einem bestimmten Zustand der Partei erklären lassen und ohne allen

Zweifel einem ungesunden, einem fehlerhaften Zustande. Ultralinke Stimmungen und Strömungen, „linke“ Abweichungen sind stets Ausflüsse pessimistischer Stimmungen. Und in der Tat, wenn man die sinnlosen Losungen und Gedankengänge beobachtet, so ist es ganz handgreiflich, daß es sich um nichts anderes, als um tiefsten Pessimismus handelt. Sehen wir uns nur die wichtigsten Gedankengänge an: „Die Arbeiter, die heute noch in [220] der Sozialdemokratie organisiert sind, können nicht für die Revolution gewonnen werden.“ „Die sozialfaschistischen Arbeiter sind durch und durch verfault, mit denen kann man sich nur in der Entscheidungsschlacht auseinandersetzen.“ Oder wenn dem Sinne nach gesagt wird: „Die sozialfaschistischen Arbeiter kann man nicht gewinnen, da gibt es nur eines, man muß sie vernichten!“ Spricht aus alledem nicht tiefgehendster Pessimismus, tiefster Unglauben und Hoffnungslosigkeit? Ja, wenn man unsere Erfinder der neuen Theorie über Sozialfaschismus fragen würde: „Schön, ihr glaubt nicht daran, daß man die sozialdemokratischen Arbeiter für den revolutionären Klassenkampf gewinnen kann, wie stellt ihr euch die ‚Vernichtung‘ dieser Arbeiter vor?“, wir sind überzeugt, daß sie in die größte Verlegenheit geraten. Trotz eifrigen Suchens konnten wir bis zur Stunde noch keine Stelle finden und noch keine Auskunft erlangen, wie dieses „Vernichten“ vor sich gehen soll. Ob die sozialdemokratischen Arbeiter auf dem elektrischen Stuhl geschmort oder sonstwie „vernichtet“ werden sollen, ist nirgends angedeutet. Nur in einem Falle wußte sich ein ganz Schlauer zu helfen, er vertagte die „Vernichtung“ bis zur großen Auseinandersetzung in der Entscheidungsschlacht, oder was noch sicherer und risikoloser ist, er vertröstet auf das Revolutionstribunal.

Die Kraftmeierei in den Losungen, die diese ganze Ideologie begleiten, „Vertreibt!“, „Verjagt!“, Schlagt!“ die SPD-Mitglieder oder die „kleinen Zörgiebels“ aus den Betrieben, Stempelstellen, Schulen usw. entsprechen durchaus der pessimistischen Stimmung. Da man sich ohnmächtig und hilflos fühlt, fängt man mit einer phantastischen, sinnlosen Kraftmeierei an, von der jedermann sofort sieht, daß sie nicht ernst gemeint sein kann und bei der sich hinter den starken Worten die Hilflosigkeit, die Ausweglosigkeit verbirgt.

Was steckt hinter all diesem Pessimismus, hinter diesem Unglauben an die eigene Kraft, an die Kraft des Proletariats? Hier gibt es nur eine Antwort: Der Disproporz zwischen der starken Radikalisierung der Massen und unser Unvermögen, die radikalisierten Arbeitermassen sofort organisatorisch zu erfassen und festzuhalten, so daß man einen dauernden sichtbaren Erfolg dieses Prozesses in der Arbeiterklasse sieht. Der Radikalisierungsprozeß setzt Millionen in Bewegung, wenn die Partei aufruft, folgen ihr Millionen. Die Millionen folgen der Partei trotz Polizeiterror, trotz Todesopfer, trotz Massenentlassungen aus den Betrieben und so fort. Die Massen sind bereit zu den größten Opfern, finanzieren die Oppositionskongresse, wir sehen die ersten ernsthaften Ansätze zu politischen Massenstreiks, unsere Agitation zum gemeinsamen Vorgehen und Handeln der Belegschaften mit den Erwerbslosen hat durchschlagenden Erfolg. Die Autorität der Partei in den Massen des Proletariats ist im immer stärkeren Ansteigen. Man kann aber nicht jeden Tag Demonstrationen machen oder Oppositionskongresse abhalten. Den roten Tagen folgen die grauen Tage des Alltags. Die grauen Tage sind länger als die roten. In diesen grauen Tagen, in denen die wenigen organisierten Kommunisten wieder unter sich sind und sich auf sich selbst besinnen können, da fühlen sie sich kleinmütig, die großen Massen sind nicht mehr da, so wie die Millionen aus der Tiefe aufgetaucht sind, so verrinnen sie wieder, es war kein Gefäß da, wo sie aufgefangen werden konnten. Während unsere Zellen und Genossen draußen auf der Straße die Marschkolonnen ordneten und in Bewegung setzten, waren indes die Unternehmer nicht untätig, sie stellten die Entlassungspapiere fertig. In vielen Betrieben wird die ganze Zelle entlassen, kein einziger Kommunist bleibt verschont, in anderen Betrieben bleiben von Hunderten von Zellenmitgliedern noch ein bis zwei Dutzend übrig. Die parteilosen Arbeiter sympathisieren mit der Partei, aber zum Mitgliedsbuch greifen sie nicht – die Entlassung! All [221] das lastet wie ein schwerer Alp auf der Partei, das erzeugt bei vielen Hoffnungslosigkeit, Pessimismus.

Dann sehen die Kommunisten die Sozialdemokraten im Betrieb. Diese können sich frei bewegen, sie können Versammlungen abhalten, sie können sogar im Betrieb ihre Beiträge einkassieren, sie können sich frei zu ihrer Partei bekennen und sogar ganz ungehindert agitieren und Mitglieder werben. Ist es da ein Wunder, wenn unsere Genossen die privilegierten sozialdemokratischen Arbeiter als eine

andere Arbeiterkategorie, als Arbeiteraristokratie ansehen, die nichts mit Klassenkampf zu tun haben und von denen sie der Auffassung sind, daß diese sozialdemokratischen Arbeiter für den Klassenkampf verloren sind?

Wie die pessimistischen Stimmungen aufkommen, ist ganz erklärlich und natürlich. Die Publizisten drücken nur aus, was hunderte Arbeiter in den Betrieben und noch mehr im Erwerbslosenheer fühlen. Unsere Publizisten begehen gewiß den Fehler, daß sie nur die Stimmungen der Hunderte sehen und nicht sehen die Millionen, die in Bewegung gesetzt werden müssen, die wir auf die eine oder die andere Art auf die Seite der Revolution ziehen müssen, die gewonnen werden müssen. Gewiß, auch das ist erklärlich: Unsere Publizisten sitzen nicht nur am Schreibtisch, sondern sie müssen auch hin zum Betrieb, zur Stempelstelle und in die Zellenversammlungen. Mit vieler Mühe und zäher Ausdauer hat ein solcher Genosse Zelle um Zelle aufgebaut, Hunderte in manchen Betrieben für die Zelle gewonnen, die Zelle beraten, ihr geholfen bei all der Kleinarbeit und so fort und mit einem Schlag, im Handumdrehen ist alles, was er monatelang aufgebaut und betreut hat, vernichtet. Verzweiflung und Kleinmütigkeit packt ihn und er glaubt, „es hat doch alles keinen Zweck“. Er zweifelt und verzweifelt an seiner Aufgabe.

Es ist absolut kein Zufall, daß die pessimistischen Stimmungen und Strömungen gerade in Verbindung mit den Betriebsrätewahlen aufgekommen sind. Bei den Betriebsrätewahlen und bei den Vorbereitungen dazu haben sich die Geister im Betrieb klar geschieden. Die kommunistische Zelle mußte offen als solche hervortreten und die oppositionellen Wahlkommissionen und die oppositionellen Vorschlagslisten zeigten dem Unternehmer wie auf dem Präsentierteller, wer die verfluchten Kerle waren, die ihm das ganze Jahr hindurch mit Betriebszeitungen und sonstiger Beunruhigung der Belegschaft schlaflose Nächte bereiteten. Jetzt konnte er gegen die gefürchtete Zelle zum Schlage ausholen und sich für längere Zeit Ruhe verschaffen. Die Zerschlagung und Vernichtung unserer Zellen in den Betrieben fällt ganz natürlicherweise mit den Betriebsrätewahlen in höherem Maße zusammen als sonst.

Wir glauben hier den Hauptgrund, den Ausgangspunkt angegeben zu haben, der zu den Abweichungen von der Parteilinie führte. Wir mußten diese Ursachen aufdecken, um die richtigen Maßnahmen zur Beseitigung der Fehler finden zu können. Es handelt sich nicht allein darum, die Fehler abzustellen, sondern vor allen Dingen die Wurzeln auszurotten. Haben wir die Ursachen der Fehler erkannt, dann ist es auch nicht schwer, die Fehler selbst zu beseitigen. (Schluß folgt.) [222]

LITERATUR

Bolschewik Nr. 1 und 2

In dem Leitartikel der ersten Nummer des „Bolschewik“ im neuen Kalenderjahr wird in einem Artikel von Peredow die „Sozialistische Bahn“ der Sowjetunion aufgezeigt, die in der Ersetzung der Kulakenproduktion durch die Produktion der Sowjet- und Kollektivwirtschaften besteht. Die Liquidation der Kulaken als Klasse macht mindestens die Ersetzung der Kulakenproduktion notwendig. Darüber hinaus muß aber die weitere Ausbreitung der Saatfläche gefördert werden. Der Artikel zeigt diese Notwendigkeiten.

Die Entwicklung der Sowjetunion hat internationale Bedeutung. „Der Plan Lenins, verkörpert im Fünfjahrplan, wird die Waffe im Kampf für den Sozialismus, für den Kommunismus in allen kapitalistischen Ländern“. Gleichzeitig ist die neue Etappe durch ein Heranreifen der revolutionären Situation und ein Erstarken der Komparteien gekennzeichnet. „Der theoretische Streit über die Stabilisierung des Kapitalismus zerschlägt sich schnell im Lichte der Krisis, die diese Länder durchmachen“. Der Artikel ist dem sechsten Todestage Lenins gewidmet und zeigt den gewaltigen Einfluß der Lehre Lenins auf die breiten Massen.

Von Genossen Stalin werden drei Reden in der amerikanischen Kommission des EKKI über die rechte Fraktion in der amerikanischen Kompartei gebracht. Trotzdem die Reden einige Zeit zurückliegen, sind sie von außerordentlicher Aktualität. Stalin zeigt in diesen Reden, daß das Bekenntnis zur leninistischen Plattform allein nicht genügt. Er weist diese Tendenzen eines Teiles der amerikanischen Partei

zurück, die eine besondere Lage in den Vereinigten Staaten erkennen wollen. Die jetzige Wirtschaftskrise in Amerika zeigt gerade, wie richtig Genosse Stalin die Situation beurteilte. Die Plattform der Opportunisten hat jede Berechtigung verloren und der frühzeitigen Kritik Stalins vollständig Recht gegeben. Kuusinen gibt einen guten Ueberblick der internationalen Bedeutung des Genossen Stalin in einem Artikel über „Stalin und die Bolschewisierung der Komparteien“. Kuusinen zeigt klar die Einstellung Stalins zu den einzelnen Sektionen und in den einzelnen Phasen. Stalins Bedeutung für das internationale Proletariat und seine Taktik wird durch diesen Artikel erst ganz gewürdigt.

In jeder Situation hat Genosse Stalin die leninistische Linie der Partei gewahrt, sie in allen Komparteien aufgedeckt und jede Abweichung scharf kritisiert. Kuusinen zeigt, wie Stalin nicht nur der Führer des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion, sondern auch der große Führer des Weltproletariats ist.

„Ueber die Rolle des Proletariats und der revolutionären Bewegung in der Ukraine“ unterrichtet ein Artikel von P. Gorin. Dieser Aufsatz ist eine Einleitung zu dem bevorstehenden Kongreß der historischen Marxisten der Ukraine. Die historischen Arbeiten von Iaworki werden besprochen, die Rolle des Proletariats in den Revolutionen von 1905 und 1917 aufgedeckt, und die besonders in der Ukraine vorhandenen kleinbürgerlichen nationalen Strömungen in den Revolutionsjahren historisch untersucht. Dieser Aufgabe will sich auch der Kongreß widmen, der damit eine Lücke in der Geschichte ausfüllen wird. Gorin betont, daß diese Arbeit nur leninistisch erfüllt werden kann. Ein weiterer Artikel befaßt sich mit den aktuellen „Problemen der Viehzucht“ in der Sowjetunion. Für den westeuropäischen Leser mag es überraschend sein, daß in einem theoretischen Organ der Partei derartige Fragen angeschnitten werden, aber es handelt sich bei diesen Fragen um Tagesfragen des sozialistischen Aufbaues. Die Versorgung der Großstädte mit Fleisch, die Versorgung mit Milch und Butter, ist ebenso wichtig wie die Fragen des industriellen Aufbaues. Aber das Tempo der Steigerung der Viehzucht kann beschleunigt werden durch die Ausbreitung und Intensivierung der Landwirtschaft. Aber diese Beschleunigung kann nur stattfinden durch Ausbreitung des sozialistischen Sektors in der Landwirtschaft, durch Kollektivierung und Sozialisierung.

Saparow behandelt die Frage der „Krise des organisierten Kapitalismus“. Der Börsenkrach in Amerika, die Ueberproduktion, die zunehmende Herrschaft der Finanzoligarchie und der Spekulation werden in dem Artikel aufgezeigt. Er [223] schreibt: „Die Krisis in den Vereinigten Staaten ist gleichzeitig die Krisis des organisierten Kapitalismus“, ein neuer Abschnitt in der Entwicklung der Widersprüche der dritten Periode, und das Einleitungskapitel zur allgemeinen Krisis der kapitalistischen Stabilisierung.“

Diese amerikanische Ueberproduktionskrisis hat bereits alle Länder mehr oder weniger in ihren Bann gezogen. Im engsten Zusammenhang stehen damit die Fragen des Sozialfaschismus, die Saparow eingehend behandelt.

Der Hooversche „nationale Trust“ ist ein Versuch der Faschisten in Amerika, die Krisis auf die weniger starken Konkurrenten und vor allem auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Dieser Versuch wird verschärften Terror im amerikanischen Maßstabe mit sich bringen.

Daran schließen sich im „Bolschewik“ Kritiken und Biographien an, aus denen eine Besprechung des Buches von M. Rubinstein über den „Imperialistischen Krieg der Zukunft“ interessiert. Der Besprecher des Buches wendet sich gegen Prof. Swetschin, der in seiner Rezension des Rubinsteinschen Buches zu einer gefährlichen Unterschätzung der Kriegsgefahr kommt.

Im zweiten Januarheft wird als Leitartikel ein interessanter Ausblick auf die „Neue Politik im Dorfe“ gebracht. Nach einem Rückblick auf die Periode der neuen ökonomischen Politik werden die früheren Verhältnisse von Stadt und Land gezeigt. Auf der einen Seite die sozialistische Industrie, auf der anderen Seite die individuelle Landwirtschaft. Die kapitalistischen Elemente in Stadt und Land fanden überall eine Basis der Betätigung, bis die Kollektivierung des Dorfes Formen annahm, die als eine gesunde Entwicklung zur klassenlosen Gesellschaft anzusehen waren. Es galt die Gewinnung der kleinen und mittleren Bauern, der Kampf gegen die Kulaken. Die letzten Ereignisse der

Kollektivierung haben den Thesen der Partei recht gegeben. Die Liquidierung der Kulaken als Klasse wird durch das Tempo der Kollektivierung beschleunigt. Die Rede des Genossen Molotow auf dem Novemberplenum des ZK der WKP „Der Kampf auf zwei Fronten“ wird als weiterer Beitrag im Bolschewik gegeben. [224]

Vor dem Kongreß der RGI

der am 15. Juli, *dem Tage des 10jährigen Bestehens der Roten Gewerkschafts-Internationale* zusammentritt, muß jeder revolutionäre Gewerkschafter alle Kraft daransetzen, um die

Ziele, Kämpfe und Erfolge der RGI

allen Arbeitern verständlich zu machen. Jeder Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der selbständigen revolutionären Verbände muß daher mit der Tätigkeit der RGI, ihrer Ländersektionen und Internationalen Propaganda- und Aktionskomitees vertraut sein, muß die Verhandlungen und Beschlüsse ihrer Kongresse und Zentralratssessionen genau kennen.

Die 6. Session des Zentralrates der RGI

hat im Dezember getagt. Das stenographische

PROTOKOLL

dieser Tagung ist *im Verlage der RGI*, Moskau, erschienen. Buchhandelsausgabe, auf holzfreiem Papier gedruckt mit starkem Umschlag versehen Mk. 12,– / In Halbleinen gebunden Mk. 15,– / Organisationsausgabe brosch. Mk. 6.–. Das Protokoll ist zu beziehen durch Arbeiterbuchhandlungen oder direkt durch die Auslieferungsstelle:

FÜHRER-VERLAG / BERLIN SW 48

WILHELMSTASSE 131-132

[225]

Die Internationale
13. Jahrgang * Berlin, 1. Mai 1930 * Heft 8/9

Die große indische Revolution

Von Paul Braun.

Die große indische Revolution pocht dröhnend an die Tore. Der revolutionäre Aufschwung, der sich mit elementarer Gewalt Bahn bricht, rüttelt mit eiserner Faust an den Fundamenten der britischen Gewaltherrschaft. Die Fluten des Hasses und der Empörung haben sich über das ganze Land ergossen. Die verzweifelten Versuche der nationalen Bourgeoisie und der linken Nationalreformisten, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, die Massenbewegung einzudämmen, sich selbst „an die Spitze zu stellen", um im geeigneten Augenblick die Bewegung zu verraten und sich mit dem englischen Imperialismus zu verbünden, sind schon im Anfangsstadium gescheitert. Die spontanen Aktionen der Massen haben das Ablenkungsmanöver der nationalreformistischen Bourgeoisie durchkreuzt und den bewaffneten Kampf um die Befreiung des Landes vom imperialistischen Joch auf die Tagesordnung gesetzt.

Alle Elemente einer revolutionären Situation sind in Indien bereits vorhanden und wachsen mit beispielloser Schnelligkeit zur vollen Reife aus. Das bedeutet nicht, daß bereits alle Bedingungen für den Sieg der indischen Revolution gegeben sind: die objektiven Voraussetzungen reifen in beschleunigtem Tempo heran. Der entscheidende subjektive Faktor dagegen fehlt vorerst noch: die klare, konsequente bolschewistische Massenpartei ist noch nicht geschaffen. Der elementare revolutionäre Aufschwung schafft jedoch alle Voraussetzungen für eine mit der Entwicklung der Ereignisse Schritt haltende Herausbildung der Kommunistischen Partei Indiens. In der Siedehitze des revolutionären Orkans. Der das Land durchtobt, werden die Führer geschmiedet, die das indische Volk zum Siege führen werden. Diese Führer aber können nur hervorwachsen aus der bolschewistischen Avantgarde der indischen Arbeiterklasse.

Der bisherige Verlauf der Ereignisse in Indien zeigt mit klassischer Anschaulichkeit die Geburt und die typische Entwicklung einer nationalen Revolution in einem Koloniallande, dessen ökonomische und soziale Struktur die krassesten Widersprüche, eine ganze Stufenleiter von Merkmalen der verschiedensten ökonomisch-sozialen geschichtlichen Entwicklungsphasen aufweist.

Auf dem Hintergrund der durch die heranreifende Weltkrise des Kapitalismus vertieften ökonomischen Krise vollzog sich bereits seit Anfang des Jahres 1929 ein allgemeiner Aufschwung der revolutionären Massenbewegung in dcii Städten und auf dem Lande. Der Aufstand in Bombay im Februar 1929 und die Serie von Bauernrevolten in der Provinz Bengalen. vor allem im Bezirk Bardoli, im Sommer 1929 waren die bedeutsamsten Meilensteine auf diesem Wege.

[226] Unter dem Druck der Massenbewegung unternahm die indische nationale Bourgeoisie zu Anfang dieses Jahres den Versuch, durch einen Scheinkampf gegen den englischen Imperialismus der Bewegung die revolutionäre Spitze abzubrechen und sie in das Fahrwasser einer friedlichen „gewaltlosen" Demonstration zu lenken.

Aber die Geschichte hat ihre eigene Logik. Das konterrevolutionäre Manöver der indischen Bourgeoisie erwies sich nicht nur als völlig ungeeignet, die Entfesselung der revolutionären Kräfte, die Entfaltung großer revolutionärer Massenkämpfe aufzuhalten, im Gegenteil. Unter den Bedingungen der immer schärfere Formen annehmenden Krise mußte es sich zwangsläufig und unabhängig von dem Willen seiner Initiatoren aus einer Bremse in einen – wenn auch indirekt – vorwärtstreibenden Faktor verwandeln.

Die indischen Massen gingen über die lächerliche „Aktion" Gandhis zur Tagesordnung über. Unbekümmert um seine Predigt der Gewaltlosigkeit griffen sie zum Pflasterstein und zur Waffe gegen die verhaßte Soldateska Macdonalds. Die Arbeiter in den Städten traten in den Streik. In Bombay, Kalkutta, Tschittagong, Madras wuchsen Barrikaden aus dem Boden hervor. Erbitterte Straßenkämpfe brachen bald hier, bald dort aus.

Das Genie der Revolution gebar neue, noch nie dagewesene Kampfformen gegen Feinde, die bisher als fast unbesiegbar galten. Was für eine Waffe kannten wir bisher, um der verheerenden, alles niedermähenden Gewalt der Tanks und Panzerwagen Trotz zu bieten. Diese Erfahrung wurde bis heute noch in keinem Straßenkampf gemacht. Die Arbeiter von Tschittagong haben die Frage gelöst. Sie haben zwei englische Tanks mit Petroleum übergossen und angezündet. Damit ist der fast legendarische Nimbus dieser furchtbaren Waffe des Klassenfeindes zerstört. Mit der Schnelligkeit, wie sie nur revolutionären Situationen eigen ist, verbreitete sich die Lehre von Tschittagong in ganz Indien. Wenige Tage nach den Ereignissen von Tschittagong bestand sie bereits ihre zweite historische Probe in Peschawar.

Den geschichtlich bedeutsamsten Abschnitt des bisherigen Verlaufes der revolutionären Kämpfe in Indien bilden die Ereignisse in Peschawar. Genaue und zuverlässige Nachrichten darüber liegen infolge der strengen englischen Zensur noch nicht vor. Immerhin mußte der Außenminister der Macdonald-Regierung, Henderson, im englischen Parlament zugeben, daß sich die Stadt vierzehn Tage lang im Besitz der Aufständischen befunden und daß ein „revolutionärer Ausschuß“ die Regierungsgewalt ausgeübt habe. Wenn die letzten Berichte der englischen Regierungspresse zutreffen, haben die englischen Truppen die Stadt inzwischen wieder erobert. Aber selbst die Niederlage der Aufständischen kann die gewaltige geschichtliche Bedeutung des siegreichen Aufstandes von Peschawar, der ersten revolutionären Regierung in Indien nicht herabsetzen. Peschawar ist das Fanal, das der weiteren Entwicklung der indischen Revolution wegweisend voranleuchtet.

Eine entscheidende Bedingung für den Sieg der Aufständischen in Peschawar war die Meuterei der eingeborenen Truppen. Die Sikhs, die ihren englischen Offizieren den Gehorsam verweigerten und sogar ihre Vertreter in den „revolutionären Ausschuß“ entsandten, galten bisher als zuverlässigste indische Eingeborenentruppe. Im Februar 1929 [227] wurden sie in Bombay eingesetzt, um den heroischen Aufstand niederzuschlagen. Mehrere Bauernrevolten wurden mit Hilfe der Sikhs blutig unterdrückt.

Und diese Kerntruppe der anglo-indischen Eingeborenenarmee, dieser Stolz aller britischen Imperialisten, hat nun das Vertrauen, das man auf sie setzte, gebrochen und ist zum „Feinde“ übergelaufen. Die Londoner Börsenpresse ist von panischem Entsetzen gepackt. Die Meuterei der Gharvali-Schützen ist ein untrügliches Anzeichen der beginnenden Zersetzung der gesamten Eingeborenenarmee, ein Warnungssignal, das dem englischen Imperialismus die Grenzen seiner Macht drohend verkündet.

Die Rebellion der Eingeborenentruppen gegen die Befehle ihrer englischen Offiziere ist die Kehrseite der heranreifenden und immer breitere Massen ergreifenden Agrarrevolution, ein direkter Beweis für den elementaren Aufschwung der revolutionären Bauernbewegung im ganzen Lande. Die Eingeborenentruppen, die in ihrer großen Mehrzahl aus der Bauernschaft stammen, beginnen sich auf die Gemeinsamkeit ihrer Wünsche und der Interessen der indischen Bauernmassen zu besinnen. Es ist heute schon nicht mehr möglich, sie auf die Dörfer zu schicken, um Unruhen niederzuschlagen. Das beweist die Tatsache, daß die englischen Behörden in den letzten Monaten ausschließlich nur englische Truppen gegen Bauernrevolten einzusetzen wagten.

Vollständige Berichte über den gegenwärtigen Umfang der Bauernbewegung in Indien liegen noch nicht vor. Aber die kürzlichen Bauernaufstände in Raibareily, Oudh, Bihaso, Orissa, Broach und Jabbalpore, der allgemeine Steuerboykott in der Provinz Bengalen, die bisher noch vereinzelten Fälle der Enteignung von Großgrundbesitzern und „Kulaken“ in den „Vereinigten Provinzen“ sind deutliche Anzeichen des beginnenden großen Bauernkrieges in Indien. Die Auswirkungen der Krise, insbesondere der unaufhaltsame Preissturz der kolonialen Agrarprodukte: Jute, Baumwolle, Rizinussamen, Tee, Reis usw., werden den Ausbruch der großen indischen Bauernrevolution ohne Zweifel gewaltig beschleunigen.

*

Der Prozeß des revolutionären Aufschwungs vollzieht sich in Indien unter dem Stachel der heranreifenden Krise des Weltkapitalismus. Die schwere wirtschaftliche Depression, die bereits seit drei

Jahren in einer Reihe von Industriezweigen in Indien zu verzeichnen war, ist in eine akute Krise übergegangen. Die Textilindustrie befindet sich in einer hoffnungslosen Lage. Selbst die Juteindustrie, die völlig unter englischer Kontrolle steht und im vergangenen Jahr noch Dividenden von 100 bis 140 Prozent abwarf, gerät zunehmend in Verfall. Die Stahlindustrie liegt völlig danieder. Die Tata-Gesellschaft, der bedeutendste indische Hüttenbetrieb, der fast die gesamte indische Stahlproduktion kontrolliert, der Stolz der nationalen Bourgeoisie, steht am Rande des Ruins. In der Kohlenindustrie sind Stillegungen und Produktionseinschränkungen an der Tagesordnung.

In Verbindung mit der Industriekrise hat eine starke Kapitalflucht eingesetzt. Der Kapitalexport übersteigt bei weitem die Kapitaleinfuhr, [228] obwohl die anglo-indische Regierung gezwungen ist, zum Zwecke der Währungsstützung im Interesse der englischen Importeure in verstärktem Maße kurzfristige Anleihen zu hohen Zinsen in London aufzunehmen. Diese Tatsache widerlegt vernichtend die lächerlichen Phantasien der Entkolonisierungstheoretiker, deren Wortführer der Renegat Roy ist, über eine verstärkte Industrialisierung Indiens.

In der Industrie hat die Steigerung der Arbeitsintensität, der Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft ungeheuerliche Formen angenommen. Wie in China, so geht auch in Indien die kapitalistische Rationalisierung in ihrer brutalsten Form Hand in Hand mit dem Niedergang der einheimischen Industrie.

Im Zusammenhang mit dem industriellen Niedergang und dem Zusammenbruch der Landwirtschaft wächst die industrielle Reservearmee, das Heer der Arbeitslosen, die ohne irgendwelche sozialpolitischen Maßnahmen, ohne Erwerbslosenunterstützung, selbst ohne eine Armenunterstützung buchstäblich dem Hungertode preisgegeben sind, unaufhaltsam.

Unter dem Druck der amerikanischen Krise hat sich die Agrarkrise gewaltig verschärft. Wie in allen Kolonialländern und Halbkolonien, in denen die landwirtschaftliche Produktion immer mehr auf technische Kulturen, und zwar auf die einseitige Produktion bestimmter industrieller Rohstoffe (Baumwolle oder Seide oder Gummi) umgestellt wird (monokulturelle Länder), so wirkt sich auch in Indien die heranreifende Weltkrise mit besonderer Schärfe aus. Das rückständige landwirtschaftliche Produktionssystem tut ein übriges, um die Agrarkrise auf die Spitze zu treiben. Die Folgen sind Hungerkatastrophen, verstärkte Einfuhr teurer ausländischer Lebensmittel, Massenelend.

Auf diesem ökonomischen Hintergrund spitzen sich in Indien die sozialen Gegensätze mit beispielloser Schärfe zu. Alle Klassenkräfte des Landes sind in Bewegung geraten. Eine Welle von Streiks überflutet die großen Industriestädte. Auf dem Lande erheben sich die Bauern gegen ihre Ausplünderung durch Pachtzinsen und Steuern. Der ruinierte gewerbliche Mittelstand, alle Schichten des städtischen Kleinbürgertums befinden sich in einer tiefen Gärung. Die Intelligenz, die Trägerin der Stimmungen aller dieser kleinbürgerlichen Schichten, die von deren Niedergang mitbetroffen ist, rebelliert.

Alle historischen Gegensätze der indischen Gesellschaft verblassen. Die religiösen Gegensätze treten mehr und mehr zurück, die mohammedanischen Arbeiter und Bauern stehen Schulter an Schulter mit ihren indischen Klassengenossen im Kampf. Die überlieferten Kastenurteile weichen vor der sozialen Schicksalsgemeinschaft. Die Revolution hat räumlich bereits einen nationalen Charakter angenommen, alle untergeordneten Gegensätze verdrängend, im Interesse der beginnenden gewaltigen sozialen Klassenschlacht.

*

Das entscheidende politische Problem in Indien ist die Sicherung der Hegemonie des Proletariats in der Revolution. Die Lösung dieses Problems ist untrennbar verknüpft mit der Schaffung einer bolschewistischen Massenpartei. Hier erheben sich vor den indischen Kommunisten Aufgaben von weltgeschichtlicher Tragweite, [229] die heldenhafte Kühnheit und Initiative erfordern. Die indischen Kommunisten müssen es verstehen, das entscheidende Kettenglied zu ergreifen, um die politischen und organisatorischen Bedingungen für die Herausbildung einer kommunistischen Massenpartei zu schaffen. Im gegenwärtigen Augenblick ist die Propaganda und die aktive Organisierung

des politischen Generalstreiks in allen indischen Industriezentren die von der Geschichte unmittelbar auf die Tagesordnung gestellte Aufgabe, deren Verwirklichung in kürzester Frist die Massenbasis für die Kommunistische Partei Indiens zu schaffen und den revolutionären Massenkampf auf eine höhere politische Stufe zu heben vermag. Die erfolgreiche Lösung dieser Aufgabe ist aufs engste verknüpft mit dem entschiedenen Kampf der Kommunisten für die Umwandlung der Gewerkschaften in wirkliche Klassenorganisationen des Proletariats, mit der rücksichtslosesten Entlarvung der nationalreformistischen Führer, mit der Stärkung der roten Gewerkschaften und der Organisierung der großen Massen der unorganisierten Arbeiter.

Die entscheidende Aufgabe der indischen Kommunisten ist die Entfesselung der Agrarrevolution, die Eroberung der Bauernbewegung. Die enge Verbundenheit der indischen Industriearbeiterschaft mit dem Dorfe liefert dafür einen günstigen Boden. Ohne enge Verbindung der Kommunisten mit der Bauernbewegung ist die Hegemonie des Proletariats in der Revolution ein leerer Traum und gibt es keine kommunistische Politik. Umgekehrt setzt die Eroberung der Führung der Bauernbewegung die Schaffung einer starken kommunistischen Partei voraus.

Die Verwirklichung dieser Aufgaben ist nicht möglich ohne den schärfsten Kampf gegen den Gandhismus, die Predigt der Gewaltlosigkeit, deren Einfluß auf die zurückgebliebenen Schichten des indischen Bauerntums und auf große Kreise des städtischen Kleinbürgertums nicht zu unterschätzen ist. Der Gandhismus, der von religiösen Vorurteilen erfüllt, rückständige Lebensformen idealisiert, in der Rückkehr zu rückständigen Produktionsweisen den vermeintlichen Ausweg erblickt, passive Duldung predigt und den revolutionären Kampf ablehnt, hat sich in eine offen reaktionäre Ideologie verwandelt. Der Nationalreformismus mit seiner gandhistischen Theorie ist der Hauptfeind der indischen Revolution.

Die Losung, welche die indischen Kommunisten der nationalreformistischen Predigt des passiven Widerstandes entgegenstellen, ist die Losung des bewaffneten Kampfes gegen die britische Gewaltherrschaft.

Der englische Imperialismus, die Henkerregierung Macdonald, nistet zu einem vernichtenden Schlag, um die indische Revolution im Blute zu ersticken. Die indische Bourgeoisie wartet nur auf den geeigneten Augenblick, um der revolutionären Bewegung mit einem Dolchstoß in den Rücken zu fallen.

Vor um so verantwortungsvollere Aufgaben stellen die indischen Ereignisse das gesamte Weltproletariat, alle Sektionen der Kommunistischen Internationale. Die Zeit für papierne Sympathieerklärungen ist vorüber. Es gilt jetzt, durch die Tat den revolutionären Internationalismus zu beweisen.

[230] Besonders wichtige Aufgaben erheben sich vor unserer englischen Bruderpartei. Der revolutionäre Internationalismus fordert von den englischen Kommunisten, daß sie mit energischer Faust alle praktischen Maßnahmen treffen, um die indische Revolution durch die Tat zu unterstützen. Unsere englische Bruderpartei muß die gesamte englische Arbeiterklasse für das revolutionäre Indien gegen die Macdonald-Regierung mobilisieren, sie muß einen Orkan des Volkshasses in England selbst gegen die Henker der indischen Revolution entfesseln, sie muß Zersetzung und revolutionäre Aufklärung in die Reihen der englischen Armeen hineintragen, sie muß die Arbeiter in den Waffen- und Munitionsfabriken, die Seeleute und Transportarbeiter auf den Plan rufen, um die Entsendung von Kriegswerkzeugen nach Indien zu verhindern.

Auch wir deutschen Kommunisten müssen die Fahne des revolutionären Internationalismus hoch über unseren Häuptern entrollen. Je zynischer die deutsche Bourgeoisie, die Blicke auf die Banktresors der Londoner City gerichtet, für den räuberischen englischen Imperialismus gegen die indische Revolution Partei ergreift, um so offener erklären wir uns für die große indische Revolution, für die Barrikadenkämpfer von Bombay und Kalkutta, für die Aufständischen von Peschawar, für die meuternden indischen Soldaten, für die Bauern, die mit Piken und Beilen die Finanzämter stürmen und ihre Blutsauger niederschlagen.

Die Größe des Augenblicks erfordert auch von uns entschlossene revolutionäre Taten. Ohne die aktive Unterstützung des internationalen Proletariats kann die indische Revolution nicht siegen.

Schritt halten!

Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?

Von Hermann Remmele

(Fortsetzung)

15. Der Standpunkt des Brandlerismus

Um den gegenwärtigen Kampf auf zwei Fronten gegen den Rechts- und Linksopportunismus zu begreifen, ist es notwendig, uns an den Kampf gegen das rechte Liquidatorentum und das Versöhnlertum zu erinnern. Dieser Kampf hatte seinen Ausgangspunkt in den Beschlüssen des IV. RGI- und des VI. Weltkongresses, die bekanntlich selbst das Resultat des Kampfes um die bolschewistische Strategie und Taktik in der Internationale waren. Der Sieg des Marxismus-Leninismus über die sozialreformistische Agentur des Liquidatorentums und deren Wegbereiter, die Versöhnler, auf dem VI. Weltkongreß ließ bei den Geschlagenen alle Fesseln der Disziplin und der organisatorischen Zugehörigkeit zur Weltpartei fallen, und sie schritten zum offenen Führerputsch. Mit dem Versuch des Sturzes des Genossen Thälmann, „als einen der Hauptvertreter der Linie des VI. Weltkongresses, ... machten sie den Versuch, eine Aenderung der Parteiführung herbeizuführen und auf diese Weise in der KPD die Durchführung des vom VI. Weltkongreß der KI [231] angenommenen politischen Kurses zu verhindern“. (Resolution des Präsidiums der Komintern vom 6. Oktober 1928.) Die Beseitigung Thälmanns sollte die Voraussetzung für die Führung Brandler-Thalheimer schaffen. Das hat das EKKI durch seinen Beschluß vom 6. Oktober und der Sturm, der in der Parteimitgliedschaft hiergegen einsetzte, verhindert.

In jenem Kampf des Liquidatorentums gegen die leninistische Linie der Partei ging es um Wesen und Inhalt des revolutionären Klassenkampfes. Es ist kein Zufall, daß bei all unseren innerparteilichen Kämpfen das Verhältnis des Kommunismus zur Sozialdemokratie, die Beurteilung des Reformismus, des Sozialfaschismus und der Struktur und des Wesens der Sozialdemokratie stets mit an erster Stelle steht. So auch im Kampfe mit dem Rechtsopportunismus des Brandlerismnus und jetzt wieder im Kampfe gegen den sektiererischen Linksopportunismus.

Worin besteht das Wesen des Brandlerismus im Gegensatz zum Bolschewismus? Die Beschlüsse des VI. Weltkongresses und des Weddinger Parteitages gehen in der Frage des Klassenkampfes von dem Standpunkt aus, daß die Kommunistische Partei die einzige Arbeiterpartei, die allein und gestützt auf ihre eigene Kraft Führerin des Proletariats in dessen Kämpfen gegen den Klassenfeind, gegen die Bourgeoisie ist. Die Sozialdemokratie ist nach unserer Auffassung eine „bürgerliche Arbeiterpartei“, die zwar starke Arbeitermassen in ihren Reihen und in ihrer Gefolgschaft hat, deren Politik, deren politische Aufgaben und Ziele aber keine anderen sind, wie die aller anderen bürgerlichen Parteien. Die Aufgaben und Ziele des Proletariats können aber nie die der bürgerlichen Gesellschaft sein und daher die Aufgaben und Ziele der Sozialdemokratie nie die des Proletariats. Der Klassenkampf des Proletariats kann nur geführt werden als Kampf gegen die gesamte bürgerliche Gesellschaft und damit auch gegen die Sozialdemokratie, als eine Partei der bürgerlichen Gesellschaft. Aus dieser Auffassung ergibt sich, daß die Sozialdemokratie eine dem revolutionären Proletariat feindliche, der Revolution entgegengesetzte Bewegung zur Rettung und Verteidigung der bürgerlichen Gesellschaft ist, die zum Gelingen der Revolution zerschlagen und vernichtet werden muß. Die Vernichtung und Ueberwindung der Sozialdemokratie, das Brechen ihres Einflusses auf die Arbeiterschaft, ist eine der wichtigsten Voraussetzungen des Sieges der proletarischen Revolution.

Diesem Standpunkt gegenüber vertritt der Brandlerismus die Auffassung, daß die Sozialdemokratie eine ebensolche Arbeiterpartei ist wie die Kommunistische Partei. Der Unterschied zwischen der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei besteht für den Brandlerismus darin, daß die Kommunisten auf dem Wege der Revolution, die Sozialdemokraten auf dem Wege der Evolution, d. h. der Reformen und des „Hineinwachsens“ in den bürgerlichen Staat zum Sozialismus kommen wollen. Aber selbst auf dem Gebiete der Revolution und der Evolution macht der Brandlerismus an den Reformismus die weitestgehenden Konzessionen. Heinrich Brandler antwortete in seinem Hochverratsprozeß dem Klassenrichter auf die Frage, auf welchem Wege die sozialistische Gesellschaft errichtet werden solle, daß das theoretisch möglich sei, ohne gewaltsamen Umsturz der bestehenden

bürgerlichen Gesellschafts-, Staats- und Gesetzesordnung, auf dem Wege der Eroberung der Mehrheit im Parlament. Infolge dieser Auffassung vertritt der Brandlerismus in der Frage der Arbeiter- und Bauernregierung den entgegengesetzten Standpunkt als die Komintern. Nach Auffassung der Komintern ist die Arbeiter- und Bauernregierung ein Synonym für die Diktatur des Proletariats, d. h. eine Regierung des siegreichen Proletariats, die sich nach dem revolutionären Umsturz auf die armen [232] Bauernmassen stützt. Demgegenüber erläutert Thalheimer in der Programmdebatte die Arbeiter- und Bauernregierung als ein Produkt der Mehrheit der Arbeiterparteien im Parlament, als eine Koalitionsregierung der Sozialdemokraten mit den Kommunisten. die „noch auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie“ „den Uebergang zur proletarischen Diktatur“ bildet. Der Brandlerismus vertritt den Standpunkt des „organischen“, des stufenweisen „Hineinwachsens“ in die Diktatur des Proletariats, wobei der revolutionäre Kampf als bewaffneter Schmutz der Arbeiterklasse für das „legale Recht“ des parlamentarischen Staates, in Abwehr des bewaffneten Widerstandes der Bourgeoisie in Frage kommt.

Nach diesen grundsätzlichen Auffassungen des Brandlerismus steht die Sozialdemokratie nicht jenseits, sondern diesseits der Barrikaden des Klassenkampfes. Aus diesem Grunde stellt der Brandlerismus den Grundsatz auf, daß die Hauptaufgabe der Kommunisten in der Periode der Vorbereitung und der Organisierung der proletarischen Macht darin bestände, „die Sozialdemokratie unter dem Druck der Arbeitermassen zu zwingen, vom linken Flügel der Bourgeoisie auf den rechten Flügel des Proletariats überzugehen“. (Heinrich Brandler auf dem Leipziger Parteitag der KPD) Nach dieser Auffassung über Wesen, Charakter und Ziel der Sozialdemokratie ist es selbstverständlich, daß der Brandlerismus eine grundsätzlich andere Auffassung über Inhalt, Charakter und Aufgabe der Einheitsfronttaktik hat. Während für uns die Einheitsfronttaktik ein Mittel ist, die breitesten Massen des Proletariats ohne Unterschied ihrer Partei-, Gewerkschafts- oder sonstigen Zugehörigkeit in den Kampf des Proletariats gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker zusammenzufassen und zu führen, ist diese Taktik für den Brandlerismus ein Mittel zum Bündnis und zur Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie. Der Brandlerismus lehnt daher die selbständige Führung des Klassenkampfes durch die Kommunistische Partei grundsätzlich ab und sieht die Rolle der Partei nur als Anhängsel des „großen Bruders“, der Sozialdemokratie, ohne die man nach der Theorie des Brandlerismus den Befreiungskampf des Proletariats nicht führen kann. In dieser Auffassung liegt das Liquidatorische des Brandlerismus, der die selbständige Führerrolle der Kommunistischen Partei leugnet und diese zum Anhängsel der Sozialdemokratie und damit zum Bestandteil des bürgerlichen Parteisystems machen will. Nicht Zersetzung, Dezimierung, Vernichtung und Ueberwindung der Sozialdemokratie, sondern Einheit, gemeinsame Front, Zusammengehen mit ihr, ist das Ziel des Brandlerismus. Nicht Kampf gegen die Sozialdemokratie, sondern Kampfgemeinschaft mit ihr, ist die Losung des Brandlerismus. Der Brandlerismus will nicht Kampf gegen die Politik der Sozialdemokratie zur Vernichtung und Zerschlagung dieser Partei, sondern nur Kritik an der Politik der Sozialdemokratie zu ihrer „Besserung“, ihrer „Zurückgewinnung für die Aufgaben und Ziele des Proletariats. Der Brandlerismus sieht in der Kommunistischen Partei nur „eine radikalere Richtung“ derselben Bewegung wie die Sozialdemokratie, den „Sauerteig“ der Gesamtarbeiterbewegung, deren Aufgabe darin besteht, die Sozialdemokratie als Hauptbewegung der Arbeiterklasse unter Massendruck zu zwingen, zurückzukehren auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes, den sie seit dem 4. August 1914 verlassen hat. (Sinngemäß in den Reden Brandlers und in den Thesen des Leipziger Parteitages der KPD) Infolge dieser Einstellung zur Sozialdemokratie leugnet der Brandlerismus die Möglichkeit der faschistischen Entartung der Sozialdemokratie, d. h. ihre Entwicklung zum Sozialfaschismus. (August Thalheimer: „Das Schlagwort vom Sozialfaschismus“ und die Theorie über den Bonapartismus.)

Der Brandlerismus ist nach seiner Auffassung zur proletarischen [233] Revolution, zum revolutionären Klassenkampf, zur bürgerlichen Gesellschaft, zur Sozialdemokratie, zur Rolle der Kommunistischen Partei vor und in der proletarischen Revolution keine Abart oder gar ein Bestandteil des revolutionären Kommunismus, sondern eine Abart, ein Bestandteil der Sozialdemokratie, „die Agentur der Sozialdemokratie in den Reihen des Kommunismus, wie der Offene Brief der Komintern an die Mitglieder der KPD mit Recht sagt. Der Brandlerismus ist der Versuch des Reformismus, die

revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse aus dem Lager des Kommunismus ins Lager der Bourgeoisie, aus dem Lager der Revolution ins Lager der Konterrevolution hinüberzuziehen. Der Brandlerismus wurde vom revolutionären Proletariat und dessen Partei rechtzeitig und gründlich durchschaut und erkannt und aus seinen Reihen vertrieben. Die Liquidierung des Liquidatorentums war einer der wichtigsten Schritte unserer Partei zu ihrer Bolschewisierung.

10. Die Bedeutung der Wendung für den revolutionären Klassenkampf

Nach der Liquidierung des Brandlerismus und der Ueberwindung der versöhnlerischen Strömungen in der Partei wurde die Bahn frei für die volle Entfaltung der Kraft der Partei für die Erfüllung der Aufgaben, wie sie vom VI. Weltkongreß, vom Weddinger Parteitag. vom 10. Plenum des EKKI gestellt waren.

Worin bestand nun die revolutionäre Politik, wie sie als „Wendung“ auf den internationalen und nationalen Tagungen unserer Partei beschlossen wurde? Hierüber sagt die Resolution unseres letzten Zentralkomitees:

„Die Grundlage der revolutionären Politik, wie sie in den Beschlüssen des Weddinger Parteitages und des 10. Plenums des EKKI verkörpert ist, besteht in der selbständigen Führung der Massenkämpfe durch die Kommunistische Partei und die von ihr geleiteten revolutionären Organe und Organisationen.

Das ist der wirkliche Inhalt und Sin der ‚Wendung‘ unserer Politik, die im schwersten Kampf gegen den rechten Opportunismus durchgeführt wurde. Diese Wendung ist aber noch keineswegs abgeschlossen, sondern befindet sich noch im ersten Stadium ihrer Verwirklichung. Das zeigen die Kampferfahrungen des gesamten verflossenen Zeitabschnittes.“

Die selbständige Führung der Massenkämpfe des Proletariats durch die Kommunistische Partei! Das ist der Inhalt der revolutionären Politik unserer Partei, wie er vom VI. Weltkongreß beschlossen wurde. Diese Politik konnte zunächst nur im härtesten Kampfe gegen den Brandlerismus und das Versöhnlertum begonnen werden. Der entscheidende Kampfabschnitt auf diesem Gebiete währte vom September 1928 (Führerputsch 26. September) bis zum Juni 1929 (Weddinger Parteitag). Als die Partei zum ersten Male zur selbständigen Aktion gegen den Sozialimperialismus schritt und gegen den Panzerkreuzerbau der Hermann-Müller-Regierung die proletarischen Massen im August-September 1928 zum Volksbegehren mobilisierte, unternahmen mitten in dem Aktion die Septembermänner des Brandlerismus und des Versöhnlertums ihren Putsch gegen die Parteiführung. Die Aktion der Partei endete mit einem Mißerfolg, aber auch der Septemberputsch mit einer vernichtenden Niederlage.

Im November-Dezember mobilisierte die Partei das Ruhrproletariat zum mehrwöchigen Kampf – einen der größten und zähesten Kämpfe des deutschen Proletariats in den letzten Jahren. Zum ersten Male fand die Kampfestaktik der Partei in großem Umfange seine Anwendung. Es gelang der Partei, die Führung des Kampfes von Anfang bis zu Ende unter ihren Einfluß zum bekommen. Die sich überall bildenden [234] Streikkomitees und das Zentralstreikkomitee standen vollkommen unter dem Einfluß der Partei. Zum ersten Male wurde die verräterische Taktik der Gewerkschaftsbürokratie, das Proletariat in zwei Lager zu spalten, als organisierte und unorganisierte Arbeiter gegeneinander zu hetzen, durchkreuzt und unwirksam gemacht, zum ersten Male kam unter Führung der Partei eine einheitliche Klassenfront aller Ruhrarbeiter zustande.

Auch gegen diese Kampfpolitik der Partei im Ruhrkampf ist das brandleristische Liquidatorentum und das Versöhnlertum Sturm gelaufen mit dem hysterischen Geschrei: „Die Partei isoliert sich!“ Die rechtsopportunistischen Schreihälse hatten sich aber noch nicht heiser geschrien, da bekamen sie bereits im Februar-März 1929 die Antwort. Zum ersten Male wieder hatte die Partei sich mit der breiteren Organisierung der Gewerkschaftsopposition selbständig an den Betriebsrätewahlen beteiligt. Gewiß nicht in dem umfassenden Maße wie 1930, aber immerhin waren es einige hundert Betriebe und darunter vor allem die Riesenbetriebe des Reiches. Die Losung: „Kurs auf die entscheidenden Riesen- und Großbetriebe!“ konnte in vollem Umfange verwirklicht werden. Die Resultate waren überraschend. In den bedeutendsten Riesenbetrieben erreichten wir die absolute Mehrheit. Um nur

die bedeutendsten zu nennen: Leunawerk, Berliner Verkehrs-A.-G., Krupp, Hamburger Hafen, die großen Werke an der Ruhr, am Niederrhein, im Saargebiet usw. Bei den meisten dieser Werke erhielten wir oft weit über die Hälfte aller abgegebenen Stimmen und damit die Mehrheit in den Arbeiterräten. Wir konnten mit Recht sagen, die Partei war auf dem besten Wege, die Mehrheit des großindustriellen Proletariats unter ihren Einfluß zu bringen, die Hauptschichten des Proletariats auf die Seite der Revolution zu ziehen. Die vom VI. Weltkongreß beschlossene und vom Weddinger Parteitag auf die deutschen Verhältnisse konkretisierte Taktik zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch die geforderte selbständige Führung des Klassenkampfes zeigte bei den ersten Aktionen der Partei auf diesem Gebiete die vollkommene Richtigkeit der Beschlüsse der Weltpartei, die große Ueberlegenheit dieser Politik über die vor diesen Beschlüssen unzulängliche Taktik in der Gewinnung der Arbeitermassen.

Die verschärften Kampfesmethoden gegen die Ausbeuterklasse, wie sie nach den Beschlüssen des VI. Weltkongresses Anwendung fanden, erwiesen sich aber auch zugleich als verschärfte Kampfesmethoden gegen den Reformismus und den sich immer stärker entwickelnden Sozialfaschismus. Solange die Partei im Kielwasser des Reformismus trieb und ihre Aufgabe im Vorwärtstreiben der Gewerkschaftsbürokratie und im Druck auf den sozialfaschistischen Apparat erschöpfte, konnten die Massen des Proletariats die grundlegenden Unterschiede und Gegensätze der kommunistischen Bewegung gegenüber der reformistischen nicht mit der Klarheit und Eindeutigkeit erkennen, wie jetzt, wo die Partei selbständig die proletarische Klassenfront organisierte und in Bewegung setzte. Jetzt erst erwies sich klar und eindeutig, daß der Reformismus im Kampfe des Proletariats gegen die Bourgeoisie nicht diesseits, sondern jenseits der Barrikaden des kämpfenden Proletariats stand. Solange die Partei sich darauf beschränkte, im Rahmen des organisierten Teiles des Proletariats, d. h. im Kreise und in der Peripherie des Reformismus, sich zu bewegen, mußte sie in den Arbeitermassen immer wieder von neuem die Illusionen erwecken, als sei die Sozialdemokratie ebenso wie die kommunistische Bewegung in der Front der Arbeiterklasse – vielleicht etwas unzuverlässiger, etwas unberechenbarer –, aber immerhin ein Teil der proletarischen Klassenfront. Jetzt aber, nachdem die Partei die [235] Kampfestaktik von Grund auf geändert hat, zerflattern diese Illusionen und die Arbeiter erkennen die Kampfesfronten. Das ist das große Verdienst der Wendung und die große Ueberlegenheit der Kampfestaktik, wie sie auf den Tagungen der Weltpartei und der KPD seit dem VI. Weltkongreß herausgearbeitet wurde.

17. Der Kampf gegen die rechte Hauptgefahr

Im Kampfe um die marxistisch-leninistische Linie in der Politik und Strategie stieß die kommunistische Bewegung stets auf zwei Hindernisse. Diese ergeben sich teilweise bewußt aus einer dem Marxismus-Leninismus entgegengesetzten Ideologie und Theorie, die als Ueberreste sozialdemokratisch-reformistischer Traditionen in unsere Bewegung gelangten und sich hier als rechte opportunistische Gruppierungen, als gewisse Agenturen des Reformismus in den Reihen des Kommunismus durchzusetzen suchten, oder die mit einer gleichfalls dem Marxismus-Leninismus entgegengesetzten Ideologie und Theorie, die meist der kleinbürgerlichen Revolutionsromantik des Anarchosyndikalismus entlehnt sind, sich als „radikalerer“ und „linkerer“ Kommunismus darzustellen suchen, aber in Wirklichkeit doch nichts anderes sind als Opportunismus „linker“ Färbung. Neben diesen bewußten Abweichungen vom Marxismus-Leninismus gibt es aber auch noch unbewußte, ungewollte opportunistische Abweichungen, die gleichfalls nach zwei Seiten hin tendieren, die als rechter Opportunismus in der Praxis wie auch als sektiererischer Linksopportunismus in der Praxis auftreten.

Der bewußte Opportunismus tritt klarer und schärfer in Erscheinung als der unbewußte. Er kann sich nur selten auf längere Zeit maskieren und sich im Hintergrund halten. Kommt er offen zum Durchbruch, dann wird er meist aktiv kämpferisch und entfernt sich vollkommen vom Kommunismus. Anders der unbewußte Opportunismus. Er wird nur in den seltensten Fällen aktiv und dann nur in Verbindung mit dem bewußten. Er tritt vor allem in tatenloser Passivität in Erscheinung, eine Passivität, die die verschiedenen Ursachen hat und danach bald als rechter, bald als sektiererischer „linker“ Opportunismus auftritt. Der unbewußte Opportunismus zeigt sich meist erst in der Aktion der Partei, wo er hemmend und sabotierend wirkt und als „Opportunismus in der Praxis“ in Erscheinung tritt.

Diese Art des Opportunismus kann bei fester Verwurzelung nicht minder gefährlich und verhängnisvoll für die Partei werden wie der offene, bewußte Opportunismus.

Von den beiden Abweichungen und Entartungen vom Leninismus wurde in der Komintern stets der rechte Opportunismus als die Hauptgefahr angesehen. Das heißt nicht, daß der Linksopportunismus, das Sektierertum, nicht auch gefährlich werden kann. Der Rechtsopportunismus ist in der Hauptsache deswegen die ständige Hauptgefahr, weil er vor dem Siege der proletarischen Revolution ständige unversiegbare Quellen hat und durchs den Druck der bürgerlichen Umwelt – und besonders bei Vorhandensein starker sozialdemokratischer Parteien – täglich von neuem erzeugt wird. Der Linksopportunismus ist bei weitem nicht so stark verwurzelt in der Arbeiterbewegung als der Rechtsopportunismus. Seine Unfruchtbarkeit macht ihn rasch erkennbar und er wird daher meist erfolgreicher von den kommunistischen Parteien abgewehrt als der rechte Opportunismus.

Wenden wir uns dem Kampfe gegen den Opportunismus in der Komintern in der letzten Zeit zu. Der VI. Weltkongreß sagt hierüber in seinen politischen Thesen:

„Innerhalb der kommunistischen Parteien haben wir gegenwärtig – infolge der teilweisen Stabilisierung des Kapitalismus und im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Einfluß der Sozialdemokratie – die Hauptrichtung der Abweichungen rechts von der richtigen politischen Linie zu suchen. Das [236] äußert sich in den Ueberresten des ‚Legalismus' und dem übertriebenen Respekt vor den Gesetzen in der ‚Schwanzpolitik', der Passivität bei Streikbewegungen, in dem falschen Verhältnis zur Sozialdemokratie (z. B. ein gewisser Widerstand gegen die Beschlüsse des 9. Plenums des EKKI in Frankreich), in dem mangelhaften Reagieren auf die internationalen Ereignisse usw. Diese rechten Abweichungen sind bei dem Bestehen von relativ starken sozialdemokratischen Parteien besonders gefährlich, daher muß der Kampf gegen diese Abweichungen in den Vordergrund gerückt werden, was zur Voraussetzung hat einen systematischen Kampf gegen den versöhnlerischen Standpunkt, den rechten Stimmungen innerhalb der Kommunistischen Partei gegenüber."

Hier werden die objektiven Ursachen für den rechten Opportunismus ganz klar aufgezeigt. Dieselbe Stellungnahme finden wir auf dem Weddinger Parteitag, auf dem 10. Plenum des EKKI usw.

Auf dem Weddinger Parteitag wurde der Kampf gegen das brandleristische Liquidatorentum durch seinen endgültigen Ausschluß aus der Partei und der Kampf um die Ueberwindung des Versöhnlertums zu Ende geführt und zu einem gewissen Abschluß gebracht. Dabei hat die Partei aber keinen Zweifel gelassen, daß der Kampf auch nachdem gegen alle Erscheinungen auf diesem Gebiete nicht eingestellt werden darf, sondern entschieden fortgesetzt werden muß. Zugleich forderte die Resolution des Parteitages den Kampf gegen den „Opportunismus in der Praxis":

„Opportunistische Abweichungen kommen nicht nur in Gestalt der rechten und versöhnlerischen Gruppierungen zum Ausdruck, sondern auch in Gestalt von Rechtsgefahren in der praktischen Arbeit. Die Partei muß alle Widerstände gegen die Durchführung von Parteibeschlüssen und alle opportunistischen Schwankungen innerhalb der Parteimehrheit (Unterschätzung der Kriegsgefahr und der allgemeinen revolutionären Zuspitzung, Widerstand gegen die Taktik der Partei in den Gewerkschaften, bei den Betriebsrätewahlen, in den Wirtschaftskämpfen, Kapitulation vor den reformistischen Spaltungsmaßnahmen, Zurückweichen vor der bürgerlichen Staatsgewalt usw.) durch kameradschaftliche Aufklärung und ideologisch-politische Einwirkung beseitigen. Solche Schwankungen und Abweichungen von der Linie der Partei traten bei der Stellungnahme zu den Berliner Maikämpfen in Erscheinung. Sie können sich bei jeder weiteren Zuspitzung des Klassenkampfes stellenweise wiederholen. Gegen alle Fälle von Disziplinbruch muß die Partei mit organisatorischen Maßnahmen einschreiten. Sie muß um die Zurückgewinnung eines jeden einzelnen Arbeiters, der den Rechten und Versöhnlern folgt, unter Anwendung aller Methoden der Ueberzeugung kämpfen."

Nach der Liquidierung der rechten und versöhnlerischen Fraktionen und Gruppierungen mußte der Kampf gegen den rechten Opportunismus in der Praxis geführt werden, der sich bei allen unseren zentralen Aktionen, fast auf allen Gebieten der praktischen Tagesarbeit zeigte. Am 1. April 1929 veröffentlichten wir in der „Internationale" den Artikel „Tempoverlust", der sich eingehend mit diesem Kampfe beschäftigte.

In allen Aktionen der Partei, bei den Betriebsrätewahlen im Februar-März 1929, bei den Gemeindewahlen im Herbst 1929, bei den Wirtschaftskämpfen und besonders bei den Betriebsrätewahlen 1930 wurde der Kampf in dieser Gefahrenzone allgemein mit großer Ausdauer und gutem Erfolg geführt.

Dieser Gefahrenfront widmete die Partei mit großer Kraft und mit vollem Recht ihre volle Aufmerksamkeit. Ohne diesen Kampf hätte die Partei keine ernsthaften Schritte zur Eroberung der breiten Arbeitermassen tun können.

Und man muß wissen: Dieser Kampf gegen die rechte Hauptgefahr ist nicht abgeschlossen, er muß mit jedem Tag erneut fortgesetzt werden. Der rechte Opportunismus ist durch jahrzehntelange reformistische Verseuchung der deutschen Arbeiterbewegung im Proletariat vorhanden und übt damit auch seinen starken Druck auf die Kommunistische Partei aus. Die rechte Gefahr nährt sich immer wieder von neuem aus den Illusionen breiter Arbeiterschichten über die Möglichkeit der erneuten Stabilisierung [237] des Kapitalismus und der damit verbundenen Hoffnungen auf Arbeit und Brot. Die rechten opportunistischen Schwankungen, die immer wieder erneut auftreten werden, sind die Folgen des Drucks, den der Reformismus und Sozialdemokratische Partei auf die Gesamtarbeiterschaft ausüben. Des weiteren haben scharfe Repressalien und terroristische Maßnahmen der Staatsgewalt, der Klassenjustiz, der Polizeiterror gegen die revolutionäre Bewegung häufig bei widerstandsschwachen Schichten opportunistisches Abschwenken und Kapitulationen zur Folge. Ebenso wirken Versprechungen und Hoffnungen kleiner und kleinster Vorteile und Privilegien für einzelne Schichten der Arbeiter gegenüber der erhöhten Ausbeutung der großen Massen, mit denen der Faschismus und der Sozialfaschismus die Arbeiterschaft an die Diktatur des Finanzkapitals zu fesseln sucht, stark zur Förderung des Opportunismus. Tausenderlei Fäden des Lebens und der sozialen Verhältnisse verbinden das Leben der Arbeiter – und auch der revolutionäre Arbeiter ist nicht davon immunisiert – mit der bürgerlichen Welt, mit der Anschauungsweise der kleinbürgerlichen Umgebung, mit der Existenz der kapitalistischen Welt und durch tausend Kanäle pumpt die bürgerliche Gesellschaft ihre Ideologie in die Reihen der Arbeiterklasse. Solange die Bourgeoisie herrscht, hat sie alle Machtmittel, um die Arbeiterklasse unter den Druck ihrer kapitalistisch-bürgerlichen Ideologie zu setzen. Und alles das erzeugt immer wieder von neuem Illusionen in der Arbeiterklasse, rechte opportunistische Auffassungen und Strömungen in der Arbeiterklasse und damit auch in unserer Partei, versöhnlerische Stimmungen im stets vor sich gehenden Klassenkampf gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft, die in ihrer Auswirkung die Elemente des rechten Opportunismus bilden. Aus alledem ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit, daß der Kampf gegen den rechten Opportunismus in den Kommunistischen Parteien zum eisernen Bestand der ständigen Wachsamkeit, der ständigen Kontrolle und der dauernden Abwehr gehört. Eine kommunistische Partei, die den Kampf an dieser Gefahrenzone vernachlässigt oder gar einstellt, würde sehr bald dem Opportunismus zum Opfer fallen.

18. Das linke Sektierertum

Eine andere Gefahr, die nicht minder wie der rechte Opportunismus das revolutionäre Proletariat in seinen eigenen Reihen bedroht, ist das „linke“ Sektierertum, die ultralinke Kinderkrankheit des Kommunismus, der Linksopportunismus. Der Linksopportunismus ist das Gegenstück des rechten Opportunismus, er ist die Abweichung vom Marxismus-Leninismus nach „links“ hin, d. h. er will „radikaler“, „revolutionärer“ sein als der Bolschewismus, er will ohne Berücksichtigung der realen Gebundenheit des Klassenkampfes an die Klassenkräfte und an die sozialen Verhältnisse den revolutionären Klassenkampf führen als Kampf der Avantgarde, nicht als Kampf der Klasse. Die Gefahren, die der Linksopportunismus für den Kommunismus bringt, sind daher meist Avantgardismus, Putschismus, Verzicht auf die zähe, opferbereite Kleinarbeit, Verzicht auf die ausdauernde Massengewinnung. Das Resultat dieser Abweichung vom Bolschewismus ist die Isolierung der Partei von den Massen des Proletariats, Hemmung des revolutionären Vormarsches, Verzögerung und Verhinderung in der Erfüllung der revolutionären Aufgaben der Partei. Daraus ergibt sich, daß der Linksopportunismus in seinen Auswirkungen die gleichen Resultate zeitigt als der Rechtsopportunismus und daher ebenso zur Gefahr der revolutionären Bewegung werden kann als jener. Dort, wo der Linksopportunismus zur allgemeinen Erscheinung wird und sich eine entsprechende Theorie gibt, zeigt sich rasch, daß alle diese Theorien ebenso wie die des Rechts-[238]opportunismus dem Arsenal der kleinbürgerlichen Ideenwelt entlehnt sind. Wir haben in unseren ersten Kapiteln genügend Proben dieser Art gegeben.

Der Rechtsopportunismus und der Linksopportunismus treten oft zu gleicher Zeit auf. Aber ebenso kommt es vor, daß im Kampfe gegen den einen der Kampf gegen den anderen vernachlässigt wird,

ja, er wird häufig gar nicht für erforderlich gehalten. Das trifft besonders in weniger erfahrenen Parteien und Parteigruppen zu, die die innerparteiliche Abweichung oft nur in einer Richtung sehen.

Als unsere Parteileitung (März-Plenarsitzung des ZK) im Zusammenhang mit der Steigerung der Massenarbeit und bei Beurteilung von weniger erfreulichen Erscheinungen bei den Betriebsrätewahlen und einigen sektiererischen Erscheinungen, bei der sonstigen Erfüllung der Aufgaben der Partei auf die sektiererischen Gefahren aufmerksam machte und die Partei gegen diese Gefahren alarmierte, da sprachen viele Genossen zunächst von einer „Kursänderung“. Daß aber von einer „Kursänderung“ nicht gesprochen werden kann, indem das, was früher nur zeit- und periodenweise einseitig geschah, nunmehr doppelseitig und zugleich zu tun, haben auch inzwischen diese Zweifler begriffen.

Ebenso wurde auch anfänglich an manchen Orten und von vielen Genossen die Frage so gestellt, „in welchem Proporz“ oder zu wieviel Prozenten der Kampf rechts oder „links“ gerichtet werden müsse. Wir glauben, daß auch diese Fragestellung eine unrichtige ist. Es kann sich lediglich darum handeln, in offener Selbstkritik die verflossene Arbeit der Partei zu überprüfen, die dabei aufgetretenen Fehler, Mängel Und Versager zu untersuchen und festzustellen, was und warum es falsch war, was getan und nicht getan wurde. Hierbei wird sich zeigen, aus welchen Ursachen die Fehler und Mängel, die Unterlassungen und die Mißerfolge zurückzuführen sind. Bei Untersuchung der Ursachen zeigt es sich sehr bald – nach unserer mehr als zehnjährigen Erfahrung – wie die begangenen Fehler richtig zu charakterisieren sind, welcher Art fehlerhafter Einstellung die falschen Methoden und die in Erscheinung getretenen Mängel entspringen. Nur so kann man die Frage stellen und nicht als Doktorfrage, mit wieviel Prozent man den Kampf gegen rechts oder links verteilen muß. Der „Prozentsatz“ wird von Fall zu Fall, von Bezirk zu Bezirk, von Aktion zu Aktion ein sehr unterschiedlicher sein. Hierüber eine Skala oder Tabelle aufstellen zu wollen, wäre gleichfalls eine Abweichung ins Doktrinäre. Worauf es ankommt, ist, erstens die Fehler sehen und den Mut haben sie anzuerkennen, zweitens zu verstehen ihren wirklichen Charakter zu erkennen und drittens die Kraft haben sie zu beseitigen. Fehler zu machen (nach rechts oder links, das bedingen oft äußere Umstände – natürlich auch besondere „Begabung“ hierzu), ist keine Schande, aber in den Fehlern zu verharren, sie nicht sehen zu wollen, sie nicht beseitigen zu wollen, das ist vom Standpunkt des Bolschewismus aus eine Schande und endet meistens mit noch größeren, oft mit nicht wieder gut zu machsenden Fehlern.

Seit dem VI. Weltkongreß haben wir die Anwendung des Kampfes gegen die zwei Fronten der Abweichungen in all ihren Formen nach verschiedenen Seiten hin beobachten können. Im Zusammenhang mit dem Kampfe gegen das rechte Liquidatorentum und Versöhnlertum in der KPD eröffneten alle rechten Gruppen bei den verschiedensten Parteien das Feuer gegen die bolschewistische Linie der Komintern. Hierbei zeigte sich, wie die Tendenzen und abweichenden politischen Strömungen meist einen internationalen Charakter tragen und oft in der besonderen ökonomischen und politischen Weltlage ihre Ursache haben. Durch den Ausbruch des Kampfes gegen die Abweichungen in einem Lande werden [239] oft ähnliche Strömungen und Richtungen, die in anderen Sektionen zunächst nur unter der Oberfläche schlummern, geweckt und an die Oberfläche getrieben. Das sah man auch beim Kampfe des Liquidatorentums gegen die Linie der Partei in der KPD. Sofort kamen die schon längere Zeit schlummernden Gegensätze gegen die Kominternpolitik zum offenen Ausbruch bei der Kilbum-Samelsonrichtung in Schweden, bei Serra und Bordiga (hier rechte und „linke“) in Italien, Humbert-Droz und ZK der KP der Schweiz, bei der Schlammgruppe in Oesterreich, bei der Pepper-Lovstone-Richtung in der USA und auch bei der Gruppe Bucharin-Tomski in der KPdSU.

Aehnliche Erscheinungen (wenn auch bei weitem nicht in dem Ausmaße wie im Kampfe gegen die rechten Gruppen und Strömungen) sind auch bei dem Kampfe gegen den Linksopportunismus hervorgetreten. Hier handelte es sich aber keineswegs um internationale Verbindungen und Bindungen wie bei den rechten Fraktionen, und ebenso sind keinerlei Verbindungen oder auch nur Strömungen vorhanden, die als Anknüpfung an frühere Gruppierungen, an den Trotzkismus oder den sogenannten Lenin-Bund auch nur gedeutet werden könnten. Der Linksopportunismus, der in verschiedenen Sektionen der Komintern in den letzten Monaten auftrat, hat bisher lediglich sporadischen Charakter getragen und nahm im allgemeinen keinen aggressiven Kampfcharakter an. Aber daß auch hierbei ähnliche Erscheinungen der Abweichungen wieder in verschiedenen Ländern gleichzeitig oder bald

nacheinander auftreten, bestätigt, daß die tieferen Ursachen in bestimmten objektiven Umständen in der allgemeinen politischen Lage gesucht werden dürften.

Die Komintern hat schon im Herbst vorigen Jahres auf die Gefahr der „linken“ Abweichungen und auf die Möglichkeit sektiererischer Erscheinungen in den kommunistischen Parteien hingewiesen. Gewiß, nicht speziell in der KPD, sie tat es aber so deutlich und dringlich, daß das in allen Parteien verstanden werden mußte. Dies geschah zuerst bei der Behandlung der englischen Frage, dann noch eindringlicher in der Entscheidung über den innerparteilichen Kampf in der tschechoslowakischen Partei im Oktober-November vorigen Jahres, die zur Abberufung der Gruppe Fried aus der Parteiführung führte, und endlich weithin sichtbar auf dem Plenum der KJI, wo in der Resolution und im Referat des Genossen Manuilski ein scharfer kompromißloser Kampf gegen das „linke“ Sektierertum geführt wurde.

Die Warnungszeichen, die die Komintern bereits im Oktober-November vorigen Jahres gab, wurden von der Partei nur oberflächlich beachtet. Man kann das in vielen Punkten feststellen. Gerade von jenem Zeitpunkt ab ereigneten sich die stärksten Abweichungen nach der ultralinken Seite hin. Jene Entgleisungen, die wir in den ersten Kapiteln behandelt haben, sind Zeitungsartikeln entnommen aus den Monaten Dezember, Januar und Februar. Der „linke“ Doktrinarismus erhielt seine Krönung in der Theorie des Genossen Merker in seinen Artikeln im Februar-März dieses Jahres. Es besteht also kein Zweifel, daß die stärksten Abweichungen vom Leninismus nach der sektiererischen Seite hin erst eintraten, als die Komintern bereits schon entschieden Stellung hiergegen genommen hatte.

19. Der Kampf gegen zwei Fronten der Abweichung vom Marxismus-Leninismus

Die kommunistische Weltpartei wurde geboren und hat sich entwickelt im ständigen ununterbrochenen Kampfe gegen zwei Fronten der Abweichungen vom Marxismus-Leninismus. Erst in diesem Zweifrontenkampf hat sich die Bolschewisierung der Kommunistischen Partei vollzogen.

[240] Ueber diesen Zweifrontenkampf sagt Lenin in „Der Radikalismus – die Kinderkrankheit des Kommunismus“:

„Im Kampfe mit welchen Feinden innerhalb der Arbeiterbewegung ist der Bolschewismus aufgewachsen, erstarkt und gestählt worden?

Erstens und hauptsächlich im Kampfe gegen den Opportunismus, der im Jahre 1914 endgültig sich zum Sozialchauvinismus auswuchs und endgültig auf die Seite der Bourgeoisie gegen das Proletariat überging. Das war natürlicherweise der Hauptfeind des Bolschewismus innerhalb der Arbeiterbewegung. Dieser Feind bleibt auch der Hauptfeind im internationalen Maßstab. Diesem Feinde hat der Bolschewismus die größte Aufmerksamkeit gewidmet und widmet sie noch. Diese Seite der Tätigkeit der Bolschewiki ist jetzt auch im Auslande schon ziemlich gut bekannt.

Etwas anderes muß von einem anderen Feinde innerhalb der Arbeiterbewegung gesagt werden. Im Auslande ist es allzu ungenügend bekannt, daß der Bolschewismus aufgewachsen ist, sich entwickelt hat und gestählt worden ist im langjährigen Kampfe gegen kleinbürgerlich revolutionäre Stimmungen, die dem Anarchismus ähnlich sind oder manches von ihm entlehnt haben, die in allem wesentlichen von den Bedingungen und Anforderungen des konsequenten proletarischen Klassenkampfes abweichen.“

Hier haben wir den Hinweis Lenins auf die beiden Fronten innerhalb der Arbeiterbewegung (und damit auch innerhalb der Partei), die der bolschewistischen Kampfesfront entgegenstehen, der rechte Opportunismus als der Hauptfeind, das Sektierertum als der zweite, „weniger bekannte“ Feind. Heute allerdings ist der zweite Feind gar nicht mehr so unbekannt, trotzdem es Fälle geben kann, wo er zeitweise in Vergessenheit gerät.

Die Komintern und die großen Tagungen unserer Partei haben aber stets auf die Notwendigkeit des Zweifrontenkampfes hingewiesen. In der bereits genannten Resolution des VI. Weltkongresses heißt es:

„... Diese rechten Abweichungen sind bei Bestehen von relativ starken sozialdemokratischen Parteien besonders gefährlich, daher muß der Kampf gegen diese Abweichungen in den Vordergrund gerückt werden ... daneben bestehen jedoch auch ‚linke‘ Abweichungen, die ihren Ausdruck finden in einer gewissen Tendenz zur

Ablehnung der Einheitsfronttaktik, in dem Nichtverstehen der ungeheuren Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit, in der Politik der revolutionären Phrase und in putschistischen Tendenzen."

Ebenso deutlich war der diesbezügliche Beschluß auf dem Weddinger Parteitag, trotzdem dort noch das gesamte Feuer auf das Liquidatoren- und Versöhnlertum gerichtet werden mußte. Dort heißt es im Kapitel „Der Kampf um die leninistische Partei" wie folgt:

„Die Partei muß ihren Zweifrontenkrieg zur Sicherung der bolschewistischen Linie gegen alle rechten und linken Abweichungen bis zu Ende fortsetzen. Sie muß dabei das klare Bewußtsein haben, daß in der gegenwärtigen Periode, nachdem die ultralinken, trotzkistischen Gruppen vernichtet und zerschlagen sind, die Hauptgefahr der rechte und versöhnlerische Opportunismus ist. Gegen diese Gefahr gilt es den Hauptstoß zu führen, ohne den Kampf gegen die ‚linken Gefahren, gegen jeden Versuch ihrer Wiederbelebung und Neuentstehung, auch nur einen Augenblick einzustellen."

Leider hat sich die Partei nicht in der Folgezeit immer an diesen bedeutsamen Beschluß erinnert und länger als zweckdienlich war der zweiten Seite, der „linken" Abweichung, nicht genügend Beachtung gewidmet. Die bereits erwähnten Mißerfolge bei der Durchführung der als richtig erkannten und als richtig erwiesenen politischen Linie der Partei zwang das Märzplenum des Zentralkomitees, den innerparteilichen Kurs der Partei gründlichst zu überprüfen und einen der bedeutsamsten Beschlüsse auf diesem Gebiete zum fassen. Trotzdem die Resolution in der Tagespresse bekanntgegeben und eingehend besprochen wurde, [241] halten wir es für unerläßlich, an dieser Stelle die wichtigsten Abschnitte dieses Beschlusses zu wiederholen. Unter dem Kapitel „Erfolge und Mängel unserer Arbeit", „Zweifrontenkampf gegen die Hauptgefahr des rechten Opportunismus und gegen das mit linken Phrasen maskierte Sektierertum" heißt es:

„... Der bisherige Verlauf der Betriebsrätewahlen hat nochmals die starken, wie die schwachen Seiten unserer Massenarbeit scharf beleuchtet. Ueberall dort, wo die revolutionäre Massenarbeit mit dem genügenden Nachdruck und der genügenden Initiative durchgeführt wurde, brachten die Betriebsrätewahlen bedeutsame Siege der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Eine schwächliche und nachlässige Durchführung der Parteilinie, Ausübung und Duldung des Opportunismus in der praktischen Arbeit. Verzicht auf die Anwendung der revolutionären Einheitsfronttaktik von unten, Außerachtlassung der sozialdemokratischen Arbeitermassen führten dagegen zu teilweisen Mißerfolgen bei den Betriebsrätewahlen und zum Rückgang des Einflusses der revolutionären Opposition in jenen Betrieben, wo die Parteilinie durch Opportunismus oder Sektierertum entstellt wurde.

Die gleichen Schwächen der Parteiarbeit sind bei der Auslösung und Führung von Wirtschaftskämpfen zu verzeichnen, deren langsames Entwicklungstempo sich in hohem Maße durch die ungenügende Tätigkeit der kommunistischen Parteizellen unter den Massen der Betriebsarbeiter erklärt.

Das Plenum des Zentralkomitees lenkt die Aufmerksamkeit der gesamten Parteimitgliedschaft und aller Parteiorganisationen auf diese Mängel der Arbeit. Die Partei kann sich nicht damit begnügen, ihre Erfolge in den Massenkämpfen, bei den revolutionären Demonstrationen, bei der Wahl roter Betriebsräte, beim Vormarsch und dem Ausbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition, bei der Ausdehnung ihres Einflusses auf die proletarischen Massenorganisationen, bei der Stärkung ihrer Autorität vor dem gesamten Proletariat festzustellen. Die Partei ist gleichzeitig verpflichtet, mit rücksichtsloser bolschewistischer Selbstkritik und ernstester Aufmerksamkeit solche Mißerfolge wie bei den Betriebsrätewahlen der Leunawerke, der Berliner Verkehrs-A.-G., bei den Freidenkerwahlen in Berlin festzustellen, ihre Ursache aufzudecken und sie mit fester Hand bis auf die Wurzeln zu beseitigen."

Die Resolution kommt dann auf den Inhalt der „Wendung" zu sprechen, die wir früher schon behandelt haben, um sie vor den Entstellungen durch das „linke" Sektierertum zu schützen, indem sie die wirkliche Bedeutung und den Inhalt dieser Wendung betont. Dann zeigt die Resolution, worin der Zweifrontenkampf zum bestehen hat, wie folgt:

„... Die selbständige Führung der Massenkämpfe ist undenkbar ohne den entschlossenen unversöhnlichsten Kampf:

1. Gegen die größte Gefahr, die Hauptgefahr des rechten Opportunismus, der die Festigung der kapitalistischen Stabilisierung propagiert, das Anwachsen des revolutionären Aufschwunges und die Zunahme der Kriegsgefahr

leugnet, die selbständige Taktik der Kommunistischen Partei in der Gewerkschaftsführung und die selbständige Führung der Massenkämpfe ablehnt, die Kommunisten an den sozialfaschistischen Gewerkschaftsapparat zu fesseln versucht, die Einheitsfront der Kommunisten mit der konterrevolutionären Sozialdemokratie predigt und sich aktiv an der Hetze gegen den Kommunismus und die Sowjetunion beteiligt. Der rechte Opportunismus wird nicht nur durch den parteifeindlichen Brandlerismus und das Versöhnlertum verkörpert, sondern auch durch den Opportunismus in der praktischen Arbeit.

2. Gegen das mit linken Phrasen und scheinradikalem Geschrei maskierte Sektierertum, das den Kampf um die proletarische Einheitsfront von unten, um die Losreißung der sozialdemokratischen Arbeitermassen vom Einfluß ihrer sozialfaschistischen Führerschaft ablehnt oder vernachlässigt, die Arbeit der Kommunisten innerhalb der reformistischen Gewerkschaften unterschätzt, den Kampf um die Tagesforderungen und Tagesinteressen der Arbeiterschaft abschwächt, auf die entschlossene Verteidigung der Legalität der Kommunistischen Partei angesichts der feindlichen Verfolgungen verzichtet und die Taktik der Führung der Arbeitermassen, die wirkliche Organisierung des Massenkampfes durch leere Phrasen über den Massenkampf ersetzt."

[242] In dieser Zusammenfassung sind alle Merkmale der rechten und linken Abweichungen enthalten, wie sie sich bei der Durchführung der Aufgaben der Partei in der gegenwärtigen Periode ergeben haben. Damit begnügte sich die Resolution des Zentralkomitees keineswegs, sondern sie wies zugleich auf die Wechselwirkungen und Wechselbeziehungen hin, die zwischen den beiden Abweichungen von der bolschewistischen Linie der Partei bestehen. Hierüber besagt die Resolution im Abschnitt „Der Kampf um die Mehrheit des Proletariats". „Für die revolutionäre Einheitsfront von unten" folgendes:

„Die zahlreichen Fälle von opportunistischen Widerständen und Sabotageversuchen anläßlich der Betriebsrätewahlen, die Beispiele des Renegatentums von Betriebsrätekandidaten und Kommunalbeamten, die von der Kommunistischen Partei zum Brandlerismus und zur Sozialdemokratie überliefen, zeigen deutlich, daß der rechte Opportunismus die Hauptgefahr in der Partei bildet. Die rechte Hauptgefahr erhielt unmittelbare Nahrung durch den Druck der Sozialdemokratie und die Flut von reaktionären Verfolgungen, die über die Partei hereinbrechen. Gegen diese Gefahr ist das Hauptfeuer zu richten.

Aber der rechte Opportunismus kann nur dann konsequent und vollständig niedergekämpft werden, wenn die Partei ohne jede Schonung das ‚linke' Sektierertum ausmerzt, das durch die Durchkreuzung der revolutionären Massenpolitik und die dadurch hervorgerufene Diskreditierung der Parteilinie nur Wasser auf die Mühlen des rechten Opportunismus lenkt.

Beide Abweichungen, die sich gegenseitig in die Hände arbeiten, hindern den Vormarsch der Partei und den erfolgreichen Kampf der Arbeiterklasse, indem sie die selbständige Führung der Massenkämpfe durch die Partei hemmen. Alle aktiven Verfechter der Parteilinie, alle wirklichen Kommunisten sind daher verpflichtet, einen hartnäckigen ideologisch-politischen Zweifrontenkampf gegen die opportunistische Hauptgefahr und gegen das ‚linke' Sektierertum zu führen, um alle Hemmnisse zur stärksten Kraftentfaltung der Partei, zur Führung der Millionenmassen des deutschen Proletariats, zur weiteren Organisierung des revolutionären Aufschwungs aus dem Wege zu räumen."

Hier werden klar die eigentümlichen Beziehungen, die die rechten und linken Abweichungen vom Bolschewismus in der gegenwärtigen Phase des Klassenkampfes in Deutschland aufzuweisen haben, beleuchtet und festgestellt. Nachdem nach der Plenarsitzung des Zentralkomitees die Hauptträger der sektiererischen Strömung in der Partei unter Führung des Genossen Merker den Kampf gegen die politische Linie des Zentralkomitees eröffneten und die Sprengung der einheitlichen Parteileitung forderten, mußte sich das Polbüro erneut mit der Frage des Zweifrontenkampfes beschäftigen. Auch hier werden wiederum ganz konkret die Punkte der Abweichungen von der bolschewistischen Linie in der Resolution aufgeführt. Unter Punkt 2 dieser Resolution heißt es:

„2. Die Entwicklung in Deutschland seit den Weddinger Parteitag hat die Richtigkeit seiner Analyse der Lage, seiner Beschlüsse erwiesen. Eine Reihe großer Erfolge der Partei bei den Betriebsrätewahlen (namentlich im Ruhrgebiet, in Oberschlesien und im Niederrhein), bei Wirtschaftskämpfen und Streiks, bei den Aktionen am 1. Februar und 6. März, beim Kampf gegen das Demonstrationsverbot, bei der Eroberung von proletarischen Massenorganisationen stehen einzelne Mißerfolge (Betriebsrätewahlen bei Leuna und der Berliner Verkehrs-A.-G., Berliner Freidenker-Wahlen) gegenüber. Eine der Hauptursachen dieser Mißerfolge ist das Auftreten des rechten Opportunismus in der Praxis, der in vielen Fällen durch den Verzicht auf eine selbständige

revolutionäre Politik der Kommunisten, durch Tendenzen zur Annäherung an die Sozialdemokratie zum Ausdruck kam. Der echte Opportunismus propagiert die Festigung der kapitalistischen Stabilisierung. Er bestreitet die Zunahme der Kriegsgefahr. Er leugnet das Anwachsen des revolutionären Aufschwunges. Er lehnt die selbständige Führung der Massenkämpfe ab. Er versucht, die Kommunisten an den sozialfaschistischen Gewerkschaftsapparat zu fesseln. Gerade in der letzten Zeit bestätigten ein Reihe von Schwankungen und Abweichungen, besonders auf dem Gebiete der Kommunalpolitik, der Gewerk-[243]schaftsarbeit und bei der Durchführung der Betriebsrätewahlen, die teilweise bis zum direkten Renegatentum und zum Verrat an der Partei gingen, daß der rechte Opportunismus nach wie vor die größte Gefahr, die Hauptgefahr in unseren eigenen Reihen bleibt.

Eine weitere Gefahr in der Partei, gegen die der rücksichtsloseste Kampf geführt werden muß, ist die Abgeschlossenheit von den Massen der Arbeiterschaft, der Verzicht auf die Eroberung der sozialdemokratischen Arbeitermassen, der Verzicht auf die Betriebsarbeit, die Ablehnung der Einheitsfront von unten, die Unterschätzung der Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften und andere Formen des scheinradikalen Sektierertums, das durch linke Phrasen verdeckt wird."

Damit hatte die Leitung der Partei den Kampf auf zwei Fronten gegen „die Feinde gegen den Bolschewismus innerhalb der Arbeiterbewegung" eröffnet, um mit größerer Kraft und Energie das „Wachstum des Bolschewismus zu stärken und zu stählen", damit die Partei besser befähigt wird als zuvor, die Aufgabe, die durch die Komintern als die Hauptaufgabe für die KPD gestellt ist, die Eroberung der Mehrheit des deutschen Proletariats für den revolutionären Klassenkampf und für die Ziehe des Kommunismus, in die Tat umzusetzen. Diesem Zweck und nur diesem Ziele dient der Zweifrontenkampf gegen die Abweichungen vom Bolschewismus, den jetzt die Partei bis zur letzten Zelle führen muß. Die Resolution des Polbüros verpflichtete daher alle Genossen, die auf dem Boden der bolschewistischen Parteilinie stehen, gemeinsam mit dem Zentralkomitee den Zweifrontenkampf zu fuhren. Die Resolution besagt:

„Alle aktiven Verfechter der Parteilinie, alle wirklichen Kommunisten, sind daher verpflichtet, einen hartnäckigen, ideologisch-politischen Zweifrontenkampf gegen die opportunistische Hauptgefahr und gegen das ‚linke' Sektierertum zu führen." (Märzresolution des Zentralkomitees der KPD.)

Die Beschlüsse der Plenarsitzung des Zentralkomitees am 20. und 21. März und des Polbüros vom 4. und 5. April lassen an Klarheit, Festigkeit und Eindringlichkeit die bolschewistische Politik, die marxistisch-leninistische Klassenlinie in der KPD zur Geltung zu bringen und durchzusetzen, nichts zu wünschen übrig. Sache der gesamten Parteimitgliedschaft ist nun, gemeinsam mit dem Willen des Zentralkomitees diese einzig revolutionäre Parteilinie zu verwirklichen.

20. Der Kampf des „linken" Sektierertums gegen die bolschewistische Linie der Partei

Unmittelbar nach der Tagung des Zentralkomitees trat eine Gruppe von Parteimitgliedern unter Führung des Genossen Merker gegen die Parteilinie auf. Genosse Merker hatte selbst für die Beschlüsse des Zentralkomitees gestimmt, aber unter dem Vorwand, gegen den Artikel „Schritt halten" zum sein, wendete er sich nunmehr gegen die vom Zentralkomitee festgelegte Linie des Zweifrontenkampfes. In seiner „neuen" Orientierung nach dem Zentralkomitee stand Genosse Merker in seiner eigentlichen natürlichen Kampfesstellung des „linken" Doktrinarismus gegen die Linie der Partei, die er schon längere Zeit zuvor vertreten hatte. Ueber den Beginn des Kampfes des Genossen Merker gegen die Parteileitung besagt die Resolution des Polbüros:

„4. Unmittelbar nach der Tagung des Zentralkomitees, dessen Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden, trat eine Gruppe von Parteimitgliedern unter Führung des Genossen Merker gegen die Parteilinie auf. Unter dem Vorwand eines Kampfes gegen den Artikel des Genossen Remmele ‚Schritt halten', der eine richtige Erläuterung der Parteibeschlüsse darstellt, wandte sich Genosse Merker mit einer Protesterklärung an die Exekutive, ohne das Zentralkomitee, das Polbüro oder das Sekretariat von ihrem Inhalt in Kenntnis zu setzen, obwohl er die volle Möglichkeit besaß, seine Auffassung in den drei genannten Körperschaften darzulegen. Genosse Merker eröffnete damit den Kampf gegen [244] die Parteiführung, die seit dem Weddinger Parteitag einheitlich die Politik der KPD geleitet hat."

Die weitgehendsten Abweichungen von der bolschewistischen Linie der Partei waren in einigen Artikeln des Genossen Merker aus den Monaten Februar-März enthalten, also ganz jungen Datums. Der

Genosse Merker gehörte zur Parteiführung, was die Lage für diese schwierig gestaltete. Die Parteileitung hoffte, den Schaden durch Kritik der falschen Auffassungen, ohne dabei die Träger dieser Auffassungen namentlich zu nennen, ohne Gefährdung der einheitlichen Parteiführung, vornehmen zu können. Die Parteileitung war sich vollkommen darin einig, daß die vom Bolschewismus abweichenden Auffassungen unbedingt kritisiert werden müssen, um die Partei vor größerem Schaden zu bewahren.

Anderer Ansicht war der Genosse Merker, der die Auffassung der Parteileitung über die bolschewistische Linie der Partei „aus prinzipiellen Gründen“ ablehnte. Aus dieser Stellungnahme ergab sich nunmehr eindeutig, daß die Auffassungen Merkers vor der Plenarsitzung des Zentralkomitees kein gelegentliches Versehen und untergeordnete Entgleisungen waren, sondern eine feste politische Linie, die er beabsichtigte, der leninistischen Parteilinie entgegenzustellen. Es konnte kein Zweifel mehr sein, daß er sich zum Wortführer der in der Partei vorhandenen sektiererischen Stimmungen und Strömungen anarchosyndikalistischen Charakters berufen glaubte. Er forderte in seinen Eingaben an die Komintern und an das Polbüro die Abberufung derjenigen Genossen aus der Parteileitung, die die Einhaltung der leninistischen Politik und Strategie und die Bekämpfung aller Abweichungen vom Bolschewismus in der Partei durchzusetzen suchten. Auch jetzt wieder war das Ziel des Kampfes des Genossen Merker nicht nur ein ideologisches zur Verteidigung seiner vom Leninismus abweichenden Auffassungen, sondern vor allen ein organisatorisches, Beseitigung der Genossen aus der Parteiführung und aus der Partei, die die Grundsätze des Leninismus verteidigten, die Sprengung der einheitlichen Parteileitung, wie sie nach dem Kampfe gegen Liquidatoren und Versöhnler vom Weddinger Parteitag mit der Führung der Partei betraut wurde. Diese organisatorischen Forderungen sollten natürlich den ultralinken Kurs der Merkerschen Richtung in der Partei befestigen, erweitern und vollenden.

Die sektiererische Gruppe um den Genossen Merker blieb aber bei ihren Forderungen an die Komintern und an das Polbüro nicht stehen. Sie ging weiter. Sie versuchte, von langer Hand vorbereitet, eine breite Bewegung im Reiche zu organisieren. Noch ehe die Parteileitung sich mit der so entstandenen Lage beschäftigen konnte, beschäftigte sich schon eine Reihe von Bezirksleitungen damit, ohne daß diese von Zentralkomitee irgendwelche Informationen erhalten hatten. Es war klar, daß die Informationen auf einem Weg geschehen sein mußten, der nicht der übliche Parteiweg war. Die endgültigen Absichten und Ziele der sektiererischen Gruppe wurden aber erst durch die Stellungnahme dieser Gruppe in Berlin-Zentrum restlos aufgedeckt. Unter Führung des Parteisekretärs Peuke wurden in Berlin-Zentrum unter Bruch der Parteidisziplin eine Reihe von Fraktionssitzungen und Fraktionsversammlungen organisiert. In einer dieser Versammlungen, in der 200 bis 300 Teilnehmer anwesend waren, wurde der Ausschluß der Genossen der Parteileitung aus der Partei einstimmig beschlossen und gefordert, die für die Durchführung der leninistischen Linie der Partei eingetreten waren. Man sieht, man war konsequent bis zum letzten.

Zu diesen Ereignissen in Berlin-Zentrum schreibt Genosse Merker in seinem Brief an das Polbüro (er lehnte es ab, an der Sitzung des Polbüros [245] am 4. April teilzunehmen, und verkehrte nur noch schriftlich mit der Parteileitung) „eine solche Entwicklung kann nur begrüßt werden“, womit er sich mit den Fraktionsbeschlüssen von Berlin-Zentrum solidarisierte. Es war damit klar, daß die Gruppe der Sektierer, wie alle anderen fraktionellen Gruppierungen in früheren Zeiten, auf dem Wege war, unter Beiseiteschiebung der bolschewistischen Disziplin der Partei den Kampf gegen die leninistische Linie der Partei mit allen Mitteln des Fraktionskampfes durchzuführen.

Ueber diese Fraktionstätigkeit der linksopportunistischen Gruppe Merker-Peuke urteilte das Polbüro in seiner Resolution vom 4./5. April wie folgt:

„11. Um seine unsozialistische kleinbürgerliche Plattform im Gegensatz zur Parteilinie und zur Parteiführung durchzusetzen, schritt Genosse Merker zum fraktionellen Kampf gegen die Beschlüsse des Zentralkomitees. Dieser Fraktionskampf äußerte sich in seinem Protestschreiben an die Exekutive, das Merker selbst als Gruppenerklärung angeblich in Uebereinstimmung mit einer größeren Zahl wichtiger Funktionäre (Telegramm vom 27. März) bezeichnet, ferner in der, trotz entgegengesetzter Parteibeschlüsse, einberufenen Fraktionssitzung der Gewerkschaftsabteilung vom 31. März und in den fortgesetzten Vorstößen der parteifeindlichen ultralinken Gruppe Peuke in dem Berliner Unterbezirk Zentrum. Peuke und seine Fraktionsanhänger übertrugen, unter

offenem Disziplinbruch und direkter Verhöhnung der Parteibeschlüsse, die Fraktionsplattform der Gruppe Merker in die Parteiorganisationen, in die Betriebs- und Straßenzellen, um die Durchführung der Beschlüsse des Zentralkomitees zu verhindern.

Das Polbüro verurteilt aufs schärfste diese Fraktionstätigkeit des Genossen Merker. Das Polbüro weist die Gruppe Merker auf die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale hin, nach denen die Bildung von Fraktionen und Gruppierungen unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei ist. Das Polbüro fordert den Genossen Merker und seine Gruppe kategorisch auf, sofort jede weitere Fraktionstätigkeit einzustellen, die begangenen Fehler anzuerkennen und bedingungslos die Parteilinie durchzuführen. Das Polbüro beschließt, zur Sicherung der Parteilinie und ihrer Durchführung in der revolutionären Massenbewegung die Enthebung des Genossen Merker aus dem Sekretariat des Zentralkomitees und seine Abberufung aus der Gewerkschaftsabteilung des ZK. Gleichzeitig wird das Sekretariat des ZK beauftragt, eine Untersuchung gegen alle Teilnehmer der Fraktionsarbeit Merkers durchzuführen und die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Parteidisziplin zu treffen. Die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur sofortigen Liquidierung der parteifeindlichen, ultrahinken Gruppe Peuke durchzuführen.

Der Führer des linken Sektierertums, der Genosse Paul Merker, erhob gegen die Parteileitung den Vorwurf, daß die Politik des Polbüros und des Zentralkomitees brandleristisch sei und in seiner Konsequenz zum Einheitsfrontverhandlungen des Zentralkomitees der KPD und dem Parteivorstand der SPD führen müsse. Das direkt zu behaupten, wagte der Genosse Merker (wie er überhaupt alle seine giftigen Pfeile vom Schreibtisch aus abschoß) zwar nicht; er macht es auf dem Umwege als Angriffe auf den Artikel „Schritt halten“ und auf Artikel im Zentralorgan, die „Rote Fahne“ usw., ohne dabei zu sagen, daß diese Artikel nichts anderes enthalten als die politische Linie des Zentralkomitees. Die Resolution des Polbüros besagt zu diesen Kampfesmethoden des Genossen Merker:

„5. Genosse Merker erhebt gegen die Parteileitung die Anschuldigung, daß sie ‚eine brandlerische Beurteilung der Sozialdemokratischen Partei‘, ‚eine rein brandleristische Stellung zur Koalitionsregierung und zur Bürgerblockregierung‘ duldet (Protesterklärung Merkers an die Exekutive). Er beschuldigt unsere Partei, daß sie einen Standpunkt ermögliche, der ‚die sozialfaschistische Rolle der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie verhüllt und alle Voraussetzungen schafft, die als Konsequenz die Anwendung der Einheitsfronttaktik zwischen dem ZK der Partei und dem Parteivorstand der SPD haben‘. (Protest-[246]erklärung Merkers an die Exekutive). Das Polbüro weist diese Behauptungen als parteifeindliche Verleumdungen zurück.

Die Gegensätze zwischen dazu Genossen Merker und der Partei sind keineswegs, wie er es hinzustellen versucht, untergeordnete Meinungsverschiedenheiten in taktischen Fragen, sondern sein Standpunkt unterscheidet sich prinzipiell von der Parteilinie.“

Aber nicht diese mehr oder weniger banalen Angriffe auf die Parteileitung – die niemand ernst nehmen kann – sind das Entscheidende, sondern das, was sich hinter dieser Fassade der fraktionellen Aufmachung verbirgt, ist es, was man sich genauer ansehen muß, um den wahren Charakter und Wert der politischen Plattform des Sektierertums zu erkennen. Wir haben zu diesen Theorien des Sektierertums im Kapitel 4 „Die neueste Theorie vom Sozialfaschismus“, im Kapitel 8 „Die einheitliche reaktionäre Masse“ und im Kapitel 9 „Der Hauptfeind“ einige kurze Bemerkungen gemacht in der Erwartung, daß es nur eines Hinweises bedarf, damit das Fehlerhafte der kritisierten Anschauungen eingesehen und anerkannt würde. Da diese Erwartung getrogen hat, – weil die Auffassungen „aus prinzipiellen Gründen“ anderer Natur sind – müssen wir uns etwas näher mit diesen prinzipiellen Gründen beschäftigen.

Hierbei ist zu beachten, daß es sich um eine ganze Reihe von Fragenkomplexen handelt, die wir nicht in allen Einzelheiten behandeln können, da es auch so wie bei allen früheren gruppenmäßigen Abweichungen ging, je weiter die Gruppierung diskutierte und ihre Auffassungen formulierte, desto mehr und zahlreicher wurden die Einwände gegen die politische Linie der Partei. Zuerst war es nur der Artikel „Schritt halten“, gegen den das Feuer eröffnet wurde, dann war es die „Haltung der ‚Roten Fahne‘ zur Regierungskrise“, dann die Resolution des Zentralkomitees und endlich die des Polbüros. So war es ehedem beim Kampfe Ruth Fischers und der Ultralinken gegen die Partei, so war es im Kampfe Brandlers und der Liquidatoren, genau so war es im Kampfe Ernst Meyers und der Versöhnler und jetzt ebenso im Kampfe Paul Merkers und der Sektierergruppe gegen die Linie der Partei. Daß dem so ist, war für uns keine Ueberraschung, das mußte so sein bei einer richtigen prinzipiellen

Abweichung von der Parteilinie. Und weil dem so ist, kommt es nicht darauf an, sich mit den Dutzenden von Nebenfragen und Scheineinwänden zu beschäftigen, sondern es gilt, die Kernprobleme herauszuschälen, um die die Meinungsdifferenzen gehen, besonders diejenigen Anschauungen, die vom Marxismus-Leninismus abweichen und die das Fundament der linken sektiererischen Ideologie bilden.

Die entscheidenden theoretischen und praktischen Streitfragen waren entschieden, als die Mitgliedschaft in den unteren Organisationen sich des Stoffes bemächtigte, um die der Kampf in der Führung ging, so daß uns nur noch die Pflicht bleibt, die wichtigsten Fragen zu erörtern. Die große bolschewistische Reife der KPD erwies sich sofort, als die Partei auf dem Wege des bolschewistischen Parteiaufbaus, der Parteidisziplin, nach den Regeln des demokratischen Zentralismus Stellung nahm. Noch nie zuvor wurde eine vom Leninismus abweichende innerparteiliche Fraktionsbildung so gründlich, so einmütig und so rücksichtslos zurückgewiesen und liquidiert als die gegenwärtige. Selbst dort, wo die sektiererische Gruppe die Mitgliedschaft zur Disziplinlosigkeit verleiten und irreführen konnte, sahen die Parteigenossen ihre Fehler ein und korrigierten diese mit bolschewistischer Offenheit. Bei der geordneten Durchführung der Parteidiskussion in den Parteiorganen und Parteiorganisationen, wo das Für und Wider über die verschiedenen Auffassungen und Streitfragen zur Geltung kam, erwies es sich, daß die Parteimitgliedschaft (mit verschwindend wenigen Ausnahmen) einmütig mit dem Zentralkomitee für die leninistische Parteilinie und gegen die sektiere-[247]rische Entstellung des Bolschewismus entschieden. Mit der Haltung dci Gesamtpartei zu der linksopportunistischen Gruppierung um Merker hatte sich das Polbüro nicht getäuscht, als es bereits vor den Entscheidungen in den Bezirken in ihrer Resolution vom 4/5. April schrieb:

„12. Das Polbüro ist fest überzeugt, daß die gesamte Parteimitgliedschaft mit allen Kräften die Linie der Kommunistischen Internationale und des Weddinger Parteitages verteidigen wird. Genosse Merker und seine Gruppe haben das Vertrauen der Partei, die sie auf verantwortliche Posten in der revolutionären Massenarbeit gestellt hat, mißbraucht. Sie haben den Versuch gemacht, mitten in einer ernsten Kampfsituation die bolschewistische Linie unserer Partei anzugreifen und zu diskreditieren, die Einheit unserer Partei zu untergraben. Dieser Versuch ist gescheitert. Die Parteimitgliedschaft, die im Zweifrontenkampf gegen alle Abweichungen vom Leninismus gestählt ist, wacht mit größter Sorgfalt über die Festigkeit und Konsequenz der Parteilinie. Von gesundem Mißtrauen gegen jede opportunistische Schwankung durchdrungen, haben die deutschen Kommunisten das Liquidatorentum und das Versöhnlertum zerschlagen.

Sie werden jeden Versuch, den Brandlerismus wieder einzuschmuggeln, jede Aeußerung des Opportunismus in der Praxis, jedes Auftreten der rechten Hauptgefahr ebenso rücksichtslos niederkämpfen, wie das linksopportunistische Sektierertum, das den Versuch einer Wiederbelebung des geschlagenen Trotzkismus darstellt. Nur dieser entschlossene, unerschütterliche Kampf für den Leninismus sichert den Sieg der proletarischen Revolution.“

Mit der restlosen Liquidierung des fraktionellen Vorstoßes der Sektierergruppe wurde die Bahn frei durch eine bolschewistische Selbstkritik, die antileninistischen Entgleisungen in der Theorie, die Schwächen und Mängel in der praktischen Parteiarbeit, die gemachten Fehler bei Erfüllung der Aufgaben der Partei in bolschewistischer Weise zu besprechen, um sie zu überwinden und zu beseitigen.

So kurzlebig die Fraktionsaffäre der Sektierergruppe auch war, so lehrreich für die Partei war auch hier die Erscheinung, wie aus anfänglich scheinbar ganz untergeordneten Abweichungen von der Linie des Marxismus-Leninismus in kürzester Frist Gegensätze entstehen, um derentwillen die Grundlagen des Bolschewismus bis zum Grad der Parteifeindschaft, der Auflösung der Parteidisziplin und der Parteizugehörigkeit angegriffen werden. Das zeigt, wie die dem Leninismus feindliche Ideologie nicht zurückschreckt vor dem organisatorischen Verlassen der bolschewistischen Parteibasis. Diese Lehre muß ein erhöhterer Ansporn sein, in Zukunft noch gewissenhafter auf die strenge Einhaltung der leninistischen Grundsätze über Theorie, Praxis, Strategie und Parteidisziplin zu wachen, sie zu fördern und zu festigen.

21. Die Merkersche Theorie über den Sozialfaschismus

Der Genosse Merker eröffnete seine Kampagne gegen die bolschewistische Linie der Partei mit zwei Artikeln in der „Internationale“ (Paul Merker: „Das nächste Kettenglied“ in Nr. 3 und „Der Kampf gegen den Faschismus“, der in Nr. 5 erscheinen sollte, aber wegen seines Inhalts angehalten wurde; er erscheint in der heutigen Nummer der „Internationale“). Die in beiden Artikeln entwickelten Theorien stehen in allen wesentlichen Punkten im schärfsten Gegensatz zur leninistischen Grundauffassung in den wichtigsten aufgerollten Fragen und polemisieren gleichzeitig direkt gegen die Beschlüsse des VI. Weltkongresses und des Weddinger Parteitages in der schärfsten Form.

Die Frage, die in den Artikeln am breitesten behandelt wird, ist die des Sozialfaschismus. Hier trifft alles zu, was wir bereits im Kapitel „4. Die neueste Theorie über den Sozialfaschismus“ bereits gesagt haben. Was sagt das Programm der Kommunistischen Inter-[248]nationale über den Sozialfaschismus? In dem Kapitel „Die Krise des Kapitalismus und der Faschismus“ heißt es:

„Entsprechend der jeweiligen politischen Konjunktur bedient sich die Bourgeoisie sowohl der faschistischen Methoden als auch der Methoden der Koalition mit der Sozialdemokratie, wobei die Sozialdemokratie selbst, besonders in für den Kapitalismus kritischen Zeiten, nicht selten eine faschistische Rolle spielt. Die Sozialdemokratie zeigt im Laufe der Entwicklung faschistische Tendenzen, was sie jedoch nicht hindert, im Falte einer Aenderung der politischen Konjunktur gegen die bürgerliche Regierung als oppositionelle Partei aufzutreten. Faschismus und Koalition mit der Sozialdemokratie sind beide für den normalen Kapitalismus ungewöhnliche Methoden. Sie sind Anzeichen für das Bestehen einer allgemeinen Krise des Kapitalismus und werden von der Bourgeoisie benützt, um den Vormarsch der Revolution zu hemmen.“

Man muß bei der Fassung des Programms beachten, daß es sich um das internationale Programm der Partei handelt. Die „faschistischen Tendenzen“ und die „faschistische Rolle“ der Sozialdemokratie sind nicht in allen Parteien der II. Internationale gleichmäßig entwickelt. Die „politische Konjunktur“, in der sich der Kapitalismus in Deutschland in viel höherem Maße in „kritischen Zeiten“ befindet als in vielen anderen kapitalistischen Ländern, bedingt es, daß die SPD die faschistische Entwicklung von allen Parteien der II. Internationale zu verzeichnen hat. Die Grundlage des Programmpunktes ist: die Bourgeoisie (das Finanzkapital) herrscht. Sie regiert je nach der politischen Konjunktur und nach der Schärfe der Krise, bald mit der Methode des Faschismus, bald in Koalition mit der Sozialdemokratie. Beides ist für den normalen Kapitalismus „ungewöhnlich“. Beide Abnormitäten sind Anzeichen der allgemeinen Krise. Diese marxistisch-leninistische Analyse der Regierungsmethoden der Großbourgeoisie im Zeitalter des Imperialismus, der Herrschaft des Finanzkapitals und der Monopole, ist nur dem befremdend und „unfassbar“, der mit den Scheuklappen des Kleinbürgers nicht über die Grenzen Deutschlands hinaus zu blicken vermag. Sieht man nicht nur deutsche Verhältnisse und diese nicht nur in der Froschperspektive des Kleinbürgers, der jede bestehende Regierungskombination als die ewig waltende und die unveränderlich waltende Kraft der Dinge bestaunt, sieht man die Regierungsformen und -methoden vom internationalen Standpunkt aus und vom Standpunkt der ständigen und ununterbrochenen Verschiebung der Klassenkräfte im kapitalistischen Lager und vom Standpunkt der Entwicklungsgesetze in der Zerfalls- und Niedergangsepoche des Kapitalismus mit seinen ständig steigenden Klassengegensätzen und der Verwandlung und Steigerung der Mittel und Methoden des Klassenkampfes, von denen das Programm ausgeht, dann ist klar, daß das Programm in diesem Punkte vollauf richtig und ebenso wie für alle anderen Länder auch für die deutschen Verhältnisse zutreffend ist. Daß man eine solche Selbstverständlichkeit noch besonders betonen muß, liegt nicht an uns, sondern an unseren ultralinken Theoretikern.

In der politischen Resolution des VI. Weltkongresses heißt es im Kapitel „IV. Der Klassenkampf, die Sozialdemokratie und der Faschismus“, nachdem im Absatz 24 der Faschismus behandelt ist:

„Mehr oder weniger entwickelte Tendenzen und Keime der faschistischen Bewegung finden wir heute fast überall. Die Ideologie der Klassenzusammenarbeit, die die offizielle Ideologie der Sozialdemokratie ist, hat viele Berührungspunkte mit der Ideologie des Faschismus. Keime der faschistischen Methoden, die gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung angewendet werden, finden sich in der Praxis vieler sozialdemokratischer Parteien, sowie auch in der Praxis der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie.“

Im Kapitel „II. Die Parteien der II. Internationale an der Regierung“ in der politischen Resolution des 10. Plenums des EKKI heißt es:

[249] „5. Die Ohnmacht der Bourgeoisie, die keinen Ausweg aus den sich zuspitzenden außen- und innenpolitischen Gegensätzen zu finden vermag; die Notwendigkeit der Vorbereitung neuer imperialistischer Kriege und der Sicherung des Hinterlandes durch weitestgehende Knebelung der Arbeiterklasse als die Mittel, um aus der eingetretenen Lage einen ‚Ausweg‘ zu finden; die Unmöglichkeit, diese Aufgabe aus eigener Kraft, ohne die Hilfe der sozialdemokratischen Parteien durchzuführen und schließlich das Bedürfnis nach Bemäntelung einer solchen Politik unter der Flagge der Demokratie und des Pazifismus – führten zu der Notwendigkeit der offenen Arbeitsgemeinschaft der Bourgeoisie mit den Parteien der II. Internationale. Daher kommt es, daß die Sozialdemokratie in Deutschland und die Labour Party in England die Regierung übernommen haben. Die politische Mission der Regierungen MacDonald und Hermann Müller besteht darin, die Pläne der Bourgeoisie sowohl in der Innenpolitik (weitestgehende Knebelung der Arbeiterklasse, Verwirklichung der doppelten Unterjochung der Arbeiterklasse Deutschlands, im Zusammenhang mit den Reparationen, Rationalisierung in England) und auch in der Außenpolitik (Vorbereitung neuer Kriege und verstärkte Unterjochung der Kolonien) durchzuführen.“

Speziell über die Mission der Hermann-Müller-Regierung heißt es in der Resolution:

„In Deutschland haben wir ein neues Experiment der Regierungsübernahme durch die stärkste Partei der II. Internationale, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Die deutschen Arbeitermassen überwinden durch eigene praktische Erfahrung ihre Illusionen in bezug auf die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie erwies sich als die Partei, die, als sie die Regierung übernahm, die Streiks mit der Schlinge des Zwangsschlichtungswesens abwürgte und das Kapital bei Durchführung der Aussperrungen und der Liquidierung der Errungenschaften der Arbeiterklasse (Achtstundentag, Sozialversicherung usw.) unterstützte. Durch den Panzerkreuzerbau, sowie auch durch die Annahme ihres neuen Wehrprogramms, das mit allen Resten der Vorkriegstraditionen des Sozialismus bricht, bereitet sie den Krieg vor. Die führenden Kader der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaften, die die Befehle der Bourgeoisie vollstrecken, drohen nunmehr der deutschen Arbeiterklasse durch den Mund von Wels mit der offenen faschistischen Diktatur. Die Sozialdemokratie hat die Demonstration am 1. Mai verboten und dann die unbewaffneten Arbeiter bei der Maidemonstration niedergeschossen. Sie ist es, die die Arbeiterpresse (‚Rote Fahne‘) und die revolutionären Massenorganisationen der Arbeiter (RFB) verbietet, das Verbot der KPD vorbereitet und die Unterdrückung der Arbeiterklasse mit faschistischen Methoden organisiert.

Das ist der Weg der Koalitionspolitik treibenden Sozialdemokratie zum Sozialfaschismus. Das ist die Bilanz der Regierungsausübung durch die größte Partei der II. Internationale.“

Wir haben mit Absicht so ausführlich zitiert, um zu zeigen, wie die Komintern stets Wert darauf legte, nicht einfach abstrakte Begriffe zu schaffen, sondern diese eingehend motiviert und zugleich nicht metaphysisch die Dinge darstellt, sondern sie stets im Flusse der Entwicklung, der Wirkung von Tendenzen und Gegentendenzen sieht – mit einem Wort, das politische Leben aufzeigt, wie es ist. Wie die Wirkung des „Weges zum Sozialfaschismus“ innerhalb und in der Peripherie der Sozialdemokratie und in der Arbeiterklasse wirkt, zeigt die Resolution im gleichen Abschnitt. Hierüber heißt es:

„Das Plenum des EKKI konstatiert, daß die gegenwärtige Regierungsübernahme der größten Parteien der II. Internationale angesichts des heraufziehenden Krieges und des zunehmenden Elends der Arbeiterklasse die Voraussetzungen für die einschneidendste Krise der Sozialdemokratie in den proletarischen Massen schafft. Diese Krise findet ihren Ausdruck in der Beschleunigung des Prozesses der Radikalisierung der breiten Arbeitermassen. Sie bringt die Sozialdemokratie unvermeidlich zum Verlust ihres Einflusses auf die breiten Arbeitermassen und schafft dadurch die günstigen Voraussetzungen für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch die kommunistischen Parteien.“

[250] Das 10. Plenum hat die Entwicklung im Anhange und in der Mitgliedschaft der SPD richtig vorausgesehen. Nicht endenwollende Diskussion und Rebellion der Arbeitermitglieder in der SPD gegen die sozialfaschistischen Führer in allen SPD-Organisationen legen Zeugnis ah von der einschneidenden Krise, in der sich die SPD befindet.

Sehen wir nun zu, wie der Weddinger Parteitag die Frage des Sozialfaschismus stellt. In der politischen Resolution des Weddinger Parteitages heißt es:

„Die Verschmelzung des Reformismus mit der bürgerlichen Staatsgewalt findet ihren höchsten Ausdruck in der Politik des Sozialimperialismus ... und des Sozialfaschismus (Anwendung faschistischer Terrormethoden gegen das revolutionäre Proletariat, gewaltsame Verhinderung von Streiks mit Hilfe von Polizei und des Unternehmertums, Rollkommandos und Mordriegen des Reichsbanners, Berliner Mai-Blutbad, Verbotsmaßnahmen der Polizei und der Klassenjustiz."

Hier also sind die faschistischen Tendenzen und die faschistische Rolle der Sozialdemokratie, von der im Programm der Kommunistischen Internationale gesprochen wird, konkret für die politische Konjunktur zur Zeit des Weddinger Parteitages aufgezeichnet in voller Uebereinstimmung mit dem Programm der Komintern. Der Begriff Sozialfaschismus ist an die Politik der Sozialdemokratie geknüpft, was entscheidend ist. Die Weddinger Resolution erhielt in diesem Punkte in den Hauptreferaten auf dem Parteitag und später in einer Resolution des Zentralkomitees noch eine besondere Interpretation, sie lautet: „Sozialfaschismus ist Sozialismus in der Phrase, Faschismus in der Tat". Alles das muß man beachten und die Merkerschen Theorien daneben stellen. Wir beginnen mit dem geringsten Uebel, dem scheinbar nebensächlichen, das aber im Gesamtsystem doch einige Bedeutung hat. Im Artikel „Das nächste Kettenglied" heißt es:

„Die Wandlung der sozialdemokratischen und christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung und der hinter ihnen stehenden politischen Kreise zum Sozialfaschismus macht gerade sie zum Totengräber aller sogenannten ‚demokratischen' Rechte ‚der Massen'."

In dem Artikel „Der Kampf gegen den Faschismus" heißt es:

„Der Sozialfaschismus vertritt die Interessen der Arbeiteraristokratie. Seine Hauptstützpunkte sind die sogenannten freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften."

Man sieht hier auf den ersten Blick, daß Genosse Merker unter Sozialfaschismus etwas ganz anderes versteht als das, was bisher von der Komintern und der Partei als Sozialfaschismus bezeichnet wurde. Wenn es sich nur um das erste oder nur um das zweite Zitat gehandelt hätte, könnte man denken, es handle sich um einen Lapsus, wie er gelegentlich immer passieren kann. Indem dieser Gedanke aber immer wiederkehrt, kann kein Zweifel bestehen, daß der Genosse Merker etwas ganz anderes meint, als die Komintern und die Partei bisher gemeint haben.

Und wo liegt hier der Fehler des Genossen Merker? Es ist der alte Fehler aller „Linksheit", las Denken des Anarchosyndikalismus, im feindlichen Lager ist alles gleich, es gibt keine Gegensätze, keine Unterschiede. In der Terminologie der Komintern ist der Begriff Sozialfaschismus an die Politik und an die Entwicklung der Sozialdemokratie geknüpft. Beim Genossen Merker ist dieser Begriff auf alle Gewerkschaften: reformistische, christliche, Hirsch-Dunckersche übertragen. Ja, sogar auf alle „hinter ihnen stehenden politischen Kreise". Welches sind aber nun die „politischen Kreise", die hinter den christlichen und den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften stehen? Sind es nicht das Zentrum bei den Christen, die Demokraten bei den Hirsch-Dunckern? Das Zen-[251]trum mit seinen Industriekönigen Klöckner und Thyssen, die Demokraten mit ihren Finanzherzögen und Industriekommandeuren Siemens, Bleichröder, Rathenau u. s. f., sind aber unmittelbare Parteien des Finanzkapitals. Wir haben es bei den „politischen Kreisen", die hinter den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften stehen, nicht mit den Lakaien, sondern mit den Herren und Gebietern des Finanzkapitals selbst zu tun. Das zu „übersehen" ist kein Lapsus und keine „Kleinigkeit", sondern ein ganz wesentlicher – eminent wesentlicher – politischer Fehler, bei dem man unmöglich eine einwandfreie politische Stellung auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes und der revolutionären Strategie und Taktik beziehen kann.

Im zweiten Punkt, den wir besprechen müssen, tritt die Linksheit des „Radikalismus" in den Anschauungen des Genossen Merker noch krasser und „radikaler" in Erscheinung in der Frage des Verhältnisses zwischen Faschismus und Sozialfaschismus. Während im Programm der Komintern, in allen Beschlüssen und Resolutionen der Weltpartei und unserer Sektion, zwischen beiden ihrem Wesen und Inhalt nach stets scharf unterschieden wird, erscheint bei Merker alles gleich und zusammengehörig. Das Programm der Komintern besagt:

„Die Krise des Kapitalismus und der Faschismus.

Neben die Sozialdemokratie, die der Bourgeoisie die Arbeiterklasse unterdrücken und die Wachsamkeit des Proletariats einschläfern hilft, tritt der Faschismus.

In der Epoche des Imperialismus führte die Verschärfung des Klassenkampfes und die Zunahme der Elemente des Bürgerkrieges – besonders nach dem imperialistischen Weltkrieg – zum Bankrott des Parlamentarismus. Daher die ‚neuen' Methoden und Formen des Regierens (z. B. das System der ‚Kleinen Kabinette', das Wirken oligarchischer Gruppen hinter den Kulissen, den Verfall und die Fälschung der Rolle der ‚Volksvertretung, die Beschneidung und Beseitigung der ‚demokratischen Freiheiten' usw.). Unter besonderen historischen Bedingungen nimmt dieser Prozeß der Offensive der bürgerlich-imperialistischen Reaktion, die Form des Faschismus an. Solche Bedingungen sind: die Labilität der kapitalistischen Beziehungen, das Vorhandensein sozial deklassierter Elemente in größerer Zahl, die Verarmung breiter Schichten des städtischen Kleinbürgertums und der Intelligenz, die Unzufriedenheit der ländlichen Kleinbourgeoisie, schließlich die ständige Gefahr proletarischer Massenaktionen. Um ihrer Macht größere Stetigkeit und Festigkeit zu sichern, ist die Bourgeoisie in steigendem Maße gezwungen, vom parlamentarischen System zu der faschistischen Methode überzugehen, die von Beziehungen und Kombinationen zwischen den Parteien unabhängig ist. Der Faschismus ist eine Methode der unmittelbaren Diktatur der Bourgeoisie, ideologisch verkleidet mit der Idee der ‚Volksgemeinschaft' und der Vertretung nach ‚Berufsständen' (d. h. eigentlich Vertretung verschiedener Gruppen der herrschenden Klasse). Er ist eine Methode, die durch eine eigenartige soziale Demagogie (Antisemitismus, gelegentliche Ausfälle gegen das Wucherkapital, Entrüstung über die kapitalistische ‚Schwatzbude') die Unzufriedenheit der Massen des Kleinbürgertums, der Intellektuellen u. a. ausnutzt. Er ist eine Methode der Korruption durch den Aufbau einer geschlossenen, besoldeten Hierarchie der faschistischen Kampfverbände, des faschistischen Parteiapparates und der faschistischen Bürokratie. Dabei versucht der Faschismus durch Gewinnung ihrer rückständigsten Schichten auch in die Reihen der Arbeiterschaft einzudringen, indem er ihre Unzufriedenheit, die Passivität der Sozialdemokratie usw. ausnutzt ..."

Hier haben wir die Analyse des Faschismus durchs die Komintern. Fassen wir die Wechselbeziehungen zwischen Faschismus und Sozialfaschismus nach dem Programm der Komintern zusammen, so ergibt sich folgendes: Erstens: „Neben die Sozialdemokratie ... tritt der Faschismus". Beide sind also nicht miteinander identisch. In einem früheren Zitat aus dem Programm haben wir schon aufgezeigt: „Ent-[252]sprechend der jeweiligen politischen Konjunktur bedient sich die Bourgeoisie sowohl der faschistischen Methoden als auch der Methoden der Koalition mit der Sozialdemokratie ..." Auch hier ist der Faschismus und die Anwendung der faschistischen Methoden durch die Bourgeoisie nicht identisch mit der Koalition der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie. Zweitens: Die Bourgeoisie geht mit der Sozialdemokratie in Koalition, um bei den breiten Massen, die sie zur Gefolgschaft ihrer Herrschaft bedarf, das Regieren mit „demokratischen Mitteln", nicht mit den Methoden des Faschismus vorzutäuschen. Und im Programm der Sozialdemokratie bei den Wahlen ist die Betonung, daß sie kämpft gegen den Faschismus und die beste Garantie „für den Ausbau der Demokratie" sei eine der Hauptlosungen. Als Wels auf dem Magdeburger Parteitag die Bereitschaft der Sozialdemokratie zur Diktatur proklamierte, tat er dies im Namen der Demokratie und mit der Betonung, daß die Ausübung der Diktatur notwendig werden könne, „um die Demokratie zu retten". Also unter der Maske der Demokratie und im angeblichen Interesse der Demokratie und der Rettung des Parlamentarismus geht die Sozialdemokratie den Weg der Faschisierung und zum Sozialfaschismus. Das ist ein wesentlicher Unterschied gegenüber dem Nationalfaschismus, der ganz andere Methoden der Bekämpfung erfordert als jener. Drittens: Je mehr der Parlamentarismus und die bürgerliche Demokratie sich entlarven und bankrott werden, die Klassengegensätze sich verschärfen, desto mehr muß die Bourgeoisie vom „parlamentarischen System zu der faschistischen Methode übergehen, die von den Beziehungen und Kombinationen der Parteien unabhängig ist". Also nicht nur die Sozialdemokratie entwickelt sich zum Sozialfaschismus, sondern alle bürgerlichen Parteien, das ganze parlamentarische System entwickelt sich in der Richtung des Ueberganges zu den faschistischen Methoden der Herrschaft und des Regierens. Diese Konzeption der Komintern besagt also, daß der Faschisierungsprozeß nicht nur eine Erscheinung in der Sozialdemokratie ist, sondern in der ganzen bürgerlichen Gesellschaft, wobei die Koalition mit der Sozialdemokratie sogar den Gegensatz und die Feindschaft der Bourgeoisie gegen den Faschismus den breiten Volksmassen vortäuschen soll und vortäuscht. So ist die Darstellung der Dinge bei der Komintern. Wie ist sie nun bei dem Genossen Merker?

Im Artikel „Das nächste Kettenglied“ lesen wir:

„In einem Lande mit einer hochentwickelten, konzentrierten Industrie, in dem sich die ganze Macht in den Händen des Finanzkapitals der Beherrscher der Trusts und Monopole befindet, sind die Träger des Faschismus diese oberste bürgerliche Schicht und ihre korrumpierten arbeiteraristokratischen Agenten in den Massenorganisationen der proletarischen Klasse (Gewerkschaften, Sportorganisationen, Genossenschaften usw.), denen in immer größerem Maße die leitenden Positionen im Staatsapparat in die Hände gegeben werden und die die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die proletarischen Massen durchführen. Finanzoligarchie und die sozialfaschistische Bewegung, das sind die Grundpfeiler der faschistischen Diktatur in Deutschland.“

Wir sehen, wie hier die Konzeption der Komintern geradezu auf den Kopf gestellt ist. Nicht die „besonderen historischen Bedingungen“, die „Labilität der kapitalistischen Beziehungen, das Vorhandensein sozial deklassierter Elemente, die Verarmung breiter Schichten des Kleinbürgertums“ usw. bilden die Träger des Faschismus, sondern „diese oberste bürgerliche Schicht“ (gemeint ist die Finanzoligarchie – d. V.) „und die korrumpierten arbeiteraristokratischen Agenten in den Massenorganisation der Arbeiterklasse“. Merker weiß, daß er hier eine vollkommen [253] abweichende Auffassung zur Darstellung unseres Programms gibt, und er „begründet“ diese Abweichung vom Programm so:

„In einem Industrieland, wie Deutschland, mit einem breiten und ungeheuer zusammengeballten Proletariat, schlägt die Faschisierung andere Wege ein, als wie z. B. in Italien oder in anderen vorwiegend agrarischen Ländern.“

Genosse Merker sagt nicht – was noch verständlich wäre –, in Deutschland erlangt der als „Demokratie“ maskierte Sozialfaschismus zeitweise weit größere Bedeutung als der sich auf kleinbürgerliche und kleinbäuerliche Massen stützende offene Faschismus, sondern er leugnet die Elemente, die im Faschismus die entscheidenden Träger bilden, überhaupt für Deutschland, er leugnet und bestreitet die soziale Basis der Träger des Faschismus für Deutschland und stellt an deren Stelle die Arbeiteraristokratie. Das ist das Entscheidende in der ganzen Theorie des Genossen Merker über den Faschismus.

Lesen wir z. B. folgenden Absatz:

„Der Sozialfaschismus ist deshalb der Hauptfeind und insbesondere seine ‚linke‘ Strömung. Auf ihn muß das Sperrfeuer der revolutionären Bewegung gerichtet sein. Der Schlag gegen den Sozialfaschismus ist der Schlag gegen das Finanzkapital, ist der wirkliche Kampf gleichzeitig gegen die nationalfaschistische Bewegung. Kampf gegen Sozialfaschismus, das heißt die proletarischen Massen in Aktion gegen die Bourgeoisie zu führen. Geschieht das mit der notwendigen Kraft, dann wird dem Wachstum des Nationalfaschismus ein Damm entgegengesetzt.“ (Paul Merker: „Das nächste Kettenglied“.)

Zu solcher „Theorie“ kann man sich nur versteigen, wenn man von der Voraussetzung ausgeht, daß die soziale Basis des Sozial- und Nationalfaschismus ein und dieselbe ist und nach Merker die Arbeiteraristokratie. Nur wenn man das annimmt, kann man auf einen speziellen Kampf gegen den Nationalfaschismus verzichten und der Auffassung sein, durch den Kampf gegen den Sozialfaschismus auch gleichzeitig den Nationalfaschismus zu bekämpfen. Die Praxis der Partei war bisher eine andere und sie wird in Zukunft eine andere sein, da die Partei die Konzeption des Programms der KI über den Faschismus auch für Deutschland anerkennt und die „neuen“ Entdeckungen Merkers ablehnt.

Die prinzipielle Stellungnahme des Genossen Merker gegen die Auffassung, die die Komintern im Programm über die sozialen Wurzeln und Träger des Faschismus gegeben hat und die wir ausgiebig zitiert haben, unterstreicht Genosse Merker nochmals ausdrücklich in seinem Brief an das Polbüro vom 4. April, wo er sagt:

„Den Artikel des Genossen Remmele lehne ich aus prinzipiellen Gründen wegen seiner weit von der Stellung der Komintern und der KPD abweichenden Anschauung über die sozialen Schichtungen in der Bourgeoisie, im Kleinbürgertum und in der Arbeiterklasse und der daraus resultierenden brandleristischen Einschätzung der sozialdemokratischen Partei und deren Rolle in den Beziehungen zwischen den Klassen ab.“

Wir haben aufgezeigt, wie die Komintern im Programm die Analyse über den Faschismus und den Sozialfaschismus gibt, wir haben aufgezeigt, wie diese Dinge bei Brandler stehen, der jede Entwicklung der Sozialdemokratie zum Sozialfaschismus prinzipiell leugnet und Sozialdemokratie und

Faschismus als Gegensätze sieht, die einander ausschließen. (Siehe Artikel Remmele: „Die Theorie vom Bonapartismus“.) Drittens haben wir aufgezeigt, wie sie im Lichte der Sektiererei Merkers, der die soziale Basis für den Faschismus in Deutschland leugnet, aussehen und endlich viertens haben wir eine Darstellung gegeben, wie sie von uns gesehen wird; danach kann jeder selbst nachlesen und nachprüfen und dann entscheiden, wo die richtige bolschewistische Behand-[254]lung der Dinge gegeben ist. Wo sich die Extreme des Brandlerismus und die Linksheit des Genossen Merker berühren und miteinander verschmelzen, werden wir später noch sehen.

Obige Stelle aus dem Briefe des Genossen Merker zeigt deutlich, daß er weiß, worauf es bei seiner Stellungnahme letzten Endes ankommt. Er merkt selbst, daß das, was er sagt, prinzipiell etwas ganz anderes ist als dasjenige, was wir aus den Beschlüssen der Weltkongresse und der Parteitage als die leninistische Linie unserer Partei nachgewiesen haben. Seine Stellungnahme zum Faschismus und Sozialfaschismus ist eine solche, die sich in keiner Weise mit den Auffassungen der Partei vereinbaren lassen. Nach Auffassung des Genossen Merker gibt es in Deutschland außer der Arbeiteraristokratie des Sozialfaschismus keine Klassen- und Gesellschaftskräfte, die zum Faschismus führen können. Nach dem Genossen Merker ist die Arbeiteraristokratie als Sozialfaschismus in Deutschland die einzig reale Kraft, die den Faschismus verwirklichen kann. Die Annahme, daß der Bürgerblock mit faschistischen Methoden regieren oder gar zum Faschismus übergehen kann, ist nach Merker in Deutschland ganz undenkbar. Ja, daß in Deutschland überhaupt eine andere Regierung als die der Koalition, der Bourgeoisie mit der Sozialdemokratie möglich ist, hat Merker 24 Stunden vor dem Regierungswechsel in dem Artikel „Der Kampf gegen den Faschismus“ bestritten. Zitieren wir Merkers Ansicht über das Werden der faschistischen Diktatur in Deutschland in seinem Artikel „Der Kampf gegen den Faschismus“:

„Das Entscheidende in der Umgruppierung der bürgerlichen Parteien ist die Konzentrierung der Parteigruppierungen des Finanzkapitals und ihr festes Bündnis mit der Sozialdemokratie, der Partei, die geführt wird von der gekauften und korrumpierten Oberschicht der Arbeiteraristokratie. Gerade sie sind die entscheidenden Kräfte zur Faschisierung des kapitalistischen Staatsapparates, zur Errichtung und Durchführung der faschistischen Diktatur.“

Merker stellt also hier der Auffassung des Programms der Kommunistischen Internationale: „Entsprechend der jeweiligen politischen Konjunktur bedient sich die Bourgeoisie sowohl der faschistischen Methoden als auch der Methoden der Koalition mit der Sozialdemokratie, wobei die Sozialdemokratie selbst ... nicht selten eine faschistische Rolle spielt ... und im Laufe der Entwicklung faschistische Tendenzen zeigt“, d. h. sich zum Sozialfaschismus entwickelt, die Theorie gegenüber, daß die Koalitionsregierung der Bourgeoisie mit der Sozialdemokratie selbst schon die faschistische Diktatur ist. Der Genosse Merker sagt nicht etwa, daß, wenn die Bourgeoisie an Stelle der Koalition mit der Sozialdemokratie die unverhüllte faschistische Diktatur setzt, daß auch dann die Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie durch dick und dünn geht, er sagt auch nicht, daß die Koalition der Bourgeoisie mit der Sozialdemokratie den Weg zur faschistischen Diktatur ebnet und vorbereitet, daß die Sozialdemokratie der Schrittmacher der faschistischen Diktatur ist, wie das die Partei bisher nach der klaren Auffassung des Programms, der Beschlüsse der Komintern und des Parteitages gesagt hat, sondern er wendet sich gerade gegen diese in der Partei bisher bestehende Auffassung und behauptet:

„Das Entscheidendste in der Umgruppierung ... ist, Finanzkapital und ihr festes mit der Sozialdemokratie ... gerade sie sind die entscheidenden Kräfte ... zur Errichtung und Durchführung der faschistischen Diktatur.“

Wir glauben, das ist klar und läßt nichts an Eindeutigkeit in der Kampfesstellung gegenüber der Auffassung der Kornintern übrig. Und wer auf diesem „radikalen“ und „abgekürzten“, „geraden“ Wege dem Genossen Merker nicht folgen kann, dem klebt er folgendes Etikett auf:

[255] „Allen noch schwankenden, teils opportunistischen Elementen, die sich noch (zum großen Bedauern Merkers, daher die Anträge auf Ausschluß aus der Partei gegen führende Genossen des Zentralkomitees d. V.) in der Partei befinden (darum hinaus mit ihnen! d. V.) und den versöhnlerischen oder liquidatorischen Anschauungen bewußt oder unbewußt nachhängen ...“

(Paul Merker: „Das nächste Kettenglied.“)

Wer dem Genossen Merker bei seiner abenteuerlichen Fahrt ins ultralinke Phantasieland nicht folgen kann und auf dem festen Boden der Auffassungen der Komintern bleibt, wer die Grundsätze und die Anschauungen der Weltpartei vertritt und verteidigt, ist für Merker ein Brandlerist, der verbrannt werden muß.

Die nationalfaschistische Bewegung spielt für Merker überhaupt keine Rolle. Und das gerade in einer Zeit, wo die nationalfaschistische Bewegung (die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei", die Hitler-Bewegung) einen Zulauf hatte wie seit 1922/23 nicht mehr, und wo sie in einer Reihe von Bezirken selbst unsere Partei mit ihrem alten traditionellen Parteiapparat nicht unwesentlich überflügeln konnten, wie das in Baden, Thüringen und anderen Provinzen des Reiches der Fall war. Wie der Genosse Merker sich die Bekämpfung des Nationalfaschismus vorstellt, haben wir bereits schon gezeigt. „Hau auf den Sozialfaschismus, dann triffst du den Nationalfaschismus!" Ein wirklich einfaches Rezept, leider nur zu einfach.

Aber freilich, wenn man die soziale Basis des Nationalfaschismus für Deutschland leugnet, dann ist ganz selbstverständlich, daß man die Möglichkeit einer faschistischen Bewegung in Deutschland bestreiten muß. Nachdem so der Genosse Merker die soziale Basis für den Faschismus, so wie sie die Komintern im Programm darstellt, für den Faschismus für Deutschland erledigt hat, indem er sie einfach leugnet, läßt er „Stahlhelm, Reichsbanner und andere Kampfverbände" aus dem Bündnis der Finanzoligarchie mit der Sozialdemokratie entstehen. Stahlhelm, Werwolf, Hitlers Kampf- und Sturmabteilungen, die faschistischen Organisationen und Wehrverbände à la Oberland usw., Reichsbanner und Jungbanner und wie all die dutzenden schwarzweißroten und schwarzrotgelben Verbände heißen, alle entstehen aus dem Bündnis zwischen Finanzoligarchie und Sozialdemokratie. Der Genosse Merker will nicht gelten lassen, daß zwischen den schwarzweißroten und schwarzrotgoldenen Kampfverbänden irgendwelche Unterschiede bestehen. Wo bliebe denn da die einheitliche reaktionäre Masse, wenn es solche Unterschiede gäbe? Der Genosse Merker will die Konzeption der Komintern und der Partei nicht gelten lassen, die man täglich in der Politik, in den Zielen und Aufgaben, aus den ununterbrochenen Kämpfen und Gegensätzen in den verschiedenen bürgerlichen Lagern feststellen kann, daß die schwarzweißroten die Anhänger der offenen faschistischen Diktatur auf die Beseitigung der schwarzrotgelben den aus der Koalition mit der Bourgeoisie drängen und die schwarzrotgelben den Einfluß der schwarzweißroten zu brechen suchen. Und es handelt sich in diesem Kampfe nicht um Farben und Embleme, sondern um sehr reale Klassen-, Gruppen- und Sonderinteressen der kleinbürgerlichen und bürgerlichen Schichten, die den Fahnen und Emblemen Gefolgschaft leisten. Aber freilich, wenn man die soziale Gliederung der bürgerlichen Gesellschaft leugnet, dann muß man auch die Gegensätze und Unterschiede in der kapitalistischen Gesellschaft leugnen. Aber hören wir den Genossen Merker selbst: Im Artikel „Der Kampf gegen den Faschismus" sagt er:

„Die bürgerliche Demokratie, die Verhüllung der Diktatur des Finanzkapitals wird zum Hemmnis. Ganz offen müssen die Finanzoligarchie und die korrumpierte arbeiteraristokratische Oberschicht als brutale Diktatoren gegen die proletarischen Arbeiter-, Bauern- und kleinbürgerlichen Massen [256] auftreten. Sie führen die Faschisierung des Staatsapparats durch, sie faschisieren die Gewerkschaftsverbände und die anderen Massenorganisationen durch rücksichtslose Ausschluß- und Spaltungsmaßnahmen gegenüber ihren reaktionären Teilen und Mitgliedern, sie bilden neue Organisationen des Faschismus in der Stärkung des Stahlhelms, des Reichsbanners und anderer Kampfverbände. Sie suchen nach neuen Methoden der Beeinflussung proletarischer, bäuerlicher und kleinbürgerlicher Massen, die sich unter dem Druck der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung dem revolutionären Klassenkampf zuwenden. In den Organisationen der nationalsozialistischen Bewegung, in der linken sozialistischen Bewegung sehen wir die geeignetsten Werkzeuge dieser Massenbeeinflussung und gleichzeitig das Rekrutierungsfeld für neue sozial- und nationalfaschistische Kampfverbände gegen die revolutionäre Arbeiterschaft.

Die Klassenfronten sind also klar aufgerichtet. Auf der einen Seite die Finanzoligarchie, die korrumpierte, gekaufte Oberschicht der Arbeiteraristokratie und des Kleinbürgertums als ihre sozial- und nationalfaschistische Trabanten, auf der anderen Seite die Kommunistische Partei und die Massen der unterdrückten Proletarier, Bauern und Mittelständler."

Also nicht „Neben die Sozialdemokratie ... tritt der Faschismus", wie es im Programm unserer Partei heißt, sondern die Sozialdemokratie ist im Bunde mit der Finanzoligarchie der Faschismus selbst.

Stahlhelm, Jungdo, nationalfaschistische Verbände, Reichsbanner, alle werden von der arbeiteraristokratischen Oberschicht kommandiert. Diesen grundfalschen Gedanken kleidet der Genosse Merker sehr geschickt in einem Brei richtig gesehener und erläuterter Tatsachen, die aber alle nur als Erscheinungen für die Vorbereitungen der faschistischen Diktatur angesprochen werden können, während sie beim Genossen Merker bereits als Erscheinungen dieser Diktatur selbst erscheinen.

Hätte der Genosse Merker die Verhandlungen auf den Tagungen der Komintern über die Fragen Faschismus und Sozialfaschismus verfolgt, so wäre er nicht auf den Gedanken verfallen, so abwegig „neue" Theorien über diese Fragen zu „entwickeln". Auf dem X. Plenum stellten sich auch einige Genossen, die mit dem Leben der Parteien nicht in unmittelbarer Berührung stehen, die Aufgabe, über Wesen und Charakter des Sozialfaschismus neue Thesen aufzustellen. Dabei hielten diese Genossen sich streng an die Konzeption des Programms und der früheren Beschlüsse der Komintern und stellten nicht Gegentheorien gegen die Kominternbeschlüsse auf, wie es der Genosse Merker machte. Gegen diese Art der „Weiterentwicklung der Theorie" wendete sich der Genosse Molotow in seiner Rede wie folgt:

„Gegenwärtig aber erlangt der Kampf gegen die Sozialdemokratie und insbesondere ihren ‚linken' Flügel, hervorragende Bedeutung, da die Sozialdemokratie immer mehr in Sozialfaschismus ausartet.

Auf diese Frage müssen wir speziell eingehen.

Es scheint mir, daß die Erörterung der Frage des Faschismus und Sozialfaschismus in einer Reihe von Reden etwas akademischen Charakter getragen hat. Selbstverständlich ist ein tiefgehendes Studium der Geschichte, Natur und Charakter des Faschismus, seiner modernen Entwicklungsetappen und im speziellen ein ernstliches Studium der Entartung der Sozialdemokratie zum Sozialfaschismus von großer Bedeutung für die Komintern. Doch daraus folgt nicht, daß das Plenum des Ekki bei Erörterung der Frage des Faschismus sich in eine Art akademischer Versammlung verwandeln muß. Die wichtigsten Dinge sind in dieser Frage bereits gesagt, zum Beispiel in den Beschlüssen des VI. Weltkongresses und auch im KJ-Programm. Heute aber, angesichts des revolutionären Aufschwungs, ist unsere Hauptaufgabe die Bestimmung der Kampfmethoden der Kommunistischen Parteien gegen den Faschismus, gegen die zum Faschismus entartete Sozialdemokratie. Dies muß der Hauptpunkt der Aufmerksamkeit des Plenums sein."

[257] Also Anknüpfung an das Programm und an die Beschlüsse der Komintern und danach, wie dort die Fragen grundsätzlich gestellt und entschieden sind die Kampfesmethoden erörtern und bestimmen, das ist die Aufgabe der Sektionen der Komintern und nicht neue Theorien auszudenken, um sie den Beschlüssen der Komintern entgegenzusetzen. Wäre dem so, daß sich jede Sektion der Komintern seine eigene Theorie, seine eigene Auffassung über die Dinge und Verhältnisse in der Welt und im Klassenkampf schaffen würde, dann hätten wir keine einheitliche, aktionsfähige, schlagkräftig revolutionäre Kampfestruppe des Proletariats, sondern im besten Falle ein loses Sammelsurium von allen möglichen nationalen Parteien, aber keinen Bolschewismus im Weltmaßstabe. „Die Partei ist kein Diskutierklub" sagte der Genosse Lenin in einer ähnlichen Situation, in seiner Rede gegen die damalige „Arbeiteropposition". Die Partei legt ihre Anschauungen und Grundsätze auf Kongressen und Parteitagen fest und die Parteileitungen und Organisationen haben nach diesen Beschlüssen den Kampf zu führen.

Die Resolution des Polbüros sagt mit recht über die Theorie Merkers zum Sozialfaschismus:

„Der Bruch Merkers mit der Praxis der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch den Kommunismus beruht auf seiner grundsätzlich falschen Auffassung der ökonomischen Grundlage des Sozialfaschismus."

Das bezeugt auch der Ausgangspunkt, der dem Genossen Merker die Veranlassung zu seiner Revision des Leninismus gegeben hat. Einige Artikel in der „Internationale" hatten es ihm angetan. Aus diesen Artikeln zitiert er in seinem Aufsatz „Der Kampf gegen den Faschismus" jene Stelle, die es ihm besonders angetan hatte. Diese lautet:

„Die Sozialdemokratie muß, um den Anforderungen der Bourgeoisie noch zu entsprechen, ihren faschistischen Kurs verschärfen. Aber je stärker sich ihre sozialfaschistische Entwicklung

durchsetzt, desto mehr büßt die Sozialdemokratie ihre Stützpunkte innerhalb der Arbeiterklasse ein. So beschleunigt sie selbst, stets getrieben vom Druck der sich zum Faschismus bekennenden Bourgeoisie, ihrerseits den Radikalisierungsprozeß der Massen, die wiederum den Wert der SPD als Koalitionspartner für die Bourgeoisie herabmindert. In dem Bestreben, sich der Bourgeoisie unentbehrlich zu erweisen, muß sich die Sozialdemokratie selbst von den Massen lösen und so zwangsläufig die Wendung der Bourgeoisie zum Faschismus noch bestärken."

Wir sehen, daß diese Stellungnahme in dem vom Genossen Merker angegriffenen Artikel sich vollkommen deckt mit der Resolution des X. Plenums, deren entscheidenden Teil zur Betrachtung dieser Frage wir bereits zitiert haben. „Die deutschen Arbeitermassen überwinden durch eigene praktische Erfahrung ihre Illusionen in bezug auf die Sozialdemokratie." „Das Plenum des EKKI konstatiert, daß die gegenwärtige Regierungsübernahme (Regierung Hermann Müller; d. V.) ... die Voraussetzungen für die einschneidendste Krise der Sozialdemokratie in den proletarischen Massen schafft ... Sie bringt die Sozialdemokratie unvermeidlich zum Verlust ihres Einflusses auf die breiten Arbeitermassen und schafft dadurch die günstigen Voraussetzungen für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch die kommunistischen Parteien." Man sieht, die Ansicht im Artikel der „Internationale" in Heft 1/2 deckt sich vollkommen mit den Thesen des X. Plenums. Dies kann aber Merker nicht gelten lassen, weil sonst seine ganze Theorie über den Sozialfaschismus wie ein Kartenhaus zusammenbricht. Er muß deshalb die Sozialdemokratie als etwas festes, unabänderliches darstellen. Nach Merker kann der Faschismus in Deutschland nur von der Sozialdemokratie in Koalition mit dem Finanzkapital [258] kommen und nicht wie die Komintern im Programm sagt, dann, wenn das System mit der Koalitionsregierung zwischen der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie nicht mehr stark und stabil genug ist und die Bourgeoisie zu stärkeren Regierungsmethoden seine Zuflucht nehmen muß.

Gewiß, man kann der Auffassung sein, daß das Programm der Komintern Mängel und Lücken hat. Man kann sagen, es gibt Erscheinungen und Dinge beim Faschismus und Sozialfaschismus, die im Programm nicht berücksichtigt sind. Das ist auch gar nicht die Aufgabe des Programms, alle Formen und Erscheinungen einer Sache aufzuzeigen. Das Programm der Partei kann nur das Wesentliche, den Grundcharakter einer Sache aufzeigen und das tut das Programm der Kornintern. Eine solche Stellungnahme zum Programm ist jederzeit möglich und diskutierbar. Kein Genosse würde darin einem Gegensatz oder eine Abweichung vom Programm erblicken. Was der Genosse Merker sagt, ist aber etwas ganz anderes. Er sagt, Programm ganz schön, aber für Deutschland gilt das nicht. In Deutschland kommt der Faschismus ganz anders als in anderen Ländern. In Deutschland gibt es jene Schichten und Gruppen des Kleinbürgertums, der Kleinbauern, der Intellektuellen, der deklassierten Elemente nicht, die das Programm als Vorbedingung für die faschistische Diktatur ansieht, – also kann der Faschismus nur von der Arbeiteraristokratie kommen. „Finanzoligarchie und sozialfaschistische Bewegung, das sind die Grundpfeiler der faschistischen Diktatur in Deutschland", erklärt kategorisch Genosse Merker. Mit Verlaub: Wir waren bisher immer der naiven Auffassung, daß die Finanzoligarchie nicht gern ihre eigene Haut zu Markte trägt und das terroristische und bewaffnete Kämpfen gegen die Arbeiterklasse mit Vorliebe andern überläßt, eben den Trägern des Faschismus, den Hitler-Organisationen, dem Stahlhelm, dem Jungdo, dem Reichsbanner usw. So ist es auch im Programm der Komintern gesagt. Bei Merker ist das anders. Da kämpft die Finanzoligarchie selbst, die Goldschmitt, Bleichröder, Wolf usw., „und die sozialfaschistische Bewegung". Wir sagten schon, niemand hat etwas dagegen einzuwenden, wenn Merker behauptet, auch in der faschistischen Diktatur wird der Sozialfaschismus ein Teil, vielleicht ein wesentlicher Anteil an dieser Diktatur in der einen oder anderen Form sein. Das kann man heute schon mit größter Sicherheit voraussagen. Aber das, was Merker sagt, ist etwas ganz anderes. Er sagt, es gibt in Deutschland, in einem solchen Industrieland keine soziale Basis für den Faschismus wie in anderen Ländern; hier kann nur der Sozialfaschismus, die korrumpierte Oberschicht der Arbeiteraristokratie die faschistische Rolle des Kleinbürger- und Kleinbauerntums, der Intellektuellen und der deklassierten Elemente in anderen Ländern übernehmen. Auch hier übersieht Merker wieder vollkommen, daß die korrumpierte Oberschicht der Arbeiteraristokratie, die Hermann Müller, Severing, Leipart, Wels, Graßmann, Tarnow, Künstler, Böchel, und wie sie alle heißen, ebensowenig kämpfen wie die Finanzoligarchie und gleichfalls andere für sich kämpfen lassen. Und wen? Die staatliche Wehr- und

Polizeimacht, die sozialfaschistischen und faschistischen Wehrorganisationen. Wenn wir aber zu prüfen haben, welche von den bestehendem Wehrverbänden die aggressiveren und zuverlässigeren Truppen für die faschistische Diktatur sind, so steht zweifellos fest, daß es jene sind, wie sie im Programm der Komintern genannt werden, die rein faschistischen Organisationen, die Wehrverbände, wie Stahlhelm, Werwolf, Schwarze Reichswehr, Ehrhardt-Formationen, Hitler-Verbände, Jungdo, die sich aus dem reaktionären Kleinbürgertum in den Städten, aus den faschistischen Beamten- und Angestelltenorganisationen in der Großindustrie, aus dem Kulakentum im [259] Dorfe, aus den Gutsverwaltern und Eleven, dem Beamtentum des Großgrundbesitzes, aus dem Beamtentum der Land- und Forstwirtschaft, den Ehrhardt-Formationen, aus der ländlichen Kleinbourgeoisie usw. zusammensetzen, und nicht etwa das Reichsbanner, das gegenwärtig weder leben noch sterben kann.

Auf was läuft die Theorie Merkers letzten Endes hinaus? Er leugnet faktisch die Möglichkeit einer faschistischen Diktatur in Deutschland und setzt an deren Stelle die Koalition der Großbourgeoisie mit der Sozialdemokratie, die angeblich die faschistische Diktatur ersetzt. Das scheinbar so radikale Gerede entpuppt sich so als eine Beschönigung und Ableugnung der Möglichkeit der faschistischen Diktatur in Deutschland. Diese Theorie des Genossen Merker muß das Proletariat einschläfern, seine Wachsamkeit und Kampfbereitschaft abstumpfen und ausschalten, wenn wirklich die faschistische Gefahr vor der Tür steht.

Die KPD kann sich auf solcherlei Theorien der Entwaffnung des Proletariats nicht einlassen, wenn sie, was sie ist, bleiben will, die Führerin des deutschen Proletariats in all ihren revolutionären Kämpfen.

Die Theorie des Genossen Merker in der Frage des Faschismus und Sozialfaschismus ist, wie die Resolution des Polbüros ganz richtig bemerkt – umgestülpter Brandlerismus. Brandler behauptet, die Sozialdemokratie kann nie faschistisch werden. Merker sagt, der Faschismus in Deutschland kann nie anders und von niemand anders kommen, als von der Sozialdemokratie, ja er sagt sogar, wie wir das durch Zitat zeigten, die Koalitionsregierung ist schon die faschistische Diktatur. Beide Theorien stehen scheinbar im schärfsten Widerspruch zueinander, das ist aber nur scheinbar so. Beide Theorien liefern das Proletariat wehr- und schutzlos dem Faschismus aus, da beide Theorien die Existenz des Faschismus leugnen – Brandler die Existenz des Sozialfaschismus, Merker die Existenz des Nationalfaschismus. Brandler stellt sich schützend vor den Sozialfaschismus, Merker ebenso vor den Nationalfaschismus. Da beide Theorien, Brandlers und Merkers, dem Proletariat die Augen verschließen wollen vor der sozial- und nationalfaschistischen Gefahr in Deutschland, sind sie gleichermaßen gefährlich für das Proletariat. Hier ist der Punkt, wo sich der Rechtsopportunismus Brandlers mit dem Linksopportunismus Merkers deckt und übereinstimmt. Rechtsopportunismus und Linksopportunismus fließen hier zusammen, decken sich miteinander, unterstützen einander und bilden ein einheitliches Ganzes miteinander. Die Partei muß beide Theorien als unbolschewistisch und arbeiterschädigend ablehnen. (Schluß folgt.)

*

Der Kampf gegen den Faschismus

Von Paul Merker

Wer herrscht in Deutschland?

Deutschland ist ein imperialistischer Industriestaat. Er befindet sich in der Periode der Monopole und Trusts. Die Konzentrierung der Produktionsmittel hat ein sehr hohes Niveau erreicht und schreitet in schnellem Tempo weiter fort. In Deutschland herrscht das Finanzkapital im Kampf gegen das Proletariat in erster Linie, gestützt auf die Arbeiteraristokratie.

Nach dem Sieg der deutschen Bourgeoisie in den Jahren 1923/24, [260] nach dem Uebergang aus der revolutionären Krise der deutschen kapitalistischen Wirtschaft in die Periode der relativen Stabilisierung war die Herrschaftsform des Finanzkapitals die bürgerliche Demokratie. Sie war in dieser Periode die geeignetste Methode zur Verhüllung der Diktatur des Finanzkapitals. Sie förderte die Verbreitung von Illusionen unter den Arbeitermassen durch den Reformismus über die „wohltätigen Wirkungen“ der Rationalisierung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung. Sie erleichterte die Hinderung der

Massen an der Führung des Klassenkampfes. Sie verhüllte den Klassengegner und das Klassenziel des Proletariats. Die dadurch gesicherte Prosperität der kapitalistischen Wirtschaft in dieser Zeit führte zu einer Stärkung der Arbeiteraristokratie und damit zur Festigung der Machtpositionen des Finanzkapitals innerhalb der Arbeiterklasse. Das Finanzkapital war in der Lage, einen Teil seinem riesenhaften Ueberprofite zur Korrumpierung einer bestimmten Oberschicht im Proletariat zu verwenden.

In der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus, der Festigung der sozialen Basis des Reformismus bestand keine Notwendigkeit für das Finanzkapital, die Sozialdemokratische Partei unmittelbar an der Reichsregierung zu beteiligen. Zur Sicherung der Herrschaft der Bourgeoisie genügte die sogenannte Bürgerblockregierung und die Durchsetzung der unteren staatlichen Funktionen (Landesregierungen, Polizeipräsidien usw.) mit Sozialdemokraten, deren reformistische Tätigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern, die Herausbildung des Reichsbanners usw. Die loyale Opposition der Sozialdemokratie gegenüber der Regierung des „Bürgerblockes“ war geeignet, die proletarischen Massen um so fester an den bürgerlichen Karren zu binden, die Kosten der Rationalisierung um so leichter der Arbeiterschaft aufzuhalsen, als wie es ihre unmittelbare Beteiligung an der Regierung erreichen konnte.

Nach dem Uebergang aus der ersten in die zweite Rationalisierungswelle, nach der Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung änderte sich dieses Bild sehr wesentlich. Die unter den Massen erzeugten Illusionen über die wohltätigen Auswirkungen der Rationalisierung wurden durch die harten gegenteiligen Tatsachen total zerstört. Die Linksbewegung der Massen beschleunigte sich. Die kommunistische Bewegung erstarkte, die soziale Basis des Reformismus wurde schmäler. Einerseits benötigte die Bourgeoisie zur Sicherung der Ruhe und der weiteren f r i e d l i c h e n Wirtschaftsentwicklung die direkte Verantwortlichkeit der Sozialdemokratie an den Regierungsmaßnahmen. Denn schon die loyale Opposition der Sozialdemokratie wurde als lästig durch das Finanzkapital empfunden. Es hatte eine breitere Massenbasis zur Durchführung seiner Politik nötig, die durch die Bildung der heutigen Regierung (Volkspartei, Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten) herbeigeführt und gefestigt werden sollte. Andererseits drängten die arbeiteraristokratischen Schichten der Sozialdemokratie zu einer energischeren Vertretung ihrer eigenen bürgerlichen Interessen und damit nach der sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung.

Daraus ergibt sich ganz eindeutig, daß die gemeinsame Regierung der Parteien des Finanzkapitals und der Arbeiteraristokratie keineswegs eine linkere oder arbeiterfreundlichere Regierung sein kann als die sogenannte Bürgerblockregierung. Im Gegenteil. Die Regierung der Parteien des Finanzkapitals und der Arbeiteraristokratie muß in allen ihren Handlungen reaktionärer sein, denn ihre Existenz ist das Produkt des verschärften Klassenkampfes, ihre Aufgabe ist die Verteidigung der Interessen des Finanzkapitals und der Arbeiteraristokratie gegenüber den rebellierenden Massen des unterdrückten Proletariats und der dem Untergang geweihten Mittelschichten.

[261] Finanzoligarchie und die von ihr gekaufte Oberschicht der Arbeiteraristokratie, das sind in dem monopolistisch-imperialistischen Industriestaat die entscheidenden Klassenkräfte der Bourgeoisie, denn sie stützen sich auf die monopolistische Produktion. Sie sind, sozial betrachtet, auch die schärfsten Klassengegner des Proletariats, die reaktionärsten Kräfte innerhalb der bürgerlichen Klasse und somit die Träger der faschistischen Diktatur. Das Entscheidende ist nicht das rechtsradikale Gerede des Herrn Hugenberg und seiner finanzkapitalistischen Gruppe und die gesteigerte antisemitische Hetze des Herrn Hitler. Darin kommt nur die vom Monopolkapitalismus ausgenützte stärkere Rebellion der Millionen Bauern und Mittelständler zum Ausdruck, die hinter den Deutschnationalen stehen und die immer mehr die monopolistische Entwicklung der deutschen kapitalistischen Wirtschaft durch die Steigerung der Zölle und Steuern, durch die Vernichtung ihrer Existenz zu spüren bekommen.

Das Entscheidendste in der Umgruppierung der bürgerlichen Parteien ist die Konzentrierung der Parteigruppierungen des Finanzkapitals und ihr festes Bündnis mit der Sozialdemokratie, der Partei, die geführt wird von der gekauften und korrumpierten Oberschicht der Arbeiteraristokratie. Gerade sie sind die entscheidenden Kräfte zur Faschisierung des kapitalistischen Staatsapparates, zur Errichtung und Durchführung der faschistischen Diktatur.

Die faschistische Entwicklung

Wir behandelten bereits Anfang Januar in unserem Artikel „Das nächste Kettenglied“ (erschienen in der „Internationale“, Heft 3) die unabsehbare Verschärfung der inneren Widersprüche in den einzelnen kapitalistischen Ländern durch die wachsende Krise der amerikanischen Wirtschaft. Wir hoben hervor, daß die besondere Lage des deutschen Imperialismus, das Einengen seiner Expansionsmöglichkeiten durch den Young-Plan, die Wegnahme der Kolonien und die Beschränkung der offenen militärischen Rüstungen durch den Versailler Friedensvertrag, die sich in schnellem Tempo entwickelnde Radikalisierung der Arbeiter, der Kleinbürger- und Bauernmassen und der Vormarsch der Kommunistischen Partei Deutschland zu einem der schwächsten Punkte in der imperialistischen Front gegenüber dem Ansturm der proletarischen Klasse erneut heranreifen läßt.

Wir schrieben:

„Deutschland steht vor den heftigsten Auseinandersetzungen zwischen den Klassen, deren Umfang und Kraft die Kämpfe der Jahre 1921 bis 1923 weit überragen und mit eiserner Konsequenz vor das revolutionäre Proletariat den Kampf zum Sturz der Bourgeoisie und zur Errichtung der proletarischen Diktatur auf die Tagesordnung stellen werden, – wenn es der kommunistischen Avantgarde gelingt, die Massen zu diesen gigantischen revolutionären Kämpfen zu mobilisieren und zu organisieren. Die objektiven Bedingungen für diese Kämpfe entwickeln sich in schnellem Tempo.“

Die imperialistische Bourgeoisie sieht die ihre Existenz gefährdende Entwicklung sehr deutlich. Für sie gibt es nur den einen Ausweg über die Niederschlagung der revolutionären Bewegung Deutschlands, über den bewaffneten Angriff gegen die Sowjetunion. Sie hat keine Zeit zu verlieren, denn jeder Schritt vorwärts in der Durchführung des Fünfjahrplanes durch die russischen Arbeiter und Bauern ist eine Verminderung der Hoffnungen auf einen erfolgreichen Krieg gegen die Sowjetunion für die deutsche Bourgeoisie.

[262] Das ist die Ursache ihrer rücksichtslosen Offensive gegen die Arbeitermassen. Die Durchführung dieser Offensive, die schon gegenwärtig auf die wachsende Abwehr der proletarischen Massen und auch der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Schichten stößt, erfordert immer rücksichtslosere, brutalere Kampfmethoden. Je mehr die proletarischen Massen ihrerseits zur Gegenoffensive übergehen und damit die Herrschaft des Finanzkapitals gefährden, nähern wir uns der Periode des offenen Bürgerkrieges. Nur mit faschistischen Methoden ist es der Bourgeoisie möglich, ihre Herrschaft weiterhin aufrechtzuerhalten. Jetzt offenbart sich die vollständige Wahrheit der Anschauung von Lenin, der sagte, daß in der imperialistischen Periode der kapitalistischen Wirtschaft nur die Diktatur der Bourgeoisie oder die Diktatur des Proletariats die mögliche Herrschaftsform sei.

Die bürgerliche Demokratie, die Verhüllung der Diktatur des Finanzkapitals wird zum Hemmnis. Ganz offen müssen die Finanzoligarchie und die korrumpierte arbeiteraristokratische Oberschicht als brutale Diktatoren gegen die proletarischen Arbeiter-, Bauern- und kleinbürgerlichen Massen auftreten. Sie führen die Faschisierung des Staatsapparates durch, sie faschisieren die Gewerkschaftsverbände und die anderen Massenorganisationen durch rücksichtslose Ausschluß- und Spaltungsmaßnahmen gegenüber ihren revolutionären Teilen und Mitgliedern, sie bilden neue Organisationen des Faschismus in der Stärkung des Stahlhelms, des Reichsbanners und anderer Kampfverbände. Sie suchen nach neuen Methoden der Beeinflussung proletarischer, bäuerlicher und kleinbürgerlicher Massen, die sich unter dem Druck der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung dem revolutionären Klassenkampf zuwenden. In den Organisationen der nationalsozialistischen Bewegung, in der linken sozialistischen Bewegung sehen wir die geeignetsten Werkzeuge zu dieser Massenbeeinflussung und gleichzeitig das Rekrutierungsfeld für neue sozial- und nationalfaschistische Kampfverbände gegen die revolutionäre Arbeiterschaft.

Die gesamte faschistische Bewegung ist gerichtet gegen die Kommunistische Partei, die Führerin der proletarischen Klasse, und gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Die Klassenfronten sind also klar aufgerichtet. Auf der einen Seite die Finanzoligarchie, die korrumpierte, gekaufte Oberschicht der Arbeiteraristokratie und des Kleinbürgertums als ihre sozial- und nationalfaschistischen Trabanten, auf der anderen Seite die Kommunistische Partei und die Massen der unterdrückten Proletarier, Bauern und Mittelständler.

Daraus ergibt sich, daß für den Klassenkampf des Proletariats die Gegensätzlichkeiten in der Bourgeoisie keine größere Bedeutung haben.

Heute kommt es darauf an, den proletarischen Massen die Gesamtheit ihrer Klassenfeinde kraß und eindeutig zum Bewußtsein zu bringen und die Nebensächlichkeit des Streites um den Anteil an der aus den proletarischen Massen herausgepreßten Beute im Lager der Bourgeoisie hervorzuheben, und die Massen der durch die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung ins Elend gestoßenen werktätigen Schichten zum revolutionären Kampf für Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung zu mobilisieren und zu organisieren.

Einige in der Analyse der Klassenkräfte in letzter Zeit gemachte Fehler führten zu einer Ueberschätzung der Differenzen im Lager der Bourgeoisie, zur Gegenüberstellung der gemeinsamen Regierung des Finanzkapitals und der korrumpierten Oberschicht der Arbeiteraristokratie gegen einen der ersten Vertreter des Finanzkapitals, Reichsbankpräsident Schacht. Sie führte zu der sogenannten „Fußtritt-Theorie“ gegenüber den sozialfaschistischen Regierungsmitgliedern, zur vollständigen Ver-[263]kennung der gegenwärtigen Regierung. Anstatt den Massen aufzuzeigen, daß mit der wachsenden Verschärfung der proletarischen Offensive gegen die Bourgeoisie, mit dem Uebergang von großen Massen aus dem Lager des Bürgertums in das Lager der Revolution der Sozialfaschismus immer skrupelloser und brutaler seine konterrevolutionäre Politik zu führen gezwungen ist, daß dieser Prozeß zur immer größeren Festigung in dem Zusammenarbeiten zwischen Finanzoligarchie und Sozialfaschismus führt, wurde die These aufgestellt, daß der Sozialfaschismus, je mehr er seinen Massenanhang verliert, immer wertloser für die Bourgeoisie wird. So heißt es zum Beispiel in der „Internationale“ Nr. 1/2 Seite 3:

„Die Sozialdemokratie muß, um den Anforderungen der Bourgeoisie noch zu entsprechen, ihren faschistischen Kurs verschärfen. Aber je stärker sich ihre sozialfaschistische Entwicklung durchsetzt, desto mehr büßt die Sozialdemokratie die Stützpunkte innerhalb der Arbeiterklasse ein. So beschleunigt sie selbst, stets getrieben vom Druck der sich zum Faschismus bekennenden Bourgeoisie, ihrerseits den Radikalisierungsprozeß der Massen, die wiederum den Wert der SPD als Koalitionspartner für die Bourgeoisie herabmindert. In dem Bestreben, sich der Bourgeoisie unentbehrlich zu erweisen, muß sich die Sozialdemokratie selbst von den Massen lösen und so zwangsläufig die Wendung der Bourgeoisie zum Faschismus noch bestärken.“

Anstatt den Massen aufzuzeigen, daß in Verbindung mit der Massenabwanderung vom Sozialfaschismus der linke Sozialfaschismus an Bedeutung stark gewinnt, und daß es darauf ankommt, durch die energischste Uebernahme der Führung der proletarischen Massen durch die Kommunistische Partei und durch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition sowohl die Ausbreitung des linken Sozialfaschismus und des Nationalfaschismus zu hindern, wurde die Ablösung des Sozialfaschismus durch den Nationalfaschismus oder der Bankrott des Sozialfaschismus als die nächste Entwicklungsphase aufgezeigt. Die Folge war eine unrichtige Stellung zur Rolle der sozialfaschistischen Minister in der Koalitionsregierung.

Es ist zur Zeit keine Ursache vorhanden, die eine Aenderung in der jetzigen parteimäßigen Zusammensetzung der Reichsregierung begründen würde. Drei grundlegende Ursachen sind dafür überhaupt nur möglich:

1. Die offene, bis zum rechtsradikalen Putsch gesteigerte Rebellion der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Bevölkerungsschichten, gegen die sich jedoch auch die Großbourgeoisie richten würde, wie das der Ausgang des Kapp-Putsches gezeigt hat. Für einen solchen Putsch fehlen jedoch die Voraussetzungen.

2. Das rapide Anwachsen der Radikalisierung der proletarischen Massen und die ungeheure, sich in schnellem Tempo vollziehende Steigerung der proletarischen Kampfmaßnahmen unter Führung der Kommunistischen Partei. Eine solche Lage könnte das Finanzkapital veranlassen, ein kurzfristiges Manöver durch den Uebergang der sozialfaschistischen Führer in eine offene Scheinopposition gegen die Regierung durchzuführen, um die Führer der Sozialfaschisten in kürzester Frist als die „Retter“ der proletarischen Massen vor den Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie erneut in die Regierung einziehen zu lassen. Ein solches Manöver führte die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie im

Jahre 1923, nach dem Cuno-Streik, durch, sie schaffte sich dadurch eine viel bessere Massengrundlage zur Niederschlagung des revolutionären Proletariats. Aber eine solche Operation ist bei der sehr stark eingeengten Manövrierfähigkeit des Sozialfaschismus ganz unwahrscheinlich.

3. Nach einem Sieg des Finanzkapitals über die revolutionäre Bewegung, der gleichzeitig zu einer erneuten Festigung des Reformismus [264] führt und die unmittelbare Mitarbeit der Sozialdemokratie in der Reichsregierung überflüssig macht. Nach der erneuten Sicherung der Herrschaft des Finanzkapitals kann sich die Bourgeoisie eine gewisse Opposition der Sozialdemokratie leisten. Der linke Sozialfaschismus verliert in einer solchen Periode an Bedeutung, ebenso wie die nationalsozialistische Bewegung ebenfalls immer mehr verfällt. Aber die Kommunistische Partei wird an der Spitze der proletarischen Massen einen solchen Sieg verhindern und die Diktatur des Proletariats aufrichten.

Die Formen der faschistischen Diktatur in Deutschland.

Die sozialfaschistische Bewegung ist ein Werkzeug zur Vorbereitung und Durchführung der faschistischen Diktatur, der Finanzoligarchie, ebenso wie die nationalfaschistische Bewegung. Sie ist der größere, stärkere Bruder der nationalfaschistischen Bewegung, ihre soziale Basis ist in erster Linie die Arbeiteraristokratie, deren Rolle in der Verteidigung der Herrschaft des Finanzkapitals eine viel bedeutungsvollere ist als die der nationalfaschistischen Bewegung. Denn die letztere stützt sich in erster Linie auf kleinbürgerliche und bäuerliche Schichten sowie auf entwurzelte Proletarierexistenzen. Beide Bewegungen sind das Produkt des verschärften Klassenkampfes und in ihrem Verhältnis zum revolutionären Proletariat zwei Seiten einer Medaille. Beide sind die Henkersknechte der Finanzoligarchie zur Niederschlagung der revolutionären Bewegung. Von ihnen ist jedoch die sozialfaschistische die fähigere, stärkere, brutalere und zuverlässigere. Die sozialfaschistische Bewegung ist also keineswegs eine bessere oder eine friedlichere Bewegung als die nationalfaschistische. Sie ist der stärkere Teil der vorhandenen faschistischen Kräfte. Deshalb kann die Finanzoligarchie in ihrer Unterdrückungsoffensive gegen das revolutionäre Proletariat und gegen die werktätigen Massen auf die Sozialfaschisten nicht verzichten. Darum ist es nicht möglich, ihnen den Fußtritt zu geben oder sie durch die Nationalfaschisten zu ersetzen. Wenn es dem Finanzkapital möglich wäre, auf die Dienste der Sozialfaschisten zu verzichten, dann wäre gleichzeitig die Anschauung der Kommunistischen Internationale über die herannahende Welle großer revolutionärer Kämpfe und über die wachsende akut revolutionäre Situation falsch.

Darum ist auch die gegenwärtige Situation für die Sozialfaschisten ebensowenig aussichtslos wie für die Finanzoligarchie. Für sie besteht ebenso wie für die Finanzoligarchie der einzig mögliche Weg zur Milderung der vorhandenen Schwierigkeiten in dem Vernichtungskampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und deren entscheidendes Kraftzentrum, gegen die Sowjetunion.

Die Regierung ist keineswegs eine Regierung, die im Gegensatz zur Finanzoligarchie steht. Sie ist keine „Nicht-Regierung“ ohne jede Stütze im Lager der Bourgeoisie. Sie ist die beauftragte Regierung, sie ist das W e r k z e u g der Finanzoligarchie. Sie ist die Regierung der faschistischen Diktatur, die sich auf den faschisierten Staats- und Wirtschaftsapparat und auf die sozial- und nationalfaschistische Bewegung stützt. Sie ist die Regierung, die gegen die proletarischen Massen ihre faschistischen Bürgerkriegsmethoden anwendet (bewaffnete Angriffe auf kämpfende Arbeiter, Anwendung des Art. 48 der Reichsverfassung, Einsetzung eines Diktators wie den General Seeckt im Jahre 1923 usw.), im selben Verhältnis, wie die Offensive des revolutionären Proletariats unter Führung der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition an Schärfe zunimmt.

Worms, Hamburg, Rüsselsheim, Berlin, Hartmannsdorf sind schlagende Beweise für eine solche Entwicklung. Die proletarischen [265] Massen werden den faschistischen Charakter dieser sogenannten Koalitionsregierung noch mehr zu spüren bekommen.

In der Regierung und zwischen den hinter ihnen stehenden bürgerlichen Gruppen tobt der Kampf um die Höhe der Pfründe für die Arbeiteraristokratie und um den Anteil der einzelnen bürgerlichen Interessengruppen an dem Profit, der aus den proletarischen Massen herausgepreßt wird. Dieser Kampf innerhalb der bürgerlichen Klasse ist für den revolutionären Kampf unwesentlich. Ebenso unwesentlich

ist es für den proletarischen Klassenkampf, ob der Interessenkampf unter den Ausbeutern und ihren Werkzeugen zur Auswechslung dieser oder jener Minister führt, ob dieser oder jener Schwächling unter ihnen durch stärkere, zuverlässigere Leute vom Standpunkt der Interessen der Finanzoligarchie ersetzt wird. Das ändert an dem Charakter der Regierung und in der Grundtendenz ihrer Politik nicht das geringste. Sie ist und bleibt die Regierung der Finanzoligarchie und damit die Regierung der faschistischen Diktatur.

Unrichtig ist deshalb auch die Charakterisierung der sozialfaschistischen Bewegung als einer solchen, die nur mit spezifisch faschistischen Methoden den Faschismus unterstützt.

Die sozialfaschistische Bewegung ist nicht nur der Wegbereiter des Faschismus (also der faschistischen Diktatur), sondern – wir unterstreichen es noch einmal ausdrücklich – die sozialfaschistische Bewegung ist das wichtigste Werkzeug zur Vorbereitung und Durchführung der faschistischen Diktatur. Auch in den kommenden revolutionären Kämpfen werden die Führer des Sozialfaschismus als die Beauftragten der Finanzoligarchie die Führer der Konterrevolution sein. Alle Erfahrungen aus revolutionären Bewegungen in monopolkapitalistisch-imperialistischen Ländern bestätigen diese Auffassung vollständig.

Zu klären wäre noch, warum die sozialfaschistische und nationalfaschistische Bewegung nur in ihrem Kampf gegen die revolutionäre Bewegung und nicht auch tatsächlich verwächst. Der Sozialfaschismus und Nationalfaschismus sind zwei Bewegungen mit gleichen Zielen, sie sind aber gleichzeitig der Ausdruck verschiedenartiger sozialer Schichtungen mit verschiedenartigen Interessen. Der Sozialfaschismus vertritt die Interessen der Arbeiteraristokratie. Seine Hauptstützpunkte sind die sogenannten freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Die Interessen der Arbeiteraristokratie befinden sich in Uebereinstimmung mit den Interessen der Finanzoligarchie. Die Arbeiteraristokratie ist ein Produkt des Monopolkapitalismus. Darum befinden sich die Interessen der Arbeiteraristokratie nicht nur im Gegensatz zu den Interessen der unterdrückten proletarischen Schichten, sondern auch zu denen der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Bevölkerungsschichten und der entwurzelten proletarischen Existenzen, auf die sich der Nationalfaschismus in erster Linie stützt. Die Existenz dieser Schichten wird durch die monopolistische Entwicklung des Kapitalismus gefährdet und zerstört. Der Nationalfaschismus kann sie deshalb nur hinter seiner Fahne sammeln durch eine demagogische, scheinradikale Agitation gegen das „jüdische Finanzkapital“ und gegen den „Marxismus“. Wir werden in einem späteren Artikel nachweisen, mit welch großem Geschick das Finanzkapital sich auch gegen die eigenen Bestrebungen der Arbeiteraristokratie und gegen die Wirkungen einer überspitzten demagogischen Agitation des linken Sozialfaschismus und des Nationalfaschismus zur Wehr setzt, denn Sozialfaschismus und Nationalfaschismus sind in den Augen des Finanzkapitals nicht mit ihm gleichberechtigte Herrscher, sondern sie sind seine Werkzeuge zur Sicherung der eigenen Herrschaft. [266]

Warum ist vollständige Klarheit über den Faschismus nötig?

Warum die Schärfe in der Analyse des Sozial- und Nationalfaschismus? Die eindeutige Charakterisierung und Analyse des Faschismus ist notwendig, weil die Entwicklung des revolutionären Klassenkampfes erfordert, daß den unterdrückten werktätigen Massen alle ihre Feinde unverhüllt gezeigt werden, um sie zum Angriff zu mobilisieren. Dabei genügt es nicht, mit allgemeinen Begriffen über Sozial- und Nationalfaschismus herumzuwerfen, sondern es kommt darauf an, die Propaganda so zu führen, daß die unterdrückten werktätigen Schichten nicht nur ihre Gegner in der Reichsregierung, in den Regierungen der Länder, in den Staatsbehörden und in den Betriebsleitungen sehen, sondern damit sie erkennen, daß ihre Feinde im revolutionären Klassenkampf auch in ihren gewerkschaftlichen Organisationen, in den Betriebsratszimmern sitzen und oftmals unmittelbar neben ihnen an der Werkbank stehen. Das ist die entscheidende Frage. Die unrichtige Einschätzung des Sozial- und Nationalfaschismus hindert die Partei in der Durchführung ihrer Politik zur revolutionären Massenmobilisierung und Massenorganisation.

Solange noch zahlreiche Kommunisten in den sozialfaschistischen Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären Kameraden sehen, die für das gleiche Ziel, für den Sozialismus, kämpfen und auf dem

Wege dahin nur einen andern Weg als die Kommunisten marschieren, solange noch zahlreiche Kommunisten nicht gerade in den unteren sozialfaschistischen Funktionären und besonders in den „ehrlichen“ Reformisten den Hauptfeind sehen, der die Ausbreitung der revolutionären Bewegung und ihre Organisierung auf das wirksamste hindert, solange zahlreiche Kommunisten in den sozialdemokratisch organisierten Arbeitern immer noch irregeführte Arbeitsbrüder sehen und nicht bemerken, daß gerade sie das Fundament der Arbeiteraristokratie im Betrieb, des Sozialfaschismus überhaupt sind, mit dem man sich nicht verbrüdern darf, sondern den man vor den Massen auf das rücksichtsloseste, bis zur politischen Vernichtung bekämpfen muß, solange kann der Kommunismus nicht in dem erforderlichen Tempo vorwärts marschieren, solange wird es keine wirkliche Zersetzung der Organisationen des Sozialfaschismus geben.

Solche Fehler hinderten aber die proletarischen Massen nicht nur in der Erkenntnis dieser vorgeschobenen Posten des Sozialfaschismus, sondern verminderten auch die Erkenntnis des unwandelbaren reaktionären Charakters der gesamten sozialfaschistischen Bewegung. [267]

*

Bemerkungen über die Parteikontrolle und über die organisatorischen Formen unseres Kampfes gegen den Opportunismus

Von Rudolf Gerber

Die Generalkontrolle, die in den letzten Wochen in den wichtigsten Organisationen unserer Partei durchgeführt wurde, hat die konkreten Formen der opportunistischen Tendenzen und Elemente in unserer Organisation sowie die besonderen Formen unseres Kampfes gegen sie aufgerollt. Es ist klar, daß diese Kontrolle nicht den Charakter einer „Säuberung“ im Sinne der Beschlüsse des 2. Weltkongresses trug und auch gar nicht tragen konnte – am Anfang der Klärung unserer Kampfformen gegen den da und dort versteckten Opportunismus stand und mußte stehen die Entfaltung der Selbstkritik, die Ueberprüfung der Tätigkeit der Organisationen und die Aufzeigung jener Lehren, die sich aus der durchgeführten Kritik ergeben. Es wäre sinnlos, sich darüber hinwegtäuschen zu wollen, daß wir in der Entfaltung der bolschewistischen Selbstkritik erst am Anfange stehen, daß große Teile der Zellen sich an der geübten Kritik nicht beteiligt, sondern im Gegenteil versucht haben, sie abzuschwächen, begangene Fehler zu beschönigen. Aber aller Anfang ist nicht nur schwer – er ist sogar das schwerste: daß wir die Frage der bolschewistischen Selbstkritik in aller Schärfe selbst nur stellen konnten, daß die Partei so reif ist, sei es auch nur in ihren vorgeschritteneren Schichten (die sich dabei in voller Uebereinstimmung mit den breiten Arbeitermassen befinden), die grundsätzliche Bedeutung der bolschewistischen Selbstkritik zu verstehen und zu ihrer Anwendung überzugehen – diese Tatsache allein bedeutet einen großen geschichtlichen Fortschritt, ist ein Ausdruck der rasch fortschreitenden revolutionären Entwicklung, die sich in immer klareren Problemstellungen innerhalb der revolutionären Vorhut selbst auswirkt. Der ziemlich weitgehende Grad, in dem die Selbstkritik an der Tätigkeit der Organisationen möglich war, hat zugleich aber auch (so wenig wir die Frage der Säuberung aktuell stellen konnten), die Frage ihrer Zusammensetzung aufgerollt. In der praktischen Auswertung der geübten Kritik, in der praktischen Verbesserung unserer Arbeit wird es sich sehr rasch zeigen, welche Elemente die objektive Befähigung besitzen, sich den neuen Kampfbedingungen anzupassen, sich tatsächlich als Bestandteile der proletarischen Vorhut zu bewähren – welche nicht mitkommen und aus den Reihen der Vorhut ausscheiden – welche Schichten der parteilosen Arbeiter endlich in die organisierende Vorhut der kämpfenden Arbeiterklasse hineinwachsen.

Eine gewisse Regulierung der Struktur der Parteiorganisationen vollzieht sich stets im Verlaufe des Klassenkampfes. Das bloße Bestehen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wirkt sich stets (von akut revolutionären Situationen abgesehen) in einer bestimmten Entwicklung reformistischer Tendenzen aus (die heute sehr rasch sozialfaschistischen Charakter annehmen, zum einfachen Hineinwachsen in den Ausbeutungs- und Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie führen). Wenn wir – insbesondere im gegenwärtigen Stadium der revolutionären Entwicklung – von einem Faulen der kapitalistischen Stabilisierung und von einem rasch fortschreitenden Radikalisierungsprozeß der breiten Arbeitermassen sprechen, so sagen wir damit nichts anderes, als daß dieser letztere Prozeß der

quantitativ umfangreichere und nach dem politischen Gewicht der betroffenen Arbeiterschichten weitaus bedeutsamere ist – aber wir leugnen damit in keiner Weise, daß auch heute bestimmte (wenn auch [268] zahlenmäßig und ihrem spezifischen Gewicht nach nicht sehr bedeutende) Elemente der Arbeiterklasse den bürgerlichen Versuchungen erliegen, sich anpassen und auf die andere Seite der Barrikade übergehen. Daß das Mitgliedsbuch der Kommunistischen Partei kein absoluter Schutz gegen solche Tendenzen insbesondere auf dem Klassenfeinde exponierten Posten in den Kommunen, Gewerkschaften, Genossenschaften usw. stehender Arbeiter ist, braucht nicht besonders bewiesen zu werden. Durch größte Sorgfalt in der Auswahl der an schwierige Punkte zu stellenden Parteiarbeiter, durch gründliche Schulung, durch stärkste Unterstützung und schärfste Kontrolle der Arbeit gerade auf solchen Gebieten lassen sich die Gefahren und Verluste ganz wesentlich vermindern – aber natürlich nicht beseitigen. Soweit sie vorkommen, können auch sie das objektive Ergebnis dieses oder jenes Versäumnisses der Parteiorganisation sein – aber einmal gegeben, sind sie unabwendbar, in ihren Erscheinungsformen (meist offene Korruption oder Uebergang ins feindliche Lager) vollkommen eindeutig und für die Partei, die jede so entstandene Lücke durch Dutzende neuer Kämpfer ausfüllen kann, auch nicht besonders fühlbar.

Einen anderen Charakter tragen aber die Erscheinungen, die wir angesichts der politischen Wendung der Partei auf Grund der sich zuspitzenden revolutionären Krise beobachten müssen. Hier treten Gegensätzlichkeiten von Parteimitgliedern zur Partei als Massenerscheinung auf – aber nicht nur als Aufdeckung fauler Stellen der oben behandelten Art (wie sie beim Uebergang zu verschärften Kampfformen und Kampfbedingungen in größtem Maßstabe nur natürlich ist), sondern teilweise als neuer, durch die neuen Bedingungen des Klassenkampfes erst erzeugter Typus. Wir haben bei der Generalkontrolle und in noch stärkerem Maße bei den Vorbereitungen der Betriebsrätewahlen an einer ganzen Reihe von Punkten eine Reihe ernstester ideologischer Mängel feststellen müssen: Nichtverständnis für die objektive Zuspitzung der Situation und insbesondere für die tatsächlich vorhandene Kampfstimmung der Arbeiter des betreffenden Betriebes, Nichtverständnis für die Zusammenhänge der „kleinen“ Einzelfälle, in denen sich die kapitalistische Rationalisierung den Arbeitern fühlbar macht und ihren Widerstand auslöst auf der einen – den großen Fragen des Kampfes gegen die kapitalistische Rationalisierung und gegen das Ausbeutungssystem überhaupt auf der anderen Seite. Und im engsten Zusammenhange damit Verständnislosigkeit für die Notwendigkeit und Möglichkeit der Massenmobilisierung – sektiererische Tendenzen, die ihren Ausdruck finden, in der Vernachlässigung der Einheitsfrontorgane oder ihrer tatsächlichen Herabdrückung zu reinen Parteiveranstaltungen (beispielsweise Aufstellung „roter“ Betriebsrätelisten ohne Massenmobilisierung, ohne Entfaltung der Masseninitiative bei Aufstellung der Listen und des Kampfprogramms). Das Ergebnis aller dieser Fehler, die sich sogar in typischen Fällen kombiniert finden (beispielsweise tritt ein Zellenfunktionär aus der Partei wegen ihrer „sie von den Massen trennenden“ Gewerkschaftslinie aus und kritisiert gleichzeitig, daß die Partei nicht selbst imstande ist, ihre Betriebsratslisten aufzustellen und dazu erst die Parteilosen holen muß“), ist natürlich das absolute Nichtverständnis für die Parteilinie und die Unfähigkeit, sie durchzuführen.

Der Uebergang des Klassenkampfes und der Parteiarbeit in eine neue Phase drückt sich darin sinnfällig aus, daß „Versager“ schlimmster Art vielfach an solchen Punkten auftreten, die früher als „mustergültig“ angesehen wurden (während vernachlässigte Positionen vielfach in rasendem Tempo „aufholen“): in der zweiten Periode der Nachkriegszeit handelte es sich im wesentlichen um revolutionäre Agitation und Pro-[269]paganda – heute handelt es sich um die Organisierung und Auslösung von Kämpfen. Die Fragen stehen nicht nur schärfer, unsere Aktionen rufen nicht nur (eben weil es sich um sehr reale und die kapitalistische Stabilisierung in der Wurzel bedrohende Kämpfe handelt) sofort einen verschärften Druck des Klassenfeindes, seines Staates, seiner Sozialfaschisten usw. hervor, dem schwache Elemente erliegen, die Fragen stehen vor allem konkret und mancher, der unsere Agitation weitertrug, ohne sich ihre ganze Bedeutung zu vergegenwärtigen, versagt vor der Wirklichkeit des revolutionären Kampfes. Das alles ist natürlich und bedarf kaum einer besonderen Erklärung. Die Partei kann im allgemeinen den schwankenden Elementen auch eine gewisse Frist zum Lernen und Nachkommen geben, weiterhin die unbelehrbaren ziemlich schmerzlos abstoßen und sich an dem ungeheueren Massenreservoir, das ihr gerade durch ihre revolutionäre Taktik

erschlossen wird, weit mehr als schadlos halten. Komplikationen entstehen nur dadurch, daß es in bestimmten Fällen objektiv unmöglich ist, den schwankenden Parteielementen eine solche Frist zu geben und inzwischen ihre Umerziehung zu versuchen: die Partei kann einen Arbeiter mit guten Traditionen, der die Bedürfnisse der neuen Zeit noch nicht versteht, in den Hintergrund treten lassen und sich mit ihm gründlich auseinandersetzen, bis er wieder zur Arbeit in der vordersten Front qualifiziert ist, aber sie kann natürlich keine Gemeinschaft mit jemandem aufrechterhalten, der ihre politische Linie aktiv bekämpft, sich von Sozialfaschisten als Betriebsratskandidat aufstellen läßt usw. Denn höher als jede personelle Rücksicht steht die Frage der Massenmobilisierung durch die Partei, die nur möglich ist, wenn die revolutionäre Vorhut ihre klare Linie mit eindeutigem Gesicht und ohne Schwankungen verfolgt.

Wir leben in einer Uebergangsphase des Klassenkampfes, in einer Situation, wo die Schwierigkeiten eben darin bestehen, daß entscheidende Teile der Arbeiterklasse an der reformistischen Führung schon verzweifeln, aber noch nicht das Vertrauen zur neuen Führung durch die Kommunistische Partei gefunden haben. Aus dieser Uebergangsphase kann man nur herauskommen, durch große Massen kämpfe, bei deren Auslösung wiederum der „subjektive Faktor“, die Aktivität der Partei, die entscheidende Rolle spielt. Die Aktivität der Partei aber wird wiederum gehemmt durch das Bestehen jener Uebergangsphase und der Wirkungen, die von bestimmten parteilosen Arbeiterschichten auf die Partei ausgehen. Aus diesem Zirkel kann man nur herauskommen, durch rücksichtslosen Einsatz aller Parteikräfte, und das bedingt wiederum Abstoßung von Schwankenden, die unter anderen Umständen vielleicht gehalten werden könnten und von denen einzelne sogar (trotz der schwereren Bedingungen, die durch ihre Ausstoßung aus der Partei geschaffen sind) im weiteren Verlauf der revolutionären Zuspitzung zurückkehren werden. Hier liegt ganz offensichtlich eine Situation vor, wo jedes Schwanken, jedes Zögern die Partei nicht den Massen näherbringt, sondern sie von ihnen entfernt. Denn die Eroberung der entscheidenden Mehrheit der Arbeiterklasse durch die Kommunistische Partei ist nicht abhängig von der Verfügung über den einen oder anderen Funktionär, aber sie ist abhängig von der entschlossenen und eindeutigen Verwirklichung der Parteilinie in der Organisierung der Massenkämpfe.

Aber eines ist allerdings klar: manches Opfer, das jetzt gebracht werden muß, ist nur die Folge früher Lässigkeit im Kampfe gegen den Opportunismus, die nun nicht auf einen Schlag gutgemacht werden kann, und die eben bezahlt werden muß, wie jeder Fehler der Partei etwas koste. Und es ist klar, daß wir unverantwortlich handeln würden gegen-[270]über jenen, vielfach unklaren Arbeitern, denen wir harte Fragen stellen und die wir, wenn wir sie nicht überzeugen können und sie unsere Aktion hindern, aus unseren Reihen stoßen müssen, wenn wir in unseren Reihen weiterhin als eine, wenn auch bekämpfte, so doch immerhin in der Partei geduldete Richtung die Versöhnler ertragen wollten. Sie haben Zeit genug gehabt, sich die Sache zu überlegen, die Ereignisse haben deutlich genug bewiesen, daß sie unrecht hatten. Nun ist die Zeit gekommen, wo es feststeht, daß das Bekenntnis zu den versöhnlerischen Theorien mit der Zugehörigkeit zur Partei unvereinbar ist, weil diese Theorien ihre Einheitlichkeit und Aktionskraft hemmen, weil sie in der praktischen Anwendung (die die Führer der Versöhnler vorsichtshalber den kleinen Betriebsfunktionären überlassen) zum tatsächlichen Uebergang ins Lager des Klassenfeindes fuhren und die Partei von jenen Massen isolieren, auf die es ankommt. Also müssen alle Versöhnler (die großen und die kleinen Funktionäre) – unabhängig von der Frage der äußeren Disziplin, die tatsächlich meist eine Frage der „Vorsicht“ ist – sich entscheiden zwischen ihren bisherigen Theorien und der Partei, die diese Theorien so wenig dulden kann, als etwa die Lehre von der Wirtschaftsdemokratie oder vom Ultraimperialismus. Die papierne Kapitulation einiger Versöhnlerführer ändert an dieser Notwendigkeit gar nichts, die Partei muß jeder „Arbeitsteilung“ zwischen großen Kapitulanten und kleinen, auf Grund ihrer Kapitulation amnestierten Saboteuren vorbeugen und muß gleichzeitig Klarheit darüber schaffen, daß jede Unaufrichtigkeit in den Kapitulationserklärungen, die sich in der künftigen (unter erschwerte Bedingungen zu stellenden) Praxis der bisherigen Versöhnler erweisen sollte, den automatischen Ausschluß zur Folge haben muß.

Die Schaffung voller Klarheit über den unüberbrückbaren Gegensatz der opportunistischen Theorien zum proletarischen Klassenkampf, über ihren klassenfeindlichen Charakter ist eine wichtige Form unseres Kampfes zur Ueberwindung der oben behandelten opportunistischen Abweichungen

innerhalb der Partei selbst. Es ist klar, daß die Erziehung schwacher Parteielemente zu einem gewissen Teil eine Frage der Schulung, zum größeren aber eine Frage der Gesamtgestaltung unserer Parteiarbeit ist. Aber die entscheidende Voraussetzung nicht nur für die Abstoßung der unbrauchbaren, sondern auch für die Umerziehung der rückständigen Parteielemente ist die Umgruppierung der Parteikader, die Hineinbeziehung neuer, unverbrauchter Arbeiterelemente vor allem aus jenen Arbeiterschichten, an die sich die revolutionäre Taktik der Partei in erster Linie wendet, aus den Reihen der unqualifizierten Arbeiter, der Chemie-, Bergbau- und Textilproleten, der Frauen und Jugendlichen. In manchen Fällen bildet der bisherige Bestand der unteren Parteiorganisationen geradezu ein Hemmnis des Herantretens an diese Schichten, da ist es eben Aufgabe der oberen Leitungen, den direkten Weg zu den Massen der uns nahestehenden parteilosen Arbeiter zu finden, sie in die Partei einzugliedern und dadurch Formen des innerparteilichen Lebens zu schaffen, die manchen ehrlichen älteren Arbeiter, der durch sozialdemokratische Traditionen in seiner Entwicklung gehemmt wurde, überzeugen und für die Partei retten werden, die zugleich eine für die Partei schmerzlose Abstoßung jener Elemente garantieren, die nicht erziehbar sind und in eine bolschewistische Partei nicht hineingehören. Die Voraussetzung für eine solche Umgruppierung der Parteistruktur, die sich in einer Veränderung der Formen des Parteilebens auswirken kann, ist naturgemäß eine solche Organisierung der Mitgliederwerbung, die selbst bewußt von den alten Traditionen abrückt, die auf mechanische Reklame verzichtet und nicht nach den rein äußeren [271] quantitativen, sondern nach dem qualitativen Erfolg geht. Jede Parteiorganisation muß sich fragen, in welchem Verhältnis ihre eigene Struktur zu der der entscheidende Teil der Arbeiterklasse im Bezirk steht, und die manchmal ungeheure Kluft, die sich hier ergibt, kann nur geschlossen werden, indem man die ganze Wucht der Arbeit – nötigenfalls unter bewußter Vernachlässigung des Minderwichtigen – auf die entscheidenden Punkte konzentriert. Diese Konzentration auf das Wesentliche setzt wiederum in der Organisierung der Parteiarbeit rücksichtslose Bekämpfung des Ressortgeistes voraus, der eine solche Einstellung nicht nur dort verhindert, wo das Ressort – vom Standpunkt der Gesamtentwicklung eine Rolle zweiten Ranges spielt, dies aber – verständlicherweise – nicht einsehen kann und so zur Zersplitterung der Parteikräfte beiträgt, sondern auch dort – und gerade dort – wo das Tätigkeitsgebiet des Ressorts von entscheidender Bedeutung ist, wo aber gerade die spezifischen, „ressortmäßigen“ Arbeitsmethoden eine Massenwirkung unserer Arbeit hemmen. Was helfen zum Beispiel „besondere Formen der Frauenarbeit“ gegenüber der notorischen Scheu eines großen Teils unserer Partei gegen die verstärkte Einbeziehung der weiblichen Arbeiter in die Einheitsfrontorgane, insbesondere in die roten Betriebsräte? Hier kommt es offenbar nicht auf Verstärkung des Ressorts, sondern auf Einstellung der Gesamtarbeit auf den entscheidenden Punkt an.

Eine Erweiterung der Basis der Partei an den entscheidenden Punkten ist offenbar nicht möglich auf dem Wege der besonderen Werbekampagne (die stets die Tendenz hat, die vorhandene Struktur der Partei zu reproduzieren und die obendrein – auf äußere Erfolge eingestellt – in die Linie des geringsten Widerstandes geht), sondern nur in der praktischen Durchführung der Parteilinie, in der Organisierung der revolutionären Einheitsfront von unten. Ein roter Betriebsrat, ein Mitglied des Erwerbslosenausschusses oder des Antikriegskomitees, der in der Praxis des Kampfes den letzten Schritt des äußeren Beitritts zur Partei vollzieht, wiegt offenbar schwerer als eine ganze Reihe auf dem üblichen Wege gesammelter Mitglieder, selbst wenn diese (was gewöhnlich nicht der Fall ist) persönlich im Großbetriebe stehen sollten. Eine positive Bedeutung gewinnen die allgemeinen Formen der Werbung hauptsächlich nur dort, wo durch schwere opportunistische Fehler der Betriebszelle den uns nahestehenden Arbeitern des betreffenden Werkes der Weg zur Partei verrammelt wird, wo die Werbung auf diesem Wege beiträgt, erst die innerparteilichen Voraussetzungen für eine Durchführung der Parteilinie im Werke zu schaffen. Worauf es aber ankommt, was immer als Zentralpunkt im Auge behalten werden muß, ist das eine: der Weg zur organisatorischen Liquidierung des Opportunismus geht über die Einbeziehung der besten Elemente der entscheidenden Arbeiterschichten in die Partei und der Weg zu dieser Einbeziehung geht über die rücksichtslose Durchführung der Parteilinie. Schwanken, Zaudern in diesem Punkte ist das einzige, was uns in der gegebenen Situation der wachsenden revolutionären Welle von den entscheidenden Arbeitermassen trennen, was den Prozeß der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch die Kommunistische Partei verzögern könnte. [272]

„Gen Ostland woll'n wir reiten"

Von Ch. W.

In Nr. 3 der „Internationale" bemerkten wir, daß die Vorbereitungen des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion eine höhere Stufe angenommen habe. Die Ereignisse, die seitdem zu registrieren sind, bekräftigen diese These mit nicht zu überbietender Deutlichkeit. Zwar steht die allgemeine „moralische" Frontbildung noch im Vordergrund, aber der Abstand, der zwischen der „moralischen" Vorbereitung des Krieges und dem Kriege selbst liegt, wird immer kleiner. In jenen Ländern, in denen die Kriegsfront gegen die Sowjetunion unmittelbar gebildet werden muß, in denen der militärische Angriff beginnen soll, hat weniger der Pfaffe als der Militärfachmann das Wort. Das zeigt eine Durchsicht der Presse der an die Sowjetunion grenzenden Randstaaten.

Die moralische Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion als die allgemeine Erscheinung wird gefördert und erweitert durch konkrete und unmittelbar zur Durchführung gelangende Teilaktionen. Jene Teilaktionen bezwecken, den Fünfjahrplan über den Weg einer Störung des sowjetrussischen Außenhandels zu sprengen oder wenigstens zu hemmen. So wehren sich die belgischen Sozialfaschisten gegen die Einfuhr von Hanf und Streichhölzern aus der Sowjetunion. In den Vereinigten Staaten beginnt eine Propaganda für Erhöhung der Holzzölle, die sich gegen die russische Holzeinfuhr richtet. In Schweden begann eine Kampagne gegen den russischen Holzexport, den man als „Dumping" bezeichnete, und die dann auf das übrige Europa überging. Im englischen Parlament wird das Verbot der Einfuhr von handgewebten russischen Textilerzeugnissen, die als „made in England" wieder exportiert werden, gefordert. Fast in der ganzen Welt sehen wir eine Kampagne gegen das russische Oel. All diese Kampagnen gegen den Außenhandel der Sowjetunion zeigen deutlich, welche Interessen durch ihn gegenwärtig getroffen werden.

Doch hinsichtlich der Versuche einer vollständigen oder teilweisen Blockade gegen die Sowjetunion ist zu betonen, daß Letztere genügend Möglichkeiten besitzt, mit denen sie sich gegen alle Anschläge, von wem sie auch kommen mögen, tatkräftig zur Wehr setzen kann, wobei die sich verschärfenden Gegensätze zwischen den imperialistischen und finanzkapitalistischen Gruppen das ihre dazu tun. Der Fünfjahrplan wird durchgeführt werden trotz aller versuchten Gegenangriffe und Provokationen. Dazu gehören besonders die Versuche der zum Kriege hetzenden Finanzgruppen in den imperialistischen Ländern, vornehmlich in England, in Frankreich, und in Deutschland, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen jener Länder zu der Sowjetunion in die Wege zu leiten.

*

Bei der Formierung der „moralischen" Front gegen die Sowjetunion zeigt uns die bürgerliche Gesellschaft ihre Moral in ihrem Werktagskleide, mit Dreck und Kot bespritzt und schmutztriefend. Bourgeoisie und Sozialfaschisten, Pfaffen und Professoren aller Länder der imperialistischen Welt haben sich zur Hetze zusammengefunden, deren lügnerische und heuchlerische Art ekelerregende Formen annimmt, und doch nur das Herz des angsterfüllten Spießers in Wallung bringt. Lassalle erinnert einmal Marx gegenüber an einen Ausspruch Hegels, der zu sagen pflegte:

„Unmittelbar, ehe ein qualitativ Neues auftreten soll, faßt sich der alte qualitative Zustand, alle seine markierten Differenzen und Besonderheiten, die er, solange er lebensfähig war, gesetzt hat, wieder aufhebend und in sich zurücknehmend in sein rein allgemeines ursprüngliches Wesen, in seine [273] einfache Totalität zusammen. So, ehe der Atheismus auftreten soll, faßt sich der religiöse Geist unmittelbar in das allgemeine Wesen der verschiedenen Religionen, in die einfache Leerheit des Daisismus zusammen."

Dieses Gesetz Hegels erhält in der Gegenwart bei der in Bildung begriffenen „moralischen" Front gegen die Sowjetunion eine glänzende Rechtfertigung. In dieser Front werden alle Differenzen, die sowohl in der Basis als auch im „Ueberbau" gesetzt waren, aufgehoben und in der „einfachen Totalität" Kapitalismus – Gott zusammengefaßt. Es sind die letzten Anstrengungen einer Herrschaft, der die Geschichte den Totenschein bereits in die Hand gedrückt hat und deren Existenzgrundlagen schon unter ihren Füßen wegmodern. Ein Bündnis einer verfaulenden genußsüchtigen und widerlichen Finanzoligarchie mit der Kirche, der „solidarischen" Christenheit, „die den Leib der Masse für ihr eigenes Seelenheil kasteien" will, und welches sich auf die schmutzigsten Profitberechnungen stützt. Wie recht hatte doch Alphonso von Aragonien, als er zu dem englischen König Eugen IV. sagte:

„Die römische Kirche ist eine wahre Hure, denn sie bietet sich jedem an, der sich ihr mit Geld naht."

Diese Charakteristik trifft auf die Kirche bis heute zu. Im übrigen ist es dasselbe Spiel, das die Kirche immer an großen historischen Wendepunkten spielte. Sie stärkte die Kräfte der Konterrevolution, um nach deren Vernichtung sich auf die zur Herrschaft kommende Klasse zu orientieren. Doch an jenem großen geschichtlichen Wendepunkt, der die Kämpfe der Gegenwart erfüllt, in dem die geschichtliche Notwendigkeit der proletarischen Klasse die Vernichtung der bürgerlichen Herrschaft diktiert, an jenem größten historischen Wendepunkte der Geschichte der Menschheit wird mit der bürgerlichen Gesellschaft auch die Kirche auf immer hinweggefegt werden. Ihr Daseinsgrund endet mit der Vernichtung der auf das Privateigentum aufgebauten bürgerlichen Gesellschaft.

*

Die Bannbulle Pius XI. ist ein reizvolles Dokument. Wir sehen einen leibhaftigen römischen Papst, der für die „Geistesfreiheit" kämpft. Das Thema reizt. Man wäre versucht, in der Geschichte Roms, die eine Geschichte der Verkrüppelung und der Vergewaltigung des menschlichen Geistes darstellt, etwas gründlicher nachzublättern. Es gibt kein grausames Verbrechen, das nicht die katholische Kirche, das nicht Rom im Kampf gegen die Entwicklung angewandt hätte. Inquisition, Scheiterhaufen, Hexenverbrennungen, das waren die vornehmsten Mittel der römischen Kirche gegen alle, die es wagten, wider den Stachel zu löcken. Mit ehrlicher Erbitterung kennzeichnet der bekannte englische liberale Historiker Roggers in seiner „Geschichte der englischen Arbeit" die Rolle der Kirche in England, ihre „Sitten", ihre „Moral", ihre abgefeimten Betrügereien:

„Sie vollführte zur Rechtfertigung ihrer Ansprüche die schändlichsten Betrügereien. Sie fälschte ganze Gesetzbücher ... Sie fälschte zahllose Freibriefe ... Sie fälschte Wunder zu Tausenden, um das Volk zu knechten und zugleich ihre Kassen zu füllen ... Sie erließ Verbote nur zu dem Zwecke, um durch Dispense dann einen guten Handel zu machen ... Sie erfand Verwandtschaftsgrade und gab für die Ehen naher Blutsverwandten Dispense."

So ist die römische Kirche schon durch ihre Vergangenheit allein prädestiniert, den Kampf zur Rettung der „Geistesfreiheit" anzuführen. „Eine verkommene Kirche", so nennt sie Roggers, „prunkvoll reich" und damit „die innere Fäulnis verbergend". Nicht anders urteilte das Haupt der Whig-Partei und der Whig-Kabinette Lord John Russell über die [274] Zeremonien der katholischen Kirche in einem Brief an den Bischof Durham vom 4. November 1850:

„Die katholischen Zeremonien sind ein Mummenschanz des Aberglaubens, auf die die große Masse der Nation mit Verachtung blickt."

Man hat in der Sowjetunion zahllose Bilder aus den Kirchen verbrannt, so wehklagt Pius XI. in seiner Bannbulle, und die gesamte bourgeoise Presse stimmt ein und ruft im Chor: Jawohl, Bilder verbrannt! Das war bei der Bourgeoisie nicht immer so. Es gab Zeiten, an der sie sich an der Bilderstürmerei in aktivster Weise beteiligte. Und der schon erwähnte Roggers schreibt in seiner „Geschichte der englischen Arbeit":

„Wir können uns nur schwer in die Lage jener Leute versetzen, deren Verehrung der Heiligen und der Reliquien uns lächerlich und sogar erniedrigend vorkommt."

Wenn heute die russische Arbeiterklasse kitschige Heiligenbilder und Reliquien vernichtet, dann nur darum, weil ihr deren Verehrung „lächerlich und erniedrigend" vorkommt. Doch der Schmerz des Papstes wird ja beileibe nicht durch die Vernichtung der Reliquien erweckt. Daß er es behauptet, ist nur ein ganz gewöhnlicher Betrug, an denen die Geschichte der römischen Päpste ja reich ist. Ihn bedrückt etwas anderes, ein weit realeres, materielles Gut, was der Münchener Erzbischof Faulhaber in unvorsichtiger Weise ausplauderte. Er sagte in seiner Rede:

„Der russische Bolschewismus versucht einen Staat ... ohne Privateigentum aufzurichten.

Das ist der Gott, um den der Kampf geht, und der die gesamte schwarze Internationale in einheitlicher Front zusammenbringt. Die Religionsgemeinschaften aller kapitalistischen Länder, aller Konfessionen, sie haben sich zusammengefunden zum Kampf gegen jene, die „das goldene Kalb" entthronen.

Doch die „moralische“ Hetze Pius XI. ist nicht nur das Produkt der Angst einer Herrschaft, die langsam den Boden unter den Füßen verliert. Nein, mit diesem Schritt des Papstes ist zugleich ein ganz gewöhnliches schmutziges kapitalistisches Geschäft verbunden, der Verkauf eines Dienstes gegen Petroleum. Ja, die römischen Päpste gehen mit der Zeit. Handelten sie früher vornehmlich mit Ablässen und Dispensen, mit Kirchenpfründen und ähnlichem, so gehen sie heute zum modernen kapitalistischen Handel über. Sie kaufen sich von Rockefeller die Erdölgebiete von Tampico in Mexiko. So zieht das „geistige“ Feuer, das Pius XI. entfacht, seine Schöpferkraft nicht aus dem heiligen Geist, sondern es ist ganz gewöhnliches Petroleum. Darum wohl heißt es auch: „Salbt eure Häupter mit Oel“!

*

In der Vorbereitung einer Intervention gegen die Sowjetunion hat sich die sozialfaschistische II. Internationale wieder als der gehorsamste Hausknecht des Finanzkapitals gezeigt. Doch stellt ihre Haltung zum Papstbrief wie zur Aktion aller frommen Seelen kein Faktum dar, das unerwartet kam. Freudig hat der „Vorwärts“ die Nachricht von dem Erscheinen einer Bannbulle des Papstes gegen den Bolschewismus aufgenommen und sich bereit erklärt, mit der schwarzen Internationale zusammen eine Front zum Kampf „gegen die Aufhebung der Geistes- und Gewissensfreiheit in Rußland“ zu bilden. „Hohe Zeit“, so heißt es im Zentralorgan des deutschen Sozialfaschismus, „daß sich die Verbände, die das Palladium der Geistesfreiheit hochzuhalten bestrebt sind, gegen Moskau rühren“. Doch noch erbärmlicher als jene sozialfaschistischen Lakaienseelen im „Vorwärts“ gebärden sich die „Linken“. Sie wissen nur zu sehr, wie die Arbeiterklasse den Kampf Roms und des Sozial-[275]faschismus für die „Erhaltung des Paradieses im Jenseits“ einschätzt. Darum geben sie zu, daß die „Religions- und Kreuzzugsstimmung nur ein Vorwand“ des Oelkapitals sei. Ist es ein Vorwand zur Vorbereitung eines Interventionskrieges gegen die Sowjetunion, so folgt daraus für jeden klassenbewußten Arbeiter, daß er dagegen eine Frontstellung einnimmt. Das aber heißt Verteidigung der Sowjetunion. Die „Linken“ jedoch ziehen andere Schlußfolgerungen. So schreibt Reinhard, Bern, in der „Chemnitzer Volksstimme“:

„Sie (d. h. die Kommunisten) haben eine große Losung: ‚Schützt Sowjetrußland‘. Aber sie dürfen nicht merken, daß die ganze Kampagne niemandem lieber ist, als Stalin und seinen Gesellen ..., denn Moskau wünscht diesen Kreuzzug. Nichts könnte ihnen gelegener kommen als der Versuch der bewaffneten Intervention, die es hinter dem moralischen Feldzug als letzte Folge sieht.“

So sind nun glücklich nicht mehr jene Oelkapitalisten die wahren Kriegstreiber, sondern der Bolschewismus, welcher hofft, daß dadurch

„die ganze Arbeiterschaft ... mit in Verbrechen und in Abenteuer hineinkommen könne.“

So zeigen sich auch hier wieder die „Linken“ als die gefährlicheren Feinde der Arbeiterklasse. Ihre Kampagne dient der ideologischen Vorbereitung eines Krieges gegen die Sowjetunion unter jenen Arbeitern, die dem päpstlichen Kreuzzug nicht mehr verfallen, so Reinhard, so Böchel, so Kurt Rosenfeld, jeder auf seine Weise und jeder in seinem Fache.

Wir können hier nicht weiter auf die niederträchtige Verleumdung Reinhards, daß die Sowjetunion den Krieg nötig habe, eingehen. Nur so viel sei noch bemerkt, die zwölfjährige Außenpolitik der Sowjetregierung war eine Politik des Friedens, trotz der ständigen Versuche der Imperialisten, neue Interventionskriege gegen die Sowjetunion in Gang zu bringen. Und erst jetzt schrieb ein Militärfachmann im „Militär-Wochenblatt“ vom 11. Februar 1930, die Sowjetregierung muß

„ein ernstes Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens als erste Voraussetzung zur Verwirklichung des Fünfjahrplans haben.“

*

Doch nicht nur die Bildung einer „moralischen“ Front kennzeichnet die Lage in den letzten Tagen und Wochen. Nicht weniger wichtig sind die Versuche, diplomatische Zwischenfälle mit der Sowjetunion zu schaffen und vorhandene zu steigern. Diese diplomatischen Zwischenfälle mit ihrer weiteren Tendenz des Abbruchs der Beziehungen sind Vorstufen des Krieges, wobei der Uebergang zum Krieg, wie der chinesisch-russische Konflikt lehrte, sehr rasch vor

sich gehen kann. Halten wir in diesem Zusammenhang die wichtigsten Ereignisse fest. In Frankreich Freispruch ganz gewöhnlicher Wechselfälscher, wodurch man die Sowjetunion treffen wollte. Für das Verschwinden des Generals Kutjepoff wurde die Sowjetunion verantwortlich gemacht. Eine Pressehetze unter tätigster Anteilnahme der sozialfaschistischen Presse Frankreichs wurde entfaltet, die in ihrem Schärfegrad an die Hetze bei Ausbruch des Weltkrieges erinnert, und in der der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion gefordert wurde. Dabei wurde gleichzeitig in der Presse in der zynischsten Weise zugegeben, daß es bei der Forderung des Abbruches der Beziehungen einerlei sei, ob der weißgardistische General „tatsächlich von Sowjetagenten verschleppt worden sei oder nicht". Bei einer in den letzten Tagen stattgefundenen Unterredung zwischen dem Korrespondenten der italienischen „Stampa" und [276] dem Pariser Polizeipräfekten antwortete letzterer auf die Frage, ob er mit einem Bruch mit der Sowjetunion rechne, folgendes:

„Soweit mir bekannt ist, ist das die Meinung aller westlichen Diplomaten, die sich im letzten Jahr in diesem unglücklichen Land befanden. Rußland überschritt das Maß unserer Geduld. Rußland macht sich über uns lustig."

Und in England? Dort entfalten die Hetzkampagne dieselben Kräfte, die sie in Frankreich finanzieren, wobei sie in der „Arbeiterregierung" MacDonalds den treuesten Bundesgenossen finden. Noch am 11. Februar schrieb das Organ der „Arbeiterregierung", „Daily Herald", bezüglich der von den Deterding, Joynson Hicks und Lord Birkenhead inszenierten Hetze:

„Wenn der Minister des Aeußern sich diesen unverschämten Forderungen unterordnen würde, so wäre dies ein nicht mißzuverstehender Bruch mit den internationalen Verpflichtungen."

Doch kaum zwei Tage vergingen, und Henderson, der Minister des Aeußern im MacDonald-Kabinett, solidarisierte sich im Unterhaus mit der Kampagne der Diehards. Derselbe Minister, der von dem Botschafter der Sowjetunion in England, Sokolnikow, Garantien über die Nichteinmischung der Sowjetregierung in die innerpolitischen Verhältnisse Englands verlangte, mischte sich selbst in der unverschämtesten Weise in die innerrussischen Angelegenheiten. Wir Kommunisten wissen den Sinn der Phrase von der Nichteinmischung schon richtig zu werten. Doch es ist gut, wenn wir festhalten was der „Figaro" vom 16. Februar dazu schrieb. Ganz unumwunden erklärt er: Die Proteste gegen die Religionspolitik sind Einmischung,

„jedoch es gibt Fälle, in denen eine Einmischung als erlaubt gelten muß!"

Und wie gebärdet sich Deutschland, das den Rapallo-Vertrag mit der Sowjetunion abschloß? Ein deutsches Gericht sprach die weißgardistischen Tscherwonzenfälscher frei. Das Auswärtige Amt dirigierte eine widerliche Hetze gegen die sowjetrussischen Handelsorganisationen. Die demokratische Reichstagsfraktion brachte eine Anfrage im Deutschen Reichstag ein, in der indirekt zum Abbruchs der Beziehungen mit der Sowjetunion aufgefordert wurde. „Vorwärts" und „Germania" erheben die gleichen Forderungen, und die sonst etwas vorsichtigere „Kölnische Zeitung" schreibt, daß man bald eine Gelegenheit finden müsse, Rußland zu zeigen, was Rapallo noch wert sei. Und nach einer Meldung des Sozialistischen Pressedienstes hat in den letzten Tagen eine Unterredung des Außenministers Curtius mit dem sowjetrussischen Botschafter in Berlin stattgefunden, in der er Vorstellungen über die Propaganda der Kommunisten in Deutschland erhob, die von Moskau aus geleitet werde. Die deutsche Regierung, so sagte Herr Curtius weiter, lehne es ab, in Zukunft einen Unterschied zwischen der Sowjetregierung und der Komintern zu machen. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text! Der Abbruch der Beziehungen wird vorbereitet.

Weitergehende konkrete Aktionen des deutschen Imperialismus gegen die Sowjetunion sind das Zündholzmonopol und das in Vorbereitung befindliche Oelmonopol, sowie der deutsch-polnische Handelsvertrag. Bei dem deutsch-polnischen Handelsvertrag, dem wir einige Zeilen widmen, geht es nicht nur um Handel mit Polen, sondern um Krieg gegen die Sowjetunion. Letzteres ist die wesentlichere Seite des Vertrages. Nach dieser Seite hin ist der Vertrag nicht ein selbständiger Akt des deutschen Imperialismus, sondern er ist das Diktat der imperialistischen Mächte unter Führung der Vereinigten Staaten und ist ein Teil des Haager Abkommens. Durch den Vertrag soll die seit der Existenz Polens bestehende Spannung zwischen Deutschland und Polen, die ein ernstes Hemmnis für [277]

einen Interventionskrieg gegen die Sowjetunion .war, beseitigt werden So wird es verständlich, was die „Kölnische Zeitung“, das inoffizielle Organ des Außenministers meinte, wenn sie schrieb:

„Die deutsche Oeffentlichkeit versteht auch, daß die Klärung der Ostfragen für uns das wichtigste Problem der nächsten Zukunft ist, und daß eine Lösung im Sinne einer Verständigung mit Polen Opfer wert ist.“

Etwas deutlicher wurde der bekannte Schwerindustrielle Dr. Klönne, der bei den Verhandlungen im Reichstag über den Young-Plan erklärte:

„Ich halte ein deutsch-französisch-englisches Bündnis zur Regelung der Ostfragen für unbedingt notwendig.“

Das ist und war das Ziel Arno Rechbergs bei seinen Verhandlungen mit dem französischen Nationalisten und jetzigen Minister im neuen Kabinett Tardieu, Reynaud, sowie mit Poincaré. Er nannte es nur schon etwas genauer: „Militärbündnis“. Dieses Militärbündnis gegen die Sowjetunion wurde mit einigen Formänderungen bereits schon früher von Chamberlain vertreten. Es bildete auch den eigentlichen Inhalt der Unterredung zwischen Stresemann und Zaleski, die Chamberlain im Herbst 1927 in Genf zustande brachte. Doch damals schrieb die „Kölnische Zeitung“ gemäß den Intentionen der gesamten Außenpolitik, daß eine Forderung, wie die Anerkennung des Status quo im Osten „zurückgewiesen“ werden müsse. Was aber geschah nun im Haag? Man mußte den Status quo anerkennen. Damit ist jene deutsche Außenpolitik, die mit Locarno begann, nunmehr endgültig in Haag zusammengebrochen. So weit der Vertrag. Es ist selbstverständlich, daß der deutsche Sozialfaschismus rechter und linker Färbung wie ein Mann für dieses Werk, das sich vor allem gegen die Sowjetunion richtet, eintritt.

*

Mit dem Abschluß des deutsch-polnischen Vertrags wird nun die ersehnte Ruhe an der polnischen Westgrenze hergestellt. Die imperialistischen Mächte können nunmehr ihr Augenmerk wiederum auf die Bildung des Baltenblocks unter Führung Polens und evtl. Heranziehung skandinavischer Länder lenken. Man entwickelt in dieser Richtung bereits eine emsige Rührigkeit. Bezeichnend war in dieser Hinsicht der Besuch des estnischen Ministerpräsidenten Strandmann in Polen, bei dessen Ankunft in Warschau die offiziöse „Gaseta Polska“ schrieb, daß „der Ausdruck der polnischen Friedenspolitik allein der Baltenbund sein“ könne.

Doch die forcierte Politik der imperialistischen Mächte zur Einkreisung der Sowjetunion geht über Polen und die Baltenländer hinaus auch nach Rumänien. Hier wie in Polen haben vor allem die amerikanischen und französischen Imperialisten ihre Hand im Spiel. Erinnert sei an die vorjährigen Besprechungen zwischen dem amerikanischen Finanzberater Devey in Polen und dem französischen Finanzberater Rist in Rumänien, die in Bukarest stattfanden. Doch die Verschärfung der Situation kommt ganz besonders in der Art und Weise, sowie in dem Schärfegrad zum Ausdruck, in dem die Presse der in Betracht kommenden Randstaaten, sowie in Polen und Rumänien das „russische Problem“ behandelt. Dazu nur einige Beweise. So schrieb der „Kurier Poranni“ am 17. Februar:

„Mit der ganzen Verantwortlichkeit der Worte sagen wir, daß der entscheidende Umschwung in der Sowjetunion nahe ist.“

Und der stellvertretende Sejmmarschall Dombski gab in den letzten Tagen zu, daß der Kreuzzug des Papstes ein Vorspiel zum bewaffneten [278] Auftreten sei. Doch die Herrschaften sollten sich nicht täuschen. Es kann darüber kein Zweifel bestehen, daß ein bewaffneter Angriff des polnischen Imperialismus auf die Sowjetunion auch das Ende der bourgeoisie-faschistischen Herrschaft in Polen und die Errichtung der proletarischen Diktatur bedeuten würde. In der polnischen und finnischen Presse mehren sich die Artikel der Militärs, die strategische Kriegspläne gegen die Sowjetunion besprechen. Im estländischen „Piawalech“ wurde von dem Chef des estländischen Generalstabes, Törwand, in einer umfangreichen Artikelserie der zukünftige Kriegsplan gegen die Sowjetunion entwickelt. Rumänische Blätter melden, daß in den letzten Tagen ein bekannter rumänischer General erklärte, daß der Ausbruch eines Krieges zwischen der Sowjetunion und Rumänien für das Frühjahr als sicher zu erwarten sei. Diese Meldung gewinnt an Wert, wenn wir sie in Zusammenhang bringen mit den rumänischen Schwindelmeldungen über eine Mobilmachung der Roten Armee an den Grenzen Bessarabiens und

mit dem Artikel Poincarés, den er in den letzten Tagen im „Excelsior“ veröffentlichte, und in welchem er auf die Gefahr eines Krieges in Bessarabien hinwies. Und in der „Züricher Zeitung“ vom 13. Februar heißt es gar:

„Die moralische Intervention, die der Papst ausgelöst hat, die aber vor allem in Paris ihre Basis fand, kann sehr leicht die rumänischen Kanonen losgehen lassen.“

Noch aufschlußreicher ist eine Meldung des rumänischen „Adverul“, der in den letzten Tagen mitteilte, daß Rumänien durch die Großmächte auf die Möglichkeit eines russischen Angriffes, insbesondere im Falle des Abbruches der Beziehungen Frankreichs und Englands zu Rußland, hingewiesen worden sei. Vermelden wir noch die fieberhafte Tätigkeit der französischen Militärmission in Polen und Rumänien, und das Bild ist abgerundet.

So enthüllt uns die gegenwärtige Politik der imperialistischen Mächte gegenüber der Sowjetunion eine außerordentlich akute Zuspitzung in der Richtung eines Interventionskrieges. Mit der Zuspitzung der Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten nimmt die aktive Anteilnahme der Vereinigten Staaten an der Antisowjetfront immer erweiterte und vertiefte Formen an. Die Tendenz, die Führung in diesem Interventionskrieg zu übernehmen, wächst bei den Vereinigten Staaten. Indem so die alte, dem Untergang geweihte Welt den Krieg gegen die neue, gegen die Welt des Sozialismus vorbereitet, kann sie das Rad der Geschichte doch nicht zurückdrehen. Sollten sich auch die imperialistischen Mächte in dem Glauben wiegen, genügend Mittel zur Vernichtung des ersten proletarischen Staates noch in Anwendung bringen zu können, so sprechen die Resultate aus der Vergangenheit dagegen. Schon einmal sind Interventionsversuche kläglich zusammengebrochen. Seit dieser Zeit haben sich die Kräfteverhältnisse verändert. Verändert zugunsten der Sowjetunion. Wenn trotzdem die dem Untergang geweihte bürgerliche Herrschaft den Krieg gegen die Sowjetunion provoziert, so wird sie die Sowjetunion in voller Kampfbereitschaft vorfinden. Mag sie dann das Spiel beginnen. Das wird nur ihren Untergang beschleunigen. Trotz dem ist höchste Wachsamkeit gegenüber den Interventionsversuchen der imperialistischen Räuber die erste Pflicht der internationalen Arbeiterklasse. Diese Pflicht erfordert:

1. Schärfsten Kampf gegen die sozialfaschistische II. Internationale, die bei der Vorbereitung einer Intervention gegen den ersten proletarischen Staat an der Spitze steht. [279]

2. Umfassendste und aktivste Unterstützung der Friedenspolitik der Sowjetregierung.

3. Breiteste Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen die Versuche einer Intervention zur Unterstützung einer forcierten Durchführung des Fünfjahrplanes, um auch auf diese Weise die Verteidigung und Wehrfähigkeit der Sowjetunion zu steigern.

4. Engste Verbindung unseres Kampfes gegen die wachsende Kriegsgefahr mit unseren Tageskämpfen. Doch nicht allein Agitation und Propaganda gegen den Krieg, sondern umfassendste organisatorische Kleinarbeit. Das sind die Bedingungen, mit denen wir die ansteigende revolutionäre Welle verbreitern und vertiefen und wodurch wir die Voraussetzungen schaffen, an denen alle Interventionsversuche gegenüber der Sowjetunion zerschellen und die proletarische Revolution triumphieren wird.

*

Die Lage der polnischen Landarbeiter in Deutschland

Von Nemo

1. Der deutsch-polnische Landarbeitervertrag

Der deutsch-polnische Landarbeitervertrag vom Jahre 1927 brachte die erste grundsätzliche Regelung der polnischen Saisonwanderung nach Deutschland und die jedenfalls formelle Gleichberechtigung des polnischen Landarbeiters mit dem deutschen. Es muß festgestellt werden, daß die polnische Regierung, die den Landarbeitern keine Existenzmöglichkeit innerhalb ihrer eigenen Grenzen zu sichern vermag, sich ihrer im Auslande stark annimmt, um sie als Druckmittel und Austauschobjekt ausspielen zu können. Die polnische Regierung hat sogar wiederholt mit einem generellen Auswandererverbot gedroht, um bestimmte Forderungen durchsetzen zu können. So heißt es in einer bisher

unveröffentlichten Denkschrift des polnischen Konsulates in Berlin vom 18. Februar 1921 an das Auswärtige Amt in bezug auf die illegalen Anwerbungen polnischer Landarbeiter:

„Die polnische Regierung verfügt über genügend Mittel, um die Auswanderung von landwirtschaftlichen Arbeitern nach Deutschland einzuschränken und würde bei solcher Maßnahme sich in Uebereinstimmung befinden, sowohl mit der eigenen Gesetzgebung als auch mit den Beschlüssen der Internationalen Arbeitskonferenz in Washington, welche die Richtlinien für die Regelung von Ein- und Auswanderungsfragen im Wege zwischenstaatlicher Vereinbarungen aufgestellt hat."

Das warme Eintreten der polnischen Regierung für die Saisonarbeiter sollte in Wirklichkeit nichts anderes wie ein gutes Geschäft mit ihrem traurigen Wanderschicksal erstreben. So heißt es in einer früheren „Denkschrift über die polnische Arbeiterauswanderung nach Deutschland", die von der Vertretung der polnischen Regierung in Berlin im Jahre 1918 herausgegeben wurde:

„Indem der Einfluß der polnischen Auswanderung auf die Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen zwischen dem deutschen und polnischen Reich betont wird, sei noch hinzugefügt, daß die polnische Arbeitskraft eine Ware darstellt, die aus Polen ausgeführt und nach Deutschland eingeführt, sowohl in der deutschen wie in der polnischen Handelsbilanz eine große Position ausmacht und auf die Zahlungsbilanz und die Kurshöhe der Valuta in beiden interessierten Ländern einwirken wind."

[280] Und wenn es in der Denkschrift weiter heißt:

„Die gebildeteten Kreise des polnischen Volkes sind ernstlich um die Zukunft der polnischen Arbeitskraft besorgt, weil sie bei den zurückkehrenden polnischen Arbeitern einen ungeheuren Verlust körperlicher und sittlicher Beschaffenheit wahrnehmen",

so wird man diese Furcht der polnischen Bourgeoisie nach Verlust eines profitablen Exportgeschäftes wohl verstehen und hierauf nur ihr Eintreten für die Saisonarbeiter zurückführen müssen.

Zur Durchführung des deutsch-polnischen Landarbeitervertrages wurden gleichzeitig zwei Vereinbarungen getroffen, die „Vereinbarung über die Anwerbung und Vermittlung, Verpflichtung sowie Beförderung der polnischen Wanderarbeiter" sowie die „Vereinbarung über die polnischen landwirtschaftlichen Arbeiter, die vor dem 31. Dezember 1925 nach Deutschland gekommen und dort verblieben sind". Der Vertrag regelte also sowohl die seit dem Jahre 1920 wieder eingesetzte Saisonarbeiterwanderung, als auch die Frage der Rückwanderung der aus der Vorkriegszeit verbliebenen Landarbeiter. Der Vertrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten vom deutschen Reichstag angenommen.

Der deutsch-polnische Landarbeitervertrag gab der Wanderung der polnischen Landarbeiter ausdrücklich den Charakter einer Saisonwanderung. Der Vertrag bestimmte, daß für die Anwerbung, Vermittlung und Verpflichtung der Saisonarbeiter ausschließlich die damit beauftragten Stellen, d. h., die Deutsche Arbeiterzentrale und die polnischen staatlichen Arbeitsvermittlungsämter tätig sein sollten, wobei die Verpflichtung nur auf Grund eines bestimmten Arbeitsvertrages erfolgen durfte. Artikel 3 des Vertrages berechtigte die polnischen landwirtschaftlichen Arbeiter, die bereits vor Januar 1919 nach Deutschland kamen und hier verblieben, ungestört weiter zu arbeiten und hierfür Befreiungsscheine zu erhalten. Dagegen sollten jene Landarbeiter, die vom Januar 1919 bis Dezember 1925 nach Deutschland kamen und seßhaft wurden, wieder in die Wanderbewegung eingereiht werden. Die polnische Regierung hat jedenfalls mit ihrer Drohung weiterer Optantenausweisungen erreicht, daß lediglich 27.000 Arbeiter von der Ausweisung betroffen wurden, die im Verlauf von sechs Jahren Deutschland verlassen müssen, wobei sie jedoch als Saisonarbeiter für befristete Zeit zurückkehren können. Aber auch für diese 27.000 Landarbeiter bedeutet die Ausweisung einen schweren Schlag. Wesentlich ist Artikel 7 des Vertrages, der den polnischen Landarbeitern hinsichtlich des Arbeitsschutzes, der gewerkschaftlichen Betätigung, der öffentlichen Fürsorge und der Regelung der Arbeitsbedingungen einschließlich des Schlichtungswesens und der Arbeitsgerichtsbarkeit den gleichen Schutz wie die einheimischen Arbeiter gewährt ... „soweit nicht die deutsche Gesetzgebung etwas anderes für ausländische Staatsangehörige bestimmt". Die Rechte der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung werden auf Grund des Vertrages nur den Arbeitern mit Befreiungsscheinen gewährt.

Nur dem „Vorwärts“ blieb es vorbehalten, den deutsch-polnischen Landarbeitervertrag als „eine soziale Brücke nach Polen“ zu feiern. In Wirklichkeit aber wird auch dieser Vertrag an der Lage der polnischen Landarbeiter in Deutschland wenig ändern. Die Gleichberechtigung des Artikels 7 wird durch den oben erwähnten Zusatz völlig illusorisch gemacht. Daß die deutsche Gesetzgebung in wesentlichen Fällen „etwas anderes“ bestimmt und jederzeit bestimmen kann, geht z. B. aus der Gewerbeordnung oder aus dem Betriebsrätegesetz sowie aus den Bestimmungen über die politische Tätigkeit eines Ausländers hervor. Denselben Wert hat auch Artikel 8 des Vertrages, in dem es heißt: „Die deutsche Regierung wird ihren Einfluß dahin geltend machen, daß die Wohnungen der polnischen landwirtschaftlichen Arbeiter in sittlicher und [281] gesundheitlicher Beziehung einwandfrei sind.“ In dem Wortlaut zur Begründung des Vertrages heißt es aber ausdrücklich: „Eine Verpflichtung zu gesetzlichen Maßnahmen hat die deutsche Regierung nicht übernommen.“ Dies bedeutet nichts anderes, als daß Artikel 8 lediglich als Phrase zu bewerten ist. Ebenso widerspricht die Art der Vermittlung und Verpflichtung der Arbeitskräfte vollkommen den Interessen der Saisonarbeiter. In dem Vertrag heißt es, daß die Deutsche Arbeiterzentrale einen Arbeitsvertrag ausfertigen soll, von dem der Arbeitgeber, die Arbeiterzentrale und das polnische Arbeitsvermittlungsamt je ein Exemplar erhalten. Ein viertes Exemplar erhält jedoch nicht der polnische Landarbeiter, sondern eine durch das Arbeitsvermittlungsamt aus der Arbeitergruppe zu bestimmende Person. Diese ernannte und nicht gewählte Person liest den Arbeitsvertrag einmal vor, woraufhin er von den Landarbeitern sofort unterschrieben werden muß. Man muß dcii endlosen Text des Arbeitsvertrages gesehen haben, um zu wissen, daß es selbst einem gebildeten Menschen unmöglich ist, seinen wirklichen Sinn zu verstehen, ohne ihn mehrmals gründlich studiert zu haben.

In dem deutsch-polnischen Landarbeitervertrag heißt es weiter, daß die Arbeiter verpflichtet sind, bis zum 15. Dezember ununterbrochen zu arbeiten. Der Gutsbesitzer hat dagegen das Recht, den Saisonarbeiter jederzeit mit achttägiger Kündigung zu entlassen. Ebenso hat allein der Arbeitgeber das Recht, jene „dringenden Fälle“ zu bestimmen, in denen der Saisonarbeiter laut Vertrag verpflichtet ist, Ueberstunden zu leisten, oder aber zu bestimmen, welche Arbeiten im Tagelohn oder Stücklohn auszuführen sind. Was die Löhne anbetrifft, so sollen sie sich nach den Löhnen der einheimischen Arbeiter richten. Ueber die Auszahlung der Löhne sind Bestimmungen getroffen worden, die 15 Wochen lang Abzüge vorsehen, um die der Landarbeiter bei der Rückkehr meistens betrogen wird. Von einem Urlaub für die polnischen Landarbeiter ist keine Rede. Als Ganzes betrachtet, liefert grade der deutsch-polnische Landarbeitervertrag den besten Beweis für die Unmöglichkeit, das Wanderungsproblem der Arbeiterklasse durch vertragliche Abmachungen zwischen bürgerlichen Regierungen zu lösen.

2. Die Lage der Saisonarbeiter in Deutschland

Man sollte annehmen, daß die Frage der Ausländerbeschäftigung in dem Moment ihren Sinn, d. h. ihren Vorteil für die Landwirte verliere, in dem laut Vertrag und Gesetz gleichberechtigte Lohn- und Arbeitsbedingungen für in- und ausländische Arbeiter geschaffen werden. Dem ist aber nicht so, denn noch heute gilt, was die Zeitschrift „Arbeit und Beruf“ im März 1926 schrieb:

„Es arbeitet sich ja auch zu bequem mit den polnischen Arbeitern, die in kultureller und sozialer Hinsicht so gut wie keine Ansprüche stellen, die sich mit einer dürftigen Massenunterkunft zufrieden geben, wo sie vielfach auf langen Pritschen liegen, die bei Wind und Wetter ihr Tagewerk ohne Murren verrichten, ein hör- und fühlbares Aufmuntern zur Arbeit selten tragisch nehmen und die man bei gegebenem Anlaß auch fortschicken kann, die froh und dankbar sind, wenn sie auch den Winter hindurch bei dem üblichen Deputat von 12 bis 15 Pfennig Stundenlohn dableiben dürfen. Es sind bedürfnislose und darum ‚prächtige‘ Menschen, sie sind entschieden besser und darum beliebter als die deutschen Arbeiter.“

Unbestreitbar ist vor allein, daß die Sachbezüge der polnischen Landarbeiter in den meisten Fällen hinter denen der einheimischen zurückbleiben. Eine große Rolle spielt auch die Wohnungsfrage hat doch grade die außerordentlich große Wohnungsnot auf dem Lande wesentlich zur Landflucht beigetragen. Obgleich die Landwirtschaft von der Mietsteuer befreit ist und pro Kopf eines jeden Saisonarbeiters einen [282] sogenannten Schnitterzoll von nur fünf Mark zu zahlen braucht, wird für die Beseitigung der Wohnungsnot auf dem Lande nichts getan. Berücksichtigt man, daß die jährliche Belastung für die Wohnung eines deutschen Landarbeiters 200 Mark beträgt, für den in Massenquartieren

untergebrachten polnischen Landarbeiter nur 50 Mark, so wird man sowohl die permanente Wohnungsnot auf dem Lande als auch den Vorteil der Ausländerbeschäftigung in der Landwirtschaft verstehen. Durchaus mit Recht schreibt Helmut Schneider im „Magazin der Wirtschaft“ (Nr. 20/1926):

„Die ländlichen Wohnungsverhältnisse und die Kasernierung der fremden Arbeiter gestattet diesen, ein Dumping gegen den deutschen Arbeiter zu richten, mit der stillen Unterstützung des deutschen Großgrundbesitzens.“

Mit welch schauderhaften Wohnverhältnissen die polnischen Landarbeiter vorlieb nehmen müssen, ging aus einer Meldung der „Volkswacht für Schlesien“ (28.9.27) hervor, laut der der Landesrat Gartner die Beschäftigung deutscher Landarbeiter trotz der hohen Arbeitslosenziffern für unmöglich erklärte,

„weil der Zustand der zur Verfügung stehenden Wohngelegenheiten nach Feststellung des Landesarbeitsamtes derartig ist, daß sie deutschen Arbeitern nicht zugemutet werden können“.

Ebenso wie der Wohnungsbau auf dem Lande durch die „Ausländerbeschäftigung“ verhindert wurde, ist auch eine Aufhebung der gradezu mittelalterlichen ländlichen Arbeitsverfassung sowie eine entsprechende Lohnverbesserung verhindert worden. Selbst ein so objektiver Zeuge wie Professor Aereboe muß erklären:

„Sind die Löhne der einheimischen Arbeiter dabei auch scheinbar nicht in allen Fällen direkt gedrückt worden, so ist dies doch bei genauerem Zusehen der Fall, denn man darf nicht nur Jahresverdienst mit Jahresverdienst vergleichen und muß zum Lohne auch Wohnung, Feuerung, Licht, deren Kosten bei den Wanderarbeitern gering sind, mitrechnen. Auf alle Fälle ist aber durch die Wanderarbeiter beim einheimischen Landarbeiter eine gesunde Einkommenssteigerung hintangehalten worden.“

Man braucht nur einen Blick auf die Lohnverhältnisse der deutschen Landarbeiter zu werfen, um die Richtigkeit dieser Behauptung zu erkennen. Der Deutsche Landarbeiterverband behandelte in seiner Denkschrift das Verhältnis zwischen den Löhnen der Industrie- und Landarbeiter, wobei sich ein ungeheurer Abstand der Landarbeiterlöhne von den Löhnen eines ungelernten Arbeiters in ein und demselben Wirtschaftsgebiet ergab. So verdiente ein Landarbeiter, der mit seiner Frau und seinem erwachsenen Sohne arbeitete, im Oktober 1927 in

			Stundenlohn eines Bauhilfsarbeiters	
Ostpreußen	64,97	Pfennig	63	Pfennig
Schleswig-Holstein	87,–	"	88	"
Schlesien	77,32	"	71	"
Mitteldeutschland	92,08	"	80	"

Noch jämmerlicher sind die Löhne der jugendlichen Landarbeiter, die in Ostpreußen z. B. nur 25 bis 40 Prozent vom Spitzenhohn des erwachsenen Arbeiters verdienen, obgleich sie dieselbe Arbeitszeit haben. Auch die Löhne der Landarbeiterinnen betragen nur 45 Prozent des Spitzenlohnes der Landarbeiter. Im Reichsmaßstabe betrug der durchschnittliche Gesamtlohn im Oktober 1927 pro Stunde kaum 40 Pfennig, für jugendliche und weibliche Arbeitskräfte entsprechend weniger. Be-[283]zeichnend für den Tiefstand der Landarbeiterlöhne ist die Tatsache, daß fast kein Landarbeiter einkommensteuerpflichtig ist.

Im Juli 1928 ergaben die tariflichen Lohnverhältnisse (Barlohn plus Deputatlohn pro Stunde in Pfennigen) folgendes Bild:

	Deputanten	Frauen	Jugendliche	Gesamtlohn für 3 Arbeitskräfte	
Ostpreußen	36,38	32,36	17,63	86,47	Mark
Pommern	43,32	23,82	26,82	93,96	"
Mecklenburg-Schwerin	47,41	23,66	24,09	95,16	"
Brandenburg	45,75	22,19	23,19	91,13	"
Ober- u. Niederschlesien	40,68	17,–	25,50	83,18	"
Hannover	44,50	25,42	30,42	100,34	"
Schleswig-Holstein	45,19	23,–	28,48	96,67	"

Bei diesen Tariflöhnen in der Landwirtschaft muß berücksichtigt werden, daß sie Höchstlöhne sind, wobei noch ein Abzug von 15 Prozent erfolgt, der sich aus einer unterschiedlichen Berechnung der

Naturalleistungen ergibt. Die allgemeine Behauptung, als sei der Landarbeiter nur als ungelernter Arbeiter zu betrachten, wird man zukünftig entschieden zurückweisen müssen. Edwin Hörnle hat in seiner Arbeit über „Die Industrialisierung der Landwirtschaft“ nachgewiesen in welch einem Maße auch die Landwirtschaft immer mehr qualifizierte Arbeitskräfte benötigt.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Beschäftigung von hunderttausenden polnischen Landarbeitern, die weder gewerkschaftlich organisiert noch politisch aufgeklärt sind, zur Lohndrückung und zur Verhinderung einer Lohnsteigerung benutzt worden ist. So sah der deutsche Landarbeiter in dem polnischen Saisonarbeiter zuletzt keinen Arbeits- und Kampfgenossen, sondern einen fremden Feind, auf den alles Unglück zurückzuführen war. Die Großgrundbesitzer ließen nichts unversucht, um diese Auffassung zu stärken und einen Keil zwischen einheimischen und ausländischen Landarbeitern zu treiben. Umgekehrt aber leiden auch die polnischen Wanderarbeiter unter den fürchterlichen Lohnverhältnissen in der deutschen Landwirtschaft, und dies um so mehr, als ihre Löhne trotz aller „Gleichberechtigung“ immer wieder gedrückt werden. Dem polnischen Landarbeiter wird nicht nur häufig die übliche Saisonarbeiterzulage gekürzt oder gar gänzlich vorenthalten, sondern auch der Tariflohn beschnitten. Der reale Unterschied zwischen den Löhnen der einheimischen und ausländischen Landarbeiter wurde auf 40 Prozent geschätzt.

Nicht besser steht es mit der Arbeitszeit der Landarbeiter, die gesetzlich auf 2900 Stunden jährlich festgelegt wurde. Die Vorläufige Landarbeitsordnung, für die der DLV. voll und ganz verantwortlich ist, sieht den Zehn- bis Elfstundentag vor. Wie bereits erwähnt, kann der Arbeitgeber auf Grund des deutsch-polnischen Landarbeitervertrages die Notwendigkeit von Ueberstunden jederzeit aus eigenem Ermessen bestimmen. Tatsächlich ist die Arbeitszeit in den letzten Jahren unaufhörlich gestiegen. Vom .Jahre 1924 bis 1927 stiegen die Jahresarbeitsstunden im Kreis Königsberg um 8, im Kreis Randow (Pommern) um 63, im Freistaat Mecklenburg-Schwerin um 11, in Dessau und Zerbst um 58, in Rheinhessen um 34 und im Kreis Bielefeld um 55 Stunden.

Ein besonderes Kapitel für sich ist die Behandlung, oder besser gesagt, die Mißhandlung des polnischen Landarbeiters in Deutschland, über die eine Fülle von Material vorliegt. Wieweit die Zustände auf diesem Gebiete gekommen sein müssen, geht aus folgenden Ausführungen der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“ (Nr. 7/1928) hervor:

[284] „Die Gewohnheit des Umgangs mit einer von Jahr zu Jahr steigenden Zahl von Ausländern ließ Landwirte und Gutsbeamte sich schließlich ganz auf diese einstellen ... Die im Osten beschäftigten Gutsbeamten waren im Westen unverwendbar, weil hier die Landarbeiter sich ihre Behandlung nicht gefallen ließen.“

Nicht besser steht es um die sittlichen und hygienischen Bedingungen, die einfach als menschenunwürdig bezeichnet werden. Die polnischen Landarbeiter und Landarbeiterinnen werden gemeinsam in schmutzigen Baracken untergebracht, in denen häufig Seuchen ausbrechen. Damit dem Saisonarbeiter für häusliche Angelegenheiten eine weibliche Kraft zur Verfügung steht, werden die jungen Leute nur „paarweise vermittelt. Wird aber eine Landarbeiterin schwanger, so kann sie auf Grund des deutsch-polnischen Landarbeitervertrages entlassen werden. Wie wenig die Großgrundbesitzer sich an die Tarif- und Privatverträge halten, beweist die große Zahl der Rechtsstreitfälle, die vom DLV durchgeführt worden sind, die aber nur einen Bruchteil aller Streitigkeiten darstellen. In einem Zeitraum von 2½ Jahren wurden insgesamt 19.279 Streitfälle erledigt, an denen 52.849 Personen beteiligt waren und die Objekte im Gesamtwert von 1.455.407 Mark betrafen.

3. Gewerkschaftliche und politische Lage

Von einem gewerkschaftlichen und politischen Kampf der polnischen Saisonarbeiter in Deutschland kann ebensowenig die Rede sein wie von einem einheitlich organisierten Kampf des gesamten deutschen Landproletariats. Der reformistische DLV zählt heute kaum 200.000 Mitglieder, d. h. nur 5 Prozent des gesamten Landproletariats sind gewerkschaftlich organisiert. Wesentlich aber ist, daß der DLV mit beiden Füßen auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung steht und den Weg des revolutionären Klassenkampfes prinzipiell ablehnt. Mit vollem Recht heißt es in der Denkschrift des DLV: „Die Landarbeiter sind die Parias der deutschen Arbeiterschaft“, aber das hält den DLV nicht ab, sich mit Lohnerhöhungen von 1 bis 2 Pfennig pro Stunde zufrieden zu geben und noch heute

die Regelung der Arbeitszeit im Sinne der berüchtigten Vorläufigen Landarbeitsordnung zu fordern. Von einheitlich organisierten Kämpfen auf dem Land ist keine Rede. Die Haupttätigkeit des Verbandes scheint in der Austragung von „Rechtsstreitigkeiten“ vor den Schranken bürgerlicher Klassengerichte zu bestehen. Mit ihren lächerlichen Lohnforderungen glauben die Führer des DLV „bei den gegebenen Verhältnissen das Höchstmaß von dem erreicht zu haben, was sich erreichen ließ“ und mit Bitt- und Denkschriften „an die Herren Minister“ die elende Lage der Parias der deutschen Arbeiterschaft verbessern zu können. Von welchem Geist diese Forderungen durchdrungen sind, geht aus der letzten Denkschrift des DLV hervor, in der es heißt:

„Diese Forderungen erheben wir nur, um der deutschen Landwirtschaft die produktiven Kräfte zu erhalten und ihr eine Arbeiterschaft zu geben, die mit Lust und Liebe an der Aufwärtsentwicklung dieses Wirtschaftszweiges mitzuarbeiten gewillt ist.“

Daß eine derartige Taktik sich auch auf die Lage der polnischen Saisonarbeiter in Deutschland auswirken muß, ist selbstverständlich. Der DLV behandelt denn auch die Frage der polnischen Saisonarbeiter als ein durchaus untergeordnetes Problem. Lediglich durch den Druck anderer revolutionärer Kräfte gab der DLV eine Art Bulletin „Der polnische Landarbeiter in Deutschland“ heraus, welches aber nur kurze Zeit erschien und welches kennzeichnend dafür war, wie wenig der DLV mit den polnischen Landarbeitern verbunden war. Betont sei vor allem, [285] daß ohne ein gemeinsames Vorgehen der deutschen und polnischen Gewerkschaftsverbände eine Kontrolle und Beeinflussung der Saisonwanderung unmöglich ist. Davon aber sind die reformistischen Führer Amsterdams noch weit entfernt. Die Kontrolle und Beeinflussung der Arbeiterwanderungen überlassen die Amsterdamer lieber den bürgerlichen Regierungen, war es doch niemand anders als K n o l l, der als Vertreter des ADGB auf dem Weltwanderungskongreß 1926 sich gegen die Errichtung von Gewerkschaftsämtern für Aus- und Einwanderer wandte. Nach Knoll „würde die Gewerkschaftsbewegung sich damit eine Last aufladen, die ihre Kräfte weit übersteigen würde“.

Wollte man nach einer derartigen prinzipiellen Einstellung der Amsterdamer zu dem Wanderungsproblem der Arbeiterklasse von den Führern des DLV noch etwas erwarten, so müßten die polnischen Saisonarbeiter sich kampflos in ihr Schicksal fügen. Den polnischen Saisonarbeitern in Deutschland bleibt nur der eigene Zusammenschluß unter Führung revolutionärer Elemente und mit Unterstützung der Kommunistischen Partei in verschiedenen politischen und kulturellen Gruppen übrig. Das Sprachorgan dieser Gruppen ist die polnische Zeitung „G l o s P r a c y“, welches das einzige Sprachorgan der polnischen Arbeitermassen in Deutschland ist. Das Erscheinen des „G l o s P r a c y“ hat nicht nur in den polnischen Konsulaten Wut und Aufregung erzeugt, sondern auch die polnische Presse wurde von panischem Schrecken ergriffen und forderte größere Geldmittel für die polnischen Konsulate zwecks energischerer Bekämpfung der revolutionären Propaganda innerhalb der Reihen der polnischen Landarbeiter. Dank der Tätigkeit dieser Gruppen verhält sich die polnische Bourgeoisie zu dem zurückkehrenden Saisonarbeiter höchst mißtrauisch. Die polnischen Konsulate in Deutschland lassen denn auch eine verstärkte Tätigkeit unter den Saisonarbeitern erkennen, indem sie Referenten senden, Vorträge veranstalten, Broschüren verteilen, ja, selbst einen nationalen Landarbeiterverband zu gründen versuchen. Daß nebenbei eine systematische Beobachtung und Bespitzelung aller polnischen Arbeiter in Deutschland erfolgt, ist selbstverständlich.

Die kommunistischen Parteien Deutschlands und Polens sind in gleicher Weise an der polnischen Saisonarbeiterwanderung interessiert. Obgleich Polen mehr Agrar- als Industriestaat ist, bleibt die revolutionäre Aufklärung der polnischen Landarbeiterschaft gegenüber dem Industrieproletariat noch weit zurück. Die illegalen Bedingungen, unter denen die Kommunistische Partei Polens ihre Arbeit durchführen muß, erschweren ihre Arbeit auf dem Lande ungeheuer. Aber die Tatsache, daß Jahr für Jahr ein neues Heer von zehntausenden polnischen Landarbeitern nach Deutschland zieht, um später wieder zurückzukehren, macht die Ausnutzung der legalen Arbeitsmöglichkeiten zur gebieterischen Pflicht. Diese Arbeit kann nur gemeinsam von den kommunistischen Parteien Deutschlands und Polens durchgeführt werden. Die jährliche Saisonwanderung der polnischen Landarbeiter nach Deutschland muß benutzt werden, um die Saat der revolutionären Aufklärung unter ihnen auszustreuen, eine Saat, die nicht nur in Polen, sondern auch in Deutschland reife Früchte tragen dürfte. Hier liegen

zugleich die Voraussetzungen für die Herstellung einer einheitlichen Kampffront zwischen deutschen und polnischen Landarbeitern und damit zur Verbesserung ihrer gemeinsamen elenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. [286]

*

Zur Vorbereitung des 5. RGI-Kongresses

im Juli dieses Jahres findet in Moskau der V. RGI-Kongreß statt, den unsere Partei zur Veranlassung nehmen muß, um die breiteste und tiefstgehende Kampagne im gesamten deutschen Proletariat für die Massenpropagierung der Grundsätze und Methoden des revolutionären Klassenkampfes einzuleiten und für die Gewinnung und Eroberung der Arbeitermassen für eine revolutionäre, offensive Gewerkschaftspolitik und Strategie Sorge zu tragen. Mit aller Wucht und Eindringlichkeit muß vor den Augen des gesamten deutschen Proletariats das Problem „Amsterdam oder Moskau“ gestellt, erläutert und entschieden werden. Die ganze Partei muß sofort unmittelbar um die Probleme, die auf dem V. RGI-Kongreß auf der Tagesordnung stehen, eine intensive Massenkampagne einleiten, so daß das gesamte Proletariat an den Verhandlungen in Moskau lebendigen und lebhaften Anteil nimmt. Die Spalten unserer Parteipresse, unserer Zeitschriften, unserer Zellenzeitungen usw. müssen in den nächsten Wochen auf diese zentrale Parteikampagne eingestellt sein.

Die wichtigsten Probleme, die aus der Arbeit der Deutschen Partei und der RGO in Verbindung mit der Vorbereitung des V. RGI-Kongresses gestellt werden müssen, können in folgenden Punkten zusammengefaßt werden:

1. Die Anwendung der Einheitsfronttaktik durch die RGO.
2. Die Rolle der RGI und der revolutionären Gewerkschaftsopposition.
3. Wirtschaftskämpfe, Tarifbewegungen und die Taktik und Aufgaben der RGO.
4. Die Arbeit der RGO in den Gewerkschaften.
5. Die Rolle und Aufgaben der ausgeschlossenen Gruppen und Zahlstellen.
6. Die RGO kein Gewerkschaftsersatz.
7. Die Stellung der RGO zum Tarifwesen.
8. Die Aufgaben der revolutionären Betriebsräte und Betriebsvertrauensleute.
9. Der gemeinsame Kampf der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen.
10. Die Durchführung der Wendung der RGO zu den Jungarbeitern und Arbeiterinnen.

Diese Fragen müssen in der Partei innerhalb der Reihen der revolutionären Gewerkschaftsopposition, in den Betrieben und Gewerkschaften einer breiten Diskussion unterzogen werden. Das muß zu einer noch breiteren und tieferen Erkenntnis der verräterischen Rolle der Amsterdamer führen, zu einer Verbreiterung der RGO, zur allgemeinen Anerkennung der Notwendigkeit dieser Massenbewegung der deutschen Arbeiterschaft.

Die Vorbereitungsarbeiten zum V. RGI-Kongreß sollen nicht eine besondere Kampagne sein, sondern auf das engste sind diese Fragen verbunden mit den täglichen Kämpfen der Arbeiterschaft in den Betrieben, Gewerkschaften und auf den Arbeitsnachweisen. Durch Aus-[287]wertung der Erfahrungen der täglichen Kämpfe der Arbeiter in den Betrieben, der „wilden Streiks“, der Kämpfe gegen den Lohnabbau durch die Unternehmer trotz formeller Anerkennung der Tarife müssen die Beratungen auf dem V. Kongreß der RGI in Moskau befruchtet werden. Auf diese Weise muß die Arbeiterschaft selbst zur Mitwirkung an den Beratungen herangezogen werden. Das wird zu einer weiteren Stärkung des Einflusses der RGI führen.

Im Nachfolgenden bringen wir zunächst die Resolution des erweiterten Präsidiums der Kommunistischen Internationale vom März dieses Jahres zum Abdruck. In den nächsten Nummern der „Internationale“ werden wir zu den einzelnen Problemen des Kongresses Stellung nehmen.

Das Sekretariat der ZK

Über den 5. Kongreß der RGI

Resolution des Erweiterten Präsidiums des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale zu dem Referat des Genossen Losowsky.

Bei der Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe der Arbeiterklasse und bei dem allgemeinen Aufschwung der Arbeiterbewegung bekommt die Tätigkeit der revolutionären Gewerkschaften, der revolutionären Opposition und des Weltzentrums der revolutionären Gewerkschaftsbewegung, der Roten Gewerkschafts-Internationale, eine äußerst wichtige Bedeutung. Aus diesem Grunde muß die Vorbereitung zum 5. Kongreß der RGI über den Rahmen der üblichen traditionellen Methoden hinausgehen, den Charakter eines Vorstoßes tragen. Die Aufgabe besteht darin, den 5. Kongreß zu einem ernsten Markstein für die ganze Arbeiterbewegung der Welt zu machen. Der 4. Kongreß war von gewaltiger Bedeutung in bezug auf die ideologische und organisatorische Konsolidierung der Kräfte der revolutionären Gewerkschaftsbewegung. Der Kongreß fand jedoch an der Schwelle des Aufschwunges der Arbeiterbewegung statt, während der 5. Kongreß in einer Lage bedeutsamer Verschärfung der Klassenkämpfe zusammentritt. Deshalb muß auch der 5. Kongreß der RGI in bezug auf die Vorbereitung und die Lösung der Fragen, die auf Grund der Erfahrungen der letzten Wirtschaftskämpfe und in der Zeit der Krise und der Massenarbeitslosigkeit entstanden sind, weitergehen. Im Zusammenhang mit dem 5. Kongreß stehen vor allen kommunistischen Parteien folgende Aufgaben:

1. Die Durchführung der Beschlüsse des 4. Kongresses und der 6. Session des Zentralrates der RGI in der Praxis zu prüfen.

2. Die Lage und der Zustand der kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften muß geprüft und untersucht werden und die Ursachen der immer fortdauernden Schwäche dieser Fraktionen müssen festgestellt werden.

3. Die schwachen Seiten in der Tätigkeit der revolutionären Gewerkschaften müssen genau geprüft und öffentlich behandelt werden. Ebenfalls die Methoden zur Besserung der Arbeit.

4. Die Tätigkeit der Gewerkschaftsopposition und der Minderheitsbewegung muß geprüft werden. Besondere Aufmerksamkeit muß den Formen der Verbindung mit den Massen und den Methoden der organisatorischen und der Massenarbeit zugewendet werden.

5. Die grundsätzlichen Probleme der revolutionären Gewerkschaftsbewegung der Welt müssen einer allseitigen Behandlung in der Parteipresse unterzogen werden. Zu diesem Zwecke sollen besondere [288] Seiten in der Ueberschrift „Zum 5. Kongreß der RGI“ eingeführt werden.

6. Es muß die Initiative ergriffen werden zur Behandlung aller Fragen, die mit dem 5. Kongreß in Verbindung stehen, nicht nur in den Gewerkschaftskonferenzen und Kongressen, sondern auch unmittelbar in den Massen, in den Betrieben.

7. Die kommunistischen Fraktionen müssen dafür sorgen, daß auf dem 5. Kongreß die Arbeiter und Arbeiterinnen aus den Betrieben, besonders aus den wichtigsten Industriezweigen (Bergbau, Metall, Transport, chemische Industrie usw.) vertreten sind.

8. Die ganze Tätigkeit zur Vorbereitung des 5. Kongresses der RGI muß in der Praxis im Zeichen der scharfen Selbstkritik und des entschlossenen Kampfes gegen den Gewerkschaftslegalismus und Opportunismus stehen.

Das Präsidium der Komintern mißt der ernsten Vorbereitung des 5. Kongresses der RGI außerordentlich große Bedeutung bei und beauftragt alle Sektionen, diese Arbeit auf der Basis des internationalen revolutionären Wettbewerbes durchzuführen.

[289]

Die Internationale
13. Jahrgang * Berlin, 15. Mai 1930 * Heft 10

Zum 5. Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale

Von Erich Auer

Der V. Kongreß der RGI ist nicht nur eine internationale Tagung der revolutionären Arbeiterklasse von größter Bedeutung, die den weiteren Gang der verschärften Klassenkämpfe und die einzuschlagende Taktik der revolutionären Klassenkräfte, die in der RGI zusammengefaßt sind, maßgebend bestimmen wird, sondern der bevorstehende Kongreß ist zugleich das Jubiläum des zehnjährigen Bestehens der RGI. Seit ihrem Bestehen hat sich die RGI zu einer bedeutenden Organisation der Gewinnung und Eroberung der gewerkschaftlich organisierten und unorganisierten Arbeitermassen auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes entwickelt. Sie hat viel beigetragen zu einer klassenbewußten Orientierung der Arbeitermassen im Weltmaßstabe. Der tägliche Kleinkrieg in den Betrieben, in den Gewerkschaften, auf den Arbeitsnachweisen, sowohl wie die gewaltigen Auseinandersetzungen Zehntausender von Arbeitern ist undenkbar ohne die Direktiven, ohne die Ratschläge an die kämpfenden Arbeiter, ohne die von der RGI herausgearbeitete Taktik und Strategie für diese Kämpfe. Bei den Auseinandersetzungen der revolutionären, klassenbewußten Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften, mit den Klassengenossen, die noch unter dem Einfluß des Reformismus stehen, die ihrer Lage nach für die revolutionäre Front gewonnen werden müssen, ist die RGI ein unentbehrliches Kraftzentrum für die revolutionäre Klassenfront, so wie Amsterdam noch ein festes Bollwerk des Reformismus und damit der Bourgeoisie ist.

Amsterdam oder Moskau

Das ist die Frage, die bereits an der Wiege der RGI gestellt wurde, um die Millionen von Arbeitern ringen. Das ist die Entscheidungsfrage für jeden Proleten. Hier scheiden sich die Fronten: Hie Kommunismus, Herrschaft der Arbeiter und armen Bauern, Vernichtung des widersinnigen, fluchbeladenen kapitalistischen Ausbeutersystems, Aufrichtung der proletarischen Diktatur, und hie: Reformismus, Wirtschaftsfriede, Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft, Förderung der Kapitalbildung, Sicherung der Konjunktur der Kapitalisten, Unterstützung der kapitalistischen Rationalisierung, Verbreitung von Illusionen über ein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus durch Wirtschaftsdemokratie [290] usw. Aus diesem Gegensatz der zwei Welten resultiert, auch wenn das von vielen Arbeitern, die sich noch zur Gefolgschaft Amsterdams bekennen, nicht erkannt wird, die berechtigte und dringend notwendige Existenz der RGI.

Das offen sichtbare Bekenntnis und die unbedingte Bejahung der kapitalistischen Herrschaft über die Arbeiter durch die Amsterdamer Führer der II. Internationale haben die Herren Macdonald, Thomas, Vandervelde, Scheidemann und Konsorten als königliche Minister, Berater im großen Hauptquartier usw. während des Krieges durch ihre Burgfriedenspolitik abgelegt. Seitdem ist dieses Bündnis zwischen den Amsterdamern Führern und der Bourgeoisie noch enger geworden, noch fester sind sie verwachsen mit dem Machtapparat der Kapitalistenklasse. Noch größer, noch raffinierter ist ihr Verrat an der Arbeiterklasse geworden. Die Quantität dieser Verräterpolitik und die Methoden ihrer Durchführung hat die Qualität dieser Führer verändert. Aus Sozialchauvinisten sind in der dritten Periode Sozialfaschisten geworden, die in den Händen der Bourgeoisie die besten Werkzeuge gegen die Arbeiterklasse sind.

Wenn bei Kriegsausbruch das Schicksal der II. Internationale besiegelt wurde, die bereits vorher durch den Sieg des Revisionismus ausgehöhlt worden war, und dadurch die Parole der Bolschewiki: Es lebe die III. Internationale! notwendig wurde, so ist heute auf Grund der Entwicklung der Amsterdamer Führer zum Sozialfaschismus die Stärkung und feste Organisierung der revolutionären Arbeitermassen in der RGI notwendiger als je.

Die Amsterdamer Internationale, der Internationale Gewerkschaftsbund antwortet auf die Verschärfung der Klassengegensätze und die Zuspitzung des Klassenkampfes mit rücksichtsloser Einsetzung seiner Organe als Stützen der Bourgeoisie. Die Amsterdamer Führer haben die kapitalistische

Rationalisierung innerhalb der Arbeiterschaft propagiert und der Bourgeoisie geholfen bei ihrer Durchführung. Sie betreiben seit über zehn Jahren den Schwindel mit dem Washingtoner Abkommen, um die Arbeiter vom Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit abzuhalten. Sie sabotieren den Kampf um den Siebenstundentag, sie sonnen sich im Genuß der gesetzlichen bürgerlichen Anerkennung ihrer Organisationen, die sie als Dank für ihren Verrat bekamen. Während ihre Verbandskassen um Millionen anschwellen, fällt die Zahl der Kämpfe, die sie führen und finanzieren, sinkt die Arbeiterklasse immer tiefer ins Elend. „Wilde Streiks", Kämpfe der Arbeiterklasse unter ihrer eigenen Führung, werden durch rücksichtslosen Streikbruch der reformistischen Organisationen, durch Veranlassung dieser Führer und durch Einsetzung der Polizei, die in den meisten Fällen durch ehemalige Gewerkschaftsführer kommandiert wird, niedergeschlagen. Hinzu kommt eine systematische Minierarbeit unter der Arbeiterklasse durch Amsterdam gegen die Sowjetunion, gegen die Diktatur des Proletariats.

Nutzen aus der Existenz und der Arbeit der Amsterdamer schöpft nur die internationale Bourgeoisie. Amsterdam ist ihre beste Agentur. Unermüdlich gilt es den Arbeitern diese Tatsache einzuhämmern, wobei der beste Lehrmeister die eigene Erfahrung ist.

Die Position der RGI steht auf einem anderen Blatt. Seit ihrem Bestehen war sie unermüdlich tätig, um alle Anstrengungen des Prole-[291]tariats im Kampf gegen ihre Klassengegner zu unterstützen. Ideologisch und organisatorisch lieferte sie für diesen Kampf wichtige Kampfmittel. In dem Maße, wie sich die Amsterdamer Führung durch ihre sozialfaschistische Politik vor den Arbeitern entlarvte und korrumpierte, im selben Maße, wie sich die Klassengegensätze verschärften, erstarkte die RGI. Die Entwicklung der RGI, ihre Kongresse und Direktiven richten sich nach den jeweiligen Notwendigkeiten des internationalen Klassenkampfes, wobei sie den kämpfenden Arbeitern in den Industrieländern und den unterdrückten Kolonialsklaven wegweisend und führend vorangeht.

In dem Maße, wie die Amsterdamer Internationale eine Karikatur einer Internationale geworden ist, zersetzt durch die nationalen Interessen der Bourgeoisie, die die einzelnen ihrer Anhänger vertreten, in steigendem Maße geschwächt durch ihren eigenen Verrat, wird die RGI mit der Verschärfung und Zuspitzung der Klassenkämpfe die einzige Internationale des proletarischen Klassenkampfes und der internationalen Solidarität, die über alle Grenzpfähle hinweg, ohne Rassenunterschiede die klassenbewußten Arbeiter zusammenfaßt auf der Basis des revolutionären Kampfes.

Das Kräfteverhältnis zwischen RGI und Amsterdamer Gewerkschaftsbund, der ebenfalls im Juli in Stockholm zu einem internationalen Gewerkschaftskongreß zusammentritt, hält sich zahlenmäßig ungefähr die Wage. Der IGB beziffert seine Mitgliederzahl gegenwärtig mit 13,1 Millionen mit 28 angeschlossenen Landeszentralen, die RGI gibt in ihrem Bericht an den IV. Kongreß, der 1928 stattfand, ihre Mitgliederzahl mit 13.882.209 an. Dabei sind nicht mitgezählt die revolutionären Minderheiten in den reformistischen Verbänden, die nochmals 2.874.600 ausmachen. Zu berücksichtigen ist ferner, daß die RGI und ihre Sektionen in vielen Ländern durch den weißen Terror gezwungen ist, illegal zu arbeiten. Die Stärke der RGI liegt in ihrer revolutionären Ideologie. Die Idee des Kommunismus und des revolutionären Klassenkampfes, für die die kapitalistische Ausbeutergesellschaft selbst die Wachstumsbedingungen schafft, ist es, die der RGI immer neue Streiter bringt. Und nicht zuletzt dient der RGI als wichtigste Stütze und Anziehungspunkt die Existenz der Sowjetunion, wo der Sozialismus erfolgreich aufgebaut wird unter starker Anteilnahme der Gewerkschaften der Sowjetunion.

Die Schwäche der Amsterdamer Internationale, ihr andauernder Rückgang ist erklärlich durch die Niedergangsperiode der Herrschaft des Kapitalismus, an dessen Schicksal sie gebunden ist. Ihre Stärke ist der Machtapparat der Bourgeoisie und ihre wirtschaftlichen Machtmittel, die Stärke der Tradition, die noch in breiten Arbeitermassen wirksam ist. Die Amsterdamer Internationale, ihre Ideologie des Reformismus, der Wirtschaftsdemokratie, ihre mächtigen Organisationen, besonders in den europäischen Industrieländern, sind unser ernstester Feind im Kämpfe gegen die Ausbeuter, weil er tief in den Reihen der Arbeiter selbst verwurzelt ist, ihre Kampfesfront desorganisiert, verrät und zersetzt. Wie bereits die Entwicklung zeigt, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß aus dem Ringen RGI gegen Amsterdam der Gedanke des Kommunismus, des

revolutionären Klassenkampfes, der revolutionären Einheit des Proletariats als Sieger hervor-[292]gehen wird, weil nur das die Basis ist, aus welcher die Lebensfragen der Arbeiterklasse gelöst werden können.

Die Vernichtung der gewerkschaftslegalistischen Auffassungen in den Reihen der RGI

Auf dem IV. Kongreß der RGI wurde rücksichtslos der Kampf gegen eine Richtung innerhalb der RGI aufgenommen, deren Vernichtung notwendig war für die weitere Entwicklung der RGI und der umfassenden Verbreiterung ihrer Basis. Die RGI ist groß geworden im Kampf gegen syndikalistische, scheinradikale, sektiererische Auffassungen sowohl als auch durch die erbarmungslose Vernichtung des opportunistischen Hauptfeindes. Die Auffassung des Gewerkschaftslegalismus der Walcher, Enderle usw., die sich auch heute noch als alleinige Inhaber der strategischen und taktischen Patente für die Gewerkschaftsarbeit wähnen, fanden ihren Ausdruck in den Auffassungen: Zwingt die Bonzen, Eroberung des Gewerkschaftsapparates, Durchführung der Arbeit der Opposition lediglich im Rahmen der Statuten und Beschlüsse der Gewerkschaften, Einheit um jeden Preis. Diese Auffassungen entsprachen bereits auf dem IV. RGI-Kongreß in keiner Weise mehr den objektiven Bedingungen des Klassenkampfes, der sozialfaschistischen Entwicklung der Amsterdamer Führer, den Massenausschlüssen von oppositionellen Arbeitern aus den Verbänden, der Vernichtung der Arbeiterdemokratie, der Unterstellung der Gewerkschaften unter die Organe der Schlichtungsmaschinerie. Seitdem sind diese Auffassungen, die auch heute noch von den Renegaten aufrechterhalten werden, noch unmöglicher geworden. Der große Erfolg der RGI seit dem IV. RGI-Kongreß, wo die Auffassungen dieser Opportunisten abgelehnt wurden, besteht darin, daß auch in der Praxis bis in die kleinste Zahlstelle hinein versucht wurde, den gewerkschaftslegalistischen Standpunkt zu überwinden und die selbständige Rolle der RGO herauszuarbeiten. Die Ueberwindung des Gewerkschaftslegalismus, theoretisch und in der Praxis, ist ein gewaltiger Erfolg für die RGI und hat den Weg freigemacht zu den unorganisierten Massen und zur Gewinnung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, zur Betonung der selbständigen Rolle der RGO, zur Erfüllung von Aufgaben weit über den Rahmen der Gewerkschaften hinaus. Alle Versuche, die Auffassungen des Gewerkschaftslegalismus oder Teile dieser Auffassungen wiederherzustellen, sie in Theorie oder Praxis zu vertreten, die selbständige Rolle der RGO zu negieren, müssen entschieden zurückgewiesen werden.

Die Entwicklung der RGO

Von der Erkenntnis ausgehend, die alle Erfahrungen den Arbeitern vermittelt, daß die verräterischen Führer der Amsterdamer Gewerkschaften keine Kämpfe mehr fuhren wollen und können, ist der Aktionsradius der RGO stark erweitert und ihre Basis verbreitert worden. Die Arbeit beschränkt sich nicht mehr nur auf die Gewerkschaften, sondern wurde hineingetragen in die Betriebe unter die Massen der unorganisierten Arbeiter. Nicht nur die Kommunisten sollen zur Arbeit innerhalb der Gewerkschaften durch die RGO mobilisiert und organisatorisch ver-[293]bunden werden, sondern auch die parteilosen Massen. Die Arbeit beschränkt sich nicht nur auf die Kritik und Entlarvung der Verrätereien der sozialfaschistischen Führer, sondern diese Arbeit muß mit dem Ziel geführt werden, selbst die Aktionen der Arbeiter vorzubereiten und zu führen. Die vernichtende Kritik und, Entlarvung der reformistischen Führer, die Losreißung der Massen von ihnen sind wichtige Bedingungen für die erfolgreichen selbständigen Aktionen der RGO, was oft vergessen wird.

Bei ständiger Betonung und Herausarbeitung der selbständigen Rolle der RGO unter Hervorhebung der wichtigen, historischen Mission, die die RGO besonders in Deutschland in der komplizierten Uebergangsperiode, in der wir uns befinden, wo die Bedingungen und Elemente der revolutionären Situation immer mehr reifen, zu erfüllen hat, ist notwendig, eindeutig festzustellen, daß die RGO keine Organisation mit Mitgliedsbüchern und Beiträgen ist, sondern zu einer breiten Massenbewegung entwickelt werden muß, die alle Elemente der Unzufriedenheit, der sich radikal orientierenden Arbeiterschaft innerhalb und außerhalb der Gewerkschaftsverbände auf der Basis der Vertretung ihrer Interessen erfassen muß. Die RGO ist kein Gewerkschaftsersatz. Die Mitarbeit in den

Organen der RGO (revolutionäre Betriebsvertrauensleute, rote Betriebsräte, Erwerbslosenausschüsse usw.) gegen den Reformismus kann den Kampf innerhalb der Gewerkschaften gegen die sozialfaschistische Bürokratie zur Gewinnung der Millionen organisierter Arbeiter nicht ersetzen.

Die RGO und ihr Reichskomitee muß gegenüber dem ADGB ein entscheidendes Kraftzentrum der deutschen Arbeiterklasse werden. Dem ADGB, der der treueste Agent der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse ist, muß ein revolutionäres Gegengewicht mit größerer Macht und Stärke entgegengestellt werden. Der reformistische Nebel des ADGB, der durch Hunderte von Zeitungen, Organisationen und Theorien erzeugt wird, der den Blick der Arbeiter trübt, ihren Horizont verschleiert im Interesse der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft, muß durch die Schärfe, Klarheit und Kraft der Auffassungen der RGO und der RGI, durch ihr aktives Auftreten unter den Massen zerrissen werden. Um diese Kraft, Autorität und Aktivität des Reichskomitees der RGO zu erreichen, das den Arbeitern Antwort gibt auf alle Fragen, die der Klassenkampf aufrollt, muß noch viel Arbeit getan werden.

Die Anwendung der Einheitsfronttaktik durch die RGO

Große Massen der Arbeiter, die sich heute noch in der Gefolgschaft der Amsterdamer Führer befinden, müssen für den revolutionären Kampf gewonnen werden. Eine Methode dieser Arbeit ist die Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten in den Betrieben und Gewerkschaften durch unermüdliche Diskussionen mit den sozialdemokratischen Arbeitern. Das ist nur möglich, wenn man diese Arbeiter nicht als Klassenfeinde, als ein Bestandteil der kapitalistischen Herrschaft betrachtet, selbst wenn sie sich in manchen Fällen so fühlen, wie z. B. in den kommunalen Betrieben mit sozialdemokratischen Direktoren, sondern als Arbeiter, die wie jeder Proletarier leben durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft, und so [294] den Gesetzen des Kapitalismus unterworfen sind. Daß diese Methode unserer Arbeit, die nicht neu ist, in der letzten Arbeitsperiode durch die schematische Anwendung und Uebertreibung des Begriffes Sozialfaschismus auch von den Anhängern der RGO vernachlässigt wurde, kann nicht geleugnet werden. Dieser Fehler muß korrigiert werden, ohne dabei in das Gegenteil zu verfallen, nämlich die sozialfaschistischen Führer zu schonen, um ein „gutes Verhältnis“ zu haben zu den sozialdemokratischen Arbeitern. Die Voraussetzung zur Gewinnung dieser Arbeiter, was ja der Zweck unserer Bemühungen ist, besteht im schonungslosen Kampf gegen alle arbeiterfeindlichen Handlungen der Amsterdamer Führer und ihrer Funktionäre, selbständige Organisierung der Kämpfe, in denen auch die Interessen dieser Arbeiter nur durch die RGO vertreten werden können.

Mit der Erledigung der gewerkschaftslegalistischen Auffassung hat teilweise die Meinung Platz gegriffen, daß innerhalb der Gewerkschaften überhaupt keine Anträge und Forderungen gestellt werden dürfen. Wie soll aber bei den verschiedenen Aktionen, Lohnbewegungen usw., bei den vielgestaltigen demagogischen Scheinmanövern der Bürokratie ihre Entlarvung durch die Opposition durchgeführt werden, wenn keine Forderungen, keine Anträge gestellt werden, die Mitgliedermassen nicht für ihre Forderungen und Interessen mobilisiert werden auf der Grundlage der Arbeiterdemokratie und des Selbstbestimmungsrechtes. Die Arbeit der RGO innerhalb der Gewerkschaften würde jeden politischen Inhaltes entkleidet und müßte versacken. Wir müssen die Bürokratie, insbesondere im gegenwärtigen Moment, wo sie ein großangelegtes Manöver durch ihre Scheinopposition gegen die Reaktion durchführt, um ihr durch die Große Koalition verlorengegangenes Prestige bei den Arbeitermassen durch radikale Worte wiederherzustellen, entlarven und isolieren, indem wir den Kampfwillen der Mitglieder entfachen für Lohnforderungen, die Kündigung der Lohntarife usw. Mit dem Munde sind die sozialfaschistischen Führer radikal, aber in der Tat können sie nicht kämpfen. Diese Tatsachen müssen wir den Arbeitern beweisen, indem der Kampf gegen Lohnabbau, gegen die Verschlechterung der Sozialfürsorge usw. in den Gewerkschaften unter Führung der RGO aufgerollt wird. Verzicht auf diese Arbeit bedeutet die Methode der Einheitsfronttaktik negieren, bedeutet Verzicht auf eine wichtige Methode zur Gewinnung der Massen der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter, bedeutet die Verstärkung der Fraktionsarbeit zu einer Phrase herabwürdigen.

Die Verschärfung der Klassengegensätze, die Möglichkeiten schneller Zuspitzungen und des Ausbrechens großer Kämpfe im Zusammenhang mit der Krise des kapitalistischen Systems und des brutalen

Lohnabbaues des Unternehmertums bringt es mit sich, daß die Organe der Einheitsfront der RGO in den Betrieben und auf den Stempelstellen, die weit über den Rahmen der organisierten Arbeiter hinausgreifen, stärkstens entwickelt werden müssen. Die positive Stellung der RGO gegenüber den unorganisierten Massen darf nicht negiert oder aufgegeben werden. Im Gegenteil muß die RGO durch Registrierung ihrer Anhänger in den Betrieben, durch Ausbau des revolutionären Vertrauensleutekörpers, durch Ausbreitung und Verbreiterung der Erwerbslosenausschüsse eine feste Einheitsfront des revolutionären Klassenkampfes gegenüber dem Unter-[295]nehmertum und Reformismus bilden. Dazu ist auch notwendig die Ausgestaltung der Presse der RGO. Durch Bildung von Arbeiterinnenkomitees bei der RGO, durch Verstärkung der Arbeit unter den Jungarbeitern muß unter diesen wichtigen Arbeiterschichten eine dauernd aktive Arbeit entfaltet werden.

*

Das muß die Hauptrichtung des V. RGI-Kongresses sein: Verstärkung der Massenarbeit, tiefste Verankerung der RGO sowohl in den Massen der Organisierten als auch der Unorganisierten, größte Selbstkritik und Auswertung der Erfahrungen aus den Kämpfen. Mehr internationalen Geist in der Arbeit der RGO! Nicht neue Resolutionen und Beschlüsse, sondern Durchführung der bestehenden! Nicht nur Führung der Kämpfe durch die RGO in Resolutionen, sondern in der Tat!

*

Schritt halten!

Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?

Von Hermann Remmele

(Schluß)

22. Merkers Theorie über die Arbeiteraristokratie

Die merkwürdigste Entdeckung machte Genosse Merker in seiner Analyse über die Arbeiteraristokratie. Hier verläßt er vollkommen den Boden jeder klassenmäßigen Orientierung, und mit der Fingerfertigkeit eines Hexenmeisters zaubert er ein Bild von Klassenbeziehungen und Klassenverhältnissen an die Wand, das nur höchste Verwunderung hervorrufen kann. Aber gerade das ist die Attrappe, ohne die er sein ganzes künstliches Luftgebäude des linken Doktrinarismus nicht hätte errichten können. Doch lassen wir den Genossen Merker selbst reden. Im Artikel „Der Kampf gegen den Faschismus“ schreibt Merker:

„Finanzoligarchie und die von ihr gekaufte Oberschicht der Arbeiteraristokratie, das sind in dem monopolistisch-imperialistischen Industriestaat die entscheidenden Klassenkräfte der Bourgeoisie, denn sie stützen sich auf die monopolistische Produktion. Sie sind, sozial betrachtet, auch die schärfsten Klassengegner des Proletariats, die reaktionärsten Kräfte innerhalb der bürgerlichen Klasse und somit die Träger der faschistischen Diktatur.“

Die hier vom Genossen Merker formulierte Theorie stellt die Lehre des Marxismus-Leninismus über Klassenverhältnisse und die Klassenzugehörigkeit der einzelnen Schichten innerhalb der Gesellschaftsklassen auf den Kopf. „Finanzoligarchie und ... Arbeiteraristokratie ... sind ... die entscheidenden Klassenkräfte der Bourgeoisie“, sagt Merker. Die Arbeiteraristokratie ist nach Merker also kein Teil der Arbeiterklasse, sondern der Bourgeoisie. Der Marxismus lehrt uns, daß die Menschen innerhalb der Klassengesellschaft ihren Beziehungen in der Produktion nach in die verschiedensten Klassen zerfallen. Die Produktionsverhältnisse sind bestimmend für die Gesellschaftsklassen. Der Besitz an Produktionsmitteln oder die Besitzlosigkeit bestimmt, wer zur Bourgeoisie gehört und wer nicht. Nach Merker ist das alles anders. Nach Merker zählt der, der der [296] Bourgeoisie politisch folgt, zur Bourgeoisie. Das ist eine vollkommen unmarxistische, eine rein vulgär-kleinbürgerliche Betrachtungsweise, deren besondere Bedeutung wir noch sehen werden. In Wirklichkeit gehört die Arbeiteraristokratie nicht zur Bourgeoisie, sie ist nach ihren Beziehungen in der Produktion ein Teil der Arbeiterklasse, und zwar wie Lenin sagt, „eine verhältnismäßig schmale Schicht der Arbeiterklasse“, ihrem Lebensstandard, Lebensgewohnheiten und ihrer Ideologie, das heißt ihren Interessen und Anschauungen nach, steht sie dem reaktionären Kleinbürgertum am nächsten.

Die Fragestellung des Genossen Merker zwingt, die Frage der Arbeiteraristokratie etwas ausführlicher zu behandeln. So richtig es ist, daß die Arbeiteraristokratie als die klassenmäßige Grundlage des Reformismus und Sozialfaschismus anzusehen ist, so falsch ist es, wie es Genosse Merker macht, jeden sozialdemokratischen Arbeiter und die sozialdemokratische Gefolgschaft der Arbeiteraristokratie, der Bourgeoisie zugehörig zu betrachten.

Die Frage der Arbeiteraristokratie wurde in der revolutionären Literatur besonders von den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus, von Marx, Engels, Lenin, sehr aufmerksam verfolgt und eingehend behandelt. Die Arbeiteraristokratie hat in dem Wandel der einzelnen Phasen der Entwicklung des Kapitalismus, ihrem Wesen, Charakter und Umfange nach, eine sehr unterschiedliche Rolle inne gehabt. Friedrich Engels schreibt in einem Artikel „England 1845 und 1885“, abgedruckt in „Die neue Zeit“, Heft 6, Jahrgang 3:

„Zweitens die großen Trade Unions ... Die Maschinenschlosser, Zimmerleute und Schreiner, Bauarbeiter, sind jeder für sich eine Macht ... Ihre Lage hat sich unzweifelhaft seit 1848 sehr merkwürdig verbessert ... Sie bilden eine Aristokratie in der Arbeiterklasse; sie haben es fertiggebracht, sich eine verhältnismäßig komfortable Lage zu erzwingen und diese Lage akzeptieren sie endgültig.“

Nach dieser Definition gehört zur Arbeiteraristokratie erstens eine „verhältnismäßig komfortable“ Lebenslage, zweitens eine solche Lage, die diese Arbeiterschichten „endgültig akzeptieren“, d. h. eine zufriedene Lage, mit der sie sich endgültig abgefunden hat und keine höheren Ziele und Aufgaben stellt. Als drittes kam nach Engels damals noch hinzu:

„Aber was die großen Massen der Arbeiter betrifft, so steht das Niveau des Elends und der Existenzunsicherheit heute ebenso niedrig, wenn nicht niedriger denn je ... ausdehnender Sumpf von stinkendem Elend und Verzweiflung, von Hungersnot, wenn unbeschäftigt, von physischer und moralischer Erniedrigung, wenn beschäftigt ... mit Ausnahme nur der bevorrechteten Minderheit der Arbeiter; ...“

Hier haben wir ein Bild der Lage der Arbeiterklasse in England im Jahre 1885 und zugleich die Schilderung des Verhältnisses der Arbeiteraristokratie zur gesamten Arbeiterklasse. Im Briefwechsel Marx-Engels findet man dann jene Darstellung, wonach „das englische Proletariat faktisch immer mehr und mehr verbürgert, so daß diese bürgerlichste aller Nationen es schließlich dahin bringen zu wollen scheint, eine bürgerliche Aristokratie und ein bürgerliches Proletariat neben der Bourgeoisie zu besitzen. Bei einer Nation, die die ganze Welt exploitiert, ist das allerdings gewissermaßen gerechtfertigt“. Hier in diesem Briefe spricht Engels also nicht nur von einzelnen Berufen, die zur Arbeiteraristokratie zu zählen sind, sondern von der ganzen proletarischen Klasse, die infolge der Ausplünderung der ganzen Welt an den Extraprofiten zehrt und verbürgerlicht.

An diese Bemerkungen über Charakter und Wesen der Arbeiteraristokratie bei Marx und Engels knüpft Lenin in seinem Aufsatz „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“ an und erläutert, wie die englische Bourgeoisie durchs ihre Monopol-[297]stellung als einzigstes Industrieland in den zwei ersten Dritteln des vorigen Jahrhunderts nicht nur einzelne Teile, nicht nur einzelne Berufe, sondern die ganze Arbeiterklasse in die Lage der Arbeiteraristokratie versetzen und korrumpieren konnte, aber – fügt Lenin sofort hinzu – nur so lange, als Englands Monopolstellung dauerte. Nach dieser Feststellung führt Lenin aus:

„Das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts bildete den Uebergang zu der neuen imperialistischen Epoche. Nutznießer des Monopols ist nicht das Finanzkapital einer Großmacht, sondern dasjenige einiger sehr weniger Großmächte ... Damals konnte man die Arbeiterklasse eines Landes bestechen, für Jahrzehnte korrumpieren. Jetzt ist dies unwahrscheinlich, sogar unmöglich geworden dafür kann aber jede imperialistische Großmacht die kleineren Schichten (wie England in den Jahren 1848 bis 1868) der ‚Arbeiteraristokratie‘ bestechen und besticht sie auch. Damals konnte eine ‚bürgerliche Arbeiterpartei‘ nach dem treffenden Ausdruck Engels nur in einem Lande entstehen (denn dieses allein hatte das Monopol), dafür aber für lange Zeit. Jetzt ist die ‚bürgerliche Arbeiterpartei‘ unvermeidlich und typisch für alle imperialistischen Länder, doch in Anbetracht ihres verzweifelten Kampfes um die Teilung der Beute ist es unwahrscheinlich, daß eine solche Partei für lange in mehreren Ländern siegen könnte. Denn die Trusts, die Finanzoligarchie, die Teuerung usw., die die Oberschichten bestechen lassen, sie drücken, pressen, quälen und martern die Masse des Proletariats und Halbproletariats immer stärker und stärker.“

Hier haben wir eine klare Darstellung der Kausalität zwischen imperialistischem Monopol, Arbeiteraristokratie und Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Periode des Imperialismus. Die besondere Lage, die darin besteht, daß das deutsche Finanzkapital 3,6 Milliarden Reparationen und Zinsen zahlen muß, ist die einer derjenigen imperialistischen Mächte, wo die Bourgeoisie am wenigsten eine verhältnismäßig breite, mächtige Schicht der Arbeiteraristokratie erhalten und auf lange Zeit korrumpieren kann. Die Theorie des Genossen Merker über die Machtstellung der Arbeiteraristokratie neben der Finanzoligarchie widerspricht jeder marxistisch-leninistischen Theorie über die Arbeiteraristokratie.

Die Resolution des Polbüros vom 5. April 1930 sagt über Merkers Theorie zur Arbeiteraristokratie in Punkt 7 ganz mit Recht:

„Merker betrachtet die Arbeiteraristokratie gemeinsam mit der Finanzoligarchie als Bestandteil der Kapitalistenklasse, als eine der ‚entscheidenden Klassenkräfte der Bourgeoisie'. In Wirklichkeit gehört die Arbeiteraristokratie nicht zur Kapitalistenklasse, sondern sie bildet eine vom Imperialismus bestochene Oberschicht der Arbeiterklasse, die nach ihrer Lebenslage, ihren Interessen und ihren Anschauungen zum reaktionären Kleinbürgertum gehört. Die Arbeiteraristokratie ist nicht ein Bestanteil, sondern ein Anhängsel der Bourgeoisie. Der Sozialfaschismus ist nicht das Subjekt, sondern das Werkzeug der bürgerlichen Politik. Die Sozialdemokratie ist nicht der Herrscher, sondern der Lakai im System der bürgerlichen Staatsgewalt."

Genosse Merker begnügt sich aber nicht damit, nur die Arbeiteraristokratie, jene von der Bourgeoisie gekaufte und korrumpierte Oberschicht der Arbeiterklasse, die im Staatsapparat, im Apparat der Gewerkschaften, der bürgerlichen Arbeiterpartei, in den Massenorganisationen des Proletariats, im Betriebe als Angestellte und Beamte des Unternehmers die Funktionen der Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats in ihrer Totalität ausüben, zu erkennen, sondern er rechnet zu dieser dem Kapital verkauften Arbeiteraristokratie die gesamte sozialdemokratische, christliche und Hirsch-Dunckersche Arbeiterschaft, die er dem Sozialfaschismus zugehörig bezeichnet. Von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft – also auch von jenen, die selbst zu den ausgebeuteten und unterdrückten Massen gehören – sagt er, „daß gerade sie das Fundament des Sozialfaschismus überhaupt [298] sind". Eine solche Einschätzung der Arbeiteraristokratie und des Sozialfaschismus läuft auf nichts anderes hinaus, als daß dem Proletariat die Augen vor dem wirklichen sozialfaschistischen Apparat im Staate, in den Gewerkschaften, im Betriebe, in den Massenorganisationen verschlossen werden und der Kampf gegen den Sozialfaschismus, nicht gegen den sozialfaschistischen Apparat, nicht gegen das System des Sozialfaschismus und dessen Träger, die vom Kapital gekauften Elemente der Bonzokratie, gelenkt wird, sondern gegen die Arbeiter, die heute noch unklar sind, die getäuscht, verführt sind, die an die revolutionären Positionen aus ihrer bürgerlichen Erziehung, Gewohnheiten und Entwicklung noch nicht herangereift sind, und daher noch dem sozialfaschistischen Bonzentum Gefolgschaft leisten; die wir aber gewinnen müssen, die wir an die revolutionären Positionen heranführen müssen und nur heranführen können durch Kampf gegen den wirklichen sozialfaschistischen Apparat, gegen das sozialfaschistische System und seine Träger, und nicht durch Kampf gegen die Arbeiter, die es gilt, zu uns herüberzuziehen.

Die Resolution des Polbüros vom 5. April 1930 sagt über diese Anschauung Merkers unter Punkt 7:

„Nach der Auffassung des Genossen Merker sind die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter ‚das Fundament des Sozialfaschismus überhaupt'. Diese Theorie verkennt das entscheidende Merkmal des Sozialfaschismus: das immer engere Verwachsen des sozialdemokratischen Parteiapparates und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie mit dem kapitalistischen Staatsapparat. Eine solche Auffassung muß zu der Konsequenz führen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter nicht mehr zur Arbeiterklasse gehören, sondern zusammen mit den ‚Oberschichten der Arbeiteraristokratie' Bestandteil der Kapitalistenklasse sind, zu den ‚entscheidenden Klassenkräften der Bourgeoisie' gehören. Diese Auffassung bedeutet für die Praxis den Verzicht auf die Eroberung der sozialdemokratischen Arbeiter für den revolutionären Klassenkampf.

Die linksopportunistische Plattform, wie sie Merker vertritt, bedeutet eine Revision der marxistisch-leninistischen Staatstheorie, indem sie die Diktatur des Finanzkapitals durch eine Teilung der Macht zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiteraristokratie, zwischen der Kapitalistenklasse und dem Kleinbürgertum

ersetzt. Diese Auffassung führt zu einer Verschleierung der bürgerlichen Klassenherrschaft, zu einer Ablenkung der Massen vom Kampfe gegen die Diktatur des Finanzkapitals, zu einer Züchtung kleinbürgerlich-demokratischer Illusionen."

Damit ja kein Irrtum in seiner Auffassung entstehen kann, stellt Genosse Merker als Ueberschrift über das Kapitel, in dem er seine Theorie über die Teilung der Herrschaft zwischen Finanzoligarchie und Arbeiteraristokratie entwickelt, die Frage: „Wer herrscht in Deutschland?" Und hierauf antwortet er: „Finanzoligarchie und die von ihr gekaufte Oberschicht der Arbeiteraristokratie, das sind ... die entscheidenden Klassenkräfte der Bourgeoisie". Was hier der Genosse Merker als besonderen „Radikalismus" entwickelt, ist in der Tat nichts anderes als der Gedanke, daß es möglich sei, durch Teilnahme an der kapitalistischen Regierung und durch Eindringen in den bürgerlichen Staatsapparat wirklich die Verfügungsgewalt über die ökonomische Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft zu erlangen – denn wenn man von „entscheidenden Klassenkräften der Bourgeoisie" spricht, die die Arbeiteraristokratie angeblich ist –, dann kann in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nichts anderes in Frage kommen, als die Elemente der Macht und der Herrschaft der Bourgeoisie, das sind aber nicht die Ministerportefeuilles, sondern die Kom-[299]mandohöhen der Banken, Trusts, Syndikate und Kartelle, das Verfügungsrecht nicht über die leeren Portefeuilles der Ministerien, sondern über die gefüllten Kassenschränke und Tresore der Banken.

Die Idee, die der Genosse Merker entwickelt, daß die Arbeiteraristokratie, d. h. die Sozialdemokratie, durch ihre Regierungsteilnahme die wirkliche Macht und die Herrschaft im Staate ausübe, bzw. mit der Finanzoligarchie teile, ist nichts anderes als die alte Idee des Reformismus-Opportunismus von der evolutionären Entwicklung des Kapitalismus zum Sozialismus, so, wie sie Eduard Bernstein, der Vater des Reformismus in seiner Schrift „Die Voraussetzungen des Sozialismus" entwickelt hat. Wenn die Koalitionsregierung der Bourgeoisie mit der Sozialdemokratie die Teilung der Herrschaft zwischen Finanzoligarchie und Arbeiteraristokratie bedeutet, wenn die Arbeiteraristokratie nach der Theorie von Merker sich zur „entscheidenden Klassenkraft der Bourgeoisie" „hinaufarbeiten" konnte, also teilnehmen konnte am Verfügungsrecht (darauf beruht doch die Herrschaft der Kapitalistenklasse) über die Produktionsmittel der Bourgeoisie, dann hat Kautsky Recht, wenn er die Koalition zwischen Finanzkapital und Arbeiteraristokratie (Koalitionsregierung zwischen Bourgeoisie und Sozialdemokratie) als Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, als die „wahre Form der Diktatur des Proletariats, so wie sie Karl Marx gelehrt hat", verkündet. Wenn das für die Arbeiteraristokratie möglich ist, warum sollte das dann auch nicht für die gesamte Arbeiterklasse möglich sein?

Genosse Merker wird natürlich eine solche Auslegung seiner Theorie entschieden ablehnen. Aber ganz mit Unrecht. Es kommt nicht auf die Auslegungskünste dieses oder jenes an, sondern lediglich auf die unabweisliche und zwingende Logik und Konsequenz, die seine Theorie hat. Entweder die Arbeiteraristokratie (Sozialdemokratie) hat wirklich die gesellschaftliche Rolle, die ihr Merker andichtet als gleichartiger und gleich mächtiger Faktor wie die Finanzoligarchie und die Herrschaft in der Gesellschaft und im Staate muß zwischen beiden geteilt werden, das heißt die Stellung und die Konzeption des Reformismus beziehen, oder sie hat sie nicht – hier gibt es nur ein klares Bekenntnis.

Man sieht hier ganz klar, daß in dieser „radikalen" Stellungnahme der Genosse Merker ähnlich wie der Brandlerismus, bis zur Grundlinie des offenen unverhüllten Reformismus der Bernstein-Kautskyschen Staatstheorie zurückgeht. Das tritt auch dort noch in Erscheinung, wo er versucht, die von ihm entwickelte Theorie abzuschwächen. In dem Kapitel „Die Formen der faschistischen Diktatur in Deutschland" sagt er:

„Wir werden in einem späteren Artikel nachweisen mit welch großem Geschick das Finanzkapital sich auch gegen die eigenen Bestrebungen der Arbeiteraristokratie und gegen die Wirkungen einer überspitzten demagogischen Agitation des linken Sozialfaschismus und des Nationalfaschismus zur Wehr setzt, denn Sozialfaschismus und Nationalfaschismus sind in den Augen des Finanzkapitals nicht mit ihm gleichberechtigte Herrscher, sondern sie sind seine Werkzeuge zur Sicherung der eigenen Herrschaft."

Was sagt hier Merker? „... denn Sozialfaschismus und Nationalfaschismus sind in den Augen des Finanzkapitals nicht mit ihm gleichberechtigte Herrscher ..." Warum „in den Augen des

Finanzkapitals“? Das kann doch nur den einen Sinn haben, daß Sozial- und Nationalfaschismus faktisch doch „gleichberechtigte Herrscher“ sind, und daß zwischen diesen „Herrschern“ ein Wettbewerb, ein Kampf um die Alleinherrschaft stattfindet. Es kann keinerlei Zweifel bestehen, daß Merker mit seinen Auffassungen [300] über die Frage „Wer herrscht in Deutschland?“ zur reformistisch-opportunistischen Staatstheorie Bernstein-Kautskys abgeglitten ist, die die eigentliche Grundlage des Sozialfaschismus bildet.

23. Der „umgestülpte Brandlerismus“ Merkers.

Die Konsequenz der Stellungnahme Merkers, in der er in einer Reihe Von theoretischen Hauptfragen den Boden des Marxismus-Leninismus verläßt, was ihn ganz zwangsläufig zum kleinbürgerlichen Standpunkt des Reformismus-Opportunismus zurückführt, kann nur sein, auch in allen entscheidenden taktischen Fragen des Bolschewismus den Standpunkt des kleinbürgerlichen Opportunismus zu beziehen. Das geschieht auch wieder auf dem Umwege über den „Radikalismus“, aber mit so gründlicher Konsequenz und mit solcher Schärfe, wie das noch von keinem der hervorragendsten Träger des kleinbürgerlichen „Radikalismus“ in der Vergangenheit formuliert wurde.

Den Ausgangspunkt, die Konsequenz all seiner Theorien, formulierte der Genosse Merker am Ende seines Artikels „Der Kampf gegen den Faschismus“. Hier faßt er die Quintessenz aller seiner Ansichten zusammen und formuliert in der Tat die Liquidierung der leninistischen Strategie und Taktik des revolutionären Klassenkampfes.

Und das macht Genosse Merker mit solcher Gründlichkeit und Grundsätzlichkeit, daß kein Zweifel mehr über die prinzipielle Stellungnahme Merkers zu den entscheidenden Problemen der bolschewistischen Taktik mehr möglich ist. Lassen wir ihn selbst reden. Unter dem Titel: „Warum ist vollständige Klarheit über den Faschismus nötig?“ antwortet er:

„Solange noch zahlreiche Kommunisten in den sozialfaschistischen Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären Kameraden scheu, die für das gleiche Ziel, für den Sozialismus, kämpfen und auf dem Wege dahin nur einen anderen Weg als die Kommunisten marschieren, solange noch zahlreiche Kommunisten nicht gerade in den unteren sozialfaschistischen Funktionären und besonders in den ‚ehrlichen‘ Reformisten den Hauptfeind sehen, der die Ausbreitung der revolutionären Bewegung und ihre Organisierung auf das wirksamste hindert, solange zahlreiche Kommunisten in den sozialdemokratisch organisierten Arbeitern immer noch irregeführte Arbeitsbrüder sehen und nicht bemerken, daß gerade sie das Fundament der Arbeiteraristokratie im Betrieb des Sozialfaschismus überhaupt sind, mit dem man sich nicht verbrüdern darf, sondern den man vor den Massen auf das rücksichtsloseste, bis zur politischen Vernichtung bekämpfen muß, solange kann der Kommunismus nicht in dem erforderlichen Tempo vorwärts marschieren, solange wird es keine wirkliche Zersetzung der Organisationen des Sozialfaschismus geben.“

Gegen wen polemisiert der Genosse Merker in dieser Schärfe? Das werden wir gleich sehen, wenn wir uns die Beschlüsse unserer Partei ansehen. In der politischen Resolution des VI. Weltkongresses heißt es:

„37. Diese Taktik, die die Form der Einheitsfronttaktik verändert, ändert keinesfalls ihren wesentlichen Inhalt. (Gemeint ist die Einheitsfront von oben, die früher gelegentlich auch mit der sozialdemokratischen Führerschaft gemacht wurde: Fürstenenteignung, Rathenaumord usw. d. V.) Die Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie verschiebt den Schwerpunkt entschieden auf die Einheitsfrontpolitik von unten, aber sie enthebt die Kommunisten nicht der Verpflichtung, zu unterscheiden zwischen den sozialdemokratischen Arbeitern, die nur irregeführt sind und den sozialdemokratischen Führern, die die Rolle von Lakaien des Imperialismus spielen, im Gegenteil, sie erhöht diese Verpflichtung.“

Gegen den der Genosse Merker seinen Angriff richtet, auf die [301] „zahlreichen Kommunisten, die in den sozialdemokratisch organisierten Arbeitern immer noch (freilich, seit dem VI. Weltkongreß ist doch schon eine gar zu lange Zeit vergangen, d. V.) irregeführte Arbeitsbrüder sehen“, kann gar kein Zweifel sein. Die Wahl der Worte in der Polemik des Genossen Merker weist so eindeutig auf die Formulierung der Resolution des VI. Weltkongresses hin, daß kein Zweifel aufkommen kann, wer unter den „zahlreichen Kommunisten“ zu verstehen ist.

Der Kampf des Genossen Merker gegen die zahlreichen Kommunisten, die immer noch nicht gerade in den ehrlichen SPD-Arbeitern den Hauptfeind sehen, richtet sich offen

gegen die Beschlüsse des Weddinger Parteitages, und auch hier polemisiert Merker wiederum direkt gegen die Formulierungen des Parteitages, damit es keinen Zweifel geben kann, gegen wen der Kampf gerichtet ist. Die politische Resolution des Weddinger Parteitages unter Ziffer 33 in dem Kapitel „Offensive gegen den Reformismus“ besagt:

„Die Aufgaben der Partei gegenüber der Arbeiteropposition ist die stärkste Heranziehung und Mobilisierung der ehrlichen Elemente der Arbeiteropposition zu den Einheitsfrontorganen, systematische und zähe Bekämpfung ihrer Illusionen, daß die SPD noch in eine Klassenkampfpartei umgewandelt werden könne.“

Man sieht auch hier die vollkommene Uebereinstimmung in der Terminologie, mit der sich der Genosse Merker gegen die Beschlüsse des Parteitages wendet. „Die“ ehrlichen „Reformisten“, gegen die sich Merker wendet, die „der Hauptfeind“ sein sollen, sind in den Beschlüssen des Weddinger Parteitages die „ehrlichen Elemente der Arbeiteropposition“ in der SPD, die man gewinnen muß und heranziehen muß zu den Einheitsfrontorganen. Es kann auch hier kein Zweifel bestehen, daß sich Merkers Vorstoß nicht nur dem Inhalte und dem Sinne nach gegen die Beschlüsse des Weddinger Parteitages richtet, sondern auch in der Form so gehalten ist, daß auch der Blindeste merken soll: Es geht darum, die bisherige Linie der Partei, wie sie vom VI. Weltkongreß und vom Weddinger Parteitag festgelegt wurde, endgültig zu liquidieren und zu beseitigen, und an deren Stelle den „gereinigten“ und „geläuterten“ „Bolschewismus der Sektiererei“, dessen letzte Konsequenzen der Brandlerismus und der Reformismus-Sozialfaschismus ist, zu setzen, wie wir das früher schon nachgewiesen haben.

Die Resolution des Polbüros sagt in ihrem Punkt 6:

„6. Der Angriff des Genossen Merker gegen die Linie des Zentralkomitees ist eine Unterstützung des sektiererischen Linksopportunismus, der die sozialdemokratischen Arbeitermassen als Klassenfeinde, nicht als Proletarier behandelt, anstatt sie vom Einfluß ihrer sozialfaschistischen Führung loszulösen und für die proletarische Revolution zu gewinnen. Durch diese Stellungnahme wird Genosse Merker zum Hauptvertreter jenes mit linken Phrasen und scheinradikalem Geschrei maskierten Sektierertums, das die Taktik der Führung der Arbeitermassen durch eine Taktik der Isolierung von den Arbeitermassen, die wirkliche Organisierung des Massenkampfes durch leere Phrasen über den Massenkampf ersetzt.“ (Resolution des Zentralkomitees.)

In der Tat ist die Stellungnahme Merkers eine so ungeheuerliche Ablehnung der bolschewistischen Parteilinie, wie wir sie bisher nur selten erlebt haben. Der Standpunkt Merkers widerspricht allen Beschlüssen unserer Weltkongresse und Parteitage. Nahezu in jedem Kapitel der Resolution des Weddinger Parteitages, das sich mit unserer Taktik beschäftigt, wird die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für die revolutionäre Klassenfront gefordert. So wird es z. B. in [302] Punkt 35 unter dem Titel „Eroberung der Arbeitermassen, Eroberung der Betriebe“, die Ausnutzung „proletarischer revolutionärer Tendenzen“ nicht nur in der SPD, sondern sogar – man bedenke „welche Illusionen!“ nach Merker – im Reichsbanner gefordert. Wir zitieren:

„Die Partei muß den Prozeß der Radikalisierung der Arbeiterschaft tatkräftig fördern und alle proletarisch-revolutionären Tendenzen in der Mitgliedschaft der SPD und des Reichsbanners unterstützen, um den Bruch der Arbeiter mit den reformistischen Führern, ihren Austritt aus den feindlichen Organisationen und ihren Eintritt in die Kommunistische Partei au beschleunigen.“

Merker behauptet, daß die Arbeitermitglieder der SPD die Träger des Sozialfaschismus seien, die Weddinger Parteitagsresolution spricht von „proletarisch-revolutionären Tendenzen in der Mitgliedschaft in der SPD und des Reichsbanners“. Welche Opportunisten müssen nach Merkers Auffassung die Delegierten des Weddinger Parteitages gewesen sein und die Mitglieder, die nach dem Parteitag den Resolutionen des Parteitages zugestimmt haben!

Der Genosse Merker behauptet, daß unsere Stellungnahme, daß man bei der Sozialdemokratie unterscheiden müsse „zwischen der konterrevolutionären Führerschaft der SPD, den unteren Betriebsfunktionären und den einfachen sozialdemokratischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen“, eine „brandleristische Stellungnahme“ sei, die den Beschlüssen der Komintern und des Weddinger Parteitages widersprechen würden. Nach der Behauptung Merkers soll unsere Stellungnahme zur Sozialdemokratie

besonders in „der Wendung der Partei“, wie sie auf dem X. Plenum des EKKI und auf dem Weddinger Parteitag beschlossen worden sei, widersprechen. Sehen wir zu, was die politische Resolution des Weddinger Parteitages über die „Wendung“ sagt. Unter Ziffer VIII und unter dem Titel „Die taktische Wendung der KPD“ heißt es:

„Die taktische Wendung der KPD bedeutet die Anwendung neuer Formen der revolutionären Massenmobilisierung, neuer Formen der proletarischen Einheitsfront von unten, neuer Kampfformen gegen die Bourgeoisie und den Reformismus. In den Wirtschaftskämpfen, den Betriebsrätewahlen, in der Erwerbslosenbewegung, in den Maikämpfen, im Kampfe gegen die Kriegsgefahr, gegen den Faschismus, gegen die polizeilichen Verbots- und Unterdrückungsmaßnahmen wurden und werden diese neuen Kampfformen zum ersten Male in der Praxis verwirklicht, erprobt und durch Schöpferkraft der Massen aufgegriffen und fortgebildet. Bei verstärkter Fortsetzung ihrer oppositionellen Arbeit in den freien Gewerkschaften richtet die Partei in steigendem Maße ihre Orientierung auf die neuen Schichten des Proletariats, auf die Millionenmassen der unorganisierten Arbeiterschaft. Weit entfernt, die Partei von den Massen zu isolieren (wie die liquidatorisch-versöhnlerischen Opportunisten verleumderisch behaupten), erfüllt diese Taktik vielmehr die Leninsche Voraussetzung des Kampfes um die Macht: die Eroberung der Mehrheit des Proletariats in den entscheidenden Zentren, ohne die ein Sieg der Revolution unmöglich ist. In der Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Bewegung schafft die Partei revolutionäre Massenorgane (Kampfleitungen, Streikleitungen, Selbstschutzorgane, Aktionsausschüsse, Erwerbslosenausschüsse, rote Betriebsräte, Arbeiter-Delegiertenkonferenzen, Arbeiterinnen-Delegiertenkonferenzen usw.), mit deren Hilfe die Klasseneinheit der Arbeiter verwirklicht, ihre Kampfkraft auf das Höchstmaß entfaltet und ihrem Kampfwillen eine organisierte Form verliehen wird. Besonders wichtig ist der sofortige Aufbau eines revolutionären Vertrauensmännerkörpers in allen Betrieben, um den kommunistischen Einfluß in den Betrieben auf breitester Grundlage organisatorisch zu festigen.

Diese Politik bedeutet nicht eine Einschränkung der bolschewistischen Einheitsfronttaktik, sondern die Verlegung ihres Schwergewichts nach unten in die Betriebe, die Ausdehnung der proletarischen Einheitsfront bis weit über den Rahmen [303] der freigewerkschaftlichen und sozialdemokratisch organisierten Arbeiter hinaus, auf die Mehrheit des gesamten Proletariats.“

Nach dieser vollkommenen Uebereinstimmung unserer Stellungnahme zur Sozialdemokratie und unserer Kritik an den Theorien Merkers mit den Beschlüssen des Weddinger Parteitages kann man keine andere Auffassung gewinnen, als daß Genosse Merker seine Behauptungen über die „brandleristische Stellungnahme“ gegen besseres Wissen zum Zweck der Verleumdung aufstellt. Einheitsfront bis weit über den Rahmen der freigewerkschaftlichen und sozialdemokratisch organisierten Arbeiter hinaus“, heißt es in den Weddinger Beschlüssen, und nicht „die sozialdemokratischen Arbeiter sind der Hauptfeind!“, wie Merker predigt.

In dem gleichen Kapitel der Weddinger Resolution wird an anderer Stelle gleichfalls zwischen den sozialdemokratischen Arbeitern, die man gewinnen, oder wie es dort heißt „vom Reformismus losreißen“ muß und der sozialfaschistischen Führerschaft unterschieden. Hier heißt es:

„Angesichts des neuen Aufschwunges der Arbeiterbewegung muß die taktische Generallinie der Partei darauf gerichtet sein, den neuen revolutionären Aufschwung der deutschen Arbeiterbewegung zu organisieren, den Haß und Widerstand der proletarischen Massen gegen den deutschen Imperialismus, seine Kriegs- und Wehrpolitik zu entfachen, Millionen gegen die reaktionäre Koalitionsregierung aufzurütteln und vom Reformismus loszureißen, und über alle Formen und Stufen der Bewegung hinweg den Kampf für die Diktatur des Proletariats zu führen. Im Kampf um die Teil- und Tagesforderungen des Proletariats muß die Partei immer schärfer, klarer, offener die Fahne der kommunistischen Endziele entfalten: Sturz der Bourgeoisie, revolutionäre Machtergreifung des Proletariats, Errichtung der sozialistischen Sowjetrepublik.“

Unter Ziffer 31 der gleichen Resolution des Weddinger Parteitages „Kampf gegen die Koalitionsregierung“ heißt es im Abschnitt „Hauptmängel der bisherigen Arbeit“:

„Ungenügende Verbindung des Kampfes gegen die Koalitionsregierung mit den großen Massenbewegungen des Proletariats, mangelnde Ausnutzung der Rebellion der Mitgliedermassen der SPD gegen die Koalitionspolitik ihrer Führer.“

In diesem Punkt wird als „Hauptmangel unserer Arbeit“ die „mangelnde Ausnutzung der Rebellion der Mitgliedermassen der SPD“ angeführt und gleichfalls zwischen der

„Koalitionspolitik der Führer“ und der hiergegen „rebellierenden Mitgliedermassen der SPD“ unterschieden. Alles das zeigt ganz einwandfrei und eindeutig, daß sich der Beschluß des Zentralkomitees vom 20. und 21. März und unsere Stellungnahme bei Erläuterung dieses Beschlusses vollkommen in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Weddinger Parteitages befinden.

Nach alledem ist klar ersichtlich, daß der Kampf, den der Genosse Merker angeblich gegen uns führt, ein Kampf ist, der sich gegen die Beschlüsse des VI. Weltkongresses, gegen die Beschlüsse des Weddinger Parteitages, gegen die leninistische Taktik der Einheitsfront, gegen die bolschewistische Politik der Gewinnung der Mehrheit des Proletariats richtet.

Die Konsequenz der Stellungnahme Merkers in seinen Artikeln „Das nächste Kettenglied“ und „Der Kampf gegen den Faschismus“ ist letzten Endes nichts anderes als die Liquidierung der revolutionären Strategie und Taktik, die wir auf das schärfste bekämpfen und zurückweisen müssen.

Sehr zutreffend sagt die Resolution des Polbüros über den wahren [304] Charakter des Kampfes Merker gegen die leninistischen Beschlüsse unserer Partei in der Frage der Taktik folgendes:

„10. Die Auffassungen der Gruppe Merker bilden in ihrer Gesamtheit die ideologische Plattform für eine in Worten linke, in der Tat rechte Politik, die dem Leninismus entgegengesetzt ist. Die Plattform dieser Gruppe ist umgestülpter Brandlerismus. Die Wurzel dieser unsozialistischen, unproletarischen Ideologie ist das mangelnde Vertrauen in die Kraft der Arbeiterklasse, der Unglaube in die Fähigkeit der Kommunistischen Partei, die Mehrheit des Proletariats, einschließlich der sozialdemokratischen Arbeiter, zu erobern und unter ihrer Fahne zur proletarischen Macht zu führen. Während die Gruppe des Genossen Merker die einfachen sozialdemokratischen Arbeiter beschimpft und mißachtet, verwischt sie den Unterschied zwischen den SPD-Führern und den Massen und vertuscht dadurch die reaktionäre Rolle der sozialfaschistischen Führerschaft. Durch eine solche Auffassung wird das Klassenbewußtsein der Parteimitglieder und der Arbeitermassen nicht gefestigt, sondern abgestumpft. An Stelle des Klassenbewußtseins wird eine scheinradikale, in Wirklichkeit klassenfriedliche, antimarxistische Theorie und Praxis gefördert.“

Wir haben dieser treffenden Charakteristik nichts hinzuzufügen.

24. Nochmals die einheitlich-reaktionäre Masse

Als wir zum ersten Male im Kapitel 8 zu dieser Frage Stellung nahmen, glaubten wir, daß es sich bei den von uns kritisierten Artikeln nur um gelegentliche linke Entgleisungen handle und man nur eines Hinweises bedürfe, um diese Fehler zu korrigieren. Aber gerade diese Kritik löste beim Genossen Merker den heftigsten Widerspruch aus und sein Bekenntnis, daß er „aus prinzipiellen Gründen“ gegen meinen Artikel „Schritt halten“ sei. Merker schrieb in seinem Brief an das Polbüro vom 4. April:

„2. Den Artikel des Genossen Remmele lehne ich aus prinzipiellen Gründen wegen seiner weit von der Stellung der Komintern und der KPD abweichenden Anschauung über die sozialen Schichtungen in der Bourgeoisie, im Kleinbürgertum und in der Arbeiterklasse und der daraus resultierenden brandleristischen Einschätzung der Sozialdemokratischen Partei und deren Rolle in den Beziehungen zwischen den Klassen ab.“

Der Genosse Merker bestreitet die leninistische Lehre über die soziale Gliederung in der kapitalistischen Gesellschaft und stellt ihr die Merkersche Lehre des Anarchosyndikalismus von der einheitlich reaktionären Masse gegenüber, die wir früher schon erledigt haben. Auch hier wiederholt Genosse Merker sein durch nichts bewiesenes und durch nichts zu beweisendes Geflunker von der „Stellung der Komintern und der KPD“, die angeblich seinem Standpunkt entsprechen, Behauptungen, die Merker mit keiner Zeile beweisen, während man mit Gegenbeweisen ganze Bände füllen kann. Worin in der leninistischen Analyse über die soziale, kulturelle, religiöse, territoriale Gliederung der Klassen, Gruppen und Schichten in der bürgerlichen Gesellschaft der „Brandlerismus“ beruhen soll, auch dafür vermag Merker keine Zeile des Beweises zu erbringen.

Wir zitieren hier nochmals Lenin, um die Richtigkeit unseres Standpunktes aufzuzeigen:

„Der Kapitalismus wäre kein Kapitalismus, wenn das „reine“ Proletariat nicht von einer Masse außerordentlich bunter Uebergangstypen vom Proletarier zum Halbproletarier (der seinen Lebensunterhalt zur Hälfte durch

Verkauf seiner Arbeitskraft erwirbt), vom Halbproletarier zum Kleinbauern (und kleinen Handwerker, Heimarbeiter, kleiner Besitzer überhaupt), vom Kleinbauern zum Mittelbauern usw. umgeben wäre und wenn es innerhalb des Proletariats selbst nicht Gliederungen in mehr oder minder entwickelten Schichten, landmannschaftliche, berufliche, manchmal religiöse u. a. Gliederungen, gäbe. (Lenin sämtliche Werke, Band 25, Seite 261.)

[305] Von diesem Standpunkt Lenins über die soziale Gliederung, über die unterschiedlichen Gruppierungen und Schichtungen in den Reihen der Arbeiter, Halbproletarier, Kleinbesitzer usw. gehen alle unsere Komintern- und Parteibeschlüsse aus in der Frage der Taktik und der Strategie der Partei. Diese leninistische Erkenntnis von der bunten und mannigfaltigen Gliederung der kapitalistischen Gesellschaft bildet auch den Ausgangspunkt wichtigster Grundsätze des Programms der Kommunistischen Internationale.

Der ganze Abschnitt VI des Programms der Kommunistischen Internationale über „Strategie und Taktik der Kommunistischen Internationale im Kampfe um die Diktatur des Proletariats“ nimmt zur Grundlage die leninistische Lehre von der sozialen Gliederung „in der Bourgeoisie, im Kleinbürgertum und in der Arbeiterklasse“, der der Genosse Merker „aus prinzipiellen Gründen“ nicht zustimmen kann. Nachdem das Programm der KI alle Sorten und Richtungen des Reformismus besprochen und analysiert hat, bringt es folgenden Absatz:

„Wenn alle diese Strömungen als Bestandteile des „sozialistischen“ Reformismus Agenturen der imperialistischen Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse darstellen, so stößt der Kommunismus auch auf eine Reihe kleinbürgerlicher Strömungen, die die Schwankungen der unbeständigen Gesellschaftsschichten zum Ausdruck bringen (in Zersetzung begriffenes städtisches Kleinbürgertum, Lumpenproletariat, deklassierte Intelligenz, Boheme, verarmte Handwerker, gewisse Schichten des Bauerntums usw.). Diese Strömungen zeichnen sich durch äußerst politische Unbeständigkeit aus, sie verschleiern nicht selten durch eine ‚linke‘ Phraseologie ihre rechte Politik oder verfallen dem Abenteurertum, indem sie die objektive Einschätzung der Kräfte durch prahlerische Gestikulation ersetzen; dabei ist bei Ihnen das Umschlagen von haltloser revolutionärer Prahlerei zum tiefsten Pessimismus (Peuke, Mai 1929, d. V.) und voller Kapitulation vor dem Feind nicht selten. Diese Strömungen können unter gewissen Bedingungen – insbesondere bei scharfen Aenderungen der politischen Lage und der Notwendigkeit zeitweiliger Rückzüge – zu den gefährlichsten Desorganisatoren der proletarischen Reihen und damit zu Hemmnissen der revolutionären Bewegung des Proletariats werden.“

In dieser Stelle unseres Parteiprogramms haben wir eine Darstellung der Gruppierungen und Schichten, wie wir sie gleichfalls dargestellt haben. Diese Stelle des Programms erklärt aber auch zugleich, warum der Genosse Merker sich „aus prinzipiellen Gründen“ gegen die strukturelle Analyse der Gesellschaftsklassen wendet – weil eben dadurch das innere Wesen und der Charakter seines Sektierertums offen zutage tritt. Das Urteil des Polbüros lautet daher in der Resolution vom 4./5. April über Merkers Standpunkt in dieser Frage:

„8. Die Gruppe der linken Opportunisten unter Führung Merkers vertritt die Anschauung, daß ‚für den Klassenkampf des Proletariats die Gegensätzlichkeiten in der Bourgeoisie keine größere Bedeutung haben‘ und ‚daß der Kampf innerhalb der bürgerlichen Klasse für den revolutionären Kampf unwesentlich ist‘. Dieser Standpunkt ist ein Rückfall in die anarchosyndikalistische Ideologie, der ‚einheitlich-reaktionären Masse‘, die nichts mit dem Marxismus gemeinsam hat. Lenin hat mit größtem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die proletarische Revolution alle Gegensätze und Uneinigkeiten in den Reihen ihrer Klassenfeinde sorgfältig untersuchen und für die Interessen des Proletariats ausnutzen muß. ‚Vom Standpunkt der praktischen Aktion der Massen sind diese Uneinigkeiten äußerst wichtig.‘ (Lenin, ‚Kinderkrankheiten‘.) Gerade unter dem Gesichtspunkt des Kampfes von Klasse gegen Klasse, Proletariat gegen Bourgeoisie, der alle anderen Gegensätze überragt, ist die Anwendung dieser Leninschen Lehre von größter Wichtigkeit. Indem die Gruppe der linken Opportunisten die Gegensätze innerhalb der Bourgeoisie, besonders die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie leugnet, verneint sie in Wirklichkeit das Heranreifen einer revolutionären Situation, ‚zu deren unerläßlichen Merkmalen [306] gerade die tausendfache Verschärfung der Zerklüftung und Zerfahrenheit, die Vermehrung der Gegensätze innerhalb der herrschenden Klasse gehört‘. Daher führte der Standpunkt Merkers, mit linken Phrasen verschleiert, zu einer Annäherung an die brandleristische Theorie von der Stärke und Festigkeit der kapitalistischen Stabilisierung, vom Fehlen eines revolutionären Aufschwungs.“

26. Das strategische Ziel und die Taktik der Partei

Es ist klar, daß die zwischen der Partei und dem Sektierertum aufgetauchten Streitfragen – alle Kernprobleme der Strategie und Taktik der Partei berühren. Aus diesem Grunde müssen wir auf das strategische Ziel der Partei in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung und auf die Fragen unserer Taktik kurz zu sprechen kommen.

Welches ist das strategische Ziel des revolutionären Klassenkampfes in der gegenwärtigen Phase? Dieses Ziel wurde vom X. EKKl-Plenum, vom Weddinger Parteitag und jetzt wieder von der Präsidiumssitzung des EKKI scharf umrissen. Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den revolutionären Klassenkampf. Aber wir kämpfen um die Mehrheit des Proletariats nicht um der Mehrheit Willen, sondern um das Ziel: für den Sturz des räuberischen Finanzkapitals, für die Errichtung der proletarischen Diktatur. Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse ist nur ein Etappenziel, ein Teilziel auf dem Wege zur Diktatur. Ohne daß dieses Etappenziel erreicht ist, kann jenes weiter gesteckte Hauptziel der Errichtung der Diktatur des Proletariats nicht erreicht werden. Das Verhältnis des Etappenzieles zum Hauptziel ist aber nicht nur das des Weges und der Kilometersteine, sondern vor allem das der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen. Je mehr wir uns dem Etappenziel der Eroberung der Mehrheit des Proletariats nähern, desto näher rückt die Stunde der Entscheidung des Hauptzieles. Man kann den Kurs auf das Etappenziel nicht nehmen, ohne vollkommene Klarheit über den Kurs auf das Hauptziel zu haben.

Hier im Kurs auf das Etappenziel und im Kurs auf das Hauptziel besteht ein gradueller Unterschied – kein gegensätzlicher Unterschied – wohl aber ein solcher des Aufgabenkreises in bezug auf die strategische Aufgabe. Der Kurs auf die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse vollzieht sich in der Hauptsache in der selbständigen Führung der Kämpfe des Proletariats durch die Partei, der Kämpfe um Lohn und Brot, um Verbesserung der Klassenlage der Arbeiter, der Kämpfe in der Abwehr gegen die Offensive des Kapitals, und hierbei sind es die Kämpfe gegen die Helfershelfer des Kapitals, gegen den Sozialfaschismus, die im Vordergrund stehen. Der Kurs auf die Diktatur des Proletariats erfordert aber nicht nur den Kampf um die Gewinnung der Mehrheit des Proletariats, sondern darüber hinaus um die entscheidende Konstellation aller Gesellschaftsklassen, aller Schichten und Interessengruppen in der bürgerlichen Gesellschaft.

Gewiß: in der Richtung auf das Hauptziel ist das Etappenziel der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse das wichtigste, das entscheidendste – aber nicht das alleinige. Mit der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den revolutionären Klassenkampf ist nicht unter allen Umständen eine revolutionäre Situation gegeben. Je nach der gesamten ökonomischen und politischen Lage kann zwar die Mehrheit der Arbeiterklasse absolut auf dem Boden der Revolution stehen, ohne daß dadurch die unmittelbaren Voraussetzungen für den Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie gegeben sind. Wir haben in der gegenwärtigen Periode mit dem Kurs auf das Etappenziel unter allen Umständen auch sofort den Kurs auf das Hauptziel ins Auge [307] zu fassen. Mit der Annäherung an das Etappenziel ist aller Voraussicht nach sofort die akute Aufgabe des Kurses auf das Hauptziel gestellt. Das schwächt keineswegs die Bedeutung des Etappenzieles ab, sondern es erhöht diese Bedeutung, stellt ihm höhere Aufgaben – und was wesentlich ist, ohne die Lösung, die restlose Lösung des Etappenzieles kann das Hauptziel nicht erreicht und vollbracht werden. Je umfassender, je gründlicher, je restloser das Etappenziel durchgeführt, gefestigt und gesichert wird, desto sicherer, gefestigter und leichter ist das Hauptziel zu erreichen und zu verwirklichen.

Trotzdem beide Ziele auf dem gleichen Wege liegen, gibt es einige Unterschiede in den Forderungen und in der Interessenwahrnehmung bei dem Kurs auf beide Ziele. Bei Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse spielt eine entscheidende Rolle der Kampf um die Interessen der Arbeiterklasse, um Lohn und Brot, um Arbeitszeit und Arbeits„recht“, um soziale Forderungen, um Tarifverträge, um soziale Gesetzgebung, um Wohnungsfragen, um Lohnsteuern, um indirekte Steuern und Zölle, um Rationalisierungs- und Ausbeutungsmethoden, um Versammlungs-, Demonstrations- und Streikrecht, um Arbeitslosigkeit und Entlassungen – kurzum alles, was das Arbeiterleben berührt. Beim Hauptziel um die Diktatur des Proletariats aber handelt es sich um einige ausschlaggebende Forderungen mehr –

um Forderungen und Interessenwahrnehmungen, die über die engeren Interessen der Arbeiterklasse hinausgehen. Es sind dies solche Forderungen und Interessen, die auch im Interesse der Arbeiterklasse liegen, die aber auch z u g l e i c h die Interessen anderer Schichten der Werktätigen berühren.

Das monopolistische Kapital kommt unvermeidlich nicht nur in Gegensatz zur Arbeiterklasse – es beutet nicht nur die Arbeiterklasse aus – sondern auch die kleinbürgerlichen Mittelschichten, den Kleinbesitz, das Bauerntum, die Handwerker, den Kleinhandel, die freien Berufe usw., und beutet sie nicht nur aus, sondern weiht Teile von ihnen dem Untergang. Je stärker die Krisen des monopolisierten Kapitals wächst, desto stärker wird der Druck auf alle Klassen und Schichten, die das Finanzkapital ausplündert. Und dieser Druck ist es, der revolutionäre Situation schafft. Wie aber diese revolutionäre Situation aussieht – oder richtiger, wie die Situation aussieht, in der wir die Hauptaufgabe, die Errichtung der Diktatur zu erfüllen haben, das zeigt die Darstellung Lenins über die revolutionäre Situation:

„Hier muß man nicht nur fragen, ob wir die Vorhut der revolutionären Klasse überzeugt haben, sondern auch, ob die historisch wirksamen Kräfte a l l e r Klassen, unbedingt a l l e r Klassen der gegebenen Gesellschaft, ohne Ausnahme, so gruppiert sind, die entscheidende Schlacht bereits wirklich herangereift ist, so daß 1. alle feindlichen Klassenkräfte genügend in Verwirrung geraten sind, all diese Klassen miteinander in Fehde liegen, durch den Kampf, der ihre Kräfte übersteigt, genügend geschwächt sind; 2. alle schwankenden, unsicheren, unbeständigen Zwischengruppen, d. h. das Kleinbürgertum, die kleinbäuerliche Demokratie zum Unterschied von der Bourgeoisie, vor dem Volke genügend entlarvt, durch ihren Bankrott in der Praxis genügend bloßgestellt sind; 3. im Proletariat die Stimmung der Massen zugunsten der Unterstützung der entscheidendsten, kühnsten, revolutionären Aktionen gegen die Bourgeoisie umgeschlagen ist und immer mächtiger wird. (Eroberung der Mehrheit der Arbeiter, d. V.) Ist das der Fall, dann ist die Zeit reif für die Revolution, dann ist – wenn wir alle oben erwähnten, kurz charakterisierten Bedingungen richtig eingeschätzt und den Augenblick richtig gewählt haben – unser Sieg sicher.“ (Lenin, sämtliche Werke, Band 25. Seite 283.)

Welches ist nun in der gegenwärtigen Periode jenes Objekt, das am meisten und am stärksten die Gegensätze innerhalb der bürgerlichen [308] Gesellschaft verschärft und auf die Spitze getrieben hat, das Objekt, das voraussichtlich auf lange Zeit hinaus der Zankapfel ist, um den sich die bürgerlichen Gesellschaftsklassen und Interessengruppen in die Haare geraten sind und immer wieder von neuem in die Haare geraten werden. In Deutschland war und ist im Mittelpunkt dieses Kampfes innerhalb des bürgerlichen Lagers als wichtigstes und alles überragende Problem die Frage der Reparationsleistungen, die Frage des Young-Planes gestanden. Mit der Annahme des Young-Planes hören die Gegensätze in dieser Frage nicht auf, die Feindschaft im Lager der bürgerlichen Gesellschaft zu verschärfen. Gewiß steht nicht mehr die Frage der Annahme oder Ablehnung, wohl aber die: auf wessen Kosten soll erfüllt werden. Es ist durchaus nicht so, daß die Interessen der Finanzoligarchie, der Arbeiteraristokratie, des Kleinbürger-, des Bauerntums, des Kleinbesitzes mit einander identisch sind, wie das der Genosse Merker lehrt. Und je schärfer die Finanzoligarchie als die herrschende Schicht der Bourgeoisie die Schlinge der Ausbeutung und Ausplünderung zuzieht, je tiefer die Krise und die inneren Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft infolge der Erfüllung des Young-Planes werden, um so drückender wird auch fernerhin die internationale Ausplünderung breitester Volksschichten weit über die Reihen der Arbeiterklasse hinaus empfunden. Der „i n n e r e Y o u n g-P l a n“ ist nicht nur die Maschine der Rationalisierung der Industrie, der Verlängerung der Arbeitszeit, der Senkung des Reallohns, der Erhöhung der indirekten Massen- und Konsumsteuern, der steigenden Erwerbslosigkeit, der Beseitigung der sozialen „Fürsorge“, der unendlichen Steigerung der Not und des Elends der Arbeiterklasse, sondern er ist auch zugleich der Motor der beschleunigten weiteren Vertrustung und Kartellierung, der Monopolisierung der Produktion und des Handels und damit der Vernichtung und Pauperisierung breitester Schichten des Mittelstandes, Erschwerung und Erdrosselung des Klein- und Mittelhandels infolge der rapid sinkenden Kaufkraft der breitesten Arbeitermassen usw. Alle diese Millionenschichten des Kleinbürgertums und Bauerntums (welch letztere von der immer mehr zunehmenden Agrarkrise gewürgt werden) rebellieren gegen die Ausplünderungsoffensive des Finanzkapitals.

Und dieses zweite Problem, die Auflehnung der werktätigen Massen über den Rahmen der Arbeiterklasse hinaus, das ist der Knotenpunkt, wo der Kampf des Proletariats mit der Rebellion aller Werktätigen und Ausgeplünderten ineinander verknüpft werden muß. Die taktische Aufgabe der Partei

besteht also darin, die Rebellion aller Klassen und Gesellschaftskräfte gegen das Finanzkapital zu beobachten und allen Schichten klar aufzuzeigen, daß alle bürgerlichen Parteien, ohne Ausnahme, bei Erfüllung des Young-Planes am gleichen Strange ziehen und mit der Finanzoligarchie gemeinsame Sache machen. Gerade die gegenwärtige politische Konstellation in Deutschland ist für die Durchführung dieser taktischen Aufgabe der Partei äußerst günstig. Alle bürgerlichen Parteien, von den Sozialfaschisten bis zu den Nationalfaschisten, sind in irgendeiner Form, an irgendeiner oder mehreren Regierungen und aktiv an der Erfüllung des Young-Planes beteiligt. Das ist äußerst wichtig. Die Kommunisten sind in Deutschland die einzige Partei, die einzige Kraft, die gegen die räuberische Ausplünderung des deutschen Volkes durch das deutsche und das internationale Finanzkapital den Kampf führt. Die Faschisten (Nationalsozialisten) können noch so laut schreien, daß sie die geschworenen Feinde der räuberischen Ausplünderung des deutschen Volkes seien, das hilft ihnen nicht viel, sie sitzen heute mit ihren lautesten Schreihälsen in den Regierungen des Finanzkapitals, wo sie sich, wie alle anderen nationalen Helden des Deutschtums, restlos bis auf die Knochen kompromittieren werden.

[309] Hier ist es, wo unsere Strategie und Taktik einzusetzen hat. Besteht unsere taktische Aufgabe zur Erreichung des strategischen Etappenzieles, der Gewinnung der Millionenmassen der Arbeiterklasse für den revolutionären Klassenkampf darin, durch selbständige Kampfesführung und durch die Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten, diese Massen aus der Gefolgschaft des Reformismus und damit aus der Gefolgschaft der bürgerlichen Gesellschaft loszulösen, um sie für den Befreiungskampf des Proletariats zu gewinnen, so besteht die weitere Aufgabe zur Erreichung des Hauptzieles – der Errichtung der proletarischen Diktatur –, neben der zuerst gestellten Aufgabe darin, allen durch die revolutionäre Krise der kapitalistischen Gesellschaft vom Untergang bedrohten und gegen das Finanzkapital rebellierenden Gesellschaftsklassen und -schichten überzeugend zum Bewußtsein zu bringen, daß die einzige Kraft in Deutschland, die gegen das räuberische Finanzkapital kämpft und die imstande ist, die Raubdiktate des internationalen Finanzkapitals zu zerreißen, der revolutionäre Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei ist. Das ist unsere große Aufgabe, die unmittelbar mit dem ersten strategischen Ziel der Eroberung der Mehrheit des deutschen Proletariats für den revolutionären Klassenkampf in Verbindung steht und ohne Erfüllung dieser ersten Aufgabe kann die zweite strategische Aufgabe, die teilweise Sammlung und teilweise Neutralisierung aller Gesellschaftskräfte, die sich gegen die räuberische Plutokratie des Finanzkapitals auflehnen, nicht gelöst werden. Indem wir das Proletariat zum revolutionären Klassenkampf gegen die Ausplünderungsoffensive des Finanzkapitals mobilisieren, schaffen wir zugleich die Voraussetzungen zur Lösung der zweiten taktischen Aufgabe durch den Beweis, daß nur die Arbeiterklasse einen ernsthaften Kampf gegen die Räubereien des nationalen und internationalen Finanzkapitals führt und führen kann. Nur dadurch, daß die Millionenmassen des kleinbürgerlichen und bäuerlichen Anhangs, die heute noch den vom Finanzkapital dirigierten bürgerlichen Parteien folgen, die verräterische Rolle dieser Parteien erkennen und bei ihnen immer mehr der Glaube an den Ewigkeitswert der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erschüttert wird und schwindet, die zunehmende Kraft und Stärke des kämpfenden Proletariats, die Abwanderung dieser Millionen aus der Gefolgschaft des Finanzkapitals beschleunigt und fördert, nur dadurch reift die revolutionäre Situation heran.

Das sind die taktischen Aufgaben und die strategischen Punkte, auf die die Politik der Partei Kurs zu nehmen hat. Das sind die strategischen Ziele, das ist die politische Linie, der alle Teilforderungen, Teilkämpfe Einzeletappen unseres Kampfes in der gegenwärtigen Periode unterzuordnen und einzureihen sind.

Was aber lehrt uns das Sektierertum unter Führung Merkers? „Der Kampf innerhalb der bürgerlichen Klassen ist für den revolutionären Kampf unwesentlich.“ Merker lehnt die leninistische Theorie über die Voraussetzungen und Vorbedingungen der revolutionären Situation, so wie sie Lenin aufzeigt, ab. Er predigt das Evangelium des Anarchosyndikalismus von der einheitlich reaktionären Masse als eine besonders „revolutionäre Erkenntnis“. Das zeigt, daß der Genosse Merker keinen Glauben an der Kraft des Proletariats, keinen Glauben an die Nähe, an das rasche Heranreifen einer neuen revolutionären Situation in Deutschland hat. Wer die große revolutionäre

Bedeutung der immanenten Gegensätze im bürgerlichen Lager leugnet, wer behauptet, daß diese Gegensätze, Verfeindungen und Verwirrungen für das revolutionäre Proletariat keine Bedeutung haben, der leugnet die Möglichkeit der nahenden revolutionären Erschütterung des kapitalistischen Systems in Deutschland, der steht – wie der Brandlerismus – [310] auf dem Standpunkt der festen, unerschütterlichen Stabilisierung des Kapitalismus. Eine andere Erklärung für die Theorien Merkers über die einheitlich reaktionäre Masse gibt es nicht. Das ist der unvermeidliche Kreislauf aller „radikalen" Theorien des Sektierertums, daß sie immer wieder in der Sackgasse des rechten Opportunismus enden. Das Sektierertum Merkers kann weder das strategische Ziel in der gegenwärtigen Periode begreifen, noch hat er auch nur eine blasse Ahnung von den taktischen Methoden und der Linie der Taktik, die die Partei durchführen muß, um das strategische Ziel zu erreichen.

26. Zum Ergebnis

Es bliebe noch übrig, Stellung zu nehmen zum Standpunkt Merkers in der Regierungsfrage. Es ist ganz selbstverständlich, daß, wenn man „aus prinzipiellen Gründen" anderer Auffassung ist, in allen Kernfragen, in allen Grundsätzen des Marxismus-Leninismus, wenn man „aus prinzipiellen Gründen" auch in den Fragen der revolutionären Strategie und Taktik anderer Auffassung ist als die gesamte Partei und die Komintern, daß man dann auch in allen aktuellen politischen Fragen einen anderen Standpunkt haben muß. Nachdem wir aber die Wurzeln der Merkerschen kleinbürgerlichen Sektiererei bloßgelegt und nachgewiesen haben an den grundsätzlichen und prinzipiellen Problemen, erübrigt es sich, ebenso eingehend die Ursachen der Abweichungen in den aktuell politischen Tagesfragen zu behandeln. Die Ursachen sind hier wie dort die gleichen. Wir begnügen uns daher nur an die Resolution des Polbüros zu erinnern, die folgendes Urteil in dieser Frage fällt.

„9. Ganz besonders kraß kommt die antileninistische Auffassung der linken Opportunisten in ihrer Stellung zur jüngsten Regierungskrise zum Ausdruck. Der Sturz der Koalitionsregierung Hermann Müller ist nach Auffassung der Partei ein Resultat der Verschärfung des Klassenkampfes, der Radikalisierung des Proletariats. Die Bourgeoisie, die nach der Annahme des Young-Planes zum Generalangriff gegen die Arbeiterklasse schreitet, die Erwerbslosenunterstützung noch stärker abhaut, ungeheuerliche Wucherzölle einfährt und mit der direkten Lohnherabsetzung beginnt, hat die Sozialdemokratie aus der Regierung hinausgeworfen, um die Errichtung der offenen Diktatur des Finanzkapitals und die gesamte faschistische Entwicklung in Deutschland außerordentlich zu beschleunigen. Die Sozialfaschisten waren bereit, diesen Kurs vollständig zu unterstützen und alle Forderungen des Finanzkapitals durchzuführen, um sich weiter an der Regierungsmacht zu halten.

Sie sind nicht freiwillig aus der Koalitionsregierung zurückgetreten, sondern erhielten von der Bourgeoisie einen Fußtritt.

Die Bourgeoisie drängt die Sozialdemokratie für eine Zeitlang aus der Regierung, um mit eigener Hand, ohne alle Schwankungen und in beschleunigtem Tempo jene Politik der schonungslosen Ausbeutung und Unterdrückung der Massen durchzuführen, die von der sozialdemokratischen Koalitionsregierung bis im alle Einzelheiten vorbereitet wurde. Die Sozialdemokratie, die durch ihre Taten die Politik des Bürgerblocks bedingungslos unterstützt und jederzeit bereit ist, auf den ersten Anruf der Bourgeoisie erneut in die Regierung einzutreten, benutzt den Sturz der Koalitionsregierung, um in der Scheinopposition ihren schwindenden Masseneinfluß zurückzuerobern und durch eine betrügerische Agitation die Illusion zu wecken, als sei sie freiwillig, ‚im Interesse der Arbeiterschaft', aus der Regierung ausgeschieden. Die Gruppe der linken Opportunisten, unter Führung Merkers, erleichtert durch ihren Kampf gegen die Stellungnahme der Partei und der ‚Roten Fahne' zur Regierungsfrage dieses arbeiterfeindliche Manöver der Sozialfaschisten.

Sie rechtfertigt damit ungewollt die Haltung der Sozialdemokratie."

Ziehen wir die wichtigsten Ergebnisse unserer Untersuchung zusammen, dann zeigt sich, daß der „linke" Radikalismus der Merker-[311]Peuke-Gruppe, der ausgezogen ist, den vermeintlichen Bolschewismus (so wie er ihn versteht) vor dem Untergang und dem Verderb durch die Parteiführung zu retten, nach sehr kurzer Lebensdauer geendet hat als Leichenschau des rechten Opportunismus. Das war bisher stets der Werdegang und die Entwicklung jeder „linken" Erhebung gegen den Leninismus und es konnte auch diesmal nicht anders sein. Die Geburtshelfer beider Arten der Abweichungen vom Leninismus sind immer die gleichen: Kleinbürgerlicher Doktrinarismus mit „linker" „radikaler" Verbrämung, oder offene Anlehnung und Uebernahme der kleinbürgerlichen

Ideologie des Reformismus-Opportunismus, und so wie die Geburtshelfer beider Abweichungen die gleichen sind, ebenso ist das Endergebnis, das Resultat das gleiche, der Kreislauf des rechten und linken Opportunismus endet immer wieder in seiner Heimstätte der bürgerlichen Ideologie des Reformismus.

Wir haben eingangs schon dargelegt, daß der linke Doktrinarismus Merkers nicht eine Erscheinung ist, die allein den Genossen Merker betrifft. Das anzunehmen, würde die Bedeutung der „linken" Gefahren weit unterschätzen lassen. Nachdem der Genosse Merker den Kampf gegen die Linie der Partei offen aufgenommen hat, machte er sich zum Exponenten, zum „auserwählten" Träger der „linken" Sektiererei, indem es ihm auch in der Tat gelang, den „linken Radikalismus" der antileninistischen Sektiererei am vollkommensten und charakteristischsten zu formulieren. Aber der Genosse Merker war nicht der einzige, der diesen Weg bewußt oder unbewußt beschritten hatte. Alle die vielen Zeitungsartikel, die zu den Betriebsrätewahlen und anläßlich anderer Ursachen geschrieben wurden, die wir wegen ihren „linken" Tendenzen kritisieren mußten, entstammen nicht von dem Genossen Merker, was wir ausdrücklieb betonen, um zu beweisen, daß die Gefahr der Linksabweichung größer war als man in der Partei gemeinhin annahm. Der Unterschied zwischen dem Genossen Merker und den anderen kritisierten Genossen bestand darin, daß diese keine Kleinbürger, sondern Bolschewiki waren, die die nun einmal gemachten Fehler – und das ist kein Verbrechen – sofort erkannten, nach bolschewistischer Art eingesehen und eingestanden haben und die ersten und die tapfersten waren, die Fehler abzustellen und zu liquidieren.

Aber man muß auch sehen, daß die Linksabweichungen nicht auf unsere Parteipresse und auf einige Artikel beschränkt waren und beschränkt sind. Man muß vor allem sehen, daß sie ihre Wurzeln in einem bestimmten Zustand in der Partei haben, der als Hindernis bei der Durchführung der bolschewistischen Parteilinie zum Ausdruck kommt. Gegen diesen ungesunden, die bolschewistische Fortentwicklung der Partei behindernden Zustand gilt es, den Hauptstoß des Kampfes zu führen. Der Kampf und die Liquidierung der sektiererischen Ideologie des Genossen Merker konnte nur der Alarmierung der Partei gelten. Jetzt gilt es, mit zäher Ausdauer, großer Geduld, aber auch mit bolschewistischer Leidenschaft und Entschiedenheit die Wurzeln des unfruchtbaren „Radikalismus" auszujäten.

Diese Wurzeln der rechten und linken Abweichungen aufzuspüren und zu erkennen bei all unserer bolschewistischen Massenarbeit und bei Erfüllung unserer großen revolutionären Aufgaben, muß bei der Durchführung der Organisierung und bei Führung des revolutionären Klassenkampfes weitmöglichste Aufmerksamkeit zugewendet werden, denn nur unter Beseitigung und Ausmerzung solcher Abweichungen vom Leninismus können wir unsere große Aufgabe der Eroberung der Mehrheit des Proletariats für den revolutionären Klassenkampf und die Organisierung und [312] Vorbereitung der proletarischen Revolution erfüllen. Die Resolution des Polbüros sagt hierüber unter Punkt 13.

„13. Der innerparteiliche Kampf um den Sieg der bolschewistischen Linie ist die unentbehrliche Voraussetzung für die Eroberung der Massen, für die Erfüllung unserer gewaltigen Aufgaben im revolutionären Kampf des Proletariats.

Die Ueberwindung des rechten und linken Opportunismus ist eng und unlöslich verbunden mit der Steigerung der Massenarbeit.

Im Kampfe gegen das Hungerregime der Hindenburgregierung und ihrer sozialfaschistischen Helfershelfer gilt es, die Massen der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen zu einer einheitlichen Front zusammenzuschmieden. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition muß die Millionenmassen der unorganisierten Arbeiter unter ihrer Führung vereinigen und gleichzeitig die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften verzehnfachen. Die sozialdemokratischen und christlichen Proletarier müssen in die rote Klassenfront einbezogen werden. Der Ausbau des revolutionären Vertrauensmännersystems, der Einsatz der roten Betriebsräte als wichtiger Kampforgane der Arbeiterschaft – das sind die nächsten Schritte bei der Organisierung der proletarischen Revolution."

Bei Eröffnung unseres Kampfes gegen den „linken" Doktrinarismus, gegen die Kinderkrankheiten des „Radikalismus" und das „linke" Sektierertum, war es unvermeidlich, daß wir den Kampf gegen diese Seite der Abweichungen vom Leninismus stärker betonten als gegen die Hauptgefahr der

Abweichungen, die nach wie vor in unserer ganzen Periode der rechte Opportunismus ist und bleibt. Aber die besonderen Umstände bedingten in diesem Augenblick, mit erhöhterem Nachdruck auf die „linken“ Abweichungen hinzuweisen. Den Kampf gegen den rechten Opportunismus führten wir seit dem VI. Weltkongreß (Sommer 1928), seit zwei Jahren in allen seinen Formen, Schattierungen und Erscheinungen mit großer Energie, bolschewistischer Entschiedenheit und mit gutem Erfolg. Dieser Kampf nach jener Seite hin muß mit der gleichen Schärfe, mit der gleichen Kraft weitergeführt werden. Dagegen wurde bisher der Kampf gegen die „linken“ Tendenzen und Abweichungen nicht genügend geführt, ja diese Art der Abweichungen und Tendenzen wurden oftmals gar nicht gesehen, und so konnte es kommen, daß sich diese zu einer vorübergehenden Gefahr für die Partei entwickeln konnten. Diese Erscheinung berechtigte und erforderte eine verschärfte Kampfstellung gegen diese Gefahr und damit eine gründlichere Auseinandersetzung mit dem „linken“ Sektierertum.

Bei manchen Genossen tauchte die Auffassung auf, daß ich in den ersten Kapiteln dieses Aufsatzes zu verschiedenen Problemen – so z. B. zur Frage des Sozialfaschismus usw. – eine andere Stellung eingenommen hätte wie bei meiner früheren Stellungnahme, wie z. B. „Tempoverlust“, „Die Theorie vom Bonapartismus“ usw., zu diesen Fragen. Eine solche Auffassung beweist aber nur eine ganz oberflächliche Betrachtungsweise der Dinge. In den früheren Kämpfen gegen das rechte Liquidatorentum, die Versöhnler und den Opportunismus in der Praxis, gingen die Abweichungen vom Leninismus nach einer ganz anderen Richtung, und die Angriffe auf die bolschewistische Linie der Partei erfolgten von einer ganz anderen Seite her. Der Ausgangspunkt und die Voraussetzungen des Kampfes waren ganz andere; daher mußten die Argumente und die Beweisführung ganz anders sein. Das Liquidatorentum und das Versöhnlertum leugneten die Existenz des Sozialfaschismus, wir mußten diese Existenz beweisen. Das Merkersche Sektierertum erblickte und bezeichnete alles, was sich zwischen Himmel und Erde bewegte, als Sozialfaschismus; und gerade in dieser Verallgemeinerung der Dinge lag die brandleristische Negierung. Wir mußten beweisen, daß das eine ultralinke Dummheit ist, die wir vom Standpunkt unserer bolschewistischen Theorie und Praxis auf das entschiedenste bekämpfen müssen.

[313] Das es sich hierbei nicht um eine „Richtungsänderung“ handelte, ist inzwischen allseitig erkannt*) worden, und wir können abschließen mit dem Hinweis auf die Darstellung Lenins in bezug auf dieses Problem aus dem Jahre 1920, die heute genau noch so ihre Berechtigung hat wie damals:

„Man muß dafür sorgen, daß die Kommunisten nicht denselben Fehler begehen, nur von einer anderen Seite her, oder richtiger, daß derselbe Fehler, den die „radikalen“ Kommunisten, nur von einer anderen Seite her begehen, möglichst schnell korrigiert und möglichst schnell und schmerzlos für den Organismus überwunden werde. Nicht nur der „rechte“ Doktrinarismus, auch der „linke“ Doktrinarismus ist ein Fehler. Natürlich ist der „linke“ Doktrinarismus im Kommunismus gegenwärtig tausendmal weniger gefährlich und weniger wichtig, als der Fehler des „rechten“ Doktrinarismus (d. h. des Sozialchauvinismus und des Kautskyanertums), aber doch nur, weil der „radikale“ Kommunismus eine ganz junge, eben erst entstandene Strömung ist. Nur deshalb kann man die Krankheit unter

*) Einige unrichtige, bzw. falsche Formulierungen in dem ersten Abschnitt meines ‚Artikels habe &eh bereits in meiner Erklärung (veröffentlicht in der „Roten Fahne“) richtiggestellt. Dem habe ich noch hinzuzufügen: Die Lehren der Betriebsrätewahlen zeigen vollständig klar, daß nicht die „linken“ Abweichungen – so schädlich sie sind – sondern die rechte Hauptgefahr den größten Hemmschuh im Kampfe um die Massen bildet. Jede Lostrennung der Frage der „linken“ Abweichungen von der Frage der Hauptgefahr – der rechten Gefahr – führt unvermeidlich zu einer falschen Schlußfolgerung. – Soweit eine unklare Stelle meines Artikels den Eindruck erwecken konnte, als bedeute der Sozial-faschismus lediglich eine Bezeichnung für einzelne Taten und Handlungen der Sozialdemokratie, betone ich ausdrücklich, daß der Sozialfaschismus der Ausdruck für den gesamten Charakter und das gesamte politische Wesen der Sozialdemokratischen Partei ist. Der Sozialfaschismus ist eine bestimmte, und zwar die letzte Phase der Entwicklung der Sozialdemokratie als einer bürgerlichen Arbeiterpartei. Der führende Hauptkern der Sozialdemokratie – die sozialfaschistische Bürokratie – ist bereits fest mit dem imperialistischen Staat verwachsen und zu einem Bestandteil des imperialistischen Systems geworden. Wenn wir gegen den Fehler Merkers polemisieren, der die sozialfaschistische Bürokratie mit der gesamten Masse der sozialdemokratischen Betriebsratsmitglieder gleich-setzt, darf man gleichzeitig nicht vergessen, daß es auch unter den sozialdemokratischen Betriebsräten Elemente gibt, die sozialfaschistisch, mit dem Unternehmerapparat verwachsen sind, und im schärfsten Unterschied zu den sozialdemokratischen Arbeitern stehen. Ich betone diese Tatsachen ausdrücklich, soweit der erste Teil meines Artikels einige unklare Formulierungen in dieser Beziehung enthielt. H. R e m m e l e.

gewissen Bedingungen leicht heilen. Und diese Heilung muß mit größter Energie in Angriff genommen werden.“ (Lenin, gesammelte Werke, Bd. 25, Seite 292.)

*

Zum ideologischen Zweifrontenkampf

Von J. K.

1. Die Analyse des Faschismus.

Die faschistische Welle, die sich in den letzten Jahren über die meisten europäischen Länder mit zunehmender Geschwindigkeit ausbreitete, hat in den kommunistischen Parteien die Diskussion über die Probleme des Faschismus sehr belebt. Innerhalb der deutschen Sektion gestaltete sich die Diskussion besonders lehrreich, weil sowohl die rechten und versöhnlerischen als auch die ultralinken Opportunisten dieses Gebiet zu [314] einem theoretischen Ausgangspunkt ihrer Abweichungen von der Linie des Marxismus-Leninismus wählten. Die bisherigen Ergebnisse dieser Diskussion, durch die die bisherigen Beschlüsse der Komintern und die Analyse Lenins keineswegs überholt oder revidiert, sondern nur konkretisiert und auf die neue Situation angewandt wurden, sind folgende:

1. Der Faschismus ist eine Herrschaftsmethode des Finanzkapitals. Als solche ist er nicht an bestimmte imperialistische Länder gebunden und nicht auf einen begrenzten Zeitabschnitt beschränkt. Sein Auftreten ist nicht erst ein Produkt der dritten Periode in der Nachkriegsentwicklung des Kapitalismus, wohl aber werden durch die gesteigerten Widersprüche und die Verschärfung des Klassenkampfes während dieser Periode die besonderen Voraussetzungen seiner Entwicklung vermehrt.

2. Es ist von Grund auf falsch, einen Gegensatz oder auch nur einen prinzipiellen Unterschied zu konstruieren zwischen dem Faschismus in seiner historisch ersten Gestalt, dem italienischen Faschismus als Faschismus „an sich“ und der „bloßen Reaktion“ in den übrigen imperialistischen Ländern. Das wesentlich Neue an der Erscheinungsform der Reaktion in Italien, das durch die Kategorie des Faschismus gekennzeichnet wird, bilden gerade die Züge, die sich mit zunehmender Deutlichkeit allgemein in der Offensive der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern finden. Als solche „charakteristische Züge des Faschismus“ werden vom Programm der Komintern genannt „die Verquickung von sozialer Demagogie und Korruption mit dem aktiven weißen Terror, sowie die zum äußersten gesteigerte imperialistische Aggressivität der Außenpolitik“. Im Prozeß der Faschisierung, in der Vorbereitung und Errichtung der faschistischen Diktatur, sucht die Bourgeoisie in den einzelnen Ländern sich aller vorhandenen Kräfte zu bedienen. Sowohl der Staatsapparat als auch, mit diesem eng verbunden, die einzelnen bürgerlichen Organisationen, insbesondere die bürgerlichen Parteien und Wehrverbände und vor allem auch die bürgerliche Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, werden als Werkzeuge in den Dienst dieser Entwicklung gestellt. Die dadurch bedingten Strukturänderungen rechtfertigen es, von einer Faschisierung sowohl des Staatsapparates als auch dieser Parteien und Verbände zu sprechen.

3. Wenn es einerseits falsch ist, den Faschismus auf einzelne Länder oder auf bestimmte spezielle Erscheinungsformen beschränken zu wollen, und etwa bei so wichtigen Faktoren zur Festigung der bürgerlichen Klassenherrschaft, wie der Sozialdemokratie, den Prozeß der Faschisierung zu verkennen, so ist es andererseits auch falsch, die konkrete Analyse der den Faschismus in jedem Land und in jedem Augenblick tragenden Kräfte durch die Aufstellung eines abstrakten, einer besonderen Situation entnommenen Schemas zu ersetzen. Während die Gegenüberstellung des italienischen „Faschismus“ und der „bloßen Reaktion“ in den meisten anderen Ländern, die (teilweise oder völlige) Negierung des Sozialfaschismus eine spezifisch rechtsopportunistische Abart der Analyse des Faschismus darstellt, ist die Aufstellung solcher abstrakter Schemen eine besonders in der letzten Zeit akut gewordene „linke Gefahr“. Beide Arten von Fehlern beruhen auf einer falschen und mechanischen Loslösung des faschistischen Erscheinungskomplexes von den allgemeinen Problemen des Klassenkampfes. Beide führen zu einer Unterschätzung des Tempos der faschistischen Entwicklung, zu einem Uebersehen bestimmter Züge dieser Entwicklung, die eben in verschiedenen Phasen mit jeweils verschiedener Deutlichkeit hervortreten. Der Versuch, durch eine mechanische und deshalb

falsche Auslegung früherer Kongreßbeschlüsse, den Weg zu deren Anwendung auf neu auftretende Erscheinungen (wie der Faschisierung des Staatsapparates im Rahmen sogar [315] des demokratischen Staates) zu verbauen, und der Versuch, diese Beschlüsse zu revidieren, werden beide zu Hemmnissen einer richtigen und zielklaren Führung des Klassenkampfes durch die bolschewistische Partei.

Solche Fehler sind auch dort gefährlich, wo sie nicht ausdrücklich in den Mittelpunkt einer Fraktionsplattform gestellt werden. Der in der „Internationale“ Nr. 4 und 5/6 erschienene Artikel von K. Schmidt „Die Faschisierung der bürgerlichen Klassenherrschaft“, der uns zunächst beschäftigen soll, bietet z. B. einen guten Beleg dafür, wie das Bestreben zur Aufstellung einer eigenen, die bisherigen Formulierungen „fortentwickelnden“ allgemeinen Theorie des Faschismus nicht nur zu einer ganzen Reihe eng miteinander verknüpften rechter und „linker“ Fehler führt, sondern damit auch die Voraussetzung, die ideologische Atmosphäre zur grundsätzlichen Revision des marxistisch-leninistischen Standpunktes erst schafft. In einer Fußnote dieses Artikels polemisiert K. Schmidt gegen meinen Artikel „Die nationalfaschistische Welle in Deutschland“. Gegenüber dieser Polemik genügt es richtigzustellen, daß ich den Nationalsozialismus nicht als eine Partei „des“ Kleinbürgertums darstelle (an keiner Stelle findet sich auch nur irrtümlich diese Bezeichnung), sondern als eine Partei, in der das Finanzkapital „die Führung – – von Anfang an gehabt und keinen Augenblich verloren hat“, die aber „ursprünglich ihre Anhänger in erster Linie aus den Reihen des städtischen Kleinbürgertums rekrutiert hat“, sich auch in ihrem Programm eine dementsprechende Ideologie schuf, während sie objektiv „eine Truppe“ darstellt, die das Finanzkapital „zur Unterstützung seiner Diktatur, zur Stärkung seiner Staatsautorität, aber auch zum bewaffneten Bürgerkrieg nach Belieben einsetzen kann“. Auch späterhin, nachdem sich die NSDAP mit ihrer Agitation sehr intensiv und mit manchen Erfolgen an andere Schichten der Bevölkerung, und zwar besonders auch an die Arbeiterschaft wendet, bleiben die kleinbürgerlichen Gruppen ihre tragende Schicht, ihr Kern. Sie stellen auch die Führung in dem Sinn, daß die Finanzmagnaten selbstverständlich nicht persönlich organisatorisch in der NSDAP tätig sind, sondern an diese nur ihre Befehle geben. Daß die NSDAP zeitweise zur Anwendung revolutionärer Phrasen, soweit das Finanzkapital dies wünscht, augenscheinlich in höherem Grade fähig ist als die SPD, wird eben durch die verschiedene Zusammensetzung, durch die verhältnismäßige Ungefährlichkeit solcher Phrasen in kleinbürgerlichem Milieu erklärt.

Soweit die Polemik durch diese Richtungsstellung nicht berührt wird, hängt sie mit grundsätzlichen Fehlern des Genossen K. Schmidt zusammen. Die zentrale Achse eines Teils dieser Fehler bildet seine falsche Einschätzung des Lumpenproletariats. Das Lumpenproletariat hat niemals in der Geschichte den Kern einer Bewegung gebildet, oder allein ihre Kader gestellt, wenn es auch eine nicht zu ignorierende Hilfstruppe im Bürgerkrieg darstellt. Wo es verhältnismäßig selbständig auftrat, wie zur Zeit Napoleons III., dort geschah es deshalb, weil seine Aktionen den Willen anderer Klassen zum Ausdruck brachten, die sich nicht selbst organisieren konnten (breiter Schichten der französischen Parzellenbauern). Die Rolle des Lumpenproletariats bei K. Schmidt beruht offenkundig auf einer auch sonst bei K. Schmidt sich findenden falschen Analogisierung des Faschismus mit dem Bonapartismus.

Der Artikel beginnt mit der Feststellung, daß die dritte Periode die Frage des Faschismus neu gestellt hat. Das ist in gewissem Sinne richtig. Aber schon die von K. Schmidt hierfür gegebene Begründung stellt die realen Verhältnisse geradezu auf den Kopf. Genosse K. Schmidt greift hier offenbar eine richtige, später von ihm auch zitierte Bemerkung des Gen. Manuilski auf dem 10. Plenum des erweiterten EKKI auf, worin dieser (in Polemik gegen die brandleristische Faschismustheorie und [316] gegen den Versuch einer Einschätzung des Faschismus als bloßes Produkt der dritten Periode, die allgemeine Verknüpfung des Faschismus als einer ungeheuerlichen „Zentralisierung des staatlichen Gewaltapparates gegen die proletarischen Massen“ mit seinem ökonomischen Fundament, dem monopolistischen Charakter des Imperialismus und dem Grad der Zentralisierung des diesen Gewaltapparat handhabenden Kapitals, betont. Daraus zieht K. Schmidt den völlig abwegigen Schluß, daß auch die neue Entwicklung in der dritten Periode als „Folge des neuen Grades der Zentralisierung des Kapitals“ anzusprechen sei. Es ist nicht nötig, hier ausführlich zu entwickeln, daß die Zuspitzung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in der dritten Periode überwiegend keineswegs durch einen

solchen neuen Grad der Zentralisierung, obwohl auch sie weiter zunimmt, sondern umgekehrt gerade durch eine Steigerung der inneren Widersprüche des Imperialismus gekennzeichnet wird, und daß gerade mit diesen zunehmenden Fäulniserscheinungen nicht nur die wachsende Vorliebe des Finanzkapitals für die faschistische Herrschaftsmethode, sondern auch die besonderen Formen zusammenhängen, in denen diese gegenwärtig in den einzelnen Ländern auftritt. Genosse K. Schmidt hätte u. a. aus einem Teil der von ihm selbst gebrachten Zitate aus dem Programm der Komintern.

Daß K. Schmidt diesen sehr sinnfälligen Zusammenhang verkennt, hängt aber mit seiner eigenen Theorie des Faschisierungsprozesses zusammen. Das Kernstück dieser Theorie wird von ihm im zweiten Teil seines Artikels (Internationale 5/6, S. 179) in folgender Weise dargestellt:

„Die Wandlung der bürgerlichen Politik bedeutet Veränderung der Beziehungen zwischen den Klassen. Der Prozeß der Faschisierung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie bedeutet eine Veränderung der Klassenstruktur und der Formen der finanzkapitalistischen Diktatur: An die Stelle der parlamentarischen Parteien und der vom ‚Arbeiter' gewählten ‚Volksvertreter' (Bourgeois, Kleinbürger und Arbeiteraristokraten), die vom Finanzkapital vor allem Kraft der Verfügung über das Kapital, durch indirekte Bestechung gelenkt werden, tritt als unmittelbares Werkzeug des Finanzkapitals eine Organisation direkt bestochener, deklassierter Elemente, die faschistische bzw. sozialfaschistische Partei; an die Stelle des Betruges durch die lügenhaften ‚Freiheiten von Presse, Wahlrecht, Versammlungen, Organisationen und Streiks tritt die Knebelung der ausgebeuteten Massen durch Abschaffung auch dieser spärlichen ‚Freiheiten', durch staatliche Gewerkschaften, Streikverbot usw.; an die Stelle der ‚Macht des Reichtums' als Instrument des ‚demokratischen' Betruges der Massen tritt die unmittelbare Gewalt."

Die Faschisierung aller bürgerlichen Parteien unter Einschluß der Sozialdemokratie, die schon der fünfte Weltkongreß bei der ersten eingehenden Behandlung des Faschismus durch die Komintern als unzertrennbare Begleiterscheinung des fortschreitenden Zerfalls der bürgerlichen Gesellschaft feststellte, verliert danach an Bedeutung, weil ja alle diese Parteien durch „eine Organisation direkt bestochener, deklassierter Elemente" einfach ersetzt werden.

Wie steht zu dieser Theorie das Programm der Komintern? Der Faschismus wird dort als eine „Methode" bezeichnet, „die durch eine eigenartige soziale Demagogie die Unzufriedenheit der Masse des Kleinbürgertums, der Intellektuellen u. a. ausnützt." Er wird ferner gekennzeichnet als eine Methode, nicht etwa bloß der persönlichen direkten Korruption, sondern gerade der „Korruption durch den Aufbau einer geschlossenen, besoldeten Hierarchie der faschistischen Kampfverbände, des faschistischen Parteiapparates und der faschistischen Bürokratie." Es wird auf den Versuch des Faschismus hingewiesen, „durch die Gewinnung ihrer rückständigsten Schichten auch in die Reihen der Arbeiterschaft einzudringen", und zwar nicht durch bloße Korruption, sondern durch Ausnützung ihrer Unzufriedenheit. Treten im weiteren Verlauf [317] der faschistischen Entwicklung diese Züge etwa zurück, nimmt die direkte Korruption ihre Stelle ein? Das Programm gibt folgenden Hinweis: „In Zeiten, die für die Bourgeoisie besonders kritisch sind, bedient sich der Faschismus einer antikapitalistischen Phraseologie, sobald er aber seine Macht gesichert sieht, erweist er sich immer mehr als terroristische Diktatur des Großkapitals und wirft den antikapitalistischen Plunder von sich." Der italienische Faschismus, der nach der Niederwerfung der revolutionären proletarischen Bewegung die Macht übernahm, bietet eine treffende Illustration dieser Stelle. Aber die gegenwärtige Periode ist zweifellos nicht eine Periode der erhöhten Sicherung der faschistischen Herrschaft, sondern der verstärkten faschistischen Offensive gerade zur Sicherung des in seinen Fundamenten wankenden Baues der Herrschaftsgewalt des Finanzkapitals.

Auch die Erfahrungen der beiden letzten Jahre haben zweifellos nicht eine vermehrte Sicherheit der bürgerlichen Klassenherrschaft mit sich gebracht. Sogar in jenen Ländern, in den die faschistische Diktatur am längsten und scheinbar am „stabilsten" aufgerichtet ist, wie in Italien, wird sie von der revolutionären Massenbewegung immer häufiger durchbrochen. Und auch die Rolle der faschistischen Bewegung als eines Versuches des Finanzkapitals zur Ausnutzung der Unzufriedenheit breiter Massen zum Zweck der Errichtung und Sicherung seiner unmittelbaren Diktatur wurde durch die Entwicklung dieser beiden Jahre in reichem Maße bestätigt. Die vom Weddinger Parteitag für Deutschland festgestellte „Ergänzung und fortschreitende Verdrängung der demokratischen durch die

diktatorischen, der parlamentarischen durch die faschistischen Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie“, die Vorbereitung der durch keine Scheindemokratie verhüllten, mit grundsätzlich neuen Mitteln des Massenbetrugs arbeitenden und sie mit offenem weißen Terror kombinierenden faschistischen Diktatur dient gerade zur „Verteidigung ihrer Klassenherrschaft gegen das Proletariat“, ist der Ausdruck ihres Unvermögens, diese Unzufriedenheit mit den herkömmlichen demokratischen Methoden zu meistern. Keineswegs aber bedeutet dies, wie K. Schmidt meint, die „Tendenz zum faschistischen Staat in seiner klassischen italienischen Form“. (Internationale 5/6, S. 189.) In dieser Statuierung eines „klassischen italienischen Faschismus“ lebt nicht nur Brandlers Unterscheidung von italienischem Faschismus und bloßer Reaktion in den anderen Ländern unter neuem Namen wieder auf, sie wird noch ergänzt durch den entgegengesetzten Fehler der mechanischen Uebertragung eines abstrakten, noch dazu einer früheren Periode der Nachkriegsentwicklung entnommenen Schemas auf die geänderten Kampfbedingungen. Nicht die Tendenz zum „klassischen“ italienischen Faschismus „tritt“ in der dritten Periode in ein akutes Stadium, sondern die faschistische Welle breitet sich immer weiter aus.

Die Klassenanlage der in den einzelnen Phasen der faschistischen Welle an jeder Stelle ihrer Ausbreitung vom Finanzkapital jeweils in seinen Dienst gestellten sozialen Kräfte, die Untersuchung seiner jeweils besonderen Methoden zur Umbiegung und Niederzwingung der Massenbewegung spielen für den revolutionären Klassenkampf eine große Rolle. Der grundlegende Fehler einer Bagatellisierung dieser sozialen Kräfte und ideologisch-materiellen Korruptionsmethoden und der Ersatz solcher durch Betrachtung des Zusammenwirkens des Finanzkapitals mit einer Reihe bloß direkt bestochener, deklassierter Elemente in einer Art reinem Faschismus als Entwicklungsziel findet sich aber ebenso wie bei

K. Schmidt in verschiedenen Formen in den meisten Abweichungen in dieser Frage vom Marxismus-Leninismus verbunden. Er führt zu einer Reihe weiterer Fehler, von denen noch zu sprechen sein wird. (Fortsetzung folgt.) [318]

LITERATUR

„Die Gesellschaft“, März 1930

An den Leitartikel, eine Huldigung Landsbergs für Paul Levi, knüpft G. Decker an, um „das Problem der Opposition in der Sozialdemokratie“ theoretisch zu ergründen und schwätzt dabei wieder aus der Schule. Daß diese Opposition auf einen Klassengegensatz innerhalb der SPD zurückzuführen sei wie bei den bürgerlichen Parteien, verneinte er glatt. Auch die in der Tat vorhandene Verschiedenheit der Interessen verschiedener proletarischer Schichten sei nicht die Ursache. Wichtig sei vielmehr „die Verschiedenheit der Aufgaben und dementsprechend der Vor- und Einstellungen“, je nachdem, „mit welchen Konkurrenten es die Partei zu tun hat“. D. zeigt in einer Statistik, daß der „Konkurrent“ der SPD In Berlin, Halle, Chemnitz die KPD, in Hannover, München usw. die bürgerlichen Parteien sind. „Ist es ein Wunder, daß man in Koblenz oder München ein anderes ‚Weltbild‘ hat als in Berlin oder Chemnitz?“ Damit gibt Decker zynisch zu, daß das „Weltbild“ der „Linken“ bloß ein Schwindel ist, um die proletarischen Massen vom Uebergang zu den Kommunisten abzuhalten. In Hannover aber könne die SPD „ihre ganze Energie auf den Kampf gegen die bürgerlichen Parteien konzentrieren“, d. h. sie kann sich offen als bürgerliche Partei geben.

Den tiefsten Grund für die Opposition aber sieht D. nicht in diesen lokalen „Aufgaben“, sondern in der allgemeinen Aufgabe einer „radikalen Kritik“, der Aufzeigung der Zukunftsziele usw., die man „in der Partei braucht“. D. versucht, dies philosophisch zu begründen. In der Tat aber handelt es sich hier um ein wichtiges Moment des sozialfaschistischen Entwicklungsprozesses der SPD, die eben eine „radikale“ Gruppe und „revolutionäre“ Phrasen braucht wie der italienische Faschismus in seiner Frühzeit. Darum ist D. mit den „Linken“ unzufrieden – nicht etwa, weil sie zu „radikal“, sondern im Gegenteil: weil sie zu „konservativ“ seien! Er wirft ihnen vor, daß sie „Neigung zu politischer Passivität“ zeigen und gibt ihnen gute Ratschläge. („Namentlich bei Marx kann man jetzt noch manches lernen.“) Es ist klar, daß D. hier immer nur von den „linken“ Führern spricht. Hier hat er auch durchaus recht, ihre Aufgabe ist der Betrug der Massen, die Festigung der SPD.

Damit gibt er indirekt zu, was er öffentlich leugnet, nämlich daß diese Funktion nötig ist infolge des immer scharfer die SPD zerreißenden Klassengegensatzes zwischen den völlig bürgerlichen, faschistischen Führern der Partei und den ihr angehörenden und folgenden Arbeitern.

Professor Lederer theoretisiert über „Ungelöste Fragen im Prozeß der Kapitalbildung". Er kommt nicht etwa zu dem für den Marxismus selbstverständlichen Ergebnis, daß das Proletariat alle Maßnahmen zur Förderung der Kapitalbildung als Verstärkung seiner Ausbeutung zu bekämpfen hat, sondern daß „der Kapitalmarkt heute Schauplatz des Klassenkampfes" ist. Der Konkurrenzkampf zwischen Privatindustrie und der „öffentlichen Hand" (Reichs-, Länder- und Gemeindebetriebe) um Anleihen – Klassenkampf! Eine treffende Kennzeichnung der ökonomischen Grundlagen der sozialfaschistischen Politik der SPD.

Gustav Pollatschek verherrlicht den tschechischen Bourgeois Th. G. Masaryk (nur mit einigen nationalistischen Vorbehalten), Ch. Lütkens gibt anläßlich der Besprechung des Buches von W. E. Walling „Die amerikanische Arbeiterschaft in der amerikanischen Demokratie" eine Kritik der zum großen Teil noch altmodischen liberalen Ideologie (Gompers) der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung vom Standpunkt des deutschen Sozialfaschismus. Zwar seien die „amerikanischen Methoden", vor allem in der Lohnpolitik, von großem Interesse. Aber in der liberalen Stellung zum Staat könne die amerikanische der europäischen Gewerkschaftsbewegung kein Beispiel geben; sie sei abgeneigt, dem Staat „Rechte in der Wirtschaft zuzugestehen, obgleich nicht vorzustellen ist, wie ohne eine solche ‚dritte Instanz' schließlich die Diskussion der an der Wirtschaft interessierten Parteien ermöglicht wenden sollte." Auch seien die amerikanischen Gewerkschaften zu exklusiv, bemühen sich nicht genügend um die bürgerliche Beeinflussung der gesamten Arbeiterschaft.

[319] Zu registrieren ist noch der Abdruck des in seiner hysterischen und giftigen Verlogenheit beispiellosen Vorworts Karl Kautskys „Georgien und seine Henker" zu dem Buche des georgischen Weißgardisten D. Scheraschidse. K. hebt darin besonders hervor, daß das georgische „Volk der christlichen Kultur treu blieb". Er stellt sich In die Reihen der Kreuzfahrer unter dem Kommando Pius XI. K. S.

*

„Der Klassenkampf", Februar–April[*)]

Von Monat zu Monat sinkt dieses „theoretische" Organ der „Linken" tiefer. An Paul Levi werden besonders die „unschätzbaren Verdienste" hervorgehoben, die er um die Partei der Noske und Zörgiebel in der Bekämpfung der Kommunisten erworben hat (S. 106). Die grotesken Phrasen, mit deren Hilfe man den Renegaten post festem zu einem großen Führer des Proletariats machen will, bilden einen bezeichnenden Kontrast zu der Feigheit, dem Schwanken, dem ewigen Katzenjammer, der die politischen Artikel der Zeitschrift erfüllt. Man „enthüllt" das zwischen der Reichsbank und der Reichsregierung Müller-Severing, vereinbarte Geschenk von 150 Millionen Mark an die Aktionäre der Reichsbank – fügt aber, feige vor den Ministergenossen wedelnd hinzu: „Wir reden nicht von Korruption, und beschuldigen niemanden" (S. 116). Man kritisiert die auf dem Verordnungswege von Müller & Co. durchgeführte Zollerhöhung vom 20. Februar für Kaffee und Tee als eine Maßnahme des „kalten Faschismus", aber man macht den Genossen Reichskanzler nur höflich auf das „Seltsame" (S. 131) seines Vorgehens aufmerksam. Man charakterisiert die Aenderung des Reichbahn- und Reichsbankgesetzes durch die Pariser Sachverständigenberatung als weit über den Begriff der „Privatisierung" hinausgehend, als „den bewußten Uebergang der herrschenden Bürokratie und der als Sachverständige getarnten Unternehmervertreter ... zur Schaffung antidemokratischer Rechtsformen, in die eines Tages nur noch der Diktator – legal – hineinzuschlüpfen braucht" (S. 136). Aber man weiß, daß Müller, Severing & Co. das Haupt, Tausende von „Genossen", Mitglieder eben dieser faschistischen Bürokratie sind und tapfer diesen Uebergang mitmachen. Daher klagt man bloß, daß die Konsuln nicht hören und nicht sehen und ruft theatralisch nach dem Volkstribunen. Man jammert

[*)] In der letzten Besprechung (Heft 5/6 dieser Zeitschrift) soll es auf Seite 190, vorletzte Zeile statt „ethisches" richtig heißen eklektisches.

über die Drohung mit Artikel 48 als die „gesetzliche“ Einführung des faschistischen Regimes „mit Hilfe der Sozialdemokratie“ (S. 161) – aber stammelt nur etwas von einem „Witz der Weltgeschichte“. Nicht ein Wort von Kampf gegen diese zugegebenermaßen den Faschismus vorbereitende Regierung! Ihr Sturz auf rein parlamentarischem Wege lag in der Hand der „linken“ Helden. Sie brauchten nur bei einer Abstimmung ihre Allerwertesten zu heben – sie haben es nicht getan. Sie haben deklamiert und gejammert, aber die Müller-Regierung bis zum letzten Moment unterstützt, ja selbst noch in Sachsen die heftigsten Versuche gemacht, die Volkspartei zu einer großen Koalition zu bewegen (S. 143).

Nachdem der Sturz der Regierung trotzdem erfolgt ist, fühlen nun die „linken“ ihre eigentliche Aufgabe gekommen, die SPD, so gut es geht, aus der Konkursmasse dieser Regierung zu retten. Das geht natürlich nicht ohne gewisse Konzessionen an die Empörung der Arbeitermassen. Und so enthalten die Artikel der Nr. 7 und 8 sehr wertvolle Eingeständnisse: die Zollerhöhungen und Massenbelastungen „wären nicht denkbar gewesen“ ohne Mitwirkung der SPD (S. 197), die Brüning-Regierung führe nur „die von der Koalitionsregierung sehr weit vorbereiteten Maßnahmen gegen die Interessen des werktätigen Volkes durch“ (S. 193, 195), die Brüning-Regierung sei „durch die Koalitionsregierung geistig und materiell vorbereitet worden“ und ernte nun, was diese „gesät“ (S. 226), Schiele & Co. haben mit dem von der SPD im Dezember beschlossenen und vom „Vorwärts“ (3. Januar 1930) als „sozialistisches Vorzeichen“ der Zollpolitik bezeichneten Gleitzollsystem jetzt „mehr erreicht, als sie im Dezember auch nur zu fordern wagten“ (S. 232). Während aber noch am 1. April ganz richtig gesagt wird, die Müller-Regierung sei „zurückgetreten worden“ (S. 193), nicht die SPD, sondern die bürgerlichen Parteien haben das Kabinett Müller gesprengt“ (S. 194) – wird dies schon im nächsten Heft den Agitationsbedürfnissen entsprechend korrigiert, zugunsten der Legende, die SPD habe dies getan im Kampf für die Arbeitslosenversicherung (S. 245, 247). Mit [320] sophistischen Kniffen wird bewiesen, daß die Partei gegenwärtig an das Finanzprogramm der Müller-Regierung „nicht mehr gebunden“ sei, ja, daß die Fraktion bei seiner Annahme gar nicht gewußt habe, worüber sie abstimme (S. 196). Die Aufgabe sei jetzt, „Oppositionspolitik zu betreiben mit dem Ziele der Sammlung der Massen in der durch die Sozialdemokratie repräsentierten Einheitsfront des Proletariats, durch die allein der Bourgeoisie Zugeständnisse (!) abgetrotzt werden können“ (S. 196). Dieser Kampf darf nicht sobald (!) wieder abgeschwächt oder unterbunden werden durch hemmende Koalitionspolitik S. 197). Man tröstet: „der Himmel ist nicht eingestürzt und alle Spatzen leben noch“ (S. 193): die Koalitionspolitik lebt noch, die „linken“ Spatzen wollen sie nur schlauer, geschickter anwenden. Wie, das sagt F. Lenz in seinem unsäglich albernen und gespreizten „theoretischen“ Kohl „zum Koalitionsproblem“: er will „den Einsatz dieses Kampfmittels (!!) nur in Fällen dringender Not erlauben“ (S. 237). Er hat recht: gerade die Müller-Regierung hat gezeigt, daß sich dieses Kampfmittel gegen das Proletariat rasch abstumpft, daher wie der § 48 und die Reichswehr nur in Situationen eingesetzt werden sollte, in denen die bürgerliche Gesellschaft unmittelbar in Gefahr schwebt.

Es ist noch zu erwähnen, daß F. Bieligk in Nr. 7 sich ausdrücklich mit der Auffassung G. Deckers (‚Gesellschaft“ vom April d. J.) über die Aufgabe der Opposition in der SPD als Anreißer für die Massen und Lieferanten der dem Sozialfaschismus notwendigen sozialistischen oder marxistischen Phrase einverstanden erklärt. Er beklagt sich bloß, daß der Parteivorstand für diese schwierige Arbeit zu wenig Verständnis zeige.

Für die völlige theoretische Verlotterung der „Linken“, ihren Uebergang vom Marxismus zu allen möglichen „modernen“ Formen des Agnostizismus und Idealismus hier nur zwei Beispiele: für Bieligk ist die Klasse nur „der Standort, von dem aus sich die Sozialdemokratie in den Kämpfen orientieren muß“ (S. 218). Max Adler aber macht den Kampf gegen den Faschismus zu einem bloßen Problem der „Denkweise“ (S. 141), der Stärkung des „Klassenbewußtseins“ (S. 142). Der Artikel M. Adlers ist übrigens auch in anderer Beziehung interessant. Der Verfasser meint, er lese sich „wie eine Widerlegung“ des Artikels von Renner über den Kampf gegen den Faschismus in Oesterreich im Februarheft der „Gesellschaft“. Im entscheidenden Punkt aber stimmt A. mit R. völlig überein: die Schober-Verfassung wird als Mißerfolg des Faschismus und Erfolg des Proletariats gewertet (S. 137, 140). Die Meinungsverschiedenheiten mit R. sind durchaus untergeordneter Natur. Vor allem

weist A. die „Beschuldigung“ zurück, daß die „Abstinenzpolitik“, der ‚Radikalismus“ und „Dogmatismus“ der SPOe die Ursache für die Stärke des Heimwehrfaschismus und das Nichtzustandekommen einer Koalitionsregierung sei. Er weist dabei nach, daß der Austromarxismus weder radikal, noch den Bestechungen der Bourgeoisie gegenüber abweisend ist: „Nicht wir haben uns ausgeschaltet, sondern wir wurden ausgeschaltet“, die Opposition war „keine freiwillige“. Selbstbekenntnisse einer schönen „linken“ Seele! K. S.

*

Druckfehlerberichtigung[*]

In dem Artikel „Die Faschisierung der bürgerlichen Klassenherrschaft“ in Nr. 5/6 soll es auf Seite 179, Zeile 13 von unten, statt „sozialfaschistische“ „nationalfaschistische Partei“ heißen. Die Fußnote 1 auf Seite 180 ist durch Auslassung einer Zeile verstümmelt. Da sie den Sinn der Polemik nicht genügend klar zum Ausdruck bringt, präzisiert sie der Autor unserer Zuschrift wie folgt:

„Genosse Kun kennzeichnet in seiner Rede die gegenwärtige Entwicklung der Sozialdemokratie als eine Entwicklung zum Sozialfaschismus. Diese Formulierung ist für die Gegenwart nicht mehr richtig. Die Sozialdemokratie ist heute in allen Ländern schon eine sozialfaschistische Partei. Natürlich haben wir hier einen Prozeß vor uns, der noch keineswegs abgeschlossen ist. Aber nicht erst sein Endpunkt ist der Sozialfaschismus. Der Endpunkt ist vielmehr der offene Faschismus. Daher nicht bloßer „Funktionswandel“, sondern Krise und schließliche Vernichtung der bürgerlichen Arbeiterpartei durch das revolutionäre Proletariat in der Revolution. Die weitere Faschisierung der bürgerlichen Klassenherrschaft bedeutet aber auch nicht die Ausschaltung des Sozialfaschismus als Werkzeug des Finanzkapitals und seine Ersetzung durch den heutigen Nationalfaschismus, sondern – bei weitgehendem Verwachsen mit diesem – seine Entwicklung in der Richtung des offenen Faschismus. Was zeitweilige „Opposition“ und heftigen Konkurrenzkampf mit dem Nationalfaschismus nicht aus-, sondern ein schließt.)

Die Worte „in der Revolution“ sind hinzuzufügen, weil der Leninsche Satz über das Ende der bürgerlichen Arbeiterpartei zweifellos auch für ihre letzte, sozialfaschistische Etappe gilt: „Wir haben keinen Grund, anzunehmen, daß diese Parteien vor der sozialen Revolution verschwinden können.“ (Sammelband Seite 339.)

[321]

[*] Die Druckfehler wurden beseitigt. *KWF*

Die Internationale
13. Jahrgang * Berlin, 1. Juni 1930 * Heft 11

Die Wahlen in Sachsen.

Von Rudolf Renner

Der sächsische Landtag hat ein Jahr bestanden. Die ausschlaggebende Stimme hatten in diesem Landtag die Nationalsozialisten mit ihren fünf Mandaten. Gebildet war die Regierung aus den Vertretern der Volkspartei, der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei. Die Demokraten, Aufwertler und Altsozialdemokraten gaben der Regierung ihre stille und aktive Unterstützung. Die Regierung führte von Anfang an eine Politik der ungeheuerlichsten Reaktion durch. In ihrem Programm stand: Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer, der Mietzinssteuer, der Schlachtsteuer, Abstriche bei den sozialen Ausgaben. Die Zuschläge zur Wöchnerinnenunterstützung reduzierte sie auf die Hälfte. Die Ausgaben für die Ausbildung der Polizei zur Bürgerkriegsarmee wurden erhöht, ebenso die Ausgaben für die Justiz. Wie sie der wachsenden Not und der gesteigerten Empörung der arbeitenden Massen begegnen wollte, zeigte sie dadurch, daß sie die Summe für „Tumultschäden"-Ausgaben verdoppeln wollte.

Den Industriellen, den Großagrariern und Hausbesitzern wurden durch Steuerstundungen und Subventionen riesige Geschenke gemacht, während die Not der Massen größer und größer wurde.

Nirgends zeigten sich die Auswirkungen der heranreifenden Wirtschaftskrise wohl deutlicher wie in Sachsen. In schnellem Tempo zerfallen die kleinen Betriebe. 336 Betriebe wurden im Januar geschlossen, 224 im April. Die Betriebsstillegungen stehen 50 Prozent über dem Vorjahre. Ungeheuerlich wächst die Erwerbslosigkeit. Die einsetzende Saisonarbeit hat daran nur wenig geändert. Während im vorigen Jahre die Erwerbslosenziffer in den Saisonmonaten um 100.000 zurückging, fiel sie in diesem Jahre nur um 20.000.

Im April betrug die Zahl der Arbeitsuchenden nach den amtlichen Meldungen 308.000, die Zahl der Unterstützungsempfänger aber nur 225.000. Rund 80.000 Arbeiter sind ausgesteuert, leben mit ihren Angehörigen von der Wohlfahrtsunterstützung. Die Löhne in der sächsischen Industrie liegen jetzt schon 15 bis 20 Prozent unter dem Reichsdurchschnitt. Die Metall- und Textilindustriellen führen jetzt eine neue Lohnabbau- und Arbeitszeitverlängerungsoffensive durch.

Sie erhalten dabei die tatkräftige Unterstützung der Bürgerblockregierung oder, wie sich die jetzige Regierung nennt, des „unpolitischen Beamtenkabinetts".

[322] Seit über einem halben Jahr führte die Kommunistische Partei einen zähen Kampf, um die Regierung zum Sturz, den Landtag zur Auflösung zu bringen. Sie stieß dabei immer auf die geschlossene Front aller übrigen Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten. Mehrfach wurden die kommunistischen Mißtrauensanträge und die Anträge auf Auflösung des Landtags von dieser Einheitsfront abgelehnt.

Als dann der Vertreter der sächsischen Regierung, die sich auf die „Young-Plan-Gegner", die Nazis, stützte, im Reichsrat für den Young-Plan stimmte und die Nationalsozialisten, um ihre Anhänger zu beruhigen, dagegen eine Scheinopposition entfachten, nahm die KPD diese Gelegenheit wahr und brachte einen neuen Mißtrauensantrag ein. Die Nazis versuchten auch jetzt noch zu manövrieren. Unter dem Druck der KPD brachten sie dann einen eigenen Mißtrauensantrag ein, über den die Regierung zu Fall kam.

Die Sozialdemokraten, die während des Bestandes der Bürgerblockregierung ihre gesamte Politik auf eine zukünftige Koalition abgestellt hatten, begannen jetzt offiziell die Koalitionsverhandlungen mit der Volkspartei. Diese, die auch in Sachsen führende Partei bleiben wollte, setzte der SPD den Stuhl vor die Tür. Daraufhin brachte diese einest Auflösungsantrag ein.

In einer gleichzeitigen Abstimmung über einen kommunistischen und sozialdemokratischen Antrag wurde dann der Landtag aufgelöst.

Die Nationalsozialisten versuchen den Wahlkampf zu einem Vorstoß in Sachsen zu benutzen. Gestützt auf ihre Position in Thüringen, wollen sie nach Sachsen weiter vordringen. Ihr Ziel ist ein

faschistischer mitteldeutscher Block. Die Ergebnisse der Wahl in Gotha schrecken aber. Dort haben die Faschisten ihren Zuwachs aus dem Lager der Arbeiter geholt. Deswegen verkünden sie jetzt, in Sachsen müsse man aus dem Lager des Proletariats gewinnen. Ihr Auftreten ist dementsprechend „radikal gegen die Kapitalisten". Sie vollführen hier, entsprechend der Einstellung des sächsischen Proletariats, radikale Manöver. Die Bourgeoisie, die den Faschisten Arbeiter zutreiben möchte, tritt ihrerseits wieder äußerst radikal gegen die Nationalsozialisten auf. Der Hauptgrund dieses Auftretens liegt darin, daß die Nazis ihren Einbruch in die Front der Arbeiter vollziehen wollen. Doch darf man auch einen zweiten Grund nicht übersehen. Das brutale Auftreten der Faschisten, gegen die die SPD-Führer nichts unternehmen, schließt die Einheitsfront der Arbeiter fester zusammen. Die kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter nähern sich, wenn auch unter der demagogischen Gegenaktion der „linken" SPD-Führer langsam, zu einer einheitlichen Front gegen die braune Pest.

Entsprechend der Bedeutung eines weiteren Vordringens des Faschismus führt die KPD ihren Wahlkampf mit der schärfsten Kampfstellung gegen die Faschisten. Dieser Kampf rüttelt die Massen der Arbeiter auf, zwingt aber auch die sozialfaschistischen Führer, sich vor den Massen zu enthüllen.

Die SPD führt den Wahlkampf mit dem Ziel der Großen Koalition in Sachsen. Da man dafür, bei den Ergebnissen der Koalitionspolitik im Reich, keine Stimmen fangen kann, versuchen die Sozialdemokraten [323] sich den Anschein zu geben, als führen sie den Kampf gegen den Faschismus. In ihren Zeitungen schrieben sie große Töne. In der Praxis aber überlassen sie den Kampf gegen den Faschismus nicht nur den Kommunisten, sondern sie hetzen gegen die revolutionären Arbeiter und die KPD.

Die Partei, die in Sachsen sehr stark unter den Auswirkungen der verlogenen radikalen Phraseologie der „linken" sozialfaschistischen Führer steht, hat lange Zeit die Bekämpfung des Nationalfaschismus vernachlässigt. So konnte jetzt der Führer der Nationalfaschisten, Studentkowski, noch feststellen:

„Und wie überall, so war es auch in Leipzig: der Gegner ließ uns Zeit, auf diesem Wege weit genug zu kommen und beachtete uns nicht, verachtete uns eher."

Auch jetzt noch, zu Beginn des Wahlkampfes, stellte unsere Presse die Front zu sehr nur gegen die Sozialfaschisten ab. Dadurch erhielt die SPD-Presse vorübergehend ein Uebergewicht.

Bei dem am 31. Mai und 1. August stattgefundenem Naziaufmarsch in Plauen, bei einem Vorstoß der Faschisten nach dem Arbeiterort Heidenau stand aber nur die KPD mit den revolutionären Arbeitern in der Abwehrfront. Auf Grund einer breiten Mobilmachung der Partei zur Gegenaktion gegen einen Aufmarsch der Faschisten am 4. Juni in Dresden Miesen die Nazis diesen Aufmarsch ab.

Diese Ergebnisse und die Haltung der SPD-Führer zeigen den Arbeitern in immer stärkerem Maße die KPD als die einzige Führerin gegen den Faschismus.

Anläßlich des Zusammenstoßes zwischen den revolutionären Arbeitern in Heidenau und den Nationalfaschisten schrieb die „Dresdener Volkszeitung":

„Das Schützenhaus soll von Kommunisten umlagert gewesen sein, so daß angenommen werden muß, daß es sich seitens der Kommunisten um einen planmäßig vorbereiteten Ueberfall handelt. Es wäre gewiß verfehlt, die Kommunisten bei dieser neuesten Aktion in Schutz zu nehmen. Sie trifft ein gerüttelt Maß Schuld."

Dieser Bericht, der eine offene Unterstützung der Nationalfaschisten darstellt, löste selbst die Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter aus. Am nächsten Tage sah sich die Volkszeitung gezwungen, eine Zuschrift eines Arbeiters abzudrucken, in der es heißt:

„Aus den Verletzungen, die einige Arbeiter erlitten, ließ sich mit Bestimmtheit annehmen, daß von den Nazis Stahlruten und Schlagringe verwendet worden waren. Die so provozierend auftretenden Hakenkreuzler sind vielmehr eine öffentliche Gefahr und sollten unsere Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße auf die faschistische Bewegung lenken. Raublustige Gesellen und Erpressermanieren, das kennzeichnet dieses widerliche Menschenmaterial."

Jetzt versucht die SPD durch die Gleichstellung von KPD und Nationalsozialisten eine Diskreditierung durchzuführen. Das Massenauftreten der KPD wird aber diese Versuche zerschlagen.

Die zweite Parole der SPD ist ein sogenanntes Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Alle die „Forderungen“, die die SPD aber in diesem Programm aufstellt, hat sie im Landtag abgelehnt.

[324] Die Kommunistische Partei stellt dort Anträge auf:

Einheitliche Richtsätze für Wohlfahrtspflege;

Aufhebung der Rückzahlungsverpflichtung;

unbefristete Verlängerung der Krisenfürsorge;

Erhöhung der Unterstützung;

Zurverfügungstellung von 10 Millionen Reichsmark zu diesem Zweck;

eine Winterhilfe von 40 Mark und 10 Mark für die Erwerbslosen;

Arbeitsbeschaffung, Ausführung von staatlichen Bauten, Bau von Talsperren;

Bereitstellung von 50 Millionen Mark für den Wohnungsbau;

Einführung des Siebenstundentages in den staatlichen Werken, im Bergbau usw.

Alle diese Forderungen, die die „linken“ Arbeiterbetrüger jetzt demagogisch selbst aufstellen, lehnten sie im Landtag zusammen mit den Nationalsozialisten und den anderen Parteien ab.

Bei der Abstimmung über die Siebenstundentag-Forderung erklärte der Vertreter der SPD, Abgeordneter Hermann-Cainsberg, daß die Industrie diese Forderung nicht tragen könne.

Die KPD wird in diesem Wahlkampf im stärksten Angriff gegen den Faschismus, im schärfsten Kampf gegen den Bürgerblock, im entschiedensten Vorgehen gegen die „linken“ sozialfaschistischen Arbeiterbetrüger, in stärkster Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten die Massen der Proletarier sammeln.

Die Parole der KPD: „Das rote Sachsen wählt Kommunisten!“ wird bei der Arbeiterschaft Fuß fassen.

Die KPD verbindet den Wahlkampf mit der stärksten Anstrengung zur Auslösung von Wirtschaftskämpfen gegen die Unternehmerangriffe und entlarvt auch dabei die wirkliche Stellung der „linken“ sozialfaschistischen Führer.

Keineswegs übersehen wir dabei die vor uns stehenden Schwierigkeiten. Die Partei trägt immer noch am Erbe des Brandlerismus. Organisatorisch ist die Reorganisation noch nicht im vollen Umfange abgeschlossen.

Uns gegenüber stehen die Nationalsozialisten mit der gewaltigen finanziellen Unterstützung durch das Kapital, die SPD, die in Sachsen über die höchsten Mitgliederzahlen ihrer gesamten Reichsorganisation verfügt, und wo es der Demagogie der „Linken“ am besten gelang, die Mitglieder bisher bei der Stange zu halten.

Aber die Partei geht mit viel Zuversicht in diesen Kampf, den sie allein führt als einen Kampf gegen Faschismus und Bürgerblock, gegen die „linken“ Arbeiterverräter, für Arbeit und Brot!

Die KPD kämpft als die Partei der Klassenkämpfer, die den Massen die außerparlamentarischen Aufgaben aufzeigt – das Ziel:

Die proletarische Revolution und ein Sowjetdeutschland! [325]

*

Technischer Fortschritt – ein „Ausweg“?

Die Anwendung technischer Neuerfindungen unter dem monopolistischen Kapitalismus

Von Günther Reimann

Bekanntlich hat der Kapitalismus in seiner ersten Blüteperiode eine technische Revolution von tiefgehender gesellschaftlicher Wirkung herbeigeführt. Die Anwendung der Dampfmaschine und des

mechanischen Webstuhls, der Aufbau einer Schwerindustrie, Bau von Eisenbahnen und Dampfschiffen und vor allem die Entwicklung einer maschinenproduzierenden Maschinenindustrie, wodurch die Maschinen so verbilligt wurden, daß sie in immer erfolgreichere Konkurrenz mit der menschlichen Arbeitskraft und der alten handwerklichen Produktionsweise treten konnten. Dieser technischen Revolution im ersten Entwicklungsabschnitt des Kapitalismus folgte eine Periode stärkster extensiver Kapitalsakkumulation, die sich weniger durch Entdeckung und Anwendung neuer Erfindungen auszeichnete. Der Siegeszug der Elektrizität, deren Anwendung verstärkte Akkumulation vor allem von fixem Kapital bedingt, begann erst am Anfang dieses Jahrhunderts, in derselben Zeit, wo der freie Konkurrenzkampf in den wichtigsten Großindustrien immer mehr durch kapitalistische Monopole ausgeschaltet wurde. Schließlich leitete der Weltkrieg eine sprunghafte Entwicklung der kapitalistischen Technik auf dem Gebiete der Produktion von Kriegsmitteln und auch von Rohstoffersatzmitteln in Deutschland ein.

Die verschärften Absatznöte und die geringen Ausdehnungsmöglichkeiten des Kapitalismus beschränkten in der Nachkriegszeit die extensive Kapitalsakkumulation. Es ist dem Kapitalismus nicht mehr möglich, wie nach der technischen Revolution im Frühkapitalismus, sein äußeres Absatzfeld zu erweitern, dadurch sich neue Anlagesphären zu erschließen.

Welche Perspektive ergibt sich daraus für die weitere kapitalistische Entwicklung der Technik? Bürgerliche Oekonomen glauben, daß der Kapitalismus auf Grund der technischen Entwicklung sich gewaltige neue Kapitalanlagesphären erschließen könne und stellen deswegen ihm eine günstige Prognose aus:

„Man darf nicht von Zwangsläufigkeit zu spätkapitalistischen Wirtschaftsformen, nicht vom Niedergang des Kapitalismus in einer Zeit sprechen, in der jeden Tag die durchaus revolutionäre Technik alle Bindungen zerreißen kann. ... Welche Möglichkeiten eröffnen sich allein unter dem Gesichtspunkte, daß Oel, Wasserkraft, Braunkohle und verbesserte Wärmetechnik den Steinkohlenbedarf in der ganzen Welt einengen? Wie weit haben Gas- und Stromgewinnung, synthetisches Oel, künstlicher Stickstoff, alle diese noch in dem Anfangsstadium stehenden Entwicklungsansätze, ihre Revolution der Energiewirtschaft und Rohstoffsynthese die Grundlagen der Kalkulations- und Absatzmöglichkeiten umgewälzt, wie weit liegen sie abseits alles Voraussehbaren hinsichtlich kapitalistischer Energieentfaltung. Die Hertzschen Wellen und die Röntgenstrahlen, die Forschungen über Stickstoffverbindungen und Katalyse, die Einsicht in Vitamine und Chemotherapie haben in Riesenschritten auf Gebiete, die schon im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege nicht arm an wissenschaftlichen Erkenntnissen waren, gerade nach dessen Verlusten und Vernichtungen in den Kulturländern zur schnellsten Auswertung gedrängt ... Aus diesen Gründen ist der als sicher hingestellte Rückgang in der Produktivität in dem angenommenen Umfang keinesfalls, auch nicht bei der Urproduktion, für absehbare Zeit au befürchten.“

(Prof. Dr. Eckert, Köln, auf der Züricher Tagung des Vereins für Sozialpolitik im September 1928.)

Mit diesem Hinweis auf die unbeschränkte kapitalistische Entwicklung der Technik versucht auch die Sozialdemokratie, ihren Glauben an [326] den weiteren Aufstieg des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu begründen. Der sozialdemokratische Professor L e d e r e r fügte zu den obigen Ausführungen auf der Züricher Tagung hinzu:

„... in der Tat, wie ich auch glaube, wir befinden uns in einer Sturmperiode der technischen Entwicklung und der kapitalistischen Akkumulation, wofür ja schon ein Blick auf die Gesamtgestaltung und -Entwicklung der Wirtschaft vollkommen genügt.“

Können nicht in der Tat neue Erfindungen, wie die Verflüssigung von Kohle, die Produktion künstlicher Baumwolle oder von synthetischem Gummi Grundlage für die Entwicklung neuer Großindustrien abgeben, die dem Finanzkapital gewaltige Kapitalanlagesphären eröffnen und den Mangel an Kapitalanlage- und Absatzmöglichkeiten überwinden helfen?

Es wird hierbei vollständig das Wesen des kapitalistischen Monopols verkannt. Der neue technische Fortschritt wird nicht mehr von Einzelkapitalisten, die im freien Konkurrenzkampf miteinander stehen, getätigt. Diese neuen Erfindungen werden nicht mehr in primitiv ausgerüsteten Werkstätten gemacht, sondern setzen langjährige Forschungsarbeiten in riesigen, modern ausgerüsteten Laboratorien und Werkstätten voraus. Nur kapitalistische Riesentrusts, wie die IG Farbenindustrie AG, die

Vereinigten Stahlwerke AG usw., oder der Staat selber (z. B. Kaiser-Wilhelm-Institut) vermögen die Produktionskosten für die Erfindungen und technischen Verbesserungen aufzubringen. Nur Großbanken verfügen über die riesigen Kapitalien, die zu ihrer Auswertung benötigt werden. Nicht nur der Produktionsprozeß selber, sondern auch die Erfindertätigkeit wird Zentralisiert oder „vergesellschaftet“ (Lenin).

Der Umfang der Forschungs- und Erfindertätigkeit wird also von den monopolistischen Trusts, Konzernen und Großbanken bestimmt. In der Tat gibt es keine ausgereiften wichtigen Neuerfindungen, die nicht monopolistischen Riesentrusts gehören. Die Stickstoffsynthese nach dem Haber-Bosch-Verfahren ist im alleinigen Besitz der IG Farbenindustrie. Allerdings gibt es eine Reihe von Konkurrenzverfahren für synthetische Stickstofferzeugung, welche in Deutschland vor allem von den Ruhrindustriellen ausgenutzt werden. Die erst vor einigen Jahren ausgereifte Erfindung der Kohleverflüssigung hat die IG. Farbenindustrie an sich gerissen, obwohl die entsprechenden Bergin-Patente vorher den Ruhrindustriellen angeboten waren, die in Unkenntnis des Wertes derselben den Ankauf abgelehnt hatten. Die neuen Hydrierungsverfahren für Erdöl, ebenfalls von der IG Farbenindustrie entwickelt, sind an die amerikanische Standard Oil Co. verkauft worden, die durch ihre Anwendung gegenüber Shell ihre Monopolstellung zu festigen hofft.

Die Neuerfindungen, deren monopolistische Auswertung den Patentinhabern infolge Mangel an Kapital nicht möglich ist, werden durch direkte Uebereignung an einen anderen monopolistischen und kapitalkräftigen Riesentrust verwertet. Oder sie werden in ein neues Unternehmen, dessen monopolistische Stellung durchs den Besitz der neuen Patente gewährleistet ist und an dem Großbanken oder Trusts beteiligt werden, eingebracht. (International Bergin Co.: außerdeutsche Patente für Kohleverflüssigung, Hauptbeteiligter Standard Oil und IG. Farbenindustrie; International Sugar and Alkohol Co. Hauptbeteiligte: Brit. Destillers Co. Ltd. und IG Farbenindustrie, Patente für Zucker- und Alkoholgewinnung aus Holz, sowie die Holzhydrose AG, Hauptbeteiligter neben Bergins ebenfalls englisches Kapital, Patente für Zucker- und Kraftfuttergewinnung aus Holz.) Die Telefunken AG z. B., die die maßgebenden Patente für die Herstellung von Radioapparaten besitzt, nutzt ihre Monopolstellung dazu aus, von jedem Fabrikanten von Radioapparaten eine Abgabe- oder Monopolrente zu erheben. Er muß von der Telefunken AG eine „Lizenz“ [327] erwerben, wonach für jeden fertiggestellten Radioapparat ein bestimmter Betrag gezahlt wird. Die Telefunken AG bestimmt also, wer Radioapparate produzieren darf und kann den Kreis der Radioproduzenten beschränken, um sich eine höhere Monopolrente zu sichern.

Steht nun aber die Tatsache, daß typisches Monopolkapital Hauptträger des neuen technischen Fortschritts ist, nicht in schreiendem Widerspruch zu dem Wesen des Monopols?:

„... Stagnation und Zersetzung: Im selben Maße, wie, sei es auch nur vorübergehend, Monopolpresse eingeführt werden, verschwindet bis zu einem gewissen Grade der Antrieb zum technischen und folglich auch jedem anderen Fortschritt, zur Vorwärtsbewegung; im selben Maße entsteht auch die wirtschaftliche Möglichkeit, den technischen Fortschritt künstlich aufzuhalten.“ (Lenin: „Imperialismus“.)

Warum steht dennoch die Technik nicht still? Die kapitalistischen Monopole können den Konkurrenzkampf nur zeitweilig und territorial beschränkt ausschalten, ihn aber nicht beseitigen, ja sie rufen ihn auf höherem Niveau und in völlig neuen Formen, in viel schärferer Weise als früher hervor. Diese Verschärfung der Konkurrenzkämpfe stärkt allerdings wieder die Tendenz zu monopolitischem Zusammenschluß und zur Hemmung des technischen Fortschritts.

Jede praktische Betrachtung macht dies ersichtlich. Zu den am festesten und vollendetsten in Kartellen und Syndikaten organisierten Kapitalisten gehören die deutschen Schwerindustriellen. Nach dem Inflationszusammenbruch erfolgte eine Neuorganisierung der Eisenverbände mit der Rohstahl-Gemeinschaft als Kartell für allgemeine Produktionskontingentierung[*)]. Für die einzelnen Halbfertigwaren sind besondere Kartelle und Syndikate gebildet worden, die die Inlandspreise weit über Weltmarktplus Zollhöhe halten. Im Vorjahr ist das Kartellgebäude der deutschen Schwerindustrie erneuert

[*)] Die auch 1929 erneuerte Rohstahlgemeinschaft verfügt keine Produktionskontingetierung für Rohstahl; dafür erfolgt in den Unterverbänden für Halb-fabrikate eine um so straffere Kontingentierung der Produktion.

worden. Kein einzelner Trust kann während der nächsten zehn Jahre die Rohstahlgemeinschaft oder die Unterverbände kündigen. Der technisch rückständige Eisen- und Stahlproduzent ist nicht gezwungen, technische Verbesserungen einzuführen, denn der Konkurrenzkampf, der ihn dazu zwingen würde, ist ja ausgeschaltet. Warum diese stärkere Bindung? Die alten Kartelle und Syndikate haben nicht den technischen Fortschritt verhindern können.[*)]

Was veranlaßt den Stahlverein z. B. zum Bau neuer, moderner Hochöfen? Seit langem wird doch in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie ein bedeutender Teil der Produktionskapazität nicht ausgenutzt. Dennoch sind zahlreiche Hochöfen erbaut und in Betrieb genommen worden, so daß heute die deutsche Hochofenindustrie zu den technisch modernsten der Welt gehört, während sie am Ende der Inflationszeit sich durch technische Rückständigkeit auszeichnete.

Die Produktionseinschränkung, die das Kartell oder Syndikat diktiert, vermindert zwangsläufig die Monopolrente. Dem einzelnen Kartell- oder Syndikatsmitglied ist es nun möglich, durch Herabdrückung seiner Produktionskosten Differentialgewinne zu erzielen, die ihm durch das Monopol garantiert werden. Diese Möglichkeit zur Erzielung erhöhter Differential- oder Sonderprofite bietet einen um so größeren Anreiz zur [328] Schaffung neuer Werte und Anlagen, als die Verwertungsbedingungen für das nichtmonopolistisch zusammengeschlossene Kapital gerade durch die Tätigkeit der Monopole verschlechtert werden, zugunsten der Profitrate des Monopolkapitals.

Deswegen verschärfen sich in allen Kontingentkartellen und -syndikaten immer mehr die Kämpfe um die Quoten. Durch Erweiterung der Produktionskapazität und technische Verbesserungen versucht jeder einzelne Monopolkapitalist, Ansprüche auf eine höhere Quote zu erwerben und seinen Anteil an den monopolistischen Sonderprofiten zu vergrößern. Gerade in der am besten organisierten westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie tritt deswegen am schärfsten die an sich widersinnige Erscheinung hervor, daß in der Zeit schärfster Kapitalsnot und zunehmender Produktionseinschränkung neue Anlagen und Werke zwecks Erweiterung der Produktionskapazität erbaut werden. Sie dienen nicht dem Zweck der Steigerung der Produktion, sondern lediglich dem Anspruch auf höhere Quoten. Die Verwertung der so investierten Kapitalien besteht nicht in ihrer Anwendung, sondern in ihrer drohenden Anwendung im Fall des Auffliegens des Kartells oder Syndikats, in dem „moralischen“ Anspruch auf eine höhere Quote. Werden die neuen Werke doch in Betrieb genommen, ergibt sich die Notwendigkeit, an anderer Stelle dafür Anlagen stillzulegen oder ihre Ausnutzung noch mehr einzuschränken.

Je wirksamer das Kartell oder Syndikat seine monopolistische Stellung auszunutzen vermag, um so größer wird aber auch der Anreiz zur Kapazitätserweiterung oder Errichtung neuer Anlagen gerade in den kartellierten Industrien. Dieser Anreiz ist so stark, daß finanzkräftige Kapitalsgruppen angelockt werden, die gewaltigen Kapitalien, die für ein technisch modern ausgestaltetes Außenseiterwerk notwendig sind, aufzuwenden. Größte Wahrscheinlichkeit besteht, daß ein Niederkonkurrieren durch offenen Preiskampf vom Kartell oder Syndikat überhaupt nicht erst versucht wird.

Gerade in den monopolistischen Industrien ist der Anteil des fixen Kapitals besonders groß. Um so größer ist der Kapitalaufwand eines Einzelunternehmers, um so „ruinöser“ aber auch der freie Konkurrenzkampf bei Absatznot oder das Mißverhältnis zwischen Produktionskapazität und Absatzmöglichkeit.

Der langsame Umschlag des fixen Kapitals ermöglicht dem Einzelkapitalisten, längere Zeit seine Preise sogar unter seine tatsächlichen Produktionskosten herabzudrücken. Deswegen wird ein Niederkonkurrieren von Außenseiterunternehmungen für derartige Kartelle und Syndikate besonders schwierig und verlustreich. Das Kartell oder Syndikat wird versuchen, durch Aufkauf den lästigen Außenseiter auszuschalten oder ihm eine Entschädigungssumme dafür auszuzahlen, daß dieser von seinen neuen Produktionsplänen abläßt.

[*)] Die „Frankfurter Zeitung“ vom 14. März d. J. meldet z. B., daß auf der August-Thyssen-Hütte in Hamborn (Stahlverein) ein neuer Hochofen im Bau ist mit einer Fassung von 1200 t, gegenüber einem durchschnittlichen Fassungsvermögen von 500 bis 700 t. Der neue Hochofen würde der zweitgrößte des Kontinents sein.

Ein sehr anschauliches Beispiel dafür liefert die deutschen Röhrenindustrie. Vor ungefähr anderthalb Jahren drohte dem Röhrensyndikat das Entstehen einer Außenseiterkonkurrenz durch die Stahlwerk Niederrhein AG. Diese verfügte über technisch modernere Verfahren für die Röhrenfabrikation und auch über die finanziellen Mittel, die zum Bau eines neuen, modern eingerichteten Röhrenwerks nötig sind. Nun leidet zwar seit langem bereits die Röhrenindustrie an „Ueberkapazität von 30 bis 40 Prozent (gegenwärtig noch mehr). Aber die vom Röhrensyndikat organisierte Preishochhaltung sichert so gewaltige Sonderprofite. daß das Stahlwerk Niederrhein als Außenseiter und mit besonders niedrigen Produktionskosten zweifellos konkurrenzfähig gewesen wäre. Die Preise und Quoten des Röhrensyndikats wären dann gedrückt worden. [329] Das Röhrensyndikat hat sich deswegen entschlossen, die Aktien der Stahlwerk Niederrhein AG aufzukaufen und so die Verwirklichung ihrer Produktionspläne zu verhindern. Auch das technisch moderne Außenseiter-Röhrenwerk N. V. de Staalwerken de Maas ist vom Internationalen Röhrenkartell angekauft worden. Ein ähnlicher Vorgang hat sich erst vor wenigen Wochen in derselben Röhrenindustrie abgespielt. Krupp drohte mit der Errichtung eines modernen großen Röhrenwerks, um entweder als Außenseiter dem Röhrensyndikat Konkurrenz zu bereiten oder eine entsprechende Röhrenquote zu erhalten. Das wäre für Krupp doppelt rentabel gewesen, weil dadurch sein Selbstverbrauch an Eisen und Stahl, der nicht auf seine Rohstahlquote angerechnet wird, damit auch praktisch sein Rohstahlabsatz gestiegen wäre. Die Baupläne für das neue, technisch moderne Röhrenwerk waren bereits in allen Einzelheiten ausgearbeitet, als die größten Röhrenproduzenten – Stahlverein und Mannesmann – Krupp Auftragsgarantien für Röhrenstahl gaben und ihn dadurch für die inzwischen beschlossene Aufgabe seines Bauplans entschädigten.

Riesige Geldwerte werden von den Kartellen und Syndikaten dafür ausgegeben, die Errichtung technisch moderner Produktionsanlagen und eine Erweiterung der gesamten Produktionskapazität zu verhindern. Je größer der Besitzstand an alten Produktionsmitteln ist, um so mehr fürchten die kartellierten Kapitalisten neue Konkurrenz.

Das Monopolkapital ist stets konservativ. Es erstrebt die Stabilisierung der gegebenen Machtverhältnisse und versucht deswegen mit allen Mitteln die Anwendung neuer, umwälzender Produktionsverfahren und die Errichtung neuer Werke, ja auch nur die Erweiterung der Produktionskapazität, allgemein also die Erweiterung der Produktivkräfte zu verhindern. Deswegen wird in den vor kurzem erneuerten Verträgen der westdeutschen Eisenkartelle und -syndikate versucht, die Erweiterung und Vervollkommnung der Produktionsanlagen durch langfristige Festlegung der Quote und besondere Sicherungen zu verhindern. „Der Anreiz zur Produktionserweiterung für ein auf lange Zeit syndiziertes Produkt ist bei der Aussichtslosigkeit, Beteiligungserhöhungen zu bekommen, gering.“ („Neubau der Eisenkartelle“, „Frankfurter Zeitung“ vom 21.12.1929.)

Besonders typisch für diese Monopolentwicklung sind die Verhältnisse in der deutschen Zementindustrie. Seit Jahrzehnten wird hier ein großer Teil der Produktionskapazität nicht ausgenutzt, in den letzten Jahren nur in Höhe von 40 bis 50 Prozent. Die Zementwerke sind zum großen Teil technisch veraltet[*)]. Trotz der geringen Ausnutzung der Produktionskapazität erzielen die Zementkapitalisten dank der Preishochhaltung durch die Zementsyndikate außerordentlich hohe Gewinne. Um so größer ist der Anreiz für kapitalkräftige Gruppen, trotz der überschüssigen Produktionskapazität neue Zementwerke zu errichten. Dies ist auch tatsächlich an zahlreichen Stellen geschehen. Deswegen wenden die Zementsyndikate Beträge in vielfacher Millionenhöhe auf, um das Entstehen neuer, moderner Zementwerke zu verhindern, Dadurch wird zwar der Monopolprofit des Zementkapitals geschmälert, dafür aber die drohende Entwertung der veralteten Anlagen oder gar ihre Wertvernich-[330]tung infolge Stillegung verhindert[**)], Das Kartell und Syndikat schafft aber selbst den günstigen Boden für das Entstehen neuer

[*)] Bei der Untersuchung der Zementindustrie durch die vom Reichstag eingesetzte Wirtschafts-Enquete-Kommission stellte der Prof. Dr. H a r m s an den Sachverständigen Y. aus der Zementindustrie die Frage: „Ist die ... Erhaltung schwacher Betriebe durch Kredithilfe usw. nicht mit einer technischen Stagnation im Sinne des Gesamtfaches verbunden?“ – Die Antwort des Sachverständigen Y.: „Die Frage ist für die Betrachtung eines augenblicklichen Zustandes zu bejahen.“

[**)] „Die Gesellschafter (der Westdeutsche Zementverband GmbH) sind verpflichtet, Neugründungen von Fabriken im Verkaufsgebiet des Verbandes zu verhindern. Insbesondere dürfen sie sich weder an solchen beteiligen, noch gegenwärtigen oder zukünftigen Grundbesitz, oder sonstige Vermögensgegenstände, namentlich auch keine flüssigen Mittel,

Außenseiterkonkurrenz und wendet deswegen uns so gewaltigere Mittel für seine Ausschaltung auf. Um so schärfer tritt die dem Fortschritt feindliche Tendenz des Monopolkapitals hervor, im Interesse der Erhaltung der alten Anlagen und der Verminderung des moralischen Verschleißes.

Neue Erfindungen, die durch Anwendung umwälzender Produktionsverfahren die Produktionskosten sprunghaft herabdrücken und angesichts der beschränkten Absatzmöglichkeiten die alten Anlagen vollständig außer Kurs setzen würden, versucht das Kartell oder Syndikat mit allen Mitteln an sich zu reißen, um die drohende neue Konkurrenz und damit auch den technischen Fortschritt zu verhindern. Bekannt ist das von Lenin zitierte Beispiel des deutschen Kartells der Flaschenfabrikanten, das die Patente für die Owens-Flaschenmaschine bereits im Jahre 1908 aufgekauft hat, um ihre Anwendung zu verhindern. Vergeblich hat allerdings das Flaschenkartell versucht, der Libbey-Owens-Gesellschaft die Aufstellung von Owens-Maschinen zur Produktion von Glasartikeln – außer Flaschen – durch einen langjährigen Patentprozeß zu verbieten. Dagegen sind im Laufe der letzten Jahre vom Flaschensyndikat selber Owens-Maschinen aufgestellt worden, wodurch den Syndikatsmitgliedern riesige Sonderprofite zugeflossen sind, zum Teil als Ausgleich für Entwertungsverluste; denn die Preise wurden trotz der Verbilligung der Produktionskosten durch die Owens-Maschine hochgehalten, dadurch allerdings auch den rückständigen kleineren Unternehmungen noch längere Existenzmöglichkeit gewährleistet. Das Flaschensyndikat hat jedoch nicht das Aufkommen eines gefährlichen Außenseiters, der Glaswerke Ruhr AG, verhindern können. Dieses im Besitz von Stinnes befindliche Unternehmen verfügt über Patente für ein völlig neues, auch mit der Owen-Maschine konkurrenzfähiges Produktionsverfahren, nämlich der Flaschenfabrikation im Fließprozeß. Ende 1929 ist nun das Flaschensyndikat erneuert worden unter Einschluß der Glaswerke Ruhr AG, die gegen besonders hohe Entschädigungen sich ebenfalls zur Beschränkung der Produktion verpflichtet hat. Darüber hinaus ist vom Flaschensyndikat für die nächsten zehn Jahre die Erweiterung oder Vermehrung der Betriebsmittel (z. B. der Glasschmelzöfen) ohne Zustimmung des Verbandes verboten worden. Werden doch gegenwärtig nur etwa 50 Prozent der Produktionskapazität in den Flaschenfabriken ausgenutzt.

„Nunmehr befinden sich sämtliche Patente in den Händen des Verbandes, so daß auch in dieser Hinsicht für die Zukunft Konkurrenzkämpfe nicht mehr zu befürchten sind.“ „Vossische Zeitung“ vom 17. April 1930.

Es gibt noch zahlreiche andere Erfindungen, deren Ausnutzung vom kapitalistischen Monopol verhindert wird, denn je fortschrittlicher eine Erfindung wirkt, um so dringender ist das Interesse des mit den alten [331] Anlagen belasteten Monopolkapitals an der Verhinderung der Anwendung der neuen Produktionsverfahren. Die Eisen- und Stahlwerk Hösch AG z. B. besitzt ein Verfahren für direkte Stahlgewinnung aus Erzen, wodurch angeblich eine Verringerung der Produktionskosten um über 30 Prozent möglich sein soll („Börsen-Courier“ vom 12.12.1927). Dadurch würden das Siemens-Martin-Verfahren und die Siemens-Martin-Oefen zum großen Teil überflüssig werden.

Der Leiter des amerikanischen Patentbüros Wollend schreibt: „Es gibt unzählige Patente, die, falls sie in die Praxis eingeführt würden, die durch sie erzeugten Waren stark verbilligen könnten; absichtlich werden sie aber aus Gründen des Wettbewerbs zurückgehalten. Betriebe, die nach alten Erfindungen arbeiten, für die sie zur Errichtung entsprechender Anlagen bedeutende Geldsummen ausgaben, kaufen neuere und billigere Verfahren auf, um zu verhindern, daß die Konkurrenz sie erwirbt. Dann vergraben sie sie in den Tiefen ihrer Geldschränke, um sie niemals anzuwenden.“

(Chase „Tragödie der Verschwendung“, München und Berlin 1927, R. Oldenburg, S. 176.)

Dem Kohleverflüssigungsverfahren nach Bergius droht ein ähnliches Schicksal. Mit großem Reklamegeschrei wurde von der IG Farbenindustrie noch vor zwei Jahren verkündet, daß die Herstellungskosten für Kohlenöl um etwa 30 Prozent unter den Petroleumpreisen lägen. Tatsächlich ist aber die

---

Kredite und Bürgschaften, etwaige Neugründungen oder Erweiterungen von bestehenden Außenseiteranlagen, dienstbar machen, oder machen lassen, außerdem besteht ein Vorverkaufsrecht des Verbandes an allen Grundstücken ...“ (Aus dem Bericht der Wirtschafts-Enquete-Kommission, 3. Arbeitsgruppe, II. Teil, 2. Abschnitt, S. 258.)

Ueber die Tätigkeit der Zementverbände berichtet die „Frankfurter Zeitung“ vom 15. März d. J.: „Die Errichtung neuer Zementfabriken sucht der Verband durch Grundstücksriegelkäufe (z. B. Verhinderung von Bahnanschlüssen) zu verhindern, während er durch eine Preispolitik die Konkurrenzfähigkeit neuer, kleinerer Fabriken ermöglicht und damit zu deren Neuentstehung anreizt.“

Kohleverflüssigung in der „Versuchsanlage“ von Leuna entgegen den ursprünglichen Plänen nicht erweitert, vielmehr eingeschränkt worden. Warum? Sind etwa natürliche Produktionsschwierigkeiten eingetreten, die jedoch vom Chemietrust abgestritten werden? Oder sind stärkere Kräfte am Werk gewesen? Bekanntlich hat inzwischen der Chemietrust eine Reihe Abkommen mit der amerikanischen Standard Oil Co. abgeschlossen, deren Inhalt zumeist unbekannt ist. Zugegeben wurde nur, daß die Ausnutzung der gesamten Kohleverflüssigungspatente im Auslande dem amerikanischen Petroleumtrust überlassen worden ist. Er hat es also in der Hand, die Umwandlung von englischer Kohle in Oel zu verhindern. Allerdings wird auch in England an der Erfindung bzw. Vervollkommnung von Kohleverflüssigungsverfahren gearbeitet.

Wäre nicht aber eine vorzeitige Stillegung veralteter Anlagen, obwohl sie längst noch nicht abgenutzt sind, in zahlreichen Fällen ebenfalls Kapitalverschwendung? Nun, das kapitalistische Monopol strebt danach, die Machtverhältnisse zu stabilisieren und konsolidieren und deswegen jede umwälzende Neuerfindung in ihren Produktionsgebieten zu verhindern. Ferner wird infolge der kapitalistischen Marktenge und der geringen Ausnutzung der Produktionskapazität der Umschlag des fixen Kapitals verlängert, während in der Sowjetunion z. B. die Produktionsanlagen infolge ihrer hundertprozentigen Ausnutzung bei durchgängiger Arbeit viel schneller verbraucht und durch modernere Anlagen ersetzt werden können.

Es gibt nun aber monopolistische Riesentrusts, die konkurrenzlos ganze Industriezweige beherrschen und umwälzende Erfindungen ausnutzen. Es sei nur an die Entwicklung der synthetischen Stickstoffproduktion nach dem Haber-Bosch-Verfahren durch die IG Farbenindustrie erinnert. Sie hatte anscheinend nicht unter Quotenkämpfen mit den zwangsläufigen Folgen der Kapitalverschwendung und „Ueberkapazität“ zu leiden. Wenn dennoch die IG Farbenindustrie riesige Ausgaben für die Vervollkommnung und Anwendung des Haber-Bosch-Verfahrens gemacht hat, so wurde sie dazu durch den verschärften internationalen Konkurrenzkampf gezwungen, dem gerade das deutsche Chemiekapital nach Kriegsende ausgesetzt war.

[332] Dabei gibt es eine Verschiebung des Konkurrenzdruck[*)], dem das Trustkapital durch Eroberung neuer Monopolstellungen auf anderen Produktionsgebieten auszuweichen versucht, insoweit dadurch das alte Kapital wenigstens teilweise gerettet werden kann. Die ungünstigen Absatzverhältnisse für das ehemalige Hauptprodukt des deutschen Chemiekapitals, Anilinfarben, infolge der Kriegsentwicklung der Farben-(Giftgas-)Industrie im Auslande, die nach dem Kriege durch ganz besonders hohe Schutzzolle und Subventionen unterstützt wurde, zwangen das deutsche Chemiekapital, neue Produktionszweige zu entwickeln und Erfindungen anzuwenden. Deswegen u. a. der großzügige Ausbau der Luftstickstoffproduktion. Die monopolistische Machtherrlichkeit der IG Farbenindustrie auf dem Gebiet des Luftstickstoffs hat jedoch nicht lange gewährt. Erst vor etwa acht Jahren hat der Chemietrust das chilenische Salpeterkapital geschlagen. Dieses hatte lange Zeit sich auf seiner scheinbar unangreifbaren Monopolstellung ausgeruht und ohne Vervollkommnung seiner Produktionsmethoden gewaltige Sonderprofite einkassiert. Die Zerstörung der Monopolstellung durch den deutschen Chemietrust hatte schärfste Krise für das chilenische Salpeterkapazität zur Folge, die es zur Anwendung neuer Produktionsmethoden zwangen. Die Anwendung des Guggenheim-Verfahrens[**)], das bereits in der Kupferproduktion des amerikanischen Finanzmagnaten Guggenheim entwickelt worden war, ermöglichte es diesem, unter Zurückdrängung des englischen Finanzkapitals eine führende Stellung im chilenischen Salpeterbergbau zu erlangen. Nach dem Guggenheim-Verfahren können aus der Salpetererde 90 Prozent Stickstoff an Stelle von 55 Prozent früher gewonnen werden. Mit dem

[*)] Die neuen Eisenkartelle der Schwerindustrie sehen einen „Gruppenschutz“ vor, der allen Kartell- und Syndikatsmitgliedern verbietet, auf irgendeinem Gebiete der Eisen- und Stahlproduktion oder Verarbeitung den Kampf um eine neue Quotenbewilligung aufzunehmen. In der Vergangenheit wurde nämlich offen der Konkurrenzkampf durch Neubauten usw. vor allem in den am wenigsten monopolistisch zusammengeschlossenen Zweigen geführt.
Ein anderes Beispiel liefert da sinternationale Bleiweiß-Syndikat. Trotz Syndizierung erfolgte eine weit über die Absatzverhältnisse hinausgehende Erweiterung der Produktionsanlage, weil die Syndikatsmitglieder dadurch ihren IG-Farbenindustrie ausgleichen wollten.

[**)] Auslaugung nicht mehr bei heißen, sondern mittleren Wärmegraden; Baggerbetrieb an Stelle des Ausbaues durch Handarbeit.

Abschluß der neuen technischen Entwicklung in der chilenischen Salpeterindustrie ist die Grundlage für eine Wiederherstellung des gesprengten Stickstoffmonopols geschaffen worden. In der Tat ist es auch bereits zwischen dem chilenischen Salpeterkapital und der IG Farbenindustrie zu einer Marktverständigung gekommen, die allerdings durch die zahlreichen neuen Stickstoffproduzenten gefährdet ist. Andere Luftstickstoffverfahren, die nicht von der IG Farbenindustrie entwickelt sind, haben es den Ruhrindustriellen ermöglicht, in Deutschland selber das Luftstickstoffmonopol des Chemietrusts, das dieser sich nach Sprengung des chilenischen Monopols erobert hatte, zu durchbrechen. Das war der große Gegenangriff der Ruhrindustriellen, die auf anderen Gebieten vom Chemietrust erfolgreich angegriffen worden waren (Verdrängung der Steinkohle durch die Braunkohle, die zum großen Teil von der IG Farbenindustrie verarbeitet wird; Entwertung der Ammoniakprodukte der Ruhrindustrie durch den Luftstickstoff des Chemietrusts und dessen Beteiligung an den Rheinischen Stahlwerken AG). Die Folgen dieses Konkurrenzkampfes auf dem Stickstoffmarkt sind: Ueberproduktion und Krise auch in der Stickstoffindustrie, die in dem vergangenen Jahrzehnt nur wenig von der allgemeinen Krise des Kapitalismus betroffen war. Das vor kurzem erst neu gebildete Stickstoffsyndikat, in dem die IG Farben-[333]industrie einen Anteil von etwa 65 Prozent hat, bestimmt bereits eine Beschränkung der Produktion auf etwa 70 Prozent der Kapazität. Dennoch sind eine Reihe von weiteren gewaltigen Stickstoffwerken im Ruhrgebiet im Bau, für die zum Teil eine Erhöhung der den Ruhrindustriellen zustehenden Stickstoffquote vorgesehen ist.

Dieselben Widersprüche, die in den alten kartellierten Industrien zutage treten, zeigen sich jetzt auch in den neuen Industrien, neben der Stickstoffindustrie vor allem auch in der Kunstseideindustrie. Diese fanden zunächst einen „unerschlossenen“ Absatzmarkt vor. Warum? Insoweit Konsumgüter auf den Markt geworfen wurden, wurden dadurch andere Konsumgüter verdrängt. Zum Teil, allerdings in geringerem Ausmaß, traf dies auch für den Produktionsmittelabsatz zu. Nun sind allerdings die Luxusansprüche der Bourgeoisie gestiegen. Gerade die Luxusgüterproduktion hat ja eine besonders vielseitige Entwicklung zu verzeichnen. Aber auch der Luxuskonsum der Bourgeoisie, der mit dem Wachsen des parasitären Charakters des Kapitals zunimmt, wird durch seine Akkumulationsbedürfnisse beschränkt. Der in den neuen Industrien geführte Wettkampf der Trusts hat deswegen zur Erweiterung der Produktion weit über die Absatzmöglichkeiten hinaus geführt. Die ungünstigen allgemeinen Verwertungsbedingungen für das Kapital haben das Finanzkapital zu ungestümer Entwicklung der neuen Industrien getrieben, um sich hier neue monopolistische Sonderstellungen zu sichern. Ueberproduktion und Absatznot treten auch hier in Erscheinung.

Weitere monopolistische Zusammenschlüsse zur Drosselung der Produktion und des technischen Fortschritts stehen auch hier bevor.

Die im letzten Jahrzehnt stattgefundene Entwicklung neuer Industrien hat die Tendenz zum monopolistischen Zusammenschluß und zur Verhinderung weiteren technischen Fortschritts ungeheuer verstärkt Denn allgemein ist bei der Anwendung neuer Produktionsmethoden zumeist der Anteil des fixen Kapitals, das vor allem von der Entwertung durch weiteren technischen Fortschritt bedroht ist, besonders groß, um so mehr, als die geringe Ausnutzung der Produktionskapazität die Umschlagszeit verlängert. Hinzu kommt, daß die Anwendung neuer Erfindungen und Verbesserungen zumeist verstärkte Massenproduktion voraussetzt und Kapitalvernichtung durch Betriebsstillegungen in um so größerem Umfang zur Folge hat. Die Abschreibungen hierfür, ebenso wie für den moralischen Kapitalverschleiß, werden von den bürgerlichen Betriebswirtschaftlern ebenso wie die materiellen Abnutzungskosten der Betriebsanlagen zu den Produktionskosten gezählt, obwohl der moralische Verschleiß des Kapitals oder gar seine völlige Wertvernichtung keineswegs den Wert der produzierten Waren erhöht, sondern ein glatter Verlust ist, der unter den Bedingungen der freien Konkurrenz von den Kapitalisten getragen, von den Monopolen aber auf die Konsumenten abgewälzt wird[*)].

[*)] In dem Gutachten des bekannten bürgerlichen Betriebswirtschaftler Verschleiß oder Ueberalterung im Laufe der Zeit verminderten Anlagewerte in ordnungsgemäßer Weise zu ersetzen ... Die Lebensdauer der neuen Koksöfen ist kürzer als bisher. Außerdem muß damit gerechnet werden, daß die große Zahl der im Bau befindlichen neuen Anlagen voraussichtlich zu einer großen Ueberkapazität führt. Dieses Mißverhältnis kann nicht ohne Folgen auf die anzusetzende Abschreibung bleiben.“ [Fortsetzung der Fußnote auf der nächsten Seite]

[334] Führt der technische Fortschritt zu einer Verbilligung der Produktionskosten, so bewirkt die Teilausnutzung der Produktionskapazität wiederum ihre Erhöhung, unabhängig von den Kapitalverlusten durch Entwertung und Stillegungen. Ein großer Teil der Produktionskosten („fixe" im Gegensatz zu den „proportionalen") erhöht sich ja nicht entsprechend der Erweiterung der Produktion. Deswegen die Verbilligung der Produktionskosten lediglich durch Massenerzeugung! Die „fixen" Produktionskosten je Produkt sind um so größer, je niedriger der Grad der Massenproduktion ist. Dadurch führen die unvermeidlichen Widersprüche, die der technische Fortschritt, die Anwendung neuer Erfindungen unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus erzeugt und verschärft, zur tatsächlichen Steigerung der Produktionskosten. Insofern liegt das „Wunder", daß nämlich nach der Behauptung der deutschen Industriellen durch die technische Rationalisierung, unabhängig von den Lohnausgaben, die Produktionskosten nicht geringer geworden seien, zum Teil in tatsächlichen ökonomischen Erscheinungen begründet.

Dadurch verschärfen sich die Widersprüche des Monopolkapitalismus und die Konkurrenzkämpfe, die aus dem kapitalistischen Monopol erwachsen. Außenseiterunternehmungen, die mit einer überdurchschnittlichen Ausnutzung ihrer Produktionskapazität rechnen können, sind deswegen auch unter sonst gleichen technischen Bedingungen konkurrenzfähiger als die Kartellwerke[*)].

Mit um so größerer Schärfe entbrennt der Kampf um die Quote. Um so stärker ist aber auch die Tendenz zur Konzentration, um durch Betriebsstillegungen und Produktionskonzentration an Produktionskosten zu sparen. Kapitalisten, die ihre Betriebe stillegen, werden von den Syndikaten entschädigt oder ihre Quote wird von anderen Kartellunternehmungen aufgekauft. Es entstehen parasitäre Quotenkapitalisten, deren Kapital nur fiktiven Wert hat, die lediglich einen Anspruch auf den um so höheren Monopolprofit haben. Aufs krasseste tritt hierin zutage, wie die Entwicklung der Technik durch das Monopolkapital dessen parasitären Charakter verstärkt[**)].

Die Kapitalverschwendung, die durch die Monopole, durch Aufhalten des technischen Fortschritts vermindert wird, erreicht in den nicht monopolistisch organisierten Industrien, wo aber der Anteil des fixen Kapitals ebenfalls relativ groß ist, noch größeres Ausmaß. Das tritt insbesondere in der deutschen Automobilindustrie in Erscheinung, die durch Anwendung des amerikanischen Fließbandes und typisierte Massenproduktion vor einem großen Aufstieg zu stehen glaubte, tatsächlich aber [335] in eine bereits jahrelang währende, sich ständig verschärfende Krise geraten ist. Hören wir einen bürgerlichen Fachmann darüber:

„Man begann mit der Suche nach den rettenden Männern: die heterogensten Branchen gaben ihre autofremdesten Herren her, die dann über dunkle Aufsichtsratskanäle in leitende Positionen gebracht wurden. Auf diese neuen Führer hin wurde neues Geld investiert Auf Pläne hin[***)] – von keinem Fachwissen getrübt – flossen

---

In dem Bericht der deutschen Wirtschaftsenquete (1. Untersuchungsausschuß, 2. Arbeitsgruppe) hat der Sachverständige, Geheimrat Deutsch, ausgesagt:
„Ich halte es für absolut erforderlich, stille Reserven zu bilden ..., die Technik geht auch heute enorm schnell vorwärts. Man muß so große Summen aufwenden, um auf der Höhe zu bleiben, daß man, wenn man sich nicht dafür die nötigen Reserven anschafft, zurückkommt."

[*)] Ein Beispiel aus der Zementindustrie: Die „Frankfurter Zeitung" vom 28. Februar 1929 berichtet über den Westdeutschen Zementverband und die Pleite Tudorfs: „... Ein modernes Werk (als Außenseiter) ... Bei nur 30- bis 35%iger Beschäftigung (der Kartellwerke) braucht der Verbandspreis gar nicht besonders hoch getrieben zu sein, um für neue Außenseiter die im Schatten der Verbandspreise auf volle Beschäftigung ihrer Anlagen rechnen können, genügend Anreiz zu bieten ... Der Fall Tudorf zeigt, daß Banken ... derartige Außenseiter eines schon stark übersetzten Produktionszweiges bei ihrer Expansion noch unterstützen."

[**)] „Die Verbände (der Eisenindustrie) halten die Preise; aber von dem Mehrgewinn muß die Industrie einen beträchtlichen Teil immer wieder zu solchen Quotenaufkäufen und Außenseiterabfindungen aufwenden ..." („Frankfurter Zeitung" vom 7. Januar 1930 über „Die Montanaufkäufe".)
Ein weiteres Beispiel aus der Drahtseilindustrie: „Um nun die Wirtschaftlichkeit der Drahtseilwerke zu erreichen, sollen einige Werke ausgeschaltet werden. Die freiwerdenden Quoten werden an die übrigen Werke verteilt. Selbstverständlich erhalten die stillgelegten Firmen eine entsprechende Abfindung vom Drahtseilverband." („Frankfurter Zeitung" vom 28. Dezember 1929.)

[***)] Ueberaus zahlreiche Beispiele können genannt werden: Generaldirektor Vögeler vom Stahlverein sagte vor der Wirtschaftsenquete-Kommission: „Ich übertreibe gar nicht, wenn ich sage, daß ohne den Zusammenschluß die Hälfte der

Millionen, ans denen klarer Wille Wertvollstes hätte schaffen können. Aus der Unzahl der Beispiele immerhin eins: in eines der Großwerke wurde als Delegierter neben – de acto über – den Vorstand, ein Privatgelehrter gesetzt, ein Botaniker, der nach drei Jahren mit dem Resultat aufzuwarten hatte, daß ungefähr das ganze Aktienkapital aufgezehrt sei. Diese Beratung eines Dilettanten wurde seitens des Werkes auf Befehl des Aufsichtsrets mit einem Honorar von 100.000 Mark bewertet. Die frühzeitig beendete Mission führte ihrem erfolglosen Träger weiter die ausstehenden Beträge zu. Man holte neue Kinder guter Beziehungen heran ... Man fand nicht die Entschlußkraft aufzuräumen, sondern man renovierte, anstatt neu zu bauen. Man bestückte uralte Gebäude von vielen Stockwerken mit einem Arsenal modernster und teuerster Werkzeugmaschinen, und was man an den hochleistenden Maschinen an Arbeitszeit sparte, saugten die sinnlos langen Transportwege auf ... Was an alten Werkzeugen restauriert werden konnte, wurde modernisiert, man investierte Geld in Schrott ... Die heutigen Beschäftigungsgrade zeigen, daß – bis auf sehr wenige Ausnahmen – nicht einmal die vorhandenen Produktionsstätten mehr ganz ausgenutzt werden können, vom Vorwerten der Werkzeugmaschinen in mehreren Arbeitsschichten nicht zu reden ..." („Berliner Tageblatt" über den „Irrweg der deutschen Automobilindustrie", 21. Juli 1929.)

Nun gibt es Kartelle und Syndikate, die die Verminderung der Produktionskosten organisieren. Sie bestreiten aus Verbandsmitteln z. B. Quotenkäufe, wodurch die Gesamtquote der Kartellmitglieder erhöht wird. Ein Teil der Kartelle und Syndikate beschäftigt sich aber auch mit der Senkung der Produktionskosten durch Normung, Spezialisierung, gemeinsame Einrichtung von Laboratorien usw. Die bürgerlichen Theoretiker des Kartellkapitals erklären deswegen die Kartelle sogar als „produktionsfördernd":

„Die bedeutsamste Erscheinung auf dem Gebiete der Kartelltätigkeit in den letzten Jahren sind die Versuche, über das natürliche Tätigkeitsgebiet der Kartelle, nämlich die Absatzregelung, hinaus eine Förderung der Produktion [336] herbeizuführen, und zwar durch verbandsseitig durchgeführte Rationalisierungsmaßnahmen zur Senkung der Selbstkosten auch auf dem Gebiete der Produktion." („Neue Beiträge zum Kartellproblem" von Dr. J. Herle und Dr. M. Metzner, Reimar Hobbing, Berlin 1929, S. 11.)

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat gar eine ganze Schrift über „Produktionsförderung durch Kartelle" (Schriften der Kartellstelle des RDI, Nr. 5, Dez. 1929) herausgegeben, in der er als Aufgabe von Kartellen aufzählt: regelmäßige gegenseitige Betriebsbesichtigung ..., ständige Zusammenarbeit bei der Festlegung aller konstruktiven Einzelheiten, fortschreitende Normung und Typisierung ..., Ermittlung rationellster Fabrikationsmethoden ..., gemeinschaftlicher Einkauf von Material, Maschinen und Werkzeugen, einheitliche Selbstkostenrechnung[*]. Insoweit Kartelle tatsächlich derartige produktionsfördernde Maßnahmen organisieren, handelt es sich zumeist um gemeinsame Rüstungen zum Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt. Ist es doch charakteristisch, daß jene „produktionsfördernden" Maßnahmen von Kartellen im wesentlichen nur in Industriezweigen anzutreffen sind, die in besonders großem Umfang auf Export angewiesen sind. Gerade hier halten es aber dieselben Kartelle für ihre Hauptaufgabe, im Inland um so stärkeren Preiswucher zu organisieren. Wird doch in einer anderen Schrift des RDI ausdrücklich zugegeben: „Die Kartelle sind ... ihrem Wesen nach konservativ. Es ist der Gedanke der Erhaltung des Bestehenden." (Schriften der Kartellstelle des RDI, Nr. 4, Januar 1928, S. 10.)

---

in der Vereinigten Stahlwerken zusammengeschlossenen Unternehmungen in wenigen Monaten vor Kapitalszusammenlegungen gestanden hätte ... Wir könnten die Produktion bei den Stahlwerken z. B. von 12 oder 14 Stahlwerken auf vier große Gruppen konzentrieren." Unter Führung des Stahlvereins ist ein Konsortium zum Ankauf von Standquoten stillgelegter oder stillzulegender Werke gebildet worden. Es hat nach Angabe der Kartell-Rundschau (Nr. 3, 1926. S. 166) allein im Laufe des Februar 1928 52 Millionen Mark für derartige Quotenkäue ausgegeben.

Das „Berliner Tageblatt" vom 10. Januar 1930 berichtet über die „Bilanz der Eisenverbandserneuerung": „Auch dort, wo Stillegungen vorgenommen werden, bleibt durch die Bewertung der Quote das Kapital der übernommenen Unternehmungen erhalten. Hat man schon aus verhandlungstaktischen Notwendigkeiten die meisten Objekte überbezahlt, so muß die Bezahlung des an sich imaginären Quotenwertes für die Konsorten ein weiterhin erhöhtes Abschreibungsbedürfnis zugunsten der stillzulegenden Betriebsteile zur Folge haben ... Eine Erhöhung der Selbstkosten ... bei freier Wirtschaft und ohne den Schutz der Monopolpreise würden diejenigen Unternehmungen, die infolge mangelnder Rentabilität im Konkurrenzkampf unterliegen, automatisch teilweise oder völlig aus dem Produktionsprozeß ausscheiden. Den Kapitalverlust bitten die an dem Unternehmen Beteiligten zu tragen ..."

[*] Vgl. „Kartelle als Produktionsförderer" von Müllensiefen, Verlag Springer, Berlin, 1926.

Die „produktionsfördernde“ Rolle der Kartelle verschwindet in dem Augenblick, wo der internationale Konkurrenzkampf ausgeschaltet ist. Sie werden organisiert, um international die technische Entwicklung zu stoppen; sie werden gesprengt durch Verschiebung des Kräfteverhältnisses infolge neuer technischer Entwicklung[*)].

Dasselbe gilt für den Austausch von Patenten und „technischen Erfahrungen“. Insoweit es sich um einen Gruppenaustausch handelt, wie z. B. in der Elektroindustrie (AEG-General Electric Co., Siemens-Westinghouse), wird dadurch gruppenweise auf den verschärften Kampf um den Weltmarkt gerüstet. Wo dagegen wirklich allgemeiner Austausch von Erfindungen und „Erfahrungen“ stattfindet, erlischt das Unternehmerinteresse an technischen Verbesserungen. Jenes Abkommen soll dann gerade das kapitalistische Streben nach Auffinden und Auswerten neuer Erfindungen unterdrücken. Welches Unternehmen wird sich dann noch große Laboratoriumsausgaben leisten, die seiner Konkurrenz ebenso wie ihm selber zufallen[**)]?

*

Abschließend muß festgestellt werden: Die kapitalistischen Monopole können nicht den technischen Fortschritt verhindern, aber sie hemmen ihn immer mehr. Die inneren Widersprüche der kapitalistischen Monopole, die durch sie hervorgerufenen verschärften Konkurrenz- und [337] Wettkämpfe führen dazu, daß neue Erfindungen und Produktionsverfahren aufgezeigt werden, deren ökonomische Entwicklung und Aus Wertung unter den Bedingungen des Monopolkapitals nicht mehr möglich ist. Beschränkte Ausnahmen sind nur in reinen Kriegsindustrien, aber auch in der Luxusgüterproduktion anzutreffen. Die Absatznot und Einschränkung der Produktion bei erweiterter Produktionskapazität steigert die Produktionskosten, wirkt preiserhöhend und macht die ökonomischen Auswirkungen des technischen Fortschritts unter den Bedingungen des Monopolkapitals zum großen Teil zunichte. Das Monopolkapital zeigt noch die Wege der weiteren technischen Entwicklung auf, ohne sie wirklich beschreiten zu können. Gerade die neuen Erfindungen, der neue technische Fortschritt, der vom Monopolkapital noch aufgezeigt wird, verschärfen die allgemeinen Widersprüche des Kapitalismus, insbesondere den Grundwiderspruch zwischen den gefesselten Produktivkräften und den tatsächlichen Produktionsverhältnissen. Ihre freie Entfaltung durch die proletarische Revolution und den Sozialismus wird immer dringender; hierdurch erst wird der neuen technischen Entwicklung, der ungehemmten Entfaltung der Produktivkräfte zum Wohl der Arbeiterschaft selber freie Bahn gegeben.

*

Zur Bewegung des Reallohnes

Vorbemerkung.

Zu der Kritik an den Reallohnberechnungen Kuczynskis, die Genosse J. K. in Heft 4 der Internationale übte, sandte uns Herr J. Kuczynski die nachfolgende Erwiderung. Wir bringen sie mit einer Replik des Genossen J. K.

Es ist selbstverständlich gefährlich, durch die Ausschaltung einiger gröbster Fälschungen aus den amtlichen Berechnungen den Anschein zu erwecken, als sei wenigstens ungefähr der reale Lohn festgestellt. Was festgestellt werden kann, ist stets nur ein Teil dieser Fälschungen, da man im kapitalistischen Klassenstaat notwendig keine exakten Unterlagen erhalten kann. Einerseits ist das amtlich angegebene Tariflohnniveau absolut untypisch, weil es nur Spitzenlöhne ausgesuchter Kategorien angibt, andererseits ist die Spanne zwischen Akkord- und Tariflöhnen nirgends erfaßt. Der größte Teil des Lohnabbaus der letzten Zeit kommt so in der Tariflohnbewegung überhaupt nicht zum Ausdruck. Die Unternehmer, ihr Staat und ihre sozialfaschistische und christliche Gewerkschaftsbürokratie haben natürlich an der Vertuschung der Reallohnbewegung ein starkes Interesse. Selbst ein so gut bürgerliches Blatt wie die „Frankfurter Zeitung“ erklärt dies. Sie schreibt im Leitartikel vom 27. Mai 1930:

[*)] Deswegen ist nach Meinung der „Frankfurter Zeitung“ (26. Juni 1929) der Zeitpunkt für ein Stickstoff-Weltkartell noch nicht da: „Jetzt hätte ein Weltkartell mit zu vielen Außenseitern zu rechnen. ... Es ist alles noch im Fluß. Die Produktionen sind in vielen Ländern noch in der Entfaltung oder gar erst in der Errichtung ...“

[**)] Das trifft zum Teil auf das Internationale Glühlampenkartell zu. Es bestimmt den internationalen Austausch von Patenten und Erfahrungen, um „dem einzelnen eine Sicherheit gegen Ueberholung durch Ueberraschung der Konkurrenten zu bieten“. Bedeutsame Erfindungen müssen gegen „angemessene“ Vergütungen zur Verfügung gestellt werden. Hierdurch wird also obiger Grundsatz praktisch durchbrochen.

„Was man übersah, war dieses, daß neben diesen tariflichen Lohnerhöhungen tatsächlich im vergangenen Jahre und erst recht im laufenden Jahre beträchtliche Lohnkürzungen eingetreten sind. Der Grund für dieses Verkennen liegt in einem schweren Mangel der Statistik."

„Und auch die Gewerkschaften ihrerseits haben es bisher unterlassen, auf diesen Vorgang mit dem in der Sache gegebenen Nachdruck hinzuweisen, offenbar aus dem engen Gesichtspunkt, daß sie ihren Mitgliedern diese ihre tatsächliche Schwäche nicht noch deutlicher machen wollten."

Das Wesentliche für den Klassenkampf besteht in der Kritik der amtlichen Lohn- und Lebenshaltungsindizes, im Nachweis des Ausmaßes aufklärbarer Fälschungen. Damit dürfen aber niemals die unaufklärbaren mit gedeckt werden.

Die Redaktion.

Erwiderung von Jürgen Kuczynski

In „Die Internationale" vom 1./15. März setzt sich J. K. mit meinen Berechnungen des Reallohnes in der Finanzpolitischen Korrespondenz auseinander und erklärt meine Statistik aus folgenden Gründen für falsch: [338]

1. Die amtlichen Zahlen (Tariflöhne) stützen sich nur auf die Tariflöhne einer Anzahl von Industrien mit teilweise überdurchschnittlichem Lohnniveau. Große, besonders schlecht entlohnte Gruppen, wie die Landarbeiter, bleiben außer Betracht.

2. Legt die amtliche Tariflohnstatistik nur die Tarifspitzenlöhne (die Löhne der bestbezahlten Tarifgruppen) zugrunde; die Masse der Frauen, der jugendlichen Arbeiterschaft z. B. werden durch sie überhaupt nicht erfaßt.

3. Die provinziellen und ländlichen Löhne werden bei der amtlichen Statistik außer acht gelassen.

4. Meine Reallohnstatistik berücksichtig nicht die immer stärkere Disqualifizierung der Arbeiterschaft, d. h. den Ersatz gelernter Arbeiter durch ungelernte, männlicher Arbeiter durch weibliche und jugendliche Arbeiter.

Die Argumente 1 bis 3 gehen fehl, soweit sie sich gegen die Reallohnstatistik richten, denn für eine Indexberechnung ist es vollkommen gleichgültig, ob die Grundzahlen jedesmal 10 Prozent oder 20 Prozent zu niedrig oder zu hoch sind, wenn sie nur jedesmal in gleichem Ausmaß zu hoch oder zu niedrig sind. Als Argumente gegen die Geldlohnstatistik sind sie zum Teil durchaus berechtigt. Argument 1 allerdings scheint mir fehlzugehen, denn einmal bezieht sich unsere Statistik, wie ausdrücklich vermerkt, nur auf Industriearbeiter, so daß die Landarbeiterlöhne, selbst wenn sie veröffentlicht würden, nichts darin zu suchen hätten, und dann glaube ich auch, daß sich unter den gegebenen Industrien annähernd ebensoviele mit unter- wie mit überdurchschnittlichen Löhnen befinden. Argument 2 ist zum großen Teil gerechtfertigt; sowohl für die gelernten wie für die ungelernten Arbeiter werden nur die Spitzenlöhne, das heißt die Löhne der über 20 (in manchen Fällen 22 und 23) Jahre alten Arbeiter gegeben. Daß die Masse der Frauen aber unberücksichtigt bleibt, scheint mir nicht richtig, da doch die Löhne der Frauen in der Textilindustrie und in der Kartonagenindustrie mitberücksichtigt sind. Argument 3 ist durchaus richtig. Alle die berechtigten Punkte der Kritik, die auch ich anerkenne, gehen darauf hinaus, daß die Geldlöhne bei mir zu hoch erscheinen. Auf der anderen Seite aber berücksichtige ich nicht die Ueberstunden (für die keine Statistik vorhanden ist), und ferner muß man daran denken, daß die tatsächlichen Löhne bei der Mehrzahl der Arbeiter höher als der tarifliche Stundenlohn sind. Es ist natürlich sehr schwer abzuwägen, ob die Fehlerquellen in der einen oder anderen Richtung überwiegen. Ich hoffe aber, daß J. K., ebenso wie ich mit einem großen Teil seiner Argumente übereinstimme, mit mir darin übereinstimmen wird, daß die Tatsache, daß wir keine idealen Statistiken machen können, uns nicht hindern soll, die bestmöglichen zu machen.

Argument 4 scheint mir vollkommen berechtigt, und ich werde versuchen, den im Laufe der Zeit durch die Disqualifizierung des „besseren" Arbeiters in meinen Berechnungen entstehenden Fehler durch eine stärkere Gewichtung des ungelernten Arbeiters zu beseitigen.

Zum Schluß möchte ich noch der Redaktion für die Richtigstellung in ihrer Anmerkung zum Problem Löhne – Preise – Produktion danken. Ich bin darin so oft von kommunistischer Seite mißverstanden worden, daß ich noch einmal betonen möchte: die Redaktion hat vollkommen recht, wenn sie annimmt,

daß ich die Produktionssteigerung nicht als Maßstab für eine „genügende“ Lohnsteigerung ansehe, sondern nur als Maßstab, ob der Lohn gleichgeblieben oder gesunken ist, genau so wie ich auch nicht sage, die Löhne sollten entsprechend den Preisen steigen, sondern natürlich mehr. Um meine Stellungnahme vollkommen zu [339] klären, möchte ich auch sagen, daß ich nicht glaube, daß die Arbeiter eine Lohnsteigerung, die der Produktionssteigerung entspricht, oder die größer ist als die Produktionssteigerung, allmählich und durch Reformen erreichen können; dazu ist eine gewaltsame Aenderung der Produktionsverhältnisse notwendig.

*

Noch einmal zur Bewegung des Reallohnes

(J. K.) Zur Erwiderung Kuczynskis auf die in der „Internationale“ 5/6 veröffentlichte Kritik seiner Lohnstatistik ist folgendes festzustellen.

Es ist schwer verständlich, weshalb Kuczynski die von ihm unter 1 bis 3 aufgezählten Argumente als bloß für die Statistik der Geldlöhne zutreffend anerkennt. Die Reallöhne erhält man aus den Geldlöhnen, indem man, in der Regel durch Division der erhaltenen Ziffern durch einen besonderen Lebenshaltungsindex, die Veränderung der Lebenshaltungskosten mit berücksichtigt. Sie sind daher sowohl in ihrem Niveau als auch in ihrer Bewegung durchaus von der Höhe der Geldlöhne abhängig, nur das eben ein – selbstverständlich sehr wichtiges – zusätzliches Argument mit in Betracht gezogen wird. Es besteht also, wie in der Kritik ausdrücklich gesagt wird, ein Unterschied nur insofern, als die eine Gruppe der Argumente gerade die von Kuczynski unter 1 bis 3 aufgezählten sich vorwiegend gegen die von ihm errechnete Höhe des Lohnniveaus, die andere gegen die von ihm festgestellte D y n a m i k d e r L o h n e n t w i c k l u n g richtet.

Es muß aber, da Kuczynski diese Frage aufwirft, ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß selbstverständlich auch die Berechnungsmethode des Lohnniveaus das dadurch erhaltene Bild der Lohnentwicklung beeinflußt. Wenn z. B. die Massen der Frauen und Jugendlichen, die provinziellen und ländlichen Löhne in die Durchschnittsberechnung nicht einbezogen werden, dann erhält man nicht nur für einen bestimmten Zeitpunkt einen zu niedrigen Lohnindex, sondern auch wichtige Faktoren zur Senkung dieses Lohnindex (vermehrte Einstellung von Frauen und Jugendlichen in den letzten Jahren, verschärfter Druck auf die Löhne, besonders in jenen Gebieten, in denen die Arbeiterschaft in geringeren Massen zusammengeballt und daher ihre Kampfkraft schwächer ist als in den übrigen) werden dadurch ausgeschaltet.

Die Löhne der Frauen kommen in der von Kuczynski zugrundegelegten amtlichen Lohnstatistik jedenfalls für eine große Anzahl von Industrien nicht zum Vorschein. Daß auch die Löhne solcher Gruppen wie der Landarbeiter nicht berücksichtigt sind, kann man nicht mit der Bemerkung abtun, es handele sich eben von allem Anfang an nur um eine Errechnung des Lohnindex der industriellen Arbeiterschaft. Die Ausschaltung so großer und auch ihrer Klassenlage nach als Exponenten des proletarischen Einflusses auf dem Dorfe so wichtiger Kategorien bei einem Lohnindex, der doch für repräsentativ gelten will und von Kuczynski auch so genommen, von ihm sogar einer Charakteristik der „Konjunktur für die Arbeiter“ zugrunde gelegt wird, erklärt sich einfach dadurch (wie alle anderen angeführten Momente), daß eben der bürgerliche Klassenstaat durch seinen Apparat diese Statistiken aufstellt.

Kuczynski, der für das Proletariat die Notwendigkeit, die bestehende Gesellschaftsordnung gewaltsam zu ändern, nach seinen Worten anerkennt, wird auch erkennen müssen, daß man an derartige Produkte des zur Verteidigung dieser Ordnung errichteten Herrschaftsapparates grundsätzlich nur kritisch und in fortwährender Beachtung ihres klassenmäßigen Inhalts herangehen darf, daß man sie zwar, wo dies möglich ist, selbstverständlich benutzen, aber nicht als Grundlagen für einen [340] objektiven, und sei es auch nur den bestmöglichen Maßstab der t a t s ä c h l i c h e n Entwicklung akzeptieren darf. Wenn Kuczynski noch anführt, daß die tatsächlichen Löhne in vielen Fällen über den Tariflöhnen liegen, so ist dies nicht, wie er meint, ein Gegengewicht gegen die übrigen in der amtlichen Statistik außer acht gelassenen Faktoren, sondern ein zusätzliches Moment. Denn dadurch wird

gerade der in der letzten Zeit mit besonderer Intensität betriebene Lohnabbau in Gestalt der Reduzierung der übertariflichen Löhne aus dieser Statistik eliminiert. Ferner ist nochmals festzustellen, daß noch andere von uns nur aus Raummangel nicht mitbehandelte Gesichtspunkte bei der Verfälschung dieser Statistik im Spiele sind. (So z. B. insbesondere die Art der Aufstellung des amtlichen Lebenshaltungsindex.)

Aber auch in ihrer gegenwärtigen Form ist Kuczynskis Lohntheorie nicht nur unmarxistisch, sondern auch gefährlich, da gerade die überaus aktuelle Reduzierung der Löhne im Gefolge einer Einschränkung der Produktion der „Lohnabbau in Krisenzeiten“ durch sie eine Art Rechtfertigung erhält. (Die Löhne wären danach in diesem Fall ja „gleich“ geblieben.) Man kann heute nicht die wirtschaftliche und soziale Entwicklung von einem andern als dem marxistischen Standpunkt betrachten, ohne gewollt oder ungewollt der herrschenden Klasse Waffen zu liefern.

*

Lenin: Sämtliche Werke, Band XXV.

Dieser in der deutschen Ausgabe neu erschienene Band umfaßt die Reden und Schriften Lenins aus dem Jahre 1920. Den Hauptinhalt des Bandes bilden Fragen der revolutionären Entwicklung in der Nachkriegsepoche, die vor allem unter dem Gesichtspunkt der Herausbildung der richtigen Strategie und Taktik der internationalen kommunistischen Bewegung behandelt werden. Der übrige Teil des Bandes spiegelt die Zeit des Krieges mit Polen, der Kämpfe gegen die weiße Armee Wrangels und des wirtschaftlichen Aufbaus nach den Zerstörungen des Weltkrieges und Bürgerkrieges wider.

Die Diktatur des Proletariats

Der Band beginnt nach den einleitenden Vorbemerkungen der Herausgeber mit einem Entwurf zu einer von Lenin geplanten Broschüre über die Diktatur des Proletariats. Damit ist der Leser gleich in das Problem eingeführt, das dann überragend sämtliche folgenden Abhandlungen beherrscht. Es ist das zentrale Problem für die Gesellschaft der Nachkriegsepoche, seine reale allseitige Weltbedeutung hat es, wie Lenin ausführt, bereits durch die praktische Verwirklichung der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion erhalten:

Damit die Diktatur des Proletariats Weltbedeutung erlangte, war es notwendig, daß sie sich in irgendeinem Lande praktisch konsolidierte. Erst dann überzeugten sich die Kapitalisten ..., daß die Stellungnahme zu dieser Frage internationale Bedeutung bekommt.“ (Seite 174, 175.)

Die Diktatur des Proletariats ist das zentrale Problem der Arbeiterbewegung, an der Stellungnahme zu dieser Frage scheidet sich jetzt die Arbeiterbewegung. Vor dem Kriege zerfiel die Arbeiterbewegung zeitweilig in zwei Hauptteile, Sozialisten und Anarchisten, heute jedenfalls ist diese Einteilung überholt:

„Der Krieg schuf eine revolutionäre Situation und diese alte Einteilung erwies sich als überholt. Einerseits sind die Spitzen des Anarchismus und des Sozialismus zu Chauvinisten geworden ..., andererseits sind in den unteren Schichten der alten Parteien neue Strömungen entstanden – gegen den Krieg, gegen den Imperialismus, für die soziale Revolution ... Statt der alten Einteilung der Arbeiterbewegung haben wir eine neue bekommen: die Hauptfrage ist jetzt die Stellung zur Sowjetmacht und zur Diktatur des Proletariats.“ (Seite 88, 89.)

[341] Während des imperialistischen Krieges war der Sozialchauvinismus, d. h. die Unterstützung der „Vaterlandsverteidigung“ – in Wirklichkeit die Verteidigung der räuberischen Interessen der „eigenen“ Bourgeoisie – eine grundlegende Art des Opportunismus, jetzt aber bestimmt die Stellung zur Sowjetmacht und zur Diktatur des Proletariats die Aeußerungen, in denen der frühere Opportunismus mit seinen verschiedenen Abarten sich offenbart:

„Nach dem Kriege waren die Verteidigung des räuberischen ‚Völkerbundes‘, die Verteidigung von direkten oder indirekten Bündnissen mit der Bourgeoisie des eigenen Landes gegen das revolutionäre Proletariat und die ‚Rätebewegung‘, die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie und des bürgerlichen Parlamentarismus gegen die Sowjetmacht‘ – die wichtigsten Aeußerungen jener unzulässigen, verräterischen Kompromisse, die in ihrer Summe den für die Sache des revolutionären Proletariats verhängnisvollen Opportunismus ergaben.“ (Seite 256)

Alle Gebiete des politischen Lebens beherrscht diese neue Fragestellung (Sowjetmacht und Diktatur des Proletariats) und daher erklärt Lenin gegenüber dem „linken“ Doktrinarismus im Kommunismus, der die Arbeit für die Diktatur des Proletariats von Formen abhängig macht und so zur Ablehnung bestimmter alter politischer Formen, wie Parlamentarismus, Gewerkschaften, Kompromisse usw. kommt, ausdrücklich:

„Wir haben jetzt vom Standpunkt der Entwicklung des internationalen Kommunismus einen so festen, starken, mächtigen Inhalt der Arbeit (die Sowjetmacht, die Diktatur des Proletariats), daß er sich in jeder beliebigen neuen oder alten Form offenbaren kann und muß, alle Formen, nicht nur die neuen, sondern auch die alten umgestalten, besiegen, sich unterordnen kann und muß, – nicht um sich mit dem Alten auszusöhnen, sondern um alle und jede, die neuen wie die alten Formen, in den Dienst des völligen, endgültigen, entscheidenden, nicht wieder rückgängig zu machenden Sieges des Kommunismus zu stellen ... Der linke Doktrinarismus lehnt bestimmte alte Formen unbedingt ab und merkt nicht, daß der neue Inhalt sich durch alle möglichen Formen Bahn bricht, daß es unsere Pflicht als Kommunisten ist, alle Formen zu beherrschen, mit größter Schnelligkeit eine Form durch die andere au ergänzen, eine Form durch die andere zu ersetzen, unsere Taktik einer jeden Aenderung anzupassen, die nicht durch unsere Klasse oder nicht durch unsere Anstrengungen hervorgerufen worden ist.“ (Seite 293.)

Die Frage der proletarischen Diktatur ist also die Grundlage .der modernen Arbeiterbewegung in allen kapitalistischen Ländern ohne Ausnahme (Seite 535), Diktatur des Proletariats und Sowjetmacht sind die wichtigsten Grundsätze der Kommunistischen Internationale (Seite 386) Den konkreten Weg oder die besondere Wendung der Ereignisse, die die Massen zum wirklichen, entscheidenden, letzten großen revolutionären Kampf heranführt, herauszufinden, herauszufühlen, richtig zu bestimmen, – darin besteht die Hauptaufgabe des heutigen Kommunismus in Westeuropa und Amerika. (Seite 286.)

Beruht aber die aktuelle Aufgabe der kommunistischen Parteien in einem Zeitpunkt nicht mehr darin, die Revolution zu beschleunigen, dann konzentrieren sie ihre Hauptarbeit darauf, das Proletariat auf die Revolution besser vorzubereiten. (Seite 391.) Ja der Auseinandersetzung mit Serrati und Criespien (auf dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale) führte Lenin dazu aus:

„Ja, selbst wenn die Situation keine revolutionäre wäre, so beweist doch die ganze Geschichte der Partei der Bolschewiki, daß die II. Internationale sich irrt und eine große Schuld auf sich lädt, wenn sie nicht tatsächlich, auch in einer nichtrevolutionären Situation, die revolutionäre Propaganda und Agitation organisieren kann und will. Darin besteht der Unterschied zwischen den Sozialisten und Kommunisten, daß wir diese Schuld nicht auf uns nehmen wollen.“ (Seite 444, 445.)

Die Arbeit für die Revolution, die revolutionäre Bewegung selbst ist eine weltumfassende. Der imperialistische Krieg hat die abhängigen Völker in die Weltgeschichte hineingerissen, auch sie befinden sich in einer revolutionären Bewegung gegen den sie unterdrückenden Imperialismus. Diese revolutionäre Bewegung schließt sich zusammen mit der Bewegung des revolutionären Proletariats der kapitalistischen Länder:

[342] „Unsere Pflicht ist es ..., diesen Zusammenschluß zu festigen. Der Weltimperialismus muß allen, sobald der revolutionäre Ansturm des ausgebeuteten und unterdrückten Arbeiter in jedem Lande nach Ueberwindung des Widerstandes der kleinbürgerlichen Elemente und des Einflusses der kleinen Oberschicht der Arbeiteraristokratie sich mit dem revolutionären Ansturm von hunderten Millionen Menschen vereinigt, die bisher außerhalb der Geschichte standen und nur als ihr Objekt betrachtet wurden.“ (Seite 426.)

Proletarische Diktatur und die Klassen

Alle Klassen orientieren an dem zentralen Problem (Diktatur des Proletariats und Sowjetmacht) ihre Politik, ihre Aktion, ihre Kräfte, vor allem die herrschende bürgerliche Klasse. Es entsteht eine solche Gruppierung der Kräfte, daß schließlich sich nach Lenin „die ganze Unvermeidlichkeit der Diktatur der äußersten Reaktion als einzige Alternative gegenüber der Diktatur des Proletariats“ ergibt. Die Entwicklung nach dem 2. Kongreß hat denn auch dieser „einzigen Alternative gegenüber der Diktatur des Proletariats“ im Faschismus die bestimmte geschichtliche Form gegeben.

Auch an der Stelle über die „Elemente einer Kerenski-Periode“ spricht Lenin von der gleichen „Alternative“ (d. h. eine solche Lage, in der man nur zwischen zwei Möglichkeiten zu wählen hat):

„Fast überall sind bei der Bourgeoisie Elemente einer Kerenski-Periode vorhanden. In einer ganzen Reihe von Staaten, besonders in Deutschland, herrschen sie vor. Ueberall kann man ein und dasselbe beobachten: die Unmöglichkeit irgendeines Mittelwegs und die klare Erkenntnis: entweder kommt eine weiße Diktatur (in allen Ländern Westeuropas bereitet sich die Bourgeoisie darauf vor und rüstet gegen uns) oder die Diktatur des Proletariats.“ (S. 563.)

Auf diese „Elemente einer Kerenski-Periode“ als Ansätze zu einer „weißen Diktatur“ geht Lenin in seinen Schriften und Reden wiederholt ein, nur im knappesten Auszug seien diesbezügliche Stellen wiedergegeben: Auch die „allerrepublikanischste und demokratischste“ Bourgeoisie nimmt jetzt s y s t e m a t i s c h zum Terror gegen die revolutionäre Bewegung ihre Zuflucht (S. 381, 388, 389), sie rüstet s y s t e m a t i s c h weiße Garden gegen die Kommunisten aus (S. 397, 398), viele zehntausende Offiziere rückten in der Nachkriegszeit in den Vordergrund der Politik (S. 381, 382), die „Arbeiteraristokratie“, die soziale „Stütze“ der II. Internationale, der Reformisten und „Zentristen“, liefert den weißen Garden Rekruten (S. 396) usw., kurz, all das sind, wie wir heute wissen, Erscheinungsformen der Faschisierung der Gegner der revolutionären proletarischen Klasse, Erscheinungsformen der Faschisierung des Bürgertums, der Sozialdemokratie.

Lenin prüft von allen Seiten die Handlungen, las Wesen der bürgerlichen Klasse, stichwortartig seien hier verschiedene einschlägige Stellen erwähnt, um nur eine Vorstellung dessen zu geben, was an vielseitigem Erkenntnismaterial über die bürgerliche Klasse allein aus diesem Bande zu schöpfen ist:

Den Hauptinhalt der bürgerlichen Verfassung bildet das Privateigentum (S. 126). Die Bourgeoisie herrscht als Klasse und versteht durch jeden beliebigen einzelnen Beamten die Verwaltung in ihrem Interesse ausüben zu lassen (S. 104), auch bei Maximum an persönlicher Diktatur hat die bürgerliche Klasse die Macht völlig in der Hand (S. 96). Die Entscheidungen fallen nicht im Parlament, auch nicht in der demokratischsten bürgerlichen Republik (S. 160). In der bürgerlichen Gesellschaft besteht formale Gleichheit, Freiheit bei sozialer Ungleichheit, Unfreiheit (S. 75). Die Idee der Gleichheit wird unter dem Vorwande absoluter Gleichheit in ein Werkzeug des Kampfes gegen die Aufhebung der Klassen verwandelt (S. 350). Aus dem Wechselverhältnis der Klassen schöpft die Bourgeoisie Kraft (S. 175). Die alltägliche zersetzende Tätigkeit des Kleinbesitzes führt jene Resultate herbei, welche die Bourgeoisie dauernd restaurieren (S. 229). Die Bourgeoisie unterstützt einen Teil der Arbeiterklasse, und darin besteht die Bestechung (S. 183). Die Bourgeoisie ist bestrebt, sich auf das Volk zu stützen und zugleich fürchtet sie das Volk (S. 554), Beim Kampf gegen die Sowjetunion weiß die Bourgeoisie, daß sie für die Macht bei sich im Hause kämpft (S. 318) Der Terror gegen den Bolschewismus zeigt, daß die Bourgeoisie so wie alle von der Geschichte zum Untergang verurteilten Klassen handelt (S. 291). Aeußerlich fest bei innerer Fäulnis, ist die Bourgeoisie eine untergehende Klasse (S. 591. 592).

[343] Scharf, knapp ist die Charakteristik, die das Kleinbürgertum, der kleine Besitzer und die „dem kleinen Eigentümer entsprechende Schicht der Intelligenz, Angestellten, Beamten usw.“ finden. Die zentralisierte Bourgeoisie ist leichter zu besiegen als die Millionen kleiner Besitzer (S. 229), nach seinem Siege steht das Proletariat vor der historischen Aufgabe, die Klassen zu beseitigen, und das heißt in erster Linie, den kleinen Warenproduzenten zu beseitigen, den man aber nicht einfach erdrücken kann, sondern mit dem man sich auch verständigen muß (S. 228). Während der kapitalistischen Herrschaft wird der kleine Eigentümers der als sozialer Typus breite Massen repräsentiert, dem Ruin ausgesetzt, leicht von extrem revolutionären Stimmungen erfaßt, ist aber unfähig, Organisiertheit und Standhaftigkeit zu zeigen, der durch die Schrecken des Kapitalismus wild gewordene Kleinbürger ist eine soziale Erscheinung und geistert in der Regel als „Radikalismus“ selbst in der Kommunistischen Partei herum (S. 215). Die Einflüsse des Kleinbürgertums auf das Proletariat sind demoralisierend (S. 228), die proletarischen Massen haben einen schweren Kampf gegen dieses Uebel zu führen, auch noch nach der Revolution (S. 304). Die Ideologen des Kleinbürgertums gehen vom Standpunkt des Spießers an die gesellschaftlichen Fragen heran (S. 551), das Spießertum ist also nicht etwa eine individuelle, sondern eine soziale Eigenschaft (S. 552), die spießer- und philisterhafte Entstellung des Marxismus besteht darin, gerade seinen revolutionären Kern abzulehnen (S. 552-554, in dem Kapitel „Geschichtliches zur Frage der Diktatur“, wo Lenin schon früher gezogene Lehren aus den Jahren

1905 und 1906 zusammenfaßt und dann den Kautsky, Hilferding nachweist, daß sie in den Fragen der Diktatur auf den Standpunkt der konterrevolutionären Kadetten abgerutscht sind).

Die Ausbalancierung eines richtigen Wechselverhältnisses zum Kleinbürgertum in der Stadt bildet für das kommunistische Proletariat mit Hinblick auf die Machtübernahme eine der entscheidenden Aufgaben. Gleiches gilt für seine Beziehungen zur Bauernschaft. Nur wenn die Arbeiterklasse Hand in Hand mit der Bauernschaft zusammengeht, kann sie die Ausbeuterklasse vernichten und den Sozialismus verwirklichen (S. 193). Andererseits vermag nur das von der Kommunistischen Partei geführte Industrieproletariat die werktätigen Massen des Dorfes vom Joch des Kapitals und des Großgrundbesitzes zu befreien (S. 328). Eine entschiedene Unterstützung des revolutionären Proletariats durch die ungeheuer verängstigte, zersplitterte, niedergedrückte, in allen, selbst den vorgeschrittensten Ländern, zu halbbarbarischer Lebenshaltung verurteilte Landbevölkerung der niedrigsten Kategorien (Landproletariat, Parzellen- und Kleinbauern) ist aber erst nach der Eroberung der politischen Macht möglich, erst nachdem diese Klassen in der Praxis sehen, daß sie einen organisierten Führer und Verteidiger haben, der genügend Stärke und Festigkeit besitzt, ihnen zu helfen, sie zu führen und ihnen den richtigen Weg zu weisen (S. 331, 332, 381).

Im „Ursprünglichen Entwurf der Thesen zur Agrarfrage“ (S. 328–341) erfolgt eine gedrängte Behandlung der kommunistischen Agrarpolitik. In diesen Thesen gibt Lenin unter anderem eine exakte übersichtliche Darstellung der Klassen auf dem Lande, die Agrarfragen werden in diesem Bande auch sonst entsprechend ihrer Bedeutung für die kommunistische Gesamtstrategie eingehend erörtert. Die Bauernwirtschaft ist keine Einheit (S. 179), der Bauer einerseits Werktätiger, andererseits Privateigentümer (S. 175, 176, 180, 181, 578), Aufhebung der Klassen heißt Beseitigung des Unterschiedes von Bauernschaft und Proletariat (S. 175, 176, 228, 484, 485), wenn man den Bauerneigentümer bestehen läßt, kommen die Kapitalisten wie nach früheren Revolutionen wieder zur Macht (S. 486).

Uneinheitlich ist die Zusammensetzung der Bauernschaft, zwiespältig die soziale Natur des Bauern und daraus resultiert eine differenzierte proletarische Strategie gegenüber den ländlichen Klassen vor und nach der Machteroberung. Die allgemeine strategische Lehre lautet: Ohne ein Hineintragen des Klassenkampfes in das Dorf, ohne Sammlung der werktätigen Massen des Dorfes um die Kommunistische Partei ist der Sturz der Ausbeuter unmöglich (S. 328-331, 337, 339), daher Bildung von kommunistischen Zellen auf dem Lande (S. 341), Unterstützung der Landstreiks (S. 339, 340) usw. Von der Gewinnung des Landproletariats für die Diktatur der Arbeiterklasse über die Neutralisierung des Mittelbauers bis zum Kampf gegen die Großbauern, deren Enteignung aber noch keine unmittelbare Aufgabe des siegreichen Proletariats sein kann (S. 334), und bis zum Kampf gegen den großen Gutsbesitz, dessen Land nach der Machtübernahme unverzüglich und bedingungslos zu beschlagnahmen ist, in dieser Mannig-[344]faltigkeit der taktischen Regeln widerspiegelt sich die ganze Vielseitigkeit der proletarischen Strategie auf dem Lande. Ihre Richtschnur ist des Ziel, die Eroberung der Macht durch das Proletariat. Nach der Machtübernahme ist die Sicherung des Sieges und seine Festigung die erste und wichtigste Aufgabe des Proletariats, dieser Aufgabe haben sich alle Maßnahmen zu unterordnen. Für die Politik auf dem Lande heißt dies: eine Konsolidierung der proletarischen Staatsmacht ist unmöglich ohne die Neutralisierung der Mittelbauern, ohne Unterstützung der Kleinbauern, und diese Unterstützung kann anfangs nicht anders als durch Landübergabe an diese Schichten erhalten werden. Dementsprechend ist der Einwand, den Opportunisten gegen diese Uebergabe von Ländereien der Großgrundbesitzer an die Bauernschaft erheben, zu bewerten. Der Einwand läuft auf nichts anderes als auf die Verfälschung einer richtigen theoretischen Wahrheit durch den Opportunismus (S. 336–339, 442, 443) hinaus, eine unbestreitbare theoretische Wahrheit wird einfach von den Opportunisten entstellt:

„Die Entstellung dieser Wahrheit besteht darin, daß die Aufmerksamkeit auf eine verhältnismäßig ferne, schöne und rosige Zukunft gerichtet und von den nächsten Aufgaben des schwierigen, konkreten Ueberganges zu dieser Zukunft abgelenkt wird, in der Praxis führt das zum Predigen einer Politik des Paktierens mit der Bourgeoisie und des ‚sozialen Friedens‘, d. h. zum völligen Verrat am Proletariat.“ (S. 338, 339.)

Das Aushecken einer theoretischen und praktischen Politik der Verständigung mit den Gutsbesitzern sowie der Groß- und Mittelbauernschaft war und ist der Hauptinhalt der Politik der Sozialdemokratie

auf dem Lande (S. 331). Die Politik der revolutionären proletarischen Klasse geht von genau entgegengesetzten Voraussetzungen aus:

„Eine wirklich revolutionäre, eine wirklich sozialistisch handelnde Klasse ist das Proletariat nur dann, wenn es als Vortrupp aller Werktätigen und Ausgebeuteten, als ihr Führer im Kampf um den Sturz der Ausbeuter auftritt." (S. 328.)

Die bestehenden Klassenverhältnisse zu erhalten und zu festigen, zu konservieren, ist der wesentliche Inhalt der Politik der Sozialdemokratie, klassenmäßig betrachtet. Diese Politik wendet sich daher direkt gegen das Proletariat, das die revolutionäre Klasse ist, deren Klassenkampf vor allem Beseitigung der Kapitalistenklasse bedeutet und der schließlich zur Beseitigung der Klassen überhaupt führen wird, deren Existenz ja nur besagt, „daß es einem Teil der Gesellschaft erlaubt ist, sich die Arbeit eines anderen Teils anzueignen". (S. 484.)

Das Wechselverhältnis der Klassen in der gegenwärtigen Epoche steht, um zusammenzufassen, im Zeichen des Kampfes uns die Diktatur des Proletariats. Die herrschende Klasse, die Bourgeoisie, entfesselt im Kampfe gegen die Diktatur des Proletariats ihren ganzen mächtigen Widerstand, der durch ihren bereits erfolgten Sturz in einem Lande, in der Sowjetunion, sich nur noch verzehnfacht hat:

„Durch unsere Revolution ist mehr als durch irgendeine andere das Gesetz bestätigt worden, daß die Stärke einer Revolution, die Wucht ihres Ansturms, ihre Energie, die Entschiedenheit sind der Triumpf ihres Sieges gleichzeitig die Widerstandskraft der Bourgeoisie stärken. Je mehr wir siegen, desto mehr lernen es die kapitalistischen Ausbeuter, sich zusammenzuschließen und zu immer entschiedeneren Angriffen überzugehen." (S. 119.)

Es schließen sich aber nicht nur die Kapitalisten national und international zusammen, sondern in allen anderen Schichten, Klassen organisiert die herrschende Klasse Hilfskräfte oder sie sucht durch Zersetzung die ihr feindlichen Gegenkräfte zu paralysieren. Dieses Organisieren und Zersetzen reicht bis tief in die Reihen der proletarischen Klasse selbst hinein. Die proletarische Klasse ist wohl die „konsequent revolutionäre Klasse", aber einmal ist sie nicht etwa durch und durch einheitlich, vielmehr differenziert sie sich. Jahrhundertelang entwickelte Unterschiede des Berufs und Handwerks zwischen den Arbeitern wirken differenzierend (S. 234), ebenso andere Unterschiede. Ferner ist das Proletariat keine irgendwie in sich abgeschlossene Klasse, alle Klassen sind vielmehr nicht wie durch eine Mauer getrennt (S. 182, 228, 261), das Proletariat ist von einer Masse außerordentlich bunter Uebergangstypen von Proletariern und Halbproletariern umgeben (S. 261) usw. Diese Differenzierungen, Berührungen, Vermengungen erleichtern den zersetzenden bürgerlichen Einflüssen den Zugang. Bürgerliche Sinnesart ist bei allen Klassen vorzufinden (S. 486, 487), von Vorurteilen der Legalität, des konstitutionellen Aberglaubens sind Teile des Proletariats be-[345]fangen (S. 240, 306), zünftlerische, kleinbürgerliche Traditionen sind ebensoviele Schranken usw. Schließlich werden Teile der Arbeiterklasse von der Bourgeoisie direkt bestochen (S. 183) und so bildet sich eine ausgesprochene „Arbeiteraristokratie".

Folgendes Zitat (aus den Thesen über die Hauptaufgaben des 2. Kongresses) gibt in gedrängtester und gleichzeitig übersichtlichster Form die Leninsche Kennzeichnung der „Arbeiteraristokratie" wieder:

„Eine der Hauptursachen, die die Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern erschweren, besteht darin, daß es hier dem Kapital dank dem Kolonialbesitz und den Extraprofiten des Finanzkapitals usw. gelungen ist, eine relativ breite und feste Schicht einer Arbeiteraristokratie zu schaffen, die nur eine kleine Minderheit bildet. Sie erfreut sich besserer Lohnbedingungen und ist am meisten vom Geist zünftlerischer Beschränktheit, von spießbürgerlichen und imperialistischen Vorurteilen durchdrungen. Das ist die wirklich soziale Stütze der II. Internationale, der Reformisten und Zentristen, und im gegenwärtigen Augenblick ist das wohl die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie. Nicht einmal eine vorläufige Vorbereitung des Proletariats zum Sturz der Bourgeoisie ist ohne einen unverzüglichen, systematischen, breiten, offenen Kampf gegen diese Schicht möglich, die zweifellos – wie die Erfahrung bereits bewiesen hat – nach dem Sieg)es Proletariats den bürgerlichen weißen Garden nicht wenige Rekruten liefern wird. Alle der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Parteien müssen um jeden Preis die Losungen: ‚Tiefer hinein in die Massen!' ‚Engere Fühlung mit den Massen!' in der Praxis wahrmachen, wobei unter Massen zu verstehen ist: die Gesamtheit der Werktätigen und vom

Kapital Ausgebeuteten, besonders derjenigen, die am wenigsten organisiert und aufgeklärt, am stärksten unterdrückt und organisatorisch am schwersten zu erfassen sind.“ (Seite 396.)

Taktische und strategische Schlußfolgerungen

Die grundsätzliche Betrachtung der gegenwärtigen Epoche, die klassenmäßige Behandlung der Probleme verbunden mit den Lehren aus der Erfahrung – auf letzteres Moment weist Lenin mit besonderem Nachdruck hin, so wenn er unterstreicht, daß die Massen durch Erfahrung lernen, daß der Marxismus kein Dogma sei, nur eine Anleitung zum Handeln (S. 256), daß die revolutionäre Theorie nur im Zusammenhang mit der Praxis der Massenbewegung endgültige Gestalt annimmt (S. 207) usw. –, vermitteln erst jene elementarsten Erkenntnisse, ohne die eine taktische und strategische Meisterung der Aufgaben unmöglich ist. Diese Methode Lenins, an die einzelnen Probleme heranzugehen, zeigen deutlich auch seine zuletzt zitierten Ausführungen über die Arbeiteraristokratie. Diese wird zuerst im Wechselverhältnis der Klassen betrachtet, hier in einem ganz weiten Rahmen (Kapital-Kolonien) Die Arbeiteraristokratie wird dann als eine soziale Hauptstütze der Bourgeoisie erkannt. Auf Grundlage dieser Bestimmung der Stellung und Rolle der Arbeiteraristokratie ergehen sich dann ohne weiteres eindeutige taktische und strategische Schlußfolgerungen, wie die Notwendigkeit und Bedeutung der besonderen Bekämpfung der Arbeiteraristokratie, von der weg die kommunistischen Parteien an die unteren Schichten, an immer breitere Massen appellieren müssen (S. 384), wobei die Kommunisten den Kampf gegen die Arbeiteraristokratie im Namen der Arbeitermassen führen, um diese auf ihre Seite herüberzuziehen (S. 237).

Unter gleichen Gesichtspunkten ist das Verhältnis der kommunistischen Parteien zu den Parteien der II. Internationale – deren wirkliche Grundlage die Arbeiteraristokratie ist (S. 328) und soweit ihnen noch andere Schichten folgen, dies nicht aus freiem Willen geschieht, sondern infolge Unterdrückung, Betrug Druck (S. 380, 381) – zu betrachten. Für die Aufgaben, die der Kampf um die Diktatur des Proletariats stellt, ist vor allem die proletarische Klasse selbst in ihren entscheidenden Teilen erst zu gewinnen und daher müssen die Kräfte, die dem entgegenarbeiten, die den konterrevolutionären Einfluß innerhalb der Arbeiterbewegung organisieren, in erster Linie niedergerungen werden. Diese Bourgeoisieagenten innerhalb der Arbeiterbewegung sind die Parteien der II. Internationale. Die gelbe II. Internationale hat sich mit dem Kapitalismus gegen die Arbeiterrevolution verbunden (S. 457). Ohne Säuberung von solchen Elementen, ohne Spaltung ist ein Zusammenschluß des revolutionären Prole-[346]tariats unmöglich (S. 473). Ohne Kampf gegen diese Elemente ist auch nur eine vorläufige Vorbereitung der Massen zur Verwirklichung der Diktatur des Proletariats unmöglich. Diese Elemente sind bürgerliche Hurrapatrioten, die schlimmsten Feinde, die Verräter des Sozialismus (S. 328), die Gewerkschaftsführer sind europäisch zugestutzte Subatows (S 240, Subatow, der Mann der zaristischen Polizeigewerkschaften). Im Kriege waren sie offene Sozialchauvinisten, die eifrigsten Vorkämpfer der Sache „ihrer“ Bourgeoisie, unmittelbar nach dem Kriegsende retteten sie die Bourgeoisie vor der Revolution (S. 86), durch ihr Verhalten gegenüber den kolonialen Völkern sind sie schuld daran, daß die unterdrückten Nationen selbst gegen das Proletariat der Unterdrückernationen von Mißtrauen erfüllt sind, was den endgültigen Sieg über den Kapitalismus nur erschwert (S. 356, 357) usw.

Lenin zieht daher folgende strategische Lehre:

„Der Opportunismus ist unser Hauptfeind. Der Opportunismus der Oberschicht der Arbeiterklasse ist kein proletarischer, sondern ein bürgerlicher Sozialismus. Die Praxis hat bewiesen, daß die Führer der Arbeiterbewegung, die der opportunistischen Richtung angehören, bessere Verteidiger der Bourgeoisie sind als die Bourgeoisie selbst. Wenn sie nicht die Führung der Arbeiter in ihrer Hand hätten, so könnte sich die Bourgeoisie nicht behaupten. ... Hier haben wir unseren Hauptfeind, und diesen Feind müssen wir besiegen. Wir müssen den Kongreß mit dem testen Entschluß vermessen, diesen Kampf in allen Parteien zu Ende zu führen. Das ist die Hauptaufgabe.“ (S. 425.)

Der Opportunismus ist um so gefährlicher, eine je arbeiterfreundlichere Maske er sich anzustecken versteht. Es gibt Opportunisten, die sich als Unabhängige, heute als „Linke“ firmieren und die „dem Proletariat tausendmal gefährlicher sind, wenn sie sich für Anhänger der Sowjetmacht und der

Diktatur des Proletariats ausgeben“. (S. 299.) Solche Leute fügen dem Proletariat einen noch größeren Schaden zu, wenn es ihnen einfällt, sich Kommunisten zu nennen und der III. Internationale beizutreten (S. 326). Sie machen diesen Schritt nur, „um ihre frühere Rolle als Agenten und Gehilfen der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung zu bewahren“. (S. 386.) Mit den Opportunisten in den eigenen Reihen muß bedingungslos gebrochen werden, da mit ihnen ein Sieg unmöglich ist. Besonders ausführlich schreibt darüber Lenin in dem Artikel: „Falsche Reden über Freiheit.“ (S. 571–579.)

Der andere Feind innerhalb der Arbeiterbewegung ist der kleinbürgerliche Radikalismus, der nicht selten eine Art Strafe für die opportunistischen Sünden ist. Seiner Darstellung und Bekämpfung hat Lenin eine besondere Schrift gewidmet, „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“, die in den vorliegenden Band aufgenommen ist. In den Thesen über die Hauptaufgaben des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale führt Lenin nach einer Kennzeichnung des Opportunismus zum Fehler des „Radikalismus“ aus:

„Ein anderer Fehler von viel geringerer Bedeutung, der eher eine Krankheit des Wachstums der Bewegung ist, besteht in dem Streben nach ‚Radikalismus‘, das zu einer unrichtiger Einschätzung der Rolle und der Aufgaben der Partei gegenüber der Klasse und den Massen führt, ferner zu einer unrichtigen Einschätzung der Pflicht der revolutionären Kommunisten, in den bürgerlichen Parlamenten und in den reaktionären Gewerkschaften zu arbeiten.“ (S. 387.)

Wegen dieser zwei Feinde in der Arbeiterbewegung haben hier die kommunistischen Parteien den Kampf nach zwei Fronten zu führen:

„Die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt jetzt, daß in allen Ländern der wachsende, erstarkende, zum Siege schreitende Kommunismus in erster Linie den Kampf gegen den e i g e n e n ‚Menschewismus‘ (in jedem Lande) aufnehmen muß (diese Phase hat bereits begonnen), d. h. gegen den Opportunismus und Sozialchauvinismus, und zweitens – sozusagen als Ergänzung – den Kampf gegen den ‚radikalen‘ Kommunismus.“ (S. 279.)

Lenin faßt dann zusammen und er formuliert schließlich die strategische Aufgabe jeder Partei in folgender Weise:

„Das spezifisch Nationale in den k o n k r e t e n M e t h o d e n eines jeden Landes bei der Lösung der e i n h e i t l i c h e n internationalen Aufgabe, beim Sieg über den Opportunismus und den radikalen Doktrinarismus innerhalb der Arbeiterbewegung, beim Sturz der Bourgeoisie, bei der Errichtung der Sowjetrepublik und der proletarischen Diktatur zu erforschen, zu studieren, [347] herauszufinden, zu erraten und zu erfassen, – das ist die wichtigste Aufgabe aller vorgeschrittenen Länder (und nicht nur der vorgeschrittenen) im gegenwärtigen historischen Augenblick.“ (S. 281.)

Verstehen es die Kommunisten, an diese Aufgabe mit einer „möglichst elastischen Taktik“ heranzugehen, dann ist trotz aller Verfolgungen, Unterdrückungen der Sieg gesichert:

„Mag die Bourgeoisie toben, bis zur Geistesverwirrung wüten, übertreiben, Dummheiten machen, sich an den Bolschewiki im voraus rächen und hunderte, tausende, hunderttausend junger und alter Bolschewiki abschlachten ... indem die Bourgeoisie das tut, handelt sie wie alle von der Geschichte zum Untergang verurteilten Klassen. Die Kommunisten müssen wissen, daß die Zukunft auf jeden Fall ihnen gehört; daher können und müssen wir in dem gewaltigen revolutionären Kampfe die größte Leidenschaftlichkeit mit der Kaltblütigkeit und nüchternsten Einschätzung der Wutanfälle der Bourgeoisie verbinden.“ (S. 291.)

Sowjetunion und internationale Revolution.

Lenin macht zum wirtschaftlichen Aufbau in der Sowjetunion, der nach Beendigung von Krieg und Bürgerkrieg in der Atempause bis zur nächsten kriegerischen Auseinandersetzung zur politischen Hauptaufgabe (S. 568) geworden ist, die ausdrückliche Feststellung, daß es dabei um eine Frage des internationalen Kommunismus geht, weil Rußland zum Herd der internationalen Revolution geworden ist (S. 46). Mit dieser Bemerkung enthüllt Leute das Wesen des Wechselverhältnisses von russischer und internationaler Revolution, und im allgemeinen ist diese Fragestellung immer der Ausgangspunkt, von dem aus Lenin die großen Probleme der Sowjetunion behandelt. Schon die Frage nach den Voraussetzungen und Bedingungen des Sieges der Bolschewiki im Kampfe mit den mächtigsten imperialistischen Feinden führt auf diesen Zusammenhang von russischer und internationaler Revolution zurück:

„Wie konnte es geschehen, daß Sowjetrußland, das durch den imperialistischen Krieg und den Bürgerkrieg ermattet, von Feinden umzingelt, von allen Ausrüstungs- und Munitionsquellen abgeschnitten war, wie konnte es geschehen, daß dieses Sowjetrußland Sieger wurde? Darüber muß man nachdenken, denn, indem wir dieser Frage auf den Grund gehen, fangen wir an, die Mechanik nicht nur der russischen, sondern auch der internationalen Revolution zu begreifen. Wir finden die Bestätigung dafür, daß die russische Revolution nur ein Glied in der Kette der internationalen Revolution ist“ (S. 515)

Diese Frage zu stellen, heißt unter anderem jene außerrussischen Kräfte zu untersuchen, die dazu beitrugen, den Sieg zu erleichtern, und damit wichtigste objektive Triebkräfte der ganzen internationalen Revolution zu enthüllen (S. 54). Solche Kräfte waren die praktisch geübte Solidarität der Arbeiter des Westens mit der Sowjetunion, die Gegensätze von kleinen und großen Staaten (wobei in diesem besonderen Zusammenhange Lenin auf die Bedeutung der nationalen Frage und der richtigen nationalen Politik der Bolschewiki hinweist, so auf Seite 62/63), die Gegensätze zwischen den großen kapitalistischen Staaten Besonders eindringlich befaßte sich Lenin mit der Frage der Ausnutzung dieser Gegensätze in der Rede über die Konzessionen (S. 623-643).

Die Atempause ist eine beschränkte, um so energischer, um so umfassender sind die Fragen des Aufbaus zu stellen:

„Wir bleiben auch weiterhin eine belagerte Festung, auf die die Arbeiter der ganzen Welt ihre Blicke richten, denn sie wissen, daß ihnen aus dieser Festung die Freiheit erstehen wird. Und in dieser belagerten Festung müssen wir mit militärischer Rücksichtslosigkeit, militärischer Disziplin und Selbstaufopferung handeln.“ (S. 169.)

Lenin umreißt eingehend die schöpferischen Aufgaben des siegreichen Proletariats. Wirtschaftsplan, Industrialisierung („Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes“, S. 613), Kollektivierung, kurz, all die Aufgaben, deren Durchführung jetzt die Sowjetunion kraft heroischster Anstrengung erfolgreich betreibt, hat Lenin an der Schwelle der Aufbauperiode gestellt. Hier sei noch besonders hingewiesen auf die herrliche Rede, die Lenin auf den 3. Allrussischen Kongreß des Kommunistischen Jugendverbandes, vor den Vertretern der Generation, welche die kommunistische Gesellschaft erleben und selbst [348] an dem Aufbau dieser Gesellschaft arbeiten wird (S. 4921, über „Kommunismus lernen“ gehalten hat (S. 474-493). Der Kommunismus hat, wie Lenin an einer anderen Stelle auseinandersetzt, für uns „bereits aufgehört, ein Programm, eine Theorie oder ein Problem zu sein, er ist für uns eine Aufgabe des unmittelbaren praktischen Aufbaus“ (S. 569). Diese Aufgabe wird gelöst werden und voller Gewißheit erklärt Lenin:

„Ich bin überzeugt, daß die Sowjetmacht den Kapitalismus einholen und überholen wird.“ (S. 644.)

Den Kapitalismus einholen und überholen ist die Perspektive für den sozialistischen Aufbau. Den anderen Leitgedanken, der dieser Perspektive beizuordnen ist, formuliert Lenin in folgender Weise:

„Die weltpolitische Lage hat jetzt die Diktatur des Proletariats auf die Tagesordnung gesetzt und alle Ereignisse der Weltpolitik konzentrieren sich notwendigerweise um einen einzigen Mittelpunkt: um den Kampf der Weltbourgeoisie gegen die russische Räterepublik, die einerseits unvermeidlich die Rätebewegungen der vorgeschrittenen Arbeiter aller Länder, andererseits alle nationalen Befreiungsbewegungen der Kolonien und der unterdrückten Völker um sich gruppiert.“ (S. 35.)

Der Zusammenschluß aller mächtigen kapitalistischen Länder der Welt gegen Sowjetrußland – das ist die wirkliche Basis der gegenwärtigen internationalen Politik. (S. 562.)

*

Zum Schluß der Besprechung sei noch auf die sehr wertvolle Unterstützung hingewiesen, die der Leser durch die Redaktion erhalten hat. Im Anhang werden Dokumente und Materialien zu Fragen und Ereignissen gebracht, auf die Lenin bezug genommen hat, und wodurch der Laser einen vollkommenen Einblick in die Probleme gewinnt, die damals zur Diskussion gestanden haben. Besonders wertvoll sind die Anmerkungen und das Namensregister, die das Lesen und Verstehen dieses Bandes ungemein erleichtern. Erkner.

*

LITERATUR

„Die Gesellschaft“, April 1930

Der Leitartikel bemerkt, die Freude an der Durchsetzung der Younggesetze im Reichstag, diesem „Meisterstück politischer Taktik“ Hermann Müllers, sei nicht ungetrübt, weil die Sache nur durch die Drohung mit Artikel 48 und ein nicht verfassungsmäßiges Eingreifen des Reichspräsidenten geglückt sei. mm weiteren konstatiert er die rapide Rechtsentwicklung in den bürgerlichen Parteien und stellt – ratios – die Frage, wie die Bildung der „einen reaktionären Masse“ durch „Interventionen“, d. h. durch rechtzeitigen Anschluß der SPD „durchkreuzt“ werden könne. Wenige Tage später hat die Müller-Regierung den „Fußtritt“ erhalten.

„Grzesinskis Leistung“, die Förderung des Verwachsens der SPD mit dem bürgerlichen Staatsapparat und der Ausbau der preußischen Polizei „für ihre größte und wichtigste Aufgabe“, den Kampf gegen das revolutionäre Proletariat, wird in einem besonderen Artikel gefeiert.

Bezeichnend für die aktive Rolle der II. Internationale bei der Vorbereitung des Antisowjetkrieges ist die hier abgedruckte Gastvorlesung des schwedischen Sozialdemokraten und vielgefeierten früheren Mitglieds des Völkerbundsrats O. Undén in der Deutschen Hochschule für Politik. Sie behandelt den Angriffskrieg „als völkerrechtliches Problem“. Selbstverständlich, daß der Kelloggpakt kritisiert wird, weil er keine Sanktionsbestimmungen gegen „Friedensstörer“ enthält. Auch die Völkerbundssatzung sei unvollständig, weil sie „keine Instanz einsetzt, die mit autoritativer Wirkung für alle Bundesmitglieder“ die Sanktionsbestimmungen in Kraft setzt. Das Neue, was Undén bringt, ist der Vorschlag, die spitzfindigen Untersuchungen über den Angriffskrieg überhaupt beiseite zu lassen. Sehr „realistisch“ bemerkt er. daß man den Angriffskrieg wohl definieren im Ernstfalle aber sehr schwer feststellen könne, wer der Angreifer sei. Auch die [349] Möglichkeit, daß der militärisch offensive Teil in der Tat der Angegriffene ist, wird zugegeben. Aber dieser „Realismus“, der scheinbar die marxistischen Argumente gegen das Kriterium des „Angriffskrieges“ anerkennt, ist in der Tat nur offener Zynismus. Undén schlägt vor, man solle eben „die Druckmittel oder Sanktionen gegen den Staat richten, der die Aufforderung des Rats, die Feindseligkeiten einzustellen, ablehnt, auch wenn er nicht der Angreifer ist“ (S. 317). „Sanktionen sind nicht eine Art von Strafe, sondern Polizeimaßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens“; daher sollen sie „gegen den Staat gerichtet werden, der durch seine Haltung nach Beginn der Feindseligkeiten das größte Hindernis für die Wiederherstellung des Friedens ausmacht, ohne Rücksicht darauf, daß ... die andere Partei den ersten Schritt unternommen hat“ (S. 324). Die Friedenspolitik der USSR, die sich nicht provozieren läßt, zwingt die Verfechter des Völkerbundskrieges immer mehr, ihre erhabenen pazifistischen Grundsätze als die Kniffe von Straßenräubern zu enthüllen. Nur so weiter, ihr Herren Pazifisten!

Ein Bandwurmartikel über „Agrarsozialismus in Rußland“ von O. Domanewskaja versucht zu beweisen, daß die Kollektivierung der Landwirtschaft in der USSR aussichtslos, ihr „Ausgang vorherbestimmt“ sei (S. 325), weil die nötigen Maschinen fehlen, um die Kollektivbetriebe aus Betrieben der einfachen Kooperation zu maschinellen Großbetrieben zu machen (S. 340, 342). Gleichseitig verlangt derselbe Artikel das „Aufgeben der forcierten Industrialisierung“, „für die die reale Basis fehlt“ (S. 327). Eine wirklich praktische „wissenschaftliche“ Methode! Der Artikel kaut im übrigen nur die Argumente der Bucharin-Gruppe wieder und verwickelt sich in die lächerlichsten Widersprüche.

Wie schon in den vorherigen Heften, so wenden auch in diesem die Versuche der Zusammenstoppelung einer „Philosophie“ des Sozialfaschismus fortgesetzt,. und zwar – was wichtig ist – in Form einer scheinmarxistischen Scheinpolemik gegen die Produkte der faschistischen Zersetzung der m. o. w. offen bürgerlichen Ideologien. So der Artikel von S. Riemer „gegen , d. h. in der Tat für das Buch „Soziale Theorie des Kapitalismus“ von Eduard Heiman (Tübingen 1929), das eine sozialfaschistische Transformation der liberalen Ideologie versucht: im Wesen, der Rolle der Sozialpolitik als Mittel zum Betrügen der Arbeitermassen, ist man einig (S. 355), doch man will die Sache nicht ethisch, sondern „soziologisch“, „aus dem ökonomischen Prozeß“ (S. 356) begründen. Ebenso die Besprechung des Buches des Zentrumspolitikers F. Dessauer „Kooperative Wirtschaft“ (Bonn,

1929), das versucht, die theoretische Grundlage für eine faschistische Wirtschaftspolitik des Zentrums zu geben. Nach fünf Seiten „Polemik“ kommt der Rezensent zu dem Schluß, daß das, was Dessauer wolle, einen „Kapitalismus ohne kapitalistischen Geist“ (380), eine „Wirtschaftspolitik, die dem Kapitalisten zwingen soll, in allen Konflikten zwischen eigenem und öffentlichen Interesse die Seite des letzteren zu ergreifen“ (S. 381) – eben Wirtschaftsdemokratie, Sozialismus sei. Also dasselbe, was die SPD wolle, bloß – falsche Terminologie.

Auf nichts anderes läuft auch H. Speiers Aufsatz „Soziologie oder Ideologie?“ zu dem schon im Februarheft besprochenen Buche von Mannheim hinaus. Er polemisiert gegen M.s „Soziologie der Intelligenz“ als einer über den Klassen stehenden Kraft mit der Aufgabe, durch „Zusammenschau“ eine neue (d. h. in der Tat faschistische. K. S.) Plattform zu finden. Aber auch er erklärt die „Intelligenz“ nicht klassenmäßig (S. 360), d. h. als bürgerliche Intelligenz, sondern als in allen Klassen vorhanden. An die Stelle des „freien Schwebens“ setzt er „die freie Wahl der einen oder anderen Klasse“ (S. 365) und die Forderung, die Intelligenz solle sich „dem Proletariat“, d. h. der SPD anschließen, die „für die Sache der ganzen Gesellschaft kämpfe“ (S. 371), wo der Intellektuelle dem Arbeiter, dem „Funktionär“ die höheren Ziele klarzumachen habe, den Kampf „um die sozialistische Kultur“ (S. 372). Der Sinn ist eindeutig: wozu eine „freischwebende Zusammenschau“ ohne reale Massenbasis? Kommt zur SPD, hier könnt ihr eure „soziologischen“ Theorien auf die Massen loslassen und statt eines bloß geistigen einen realen, politischen Faschismus verwirklichen. Als theoretische Waffe gegen den orthodoxen Marxismus, d. h. den Kommunismus, wird das ganze „soziologische“ Geschwätz der Mannheim & Co. voll anerkannt; obwohl man es mehr mit marxistischen Phrasen verbrämen will:

„Der Fortschritt in der Soziologie sollte gerade vom Marxismus (d. h. Pseudomarxismus, Sozialfaschismus) mit höchster Aufmerksamkeit studiert [350] wenden. Er wird dann nur zu seinem Nutzen genötigt sein, die positivistischen (d. h. materialistischen. K. S.) Verhärtungen seiner Methode abzustoßen ... Er wird nicht zuletzt dann den ideologischen Stand erreichen, von dem aus allein der geistige Kampf gegen die kommunistische Orthodoxie mit Ueberlegenheit durchgeführt werden kann, weil erst nach Ueberwindung der Orthodoxie im eigenen Lager die Orthodoxie des Gegners restlos zu entlarven ist“ (S. 370).

Die Herren „Soziologen“ des Sozialfaschismus werden uns sehr zu Dank verpflichten, wenn sie uns vor dem Proletariat und besonders ihren eigenen Anhängern als orthodoxe Marxisten „entlarven“. K. S.

*

„Kommunistische internationale“, Jahrgang 1930, Heft 6 bis 14

fb. Die Nummern 6 bis 8 enthalten zum Teil Artikel, die sich mit aktuellen Ereignissen oder Aktionen befassen, aus denen wir die Artikel von Heckert über die Betriebsrätewahlen in Deutschland und von Moirowa zum internationalen Frauentag hervorheben. Heckert weist auf die große Bedeutung der Betriebsrätewahlen gerade in diesem Jahre hin, wo die im Jahre 1929 begonnene Wendung zum ersten Male voll durchgeführt wird in einer Situation, in der sich die Klassengegensätze bedeutend verschärfen. Die diesjährigen Betriebsrätewahlen werden ein Prüfstein dafür sein, wieweit die Partei es bereits gelernt hat, eine konkrete Massenarbeit zu treiben, welche Schwierigkeiten und Hindernisse ihr noch im Wege stehen, nass sich an die Spitze der kommenden Massenkämpfe wirtschaftlicher und politischer Art zu setzen. Moirowa gibt ein außerordentlich reichhaltiges und interessantes Material über die Entwicklung und die Bedingungen der Frauenarbeit in den verschiedenen Ländern und zeigt die Versäumnisse und Fehler der meisten Parteien in bezug auf die Frauenarbeit auf.

Die Artikel von Safarow „Die Weltwirtschaftskrise und der weitere revolutionäre Aufschwung in den Kolonien“ und Katayama „Japan im Bannkreis der Weltwirtschaftskrise“ ergänzen die Untersuchungen in der vorhergehenden Heften 1 bis 5 über die Bedingungen und die Struktur der sich verschärfenden Weltwirtschaftskrise und des neuen revolutionären Aufschwungs in der ganzen Welt. Sehr eingehend behandelt Safarow die Entwicklung in Indien.

Besonders wichtig sind in den vorliegenden Heften aber zwei Gruppen von Artikeln, die sich mit grundlegenden taktischen und politischen Problemen befassen. Das ist einmal die Frage der Parlamentsarbeit, zum anderen die Frage des Faschismus. Die tiefgehenden Auseinandersetzungen der

kommunistischen Parteien mit dem rechten Opportunismus in Theorie und Praxis hat auch die Frage der revolutionären Parlamentsarbeit erneut und verschärft aufgeworfen; gerade hier haben sich ja, vor allem in den westeuropäischen Parteien, die sozialdemokratischen Traditionen besonders hartnäckig erhalten. Der Artikel „Die Aufgaben des revolutionären Parlamentarismus“ betont die revolutionäre Rolle der kommunistischen Parlamentarier als Massenagitatoren und -organisatoren. Besonders wird betont, daß diese Rolle mit dem Faschisierungsprozeß, mit dem Absterben der Demokratie, nicht an Bedeutung verliert, sondern immer größer und wichtiger wird. Die kommunistischen Parlamentarier haben gerade in der Illegalität eine gewaltige Aufgabe, weil sie die beste Möglichkeit haben, offen zu großen Massen zu sprechen, durch Reisen das Leben und die Stimmungen der Massen kennenzulernen, „Fanfarenbläser einerseits und Kundschafter andererseits“ (Lenin) zu sein, wenn der Partei die legalen Möglichkeiten, zu den Massen zu sprechen, immer mehr beschnitten werden. Ein wichtiges Problem unserer Stellung zum Parlament, zum Staat ist auch die dringend vor der gesamten Internationale stehende bolschewistische Wendung in der Kommunalarbeit, die bisher eine der stärksten Festungen des Opportunismus. Dieses Problem wird in dem Artikel „Für eine bolschewistische Kommunalarbeit!“ grundsätzlich behandelt, Gerade die letzten Ereignisse in den verschiedenen Städten Deutschlands (Berlin, Solingen usw.) haben mit besonderer Dringlichkeit die Notwendigkeit einer schnellen Wendung in dieser Frage gezeigt. Auch die Kommunen sind Teile des Staatsapparates der Bourgeoisie, sie können in unseren Händen daher keine Waffe gegen den kapitalistischen Staat sein, wir müssen in ihnen genau so unsere [351] Zersetzungsarbeit treiben, wie wir es im Staat überhaupt zu tun verpflichtet sind. Erringen wir in den Kommunalparlamenten die Mehrheit, gelingt es, Kommunisten zu Bürgermeistern zu wählen, so müssen diese Positionen dazu benutzt werden, die revolutionäre Organisation der Massen energisch weiterzutreiben, eine Kommunalpolitik lediglich am Interesse der werktätigen Massen und unter ihrer Kontrolle zu treiben. Dafür werden eine Reihe von Anregungen und Richtlinien gegeben. Besonders wird auf die richtige Auswahl der Kommunalvertreter hingewiesen. Mit der Aufstellung der Kandidatenlisten von oben muß endgültig gebrochen werden, die Kandidaten müssen in Betriebs- usw. Versammlungen aufgestellt werden, es darf hierbei auch nicht danach gegangen werden, wie große kommunalpolitische Erfahrungen der oder jener besitzt, entscheidend ist, wie es bereits vom 2. Weltkongreß festgelegt wurde, die revolutionäre Erfahrung dieser Vertreter, ihre bolschewistische Festigkeit und die engste Verbindung mit den Massen, damit sie wirklich revolutionäre Vertreter der Interessen der breiten werktätigen Massen sein können.

Von den Artikeln über den Faschismus heben wir als besonders wichtig und interessant die Artikel der Genossen Martynow und Gerber hervor. Martynow unternimmt in seinem Artikel „Der verfaulende Kapitalismus und die Faschisierung des bürgerlichen Staates“ den vom Standpunkt der Weiterentwicklung der leninistischen Theorie des Imperialismus und der Revolution sehr interessanten Versuch, die Struktur und Eigenart des Faschisierungsprozesses sowohl international wie auch national aus den Entwicklungsbedingungen des Imperialismus, des Monopolkapitalismus konkret abzuleiten. Sehr interessant scheint uns dabei der Gesichtspunkt zu sein, daß der Monopolkapitalismus bei seinem Auftreten bereits die Keime der faschistischen Wandlung der kapitalistischen Staatsform in sich trägt, die sich in seinem weiteren Verlauf immer mehr entfalten. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn dieser Gedanke weiter ausgeführt und für die einzelnen Länder konkretisiert wurde, da unseres Erachtens damit die Konkretisierung der Arbeit der einzelnen Parteien gefördert werden kann. Martynow macht selbst schon den Versuch, in knapper Skizze die Ungleichmäßigkeit und Gegensätzlichkeit des Faschisierungsprozesses zu umreißen. Ein Beispiel, wie solche Untersuchungen für einzelne Länder konkretisiert werden können, zeigt der Artikel des Genossen Gerber „Ueber die jüngste Entwicklung der Bedingungen des Kampfes gegen die faschistische Diktatur in Deutschland“, der verrucht, den Stand des Faschisierungsprozesses im gegenwärtigen Moment in Deutschland festzustellen und eingehend seine besonderen Formen, seine Perspektiven und die Aufgaben, die Fortschritte und Mängel der Arbeit der KPD behandelt. Gerade im Augenblick ist dieser Artikel besonders aktuell und wichtig, da er auf eine Reihe von Streitfragen bei der gegenwärtigen Diskussion mit den linken Opportunisten, insbesondere über die Rolle der SPD bei der Regierungsneubildung, eine unseres Erachtens wichtige und erschöpfende Antwort gibt.

Im Anschluß an den Artikel in Heft 8, „Die Aufgaben des Tages“, der die Ergebnisse der letzten Tagung des erweiterten Präsidiums des EKKI behandelt, ist ein großer Teil der Aufsätze in den Heften 9 ff. den Problemen der einzelnen kommunistischen Parteien gewidmet. Wir finden in diesen Heften Artikel und Berichte über elf Länder, von denen Deutschland, England, Italien und die Tschechoslowakei besonders eingehende Behandlung finden. Diese ausführliche Information über die Tätigkeit, die Erfolge und Fehler der einzelnen kommunistischen Parteien ist durchaus zu begrüßen, da sie das politische und organisatorische Leben der einzelnen Parteien wie der Komintern als Ganzes – regelmäßig durchgeführt – sicher sehr fördern und stärken wird. Die Veröffentlichung der wichtigsten Teile dieser Berichte wird zweifellos die Selbstkritik und den Internationalismus der einzelnen kommunistischen Parteien in ihrer P r a x i s bedeutend beleben, zwei Aufgabengebiete, deren Bewältigung einen wichtigen Schritt zur Eroberung der Führung der Massen durch die Kommunistische Internationale in den revolutionären Kämpfen bedeutet.

Für die eine Partei mehr, für die andere weniger, ist die Ueberwindung des politischen sind organisatorischen Zurückbleibens hinter der Entwicklung der revolutionären Situation eine brennende Aufgabe. Für die große Mehrzahl der kommunistischen Parteien besteht noch immer die Gefahr, hinter dem revolutionären Aufschwung der Massen bedeutend zurückzubleiben. Nur durch konkreteste, offene, rücksichtslose Selbstkritik ist die schnelle und gründliche Ueberwindung dieser Fehler möglich. Besonders deutlich wird das vor allem an dem [352] Beispiel der kommunistischen Parteien von Italien, England, Griechenland, wo die Durchführung der Wendung zur Uebernahme der Führung der Massenkämpfe immer noch mehr oder weniger große Schwächen aufweist, die auf der Präsidiumstagung in voller Offenheit besprochen wurden. Eine andere Gruppe in der Reihe dieser Berichte und Artikel bilden die Länder, in denen die Kommunistische Partei noch in ganz ungenügendem Maße besteht, wo sie noch jung ist, aber zugleich sich außerordentlich verantwortungsvollen Aufgaben gegenübergestellt sieht, die eine Vervielfachung der Energie im Kampf um die Führung der Massen unausweichlich fordern: das gilt vor allem von Indien, worauf Genosse Safarow in seinem Artikel „Zwischen passivem Widerstand und Revolution“ nachdrücklich hinweist. Gerade im jetzigen Moment, wo sich die Massen in schnellem Tempo von Gandhi loslösen, hängt das organisierte Weitertreiben der indischen Revolution von der organisatorischen Kraft und Energie des indischen Proletariats und der indischen Kommunistischen Partei insbesondere ab. Wichtig ist auch der Artikel des Genossen Li über die Aufgaben der KP Chinas bei der Vorbereitung und Durchführung des 1. chinesischen Sowjetkongresses.

Mit Recht betont der Leitartikel in Heft 9/10 „Auf höherer Stufe“ daß die neue Stufe der Entwicklung eine entsprechende konkrete Umstellung der Arbeit der einzelnen Parteien verlangt, insbesondere gilt das auch für den Internationalismus der kommunistischen Parteien, der heute als praktische und nicht mehr vorwiegend propagandistische Aufgabe vor den Parteien steht. Nicht nur zwingt die internationale Verflechtung des revolutionären Aufschwungs in den einzelnen Ländern dazu, darüber hinaus ist die Wendung zum praktischen Internationalismus eine um so dringlichere, unmittelbar praktische Aufgabe, als mit dem Fortschreiten des revolutionären Aufschwunges die sehr viel stärkere Notwendigkeit der Konkretisierung und Differenzierung der Taktik der einzelnen Parteien entsprechend der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung die p r a k t i s c h e Betonung und Herausarbeitung des o b j e k t i v e n, i n t e r n a t i o n a l e n Z u s a m m e n h a n g e s der Entwicklung in den einzelnen Ländern, die Auseinandersetzung der einzelnen Parteien mit den Problemen der Bruderparteien, die auch ihre Probleme sind, erfordert. Daher haben auch von diesem Gesichtspunkt aus die Artikel und Berichte, von denen hier die Rede war, für alle Parteien eine größere Bedeutung als früher und müssen auch unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden.

In den besprochenen Heften werden dann noch spezielle Themen behandelt, insbesondere wird der Frage der Landarbeit, der Taktik gegenüber der Bauernschaft eine erhöhte Beachtung geschenkt. Die Entwicklung der internationalen Agrarkrise, die auch in Heft 12/13 in einem Artikel des Genossen Varga vor allem nach der ökonomischen Seite hin untersucht wird, wenn diese Untersuchung auch tu. E. hätte konkreter gestaltet werden können, macht eine bedeutende Verstärkung der kommunistischen Arbeit auf dem Lande unbedingt notwendig. Dabei tauchen naturgemäß eine ganze Reihe

wichtiger taktischer Probleme auf, insbesondere gilt es auch hier, einen energischen Kampf gegen alle opportunistischen Tendenzen und Forderungen zu führen, da die Gewinnung der werktätigen Bauern von entscheidender Bedeutung für die Vorbereitung und Durchführung der Revolution ist. Im Zusammenhang mit der durch das Internationale Agrarinstitut in Moskau angeregten Diskussion werden in Heft 14 in drei Aufsätzen die wichtigsten taktischen Probleme besprochen, insbesondere durch den Genossen Gold in seinem Artikel „Die kommunistischen Parteien und die Arbeit unter der Bauernschaft“, wo auf eine Reihe von Fehlern in der Aufstellung der Forderungen für die werktätigen Bauern hingewiesen wird.

Schließlich seien noch einige Artikel erwähnt, die sich mit der politischen und ökonomischen Lage des Kapitalismus beschäftigen, vor allem der Artikel über die Londoner Flottenkonferenz, Heft 12/13, und in Heft 9/10 ein sehr instruktiver Artikel über „Die Partei des Vereinigten Imperiums“, der eine sehr gute, wenn auch nur knappe Darstellung der Entwicklung des englischen Imperialismus in den letzten drei Jahrzehnten gibt. F. B.

[353]

Die Internationale
13. Jahrgang * Berlin, 15. Juni 1930 * Heft 12

Krise und Kriegsgefahr

Die Entwicklung des letzten Jahres bedeutet eine ungeheure Verschärfung der Kriegsgefahr. Alle inneren und äußeren Widersprüche des Kapitalismus sind durch die umfassende Weltwirtschaftskrise verbreitert und vertieft worden. Die Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten hat auch die letzte Hoffnung aller Prediger des „organisierten Kapitalismus“ zerschlagen und damit zugleich das betrügerische sozialfaschistische Geschwätz von der friedlichen Entwicklung des Kapitalismus erledigt.

In derselben Zeit wurden auf dem Territorium der Sowjetunion gewaltige Siege beim sozialistischen Aufbau errungen. Die Ergebnisse des vergangenen Wirtschaftsjahres und der ersten Hälfte des netten Wirtschaftsjahres beweisen nicht nur, daß der Fünfjahrplan keine Utopie ist, sondern daß entscheidende Teile dieses Fünfjahrplanes bereits in zwei und drei Jahren durchgeführt sein werden, und daß der Gesamtplan nicht in fünf sondern in vier Jahren vollendet sein wird. Das gewaltigste Ereignis aber ist die Gewinnung der Massen der armen und mittleren Bauernschaft für die Kollektivwirtschaft und die dadurch ermöglichte radikale Vernichtung des sowjetfeindlichen Kulakenelements. Diese Entwicklung im gigantischen Maßstabe sichert nicht nur das Brot für die Städte, sie beseitigt den tiefen uralten Gegensatz zwischen Stadt und Land, sie zerstört die letzten Wurzeln, aus denen das kapitalistische Element in der Sowjetunion neue Kraft hätte saugen können.

Die Kapitalisten in der ganzen Welt begreifen sehr gut die ungeheure Drohung, die diese Entwicklung der Sowjetunion angesichts der Zerfallserscheinung in ihrer eigenen Welt für sie bedeutet. „Wehe Europa, wenn der Fünfjahrplan gelingt“, schrieb der Berichterstatter der „Kölnischen Zeitung“. Wehe uns, wenn die sozialistische Sowjetunion lebt, so denken alle Kapitalisten in der ganzen Welt, heute nach einem Jahr einer ganz entgegengesetzten Entwicklung hier und dort, hier aufwärts und dort abwärts, klarer und entschlossener als je vorher.

*

Eine unmittelbare Folge der Wirtschaftskrise ist eine außerordentliche Verschärfung des imperialistischen Kampfes auf wirtschaftlichem Gebiet. Der Kampf um die Absatzmärkte wird mit den stärksten Mitteln des Zollkriegs geführt. Jede nationale kapitalistische Wirtschaft versucht, sich zunächst den eigenen inneren Markt möglichst restlos durch unüberschreitbare Zollmauern zu sichern. In fast allen kapitalistischen Ländern wurden im vergangenen .Jahr die Zollschranken verstärkt, am umfassendsten in den Ver-[354]einigten Staaten von Amerika. Trotz des Protestes von 30 Staaten hat das „Weiße Haus“ in Washington die große Zollerhöhung beschlossen, um den Versuch zu machen, die Krisenwirkungen abzuschwächen und sie auf andere Länder abzuleiten. Denn hohe Zölle bedeuten ja nicht nur eine Sicherung des eigenen inneren Marktes, sondern auch ein Rüstungsinstrument im Kampf um die Weltmärkte. Die Zölle, die eine Erhöhung der Preise im Inland, eine Belastung der Konsumenten, d. h. in erster Linie der Arbeiter bedeuten, ermöglichen ein Preisdumping im Ausland, also eine Verbesserung der Kampfbedingungen beim Kampf um den Weltmarkt.

Der stärkste Konkurrent des Imperialismus der Vereinigten Staaten, der englische Imperialismus, versucht, sich gegen das wachsende Vordringen seines Gegners zur Wehr zu setzen. England, das längst kein Freihandelsland mehr ist, soll durch ein umfassendes Hochschutzzollsystem kampffähiger gemacht werden in der Abwehr wie im Angriff gegen seine Konkurrenten. Hochschutzzoll und „Ausbau des Imperiums“, das sind heute die Losungen, von deren Verwirklichung das englische Finanzkapital eine Rettung aus der Krise erwartet. Nicht nur die englischen Konservativen sind heute für Hochschutzzoll, sondern auch die Liberalen. Erst vor wenigen Tagen gaben die Vertreter der englischen Großbanken, die bisher stärksten Stützen im Kampf gegen die Agrarzölle, eine Erklärung für das Hochschutzzollsystem ab. Es ist selbstverständlich, daß sich die gehorsamen Lakaien des englischen Finanzkapitals, die englischen Sozialfaschisten, beeilen, sich ihrerseits den

Wünschen ihrer Herren gefällig zu zeigen: auch der Wirtschaftsrat der englischen Gewerkschaften stimmt in einer Resolution dem Hochschutzzoll zu.

Die Einführung des Hochschutzzolls wird die Krise der englischen Industrie nicht beseitigen. Das andere Mittel, der Zusammenschluß des englischen Imperiums zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet, wird wohl kaum anwendbar sein. Das englische Finanzkapital ist heute schon nicht mehr imstande, ein solches Problem wie die „wirtschaftliche Einheit des Imperiums“ zu lösen. Kann man annehmen, daß das mit dem amerikanischen aufs engste verbundene Finanzkapital in Kanada gezwungen werden kann, sich in eine Zollunion mit Großbritannien im Wirtschaftskampf gegen die Vereinigten Staaten einzugliedern? Oder kann man glauben, daß das amerikanische Finanzkapital auch nur für eine ganz kurze Frist einen solchen Zustand dulden könnte? Der amerikanische Imperialismus ist heute stark genug, um in mittel- und südamerikanischen Staaten in der oder jener Form seine politische Vorherrschaft aufzurichten und unbequeme Konkurrenten auszuschalten. Das imperialistische Großbritannien aber ist zu schwach, um heute eine solche Aufgabe wie die wirtschaftliche Einheit des Imperiums verwirklichen zu können.

Aber die furchtbare Krise der Industrie Großbritanniens, die allmähliche Loslösung der Dominions vom Mutterland, die revolutionären Vorgänge in den Kolonien zwingen die englische Bourgeoisie zu verzweifelten Schritten, die mit Notwendigkeit zu einem neuen imperialistischen Krieg führen müssen.

*

Die Beziehungen der kapitalistischen Staaten in Europa untereinander werden in einem hohen Maße beeinflußt durch den italienisch-französischen Gegensatz. Dieser Gegensatz hat durch die gegenwärtige Krise eine neue außerordentliche Verschärfung erfahren. [355] Wenn es auf tönende Phrasen ankäme, dann gäbe es in Italien keine Wirtschaftskrise. Aber die faschistischen Phrasen haben weder eine ungeheure Erwerbslosigkeit noch den Marasmus ganzer Industrien, noch die Verelendung großer Massen der Bauernschaft verhindern können. Unter dem Druck dieser wirtschaftlichen Krise entwickelt sich unter der Oberfläche die politische Krise des italienischen Faschismus, der als einzigen Ausweg die imperialistische Expansion sieht. Diese Expansion ist nur auf Kosten der Vasallen des französischen Imperialismus oder des französischen Kolonialreichs möglich. Je stärker die Wirtschaftskrise und damit auch die politische Krise wird, um so stärker wird auch der Drang nach Expansion, d. h. die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges. Sowohl der französische wie der italienische Imperialismus bereiten sich fieberhaft auf diesen neuen Krieg vor. Jeder von ihnen macht die größte Anstrengung, um eine Neugruppierung des politischen und militärischen Bündnissystems in Europa herbeizuführen. Mussolini versucht, die besiegten Staaten zu gewinnen damit, daß er gegen die Friedensverträge auftritt; er versucht gleichzeitig eine führende Rolle bei den faschistischen Staaten zu spielen. So streckt er seine Hand nach Deutschland wie nach Polen.

Das imperialistische Frankreich versucht, seine Vasallen fester zu binden und vor allem Deutschland in seine Front hineinzuziehen mit der Losung „Pan-Europa“. Die „Grundidee“ dieses Paneuropa-Planes ist die Sammlung des schwachen, in Zerfall begriffenen kapitalistischen Kontinental-Europa gegen die ökonomische Uebermacht der Vereinigten Staaten, gegen das englische Imperium und vor allem gegen die sozialistische Sowjetunion.

Was den ökonomischen Zusammenschluß der kapitalistischen Staaten Kontinentaleuropas anbetrifft, so ist der Paneuropa-Plan von vornherein aussichtslos, und das französische Finanzkapital, das hinter dieser Losung steht, wird sich darüber kaum irgendwelche Illusionen machen. Als Briand zum ersten Male den „Plan“ entwickelt hat, da war es Stresemann, der Exponent des deutschen Finanzkapitals, der Briand sekundierte. Die Väter der Theorie des „Organisierten Kapitalismus“ triumphierten. Inzwischen aber wurden in Deutschland von der sozialfaschistischen wie von der Bürgerblockregierung neue unerhört hohe Zollmauern errichtet, und dieser Prozeß dürfte kaum abgeschlossen sein.

Wie sehr sich zwischen den europäischen kapitalistischen Staaten, die angeblich zunächst wirtschaftlich zu einem Paneuropa zusammengeschlossen werden sollen, die wirtschaftlichen Gegensätze vertiefen, dafür bietet das Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich ein Beispiel. Die „Stammesverwandtschaft“ und das Geschrei von der „brüderlichen Zusammengehörigkeit“

verhindert nicht die fortschreitende Zuspitzung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern.

Was bezweckt nun die Paneuropa-Kampagne des französischen Imperialismus wirklich? Erstens die Festigung der französischen Hegemonie in Kontinentaleuropa, den festeren Zusammenschluß der französischen Vasallen, den Anschluß Deutschlands an dieses Bündnissystem, das im scharfen imperialistischen Gegensatz sowohl zu England als auch zu den Vereinigten Staaten stehen wird. Zweitens versucht das französische Finanzkapital eine möglichst weitgehende Isolierung des italienischen aggressiven Imperialismus zu erreichen. Drittens und hauptsächlich bedeutet der Paneuropa-Plan – der Weltreisende in dieser Branche Graf Coudenhove-Kalergi und der bekannte Kali-Großindustrielle Rechberg in Deutschland haben das ganz [356] offen ausgesprochen – den Versuch der vorübergehenden Ueberbrückung der Gegensätze zwischen den europäischen kapitalistischen Staaten zur Herstellung der einheitlichen ökonomischen, politischen und militärischen Front gegen die Sowjetunion.

Die Paneuropa-Kampagne des französischen Imperialismus, die besonders von den sozialfaschistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands unterstützt wird, ist in erster Linie eine Kampagne zur Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion.

*

Wo steht in dieser rapiden Entwicklung zu neuen Kriegen das imperialistische Deutschland?

Die wirtschaftliche und politische Offensive gegen die deutsche Arbeiterschaft ist gleichzeitig eine Maßnahme zur Verstärkung der imperialistischen Aktivität nach außen. Das imperialistische Deutschland versucht, aus der Isolierung herauszukommen, in der es bei den Haager Verhandlungen noch steckte. Die gewaltige Verschärfung der imperialistischen Gegensätze und Konflikte (England–Vereinigte Staaten, England–Frankreich, Frankreich–Italien) schafft die Möglichkeit, den Anschluß an ein Bündnissystem sich besser bezahlen zu lassen, als das früher möglich war. Deshalb bemerkt man gegenwärtig ein gewisses Liebäugeln mit Italien. Deshalb hat man die irrsinnige Hetzkampagne, die im Frühjahr von der gesamten deutschen Pressemeute gegen die Sowjetunion durchgeführt worden ist, etwas gedämpft und sich den Anschein gegeben, als wolle man die Politik der Provokationen gegen die Sowjetunion aufgeben.

Eine wirkliche Aenderung der deutschen Außenpolitik bedeutet weder das Liebäugeln mit Italien, noch die vorübergehenden Gesten einer etwas korrekteren Beziehung zur Sowjetunion. Das deutsche Finanzkapital macht einige Manöver, sehr durchsichtige Manöver, um einen möglichst hohen Preis für seinen Anschluß an das französische Bündnissystem zu erhalten. In Wirklichkeit ist man klarer als jemals zuvor entschlossen, mit jeder Mächtegruppierung an dem Krieg gegen die Sowjetunion teilzunehmen. Wie das deutsche Finanzkapital denkt, das zeigt ein Artikel des Außenpolitikers der „Deutschen Allgemeinen Zeitung, die mit der gegenwärtigen Regierung Brüning besonders gute Beziehungen unterhält. In diesem Artikel vom 9. Juli heißt es:

„Unter diesen Umständen sind die politischen Illusionen, die in der Aera Brockdorff-Rantzau die deutsche Politik zu kostspieligen Experimenten verführten, heute infolge des russischen Verhaltens erheblich abgedämpft. Wohl sollen wir Deutsche im Rahmen des rentablen Geschäftes uns an wirtschaftlichen Lieferungen und Leistungen in Rußland beteiligen, wie dies auch die Engländer tun und sogar die Amerikaner, die sich bisher standhaft geweigert haben, den Sowjetstaat politisch anzuerkennen. Nur dürfen wir nicht für wirtschaftliche Leistungen politische Erfolge erwarten und dürfen eine solidarische Weltpolitik zwischen Deutschland und Rußland erst erhoffen in einer Zeit, in der in Moskau nicht mehr eine Regierung sitzt, die im Herzen auch für Deutschland den Sieg der Dritten Internationale erstrebt.“

Diese Sprache ist offen genug, das imperialistische Deutschland setzt seine Hoffnungen auf den Sturz der Sowjetmacht. Hinter diesem Willen des deutschen Finanzkapitals, sich am Kriege zur Vernichtung der Sowjetmacht zu beteiligen, verblassen auch die deutsch-polnischen

Gegensätze. Wie ernsthaft der [357] französische Imperialismus an einem deutsch-polnischen Ausgleich arbeitet, das zeigt ein Artikel des Außenpolitikers des „Matin“, Sauerwein, dessen Artikel meist offiziösen Charakter haben. In diesem Artikel sprach Sauerwein bereits von der Rückgabe des Danziger Korridors an Deutschland. Sowohl in Deutschland wie in Frankreich sind ausschlaggebende Kräfte des Finanzkapitals an der Arbeit, die Voraussetzungen für ein engeres Zusammengehen zwischen den beiden Mächten zu schaffen. Die Vorbereitung dieses Bündnisses wird mit einer Flut pazifistischer Phrasen bekleidet; aber es wird, wenn es zustande kommt, den Krieg bedeuten, den Krieg gegen die Sowjetunion.

Das imperialistische Deutschland bereitet sich entschlossen auf diesen Krieg vor. Auf die innerpolitischen Kriegsrüstungen haben wir bereits hingewiesen. Wie ernst die militärisch technische Kriegsvorbereitung behandelt wird, das zeigt die Tatsache, daß in dem Jahr einer ungeheuren Wirtschaftskrise, der permanenten Krise der Reichsfinanzen, des Abbaus der Sozialpolitik, neuer gewaltiger Massensteuern und Zölle, von den Ausgaben für die Kriegsrüstungen kein Pfennig gestrichen wurde, daß im Gegenteil die offenen und verschleierten Ausgaben für diese Zwecke beträchtlich erhöht wurden.

*

Hand in Hand mit der Vertiefung der imperialistischen Gegensätze sind der Verstärkung der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion geht in den kapitalistischen Staaten eine stürmische Entwicklung zum Faschismus. Jugoslawien, Rumänien, Oesterreich, Finnland, sind im letzten Jahr zu den Ländern hinzugetreten, in denen die blutige faschistische Diktatur zur Unterdrückung des revolutionären Proletariats und der armen Bauernschaft wütet. Gleichzeitig entstehen in allen kapitalistischen Ländern neue faschistische Organisationen, oder es wachsen die alten Organisationen bei großzügiger finanzieller Unterstützung durch das Finanzkapital. Die faschistischen Methoden der Unterdrückung werden immer brutaler und das Finanzkapital auch der entwickelten kapitalistischen Ländern ist entschlossen, zur offenen faschistischen Diktatur überzugehen. Die Regierung Brüning in Deutschland z. B. ist ein ernster Schritt des Uebergangs von der demokratischen Regierungsform mit faschistischen Methoden zur offenen faschistischen Diktatur. Eine ähnliche Entwicklung sehen wir in Frankreich und in der Tschechei.

Die gewaltige Krise des Kapitalismus verschärft nicht nur die imperialistischen Gegensätze, sie entwickelt gleichzeitig die Spannungen und Gegensätze innerhalb der einzelnen kapitalistischen Staaten. Die Wirtschaftskrise mit ihrer brutalen Offensive gegen die Arbeiterschaft beschleunigt den Radikalisierungsprozeß innerhalb der Arbeiterschaft. Er verstärkt damit auch den Einfluß des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion auf die Arbeiterschaft, d. h. der Gegensatz zwischen der sozialistischen Sowjetunion und der gesamten kapitalistischen Welt wird gerade infolge der Krise außerordentlich vertieft.

Dieser Prozeß wird durch die Vorgänge in den Kolonialgebieten noch beschleunigt. Die Errichtung der Sowjetmacht auf immer größeren Teilen des chinesischen Territoriums, der Vormarsch der chinesischen roten Armeen, die gewaltigen Kämpfe der indischen Arbeiter und armen Bauern gegen [358] den englischen Imperialismus und bereits gegen die eigene verräterische Bourgeoisie, das Wachsen der revolutionären Bewegung in den Lateinamerikanischen Staaten und in Afrika sind Zeichen für die Zersetzung des Kapitalismus und für die Erschütterung ihrer Macht in den unterdrückten Ländern.

Nichts wäre verkehrter als die Annahme, daß die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und England die Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion abschwächt. Richtig ist, daß im vergangenen Frühjahr diese Gefahr bis zur akuten Zuspitzung sich gesteigert hatte, wobei das imperialistische Frankreich die Führung hatte. Dieser Vorrang des französischen Imperialismus bei der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion ist nicht das Ergebnis einer Aenderung der englischen Außenpolitik seit der zweiten MacDonald-Regierung. Die zweite sozialfaschistische Internationale steht an der Spitze der ideologischen Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion. Außerdem könnte die Labour Partei keine zwei Stunden regieren, ohne in der Außenpolitik peinlichst die Aufträge des englischen Finanzkapitals auszuführen.

Die MacDonald-Regierung hat das in Palästina, in Aegypten, in Indien und im Haag sehr gut bewiesen, Die Rolle der Labour Partei für die englische Bourgeoisie ist die, eine Atempause gegenüber dem amerikanischen Imperialismus zu erlangen, gerade auch mit dem Ziel, für den Krieg gegen die Sowjetunion die Hände frei zu bekommen. Das englische Finanzkapital wird wahrscheinlich schon sehr bald, mit oder ohne Labour-Regierung, zu neuen Provokationen gegen die Sowjetunion ausholen, es wird das Tempo der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion beschleunigen. Sowohl die unerträgliche Verelendung und die Radikalisierung des englischen Proletariats im Gefolge der sich rasch vertiefenden Wirtschaftskrise als die revolutionäre Entwicklung im englischen Kolonialreich werden sehr rasch diese neue Wendung herbeiführen.

Die Massenvorbereitung darauf bricht in England nicht ab. Die vom römischen Papst eingeleitete Kreuzzugskampagne fand nirgends ein so lebhaftes Echo wie in dem protestantischen England. Es war eine ideologische Massenmobilisierung fast wie in den Julitagen 1914.

Mit welchen Mitteln der ideologischen Mobilmachung im Falle des Krieges gegen die Sowjetunion vorgegangen wird, das zeigte uns die Kirchenkampagne und die Kutjepow-Affäre. Wir müssen viel stärker als seither und gerade in diesen Augusttagen versuchen, die Arbeitermassen zu mobilisieren gegen das starke Gift der Lüge und Gemeinheit, die alles übertreffen werden, was selbst im Weltkrieg an Lüge und ideologischer Vergiftung geleistet worden ist.

In dem oben angeführten Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird Sowjetrußland ein „Unruheherd“ genannt, der jederzeit Anlaß zu Konflikten geben könne. Wir wissen – der Genosse Stalin hat in seiner Rede auf dem XVI. Parteitag der bolschewistischen Partei das mit besonderer Schärfe betont –, daß die Sowjetunion eine konsequente Politik des Friedens durchführe. Die Sowjetunion befindet sich mitten in einem gigantischen Aufbau von welthistorischer Bedeutung. Die Sowjetunion möchte dieses ungeheure Werk ungestört durch Kriege durchführen.

Tatsächlich ist im Osten ein Unruheherd; aber er wird geschaffen von den Vasallen der großen imperialistischen Mächte, die genau wie die deutsche Bourgeoisie die Vernichtung der Sowjetunion herbeiführen [359] wollen. Diese Vasallenstaaten, vor allem Polen, befinden sich in einem Zustand der größten wirtschaftlichen Zersetzung. Immer elementarer wird die Auflehnung der verelendeten und gewaltsam unterdrückten Massen der Arbeiter und armen Bauern gegen die morschen faschistischen Regierungen, die im Krieg den einzigen Ausweg für ihre Rettung erblicken.

Wirtschaftskrieg gegen die Sowjetunion, Bombenattentate gegen die Sowjetgesandtschaften, großzügige Unterstützung der weißen Emigranten, Grenzverletzung, faschistische Diktatur in Finnland, faschistische Diktatur in Rumänien, Einschwenken Schwedens in die von Polen geführte Balkanfront gegen die Sowjetunion trotz des alten polnisch-schwedischen Antagonismus, das zeigt, wie weit die Entwicklung gediehen ist, wie ungeheuer groß und drohend die Kriegsgefahr vor uns steht.

*

Die internationale revolutionäre Arbeiterklasse demonstriert am 1. August nicht nur gegen den herannahenden Weltkrieg, für die Verteidigung der Sowjetunion, sie demonstriert zugleich für die Verteidigung ihrer eigenen Existenz. Sie muß dies tun, weil die Bourgeoisie aller Länder die Lasten der Krise auf die Arbeiterklasse abzuwälzen versucht. In Deutschland selbst – wie auch in anderen Ländern – geht die Arbeiterklasse zum Angriff über. Kampf gegen die Lasten aus dem Youngplan; Lohnraub gegen die neuen Massenbelastungen durch Erhöhung der indirekten Steuern und Zölle; Kampf gegen die Verkürzung der schon jetzt unzureichenden sozialen Versicherung, gegen die Verteuerung der Lebensmittel.

Eine der entscheidendsten Aufgaben der deutschen Arbeiterklasse, die im engsten Zusammenhang mit der Kriegsgefahr wie auch mit dem Herannahen der neuen revolutionären Welle steht, ist darum die Bildung der Einheitsfront der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen gegen den Youngplan, gegen den Unterstützungsabbau, gegen Faschismus und Sozialfaschismus. Zertrümmerung

des sozialfaschistischen Einflusses auf die Arbeiterklasse, Gewinnung der Mehrheit ihrer entscheidenden Teile, sowie ideologischer, politischer und wehrhafter Massenkampf gegen die wachsende faschistische Welle. Das erfordert die Stunde von der revolutionären Arbeiterschaft.

Die Arbeiterklasse weiß zugleich, daß der ständige Kampf gegen die Kriegsgefahr, wie auch gegen Lohnraub und Unterstützungsabbau den unversöhnlichsten und schärfsten Kampf vor allem gegen die sozialfaschistische II. Internationale und ihre nationalen Sektionen und besonders gegen ihren linken Flügel einschließt. Die Arbeiterklasse weiß zugleich, daß nur unter Führung der Kommunistischen Partei die Tageskämpfe der Arbeiterklasse siegreich durchgeführt werden können, sie weiß, daß sie nur unter ihrer Führung einen wirksamen Kampf gegen den imperialistischen Krieg und für den Schutz der Sowjetunion führen kann, daß nur unter ihrer Leitung das revolutionäre Endziel der Klasse, die Errichtung des Sozialismus – so wie in der Sowjetunion – erkämpft werden kann. [360]

Die deutsche Finanzpolitik in der Krise

Von Th. Neubauer

1. Wirtschaftskrise – Finanzkrise – Regierungskrise

Im Dezember 1929 brach die erste Krise der Reichsregierung aus; der Reichsfinanzminister Hilferding wurde gestürzt;

im März stand das Müller-Kabinett der Großen Koalition zum zweiten Male in der Krise; das ganze Kabinett wurde gestürzt;

Ende Mai stand das neue Bürgerblockkabinett Brüning schon wieder in einer Krise; es rettete sich unter Preisgabe des Finanzministers Moldenhauer.

Diese dreimalige Krise der Reichsregierung wurde stets veranlaßt durch die Krise der Reichsfinanzen; aber die Finanzkrise des Reiches wiederum ging zurück auf die Wirtschaftskrise. Man muß diesen Zusammenhang hervorheben, weil er von der Bourgeoisie lange Monate nicht erkannt, dann aber vertuscht worden ist.

Im Oktober 1929 erfolgte der erste katastrophale Zusammenbruch der Neuyorker Börsenkurse, der sich mehr oder minder stark auf alle kapitalistischen Länder auswirkte. Er hätte für die Bourgeoisie ein Warnungssignal vor der hereinbrechenden Krise sein können. Doch die wirtschaftlichen und politischen Führer der Bourgeoisie erkannten den wahren Sinn dieser Vorgänge nicht, weder in den USA. noch in den anderen Ländern.

In Deutschland hatte sich schon seit dem Sommer 1929 die Wirtschaftslage mehr und mehr verschlechtert. Bereits im August lagen die Arbeitslosenziffern um 300.000 höher als in demselben Monat des Vorjahres. Bis zum Oktober betrug der Zugang an Erwerbslosen 290.000 (gegen 140.000 im Vorjahr); im November kamen abermals 474.000 (gegen 348.000 des Vorjahres) hinzu, und dies, obwohl die ungewöhnlich milde Witterung eine Ausdehnung der Saisonarbeit möglich gemacht hatte.

Die deutsche Bourgeoisie, weit entfernt, das Herannahen der Krise zu ahnen, führte alle ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf den einen Punkt zurück, von dem aus sie alle Uebel zu kurieren beabsichtigte: den Kapitalmangel. Die berühmte Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie „Aufstieg oder Niedergang?“ aus den ersten Tagen des Dezember steht vollkommen unter der Herrschaft dieses einen Schlagworts; über die herauf ziehenden Gewitterwolken der Krise kein Wort.

Die politischen Führer der deutschen Bourgeoisie waren nicht weniger weitblickend und scharfsichtig. Sie brachten es fertig, mit dem „Hilferding-Programm“ vom 12. Dezember der besitzenden Klasse Steuerermäßigungen in einer Höhe von rund zwei Milliarden zu verheißen, genau wie die Industriellen es gefordert hatten. Diese Großzügigkeit in Liebesgaben ist um so erstaunlicher, als gleichzeitig Hilferding zugeben mußte, daß er ein Defizit von 1700 Millionen zu decken hatte! Davon stammten 155 Millionen aus dem Fehlbetrag von 1928; der große Rest war also in dem einen Jahre 1929 aufgelaufen.

Die Deckung dachte sich Hilferding so, daß er von den 614 (er selbst schätzte damals 700) Millionen der Zahlungserleichterungen aus dem Young-Plan 464 Millionen zur Abdeckung der Fehlbeträge verwenden wollte; ferner wollte er durch Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um /2 Prozent das Reich um 150 Millionen entlasten; schließlich wollte er durch die mit dem Zündholzmonopol erkaufte Kreuger-Anleihe 500 Millionen Schulden konsolidieren, und den Rest [361] beabsichtigte er mit Schatzwechseln und mit Kontokorrentkrediten abzudecken. Zur Senkung der Besitzsteuern sollte der Restbetrag aus dem Young-Plan und die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer verwandt werden.

Das Schicksal dieser Hilferdingschen „Sanierung“ ist bekannt. Die große Leuchte der II. Internationale stürzte, weil Hilferding zum Ultimo Dezember einen Kredit von 450 Millionen benötigte, den ihm Schacht zunichte machte; damit wurde auch das ganze „Sanierungsprogramm“ zu den Akten gelegt – freilich erst, nachdem es durch Erhöhung der Tabaksteuer und der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung den werktätigen Massen 400 Millionen neue Lasten aufgebürdet hatte.

Im Februar 1930 hatte sich die Wirtschaftskrise so verschärft, daß die Arbeitslosenziffer die Rekordhöhe von 3½ Millionen erreichte. Die Ansprüche der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge waren dementsprechend gewachsen. Aber die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien und Kapitalsgruppen leierten noch die alten Sprüche aus der Aera Hilferding herunter; der Reichskanzler Müller erklärte am 12. März vor dem Reichstag:

„Die Rückkehr zu stabilen und stetigen Verhältnissen, die, wie wir bestimmt erwarten, eine Folge der Annahme des Neuen Plans sein wird, macht erst den Weg zu einer auf lange Sicht abgestellten finanz- und wirtschaftspolitischen Reform frei ...

... erklärt die Regierung erneut, daß Deutschlands Wirtschaft dringend der Entlastung bedarf, die zu dem frühest möglichen Zeitpunkt erfolgen muß. Die Kapitalbildung muß gefördert, die Ausgaben müssen soweit wie nur möglich, tatkräftig gesenkt werden ...

Das Problem der Erwerbslosigkeit, das heute auf der deutschen Wirtschaft so stark lastet, wird sich, wenn es nach Annahme des Neuen Plans gelingt, die Wirtschaft besser anzukurbeln, nicht so ungünstig auswirken, wie es zurzeit der Fall ist.“

Also der Wunderglaube in die allumfassenden „Segnungen“ des Young-Plans ersetzte noch im März die Erkenntnis der wirklichen Lage. Das ist wiederum um so erstaunlicher, als seit spätestens Februar feststand, daß die Erleichterungen aus dem Young-Plan nicht einmal ausreichen würden, den Fehlbetrag des Jahres 1929 abzudecken, und daß man für 1930 mit einem Defizit von über 700 Millionen rechnen mußte.

Ueber die Deckung dieses Defizits wurde das Müller-Kabinett am 27. März gestürzt. Die neue Bürgerblockregierung übernahm zunächst die von dem Koalitionskabinett ausgearbeiteten Steuergesetze, ergänzte sie in einigen Punkten und verschaffte sich so eine halbe Milliarde neuer Steuereinnahmen, wiederum ausschließlich als Belastung der Massen. Tatsächlich bildete sich der Finanzminister Moldenhauer ein, mit Hilfe der Aprilsteuern die Schwierigkeiten überwunden zu haben; er erklärte am 2. April vor dem Reichstag:

„Die Deckung des Haushalts 1930 ist in einer Weise erreicht, die, soweit überhaupt eine Voraussicht über die kommende Entwicklung möglich ist, zum erstenmal seit 1925 das Auftreten eines Fehlbetrags verhindert und damit das Fundament für eine Steuersenkung im Jahre 1931 schafft.“

Am 5. Juni mußte Moldenhauer den Bankrott seiner Weisheit eingestehen: er hatte bereits wieder ein Defizit von rund 500 Millionen zu decken! Die Wirtschaftskrise hatte abermals alle klugen Berechnungen des Finanzministeriums über den Haufen geworfen. Die Regierung Brüning legte ein neues Deckungsprogramm vor. Es erregte im Reiche einen solchen Sturm der Empörung, daß innerhalb des Bürgerblocks eine schwere Krise ausbrach. Die Regierung konnte nur dadurch ihren Sturz [362] vermeiden, daß sie den Finanzminister Moldenhauer als Sündenbock opferte.

Der neue Finanzminister Dietrich übernahm das Moldenhauer-Programm mit einigen Aenderungen, ergänzte es durch sozialdemokratische Vorschläge und legte es so dem Reichstag vor. Bei der Begründung ihrer neuen Vorlagen vor dem Reichsrat (am 28. Juni) äußerten sich der Reichskanzler und

sein Finanzminister zum erstenmal ausführlicher über die Wirtschaftskrise und ihre Einwirkungen auf die Finanzpolitik; Dr. Brüning führte aus:

Seine Regierung habe zunächst die Etatsschätzungen des Kabinetts Müller übernommen, die davon ausgingen, daß die Young-Anleihe sehr viel früher zustande kommen und unmittelbar einen erheblichen Wirtschaftsaufschwung namentlich in Deutschland mit sich bringen würde. Erst, als sich die Regierung der „Sanierung der Arbeitslosenversicherung“ zugewandt habe, sei sie zu einer anderen Beurteilung der Wirtschaftslage gekommen (also Ende April/Anfang Mai).

„Als sie (die Regierung. Der Verf.) heranging an die Aufgaben, die außerhalb der Deckungsvorlagen des April liegen, nämlich die finanzielle Sanierung der Arbeitslosenversicherung, wurde bei der Beurteilung der Wirtschaftslage klar, daß wir es nicht mit einer vorübergehenden Weltdepression zu tun haben, sondern daß wir vor wirtschaftlichen Erscheinungen stehen, wie sie in dieser Eigenart in den letzten Jahrzehnten nicht bestanden haben.

Als die Reichsregierung ihre internen Schätzungen aufstellte, herrschte noch ein gewisser Optimismus in den Vereinigten Staaten, auch bei den amtlichen Stellen. Es hat sich aber gezeigt, daß dieser Optimismus nicht begründet ist, daß vielmehr damit zu rechnen ist, daß namentlich in den Vereinigten Staaten die Arbeitslosigkeit und die Erschütterung der Wirtschaft sehr viel längere Zeit dauern wird, als vorher selbst die Pessimisten angenommen haben. Die Krise der Wirtschaft hat sich auf die ganze Welt ausgedehnt ...

Alles in allem möchte ich feststellen, daß wir es nicht mit einer normalen Krise zu tun haben, sondern mit einer Krise, die ungeheure Aufgaben auf allen Gebieten schafft, und deren Ueberwindung eine Lebensnotwendigkeit und Schicksalsfrage des deutschen Volkes ist.“

Vom Oktober 1929 bis zum Mai 1930, das heißt: sieben Monate hatte die deutsche Bourgeoisie gebraucht, um sich wenigstens über das Vorhandensein der Wirtschaftskrise klar zu werden! Wie weit sie jedoch auch im Juni 1930 noch entfernt war von der richtigen Einschätzung dieser Krise, insbesondere von der Erkenntnis ihrer Ursachen, das zeigen noch besser als die oben zitierten Ausführungen des Kanzlers die Vorschläge der Regierung zur Ueberwindung der Krise.

Die Junikrise des Brüning-Kabinetts ist die dritte Regierungskrise seit Dezember 1929! Sie war, entsprechend der verschärften Wirtschaftskrise, sehr viel schwerer als die vorhergegangenen; sie konnte auch nicht durch die Opferung des Finanzministers Moldenhauer und durch das neue Deckungsprogramm und seine Annahme aus der Welt geschafft werden. Das hat inzwischen sogar die Regierung begriffen; der neue Finanzminister Dietrich äußerte sich dazu in jener Sitzung des Reichsrats am 28. Juni:

„Wir werden unter schweren Schmerzen und Krämpfen die Maßnahmen nicht vermeiden können, welche erforderlich sind, damit wir unsere Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt behaupten. In diesem Falle gehen wir einen schweren Gang ...

Wir werden alles bekämpfen, was eine erneute Beunruhigung im Herbst fördern kann, und ich bin mit dem Kollegen Stegerwald (dem Reichsarbeitsminister. Der Verf.) einer Meinung, daß, wenn die Arbeitslosigkeit noch schlimmer wird, als sie heute ist, wir vor drakonischen Maßnahmen, zu sparen, nicht zurückschrecken dürfen.“

[363] Aber trotz dieser sehr trüben Perspektive begnügte sich die Regierung auch diesmal mit einer vorläufigen Finanz-„Sanierung“ und verschob die „endgültige“ Finanzreform auf den nächsten Herbst. Sie war zufrieden, wenn sie durch die neuen brutalen Maßnahmen gegen die werktätigen Massen: neue Massensteuern und Abbau der Sozialpolitik, die schlimmsten Löcher in ihrem Staatssäckel zustopfen konnte, und gestand, daß sie selbst die weitere Entwicklung gar nicht zu übersehen vermöge.

Wir haben die Entwicklung dieser Wirtschafts-, Finanz- und Regierungskrise so ausführlich dargestellt, weil sie, wie selten, den völligen Bankrott der ökonomischen und politischen Weisheit der herrschenden Klasse zeigt.

2. Die bürgerlich-sozialdemokratischen Rezepte zur Ueberwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise

Der wirkliche Grund der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise besteht darin, daß die, insbesondere durch die Rationalisierung, außerordentlich schnell und stark gestiegene Produktion an die Grenzen gestoßen ist, die ihr die Armut und die mangelnde Konsumfähigkeit der Massen setzen. Die Folge ist: Absatzstockung, Anwachsen der Läger, Abdrosselung der Produktion, Stillegungen und steigende Arbeitslosenziffern.

Für Deutschland kommt erschwerend hinzu, daß die Rationalisierung, die mit ungeheuren Aufwendungen durchgeführt wurde, bereits an den Schranken ihrer Möglichkeiten angekommen ist. Sie hat, wie das Institut für Konjunkturforschung feststellte, nicht weniger als zwei Millionen Arbeiter aus der Produktion ausgeschaltet. Die mit größten Anstrengungen erreichte Hebung der Ausfuhr geht unter den Wirkungen der Weltwirtschaftskrise zurück. Diese Krise der industriellen Produktion wird verschärft durch die schwere Agrarkrise, in der sich Deutschland seit der Stabilisierung befindet.

Wir haben schon im ersten Abschnitt gezeigt, wie wenig die deutsche Bourgeoisie die wirkliche Lage ihrer Wirtschaft erkannte. Unter der Generalparole „Ankurbelung der Wirtschaft“ förderten ihre ökonomischen und politischen Sachverständigen eine große Anzahl Rezepte zutage, mit deren Hilfe sie die wirtschaftliche Depression überwinden und dadurch auch die Finanzkrise beheben wollten.

1. Die Hoffnung auf den Young-Plan. Die Verheißung, daß der Young-Plan neben den Zahlungserleichterungen auch einen neuen fruchtbaren Kapitalzustrom nach Deutschland bringen und eine allgemeine Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit auslösen würde, hat vollkommen bankrott gemacht. Der Young-Plan wurde ratifiziert, die große BIZ-Anleihe wurde überzeichnet, aber irgendwelche belebenden Wirkungen in der deutschen Wirtschaft konnten auch die wildesten Young-Enthusiasten nicht aufweisen.

2. Das Heilmittel der verstärkten Kapitaleinfuhr. Noch in der Denkschrift der reformistischen Spitzenverbände vom 1. März 1930 „Wirtschaftslage–Kapitalbildung–Finanzen“ heißt es (Seite 33):

„Wirtschaftspolitisch vernünftig ist heute einzig und allein die Losung: verstärkte Kapitalbildung durch verstärkte Kapitaleinfuhr.“

3. Die „Ueberwindung der Kapitalflucht“. Die Tatsache ungeheuer umfangreicher Kapitalflucht aus Deutschland wurde von der deutschen Bourgeoisie lange verheimlicht oder gar abgestritten. Am 30. Mai 1930 mußte jedoch ein führendes Mitglied der Deutschen Volkspartei, Dr. Kremer, im Haushaltsausschuß des Reichtags zugegeben:

[364] „Das deutsche Geld fließt in der Hauptsache nach der Schweiz und Holland. Bei den Bankdirektoren der Schweiz wird der Auslandsanteil mit 80 Prozent angegeben. Das nach der Schweiz geflüchtete Kapital muß man mit mindestens 7,5 bis 8 Milliarden Mark veranschlagen.“

Man kann also, wenn man die Kapitalflucht nach Holland (etwa 3 bis 4 Milliarden) und anderen Ländern hinzufügt, damit rechnen, daß etwa 12 Milliarden deutsches Kapital ins Ausland geflüchtet sind.

Im Sommer 1929 machte der damalige Reichsfinanzminister Hilferding den Versuch, das geflüchtete Kapital durch Steuerfreiheit für Zeichnung der 500-Millionen-Reichsanleihe und Amnestie hereinzulocken; der Versuch scheiterte so kläglich, daß die Anleihe nur 178 Millionen erbrachte, die in der Hauptsache von den deutschen Großbanken gezeichnet waren.

In der Folgezeit suchte die Regierung dem Kapitalbesitz so günstige Bedingungen zu gewähren, daß er dadurch von der Kapitalflucht abgehalten würde, wie Senkung bzw. Beseitigung der Kapitalertragssteuer und der Kapitalverkehrssteuer (Hilferding, Moldenhauer), steuerliche Begünstigung der Investment Trusts (Moldenhauer), Steuerermäßigung für Kapitalreserven (Dietrich). Diese Steuersenkungen sind nichts anderes als Liebesgaben an die besitzende Klasse; den vorgegebenen Zweck, die Kapitalflucht zu überwinden, erfüllen sie nicht; denn was steuerliche Vergünstigungen anbetrifft,

so kann das mit einem ungeheuren imperialistischen Rüstzeug beschwerte kapitalistische Deutschland natürlich nicht konkurrieren mit dem Kanton Graubünden oder dem Fürstentum Lichtenstein, die solche Belastungen nicht haben.

4. „Beschaffung von billigem Geld“. Ebenso wie die bürgerlichen Nationalökonomen erwarteten auch die Sozialdemokraten eine große Hilfe zur „Ueberwindung der Krise“ von der Verbilligung des Leihkapitals, von der Senkung der Zinssätze. So heißt es noch in dem Programm der SPD vom 24. Juni:

„Der Diskontsatz der Reichsbank ist zu senken und damit auch auf die Ermäßigung der Zinsen für langfristige Kredite hinzuwirken.“

Tatsache aber ist, daß seit dem November 1929 in sieben Etappen der Diskontsatz der Reichsbank von 7,5 Prozent auf 4 Prozent gesenkt worden ist, daß gerade die gegenwärtige Wirtschaftskrise durch eine große Geldflüssigkeit ausgezeichnet ist, daß die Reichsbank mit Sorgen den ständigen Rückgang ihrer Ausleihungen beobachtet. Das Rezept der Zinsverbilligung zur Ueberwindung der Krise hilft also nicht, wie es überhaupt ein törichtes Unternehmen ist, die Wirtschaftskrise vom Geldmarkt her überwinden zu wollen.

5. „Förderung der Kapitalbildung durch Umbau des Steuersystems“. Dieser Gedanke, der die zentrale Forderung der Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom Dezember 1929 ist, stand im Mittelpunkt der Hilferdingschen Finanzreform. Er war auch der Gegenstand der Diskussion auf der vielberedeten Eilsener Konferenz der Friedrich-List-Gesellschaft im Oktober 1929, an der die „prominenten Sachverständigen“ der deutschen Bourgeoisie teilnahmen. darunter auch eine ganze Reihe Sozialdemokraten wie Hertz, Keil, Tarnow, Naphtali. Das Ergebnis dieser Debatten faßte der Professor Harms (Kiel) folgendermaßen zusammen:

„... daß sein vornehmstes Ergebnis die Zerstörung einer Illusion ist – der Illusion nämlich, daß mittels radikaler Steuerpolitik eine Steigerung der Kapitalbildung in dem Ausmaße bewirkt werden könne, wie es angesichts des Kapitalmangels und des hierdurch bedingten hohen Zinsfußes in Deutsch-[365]land für nötig gehalten wird. Ich begreife, daß dies Ergebnis für viele von uns eine Enttäuschung ist, denn gar zu verbreitet war die Meinung, daß ein planmäßiger Umbau des ganzen Steuersystems das innere Kapitalangebot um Milliarden zu steigern vermöchte. Unsere Aussprache hat klar und deutlich ergeben, daß dies ein Irrtum war.“

Dieses Ergebnis der Konferenz von Eilsen hinderte freilich weder den Industriellenverband, seine Forderung zu erheben, noch Herrn Hilferding, diese Forderung zu akzeptieren. Es ist klar, daß der eigentliche Zweck eines solchen Umbaus des deutschen Steuersystems, der die Besitzsteuern senken und die Massensteuern noch mehr erhöhen soll, nur der ist, der besitzenden Klasse auf Kosten der werktätigen Massen gewaltige Liebesgaben zu machen.

6. Tarnows „Kaufkrafttheorie“. In seinem schon 1928 erschienenen Büchlein „Warum arm sein“, das gerade in der gegenwärtigen Periode wieder eine gewisse Rolle in der sozialdemokratischen Agitation spielt, glaubt Tarnow das Rezept gefunden zu haben, die Armut schon innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft zu überwinden; dies Rezept besteht darin, daß Tarnow den Unternehmern gut zuredet, sie sollen den Arbeitern in ihrem Unternehmerinteresse höhere Löhne zahlen, denn dadurch werde die Kaufkraft der Massen gehoben und durch steigenden Konsum auch die Produktion erhöht. Diese Theorie ist nicht neu; sie wurde schon am Anfang dieses Jahrhunderts von dem bürgerlichen Nationalökonomen Werner Sombart vorgetragen, fand aber damals bei dem Unternehmertum ebensowenig Gegenliebe wie heute; Dazu schrieb Rosa Luxemburg in dem Artikel „Die deutsche Wissenschaft und die Arbeiter“:

„Daß dem einzelnen Unternehmer, dessen Gesichtspunkt die Vulgärökonomie stets treu widerspiegelt, die ‚Wohlhäbigkeit‘ der Arbeitermasse, wie der Herr Professor sagt, als ein Mittel gegen die Absatzstockung in seinem Warendepot erscheinen mag, darüber besteht kein Zweifel. Aber für alle Unternehmer zusammen, für die Klasse, läuft das pfiffige Mittel des Herrn Sombart darauf hinaus, daß sie aus eigener Tasche die Kaufkraft der Masse der Konsumenten vergrößern sollen, um ihnen dann mehr Waren verkaufen zu können. Wäre es nicht einfacher, direkt den Unternehmern auseinanderzusetzen, sie sollten durch periodische Verschenkung des überschüssigen Warenvorrats an die Gewerkschafter ‚den ungestörten Verlauf der wirtschaftlichen

Produktion‘ sichern? Wir glauben nur, daß unsere ‚königlichen Kaufleute‘ und ‚genialen Unternehmer‘, genial wie sie sind, ihm kurz erwidern werden: Herr Professor, Sie haben vergessen, daß die Vulgärökonomie zur Nasführung der Arbeiter und nicht zur Nasführung der Kapitalisten erfunden wurde.“

Sehen wir ab von den nur zur demagogischen Täuschung der Massen gebrauchten Phrasen von der „Notwendigkeit einer Reform des Kartellrechts“ und der ebenso eifrig gepredigten „Notwendigkeit der Reform des Aktienrechts“, so hätten wir nur noch ein letztes der Rezepte bürgerlich-sozialdemokratischen Kurpfuschertums zu erwähnen: die Arbeitsbeschaffung zur Ueberwindung der Krise. Darüber wollen wir im Zusammenhang mit der reformistischen Theorie der „positiven Konjunkturpolitik“ sprechen.

3. Die „positive Konjunkturpolitik“ des Reformismus

Im Zusammenhang mit der Theorie vom „organisierten Kapitalismus“, der gewissermaßen der Vorhimmel des Sozialismus sei, und der „Demokratisierung der Wirtschaft“, die dem Staat eine immer stärker werdende regulative Macht über den Privatkapitalismus gebe, hat der [366] Reformismus die Theorie von der „positiven Konjunkturpolitik“ entwickelt. Sie ist der Grundgedanke des am 24. Juni veröffentlichten sozialdemokratischen Programms zur „Ueberwindung der Krise“, wie sie schon der Grundtenor der Denkschrift der reformistischen Spitzenverbände vom 1. März war. Sie erfordert deswegen von uns um so größere Aufmerksamkeit, als sie gerade jetzt in Verbindung mit den aktuellen Fragen der Tagespolitik nicht nur durch die sozialdemokratische Partei, sondern auch durch den riesigen Apparat der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie in die Massen hineingetragen wird.

Die Theorie von der „positiven Konjunkturpolitik“ wurde von F. Naphtali in einer 1928 erschienenen Broschüre „Konjunktur, Arbeiterklasse und sozialistische Wirtschaftspolitik“ im Zusammenhang dargestellt. Naphtali ging von der Feststellung aus, daß die Krisen- und Zusammenbruchstheorie von Marx und Engels veraltet sei und nur noch von „Kommunisten konservativer Denkungsart“ vertreten werde, die nicht begriffen hätten, daß man es heute mit „einer ganz anders gearteten kapitalistischen Wirtschaft“ und mit „einer ganz anders entwickelten Arbeiterbewegung“ zu tun habe:

„auf der anderen Seite hat die Erfahrung der letzten hundert Jahre gelehrt, daß die periodischen Krisen als solche nicht zum Zusammenbruch des Kapitalismus führen, daß sie vielmehr innerhalb der ständigen Ausweitung des kapitalistischen Wirtschaftssystems gleichsam die Aufgabe eines Regulators erfüllen, durch den es bewirkt wirkt, daß die Last und der Druck, die sich aus den Fehlleitungen der planlosen kapitalistischen Wirtschaft ergeben, in Gestalt von Arbeitslosigkeit und Lohndruck auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden.

Aus diesen beiden Erkenntnissen ergibt sich das unmittelbare und uneingeschränkte Interesse der Arbeiterklasse, ihre Kraft einzusetzen für die Verhütung der Krisen, zum mindesten für die Milderung der Heftigkeit der Konjunkturschwankungen.“

Wir wollen uns hier über die Marxsche Krisentheorie nicht mit einem Mann auseinandersetzen, der noch bis vor kurzem den Wirtschaftsteil der „Frankfurter Zeitung“ zur Zufriedenheit der Börsenjobber gemacht hat und nun seine bürgerlich-nationalökonomische Weisheit zur Fundamentierung Hilferdingscher Theorien benutzt. Der Gedanke von Marx und Engels, daß das Proletariat gerade die durch die Wirtschaftskrise hervorgerufene Erschütterung der ökonomischen, ideologischen und politischen Festigkeit der Kapitalistenklasse zum Angriff auf die Klassenherrschaft der Bourgeoisie ausnutzen muß, kann natürlich dem Reformismus, der das Marxsche Ziel des revolutionären Sturzes der Kapitalistenklasse durch das sozialfaschistische Ziel der konterrevolutionären Verteidigung des Kapitalismus ersetzt hat, nicht anders als absurd erscheinen.

Der Reformismus will die Aufrechterhaltung des bestehenden Systems. Er will infolgedessen nicht die Verschärfung der Krise des Kapitalismus, sondern ihre Verhütung bzw. Milderung. Naphtali formuliert dies so:

„Heute sehen es die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien überall als ihre Aufgabe an, Krisenerscheinungen zu bekämpfen. Das Ziel ihrer Wirtschaftspolitik ist Ueberwindung, Milderung und Verhütung von Krisen.“

Die Denkschrift der reformistischen Gewerkschaftsspitzen vom 1. März drückt denselben Gedanken aus, und gegenüber den Arbeitermassen, die gerade aus den Erfahrungen der gegenwärtigen Krise

ihre Schlüsse auf die Brüchigkeit und Verfaultheit des kapitalistischen Systems zu ziehen geneigt sind, halten es die Spitzen von ADGB, AfA und ADB für notwendig, zu betonen:

[367] „Die Gewerkschaften haben trotz der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu dem weiteren Aufstieg der deutschen Wirtschaft volles Vertrauen."

Das Rezept, das Herr Naphtali zur Verhütung der Krisen empfiehlt, sieht folgendermaßen aus: Der (kapitalistische) Staat soll den elastischen, verschiebbaren Teil der öffentlichen Aufträge, den N. auf etwa 3½ Milliarden schätzt, in der Periode der guten Konjunktur zurückhalten und erst bei einer Verschlechterung der Konjunktur vergeben; er soll sich dabei auf die Forschungen des Konjunkturinstituts stützen, das ihm sagen würde, wann die Zeit der Auftragsvergebung gekommen sei. Dadurch würde nach N. eine „Konjunkturausgleichung" erreicht werden können, welche die Krise verhütet.

Aber leider haben mit diesem klugen Rezept auch die Herren Hilferding, Müller, Wissell, Severing, Tarnow und Graßmann während der zwei Jahre ihrer Regierungstätigkeit nichts anzufangen gewußt. Wie wenig sie, trotz aller Forschungsarbeit des Konjunkturinstituts, auf die Krise vorbereitet waren, haben wir oben gezeigt. Im Gegenteil haben die inneren Gegensätze der kapitalistischen Wirtschaft, welche Marx aufgedeckt und in seiner Krisentheorie formuliert hat, die ganze Weisheit der reformistischen Leuchten und zum Schluß, durch die Regierungskrise, sie selber über den Haufen geworfen.

Wenn es also mit der „Verhütung der Krise" nach Naphtalischem Rezept nichts ist, wie steht es dann mit der „Milderung der Krise" und mit ihrer „Ueberwindung"? Der „Vorwärts" des edlen Stampfer schrieb am 24. Juni in seinem Kommentar zu dem Programm der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion:

„Deshalb darf man sich nicht mehr mit der Hoffnung begnügen, daß es einmal von selbst besser werde, sondern muß alle Kräfte anspannen, um Wirtschaftsnot und Massenarbeitslosigkeit möglichst rasch zu überwinden."

Dieselbe Aufgabe stellte sich schon, die Märzdenkschrift der reformistischen Gewerkschaftsspitzen, welche die „Mittel für die Belebung der Wirtschaft suchen", die „Kräfte für die Ueberwindung der Krisenerscheinungen stärken und wecken" wollte. Der Weg zur Ueberwindung der Krise ist in erster Linie die Arbeitsbeschaffung. Hatte schon Tarnow in seiner Reichstagsrede vom 27. Mai erklärt:

„Arbeitsbeschaffung ist das zentrale Problem der Wirtschaft, müßte auch das zentrale Problem der ganzen Staatspolitik der Gegenwart sein,"

so prägte das Programm der SPD vom 24. Juni diesen Gedanken in die Formel: „Die wichtigste Aufgabe ist die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit."

Die Denkschrift der Gewerkschaftsspitzen entwickelt ein ganzes Programm solcher Arbeitsbeschaffung: Fortführung des Wohnungsbaus, Verbesserung der Verkehrsanlagen, insbesondere auch des Straßenbaus, Ausbau der Kraftversorgung, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost usw. In der Hilferdingschen „Gesellschaft" vom Mai 1930 stellt Gerhard Breitscheid, der „hoffnungsvolle" Sohn von Rudolf Breitscheid, eine lange Liste solcher etatsmäßigen Ausgaben des Reiches zusammen, die „mit Sozialpolitik, Arbeitsbeschaffung und ähnlichen Gebieten in Zusammenhang stehen, die gerade für die Arbeitnehmer von besonderer Bedeutung sind". Darunter nennt er „Kriegsschiffbauten (einschließlich Armierung) der Reichsmarine", „Anschaffungen usw., die wirtschaftsfördernd wirken" bei Heer und Marine, „Subventionen: a) an die Industrie, b) an die Landwirtschaft, c) an die Fischerei, d) an den Luftverkehr".

[368] Es besteht also die beste Aussicht, daß das Schlagwort der „Arbeitsbeschaffung" von den Sozialdemokraten dazu benutzt wird, alle Bewilligungen arbeiterfeindlicher Etatsansätze zu rechtfertigen. Denn die einzige Beschränkung, die Breitscheid jun. dabei macht: Rücksicht auf „staatspolitische Gesichtspunkte", hebt er selber wieder auf, indem er verlangt:

„In der Opposition wird es erforderlich sein, jeden Antrag auf Ausgabenerhöhung oder Ausgabensenkung unter dem Gesichtspunkt zu stellen, daß die in ihm enthaltenen Forderungen auch von der Sozialdemokratie, wenn sie sich künftig wieder einmal an der Regierung beteiligt, aufrechterhalten werden können."

Die Arbeitsbeschaffung erfordert jedoch sehr erhebliche Geldmittel, und es ist nun einmal das Malheur, daß es den öffentlichen Stellen in den Zeiten der Wirtschaftskrise, wo sich die Steuererträge

vermindern und die Soziallasten erhöhen, gerade an Geld fehlt. Das hatte Naphtali schon in seinen Neujahrsbetrachtungen im „Vorwärts“, als er die Bilanz des Wirtschaftsjahres 1929 zog, anerkannt. Er schrieb dort:

„Die Politik der Konjunkturausgleichung, die ein Interesse der Arbeiterschaft ist und in der Elemente sozialistischer Wirtschaftspolitik stecken, ist schwer gehemmt, wenn nicht unterbunden, durch die finanzielle Aktionsunfähigkeit der öffentlichen Körperschaften. Wir werden um jede mögliche Einzelheit, z. B. auf dem Gebiet der Bauwirtschaft, zu kämpfen haben, aber wir können die Augen vor der Tatsache der leeren öffentlichen Kassen, der drückenden schwebenden Schulden nicht verschließen. Die ökonomische Politik der Arbeiterklasse erfordert einen reichen Staat und reiche Gemeinden im besonderen Maße die Konjunkturpolitik, die in hohem Maße eine Politik der Kapitallenkung ist, kann nicht von Mächten getrieben werden, die anstatt Kapital in Freiheit zu lenken, als drängende Borger an die Türen der Kapitalmärkte pochen müssen.“

Man muß also, meint Naphtali, zunächst einmal für eine „reguläre Auffüllung der Kassen sorgen“, und er macht es seinen Parteifreunden im Berliner Rathaus zum schweren Vorwurf, daß sie bei leeren Kassen Gelder für die Arbeitslosen bewilligt hätten. Es ist nun allerdings das besondere Unglück dieser reformistischen Theorien, daß sie angewandt werden sollen in einer Periode, wo der mit ungeheuren imperialistischen Rüstungen wirtschaftlicher, politischer und militärischer Art belastete Kapitalistenstaat und seine Gemeinden nie volle Kassen haben können. Es bleibt daher den Reformisten nichts anderes übrig, als die „Auffüllung der Kassen“ selbst vorzuschlagen.

Auch die Kommunisten stellen ja in den Parlamenten Anträge auf Förderung von Kanalbauten, Eisenbahnbau und ähnlichen Unternehmungen, die erhöhte Arbeitsgelegenheit bieten; aber sie tun dies nur in Verbindung mit eigenen Vorschlägen zur Finanzierung auf Kosten der besitzenden Klasse; sie tun dies, um dabei vor den Massen zu beweisen, daß der Kapitalistenstaat als „Gesamtkapitalist“ solche Arbeiten nur durchführt, wenn dies im Interesse der Kapitalistenklasse liegt und auch dann nicht auf Kosten der Besitzenden, sondern stets zu Lasten der arbeitenden Klasse.

Die Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms nach reformistischem Rezept ist nur möglich durch neue Steuern! Das heißt: im Kapitalistenstaat, wo alle Lasten auf die werktätige Bevölkerung abgewälzt werden, durch steuerliche Mehrbelastung der Massen. Das beste Beispiel bietet jetzt die Reichsbahn. Sie soll in größerem Maße Aufträge zur Beschaffung von Arbeit vergeben, erklärt aber, daß sie schon jetzt ein Defizit von einer halben Milliarde zu decken habe, und daß sie deswegen eine neue Erhöhung der Tarife vornehmen müsse, um die er-[369]forderlichen Summen aufzubringen. Tariferhöhung ist Steigerung der Massenbelastung. Die werktätigen Massen würden also eine „Arbeitsbeschaffung“ dieser Art, an der die Kapitalisten natürlich gut verdienen, sehr teuer zu erkaufen haben.

Eine Arbeitsbeschaffung nach kapitalistischen Methoden, wie sie die Reformisten fordern, kann also ohne neue Massenbelastung gar nicht in Angriff genommen werden, oder sie muß sich als ein Schwindel, eine Täuschung der Massen erweisen. Der Reichskanzler Dr. Brüning hat deshalb die sozialdemokratische Forderung der Arbeitsbeschaffung nicht unrichtig interpretiert, als er vor dem Reichsrat sagte:

„Dann kommt das Arbeitsbeschaffungsprogramm. Rein psychologisch ist es notwendig, ein solches Programm einzubringen.“

Ganz recht! Rein psychologisch, d. h. um der Riesenarmee der Arbeitslosen vorzuschwindeln, als ob für sie etwas geschehen solle.

Wir haben gesehen, daß das Naphtalische Rezept der „positiven Konjunkturpolitik“ vor der Krise nichts genutzt hat; wir haben jetzt festgestellt, daß es in der Krise auch nichts nutzt. Sein ganzer Sinn besteht nur darin, die rebellierenden Arbeitermassen in neue Illusionen zu verstricken, um sie vor dem revolutionären Angriff gegen die Kapitalistenklasse abzuhalten.

*

Konkurrenzkämpfe in der deutschen Schwerindustrie
Flick und Harriman

Von G. Reimann

Das Stahlkapital gehört zu den bestorganisierten Kapitalsgruppen in Deutschland. Dies hat in der Vergangenheit zu einer Erweiterungspolitik geführt, die dem letztjährigen Konjunkturablauf ihr Gepräge gegeben hatte. Um so größer sind jetzt die Zersetzungserscheinungen, die eine neue Rationalisierungsoffensive für die Schwerindustriellen notwendig macht. Eingeleitet wurde sie durch die neue Machtkonzentration in der Schwerindustrie und die Neuordnung der monopolistischen Verbände des Stahlkapitals.

In den letzten 1½ Jahren, als in der deutschen Schwerindustrie die „Rekordproduktion" bei weitem noch nicht die Produktionskapazität erschöpfte, fand ein fieberhafter Ausbau der Betriebsanlagen statt. Der Krupp-Konzern hat vor kurzer Zeit erst das angeblich modernste Hüttenwerk Europas in Borbeck in Betrieb genommen, der Stahlverein vor wenigen Monaten den größten Hochofen des kontinentalen Europa.

Warum dieser Ausbau der Schwerindustrie? Waren die weiteren Konjunkturaussichten und die allgemeine Konjunkturlage so glänzend, daß die alten Anlagen den Produktionsbedürfnissen nicht mehr genügt hätten? Davon konnte angesichts des beschränkten Inlandsabsatzes und der bereits im vorigen Jahre sich entwickelnden kapitalistischen Weltwirtschaftskrise keineswegs die Rede sein. Es handelte sich vielmehr bei den Neu- und Erweiterungsbauten vor allem um Rüstungen auf Quotenkämpfe im Hinblick auf die Ende vorigen Jahres abge-[370]laufenen Verträge der Eisen- und Stahlverbände, deren Erneuerung im Februar dieses Jahres zustande gekommen ist. Lediglich um die alte Machtstellung aufrechtzuerhalten, haben die Stahlkonzerne ihre Anlagen erweitert, um sie jetzt zum großen Teil wieder stillzulegen.

Vor wenigen Jahren erst befand sich die deutsche Schwerindustrie in einer ähnlichen Krise. Sie wurde damals überwunden durch rücksichtslose Stillegungen und monopolistische Zusammenschlüsse. Anfang 1926 schlossen sich vier Riesentrusts der Schwerindustrie zu den Vereinigten Stahlwerken AG zusammen. Dieser Stahlverein ist mehr als dreimal so groß wie der nächstgrößte Trust, die Krupp-Werke AG, wobei noch nicht der viel größere Auslandsbesitz des Stahlvereins berücksichtigt ist. Seine Quoten in den Stahlkartellen und -syndikaten belaufen sich auf etwa 30 bis 55 Prozent, im Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat auf 21,9 Prozent, die Quoten von Krupp auf etwa 6 bis 14 Prozent, im Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat auf 6,9 Prozent. Es gibt außerdem nur noch vier unabhängige schwerindustrielle Trusts von Bedeutung.

Der Stahlverein glaubte, durch besonders großzügige kapitalistische Rationalisierung das Aufkommen irgendeiner neuen, ihm gefährlich werdenden Konkurrenz in Deutschland selber verhindern zu können. Nach seiner Gründung wurde von ihm die Produktion in den rentabelsten Werken konzentriert; er hat deswegen damals 10 Hochofenwerke, 9 Martinsstahlwerke, 13 Walzwerke, weiter Walzenstraßen, Gießereien und Verfeinerungsbetriebe sowie 17 Schichtanlagen stillgelegt.

Jetzt, nach drei bis vier Jahren, befindet sich der Stahlverein in einer ähnlichen Lage wie vor der ersten „Rationalisierung". Vergeblich hat der Stahlverein geglaubt, sich durch Kartelle und Syndikate vor neuer Krise und Ueberkapazität geschützt und gleichzeitig seine Machtstellung stabilisiert zu haben. Gerade die Organisiertheit der Schwerindustriellen und die dadurch mögliche Realisierung gewaltiger monopolistischer Sonderprofite haben zu Ueberakkumulation und Kapitalverschwendung in um so größerem Ausmaße geführt. Seit Jahren bereits hat z. B. das Röhrensyndikat die Produktion auf etwa 60 Prozent der Kapazität der angeschlossenen Röhrenwerke beschränkt. Die Syndikatspreise sicherten dennoch so hohe Profite, daß dadurch neue Außenseiterkonkurrenz begünstigt wurde. Wirkliche Preiskämpfe zur Niederkonkurrierung der Außenseiterkonkurrenz sind aber vom Röhrenverband ebenso wie von den übrigen Stahlverbänden nur in geringem Ausmaß versucht wurden. Sie wären angesichts des hohen Anteils von fixem Kapital in der Schwerindustrie besonders verlustreich gewesen. Dafür sind die Monopolprofite so gewaltig gewesen, daß sie den Stahlsyndikaten die Möglichkeit zum Aufkauf der Außenseiterkonkurrenz gab. Das Röhrensyndikat z. B.

behält 30 Prozent der Verkaufspreise als „Verbandsunkosten“ zur Bestreitung der Kosten des Konkurrenzkampfes und der Aufkäufe von Außenseitern. („Vossische Zeitung“ vom 13. August 1929.) Um so schärfer wurde der Kampf um die Quote geführt.

Der Kartell- oder Syndikatspreis soll nicht nur den Kartellunternehmungen mit dem niedrigsten Stande der Technik, sondern auch mit der geringsten Ausnutzung der Produktionskapazität einen „angemessenen“ Profit sichern. Je niedriger die Ausnutzung der Produktionskapazität, um so größer sind aber die Produktionskosten, und umgekehrt. Deswegen vermögen die Trusts, die eine günstigere Quote haben oder ihre Produktion auf wenige Werke konzentrieren und hier einen größeren [371] Teil der Produktionskapazität ausnutzen können, Differentialgewinne innerhalb des Monopolkapitals zu erzielen, sich einen größeren Anteil an den monopolistischen Sonderprofiten zu sichern. Angesichts des verschärften Widerspruches zwischen den Absatzmöglichkeiten und der während der vergangenen Syndikatsherrschaft erweiterten Produktionskapazität haben die mächtigsten Stahltrusts, insbesondere der Stahlverein und Krupp, ihre Quoten durch Aufkäufe von Konkurrenz- oder Außenseiterunternehmungen erweitert.

Die Großbanken, insbesondere die Deutsche Bank und Diskontogesellschaft, haben riesige Geldmittel dafür zur Verfügung gestellt, um so die Rentabilität der an sie in bedeutendem Umfange kurzfristig verschuldeten schwerindustriellen Unternehmungen zu heben. Konnte doch allein das vom Stahlverein und Krupp gebildete Aufkaufkonsortium 60 bis 80 Millionen Mark für den Aufkauf bereits stillgelegter oder noch stillzulegender Werke ausgeben – als Auftakt zu der Neubildung der Verbände. Von diesem Aufkaufkonsortium sind sieben Stahlwerksunternehmungen aufgekauft worden. Ende März dieses Jahres wurde vom Stahlverein die Ruhrstahl AG (mit einem Aktienkapital von 80 Millionen Mark) gegründet, mit dem ausschließlichen Zweck, die zum Teil durch das Aufkaufkonsortium, zum Teil direkt aufgekauften Stahlunternehmungen einheitlich zusammenzufassen. (Uebernahme der Henrichshütte, des Gußstahlwerks Witten, der Stahl-Revag, der Annener Gußstahlwerke, der Vereinigten Preß- und Hammerwerke Brakwede.) Sollen diese Werke doch zum größten Teil stillgelegt werden, um dem Stahlverein in seinen übrigen Unternehmungen eine stärkere Ausnutzung der Produktionskapazität zu ermöglichen. Vorher hat bereits die Gelsenkirchener Bergwerks AG auch eine Reihe von Kohlenunternehmungen unter ihre Herrschaft gebracht. Eine neue Machtkonzentration unter Führung des Stahlvereins ist also erfolgt, wobei aber die Gelsenkirchener Bergwerks AG, die selber auf Grund ihrer Beteiligung den Stahlverein kontrolliert, als neue selbständige Kohlenmacht sich entwickelt, und so Grundlage für neue Konkurrenzkämpfe im Kohlensyndikat erzeugt.

Eine neue Form großkapitalistischen Parasitentums tritt hier hervor, um so schärfer, je besser das Kapital monopolistisch „organisiert“ ist. Ehemalige Industriekapitalisten, bar irgendwelcher im Betrieb befindlicher Produktionsanlagen, erhalten lediglich auf Grund von Quotenansprüchen, die sie dem Syndikat überlassen oder verkauft haben, feste Anteile an den Monopolsprofiten. Sie sind ein neuer Typus von parasitären Rentnern im größten Umfange. „Die Verbände halten die Preise, aber von dem Mehrgewinn muß die Industrie einen beträchtlichen Teil immer wieder zu solchen Quotenaufkäufen und Außenseiterabfindungen aufwenden.“ („Frankfurter Zeitung“ vom 8. Januar 1930 über „Die Montanaufkäufe“.)

Die Großbanken haben nun versucht, diese gewaltige, gerade durch die Monopole vermehrte Kapitalsverschwendung zu stoppen, indem überhaupt die weitere Entwicklung der Produktivkräfte in der deutschen Schwerindustrie unterbunden werden soll. Auf ihre Initiative ist in den neugebildeten Eisenverbänden ein sogenannter „Gruppenschutz“ beschlossen worden, bei gleichzeitiger Festlegung der Quoten auf zehn Jahre. (Eventuell bereits nach fünf Jahren.) Die Quotenkämpfe sollen durch die langfristige Festlegung der Quoten während der nächsten Jahre wenigstens unterbunden und so Neubauten verhindert werden. Gleichzeitig ist es allen beteiligten Stahlindustriellen untersagt, den Kampf um [372] eine Quote in den Zweigen der Stahlindustrie, an denen sie noch nicht beteiligt sind, durch Errichtung moderner Neuanlagen aufzunehmen. („Gruppenschutz.“)

Wird damit der Konkurrenzkampf beseitigt?

Insoweit wirklich die Kapitalsakkumulation innerhalb der Schwerindustrie selber beschränkt werden sollte, werden die Stahltrusts einen um so schärferen Kampf auf den übrigen Absatzmärkten und Anlagegebieten führen. Bereits drohen die Schwerindustriellen mit dem Auffliegen ihres Paktes mit den stahlverarbeitenden Industriellen (Arbeitsgemeinschaft der verarbeitenden Industrie – Avi), wonach den Schwerindustriellen weiteres Eindringen in die verarbeitende Industrie untersagt ist. Dagegen hat sich der Stahlverein mit der IG Farbenindustrie auf dem Stickstoffmarkt über die Neubildung des Stickstoffsyndikats verständigt. Hier, in der Stickstoffindustrie, hat sich grundsätzlich dasselbe wie in der alten Schwerindustrie wiederholt, obwohl es sich um eine „neue", bisher wenig von Krisen betroffene Industrie handelte. Die hohen Profite des Luftstickstoffkapitals und die Verdrängung oder Entwertung der Ammoniakerzeugung in der Schwerindustrie durch den Luftstickstoff haben die Schwerindustriellen zur Aufnahme des Stickstoff-Konkurrenzkampfes mit dem Chemietrust gezwungen; deswegen errichten sie gewaltige neue Stickstoffwerke in einer Zeit, in der auch bereits für die Luftstickstoffindustrie eine Absatzkrise heraufgezogen ist. (Gegenwärtig nur noch Ausnutzung von 70 Prozent der Produktionskapazität.) Durch das neue Stickstoffsyndikat erhalten die Schwerindustriellen einen Anteil von etwa 30 Prozent, während vordem überhaupt keine Quote für Luftstickstofferzeugung des Ruhrkapitals vorgesehen war. Der Erwerb des Mont-Cenis-Stickstoffwerkes aus Flicks Hand durch die IG Farbenindustrie zeugt von den Gegensätzen im Lager der Schwerindustriellen selber, die dem Chemietrust zugute gekommen und von ihm ausgenutzt worden sind.

Die Ausschaltung der Quoten- und Konkurrenzkämpfe innerhalb der Schwerindustrie auf zehn Jahre ist eine glatte Utopie. Der verschärfte Konkurrenzkampf der finanzkapitalistischen Gruppen, sowie die hochgehaltenen Monopolspreise und -profite bei verschärfter allgemeiner Krise werden zur Bildung neuer Außenseiterwerke führen, auch in der deutschen Schwerindustrie, zumindest auf dem Gebiete der Produktion von Halbfertig- und Fertigwaren. Dies ist um so wahrscheinlicher, als gerade gegenwärtig die deutsche Schwerindustrie auf einen verschärften internationalen Konkurrenzkampf rüsten muß. Damit aber gewinnt die neue Machtkonzentration und Verbandsbildung ein neues Gesicht; sie bedeutet praktisch eine Vorbereitung auf den verschärften Kampf um den Weltmarkt. Sind doch bereits durch Neuberechnung der Syndikatslasten die Voraussetzungen für eine Steigerung des Exports über die Exportquote hinaus geschaffen worden.

Auch die Internationale Rohstahlgemeinschaft (IRG), das mitteleuropäische Stahlkartell, steht vor einer Neuorganisation, oder vor einem völligen Auffliegen. Die deutschen Stahlindustriellen als Hauptbeteiligte haben sich bisher gehütet, die IRG zu sprengen, obwohl ihre Quote gegenüber der französischen und belgischen besonders ungünstig ist und sie den Hauptanteil an den Quotenüberschreitungen und Strafzahlungen hatten. Auf ihr Betreiben ist deswegen das Gefüge der IRG bereits gelockert worden durch Herabsetzung der Strafzahlungen und Neuregelung der Inlandsquote. Eine völlige Auflösung der IRG würde aber die absolute Monopolsdiktatur der deutschen Stahlverbände in Deutschland selber durch die freie Einfuhr französischer und belgischer [373] Stahlerzeugnisse, die durch die IRG verboten ist, durchbrechen. Deswegen ist es gegenwärtig den deutschen Stahlindustriellen möglich, die Stahlpreise in Deutschland selber weit über Weltmarktpreis plus Zoll zu halten. Die riesigen Gewinne aus dem Inlandsabsatz setzen gerade die deutschen Schwerindustriellen in den Stand, großzügigste Dumpingkonkurrenz im Auslande zu betreiben. Dazu sind sie in um so größerem Umfange genötigt, als sie gegenüber der schwerindustriellen Konkurrenz des Auslandes infolge ihrer politischen Ohnmachtsstellung und geringerer Finanzierungskraft im Rückstande sind. Deswegen verlangen die deutschen Stahlindustriellen seit Jahren bereits einen Ausbau der IRG durch Bildung von Exportsyndikaten für die einzelnen Stahlerzeugnisse. Dadurch sollen die Ausfuhrpreise erhöht und den deutschen Schwerindustriellen ihre Exportquote gesichert werden. Die IRG würde durch eine derartige Erweiterung etwa 60 Prozent des Weltexportes an Stahlfabrikaten kontrollieren.

Diese Wünsche der deutschen Stahlindustriellen sind bisher nicht in Erfüllung gegangen. Vor allem ist es nicht gelungen, die polnische Schwerindustrie in die IRG einzubeziehen; darüber wird bereits seit Jahren verhandelt. Dies ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Zustandekommen der vorgeschlagenen internationalen Exportsyndikate. Soeben wird bekannt, daß die Verhandlungen der

IRG über die Bildung internationaler Stahlsyndikate gescheitert und die Preise für die wichtigsten Halbfabrikate „freigegeben“ worden sind. Eine Aera offenen internationalen Konkurrenzkampfes hat begonnen, wenn auch noch der Schutz des Inlandsabsatzes durch die IRG gewahrt bleibt.

Der deutsch-polnische Zollkrieg in Verbindung mit riesigen Staatssubventionen hat den Aufbau einer Schwerindustrie in Polen begünstigt. Vor allem amerikanisches und französisches Finanzkapital haben sich maßgebend an der polnischen Schwerindustrie und ihrer Entwicklung während der letzten Jahre beteiligt. Deswegen kann von irgendeiner „nationalen Unabhängigkeit“ der polnischen Schwerindustrie nicht die Rede sein, wenn ihr auch auf Grund der imperialistischen Gegensätze und Konkurrenzkämpfe eine Sonderentwicklung, die vom polnischen Staate systematisch begünstigt wurde, möglich war. Die Zersplitterung des schwerindustriellen Kapitals in Polen in verschiedene nationale Gruppen erschwert eine nationale Interessenverständigung als Voraussetzung für einen Anschluß an die IRG. Statt dessen haben die polnischen Stahlunternehmungen begonnen, auf dem gerade für die deutschen Schwerindustriellen wichtigen. Balkanmarkt als neue scharfe Konkurrenz aufzutreten und hier den deutschen Schwerindustriellen den Absatz streitig zu machen.

In diesem Zusammenhang verdient eine vor wenigen Monaten bekannt gewordene Umgruppierung innerhalb der Beteiligten am Stahlverein allergrößte Beachtung. Die Vereinigten Stahlwerke AG wurden bekanntlich von fünf Konzernen gegründet, von denen keiner eine absolute Mehrheit über das Kapital des Stahlvereines besaß. Jedoch bestand ein „Freundschaftsvertrag“ zwischen der Gelsenkirchener Bergwerks AG, die 39,5 Prozent der Stahlvereinsaktien kontrollierte und Thyssen mit 26 Prozent, wodurch letzterer eine führende Rolle im Stahlverein spielen konnte. Die neuen Vorgänge beweisen, daß sogar eine Trustbildung den Konkurrenzkampf innerhalb des Trusts nicht beseitigt. Denn die verschiedenen Hauptbeteiligten am Stahlverein haben keineswegs gleichartige Interessen; sie verschieben sich auch (z. B. durch die neuen Kohlebeteiligungen der Gelsenkirchener Bergwerks AG). Die entscheidende Neuveränderung bestand nun darin, daß die Gelsen-[374]kirchener Bergwerks AG den Phönixkonzern mit seiner 26prozentigen Beteiligung am Stahlverein übernommen hat. Als Gegenleistung erhielten die alten Phönix-Aktionäre (Otto Wolff und die holländische Gruppe Hoogoven) 100 Millionen Mark Stahlvereins-Aktien. Damit verfügt Gelsenkirchen allein über mehr als 50 Prozent der Aktien des Stahlvereins und beherrscht ihn auch ohne Thyssen, der wohl oder übel weiterhin im „Freundschaftsverhältnis“ mit Gelsenberg verbleibt. Gelsenberg selber wird nun durch den Generaldirektor der Charlottenhütte, Otto Flick, von einem Mann beherrscht, der es bisher geschickt verstanden hat, im Hintergrund zu bleiben und die Fäden zu spinnen, die ihm allein den mächtigsten Stahltrust des kapitalistischen Europa in die Hand gegeben haben.

Wer ist Otto Flick und wohin laufen seine Interessenbindungen? War Thyssens Machtbasis, der heute im Stahlverein nicht mehr das erste Wort zu sagen hat, seit jeher auf die westdeutsche Schwerindustrie beschränkt, so ist Flicks Einflußkreis viel ausgedehnter. Er kontrolliert auch die mitteldeutschen Stahlwerke und den oberschlesischen Stahltrust. (Vereinigte Oberschlesische Hüttenwerke.) In beiden Unternehmungen ist er deswegen erster Vorsitzender des Aufsichtsrats. Flick beherrscht also den größten Teil der gesamtdeutschen Schwerindustrie, von Oberschlesien über Mitteldeutschland bis zur Ruhr. Auch in der Alpinen Montangesellschaft (Oesterreich), an der der Stahlverein hauptbeteiligt ist, spielt Flick eine besondere Rolle; ist doch die Uebernahme der Alpinen Montan-Beteiligung durch den Stahlverein Flicks Werk.

Noch wichtiger sind jedoch die Flickschen Interessen in der polnischen Schwerindustrie. Er beherrscht über 25 Prozent der polnischen Schwerindustrie. Erst im vergangenen Jahre hat er – in Vorbereitung der verschärften internationalen Konkurrenzkämpfe – eine Konzentration seiner Kräfte in Polen vorgenommen. Die von ihm kontrollierte Bismarckhütte hat die Kattowitzer AG für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb und die Silesia-Hütte AG, die bereits von der Bismarckhütte kontrolliert wurden, völlig in sich aufgenommen. Damit ist die Bismarckhütte zu dem bedeutendsten schwerindustriellen Trust in Polen geworden.

Nun ist aber an der polnischen Schwerindustrie auch amerikanisches Finanzkapital, vor allem Harriman, maßgebend beteiligt. Dieser amerikanische Finanzmagnat hat versucht, seine Manganerzkonzession in Rußland lediglich zur Aufrechterhaltung seiner Weltmonopolstellung in Manganerzen

unter Vernachlässigung der Entwicklung seiner Konzessionswerke auszunutzen. Durch diesen sauberen Plan hat ihm natürlich die Sowjetunion einen dicken Strich gemacht, weswegen er ein besonders erbitterter Gegner der Sowjetunion wurde.

Wie ist nun das Verhältnis zwischen Harriman und Flick? Ursprünglich stand Flick gegenüber Harriman, der in das schwerindustrielle Herrschaftsbereich Flicks – mit Unterstützung des polnischen Staates – eindrang, im Konkurrenzkampf. Und jetzt? In den Aufsichtsrat der Bismarckhütte sind neben Flick selber und seinem Vertreter Fritz Weinmann u. a. sechs Vertreter Harrimans, darunter Harriman persönlich und sein europäischer Vertreter Rossi, eingetreten. Harriman ist ebenfalls maßgebend an der Bismarckhütte beteiligt. Dieser Verbrüderung zwischen Harriman und Flick, die bereits längere Zeit vorher eingeleitet war (ist doch Harriman u. a. auch an der Oesterr. Alpinen Montangesellschaft beteiligt), mußte der polnische Staat selbstverständlich seinen Segen geben; die engste Verbindung mit ihm wurde [375] dadurch gesichert, daß prominente Staatsbeamte in den Aufsichtsrat der Bismarckhütte eingetreten sind, darunter Fürst Radziwill und der Vizemarschall des polnischen Sejms.

Ist danach noch anzunehmen, daß ein hemmungsloser Konkurrenzkampf zwischen den deutsch-oberschlesischen und polnischen Schwerindustriellen geführt wird? Zwischen den Flickschen Trusts in Deutschland und Polen sicherlich nicht. Damit ist aber auch die Voraussetzung für eine, wenn auch nur zeitweilige, weitergehende deutsch-polnische schwerindustrielle Verständigung gegeben.

Die außenpolitischen Interessen des Stahlvereins bedingen also ein „Ost-Locarno“, das natürlich die spezifischen schwerindustriellen Interessen berücksichtigen soll. Das enge Zusammengehen mit dem amerikanischen Finanzkapital gerade in Osteuropa richtet sich naturgemäß vor allem gegen die Sowjetunion, um so mehr, als der Stahlverein zusammen mit Harriman auch in den übrigen Randstaaten sich an den Kriegsrüstungen gegen die Sowjetunion beteiligen wird. Die neue Kräftekonzentration in der deutschen Schwerindustrie unter Führung Flicks ist deswegen die unmittelbare Vorbereitung auf verschärfte Auslandsaktivität und imperialistische Konkurrenzkämpfe und bringt den Stahlverein in direkte Gemeinschaft mit den offenen Kriegstreibern gegen die Sowjetunion.

*

Das ökonomische Hauptwerk Lenins

Lenin, Sämtliche Werke, Band III: Die Entwicklung des Kapitalismus In Rußland. Die Entstehung des inneren Marktes für die Großindustrie. – Verlag für Literatur und Politik, Wien–Berlin, 1929

Es wäre durchaus verfehlt, in diesem ökonomischen Hauptwerke Lenins nicht mehr zu sehen als eine interessante Spezialarbeit über eine bestimmte Etappe der kapitalistischen Entwicklung Rußlands. Eine solche Stellungnahme würde etwa der bekannten bürgerlichen Manier entsprechen, an marxistischen Werken und Persönlichkeiten das Nebensächliche zur Hauptsache zu machen und das, was sie für den Klassenkampf des Proletariats gerade wichtig und bedeutungsvoll macht, zu vertuschen. In unserem Falle würde ein solcher Versuch etwa darauf hinauslaufen, in diesem Buche Lenins lediglich eine statistisch-historische Arbeit zu sehen, von reinem Fachinteresse, ohne jede politische, revolutionäre Bedeutung. Daher ist besonders notwendig, solchen Versuchen der Herabwürdigung durch die besondere Betonung der aktuellen Bedeutung dieses Buches für den heutigen Klassenkampf der Arbeiterklasse zu begegnen.

Die Entstehung dieses umfangreichen Werkes war durch eine konkrete politische Aufgabe bestimmt. Es galt für die Marxisten, den jahrelangen Diskussionen mit den kleinbürgerlichen Narodniki, ein Ende zu machen, die die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland als einen von außen hereingetragenen Prozeß betrachteten und die tagtägliche Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse aus dem Dorfe selbst, aus dem ländlichen und städtischen Kleingewerbe leugneten. Diese konkrete Kritik der Narodniki-Theorien, die die Möglichkeit der Schaffung eines inneren Marktes für den Kapitalismus in Rußland bestritten, sollte zugleich die Begründung für die Notwendigkeit einer marxistischen

Arbeiterpartei liefern, die Begründung für die führende Rolle des Proletariats in den kommenden revolutionären Auseinandersetzungen. Schon hieraus allein erhellt der eminent politische Charakter des Buches. Aber seine [376] Bedeutung reicht weit über seine Entstehungszeit und über die damaligen russischen Verhältnisse hinaus, die Ergebnisse, zu denen Lenin im Laufe seiner Untersuchungen gelangte, sind von allgemeiner, grundlegender Bedeutung für die Politik der Kommunisten in allen Ländern geworden. Wie aktuell sie noch heute sind, zeigt z. B. die Rede des Genossen Stalin auf der April-Konferenz 1929 der KPSU, die sich mit dem Kampf gegen die rechten Abweichungen befaßte und in der Genosse Stalin auf die rechtsopportunistischen Auffassungen und Argumente des Genossen Rykow u. a. in der Frage der Sozialisierung der Landwirtschaft mit dem Hinweis auf die Leninschen Untersuchungen in der „Entwicklung des Kapitalismus“ antwortete. – Ein genaues und gründliches Studium dieses Leninschen Werkes wie überhaupt aller bis jetzt erschienenen Bände der Gesamtausgabe ist eine dringende Notwendigkeit.

Wir wollen im folgenden kurz die wichtigsten Punkte umreißen und durch einen kurzen Ueberblick über den Inhalt des Buches dem deutschen Arbeiter, dem deutschen Marxisten das Studium dieses Werkes erleichtern.

Vielleicht in keinem anderen Werke der marxistischen Literatur zeigt sich die überragende wissenschaftliche Fruchtbarkeit der Marxschen Methode wie in diesem Werke Lenins. Auf der Theorie des „Kapital“ aufbauend, gelingt es Lenin, aus der mit Hilfe der dialektischen Methode geführten, konkreten, allseitigen Untersuchung der Tatsachen in den gerade in Rußland besonders mannigfaltigen und bunten gesellschaftlichen Verhältnissen und Beziehungen die volle Bestätigung der theoretischen Ergebnisse der Untersuchungen Marxens zu finden und zu entwickeln. Und zwar liegt das Bedeutsame dieses Resultates nicht so sehr in der Tatsache selbst als vielmehr darin, wie Lenin die Richtigkeit der Marxschen Theorie auf allen Gebieten bis in die kleinste Einzelheit zeigt. Dadurch wird die „Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ zugleich zu einem glänzenden Lehrbuch der richtigen Handhabung der dialektischen Methode auf dem Gebiete der ökonomischen Forschung. So gelingt Lenin der konkrete Nachweis, der ja die Hauptaufgabe dieses Buches sein sollte, daß sich unter den verschiedenartigsten Formen und Bedingungen der Prozeß der Entfaltung der kapitalistischen Produktion durchsetzt. Die „Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ ist somit ein doppelter Beweis der Richtigkeit der Marxschen Lehren:

1. Zeigt sie, daß sich mit ihrer Hilfe unter den konkreten Bedingungen eines an den verschiedensten Wirtschaftsformen so reichen Landes der Prozeß der Entwicklung und Entfaltung des Kapitalismus einheitlich darstellen läßt.

2. Ist mit dem Gelingen dieser Untersuchung der Beweis geliefert, daß die von Marx entdeckten grundlegenden ökonomischen Gesetze der kapitalistischen Produktion Allgemeingültigkeit für alle Länder besitzen, in denen sich der Kapitalismus entwickelt.

Wie groß die Aktualität des Buches ist, wollen wir kurz an drei wichtigen Punkten näher zeigen. Es sind dies:

Die Zersetzung der Bauernschaft und die Entfaltung der kapitalistischen Landwirtschaft.

Die Entwicklung der kapitalistischen Industrie.

Das Verhältnis vom inneren und äußeren Markt.

I.

Das 2., 3. und 4. Kapitel des Buches stellen gewissermaßen das Kernstück der Leninschen Untersuchungen dar. Lenin führt hier den konkreten Nachweis, daß sich der Kapitalismus tatsächlich in der Landwirtschaft einen inneren Markt schafft. Wie wir bereits erwähnten, war dies ja der entscheidende Gegenstand des Streites zwischen den Marxisten und Narodniki, und seine richtige Analyse hatte die weittragendsten politischen Folgen. Nach der Ansicht der Narodniki gab es in der russischen Landwirtschaft keinerlei kapitalistische Verhältnisse, von ganz geringen Ausnahmen abgesehen, daher war der russische Kapitalismus für sie ein künstliches Produkt, von außen hereingetragen, ohne Wurzeln

in Rußland und daher notwendig auf den äußeren Markt angewiesen. Die politische Folge dieser Theorie war, daß das Schwergewicht und die führende Rolle in der russischen Revolution der Bauernschaft und der Bourgeoisie zufallen mußte. Demgegenüber weist Lenin nun konkret an Hand der Tatsachen nach, daß sich kapitalistische Verhältnisse auf drei Wegen in der russischen Land-[377]wirtschaft entfalteten und bereits einen relativ hohen Grad erreicht hatten. Die Bildung des inneren Marktes für die kapitalistische Großindustrie in der Landwirtschaft vollzieht sich durch die Zersetzung der Bauernschaft, die Herausbildung einer ländlichen Kapitalisten- und Arbeiterklasse, sie vollzieht sich durch den Uebergang des Großgrundeigentums von feudaler zu kapitalistischer Betriebsführung, wobei zwar feudale Abhängigkeitsverhältnisse noch teilweise aufrechterhalten werden, aber die Verwandlung der Leibeigenen in Lohnarbeiter nicht aufzuhalten ist; schließlich schafft die Entstehung der Marktlandwirtschaft, d. h. die Spezialisierung der Landwirtschaft auf einzelne Produktionszweige, denen die anderen untergeordnet werden, z. B. Molkerei, und die als kapitalistische Warenproduktion betrieben werden, große Möglichkeiten für den Absatz der Produkte der kapitalistischen Großindustrie.

Dabei kommt Lenin zu folgenden wichtigsten Ergebnissen:

1. Nicht die Konsumfähigkeit schlechthin, sondern die zahlungsfähige Nachfrage bildet den Markt.

„Vergessen wird, daß für den Markt keineswegs der Wohlstand des Produzenten entscheidend ist, wohl aber daß er Geld besitzt; der Verfall des Wohlstandes des patriarchalischen Bauern, der früher hauptsächlich Naturalwirtschaft betrieb, läßt sich mit einer Vermehrung seiner Geldmittel völlig vereinbaren, denn je weiter der Ruin dieser Bauern fortschreitet, desto mehr sind sie gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, einen desto größeren Teil ihrer (wenn auch nicht mehr so reichlichen) Existenzmittel müssen sie auf dem Markte erstehen.“ (Seite 6.)

2. Die Zersetzung der Bauernschaft führt zur Herausbildung einer ländlichen Kapitalisten- und Arbeiterklasse. Das hat für das Problem des inneren Marktes folgende Bedeutung:

„Die Zersetzung der Bauern schafft den inneren Markt für den Kapitalismus. In den unteren Gruppen vollzieht sich die Bildung des Marktes für Konsumtionsmittel (Markt für den persönlichen Konsum), Das Landproletariat konsumiert im Vergleich mit den Mittelbauern weniger – und noch dazu Produkte schlechter Qualität (Kartoffeln statt Brot usw.) – aber es kauft mehr. Die Bildung und Entwicklung der bäuerlichen Bourgeoisie schafft Markt auf zweierlei Weise: erstens und hauptsächlich für die Produktionsmittel (Markt für den produktiven Konsum), denn die wohlhabende Bauernschaft ist bestrebt, jene Produktionsmittel in Kapital umzuwandeln, die sie von den ‚heruntergekommenen‘ Gutsbesitzern ebenso wie von den ruinierten Bauern ‚einsammelt‘. Zweitens entsteht hier Markt für persönliche Konsumtionsmittel auch infolge der erhöhten Bedürfnisse der begüterten Bauern.“ (Seite 143/144.)

3. Neben diesen beiden, für die Entstehung des inneren Marktes für die kapitalistische Großindustrie im Dorfe wichtigsten Gruppen der armen und der reichen Bauern gibt es noch die Klasse der Mittelbauern, die nicht nur für die Revolution in Rußland große Bedeutung hatte und noch heute hat. Das Wesen der Mittelbauern kennzeichnet Lenin folgendermaßen:

„Das Zwischenglied zwischen diesen nach der Reform ausgebildeten Typen der ‚Bauernschaft ist die mittlere Bauernschaft. Sie ist durch die geringste Entwicklung der Warenwirtschaft gekennzeichnet. Die selbständige landwirtschaftliche Arbeit deckt höchstens in den besten Jahren und bei besonders günstigen Voraussetzungen den Unterhalt dieser Bauernschaft, die sich deshalb in einer äußerst unsicheren Lage befindet. Die meisten Mittelbauern können nur durch Anleihen, die später abzuarbeiten sind, durch Nebenerwerb, der häufig im Verkauf der Arbeitskraft besteht, ihre Wirtschaft erhalten und gerade noch weiterführen. Jede Mißernte stößt die mittleren Bauern massenweise in die Reihe des Proletariats. In ihrer gesellschaftlichen Lage schwankt diese Gruppe zwischen der oberen, die sie anzieht, in die aber nur eine geringe Anzahl von Glücklichen gelangt, und der unteren Gruppe, in die sie der ganze Gang der gesellschaftlichen Entwicklung drängt. Wir haben gesehen, daß die Dorfbourgeoisie nicht nur die untere, sondern auch die mittlere Bauerngruppe verdrängt. So vollzieht sich die der kapitalistischen Wirtschaft eigentümliche Schwächung der mittleren Gruppe bei gleichzeitiger Entfaltung der extremen Gruppen – die ‚Entbauerung‘.“ (S. 143.) [378]

4. Diese Mittelbauern sind zugleich diejenige Schicht, auf die sich die feudale Gutswirtschaft stütze. Denn die reichen kommen für diese sogenannte „Abarbeit“, d. h. Fronarbeit, nicht in Frage, die armen

Bauern sind nicht mehr an die Scholle gebunden und wandern lieber in die Gebiete der Lohnarbeit mit höherem Lohn aus. Die Abarbeit der Mittelbauern wird also zur „typischen Erwerbsform der Mittelbauern“. (Seite 166.) Aber der Uebergang zur kapitalistischen Produktion, verbunden mit der Einführung von Maschinen, vernichtet diese feudale Form der Ausbeutung, die Abarbeit und setzt an ihre Stelle die Lohnarbeit, d. h. die kapitalistische Ausbeutung. So schaffen die Maschinen inneren Markt für den Kapitalismus:

„Aus dem Bisherigen geht klar hervor, daß die Maschinen den inneren Markt für den Kapitalismus s c h a f f e n: erstens einen Markt für Produktionsmittel (für Produkte der Maschinenindustrie, des Bergbaus usw.) und zweitens einen Arbeitsmarkt.“ (Seite 191.)

5. Mit der Zersetzung und dem Uebergang der Gutsherren von der Fronwirtschaft zur kapitalistischen Wirtschaft ist der Prozeß der Spezialisierung der Marktlandwirtschaft, d. h. der landwirtschaftlichen Marktproduktion eng verbunden, ja er ist die spezielle Form des Uebergangs der Landwirtschaft zur kapitalistischen Warenproduktion. Es heißt bei Lenin:

„Gemäß der besonderen Natur der Landwirtschaft geht ihre Umwandlung in Warenproduktion einen besonderen, von dem der Industrie abweichenden Weg. Die verarbeitende Industrie zerfällt in einzelne, völlig selbständige Zweige, die sich ausschließlich der Herstellung eines Produktes oder auch eines Teilproduktes widmen. Die gewerblich betriebene Landwirtschaft jedoch zerfällt nicht in völlig getrennte Zweige, sondern spezialisiert sich nur auf die Erzeugung dieses oder jenes Marktproduktes, wobei die übrigen Zweige der Landwirtschaft diesem Hauptprodukt, d. h. dem Marktprodukt, untergeordnet werden. Deshalb zeichnet sich die Marktlandwirtschaft durch eine gewaltige Mannigfaltigkeit ihrer Formen aus, die nicht nur in verschiedenen Gegenden, sondern auch in verschiedenen Wirtschaften variieren. Daher darf man sich bei Untersuchung der landwirtschaftlichen Marktproduktion keineswegs mit allgemeinen Angaben über die gesamte landwirtschaftliche Produktion begnügen.“ (Seite 273/274.)

„Die wachsende Marktlandwirtschaft schafft den inneren Markt für den Kapitalismus. Erstens veranlaßt die Spezialisierung der Landwirtschaft einen Tauschverkehr zwischen Gebieten, Wirtschaftsbetrieben und Produktenarten. Zweitens wächst mit der zunehmenden Einbeziehung der Landwirtschaft in den Warenverkehr die Nachfrage der Landbevölkerung nach Erzeugnissen der verarbeitenden Industrie, die dem persönlichen Konsum dienen, und drittens wächst gleichzeitig die Nachfrage nach Produktionsmitteln, da mit den veralteten ‚bäuerlichen Gerätschaften, Baulichkeiten usw. weder im Kleinbetrieb noch im Großbetrieb Landwirtschaft betrieben werden kann. Viertens endlich entsteht eine Nachfrage nach Arbeitskräften, da die Bildung einer ländlichen Kleinbourgeoisie sowie die Einführung des kapitalistischen Systems in der Gutswirtschaft auch die Entstehung eines Stammes von Landarbeitern und Tagelöhnern voraussetzt.“ (Seite 274.)

6. Zusammenfassend kommt Lenin zu den folgenden Ergebnissen über die Bedeutung der kapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft:

a) Der „landwirtschaftliche Kapitalismus ist ‚die bewegende Kraft gewesen, die das Idyll in die Bewegung der Geschichte hineingeworfen hat“. (Seite 276.)

b) „Erst der Kapitalismus hat dem jahrhundertelangen Stillstande unserer Landwirtschaft ein Ende bereitet, der Umgestaltung ihrer Technik, den gesellschaftlichen Produktivkräften einen gewaltigen Anstoß gegeben.“ (Seite 276.)

c) Erst der Kapitalismus ermöglicht maschinelle landwirtschaftliche Großproduktion mit breiter Kooperation von Arbeitskraft.

d) Erst der Kapitalismus zerstört die feudalen Formen der Abhängigkeit der Bauern vom Großgrundbesitz.

Abschließend zu diesem Abschnitt wollen wir nur noch auf die große Kunst hinweisen, mit der es Lenin versteht, aus den unvollkommensten Statistiken die Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse in der russischen Landwirtschaft abzuleiten und herauszuarbeiten, eine Kunst, von der er auch in seiner Arbeit [379] aus dem Jahre 1902, „Die Agrarfrage und die Marx-Kritiker“, unter besonderer Berücksichtigung der deutschen landwirtschaftlichen Verhältnisse glänzende Beispiele lieferte.

II.

Im 5. bis 7. Kapitel seines Buches untersucht Lenin die Formen, in denen sich die kapitalistische Industrie entwickelt. Auch hier beweist Lenin wieder seine glänzende Fähigkeit in der Anwendung der dialektischen Methode des Marxismus. Er zeigt hier konkret, Schritt für Schritt, wie sich die Industrie letztlich aus der Landwirtschaft entwickelt, er untersucht die verschiedenen Entwicklungsstufen des Handwerks, die Bedingungen und Formen der Manufaktur und schließlich die Entfaltung und die Rolle der maschinellen Großproduktion der kapitalistischen Fabrik. Diese Kapitel sind eine hervorragende Ergänzung zu den Marxschen Untersuchungen im 1. Bande des „Kapital“, insbesondere zu dem 4. Abschnitt: „Die Produktion des relativen Mehrwerts.“ Während Marx hier die allgemeinen Formen und Gesetze der Entwicklung der kapitalistischen Industrie analysiert, stellt sich Lenin vor allem die Aufgabe, diese Formen und Gesetze in den daran so bunten Verhältnissen Rußlands zu konkretisieren und dadurch zu bestätigen. So bietet er in diesen Kapiteln ein unübertreffliches Vorbild marxistischer ökonomischer Forschung und der richtigen Anwendung der marxistischen Methode auf die Analyse höchst komplizierter gesellschaftlicher Verhältnisse.

Wir haben nicht die Möglichkeit, im Rahmen dieser Besprechung auf Einzelheiten näher einzugehen. Nur ein Punkt sei näher berührt:

Aehnliche Untersuchungen haben ja bürgerliche Oekonomen, insbesondere die sogenannte „Historische Schule, in Deutschland in ausgedehntem Maße unternommen. Wie armselig erscheinen deren „Forschungsergebnisse, verglichen mit den knappen, inhaltreichen Untersuchungen Lenins (vergl. z. B. das bekannte Buch von Karl Bücher: „Die Entstehung der Volkswirtschaft“, das gewöhnlich als d a s Lehrbuch auf diesem Gebiet hingestellt wird). Unter Außerachtlassung aller theoretischen Gesichtspunkte versuchte die „Historische Schule“, insbesondere ihre „ältere“ Richtung, konkrete Wirtschaftsgeschichte zu treiben. Das Ergebnis war bekanntlich erbärmlich, es bestand in einer Unsumme von Materialzusammenstellungen und platten Verallgemeinerungen. Diese typisch bürgerliche Methode wissenschaftlicher Forschung, die alle entscheidenden Klassenzusammenhänge zu vertuschen bemüht ist, kritisierte Lenin mit folgenden treffenden Worten:

„Nichts ist ja bequemer und vorteilhafter, als sich bei der Analyse der ökonomischen Gegensätze ins einzelne zu verlieren, so die Tiefe der Gegensätze zu verhüllen und zur selben Zeit den Sozialisten ‚grobe‘ Verallgemeinerungen vorzuwerfen, wenn sie diese Gegensätze i n i h r e r G e s a m t h e i t erfassen wollen. Natürlich entbehrt eine derartige Kritik der Ergebnisse, zu denen wir gelangt sind, jeder wissenschaftlichen Bedeutung.“ (Seite 466.)

Auf Grund dieser genauen umfassenden Analyse gelang es Lenin, zu erklären, wie sich der Kapitalismus durch die Entfaltung der kapitalistischen Industrie auf dem Wege vom Handwerk über die Manufaktur zur maschinellen Großindustrie den inneren Markt für seine Produkte schafft.

„Der innere Markt für den Kapitalismus entsteht nämlich durch die parallele Entwicklung des Kapitalismus in Landwirtschaft und Industrie, durch die Bildung der Klasse der landwirtschaftlichen und der industriellen Unternehmer auf der einen Seite und der landwirtschaftlichen und industriellen Lohnarbeiter auf der anderen Seite.“ (Seite 547.)

Nachdem Lenin in 6 Kapiteln die einzelnen Formen der Entwicklung des Kapitalismus nach allen Seiten untersucht hat, faßt er die Ergebnisse seiner Untersuchung im 8. Kapitel zusammen, wo er den Prozeß der Bildung des inneren Marktes für den russischen Kapitalismus in seiner Gesamtheit analysiert. In Verbindung mit dem 1. Kapitel, das sich mit der Theorie der Realisierung beschäftigt, finden sich hier außerordentlich wertvolle Bemerkungen, die besonders für die heute vor allen revolutionären Marxisten stehende Aufgabe der konkreten Analyse der neuen Tatsachen in der Weltwirtschaft wie der imperialistischen Entwicklung des Kapitalismus wichtig sind. [380]

III.

Lenin untersucht in seinem Buch lediglich die Frage des inneren Marktes. Aber es war für ihn selbstverständlich, daß dies nur die eine Seite des Problems ist. Der Kapitalismus schafft sich den inneren Markt, aber er ist gleichzeitig gezwungen, sich auch einen äußeren Markt zu schaffen, er wächst zugleich in die Tiefe und in die Breite, d. h. er dehnt gleichzeitig auch seine Machtsphäre auf neue

Gebiete aus. Eine vollständige Untersuchung der Entwicklung des Kapitalismus muß daher beide Richtungen dieses Prozesses berücksichtigen, insbesondere auch deshalb, weil die Entwicklung des Kapitalismus „in die Breite“ nicht notwendig die gleichen Wirkungen haben muß wie seine Entwicklung ‚in die Tiefe“, wenn bestimmte historische Bedingungen vorliegen. So schreibt Lenin:

„Der im Text erwähnte Umstand hat noch eine andere Seite. Durch die Kolonisation der Randgebiete wird die Entwicklung des Kapitalismus in die Tiefe in dem alten längst besiedelten Lande verzögert. Die Lösung der dem Kapitalismus eigenen und aus ihm entstehenden Widersprüche wird dadurch zeitlich hinausgeschoben, daß es dem Kapitalismus leicht fällt, sich in die Breite zu entwickeln. Das gleichzeitige Bestehen der fortgeschrittensten Industrieformen und der halbmittelalterlichen Landwirtschaftsformen z. B. stellt zweifellos einen solchen Widerspruch dar. Wenn sich der russische Kapitalismus an keiner Stelle über die Grenzen des eigenen Gebietes ausdehnen könnte, das er schon zu Beginn der Periode nach der Reform eingenommen hatte, dann hätte dieser Widerspruch zwischen der kapitalistischen Großindustrie und den veralteten Einrichtungen der Landwirtschaft ... rasch zur völligen Beseitigung dieser Einrichtungen, zur völligen Freilegung des Weges für den landwirtschaftlichen Kapitalismus in Rußland führen müssen. Aber die Möglichkeit für den Fabrikanten, in den kolonisierten Randgebieten einen Markt zu suchen und zu finden, und die Möglichkeit für den Bauer, auf neues Land zu gehen, schwächt die Schärfe dieses Widerspruches ab und verzögert seine Lösung. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Verzögerung im Wachstum des Kapitalismus ein um so stärkeres und breiteres Anwachsen in naher Zukunft bedeutet.“ (Seite 553, Anmerkung.)

Diese Bemerkung ist außerordentlich lehrreich, weil sie gewissermaßen in gedrängtester Kürze den Schlüssel für die marxistische Analyse der Entwicklung des Kapitalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts enthält, in der bekanntlich die Verschärfung der Widersprüche innerhalb der hochentwickelten kapitalistischen Länder zeitweise hinausgeschoben wurde. Natürlich konnte das nur eine vorübergehende Abschwächung sein, wie das ja auch die ganze weitere Einwicklung des Imperialismus beweist, aber immerhin war dieses Moment doch von tiefgehenden Auswirkungen auf die Entwicklung der Klassenkämpfe.

Wichtiger aber noch als dieser Hinweis sind die grundsätzlichen Bemerkungen Lenins über die Möglichkeit der Realisierung des Produkts auf dem inneren Markte. Es ist bekanntlich eine der umstrittensten Fragen der marxistischen Oekonomie, die in den Theorien der Narodniki wie auch später Rosa Luxemburgs und in Fortsetzung ihres Versuches, den Imperialismus theoretisch zu analysieren, in der Sternbergschen Theorie eine zentrale Rolle spielt. Die Frage ist hier bekanntlich die, ob das Aufsuchen des äußeren Marktes für den Kapitalismus infolge der Unmöglichkeit, das Produkt oder doch einen Teil desselben auf dem inneren Markt zu realisieren, eine Notwendigkeit ist. Wie ist nun Lenins Standpunkt zu dieser Frage? Es heißt bei ihm:

„Im ersten Kapitel wurde die Unrichtigkeit der Theorie nachgewiesen, die die Frage des äußeren Marktes für den Kapitalismus mit der Frage der Realisierung des Produkts verknüpft ... Die Notwendigkeit des äußeren Marktes für den Kapitalismus erklärt sich durchaus nicht aus der Unmöglichkeit, das Produkt auf dem inneren Markte zu realisieren, sondern daraus, daß der Kapitalismus nicht imstande ist, denselben Produktionsprozeß im früheren Umfange und unter veränderten Bedingungen zu wiederholen (wie dies in der vorkapitalistischen Wirtschaftsordnung möglich war), daß er unvermeidlich zu unbegrenztem Wachstum der Produktion führt, die über die alten engen Grenzen der ehemaligen wirtschaftlichen Einheiten hinauswächst. Infolge der dem Kapitalismus eigentümlichen Ungleichmnäßigkeit der Ent-[381]wicklung überflügelt ein Industriezweig den anderen und strebt über die Grenzen der Gebiete mit alten wirtschaftlichen Verhältnissen hinaus ... Die Tendenz der Großfabriken, den Rahmen der alten Märkte zu sprengen, steht außer Frage. Bedeutet das nun, daß in den Gebieten, die früher als Märkte dienten, eine größere Menge von Produkten der Textilindustrie überhaupt nicht in den Konsum hätten eingehen können? ... Nein! Wir wissen, daß die Zersetzung der Bauernschaft, das Wachstum der Marktlandwirtschaft und die Vermehrung der industriellen Bevölkerung niemals aufgehört haben und auch jetzt nicht aufhören, den inneren Markt auch dieses alten Gebietes zu erweitern. Aber diese Erweiterung des inneren Marktes wird durch zahlreiche Umstände aufgehalten (hauptsächlich durch die Erhaltung veralteter Einrichtungen, die die Entwicklung des landwirtschaftlichen Kapitalismus hemmen) und die Fabrikanten werden natürlich nicht warten, bis die anderen Zweige der Volkswirtschaft in ihrer kapitalistischen Entwicklung die Textilindustrie eingeholt haben. Die Fabrikanten brauchen den Markt unverzüglich, und wenn die Rückständigkeit der übrigen Zweige der Volkswirtschaft den Markt im alten Gebiet verengt, dann werden sie einen Markt in anderen Gebieten oder in anderen Ländern oder in Kolonien des alten Landes suchen.“ (S. 549/550.)

Es ist also das Gesetz der Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung in Verbindung mit der Unvermeidlichkeit und Notwendigkeit der erweiterten Reproduktion, es sind die Widersprüche in der Entfaltung der Produktion im ganzen wie auch ihrer einzelnen Zweige und des Marktes, die verschiedenem Gesetzen unterliegen, die den Kapitalismus zum Aufsuchen des äußeren Marktes zwingen. Dieser Standpunkt wird im 1. Kapitel noch näher begründet: Dort führt Lenin folgende drei Momente für die Notwendigkeit des äußeren Marktes an:

1. Der Kapitalismus entstand als Resultat einer weitentwickelten Warenzirkulation, die die Grenzen des Staates überschritt. Daher hatte jede kapitalistische Nation Außenhandel.

2. Die theoretisch vorausgesetzte stoffliche und wertmäßige Uebereinstimmung zwischen den einzelnen Teilen der gesellschaftlichen Produktion kommt tatsächlich historisch nur als Durchschnittsergebnis einer Reihe ständiger Schwankungen zustande, wird im Kapitalismus infolge der Privatproduktion ständig gestört durchs die Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung der einzelnen sich als Markt dienenden Industriezweige, deren entwickeltere sich ständig einen äußeren Markt suchen. Bei anderer Verteilung des nationalen Kapitals könnte die gleiche Produktenmenge im Lande realisiert werden. Diese andere Verteilung ist jedoch nur durch Krise möglich.

3. Das natürliche Streben jedes kapitalistischen Industriezweiges, die Notwendigkeit zu akkumulieren, zwingt ihn zum Aufsuchen des äußeren Marktes. Dazu bemerkt Lenin:

„So beweist die Notwendigkeit, den äußeren Markt aufzusuchen, keinesfalls den Bankrott des Kapitalismus. ... Ganz im Gegenteil. Diese Notwendigkeit ist ein anschaulicher Beweis für die progressive, historische Arbeit des Kapitalismus, der die alte Isoliertheit und Abgeschlossenheit der Wirtschaftssysteme (und folglich auch die Enge des geistigen und politisches Lebens) durchbricht und alle Länder der Welt zu einem einheitlichen Wirtschaftsganzen vereinigt.

Wir sehen so, daß auch die letzten beiden Ursachen der Notwendigkeit des äußeren Marktes einen historischen Charakter tragen. Uns sie zu verstehen, muß man jeden einzelnen Industriezweig, seine Entwicklung im Innern des Landes, seine Umwandlung in die kapitalistische Form untersuchen, mit einem Worte: man braucht die Tatsachen, die über die kapitalistische Entwicklung eines Landes unterrichten.“

Lenin stellt also die Frage historisch-konkret.

Es ließe sich hiergegen jedoch einwenden, daß sich all dies auf einen Kapitalismus beziehe, der noch mehr oder weniger starke Reste vorkapitalistischer Produktionsformen habe, in einem „reinen“ Kapitalismus sei die Realisierung des Produktes oder wenigstens eines Teiles desselben unmöglich. Ohne uns auf Einzelheiten dieses Problems näher einzulassen, wollen wir nur [382] darauf hinweisen, weshalb Lenin eine solche Fragestellung für unrichtig hielt. Es heißt bei ihm:

„In allen diesen Sätzen (gemeint sind Zitate von Marx. F. B.) wird der obenerwähnte Widerspruch zwischen dem schrankenlosen Streben nach Produktionserweiterung und der Beschränktheit des Konsums festgestellt und nichts weiter. Nichts wäre sinnloser, als aus diesen Stellen des ‚Kapital‘ abzuleiten, daß Marx die Möglichkeit, den Mehrwert in der kapitalistischen Gesellschaft zu realisieren, bestritten, die Krisen durch ungenügenden Konsum erklärt hätte usw. Die Marxsche Analyse der Realisierung zeigte, ‚daß die Zirkulation zwischen konstantem Kapital und konstantem Kapital ... durch sie (durch die individuelle Konsumtion) definitiv begrenzt ist‘, doch deckte dieselbe Analyse den wahren Charakter dieser ‚Begrenzung‘ auf und zeigte, daß die Konsumtionsmittel bei der Bildung des inneren Marktes im Vergleich zu den Produktionsmitteln eine kleinere Rolle spielen. Und schließlich gibt es nichts Abgeschmackteres, als aus den Widersprüchen des Kapitalismus auf seine Unmöglichkeit, sein nichtfortschrittliches Wesen zu schließen ... Der Widerspruch zwischen dem schrankenlosen Streben nach Erweiterung der Produktion und der Beschränktheit der Konsumtion ist nicht der einzige Widerspruch des Kapitalismus, der überhaupt ohne Widersprüche weder existieren noch sich entwickeln kann. Die Widersprüche des Kapitalismus zeugen von seinem historisch-vergänglichen Charakter, erklären die Bedingungen und Ursachen seines Zerfalls und seiner Umwandlung in eine höhere Form – aber sie schließen weder die Möglichkeit des Kapitalismus noch seine Fortschrittlichkeit im Vergleich zu den vorangegangenen Systemen gesellschaftlicher Wirtschaft irgendwie aus.“ (S. 22/23.)

Diese Ausführungen Lenins stehen in dem Teil des Buches der sich mit der abstrakt-theoretischen Analyse des Problems der Realisierung befaßt. Lenin bezeichnet es hier als Fehler, die wachsenden

Schwierigkeiten des Kapitalismus infolge der Verschärfung seiner immanenten Widersprüche, die auch wachsende Schwierigkeiten der Realisierung zur Folge hat, gleichzusetzen mit der Unmöglichkeit der Realisierung überhaupt. Wohl wachsen die Schwierigkeiten, und das zeigt sich aufs Deutlichste an der wachsenden Tiefe und Heftigkeit der kapitalistischen Krisen, aber rein ökonomisch überwindet der Kapitalismus diese Krisen, da es im Wesen der kapitalistischen Krise liegt, selbst die Elemente ihrer Ueberwindung zu entwickeln.

*

Lenin hätte sein Buchs nicht zu schreiben brauchen, wenn der Prozeß des Eindringens des Kapitalismus in die Landwirtschaft vor aller Augen sichtbar gewesen wäre. Die Genialität des Leninschen Buches besteht darin, hinter der Buntheit und Vielfältigkeit der Formen den einheitlichen Prozeß der Entwicklung des Kapitalismus in Rußland aufgezeigt zu haben. F. B.

LITERATUR

„Der Klassenkampf“ Mai-Juni 1930

Die von den „Linken“ sofort nach Sturz der Müller-Regierung mit Aplomb übernommene Rolle als „Retter der Partei“ wird in den vorliegenden Heften der Zeitschrift weitergespielt. Die Gänse schnattern auf dem Capitol: „Die Stimmung der Massen ist verzweifelt, die Situation ist bitter ernst. Es ist höchste Zeit, daß etwas geschieht, daß der Arbeiterschaft bewiesen wird, daß wir dieser Arbeitslosigkeit ernsthaft zu Leibe gehen.“ (292) Aber wie kann man etwas beweisen, was nicht wahr ist? Jeder weiß, daß die SPD mit versteckter und offener Hilfe der „Linken“ die erste Bresche in die Arbeitslosenversicherung geschlagen hat, Streiks abwürgt, die Brüning-Regierung nicht nur faktisch durch ihre Funktionäre im Staatsapparat (Preußenregierung, Polizeipräsidenten usw.), durch das Reichsbanner (Abwürgung der Halleschen Opposition), sondern auch offen parlamentarisch unterstützt (Abkomman-[383]dierung von je 24 SPD-Abgeordneten bei den namentlichen Abstimmungen über die kommunistischen Mißtrauensanträge am 3. und 12. April, von 11 Abgeordneten bei der entscheidenden Abstimmung über die Steuergesetze, Stimmenthaltung beim kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Justizminister Bredt am 20. Mai, wenige Tage später gegen Groener, schließlich die Ablehnung des Mißtrauensantrags gegen Stegerwald in den letzten Tagen usw.) Die „linken“ Helden kämpfen in ihrer Zeitschrift nicht etwa gegen diese Politik, sie machen sie stramm mit*) – sie verlangen nur den Beweis, daß sie nicht existiert. „Derberes Auftreten“ (292), „Fester auftreten!“ (322) – also mehr Theater, mehr Sand in die Augen der Massen! Man solle „das irreführende Gerede von „unserem Staat“ lassen. Als ob Zörgiebels Gummiknüppel und Pistolen bloßes „Gerede“ wären!

„Die Massen müssen mobilisiert werden“ – schreibt Seydewitz – „für kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne, für Beteiligung an den Früchten der Rationalisierung, für die Anpassung der Tarifvertragsverhältnisse an den durch die Rationalisierung veränderten technischen Zustand unserer Wirtschaft ... für die Herausnahme der alten Arbeiter aus dem Betriebe d), für die mit einer Erhöhung der Invalidenrenten zu verbindende Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung auf 60 Jahre, für Heraufsetzung des schulpflichtigen Alters der Jugend, für Inbetriebsetzung des wegen der hohen unerschwinglichen Neubaumieten ins Stocken geratenen Wohnungsbaus durch Verwendung sämtlicher Hauszinssteuermittel für den Wohnungsbau und für Beschaffung notwendiger Geldmittel durch Offenlegung der Steuerlisten und Erhöhung der Besitzsteuern.“ (324.)

Man halte diesen Worten – die sich bis zur Phrase vom Sturz des kapitalistischen Systems versteigen – einige Tatsachen entgegen: Von den „linken“ Sozialdemokraten wurden im Reichstag gemeinsam mit den Bürgerlichen bis zu den „Nazis“ folgende KPD-Anträge niedergestimmt: auf Vorlegung eines wirksamen Arbeitsbeschaffungsprogramms durch die Regierung Müller (8.II.29), auf Einsetzung eines Betrags von 5 Millionen für Schulkinderspeisung (VI.29), auf Beseitigung der Steuerfreiheit für

*) Vergleiche die ausgezeichnete Materialzusammenstellung im „Roten Wähler“ Nr. 3.

Spekulationsgewinne und Einführung einer Millionärsteuer (15.V.29), auf Offenlegung der Steuerlisten (8.VI.29), auf Verschärfung der Erbschaftssteuer (12.IV.30). Dies genügt. Es sind nur die ganz öffentlichen Verrätereien. Das ganze Wesen der „Linken", ihre aktive Unterstützung und Durchführung der bürgerlichen Politik der SPD, hier zu kennzeichnen, ist unnötig. Es genügt, anzuführen, daß nirgends eine Zeile von den heranreifenden und schon ausgesprochenen Streiks, kein Wort von den Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen der Gewerkschaftsführer berichtet wird. Dieselben Leute aber wagen heute zu schreiben:

„Die Stimmung der Arbeiterschaft ist verzweifelt, sie ist verzweifelter, als nach außen sichtbar wird. Die Entfaltung und Auswirkung dieser Verzweiflungsstimmung für Ueberwindung des Arbeitslosenelends wird gehemmt und gehindert durchs die zersetzende Politik der Kommunisten, die die Not der Arbeitslosen für ihre Parteipolitik mißbrauchen, die Klassenkampfkraft des Proletariats schwächen, sich als eine positive Kraft im Dienste des Klassenkampfes der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse erweisen." (S. 22.)

Bemerkenswert an der Taktik dieser Demagogen ist, daß sie – natürlich ohne ihre hundertmal bewiesene Mitschuld zu erwähnen, fast ausschließlich die Politik der SPD z. Zt. der Müller-Regierung kritisieren, ja die Schuld dieser Regierung auch an der Brüning-Politik feststellen (293), aber über die gegenwärtige Politik der SPD, der versteckten Unterstützung schweigen, ja sie als erfolgreiche Oppositionspolitik verherrlichen, weil der Panzerkreuzer D „abgelehnt" worden sei. (291)

F. Lenz macht dazu eine ganze Theorie („Zur Neuorganisation der bürgerlichen Parteien", 301): Nach der richtigen Feststellung, daß die bürgerlichen Parteien nach 1918 nur Massenparteien werden konnten durch die Koalitionspolitik der SPD, entdeckt er, daß „der organisatorische Aufbau, das Programm, die Politik aller bürgerlichen Parteien also abhängig ist von der Stellung der [384] Sozialdemokratie. Die SPD habe kaum die Koalition, „bevor es zu spät war", verlassen, als schon „das ganze System der bürgerlichen Parteiengruppierung fiel" (306), der „ganze galvanisierte Leichnam sich zersetzte", der „dein Proletariat ein Jahrzehnt das Gesetz des Handelns vorgeschrieben". Die Bourgeoisie stehe also infolge dieses mutigen Schritts der SPD „vor dem Trümmerhaufen ihrer politischen Organisation" (307). Der famose „Theoretiker" stellt die Sache geradezu auf den Kopf: nicht von der SPD war das bürgerliche Parteiensystem abhängig, sondern von der revolutionären Kraft des Proletariats; indem die SPD dieses niedergeworfen und politisch geknebelt, hat sie zwar die bürgerlich-„demokratische" Herrlichkeit ermöglicht, aber doch nur als lumpiger Lakai der Bourgeoisie. Gegenwärtig klappt dies nicht mehr, die Revolutionierung der Massen wächst, die Bourgeoisie steht zwar noch nicht vor einem „Trümmerhaufen ihrer politischen Organisation", aber sie muß die parlamentarisch-demokratische Fassade ihrer Klassenherrschaft zertrümmern. Aber das revolutionäre Proletariat hat sie dazu gezwungen, nicht die SPD, die in diesem Prozeß der Faschisierung selbst zeitweise durch derbe Tritte an ihre Stellung erinnert, für ihre neue Rolle gedrillt wird. Was F. Lenz verzapft, ist nur die umgestülpte Theorie der Koalitionspolitik bzw. die Theorie für eine umgestülpte, versteckte Koalitionspolitik. Völlig falsch ist sein Schluß: „In D. läßt sich nur mit oder gegen den Sozialismus bürgerlich regieren: mit ihm demokratisch-parlamentarisch, gegen ihn diktatorisch-faschistisch." Auch der Faschismus in D. ist unmöglich ohne die Vor- und Mitarbeit der SPD und besonders ihres „linken" Flügels. Beweis: dieser „Klassenkampf" ...

Zu registrieren sind noch zwei Artikel des Schweizers E. Reinhard über die Politik der britischen Labourregierung, die auch im Tone der capitolinischem Gänse geschrieben sind: „Die englische Regierung bedeutet für die Internationale sehr viel; es ist nicht einzusehen (! ein prächtiger „Leiter"! K. S.), weshalb wir Sozialisten uns weniger energisch verteidigen sollten als die Kommunisten Rußlands ... Ein Versagen der englischen Arbeiterregierung in dieser schwersten Frage (der Arbeitslosenfrage. K. S.) muß seine Auswirkungen auf alle Arbeiterparteien des Kontinents haben." (267.)

R. rät Macdonald, sich an die Großfinanz der City zu wenden: „Eine energische und schonungslose Unterredung (!) der Regierung mit den Banken könne Wunder wirken," hier „liegt ganz unzweifelhaft die Lösung des Problems". (267.) „Klassenkampf" ...

Die Lage Macdonalds, der „unsinnige Krieg einer europäischen Arbeiterregierung mit indischen Arbeitern" sei „tragisch" (347), seine Politik „ideenlos" (zu wenig „linke" Demagogie!) R. ist gegen

die alte Taktik (!!) des bloßen Schießens: „Heute tut Not ein sehr ungewohnter Sprung nach den durchgehenden Pferden, das Ergreifen der Zügel, die am Boden schleifen“ (348), d. h. ein Bündnis mit Gandhi gegen die Revolution. Gleichzeitig sagt R. den indischen Arbeitern und Bauern, daß auch nur der Gedanke an einen organisierten bewaffneten Widerstand Wahnsinn wäre“. (345.)

Böchel versucht, die abgeblitzten Koalitionsversuche der sächsischen SPD in eine neue „Taktik“ umzufrisieren (336). Zwei Artikel befassen sich mit dem Halleschen Reichsbannerkonflikt und raten den RB-Arbeitern, die von den SPD-Führern aus dem RB hinausgeworfen wurden, in – die SPD einzutreten. (339, 359.)

In der Diskussionstribüne kommen z. T. Stimmen zu Wort, die sich durch ihre ehrliche Erbitterung und scharfen Worte – freilich durchs nichts mehr – von den abgefeimten Phrasen der „linken“ Führer abheben. (283, 371.) K. S.

[385]

Die Internationale
13. Jahrgang * Berlin, Juli 1930 * Heft 13/14

Kampf gegen die faschistische Diktatur – für die Diktatur des Proletariats

Berlin, 21. Juli 1930.

Bereits in den Thesen des VI. Weltkongresses wurde entgegen der Auffassung der damaligen Rechten und Versöhnler, die den Faschisierungsprozeß in den entwickelten kapitalistischen Ländern leugneten, festgestellt, daß die Weiterentwicklung der kapitalistischen Krise und die Radikalisierung der Arbeiterschaft in allen kapitalistischen Ländern den Prozeß der Unterdrückung der Arbeiterschaft mit faschistischen Methoden und zur Aufrichtung der faschistischen Diktatur beschleunige. In den zwei Jahren seit dem VI. Weltkongreß hat die Geschichte diese These durchaus bestätigt. In einer ganzen Anzahl kleinerer kapitalistischer Länder wurde die offene faschistische Diktatur errichtet, und einige große hochentwickelte kapitalistische Länder wie Deutschland oder Frankreich – trotz seiner alten demokratischen Traditionen – befinden sich im Prozeß des Uebergangs zur faschistischen Diktatur.

Die Weltwirtschaftskrise, die alle Wunden der allgemeinen Krise des Kapitalismus von neuem aufgerissen, entzündet, sie vergrößert und verschlimmert hat, beschleunigt diesen politischen Fäulnisprozeß innerhalb der Bourgeoisie. Diese Krise hat auch in Deutschland alle Illusionen über die „Gesundung der Wirtschaft“, über eine feste Stabilisierung des Kapitalismus, über den Heilungsprozeß innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft vollständig zerstört. Ein tiefer Pessimismus hat die führenden Kreise der deutschen Bourgeoisie erfaßt. Es ist charakteristisch für die gegenwärtige Rolle des Sozialfaschismus, daß seine Führer in den Gewerkschaften und in der SPD trotz der drei Millionen Erwerbslosen und trotz der mit Bestimmtheit zu erwartenden Masse von 4½ Millionen Erwerbslosen im kommenden Winter, zur Beruhigung und zur Täuschung der Arbeiter einen fröhlichen Optimismus zur Schau tragen. Und es charakterisiert die Renegaten um Brandler und Thalheimer, daß auch sie in der gegenwärtigen Krise nichts anderes sehen als eine konjunkturelle Krise, während selbst bürgerliche Wirtschaftler (Theoretiker und Praktiker) gezwungen sind, allgemeine Zerfallserscheinung der kapitalistischen Wirtschaft zuzugestehen.

Daß es sich bei der gegenwärtigen Wirtschaftskrise nicht nur um eine einfache Ueberproduktionskrise handelt, das wird schon durch den Charakter der Agrarkrise bestätigt. Die Agrarkrise ist nicht erst im Zusammenhang mit der konjunkturellen Wirtschaftskrise aufgetaucht, sie bestand bereits vorher, wenn sie auch durch die Weltwirtschaftskrise eine außerordentliche Verschärfung erfahren hat. Die Agrarkrise hat [386] nicht konjunkturellen, sondern strukturellen Charakter, sie erfährt deshalb keine Heilung im Verlauf des Krisenzyklus, sie ist vielmehr ein langwieriger Prozeß, der gerade die schwächsten Teile der Landwirtschaft, die armen und mittleren Bauern am furchtbarsten heimsucht, ihre Lage immer mehr verschlechtert und immer größere Teile von ihnen pauperisiert und ins Proletariat hinabstößt.

Noch viel klarer ist es, daß eine andere Erscheinungsform der Krise, nämlich die Massenerwerbslosigkeit, nicht nur eine spezifische Erscheinung der konjunkturellen Krise, sondern eine allgemeine Krisenerscheinung ist. Im Prozeß der Ueberwindung der konjunkturellen Krise muß gerade diese besondere Erscheinungsform der allgemeinen Krise einen höheren Intensitätsgrad erreichen. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise wird besondere Formen der „Rationalisierung“ zu besonders hoher Entfaltung bringen. Immer waren die Zeiten der Krise Zeiten der stürmischen Konzentration. Diese Konzentration vollzieht sich in der Periode des Monopolkapitals in einem sehr hohen Prozentsatz in der Form der Aufsaugung Schwächerer durch Stärkere, wobei selbst mächtige Konzerne und Mächtegruppen von dieser Aufsaugung nicht verschont bleiben. Dieser Prozeß des allmählichen Uebergangs zur höchsten Form des Monopols, zum Trust, ergibt die Ueberführung der Produktion in einige wenige hochentwickelte Riesenbetriebe und die Stillegung zahlreicher kleinerer Betriebe. Innerhalb der Betriebe selbst geht der Prozeß der Verstärkung der Arbeitsintensität ununterbrochen weiter.

Die Rationalisierung hat das Verhältnis zwischen dem in Fabrikgebäuden, Maschinen angelegten konstanten Kapital und dem in Arbeitslöhnen verausgabten variablen Kapital zugunsten des ersteren wesentlich verschoben. Da der Kapitalismus nicht für den Bedarf, sondern für den Profit arbeitet,

bedeutet die gewaltige Steigerung der Produktivität, die in der Periode der Rationalisierung erreicht wurde, nicht eine Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft, sondern eine ungeheure Verschlechterung. Die Kapitalisten versuchen das Sinken der Profitrate, das sich auch aus dem geänderten Verhältnis der Teile des Kapitals ergibt durch eine verschärfte Ausbeutung der im Betrieb stehenden Arbeiter aufzuhalten. Da es dem Kapitalismus unmöglich ist, neue Märkte in dem Tempo der Entwicklung der Produktivität zu erschließen, bedeutet Rationalisierung Steigerung der Massenerwerbslosigkeit nicht nur in den Zeiten der Krise, sondern auch in den Zeiten der „Prosperität". Der verschärfte Ausbeutungsgrad in den Betrieben führt zu einer weiteren Beschleunigung dieses Prozesses.

In Deutschland werden diese allgemeinen Zerfallserscheinungen des Kapitalismus ergänzt durch die besonderen Krankheitserscheinungen die sich aus dem Young-Plan ergeben. Ueber zwei Milliarden muß das kapitalistische Deutschland gegenwärtig jährlich an Tributlasten den Siegerstaaten bezahlen. Diese gewaltige Tributlast führt zu fortgesetzten Störungen in den weltwirtschaftlichen Beziehungen des kapitalistischen Deutschland, zu einer dauernden Beunruhigung der Festigkeit seiner Valuta, zu einer für das kapitalistisch hochentwickelte Deutschland unerträglichen Verkleinerung der als Waffe im internationalen Kampf um [387] die Weltmärkte wichtigen Kapitalausfuhr und zu einer fortgesetzten und zunehmenden Abhängigkeit vom ausländischen Finanzkapital.

Wie sehr das Vertrauen großer Teile der Kapitalisten in die Möglichkeit der Ueberwindung der allgemeinen Krisenerscheinung gesunken ist, das ergibt sich aus der Kapitalflucht, die nach den offiziellen Angaben in den letzten zehn Monaten rund acht Milliarden Mark betragen haben soll. Der gegenwärtige Uebergang zur Diktatur wurde in erster Linie damit begründet, daß im Reichstag eine Mehrheit für Steuermaßnahmen, die nicht zu einer neuen Beschleunigung der Kapitalausfuhr führen sollen, nicht zu haben war.

Welchen „Auweg" versucht gegenwärtig die deutsche Bourgeoisie? Sie „bekämpft" die Agrarkrise durch in der Zollgeschichte aller Länder unerhört hohe Agrarzölle, die zwar den Rittergutsbesitzern Luft verschaffen mögen, die aber gleichzeitig die Lage der Masse der armen und kleinen Bauern gewaltig verschlechtern. Diese Agrarzölle schützen vor allem die Großgetreidewirtschaften, während die Besitzer kleiner Parzellen, die auf Viehzucht, Milchwirtschaft usw. angewiesen sind, noch stärker belastet werden. Eine „Ueberwindung" der Agrarkrise bedeuten diese Maßnahmen der deutschen Bourgeoisie nicht.

*

Wie versucht die Bourgeoisie einer solchen Erscheinung wie der Dauererwerbslosigkeit ungeheurer Massen von Arbeitern und Angestellten Herr zu werden? Es charakterisiert den faschistischen Kurs der deutschen Bourgeoisie, daß in der Regierung Brüning ein Mann sitzt, nämlich der Justizminister Bredt von der Wirtschaftspartei, der schon vor Jahresfrist ganz offen ausgesprochen hat, daß in Deutschland zehn Millionen Fresser zu viel sind. Die deutsche Bourgeoisie sieht die „Lösung" des Erwerbslosenproblems im Hungertod der Erwerbslosen und ihrer Angehörigen. Nicht anders kann man die brutalen Maßnahmen zum Abbau der Erwerbslosenfürsorge und zur Verjagung der Erwerbslosen in die Armenfürsorge bei gleichzeitiger Verminderung der Steueranteile der Gemeinden beurteilen.

Die Hauptwaffe aber, mit der die Bourgeoisie die Krise überwinden will, das ist die Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse. Die Offensive mit diesem Ziel entwickelt sich an verschiedenen Fronten, wobei es die Tiefe der Krise charakterisiert, daß die Bourgeoisie gezwungen ist, auch die Massenbasis für eine korrumpierte Arbeiteraristokratie zu attackieren. Die gegenwärtige ungeheure Krise der Reichsfinanzen gibt der Bourgeoisie die Veranlassung, neue gewaltige Summen aus dem proletarischen und halbproletarischen Teil der Bevölkerung herauszupressen. Zuerst verteuert man die Lebensmittel und alle anderen Konsumartikel infolge der phantastischen Agrarzölle, jetzt versucht man das Milliardendefizit der Reichsfinanzen so gut wie restlos aus den Taschen der Lohn- und Gehaltsempfänger und der ärmeren Mittelschichten zu decken. Die Brutalität des Vorgehens der Bourgeoisie wird gekennzeichnet durch solche Steuern wie das „Notopfer" der Beamten und die Negersteuer, die den Gemeinden erlaubt, den [388] mehrfachen Millionär mit derselben Steuer zu

„belasten“ wie die hungernde Heimarbeiterin, die sich mit den Bettelpfennigen, die sie verdient, kaum die Schwindsucht vom Halse halten kann.

Der Hauptkampf entwickelt sich in den Betrieben. „Kapitalbildung“, „Kostensenkung“, „Wiederherstellung der Rentabilität“, das sind die Schlagworte, mit denen ein allgemeiner Lohnabbau eingeleitet worden ist. Man muß feststellen, daß dieser Lohnabbau, der in manchen Fällen bis zu 50 Prozent des seitherigen Lohnes geht. bereits einen gewaltigen Umfang angenommen hat. Unter der Androhung der Betriebsstillegung oder weiterer Massenentlassungen wurden in zahllosen Fällen durch Aenderung der Akkordlöhne oder auch durch einen generellen Lohnabbau die Löhne gesenkt. Diese Offensive hat ihren Höhepunkt noch keineswegs erreicht, sie wird erst in vollem Umfange dann einsetzen, wenn das Proletariat es der deutschen Bourgeoisie erlaubt, weitere Schritte zur Errichtung der faschistischen Diktatur und zu seiner rücksichtslosen Niederhaltung und Niederschlagung zu machen.

Das ist der kapitalistische „Ausweg“: Aufrechterhaltung der Profite der Großkapitalisten beim Untergang breiter Schichten des armen Mittelstandes (Kleinbauern, Kleingewerbetreibende), bei einer weiteren fürchterlichen Verelendung der Arbeiter, Angestellten sind Beamten, beim Hungertod von Hunderttausenden von Dauererwerbslosen.

*

Die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft in der gegenwärtigen Entwicklungsperiode des Kapitalismus, unter den neuesten Erscheinungen der Verschärfung und Zuspitzung aller Formen der allgemeinen Krise ist nur möglich bei einer rücksichtslosen Ausplünderung und Ausbeutung der proletarischen und halbproletarischen Volksmassen. Wir sahen, daß gegenwärtig die deutsche Bourgeoisie sogar gezwungen ist, gegen solche Schichten der proletarischen Bevölkerung zur Offensive überzugehen, die seither eine Massenbasis für die korrupte Arbeiteraristokratie gebildet hat. Es ist klar, daß unter solchen Bedingungen die Bourgeoisie auf die Dauer nicht mehr imstande ist, die Mehrheit der Arbeiterschaft und die im Proletarisierungsprozeß sich befindlichen Teile der Mittelschichten mit den Mitteln der formalen Demokratie hinter sich herzuführen. Wir sehen einen rapiden Zersetzungsprozeß in allen bürgerlichen Parteien mit Ausnahme des Zentrums. Das stürmische Wachstum der Nationalfaschisten in einigen Teilen Deutschlands ist trotz der großbürgerlichen Führung der NSDAP ein Ausdruck für die Radikalisierung der Ganz- und Halbproletarier, die sich bisher unmittelbar im Schlepptau der bürgerlichen Parteien befanden.

Die Aufrechterhaltung der formalen Demokratie, der demokratischen Kulisse als Ganzes, ist in Widerspruch geraten mit den unmittelbaren Interessen des deutschen Finanzkapitals. Deshalb ist der entscheidende Teil der deutschen Bourgeoisie entschlossen, zur offenen Diktatur überzugehen. Was sich in den letzten Monaten, seit dem Antritt der Regierung Brüning und besonders in den letzten Wochen bis zur Reichstagsauf-[389]lösung ereignet hat, das ist nicht anders zu bewerten, als entscheidende Schritte des Uebergangs zur faschistischen Diktatur. Nichts wäre falscher als die Annahme, daß die Dekretierung der Steuergesetze mit Hilfe des § 48 eine einmalige Handlung in einer besonders krisenhaften Lage der Bourgeoisie darstellt. Die Brüning-Regierung und die Kreise der Bourgeoisie, die hinter Brüning stehen, haben nicht aus einem besonderen „Notstand“ heraus gehandelt, denn die sozialfaschistische Fraktion war bereit, von kleinen Dekorationen abgesehen, alles zu bewilligen, was die Bourgeoisie verlangte (siehe den Artikel des Genossen Neubauer in dieser Nummer), um zur Täuschung der Arbeiter die demokratische Kulisse aufrechtzuerhalten. Das gegenwärtige Regieren mit dem § 48 kann auch nicht verglichen werden mit der Diktatur nach dem Oktober 1923. Damals war die Diktatur die Begleiterscheinung einer schweren Niederlage der Arbeiterschaft, diesmal setzt die Diktatur ein in einer Phase des beginnenden revolutionären Aufschwungs der Arbeiterklasse. Die Diktaturperiode 1923/24 schließt ab mit der Stabilisierung der deutschen Valuta und mit dem Beginn der Nachinflationskonjunktur. Die gegenwärtige Diktaturperiode aber beginnt in der Zeit einer schweren Krise, die ihren Höhepunkt noch lange nicht erreicht hat, die alle Erscheinungen der allgemeinen Krise vertieft und erweitert, in der nicht nur das Proletariat, sondern auch die halbproletarischen kleinbürgerlichen Schichten sich im Prozeß der Radikalisierung befinden.

Ende 1923 und Anfang 1924 konnte die deutsche Bourgeoisie mit Hilfe ausländischen Kapitals Maßnahmen durchführen, die zu einer relativen Stabilisierung und zu einer teilweisen Besserung der Lage der Arbeiterschaft nach der furchtbaren Inflationszeit führten. Die jetzigen Maßnahmen, die die deutsche Bourgeoisie gegen den Zerfallsprozeß ihrer Wirtschaft anwendet, bedeuten aber eine ungeheuerliche Verschlechterung der Lage des Proletariats mit Einschluß des größten Teils seiner oberen Schichten und wesentlicher Teile der Mittelschichten. Die Brüning-Diktatur wurde errichtet „in der Erwartung von Hungerkrawallen im kommenden Herbst", sie wurde errichtet, um – wie Brüning sagte – die Periode wechselnder Koalitionsregierungen abzuschließen und Platz zu machen für eine Regierung, die unabhängig von den Parteien ein längeres Sanierungsprogramm durchführen könne. Daß es sich bei dieser Diktatur nicht um eine vorübergehende Erscheinung handelt, das wurde selbst von solchen demokratischen Gardesoldaten wie Wirth und Dietrich in ihren Reden vor der Auflösung des Reichstags ausdrücklich betont.

Man muß begreifen, daß es für die deutsche Bourgeoisie unter den gegebenen Verhältnissen kein Zurück geben kann, sondern nur ein Vorwärts auf dem beschrittenen Weg. An dieser Tatsache wird auch für den Fall nichts geändert, daß nach den Neuwahlen zum Reichstag die sozialfaschistische Partei durch bedingungsloses Zustimmen zum Offensivprogramm der Bourgeoisie die demokratische Kulisse wiederherzustellen versuchen sollte. Selbst in diesem Fall wird die deutsche Bourgeoisie auch auf die äußere Betonung der Diktatur nicht verzichten, weil sie [390] darin ein Mittel sieht, durch Schaffung neuer „Autoritäten", den Abwehr- oder Angriffskampf des Proletariats zu lähmen und die im Radikalisierungsprozeß befindlichen wesentlichen Teile der Mittelschichten erneut an sich zu fesseln. Es ist ganz klar, daß in dem Maße, wie das Proletariat zu Gegenaktionen übergeht, auch die Diktatur zu brutaleren Maßnahmen schreiten wird.

*

Unser Wahlkampf wird kompliziert dadurch, daß die sozialfaschistische Partei und ebenso die nationalfaschistische Partei sich scheinbar in scharfer Opposition zur Brüning-Regierung und ihrem politischen Kurs befinden. Wir müssen deshalb der Arbeiterschaft ins Gedächtnis zurückrufen nicht nur die Geschehnisse der letzten paar Monate, sondern die der letzten Jahre. Die Reichstagswahlen 1928 fanden statt zur Zeit einer Bürgerblockregierung. Gegen Panzerkreuzer und für Kinderspeisung, so führten damals die Sozialfaschisten ihren Wahlkampf. Es kam die Regierung Hermann Müller-Hilferding-Wissell mit Panzerkreuzern ohne Kinderspeisung, mit Abbau der Sozialpolitik, mit neuen Agrarzöllen, mit neuen Massensteuern (Bier und Tabak), mit Abwürgung der Kämpfe der Arbeiter durch die Schiedssprüche Wissells usw. usw. Das Programm der Regierung Brüning zur verschärften Ausplünderung und Verelendung der armen Teile des deutschen Volkes fußt auf einem Programm, das in seinen wesentlichen Teilen bereits von Hermann Müller, Hilferding und Wissell ausgearbeitet worden ist.

Aber kämpft die sozialfaschistische Partei gegen die Diktatur? Wie sie gegen die Diktatur der Bourgeoisie kämpft, das zeigt die sozialfaschistische Braun-Regierung in Preußen: Hindenburg befiehlt die Aufhebung des Stahlhelmverbots in Rheinland-Westfalen, und Braun pariert. Wie der „Kampf" der Sozialfaschisten gegen die kapitalistische Diktatur aussieht, das zeigten die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten bei den großen Kämpfen der Arbeiter in Mansfeld und im Ruhrgebiet, das werden sie während dieses Wahlkampfes durch Niederknüppelung der Arbeiter noch klarer demonstrieren. Der „Kampf" der Sozialfaschisten gegen die kapitalistische Diktatur zeigt sich ferner darin, daß sie den Arbeitern, die gegen den Lohnabbau streiken oder streiken wollen, in den Rücken fallen und sie wie im Ruhrgebiet, wie im Mansfeldischen den Kapitalisten ausliefern. Worum die Sozialfaschisten gegenwärtig kämpfen mit den Mitteln der schmierigen Anbiederung und der jämmerlichen Unterwürfigkeit, das ist ihre Einschaltung in die faschistische Diktatur gegen das Proletariat und die Behauptung der hunderttausende gut bezahlter Posten.

Die Nationalfaschisten bilden gegenwärtig den stärksten Damm zum Auffangen radikalisierter kleinbürgerlicher Massen und teil-[391]weise proletarischer Schichten, die seither unter unmittelbarem

Einfluß der bürgerlichen Parteien gestanden haben. Das ist teilweise nur deshalb möglich, weil unsere Organisation noch nicht stark genug ist, und weil sich bei der Durchführung unserer Politik immer wieder große Schwächen zeigen. Erwähnt sei nur die Vernachlässigung unserer Arbeit unter den Angestelltenmassen, die noch stärker als die Industriearbeiterschaft von der Erwerbslosigkeit betroffen sind und von der kapitalistischen Offensive genau so attackiert werden wie die Arbeiter. Es ist zum Teil unsere Schuld, wenn breitere Schichten des Angestelltenheeres in ihrer Verzweiflung zu den Nationalfaschisten stoßen, statt daß sie dort stehen, wohin sie gehören, nämlich in der Front des revolutionären Proletariats.

Auch unter den armen Kleinbauern und Mittelschichten muß unsere Arbeit verstärkt werden, wenn sie nicht statt Helfer des revolutionären Proletariats aktive Elemente der faschistischen Front gegen das Proletariat werden sollen.

Die Politik der Nationalfaschisten in Thüringen (siehe den Artikel des Genossen Heilmann in dieser Nummer), ihre Streikbrecherrolle bei vielen Kämpfen der Arbeiterschaft, ihre finanzielle Abhängigkeit vom Großkapital, ihre Verherrlichung des Faschismus eines Mussolini, des blutigen Horthy-Regimes in Ungarn, die Entfernung aller der Elemente aus ihrer Organisation, die die Phrasen vom Sozialismus und von der Revolution ernst genommen haben, das Bündnis Hitlers mit dem Großkapitalisten und extremen Reaktionär Hugenberg, alles das wird uns die Möglichkeit geben, die Phrasen der Nationalfaschisten zu zerhauen. Unsere wichtigste Aufgabe wird darin bestehen, den Arbeitern, Angestellten, Beamten, dem armen Mittelstand und den Kleinbauern zu zeigen, daß der „Ausweg der Nationalfaschisten“ genau so wenig ein Ausweg ist wie der der Regierung Brüning, daß das „Dritte Reich“ das Privateigentum und die Ausbeutung durch das Kapital nicht antastet, daß ihr „Ausweg“ nichts anderes ist als die brutalste Form der kapitalistischen Diktatur gegen die Arbeiterschaft und gegen die in Verelendung begriffenen Schichten des Mittelstandes und des Bauerntums.

*

Das Zentrum spielt in der Brüning-Regierung und in der Brüning-Diktatur eine führende Rolle. Die drei wichtigsten Reichsministerien: Reichskanzler, Innenminister und Arbeitsminister (außerdem der Verkehrsminister) sind vom Zentrum besetzt. Das Zentrum erhält seine Weisung nicht nur von der deutschen Bourgeoisie, sondern auch vom Vatikan in Rom. Die katholische Kirche hat enge freundschaftliche Beziehungen zur Horthy-Diktatur in Ungarn und zur Schober-Diktatur in Oesterreich, sie hat sich mit der faschistischen Diktatur Mussolinis ausgesöhnt, die katholischen Organisationen bilden in Frankreich den Kern beim Aufbau der faschistischen Organisationen, die katholische Kirche marschierte in diesem Frühjahr an der Spitze einer infamen [392] Hetzkampagne gegen die Sowjetunion. Es ist klar, daß die katholische Kirche die faschistischen Strömungen im Zentrum aufs aktivste unterstützt.

Das Zentrum hat im Anschluß an die sogenannte „katholische Aktion“ eine Reorganisation durchgeführt, wobei der größte Wert auf die Schaffung von guten und zahlreichen Verbindungen zur Arbeiterschaft gelegt wurde. Man muß zugeben, daß diese Bestrebung nicht ohne Erfolg war, wie es vor allem die Kommunalwahlen im vergangenen Herbst bewiesen.

Das brutale Ausbeuterprogramm Brünings und die ebenso brutale Streikbrecherei der christlichen Gewerkschaften bei den letzten Kämpfen geben uns die Möglichkeit, unseren Vorstoß zur Gewinnung der christlichen Arbeiter und armer christlicher Bauern außerordentlich zu verstärken. Auch im Ringen um diese Massen werden wir nur Erfolg haben können, wenn wir dem zentrumsfaschistischen Geschwätz von der „Notwendigkeit von Autorität und Ordnung“ zur Ueberwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten unseren Ausweg als den einzigen Ausweg gegenüberstellen.

Die Kommunistische Partei wird den Wahlkampf führen in der Richtung auf die Mobilisierung der Arbeiterschaft gegen die kapitalistische Offensive und gegen die kapitalistische Diktatur. Die gesteigerte politische Bewegung. die sich im Verlauf des Wahlkampfes ergibt, wird die KPD ausnutzen, um mit Hilfe der RGO die Positionen im Betrieb auszubauen,

Kämpfe gegen den Lohnabbau vorzubereiten und umfassender und stärker als seither zu führen. Gleichzeitig wird die KPD den Wahlkampf ausnutzen, um den Massen die Notwendigkeit des politischen Massenstreiks als einer starken Waffe gegen die faschistische Diktatur klarzumachen. Vielleicht ergeben sich sogar im Verlauf des Wahlkampfes Situationen, in denen der politische Massenstreik lokal oder allgemein als konkrete Parole proklamiert werden muß.

Wir werden in dem Wahlkampf keinen Augenblick unseren Kampf gegen den imperialistischen Krieg und zur revolutionären Verteidigung der Sowjetunion vergessen. Der Uebergang der deutschen Bourgeoisie zur faschistischen Diktatur bedeutet ja gleichzeitig eine aktivere Außenpolitik, den Versuch, die imperialistischen Gegensätze der anderen Mächte auszunutzen zur Lockerung der Young-Fesseln, zur Neuregelung der Ostgrenzen und zur Wiedereinschaltung in die direkte koloniale Ausbeutung. Wir müssen den werktätigen Massen klarmachen, daß die imperialistische Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie, wie sie vertreten wird von den Sozialfaschisten bis zu den Nationalfaschisten, ausmündet in den imperialistischen Krieg, und vor allem in den imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion. In dieser Frage besteht eine geschlossene Einheitsfront von den Sozialfaschisten bis zu den Nationalfaschisten, wie es die Kreuzzugskampagne im vergangenen Frühjahr bewiesen hat.

[393] Der „Ausweg“, den die Vertreter der deutschen Bourgeoisie von Breitscheid bis Hitler zeigen, um die Ketten des Versailler Vertrages zu sprengen bedeutet „Heldentod“ für viele Millionen, furchtbares, qualvolles Hungerelend für die werktätigen Massen und den Versuch, an der Seite der übrigen imperialistischen Mächte den einzigen und ersten Staat der Arbeiter und werktätigen Bauern, die Sowjetunion, niederzuschlagen. Mit dem Sterben von Millionen auf den Schlachtfeldern, mit dem furchtbaren Hungerelend wäre verbunden die grauenhafteste und blutigste Versklavung und Unterdrückung der werktätigen Massen. Das ist der Weg der deutschen Bourgeoisie zur „nationalen Befreiung“.

Wir werden im Wahlkampf klar und offen vor den Massen die Frage der Sprengung der Versailler Ketten stellen. Es gibt nur einen Weg, diese Ketten loszuwerden, nämlich den Sturz der Bourgeoisieherrschaft und die Errichtung der proletarischen Diktatur. Nur das Deutschland der Arbeiter, die ein enges Bündnis mit den werktätigen Bauern schließen werden, wird imstande sein, den Young-Plan wie einen Fetzen Papier zu zerreißen; denn hinter diesem proletarischen Deutschland wird die gewaltige Macht der Sowjetunion, werden die revolutionären Arbeiter und Bauern Polens, der Tschechei, Frankreichs usw. stehen. Nur ein Sowjetdeutschland ist imstande, das Problem der Ostgrenze in brüderlichem Einverständnis mit den Arbeitern und Bauern Polens zu lösen. Das ist der Ausweg in der nationalen Frage, den die Kommunistische Partei zeigt, und es ist der einzige Ausweg.

Verzweiflung packt heute Millionen hungernder Proletarier, Arbeiter und Angestellten, verarmter Werktätigen aus den Mittelschichten. Viele von ihnen werden in die Arme der Nationalfaschisten getrieben, weil diese vom „Dritten Reich“ faseln, in dem alles besser werden soll. In einigen Ländern besteht dieses „Dritte Reich“ seit einer Reihe von Jahren, in Italien länger als ein Jahrzehnt. Wie sieht es dort aus? Der Kapitalismus wurde dort nicht angetastet, weder das „produktive“ noch das „unproduktive“ Kapital. In Italien dauert die Herrschaft der Banken fort, und sie haben mehr als einmal Mussolini das Gesetz des Handelns vorgeschrieben. In Horthy-Ungarn und in Piłsudski-Polen spielt das ausländische Finanzkapital eine entscheidende Rolle. Und wie sieht die „Befreiung“ der Arbeiter und Bauern unter der faschistischen Diktatur aus? Zur politischen Versklavung tritt dort hinzu die furchtbarste wirtschaftliche Verelendung. Hungerlöhne und über eine Million Erwerbslose in Italien, furchtbare Not der großen Masse der italienischen Bauern und Bauernpächter, fast die Hälfte der polnischen Industriearbeiter erwerbslos, die übrigen mit Löhnen, die teilweise unter den Löhnen der chinesischen Kulis liegen. Das faschistische Polen, das trotz dem Zerfall seiner Wirtschaft, trotz der furchtbaren Krise eine ungeheure Armee aufrechterhält, pfändet den verzweifelnden Bauern die letzte Kuh aus dem Stall. So sieht das „Dritte Reich“ aus, das ist die Herrlichkeit, die Hitler den deutschen werktätigen Massen bescheren will.

[394] Ein einziges Land hat wirklich den Ausgang aus dem Chaos und aus dem Elend gezeigt, die Sowjetunion. Während die ganze kapitalistische Welt von einer gewaltigen Krise geschüttelt wird, wird in einem gigantischen Tempo in der Sowjetunion eine neue höchstentwickelte Industrie aufgebaut. Während in der ganzen kapitalistischen Welt als Folge der Rationalisierung die Massen der Dauererwerbslosen anschwellen, steigt allein in der Sowjetunion stetig und rasch die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter, sinkt die Zahl der Erwerbslosen. Während in der ganzen kapitalistischen Welt die Ausbeutung in den Betrieben gesteigert wird, verwirklicht die Sowjetunion den Siebenstundentag und die Fünftagewoche, stellt sie bereits das Problem des Sechsstundentages. Während in der ganzen Welt der Reallohn der Arbeiter sinkt, ist heute in der Sowjetunion der Reallohn der Arbeiter bereits mehr als 50 Prozent über dem der Vorkriegszeit, steigt stetig weiter und wird am Ende des Fünfjahrplans mehr als doppelt so hoch sein als der Vorkriegslohn. Während die Massen der werktätigen Bauern in der ganzen kapitalistischen Welt unter der Agrarkrise stöhnen, wird in der Sowjetunion in dem gewaltigen Prozeß der Kollektivierung die Frage der schaffenden Bauern von einem ganz neuen Gesichtspunkt aus gestellt und in der günstigsten Weise für die Bauern gelöst. Die kollektive Landwirtschaft beseitigt den uralten Gegensatz zwischen Stadt und Land, sie ermöglicht die Anwendung der letzten Errungenschaften der Technik im Dorf, sie befreit den Bauer von der Rückständigkeit des Wirtschaftens, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen in den kapitalistischen Ländern nichts anderes bedeutet als ein qualvolles Untergehen.

Der Ausweg, den sich das russische Proletariat geschaffen hat, das ist auch der Ausweg der deutschen werktätigen Massen, einen anderen gibt es nicht. Die Kommunistische Partei wird in jedem Betrieb, in jedem Dorf diese Frage stellen in Verbindung mit den konkreten Aufgaben und Problemen, die dort stehen. Sie wird den Wahlkampf zu einer gewaltigen Aufrüttelung der Massen für den Abwehrkampf der kapitalistischen Offensive, gegen die faschistische Diktatur, für den Sturz der Bourgeoisie und für die proletarische Diktatur machen.

*

Deutschland und die Sowjetunion

Produktion von Kohle und Naphtha
(in 1000 Tonnen)

	Deutschland		USSR	
	Kohle	Braunkohle	Kohle	Naphtha
April 1929	13.407	14.226	3065	1179
April 1930	11.480	10.830	4178	1475

Roheisen
(in 1000 Tonnen)

	Deutschland	USSR
Mai 1928	1044	272
Mai 1929	1151	364
Mai 1930	860	447

[395]

Gesamtproduktion

	Deutschland Produktionsindex 1928 = 100	USSR Bruttoproduktion der staatl. Industrie In Millionen Rubel
März 1929	121,0	1158
April 1929	108,4	
März 1930	92,5	1464
April 1930	84,5	

Arbeitslosigkeit
(In tausend)

	Deutschland	USSR
März 1930	3.041.000*	960.000
In % zu März 1929	121,6	50

* Arbeitssuchende nach dem Statistischen Reichsamt

Beschäftigte Arbeiter

	Deutschland Prozentsatz der voll beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder	USSR Zahl der Arbeiter der staatl. Großindustrie
März 1929	91 %	100 %
März 1930	71 %*	112,9 %**

* 20 % weniger. – ** Fast 13 % mehr.

Verkehr

Tägliche Wagenverladung der Eisenbahnen in 1000 Waggons

	Deutschland	USSR
März 1929	149,3	38,3
März 1930	131,4	45,7

*

Die deutsche Finanzpolitik in der Krise

Von Th. Neubauer

(Fortsetzung)

4. Die Belastung der werktätigen Massen durch die „Sanierungs“-Aktionen

Das „Sofort“-Programm Hilferdings vom Dezember 1929 brachte die Erhöhung der Tabaksteuer um 220 Millionen; sie war verbunden mit der Einführung des Zigarettenmonopols (Kontingentierung) für den Reemtsma-Neuerburg-Konzern der 95 Prozent der deutschen Zigarettenindustrie umfaßt. Diese Steuererhöhung wurde restlos abgewälzt, zum größten Teil auf die Konsumentenmassen, zu einem kleinen Teil aber auch auf den Tabakkleinhandel durch Verkürzung der Gewinnspanne. Darüber hinaus aber ging die Zigarettenindustrie daran, dank ihrer gesicherten Monopolstellung die Qualität und Quantität ihrer Er-[396]zeugnisse zu verschlechtern und auf diese Weise eine Verteuerung der Waren und eine Steigerung ihrer Monopolgewinne herbeizuführen.

Der zweite Bestandteil des „Sofort“-Programms war die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um ½ Prozent oder 180 Millionen, die vollkommen als Massenbelastung zu betrachten ist.

Im Januar führte Moldenhauer das bereits von Hilferding fertiggestellte Zündholzmonopol ein; die dadurch erzielte Erhöhung der Zündholzpreise um 20 Prozent macht für die Massen eine Mehrbelastung von etwa 10 Millionen. Zugleich aber ist die Verzinsung und Tilgung der für das Zündholzmonopol gewährten 500-Millionen-Anleihe des schwedisch-amerikanischen Kreuger-Trusts mit etwa 40 Millionen in Rechnung zu stellen.

Im März plante die Koalitionsregierung Müller-Moldenhauer eine neue „Sanierungs“-Aktion, die folgende Massensteuern vorsah:

1. Erhöhung der Biersteuer um 75 Prozent oder	300	Millionen
2. Erhöhung der Zölle auf Tee und Kaffee	50	"
3. Erhöhte Umsatzsteuer auf Warenhäuser und		
4. Erhöhung des Finanzzolls auf Benzol	65	"
5. Streichung der Rückerstattungen aus der Lohnsteuer	70	"

Von diesen 525 Millionen neuer Massenbelastung wurde zunächst nur die Erhöhung des Finanzzolls auf Tee und Kaffee mit 50 Millionen durchgeführt, die auf dem Wege einer Verordnung auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahre 1922 (!) vollzogen wurde. Ehe die übrigen Steuergesetze beraten wurden, stürzte die Regierung Müller über die „Sanierung“ der Arbeitslosenversicherung.

Das neue Bürgerblockkabinett Brünings nahm die Steuergesetze der Müller-Koalition auf; nach langwierigen Verhandlungen innerhalb der Regierungsparteien wurden schließlich folgende Steuererhöhungen beschlossen:

1. Erhöhung der Biersteuer um 45 Prozent	180	Millionen
2. Erhöhung der Umsatzsteuer um 0,10 Prozent	120	"
3. erhöhte Umsatzsteuer auf Warenhäuser und Konsumvereine	27	"
4. Einführung der Mineralwassersteuer	40	"
5. Benzolzollerhöhung	65	"
6. Benzinsteuer	16	"

Die tatsächliche Höhe der Massenbelastung ist jedoch erheblich größer, als es in diesen 468 Millionen zum Ausdruck kommt. Nach dem „Nachrichtendienst der rheinisch-westfälischen Brauereien“ wurde z. B. die Biersteuer zum Teil in fünffacher, ja sechsfacher Höhe des Betrages der Steuererhöhung auf die Konsumenten abgewälzt. Ebenso wurden die Umsatzsteuer und die Mineralwassersteuer überhöht abgewälzt.

Gleichzeitig mit der Erhöhung der Massenbelastung im April wurde die steuerliche Belastung des Besitzes erheblich ermäßigt. Die 85 Millionen der Rentenbankschuld der Landwirtschaft wurden, wie dies schon die Müller-Regierung vorgesehen hatte, ganz gestrichen; von der Industriebelastung wurden 70 Millionen abgestrichen. Außerdem wurde ein Ermächtigungsgesetz angenommen, das der Regierung die Vollmacht gibt, die Kapitalertragsteuer auf festverzinsliche Werte aufzuheben sowie die Kapitalverkehrsteuern zu ermäßigen – ein Steuergeschenk von etwa [397] 130 Millionen an den Besitz. Endlich wurde durch Gesetz festgelegt, daß das Reich für 1931 eine Senkung der Besitzsteuern um 600 Millionen garantiert!

Im Juni trat das Brüning-Kabinett mit neuen Steuervorlagen heraus. Es verlangte:

1. Ein Notopfer von den Beamten in Höhe von 4 Prozent des Gehalts (300 Millionen);

2. eine Ledigensteuer in Höhe von ½ Prozent des Einkommens (50 Millionen);

3. eine Tantiemensteuer von ½ Prozent (5 Millionen);

4. eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 1 Prozent (280 Millionen).

Zugleich mit diesen Vorlagen wurde verlangt ein Abbau der Arbeitslosenversicherung um 170 Millionen, ein Abbau der Krankenversicherung, den die Regierung auf 300 Millionen, die Krankenkassen und die Aerzteorganisationen auf etwa 500 Millionen schätzen, und einige Abstriche am Etat, die Moldenhauer ursprünglich auf 25 Millionen veranschlagte.

Gegen diese Steuervorlagen, insbesondere das Notopfer, erhob sich ein großer Proteststurm; die Sachsenwahlen brachten eine schwere Niederlage der Deutschen Volkspartei, deren Finanzminister in erster Linie für das Notopfer verantwortlich gemacht wurde. Moldenhauer mußte auf Verlangen seiner eigenen Partei den Abschied nehmen, sein Nachfolger wurde der Demokrat Dietrich.

Das „Finanz-Sanierungs-Programm“, wie es nunmehr das Kabinett Brüning-Dietrich vorlegte, enthält folgende Bestandteile:

1. Notopfer auf Beamte und Angestellte der Behörden und öffentlichen Einrichtungen in Höhe von 2½ Prozent (135 Millionen);

2. Ledigensteuer in Höhe von 1 Prozent 110 Millionen);

3. Zuschlag zur Steuer der Einkommen über 8000 Mark in Höhe von 5 Prozent – zur Steuer – (58 Millionen);

4. Tantiemensteuer (10 Millionen);

5. Tabaksteuer – bei Verlängerung der Kontingentierung um 1 Jahr! – (48 Millionen).

Die übrigen Maßnahmen bezüglich Erhöhung der Beiträge der Arbeitslosenversicherung, Abbau der Erwerbslosenversicherung und der Krankenversicherung wurden in der früheren Gestalt übernommen. Dietrich verpflichtete sich, beim Etat Kürzungen um mindestens 100 Millionen vorzunehmen, wofür er eine Ermächtigung der Regierung verlangte.

5. Brünings Uebergang zur Diktatur und die Rolle der SPD

Das Kabinett Brüning war schon in seiner Zusammensetzung mit Treviranus als Minister der besetzten Gebiete, und Schiele als Landwirtschaftsminister ein Programm. Ueberdies legte es von allem Anfang an den größten Wert darauf, zu betonen, daß es eine neue Periode der deutschen Politik einleiten wolle, daß es eine „Regierung der Tat", eine „starke Regierung", die auch die Führung der Politik den Parteien nicht mehr überlassen werde, sein wolle.

In seiner ersten Erklärung vor dem Reichstag, am 1. April, stellte Brüning dem Parlament das Ultimatum: entweder die Regierungsvorlagen anzunehmen oder die Diktatur des Artikels 48 zu gewärtigen. Wenige [398] Tage darauf erklärte Brüning vor dem Parteitag des rheinischen Zentrums in Köln: „Entweder versumpft die Wirtschaft und der Parlamentarismus, oder es müssen Männer da sein, die den Mut haben, dagegen zu kämpfen."

Dank Hugenbergs Umfall gelang es dem Kabinett Brüning, für seine Aprilsteuern eine Mehrheit im Reichstag zu finden; infolgedessen konnte es zunächst auf die Diktaturvollmachten des Artikels 48, die der Reichspräsident Hindenburg dem Kanzler bereits zur Verfügung gestellt hatte, verzichten. Aber sobald sich gegen das neue Deckungsprogramm mit den „Notopfersteuern" der Widerstand verstärkte, trat die Drohung mit dem Artikel 48 wieder in den Vordergrund.

Die Sozialdemokratie, die sich am Abend des 27. März so plötzlich aus der Regierung hinausmanövriert sah, benutzte die erste Gelegenheit, sich den Parteien der neuen Regierung und dem Kanzler Brüning für eine Erneuerung der Koalition anzubieten. Dafür war die Rede Breitscheids überaus charakteristisch, die er nach Brünings Regierungserklärung mit ihren Diktaturdrohungen am 2. April im Reichstag hielt.

Breitscheid hielt zunächst der zusammengebrochenen Koalition eine Grabrede:

„Niemand in diesem Hause wird bestreiten können, daß die Sozialdemokratie während dieser Zeit große Opfer gebracht hat."

Dann erklärte er, wozu alles die Sozialdemokratie bereit gewesen wäre:

„Wir Sozialdemokraten waren bereit, bei der Schaffung dieser Sanierung, d. h. bei der Schaffung neuer Steuern, auch bei der Schaffung neuer Steuern, die auf den Konsum fielen, mitzuwirken ... Wir Sozialdemokraten waren auch bereit, in eine ernsthafte Prüfung der Möglichkeiten der von den bürgerlichen Parteien geforderten Steuersenkungen, vor allen Dingen der Realsteuersenkungen, einzutreten ...

Man konnte uns also wahrhaftig nicht den Vorwurf eines Mangels an Entgegenkommen machen."

Nachdem er es so hingestellt hatte, als ob die Sozialdemokratie durch parlamentarische „Intrigen" aus der Regierung manövriert worden sei und dabei in leisen Andeutungen auch auf den Reichspräsidenten und seine Umgebung angespielt hatte, hielt Breitscheid den bürgerlichen Parteien vor Augen, welche Verdienste sich die SPD um die Zollpolitik erworben hatte:

„Es wurden Zölle geschaffen, insbesondere bei Zucker, bei Weizen, Futtergerste und Schweinen, in einer Höhe, die man noch vor Jahren bei keiner Partei in diesem Hause für möglich gehalten hätte."

Am Schluß seiner Rede wandte sich Breitscheid zu der Frage des Diktaturartikels 48:

„Mit der Anwendung des Artikels 48 wird ein erster Schritt getan, der, wie ich ehrlich befürchte, sehr bedenkliche Schritte mit sehr verhängnisvollen Folgen nach sich ziehen kann. Noch einmal, Herr Reichskanzler, es liegt mir nichts an großen Worten in diesem Augenblick. Ich mahne Sie, ich bitte Sie, ja, ich möchte sagen, ich beschwöre Sie: Gehen Sie diesen Weg nicht, auf den Sie getrieben werden sollen."

Diese Rede Breitscheids haben wir deshalb so ausführlich wiedergegeben, weil sie den ganzen Charakter der sozialdemokratischen Politik gegenüber dem Brüning-Kabinett und seinen ganz offen ausgesprochenen Diktaturbestrebungen aufzeigt. Ist es nicht vollkommen klar, daß eine solche Haltung der SPD die „Frontkämpfer"regierung geradezu ermutigen mußte, weiter und weiter vorzustoßen?

Am 1. Juni trat die Bergarbeiterschaft der Mansfelder [399] Kupfergruben gegen die Unternehmerforderung nach Abbau der Löhne um 15 Prozent in den Streik. Zu derselben Zeit aber

nahmen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Verhandlungen auf mit den Vertretern des Industriekapitals, deren Ziel ein arbeitsgemeinschaftliches Uebereinkommen zwecks allgemeinen Abbaus der Löhne war. Am 10. Juni erklärte der Reichsarbeitsminister Stegerwald den Schiedsspruch von Oeynhausen für verbindlich, der den 200.000 Arbeitern der nordwestlichen Eisenindustrie einen Lohnabbau bis zu 30 Prozent aufoktroyierte. Die reformistischen Gewerkschaftsführer setzten die Verhandlungen mit den Unternehmern fort und verhinderten, daß die von der revolutionären Gewerkschaftsopposition organisierten Teilstreiks weiter griffen. Am 14. Juni wurde der Presse der Bericht über eine Kabinettssitzung übergeben, in der es hieß:

„Durchgreifend überwunden werden können jedoch diese Schwierigkeiten nur dann, wenn es gelingt, alle Produktionskosten und Preise herabzusetzen und so zu einem generell niedrigeren Preisniveau zu gelangen. Bei dieser Politik ist die Reichsregierung auf die Einsicht und die tätige Mithilfe der Beteiligten angewiesen. Sie wird solchem Vorgehen ihre eigene Hilfe nicht versagen, wie sie es durch die Verbindlichkeitserklärung für die Gruppe Nordwest der Eisen- und Stahlindustrie bewiesen hat."

Der „Vorwärts" überschrieb diese Mitteilungen ganz richtig so: „Das Kabinett für Lohnsenkung! Allgemeine Senkung der Löhne und Gehälter geplant. Der Unternehmergewinn soll geschont werden." Aber die SPD wie die reformistischen Spitzen blieben weiter in ihrer Haltung der positiven Unterstützung des Brüning-Kabinetts; auch die Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen gingen weiter!

Mitte Juni mußte vor dem Proteststurm über das „Notopfer" der Finanzminister Moldenhauer zurücktreten. Die SPD schöpfte neue Hoffnung, daß Brüning sie zum Eintritt in die Regierung auffordern würde. Die Preußenregierung, geführt von dem Sozialdemokraten Otto Braun, zeigte im Reichsrat dem Kabinett Brüning einen Ausweg aus der Moldenhauerkrise, indem sie vorschlug, das Notopfer gegen die Beamten zu ermäßigen, dafür aber die Ledigensteuer zu verdoppeln und eine kommunale Schankverzehrsteuer, also eine neue schwere Verbrauchssteuer, einzuführen. Der neue Finanzminister Dietrich beeilte sich, diese Vorschläge zu akzeptieren.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verlieh der Hilfsaktion ihrer Preußenregierung für das Brüning-Kabinett noch besonderen Nachdruck, indem sie am 24. Juni ein „Sanierungsprogramm zur Ueberwindung der Krise" bekanntgab, dessen Grundgedanken, die „Ueberwindung der Krise", wir in dem Abschnitt über die „positive Konjunkturpolitik" schon dargestellt haben. In diesem „Sanierungsprogramm" erklärt sich die SPD grundsätzlich mit dem Beamten-„Notopfer" einverstanden, hat auch nichts gegen die Ledigensteuer einzuwenden und macht sich obendrein noch den Vorschlag der Schankverzehrsteuer, der von der Preußenregierung ausgegangen war, zu eigen! Es verlangt dazu noch einen zehnprozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer für die Einkommen über 8000 Mark.

Am 25. Juni, also einen Tag nach der Veröffentlichung des sozialdemokratischen „Sanierungs"programms legte das Kabinett Brüning die Vorschläge seines neuen Finanzministers Dietrich fest, die den sozialdemokratischen Vorschlägen weitgehendst angepaßt waren: 2½ Prozent Notopfer, Verdoppelung der Ledigensteuer, 5 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer für die Einkommen über 8000 Mark, und weiter stellte [400] es den Parteien zur Wahl, ob sie den Gemeinden die von der SPD vorgeschlagene Schankverzehrsteuer oder aber die Kopfsteuer oder beide geben wollten. Für die Ausgabensenkung sollte ein Ermächtigungsgesetz für den Finanzminister gefordert werden.

Gegenüber allen weitgehenden Wünschen der SPD nach einer Beteiligung an der Regierung, erklärte aber an demselben Tage die „Germania":

„Falls die Ermächtigung nicht vom Reichstag gegeben werden sollte, werde der Reichskanzler das Finanzprogramm der Regierung auf dem Wege der Notverordnung (also gestützt auf Artikel 48) in Kraft setzen. Das Programm der Regierung könnte dann vom Reichstag nur noch außer Kraft gesetzt werden, wenn sich im Reichstage eine Mehrheit gegen die Notverordnungen der Regierung zusammenfände. Das würde dann allerdings Neuwahlen bedeuten."

Das war eine sehr deutliche Sprache. Der Diktaturparagraph schwebte wieder über dem Parlament. Aber das alles beirrte die Sozialdemokraten nicht in ihrer liebedienerischen Haltung gegenüber dem Brüning-Kabinett.

Am 27. Juni brachte Stegerwald die Vorlagen zum Abbau der Arbeitslosenversicherung und zur Krankenversicherung vor den Reichstag. Er stand zu seinem Lohnabbaudiktat gegen die Nordwestarbeiter, erklärte die Abbauvorlagen für eine absolute Notwendigkeit und verkündete:

„Es ist nicht ausgeschlossen, daß im Herbst noch mit viel drakonerischen Maßnahmen gearbeitet werden muß als gegenwärtig."

Die Antwort, welche die SPD auf diese provokatorische Rede des Reichsarbeitsministers gab, bestand in der kläglichen Rede Graßmanns, der nichts weiter zu sagen wußte, als:

„Es gibt kein schlechteres Rezept als Lohnsenkung. Es gibt kein schlechteres Rezept als Kaufunfähigmachung der breiten Kreise der Inlandsbevölkerung durch ‚Sparen am falschen Ort. Darum sehen wir auch allen Verschlechterungen in den sozialen Unterstützungen, allen Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung mit größter Besorgnis entgegen."

Dieser Erklärung Graßmanns entsprach die Abstimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 1. Juli über den von der Kommunistischen Partei eingebrachten Mißtrauensantrag gegen Stegerwald: sie enthielt sich der Stimme!

Am 3. Juli standen die neuen Steuervorlagen der Brüning-Regierung im Reichsrat zur Abstimmung. Die preußische Regierung, geführt von dem Sozialdemokraten Otto Braun, stimmte für diese Gesetze! Am 7. Juli kamen die Steuergesetze In erster Lesung vor den Reichstag; die Sozialdemokratie machte durch ihren Redner Hertz eine Reihe „positiver Verbesserungsvorschläge" und erklärte sich grundsätzlich bereit zur Mitarbeit. Aber die Regierungsparteien, insbesondere die Deutsche Volkspartei, waren darauf bedacht, die SPD noch weiter zu demütigen; sie beschlossen, statt der Schankverzehrsteuer, welche ja auch die SPD angenommen hätte, die Negersteuer einzuführen. Trotzdem verhalf am 9. Juli die SPD bei den Beratungen des Steuerausschusses dem Artikel 1 der Steuervorlagen, der grundsätzlich die Einführung des Beamtennotopfers und der Ledigensteuer festlegt, durch ihre Stimmenthaltung zur Annahme. Sie spekulierte darauf, daß Brüning bei der Ablehnung seiner Steuergesetze durch die Deutschnationalen, welche bereits feststand, gezwungen sein würde, die [401] SPD zur Hilfe zu rufen und daß ihr dann Gelegenheit gegeben wäre, sich wieder in die Politik der Regierung „einzuschalten". Diese Hoffnung war ein Irrtum!

Brüning dachte nicht daran, die Sozialdemokratie wieder in die Regierung einzubeziehen. Er nahm die Ablehnung seiner Steuervorlagen in dem Steuerausschuß in Kauf und stellte den Reichstag erneut vor das Entweder-Oder: Zustimmung zu den Steuergesetzen der Regierung oder Diktatur des Artikels 48!

In dieser Situation bot die SPD dem Bürgerblockkanzler abermals ihre Unterstützung an; der „Vorwärts" vom 12. Juli schrieb:

„Es hätte Wege gegeben und gäbe sie heute noch, die von allen Seiten als notwendig anerkannte Gesundung unseres Finanzwesens auf andere Weise zu erreichen. Das Kabinett hat nicht einmal den Versuch gemacht, diese Wege zu beschreiten. Es hat nicht einmal ernstlich geprüft, ob eine Mehrheitsbildung auf anderer Grundlage, als der von ihm gewünschten, zu erreichen wäre, und es schickt sich nun an, den Staat und sein Gefüge der größten Gefahr auszusetzen, nachdem es mit seinen privaten Wünschen nicht durchgedrungen ist."

Die bürgerliche Presse beantwortete dieses neue Liebeswerben mit bissigem Spott; darauf wiederholte die SPD ihr Angebot im „Vorwärts" vom 13. Juli:

„Nach den Ausführungen, die gestern morgen hier gemacht wurden, hat sich in der bürgerlichen Presse ein Raunen erhoben von einer ‚Anbiederung' oder einem ‚Angebot' der Sozialdemokratie. Mögen diejenigen, denen es Spaß macht, es so nennen! Richtig ist, daß die Sozialdemokratie niemals ihre Bereitschaft verleugnet hat, mit den bürgerlichen Mittelparteien über eine erträgliche Lösung der augenblicklichen Schwierigkeiten zu verhandeln."

Diese Dokumente eines hündischen Lakaientums, eines erbärmlichen Sichanbiederns an die Diktaturpolitik des Finanzkapitals verdienen festgehalten zu werden.

Am Dienstag, dem 15. Juli, als die Steuervorlagen des Brüning-Kabinetts wieder vor das Plenum des Reichstags kamen, war die Situation vollkommen klar. Man wußte, daß Hindenburg dem Kanzler die

Diktaturvollmachten des Artikels 48 zur Verfügung gestellt hatte, daß Brüning jedes Kompromiß mit der SPD ablehnte, daß er endlich die Diktatur durchsetzen wollte, die seit dreieinhalb Monaten sein Ziel war.

Was tat in dieser Situation die SPD?

Sie gab bekannt, daß die reformistischen Gewerkschaftsspitzen bereit waren, einem Lohnabbau in Höhe von 9½ Prozent für die streikenden Mansfelder Bergarbeiter zuzustimmen, sie ließ durch Otto Braun und Waentig den Stahlhelmführern schreiben, daß das Verbot des Stahlhelm im Rheinland auf Wunsch des Reichspräsidenten aufgehoben würde; sie trat in Verhandlungen mit dem Regierungsblock ein über ein Kompromiß in den Steuerfragen. Diese Verhandlungen liefen, während die Debatte im Reichstagsplenum schon begann.

Die Erklärung, die der Kanzler Brüning zu den Steuervorlagen abgab, war eine einzige Provokation. Die Regierung müsse auf der Annahme ihrer Vorlagen bestehen; sie werde im Herbst eine neue große Finanzreform durchführen; dabei werde auch die Aufhebung des Mieterschutzes auf die Tagesordnung gestellt werden müssen (eine neue Erweiterung des Diktaturprogramms!); der Schluß dieser Rede war die Ankündigung des Diktaturartikels 48.

[402] Diese Kanzlerrede beantwortete die Sozialdemokratie durch ihren Sprecher Keil (nach dem Text des „Vorwärts“) folgendermaßen:

„Auf die Gefahr hin, daß meine Aeußerungen falsch gedeutet werden, stelle ich fest, daß die starken Kräfte der großen Partei, die hier sitzt, zur Lösung der Schwierigkeiten nutzbar zu machen noch nicht versucht worden ist ...

Wenn aber die bürgerlichen Parteien den schwersten wirtschaftlichen und politischen Konflikten vorbeugen, wenn sie die ruhige politische und wirtschaftliche Weiterentwicklung des deutschen Staates und Wirtschaftslebens sichern wollen, dann werden sie sich entschließen müssen, der Arbeiterklasse (lies: „der SPD“ – der Verf.) Konzessionen zu machen, die unserer Zeit entsprechen und die die Arbeiterklasse beanspruchen muß.“

Keil erinnerte die Bourgeoisie daran, daß „die Sozialdemokratie das Reich aus der tiefsten Not gerettet, das neue Staatsgefüge aufgebaut“ habe und seitdem „die stärkste Stütze dieses Staates gewesen“ sei.

Konnte die Sozialdemokratie in ihrer unterwürfigen Liebedienerei vor der Diktatur noch weiter gehen? In den Verhandlungen, die sie mit den Regierungsparteien weiterführte, beschloß sie, noch an einer einzigen „Bedingung“ festzuhalten: Verzicht des Kabinetts auf die Negersteuer; dann könne man über alles andere, auch den Abbau der Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung sich einigen! Und weil sie immer noch hoffte, in das Gremium der Diktaturparteien aufgenommen zu werden, verhalf sie dem Artikel 1 der Steuervorlagen, der grundsätzlich das Notopfer gegen die Beamten und die Ledigensteuer festlegt, durch ihre Stimmenthaltung zur Annahme. Auf diesen Artikel konnte sich dann Brüning stützen, als er mit den Vollmachten der Diktatur die Steuern durch Notverordnung in Kraft setzte!

Die Regierung und ihre Parteien dachten im Ernst keinen Augenblick daran, die SPD an die Regierung heranzulassen. Am Mittag des 16. Juli lehnten sie die Vorschläge der Sozialdemokraten endgültig ab und bestanden auf der Einführung der Negersteuer. Im Reichtagsplenum ergriff Breitscheid das Wort zu einer Erklärung, die der Gipfel der Schamlosigkeit war; nach dem Text des „Vorwärts“ führte Breitscheid aus:

„Wir Sozialdemokraten haben auch in den letzten Tagen mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß wir zu Verhandlungen bereit sind. Wir sind in dieser Bereitschaft bis an die Grenze des irgendwie Möglichen und Erträglichen gegangen ... Wir haben das nicht getan, um irgendwie diesem Kabinett nachzulaufen, wir haben es nicht getan, um dieser Regierung willen, und nicht um unseretwillen – wir haben es getan um des Staates willen. Denn wir wußten, daß im anderen Falle die Gefahr des Artikels 48 droht, und hielten es für unsere selbstverständliche Pflicht, alles nur Mögliche zu tun, um die Gefahr der Anwendung des Diktaturparagraphen abzuwenden. Wir glauben, jeder im Saale, aber auch jeder im Lande, vor allen Dingen jeder Arbeiter draußen wird volles Verständnis dafür besitzen, daß wir auf diesem Wege bis zu dem äußersten für uns möglichen Punkt gegangen sind.“

Kein Wort davon, daß und wie die Arbeiterklasse die Diktaturregierung bekämpfen muß, selbstverständlich nicht ... bis zum letzten Atemzuge die unterwürfigen Stiefellecker der kapitalistischen Klassendiktatur!

Als der Artikel II der Steuervorlagen abgelehnt war, erhob sich der Kanzler, um zu verkünden, daß die Regierung die ganze Vorlage zurückziehe, um sie auf dem Wege der Notverordnungen mit Hilfe des Artikels 48 in Kraft zu setzen. Die Diktatur war da! Jetzt kam der Mißtrauensantrag der Kommunistischen Partei gegen das Brüning-Kabinett zur Abstimmung, md die Lakaien der SPD enthielten sich dabei der Stimme! [403]

6. Reichstagsauflösung sind weitere Perspektiven

Die sozialfaschistische Reichstagsfraktion versuchte nach dem Erlaß der „Notverordnung“ einige Manöver zu machen, um die demokratische Kulisse zu retten. Das ist aber gründlich mißlungen, obwohl sie bereit war, alles zu schlucken, was die Brüning-Regierung ihr vorsetzte. „Die Verhandlungen noch nicht erschöpft“, „zu Verhandlungen bereit“, „neue Verhandlungen“, das waren die Schlagzeilen des „Vorwärts“ in diesen Tagen. Es war ein schamloses Lecken des Stiefels, der den Sozialfaschisten selbst die Fußtritte versetzt hatte.

Unter der Führung des Zentrums willigten die Parteien, die hinter der Brüning-Diktatur stehen, eher in eine Auflösung des Reichstags als in die kleinste Konzession an die Sozialfaschisten.

Die Perspektiven der Brüning-Diktatur sind alles andere als „rosig“. Freilich kann Brüning mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß die Sozialdemokratie und die reformistische Gewerkschaftsführung auch in Zukunft alles tun werden, um der Diktatur die Arbeit zu erleichtern; sie werden die aufflammenden Streiks abdämpfen und abwürgen; sie werden alles aufbieten, um das Zustandekommen der proletarischen Gegenoffensive zu verhindern; sie werden alle vergifteten Waffen im Kampfe gegen die Kommunistische Partei anwenden. Aber werden sie damit Erfolg haben?

Dies hängt in allererster Linie von der Kommunistischen Partei selbst ab, von ihrer Energie, Aktivität und Entschlossenheit die Massen zum Kampf zu mobilisieren und zu organisieren, davon, ob sie es versteht, an diese Massen wirklich heranzukommen, sie zu erfassen.

Das Schwergewicht der kommunistischen Arbeit liegt mehr denn je in den Betrieben. Die Aufgabe ist: von den Betrieben aus die Massen zum Streik zu bringen, diese Streiks zu verbreitern, zu Massenstreiks zu erheben, ihnen einen klaren politischen Inhalt zu geben, ihnen das klare politische Ziel zu stecken.

Hand in Hand damit muß die kommunistische Arbeit in den Massenorganisationen des Proletariats gehen und unter den Massen der Arbeitslosen. Es gilt, die arbeitslosen Massen zum Kampf zu verbinden mit den betriebstätigen Arbeitern. Es kommt darauf an, alle wirtschaftlichen und sozialen Anknüpfungspunkte auszunutzen, um die Mobilisierung der Massen zu beschleunigen.

Bei dieser Arbeit darf die Partei nicht übersehen, daß sie auch an die Mittelschichten in der Stadt und auf dem flachen Lande herankommen muß. Dort ist die Not groß und die Gärung im Wachsen. Diese Schichten laufen zu den Nationalsozialisten, wo es der Kommunistischen Partei nicht gelingt, sie zu erfassen oder zum mindesten zu neutralisieren.

Die Zuspitzung der inneren Klassengegensätze Deutschlands erleichtert den Kampf gegen den Sozialfaschismus. Die politischen Tatsachen und Dokumente der letzten Entwicklung, die Politik der SPD unter der Koalitionsregierung Müller wie unter der Brüning-Regierung, die Rolle, die die SPD jetzt unter dem Diktaturregime spielt, das alles ist ein fast unerschöpfliches Waffenarsenal für unseren Kampf gegen den Sozialfaschismus.

Die objektiven und subjektiven Voraussetzungen für den Vormarsch der Kommunistischen Partei sind günstig. Es liegt an der Partei, sie auszunutzen für die Organisierung der proletarischen Revolution.

[404]

Die Sachsenwahlen und ihre Lehren

Von Rudolf Renner, Dresden

Das beachtliche und überraschende Ergebnis der Landtagswahlen in Sachsen ist der außerordentlich starke Stimmenzuwachs der Nationalsozialisten. Mit einem Erstarken dieser Bewegung rechnete man allgemein, dieser Grad des Anwachsens wurde aber von niemanden angenommen. In ganz Sachsen stieg die Stimmenzahl der Nationalsozialisten von 133.958 bei der Landtagswahl 1929 auf 375.788. Sicherlich kommt der weitaus größte Teil dieser neugewonnenen Stimmen aus dem Lager der bürgerlichen Parteien. Die Verluste dieser Parteien sind außerordentlich groß. Die Deutsche Volkspartei verlor 136.107 Stimmen, die Wirtschaftspartei 69 341, die Deutschnationalen 91 716, die Demokraten 31.406, das Landvolk 21.025, die Volksrechtspartei 26.146 und die Altsozialdemokraten 20.348. An neuen bürgerlichen Parteien traten auf: die Volksnationale Vereinigung (sie erhielt 39.351 Stimmen) und der Christlich-soziale Volksdienst (57.408 Stimmen). Stellt man die Gesamtverluste der bürgerlichen Parteien zusammen, rechnet man den Gewinn der Nationalsozialisten und die Stimmen der zwei neuaufgetretenen Parteien, dann blieben immer noch 22.000 Wähler dieser Parteien, die sich nicht an der Wahl beteiligten.

Bevor wir aber zur Bewertung dieser Wahlergebnisse kommen, müssen wir erst die anderen Parteien betrachten, um eine Gesamtwertung zu geben, denn die Gegenüberstellung der Verluste der bürgerlichen Parteien und der Gewinne der Nazis allein würden ein absolut falsches Bild ergeben. Diese Methode, die zur Täuschung der Arbeiter von den Sozialdemokraten angewandt wird, müssen wir ganz entschieden ablehnen.

Die Sozialdemokratie hat gegenüber der vorigen Landtagswahl teilweise große Verluste zu verzeichnen. Ihre Stimmenzahl ging von 922.932 auf 868.011 zurück. Sie verlor 54.921 Stimmen. Die Brandleristen verloren von ihren 22.129 Stimmen noch 7481.

Neben der Nationalsozialistischen Partei ist die KPD die einzige Partei, die Stimmen gewann. Der Gesamtgewinn der Partei beträgt 10.940 Stimmen. Sie erhielt 356.470 Stimmen gegen 345.530 bei der Landtagswahl 1929.

In den einzelnen Wahlkreisen ergibt sich folgendes Bild:

	Landtagswahl 1930	Landtagswahl 1929	Reichstagswahl 1928
Dresden-Bautzen	101.990	93.667	105.874
Leipzig	112.579	110.743	121.329
Chemnitz-Zwickau	141.991	141.120	154.362

Der Stimmengewinn der Partei beträgt im Wahlkreis Dresden 8323 Stimmen, in Leipzig 1736 Stimmen und in Chemnitz-Zwickau 871 Stimmen.

Der Verlust der Sozialdemokraten in den einzelnen Wahlkreisen beträgt:

Dresden	39.652	Leipzig	1008	Chemnitz	14.161

Der Rückgang der Brandleristen beträgt nach Wahlkreisen:

	Stimmenzahl		
	1930	1929	Verlust
Dresden	3637	4620	983
Leipzig	4449	7611	3262
Chemnitz	6562	9898	3336

[405] Der Gewinn der Nationalsozialisten verteilt sich auf die Wahlkreise wie folgt:

	Stimmenzahl		
	1930	1929	Verlust
Dresden	105.099	36.589	68.510
Leipzig	78.556	25.901	52.655
Chemnitz	192.133	71.468	120.665

In den drei großen Städten stellt sich das Ergebnis folgendermaßen dar:

In Dresden verlor die SPD 18.192 Stimmen, die KPD gewann 2225 Stimmen. Die Nazis gewannen 31.503 Stimmen. KPO-Verlust 230.

In Leipzig: SPD-Verlust 547 Stimmen. KPD gewann 2297 Stimmen. Nationalsozialisten gewannen 30.334 Stimmen. KPO-Verlust 2139.

In Chemnitz: SPD-Verlust 428 Stimmen. KPD-Gewinn 1372 Stimmen. Nationalsozialisten gewinnen 29.345 Stimmen. KPO-Verlust 776.

Es zeigt sich dabei, daß in Leipzig und Chemnitz die Stimmen der von der SPD und der KPO abgegangenen Wähler fast vollständig von der Partei erfaßt werden konnten, in Dresden dagegen doch nur ein ganz geringer Teil.

Der Rückgang der SPD ist in beiden Städten aber außerordentlich gering, während er in Dresden sehr beträchtlich ist. Dasselbe Bild ergibt sich für die drei Gesamtwahlkreise.

Im allgemeinen ist das Wahlergebnis außerordentlich verschiedenartig. Neben den Gewinnen in den verschiedensten Orten stehen Verluste in anderen. Dabei macht bei dieser Erscheinung fast kein Teil Sachsens eine Ausnahme, Gewinn und Verlust stehen immer nebeneinander, wenn auch verschiedene graduelle Unterschiede auftreten. Verhältnismäßig am günstigsten ist das Landgebiet von Dresden, trotzdem zeigen sich aber auch hier starke Schwankungen. Ebenfalls relativ günstig stehen die Gebiete um Meißen, Döbeln, Flöha und Zittau. In Zittau zeigt das Landgebiet ein besseres Ergebnis als die Stadt. Hier blieben wir um einige Stimmen hinter der vorigen Wahl zurück, während im Landgebiet aufgeholt wurde. Wir lassen hier einige Beispiele folgen:

In Zwickau-Stadt, wo der Sekretär Nischwitz einige Tage vor der Wahl zur SPD übertrat, verloren wir 1100 Stimmen; hier verlor auch die SPD, und zwar 10.600 Stimmen. In Plauen gewannen wir 80 Stimmen, in Annaberg 500, in Aue 200, in Meerane 100, in Oelsnitz 400, in Olbernhau verloren wir 50 Stimmen, in Werdau 160, in der Amtshauptmannschaft Werdau gewannen wir einige Stimmen. In der Amtshauptmannschaft Oelsnitz verloren wir 170 Stimmen. Während wir in der Stadt Glauchau einige hundert Stimmen einbüßten, gewannen wir in der Amtshauptmannschaft 500 Stimmen. In der Amtshauptmannschaft Flöha haben wir einen gleichen Gewinn. Hier gewannen wir auch in der Stadt Flöha. In Bautzen haben wir in der Stadt Verlust, dagegen gewannen wir in der Amtshauptmannschaft 200 Stimmen. Während in Löbau sich überall Rückgang zeigt, in der Stadt über nur 7 Stimmen, dagegen in der Amtshauptmannschaft 330. In Stadt und Amtshauptmannschaft Pirna zeigt sich ein Rückgang. In der Stadt beträgt derselbe rund 300 Stimmen, in der Amtshauptmannschaft 600. Gewinn und Verlust treten überall auf. Während z. B. Heidenau-Stadt das Ergebnis der letzten Wahl nicht erreicht, gewinnt das knapp daneben liegende Dohna 70 Stimmen. Die KPD wird dort die stärkste Partei. Die KPD hat dort jetzt 722 (651), Sozialdemokraten 697 (754), Nazi 120 (14), KPO 8 (39). [406] In Berggießhübel zeigt sich ein ähnliches Ergebnis: KPD 212 (193), SPD 223 (225), Nazi 45 (3), KPO 4 (7). Beachtlich ist vor allem das Ergebnis von Limbach-Stadt. Hier erhielten Stimmen: KPD 3613 (3269), SPD 1028 (1020), DVP 937 (1713), Wirtschaftspartei 943 (1325), Dnat. 719 (1181), Landvolk 49 (95), Nazi 2561 (832), Demokraten 112 (150), Volksrechtspartei 107 (204), ASP 60 (128), Brandlerianer 39 (64), Christlichsoziale 247, Volksnationale 10.

Die vollständige Verschiedenartigkeit der Entwicklung zeigt das Ergebnis von Wurzen und Grimma. In Grimma stieg unsere Stimmenzahl von 409 auf 674. Die SPD verlor dort aber nur 10 Stimmen, die KPO 140. Die Stimmen der Nazis stiegen von 484 auf 890. In Wurzen dagegen verlieren wir: von 1448 Stimmen auf 1236. Die SPD gewinnt hier: von 4176 auf 4340, die KPO von 43 auf 63, die Nazis von 192 auf 1460.

Die allgemeine Ueberprüfung der Ergebnisse zeigt, daß in der Arbeit der Partei eine große Zahl Mängel und Schwächen eintraten, die jetzt aufgezeigt und beseitigt werden müssen.

Das rapide Anwachsen der faschistischen Stimmen zeigt der Partei eine ernste Gefahr. Die Nationalsozialisten vermochten es, die KPD an Stimmenzahl zu überflügeln.

Angesichts einer solchen Lage kann man sich keineswegs, wie die Sozialdemokraten das tun, damit trösten, daß die Nationalsozialisten „nicht in das Lager der Marxisten“ eingedrungen wären. Man darf

nicht vergessen, daß einerseits es der Kommunistischen Partei nicht gelungen ist, die von den bürgerlichen Parteien abgewanderten Arbeiterwähler und die proletarisierten oder vor der Proletarisierung stehenden Mittelständler zu gewinnen, daß andererseits das Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen nicht ohne Einfluß auf die Arbeiter bleiben wird, daß die Nationalsozialisten jetzt versuchen werden, in die Betriebe einzudringen und ihren Einfluß. innerhalb der Arbeiterschaft auszubauen und zu befestigen.

Die Partei muß ganz klar erkennen, daß sie den hier begangenen Fehler, diese Schichten nicht zu beachten oder außerordentlich stark zu vernachlässigen, abstellen muß. Es zeigt sich bei den Sachsenwahlen ganz deutlich, daß die schematische Anwendung der Parole: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“ den Faschisten keinerlei Abbruch tat. Es gab während der Sachsenwahl Orte, wo die Nationalsozialisten nicht in der Lage waren, Versammlungen durchzuführen, weil bei dem Aufmarsch der aktiven Teile der Arbeiterschaft die Anhänger der Nationalsozialisten es nicht wagten, in diesen Versammlungen zu erscheinen. Trotzdem haben aber die Nationalsozialisten in diesen Gebieten auch teils großen Stimmenzuwachs erhalten. Auch in den Orten, wo die Nationalsozialisten kurz vor der Wahl Arbeitermorde durchführten, wie in Eythra und Glauchau, ist der Gewinn der Nazis groß. Es zeigt sich also an diesen Beispielen, daß die ideologische Bekämpfung des Faschismus eine der ernstesten und dringendsten Aufgaben der Partei ist. Das Beispiel von Sachsen zeigt die Gefahr, die die faschistische Bewegung für die Arbeiterschaft bedeutet. Die Nationalsozialisten haben sich in die Entwicklung, zumindestens jetzt, vor uns eingeschoben. Die Partei muß alle Kräfte entfalten, um eine Politik unter den werktätigen Mittelschichten zu entfachen, die Interessen der werktätigen Mittelschichten wahrzunehmen und so den wahren Zweck der Nationalsozialisten in der Praxis auch der täglichen Erscheinungen aufzuzeigen.

[407] Eines der ernsthaftesten Versäumnisse im Wahlkampf war die absolut ungenügende oder teilweise überhaupt nicht durchgeführte Propagierung der Endziele der kommunistischen Bewegung. Wohl waren in einigen Materialien Bemerkungen dazu enthalten, aber eine grundlegende Kampagne wurde nicht geführt. Da wir nicht genügend Klarheit über die Krise des Kapitalismus und die Diktatur des Proletariats gaben, zogen die Phrasen der Nazis von der „Diktatur des starken Mannes“ bei den Mittelschichten und banden diese an die Nationalsozialistische Partei.

Auch unter der Arbeiterschaft wird die Frage der Diktatur stärker und mehr gestellt, und auch hier ist die Propagierung und die Aufklärung über das Endziel der KPD eine zwingende Notwendigkeit. Die Ermangelung einer breiten Massenarbeit gegen den Faschismus konnte es den Faschisten ermöglichen, ihren Stimmenzuwachs in Sachsen zu erreichen.

Der Partei ist es keineswegs gelungen, einen wirklich starken Einbruch in die sozialdemokratische Front zu machen. Die sozialdemokratische Front steht noch ziemlich fest. Bei dem sehr geringen Verlust in Chemnitz und Leipzig kann man von einer Erschütterung der sozialdemokratischen Front nicht sprechen. Aber auch der Verlust in Dresden (Ostsachsen) ist keineswegs eine Erschütterung der sozialdemokratischen Front. Die von der Sozialdemokratie abgewanderten Wähler sind auch nur zu einem geringen Bruchteil zur Kommunistischen Partei gestoßen. Das Gros dieser Wähler, deren Zahl seit der Reichstagswahl jetzt über 170.000 ausmacht, blieb der Wahl fern. Hier zeigt sich die noch absolut ungenügende Einstellung der Partei auf eine wirkliche Einheitsfronttaktik von unten. Noch nirgends zeigen sich ernsthafte Ansätze einer solchen Einheitsfrontbewegung. Vielfach ist es noch der Fall, daß die Mitglieder der Partei dem sozialdemokratischen einfachen Arbeiter offen feindlich gegenüberstehen und eine ernsthafte, aufklarende und sachliche Diskussion nicht führen. Daraus ergibt sich, daß die Verbindung zwischen der Kommunistischen Partei und den unzufriedenen sozialdemokratischen Wählern und dem Gros der parteilosen Arbeiter noch nicht hergestellt werden konnte. Die Partei muß auf diesem Gebiet eine wirkliche Wendung durchführen und ihre Arbeit zu einer Massenarbeit gestalten. Hier liegt aber noch ein sehr starker Mangel vor. Entweder sehen wir noch offen opportunistisches Zurückweichen oder sektiererisches Verhalten, meist treten beide zusammen auf.

Das wichtigste Kampfmittel zur Gewinnung der Massen, die Auslösung von Wirtschaftskämpfen, die zu einer Entlarvung der sozialfaschistischen Führerschaft und der Nazis führen müssen, kam

leider während des Wahlkampfes nicht zur Anwendung. Opportunismus und Sektierertum verhindern auch hier noch eine wirkliche Auslösung der Kämpfe, ja die hierzu notwendigen vorbereitenden Arbeiten. Hier zeigen sich noch die Schwächen der RGO, die organisatorisch noch außerordentlich schlecht fundiert ist, als Massenorganisation noch keineswegs angesprochen werden kann. Hier fordern die Verhältnisse gebieterisch eine Aenderung, eine wirkliche Festigung des Einflusses, eine Wiederauflebung der Fraktionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften, von der man gegenwärtig wenig spürt, und ein Heranziehen von Massen für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Durchführung aller dieser Arbeiten für die Partei ist die schnellste und entscheidendste Schulung der gesamten Parteimitgliedschaft. Gerade [408] in der jetzigen Situation liegt das Hauptgewicht der Arbeit in immer stärkerem Maße auf dem Gros der mittleren Funktionäre und der Masse der Parteimitglieder. Das erfordert, daß die gesamte Partei schlagkräftig und geschult ist. Die Partei wird deswegen dazu übergehen, Mitgliederkurse durchzuführen, und zwar nicht Kurse mit einem ausgesuchten Funktionär- oder Mitgliederstab, sondern vor der gesamten Mitgliedschaft. Die daneben laufenden Schulungsarbeiten, Fortgeschrittenenkurse, Bezirksparteischulen, werden durch diese Arbeit nicht gestört, sondern müssen diese Arbeit fördern.

Die Partei, die in Sachsen ganz objektiv das Ergebnis der Wahl beurteilt, die das geringe Anwachsen ihrer Stimmenzahl keineswegs als einen Erfolg anspricht, sondern es sich ganz klar sagt, daß in Anbetracht der allgemeinen Situation – der Verschärfung der Klassengegensätze, der Unternehmeroffensive – die Lage eine günstige ist, die erkennt, daß bei einer wirklich ernsthaften und richtigen Bearbeitung die mit den bürgerlichen Parteien unzufrieden gewordenen Arbeiterwähler und proletarisierten Mittelständler sich zur Kommunistischen Partei hätten wenden müssen, hat aus dem Wahlergebnis die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen und ist dabei, eine wirkliche Massenarbeit einzuleiten durch die Verbesserung der Betriebsarbeit, durch den Ausbau der RGO sowie aller überparteilichen Massenorganisationen und deren selbständiges Auftreten. Durch die Erstellung der Antifa und der Betriebswehren wird sie die Plattform für eine ideologische Bekämpfung des Faschismus und für eine wahrhafte Massenpolitik schaffen. Sie betreibt beschleunigt die Zusammenfassung und Schulung der Betriebsräte, sie wird die Wendung zu den werktätigen Frauen und Jugendlichen beschleunigen und verbessern und damit die Basis unserer Massenarbeit verbreitern.

Wenn die Partei diese Aufgaben durchführt, wenn sie nicht steckenbleibt, dann wird sie, die als einzige Partei neben den Faschisten vorwärtsmarschieren konnte, sich dabei auch als einzige Kraft gegen den Faschismus zeigte, in ganz kurzer Zeit aufholen.

Inzwischen hat sich in Sachsen die Lage soweit geklärt, daß anzunehmen ist, daß die Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien eine Koalitionsregierung bilden. Ob diese Regierung jetzt schon oder erst nach den Landtagsferien zustandekommt, ist noch nicht feststehend. Die Bildung einer solchen Koalitionsregierung wird nur in Frage kommen, wenn der Ministerpräsident einer solchen Regierung aus den bürgerlichen Mittelparteien genommen wird. Nach dem, was bekannt wird, sind die Sozialdemokraten nicht ganz abgeneigt, eine solche Lösung anzunehmen. Sie vollführen im neuen Landtag schon wieder Betrugsmanöver gegen die Erwerbslosen, gegen die arbeitenden Schichten und versuchen, bis zur Bildung einer Regierung jede Entscheidung über die Lage der Arbeiter zu verschleppen. Das Verhalten der Sozialdemokraten wird bei einer besseren Einheitsfront und bei einer viel intensiveren Darstellung ihrer betrügerischen Maßnahmen große Arbeiterschichten von der Sozialdemokratie loslösen können und zu uns heranführen.

Die Partei wird die Erfahrungen und Lehren der letzten Landtagswahl ausnutzen und entschlossen ihre Schritte zur Verbesserung der kommunistischen Positionen in Sachsen einleiten. [409]

*

Frick-Regierung und Proletariat

Ein Beitrag zum Kampf gegen den Nationalfaschismus

Von Fritz Heilmann

Das starke Ansteigen der nationalsozialistischen Bewegung bei der letzten Landtagswahl in Sachsen, die Vermehrung der Anhänger der NSDAP im Zeitraum von einem Jahr um fast das Dreifache, hat

die Partei und darüber hinaus das ganze klassenbewußte Proletariat erneut auf die Werbekraft dieser faschistischen Partei hingewiesen. Die Notwendigkeit eines verstärkten Kampfes gegen den Nationalfaschismus wird allgemein als eine der wichtigsten Aufgaben der proletarischen Klasse – und der KPD im besonderen – erkannt. Dieser verstärkte Kampf ist um so notwendiger, weil es hieße, die Augen vor den Tatsachen zu verschließen, wenn man nicht erkennen wollte, daß die Nazis nicht nur im Lager des Bürgertums und besonders der kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten neue Anhänger gefunden haben, sondern daß es ihnen auch gelang, einen Teil proletarischer Elemente für sich einzufangen. Die Wahlergebnisse in einigen Orten Sachsens sowie schon sechs Monate vorher in verschiedenen Bezirken Thüringens (Sonneberger Gebiet) bringen das zweifellos zum Ausdruck.

Ehe man aber Stellung nimmt zu den Methoden des Kampfes gegen die Nazis, ist es notwendig, zu untersuchen, wo überhaupt die Wurzeln der agitatorischen Erfolge dieser Partei liegen. Gerade in Anbetracht des sächsischen Wahlresultats muß darauf hingewiesen werden, daß das Anwachsen der Anhängerschaft der Nazis zu verzeichnen war nach sechs Monaten Frick-Regierung in Thüringen, die den wahren Charakter der nationalsozialistischen Politik an Dutzenden von Beispielen klar zum Ausdruck gebracht hat.

*

Die ungeheuer verschärfte Krise des Kapitalismus und dazu noch in Deutschland die Durchführung des Young-Plans hat die Lebensexistenz für breite Schichten weiter ganz erheblich herabgedrückt, hat zum Zusammenbruch sehr vieler mittelständlerischer und kleinbürgerlicher Existenzen geführt, hat weite Kreise in eine allgemeine Verzweiflungs- und Panikstimmung versetzt. Da gibt es Schichten, die von 1918 bis heute schon alle bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD durch sind. Sie haben erst die Hoffnung auf die eine Partei gesetzt, und als sie von dieser enttäuscht wurden, sind sie zur anderen und dann wieder zur nächsten hinübergewechselt. Diese Schichten haben jetzt ein Gefühl des ewigen Betrogen- und Verlassenseins, ein Gefühl, das ungefähr stimmungsgemäß zum Ausdruck bringt: „Es hilft uns ja doch keiner, wir sind auf jeden Fall verraten und verkauft.“ Diese Kreise haben keine oder ganz wenig politische Schulung, sind noch nicht fähig, die politischen Zusammenhänge klassenmäßig zu empfinden oder gar zu erkennen, haben wohl das dumpfe Gefühl, daß „es so nicht weitergehen kann“, und warten bei aller Niedergeschlagenheit und Verzweiflung auf eine Kraft, die ihnen den Weg aus der jetzigen Misere zeigt.

Diese Leute kommen nun in eine Versammlung der Nationalsozialisten. Schon rein äußerlich ist da etwas, was auf sie wirkt. Da marschieren die uniformierten Sturmabteilungen vor der Rednertribüne auf. Der Redner wird mit dröhnenden „Heil!“-Rufen empfangen. Oft ist die Dekoration des Saales auf äußerliche Gewinnung sehr geschickt aufgemacht. Und nun legt der nationalsozialistische Redner los. In der [410] ganzen Art sehr couragiert, mit einem großen Stimmaufwand, seine Rede ist aufgebaut auf einem ganzen Lexikon radikaler und sozialer Phrasen, dazu noch ein Schuß Volksgemeinschaftsideologie und der Hinweis auf das „Dritte Reich“ unter Führung eines auserlesenen, eines außerordentlich begabten Mannes, als der Adolf Hitler präsentiert wird. Wer oft nationalsozialistische Versammlungen besucht hat, wird bestätigen müssen, daß vor allen Dingen die radikalen Phrasen gegen die Erfüllungspolitik, gegen die Auslieferung des „deutschen Volkes“ an das internationale Finanzkapital und gegen die Erfüllungsparteien (SPD, Demokraten, Zentrum und Deutsche Volkspartei) den Hauptteil der Referate ausmachen und auch auf die Zuhörerschaft die stärkste Wirkung ausüben. Demagogisch rechnen die Naziredner die Belastung durch den Young-Plan vor, wobei sie dann oft noch eine wüste antisemitische Hetze einflechten. Sie finden scharfe Worte gegen die heutige Republik und ihre Regierungen, führen einen angeblich heftigen Kampf gegen jede Korruption und für unbedingte Sauberkeit und Ehrlichkeit und appellieren mit großem Geschick an das Gefühl, unter reichlicher Zuhilfenahme religiöser Phrasen. Bei dieser Grundeinstellung in den Reden überhören die Versammlungsteilnehmer meist vollständig die starken Einschränkungen, die besonders in der letzten Zeit die Referenten auf Grund der allgemeinen Schwenkung in der politischen Linie der Nazis schon in ihren Referaten zu den von ihnen gedroschenen Phrasen machen. So z. B. der Unterschied zwischen „raffendem“ und „schaffendem“ Kapital, ferner das Bekenntnis, daß sie die Republik nicht stürzen, sondern erobern wollen usw.

Man muß verstehen, daß diese skrupellose Art der Agitation auf die oben gekennzeichneten Schichten zum großen Teil ihre Wirkung nicht verfehlt. Wie sich der Ertrinkende an einen Strohhalm klammert, so werfen sich Tausende und aber Tausende in ihrer Verzweiflung den nationalsozialistischen Phraseuren an den Hals. So ist wohl im wesentlichen zu erklären das sprunghafte Ansteigen der Anhängerschaft der Nazis in der letzten Zeit.

Ein politisch besonders ernstes Kapitel ist dazu aber noch die Art und Weise, wie die Nazis auch proletarische Elemente zu sich hinüberziehen. Hier knüpfen sie an den Verrat der SPD-Führerschaft an, zählen sämtliche Korruptionsfälle von Barmat bis Sklarek auf und noch einige dazu, stellen die Kommunistische Partei als eine Ausgeburt des „russischen Judentums" hin, nur zu dem Zweck geschaffen, um auch die Arbeiterschaft unter die jüdische Knute zu bringen. Und dann legen sie dar, daß es nur einen „nationalen", einen „deutschen" Sozialismus geben könnte, denn die Kriegs- und Nachkriegszeit habe ja gezeigt, daß die Sozialdemokraten – oder wie sie demagogisch sagen: Marxisten – aller Länder immer nur die Interessen ihres eigenen Landes wahrnehmen. Zur Begründung dieser Dinge sind die Nazis um Beispiele nicht verlegen, denn dafür hat ja die Zweite Internationale reichlich Vorsorge getroffen und trifft sie noch heute (siehe Völkerbund, Haager Konferenz usw.) Daß die Nazis sehr großes Gewicht auf die Gewinnung von Arbeitern legen, dafür spricht ihre zellenmäßig aufgebaute Betriebsarbeit in allen Teilen des Reiches, die Gründung einer eigenen, nationalsozialistischen Gewerkschaft, besondere Berücksichtigung ihrer Anhänger bei der Arbeitsvermittlung bei sympathisierenden Unternehmern und Sicherung dieser Anhänger gegen Entlassungen.

Bei der verschärften Krise und der immer weiter ansteigenden Erwerbslosigkeit, bei dem weiteren Abbau der Erwerbslosenunterstützung [411] und der Fürsorgemaßnahmen hat diese Arbeit der Nazis unter dem Proletariat bei noch nicht zum Klassenbewußtsein erwachten oder durch den SPD-Verrat entwurzelten Schichten zweifellos einigen Erfolg, zumal man den Nazis zugestehen muß, daß sie eine unerhörte Energie und Zähigkeit dafür aufbringen.

Bei Berücksichtigung aller dieser Umstände, die das Anwachsen der Anhängerschaft der Nazis erklären, muß aber mit aller Schärfe darauf hingewiesen werden, daß diese nationalsozialistischen Nachläufer zum größten Teil klassenmäßig zum Proletariat gehören, und daß es Aufgabe der Kommunistischen Partei sein muß, Mittel und Wege zu finden, um an diese Schichten heranzukommen. Dabei soll gleich vorweg betont werden, daß man sich davor hüten muß, die nationalsozialistische Bewegung zu unterschätzen, etwa in der Art, wie es die SPD tut, die von einer vorübergehenden Konjunktur der NSDAP spricht und die Arbeiterschaft in dem Glauben wiegt, daß „dieser Spuk sich bald wieder von selbst erledigt". Auch ist es unmöglich, das Hauptgewicht bei der Bekämpfung der Nazis auf gewaltsame Auseinandersetzung mit den uniformierten Sturmabteilungen zu legen. Selbstverständlich wird die organisierte Abwehr des klassenbewußten Proletariats gegen die bewaffneten Nazihorden einen wichtigen Teil des Kampfes gegen den Nationalfaschismus ausmachen. Aber da wir es hier, wie die eindeutigen Zahlen der Anhängerschaft nun einmal beweisen, mit einer politischen Massenbewegung zu tun haben, muß die Loslösung breiter Schichten von den Nazis und ihre Gewinnung für die proletarische Klasse in erster Linie durch den politischen Kampf und im politischen Ringen erfolgen. Anders gesagt also: Es muß uns gelingen, den nationalsozialistischen Anhängern den ungeheuerlichen Widerspruch zwischen den nationalsozialistischen Phrasen und Versprechungen und ihren politischen Taten auseinanderzusetzen. Material dafür ist in ziemlicher Fülle vorhanden, so viel, daß es ja schon in den Reihen der NSDAP selbst zu scharfen Auseinandersetzungen und zu Spaltungen geführt hat. Wie viel mehr muß es der kommunistischen Partei bei einigermaßen systematischer und geschickter Arbeit gelingen, den Vormarsch der Nazis nicht nur aufzuhalten, sondern schon eine Schwächung dieser Bewegung herbeizuführen.

Neben vielen anderen politischen Tatsachen, die zum Teil in der Presse behandelt wurden, ist ein wichtiges Mittel für unsere Genossen die sechsmonatige Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung in Thüringen. Hier haben Frick und Genossen im Bunde mit den bürgerlichen Parteien, einschließlich der Deutschen Volkspartei, eine Politik getrieben, die eigentlich auch dem Blindesten klarmachen müßte, was nationalsozialistische Politik in der Praxis ist. Natürlich sind

die Nazis auch in der Begründung ihrer Thüringer Politik nicht verlegen. Mit der ihnen eigenen Frechheit geben sie offen ihre die Massen belastende thüringische Steuerpolitik zu mit der Bemerkung, daß ja die Young-Plan-Politik vom Reiche aus diktiert sei, und man erst die Reichsregierung erobern müsse, um grundlegende Aenderungen zu schaffen.

Zweifellos gibt es immer noch Nazianhänger, die selbst auf diese blöde Bemäntelung der Frickschen Young-Plan-Politik hereinfallen. Auch der Scheinkrieg mit Berlin in der Frage der Besetzung der Polizeidirektorenstellen mit Nazileuten, in der Frage der Schulgebete, der Filmverbote [412] usw. tut noch ein übriges zur Ablenkung von der Frickschen Politik im Interesse der herrschenden Klasse.

Aber diese Manöver können keine nachhaltige Wirkung ausüben, weil die jetzt zugestellten Veranlagungen zur Kopfsteuer in Höhe von 6 M. pro Person und die Erhöhung der Mietzinssteuer um 6 Prozent eine deutlichere Sprache reden, als alle Gebete zum himmlischen Vater „um Befreiung von Betrug und Verrat“. Die Tatsache, daß die Nationalsozialisten der werktätigen Thüringer Bevölkerung 9,3 Millionen Mark mehr Steuern aufgehalst haben bei gleichzeitiger Steigerung der Zuschüsse an die Kirche auf über 4½ Millionen Mark, bei über 2 Millionen Mark Abfindung für die ehemaligen Fürsten, bei rigorosem Abbau auf dem sozialen Gebiet, besonders bei der Wohlfahrt, bei ungeheuerlichen Streichungen für Volks- und Berufsschule, bei grausamster Verhöhnung der Erwerbslosen durch eine Bettelaktion anstatt durch wirkliche Hilfe und Schaffung von Arbeit, ist – von unserer Partei richtig ausgewertet – ein starkes Agitationsmittel gegen die nationalsozialistischen Phraseure. Das Thüringer Material, das jetzt zu einer Broschüre zusammengestellt wird, die schleunigst in einer Massenauflage in das ganze Reich hinaus muß, wird unseren Genossen ein wertvolles und entscheidendes Hilfsmittel für die Arbeit unter den nationalsozialistischen Nachläufern sein.

Hervorgehoben sei noch einmal, daß die Nationalsozialisten in Thüringen ihre Regierungstätigkeit gemeinsam auch neben den anderen bürgerlichen Parteien mit der ausgesprochenen Partei des Schwerkapitals und der Young-Plan-Erfüllung, der Deutschen Volkspartei, durchführen. Daß sie weiter bei all ihren Regierungsmaßnahmen sich beziehen können auf 21 Monate Regierungspolitik der Sozialdemokraten im Reich, daß sie also selbst ganz offen bei diesen Vergleichen zugeben, auch ihre Tätigkeit in der Thüringer Regierung liegt im Interesse der herrschenden Klasse, muß sich in jedem Fall auswirken gegen die werktätigen Schichten.

Betrachtet man so die Nationalsozialisten richtig als ein entscheidendes Instrument der Bourgeoisie zur verstärkten Ausbeutung der Arbeiterschaft und der Mittelschichten, zur Erhaltung der Kapitalsherrschaft mit faschistischen Methoden, so erwächst der Kommunistischen Partei die Aufgabe, viel energischer, gründlicher und systematischer den Kampf gegen den Nationalfaschismus zu organisieren. Bei verschiedenen Unterlassungen sei nur darauf hingewiesen, daß z. B. im Sachsenwahlkampf die Thüringer Nazipolitik viel zu wenig in den Vordergrund gestellt wurde. Während Frick mit der gesamten thüringischen Landtagsfraktion der Nazis in großen Massenkundgebungen im Sachsenwahlkampf aufmarschierte, hat unsere Partei ähnliche Maßnahmen zur wirklichen Charakterisierung der Frick-Politik nicht in genügendem Maße durchgeführt. Auch kommt es viel darauf an, daß besonders die Funktionäre, aber auch die gesamte Mitgliedschaft der Partei viel aktiver, kraftvoller und selbstbewußter gegenüber den . Nazis auftreten. Offensiv, nicht defensiv muß der Kampf geführt werden. Besonders in den Betrieben gilt es, der nationalsozialistischen Agitation und Organisation mit aller politischen Entschiedenheit entgegenzutreten.

Nur bei Einsetzung aller Kräfte wird die Partei die Führung im Kampf gegen den Nationalfaschismus und die NSDAP haben und zustande bringen, daß die nationalsozialistische Front durchbrochen wird. [413]

*

Der Kampf um die RGO-Forderungen und der Tarifvertrag

Von W. Ulbricht

Der Durchführung der Linie der selbständigen Kampforganisierung und Führung durch die RGO, die konkrete Organisierung des Kampfes um die zahlreichen Teilforderungen macht die tarifmäßige

Zusammenfassung der Arbeiterforderungen im Interesse einer Vereinheitlichung und Verbreiterung der Bewegung notwendig.

Zu der Zeit, wo die revolutionäre Gewerkschaftsopposition im wesentlichen ihre eigene Taktik durch die Gewerkschaftsorganisationen durchzuführen versuchte, beschränkte sie sich auf Abänderungsanträge zu den reformistischen Tarifverträgen. Angesichts der wachsenden Kraft der RGO und der weiteren Faschisierung des Gewerkschaftsapparates müssen wir in allen Industriezweigen dazu übergehen, die Wirtschaftskämpfe durch selbständige tarifmäßige Ausarbeitung der Forderungen vorzubereiten. Gegenwärtig, wo die Krise des reformistischen Tarifwesens offensichtlich ist, wird es um so leichter sein, die Massen der Arbeiter für die Taktik der RGO zu gewinnen.

Im Zusammenhang mit der kapitalistischen Rationalisierung wenden die Unternehmer tausendfältige Methoden zur täglichen Durchbrechung der Tarifverträge an. Statistisch ist zwar eine weitgehende Zentralisierung des Tarifwesens zu verzeichnen, in der Tat gewinnen aber, besonders infolge der Rationalisierung, die betrieblichen Vereinbarungen ausschlaggebende Bedeutung. Die reformistische Bürokratie hat bekanntlich den Arbeitern Hoffnung gemacht, daß als Ergebnis der Rationalisierung Lohnerhöhungen erreicht werden. Das Charakteristische an der Entwicklung des Tarifwesens ist aber die Tatsache, daß diese Lohnerhöhungen nicht tariflich festgelegt wurden, so daß eine immer größere Differenz zwischen den Tariflöhnen und den tatsächlich gezahlten Löhnen in Erscheinung trat. Auf diese Weise wollten sich die Unternehmer jederzeit die Möglichkeit des Lohnabbaus ungehindert durch Tarifvertrag sichern. Der Tarifvertrag selbst verlor für die Arbeiter mehr und mehr an Wert, denn sein tatsächlicher Lohn stand in keinem Verhältnis zu den Tariflöhnen. Dieser Zustand ist die Folge der wirtschaftsfriedlichen Politik der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie. Die Arbeiter in den einzelnen Betrieben führten wohl Kämpfe um Erhöhung der Löhne und zwangen den Unternehmer, Lohnzulagen zu gewähren, aber die Gewerkschaftsinstanzen setzten alle Kräfte ein, um die Organisierung oder Zusammenfassung von Lohnbewegungen zu verhindern, so daß die Unternehmer nicht gezwungen waren, entsprechend den betrieblichen Lohnerhöhungen auch die Tariflöhne zu erhöhen. Gegenwärtig, in der Zeit der schärfsten Wirtschaftskrise, zeigt sich für jeden Arbeiter besonders offensichtlich, daß alle Tarifverträge, die auf Grund einer wirtschaftsfriedlichen Dunkelkammerpolitik abgeschlossen werden, stets unter dem wirklichen Kräfteverhältnis liegen.

Um den Arbeitern das arbeiterfeindliche Wesen der sozialdemokratischen Tarifpolitik zu verschleiern, hat die Bürokratie vielfach die Schiedssprüche der staatlichen Schlichtungsinstanzen formell abgelehnt, während sie gleichzeitig diese Schiedssprüche mit ausarbeitete. Im [414] Zusammenhang mit der Vertiefung der Wirtschaftskrise forderten die Unternehmer eine Aenderung des Schlichtungswesens im Sinne der vollständigen Heranziehung der Gewerkschaftsbürokratie zur Mitverantwortung für die Hungerschiedssprüche. Die Vereinbarungen zwischen der Gewerkschaftsbürokratie und den Unternehmern über einen 9½prozentigen Lohnabbau im Mansfelder Gebiet zeigen, daß es dem Unternehmertum gelingt, im beschleunigten Tempo den Gewerkschaftsapparat in den unmittelbaren Dienst der Politik der Unternehmerorganisationen zu stellen.

Diese Entwicklung im Tarifwesen zeigt plastisch den Weg der Gewerkschaftsbürokratie von der Arbeitsgemeinschaftspolitik in Form der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Unternehmerorganisationen (1918 bis 1924) zum Sozialfaschismus, dem Verwachsen des Gewerkschaftsapparats mit dem Wirtschafts- und Staatsapparat und dadurch indirekt mit den Unternehmerorganisationen.

Die Folgen der sozialfaschistischen Tarifpolitik zeigte einer der Gewerkschaftstheoretiker, ein Herr Dr. Neumann, in einem Referat über Tarifrechtsfragen auf der 2. Beiratssitzung des Gesamtverbandes. Er sagte wörtlich:

„Die Löhne stellen, falls nicht der Tarifvertrag das Gegenteil zum Ausdruck bringt, nur Mindestlöhne dar. Das bedeutet, daß die Parteien der einzelnen Arbeitsverträge, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, übertarifliche

Zulagen vereinbaren können. Im besonderen ist dies auch bei Akkordarbeiten üblich. Häufig vereinbaren die Tarifparteien in Akkordtarifverträgen nur sehr niedrige Tariflöhne für Akkordarbeiter und überlassen die Regelung der Akkordlöhne im einzelnen der freien Vereinbarung, mit der Wirkung, daß die wirklichen Verdienste der Akkordarbeiter häufig 50, manchmal sogar 100 Prozent, in einzelnen Fällen sogar noch mehr über die Tariflöhne hinausgehen. Dieser Zustand birgt jedoch außerordentliche Gefahren in sich. – Angenommen, ein Arbeitgeber, der im Wege der arbeitsvertraglichen Vereinbarung hohe übertarifliche Zulagen zahlt, weigert sich plötzlich, diese übertariflichen Zulagen weiterzuzahlen, er kündigt der Belegschaft an, daß diejenigen, die mit einer Herabsetzung der übertariflichen Löhne nicht einverstanden sind, sich als entlassen betrachten müssen. Zweifelhaft ist zunächst, ob diese Massenentlassung durch den Arbeitgeber zum Zwecke des Abbaues übertariflicher Zulagen eine Aussperrung ist. Zweifelhaft ist, ob sie eine tarifwidrige Aussperrung ist, denn der Arbeitgeber scheint ja nicht gegen den Tarifvertrag zu verstoßen. Er will nichts weiter tun, als die Tarifbedingungen erfüllen. Darum ist fraglich, ob die Gewerkschaft Abwehrmaßnahmen ergreifen kann. Zweifelhaft ist, ob sie den ausgesperrten Mitgliedern Streik- oder Maßregelungsunterstützung zahlen kann. Möglich ist sogar, daß kraft der tariflichen Durchführungspflicht die Gewerkschaft verpflichtet ist, ihre Mitglieder anzuhalten, trotz der Herabsetzung der übertariflichen Zulagen die Arbeit aufzunehmen.

Versicherungsrechtlich ist die Situation noch unangenehmer. Liegt nämlich eine Aussperrung vor, was zweifelhaft ist, dann erhalten die Ausgesperrten nach § 94 AVAVG keine Arbeitslosenunterstützung. Allerdings darf dann das Arbeitsamt in die offenen Stellen grundsätzlich nicht vermitteln. Verneint man das Vorliegen einer Aussperrung im Sinne des § 94 AVAVG, so erhalten zwar die Entlassenen Unterstützung, sie müssen sich jedoch in die freien Stellen vermitteln lassen zu den tariflichen Bedingungen, [415] wenn sie sich nicht der Gefahr aussetzen wollen, ihre Unterstützung gesperrt zu sehen."

Der Sozialfaschist Neumann bestätigt also selbst, daß die Tarifpolitik der Gewerkschaftsbürokratie die völlige Knebelung der Arbeiter bedeutet – solange sie sich diesen Schandtarifen unterordnen. Gleichzeitig hat die Gewerkschaftsbürokratie durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz den Unternehmern geholfen, die Vermittlung von Streikbrechern auf gesetzlichem Wege durchzuführen.

Den Unternehmern genügen in der Zeit der Wirtschaftskrise noch nicht einmal diese tausendfältigen Methoden des Lohnraubs. Sie versuchen durch „Sondervereinbarungen zum Tarifvertrag" den Tariflohn vor dem Tarifablauf direkt zu senken. Die Forderung der Berliner Metallindustriellen auf Abschluß einer solchen Sondervereinbarung für die Angestellten der Berliner Metallindustrie hat die größte prinzipielle Bedeutung.

Die Krise der reformistischen Tarifpolitik muß sich auf der Grundlage der weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise noch weiter zuspitzen. Die Basis der reformistischen Tarifpolitik ist das Interesse der kapitalistischen Wirtschaft. Zum Unterschied gegenüber der Vorkriegs. zeit ist die Hauptaufgabe der reformistischen Gewerkschaften die Mitarbeit bei der „Lösung der Fragen der Produktionspolitik" und erst in zweiter Linie befassen sie sich mit den Lohn- und Arbeitszeitfragen. Je brutaler die Wirtschaftskrise selbst den rückständigsten Arbeiterschichten den Gegensatz zwischen ihren Lebensinteressen und den kapitalistischen Wirtschaftsinteressen zum Bewußtsein bringt, je aktiver die revolutionäre Gewerkschaftsopposition durch die selbständige Organisierung des Streikkampfes die Millionenmassen der Arbeiter, Schulter an Schulter mit den Erwerbslosen in den Kampf führt, um so offener werden die Sozialfaschisten auf Seiten der Unternehmer durch Organisierung des Streikbruchs und Polizeiterror gegen die Arbeiter kämpfen.

Im Gegensatz zur sozialfaschistischen Tarifpolitik ist der zentrale Gesichtspunkt bei Aufstellung der Tarifforderungen durch die RGO das Klasseninteresse der Arbeiter. Die Ausarbeitung von Tarifforderungen ist für die RGO ein Mittel zur Kampforganisierung. Sie stellt dementsprechend auf Grund der Diskussion in den Betrieben und Betriebsabteilungen solche Forderungen auf, die kampfmobilisierend wirken. Dazu warten wir nicht den Ablauf der zwischen den Reformisten und Unternehmern vereinbarten Tarifverträge ab, sondern wir arbeiten die Tarifforderungen aus und bereiten den Kampf zu einer möglichst günstigen Zeit vor (z. B. bei den Landarbeitern im Frühjahr). Wir beschränken uns aber auch nicht auf die allgemeinen Tarifforderungen,

sondern mobilisieren im Rahmen der allgemeinen Kampagne die Arbeiter der einzelnen Abteilungen oder Branchen für ihre speziellen Forderungen (Schutzkleidung für Eisenformer usw.). Die Zusammenfassung der zahlreichen Teilforderungen im Tarifvertrag und die Ausarbeitung der kleinsten Teilforderungen für die einzelnen Arbeitergruppen gibt der RGO die Möglichkeit der breitesten Massenmobilisierung, der Zusammenfassung der zahlreichen Teilbewegungen und die Organisierung des Streiks auf breitester Basis.

[416] Während die Reformisten im Interesse des Wirtschaftsfriedens die Tarifverhandlungen nach den Methoden der Geheimdiplomatie vorbereiten und führen, beschließt die RGO die Tarifforderungen erst nach gründlicher Diskussion in den Betrieben. Durch die Heranziehung der breitesten Arbeitermassen zur Mitberatung und Mitverantwortung erreichen wir, daß alle wesentlichen Forderungen der Arbeiter berücksichtigt werden, daß aber auch jene Arbeiter, welche opportunistische Forderungen vorschlagen, erkennen, warum ihre Vorschläge nicht berücksichtigt werden können. Die endgültige Beschlußfassung über die Tarifforderungen und über die Kampftaktik muß erfolgen durch die höchste Instanz, durch die Delegiertenkonferenz, deren Vertreter in den Betriebsabteilungen gewählt werden. Die Delegiertenkonferenz wählt den zentralen vorbereitenden Kampfausschuß, und sie wählt auch die Verhandlungskommission, welche die Tarifforderungen gegenüber den Unternehmern vertritt. Es wäre sinnlos, ohne Massenmobilisierung, ohne ernste Kampfvorbereitung, die Unternehmer zu Tarifverhandlungen aufzufordern, etwa in der Annahme, daß der sauber geschriebene Tarifvertrag die Unternehmer veranlassen würde, wenigstens einen Teil der Forderungen zu bewilligen. Wir müssen im Gegenteil für jede einzelne Forderung einen zähen, unermüdlichen Kampf führen und durch Teilstreiks und breitere Streikbewegungen die Unternehmer zwingen, die Forderungen zu bewilligen und das tariflich zu bestätigen. Damit ein solcher Tarifvertrag kein Mittel zur Knebelung der Arbeiter wird, deshalb müssen wir durchsetzen, daß die Tarifverträge mit monatlicher Kündigung abgeschlossen werden. Niemals dürfen wir vergessen, daß auch der beste Tarifvertrag täglich aufs neue erkämpft werden muß, denn täglich wird der Unternehmer versuchen, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Ein Tarifvertrag darf also kein Burgfriedenspakt sein. Die Bedeutung eines Vertrages hat uns Lenin in den klaren Worten erläutert: „Im Kampfe schließen die Arbeiter diesen oder jenen Vertrag, das ist aber nur eine Methode zur Kräftesammlung, und nichts weiter."

Diese Lehre Lenins muß Richtschnur für unsere Taktik im Kampf um die Tarifforderungen sein.

*

Der Nordweststreik – ein großer Schritt vorwärts

Von Paul Peschke

Die Abwälzung der Young-Tribute auf die Arbeiterklasse, als auch der verschärfte Konkurrenzkampf um neue Absatzmärkte, veranlaßten das deutsche Trustkapital zu seinen Lohnabbauvorstößen in Mansfeld und Nordwest, die eine allgemeine Offensive des direkten Lohnraubes in Deutschland einleiten sollen. Die Bourgeoisie kämpft im Bündnis mit der Gewerkschaftsbürokratie um die Erhaltung und Verstärkung der kapitalistischen Herrschaft, deren Bestand durch die das kapitalistische Wirtschaftssystem erschütternde Krise, wie auch durch die wachsende Radikalisierung der Arbeiterschaft ernsthaft gefährdet ist.

Der in Nordwest mit staatlichen Machtmitteln versuchte Lohnraub ist darum nichts anderes als ein politischer Schlag gegen die Lebensexistenz der gesamten Arbeiterklasse, der von den Arbeitern mit dem politischen Massenstreik beantwortet werden mußte.

[417] Massenstreik gegen Lohnraub! war die Losung, die die RGO herausgab. Wahl vorbereitender Kampfausschüsse das Mittel, das sie in den Betrieben nach der Verbindlichkeitserklärung des Lohnraubschiedsspruches anwandte, um die revolutionäre Einheitsfront gegen die Lohnräuber und ihre Helfershelfer herzustellen. Der Kampf gegen den verbindlich erklärten Schiedsspruch richtete sich damit auch gegen die Einrichtungen des kapitalistischen Staates, er wurde zu einem Kampf gegen das arbeiterfeindliche Schlichtungswesen.

50.000 Arbeiter folgten dem Ruf der RGO in den ersten Julitagen und traten in den Streik. Das ist ein gewaltiger Erfolg der revolutionären Strategie und Taktik, der das Führermonopol der Gewerkschaftsbürokratie durchbricht. Er ist ein Anzeichen dafür, daß breite Teile der Arbeiter bereits die Notwendigkeit des rücksichtslosen, einheitlichen Massenkampfes unter revolutionärer Führung gegen die Trustbourgeoisie begriffen haben. Gleichzeitig aber auch eine Mahnung an den Teil der Anhänger der RGO – die noch immer nicht den revolutionären Aufschwung in der Arbeiterklasse erkennen –, ihren Pessimismus abzustreifen und mit Kühnheit und Entschlossenheit überall an die Organisierung und Auslösung von Wirtschaftskämpfen heranzugehen. Die Arbeiter sehen sich von der Bürokratie verlassen und betrogen und sind bereit, uns zu folgen, wenn unsere Funktionäre kühn und entschlossen die Führung übernehmen.

Der Versuch der Schwerindustriellen, die Verdienste der Ruhrmetallarbeiter generell um 7½ Prozent und mehr herabzusetzen, ist nach ihrem eigenen Eingeständnis mißlungen. Vergeblich versucht nunmehr die streikbrecherische Gewerkschaftsbürokratie, diesen Erfolg auf ihr Konto zu verbuchen. Jeder Arbeiter im Ruhrgebiet weiß, daß allein die RGO es war, die trotz aller Schwierigkeiten die Metallarbeiter in den Streik gegen den Lohnraub führte.

Die RGO führt

Noch gelang es nicht, den Streik auf der ganzen Front aufzunehmen. Noch gelang es den vorbereitenden Kampfausschüssen nicht, die revolutionäre Einheitsfront in allen Betrieben herzustellen und zu sichern. Die Verwirrungsmanöver, die Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie und eines großen Teiles ihrer oberen Betriebsfunktionäre, die direkten Streikbruch begingen oder ihn organisierten, wirkten noch zu stark auf die Arbeiter. Noch gelang es infolgedessen nicht, den Streik zu einem einheitlichen Erfolg zu führen. Doch gelang es immerhin, einige Beispiele zu schaffen, wo die Unternehmer den Lohnraub mildern oder ihn ganz zurücknehmen mußten. Ja, es gibt auch Betriebe wie Seppelfricke in Gelsenkirchen, wo der Unternehmer unter dem Druck des Streiks Zugeständnisse in Höhe von 1 bis 11 Pfennig machen mußte. Die Unternehmer konnten infolge des von der RGO organisierten Massenstreiks ihr Lohnabbaudiktat nicht restlos durchsetzen und haben einen Widerstand gefunden, den sie nicht vermuteten.

Darum ist der von der RGO ausgelöste und geführte Massenstreik in Nordwest ein großer Schritt vorwärts in der Herausbildung einer revolutionären Streikstrategie und -taktik. In Verbindung mit Mansfeld betrachtet, ist er eine wichtige Etappe im Vormarsch der Gegenoffensive des Proletariats gegen Lohnraub und faschistische Unterdrückungsmethoden. Die RGO ist nicht mehr nur ein neben der Gewerkschaftsführung herlaufender, kritisierender Faktor, sondern sie ist bereits eine [418] Kraft, die selbständig die Arbeiterkämpfe organisiert und führt, deren Losungen bereits Massen folgen, und mit der die Trustkapitalisten und ihre sozialistischen Handlanger als gefährlichen Gegner rechnen müssen.

Darum müssen die neuen Erfahrungen im Nordwestkampf allen Arbeitern zugeleitet werden, damit sie bei den bevorstehenden großen Wirtschaftskämpfen ausgenützt, die Mängel und Fehler, die sich gezeigt haben, vermieden werden. Welche besonderen Merkmale zeigt uns dieser Streik?

Erstens einmal, daß die Unternehmer nicht mehr so tölpelhaft wie in Mansfeld vorgehen, wo sie allen Arbeitern ohne Ausnahme einen 15prozentigen Lohnabbau aufzwingen wollten. Eine Tatsache, die dort mit dazu beitrug, eine breite Einheitsfront der Arbeiter unter revolutionärer Führung herzustellen, die es den Gewerkschaftsführern unmöglich machte, den Mansfelder Streik nach kurzer Zeit abzuwürgen. Die Schwerindustriellen des Ruhrgebiets haben von Mansfeld gelernt und versuchten durch Differenzierung der Abzüge das Zustandekommen einer festen einheitlichen Front der Arbeiter zu verhindern.

Ein geringer Teil der Arbeiter erhielt 1 bis 4 Pfennig Zulage, ein anderer Teil sollte die alten Löhne behalten und der größere Teil, etwa 65 Prozent, sollte Verdienstminderungen bis zu 45 Pfennig pro Stunde auferlegt bekommen. Dieser differenzierte Lohnraub sollte es den Gewerkschaftsführern erleichtern, ihre Zersetzungsmethoden anzuwenden.

Die Streikbruchtaktik der Bürokratie

Zweitens hat der Streik die Gewerkschaftsbürokratie und ihre korrumpierten oberen Funktionäre als offene Verbündete der Lohnräuber vor allen Arbeitern entlarvt. Während die christlichen Gewerkschaftsführer sich aus Prinzip offen für den Lohnraub erklärten und ihre Mitglieder mit organisatorischen Mitteln zum Streikbruch zwangen, mußten die Führer des DMV bei Strafe des Verlustes ihres Einflusses lavieren. Sie sind für den Lohnabbau und durften es nicht sagen. Sie waren gegen den Streik und durften nicht offen dagegen auftreten, weil sie fürchten mußten, daß ihre Mitglieder zur revolutionären Opposition übergehen. Während sie früher noch einfach durch Beschluß zusammengeschobener Funktionärkonferenzen oder eine gefälschte Urabstimmung einen Kampf verhindern oder abwürgen konnten, mußten sie diesmal andere Manöver zur Durchsetzung des Lohnraubs machen. Diese Manöver sahen so aus:

Die DMV-Führung erklärte sich vor den Arbeitern und in Flugblättern gegen den Lohnraub und forderte zum Widerstand auf, ohne allerdings vom Streik zu sprechen. Sie versprach Unterstützung, wenn die Arbeiter kämpfen würden und ließ durchblicken, als ob sie – nur um die Schadensersatzansprüche der Unternehmer an die Verbandskasse zu umgehen – nicht direkt den Streik erkläre. Es war ganz klar, daß selbst, wenn eine Kampfabsicht der DMV-Bürokratie vorhanden gewesen wäre, bei einer solchen Parole, die die Arbeiter sich selbst überließ, kein kraftvoller Streik zustande kommen konnte. Während also die Bürokratie so tat, als ob sie wollte, um einen guten Eindruck bei den Arbeitern zu machen, übernahmen diesmal die oberen sozialdemokratischen freigestellten Betriebsräte die Rolle der Streikverhinderer und -abwürger.

Der Einfluß der Bürokratie allein reichte nicht mehr aus, um die Profite der Trustkapitalisten vor dem Streik der Arbeiter zu schützen, sie mußten ihre letzten Positionen – ihre Betriebsräte und Betriebsfunktionäre einsetzen. Ein großer Teil dieser politisch und materiell [419] von der Bürokratie abhängigen Funktionäre betätigte sich ganz offen als streikfeindliche Miesmacher, belogen die Arbeiter mit falschen Informationen über den Stand des Streiks und die Zahl der Streikenden, redeten ihnen ein, daß sie allein und ohnmächtig seien und infolgedessen nichts machen können, und begingen teilweise direkten Streikbruch. Wo die Arbeiter trotzdem in den Streik traten, war ihnen auch das schäbigste Mittel gut genug, um die Streikfront zu zermürben und die Arbeitsaufnahme so schnell wie möglich durchzusetzen. Wo die Arbeiter am 1. Juli unter dem Einfluß ihrer zersetzenden Tätigkeit noch arbeiteten und in den folgenden Tagen in den Streik traten oder treten wollten, versuchten sie auf Anweisung der Bürokratie den Arbeitern einzureden, daß sie mit der von den SPD-Funktionären selbst veranlaßten Arbeitsaufnahme am 1. Juli die neuen Arbeitsbedingungen anerkannt hätten und nun Tarifbruch begehen und schadensersatzpflichtig würden.

Fast in allen Betrieben des Nordwestgebietes gab es am 1. Juli morgens bis in den Nachmittag hinein Versammlungen während der Arbeitszeit, wo die Arbeiter die Aufnahme des Streiks und von ihren Funktionären dessen Führung verlangten. Ueberall, wo christliche oder SPD von der Arbeit freigestellte Betriebsräte Einfluß hatten, gelang es ihnen in den meisten Fällen, die Arbeiter auf Verhandlungen zu vertrösten und sie wieder an die Arbeit zurückzubringen. Da, wo es ihnen nicht gelang, die Streikstimmung der Arbeiter abzuwiegeln, gingen sie zum Teil mit heraus, erklärten sich als die Führung und würgten den Streik auf kürzestem Weg ab.

Ueberall dagegen, wo die Anhänger der RGO kühn und entschlossen sich an die Spitze ihrer Kollegen stellten, gingen die Arbeiter in den Streik, wählten sich revolutionäre Streikleitungen, stellten Massenstreikposten und schufen, wie in Gelsenkirchen auch Betriebswehren. Wo dagegen die Anhänger der RGO schwankten und zögerten, wo sie nicht kühn und entschlossen die Führung übernahmen und sich von SPD-Funktionären, die einfach Agenten der DMV-Bürokratie waren, ins Schlepptau nehmen ließen, dort gelang es den Sozialfaschisten, den Streik zu verhindern oder schnell abzuwürgen.

Sozialfaschisten, Polizei und Faschisten gegen Streikende

In diesem Kampf Klasse gegen Klasse wurden für alle Arbeiter sichtbar die Klassenfronten aufgerissen. Auf der einen Seite standen die Unternehmer, der Staatsapparat und die Gewerkschaftsführer mit

ihrem korrumpierten Anhang in den Reihen der Arbeiter selbst, auf der anderen Seite standen die kampfbereiten Arbeiter unter Führung der RGO und der Kommunistischen Partei.

So zeigt dieser Streik nicht nur die Taktik der Unternehmer, die von vornherein die Arbeiter in zwei Lager trennen wollten, und die streikbrecherische Tätigkeit der Gewerkschaftsbürokraten und ihrer Anhänger, sondern er zeigt auch, daß der Dritte im Bunde des Klassenfeindes – der Staatsapparat seine Machtmittel einsetzte, um den Lohnraub durchzusetzen. Die Polizei wurde in Massen eingesetzt, um an den Punkten der Streikfront, wo der sozialfaschistische Verrat die Arbeiter im Anfang nicht verwirren konnte, wie in Duisburg, Mühlheini und Gelsenkirchen, die Streikenden im wahrsten Sinne des Wortes niederzuknüppeln.

Die Werke wurden besetzt, die Streikposten kilometerweit gejagt und blutig geschlagen. Selbst Frauen und Kinder wurden in unmenschlichster Weise verprügelt. Streikführer wurden verhaftet. Streikende morgens [420] aus den Betten geholt und gewaltsam auf Ueberfallwagen in den Betrieb an die Arbeit geschleppt.

Alle verfassungsmäßigen Rechte, der Streik- und Koalitionsfreiheit, der Unverletzbarkeit der Wohnung usw., wurden für Streikende aufgehoben. In Mühlheim wurden die Streikenden durch in Schupouniformen gesteckte Reichswehrsoldaten direkt in die Betriebe hineingeprügelt. Damit hat die „demokratische“ Republik und ihr von Sozialdemokraten kommandierter Polizeiapparat der Arbeiterklasse einen Anschauungsunterricht über die „demokratischen Freiheiten“ dieser demokratischsten aller Republiken erteilt, der in den Arbeitern den Haß gegen das nur noch durch Gummiknüppel und Maschinengewehre zu haltende kapitalistische System in einem Maße steigern wird, daß tausende neuer Kämpfer zur revolutionären Klassenfront stoßen werden, um das Ende dieses verfaulten und morschen Systems zu beschleunigen.

Es muß noch betont werden, daß auch die Nazis in dieser Front der Arbeiterfeinde nicht fehlten, wenn sie in diesem Streik auch keine Rolle zu spielen vermochten. Angefangen mit der offenen Parole zum Streikbruch – ausgegeben durch die Naziführung – bis zum Versuch, in einem Essener Betrieb unter dem Schutz der Polizei eine Streikbrecherkolonne einzusetzen, hat sich diese „Arbeiterpartei“, in der abgetakelte Offiziere kommandieren, offen als Streikbrecherpartei, als bezahlte Unternehmergarde, entlarvt.

Unsere Schwächen und Mängel

Alle diese feindlichen Kräfte verhinderten noch die volle Auswirkung des Massenstreiks. Die organisatorische Grundlage der RGO war noch nicht stark genug, um diesen Kräften gegenüber das Vertrauen der Arbeiter zu der in ihrer revolutionären Einheit liegenden Macht so zu stärken, daß alle jene zersetzenden Maßnahmen wirkungslos blieben. Dazu reichten ihre Kräfte noch nicht aus, obwohl diese im Kampfe selbst um ein Vielfaches wuchsen.

Dafür sind einige objektive, aber in der Hauptsache subjektive Umstände, die wir ändern können, die Ursachen. Zu den objektiven gehören die ständige Reinigung der Betriebe von oppositionellen Arbeitern sowie der Ausschluß fast sämtlicher oppositionellen Arbeiter aus dem DMV, wodurch die Arbeit der RGO in Betrieb und Gewerkschaft ungeheuer erschwert wird. Uns interessieren aber hier mehr die subjektiven Faktoren und dazu gehört vor allem die Unterschätzung der politischen Bedeutung des Lohnabbauvorstoßes der Schwerindustrie durch viele Anhänger der RGO sowie eine teilweise pessimistische Einschätzung des Kampfwillens der Arbeiter. Die Funktionäre der RGO waren auf den Vorstoß der Schwerindustriellen beim Ablauf des Rahmentarifs nicht genügend vorbereitet, da sie den Hauptstoß erst im September, zum Ablauf des Lohn- und Arbeitszeittarifs erwarteten.

Die um die Rahmentarifforderungen im Frühjahr bis zur Duisburger Konferenz erfolgte Mobilisierung der Betriebe sackte bis zur Verbindlichkeitserklärung des Lohnabbaus zum Teil wieder ab und wurde nicht genügend zur Bildung fester Kader der RGO ausgenutzt.

Als der Unternehmervorstoß einsetzte, waren die Duisburger Forderungen noch im Propagandastadium. Sie waren noch nicht zu Aktionslosungen der Arbeiter geworden. Auch waren noch keine

Anstalten getroffen, um besonders aktuelle Einzelforderungen aus dem in Duisburg beschlossenen Rahmentarifentwurf der RGO in den Betrieben durch Aktionen durchzusetzen.

[421] Als ein entscheidender Mangel trat das Fehlen von festen Kadern der RGO in den Betrieben in Erscheinung. Die Basis der roten Betriebsräte war noch äußerst schmal. Es gelang infolgedessen bei Krupp und anderen Betrieben nur, Teilstreiks auszulösen, die allerdings bei genügender Festigung der Streikfront zur Stilllegung der Werke hätte führen müssen. Nur in Mühlheim, Duisburg und Gelsenkirchen konnten die Betriebe fast geschlossen herausgebracht werden. In entscheidenden Großbetrieben, wie Krupp-Rheinhausen, Thyssen-Hamborn, G. H. H. Oberhausen und Rheinstahl-Duisburg gelang es uns dagegen nicht, auch nur Teilstreiks auszulösen.

Revolutionäre Vertrauensmännerkörper existierten nur in wenigen Betrieben und zeigten bei der Vorbereitung und Führung des Streiks noch große Schwächen, die es notwendig machen, eine ständige Zusammenfassung und Schulung der roten Vertrauensleute zu organisieren. Z. B. ließ der rote Vertrauensmännerkörper der Berzelius-Hütte die Bürokratie ungehindert Versammlungen mit den Organisierten zum Zwecke ihrer Zersetzung abhalten, anstatt die gesamte Belegschaft in diese Versammlungen zu führen, wenn es nicht gelang, die Organisierten von der Teilnahme abzuhalten.

Ein Teil der roten Betriebsräte versagte vollständig. So im Betrieb Phönix-Hoerde, in Dortmund auf der Union und bei Hoesch ließen sie sich teilweise von den Reformisten düpieren, bei Phönix kapitulierte sogar der Führer der roten Betriebsräte vor dem Diktat der Unternehmer. In Bochum gelang es erst nach einigen Tagen, einen Teil der roten Betriebsräte zu entschlossenem Handeln zu bringen. Anstatt sich sofort kühn und entschlossen an die Spitze ihrer erregten und kampfbereiten Belegschaft zu stellen, ließen diese roten Betriebsräte die Arbeiter ohne Führung und erleichterten dadurch den sozialdemokratischen und christlichen Funktionären ihr schändliches Verratsspiel.

Die vorbereitenden Kampfausschüsse erfüllten meist nur in den Betrieben ihre Aufgaben, in denen aktive rote Betriebsräte die Führung hatten. Auf die Tätigkeit dieser Kampfausschüsse, die die Belegschaften unermüdlich mobilisierten und den heftigsten Kampf gegen die Miesmacher und Saboteure aus dem christlichen und freigewerkschaftlichen Lager führten, ist die geschlossene Streikaufnahme in Duisburg und Gelsenkirchen zurückzuführen. In einem Teil von Betrieben, in denen Kampfausschüsse gewählt waren, gelang es nicht, den Streik auszulösen, während es in anderen immerhin gelang, wichtige Abteilungen stillzulegen.

Die im Bezirks- und Unterbezirksmaßstabe vorhandenen RGO-Leitungen waren noch keine kollektiv arbeitenden Körperschaften, die sich auf einen breiten Funktionärstab stützten. Ihre Arbeit ruhte meistens auf den Schultern eines Verantwortlichen, in der Regel dem Sekretär der Partei. Außerordentlich bemerkbar machte sich das Fehlen eines mittleren Funktionärstabes, mit dem die RGO-Leitungen die Durchführung ihrer Anweisungen in den Betrieben organisieren konnten.

Die in den Unterbezirken geschaffenen vorbereitenden Kampfausschüsse traten nur wenig in Erscheinung. Dasselbe gilt von den nach Ausbruch des Streiks geschaffenen Unterbezirksstreikleitungen, von denen es nur der Unterbezirksstreikleitung Gelsenkirchens gelang, eine solche Autorität zu erringen, daß die Arbeiter in ihr tatsächlich ihre Führung sahen, deren Anweisungen sie befolgten.

Der zentrale vorbereitende Kampfausschuß für das gesamte Nordwestgebiet gab zwar Flugblätter und Anweisungen heraus, die aber infolge des Fehlens eines breiten Funktionärkörpers nur zu einem geringen Teil [422] durchgeführt wurden. In der Regel mußte die zentrale Leitung die Durchführung ihrer Anweisungen erst durch von ihr entsandte Instrukteure organisieren.

Die Betriebszellen der Kommunistischen Partei traten im Streik fast überhaupt nicht mehr in Erscheinung. Sie ließen fast jegliche Führerinitiative vermissen, gaben wenig Betriebszeitungen heraus, nahmen nur in wenigen Fällen selbst Stellung und überließen ihre Arbeit schon vielfach vorher den vorbereitenden Kampfausschüssen. Es gelang der Partei, nur einen Teil ihrer Mitglieder sowie der überparteilichen Organisationen zum Streikpostenstehen zu mobilisieren. In der Hauptsache waren es die Erwerbslosen und Frauen, die sich daran beteiligten.

Eine noch zum Teil vorhandene Gewerkschaftslegalität bei den Anhängern der RGO ließ es zu, daß sozialfaschistische Verbandsbeamte und Betriebsräte in von der RGO geführten Streikversammlungen reden durften und ihre Zersetzungsarbeit leisten konnten, und das, obwohl die Anhänger der RGO von den Sozialfaschisten aus deren eigenen Versammlungen ständig hinausgeworfen wurden, wenn die Arbeiter es nicht verhinderten.

Die Drohung der Bürokratie mit dem Entzug der Streikunterstützung hielt einen Teil oppositioneller DMV-Funktionäre bei Krupp davon ab, die Wahl einer regelrechten Streikleitung nach den Grundsätzen der RGO vorzunehmen. Diese beiden Umstände sind eine Erklärung dafür, daß es den Sozialfaschisten und Christen gelang, die Streikfront bei Krupp sehr schnell zu zersetzen.

Auf der anderen Seite fehlte die oppositionelle Fraktionsarbeit im DMV fast völlig, wodurch es den Bürokraten in fast allen Versammlungen des Verbandes möglich war, ungehindert ihre streikbrecherische Tätigkeit zu entfalten. In der vergangenen Periode ist die Tätigkeit der RGO in dieser Richtung vernachlässigt worden. Besondere Anstrengungen in der Richtung des Ersatzes der Ausgeschlossenen durch neu herangeschulte Mitglieder des DMV zur Weiterführung des innergewerkschaftlichen Kampfes sind nicht gemacht worden.

Die Streikleitungen aus ehrlichen, aber zum größten Teil noch unerfahrenen Arbeitern zusammengesetzt, machten, mit Ausnahme von Gelsenkirchen, nur unbeholfene Schritte. Sie wurden da, wo der Streik längere Zeit andauerte, erst im Verlaufe des Kampfes fester und energischer. Vernachlässigt wurde von ihnen insbesondere die Anweisung der zentralen Streikleitung, in der ersten Streikversammlung neben den allgemeinen Forderungen nach Siebenstundentag, Lohnausgleich und Lohnerhöhung, besondere betriebliche Forderungen zu beschließen und dem Unternehmer einzureichen. Diese Maßnahme sollte die Autorität der Streikleitungen gegenüber den Unternehmern festigen und auch die Arbeiterschaft aus ihrer Ansicht, nur einen Abwehrstreik zu führen, herausbringen, dem Streik einen offensiveren Charakter geben und die Möglichkeit der Erkämpfung betrieblicher Forderungen schaffen. Die Streikleitungen haben die Bedeutung dieser Maßnahmen nicht erkannt.

Nur in Gelsenkirchen gelang es, Ansätze für Betriebswehren zu schaffen, die schon bei ihrem ersten Auftreten große Wirkungen erzielten, indem sie den Betrieb Küppersbusch mit 2000 Arbeitern trotz aller Sabotageversuche der SPD-Betriebsräte zum Streik herausholten.

Das Massenstreikpostenstehen erfolgte noch unorganisiert und systemlos, die Massen duldeten in den ersten Tagen noch, daß ein Teil der Arbeiter die Arbeit aufnahm.

[423] In Gelsenkirchen, wo die Front am besten stand, die Streikleitungen trotz noch vorhandener innerer Hemmungen Initiative entwickelten, gelang es der mit der Polizei eng zusammenarbeitenden Gewerkschaftsbürokratie erst nach fast zwei Wochen, die Streikfront zum Abbröckeln zu bringen. Hier hatten Christen und DMV-Bonzen ihre Mitglieder solange bearbeitet, bis es ihnen gelang, sie zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. Bei Grillo-Funke hatten die Anhänger der RGO dem reformistischen Betriebsratsvorsitzenden den Vorsitz in der Streikleitung anvertraut. Außerdem wurden noch einige reformistische Funktionäre des DMV in die Streikleitung hineingenommen. Sie haben es nicht verhindern können, daß diese Leute ihre Funktionen dazu ausnutzten, um mit den Organisierten Sonderbesprechungen abzuhalten. Wenn jene Kollegen auch im Anfang des Streiks ehrlich, wenn auch schwach und zögernd, an seiner erfolgreichen Durchführung mitarbeiteten, unterlagen sie doch dem Druck und den Drohungen der DMV-Führer. In der entscheidenden Streikversammlung erklärte dieser reformistische Vorsitzende der Streikleitung kurz und bündig vor den Arbeitern, daß der DMV den Abbruch des Streiks beschlossen habe, jede Diskussion überflüssig sei und die DMV-Mitglieder die Arbeit aufzunehmen hätten. Zwar haben unsere Genossen die Streikversammlung weitergeführt und den reformistischen Betriebsratsvorsitzenden entlarvt, aber die Streikfront war erschüttert, der Streik ging kaputt. In die Streikleitungen gehören nur rückgratfeste und energische Kollegen hinein, die gegenüber den Einflüsterungen der Bürokratie widerstandsfähig sind. Die Genossen, die diesen Reformisten zum Vorsitzenden gemacht hatten, wollten ihn dadurch entlarven. Sie werden inzwischen eingesehen haben, daß sich eine solche Entlarvungstaktik nur auf Kosten der festen Führung des Streiks durchführen läßt.

Aus diesen in Erscheinung getretenen Mängeln gilt es die Lehre zu ziehen, sie müssen in emsiger Arbeit abgestellt werden. Unter Anwendung proletarischer Selbstkritik sollen Erfolge und Mängel abgewogen werden. Bei allen zutage getretenen Schwächen überwiegen aber doch die positiven Erfolge. Diese lassen sich folgendermaßen charakterisieren:

1. Zu ersten Male gelang es der RGO, 50.000 Arbeiter selbständig unter ihren Losungen gegen den Willen der Bürokratie in den Streik zu führen, womit das Führermonopol der Gewerkschaftsbürokratie auf breiter Front durchbrochen wurde.

2. Es gelang der RGO schon im Vorbereitungsstadium, in etwa 25 Betrieben vorbereitende Kampfausschüsse zu bilden, die mehr oder weniger die reformistische Sabotage überwinden konnten und zum Führer der Belegschaften oder wichtiger Schlüsselabteilungen der Werke wurden.

3. Unter der Wucht des Streiks konnten die Unternehmer ihre Lohnabbauabsichten nicht voll durchsetzen. Zum Teil mußten sie Zugeständnisse an die Streik enden machen. Vor allem aber haben die Unternehmer durch die Auslösung des Kampfes, durch die RGO einen Schlag erhalten, der ihre Lohnraubabsichten eindämmte.

4. Die RGO hat vor allen Arbeitern bewiesen, daß sie die einzige Kraft ist, die auf Grund ihrer revolutionären Strategie und Taktik in der Lage ist, erfolgreiche Arbeiterkämpfe zu organisieren und zu führen. Der Einfluß der RGO wuchs mit jedem Tag des Streiks. Zum Teil mußten die Gewerkschaftsführer die RGO als Arbeitervertretung anerkennen (Mühlheim). In Gelsenkirchen versuchten die Gewerkschaftsführer die von ihnen bisher verworfenen Methoden der RGO nach-[424]zuahmen. Sie setzten Kampfleitungen ein, die den Zweck hatten, die Führung in die Hände der Bürokratie zu spielen. Zu einem großen Teil lehnten die DMV-Funktionäre diese ihnen zugedachte Rolle ab und verbanden sich mit der von den Arbeitern gewählten revolutionären Streikleitung.

5. Sozialdemokratische und christliche Arbeiter kämpften zu einem Teil mit den Kommunisten in revolutionärer Einheitsfront, während die parteilosen Arbeiter sich fast restlos der Führung der RGO unterstellten. Die Gewerkschaftsführer und ihr korrumpierter Anhang von oberen Betriebsfunktionären entlarvten sich vor allen Arbeitern als Streikbrecher. Sozialdemokratische und parteilose Gewerkschaftsfunktionäre kämpften empört gegen ihre Bürokratie und Betriebsräte, als sie den Verrat ihrer Führung erkannten und bilden eine geeignete Grundlage zum Wiederaufbau der revolutionären Fraktionsarbeit im DMV.

6. Der Staatsapparat trat im Zusammenspiel mit Unternehmern und Gewerkschaftsbürokratie in brutalster Weise gegen die Arbeiter auf, um den Streik niederzuschlagen. Bei vielen Arbeitern sind noch vorhandene demokratische Illusionen zerstört worden. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes unter Führung der RGO ist gewachsen. Neue Massen stießen zur roten Klassenfront.

7. Der Kampf ist nicht beendet. Er geht weiter. Eine ganze Reihe von Teilkämpfen entwickelte sich noch, als schon in einem Teil der Betriebe die Arbeit wieder aufgenommen war. Immer neue Betriebe und Betriebsabteilungen treten in den Streik und beweisen den Kampfwillen der Arbeiter. So werden die Voraussetzungen geschaffen, um im September bei Ablauf der Lohn- und Arbeitszeittarife die Front gegen den Dreibund der Lohnräuber erneut aufzurollen.

8. Der Streik hat allen Anhängern der RGO mit eindringlicher Deutlichkeit die Notwendigkeit der Schaffung von revolutionären Vertrauensmännerkörpern und kollektiv arbeitenden RGO-Leitungen in den Betrieben und Unterbezirken bewiesen und die Verstärkung der oppositionellen Fraktionsarbeit innerhalb der Gewerkschaften mit Hilfe der empörten Mitglieder auf die Tagesordnung gestellt.

Jetzt müssen die Anhänger der RGO in nüchterner und sachlicher Selbstkritik die Bilanz des Streiks ziehen und mit dem felsenfesten Vertrauen auf die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse die Vorbereitungen zu den bevorstehenden Kämpfen treffen.

Der Massenstreik in Nordwest ist ein mächtiger Schritt vorwärts in der Organisierung der Gegenoffensive der Arbeiterklasse gegen die Lohnräuber, für den Kampf um ihre eigenen Forderungen: Siebenstundentag, Lohnausgleich und Lohnerhöhung.

Jetzt gilt es, die politischen Erfolge der RGO in den Betrieben organisatorisch zu verankern und zu verbreitern. Die revolutionäre Einheitsfront in allen Betrieben muß unter Ausnutzung der betrieblichen Erfahrungen überall hergestellt werden. Keine Ermüdung! Der der RGO durch die Beschlüsse des 4. Kongresses der RGI und des 6. Weltkongresses der Komintern vorgezeichnete Weg hat sich erneut als richtig erwiesen. Vorbereitende Kampfausschüsse in allen Betrieben zur Mobilisierung der Arbeiter zum Streik. Selbstgewählte Streikleitungen der Arbeiter im Streik. Alle Streikleitungen, durch die RGO zusammengefaßt, geben dem Streik die zentrale Führung.

[425] Weiter auf diesem Wege! Er führt zum Ziel! Der Nordweststreik leitet eine Periode von Massenkämpfen ein, in denen die Arbeiter unter Führung der KPD und der RGO um ihre Existenz kämpfen müssen. Das morsche, bankrotte kapitalistische System kann seine Sklaven nicht mehr ernähren. Im Kampf um ihre eigene kapitalistische Existenz werden Trustkapitalisten und sozialfaschistische Führer alle Mittel des faschistischen Terrors und Verrats anwenden, um die Arbeiterklasse bis zum Weißbluten auszupressen. In diesen Massenkämpfen wird das Proletariat seine Gegenoffensive voll entfalten und das schon schwankende kapitalistische Herrschaftssystem vernichten, um seine eigene Herrschaft zum. Aufbau des Sozialismus aufzurichten.

*

Was heißt Gewerkschaftsarbeit?

Einige Bemerkungen zu einem Diskussionsartikel des Genossen Losowski

Von Ernst Reinhardt

Genosse Losowski veröffentlicht im Heft 18119 der Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale“ einen Artikel „Was heißt Gewerkschaftsarbeit?“ im Rahmen der Diskussion zur Vorbereitung des V. RGI-Kongresses. Er kommt in diesem Artikel zur Schlußfolgerung:

„Auf die Frage aber, was heißt Gewerkschaftsarbeit, antworte ich: Gewerkschaftsarbeit heißt, in den Betrieben arbeiten. Alles andere wird sich von selbst ergeben.“

Uns scheint, daß „alles andere“ in dem Artikel des Genossen Losowski ein wenig „zu kurz“ gekommen ist. Es ist darum notwendig, mit einigen Bemerkungen zu zeigen, daß die Aufgaben der Revolutionären Gewerkschaftsopposition trotz der Entfaltung ihrer Hauptstoßkraft in den Betrieben, doch auch in Deutschland in stärkstem Maße an der innergewerkschaftlichen Front in der gegenwärtigen Situation liegen müssen. Der Artikel des Genossen Losowski enthält nämlich kein einziges Wort über die Fraktionsarbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften, über die besonderen Methoden und den aktuellen politischen Inhalt dieser Arbeit.

Die Beschlüsse des 10. EKKI-Plenums haben die Formen und Methoden der selbständigen revolutionären Kampfführung in den Wirtschaftskämpfen auf Grund der Erfahrungen in den vorangegangenen Bewegungen und Kämpfen konkretisiert. Seitdem sind in Deutschland durch die Vorbereitung und Auslösung der Kämpfe in Mansfeld und Nordwest unter Führung der RGO neue Erfahrungen gesammelt, dem Arsenal unseres Kampfes die Waffen der reiferen Kampfformen gewonnen worden. Die RGO mobilisiert die Belegschaften unter selbstgewählter Führung, stellt das Entscheidungsrecht der Belegschaften der verräterischen Politik der sozialfaschistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie entgegen, tritt im Namen der Belegschaften und ihrer zentralen Streikleitungen als revolutionärer Tarifkontrahent auf den Plan. Die Methode der Mobilisation ist die der Einheitsfront aller kampfgewillten Arbeiter von unten her, die im aktiven Zusammenschluß von kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen, unorganisierten und organisierten Arbeitern in den selbstgewählten Kampforganen der Belegschaften zum Ausdruck kommt.

Es ist klar, daß die maximalste Steigerung unserer Arbeit in den Betrieben notwendig ist, um die RGO zur wirklichen Führerin der [426] Belegschaften bei der Vorbereitung, Auslösung und zur erfolgreichen Durchführung der Kämpfe zu machen. Dazu gehört die Verankerung ihrer ständigen

Kampforgane, der roten Betriebsräte, durch ein breites Netz revolutionärer Vertrauensleute in allen Betriebsabteilungen, die auch für die nichtständigen Kampforgane (vorbereitende Kampfausschüsse, Streikleitungen usw.) das wichtigste Fundament bilden und dafür bürgen sollen, daß die Losungen des politisch führenden Kerns im Betrieb, der Parteizelle, bis in die letzte Abteilung des Betriebes gelangen.

Diese Aufgaben sind bekannt. Aber sind es die einzigen Aufgaben für die RGO in der gegenwärtigen Situation? Kann man wie der Genosse Losowski sagen, die Mitgliedermasse der Gewerkschaften stehe im Betrieb, und damit bedeute Gewerkschaftsarbeit 99 Prozent Betriebsarbeit?

Es ist richtig, daß wir die stärkste Stoßkraft innerhalb des Betriebes im Prozeß der Vorbereitung und Auslösung der Kämpfe entfalten, um die sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter gegen die verräterischen Gewerkschaftsführer zu stellen. Dabei werden wir auch natürlich einen Teil der unteren Funktionäre der SPD und der reformistischen Gewerkschaften – wenn sie im Betrieb vor die Wahl gestellt werden, sich entweder für den Gewerkschaftsapparat oder für die kampfgewillte Masse zu entscheiden – für die proletarische Einheitsfront gewinnen können. Aber es würde gegenwärtig zu den schwersten Versäumnissen z. B. in Nordwest und Mansfeld gehören, wenn man dort die Frage des Kampfes gegen die verräterische Gewerkschaftsbürokratie allein zu einer Frage der Betriebsarbeit machen würde. Es würde bedeuten, daß man der Gewerkschaftsbürokratie innergewerkschaftlich die Monopolstellung über alle jene organisierten Arbeiter läßt, die sie unter dem Druck ihres bisherigen Einflusses den von der RGO geführten Belegschaftsversammlungen noch fernhalten kann. Selbst dort, wo nur 20 Prozent organisierte Arbeiter vorhanden sind oder vielfach noch weniger (wie im Ruhrgebiet), können sie in der Hand des faschisierten Apparats der Gewerkschaftsbürokratie zur gefährlichsten Streikbrechertruppe für jeden von der RGO geführten Kampf werden.

Genosse Thälmann hat auf der letzten Tagung des Erweiterten Präsidiums des EKKI sehr stark auf die Notwendigkeit hingewiesen. unter den fünf Millionen organisierten Arbeitern der deutschen reformistischen Gewerkschaften ZU arbeiten. Und nicht nur im Kampf müssen wir die Front der reformistischen Bürokratie von innen her zermürben und auch beispielsweise durch organisierte Oppositionsgruppen Zersetzungen innerhalb der christlichen Gewerkschaften schaffen. Die Fraktionsarbeit der RGO **innerhalb** der Gewerkschaften ist ständig ein wichtiger Bestandteil der Gesamtarbeit der RGO. Man kann nicht allein, wie Genosse Losowski meint, durch die energische Arbeit im Betrieb die Chance erringen, an dem einen oder anderen Gewerkschaftskongreß beteiligt zu sein und dort eine revolutionäre Oppositionsfraktion bilden zu können. Bei Ausnutzung aller revolutionären Kraftquellen, die aus der Steigerung unseres Einflusses im Betriebe auch in die Reihen der organisierten Arbeiter strömen, bei stärkstem Vorantreiben der Bildung von selbständig führenden Kampforganen der RGO in den Belegschaften, hat die RGO nach wie vor die Aufgabe, in allen Fachgruppen und Zahlstellen der Ge-[427]werkschaften sich gut organisierte und politisch lebendige Gewerkschaftsfraktionen der RGO als Grundlage ihrer Arbeit innerhalb der Gewerkschaften zu schaffen. Ihre Aufgabe ist z. B. in der gegenwärtigen Situation, alle Fragen der Arbeitsgemeinschaftspolitik, der sozialfaschistischen Streikbrecherpolitik in Nordwest, die Frage Stockholm oder Moskau in den Reihen der organisierten Arbeiter zu stellen und dort den Sturm der Empörung gegen den Verrat ihrer Bürokratie zu entfachen.

Das 10. Plenum des EKKI hat mit Recht auf die unbefriedigende Durchführung der Beschlüsse der Komintern über die Gewerkschaftsfraktionen hingewiesen. Trotz neuer Massenausschlüsse im Gefolge der gegenwärtigen Wirtschaftskämpfe, trotz Abspaltung einzelner Organisationsteile und selbständiger Weiterführung dieser von der RGO verteidigten Positionen entspricht den Erfordernissen unseres Kampfes nach wie vor die Linie des 10. EKKI-Plenums, daß die Arbeit der Fraktionen innerhalb der reformistischen Gewerkschaften verstärkt werden muß, und daß daher neue revolutionäre Arbeiter zur Verstärkung unserer revolutionären Fraktionsarbeit in die Gewerkschaften gebracht werden müssen. Innerhalb der Gewerkschaften kämpfen wir nicht um den Gewerkschaftsapparat, sondern um unseren

politischen Einfluß auf die organisierten Arbeiter unter der Fahne des Kampfes für die proletarische Demokratie innerhalb der Organisation, gegen die sozialfaschistische Spaltungspolitik, für die klassenkämpferische Einheit.

Diese wenigen Bemerkungen zur ungenügenden Aufgabenstellung des Genossen Losowski erinnern an einige Dinge, die für die ganze Strategie und Taktik der RGO in den gegenwärtigen Kämpfen weder neu, noch unbekannt, die aber Lebensfragen für die selbständige Kampfführung sind. Wir müssen an allen Frontabschnitten, im Betrieb und innerhalb der Gewerkschaft, kämpfen, die organisierten Arbeiter gemeinsam mit den unorganisierten unter die Kampfführung der RGO zu stellen. Die Frage der Entwicklung der RGO zu einer organisatorisch gefestigten Millionenbewegung der deutschen Arbeiter, die herannahende Frage der Herausbildung roter Klassengewerkschaften im Verlauf kommender großer Streikkämpfe und völliger Diskreditierung der sozialfaschistischen Bürokratie in Deutschland können nur gelöst werden, wenn auch an der innergewerkschaftlichen Front alle Kraft eingesetzt und alle Methoden angewandt werden, die immer wieder innerhalb der Gewerkschaften die politischen Fragen im Sinne der RGO und der Partei stellen.

*

Sozialdemokratie, Arbeiteraristokratie und die Plattform der rechten Renegaten in Norwegen.

Von Arvid Hansen

Gemeinsam für die rechten Renegaten und die Trotzkisten sowohl in Skandinavien und Deutschland wie in Amerika und anderen Ländern ist ihre demagogische Behauptung, sie seien die wahren Schüler Lenins, sie stünden auf dem Boden des Leninismus. Vor nicht vielen Jahren hat Tranmael behauptet, der Vertreter des Leninismus in Norwegen sei die Norwegische [428] Arbeiterpartei. Das wiederholt sich jetzt bei unseren rechten Renegaten. Besonders die „Unabhängige Kommunistische Partei“ in der Stadt Skien, die durch die Vermittlung der intellektuellen „Mut Dag“-Gruppe ihre ideologische Plattform von der Brandler-Gruppe in Deutschland übernommen hat, deklamiert fortwährend davon, daß sie den Weg Lenins befolge. In der ersten Nummer ihrer Wochenzeitung (Der Arbeiterwille) heißt es: „Die neue Streikstrategie der RGI, auf Westeuropa angewendet, bedeutet einen historischen Bruch mit dem Leninismus. In der Gewerkschaftspolitik steht die ‚Unabhängige Kommunistische Partei‘ in Skien auf dem Boden des Leninismus.“

Wenn wir uns mit der Ideologie der Renegaten beschäftigen, dann nicht deshalb, weil wir damit rechnen, daß derartige Abfallsgruppen sich zu einer wirklichen Partei werden entwickeln können, sondern deshalb, weil sie Träger des ideologischen Einflusses der Sozialdemokratie innerhalb der Arbeiterklasse sind. Sie bilden den äußersten „linken“ Flügel der Sozialdemokratie, und die Notwendigkeit, einen unversöhnlichen Kampf zu führen besonders gegen die sogenannten „linken“ Führer in der Norwegischen Arbeiterpartei muß daher auch diesen Elementen gelten, die faktisch die Rolle als Agenten der tüchtigsten Verteidiger des Bürgertums; der Herren Tranmael, Bull, Torp und Co., spielen.

Die Plattform der rechten Renegaten in Norwegen in der Gewerkschaftsfrage läuft darauf hinaus, daß die Kommunisten „um jeden Preis“ die Einheit der Gewerkschaftsbewegung sichern müsse, daß die Ausschlüsse um jeden Preis zu vermeiden seien, daß die Ausgeschlossenen „auf die Dauer keine andere Wahl hätten, als rote Gewerkschaften und einen neuen Gewerkschaftsbund zu gründen“, und daß die Anwendung der Streikstrategie der RGI „in Nord- und Westeuropa den Reformismus stärken, anstatt die Arbeiterklasse zum Sieg führen würde“. Für den klassenbewußten Arbeiter sollte es nicht schwer fallen, die ganze Hohlheit und Falschheit einer derartigen Plattform zu durchschauen. Es sollte nicht schwer sein, zu verstehen, daß ein solcher Standpunkt eine vollständige Kapitulation vor dem Reformismus bedeutet und den Verzicht auf jede kommunistische Arbeit in den Gewerkschaften. Die reformistischen Gewerkschaftsführer fordern auch in Norwegen die sogenannte „Loyalität“. Diese Forderung stellten sie schon auf dem Kongreß des Gewerkschaftsbundes 1925, als sie die Bildung von Fraktionen, Zellen und Aktionsausschüssen verboten haben. Das Verbot der Aktionsausschüsse war die Antwort der Reformisten auf den heldenmütigen (gesetzwidrigen) Streik der 5000 Metallarbeiter in Oslo. 1926/27, in Verbindung mit der Vereinigung der Norwegischen

Arbeiterpartei mit den rechten Sozialisten, verlangten die Reformisten die Liquidierung der Kommunistischen Partei im Namen der Loyalität und der Klassensolidarität. Bei jedem Schritt der KP zur Vereinigung der Norwegischen Arbeiter zum Klassenkampf wurde von den Reformisten über Illoyalität gesprochen: Im Wahlkampf 1927, der zur Bildung der ersten königlichen „Arbeiterregierung" in Norwegen führte, im Bauarbeiterstreik 1928, bei den Demonstrationen am 1. August 1929 und in der Frage des linken Arbeiterkongresses, in den Chemiearbeiterstreiks, während des Solidaritätsstreiks der Kommunalarbeiter in Drontheim, im Chauffeurstreik in Oslo und in den letzten Waldarbeiterkämpfen. In der Zeit der Reichskonferenz der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (Juni 1930) hat Tranmael wieder der „illoyalen" Opposition der linken Arbeiterschaft die Losung einer „loyalen" Gewerkschaftsopposition aufgestellt. Immer war das Schlagwort über Loyalität das narkotische Mittel, das von den Reformisten verwendet wurde, wenn sie einen neuen Verrat gegen die Arbeiterklasse vorbereiteten. Loyalität gegenüber den Reformisten ist immer mehr gleichbedeutend geworden mit Loyalität gegenüber den Unternehmern und dem bürgerlichen Staat, und insbesondere mit [429] Loyalität gegenüber den sozialdemokratischen Gemeinderäten, die einen Bestandteil dieses Staates bilden. Im Namen der Loyalität haben Tranmael und Halvard Olsen die Ausschlußpolitik in der norwegischen Gewerkschaftsbewegung eingeleitet, schon als sie die neue Streikstrategie der RGI noch nicht entdeckt hatten. „Um jeden Preis" an der Einheit festzuhalten, sich „um jeden Preis" gegen Ausschlüsse sichern zu wollen, das bedeutet bei den gegenwärtigen Verhältnissen, auf jeden Klassenkampf zu verzichten. Das bedeutet, die Loyalitätslosung der Reformisten anzuerkennen und sich den Reformisten, den Unternehmern und dem bürgerlichen Staate bedingungslos zu unterwerfen. Das bedeutet, daß man verzichten muß auf den Kampf um bessere Lebensbedingungen, auf den Kampf gegen die neue Lohndruckoffensive der Unternehmer, weil dieser Kampf heute nur möglich ist mit Hilfe der revolutionären Streikstrategie der RGI. Anstatt für bessere Lebensbedingungen zu kämpfen mit dem Ziel, den Kapitalismus zu stürzen, gleitet man auf die Linie des Klassenfriedens und der Klassengemeinschaft hinüber. Das ist es, was die Renegaten als den Weg Lenins bezeichnen. Sie vergessen, daß, wenn Lenin die Kommunisten aufgefordert hat, in den Gewerkschaften zu bleiben, dann zu dem Zweck, kommunistische Arbeit in den Gewerkschaften zu machen, die Massen zu radikalisieren und zu revolutionieren, sie zu immer höheren Positionen im revolutionären Klassenkampf zu führen. Dieser Standpunkt Lenins ist auch heute noch unsere Linie.

Die Bildung der demokratisch gewählten Streikleitungen oder von Aktionsausschüssen der Arbeiter und die Bildung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition bedeutet keine Abschwächung, sondern eine gewaltige Verstärkung der revolutionären Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften. Es ist klar, daß besonders in einem Lände wie Norwegen, wo etwa 70 Prozent der Industriearbeiter organisiert sind, die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften eine Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei ist. Diese Arbeit aufzugeben, abzuschwächen oder von den Gewerkschaften zu flüchten auf Grund der Schwierigkeiten, Unannehmlichkeiten, Gemeinheiten und Ausschlußdrohungen der Reformisten und Sozialfaschisten, das bedeutet, die Mehrheit der Arbeiterklasse dem Reformismus zu schenken. Unsere Losung der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse würde sich in eine leere Phrase verwandeln, falls wir die geringste Konzession an solche Strömungen machen würden, die die Flucht von den Positionen in der Gewerkschaftsbewegung unterstützen, falls wir für die verlorenen Positionen in wichtigen Gewerkschaftskartellen einen Ersatz suchen würden durch den verfrühten Aufbau einer „selbständigen Kampfesorganisation", durch die Bildung paralleler Organisationen.

Die Reichskonferenz der norwegischen Gewerkschaftsopposition hat gegen diese Strömungen den Kampf angesagt, weil sie tatsächlich nur Wasser auf die Mühlen der Renegaten und rechten Opportunisten in ihrem Kampfe gegen die Parteilinie bedeuten. Die Beschlüsse der Reichskonferenz sind ein Schlag ins Gesicht der rechten Renegaten. Die Beschlüsse dementieren vollständig die Legende über einen ultralinken Kurs der Partei mit dem Ziel der Bildung paralleler Gewerkschaften. Und die Beschlüsse konzentrieren gleichzeitig vor allem das Feuer gegen die Kapitulationslinie der Renegaten und Opportunisten, gegen die sogenannte „Loyalität", gegen jede Verwässerung und Entstellung der revolutionären Streikstrategie in der Praxis des Alltagskampfes.

Durch diese Beschlüsse hat die Opposition einen entschiedenen Stoß gerichtet gegen alle solche Elemente, die die Entfaltung der Massenbewegung und den Kampf um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse hemmen und hindern. Schon dadurch erhält die Reichskonferenz der Opposition die größte Bedeutung für die Ausgestaltung der revolutionären Praxis in der Gewerkschaftsbewegung und vor allem in den [430] Wirtschaftskämpfen. Die Reichskonferenz hat gezeigt, daß der Hauptteil der linken Arbeiterschaft, die sich der Opposition angeschlossen hat, auf eine richtige proletarische Klassenlinie eingestellt ist, daß die Arbeiter auf der Hut sind, sowohl gegen das Sektierertum, gegen die falsche demagogische Plattform der rechten Renegaten, wie insbesondere gegen die gegenwärtige Hauptgefahr; den Opportunismus in der Praxis.

II.

Um den Kampf gegen die Reformisten abzuschwächen, stellen die rechten Renegaten in Norwegen die Theorie auf, eine Arbeiteraristokratie gäbe es lediglich in Amerika, und nur für das amerikanische Proletariat sei es notwendig, auf zwei Fronten zu kämpfen, „gegen die Kapitalistenklasse und gegen den Gewerkschaftsbund, der als eine reine Streikbrecherorganisation auftritt“. In Europa sei aber die Lage völlig anders.

In einem Artikel im Organ der rechten Renegaten vom 10. Januar 1930 heißt es:

„In Nordeuropa ohne Kolonien ist der Kapitalismus so schwach, daß er keine Arbeiteraristokratie schaffen kann. Man darf sich dabei nicht blind starren auf Tendenzen in dieser Richtung. Arbeiteraristokratie bedeutet nicht einzelne bedeutungslose Kleingruppen, sondern eine Klasse mit bestimmter konservativer Einstellung. Und der Kapitalismus muß einen bedeutenden Ueberschußprofit haben (der bisher in der Geschichte durch Kolonialausbeutung geschaffen wurde), um eine solche Klasse herausbilden zu können.“

Die Frage der Arbeiteraristokratie hat, wie es die letzte Diskussion in der deutschen Partei sehr eindringlich gezeigt hat, eine tiefgehende Bedeutung für die Taktik und Methoden unserer Partei im Kampfe um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Eine richtige Stellungnahme in dieser Frage ist eine Voraussetzung dafür, daß es uns gelingen wird, die Arbeitermassen von der reformistischen und sozialfaschistischen Führung loszureißen. Von besonderer Bedeutung ist dieses Problem für die Durchführung der Einheitsfronttaktik von unten.

Die Theorie der rechten Renegaten in Norwegen, wie sie in der Plattform der „Unabhängigen Kommunistischen Partei“ Skien zum Ausdruck kommt, steht in entscheidenden Punkten im Gegensatz zum Leninismus. Die Theorie der Renegaten besagt, daß ein Land ohne Kolonien überhaupt keine Arbeiteraristokratie schaffen könne, was gleichbedeutend ist mit der Behauptung, daß ein Staat, der keine Kolonien hat, kein imperialistischer Staat sein könne, während es nach der Leninschen Theorie auch imperialistische Länder ohne Kolonien gibt. Nach der Leninschen Theorie ist die Arbeiteraristokratie und die bürgerliche Arbeiterpartei in der gegenwärtigen Periode unvermeidlich und typisch für alle imperialistischen Länder. Die Behauptung der Renegaten bedeutet z. B., daß der neue deutsche Imperialismus, der bekanntlich keine Kolonien hat, der sich aber Kolonien erkämpfen möchte, überhaupt keine Arbeiteraristokratie hervorbringt.

Die geistigen Vertreter der „linken“ Abbiegungen in der deutschen Partei machen den Fehler, daß sie nicht nur die korrumpierten Oberschichten, sondern die sozialdemokratischen Arbeiter im allgemeinen zur Arbeiteraristokratie rechnen, was in der politischen Konsequenz zu einem Kampf gegen die Arbeiter, zu einer Zusammenschweißung der sozialdemokratischen Arbeitermassen mit der wirklichen Arbeiteraristokratie führt. Im Kampfe gegen diese Ansichten ließ sich aber die deutsche Partei nicht in die entgegengesetzte äußerliche Auffassung hineintreiben, nämlich zur Behauptung, daß in Deutschland überhaupt keine Arbeiteraristokratie vorhanden sei. Die rechten Renegaten in Norwegen [431] erklären, daß eine Arbeiteraristokratie „nicht einzelne bedeutungslose Kleingruppen sind, sondern eine Klasse mit bestimmter konservativer Einstellung“. Diese Problemstellung bedeutet, daß entweder die Arbeiteraristokratie eine eigene, große und mächtige Gesellschaftsklasse ist, oder daß sie überhaupt nicht existiert. Eine solche Problemstellung ist natürlich falsch. Zu behaupten, daß diese Elemente, diese Arbeiteraristokratie, vollkommen „bedeutungslos“ sei, weil sie nicht eine eigene

Gesellschaftsklasse bildet, weil sie in manchen Ländern zahlenmäßig keine besonders breite Schicht der Arbeiterklasse darstellt, bedeutet in Wirklichkeit nichts anderes als eine Entwaffnung der revolutionären Arbeiter im Kampfe gegen die Führer der Sozialdemokratie und gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, ebenso wie eine Ueberschätzung der wirtschaftlichen Grundlagen der Arbeiteraristokratie, eine Ueberschätzung des Umfangs und der zahlenmäßigen Stärke dieser Arbeiteraristokratie eine Entwaffnung der Partei im Kampf um die breitesten Arbeitermassen bedeutet.

Es ist klar, daß jede solche Ueberschätzung und jede Einschätzung der Sozialdemokratie als führende Partei des Kapitalismus – eine Einschätzung, die in den Thesen der KP Norwegens auf dem Oktoberplenum 1929 enthalten war –, jede Behauptung, daß die norwegische Arbeiterpartei „ihrer sozialen Zusammensetzung nach“ ein jedes Gepräge einer Arbeiterpartei schon eingebüßt hätte (und das bei einer Partei, die doch auf den kollektiven Anschluß der Gewerkschaften basiert ist), nur bedeutet die Wühlarbeit der rechten Renegaten und Reformisten in den Reihen der linken Arbeiterschaft zu erleichtern. Es ist nämlich nicht schwer zu beweisen, daß die NAP (d. h. die norwegische Sozialdemokratie) nicht die führende Partei der norwegischen Bourgeoisie ist, und daß es in dieser Partei auf Grund des Kollektivanschlusses noch Zehntausende von Arbeitern gibt. Einen erfolgreichen Kampf gegen die ideologische Plattform der rechten Renegaten und Opportunisten kann die KP Norwegens deshalb nur dann führen, wenn sie jede Tendenz zur Ueberschätzung der Basis des Reformismus durch die Arbeiteraristokratie bekämpft, wenn sie die falsche Einschätzung der Struktur und Rolle der NAP ablehnt, die eine Barriere zwischen unserer Partei und den breiten Arbeitermassen schafft. Die Korrektur der linken Abbiegungen in den Beschlüssen des Oktoberplenums und des Arbeiterkongresses 1929, die Aenderung des Kurses und des Verhaltens gegenüber den irregeführten sozialdemokratischen und tranmaelistischen Arbeitern in Betrieben und Gewerkschaften ist eine Voraussetzung des erfolgreichen Kampfes gegen den Opportunismus und gegen den Reformismus in der norwegischen Arbeiterbewegung.

III.

Tatsächlich gibt es in den Reihen unserer Partei die verschiedensten unrichtigen Anschauungen über die Arbeiteraristokratie. Manche Genossen neigen z. B. zu der Ansicht, die Arbeiteraristokratie, das seien die gelernten Arbeiter. In seiner Polemik gegen Tendenzen einer derartigen Einstellung hat Genosse Thälmann an die Tatsache erinnert, daß während des Hungermarsches am 1. Februar 80 Prozent aller Bauplätze in Hamburg einen Tag gestreikt haben. Es wurde auch an den Rohrlegerstreik in Berlin erinnert. Was Norwegen anbetrifft, brauchen wir nur solche Beispiele wie der Metallarbeiterstreik 1923/24, der Bauarbeiterstreik 1928 erwähnen, die jede Behauptung, daß die gelernten Arbeiter in ihrer Gesamtheit eine Arbeiteraristokratie bilden sollten, die für den revolutionären Klassenkampf nicht zu gewinnen seien, zunichte macht.

Manche Genossen neigen zu der Ansicht, daß der Rationalisierungsprozeß und die Krise des Kapitalismus die Arbeiterklasse in zwei unterschiedliche Lager gespalten hat, die Arbeitslosen und die Arbeitenden, wobei [432] die letzteren zur Arbeiteraristokratie gerechnet werden. Es ist einleuchtend, daß diese unrichtige „Theorie“ nicht geeignet ist, die Grundlage zu schaffen für eine Einheitsfront der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen. Selbst in der bedeutend abgeschwächten Form, daß zur Arbeiteraristokratie diejenigen, die das ganze Jahr hindurch regelmäßig Arbeit haben, zu rechnen seien, ist diese Auffassung unrichtig. Dabei spielen doch die Konjunkturen und verschiedene andere Momente in jeder einzelnen Industrie eine Rolle. Bei einer vorübergehenden guten Konjunktur, wie sie z. B. im Jahre 1929 in der norwegischen Schiffswerftindustrie, in der Papierindustrie oder in der chemischen Industrie vorhanden war, kann ein sehr hoher Prozentsatz der Arbeiter fortwährend beschäftigt sein, ohne daß man deshalb behaupten kann, daß sie sich auf Grund der vorübergehenden guten Konjunkturen in eine Arbeiteraristokratie verwandeln. Derartige Behauptungen bedeuten tatsächlich die größte Unterschätzung der Krisenelemente in der kapitalistischen Gesellschaft, der verstärkten Ausbeutung durch die kapitalistische Rationalisierung, der Tatsache, daß auch große Teile derjenigen Arbeiter, die bei relativ günstigeren Konjunkturen noch im Betrieb sind, zu jeder Zeit von der Arbeitslosigkeit mit betroffen werden können. Es war deshalb unrichtig, wenn einzelne Genossen in der Norwegischen Partei in Verbindung mit den Erwerbslosendemonstrationen in Lörenskog, wo

der sozialdemokratische Gemeinderat „geschützt“ wurde von Polizei und sozialfaschistischer „Ordnungswehr“, eine Klassenscheidung zwischen Erwerbslosen und denjenigen, die „feste“ Arbeit haben, konstruieren wollten. Es kann nicht die Aufgabe der Kommunistischen Partei sein, die Kluft zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen durch neue gekünstelte „Theorien“ zu vertiefen. Unsere Aufgabe ist es, diese Kluft zu bekämpfen, die gemeinsamen Interessen aufzuzeigen, die Gefahren der Arbeitslosigkeit für die gesamte Masse der Betriebsarbeiter zu betonen, unsere Anstrengungen zu vergrößern in der Richtung der Vereinigung der Arbeitslosen und der Arbeitenden zur gemeinsamen Klassenfront.

Auch unsere Feinde haben ihre „Theorien über die Arbeiteraristokratie“. Die reaktionäre, halbfaschistische norwegische Bauernpartei – die Partei der Kulaken – versucht den Forst- und Landarbeitern einzureden, daß die Papierarbeiter eine Arbeiteraristokratie sind. Je höher die Löhne der Papierarbeiter, um so niedriger die Forstarbeiterlöhne. Solcher ideologischer Waffen bedient sich das Bürgertum, um die Front der Arbeiterklasse zu spalten.

Die kapitalistische Rationalisierung hat auch in Norwegen die Tendenz, die Lohnspanne zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern zu vermindern, vergrößert aber gleichzeitig die Lohnspanne zwischen verschiedenen Schichten nach neuen Scheidungslinien. Gewisse Gruppen der Betriebsarbeiter, die verwendet werden zur Anpeitschung der allgemeinen Arbeitsintensität, die als Barriere gegen Streiks ausgenützt werden usw., werden korrumpiert durch höhere Löhne, Prämien, „Arbeiterobligationen“ usw., und bilden zusammen mit den Angestellten, die in den rationalisierten Betrieben eine weit größere Rolle spielen als bisher, eine neue Arbeiteraristokratie. Wenn z. B. der Vorsitzende der Gewerkschaft in Rjukan (norwegischer Großbetrieb der I. G.-Farbenindustrie) auf dem berühmten, von der Direktion veranstalteten Wurst- und Branntweinfest, wo 3000 Arbeiter eingeladen waren, eine Rede hielt für die Unterstützung des Trusts bei der Rationalisierung und in dem Kampf auf dem Weltmarkt, so zeigt es, daß die reformistische Gewerkschaftsbürokratie die Vertreterin der neuen Arbeiteraristokratie ist. Um die ökonomischen Vorteile dieser kleinen Oberschicht zu erhalten und zu erweitern, garantiert die sozialdemokratische Gewerkschafts- und Parteibürokratie in Norwegen ihre Mitwirkung bei der Durchführung der kapitalistischen Rationalisierung. Aus demselben Grunde ist diese Bürokratie und die Führung der norwegischen Arbeiterpartei auch bereit, Rücksicht zu nehmen auf die verschärfte Konkurrenz auf dem Weltmarkt, auf [433] das Streben des norwegischen Kapitalismus nach einem höheren Anteil am Extraprofit, und sie ist deshalb auch darauf eingestellt, ihre Mitwirkung zu leisten bei der Beteiligung Norwegens an neuen imperialistischen Kriegen, vor allem in einem Kriege gegen die Sowjetunion. Unter dem Eindruck des Sieges der faschistischen Diktatur in Finnland erklären die Organe des norwegischen Finanzkapitals ganz offen, es sei nicht nur notwendig, sondern auch „klug“, an einem Kriege gegen die Sowjetunion teilzunehmen. Die Politik der norwegischen Arbeiterpartei geht in derselben Richtung und ist auf die ökonomischen Interessen der Arbeiteraristokratie basiert. Aber die Grundlage der Arbeiteraristokratie wird immer mehr eingeengt. Das gilt für die großen imperialistischen Länder, und in noch höherem Grade für ein Land wie Norwegen.

Der 3. Parteitag der KP Norwegens hat ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der verschärfte Kampf gegen die Sozialdemokratie den Kommunisten zur Pflicht macht, zu unterscheiden zwischen den sozialdemokratischen Arbeitern und den sozialdemokratischen Führern, die die Rolle als Werkzeuge der Stabilisierungspolitik, als Lakaien des Imperialismus spielen. In den „Kinderkrankheiten“ unterstreicht Lenin, daß wir den Kampf mit der „Arbeiteraristokratie“ führen müssen im Namen der Arbeitermassen und um sie auf unsere Seite hinüberzuziehen. „Der Kampf mit den opportunistischen und sozialchauvinistischen Führern führen wir, um die Arbeiterklasse für uns zu gewinnen. Diele elementare handgreifliche Wahrheit zu vergessen, wäre eine Torheit.“

Gegen eine solche Torheit, die in Norwegen zum Ausdruck kam in gewissen Ansätzen zum Austritt aus den Gewerkschaften und zum Verzicht auf die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften, hat die Reichskonferenz der Gewerkschaftsopposition mit Recht die revolutionären Arbeiter gewarnt.

*

Die Wendung in der Freidenkerarbeit

Von Horst Fröhlich

Die Kirche ist die konservativste ideologische Macht. Sie stützt sich auf die Zurückgebliebenheit, Unwissenheit, Unaufgeklärtheit großer Massen des Volkes. Sie ist eine konservative Macht, denn sie verteidigt die Herrschaft einer dem Untergang geweihten reaktionären Klasse.

So konservativ die Kirche in ihrem Wesen ist, so beweglich und anpassungsfähig ist sie in den Formen und Methoden ihres Kampfes. Sie nutzt die neuesten Erscheinungen der Technik aus, um ihre Macht zu festigen und zu erweitern. Geistliche, die mit dem Flugzeug zu gottesdienstlichen Handlungen fahren, die in der Kirche den Lautsprecher benutzen, die durch den Rundfunk ihre Rede in die Kirchen übertragen lassen, sind heute in Amerika keine Seltenheit mehr; und Deutschland wird Amerika auch hierin folgen.

Es gibt keine Arbeiterorganisation, keine staatliche oder kommunale Einrichtung, keine gesellschaftliche oder familiäre Institution, keine privaten Verhältnisse, in die die Kirche nicht – offen oder heimlich – und zwar meistens erfolgreich, einzudringen versucht. Sie wendet skrupellos alle Mittel an: gesellschaftlichen Boykott, wirtschaftlichen Terror, Korruption, Quacksalberei, Drohung mit dem Fegefeuer, Gefängnis, soziale Versprechungen usw. Die Bourgeoisie verteidigt die religiöse Kunst unter Berufung nicht auf die Religion, sondern auf den künstlerischen Charakter der betreffenden Werke. Unter dem Motto „Toleranz", „Kunst an sich" kämpft sie gegen die „einseitige" revolutionäre Arbeiterkunst, verteidigt sie die reaktionäre, verlogene, minder-[434]wertige kirchliche Kunst. Mit der heuchlerischen Phrase von der „Gleichberechtigung" der Wissenschaft mit der Glaubenslehre duldet und fördert die Bourgeoisie die Fälschung der Wissenschaft durch die Kirche, den Glaubensterror gegen alle aufrechten, unbestechlichen Gelehrten und Forscher. Die Kirche dringt in alle Gebiete des Lebens ein und unterwirft sie ihrer Macht.

Die Freidenkerbewegung ist eine gewaltige revolutionäre Bewegung der Menschheit. Aber die Grundlage dieser Bewegung ist die Umwälzung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung, die Errichtung der proletarischen Diktatur, der. Aufbau der sozialistischen Wirtschaft.

So revolutionär der Inhalt der Freidenkerbewegung ist, so bedeutend die Perspektiven ihrer Entwicklung sind, so starr verharren noch immer hunderttausende Mitglieder der verschiedenen Freidenkerorganisationen in den alten Formen und Gedankengängen der Feuerbestattung. Das gilt nicht nur von dem reformistischen Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung, dessen Bürokratie aus einem Vorkämpfer gegen die Kirche zu deren Lakai geworden ist, sondern auch für einen Teil der marxistischen Opposition im reformistischen Verband und für Teile der Mitgliedschaft der Verbände proletarischer Freidenker.

Die Feuerbestattung spielte vor 30 Jahren eine revolutionäre Rolle. Die Leichenverbrennung war ein symbolischer Akt des Kampfes gegen den religiösen Glauben vom Fortleben nach dem Tode. Die Feuerbestattung hat heute diese revolutionäre Bedeutung eingebüßt, aber noch immer beherrscht die Feuerbestattungsideologie in sehr starkem Maße den Charakter der Opposition im reformistischen Freidenkerverbande und der revolutionären Freidenkerverbände.

Für den Proletarier hat es eine große Bedeutung zu wissen, daß bei seinem Tode die Angehörigen von den Mühen und Unkosten der Totenbestattung befreit sind. Aber größer als die Sorge des Arbeiters um die Lage der Angehörigen nach seinem Tode ist seine Sorge um seine eigene Lage zu seinen Lebzeiten. Die Pfaffen predigen dem Arbeiter die Mißachtung des schlechten irdischen Lebens zugunsten der ewigen Seligkeit. Jene „oppositionellen" Freidenker sind Pfaffen im Freidenkergewand, die uns einreden wollen, man könne die Arbeiter nur dann für einen revolutionären Freidenkerverband und für die Freidenkerbewegung gewinnen, wenn man ihnen die Feuerbestattung garantiere, daß hingegen das irdische Leben, ihre Ausbeutung durch Kapital und Kirche, ihre Verdummung und Unterdrückung durch die Kirche sie nur wenig interessiere. Eine solche Auffassung ist eine Unterschätzung des Kampfwillens des Proletariats. Noch krasser tritt diese pessimistische Auffassung vom angeblich fehlenden Kampfwillen des Proletariats in der Unterschätzung der Bedeutung der massenhaften Kirchenaustritte zutage, die in den letzten Monaten erfolgten. Die betreffenden

Genossen beschimpfen die aus der Kirche austretenden Massen, sie vollzögen den Kirchenaustritt „nur aus materiellen Gründen“, ein Argument, das etwa auf derselben Höhe steht, wie die Beschimpfung streikender Arbeiter durch die Bourgeoisie als „egoistisch“. Der Unglaube an die eigene Kraft, an die Möglichkeit, die Arbeiter im reformistischen Freidenkerverbande für den revolutionären Kampf zu gewinnen, führt zum kampflosen Herauslaufen aus dem reformistischen Verbande, zum Bestreben der Gründung „neuer Läden“ [435] um jeden Preis. Der Unglaube an die Möglichkeit der Politisierung der Freidenkerbewegung führt zur Ueberbetonung der technischen, finanziellen Fragen der Feuerbestattung, zur Vernachlässigung des kulturpolitischen Kampfes. Hier zeigt das linke Sektierertum in aller Klarheit sein opportunistisches Gesicht.

In Wirklichkeit bedeutet das Aufrollen der Kampffront gegen die Kirche auf allen Gebieten des menschlichen Lebens die Erfassung zehnmal größerer Massen, eine zehnmal tiefere, aufrüttelndere Propaganda, als wir sie jemals mit der bloßen Frage der Feuerbestattung erreichen können.

Die russische kommunistische Partei hat bereits vor der Machteroberung einen schonungslosen Kampf gegen das religiöse Opium, gegen die These „Religion ist Privatsache“ in bezug auf die eigene Partei geführt. Für das westeuropäische bzw. für das deutsche Proletariat hat die freidenkerische Agitation eine noch weit größere politische Bedeutung und Möglichkeit des Erfolges, als sie es in Rußland hatte. Worauf beruhen die besonderen Möglichkeiten und Perspektiven der Freidenkerbewegung in Deutschland?

1. Die moderne Industrie verlangt einen „gebildeten“ Arbeiter, dessen Bildung allerdings nicht so weit gehen darf, daß er das „demokratische“ System der Ausbeutung und Unterdrückung durchschaut und den Kampf dagegen aufnimmt. Aber die Dinge haben ihre Logik, auch dort, wo sie die Menschen nicht haben. Das Kapital, das in dem Proletarier die kulturellen Bedürfnisse, wenn auch in noch so kümmerlicher, verfälschter, verlogener, minderwertiger Form entwickelt und seine kulturelle Entwicklung in eine klassenfeindliche Richtung lenkt, weckt damit – wider Willen – in dem Arbeiter den Hunger nach einer größeren, wahrhaften, d. h. proletarischen Kultur. Schon das Arbeiterkind entdeckt in der Volksschule, trotz aller Minderwertigkeit Verlogenheit des Unterrichts, den Widerspruch zwischen der Wissenschaft und dem gesunden Menschenverstand auf der einen, und den kirchlichen Lehren auf der anderen Seite. Der Heißhunger des Kapitals nach unbezahlter Arbeit, der nicht vor den kirchlichen Feiertagen, vor der Sonntagsruhe haltmacht, zerstört selbst ein Stück religiösen Glaubens. Die Frivolität der herrschenden ausbeutenden Klasse gegenüber der Religion, die den ausgebeuteten unterdrückten Massen reserviert bleibt, hilft faktisch der Freidenkerbewegung. Und das entscheidende: je gewaltiger sich der Vertrustungsprozeß ausdehnt, und damit auf der anderen Seite das Proletariat zur Organisierung zwingt, wobei das Proletariat zu neuen, höheren Formen der Organisation übergeht, wie Wahlausschüssen zu den Betriebsrätewahlen, Roten Betriebsräten, Maikomitees, Streikleitungen, aus Organisierten und Unorganisierten gemeinsam gebildet, usw., um so mehr werden der Religion die organisatorischen Grundlagen ihres Einflusses entzogen. „Durch keine Broschüren, durch keine Propaganda kann man das Proletariat aufklären, wenn es nicht durch seinen eigenen Kampf gegen die finsteren Gewalten des Kapitalismus aufgeklärt wird“ – sagt Lenin. Indem der Imperialismus die Grundlagen einer hohen Organisiertheit des Proletariats für den eigenen Kampf gegen die finsteren Gewalten des Kapitalismus schafft, schafft er die Grundlagen für die freidenkerische Aufklärung, für die Vernichtung der Religion in den Hirnen der Arbeiter.

2. Durch die Verschärfung des Klassenkampfes, durch die Ausdehnung der proletarischen Kampffront auf die Frauen und die Jungarbeiter, die immer mehr dem Produktionsprozeß eingegliedert [436] werden, verliert die Kirche ihre wichtigsten Reserven. Durch den verstärkten wirtschaftlichen Druck der Kirche, deren Steuerforderungen und sonstige materiellen Forderungen immer höher werden, verliert die Kirche die letzten Fetzen ihres sozialen Mäntelchens und entpuppt sich nicht nur als ideologischer Helfer der Ausbeuter, sondern als ein Ausbeuter selber, wie er im Buche steht. Durch die Verschärfung der imperialistischen Gegensätze und des zentralen Gegensatzes aller Imperialisten gegen die Sowjetunion, in der die Religion als ein Ueberbleibsel der Zeit der Unwissenheit und Ausbeutung der Massen abstirbt, wird die Kirche gezwungen, ihr antibolschewistisches,

kriegshetzerisches Gesicht zu enthüllen. Die Religion, die in die Hirne der Arbeiter nicht eingedrungen ist auf Grund logischer, verstandesmäßiger Ueberlegungen und Erkenntnisse, wie es bei dem Freidenkertum der Fall ist, sondern auf Grund der Unwissenheit und Unaufgeklärtheit, des Unvermögens, die anarchische Welt des Kapitalismus zu begreifen, ihre Ereignisse vorauszusehen, sich eine gesicherte Existenz zu erarbeiten, die als eine bloße Gefühlsangelegenheit in den Herzen der Arbeiter ruht, zerstört selbst mit dieser ihrer Entwicklung die religiösen Gefühle der Arbeiter. (Schluß folgt.)

*

Kriegsrüstungen im Strafrecht

Von Eduard Alexander

Das Strafrecht des Krieges war dem des Friedens noch vor 25 Jahren unterschiedlicher gegenübergestellt als heute. Es gab das besondere Kriegsrecht für den Soldaten, das ihn als Kadaver behandelte, noch bevor er für das Vaterland gestorben war oder er als Krüppel weiterleben durfte. Es gab für den Zivilisten das Recht des Belagerungszustandes – schon der Name weist auf den Ursprung –, das die gewöhnlichen Strafen der Friedenszeit verschärfte. Noch § 4 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch von 1871 zählt die Straftaten einzeln auf, die nach der „Erklärung des Kriegszustandes“ statt mit lebenslänglichem Zuchthaus, mit dem Tode zu bestrafen sind.

Diesen Unterschied schleift das kommende, als Reform sich ausgebende Strafgesetzbuch der deutschen, imperialistischen Bourgeoisie, bewußt ab, nachdem ihm die Richter der Weimarer Republik mit ihrer Rechtsprechung darin vorangegangen sind. Die Angleichung der Unterschiede geschieht nicht etwa von der Seite her, daß das Kriegsrecht für die Soldaten und Zivilisten gemildert, dem allgemeinen Strafrecht angegliedert würde, sondern umgekehrt: das allgemeine, für den Alltag geltende Strafrecht wird dem des Krieges angepaßt.

Dieser Vorgang entspricht durchaus der Rechtsentwicklung, die auf einem anderen, dem Kriegsrecht verwandten Gebiet in Deutschland wie in allen bürgerlichen Staaten während der letzten Jahre festzustellen ist: der Entwicklung der Ausnahmegesetzgebung gegen die Werktätigen zu einem normalen Bestandteil, zu einem Regelfall des allgemeinen Rechts. Nach dem Kriegsrecht, nach dem Ausnahmerecht des Belagerungszustandes wird die allgemeine Gesetzgebung aufgerichtet. So haben noch bei der Beratung des Republikschutzgesetzes die Parteien der verflossenen Großen Koalition eine Lücke in dem wahrlich nicht weitmaschigen neuen [437] Strafgesetzbuch bei der Pflicht zum Denunzieren von sogenannten Mordverabredungen entdeckt und haben diese Lücke schleunigst ausgefüllt.

*

Der Krieg ist die notwendige Begleiterscheinung, wie aller Klassengesellschaften, so auch der bürgerlichen Gesellschaft. Heute aber, in der verfaulenden kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaft, ist der Krieg, ist die Kriegsgefahr aus einer Regel zur aktuellen, zur dauernden Erscheinung geworden. Nicht nur die unaufhaltsamen Aufrüstungen aller imperialistischen Staaten beweisen das. Die Spuren dieser Tatsache finden sich, wenn man nicht, wie die Sozialdemokraten aller Tönungen, die Augen vor der unbequemen Wirklichkeit verschließt, auch auf einem den Kriegsrüstungen scheinbar so entfernt liegenden Gebiet, wie es das Strafrecht der Friedenszeit ist.

*

Es wäre sicher von höchstem Interesse, unter dem Gesichtspunkt der Kriegsrüstung das ganze Recht zu durchforschen. Man würde Ansätze zur juristischen Kriegsbereitschaft der Bourgeoisie schon in der Vorkriegszeit finden: etwa in der Abänderung der Geld- und Bankgesetze, die schon einige Jahre vor 1914 den Ersatz des Goldes als Währung durch Papier zuließen – die erste juristische Grundlegung der Inflation. Oder den Ausbau des Spionagegesetzes wenige Monate vor dem Kriegsbeginn.

Man wurde in der Zeit nach dem Kriege im Wirtschafts-, im Zivilrecht, im öffentlichen Recht das Anwachsen dieser Ansätze feststellen können.

Doch um den Rahmen dieser Arbeit nicht zu sprengen, soll sie auf das Strafgesetzbuch und vor allem auf den Hoch- und Landesverrat beschränkt werden.

*

Ob eine sich auf den Belagerungszustand beziehende, dem § 4 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch von 1871 entsprechende Bestimmung im kommenden Strafgesetzbuch enthalten sein wird, steht noch nicht fest. Sie wäre auch überflüssig. Der Artikel 48. der Drehpunkt der ganzen Weimarer Verfassung, der, wie jetzt gerade Brüning vor aller Oeffentlichkeit bewiesen hat, sie ganz aus den Angeln heben kann, kann mit und ohne Einführungsparagraphen die Strafen des Strafgesetzbuches ändern, insbesondere die Todesstrafe, wenn sie abgeschafft werden sollte, wieder einführen. Er kann auch neue Straftatbestände schaffen. Der Antrag der Kommunisten im Strafrechtsausschuß, daß auch nach Artikel 48 keine anderen als die im Strafgesetzbuch aufgeführten Taten unter Strafe gestellt und keine anderen als die im Strafgesetzbuch vorgesehenen Strafen angedroht werden dürften, wurde mit Hilfe der Sozialdemokraten niedergestimmt. Das ganze Strafrecht, das geltende Gesetz wie das kommende, steht tendenziell unter der Herrschaft des Ausnahmegesetzes, des Kriegsartikels der imperialistischen Bourgeoisie, des Artikels 48 der Weimarer Reichsverfassung.

*

Hochverrat und Landesverrat gehören zu den ausgesprochen politischen Delikten. Ihre Ahndung mit den schärfsten Strafen, bis zu lebenslänglichem Zuchthaus und zum Tod, soll den Staat der herrschenden Klassen, soll diese selbst in ihrer Macht gegen den inneren und äußeren Feind schützen. Es entsprach nur der mehr gesicherten Stellung der Bourgeoisie vor dem Kriege, daß bis 1914 beide Straftaten verhältnismäßig selten in der Statistik vorgekommen sind. So gab es in der Zeit [438] von 1902 bis 1914 nur 1907 und 1908 je eine Verurteilung, 1909 zwei und 1914 eine Freisprechung wegen Hochverrats. Wegen eines Landesverrats haben sich die Gerichte von 1902 bis 1913 überhaupt nicht zu bemühen brauchen. Erst 1914, mit dem Kriegsbeginn, sind sieben Verurteilungen und 41 Freisprechungen wegen Landesverrats verzeichnet.

Heute dagegen, noch unter der Herrschaft des Gesetzes von 1871, sind beide, Hochverrat und Landesverrat, zu keineswegs seltenen Straftaten geworden. 1919 gab es 225, 1920 51, 1922 32, 1923 16, 1924 338. 1925 328, 1926 1, 1927 35 Verurteilungen wegen Hochverrats. Die Zahlen der Verurteilungen wegen Landesverrats sind: 1919 30, 1920 14, 1921 20, 1922 51, 1923 25, 1924 18, 1925 15, 1926 15, 1927 18. Das sind nur die Verurteilungen. Die Zahl der Verfahren, die eingeleitet worden sind, sind, namentlich für den Landesverrat, weit höher. Ein großer Teil von ihnen wurde eingestellt oder aus innen- oder außenpolitischen Gründen durch Amnestie erledigt.

Die Erschütterung der Herrschaft der Bourgeoisie wird in dieser, sich gegen die Vorkriegszeit in gerade entgegengesetzter Richtung bewegenden Zahlenreihe offenbar.

Das Reichsgericht und die Oberlandesgerichte verurteilen bezeichnenderweise die Handlungen als Hoch- oder Landesverrat, die gerade mit Rücksicht auf den kommenden imperialistischen Krieg für die Rüstungen der angeblich der Kriegsmacht entblößten deutschen Bourgeoisie wichtig sind. Das ist die Zersetzung und der journalistische Landesverrat.

*

Zersetzung, die Verbreitung von Schriften an Reichswehrangehörige, um sie auf ihre, ihnen selbst noch nach der Weimarer Verfassung zustehenden Rechte aufmerksam zu machen, ist Vorbereitung zum Hochverrat mit einer Straftaxe von mindestens einem Jahr Festung. Die Wehrmacht muß zuverlässig in den Händen der Bourgeoisie bleiben. Sonst hat sie ihre Existenzberechtigung verloren.

Als journalistischen Landesverrat bestrafen das Reichsgericht und die Oberlandesgerichte die Enthüllungen illegaler, selbst nach dem deutschen Recht verbotener, geheimer Rüstungen. Das Recht zur Aufrüstung geht im Interesse der imperialistischen Bestrebungen der deutschen Bourgeoisie ihrem eigenen geschriebenen Recht vor, gleichgültig, ob sich die „verratene“ Geheimrüstung gegen den äußeren oder inneren Feind richtet.

Die Grenze zwischen dem Hoch- und Landesverrat verwischt sich, ganz entsprechend der Erscheinung, daß Staatenkrieg und Bürgerkrieg mit der wachsenden Rebellion der werktätigen Massen, mit der Zunahme der Gefahr neuer imperialistischer Konflikte immer deutlicher ineinander umschlagen.

Hier setzt die Gesetzgebung des kommenden Strafrechts ein. Das Verbreiten von Flugschriften an Polizei und Reichswehr, das Offenbaren illegaler Rüstungen könnten nach dem geltenden Recht nur mit juristisch-logischen Genickbrüchen als Hochverrat oder Landesverrat angesehen werden. Diesen Genickbruch will das neue Strafgesetzbuch den Richtern ersparen; allerdings in einer Weise, die auch bisher nicht faßbare, der Bourgeoisie in ihrer Kriegsrüstung unbequeme politische Handlungen der Werktätigen als Hoch- oder Landesverrat einfängt.

*

War bisher schon die Vorbereitung zum Hochverrat, ein noch vor dem Versuch liegender Abschnitt einer künftigen Handlung strafbar – die Zersetzung gehört hierher –, so stellt der § 88a des neuen Straf-[439]gesetzes sogar die Vorbereitung der Vorbereitungen unter Strafe. Als Vorbereitung zum Hochverrat wird bestraft, wer es vorbereitet, Mannschaften zu sammeln, wer es vorbereitet, Personen zur Uebernahme von leitenden Staatsstellungen zu gewinnen, wer es vorbereitet, sogenannte lebenswichtige Betriebe in ihrer Tätigkeit zu schädigen.

Die §§ 238/239 des kommenden Strafgesetzbuches, die mit dieser letzten Bestimmung gemeint sind, sind für die Kriegsrüstungen der deutschen Bourgeoisie im Strafrecht überaus charakteristisch. Mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren wird bedroht, wer einen lebenswichtigen Betrieb oder eine Telegraphenanlage behindert. Als lebenswichtiger Betrieb gelten Eisenbahn, Straßenbahn, gelten Kraftfahrlinien, Schiffahrts- oder Luftfahrtunternehmungen, Schiff- oder Flughäfen, die Post, gelten die Werke zur Versorgung mit Wasser, Licht oder Kraft, gelten die Feuerschutzeinrichtungen, gelten endlich die staatlichen Anstalten, die der Landesverteidigung dienen. Bei ihnen ist die Sabotage mit Zuchthaus bedroht. Es sollte auch jede Handlung, die sie außer Tätigkeit setzen könnte, also jeder Streik der Belegschaften solcher Betriebe, überhaupt jeder politische Massenstreik, der sie in ihrem Lauf gefährden könnte, also just das spezifische Abwehrmittel der Werktätigen gegen einen drohenden Krieg, zuchthauswürdig sein. Die Strafbarkeit des Außertätigkeitsetzens ist allerdings in der ersten Lesung des Strafrechtsausschusses gestrichen worden. Dagegen natürlich nicht die Möglichkeit für die Richter der deutschen Bourgeoisie, dennoch den Massenstreik und seine Propaganda in Zeiten der akuten Kriegsgefahr als zuchthauswürdiges Verbrechen anzusehen. Denn Landesverrat ist es, eine neue Bestimmung, die das geltende Recht nicht kennt: bei einer unmittelbar drohenden Kriegsgefahr der feindlichen Macht Vorschub zu leisten oder der Kriegsmacht des Reiches oder seinem Bundesgenossen Nachteil zuzufügen. (§ 95) Die §§ 338 und 339 zeigen, was hiermit gemeint ist. Schon vor dem Kriege kann und soll die Antikriegspropaganda als zuchthauswürdiges Verbrechen verfolgt werden können. Die Lücke in der Strafaufrüstung der Bourgeoisie ist ausgefüllt. Karl Liebknecht ist auch von der Bourgeoisie noch nicht vergessen.

Wer die „lebenswichtigen Betriebe“ angreift, eben die Betriebe, die in der Aufzählung der §§ 338 und 339 just dieselben sind, auf die die legale und illegale Kriegsrüstung der deutschen Bourgeoisie sich erstreckt, ist unterschiedslos ein Hoch- und Landesverräter.

*

Die Zersetzung war bisher nur ganz allgemein als eine Vorbereitung des Hochverrats strafbar, wobei es dem Reichsgericht nur unter Verbiegung des Tatbestandes der Handlung schwer wurde, dem Täter die Vorbereitung eines bestimmten hochverräterischen Planes nachzuweisen. Das kommende Strafrecht will, um, wie die Sozialdemokraten behaupten, die Hochverratsseuche einzuschränken, die Vorbereitung des Hochverrats nur auf ein bestimmt umrissenes, unmittelbar vor der Ausführung stehendes Unternehmen gegen die Staatsgewalt beschränken. Also wäre die Zersetzung, das Verbreiten von allgemeinen Propagandaschriften unter Polizei und Reichswehr nicht mehr strafbar. Aber die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Helfershelfer finden sofort einen Ausweg. Sie schaffen den § 88e, einen neuen Tatbestand des Hochverrats, die Förderung hochverräterischer Bestrebungen. Als solche gilt die planmäßige Einwirkung auf Reichswehr oder Polizei in der Absicht, „sie zur Erfüllung ihrer Pflicht, die Verfassung des Deutschen Reiches oder der [440] Länder gegen gewaltsame Angriffe zu schützen, untauglich zu machen“. Strafe: Zuchthaus bis zu fünf Jahren. Das ist die Zersetzung. Sie ist aus einem allgemeinen, bisher nur von der Rechtsprechung des

Reichsgerichts entwickelten Tatbestand zu einem bestimmten, schriftlich fixierten Gesetzesparagraphen geworden.

In den gleichen Zusammenhang des Schutzes der Wehrmacht vor Zersetzung gehört auch die andere, als Angriff „gegen die Wehrmacht oder die Volkskraft“ frisierte Aufwiegelung von Soldaten im § 118 des Strafgesetzentwurfs. Mit Gefängnis bis zu fünf Jahren ist bedroht, wer einen deutschen Soldaten zu verleiten sucht, Befehle in Dienstsachen nicht zu befolgen oder sich einem Vorgesetzten zu widersetzen oder tätlich gegen ihn zu werden. Im geltenden Recht ist nur die tatsächliche Verleitung, nicht schon der Versuch zur Verleitung unter Strafe gestellt. Zuchthaus bis zu fünf Jahren steht dem bevor, der die Tat im Kriege oder zu einer Zeit begeht, zu der wegen des unmittelbar zu erwartenden Kriegsausbruchs militärische Vorbereitungen getroffen werden. Juristische Kriegsaufrüstung in Reinkultur.

*

Der journalistische Landesverrat hat den Herren Demokraten einiges Kopfzerbrechen gemacht. Einerseits verbot es ihnen ihre demokratische Empfindsamkeit, sich vorbehaltlos zu der Rechtsprechung des Reichsgerichts zu bekennen, die jeden ehrlichen Pazifisten, der illegale Rüstungen aufdeckte, als Landesverräter verurteilte. Andererseits verbot es ihnen ihr imperialistisches Lebensinteresse, diese Rechtsprechung des Reichsgerichts preiszugeben. So kam eine Mißgeburt, der § 115a, zustande: „Wer ein Staatsgeheimnis in der Absicht bekanntmacht, eine unmittelbar drohende, erhebliche Gefahr für den verfassungsmäßigen inneren Bestand des Reiches abzuwenden, wird mit Gefängnis bestraft.“ Das Bekanntmachen illegaler Rüstungen bleibt also strafbar. Doch soll der Täter straffrei sein, wenn die Gefahr tatsächlich bestand. Allerdings wird es ihm nie gelingen, diese Ausnahme zu beweisen. Denim das Vorhandensein der Schwarzen Reichswehr wurde ja auch erst jahrelang, nachdem sie schon formell aufgelöst war, zugegeben, während die Verurteilungen derer, die ihre Existenz öffentlich gebrandmarkt hatten, längst vorher erfolgt waren.

Die Absicht der lückenlosen juristischen Kriegsaufrüstung wird auch in dieser Bestimmung deutlich.

*

Nur eine Sorte von Landesverrätern findet vor den Augen der Bourgeoisie Gnade, das sind die Kriegslieferanten.

Im geltenden Strafgesetzbuch ist die Regelstrafe Festung und nur bei festgestellter ehrloser Gesinnung des Täters Zuchthaus. Im künftigen Strafrecht ist die Regelstrafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren, bis zu 15 Jahren oder gar lebenslang, und nur in Ausnahmefällen Einschließung, die, als Festungsersatz, in ihrer Vollstreckung härter als die Festungsstrafe sein soll.

Wer aber während eines Krieges gegen das Reich oder bei einer unmittelbar drohenden Kriegsgefahr einen Vertrag mit einer Behörde über die Bedürfnisse der Kriegsmacht nicht oder nicht gehörig erfüllt, ist zwar auch ein Landesverräter und wird zwar auch bestraft. Aber die Strafe beschränkt sich von drei Mark Geldstrafe bis auf Gefängnis bis auf höchstens fünf Jahre.

Was nützte auch der schönste imperialistische Krieg, wenn er das Geschäft vermasseln würde. [441]

*

Methoden kapitalistischer Rationalisierung

Das Bedaux-System.

Von Ludwig Kaiser.

Im Jahre 1916 gründete der französische Ingenieur Bedaux in New York eine Gesellschaft, die sein nach ihm benanntes, außerordentlich raffiniertes Rationalisierungssystem verbreiten sollte. Zu diesem Zweck bildet die Bedaux-Gesellschaft Ingenieure aus, die den Betrieben zum Preise von 10 Dollar pro Stunde zur Verfügung gestellt werden. Waren es zunächst nur einige amerikanische Großbetriebe, die das System verwandten, so gelang es der geschickten Propaganda Bedaux sehr schnell, eine große Anzahl von Kapitalisten von der besonderen Eignung seines Systems, aus den Arbeitern

das Letzte herauszupressen, zu überzeugen. Heute hat das Bedaux-System in vielen hundert großen Werken aller kapitalistischen Länder seine Verbreitung gefunden und, wie aus den jüngsten Pressemeldungen hervorgeht, beabsichtigen auch die Industriekönige des Ruhrgebiets in Kürze die Bedaux-Peitsche über den schon jetzt bis aufs Aeußerste ausgepreßten Ruhrproleten zu schwingen.

In Deutschland tauchte das Bedaux-System erstmalig im Jahre 1927 bei den Continentalwerken und der mit diesen fusionierten Excelsior, Hannover – in diesem Ort befindet sich auch die deutsche Zweigstelle der Bedaux-Gesellschaft –, auf. Die Bedaux-Ingenieure hielten weiter ihren Einzug bei Günther Wagner, Hannover, den Draht- und Kabelwerken Hackethal, Hannover, in einer Hannoverschen Knopffabrik, in einer Halleschen Armaturenfabrik, bei der Hansa-A.-G., Delmenhorst, dem Linoleumwerk Anker, Delmenhorst, in einigen Porzellanfabriken und schließlich noch bei der, ebenfalls dem Contitrust angehörenden Peters Union A.-G. in Corbach.

Das Bedaux-System beschäftigt sich überhaupt nicht mit der Einführung technischer Verbesserungen oder einer sogenannten „Organisierung des Arbeitsprozesses“, sondern stellt ein Verfahren dar, das lediglich in des Wortes krassester Bedeutung eine erhöhte Anspannung der menschlichen Arbeitskraft zu bewirken sucht. Diese Tatsache wird auch von dem Begründer dieses Ausbeutungssystems schlimmster Sorte gar nicht geleugnet. So äußert sich Bedaux selbst in der „India-Rubber World“ vom August 1926:

„Das Bedaux-System wird dadurch charakterisiert, daß es sich nur mit dem Messen der menschlichen Arbeitskraft beschäftigt und sich nicht mit den einzelnen Verfahren und Maschinen befaßt. Es wird ausgedrückt in einer Einheit, welche die Arbeit bezeichnet ... und zwar die Arbeit, welche von dem Arbeiter geleistet werden muß.“

Prof. Dr. E. Bramesfeld, der zwar nicht zu den Propagandisten des Bedaux-Systems zählt, aber einer der bekanntesten Rationalisierungsfachleute der deutschen Bourgeoisie ist, äußert sich im „Reichsarbeitsblatt“ v. 15. August 1929:

„Das Bedaux-System sieht seinen Hauptangriffspunkt nur in der Beschleunigung des Arbeitstempos durch den Arbeiter, also erhöhtem Pensum.“

Man versteht unter diesen Umständen, daß die deutschen Kapitalisten besonders in der zweiten Rationalisierungswelle, deren Schwerpunkt in einer beispiellosen Intensivierung der Arbeitskraft liegt, die Bedaux-Ingenieure mit offenen Armen in ihren Betrieben aufnehmen.

Sehen wir näher zu, mit welch niederträchtigen Mittel das Bedaux-System aus den Arbeitern die letzte Kraft förmlich herauspreßt, so begreifen wir, warum die Conti-Proleten ihren Betrieb seit 1927 nicht anders als die „Bedaux-Hölle“ nennen. In allen Betrieben, wo das System eingeführt wurde, wehrten sich die Arbeiter erbittert dagegen, und in einigen Fällen, so bei Hackethal, Hannover, kam es zu spontanen Arbeitsniederlegungen bei Erscheinen der Bedaux-Ingenieure.

Wenn ein Betrieb nach dem Bedaux-Prinzip rationalisiert werden soll, so wird zunächst mit der Stoppuhr die Messung sämtlicher Arbeitsgänge vorgenommen. Von den gewonnenen Zeitaufnahmen wird die günstigste, d. h. also kürzeste Anfertigungszeit ausgewählt. Auf dieser Grundlage beginnt nun eine [442] Berechnung, die einen Raubbau an der menschlichen Produktivkraft zur Folge hat, wie man ihn selbst bei den skrupellosesten Antreibesystemen bisher noch nicht kannte. Die durch die Stoppuhrmessung gewonnene Sekundenzahl wird nämlich mit einer Zahl multipliziert, die stets kleiner als eins ist, und die der „Geschwindigkeitsfaktor“ genannt wird. Auf diese Weise wird die ursprüngliche Zahl der Sekunden noch vermindert, was Bedaux damit begründet, daß der Arbeiter, an dem die Zeitstudie vorgenommen wird, nicht so viel leiste, wie er hätte leisten können. Zu der durch dieses nette Taschenspielerkunststück „ermittelten“ Normalzeit wird dann noch ein geringer „Ermüdungszuschlag“ (Ermüdungskoëffizient) hinzugezählt. Das Ganze ist die Pensumzeit, über die der Arbeiter zur Fertigstellung seiner Arbeit verfügt. Wir wollen, um die ganze Infamie dieser Berechnungsweise zu demonstrieren, den Vorgang durch ein Beispiel näher erläutern:

Ein Arbeitsgang wird mit der Stoppuhr gemessen und das schnellste Resultat beträgt 10 Minuten. Der Stopper nimmt nun an, daß selbst dieser schnellste Arbeiter beim Abstoppen nur die Hälfte von dem

geleistet hat, was er im besten Falle hätte leisten können. Er multipliziert deshalb die 10 Minuten mit der Zahl 0,5 und erhält 5 Minuten. Den Ermüdungszuschlag schätzt er auf 20 Prozent, d. h. eine Minute, so daß die Pensumzeit 5 plus 1 gleich 6 Minuten beträgt. Auf diese Weise haben sich durch diese „Berechnung“ die ursprünglich gemessenen zehn in sechs Minuten verwandelt. Man begreift, daß es ganz im Belieben des Bedaux-Ingenieurs liegt, gegebenenfalls auch nur fünf oder gar vier Minuten auszurechnen.

Die Verteidiger des Bedaux-Systems behaupten, daß die „Geschwindigkeitsfaktoren und „Ermüdungskoëffizienten“ wissenschaftlich ermittelt und auf Tabellen festgehalten seien, die jedoch noch niemals jemand zu Gesicht bekommen hat (Dr. Schwenger in der „Sozialen Praxis“, 1929, Nr. 20, und „Deutsche Technikerzeitung“ vom 12. November 1929). Demgegenüber erklärt Prof. Dr. Bramesfeld im „Reichsarbeitsblatt“, Nr. 17, Jahrgang 1930:

„Es steht einwandfrei fest, daß z. B. in den Conti-Gummiwerken alle Ermüdungskoëffizienten nur geschätzt und Tabellen hierzu nicht benutzt worden sind.“

Dies sei auch nicht anders möglich,

„da wir menschliche Energie im Betrieb noch nicht physikalisch oder chemisch messen können ...“

In gleicher Weise schreibt die „Deutsche Werkmeisterzeitung“, 1930, Nr. 19:

„Es wird doch niemand im Ernst behaupten wollen, daß es auch nur annähernd möglich ist, mit Sicherheit anzugeben, ob der Arbeiter mit 75 oder nur mit 50 Prozent seiner wirklichen Leistungsfähigkeit gearbeitet hat.“

Damit ist also einwandfrei erwiesen, daß den Arbeitern Pensumzeiten vorgeschrieben werden, die von den Bedaux-Ingenieuren ganz willkürlich geschätzt sind. Da diese ja in die Betriebe mit der ausdrücklichen Absicht hineingehen, die Pensumzeiten herunterzudrücken und das Arbeitstempo zu beschleunigen, da weiter ihre Karriere von einem größtmöglichen Erfolg ihrer Antreibertätigkeit abhängt, so liegt klar auf der Hand, daß den Arbeitern ein Hetztempo aufgezwungen wird, das ihre Gesundheit und Arbeitskraft in kurzer Zeit vernichten muß.

Fahren wir nun in der Betrachtung des Bedaux-Systems fort! Der Stopper hat also in unserem Falle 6 Minuten als Pensumzeit angenommen. Das bedeutet, daß die betreffende Arbeit 6 Bedaux-Einheiten (abgekürzt 6 B) beträgt.

„Ein ‚point‘ (ein B) stellt die Einheit des menschlichen Energieverbrauchs oder der Arbeitsleistung während einer Minute dar.“ (Gutachten der Harvard-Universität über Bedaux, Januar 1928.)

Das heißt also, daß ein Arbeiter in der Stunde 6011 leisten muß. Für diese Leistung erhält er seinen tariflichen Stundenlohn.

Nehmen wir au, daß es ein bedauxisierter Prolet auf Kosten seiner Gesundheit und Arbeitskraft fertig bringt, tatsächlich noch mehr als 60 B in der Stunde zu leisten. Man könnte nun glauben, daß er für jedes weitere B den sechzigsten Teil seines Stundenlohnes als Prämie erhalten müsse. Dem ist aber [443] nicht so! Es wird nämlich in einem solchen Falle ein schamloser Gaunertrick zur Anwendung gebracht. Statt dem zustehenden sechzigsten Teil des Stundenlohnes erhält der Arbeiter nur 75 Prozent dieses Betrages für jedes B Mehrleistung. Nachdem er also seinem völlig erschöpften Körper unmenschliche Arbeitsleistungen abgepreßt hat, wird er zuguterletzt noch in gemeinster Weise übers Ohr gehauen. Doch auch für diesen ungeheuerlichen Betrug finden die Bedaux-Leute eine „wissenschaftliche“ Begründung, bei der man wirklich nicht recht weiß, ob sie von Schurken oder von Narren aufgestellt wird. Im „Reichsarbeitsblatt“, 1929, Nr. 29 verrät Prof. Dr. Hennig seinen staunenden Zeitgenossen folgende tiefgründige Weisheit:

„Dem Arbeitnehmer wird die Hergabe von Zeit, Erfahrung, körperlicher und geistiger Arbeitskraft vergütet. Durch Mehrleistung verkauft er jedoch nicht mehr Arbeitszeit, sondern nur mehr Erfahrung, körperliche und geistige Arbeitskraft. Deshalb ist eine Herabsetzung der Vergütung auf 75 Prozent angemessen.“

Wir haben wirklich kein Interesse, gegen einen solchen ausgemachten Blödsinn zu polemisieren. Es genügt uns zu wissen, daß jeder Arbeiter eine derartige „Begründung“ als das einschätzen wird, was

sie ist, nämlich als das Manöver eines bezahlten Interessenvertreters der kapitalistischen Rationalisierung.

Nach den Angaben des Bedaux-Ingenieurs Slocomb („Reichsarbeitsblatt“, 1930, Nr. 17) „strebt das Bedaux-System danach, das Tempo des Arbeiters bis auf wenigstens 80 B pro Stunde zu steigern“. Um dieses fast unglaubliche Ziel zu erreichen, wird den Meistern für jedes in ihrer Abteilung über die „Normalleistung“ herausgeschundene B eine Antreiber-Prämie gezahlt. Welches Resultat dadurch erzielt wird, läßt sich leicht ermessen. Die Meister werden keinen Arbeiter in ihrer Abteilung dulden, der nicht mehr als 60 B leistet. Tatsächlich werden z. B. bei den Continentalwerken fast in jeder Woche Hunderte von Arbeitern versetzt und entlassen. Die Meister werden durch die Prämie zu erbarmungslosen B-Jägern und Antreibern gemacht.

Schließlich wendet das Bedaux-System noch eine überaus gefährliche Methode an, die die Klassensolidarität in der Belegschaft vernichten und einen wütenden Konkurrenzkampf unter den Arbeitern selbst entfesseln soll. Täglich werden die Leistungen jedes einzelnen Arbeiters durch Anschlag im Betrieb bekanntgegeben, wobei diejenigen, welche weniger als 60 B in der Stunde geleistet haben, mit roter Tinte gekennzeichnet werden. Es braucht wohl nicht besonders erwiesen zu werden, daß jeder, der nur einige Male „rot“ angeschrieben wurde, in das große Heer der Arbeitslosen eingereiht wird. Mit großer Genugtuung können wir aber feststellen, daß sich trotz aller Demoralisierungsversuche die Arbeiter sehr häufig in vorbildlicher proletarischer Solidarität schützend vor die dem wahnsinnigen Hetztempo unterliegenden Klassengenossen stellen und ihre Entlassung abwehren. So wird z. B. aus den Continental-Werken, Hannover, berichtet („Bedaux-Hölle“, Nr. 8, Betriebszeitung der Conti-Arbeiter), daß, als ein Arbeiter aus der Abteilung Auto 3 versetzt werden sollte, weil er seine 60 B nicht erreichen konnte, die ganze Abteilung geschlossen die Arbeit niederlegte und die Zurückziehung der Maßregelung erzwang.

Furchtbar sind die Auswirkungen des Bedaux-Systems auf die Arbeiter. Als der Betriebsratsvorsitzende der Peters Union A.-G., Frankfurt a. M., die Hannoverschen Conti-Betriebe besuchte, war er „entsetzt über das ungewöhnliche Hetztempo in den einzelnen Betrieben“ („Deutsche Technikerzeitung“, 1929, Nr. 47). Nachstehend einige Berichte von Arbeitern, die eine treffende Illustration der Lage der bedauxisierten Proletarier geben:

„Der Bedaux-Teufel schreibt vor, daß ein Arbeiter täglich 1000 Meter vom Bande herausstanzen muß. Nicht der Arbeiter bestimmt das Tempo, das macht die Stanzmaschine. Der Arbeiter ist Sklave der Maschine und kann kaum mit den Leistungen der Maschine mit. Man hat den Eindruck: Diese Arbeiter müssen in fünf Jahren vollkommen verbraucht sein.“ („Bedaux-Hölle“, Nr. 5.)

Ein anderer Arbeiter erzählt:

[444] „Ich will kurz von den Auswirkungen des Bedaux-Systems an Hand eines Beispiels berichten. In der Gummischneiderei wurde die Arbeit an der Waage früher von zwei Arbeitern verrichtet. Heute wird dieselbe Arbeit von einem Kollegen erledigt, dafür erhält er nicht etwa mehr Lohn, sondern noch weniger als früher.“ („Bedaux-Hölle“, Nr. 1.)

In Massen werden bei der Conti Kinder und Jugendliche beschäftigt, die ebenso wie die Erwachsenen dem Bedaux-Tempo unterworfen sind. In der Abteilung Autoschlauchheizung wurden sogar sämtliche über 25 Jahre alten Arbeiter entlassen und durch 16- bis 17jährige Jungarbeiter ersetzt.

Trotz der hohen Kosten, die die Einführung des Bedaux-Systems den Unternehmern verursacht – ein Bedaux-Ingenieur kostet, wie wir schon oben berichteten, 10 Dollar die Stunde –, erzielten die Kapitalisten durch die gewaltige, aus den Knochen der Arbeiter erpreßte Produktionssteigerung phantastische Profite. Bei den Continentalwerken, Hannover, steigerte sich das Arbeitstempo nach Einführung des Bedaux-Systems um 75 Prozent. (Siehe Hauser in der „Deutschen Technikerzeitung vom 22. November 1929.) Der Bruttogewinn stieg in der gleichen Zeit von 13 auf 20 Millionen Mark, während gleichzeitig die Belegschaft der gemeinsamen Conti- und Excelsiorwerke von 18.700 auf 10.300, d. h. also fast um die Hälfte reduziert wurde.

Aehnlich liegen die Verhältnisse in allen bedauxisierten Betrieben. Aus der Hansa-A.-G., Delmenhorst, liegt uns folgendes Tatsachenmaterial vor:

Im Zementraum wurden 50 Prozent aller Arbeiter entlassen und die Leistung um 150 Prozent gesteigert, im Mischraum kam es bei 30 Prozent der Belegschaft zu Entlassungen, während die Leistungen um 65 Prozent stiegen, in der Oxydierabteilung vergrößerte sich die Produktionsmenge bei gleichbleibender Belegschaft um 60 Prozent, und im Beschneideraum schließlich verdoppelte sie sich.

Vom Linoleumwerk Anker, Delmenhorst, wird u. a. berichtet, daß im Misch- und Kühlraum die Belegschaft nach der Einführung des Bedaux-Systems um 18 Prozent vermindert und der Lohn um 25 Prozent abgebaut wurde. Bei reduzierter Belegschaftszahl stieg die Produktion um 130 Prozent.

Wohlgemerkt alle diese Resultate wurden erzielt bei fast keinen oder nur ganz geringfügigen technischen Veränderungen, ausschließlich durch Intensifikation der Arbeit. Die geschilderten Tatsachen werden bei keinem Arbeiter und Angestellten einen Zweifel darüber lassen, wie recht jener Conti-Prolet hatte, der in einer Belegschaftsversammlung am 22. Januar auf die Frage eines Kollegen, was Bedaux denn eigentlich sei, erwiderte: „Bedaux ist der größte und gemeinste Betrug, den das Kapital je an den Arbeitern verübte."

Aus der Reihe bürgerlicher Kritiker des Bedaux-Systems nannten wir bereits den Professor Bramesfeld. Für diesen Herrn ist das Ganze natürlich nur ein Doktorenstreit. Da er grundsätzlich begeisterter Anhänger der kapitalistischen Rationalisierung ist, so beschränkt sich seine Kritik lediglich darauf, die Eignung des Bedaux-Systems für die Rationalisierung der Betriebe in Zweifel zu stellen. Dennoch kommt auch er zu folgender Feststellung

„Es ist mir kein einziges anderes Zeitstudien und Rationalisierungssystem bekannt, das in den Fehler des Antreibesystems so leicht verfiele, ja diesen geradezu nahelegte wie das Bedaux-System."

Ein Kapitel für sich ist das Verhalten der Reformisten gegenüber diesem Antreibesystem. In letzter Zeit finden sich ab und zu in der reformistischen Gewerkschaftspresse Artikel, deren Verfasser sich nach der devoten Versicherung, daß sie „selbstverständlich" für eine „vernünftige" Rationalisierung eintreten, gegen das Bedaux-System wenden. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß gerade die Reformisten die Einführung des Bedaux-Systems begünstigten und jeden Abwehrkampf der Arbeiter verhinderten.

Es ist unter der gesamten Arbeiterschaft Hannovers bekannt, daß z. B. der Angestellte des Fabrikarbeiterverbandes Louis Böcker in die Belegschaftsversammlungen gegangen ist und dort erzählt hat, daß die Arbeiter bei solidarischem Zusammenarbeiten aus dem Bedaux-System großen Nutzen ziehen könnten. Wir begreifen allerdings, warum sich die sozialfaschistischen Bürokraten für die Bedauxisierung der Continental so warm einsetzten. Der Fabrikarbeiterverband besitzt nämlich ein beträchtliches Aktienpaket des Conti-Trusts.

[445] Dasselbe Manöver wiederholte sich erst vor wenigen Monaten bei der Peters Union A.-G. in Corbach. Als in diesem Conti-Betrieb letzthin ebenfalls die Bedaux-Ingenieure auf die Arbeiter losgelassen werden sollten, setzte sich die Belegschaft unter Führung der RGO mit solcher Macht zur Wehr, daß die Direktion diesen Widerstand allein nicht zu überwinden vermochte. Schleunigst eilte der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Schilling vom Continental-Betrieb, Hannover, herbei und erst mit Hilfe der Reformisten wurden die Corbacher Arbeiter unter das Bedaux-Joch gezwungen. Folgendes erklärte Schilling in der entscheidenden Betriebsversammlung wörtlich:

„Die Einführung des Bedaux-Systems können wir nicht verhindern, ihr müßt das so machen, wie wir in Hannover, daß eure Betriebsräte beim Abstoppen der Bedaux-Zeiten dabei sind. Jawohl, Kollegen, ich muß euch bestätigen, ihr werdet keine Solidarität bei den hannoverschen Arbeitern finden, sie sind zufrieden (!) mit dem Bedaux-System, wenn auch einige Gruppen nicht ganz soviel verdienen. Wenn der Sprecher der Opposition zum Streik auffordert ..., so rate ich euch, hört nicht auf diese Schwätzer, sondern tut nach meinen Vorschlägen und stimmt geschlossen dafür."

Das ist die wahre Stellung der reformistischen Bürokratie zu diesem Mordsystem. Reformistische Betriebs„vertrauens"leute nahmen in der Continental die Stoppuhr zur Hand und betätigten sich im Interesse der Gummitrustherren als Zeitstopper. Das ist sozusagen praktische Wirtschaftsdemokratie, wie sie die Naphtali und Konsorten verstehen.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition mit ihrer scharfen Kampfstellung gegen die gesamte kapitalistische Rationalisierung ist die einzige Kraft, die in der Lage ist, die Arbeiter zum erfolgreichen Widerstand gegen dieses furchtbarste aller Rationalisierungssysteme zu führen. Bedaux – das ist der Ausdruck des Schreckens in allen Betrieben, die von dieser Pest ergriffen wurden. Bedaux – das heißt Höllendasein des Proletariers, das heißt der Inbegriff aller Scheußlichkeiten, die je durch die kapitalistische Rationalisierung erzeugt wurden, Bedaux – das heißt Massenarbeitslosigkeit und Hungerlöhne, das heißt Hetztempo und frühzeitiger Tod.

Wir haben die Aufgabe, die Erbitterung der Arbeiter gegen das Bedaux-System in einen revolutionären Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung umzuwerten. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition muß dafür sorgen, daß überall, wo die Agenten Bedaux' erscheinen, mit sofortiger Niederlegung der Arbeit geantwortet wird. [446]

LITERATUR

Faschistischer Kampf um die Jugend

„Hitler-Jugend und NS-Schülerbund sollen um die Söhne des marxistischen Arbeiters werben, ihre Herzen durchglühen und sie dann losschicken auf ihre Väter und Mütter."

„Nationalistische Monatshefte" 1, 2 (Mai 1930), Seite 52.

Seit einiger Zeit hat die NSDAP bekanntlich ihr offizielles „theoretisches" Organ, die „Nationalsozialistischen Monatshefte", herausgegeben von Adolf Hitler, geleitet von Alfred Rosenberg. Es ist, wie am Kopf ausdrücklich vermerkt wird, die „wissenschaftliche Zeitschrift der NSDAP".

Das zweite Heft (Mai-Heft) ist erschienen unter dem Titel „Kampf um die Jugend". Daß es sehr wissenschaftlich in diesem Organ zugeht, könnte man selbst bei wohlwollendster Beurteilung nicht behaupten. Es enthält acht Beiträge von mehr oder weniger prominenten Faschistenführern zur Jugendfrage. Es sind die oft gehörten Redensarten, mit denen unermüdlich jongliert wird: „Stählerne Romantik", „Freiheit aller deutschen Schaffenden", „ewig-germanische Charakterwerte", „Geist der Brüder von Langemarck", „Fäulniserreger des Bolschewismus", „Brunnenvergifter des deutschen Volkes", und so fort. Selbstverständlich fehlt auch das unvermeidliche „Fronterlebnis" nicht, dem sich diesmal sogar noch das „allgemeine Kriegserlebnis" hinzugesellt, worunter sozusagen eine Jugend- und Nachkriegsausgabe des Fronterlebnisses zu verstehen ist. „Nach innen geht der geheimnisvolle Weg", behauptet ein Autor, der sich „Winfrid" nennt, und woanders will jemand durch die „jugendfrische" Idee des Nationalsozialismus gar „die Herzmuskeln stärken". So etwa stellt man sich in nationalfaschistischen Kreisen ein wissenschaftliches Parteiorgan vor ...

Soll man das Gefasel ernst nehmen? Das Gefasel nicht – wohl aber die Methode mit der hier gearbeitet wird. Und diese Methode, behaupte ich, wird von uns noch längst nicht ernst genug genommen. Sicherlich ist es naheliegend, ein Heft wie dieses abzutun mit der Begründung: substanzloses Geschwätz, gegen das man einfach nicht mehr polemisieren kann. Aber diese (an sich richtige) Bewertung solcher Manifeste wird gefährlich, wenn aus ihr eine Verkennung der Werbekraft dieser Art Proklamationen folgt. Wir dürfen keinen Augenblick vergessen, auf welche Schichten hier in erster Linie abgezielt wird: auf die Jugend im bürgerlichen und kleinbürgerlichen Lager und dann auf die unorganisierte oder im KJV noch nicht genügend verwurzelte Arbeiterjugend.

Eine Arbeiterpartei ist die Nationalsozialistische Arbeiterpartei, trotz heißestem Bemühen, bis heute noch nicht geworden. Wenn sie auch vereinzelt Erfolge bei Betriebsrätewahlen usw. gehabt hat, so wissen doch ihre Führer sehr gut, wie gering die Chancen sind, marxistisch geschulte Arbeiter in größeren Massen für das zu gewinnen, was etwa Herr Kirdorff und der Graf Reventlow unter Sozialismus verstehen. Sie hat also, mehr noch als jede andere Partei, allen Grund, sich an die Jugend heranzumachen. Der günstigste Boden für den Nationalsozialismus ist bekanntlich jene Schicht, die wirtschaftlich längst proletarisiert ist, aber ideologisch noch ganz und gar kleinbürgerlich orientiert ist:

Die Masse der schlecht bezahlten Angestellten, der kleinen Gewerbetreibenden, der unteren Beamten usw. Auf diesem Feld hat der Nationalfaschismus – vor allem unter der Jugend – die ersten und größten Siege errungen.

Man hat sich zwei Schlagworte geschaffen, mit denen man vor der Oeffent-[447]lichkeit jonglieren kann: dem Bürger und Kleinbürger, der das Wörtchen „sozialistisch“ nicht allzu oft hören möchte, beweist man, daß man doch in erster Linie und letzten Ende „national“ sei und daß es sich bei dem „Sozialismus“, der unter dem Protektorat des Prinzen August Wilhelm verwirklicht werden soll, nur um „ein Erringen der eigenen Zukunft“, um „eine Befreiung des deutschen Menschen“ oder dergleichen handele; worunter sich dann der Umworbene vorstellen kann, was er will; bei der Werbung um die Arbeiter hingegen, wo man mit der nationalen Phraseologie keine nennenswerten Geschäfte erhoffen darf, verlegt man den Akzent auf das zweite Wort: dort ist man bedingungslos „sozialistisch“ und kämpft „für Freiheit und Brot“. So wird jeder prompt bedient im dritten Ausbeuterreich, und wenn sie nicht beginnen nachzudenken, werden sie schon bei der Stange bleiben.

Noch einmal: die Methoden, mit denen hier gearbeitet wird, dürfen in ihrer Auswirkung keineswegs unterschätzt werden. Am allerwenigsten dort, wo für die faschistische Agitation der relativ geringste Widerstand zu erwarten ist: beim Kampf um die Jugend. Die verläßlichste Hilfsstellung für den Nationalfaschismus leistet auch hier wieder der Sozialfaschismus. Ob in der Regierung, ob in der „Opposition“ – der Sozialfaschismus sorgt dafür, daß dem Nationalfaschismus das Agitationsmaterial nicht ausgeht. Dem Hitlertum liegt es lediglich ob, die Fiktion herbeizuführen oder aufrechtzuerhalten, daß es sich hier um eine „marxistische“ Partei handle, daß die Gewerkschaftsbürokraten „marxistische Sozialisten“ seien – die Folgerungen ergeben sich dann von selbst.

Der Kleinbürger von heute ist der Proletarier von morgen. Der unorganisierte Jungarbeiter von heute ist der Klassenkämpfer von morgen. Der Nationalfaschismus, wenn er Erfolg haben will, möchte aus begreiflichen Gründen seine Werbearbeit beendet haben, ehe das proletarische Klassenbewußtsein im proletarisierten Kleinbürger erwacht ist, ehe der Jungarbeiter zu einer Auseinandersetzung mit dem Marxismus gelangt ist. Der Nationalfaschismus hat dem Marxismus-Leninismus nichts gegenüber zu setzen, weder wirtschaftlich noch politisch und kulturell – dafür aber ein geradezu unerschöpfliches Vokabularium an unverbindlichen, nichtssagenden und dennoch hochtönenden Parteiparolen. Dieser Ersatz jeder klaren Weltanschauung durch die Phraseologie ist zwar ein entscheidender Defekt, an dem der Faschismus früher oder später zugrunde gehen muß, aber er ist andererseits auch ein Vorteil, mit dem sich zumindest Augenblickserfolge erzielen lassen.

Die faschistische Bewegung in Deutschland trägt ausgesprochen inflatorischen Charakter. Diese Inflation wird erst dann endgültig beendet sein, wenn die Umschichtung und Auflösung der alten bürgerlichen Parteien abgeschlossen ist. In faschistischen Blättern wird gern mit der großen Zahl der „neuen“ Mitglieder kokettiert, die zur „Bewegung“ „geströmt“ sind. Der Kleinbürger und auch der ungeschulte oder durch die Methoden des Sozialfaschismus desorientierte Arbeiter läßt sich durch die großen Zahlen leicht bluffen; er vergißt nämlich das Wichtigste: daß im Grunde weder die „Bewegung“ noch die Mitglieder „neu“ sind, daß hier lediglich eine Umbenennung und Umformierung der alten reaktionären Front vor sich geht, freilich mit neuen Parolen, da die bisherigen verbraucht sind, abgenutzt, diskreditiert, ohne Zugkraft, unpopulär.

Die nationalfaschistische Jugend weist – vorläufig noch sehr in der Minderheit – auch den Typ auf, nach welchem das Sehnen derer um Kirdorf, Hitler und Mutschmann geht: den Proletarier. Hier liegt für die Kommunistische Partei und die kommunistische Jugend eine ungeheure Arbeit und Verantwortung. Die zunehmende Wirtschaftskrise erleichtert den Nationalsozialisten die Arbeit ungemein. Daß Mißtrauen gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie, gegen das korrumpierte Bonzentum der II. Internationale ist nicht schwer wachzurufen. An „revolutionären“ und, wenn es [448] gewünscht wird, auch „sozialistischen“ Redensarten haben die Hitler-Leute noch nie Mangel gelitten. Die Zellentaktik der Kommunisten haben sie bereits seit dem Nürnberger Parteitag immer weiter ausgebaut. Der ungelernte Jungarbeiter, noch ohne marxistische Schulung, und erst recht der eben konfirmierte Lehrling aus der Kleinbürgerfamilie glauben ernstlich, hier eine „Arbeiterpartei“ vor sich zu haben. Daß er nicht zur Erkenntnis seiner Lage kommt, dafür sorgt dann schon die Verneblungstaktik der Faschisten, dafür sorgen jene verqualmten und undefinierbaren Manifeste, wie jene „Nationalsozialistischen Monatshefte“, in denen nur eins klar formuliert ist, die alte Unternehmerparole: Kampf dem marxistischen Arbeiter! „Die Arbeit der Bourgeoisie unter der

Jugend erreicht gegenwärtig gewaltige Dimensionen, unser Klassenfeind mobilisiert seine Kräfte in den mannigfaltigsten Formen“, hieß es in dem Bericht über die Ergebnisse des 10. Plenums der KJI. Eine der gefährlichsten Kampfformen der Bourgeoisie ist fraglos – gerade wegen ihrer revolutionären Geste – die faschistische Werbearbeit. Jede „Frontbildung von unten“ würde ihren Zweck verfehlen, die diese Gefahr unterschätzt. W. R.

[449]

Die Internationale
13. Jahrgang * Berlin, August 1930 * Heft 15/16

Zu den Ergebnissen des XVI. Parteitages der KPSU

P. L. Der XVI. Parteitag der KPSU, der vom 26. Juni bis 13. Juli 1930 in Moskau tagte, wird in die Geschichte der kommunistischen Bewegung der ganzen Welt als ein äußerst hervorragendes Wegzeichen eingehen. Es war dies im wahren Sinne des Wortes ein Parteitag großer geschichtlicher Entscheidungen.

I. Die geschichtliche Stellung und die Bedeutung des XVI. Parteitages der KPSU

Der XVI. Parteitag der KPSU trat in einem Augenblick zusammen, der sowohl für den Weltkapitalismus wie auch für den ersten proletarischen Staat der Welt, die Sowjetunion, als ein Wendepunkt erscheint. Der Parteitag zog das Fazit einer bestimmten geschichtlichen Entwicklungsperiode, und diese war eine Periode der Wendung und des Umschwungs in zwei Beziehungen: 1. In bezug auf den Weltkapitalismus trat eine ganz deutliche Wendung zu einem wirtschaftlichen Niedergang ein, der zu der jetzigen außerordentlich scharfen Weltkrise des Kapitalismus geführt hat; [2.] in bezug auf den Sowjetstaat war dies eine Wendung von der Wiederaufbauperiode zur Periode des breit angelegten sozialistischen Neuaufbaus, zum entfalteten sozialistischen Angriff auf der ganzen Front. Der wesentliche Gegensatz zwischen dem wachsenden und erstarkenden Sozialismus in der Sowjetunion und der sich immer mehr zersetzenden und sich in den Fesseln der schmarotzerhaften räuberischen Gesellschaftsordnung erstickenden kapitalistischen Welt wird immer krasser, hervortretender und greifbarer. In seinen klaren leninistischen Beschlüssen hat der XVI. Parteitag der KPSU diesen Hauptgegensatz, der für unsere Epoche bezeichnend ist, außerordentlich deutlich gekennzeichnet.

Der XVI. Parteitag war eine machtvolle Bekundung einer noch nicht dagewesenen Geschlossenheit und Einheit der Reihen der bolschewistischen Partei. Waren auf den vorhergegangenen Parteitagen Oppositionsgruppierungen aufgetreten, die im übrigen auf die eherne Abwehr der erdrückenden Masse der Parteimitglieder gestoßen waren, so fand sich auf dem XVI. Parteitag kein einziger Mensch, der offen gegen die Politik aufgetreten wäre, die von der Partei betrieben wird. Wenn man berücksichtigt, daß seit der Einstellung der Versuche einer bewaffneten Intervention die internationale Bourgeoisie ihre Haupthoffnungen auf den Zusammenbruch der proletarischen Diktatur an eine Spaltung innerhalb der KPSU knüpft, wenn man in Betracht zieht, mit welcher außerordentlichen Aufmerksamkeit die gesamte bürgerliche Presse jede Mitteilung über Meinungsverschiedenheiten unter den Bolschewiki aufgreift, wobei sie nicht selten zur Tröstung ihrer Leser [450] nichtbestehende Meinungsverschiedenheiten erfindet, so kann man die Bedeutung jener außerordentlichen Willenseinheit, die der XVI. Parteitag der ganzen Welt bekundet hat, nicht hoch genug einschätzen. Die auf dem Parteitag aufgetretenen ehemaligen Führer der rechten Opposition sahen sich genötigt, die Fehlerhaftigkeit ihrer Stellungnahme zu allen grundsätzlichen Fragen anzuerkennen. Und wenn auch ihre Erklärungen, die ungenügend klar und folgerichtig, ungenügend deutlich und unentschieden gewesen sind, den Parteitag nicht zufriedengestellt haben, so war die Enttäuschung der gesamten internationalen Bourgeoisie, die ihre Hoffnungen auf einen ganz anderen Verlauf der Entwicklung und auf einen ganz anderen Ausgang des innerparteilichen Kampfes, der vor zwei Jahren von der rechten Opposition eröffnet worden war, gesetzt hatte, nicht minder gewaltig.

Der XVI. Parteitag zog das Fazit der mehr als sechs Jahre umfassenden Arbeits- und Kampfperiode der Partei ohne Lenin. Der Verlust Lenins war ein gewaltiger Schlag für die revolutionäre Bewegung der ganzen Welt. Alle Kräfte der Reaktion waren außer sich vor Freude, da sie auf den Zerfall der von Lenin geschaffenen Partei nach seinem Tode hofften. Aber unsere Feinde kannten schlecht die ganze Kraft und Macht der neuen, sich erhebenden Klasse, die zum erstenmal in der Geschichte ihr Geschick in die eigene Hand genommen hatte. Unsere Feinde verrechneten sich, da sie die Unerschütterlichkeit der Leninschen Ideen unterschätzten, die auch nach dem Tode des Führers in der von ihm geschaffenen Partei lebendig blieben. Im Verlauf der Periode, die seit dem Tage des Hinscheidens Lenins verstrichen ist, bemühten sich verschiedene oppositionelle Gruppierungen, die eherne Einheit der Partei zu erschüttern, die Grundlagen ihrer Politik zu unterwühlen, die

Richtigkeit ihrer Generallinie zu bezweifeln und der Kritik zu unterziehen. Die Parteiführung, die aus den besten Schülern Lenins besteht, die nicht in Worten, sondern in Taten ihre Treue gegenüber seinen Vermächtnissen bewiesen haben, führte eine Reihe schwerer Kämpfe für die Erhaltung der Geschlossenheit der Reihen der Partei, für die Erhaltung der vollen Reinheit der Leninschen politischen Linie der Partei. Der XVI. Parteitag konnte das Fazit aus der verflossenen Periode des Kampfes um die Generallinie der Partei ziehen, die Führung der Partei, die sich im Prozeß dieses unversöhnlichen bolschewistischen Kampfes herausgebildet hatte, werten.

Die heftige Krise, die gegenwärtig die kapitalistische Welt erschüttert, bestätigt erneut die Richtigkeit der Analyse der gegenwärtigen geschichtlichen Epoche, die von der Komintern gegeben wurde, und die tolle Angriffe sowohl „von links her“, von seiten der Trotzkisten, wie auch von seiten der offen opportunistischen Elemente hervorrief. Diese Krise bestätigt erneut, daß die kapitalistische Stabilisierung, worauf die Komintern wiederholt hinwies, eine teilweise, labile, faule ist. Die Krise hat erneut den vollständigsten Bankrott der verräterischen Theorie vom organisierten Kapitalismus aufgezeigt, die von den rechten Opportunisten und von den Renegaten bei den Ideologen des Sozialfaschismus abgeschrieben worden war. Die Krise hat auch den vollständigen Bankrott der trotzkistischen Wertung der Entwicklung des Weltkapitalismus aufgezeigt, einer Wertung, die in vielen Punkten jener Wertung, die von den rechten Renegaten gegeben wird, außerordentlich nahe kommt.

Die entscheidenden Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion haben sich, wie dies jedermann klar ist, nur dank der ganz richtigen Führung der Partei, dank der [451] von der Parteiführung durchgeführten richtigen bolschewistischen leninistischen Linie als möglich erwiesen. Trotz der gewaltigen Schwierigkeiten, die im Wege stehen, sind ungeheure Erfolge beim Aufbau des Sozialismus erzielt worden. Diese Erfolge können heute auch unsere ärgsten Feinde nicht ableugnen. Diese Erfolge des sozialistischen Aufbaus sind ein Todesurteil für die Trotzkisten, die inzwischen zur unmittelbaren Gegenrevolution hinabgeglitten sind, und für die rechten Opportunisten, die zu einem Sprachrohr der Kulakengruppen geworden sind, die durch den Siegeszug des Sozialismus vernichtet werden.

Die Führung der Partei, ihr Zentralkomitee, mit dem besten Schüler Lenins, Genossen Stalin, an der Spitze, hat es vermocht, durch alle Schwierigkeiten hindurch, durch die unversöhnlichen Kämpfe gegen alle, die den kleinbürgerlichen Einfluß auf das Proletariat in jeglicher Form verkörperten, die Leninsche Linie der Partei in voller Reinheit zu bewahren. Der XVI. Parteitag war eine machtvolle Bekundung des unbedingten Vertrauens der Partei zu ihrer Führung. Die heftigsten Angriffe, die gegen Genossen Stalin von allen Feinden der Partei gerichtet werden, dienen nur zur Bestätigung dessen, daß das Proletariat in der Person des Genossen Stalin seinen unbeugsamen Führer besitzt, der es mit ehernem Willen und politischem Scharfblick zum Endsieg über den Kapitalismus führt.

II. Die Weltwirtschaftskrise und der neue revolutionäre Aufschwung

Die sich vor unseren Augen entfaltende Weltwirtschaftskrise widerlegt entschieden alle Erfindungen bürgerlicher Politiker und Wirtschaftler, sozialfaschistischer Ideologen und ihrer rechtsopportunistischen Nachbeter aus den Reihen der Renegaten des Kommunismus über den organisierten Kapitalismus, über die Festigkeit der kapitalistischen Stabilisierung, die Theorien von der amerikanischen „prosperity“, die Theorien von der „Ausnahmestellung“ dieser oder jener Länder usw. Die Krise hat alle schwärenden Eiterbeulen und tiefen Wunden des gegenwärtigen absterbenden Kapitalismus hell beleuchtet. Die Krise hat die ungemein scharfen Gegensätze aufgezeigt, die die gegenwärtige kapitalistische Welt zerfleischen.

„Die jetzige Wirtschaftskrise ist die ernsteste und tiefste aller bisherigen Weltwirtschaftskrisen.“ (Stalin.) Die unterscheidenden Merkmale der gegenwärtigen Krise können kurz in folgenden Hauptpunkten zusammengefaßt werden:

1. Die gegenwärtige Krise verläuft nicht auf der Grundlage „normalen“ Kapitalismus, sondern im Rahmen jenes Systems des absterbenden Kapitalismus, das für unsere geschichtliche Epoche der imperialistischen Kriege und der proletarischen Revolutionen kennzeichnend ist.

2. Die gegenwärtige Krise ist seit dem Weltkrieg die erste internationale Krise, die die gesamte kapitalistische Welt erfaßt.

3. Die Krise hat das mächtigste kapitalistische Land erfaßt, die Vereinigten Staaten, wodurch sie außerordentliche Schärfe und ein weites Ausmaß angenommen hat.

4. In der jetzigen Weltkrise verflicht sich die Industriekrise eng mit der Agrarkrise, wobei jede von ihnen die andere vertieft und verschärft, wodurch die gesamte Krise hinausgezogen wird und außerordentliche Stärke annimmt. [452]

5. Die gegenwärtige Krise entwickelt sich unter den Verhältnissen außerordentlich entfalteter monopolistischer Formen, Truste und Kartelle, deren Politik die Krise hinauszieht und sie besonders scharf und quälend gestaltet.

Die gegenwärtige Krise führt zu einer außerordentlichen Verschärfung der grundlegenden Gegensätze, die die kapitalistische Welt zerfleischen. Es verschärfen sich sowohl die äußeren wie auch die inneren Widersprüche des Kapitalismus.

Vor allem verschärft sich der Gegensatz zwischen der imperialistischen Welt und der Sowjetunion. Der Gegensatz zwischen dem wachsenden Sozialismus und dem verfaulenden Kapitalismus wird immer klarer und deutlicher. Einschränkung des Produktionsumfanges um 25 bis 35 Prozent in einer Reihe der entwickeltsten kapitalistischen Länder und jährliches Anwachsen der Industrieproduktion um 40 bis 50 Prozent in der Sowjetunion. Anwachsen der Arbeitslosenheere auf 6 Millionen in den Vereinigten Staaten, auf mehr als 3 Millionen in Deutschland, auf rund 3 Millionen in Großbritannien und Vernichtung der Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion. Hartnäckige, chronische Krise in der Landwirtschaft in den reichsten kapitalistischen Ländern und großartige, radikale Revolution in der Landwirtschaft der Sowjetunion, vollständige Umgestaltung ihres technischen und wirtschaftlichen Aufbaus. Das Anwachsen der Gegensätze zwischen der imperialistischen Welt und der Sowjetunion verschärft zwangsläufig die Gefahr eines imperialistischen Krieges gegen den ersten proletarischen Staat der Welt. Alle Aufrufe zu einem Kreuzzug, die in der letzten Zeit lebhafter gewordenen Versuche einer Finanz- und Wirtschaftsblockade (Amerika, Frankreich), die Versuche zur Schaffung eines ehernen Ringes um die Sowjetunion, die faschistischen Umstürze in den Randstaaten (Finnland) bezeugen das. Bei allen diesen Plänen spielt das bürgerliche Deutschland eine hervorragende Rolle. Einflußreiche Gruppen des kapitalistischen Deutschland erklären ganz offen die Politik von Rapallo für eine überwundene Etappe, manchmal aber auch für einen schweren Fehler.

Die Krise führt unvermeidlich auch zur Verschärfung der Klassengegensätze in den kapitalistischen Ländern. Der Abgrund zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat vertieft sich immer mehr. Die Bourgeoisie bemüht sich, die ganze Last der Wirtschaftskrise auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen. Es wird ein breit entfalteter Angriff auf die grundlegenden Lebensbedingungen des Proletariats geführt: die Löhne werden abgebaut, die Arbeitszeit wird verlängert, die Arbeitslosigkeit wächst zugleich mit der Kürzung der Arbeitslosenunterstützung unerhört an. Die sozialdemokratischen Illusionen werden zerstört. Das Proletariat geht zur Verteidigung mit Hilfe von Streiks über, die immer mehr politische Färbung annehmen. Die Frage des Auswegs aus der Krise wird für die Bourgeoisie zu einer politischen Frage, zu einer Frage des gegenseitigen Verhältnisses der Klassenkräfte. Die Bourgeoisie geht in einer Reihe von Ländern zu den Methoden des faschistischen Regimes über, sei dies in der Form der „kalten Faschisierung“ oder offener faschistischer Umstürze.

Es naht eine neue Welle des revolutionären Aufschwungs. Es nähert sich das Ende der kapitalistischen Stabilisierung. Neue entscheidende Kämpfe um den Kommunismus rücken näher.

In dieser Lage fallen der Komintern und ihren einzelnen Sektionen außerordentlich wichtige und verantwortungsvolle Aufgaben zu. Eine un-[453]umgängliche Bedingung für die erfolgreiche Erfüllung dieser Aufgaben ist eine klare bolschewistische Linie aller Parteien, ein unbarmherziger Kampf gegen alle Arten des Opportunismus, in welcher Form sie auch immer auftauchen mögen und mit welcher Maske sie sich decken mögen. Die Losung „Klasse gegen Klasse“ ist in der gegenwärtigen Periode die grundlegende taktische Losung. Die rechte Gefahr, die auf jegliche Weise die Bedeutung dieser Losung vertuscht, ist in der gegenwärtigen Etappe die wichtigste und grundlegende Gefahr.

Die Aufgaben, vor denen die Kommunistischen Parteien und die Komintern stehen, hat der Parteitag in seiner Resolution, die nach dem Rechenschaftsbericht des Genossen Molotow über die Tätigkeit der Delegation der KPSU in der Komintern angenommen wurde, formuliert. Im Schlußteil dieser Resolution heißt es wie folgt:

„Der Parteitag der KPSU beauftragt die Delegation der KPSU in der Exekutive der Komintern, ihre Aufmerksamkeit auf die Verstärkung des Kampfes der Kominternsektionen gegen den Sozialfaschismus, insbesondere seinen ‚linken' Flügel, wie auch gegen den Einfluß des Nationalfaschismus auf einzelne Schichten der Arbeiterklasse zu konzentrieren.

Der Parteitag unterstreicht besonders die Notwendigkeit der Ueberwindung des organisatorischen Zurückbleibens der Kominternsektionen hinter ihrem wachsenden ideologisch-politischen Einfluß durch die Verlegung des Schwergewichts der Parteiarbeit auf die Betriebe, durch die Verstärkung der Arbeit und der Leitung der Fraktionen durch die Partei in den Massenorganisationen, insbesondere in den Gewerkschaftsverbänden, durch die systematische selbständige Organisierung und Leitung der Streikbewegung, wobei chwostistische Stimmungen in den Parteiorganisationen und unter den Gewerkschaftsfunktionären als Auswirkungen des schädlichsten Opportunismus in der Praxis und für die Gewinnung nicht allein der Parteilosen, sondern auch der sozialdemokratischen Arbeiter auf der Grundlage der bolschewistischen Taktik der Einheitsfront von unten zu bekämpfen sind. Der Parteitag der KPSU hält es für notwendig, den schonungslosen Kampf gegen den Opportunismus in der Praxis fortzusetzen, der meist in der Nichtdurchführung der revolutionären Taktik Klasse gegen Klasse (in der Praxis) seinen Ausdruck findet, ferner in Kompromissen mit der Sozialdemokratie und der Unterstellung seiner Politik dem reformistischen Gewerkschaftslegalismus sowie in der Ablehnung der unentwegten Alltagsarbeit und des täglichen Kampfes um die Massen, wobei diese Ablehnung durch ‚linke' Phrasen verschleiert wird.

Nur durch eine Sicherung der wirklichen Durchführung dieser Maßnahmen werden die Sektionen der Kommunistischen Internationale eine organisatorische Festigung ihres Einflusses in den Massen erzielen, der angesichts des Aufstiegs der revolutionären Arbeiterbewegung im Wachsen begriffen ist. Nur die ideologische und organisatorische Festigung der Sektionen der Kommunistischen Internationale bei einer Steigerung der unanfechtbaren Autorität der Leninschen Leitung der KPSU wird den Zusammenschluß der einzelnen Kominternsektionen in eine einheitliche Kommunistische Weltpartei auf der Grundlage des einheitlichen Programms der Kommunistischen Internationale, das eine mächtige Waffe im Kampfe für die proletarische Revolution ist, noch mehr gewährleisten."

III. Der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion

Zwischen dem XV. und XVI. Parteitag trat die Sowjetunion in die Aera der riesenhaften Entfaltung des sozialistischen Aufbaus ein. Das gegenwärtige Tempo des Anwachsens der Wirtschaft der Sowjetunion konnte noch vor einigen Jahren als ein unerfüllbarer Traum erscheinen. Vor unseren Augen wird eine der tiefen, durchdringenden Voraussagen Lenins zur Wirklichkeit. In den Jahren der größten Verwüstung, die dem Lande durch den imperialistischen und durch den Bürgerkrieg be-[454]reitet worden war, ein Jahr nach der Einführung der neuen Wirtschaftspolitik sagte Lenin:

„Wir ziehen uns jetzt zurück, wir tun dies aber, um zunächst zurückzuweichen, um aber dann einen Anlauf zu nehmen und stärker vorwärts zu stürmen. Nur unter dieser Bedingung sind wir mit der Durchführung unserer neuen Wirtschaftspolitik zurückgegangen."

Und Lenin wies auf jene Bedingungen hin, bei deren Erfüllung es seinerzeit möglich sein werde, „einen Anlauf zu nehmen und stärker vorwärts zu stürmen." Er sagte:

„Sich mit der Bauernmasse, mit der einfachen werktätigen Bauernschaft zusammenzuschließen und zu beginnen, sich unermeßlich, unendlich langsamer vorwärts zu bewegen, als wir dies geträumt hatten, dafür aber so, daß sich die gesamte Masse mit uns bewegen wird." ... „Dann wird seinerzeit eine derartige Beschleunigung dieser Bewegung eintreten, wie wir sie gegenwärtig auch nicht einmal träumen können". (Band XVIII, Teil 2, Seite 29/30, russische Ausgabe.)

Die Partei hat diese Vermächtnisse ihres Führers erfüllt, und jetzt sehen wir augenfällig, daß der von ihm vorgezeichnete Weg völlig richtig war. Trotzki hat sich seinerzeit bemüht, die Partei vom Leninschen Wege des engen Zusammenschlusses mit der Bauernmasse auf den Weg der Sprengung des Bündnisses mit den Mittelbauern abzubringen. Die Partei ist auf diesen Köder nicht hereingefallen.

Genosse Stalin hat die Etappe der Wirtschaftsentwicklung der Sowjetunion, insofern die Parteitage die Wegzeichen dieser Entwicklung sind, wie folgt gekennzeichnet:

„Der XIV. Parteitag war ein Parteitag der Industrialisierung, der XV. Parteitag war ein Parteitag vorzugsweise der Kollektivierung. Der XVI. Parteitag wird in die Geschichte der Partei eingehen als ein Parteitag des entfalteten Angriffs des Sozialismus auf der ganzen Front, der Liquidierung des Kulakentums als Klasse und der Durchführung der völligen Kollektivierung."

Bei dieser Kennzeichnung heißt es kurz verweilen. Der XVI. Parteitag trat in den allerersten Anfängen des sozialistischen Neuaufbaus zusammen. Das Vorkriegsniveau der Produktion war in einer Reihe höchst wichtiger Wirtschaftszweige noch nicht erreicht. Dennoch stellte sich die Partei die Aufgabe, nicht einfach die Vorkriegswirtschaft des zaristischen Rußland mit allen ihren alten Verhältnissen der einzelnen Teile zueinander wiederherzustellen, sondern eine sozialistische Wirtschaft des Landes in neuer Art aufzubauen. Der XVI. Parteitag zeigte die Generallinie dieser Umgestaltung auf. Es war dies die Linie Industrialisierung des Landes, die Linie der Verwandlung der Sowjetunion aus einem Agrarlande mit einer schwach entwickelten Industrie in ein industrielles Land, in dem der Industrie die führende Rolle zufällt. Die Linie auf die Industrialisierung des Landes bedeutet durchaus nicht irgendeine Vernachlässigung der Interessen der Landwirtschaft. Im Gegenteil, die erfolgreiche sozialistische Industrialisierung eröffnet die weitesten Möglichkeiten in bezug auf die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion auf eine höhere Stufe, in bezug auf ihren radikalen technischen und sozialen Neuaufbau. Die Erfolge der Industrialisierung auf der einen Seite, die wachsenden Bedürfnisse nach einer Reihe von Produkten auf der anderen Seite haben es zuwege gebracht, daß auf dem XV. Parteitag in ihrer ganzen Größe die Aufgabe des sozialistischen Neuaufbaus der Landwirtschaft gestellt wurde. Die Periode, die nach dem XV. Parteitag eingetreten ist, war eine Periode besonders erbitterter Kämpfe um den Sozialismus auf dem Dorfe. Dadurch, daß die Partei [455] den verschärften Widerstand des Kulaken zertrümmerte, dadurch, daß sie sich auf die Hauptmassen der armen und mittleren Bauern stützte, dadurch, daß sie deren Aktivität gegen die ausbeuterischen Kulakengruppen mobilisierte, erzielte sie entscheidende Erfolge bei der Kollektivierung der Landwirtschaft. Der XVI. Parteitag, der das Fazit des beschrittenen Weges zog und die Wege für den weiteren Aufbau des Sozialismus vorzeichnete, bezeichnete eine neue höhere Stufe des Kampfes, eine Periode des sozialistischen Angriffs auf der ganzen Front.

1. Die Erfolge der Industrialisierung

Die sozialistische Schwerindustrie ist die Hauptstütze und die Grundlage, die grundlegende Schlüsselstellung im Kampf um den Sozialismus. Gerade die Erfolge der Industrialisierung, das Anwachsen der Produktionsleistung der Industrie, das Anwachsen der Kapitalsinvestitionen, die Festigung und das ständige Anwachsen der proletarischen Massen, die Besserung ihrer Lage, alle diese Faktoren sind eine unumgängliche Vorbedingung für den Uebergang zum sozialistischen Angriff auf der gesamten Front. Das Anwachsen der Industriezweige, die unmittelbar einen technischen Umschwung in der Landwirtschaft hervorrufen (Bau landwirtschaftlicher Maschinen, Traktorenbau, chemische Industrie), schafft die notwendigen Voraussetzungen für den gründlichen Neuaufbau der Landwirtschaft.

Eine Vorstellung von dem bolschewistischen Tempo der Industrialisierung der Sowjetunion geben folgende wenigen Ziffern. Die Kapitalsinvestitionen in der vergesellschafteten Industrie sind in den letzten drei Jahren von 1270 Millionen Rubel im Jahre 1926127 auf 4275 Millionen Rubel angewachsen, d. h. um mehr als das Dreifache. Die Bruttoproduktion dieser vergesellschafteten Industrie hat sich in diesen drei Jahren von etwa 12 Milliarden Rubel auf 25 Milliarden erhöht, d. h. auf mehr als das Doppelte. Hatte die Industrieproduktion vor drei Jahren das Vorkriegsniveau noch nicht erreicht, so wird sie im laufenden Jahre 180 Prozent der Vorkriegsproduktion ausmachen. Im nahenden dritten Jahr des Fünfjahrplans – 1930/31 – ist ein Zuwachs der Produktion vorgesehen, der seinem Ausmaß nach der gesamten Industrieproduktion des zaristischen Rußland der Vorkriegszeit gleichkommt.

Das Wort „Fünfjahrplan" ist im Verlauf der letzten Periode zu einer der Kampflosungen des internationalen revolutionären Proletariats in seinem Kampf gegen die Bourgeoisie geworden.

Millionenmassen der Arbeiter verfolgen den Verlauf der Ausführung des sozialistischen Plans großer Arbeiten mit angehaltenem Atem. Dank dem schnellen Tempo der Industrialisierung, dank dem unerhörten schöpferischen Aufschwung der Massen, die bewußt am Sozialismus bauen, werden die im Fünfjahrplan vorgesehenen Ziele in einer ganzen Reihe von Industriezweigen in einer beträchtlich kürzeren Frist erreicht sein. Bei der Naphthaproduktion, beim Maschinenbau, bei der elektrotechnischen Produktion wird der Fünfjahrplan in drei Jahren durchgeführt sein. Bei einer Reihe von Wirtschaftszweigen sind die ursprünglich vom Fünfjahrplan aufgestellten Ziele beträchtlich erweitert worden. So soll an Schwarzmetall die Sowjetunion am Ende des Fünfjahrplans 17 Millionen Tonnen statt der vorher vorgesehenen 10 Millionen Tonnen besitzen. Ein beträchtliches Anwachsen weisen die Aufgaben auf dem Gebiet des Baues landwirtschaftlicher Maschinen, des Traktorenbaus, des Baus von Combinemaschinen und der Produktion von elektrischer Kraft auf. Die [456] Losung „Fünfjahrplan in vier Jahren“ wird zu einer völlig realen Tagesaufgabe, die den breiten Arbeitermassen neue Begeisterung einflößt.

Die Erfolge der Industrialisierung kommen in dem gewaltigen Anwachsen des spezifischen Gewichts und der Bedeutung der sozialistischen Industrie in der Gesamtwirtschaft des Landes zum Ausdruck. Das spezifische Gewicht der Industrie in der Bruttoproduktion der gesamten Volkswirtschaft betrug vor dem Kriege 42,1 Prozent, erreicht im Jahre 1929/30 aber 53 Prozent. Die Sowjetunion steht schon an der Schwelle der Verwandlung aus einem agrar-industriellen Lande in ein industriell agrarisches Land. Der Anteil der Produktionsmittel wächst von 42,7 Prozent im Jahre 1927/28 auf 48 Prozent im laufenden Jahre 1929/30. Es wächst die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Sowjetunion.

Auf dem Gebiet der Industrie verschwindet die privatkapitalistische Form. In der Schwerindustrie bildete der vergesellschaftete Faktor bereits im Jahre 1926/27 97 Prozent, im Jahre 1929/30 aber wird dieser Prozentsatz auf 99 steigen. Daher ist „es klar, daß die Frage ‚Wer wen?‘, die Frage, ob der Sozialismus die kapitalistischen Elemente in der Industrie besiegen wird, oder ob sie den Sozialismus besiegen werden, im Grundsätzlichen bereits zugunsten der sozialistischen Formen der Industrie gelöst ist. Sie ist endgültig und unwiederbringlich gelöst.“

Durch die Praxis des durchgeführten Tempos der Industrialisierung beweist die Sowjetunion die völlige Erfüllbarkeit der gestellten Aufgabe, „die vorgeschrittenen kapitalistischen Länder einzuholen und zu überholen“. Durch Verwirklichung des Fünfjahrplans wird die Sowjetunion eine ganze Reihe von Ländern in einer Reihe wichtigster Industriezweige überholen. Die in der Sowjetunion im Bau befindlichen Giganten des Hüttenwesens, des Traktorenbaus usw. haben in der Welt sehr wenig ihresgleichen.

Die Erfolge der Industrialisierung der Sowjetunion sind unzertrennlich mit der Verbesserung der Lage der breiten Arbeitermassen, mit der Hebung ihres materiellen und kulturellen Niveaus verbunden. Der Uebergang zum siebenstündigen Arbeitstag und zur ununterbrochenen Fünftagewoche eröffnet der Arbeiterklasse gewaltige Möglichkeiten. Das Anwachsen der Industrie ist unzertrennlich mit dem Anwachsen der Arbeiterzahl, mit der Festigung der wirtschaftlichen und politischen Stellungen des Proletariats im Lande verbunden.

Die Beschlüsse des XVI. Parteitages stellen das Land vor eine Reihe von Aufgaben von gewaltiger Bedeutung auf dem Gebiet der Industrialisierung. Der XVI. Parteitag hat eine klare und deutliche Darstellung der Notwendigkeit einer weiteren entschiedenen Durchführung der Politik der Industrialisierung, der Politik des schnellen Tempos der Industrialisierung gegeben. Der Parteitag hat in seiner Resolution das ZK beauftragt,

„bei der weiteren Arbeit zur sozialistischen Industrialisierung der Sowjetunion die Anstrengungen der Partei auf die Verwirklichung der folgenden Hauptaufgaben zu konzentrieren.

1. Angestrengteste Entwicklung der Schwerindustrie als Hauptbasis des sozialistischen Aufbaus (Eisen- und Nichteisenmetalle, Elektrizitätserzeugung, Heizmittel, Maschinenbau, Chemie), Schaffung eines neuen mächtigen Zentrums des Kohlenbergbaus und der Metallindustrie in der Gestalt des Industriekombinats Ural-Kusnetz-Becken.

2. Entfaltung und Rekonstruktion des Transports, vor allem des Eisenbahn- und Wassertransports, die zu den ausgesprochensten „Engpässen“ der sozialistischen Wirtschaft zählen. [457]

3. Verstärkte Entwicklung der Industriezweige, die Produkte des Massenverbrauchs (Leichtindustrie) herstellen und gleichfalls Entwicklung der Rohstoffbasis.

4. Forcierung der Ausfuhr durch verstärkte Entwicklung einer Reihe für den Export arbeitender Zweige der Industrie und der Landwirtschaft.

5. Unbedingte Erfüllung der Industrie- und Finanzpläne, schärfste Innehaltung der Planziele zur Senkung der Gestehungskosten und Hebung der Produktionsqualität, entschlossenere und planmäßigere Durchführung der Rationalisierung, Kampf gegen die Ausschußware und die Verluste in der Produktion, Hebung der Arbeitsproduktivität und Liquidierung der in einer Reihe von Zweigen zu verzeichnenden Rückschläge.

6. Stärkste Entwicklung der Maschinisierung und Traktorisierung der Landwirtschaft, Erfüllung des Fünfjahrplanes der Sowjetwirtschaften in drei Jahren, Schaffung einer festen Basis von Maschinen und Traktoren für die durchgehende Kollektivierung der Bauernwirtschaften in der ganzen Sowjetunion.

7. Beschleunigte Durchführung der Maßnahmen zur Wiederaufrichtung und Entfaltung der Viehzucht sowie zur Entfaltung der Nahrungsmittelindustrie auf der Grundlage der entsprechenden Zweige der Landwirtschaft.

8. Bewerkstelligung der ins Auge gefaßten Hebung der Reallöhne, Verbesserung der Tätigkeit des Belieferungsapparates, vor allem auf dem Gebiet der Konsumgenossenschaften.

Von entscheidender Bedeutung ist das vom ZK. in seinem ganzen Umfange gestellte Problem der leitenden Kader von Wirtschaftlern und Technikern, das zum zentralen Problem im sozialistischen Aufbau wird. Nur bei weiterer Mobilisierung der Kräfte der ganzen Partei und der Arbeiterklasse zur Lösung der Aufgaben der Vorbereitung von Kadern aus der Arbeiterklasse, nur bei einer entschiedenen Wendung auf diesem Gebiete kann die weitere Innehaltung bolschewistischer Tempi bei der sozialistischen Industrialisierung des Landes gewährleistet werden.“

Es versteht sich von selbst, daß sowohl die Erfolge auf dem Gebiete der Industrialisierung wie auch die weiteren Beschlüsse den völligen Zusammenbruch der politischen Linie jener Gruppen bezeugen, die einen Angriff gegen die Generallinie der Partei geführt haben. Die Erfolge der Industrialisierung bezeugen den völligen Zusammenbruch aller Prophezeiungen des gegenrevolutionären Trotzkismus, der seinerzeit die abenteuerliche Politik eines undurchführbaren Tempos der Ueberindustrialisierung forderte, gegenwärtig aber angesichts der offenkundigsten Siege der von der Partei durchgeführten Politik der Industrialisierung ein Geheul über die Unerträglichkeit des eingeschlagenen Tempos erhebt, dessen Herabsetzung er in völliger und rührender Uebereinstimmung mit den rechten Abweichlern fordert. Was die rechte Abweichung betrifft, die in der gegenwärtigen geschichtlichen Etappe die Hauptgefahr bildet, so muß man im Auge behalten, daß nur im hartnäckigsten Kampfe gegen ihre liquidatorische Einstellung die Partei ihre entscheidenden Erfolge erzielt hat. Die Rechten fordern die Herabsetzung des Tempos der Industrialisierung, im besonderen die Schwächung der Schwerindustrie und des Maschinenbaus. Die Partei hat durch ihren XVI. Parteitag auf diese Forderungen mit einer deutlichen Bestätigung der Generaleinstellung geantwortet. Die Erfolge der sozialistischen Industrialisierung sind ein Todesurteil für die gesamte politische Linie der rechten Opportunisten.

2. Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft

Der auf den Feldern der Sowjetunion im Gange befindliche Kampf am die sozialistischen Methoden der Landwirtschaft besitzt gewaltige weltgeschichtliche Bedeutung. Es genügt, daran zu er-[458]innern, daß im Verlauf einer ganzen Reihe von Jahrzehnten ein Lieblingsargument aller Sozialistenfresser der Hinweis auf die Landwirtschaft war. Zugegeben, sagten sie (und sagen sie in den kapitalistischen Ländern auch jetzt noch), daß es euch gelingen werde, in der Stadt zu Siegen und die

Produktion in den großen Fabriken und Werken sozialistisch einzurichten; aber ihr werdet euch unvermeidlich das Genick im Dorfe brechen, wo ihr auf den Widerstand der Millionen der zersplitterten kleinen Bauernwirtschaften stoßen werdet, die auf den kleinen Privatbesitz gegründet sind. Der „antikollektivistische Bauernschädel“ nimmt bis jetzt in der Rüstkammer der Kampfmittel gegen den proletarischen Kommunismus einen Ehrenplatz ein.

Schon der XV. Parteitag der KPSU hatte in seiner Resolution darauf hingewiesen, daß „in der gegenwärtigen Periode die Aufgabe der Vereinigung und Umgestaltung der kleinen individuellen Bauernwirtschaften zu großen Kollektiven zu einer grundlegenden Aufgabe der Partei auf dem Dorfe gemacht werden muß.“ Die Neuaufbauperiode zeigt mit jedem Schritte die begrenzten Möglichkeiten der zersplitterten kleinen Bauernwirtschaft auf. Jene wenigen großen Kollektiv- oder Staatswirtschaften, die bereits am Beginn der Neuaufbauperiode auf dem Gebiete der Landwirtschaft vorhanden waren, begannen mit jedem Tage die Vorzüge der Großproduktion vor der Kleinproduktion aufzuzeigen. Die Erfahrungen dieser Großwirtschaften sind von gewaltiger Bedeutung für die Millionenmassen der Bauern, die deren Arbeit und Leben von Tag zu Tag beobachten. Die von der Partei im Verlaufe einer Anzahl Jahre durchgeführte leninistische Politik der Zusammenschweißung der armen Bauern und der Festigung des Bündnisses mit den Massen der Mittelbauern zeigte sich als eine notwendige Vorbedingung für jenen Umschwung zugunsten des Sozialismus, den wir gegenwärtig auf dem Sowjetdorfe beobachten. Die Wendung der Millionen armer und mittlerer Bauern zu den Kollektivwirtschaften ging um die Mitte des Jahres 1929 als ein Ergebnis der Entwicklung der sozialistischen Industrie und der Festigung der Positionen des Proletariats im Lande vor sich, als ein Ergebnis der richtigen leninistischen Politik der Partei in bezug auf die verschiedenen Gruppen der Bauernschaft, als ein Ergebnis des entschlossenen Kampfes gegen das Kulakentum während der Getreidebeschaffung, des Anwachsens der Autorität und des Einflusses der Kollektivwirtschaften und der Sowjetwirtschaften, der landwirtschaftlichen Genossenschaften, als ein Ergebnis einer ganzen Reihe vorbereitender Maßnahmen (Entwicklung des Kontraktsystems, Ausbreitung von Maschinen- und Traktorenstationen). Der Zustrom gewaltiger Massen armer und mittlerer Bauern zu den Kollektivwirtschaften eröffnete der Partei die Möglichkeit, von der früheren Politik der Beschränkung der kapitalistischen Ausbeuterelemente zur Politik der völligen Liquidierung des Kulakentums als Klasse auf der Grundlage der völligen Kollektivierung überzugehen. Es eröffnete sich eine neue Periode im Aufbau des Sozialismus, eine Periode der endgültigen Ausrottung der Wurzeln des Kapitalismus, die gerade auf dem Gebiete der Landwirtschaft am lebenskräftigsten waren.

Trotz aller Prophezeiungen der Rechten, die ein Geschrei über die „Degradierung der Landwirtschaft“ und über die Sprengung des engen Bündnisses mit dem Mittelbauern erhoben, erreichte die Partei, indem sie den Widerstand der rechten Elemente durch das schnelle Tempo der Kollektivierung überwand, indem sie alle ihre Versuche, für den „gekränkten“ Kulaken einzutreten, abwies, gewaltige Erfolge bei dem unglaublich schwierigen Werke der sozialistischen Umgestaltung [459] des Dorfes. Die Entwürfe des Fünfjahrplans auf dem Gebiete der Kollektivierung wurden weit überholt: Der Fünfjahrplan des kollektiv-wirtschaftlichen Aufbaus, der noch ohne Berücksichtigung des Umschwunges aufgebaut war, der die Massen der armen und mittleren Bauernwirtschaften ergriffen hat, ist innerhalb zweier Jahre zu mehr als dem Anderthalbfachen durchgeführt. Der Fünfjahrplan des sowjetwirtschaftlichen Aufbaus wird in drei Jahren völlig ausgeführt sein.

Der vergesellschaftete Sektor ist bereits jetzt zu einer entscheidenden Größe geworden. Die Kollektivwirtschaften allein liefern im jetzigen Jahre mehr als 50 Prozent des auf den Markt gelangenden Getreides. Das Anwachsen des sozialistischen Sektors in der Landwirtschaft verläuft auf der Grundlage immer tieferer Verschiebungen in der Technik der Landwirtschaft, des Uebergangs zu vollkommeneren Arbeitsmethoden, die eine immer höhere Nutzwirkung ergeben. Bei einem Zuwachs der Anbauflächen der Körnerfrüchte um 7 Prozent gegenüber dem Vorjahre wird die jetzige Getreideernte beträchtlich höher sein als die des Vorjahres. Die Getreidefrage, die in den letzten Jahren die größten Schwierigkeiten geboten hatte, muß jetzt als in der Hauptsache gelöst betrachtet werden. Die Partei macht sich jetzt an die Lösung der nächsten auf der Tagesordnung stehenden Aufgabe heran, der Frage der Viehzucht. Es werden gewaltige staatliche Viehzuchtwirtschaften geschaffen. Es

wird eine Reihe von Maßnahmen zur verstärkten Entwicklung der Viehzucht in den Kollektivwirtschaften getroffen.

Die Partei stellt sich die Aufgabe, die Kollektivierung des Dorfes im großen und ganzen beim Ablauf des Fünfjahrplans zu beenden. Die Partei hat durch ihren XVI. Parteitag die in einer ganzen Reihe von Gebieten vorgekommenen Fälle des Abweichens von der leninistischen Linie bei der Kollektivierung scharf verurteilt. Den Abweichungen halbtrotzkistischen Charakters, den Versuchen, den Prozeß der Kollektivierung dort, wo er nicht genügend durch die gesamte vorangegangene Entwicklung vorbereitet war, durch Verwaltungsmaßnahmen zu beschleunigen, dem Abgehen von der Anwendung des Grundsatzes der Freiwilligkeit beim kollektivwirtschaftlichen Aufbau, dem Vergessen der leninistischen Politik gegenüber dem Kulaken, allen diesen Fehlern und Entstellungen erklärte der XVI. Parteitag entschiedenen Krieg. Zugleich damit verurteilte der Parteitag entschieden jegliche Versuche der rechten Opportunisten, aus diesen Entstellungen der Weisungen der Partei, die eine Anzahl von örtlichen Organisationen gemacht hatten, Kapital zu schlagen. Die rechten Bankrotteure erlitten auf dem Parteitag die gebührende Abfuhr.

In seiner Resolution formuliert der Parteitag eine Reihe weiterer Aufgaben auf dem Gebiete der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft wie folgt:

„Entscheidende Bedeutung für die Arbeit der Partei erhält im gegenwärtigen Augenblick die Aufgabe der weiteren Einbeziehung der armbäuerlichen und mittelbäuerlichen Wirtschaften in die Kollektivwirtschaften auf der Grundlage der Freiwilligkeit, das Problem der Organisierung der Arbeit in den Kollektivwirtschaften, die Verteilung der Ernte innerhalb der Kollektivwirtschaft, das Problem der Ausbildung von Kadern für die Kollektivwirtschaften, die Hebung des kulturellen Niveaus der Massen in den Kollektivwirtschaften, die Ueberwindung der kleinbürgerlichen Schwankungen innerhalb der Kollektivwirtschaften und die allseitige Stärkung der Kollektivwirtschaften als Stützpunkte des sozialistischen Aufbaus im Dorfe.

Die Partei muß, indem sie in ihrer gesamten praktischen Arbeit auf dem Dorfe die Parole ausgibt, sich auf den Kollektivwirtschaftler zu stützen, entschieden [460] gegen alle Tendenzen kämpfen, die armbäuerliche oder mittelbäuerliche Einzelwirtschaft zu ignorieren oder zu unterschätzen. Sie muß diesen Wirtschaften Hilfe zuteil werden lassen, die selbständige Organisierung der Dorfarmut in den Sowjets, in den Genossenschaften und in den unteren Gliedern der Kollektivwirtschaftsbewegung stärken, eine breitangelegte Arbeit unter den Bauern mit Einzelwirtschaften betreiben und sie in die Kollektivwirtschaften hineinziehen.“

3. Die Umgestaltung der Arbeitsmethoden

Der XVI. Parteitag wandte den Fragen der Umgestaltung aller Arbeitsmethoden des Sowjet-, Gewerkschafts- und Parteiapparats im Zusammenhange mit jener neuen Lage, die durch die Periode des entfalteten sozialistischen Angriffs auf der ganzen Front geschaffen worden ist, viel Aufmerksamkeit zu.

Ein besonderer Bericht war den neuen Aufgaben der Gewerkschaften in der Neuaufbauperiode gewidmet. Die Gewerkschaften, diese proletarischen Massenorganisationen, müssen jetzt mehr als früher ihr Gesicht der Produktion zuwenden. Die frühere Leitung des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion, mit Genossen Tomski an der Spitze, beging eine Reihe opportunistischer Fehler tradeunionistischen Charakters. Bei der Ausrottung dieser Fehler müssen die Gewerkschaften in größerem Maße als bisher die Massen für die großen Aufgaben mobilisieren, die durch die Industrialisierung des Landes und durch die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft aufgerollt werden,

Der Kampf um die Verbesserung des Sowjetapparates sowohl in der Stadt als auch im Dorfe gewinnt gleichfalls erstrangige Bedeutung. Zum Kampfe gegen jegliche Erscheinungen des Bürokratismus werden die breitesten Arbeitermassen herangezogen. Die proletarischen Massen beteiligen sich aktiv an der Säuberung des Sowjetapparats, die zum Ziele hat, die Verwaltungsorgane, die Leitungsorgane der Volkswirtschaft von dem Proletariat feindlichen und fremden Elementen zu befreien, die unfähig sind, in die wichtigen Aufgaben einzudringen, vor denen die Sowjetunion steht. Die Verbesserung des Staats- und Wirtschaftsapparates wird neben der Schaffung neuer ausgebildeter Kader aus den Reihen der Arbeiter die Gefahr des Schädlingswesens beseitigen, die eine der Formen des Klassenkampfes der Kräfte des Kapitalismus gegen den im Aufbau befindlichen Sozialismus ist.

Viel Aufmerksamkeit wendet die Partei in der gegenwärtigen Periode den Fragen der Kulturrevolution zu. Zum Unterschied in den kapitalistischen Ländern, in denen die Bildung ein Monopol der herrschenden Ausbeuterklassen ist, sind in der Sowjetunion die Voraussetzungen für eine schnelle Hebung des kulturellen Niveaus der breiten werktätigen Massen geschaffen. Der Beschluß auf Einführung der allgemeinen Schulpflicht, der vom ZK bereits nach dem Parteitag gefaßt worden ist, ist einer der wichtigsten Schritte zur Ausführung der Weisungen des Parteitags auf diesem Gebiete.

IV. Die KPSU im Kampfe an zwei Fronten

Der XV. Parteitag zog das Fazit der langjährigen Periode des Kampfes der Partei gegen die rechte Opposition.

Die weitere Entwicklung des Trotzkismus hat die Richtigkeit der Beschlüsse des XV. Parteitages voll und ganz bestätigt. Der Trotzkismus hat sich in eine offen gegenrevolutionäre Gruppierung verwandelt, die sich vollständig in den allgemeinen Abhub der kapitalistischen und sozialfaschistischen Kräfte für den Kampf gegen die Sowjetunion eingereiht [461] hat. Die Leugnung der Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion, die Leugnung der Möglichkeit der Heranziehung der breiten Massen der ärmsten und mittleren Bauernschaft zum Werke des sozialistischen Aufbaus führen den Trotzkismus unvermeidlich auf die andere Seite der Barrikade, mit welchen „linken“ Redensarten auch immer dieser Verrat verdeckt werden möge. Die Leugnung der bolschewistischen Disziplin, die Verteidigung der Freiheit von Gruppierungen durch den Trotzkismus hätte unvermeidlich die Niederlage der proletarischen Revolution herbeigeführt, wenn die Partei nicht dem Trotzkismus eine entscheidende und vernichtende Abfuhr erwiesen hätte.

Wichtig ist es, hervorzuheben, daß eine Reihe hervorragender Vorkämpfer des Trotzkismus aus den Reihen der Arbeiter (Serebrjakow, Salutzki) vor dem Parteitage mit einer genügend entschiedenen Kritik an ihrer trotzkistischen Vergangenheit auftraten. Die der Partei zunächst stehenden Elemente des Trotzkismus erwiesen sich als gezwungen, das gewaltige Verdienst der Parteiführung, mit Genossen Stalin an der Spitze, beim Werk des sozialistischen Aufbaus, beim Werk der Festigung der Partei anzuerkennen.

Hatte der Kampf gegen den Trotzkismus die Periode bis zum XV. Parteitag ausgefüllt, so war die Zwischenzeit zwischen dem XV. und dem XVI. Parteitag die Periode eines erbitterten Kampfes gegen die rechte Opposition, die in dieser Zeit als Hauptgefahr hervorgetreten war. Der Kampf gegen die Rechten schwächte keinen einzigen Augenblick lang den Kampf gegen den Trotzkismus, der mit der früheren bolschewistischen Unversöhnlichkeit geführt wurde. Kampf auf zwei Fronten, unter dieser Losung kam die Partei zum XVI. Parteitag. Diese ganze Losung wurde auch vom XVI. Parteitag als Vorbedingung für die Erhaltung der Reinheit der politischen Linie der Partei bestätigt. Indem der XVI. Parteitag das Fazit des Kampfes gegen den Rechtsopportunismus zog, erklärte er die Ansichten der rechten Opposition als unvereinbar mit dem Verbleiben in den Reihen der KPSU.

Der rechte Opportunismus, der mit allerhand „Zweifeln“ an der Richtigkeit der von der Partei durchgeführten Politik auf dem Gebiete der Industrie und der Landwirtschaft eingesetzt hatte, entwickelte sich in Kürze zu einer offenen Kulakenagentur innerhalb der Partei. Die Rechten übernahmen die Rolle der Wortführer der Kulakeninteressen, die Rolle der kapitalistischen Elemente, die sich mit allen Kräften dem Siegeszug des Sozialismus widersetzen. Es wäre unrichtig, den Unterschied zwischen dem Trotzkismus und der rechten Opposition zu leugnen. Dies würde eine Vertuschung der Losung der Partei über den Kampf an zwei Fronten bedeuten. Aber es wäre unrichtig, nicht zu sehen, daß der Trotzkismus in seiner neuesten Entwicklung und die rechte Opposition in vielen Fällen einander die Hände reichen, indem sie gegen die Politik der Partei mit gemeinsamen und gleichen verleumderischen Beschuldigungen auftreten.

Dies betrifft vor allem die Frage des innerparteilichen Regimes. Kaum hatte die Partei den Führern der Rechten zu verstehen gegeben, daß man die Einheit der Parteireihen nicht ungestraft verletzen darf,

als Genossen, wie Bucharin und Tomski, buchstäblich alte trotzkistische verleumderische Erfindungen in bezug auf das Parteiregime zu wiederholen begannen, Erfindungen, gegen die sie selbst erst vor kurzem in der Periode des Kampfes gegen den Trotzkismus sehr entschieden aufgetreten waren.

[462] Andererseits gelangt in einer Reihe grundlegender Fragen der Wirtschaftspolitik der Trotzkismus in seinem Kampfe gegen die Partei außerordentlich nahe an die Stellungen heran, die von den Rechten eingenommen werden, wodurch er abermals seine opportunistische, liquidatorische, durch und durch gegenrevolutionäre Wesenheit offenbart. Zusammen mit den Rechten erheben die Trotzkisten gegenwärtig ein Geschrei über das angeblich unerträgliche abenteuerliche Tempo der Industrialisierung. Trotzki schleuderte vor kurzem das geflügelte Wort in die Welt: Ebensowenig wie sich aus einer Summe von Fischerbooten ein Dampfschiff bauen läßt, ebensowenig kann man aus einer Summe primitiver Werkzeuge einen landwirtschaftlichen Großbetrieb schaffen. Damit hat Trotzki den rechten Opportunisten, die gegen die Durchführung des Tempos der Kollektivierung durch die Partei auftraten, die Hand gereicht. Aber die tatsächliche Wirklichkeit der Sowjetunion verspottet die bankrottierten Oppositionellen sowohl von rechts wie von „links“ und liefert eine unzählbare Menge von Beispielen, bei denen gerade die einfache Zusammenlegung viele Bauernwirtschaften stärkt, sogar in jener Periode, in der neue Kollektivwirtschaften noch nicht völlig mit einer großen vollkommenen Ausrüstung und mit Traktoren versorgt werden können und doch ein gewaltiges Anwachsen der Arbeitsproduktivität und eine beträchtliche wirtschaftliche Nutzwirkung ergeben.

In den Fragen der internationalen Lage und der Politik der Komintern hängen sowohl der Trotzkismus wie auch die rechte Opposition an den Rockschößen des internationalen Menschewismus, der internationalen Sozialdemokratie. In seinem „Offenen Brief“ an den XVI. Parteitag schrieb Trotzki: „Die Scholastik der dritten Periode ist zu verwerfen. Zu verwerfen die Abenteurerpolitik der ‚Roten Tage‘. Die Theorie des ‚Sozialfaschismus‘, die der Sozialdemokratie die besten Dienste leistet, ist zu verurteilen.“ Wörtlich die gleichen verräterischen Beurteilungen der gegenwärtigen Epoche des anwachsenden neuen revolutionären Aufschwungs finden wir bei Brandler und Thalheimer.

Der Parteitag hat den ehemaligen Führern der rechten Opposition die Möglichkeit geboten, ihr Verhalten zu den wichtigsten Fragen der Parteipolitik zum Ausdruck zu bringen. Die Reden der Genossen Rykow, Tomski und Uglanow haben die Delegierten zum Parteitag nicht zufriedengestellt. Neben der Anerkennung ihrer Fehler und neben dem Lossagen von ihren früheren opportunistischen Ansichten fanden diese Genossen nicht die Entschlossenheit in sich, klar und deutlich die Frage der Klassennatur ihrer früheren Anschauungen aufzurollen, gaben keine klare Antwort auf die berechtigte Frage, wohin der Sieg der rechtsopportunistischen Linie hätte führen können. Der Parteitag wählte die Genossen Rykow, Bucharin und Tomski in das ZK, das ZK wählte Genossen Rykow in das Politbüro. Auf diese Weise wird den ehemaligen Führern der rechten Abweichung noch einmal die Möglichkeit geboten, durch Taten ihre volle Solidarität mit der Politik der Partei zu beweisen.

*

Die Arbeit des Parteitages verlief unter gewaltigem Interesse der breiten werktätigen Massen der Sowjetunion. Die Auflage der „Prawda“, in der die stenographischen Berichte des Parteitags veröffentlicht wurden, stieg um eine halbe Million. Ihre Zustimmung zu den Beschlüssen des Parteitages brachten die Arbeiter, die Kollektivwirtschaftler, die Angestellten, die Rotarmisten in zahlreichen Begrüßungen, in der Entsendung von Delegationen usw. zum Ausdruck. Mit ungeheurer Aufmerksamkeit [463] verfolgten den Parteitag auch die geschworenen Feinde der proletarischen Diktatur, die ihre Enttäuschung darüber nicht verhehlen können, daß ihre Hoffnungen betrogen wurden, daß sich ihre Berechnungen als unrichtig erwiesen haben. Die Partei machte sich nach dem Parteitag mit aufgekrempelten Aermeln an die Durchführung seiner Beschlüsse, die von der gesamten Masse der Parteimitglieder in zahlreichen Versammlungen gutgeheißen worden sind. Die KPSU hält die Fahne Lenins hoch, die Fahne der proletarischen Weltrevolution. Mit dieser Fahne wird sie siegen.

*

Einige Lehren des Mansfeld-Streiks für die Partei

Von Wilhelm Koenen

Der Streik der 13.000 Bergarbeiter im Mansfelder Revier, der acht Wochen dauerte, gibt den Parteiorganisationen die Möglichkeit, eine Fülle von Erfahrungen und Lehren auszuwerten. Die Auslösung des Kampfes durch das aktive, vorbereitende Eingreifen der Funktionäre der Partei und der RGO, der Kampf der Massenstreikposten, die Abwehr der Stahlhelm-Streikbrecherhorden, die Solidarisierung der Erwerbslosen mit den Mansfelder Arbeitern, das heldenmütige Auftreten der Arbeiterfrauen, der Vorstoß der Jungarbeiter bei Streikbeginn, die großen Erfolge der Opposition in der Eroberung der Gewerkschaftsversammlungen, die systematische Gewinnung der Unorganisierten, die umfassende Sicherung eines bescheidenen Lebensunterhaltes für mehrere tausend Familien durch die oppositionellen Konsumgenossenschaften und die IAH, die Herausarbeitung der führenden Rolle der RGO, das ist in der Tagespresse bereits ausführlich geschildert. Auch die Gewinnung der Sympathien der breiten Mittelschichten, der Gewerbetreibenden und Kleinbauern, die Eroberung ganzer Gemeinden und Gemeindevertretungen für Solidaritätsbeschlüsse und Unterstützungsmaßnahmen, die brutale Gegenoffensive der Sozialfaschisten unter der Führung des Regierungspräsidenten und der Landräte, der wüste Polizeiterror gegen die Streikposten, die schändliche Rolle der sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer und leitenden Funktionäre im Streikgebiet, insbesondere die Streikbruchoffensive dieser Funktionäre zur Beendigung des Kampfes nach acht Wochen bei 12 Prozent Lohnabbau ist ausführlich dargestellt worden.

Jetzt nach Abbruch des Kampfes ist eine kritische Würdigung der Erfahrungen, die wir im Kampfe gesammelt haben, erforderlich. Punkt für Punkt soll versucht werden, die positiven Ergebnisse der Streikstrategie und Taktik im Mansfelder Land, sowie die Schwächen und Mängel, die sich herausgestellt haben, herauszuarbeiten. Auch das kann heute im Rahmen eines Artikels erst in gedrängter Kürze erfolgen. Dabei ist vorauszuschicken, daß keineswegs angenommen werden darf, daß, die politischen und organisatorischen Voraussetzungen im Mansfelder Land durchschnittlich schlechter oder besser gewesen wären wie in anderen Revieren oder Organisationsteilen der Partei. Es darf daher wohl gesagt werden, daß die Lehren und Erfahrungen für jeden Kampf der nächsten Wochen und Monate ganz unmittelbar praktisch ausgewertet werden können, daß der Mansfelder Streik in jedem Falle eine Fundgrube praktischer Erfahrungen für die aktiven Funktionäre sein wird.

[464] Die Vorbereitung und Durchführung des Mansfelder Streiks war ein ernster Versuch der aktiven Anwendung der Beschlüsse des IV. RGI-Kongresses, des VI. Weltkongresses, der Straßburger Konferenz und des Weddinger Parteitages. Der Mansfelder Streik hat bewiesen, daß bei richtiger Anwendung und Durchführung der Kongreß- und Parteitagsbeschlüsse die stärksten Erfolge in der Gewinnung breiter Massen für die proletarische Einheitsfront unter Führung der KPD zu erreichen sind. Wir haben aus dem Streik für die weitere Arbeit der Partei folgende Lehren gezogen:

Die Durchführung der Linie der Partei in der Gewerkschaftsfrage und die Durchführung der Kongreß- und Parteitagsbeschlüsse muß zunächst durch den schärfsten Kampf gegen alle Renegaten und schwankenden Elemente gesichert werden. Nur dadurch, daß in Mansfeld mitten in den Kampfvorbereitungen noch rechtzeitig 17 bisher führende Funktionäre ausgeschlossen wurden, gelang es, die richtige Politik mit neuen Kräften durchzusetzen. Ebenso war der Landarbeiterstreik im Torgauer Gebiet von allen Landarbeiterstreiks der stärkste, weil hier in der Leitung volle Klarheit und Entschlossenheit für die Durchführung der Parteilinie bestand. Ueberall, wo renegatenhafte oder schwankende Elemente in ähnlichen Situationen in der Führung saßen, gelang die Auslösung der Kämpfe gar nicht oder nur sehr schwach.

Bei der Vorbereitung solcher Streiks für ganze Industriegruppen oder entscheidende Betriebe gilt es weiter die ganzen Parteiorganisationen des Ortes, Kreises oder Unterbezirke einzustellen. In Mansfeld und Torgau wurden alle irgendwie geeigneten Funktionäre des Unterbezirks, darüber hinaus aber auch die leitenden Funktionäre der sympathisierenden Massenorganisationen, der IAH, des IB, des KJVD, des RFMB und der Erwerbslosenausschüsse schon bei der Vorbereitung der Streiks eingesetzt. In der weiteren Entwicklung der Streiks wurde über die Gewerkschaftsabteilung

hinaus die Leitung der Genossenschafts-, der Kommunal- und der Agitpropabteilung unmittelbar in die Streikarbeit einbezogen. Jeder Ressortgeist war völlig überwunden. Der ganze Parteiapparat wirkte einheitlich und geschlossen für die Stärkung und Steigerung des Streiks.

Die eigene Initiative der Parteifunktionäre hat sich in diesen Streiks in beispielloser Weise als eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Auslösung von Kämpfen erwiesen. Gerade dort, wo bei selbstkritischer Betrachtung sich der Parteiapparat als schwach erweist, wo bei Zuspitzung aller objektiven Voraussetzungen, aber doch alles auf das führende Eingreifen der Partei ankommt, da ist in den kritischen Tagen und Stunden das initiative Eingreifen und führende Auftreten unserer leitenden Funktionäre unmittelbar ausschlaggebend dafür, ob es zur Auslösung des Kampfes kommt oder nicht. In der gegenwärtigen Periode, wo den Funktionären klargemacht werden muß, daß sie nicht hinter der Aktivität der Massen einherlaufen können, daß die Massenstimmung besser ist, als es die Genossen selbst glauben, gerade in dieser Periode ist die eigene Initiative der führenden Funktionäre auf das stärkste zu entwickeln.

Weiter hat sich die stärkste Politisierung der RGO-Arbeit als eine der unerläßlichen Voraussetzungen für den rascheren organisatorischen Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition erwiesen. Der Apparat der RGO muß als ein wirklicher organisatorischer Apparat zur Streikführung von der Mitgliedschaft verstanden werden. [465] Die organisatorische Spielerei und der Leerlauf der RGO-Instanzen muß schleunigst überwunden werden. Selbstarbeitende Bezirkskomitees und Industriegruppenleitungen, aktive Unterbezirks- oder Revierausschüsse und selbständige Betriebsgruppen der RGO müssen bestehen. Die Schaffung der revolutionären Vertrauensleute, als der entscheidenden Organe im Betrieb, die Zusammenfassung der roten Betriebsräte, der Ausbau der Gewerkschaftsfraktionen zur verstärkten innergewerkschaftlichen Arbeit, der regelmäßige Vertrieb der Kampffondsmarken der RGO in den Betrieben und Gewerkschaften, die Schaffung eines festen Abonnentenstandes unserer gewerkschaftlichen Oppositionszeitungen und die rasche massenhafte Verbreitung dieser Presse, das wird uns ermöglichen, wirklich erfolgreiche Streikführer zu sein.

Das Fehlen eines solchen Apparates hat sich als der stärkste Mangel in allen Streiks des mitteldeutschen Bezirks herausgestellt. In Mansfeld haben wir durch das Fehlen eines solchen Apparates und teils auch infolge der organisatorischen Schwäche der Partei in der ersten Streikwoche gegenüber dem mit aller Wucht nach Ausbruch des Streiks einsetzenden Gewerkschaftsapparat zeitweilig an Boden verloren. Auch der Abbruch des Streiks, der durch die Stoßtrupps der sozialfaschistischen Gewerkschaftsfunktionäre, unter dem Schutz der sozialfaschistischen Polizeikräfte erzwungen wurde, hat uns wieder auf das empfindlichste das Fehlen eines in den Massen der Betriebsarbeiter, der Organisierten wie der Unorganisierten, festverankerten Funktionärapparats vor Augen geführt. Trotz der glänzenden Kampfstimmung der Massen, die sich in dem überwältigenden Versammlungsbesuch und in den Massenstreikposten am letzten Streiktag erneut zeigte, war der während des Streiks aufgebaute Funktionärkörper der RGO (Zentralstreikleitung, Betriebsstreikleitungen, Massenfraktionsarbeit in Gewerkschaftsversammlungen, Registrierung von 3500 Streikenden, Schaffung von Betriebsvertrauensleuten in einigen Abteilungen, Vertrieb unserer Oppositionspresse) immer noch nicht stark genug und noch nicht genügend autoritativ, um den letzten entscheidenden Angriff der sozialfaschistischen Funktionäre nach acht Wochen Streik abzuschlagen. Die Erkenntnis, daß für alle bevorstehenden Wirtschaftskämpfe der Ausbau eines schlagfertigen und umfassenden Funktionärkörpers der RGO politisch entscheidend ist, muß jedem Mitglied der KPD und allen mit uns sympathisierenden Arbeitern und Arbeiterinnen schnellstens vermittelt werden.

Die Taktik der Einheitsfront von unten als organisierende Methode zur Erfassung aller Schichten des Proletariats hat sich in den mitteldeutschen Streiks, insbesondere auch in Mansfeld als erfolgreiche taktische Methode erwiesen. Nachdem von vornherein die Führung sichtbar in den Händen der Partei und der RGO lag, wurde das stärkste Gewicht darauf gelegt, die ganze Masse der werktätigen Bevölkerung in den Betrieben und darüber hinaus im ganzen Kampfgebiet zu mobilisieren. Bei der Vorbereitung des Streiks gab es keine Differenzen mehr in der Einstellung zu den Organisierten und Unorganisierten, in der Erfassung der Kommunisten, der Parteilosen und der sozialdemokratischen Arbeiter für den Streik. In der Durchführung dieser Linie gab es jedoch wiederholt

Schwächen und Rückschläge. Während die Betriebsstreikleitungen von Anfang an ein starkes Uebergewicht der parteilosen Arbeiter aufwiesen, war die Zentralstreikleitung zunächst vorwiegend von Kommunisten besetzt, was dann im Laufe des Streiks korrigiert wurde. Die Heranziehung von Freigewerk-[466]schaftern über den Rahmen der Parteigenossen hinaus, die Einbeziehung parteiloser Gewerkschaftsfunktionäre und die Gewinnung von SPD-Arbeitern für die Streikorgane der RGO gelang erst in sehr geringem Maße in der siebenten Streikwoche nach dem ersten offenkundigen Verrat der SPD-Führer durch Anerkennung der Vereinbarung auf 9½ Prozent Lohnabbau. Die wochenlang vorher immer wieder durchgeführte Eroberung der Gewerkschaftsversammlungen durch die Opposition wurde taktisch zu wenig für die Heranziehung Parteiloser oder Gewerkschaftsfunktionäre ausgenutzt. Die völlig unzulängliche Einstellung der Partei auf die Gewinnung und feste Heranziehung von SPD-Arbeitern an die RGO zeigte sich insbesondere durch das völlige Versagen bei der Bearbeitung der mit uns gemeinsam auf Streikposten stehenden SPD-Gewerkschafter. Hieraus müssen wir überall sofort die ernstesten Lehren ziehen.

Für die Auslösung von Streiks war die taktische Methode des engsten Zusammenwirkens aller oppositionellen Kräfte innerhalb und außerhalb des Betriebes geradezu entscheidend. Unsere Mitgliedschaft lebt aber meist noch in den Gedankengängen, daß Streiks nur Sache der Betriebe sind, wo der entsprechende Konfliktstoff vorliegt. Manche Genossen empfinden Einwirkungen von außen sogar noch als Belästigung. Das muß nach den Erfahrungen von Mansfeld, Torgau und anderen Streiks als eine schwere opportunistische Abweichung gekennzeichnet werden. Es ist selbstverständlich, daß von außen allein auch durch die besten Kräfte ein Streik nicht erzwungen werden kann. Die Streikstimmung im Betrieb muß zunächst geschaffen werden. Aber schon dafür ist bei entsprechenden Konfliktstoff das Einsetzen der unterstützenden Kräfte von außen von größter Bedeutung. Die unzähligen fliegenden Versammlungen, die wochenlang auf den Plätzen und Straßen vor den Betrieben in Mansfeld stattfanden, die fliegenden Versammlungen und Kundgebungen vor den Gütern bei Torgau und im Saalekreis, sie haben die in den Betrieben vorhandene Stimmung der Unzufriedenheit erst bis zum Streikentschluß gesteigert.

Diese Methode erwies sich außerdem als ein glänzendes Mittel zur Ueberwindung der Spannung zwischen den Erwerbslosen und den Betriebsarbeitern. Die aktive Arbeit der besten Kräfte aus der Erwerbslosenbewegung zur Organisierung der Veranstaltungen vor den Betrieben mit den stärksten Methoden unserer Agitproparbeit hat einerseits eine gründliche Umstellung der Erwerbslosenfunktionäre auf die Betriebsarbeit und andererseits eine Stärkung der Solidarität der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen herbeigeführt. Für die Auslösung des Streiks war unmittelbar von Bedeutung, daß das Argument der Reformisten, daß die Massen der Erwerbslosen als Lohndrücker bereitstehen und daß deshalb in der Krise Kämpfe nicht geführt werden können, durch die aktive Streikhilfe der Erwerbslosen zerschlagen wurde.

Neben dem Einsatz der Erwerbslosen hat die Heranziehung der Frauen der Betriebsarbeiter eine starke Wirkung auf die Auslösung des Streiks in Mansfeld ausgeübt. In den letzten Wochen vor dem Streik entstand unter der Führung der Frauenabteilung und der RFMB-Untergauführung eine aktive Frauenbewegung im ganzen Mansfelder Land. In den fliegenden Versammlungen vor den Betrieben wurden bereits Frauen in die vorbereitenden Ausschüsse und Streikleitungen gewählt. Selbständige Delegiertenkonferenzen der Arbeiterfrauen fanden statt. Auf der allgemeinen Dele-[467]giertenkonferenz, drei Tage vor Ausbruch des Streiks, wo der entscheidende Streikbeschluß gefaßt wurde, waren die Frauen bereits ein starker und wichtiger Bestandteil der Konferenz. Sie wurden aus einer häuslichen Hemmung zu einer aktiven Verstärkung der Streikvorbereitungen. Wir sollen daher überall in jedem Streikfall in der jeweils geeigneten Weise neben den Erwerbslosen auch die Arbeiterfrauen für die Organisierung und Auslösung des Kampfes einsetzen.

Für den Beginn und die Sicherung des Streiks hat sich eben die Methode des Massenstreikpostenstehens so außerordentlich bewährt, daß die gesamte Partei daraus die Folgerungen für jeden größeren Streik ziehen muß. Massenstreikposten sind der aktive Ausdruck der einheitlichen Kampfstimmung. Sie waren in Mansfeld die lebendige, kämpfende Einheitsfront, denn sie umfaßten Organisierte und Unorganisierte, Erwerbslose und Frauen, Invaliden und Jungarbeiter,

ja sogar vereinzelte Kleingewerbetreibende und Angestellte gliederten sich ein. Die SPD-Arbeiter waren durch den ersten Aufmarsch der Massenstreikposten so überwältigt, daß sie auf ihren Gewerkschaftsfunktionärkonferenzen und Mitgliederversammlungen bereits am 1. Juni die KPD und die Gewerkschaftsopposition als die eigentlichen Arrangeure des Streiks gegen die gehässigen Angriffe der sozialfaschistischen Bonzen verteidigten. SPD-Arbeiter haben auch später, insbesondere, als die Polizeiattacken einsetzten und die Angriffe der Stahlhelmstreikbrecher abzuschlagen waren, immer wieder unumwunden anerkannt und ausgesprochen, daß nur die Massenstreikposten der Opposition imstande gewesen seien, den Streik gegen diese schändlichen Angriffe zu sichern. Sozialfaschistische Funktionäre, die sich stellenweise von dem gemeinsamen Streikpostendienst unserer Massenstreikposten und der freigewerkschaftlichen Streikposten abzugrenzen versuchten, verfielen direkt der Lächerlichkeit.

Gewisse Schwächen der Massenstreikposten zeigten sich darin, daß sie nur auf Grund besonderer Alarmnachrichten die Straßen überfluteten. Es mußte erst im Laufe mehrerer Streikwochen durch Zehnergruppen und regelmäßige Ablösung eine Beständigkeit und Festigkeit in den Massenstreikpostendienst gebracht werden.

Die richtige politische Einstellung auf den Massenstreikpostendienst machte es der Partei möglich, gelegentlich auftauchende „linke“ Abweichungen, so die Sabotagevorschläge und dergleichen, rasch und ohne große Kämpfe zu überwinden. Auch die isolierte Schlägertaktik konnte überwunden und durch den wehrhaften Massenkampf ersetzt werden.

Die Aufgabe, Betriebswehren zu schaffen, ist der Partei erstmalig wirklich nur im Streikgebiet, in Mansfeld, gelungen. Schon eine Woche vor Ausbruch des Streiks wurde in verschiedenen Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen zur Schaffung eines proletarischen Selbstschutzes aufgerufen. Die regellosen Meldungen der Erwerbslosen, der Betriebsarbeiter, unter ihnen besonders der Jungarbeiter, und auch die Meldungen von Frauen und Mädchen, wurden, nachdem zunächst eine proletarische Hundertschaft gebildet war, auf den betrieblichen Selbstschutz umgestellt. Diese Umstellung ist jedoch auf Grund einer gewissen „linken“ sektiererischen Einstellung nie vollkommen gelungen. Gleichwohl war der Selbstschutz schon in den letzten Tagen vor dem Streik ein außerordentlich wirksames Organ zur Festigung des Aufmarsches der Belegschaften und der Stimmung der ganzen Bevölkerung. Der [468] Selbstschutz war in den ersten beiden Wochen bis zur Durchorganisierung der Massenstreikposten auch das eigentliche Gerippe des Streikpostendienstes. Er gab, unzweifelhaft neben der sichtbaren Führung der Partei und der RGO, durch sein Auftreten dem ganzen Streik von vornherein auch äußerlich ein politisches Gepräge. Als die Durchorganisierung des Massenstreikpostendienstes gelungen war, trat jedoch für den Selbstschutz eine Krisenperiode ein, er verlor zeitweilig seinen Charakter als Massenorgan. Zahlreiche Einzelmitglieder zeigten noch immer nicht die genügende Widerstandskraft gegen die Angriffe der Gewerkschaftsbürokratie, denen die Selbstschutzmitglieder durch ihre roten Armbinden besonders ausgesetzt waren. Andererseits war der Kern des Selbstschutzes in allen schwierigen Situationen immer wieder das Rückgrat der in Bewegung befindlichen Massen, er war trotz aller Schwächen die aktivste Stütze der zentralen Streikleitung und der Partei.

Das Auftreten der Jugend unter der Leitung des KJVD war zeitweilig stark und führend, aber nicht genügend einheitlich und ausdauernd. Zum Unterschied von den Hütten- und Messingwerkarbeitern waren bei den Schachtarbeitern, also bei den eigentlichen Bergarbeitern, die Jungarbeiter in der Führung vorherrschend. Sie traten sofort an die Stelle der während der Vorbereitung des Streiks ausgeschlossenen renegatenhaften Elemente. Die Jungarbeiter waren es auch, die noch vor Auslösung des Kampfes beim Eindringen unserer Redner in die Betriebe die aktivste Sicherung darstellten. Stoßbrigaden des KJVD haben in den ersten Wochen eine wirksame Agitation in die damaligen Hochburgen der Reformisten getragen. Jungarbeiter und jüngere Erwerbslose bildeten in einigen Orten auch den Kern des Selbstschutzes.

Der KJVD hat der Partei und der Zentralstreikleitung immer wieder wirksame Hilfe geleistet, aber er zeigte in der selbständigen Erfassung der Jungarbeiter sowie in der Aktivierung der Lehrlinge erhebliche Schwächen und Schwankungen. Allerdings hat auch die Partei nicht immer die genügenden Kräfte zur Unterstützung des KJVD bereitgestellt. So hat der KJVD zwar im Streik selbst

und für den Streik mit den Jungarbeitern zusammen eine große Arbeit gemacht und teilweise glänzende Leistungen vollbracht. Er hat aber doch den organisatorischen Nutzen, der möglich gewesen wäre, nicht gezogen. Ein besonderes Verständnis der Partei für diese organisatorischen Notwendigkeiten und eine bessere Arbeit des KJVD auf diesem Gebiet haben sich als brennende Notwendigkeit erwiesen.

Für den Kampf gegen die Faschisten hat sich gezeigt, daß in solchen offenen sozialen Kämpfen eine viel größere Zersetzungsarbeit unter den proletarischen Elementen der Stahlhelmer und Nationalsozialisten möglich ist, als es selbst in diesen Streiks erreicht wurde. Die Führer der Nationalsozialisten waren nicht imstande, sich dem Streik entgegenzustellen. Sie mußten sogar die Losung des Streiks in verschwommener Form hinterher selbst herausgeben und sich gegen Streikbrecherelemente aus den eigenen Reihen öffentlich abgrenzen. In den ersten Wochen konnten die Nationalsozialisten unter den Angestellten und Kleingewerbetreibenden mit Versammlungen Fuß fassen, was ihnen später nicht mehr gelang. Als dann die Stahlhelmer zum offenen Streikbruch mit organisierten Banden übergingen, zeigte sich, daß auch Nationalsozialisten diesen Streikbrecherkolonnen angehörten, wie das unsere Redner vorausgesagt hatten. Im Laufe der Auseinander-[469]setzungen über die Vorbereitung des Streiks und während des Streiks traten immer wieder Fälle ein, daß Arbeiter den faschistischen Führern die Gefolgschaft versagten und austraten oder sich ausschließen ließen, statt Streikbrecher zu werden. Die Massenstreikposten und der Selbstschutz haben auf diese schwankenden proletarischen Elemente starken Eindruck gemacht. Gegenüber den mobilisierten Massenkräften war der Stahlhelm trotz aller Anstrengungen und trotz eines gewaltigen Aufwandes an Mitteln völlig machtlos. Der Versuch des Stahlhelmführers Oberstleutnant v. Düsterberg, wenigstens in den letzten Tagen des Streiks noch einen Appell zusammenzubringen, endete mit einer kläglichen Blamage. Eine noch intensivere politische Bearbeitung der proletarischen Elemente in den Reihen des. Faschismus hätte wohl größere agitatorische und organisatorische Erfolge für die Partei und für die Jugend bringen können.

Die größten Gefahren zeigten sich für die Partei während des Streiks bei der innergewerkschaftlichen Arbeit. Die bisherigen Gewerkschaftspositionen waren schwach, wurden nicht ausgenutzt und befanden sich meist in den Händen der Opportunisten. Die Weisung der Partei für Fraktionsarbeit und für ein klares oppositionelles Auftreten in den Gewerkschaftskonferenzen wurden seit Jahren kaum noch befolgt! Diese Diskreditierung der Gewerkschaftsarbeit konnte nur teilweise durch den entschlossenen Hinauswurf einiger Renegaten korrigiert werden. Es gelang dann zwar, durch Massenfraktionsarbeit die weitaus meisten Gewerkschaftsversammlungen durch die Opposition zu besetzen. Die Genossen waren aber durchweg dabei noch auf das Versammlungssprengen eingestellt. Erst allmählich wurde die Taktik der Eroberung der Gewerkschaftsversammlungen mit glänzenden Resultaten durchgesetzt. In zahlreichen Fällen mußten die Gewerkschaftsbürokraten flüchten und uns ihre Versammlungen überlassen. Daneben verschärfte die schamlose Einstellung der Gewerkschaftsbürokraten gegen die Unorganisierten, die sie trotz – oder gerade wegen – ihres Ausharrens im Streik fortgesetzt schmähten und beschimpften, noch die Schwierigkeiten der oppositionellen Gewerkschaftsarbeit. Die auftretenden antigewerkschaftlichen Stimmungen wurden verschiedentlich durch den Industrieverband für seinen eigenen Laden auszunutzen versucht. Durch den Einsatz der besten Kräfte konnten diese Vorstöße jedoch immer wieder zurückgewiesen werden.

Entscheidend war, daß es doch gelang, unseren Genossen und den Sympathisierenden, der ganzen aktiven Anhängerschaft der RGO klar zu machen, welchen ausschlaggebenden Einfluß die gewerkschaftlich organisierten Massen auf den Ausgang des Streiks hätten. Immer klarer schälte sich heraus, daß tatsächlich das Ende des Streiks nicht mehr von der Allgemeinstimmung, nicht mehr von den Erwerbslosen oder den Unorganisierten und sogar nicht einmal von den Streikbrecherhorden des Stahlhelms abhing, sondern daß der vorzeitige Abbruch des Streiks nur noch in den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zur Entscheidung stand. Den sozialfaschistischen Funktionären dort den letzten Masseneinfluß zu entreißen, davon hing Sieg oder Niederlage ab. Daß diese sozialfaschistischen Funktionäre schließlich nach acht Wochen sich genötigt sahen, selbst die Streikbrecherkolonnen aus Funktionären und irregeführten SPD-Anhängern zu formieren,

daß sie sich gezwungen sahen, als Betriebsräte, freigewerkschaftliche Streikleitungsmitglieder, [470] Zahlstellenleiter und Kassierer selbst als erste den Streik zu brechen, das hat die Aufgabe des stärksten innergewerkschaftlichen Kampfes als das brennendste Problem der Parteitaktik vor uns gestellt. Nur dadurch, daß den Sozialfaschisten bei diesem Schandstreich, den sie unter stärkster Polizeideckung durchführten, noch Hunderte folgten, daß sie noch stark genug waren, als Stoßtrupps die Reihen der roten Massenstreikposten zu durchbrechen, das hat den Streik in Mansfeld schließlich zu einer Niederlage für die Mansfelder Arbeiter gemacht. Die Konsequenzen daraus müssen für alle Funktionäre in den Gewerkschaften und für die gesamte Fraktionsarbeit in der energischsten Weise gezogen werden.

Das selbständige, führende Auftreten der RGO in den Betrieben und in allen Wirtschaftskämpfen bedeutet zwar eine unerhörte Komplizierung der innergewerkschaftlichen Arbeit, aber wir werden nur siegen, wenn wir beide Aufgaben lösen. Einerseits die erfolgreiche Gewinnung der Mehrheit der organisierten Mitgliedschaft im Kampfe gegen die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie, im Kampf zu ihrer völligen Diskreditierung und Ueberwindung vor den Augen der überwältigenden Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft, und andererseits die volle Verantwortung für die Vorbereitung, Auslösung und Durchführung aller Wirtschaftskämpfe und Streiks. Gerade weil die Gewerkschaftsbürokraten als Sozialfaschisten jeden Streik zu verhindern und abzuwürgen trachten, weil ihre Grundeinstellung wirtschaftsfriedlich, arbeitsgemeinschaftlich, koalitionsgebunden und staatserhaltend ist, müssen wir ihren Einfluß auf die organisierten Massen in den Gewerkschaften restlos brechen, muß die RGO an ihrer Stelle die selbständige Führung aller Wirtschaftskämpfe und Streiks übernehmen.

Dabei ist der Aufbau des RGO-Apparates, die Schaffung des schlagkräftigen umfassenden Funktionärkörpers der leitenden Ausschüsse, der Betriebsgruppen, der Vertrauensleute, die Zusammenfassung der roten Betriebsräte und die Registrierung der Anhänger sowie die feste Abonnentenwerbung die entscheidende organisatorische Arbeit. Für einen solchen festgefügten Apparat ist nicht mehr die Frage der Mitgliedsbücher entscheidend, sondern die Gewinnung des Vertrauens aller Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben, in den Gewerkschaften und auch vor den Betrieben. Die Streikstrategie und Taktik der RGO, die eingestellt ist auf die wirksame, rücksichtslose Vertretung der Interessen der Arbeiter, sie ist bei der richtigen Anwendung der Massenmobilisierung und Einheitsfrontarbeit, bei der richtigen Einstellung zum Kampfe gegen die sozialfaschistischen Führer und die faschistischen Banden die ausschlaggebende Kraft, die uns in den Betrieben und Massenorganisationen, in den entscheidenden Schichten des Proletariats, in den entscheidenden Gebieten die Eroberung der Mehrheit des Proletariats sichern wird. [471]

*

Rationalisierung, Konzentration und Krise im Ruhrbergbau

Von Erich Birkenhauer, zur Zeit Festung Bielefeld

Vorbemerkung der Redaktion. Seitdem der Artikel des Genossen Birkenhauer geschrieben ist, hat das Zechenkapital seine entscheidenden Beschlüsse gefaßt: das Tarifabkommen wird gekündigt, ein Lohnabbau von 10 Prozent soll durchgeführt werden. Da die Kohlenkönige gleichzeitig einen Preisabbau für Kohle ankündigen, ist die Basis für den Kuhhandel mit den sozialfaschistischen und christlich-faschistischen Gewerkschaftsbürokraten gegeben. Vielleicht werden diese Agenten der Kapitalisten während der Wahlkampagne einige Schaumschlägerei machen. Der Verrat der Interessen der Kumpels durch diese Gesellschaft ist zu 100 Prozent sicher. Aber ebenso sicher ist der Abwehrkampf der Bergarbeiter an der Ruhr unter der Führung der RGO und der KPD.
In ganz Deutschland muß heute schon die aktivste Unterstützung des Abwehrkampfes des Ruhrproletariats vorbereitet werden. Die Wahlkampagne muß angesichts der unerhörten Brutalität der Trustkapitalisten zu einer gewaltigen Mobilisierung der Arbeiter gegen den wirtschaftlichen und politischen Angriff der Bourgeoisie werden.

A. Krise und Monopolbildung

Ein klassisches Terrain kapitalistischer Konzentrations-, Fusions- und Rationalisierungspolitik ist das rheinisch-westfälische Industriegebiet mit seiner gewaltig entfalteten Schwerindustrie und dem von mehreren Rationalisierungskrisen geschüttelten Ruhrbergbau. Im deutschen industriellen Westen

vollziehen sich Dinge, die von kapitaler Bedeutung für die ökonomische, lohnpolitische und allgemeinpolitische Entwicklung der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft sind. In dieser Zeit der verschärften Krise verdienen die Veränderungen, die sich im Wetterwinkel deutscher Revolutions- und Kampfbewegungen, im Ruhr- und Rheingebiet, vollziehen, die ernsteste Beachtung.

Lenin wies bereits darauf hin, daß die Krise stets eine Beschleunigung der Konzentrations- und Monopolbewegung, und daß diese wiederum eine Verschärfung der Krise zur Folge hat. In seiner Schrift „Der Imperialismus als jüngste Etappe“ sagt Lenin:

„Daß die Kartelle Krisen beseitigen, ist ein Märchen der bürgerlichen Nationalökonomen, die den Kapitalismus um jeden Preis rechtfertigen wollen. Im Gegenteil, das Monopolsystem, das in einigen Industriezweigen entsteht, vermehrt und verschärft das Chaos, das der ganzen kapitalistischen Produktion eigen ist.“

Zu welchem Wahnsinn die kapitalistische Produktions- und Konzentrationsbewegung speziell im industriellen Westen führt, zeigt die Tatsache, daß trotz der geringen Ausnutzung der Kapazität der riesigen Stahltrusts z. B. die August-Thyssen-Hütte in Hamborn (Stahlverein) einen riesigen neuen Hochofen mit einem Fassungsvermögen von 1200 Tonnen baut, obwohl sie weiß, daß eine Ausnutzung der Produktionskapazität ihrer Hochofenanlagen nicht in Frage kommen kann. Der Hochofen wird der zweitgrößte des Kontinents werden, da das durchschnittliche Fassungsvermögen der bisher gebauten Oefen etwa 500 bis 700 Tonnen beträgt. Der Neubau des großen Hochofens verfolgt lediglich den Zweck, eine höhere Quote im Kartell zu erzwingen.

Aber über die in der Schwerindustrie vor sich gehenden strukturellen, technischen und organisatorischen Veränderungen soll hier nicht gesprochen werden.

[472] Nach lebhaften Auseinandersetzungen Ende Juni dieses Jahres, die sich hauptsächlich um die Frage der Beteiligung der einzelnen Kohlenkonzerne und um den Bezug von Ruhrkohle zum Selbstverbrauch (z. B. Dessauer Gas) drehten, und in denen aufs härteste um eine Erhöhung der Einzelbeteiligungen gekämpft wurde, ist am 1. Juni 1930 das Ruhrkohlensyndikat bis März 1931 verlängert worden. Das Syndikat drohte zu bersten. Der Grad der Differenzen innerhalb der Ruhrmonopolinteressenten wird dadurch demonstriert, daß das Reichswirtschaftsministerium durch einen Zwangsspruch die Erneuerung des Syndikats erzwingen mußte. Der Staat ist also zum Vollstrecker der Monopolpolitik geworden. Der Zwangsspruch Reinholds drückte den Majoritätswillen der Kohlenaktionäre aus und setzte so einige gefährlich werdende Außenseiter, die den Monopolprofit der Syndikatsteilnehmer durch Preisunterbietungen zu schmälern imstande gewesen wären, schachmatt. Nunmehr bieten Verkaufstätigkeit und Preisregulierung des Kohlensyndikats wieder alle Möglichkeiten gesteigerter Monopolprofite.

Der Riesenzechentrust auf dem Marsche. Die Mammutbetriebe an der Ruhr sind größtenteils Montanriesen. Ungeachtet der früher bereits vorhanden gewesenen Interessenverflechtungen von Montan- und Kohlenindustrie (durch Aktienbesitz) macht sich neuerdings eine große Konzentrationsbewegung mit dem Ziele der Herausbildung eines Riesenzechentrusts im Ruhrbergbau bemerkbar. Nachdem die Aktienmehrheit der „Essener Steinkohlen-AG“, von Henschel an die „Gelsenkirchener Bergwerks AG“ übergegangen war, wurde die vollständige Fusion von Essener Steinkohlen-AG und Gelsenkirchen beschlossen. Ein neuer Konzernkönig, Friedrich Flick, der seit kurzem der Beherrscher der „Vereinigten Stahlwerke-AG“, (des größten deutschen Stahlkonzerns) geworden ist, steht hinter dieser Fusion der Kohlenzechen. Die Montanindustrie macht also einen energischen Vorstoß in dem Ruhrbergbau. Der neue Kohlenkonzern ist zum drittgrößten Produzenten der Ruhrkohle geworden. Hinter Flick aber steht der bei der Arbeiterschaft nicht mehr unbekannte Herr Silverberg, der Beherrscher der rheinischen Braunkohle. Silverberg schaufelt seine Dividende nicht nur im rheinischen Braunkohlengebiet, sondern auch an der Ruhr. Hier ist er bereits zum Aufsichtsratsvorsitzenden der „Harpener Bergbau-AG“ geworden. Und Harpen ist bekanntlich der zweitgrößte Kohlenproduzent an der Ruhr.

Das Ziel Silverbergs und Flicks – und damit der Schwerindustrie – ist, durch die Zusammenlegung von Gelsenkirchen-Essener Steinkohle einerseits und Harpen andererseits einen Riesenkohlentrust an

der Ruhr zu schaffen, der einmal zum absoluten Beherrscher des Kohlensyndikats wird und dann vor allem die Hüttenzechen zurückdrängen soll. Der große Zechentrust Silverberg-Flick wäre sogar in der Lage, das Kohlensyndikat zu sprengen und das Ventil zu einem nie dagewesenen Konkurrenz- und Vernichtungskampf an der Ruhr zu öffnen. Die westdeutsche Montanindustrie ist auf dem Marsche, zur absoluten Beherrschung auch der Kohlenindustrie zu gelangen.

Ueber den tieferen Sinn dieser grandiosen Fusionsbewegung sagte die „Vossische Zeitung" bereits in ihrer Nummer 50, Jahrgang 1930, im Handelsteil:

„Dann aber ist dem Ruhrbergbau eine aussichtsreiche Zukunft gesichert. Denn es wird nicht nur Frieden zwischen den Kohlenerzeugern einziehen, sondern es wird Im Rahmen dieser Entwicklung eine außerordentlich scharfe Rationalisierung und [473] technische Vervollkommnung stattfinden, wie sie immer wieder In den letzten Jahren gefordert worden Ist und die allein die Grundlage für eine wirklich rentable Gestaltung des Bergbaus abgeben kann."

SPD und reformistische Bürokratie bejahen und bejubeln die den imperialistischen Expansionsdrang bedingende Entwicklung der deutschen Monopolindustrien. Auf den Schienen dieser Entwicklung, die also eine „außerordentlich scharfe Rationalisierung" und damit neue furchtbare Proletariernot mit sich bringt, soll es in den Hilferdingschen „Sozialismus" hineingehen. Wir Kommunisten erklären der kapitalistischen Konzentrationspolitik genau so entschieden wie der kapitalistischen Rationalisierung den Krieg. Monopolpolitik und Rationalisierung sind eines ohne das andere nicht denkbar. Wir Kommunisten organisieren gemeinsam mit der RGO den Kampf gegen die lebensvernichtenden Bestrebungen der Konzernkönige.

Neue Großunternehmungen an der Ruhr. Eine ganze Reihe neuer Großunternehmungen, die sich an der Ruhr bilden, deuten auf die Millionengewinne der Konzernherren hin. Es sei z. B. an das mit großem Geldaufwand gegründete Ruhrsyndikat für Kohleverwertung („Ruhrmontanindustrie-AG") hingewiesen. Man denkt nun an einen weiteren Ausbau dieser Gesellschaft und eine Erweiterung der Hydrierung von Teer und Teererzeugnissen. Vier gewaltige Anlagen dienen bereits der Erzeugung von synthetischem Stickstoff. Zwei weitere sind im Bau, und ein drittes Werk würde die Produktion, die heute etwa 85.000 bis 90.000 Tonnen Stickstoff beträgt, auf etwa 175.000 Tonnen steigern. Die Ruhrgas-AG konnte vom 1. März 1928 bis 1. März 1929 ihre Produktion um 140 Prozent, nämlich auf einen arbeitstäglichen Absatz von 1 958 000 Kubikmeter steigern. Alle diese genannten Neugründungen erforderten riesige Geldsummen, die durch Arbeitsrationalisierung (Intensivierung der Arbeitskraft und Massenentlassungen) und technische Erneuerung zusammengetragen wurden. Die Mechanisierung sowohl der Kohlen- wie der Koksbetriebe (besonders im Flözbetrieb und in der Blindschachtförderung, schließlich noch die Normung) machte weitere Fortschritte. Die Rationalisierung gerade der Koksbetriebe ist beinahe auf dem höchsten Punkt angelangt, wie auch die Rationalisierung in der chemischen Veredelung der Steinkohle im großen und ganzen als abgeschlossen bezeichnet werden kann. Seit Herbst 1926 sind etwa 4000 neue Koksöfen mit etwa 55.500 Kubikmeter nutzbarem Ofenraum und einer jährlichen Leistungsfähigkeit von etwa 16,5 Millionen Tonnen Koks in Betrieb genommen worden. Dabei ist zu bemerken, daß gerade in den Koksreibetrieben der Ausnutzungsgrad der Kapazität äußerst gering ist. Auch hier geraten die Produktivkräfte mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in Konflikt.

B. Die neue Rationalisierungswelle Im Ruhrbergbau

Die zweite Rationalisierungswelle in der Ruhrkohlenindustrie zeichnet sich gegenüber der vorausgegangenen durch verschärfte Intensivierung der bergmännischen Arbeitskraft aus. Lag bei der ersten Rationalisierungswelle trotz größter Verwüstung der menschlichen Produktivkraft doch das Schwergewicht auf der technischen Erneuerung, auf der Veränderung des konstanten Kapitals, so zeigt die jetzige, die zweite Welle die Verschiebung auf eine in Maß und Umfang bedeutend stärkere Arbeitsintensivierung. Eine nie dagewesene Arbeitslosigkeit, Lohnabbau (Gedingeverschlechterung, direkte Lohnreduzierung) und [474] eine stärkere Ausnutzung des Arbeitstages und zum Teil direkte Arbeitszeitverlängerung setzen ein. Wie diese Arbeitsintensivierung, besonders in den Kokereien, jenen grausamen Todeshöllen, betrieben wird, zeigt die Zuschrift eines bergmännischen Arbeiterkorrespondenten der großen Zeche Neumühl (Hamborn), der am 20. März 1930 unter

der Ueberschrift „100 Prozent Leistungssteigerung auf der Kokerei“ folgendes im Essener „Ruhrecho“ schrieb:

„Während noch vor einem Jahr 14 bis 15 Arbeiter zwei Batterien bedienten und so pro Schicht 25 bis 27 Oefen drückten, müssen jetzt sieben bis acht Kameraden vier Batterien, d. h. 62 bis 65 Oefen drücken.

... Dabei ist etwa nicht der Lohn gestiegen, im Gegenteil, er wurde noch weiter abgebaut.“

Die Arbeitsintensivierung war im Ruhrbergbau durchweg auch von technischer Rationalisierung begleitet. An technischen Neuerungen sei auf das Förderband unter Tage, auf die ausgedehnte Mechanisierung des Schleppens und der Verladung (Verdreifachung der Ladeleistung!), auf die Einführung der Kratzbänder und Schrapplader hingewiesen. Schließlich ist von großer Wichtigkeit, daß (laut Jahresbericht des Vereins für bergbauliche Interessen) infolge durchgreifenden Mechanisierung Anfang 1930 bereits mehr als 90 Prozent der gesamten Ruhrkohlenförderung auf maschinellem Wege gewonnen wird.

Was Wunder daher, wenn bei dauernd steigender Auspressung der Arbeitskraft des Kumpels, bei erhöhter Ausfüllung der ohnehin zu langen Schichtzeit, bei Schichtverlängerung durch beschleunigte Arbeitsbereitschaft sowohl die Unfallziffern wie die Erwerbslosenziffern, als auch die Ziffern der Feierschichten immer mehr steigen.

Wie aus dem untenstehenden Zahlenmaterial hervorgeht, hatten wir bereits 1929 eine gegenüber 1913 um 50 000 Kumpels reduzierte Belegschaft. Und trotz dieser Tatsache ist ein grandioses Steigen der Förderziffer zu verzeichnen. Im Jahre 1930 erreichten die Massenentlassungen Rekordziffern. Im ersten Vierteljahr 1930 warfen die Ruhrkohlenkönige bereits mehr als 16.000 Kumpels aufs Pflaster, bis Ende Juni, also im ersten Halbjahr 1930, waren es bereits 50.000 Kumpels; ihnen folgten und folgen täglich weitere Tausende.

Die RGO und KPD waren die ersten und einzigen, die auf den ungeheuerlichen Massenentlassungsschlachtplan der Unternehmer während der zweiten Rationalisierungswelle schon vor mehr als einem Jahr sowohl in der Tagespresse wie auch in der gewerkschaftlichen Oppositionspresse hingewiesen haben. Es wurde betont, daß bei der neuen Rationalisierungswelle nach dem Willen der Unternehmer im Ruhrbergbau 130.000 Bergarbeiter aus dem Produktionsprozeß entfernt werden sollten.

Die Kohlenkönige sind heute noch emsig bei der Arbeit, diesen Plan mit Hilfe der Reformisten bis zu Ende durchzuführen. Dabei ist wichtig, daß die Löhne der Ruhrkumpels nur etwa 90 Prozent des Reallohns der Vorkriegszeit betragen. Und das bei einer gegenüber 1913 um mehr als 35 Prozent gesteigerten Arbeitsproduktivität! Die von den Reformisten in Thesen, Programmen, [475] Resolutionen und Manifesten so heiß herbeigesehnte Rationalisierung hat sich also als ein furchtbarer Kreuzzug gegen das Proletariat enthüllt. Die durch die Technisierung und Arbeitsrationalisierung entstandenen Konfliktstoffe werden bei guter Arbeit der RGO sehr schnell zu Todeskeimen dieser Gesellschaft werden. Und wir können mit Friedrich Engels sagen. der im Vorwort zu Karl Marx „Lohnarbeit und Kapital“ (S. 13) folgendes darlegte:

„Aber die stets rascher einander verdrängenden Erfindungen und Entdeckungen, diese sich in bisher unerhörtem Maße Tag auf Tag steigernde Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit schafft zuletzt einen Konflikt, worin die heutige kapitalistische Wirtschaft zugrundegehen muß.“

Förderung und Leistung. Die Arbeitsrationalisierung erreicht gerade in den letzten Wochen und Monaten wieder ein ungeheuerliches Tempo. In jüngster Zeit fiel der Selbstkostenanteil der Unternehmer pro Tonne von 13,66 Mark auf 13,20 Mark, also um 46 Pfennig. Während zu Beginn des Jahres 1929 der Reingewinn pro Tonne Kohle noch 3,23 Mark betrug, steigerte er sich bis Ende März 1930 auf 3,69 Mark pro Tonne. Der monatliche Reingewinn der Ruhrkohlenbesitzer betrug 1913 etwa 6.861.000 Mark, während er im Jahre 1929 26.368.740 Mark betrug.

Die Belegschaftsziffern machten im Ruhrbergbau folgende Entwicklung durch:

1913	426.033 Bergarbeiter
1924	467.107 Bergarbeiter
1929	375.970 Bergarbeiter

Die Förderziffer pro Kopf der Belegschaft stieg dagegen:

1913	1161 Kilogramm pro Tag und Bergarbeiter
1924	1079 Kilogramm pro Tag und Bergarbeiter
1928	1463 Kilogramm pro Tag und Bergarbeiter
1929 (November)	1584 Kilogramm pro Tag und Bergarbeiter

Die gesamte Ruhrbelegschaft sowie jeder einzelne Bergmann haben im Jahre 1929 ihre Schichtleistung gegenüber 1913 durchschnittlich um 35 Prozent erhöht.

Die Gesamtförderung des Ruhrkohlengebiets betrug im Jahre 1929 etwa 124,7 Millionen Tonnen. Das Jahr 1929 wurde zu einem Rekordjahr sowohl in der Produktion als auch im Menschenmord. Alle früheren Jahresergebnisse wurden übertrumpft. Die Förderung 1929 lag um 10 Millionen Tonnen oder etwa 9 Prozent höher als im Jahre 1928 bzw. 1913. Die Gesamtkoksproduktion überschritt mit 34,21 Millionen Tonnen die des Vorjahres (1928) um 4,26 Millionen Tonnen, also um 14,23 Prozent. Die Koksproduktion des Jahres 1913 wurde im Jahre 1929 um 28,1 Prozent übertroffen! An diesen Produktionsziffern kleben Blut und Schweiß zehntausender „rationalisierter“ Kumpels, die man wie ausgepreßte Zitronen, wie Abfälle in den Müllkasten, auf die Straße wirft und dem Hungertode überantwortet.

Kumpelmord an der Ruhr. Die 160 erschlagenen Bergproleten im Waldenburger Land waren ein grauenhaftes Signal der mordenden kapitalistischen Rationalisierung. Die Zechenkatastrophe rief die Erinnerung an die Explosionen von Radbod und Minister Stein wach. Alle die Toten tragen in ihren zermalmten Zügen die Schrift: Opfer kapitalistischer Rationalisierung. Der Kumpelmord ist ein lebensnotwendiges [476] Geschäft der profithungrigen kapitalistischen Wölfe geworden. Die Summierung der täglichen Rationalierungsunfälle ergibt grauenhafte Ziffern. Der „Deutsche Reichs- und preußische Staatsanzeiger“ veröffentlicht soeben die Unfallstatistik des preußischen Bergbaus für das Jahr 1929. Daraus geht folgendes hervor:

Insgesamt ereigneten sich im preußischen Bergbau im Jahre 1929 etwa 128 644 Unfälle. Von diesen verliefen 1191 tödlich. Insgesamt 4025 riefen eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als 13 Wochen und 33 604 eine solche von mehr als vier bis einschließlich 13 Wochen hervor. Diese Unfallziffern erfassen zunächst nur die allerschwersten Unglücksfälle. Dabei ist aber von allergrößter Wichtigkeit, daß die kapitalistische Unfallstatistik nur diejenigen Unglücksfälle überhaupt registriert, die eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen zur Folge haben! Die tödlichen Unglücksfälle verteilten sich zu 82,9 Prozent (im Vorjahre 81,9 Prozent) auf die untertägigen Betriebe. Bei der Feststellung der Unfallarten ist noch außerordentlich bezeichnend, daß infolge fehlender Schutz- und Abstützungsvorrichtungen, die durch die rationalisierte Ersparniswirtschaft bedingt sind, der Stein- und Kohlenfall die meisten Opfer erfordert. Unter diese Rubrik fallen beinahe die Hälfte, nämlich 42,5 Prozent sämtlicher Unfälle.

Das große Zechensterben. Eines der wesentlichsten Mittel kapitalistischer Rationalisierung ist die Stillegung von Betrieben. Der gesamte Rationalisierungsprozeß an der Ruhr hat nicht weniger als 98 komplette Schachtanlagen verschlungen und damit allein 60.000 Bergarbeiter brotlos gemacht. Außer dieser Stillegungswelle erfolgte noch die Schließung von etwa 29 Tages betrieben.

Unter den übriggebliebenen 189 Schachtanlagen befinden sich lediglich noch sieben Zechen, die eine Belegschaft von unter 200 Kohlenarbeitern aufzuweisen haben. Aber das bedeutet keineswegs, daß man die Großbetriebe in der Ruhrkohlenindustrie von den Stillegungsmaßnahmen verschont hat. Im Gegenteil, und hierin offenbaren sich wiederum der Wahnsinn und die Anarchie der kapitalistischen Produktionsverhältnisse: Man hat z. B. im Jahre 1928 insgesamt zwölf Zechen mit einer Jahresförderung von 4 103 028 Tonnen und 12 855 Mann Belegschaft stillgelegt.

Unter den vernichteten Produktionsstätten finden sich modernste, technisch glänzend ausgebaute Zechen mit mehr als ¾ Millionen Tonnen Jahresförderung und mit Belegschaftsziffern, die zwischen

2000 und 3000 schwanken. So wurde z. B. die Schachtanlage „Unser Fritz“, Wanne-Eickel, stillgelegt. Dieser Betrieb hat eine Förderung von 881 000 Tonnen und besaß eine Belegschaft von 2400 Mann. Die Zeche „Rhein I“, Wehofen, mit einer Jahresförderung von 720 000 Tonnen und einer Belegschaft von 2642 Mann wurde ebenfalls stillgelegt. Dieser Betrieb ist erst im Jahre 1913 eröffnet worden!

Im Jahre 1929 nahm das Zechensterben seinen Fortgang. Seitens der Regierung wurde weiteren 14 Schachtanlagen die Genehmigung zur Stillegung erteilt. Diese gewaltige Vernichtung von Produktionsmitteln, diese Drosselung der Produktivkräfte, ferner die Nichtausnutzung und gewaltsame Beschränkung der Produktionskapazität, ist neben dem immer stärker anschwellenden Heer der Erwerbslosen das sicherste Zeichen der allgemeinen kapitalistischen Krise.

Im Juli ist eine grandiose Welle von durch die RGO organisierten Teilstreiks in den Metallbetrieben von Nordwest vorübergegangen. [477] Bereits während des Kampfes und schon vor dem Oeynhausener Schiedsspruch erklärten Unternehmerblätter wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“, daß die nächste Arbeiterkategorie, die nach Mansfeld, Nordwest und der Werftindustrie von einem umfassenden Lohnabbau betroffen würde, die Ruhrbergarbeiterschaft sei. Nicht genug also, daß durch Massenentlassungen, durch Feierschichten, Gedingeverschlechterung, Arbeitszeitverlängerung, Stillegung, durch verschärfte Arbeitsintensivierung, durch beschleunigte Arbeitsbereitschaft und eine nie dagewesene Antreibung, ferner durch neue Steuern und Zölle, erhöhte Mieten und verminderte Sozialleistungen ein umfassender Lohnabbau vorgenommen wurde, soll nunmehr noch ein weiterer und zwar direkter Lohnraub vor sich gehen. Die Unternehmer treffen bereits ihre Vorbereitungen und übernehmen die Kampferfahrungen von Nordwest und Mansfeld mit in den eisernen Bestand ihrer Strategie gegen die Ruhrkumpels.

Am 30. September läuft die Lohnordnung für den Ruhrbergbau ab. Und erst am 30. November sind Manteltarif und Mehrarbeitszeitabkommen fällig. Die RGO hat mitten im Nordwestkampf, am ersten Sonntag im Juli, eine große Delegiertenkonferenz der Ruhrbergarbeiter organisiert. Die Konferenz hat ein Kampfprogramm angenommen und in ihm die Hauptforderungen und den Willen zur revolutionären Offensive der Ruhrbergarbeiter festgelegt.

Die Delegiertenkonferenz fordert u. a. die Verbindung des Manteltarifs mit der Lohnordnung und verlangt, daß kein Neuabschluß eines Mehrarbeitszeitabkommens vorgenommen wird. Infolge der durch die Rationalisierung gewaltig verschärften Arbeitsintensität stellte die Konferenz die Kampfforderung nach Einführung der Sechsstundenschicht unter und der Siebenstundenschicht über Tage auf. Ferner wurde eine Lohnerhöhung von 1 Mark pro Mann und Schicht, die Festlegung eines einheitlichen Grundlohns und der Fortfall der vielen Staffelungen verlangt. Schließlich wird eine Beseitigung des Strafsystems und die Abschaffung sämtlicher Ueberschichten und ferner ein 15- bis 18tägiger Urlaub für alle Ruhrkumpels gefordert.

Die große Delegiertenkonferenz der kämpfenden Ruhrkohlenarbeiter war eine Kampfansage gegen die Konzentrations- und Rationalisierungspolitik der Kohlenkönige und eine stürmische Manifestation des selbständigen Kampfwillens des revolutionären Bergproletariats. Unter Auswertung der Streikerfahrungen der 50.000 Nordwestproleten wurde in dem Kampfprogramm beschlossen, vorbereitende Kampfausschüsse zu wählen, auf allen Schachtanlagen Belegschaftsversammlungen und in den christlichen und reformistischen Bergarbeiterverbänden Gewerkschaftsversammlungen einzuberufen, ferner ein breites Netz revolutionärer Vertrauensleute auf allen Ruhrzechen zu schaffen, die Jugend und die Frauen in Belegschaftsversammlungen zu erfassen, die erwerbslosen Bergarbeiter zu gewinnen, einen verschärften Kampf innerhalb der Gewerkschaften zu führen, Vorbereitungen zum Massenstreikschutz durch Schaffung von Betriebswehren zu treffen und alle Kraft darauf zu konzentrieren, unter selbstgewählter revolutionärer Führung und schärfster Kampfstellung gegen christliche und reformistische Streikbruchorganisatoren mit den Metallarbeitern zum 1. Oktober das lebendige Kampfbündnis zu schaffen.

[478]

Die Ideenkrise in den Deutschen Gewerkschaften

Von Fritz David

Es besteht kein Zweifel, die deutschen Gewerkschaften machen eine tiefe Ideenkrise durch. Der Reformismus. der den Apparat der riesigen Gewerkschaftsorganisationen beherrscht, hat in den Nachkriegsjahren versucht, ein halbes Dutzend „neue“ Ideen zu propagieren. Mit Hilfe der gewaltigen Agitations- und Propagandamittel, über die der Reformismus in Deutschland verfügt, ist der Versuch unternommen worden, in die Köpfe der fünf Millionen Arbeitermitglieder der ADGB-Gewerkschaften diese Ideen hineinzuhämmern.

Und nun kracht das Ideengebäude des deutschen Reformismus in allen Fugen. Die organisatorische Stagnation der freien Gewerkschaften ist zum großen Teil ein Ausdruck des katastrophalen Zusammenbruchs dieser Ideen, dieser Illusionen, die die Reformisten bei Millionen deutscher Arbeiter hervorgerufen haben. Die Ideenkrise signalisiert zu gleicher Zeit den steigenden Abmarsch breiter Gewerkschaftsmassen nach links, unter die Fahnen der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Es ist die Aufgabe des in den nächsten Tagen zusammentretenden Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale, die Methoden festzulegen und die Waffen zu schmieden, die diesen Abmarsch erleichtern und beschleunigen sollen.

I.

Den Grundgedanken für die blutarmen reformistischen Ideen der deutschen Gewerkschaftsführer formulierte im Mai 1927, in den Blütemonaten der deutschen Wirtschaftskonjunktur, Rudolf Hilferding auf dem Kieler Parteitag der SPD. Dieser Mann, der im Laufe eines Vierteljahrhunderts, auf dem Wege von den Wiener Cafés bis zum Finanzministerium der deutschen kapitalistischen Republik jede Fähigkeit und Neigung zu marxistischem Denken verloren hat und deshalb zum anerkanntesten Theoretiker der Sozialdemokratie befördert wurde, erklärte in Kiel: Wir befinden uns in einer Transformationsperiode, in einer Zeit des friedlichen Uebergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die Gewerkschaften haben deshalb in dieser neuen Periode grundlegend andere Aufgaben als im „normalen“ Kapitalismus. Er führte aus:

„Das Entscheidende ist, daß wir im Augenblick in der Periode des Kapitalismus angelangt sind, wo die Aera der freien Konkurrenz des Kapitalismus, die rein durch das Walten blinder Machtziffern beherrscht wird, überwunden ist und wieder zu einer kapitalistischen Wirtschaft kommt, also von der Wirtschaft des freien Spielens der Kräfte zur organisierten Wirtschaft ... Organisierter Kapitalismus heißt Ersatz des kapitalistischen Prinzips, des freien Wettbewerbs durch das sozialistische Prinzip der Planmäßigkeit, durch gesellschaftliche Regelung ... Unserer Generation ist die Aufgabe gestellt, mit Hilfe des Staates die Regelung der kapitalistischen Wirtschaft zu organisieren und die kapitalistisch organisierte und geleitete Wirtschaft umzuwandeln in die vom demokratischen Staat geleitete Wirtschaft. Das bedeutet nichts anderes, als daß unserer Generation das Problem des Sozialismus gestellt wird ... In der Gesellschaft der freien Konkurrenz konnten die Gewerkschaften nur den unmittelbaren Klassenkampf zwischen Unternehmern und den Arbeitern um den Ertrag der Produktion, um die kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne führen. Jetzt stellen sich die Gewerkschaften immer mehr andere Aufgaben ... Die Gewerkschaften müssen sich also im Zeitalter des organisierten Kapitalismus immer mehr unmittelbar [479] sozialistische (!) Aufgaben stellen. Das ist nicht etwa nur das Ziel der freien Gewerkschaften, sondern diese Tendenz dringt auch bei den christlichen Gewerkschaften durch.“

Hier ist die „Begründung“ für das neue Programm der deutschen Gewerkschafter gegeben, in prägnanter und eindeutiger Form. Nichtkampf um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit sei nunmehr die zentrale Aufgabe der Gewerkschaften. Andere „sozialistische“ Aufgaben stehen im Mittelpunkt der Gewerkschaftsarbeit: „die Regulierung der kapitalistischen Wirtschaft“ mit Hilfe des Ausbeuterstaates, „die Produktivität der Wirtschaft möglichst zu steigern“, „die Konzentrationstendenz in der kapitalistischen Wirtschaft zu fördern“.

Die Anhäufung und Konzentrierung des Kapitals, „der organisierte Kapitalismus“ sei Mittel und Weg zur allmählichen Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft, ja sogar der einzige Weg zur Verwirklichung des Sozialismus.

II.

Mit aller Rücksichtslosigkeit beschritten die deutschen Gewerkschaften den Weg, der in der Hilferding-Rede formuliert ist. Die mörderische kapitalistische Rationalisierung wurde von den freien Gewerkschaften mit allen Mitteln und mit allen Kräften unterstützt. In den fünf Millionen Exemplaren Gewerkschaftszeitungen, die Woche für Woche den Gewerkschaftsmitgliedern kostenlos zugestellt werden, in den tausenden Gewerkschaftsversammlungen, die monatlich abgehalten werden, in den Tageszeitungen und Zeitschriften, in Plakaten und Aufrufen, in Flugblättern und Reichstagsreden wurde der Segen der kapitalistischen Rationalisierung gepriesen als Mittel zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft, als Weg zur friedlichen Durchführung des Endzieles, des Sozialismus.

Der „Reichsverband der deutschen Industrie“, die führende Organisation des deutschen Kapitals, hat an der Schwelle der Rationalisierungsperiode eine Denkschrift herausgegeben, eine Art Richtlinien für die Durchführung der Rationalisierung in Deutschland. Der ADGB hat darauf mit einem Memorandum geantwortet, das die Rationalisierung begeistert befürwortete, das sogar das Urheberrecht auf die Rationalisierung für sich in Anspruch nahm. Der entscheidende Satz in dieser Denkschrift ist schon zu einem Allgemeinplatz geworden, er ist jedem klassenbewußten deutschen Arbeiter bekannt, enthielt er doch in knapper und eindeutiger Form die Stellung der deutschen Gewerkschaften zur kapitalistischen Rationalisierung. Dieser Satz lautet:

„In Uebereinstimmung mit der Reichsverband-Denkschrift (Reichsverband der Deutschen Industrie) halten wir die Rationalisierung für eine der wichtigsten Voraussetzungen der Wohlstandssteigerung ... Zusammenfassend sei zur Frage der Rationalisierung gesagt: Die Rationalisierung ist notwendig ...“

Die Rationalisierung setzte mit aller Gewalt ein. Noch wußte die breite Oeffentlichkeit nicht genau, was dieses Fremdwort bedeutet, die Unternehmer aber wußten Bescheid. Der Beherrscher des größten elektrotechnischen Konzern Europas, der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Deutschen Reichbahn AG., Carl Friedrich v. Siemens, erklärte in einer Generalversammlung seiner Aktionäre zynisch und frech: „Rationalisierung heißt – mit weniger Arbeitern mehr produzieren“. Bald haben die breitesten Massen des deutschen Proletariats diese Formel am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Die Produktions-[480]ziffern stiegen in die Höhe, die Arbeitslosigkeit aber wurde nicht kleiner, sondern größer. Auch in den Monaten der besten Konjunktur in Deutschland nach der Stabilisierung der Mark, im Herbst 1927, waren nicht weniger als 700.000 Arbeitslose auf den Arbeitsnachweisen registriert.

Die Gewerkschaftsführer haben mit Hilfe der jungen „Doktoren der Oekonomie“, die die Büros der Hauptvorstände der Gewerkschaftsverbände überfüllen, eine Beruhigungspille erfunden, um die hochgelobte kapitalistische Rationalisierung nicht zu entthronen. Sie erklärten: Die durch die Rationalisierung verursachte Arbeitslosigkeit ist ein vorübergehende Erscheinung; die Verbilligung der Waren, die in den rationalisierten Betrieben produziert werden, wird neue Absatzmöglichkeiten schaffen und dadurch werden weitere, viel breitere Arbeitsgelegenheiten entstehen. Geduld, Geduld und nochmals Geduld – die Rationalisierung würde auch der Arbeiterschaft früher oder später zugute kommen.

Fünf Rationalisierungsjahre sind vergangen. Drei Millionen Erwerbslose liegen auf der Straße, auch im Hochsommer trotz Bausaison, trotz landwirtschaftlicher Saison. Ein neues Memorandum der Gewerkschaften („Wirtschaftslage, Kapitalbildung, Finanzen“, Berlin 1930) muß melancholisch zugeben: innerhalb der fünf Rationalisierungsjahre sind durch die Rationalisierungsmaßnahmen zwei Millionen Arbeiter „überflüssig“ geworden. Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der deutschen Gewerkschaftsbürokratie, mußte am 14. Januar 1930 in einer Betrachtung mit der Ueberschrift „Die Katastrophe“ eingestehen:

„Die drei Millionen Arbeitssuchenden bedeuten die Katastrophe der Rationalisierung, der steigenden Mechanisierung des Produktionsprozesses, der Steigerung des Arbeitstempos.“

„Die Katastrophe der Rationalisierung“, das müssen jetzt die Gewerkschaftsführer zugeben Das bedeutet aber, die Katastrophe ihrer Politik. Das muß zur Katastrophe für ihren Einfluß auf die breiten Massen der Gewerkschaftsmitglieder werden!

Nicht eine vorübergehende kapitalistische Krise hat die zwei Millionen auf das Pflaster geworfen, sondern die Rationalisierung. Aus der „Katastrophe der Rationalisierung“ gibt es für die breiten Arbeitermassen auf dem kapitalistischen Wege keinen Ausweg. Ein Beobachter des deutschen Arbeitsmarktes schreibt zu den Perspektiven der Arbeitslosigkeit in Deutschland (Robert Friedländer: „Chronische Arbeitskrise“, Berlin):

„Und wenn wir erst auch nur die wirtschaftliche Gleichgewichtslage der Friedenszeit erreichen, d. h. uns in Arbeitszeit, Arbeitsausnutzung, Verteilung zwischen Produktion, Hilfs-, Verkehrs- und Verwaltungsarbeit, Anteil des Exports an der Gesamtproduktion, den Optimalverhältnissen der Friedenszeit nähern, so muß dauernd ein Arbeitslosenheer von einigen Millionen Menschen bestehen bleiben. Die deutsche Wirtschaft muß also mit einer chronischen Arbeitslosigkeit größten Umfanges rechnen ... Je weiter die innere Gesundung des Produktionsprozesses fortschreitet, desto mehr muß Arbeitslosigkeit offenbar werden. Um es paradox auszudrücken: Je besser es wird, desto schlechter wird es werden.“

„Je besser“ – für die Bourgeoisie, „desto schlechter“ – für das Proletariat!

Die Kommunisten konnten von vornherein in ihrem Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung, gegen den „Segen“ der Anhäufung und Konzentrierung des Kapitals klar und eindeutig auftreten, sie konnten [481] die Folgen klar voraussehen an Hand der Marxschen Lehre, die von der Sozialdemokratie für immer verlassen worden ist. Der Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx, hat die Wirkung der Anhäufung des Kapitals auf die Lebenslage der Arbeiterschaft gründlich und ausführlich untersucht und in dem „Allgemeinen Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ formuliert. Er hat viele Male betont, daß „durch mannigfache Umstände dieses Gesetz (das „Allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“, F. D.), gleich allen anderen Gesetzen, in seiner Verwirklichung durch mannigfache Umstände modifiziert“ wird. Unsere Periode aber ist dieser Zeitabschnitt, in dem das von Marx formulierte „Allgemeine Gesetz“ ungehemmt hervortritt. Marx hat dieses Gesetz, das nunmehr in seiner nackten Grausamkeit in Erscheinung tritt, folgendermaßen formuliert:

„Es folgt daher, daß im Maße, wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters ... sich verschlechtern muß ... Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralische Degradation auf dem Gegenpol, d. h. auf seiten der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert („Kapital“, I. Band, Volksausgabe, Seite 482/483).

Die Kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die Avantgarde der deutschen Arbeiterklasse, konnte an der Schwelle der Rationalisierungsperiode an Hand der marxistischen Analyse der kapitalistischen Wirklichkeit den Arbeitermassen sagen: die kapitalistische Rationalisierung bringt den Arbeitern keine Vorteile, sie bringt ihnen nur Arbeitslosigkeit, Hetzarbeit in dem rationalisierten Betrieb, gewaltige Steigerung der Unfälle und Krankheiten, Verkrüppelung und Tod. Die Rationalisierung ist nur für die Ausbeuter, nur sie allein werden die Rationalisierungsfrüchte ernten.

Am Anfang der Rationalisierung sind zu dieser Erkenntnis nur Zehntausende und Hunderttausende gelangt. Die Millionen machten die Rationalisierung mit, leisteten jedenfalls keinen aktiven Widerstand. Die reformistischen Illusionen haben Orgien gefeiert.

Und nun ist der Traum ausgeträumt. Jeder fühlt jetzt, daß die große Rationalisierungsillusion mit ungeheurer Wucht geplatzt ist. Das müssen jetzt selbst bürgerliche und sozialdemokratische Schriftsteller zugeben. Soll doch jetzt, 1930, ein Gewerkschaftsangestellter in Berlin oder in Buxtehude versuchen, in einer Mitgliederversammlung seine alten Rationalisierungsphrasen herunterzuleiern: Kein Mensch wird ihm glauben, kein Mensch wird auf ihn hören, er wird nicht einmal seinen Vortrag fortsetzen können.

Der Bankrott des reformistischen Rationalisierungstraums als Mittel und Weg zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft ist eine der wichtigsten Triebkräfte der Radikalisierung innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung.

III.

Die Gewerkschaftsführer, die ein ganz gutes Fingerspitzengefühl für die Stimmung der Arbeiter haben, müssen in ihrer Agitation auf die Rationalisierung schimpfen. Sie können aber nicht, dank ihrer Einstellung zur kapitalistischen Wirtschaft und zum kapitalistischen Staat, gegen die Rationalisierung kämpfen. Die Bourgeoisie zwingt ihre Agenten in den Gewerkschaftsbüros, in der Zeit der ungeheuren Verschärfung der [482] Klassengegensätze, die Maske herunterzureißen, die Rationalisierungsmaßnahmen weiter durchführen zu helfen, ohne die Möglichkeit zu haben, das arbeiterfeindliche Gesicht zu verhüllen, die brutalen Anschläge auf die Arbeiterklasse irgendwie mit lügenhaften Phrasen zu vernebeln.

In der Tages- und in der Gewerkschaftspresse erlauben sich die Reformisten ab und zu, auf die Rationalisierung zu schimpfen, in der Hoffnung, daß die breiten Massen vergessen haben, was sie vorher gesagt haben, daß diese Massen nicht merken, was die Reformisten tagein, tagaus tun. In den „theoretischen“ Zeitschriften, die für die Funktionäre hergestellt werden, wird aber offen zugegeben, daß die Gewerkschaften auch weiter für die Rationalisierung eintreten. In der Monatsschrift des ADGB „Die Arbeit“, die unter der Schriftleitung von Leipart herausgegeben wird, ist noch im Februar dieses Jahres ein Artikel „Fünf Jahre Rationalisierung“ abgedruckt, in dem es u. a. heißt:

„Der Zeitraum 1925 bis 1929 war von einer intensiven Rationalisierung der deutschen Wirtschaft ausgefüllt; weitgehende Mechanisierung der Herstellung führte in zahlreichen Industrien zur Freisetzung von Arbeitskräften, da die Ausweitung der Produktion mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht Schritt hielt. Die Wiederaufnahme der abgestoßenen und die Eingliederung der neu hinzugekommenen Arbeitskräfte ist auch nicht annähernd bewerkstelligt worden. Die wieder erschreckend hohe Arbeitslosigkeit ist zum Teil Auswirkung und Kehrseite des Rationalisierungsprozesses ... Die Rationalisierung im Baugewerbe ist noch wenig fortgeschritten, es sprechen aber alle Anzeichen dafür, daß die bisher noch vorwiegend manuelle Bauarbeit durch stärker mechanisierte Arbeitsmethoden abgelöst wird ... Diese genannten Faktoren, die vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt unbedingt gefördert werden müssen, weil sie zu einer Senkung der Baukosten beitragen, werden aber – darüber muß man sich im klaren sein – die gesamten Beschäftigungsmöglichkeiten im Baugewerbe herabdrücken.“

Die Rationalisierung im Baugewerbe ist noch nicht in dem Maße durchgeführt, wie in anderen Wirtschaftszweigen. Der ADGB tritt für die Rationalisierung des Baugewerbes ein, obwohl dadurch „die gesamten Beschäftigungsmöglichkeiten im Baugewerbe herabgedrückt“ werden. Der ADGB erklärt hier offen, daß er auf seinem Standpunkt beharrt. Die Katastrophe der Rationalisierung“ soll weiter vertieft werden, sind doch die Leidtragenden der Katastrophe nur die deutschen Arbeitermassen.

Im Juni-Heft 1930 der „Arbeit“ ist ein Artikel über „Neue gewerkschaftliche Aufgaben“ enthalten. Dort heißt es:

„Erst seit Kriegsende fühlen sich die Gewerkschaften in vollem Umfange für eine Produktionspolitik verantwortlich. Vor dem Kriege war die Einstellung ziemlich allgensein, daß die Produktionspolitik die alleinige Sorge der Unternehmer wäre und die Gewerkschaften nur die Sorge für das Wohlergehen und die Besserstellung der Arbeitnehmer hätten... Schon wachsen auch zwei Aufgabengebiete den früheren zu. Es sind dies Menschenökonomiepolitik und Arbeitsfreudepolitik. Die richtig aufgefaßte Arbeitsfreude ist ein Gefüge von freudigen Gefühlen und Stimmungen, lustvoller Befriedigung, triebhafter Strebungen, die man während und zum Teil wegen der Arbeit erlebt. Daran arbeiten, ist die Tat der planmäßigen Arbeitsfreudepolitik. Sie ist vielleicht der wichtigste Bestandteil der Kulturpolitik der Arbeiterklasse.“

Nicht der Kampf um mehr Lohn, der der anstrengenden Arbeit in den rationalisierten Betrieben irgendwie nachkommt, nicht der Kampf um den Siebenstundentag, der Millionen Arbeitslose in die Betrieb zurückführen kann, steht im Mittelpunkt der Gewerkschaftsaufgaben, nicht die [483] alte „Lohnpolitik“ der Vorkriegszeit, sondern die „Produktionspolitik“ ist die Hauptaufgabe der Gewerkschaften. Die Produktionspolitik hat ihre Abzweigungen: die „Menschenökonomiepolitik“ und „Arbeitsfreudepolitik“. Die Gewerkschaftsführer wollen für die Arbeitsfreude der Siemensarbeiter sorgen, damit sie besser arbeiten können, damit sie höhere Leistungen hervorbringen können. Der ausgemergelte rationalisierte Arbeiter soll Freude an seiner Arbeit haben.

Das, was die Kommunisten über die kapitalistische Rationalisierung seit Jahr und Tag gesagt haben, ist nunmehr so nackt, so elementar, so klar vor die Augen der gesamten Arbeiterschaft getreten, wie es selten in der Geschichte eines Volksbetrugs gewesen war. Die im Arbeiterverrat ergrauten Gewerkschaftsführer stehen nackt vor der gesamten Oeffentlichkeit als brutale Agenten des Kapitals!

IV.

Die Krise der Rationalisierungsidee der Reformisten paart sich mit einer Reihe weiterer Krisen der grundlegenden reformistischen Anschauungen und den Prinzipien ihrer praktischen Tätigkeit. Die Krise des Tarifvertrages wird nunmehr zögernd von den Reformisten selbst zugegeben. Zwölf Millionen Arbeiter und Angestellte sind in Deutschland von Tarifverträgen umfaßt. Die von den Gewerkschaften für ihre Mitglieder abgeschlossenen Verträge werden, wenn die Tarifvertragsparteien es fordern, in der Regel vom Arbeitsministerium als allgemeinverbindlich für alle in den entsprechenden Industriezweigen tätigen Arbeiter und Angestellten erklärt. Etwa sieben Millionen Arbeiter und Angestellte sind in verschiedenen deutschen Gewerkschaften organisiert, die Tarifverträge aber umfassen durch allgemeine Verbindlichkeitserklärungen ganze zwölf Millionen. Die Tarifverträge werden durch die Gewerkschaftsbürokratie abgeschlossen. Dieser Abschluß ist eigentlich der Hauptinhalt der Arbeit des Riesenapparats der deutschen Gewerkschaftsorganisationen. Die Gewerkschaftsbürokratie, die „Ruhe“ für die kapitalistische Wirtschaft braucht, hat im Laufe der Nachkriegsjahre alles getan, um die breiten Massen der Arbeiterschaft, auch die Mitgliedermassen, bei Abschlüssen von Tarifverträgen auszuschalten. Die Tarifverträge wurden immer häufiger, ohne die Mitgliedschaft zu befragen. heimlich in den Weinrestaurants der vornehmen Hotels unterzeichnet. Die Tarifverträge wurden mit jedem Male langfristiger, sie lauteten nicht mehr auf Monate, sondern auf ein, zwei sogar mehr Jahre. Dort, wo ab und zu Urabstimmungen über Abschluß eines Tarifs vorgenommen wurden, hatten sie nur eine formelle Bedeutung. Jeder Abstimmende wußte genau, daß, wie die Abstimmung auch sein würde, die Gewerkschaftsführer nicht kämpfen werden. Es wird ein Schlichter angerufen werden, ein Schiedsspruch wird gefüllt werden, der Schiedsspruch wird für verbindlich erklärt werden. Ein verbindlich erklärter Schiedsspruch aber wird von den Gewerkschaftsführern rücksichtslos geschluckt, auch wenn er die schlimmsten Verschlechterungen mit sich bringt. Streik gegen einen verbindlich erklärten Schiedsspruch heißt Streik gegen ein Gesetz des kapitalistischen Staates, heißt politischer Streik. Ihn fürchten aber die Gewerkschaftsführer mehr als der Teufel den Weihrauch.

Was war aber das Ergebnis dieser Tarifpolitik? Die Arbeiter konnten in den Betrieben nicht warten, bis die langfristigen Tarifverträge abgelaufen sind, um dann eventuell ein paar Bettelpfennige herauszubekommen. Die steigende Teuerung, das wilde Tempo der Arbeits-[484]intensität trieb die Arbeiter zum Kampf. Sie streikten betriebs- und abteilungsweise; oft genügte nur eine Streikandrohung, um hier und da Pfennige herauszuholen. Es entstand im Laufe der Jahre eine Diskrepanz zwischen den Tariflöhnen und den tatsächlich gezahlten Löhnen. Allmählich verlor der Abschluß von Tarifverträgen für große Teile der Arbeiterschaft jede Bedeutung, da sie durch den Kampf im Betriebe schon etwas höhere Löhne herausgeholt hatten. Als im Frühjahr 1929 der DMV-Berlin den Lohntarif mit dem Verbande Berliner Metallindustrieller neu abschloß, der sechs und sieben Pfennig Lohnzulage zu den vorherigen Tariflöhnen brachte, war das für das Gros der Berliner Metallarbeiter ohne jegliche Bedeutung, da die tatsächlichen Löhne in den Berliner Metallbetrieben durch den Kleinkampf in den Betrieben beträchtlich höher waren. Dasselbe war bei den Metallarbeitern des Ruhrgebiets und in verschiedenen anderen Industriezweigen der Fall.

Der lohngestaltende Einfluß des Tarifvertrages ging mit jedem neuen Abschluß zurück. Eine Erhebung des Statistischen Reichsamtes über die tatsächlichen Löhne in den Betrieben zeigte im Durchschnitt große Unterschiede zwischen der tatsächlichen und tariflichen Entlohnung. Es entstand eine Lage, daß die Unternehmer sehr gut die tatsächlich gezahlten Löhne oft um 20, 30 und sogar 40 Prozent kürzen können, ohne dabei Tarifbruch zu begehen. Die Gewerkschaften, die auf dem Standpunkt der unbedingten Tariftreue stehen, konnten nichts unternehmen, da doch die Tariflöhne unangetastet blieben. Der grandiose Lohnabbau in der Metallindustrie des Ruhrgebiets richtet sich ausschließlich gegen die übertariflichen Verdienste. Der Oeynhausener Schiedsspruch vor zwei Monaten, der einen Abbau der Löhne von 7½ Prozent im Durchschnitt diktierte, ließ die

Tariflöhne ungeändert. Bei vielen Arbeitern an der Ruhr sind die Löhne auf die Hälfte gekürzt, alles auf Konto der übertariflichen Verdienste.

Auch die anderen Arbeitsbedingungen im Tarifvertrag hatten dasselbe Los, so z. B. die tariflich geregelte Arbeitszeit. In den meisten Tarifverträgen steht schwarz auf weiß: „Die normale Arbeitswoche beträgt 48 Stunden.“ Dann kommt das „Aber“, die Betriebsleitungen haben das Recht, „im Einvernehmen“, „nach Anhörung“, oder „nach Mitteilung an den Betriebsrat Ueberstunden anzuordnen“. Entscheidend für die Ueberstunden war demnach nicht der Tarifvertrag mit seinen kautschukartigen Formulierungen, sondern allein die Stellung des Betriebsrats im Betrieb und die Haltung der gesamten Belegschaft.

Die Unternehmer, die sich natürlich nicht schämen, den Tarifvertrag offen zu brechen, wenn sie es nötig haben, hatten aber auch durch die reformistischen Tarifverträge die legale Möglichkeit, Lohnraub und Verlängerung des Arbeitstags durchzusetzen. Die Tarifverträge bekamen immer mehr die Bedeutung einseitiger Unternehmerdiktate, die nicht das Kräfteverhältnis im Betrieb irgendwie ausdrücken, die nicht Verträge über Waffenstillstand zwischen zwei kämpfenden Parteien darstellen, die überhaupt nicht von zwei, sondern von einer Partei diktiert werden. Die Lohnabbauaktion an der Ruhr ist der eklatanteste Beweis für den Bankrott der reformistischen Tarifvertragspolitik in Deutschland. Der Abschluß von Tarifverträgen ist aber wie gesagt der Hauptinhalt der Arbeit des Gewerkapparates, die Krise des Tarifvertrags ist damit die Krise der Arbeit dieses Apparats. (Schluß folgt.) [485]

*

Zum Stockholmer Kongreß

Von Paul Merker

I.

Lohnt es sich, die Zusammenkunft der ehrenwerten Bürger Citrine, Joubaux, Leipart, Tayerle und Konsorten in der theoretischen Zeitschrift unserer Partei durch einen besonderen Artikel zu behandeln? Diese Frage drängt sich unwillkürlich auf, wenn man des „großen Interesses“ gedenkt, das den Tagungen des IGB von der Arbeiterschaft entgegengebracht wird. Es ist unbestreitbar. Auch der Stockholmer Kongreß des IGB tagte unter Ausschluß der Arbeiteröffentlichkeit. Von einer politischen und organisatorischen Vorbereitung des Kongresses durch die Gewerkschaftsmitglieder in den verschiedenen Ländern ist keine Spur zu finden. Kaum, daß man die Tagesordnung des Kongresses in den Gewerkschaftsversammlungen bekanntgab. Die Delegierten wurden von dem Vorstand der einzelnen Landesorganisationen bestimmt. Die dem Kongreß vorliegenden Anträge stellten ebenfalls nur die Landeszentralen. Und was für bedeutende Anträge sie vorlegten! Dreizehn waren es an der Zahl. Nicht einer enthielt einen politischen Gedanken oder Vorschlag, alle beschäftigten sich mit mehr oder weniger nebensächlichen organisatorischen Fragen. Die Tagung war nur für die Teilnehmer eine angenehme Abwechslung.

Warum also soll die Zusammenkunft dieser ehrenwerten Bürger noch besonders beschrieben werden? Wäre es nicht richtiger, sie überhaupt zu ignorieren und totzuschweigen? So naheliegend ein solcher Gedanke ist, so falsch wäre es, ihn auszuführen, denn gerade das Gegenteil ist richtig. In das grellste Licht muß die Stockholmer Tagung der Dunkelmänner des IGB gerückt werden. Das ist notwendig, damit immer größere Massen die schändliche Rolle der dort versammelten bürgerlichen Agenten, die ihr Handwerk in den Reihen der Arbeiterklasse treiben, erkennen, sich von ihnen ab- und der revolutionären Gewerkschaftsbewegung, der Roten Gewerkschaftsinternationale zuwenden. Dann nützt der Stockholmer Kongreß trotz seines konterrevolutionären Charakters.

Man muß verstehen, daß die Bedeutung des Kongresses nicht von seiner mehr oder weniger großen Beachtung durch die Arbeitermassen abhängig ist, sondern daß sie in der Tatsache begründet liegt, daß sich dieser Kongreß stützt auf einen gewaltigen leistungsfähigen, fest mit der bürgerlichen Staatsgewalt verwachsenen Gewerkschaftsapparat, auf eine nach Millionen zählende wöchentlich erscheinende Gewerkschaftspresse. Das sind die Einrichtungen, mit denen seine gefährlichen bürgerlichen

Theorien unter den Arbeitermassen verbreitet werden. Sie werden in Deutschland von mehr als 10.000 bezahlten Gewerkschaftsfunktionären vertreten und praktiziert. Sie bilden den wissenschaftlichen Mantel für die Organisierung ihrer streikbrecherischen Maßnahmen gegen die proletarischen Massen.

Darum ist das Studium der Beschlüsse und der Verhandlungen des IGB-Kongresses ebenso wichtig wie das Studium der Beschlüsse und der Verhandlungen des zur Zeit tagenden RGI-Kongresses. Nur der, der den Inhalt beider Kongresse in sich aufgenommen hat, wer somit als revolutionärer Funktionär den Massen in den Betrieben, auf den Arbeits-[486]nachweisen und in den Gewerkschaftsverbänden die ganze Hinterhältigkeit und Demagogie der IGB-Bürokratie enthüllen und ihnen den revolutionären Weg zur Befreiung des arbeitenden Volkes aufzeigen kann, ist in der Lage, den Sozialfaschismus ernstlich zu Leibe zu rücken, seinen Einfluß unter den Massen zu zerbrechen und diese für den revolutionären Klassenkampf, für die RGI zu gewinnen.

II.

Die Tagesordnung des Stockholmer IGB-Kongresses enthielt als wichtigste Punkte: „Das Wirtschaftsprogramm des Internationalen Gewerkschaftsbundes“ (Referent: Leipart-Deutschland), „Das sozialpolitische Programm des IGB“ (Referent: Mertens-England), „Abrüstung und Friedenspakt“ (Referent: Jouhaux-Frankreich). Sehr wenig erinnert diese Tagesordnung daran, daß der Kongreß eine internationale Tagung des Proletariats sein soll. Sie wiederlegt statt dessen diesen Betrug vollständig. Sie allein offenbart bereits seinen bürgerlich-kapitalistischen Charakter.

Dem Kongreß selbst drückte die Verschärfung der imperialistischen Gegensätze deutlich ihren Stempel auf. Sie engte die Bewegungsfreiheit der ehrenwerten Bürger Citrine, Leipart, Jouhaux und Konsorten recht fühlbar ein. Sie erschwerte auch seit langem die „friedliche Tätigkeit“ des IGB, deren Hauptinhalt darin besteht, in edler Gemeinschaft mit dem Internationalen Arbeitsamt des kapitalistischen Völkerbundes die Arbeiterschaft über den wahren Stand der Dinge zu täuschen, ihre Wachsamkeit einzuschränken und ihren Kampf gegen die Kriegsgefahr zu hindern.

Denn die Bürger Citrine, Leipart, Jouhaux, Tayerle und Konsorten sind trotz aller Phrasen doch nichts weiter als die Beauftragten ihrer eigenen nationalen Regierung. Sie verfechten auf der Tribüne des Kongresses nicht die Interessen des Proletariats gegen die Weltbourgeoisie, sondern sie verfechten, jeder für sich, die Interessen ihrer eigenen nationalen Bourgeoisie. Sie sind noch immer und stets die Sozialchauvinisten, in deren Geist im Jahre 1915 die „Sozialistischen Monatshefte“ schrieben: „So tief und scharf die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit in den einzelnen Ländern auch sein mögen, sie schaffen die Tatsache nicht aus der Welt, daß sie beide das höchste Interesse am Wirtschaftsleben (des eigenen Landes) haben und daß darum die Interessen der Arbeiterklasse insoweit auf Gedeih und Verderb und unlöslich mit denen des Volksganzen verbunden sind. Hierin haben wir letzten Endes die Ursache der Erscheinung zu sehen, daß in allen am Krieg beteiligten Ländern die Arbeiterklasse entschlossen und ohne Zaudern auf die Seite ihres Landes trat.“

Darum, wenn auch nur einer dieser ehrenwerten Bürger, die auf dem Kongreß versammelt waren, so gesprochen hätte, wie es ihm sein treudeutsches, sein gut-französisches oder sein ehrlich-englisches Herz eingab, der Kongreß wäre auseinandergeflogen, die „friedliche Tätigkeit“ des IGB wäre zur gegenseitigen offenen imperialistischen Kriegshetze geworden. Die international vereinigten Landeszentralen der sozialfaschistischen Gewerkschaften hätten sich in ihre antagonistischen Bestandteile aufgelöst. Denn alle imperialistischen Gegensätze widerspiegeln sich im IGB und auf seinen Tagungen. Nur die gemeinsame Feindschaft gegen Sowjetrußland, gegen den unversöhnlichen Gegner der imperia-[487]listischen Weltbourgeoisie, gegen den einzigen Hort des Friedens und gegen das revolutionäre Proletariat hält auch diese Halunken noch zusammen.

Der Zerfall des innerlich morschen und zerfressenen IGB wäre aber ein Unglück für die imperialistischen Räuber. Er würde die bürgerlichen Illusionen unter Millionen Ausgebeuteten, die noch an „Amsterdam“ glauben, flott zerstören helfen und die revolutionäre Entwicklung fördern. Konnte sich

das die imperialistische Bourgeoisie leisten, ohne Großes aufs Spiel zu setzen? Auf keinen Fall, trotzdem ein jedes Land in Palisadenhöhe von Zollmauern umgeben ist, trotzdem die Armeen wachsen und trotzdem fieberhaft gerüstet wird. Gleich welcher Nationalität, ist die bürgerliche Klasse der alten Welt, je größer die Gefahr blutiger imperialistischer Konflikte, einmütig interessiert an dem reibungslosen Funktionieren ihres gemeinsam unterhaltenen Apparates zur Benebelung der proletarischen Massen, den sie im IGB besitzt. Nicht ohne Grund hütet die amerikanische Bourgeoisie ihren panamerikanischen Gewerkschaftsbund und nicht ohne Not wünscht Mussolini den Anschluß seiner faschistischen Gewerkschaften an den IGB.

III.

Der Verlauf des Kongresses bewies, wie gut die dort versammelten Bürger die Lösung ihrer „friedlichen Aufgaben“ begriffen haben. Sie brachten es fertig, schwarz in weiß zu verwandeln. Die Weltkrise des Kapitals wurde in ihrem Munde zum erfreulichen Fortschritt des Wiederaufbaues der Weltwirtschaft. Die zum Bersten sich verschärf enden imperialistischen Gegensätze logen sie um zur Verstärkung der friedlichen Beziehungen zwischen den Völkern. Und der brutalste Unternehmerterror, die Massenentlassungen und die Lohnabbauoffensive wurde durch sie zur langsamen, aber sicheren Umwandlung der Wirtschaft im Geiste der Demokratie.

Herr Leipart ließ (selbst noch krank von seinem Autounfall und darum behindert, persönlich zu erscheinen) seine sozialfaschistische Rede zum Wirtschaftsprogramm des IGB. vortragen. Es ist erstaunlich, wie dieser Mann, „um der guten Sache willen“, zu lügen und zu betrügen versteht. Für ihn ist nichts vorhanden als lauter Sonnenschein. In seinen Augen schreitet alles rüstig, harmonisch und friedlich vorwärts. Herr Leipart sieht nicht das erbitterte Ringen der Arbeitermassen in der ganzen Welt gegen die Hungeroffensive der kapitalistischen Ausbeuter, er sieht nicht, daß Millionen Erwerbslose die Straßen bevölkern, er sieht nicht das Wachsen der faschistischen Diktatur des Finanzkapitals und seine terroristischen Orgien. Doch er sieht es wohl, daran ist kein Zweifel, aber gerade deshalb hat er sein bestechendes Programm zusammengeschrieben – weit entfernt von den ökonomischen und politischen Tatsachen –, um die Arbeitermassen zu betrügen und ihre revolutionäre Kampfesfront zu zersetzen und zu spalten.

Der Versailler Friedensvertrag – schreibt Herr Leipart – hat die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft offiziell anerkannt, und so konnte nun die Gewerkschaftsbewegung an die Eroberung der Gleichberechtigung in der Wirtschaft gehen. Die planmäßige Neuordnung der Dinge, kurz nach dem Kriege (in der Zeit der revolutionären Erhebung wagt Herr Leipart nicht zu sagen) von vielen Seiten angestrebt, konnte nicht durchgeführt werden – wie die Optimisten es erhofften –, weil sich die [488] Wirtschaftsordnung der Vorkriegszeit mit überraschender Schnelligkeit erholte. Und jetzt breitet sich die Produktion gewaltig aus, weit über die Kaufkraft der Massen, es kommt wieder zu Spaltungen zwischen Produktion und Verbrauch, unter deren Folgen die Arbeiter leiden. Aber die Monopole und Trusts mildern die Krisen und den Klassenkampf. Auch der Druck auf die Löhne wird häufig geringer. Daraus entsteht die Frage, sollen die Trusts das Volk, oder soll das Volk die Trusts beherrschen. Und Herr Leipart antwortet:

„Das Volk soll herrschen. Dazu brauche es aber die Kontrolle der Wirtschaft, die ausgeübt werden muß durch den Staat, als den Vertreter der Gesamtheit, das ist unser Kampfesziel, darum alles für den Staat und alles für die Wirtschaft“. „Wir wollen die planmäßige Entwicklung der Industrie, wir begrüßen die rationelle Zusammenfassung in größere Einheiten, wir fordern die Ersetzung veralteter Arbeitsmethoden durch neue, die den Fortschritten der Technik angepaßt sind. Denn wir glauben, daß auf diese Weise eine Erweiterung der Wirtschaft erzielt wird, deren Folgen auch der Allgemeinheit zugutekommen ... Für die Arbeiterschaft schafft deshalb die 44-Stundenwoche“ (ohne Lohnausgleich und bei Steigerung der Arbeitsleistung, für die Erwerbslosen den Hungertod – der Verfasser).

Das ist das nationalistische Programm des Sozialfaschismus. Es glorifiziert den imperialistischen Krieg. Es lenkt die Massen ab von dem Klassenkampf, es unterordnet die Gewerkschaften vollständig

den Interessen von Staat und Wirtschaft, es zerreißt die proletarische Internationalität und hetzt letzten Endes die Massen erneut in blutige imperialistische Kriegsabenteuer.

Einige Phrasen sollen dem sozialfaschistischen Programm den internationalen Charakter geben. „Der Wiederaufbau der Weltwirtschaft hat erfreuliche Fortschritte gemacht – sagt Leipart –, die friedlichen Beziehungen zwischen den Völkern verstärken sich von Jahr zu Jahr. Es wachsen die Voraussetzungen für Pan-Europa und für die internationale Kontrolle der Wirtschaft durch eine internationale Behörde ... Aber die Haupttätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik werde voraussichtlich stets innerhalb des eigenen Landes liegen, weil der innere Markt die Grundlage aller wirtschaftlichen Tätigkeit sei und bleibe ... Der tiefste Sinn unseres Wirtschaftsprogramms ist: im brüderlichen Verstehen reichen wir uns über die nationalen Grenzen hinaus die Hände.“ ... Jawohl, sie reichen sich die Hände im brüderlichen Verstehen der gemeinsamen Verbrechen und Schändlichkeiten.

IV.

Die Ausführungen von Mertens über das Sozialprogramm des IGB zu erwähnen, scheint uns überflüssig. Seit zehn Jahren unterstützen die sozialfaschistischen Partei- und Gewerkschaftsführer die sozialpolitische Reaktion. Nur wenige nehmen ihre sozialen Phrasen ernst. Wichtiger ist dagegen, die Rede von Jouhaux über „Abrüstung und Friedenspakt“. Während die Aufgabe von Leipart darin bestand, den „friedlichen Charakter“ der gegenwärtigen Epoche unter allen Umständen zu beweisen, war es die von Jouhaux, die „aktive Tätigkeit“ des IGB, die er gemeinsam mit den imperialistischen Regierungen leistet, um den Krieg in Acht und Bann zu erklären der Oeffentlichkeit zu zeigen.

Herr Jouhaux, Herr Oudegeest und der verstorbene Herr Thorberg [489] gehörten der provisorischen gemischten Kommission für Abrüstungsfragen an. Mehr als drei Jahre war die Kommission beim Völkerbund tätig. Das Ergebnis ihrer Arbeit ist gleich Null. Herr Jouhaux ist gezwungen festzustellen, daß „Störungen und Verwicklungen hartnäckig bestehen bleiben, und das bereits vollbrachte Werk (den Friedenspakt) dauernd gefährden“. „Was ist zu tun? – fragt Herr Jouhaux –, das Losungswort „Krieg dem Kriege“ muß im IGB zur Geltung kommen.“ keineswegs Krieg dem imperialistischen Kriege, sondern Krieg dem Kriege, Krieg also dem Verteidigungskampf der Sowjetunion, Krieg den nationalen Befreiungskämpfen der unterdrückten Kolonialvölker, Krieg dem revolutionären Klassenkampf, aller kriegerischen Verbrechen der imperialistischen Bourgeoisie. Man hörte kein Wort des Herrn Jouhaux. Gegen den Vernichtungskampf, den die englische MacDonald-Regierung gegen die indische Nationalbewegung führt. Man hörte kein Wort gegen die Niedermetzelung der Araber durch die Regierung seines eigenen heiligen Vaterlandes, kein Wort über den imperialistischen Terror in China und Java. Statt dessen ein Bündel Phrasen und „die Beteuerung der gemeinsamen Aktion des IGB und des Völkerbundes gegen die offenen und geheimen kriegerischen Treibereien.“ Man muß sich die von den Regierungen abgegebene Erklärung zu eigen machen, die den Krieg außerhalb des Gesetzes stellt und ihn als internationales Verbrechen bezeichnet. Man muß die sofortige Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz fordern, man muß obligatorische Schiedsgerichte einrichten und man muß die private Herstellung von Waffen der internationalen Kontrolle unterwerfen. „Mit diesem Programm soll der IGB“ weiterhin im Mittelpunkt der Friedensaktion stehen. Krieg dem Kriege des internationalen revolutionären Proletariats, Krieg den Hütten, Friede den Palästen, das ist der tiefste Sinn der „Friedenspolitik“ des IGB.

Es ist richtig, die Aufgaben wachsen für die ehrbaren Bürger Citrine, Leipart, Jouhaux und Konsorten täglich und stündlich. Der Apparat des IGB, seine Verbindungen müssen besser funktionieren und eine größere Geschäftigkeit entfalten. Die schönen Tage von Amsterdam sind vorüber, die beschauliche Ruhe der Herren Sekretäre ist vorbei. Im Mittelpunkt des Kampfes „zur Aechtung des revolutionären Krieges“ soll der IGB stehen. Was liegt da näher als seine Exekutive nach Deutschland zu verlegen. Nach dem Deutschland mit seiner starken imperialistischen Bourgeoisie, dessen Regierung seit Jahren die Außenpolitik der II. Internationale durchführt, das nicht offen, sondern nur geheim seine Kriegsrüstungen betreiben kann. Nach dem Deutschland, das den Weltkrieg und seine Kolonien verlor, dessen Proletariat unter den Fesseln des Young-Plans schmachtet. Die Sitzverlegung des IGB nach Deutschland ist fürwahr ein guter Gedanke, geeignet die pazifistischen Illusionen unter den

Massen zu fördern. Aber er soll nutzlos verschwendet bleiben, das werden euch, ihr Herren Kriegsvorbereitungsräte, die Massen der Roten Gewerkschaftsinternationale besorgen.

V.

So sollte der Kongreß vor den Augen der Oeffentlichkeit recht harmonisch verlaufen und die „Einheit und Festigkeit“ des IGB repräsentieren. Mit vor Freude glänzenden Augen berichtete der Vorstand, daß von den Kommunisten im IGB nichts mehr zu bemerken ist, die russischen Lebensmittelarbeiter hätten die ILU verlassen, in Finnland seien alle kommunistischen Manöver bankrott, in Deutschland habe man die [490] kommunistischen Störenfriede aus den Verbänden hinausgeworfen. Aber noch war das Stockholmer Fest nicht zu Ende, da erscholl schon ein dumpfes Grollen der Massen bis in den Kongreßsaal hinein. Der englische Bergarbeiterführer, Herr Cook – vor kaum einem Jahre ging er noch zum Prinzen von Wales zum Festessen –, rebellierte. Gedrängt von den Massen der englischen Bergarbeiter, die vergeblich auf die Erfüllung der Versprechungen der MacDonald-Regierung harren, die sich enttäuscht nunmehr entschlossen zum Kampf rüsten, machte er seinem sonst so wandelbaren und jetzt so gepreßten Herzen Luft. „Die festeste Stütze des IGB, das Internationale Arbeitsamt, ist die mächtigste Waffe für die Befestigung des Kapitalismus – sagt Herr Cook – und für die Schwächung der Gewerkschaftsbewegung. Dieses Büro herrscht meiner Meinung nach über Amsterdam. Albert Thomas, der im Arbeitsamt die Interessen der Bourgeoisie vertritt, hält sowohl Jouhaux als auch Mertens in seinen Händen ... Aus Angst vor den Kommunisten arbeitet Amsterdam zusammen mit den faschistischen und christlichen Gewerkschaften, d. h. mit den Werkzeugen des Kapitalismus ... Leider unterstützt Amsterdam die Rationalisierung, obwohl diese ein Fluch für die Arbeiter ist ... Im Kampfe der englischen Bergarbeiter 1926 blieb Amsterdam fast neutral, es ermöglichte die Einfuhr von Millionen Tonnen Kohle nach England. Die russischen Arbeiter aber sandten uns Gold, um uns zum Siege zu verhelfen ...“

Es sind nicht die radikalen Phrasen des Cook in seinen Reden das Wichtigste, denn die wandelbare Politik Cooks ist bekannt. Wenn Cook das, was er sagt, glaubt, und gleichzeitig der Meinung ist, er könne als „Opposition“ die Tätigkeit des IGB. ändern, anstatt sie rücksichtslos zu entlarven und zu bekämpfen, dann bedeutet das nur jene wirre, für das Proletariat so gefährliche Politik fortzusetzen, die für Cook und viele andere „Linke“ typisch ist, und mit der sie bewußt oder unbewußt die Rolle des Deckmantels für die reaktionäre verräterische Arbeit der sozialfaschistischen Führer spielen. Aber sein Auftreten ist ein Anzeichen für die wachsende Gärung unter den Massen, die an den Grundpfeilern des IGB und der ganzen kapitalistischen Herrschaft rütteln. Die Rote Gewerkschaftsinternationale befindet sich im Vormarsch. Die Politik der Komintern beherrscht das Feld. Die Streikkämpfe wachsen. und werden geführt von der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, von den roten Gewerkschaftsverbänden. Die Massen sammeln sich zu entscheidenden Kämpfen. Daran ändert auch nichts, daß die Herren Leipart und Konsorten mehr als 10.000 Arbeiter aus den Gewerkschaften geworfen und zahlreiche Organisationen zerschlagen haben. Die rote Strom ist damit nicht zurückzudrängen und aufzuhalten.

Doch die Lehren des IGB-Kongresses sind, mit äußerster Energie und mit doppelter Kraft die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die revolutionären Gewerkschaften dort, wo sie bestehen, aufzubauen und zu stärken. In den Betrieben, auf den Arbeitsnachweisen, die Einheitsfront aller Unterdrückten zu schließen. Alle künstlichen Mauern und Dämme zwischen den Massen der Ausgebeuteten niederzureißen, damit sich der rote Strom zu einer Sturmflut verwandelt, die in alle Nester und Bastionen des IGB eindringt und den Herren des IGB ihr schmutziges, verräterisches Handwerk, das sie unter den Massen ausüben, legt. Der V. RGI-Kongreß wird dazu ein wichtiger Antrieb sein. [491]

*

Das Ostprogramm des Hindenburgblocks und die Gegenoffensive der Werktätigen des Ostens

Von E. Hörnle

I. „Osthilfe“ durch § 48

Am 26. Juli 1930 hat Hindenburg im Rahmen seiner „Verordnung zur Behebung wirtschaftlicher und sozialer Notstände“, wie der demagogische Titel dieses finanzkapitalistischen Hungerdiktats lautet,

auch den wesentlichsten Teil des von der Brüning-Regierung ausgearbeiteten, vom Reichstag bereits in zweiter Lesung angenommenen „Osthilfegesetzes“ in Kraft gesetzt. Die jetzt in Angriff genommene Aktion für „die gefährdeten Gebiete des deutschen Ostens“ ist tatsächlich eines der wichtigsten Glieder in der Kette jener umfangreichen Maßnahmen, die die deutsche Bourgeoisie unter der Peitsche der sich rasch zuspitzenden Wirtschaftskrise und des von ihr unterschriebenen Young-Pakts ergreift, um sich vor den drohenden Wogen des Zusammenbruchs und der proletarischen Revolution zu retten. Es ist kein Zufall, daß die neue „Osthilfe“-Verordnung Hindenburgs genau mitten drin steht zwischen Beamtennotopfer, Ledigensteuer, Kopfsteuer usw. auf der einen und dem Raubzug gegen die Erwerbslosen, proletarischen Kranken und Kriegsinvaliden auf der anderen Seite. Von den Mitteln, die mit Hilfe des neuen Hungerdiktats in die Kassen des Reiches geleitet werden, sollen im Laufe der nächsten fünf Jahre rund 1½ Milliarden Mark als besondere Subvention der Bourgeoisie Ostdeutschlands, und vor allem der dort vorherrschenden Agrarbourgeoisie, zugeführt werden.

Das Gesetz wird begründet mit der besonderen Notlage der „gefährdeten Gebiete des deutschen Ostens“, die eine Folge sei der willkürlichen Gebietszerreißungen und Grenzregulierungen, vor allem auch der umfangreichen Gebietsabtretungen, die das Versailler Diktat bestimmte. Mit dieser Begründung dient das Gesetz und die damit verbundene großzügige Agitation der Weckung und Stärkung nationalistischer Strömungen, zunächst gegenüber dem gefährlichsten Rivalen des neudeutschen Imperialismus in Osteuropa, Polen, das zur „Verständigung“ gezwungen werden soll, in weiterer Perspektive aber gegen Sowjetrußland.

Die Aufpeitschung nationalistischer Instinkte in den im Osten Deutschlands vorwiegenden Bauern-, Landarbeiter- und Kleinbürgermassen hat aber auch einen innerpolitischen Zweck: Ablenkung und Beruhigung dieser durch die Agrarkrise und die Raubpolitik des monopolistischen Finanzkapitals zur Verzweiflung getriebenen Massen, um die drohende revolutionäre Entwicklung in diesen bisher von Junkern und Pfaffen fast souverän beherrschten Gebieten hintanzuhalten. Darum auch die demagogische Fassung des Gesetzes, das den Kleinbauern und Landarbeitern die „eigene Scholle“ verspricht, den Mittelbauern und Handwerkern „Kredithilfe“ und „Lastensenkung“ vorgaukelt, den erwerbslosen Proletariern „Arbeitsbeschaffung“ in Aussicht stellt, während in Wirklichkeit die den arbeitenden Massen im Osten wie im Westen ausgepreßten Milliarden einzig und allein als Subventionen für Junker, oberschlesische Industriemagnaten, Kulaken und Hausagrarier geplant sind.

Die ostdeutschen Kapitalisten sollen eine besondere Zuwendung erhalten: 1. weil in Deutschland infolge der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Schwäche dieser Gebiete die Zuspitzung der [492] kapitalistischen Krise sich am schnellsten und tiefgreifendsten zur Katastrophe steigert; 2. weil das hier vorherrschende Junker- und Großbauerntum als ein unersetzliches Element in dem sich bildenden faschistischen Macht- und Herrschaftsapparat der deutschen Gesamtbourgeoisie erhalten bleiben muß; 3. weil eine „Verständigung“ mit dem polnischen Imperialismus zur gemeinsamen wirtschaftlichen und gebietspolitischen Expansion nach Osten – also gegen Sowjetrußland – nur auf der Basis eines wirtschaftlich, politisch und militärisch gestärkten Grenzlandes möglich ist; 4. weil in der Ostmark die agrarische Basis des deutschen Imperialismus ist; 5. weil die Bourgeoisie eine außerordentliche Stärkung der unter Führung der Kommunistischen Partei in Mittel- und Westdeutschland beginnenden revolutionären Massenaktion fürchtet, wenn auch die großen Reserven des Landarbeiter-, Textil- und Bergproletariats, der Kleinbauern und proletarisierten Kleinbürger des Ostens in Bewegung geraten.

Wie die gegenwärtigen Regierungskreise die Ostfrage beurteilen, geht aus einem Artikel des stellvertretenden Vorsitzenden der geeinigten landwirtschaftlichen Genossenschaften, Magnus v. Braun, hervor, den das Organ des Ministers Treviranus, die „Berliner Börsenzeitung“, am 23. März d. J. veröffentlichte. Braun schreibt:

„Die Ostfrage ist, wie keine zweite in der Zukunft, für absehbare Zeit eine politische Frage größten Stils, vielleicht die größte politische Frage des nächsten Menschenalters, es dreht sich um die Vorherrschaft Polens und unsere Entwicklungsmöglichkeiten im Osten. Ostpreußen ist die einzige Brücke zu den Randstaaten und später zu Rußland, für jeden Absatz und jeden Handel mit diesen Ländern

unentbehrlich, für jeden Austausch von Mensch und Ware unerläßliche Voraussetzung. – Dem wirtschaftlichen Zusammenbruch Ostpreußens würde der politische nur zu leicht folgen. Die Tatsache, daß wir heute noch zu essen haben, darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir morgen als Vorstufe zum Bolschewismus Hungerkrawalle haben können."

Es ist nicht das erstemal, daß die gesamtdeutsche Bourgeoisie besondere Aktionen zugunsten der Bourgeoisie der Ostprovinzen einleitet. Seit Jahren erhält vor allem die Agrarbourgeoisie Ostpreußens, aber auch die Montanindustrie Oberschlesiens besondere Vergünstigungen und Subventionen in Form von Steuererleichterungen, Tarifermäßigungen, Kredithilfen und Zinszuschüssen. Die ganze Agrarzollgesetzgebung der Müller- und der Brüning-Regierung seit dem Sommer 1929 ist im wesentlichen auf die Interessen der östlichen Agrarbourgeoisie abgestellt. Der fünfjährige Handelskrieg mit Polen, der den werktätigen Massen hunderte von Millionen gekostet hat, wurde ausdrücklich auf Betreiben sowohl der ostelbischen Junker wie der oberschlesischen Kohlenfürsten betrieben. Protektionistische Gesetze der Hermann-Müller-Regierung, wie der Vermahlungszwang für Inlandweizen und vor allem die Stützungsaktion für den Roggen, sind ausgesprochene Subventionsmaßnahmen für die Großagrarier des Ostens. Die Agrargesetzgebung der Brüning-Schiele (Gesetz zum Schutze der Landwirtschaft vom 15. April 1930, Brotgesetz, Milchgesetz, Entwurf einem Standardisierungsgesetzes) führt die von Hermann Müller begonnene Linie nur konsequent weiter, und das Osthilfegesetz der gegenwärtigen Machthaber ist ja auch formell nur die Fortsetzung und der Ausbau jenes „Gesetzes über wirtschaftliche Hilfe für Ostpreußen", das am 28. Mai 1929 von der Hermann-Müller-Regierung erlassen wurde. Auch bei dieser Aktion also die vollständige Kontinuität der Gesetzgebung: Müller, Hilferding und [493] Severing als Wegbereiter für Brüning, Schiele, Treviranus; ein weiterer Beweis, daß es sich hier um zentrale Fragen des deutschen Kapitalismus und seiner „Weltgeltung" handelt.

II. Die „Not des Ostens" und die Schuld der deutschen Bourgeoisie

Das nationalistische Pathos nennt die deutschen Ostprovinzen – Ostpreußen, Grenzmark, Nieder- und Oberschlesien sowie Teile von Pommern und Brandenburg – das „Land unterm Kreuz". Die Denkschrift der Provinz Oberschlesien spricht vom „Schatten von Versailles", der auf diesen Provinzen ruhe. Demgegenüber ist es notwendig, immer wieder zu betonen, daß das Diktat von Versailles und die späteren Genfer Regelungen zwar die politische Zerrissenheit und wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieser Gebiete außerordentlich verschärft – 1700 Kilometer Grenzlinien –, diese aber keineswegs geschaffen oder auch nur allein so verschärft haben. Die heutige wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit Ostdeutschlands ist auch keineswegs nur die Folge geographischer und klimatischer Nachteile oder der geringen Bodenqualitäten, die dort vorwiegen; sie ist vor allem die Folge jener reaktionären und ausbeuterischen Ostpolitik, die die preußischdeutsche Bourgeoisie seit mehr als hundert Jahren gegenüber den dortigen werktätigen Massen betrieben hat.

Diese Ostpolitik hatte die Stärkung der ostelbischen Junkerkaste durch Enteignung der Bauern, Konservierung einer halbfeudalen Agrarverfassung, Unterbindung der industriellen Entwicklung, Knechtung des Landproletariats zum Ziele. Sie begann vor 120 Jahren mit der sogenannten „Bauernbefreiung" in Preußen, die hunderttausende Bauern gleichzeitig von den Ketten mittelalterlicher Leibeigenschaft als auch vom Boden und von allen Produktionsmitteln „befreite". Die heute beklagte Entvölkerung des deutschen Ostens, die dortige Latifundienwirtschaft, das Fehlen einer städtischen Wirtschaft, die dem Lande als Absatzmarkt dienen könnte, die materielle Armut und kulturelle Rückständigkeit, in denen die arbeitenden Massen, auch das Kleinbürgertum, vegetieren müssen, der Mangel an Straßen, Kanälen, Eisenbahnen, an Schulen, Krankenhäusern und sonstigen öffentlichen Anstalten: alles dies ist das Resultat jenes unheilvollen Kompromisses, den die deutsche Bourgeoisie gleich nach ihrem Emporkommen aus Angst vor dem Proletariat mit dem barbarischen ostelbischen Feudaladel schloß, eines Kompromisses, das mit seiner „Gesindeordnung", seinem Fideikommißwesen, seinen „Gutsbezirken", seinen „Landschaftskassen", seiner Bevorzugung der Junker in Armee und höherer Verwaltung eine der wichtigsten Grundlagen der preußisch-deutschen Monarchie vor dem Kriege war und von der demokratischen Republik nach dem Kriege nicht beseitigt, sondern nur etwas abgewandelt wurde.

Wie lebendig übrigens die Erinnerung an die Zeit des ostdeutschen Bauernlegens und damit das Bewußtsein der wahren Ursachen ihrer Notlage in den ostdeutschen Bauernmassen heute noch ist, zeigen die Ausführungen des Führers des Schlesischen Bauernbundes, Hillebrand, in der Reichstagssitzung vom 24. Juni, der trotz seiner Loyalitätserklärung für Hindenburg, den er als „Vater der Osthilfe“ bezeichnete, von dem starken Mißtrauen seiner Wähler sprechen mußte, die „immer noch das Fiasko vor Augen haben, das jammervolle Nachsehen mit leeren Händen“. Wörtlich führte er hierauf aus:

„Gegenüber den Ausführungen der „Deutschen Zeitung“ erheben wir Bauern des Ostens, agrarhistorisch gesehen, die Forderung, daß in dieser Stunde, in der noch einmal die Gelegenheit gegeben ist, bei der Osthilfe das [494] Unrecht gutzumachen, das am Bauernstande bei der sogenannten ersten landwirtschaftlichen Hilfsaktion vor 100 Jahren, bei der Gründung und Auswirkung der ritterschaftlichen Landschaften begangen wurde. Die damalige Zuwendung ganz außergewöhnlicher Mittel ganz allein an die adlige Ritterschaft, in Schlesien von allein über 600.000 Thalern niedrigster, wertvollster Zinsmittel, hat damals dem Großgrundbesitz mit Staatsmitteln die vernichtende Waffe der größten Bauernlegerei der Geschichte in die Hand gegeben.“

Nach Professor Sering wurden in den ersten vier Jahrzehnten des letzten Jahrhunderts in Ostdeutschland rund vier Millionen Hektar Bauernland an den Großgrundbesitz überführt. Hillebrand erklärte:

„Jene für den Bauernstand so unheilvolle Landschaftsaktion ist mit die eigentliche Ursache für die heutige trostlose Gesamtwirtschaft im Osten geworden.“ Die Kommunisten werden diesen, sicher unverdächtigen Zeugen bei ihrer aufklärenden Agitation unter den ostdeutschen Landproleten und Kleinbauern gut zu verwerten wissen.

Was nun die Lage in Ostdeutschland im einzelnen anbetrifft, so ist es freilich Tatsache, daß die Gebietsabtretungen 5.100.000 Hektar Fläche gleich 25 Prozent des Umfangs der früheren Ostprovinzen umfassen. An Menschen wohnten auf den abgetretenen Flächen 4.375.000. An landwirtschaftlicher Fläche wurden 3.660.000 Hektar oder 27 Prozent mit 396.000 Betrieben und mit 25 bis 28 Prozent des Viehbestandes der Ostprovinzen abgetreten. Die agrarische Basis des deutschen Imperialismus ist also tatsächlich erheblich verengert worden. In Oberschlesien ging auch ein wichtiger Teil der industriellen Basis verloren.

Selten ist ein feierliches Versprechen der Machthaber so schnöde gebrochen worden wie das Oktoberedikt Friedrich Wilhelms III. von Preußen, der nach der Niederlage von Jena 1807 den leibeigenen preußischen Bauern und Soldaten die „Freiheit“ versprach, und hundertzehn Jahre später jenes Siedlungsversprechen Hindenburgs an die geschlagenen Truppen des Weltkrieges. In den zehn Jahren seit 1919 schufen das Reich und Preußen gemeinsam ganze 26.342 Neusiedlungen, wovon noch nicht einmal 5000 wirkliche Bauernsiedlungen sind, während alle übrigen entweder lebensunfähige, erbärmliche Tagelöhnerstellen oder aber „Restgüter“ und Großbauernhöfe sind. Und wie die Kleinbauern, so hat die Republik auch die rund zwei Millionen Landarbeiter verraten, die im Osten wohnen. An Stelle der altpreußischen „Gesindeordnung“ stellte sie die republikanische „Landarbeitsordnung“, die Teno und wiederholte Streikverbote. Nach den Mitteilungen des preußischen Landwirtschaftsministers Steiger bei den diesjährigen Etatsdebatten im preußischen Landtag sind sogar körperliche Mißhandlungen von Landarbeitern in den Ostprovinzen heute wie ehedem noch an der Tagesordnung. Die Agrarbourgeoisie des Ostens beklagt sich über „Landflucht“ und häufigen „Kontraktbruch“ ihrer Lohnsklaven, aber sie ist es, die unter dem Schutze, ja unter eifriger Mitwirkung der demokratischen Republik die alten, halbfeudalen Ausbeutungsmethoden, wie Deputatwesen, Frauen- und Kinderzwangsarbeit, das Hofgängersystem, mit den modernkapitalistischen Methoden der Akkord- und Prämienarbeit verbunden hat. Das Elend und der Schmutz ihrer Werkswohnungen und der „Schnitterkasernen“, die Rechtlosigkeit und Kulturlosigkeit auf den Gütern – stehen doch die Landarbeiter unter Ausnahmegesetzen in bezug auf Betriebsräte, Arbeitslosenfürsorge, Krankenversicherung, Gewerberecht usw. – treiben jährlich Zehntausende zur Auswanderung nach Mittel- und Westdeutschland. Selbst eine gelbe Organisation, der „Nationale Landarbeiterverband“, mußte neulich auf Grund einer statistischen Erhebung feststellen, daß [495] der gesamte durchschnittliche Arbeitsverdienst einer fünfköpfigen Landarbeiterfamilie in Ostpreußen – also einschließlich des Arbeitsverdienstes der Frau, des jugendlichen „Hofgängers“ und der schulpflichtigen Kinder – im ganzen Jahr nur 1473,80 Mark, in Pommern 1571,79 Mark und in Schlesien 1627,01 Mark beträgt. Dabei

hat der gelbe Verband sicher noch zu Ehren der kapitalistischen Weltordnung im allgemeinen und der ostelbischen Junker im besonderen die günstigsten Fälle für seine Umfrage herausgesucht.

Heute beklagt sich die ostdeutsche Bourgeoisie über die „Wirtschaftsferne“, in der sich die agrarischen und industriellen Produktionsgebiete des Ostens, insbesondere Ostpreußen und Schlesien von ihren Absatz- und Bezugsgebieten befinden. Aber sie stellt damit selber fest, daß der Mangel an Kanälen, Straßen und Eisenbahnen die Folge der von der deutschen Gesamtbourgeoisie betriebenen Verkehrspolitik ist.

Genau dieselbe Ursache hat die im Osten besonders scharf ausgeprägte Kapitalnot. Die deutschen Banken, ja selbst die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben nach dem Weltkrieg und vor allem nach der Inflation Kredite nach dem Osten nur unter Anrechnung hoher „Risikoprämien“ gegeben. Kein Wunder, daß die Produktionskosten im Osten trotz der niedrigen Löhne am höchsten und die Verkaufspreise am niedrigsten sind. Die ostpreußische Landwirtschaft muß z. B. – nicht wegen des polnischen Korridors, der für den Transitverkehr gar kein Hindernis bietet, sondern wegen der hohen Frachtsätze – ihre Produktionsmittel um 10 bis 12 Prozent teurer bezahlen als die mittel- oder westdeutsche und erhält für ihre Produkte genau soviel weniger.

Daher auch die große Verschuldungskrise gerade im Osten, weit über das durch die Agrarkrise hervorgerufene allgemeine Maß hinaus. Nach den Erhebungen der Preußenkasse waren schon im Sommer 1928 von 13.483 erfaßten ostelbischen Großbetrieben über 2000 mit mehr als 70 Prozent ihres hochbewerteten Gesamtvermögens verschuldet, also konkursreif. Diese Verschuldungshöhe ist keineswegs nur eine Folge der allgemeinen Agrarkrise, sondern im wesentlichen der privaten und staatlichen Kreditpolitik in den Jahren seit der Inflation und der traditionellen Gier und Unfähigkeit der Junkerkaste.

III. Die Mittel und Methoden der „Osthilfe“

Der vom Brüning-Kabinett im Juni dem Reichstag zugeleitete, im Ostausschuß wie im Haushaltsausschuß beratene und in zweiter Lesung vom Plenum schon genehmigte Gesetzentwurf zerfällt formal in fünf Teile. Der erste behandelt die „landwirtschaftliche Siedlung“, der zweite die „Kredithilfe“, der dritte die „Lastensenkung und Förderung sonstiger, insbesondere wirtschaftlicher, gesundheitlicher und sozialer Zwecke“, der vierte die „Förderung des Baues von Eisenbahnen“, während der fünfte Teil unter der Ueberschrift „Allgemeine Bestimmungen“ sowohl die Bestimmungen über ein zeitweiliges Moratorium („Vollstreckungsschutz“) wie über die Geldbeschaffung und die Kreditkontrolle („Landstellen“) enthält. In Einheit mit dem „Osthilfegesetz“ wurde auch ein „Gesetz über die deutsche Ablösungsbank“ fertiggestellt, deren Aufgabe die Beschaffung privater Geldmittel zur Umschuldung mit Hilfe von Reichsgarantien sein soll. Gleichzeitig forderte die Regierung in einem Ergänzungsetat die Nachbewilligung von 126 Millionen Mark, um damit sofort die Aktion beginnen zu können. Der Plan ist auf fünf Jahre berechnet und soll im Laufe dieser Zeit mindestens 1,5 Milliarden Mark [496] Kredite und einige 100 Millionen Zuschüsse in die „gefährdeten Gebiete“ pumpen.

a) Der Betrug an den Siedlern und Landarbeitern.

Die §§ 1 bis 6 behandeln die „Landwirtschaftliche Siedlung“. Die Regierung wird ermächtigt, für Kredite bis zu 250 Millionen Mark die Garantie zu übernehmen. Die bisher seit dem Jahre 1926 gegebenen kurzfristigen Zwischenkredite sollen allmählich zurückgezogen und für neue Siedlungen wiederverwendet werden. Sämtliche Siedlungsgelder werden in einer zentralen Siedlungsbank zusammengezogen. 80 Prozent aller Siedlungsmittel sollen in den Ostgebieten Verwendung finden. Das Reich kann den Siedlern gewisse Zuschüsse zur Erleichterung ihrer Zinslasten gewähren.

Diese Bestimmungen sind in Wirklichkeit ein erbärmlicher Betrug an den Massen der bodenhungrigen Bauern sowohl im Osten wie in den übrigen Teilen Deutschlands. Sie besagen weiter gar nichts, als daß das bisherige Tempo und die bisherigen Methoden der staatlichen Siedlungspolitik für die nächsten fünf Jahre fortgesetzt werden soll. Die Umwandlung der staatlichen Zwischenkredite in private Hypotheken, für die das Reich die Garantie übernimmt, bedeutet selbst heute, wo infolge der Wirtschaftskrise eine ziemliche Geldflüssigkeit vorhanden ist, eine starke

Erhöhung der Zinsleistungen der Siedler. Da im Haushalt für Zinserleichterungen eine ganze Million eingestellt ist, erweist sich auch der § 7 als leere Vertröstung. Daß die herangezogenen Zwischenkredite wiederverwendet werden sollen, ist nichts Neues, sondern war von jeher geplant; neu ist freilich die Tatsache, daß von der seit 1926 für die Siedlung vorgesehenen gesetzlichen Jahresrate in Höhe von 50 Millionen Mark ausgerechnet in diesem Jahre, im Jahre der „Osthilfe“, 25 Millionen gestrichen sind!

Die seit Jahren immer stürmischer erhobenen Forderungen der bodenarmen Bauern und der Siedler werden vollkommen ignoriert. Keine Verbilligung, keine Zwangsenteignung des Bodens, keine Durchführung des Siedlungsverfahrens durch die genossenschaftlich organisierten Siedler selbst, keine Bestimmungen über die bitter notwendigen Freijahre des Siedlers von Steuern und Zinsen, über die Höhe der staatlichen Einrichtungskredite und Produkte, insbesondere über gemeinsamen Feldbau und genossenschaftliche Anwendung von Maschinen. Das sind alles Forderungen, die abstrakt theoretisch gesprochen selbst in einer bürgerlichen Demokratie durchführbar wären, aber in der Periode der Diktatur des Finanzkapitals und der wachsenden Zerrüttung der kapitalistischen Wirtschaft von den Parlamenten nicht einmal debattiert werden. So bleibt es denn auch unter dem Regime der „Osthilfe“ bei der alten, ausbeuterischen und betrügerischen Siedlungspolitik im Interesse der den Boden verkaufenden Großagrarier, der zahlungsfähigen Großbauernsöhne, der wucherischen „Siedlungsgesellschaften“ und des nationalistischen „Grenzschutz“rummels.

Besonders deutlich geht der wahre Zweck der bürgerlichen Siedlungspolitik aus einer Bestimmung im § 9 (Betriebssicherung) hervor, in dem Mittel zur Verfügung gestellt werden „als Hilfe zur Durchführung einer Schulden- und Grundstücksregelung, die unter Abveräußerung von Teilflächen zwecks Anlieger- und Neusiedlungen eine Gesundung des Restbesitzes sichert“. Die Ostsiedlung wird also nicht unter dem Gesichtspunkt der bäuerlichen Siedlerinteressen (billiger, guter Boden, [497] günstige Lage usw.) betrieben, sondern zur Wiederflottmachung der bankrotten Großagrarier.

Wie die kleinen Bauern, so werden auch die Landarbeiter durch das Gesetz betrogen. Der § 6 regelt die Ansässigmachung der Arbeiter auf den aufgeteilten Gütern und die Schaffung sogenannter Landarbeiterstellen. Auch von der Sozialdemokratie wird diese Art der Landarbeitersiedlung, das ist die Verwandlung der Landproletarier in vom Gutsbesitzer abhängige Zwergbauern, als soziale Reform gepriesen, denn die Bodenparzelle biete dem Proletarier einen gewissen ökonomischen Rückhalt gegenüber dem Gutsbesitzer und darüber hinaus die Möglichkeit des „sozialen Aufstiegs“. Dieser reformistische Schwindel ist außerordentlich gefährlich, denn in Wirklichkeit bindet diese Zwergsiedlung den Landproletarier ebensosehr, ja noch mehr an die Scholle als die bisher übliche Werkswohnung auf dem Gute, sie verlängert seine Arbeitszeit ins ungemessene, entwickelt in ihm Illusionen und die psychische Struktur des Kleinbesitzers und Warenproduzenten, macht ihn zum Lohndrücker und Streikbrecher gegenüber dem nicht an die Scholle gebundenen „Freiarbeiter“. Sehr deutlich hat diesen wahren Zweck der Landarbeitersiedlung am 20. Februar d. J. der preußische Landwirtschaftsminister Steiger in seiner Etatsrede ausgeplaudert, als er sagte:

„Erscheinungen der neueren Zeit deuten auch darauf hin, daß die landwirtschaftlichen Großbetriebe je länger um so mehr dazu übergehen, die Zahl ihrer Deputatarbeiter zu verringern und dafür einheimische Saisonarbeiter zu beschäftigen, um sich von dem Ballast, der sich sonst für die Deputatarbeiter ergibt, zu befreien; mit anderen Worten: daß sie es mehr und mehr bevorzugen, Arbeiter zu beschäftigen, die sich in einem eigenen Heim befinden. Genaue Berechnungen haben ergeben, daß die Arbeit als Spitzenarbeit die billigste ist.“

Hier haben wir also den wahren Grund für die angebliche Befreiung des Landarbeiters aus der Tyrannei des Junkers: der Junker rationalisiert, wird moderner Kaufmann, Nahrungsmittelfabrikant. Der alte Deputatarbeiter, den er das ganze Jahr gegenüber ernähren muß, wird ihm „Ballast“. Moderne Landwirtschaft ist zu 80 Prozent Saisonarbeit. Also fort mit dem Deputanten, her mit dem „freien“ Spitzenarbeiter!

Der Jahresbericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung für 1929 stellt diese Tendenz in allen Ostprovinzen fest und belegt sie mit dürren Zahlen. Nach diesem Bericht stieg die Erwerbslosigkeit in der deutschen Landwirtschaft von Februar 1928 (Februar hat regelmäßig die Höchstziffer) bis Februar 1929 um 92.800 Personen oder um 121,3 Prozent, nämlich von 76.540 auf

169.400 Personen. Sogar in der Erntezeit war 1929 die Zahl der arbeitsuchenden Gutsarbeiter immer noch um 25.300 oder 26,2 Prozent höher als im Vorjahre. Am gewaltigsten war aber diese Zunahme der Landarbeitererwerbslosigkeit in Schlesien, wo sie im Juli 1929, also zur Zeit der Höchstbeschäftigung, nicht 26, sondern 47,8 Prozent über dem Vorjahre stand. Im Dezember 1929 zählte diese Provinz 34.300 beschäftigungslose Landarbeiter gegen 24.800 zur selben Zeit des Vorjahres. Die Mehrzahl der erwerbslosen Landarbeiter sind ehemalige Deputanten, verheiratete Leute mit Familie, während ledige Burschen und Mädchen sowie Tagelöhnerinnen stark gesucht sind. Aus Westfalen allein wurden im Berichtsjahr 7032 städtische Arbeiter, darunter 5002 Jugendliche unter 21 Jahren in die außerwestfälische Landwirtschaft überführt. Um diese Fragen kümmert sich Hindenburgs „Osthilfe“ natürlich ebensowenig wie um Arbeitszeit, Lohn und die übrigen Arbeits- und Lebensbedingungen der Landproletarier. [498]

b) Die in den §§ 7 bis 10 und 21 bis 34 behandelte „Kredithilfe“ Hindenburgs ändert nicht das geringste an der Schuldknechtschaft der kleinen Bauern. Sie kommt für diese auch gar nicht in Betracht. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß alle Zahlenangaben des Reichskommissars für die „Ostpreußenhilfe“ des vergangenen Jahres erst den Bauer mit mehr als 20 Hektar berücksichtigen. Der Kommissar – der demokratische Abgeordnete Rönneburg – mußte zugeben, daß es nicht gelungen sei, selbst die kleine Summe von 15 Millionen, die als Ratenkredite für die Kleinbauern in Ostpreußen 1929 vorgesehen waren, bei den Kreditinstituten flüssig zu machen.

Die sogenannte „Umschuldung“, die das Gesetz vorsieht – die erste „Umschuldung“ wurde 1928 im berüchtigten „Notprogramm“ der ersten Bürgerblockregierung beschlossen und von Hermann Müller durchgeführt – hat den Zweck, „die schwebenden, kurzfristigen und hochverzinslichen Schulden der gefährdeten landwirtschaftlichen Betriebe in eine längerbefristete, mäßig verzinsliche Schuld zu überführen“. Nach den Angaben des Instituts für Konjunkturforschung beläuft sich die Summe der sogenannten Personal- und Schwimmschulden in der deutschen Landwirtschaft auf rund 4 Milliarden Mark, wovon wir mindestens 2 Milliarden auf Ostdeutschland anrechnen können. Die Regierung wird laut dem neuen Osthilfegesetz ermächtigt, die Garantie für Kredite bis zu 650 Millionen Mark zu übernehmen, die durch die neue „Ablösungsbank“ auf dem Geldmarkt beschafft werden sollen. Dafür erhält diese das Recht, Schuldverschreibungen bis zum zehnfachen Betrag ihres Stammkapitals auszugeben. An der Stammeinlage von zunächst 50 Millionen werden sich beteiligen: das Reich, Preußen, die Rentenbankkreditanstalt, die Preußenkasse (also nochmals Preußen und das Reich, und die „Bank für Industrieobligationen“. Die neue Bank ist von allen Einkommen-, Vermögens-, Grund- und Gewerbesteuern befreit.

Von einschneidender Bedeutung ist die aktive Beteiligung der Industrie an dieser „Rettungsaktion“ für den ostdeutschen Großgrundbesitz. Aus der „Aufbringungsumlage“, die infolge des Young-Plans frei geworden ist, sollen zunächst 100 Millionen, später nochmals 150 Millionen Mark als Darlehen der Ablösungsbank zugeführt werden. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat sich auf seiner Dezembertagung ausdrücklich mit einer derartigen Regelung einverstanden erklärt, Streit geht nur um die Frage der Kontrolle dieser Gelder durch die Großindustrie selbst. Hierin äußert sich die wachsende Verschmelzung des Agrar- und Finanzkapitals wie auch die wachsende Absorbierung der Grundrente durch das Trustkapital. Es ist vor allem die chemische und Maschinenindustrie, die von der forcierten Industrialisierung der wieder flott gemachten Agrarbetriebe eine Belebung des Binnenmarktes erwartet. Gleichzeitig soll die Steigerung der fabrikmäßigen Nahrungs- und Futtermittelproduktion die deutsche Handelsbilanz entlasten; beträgt doch die jährliche Einfuhr agrarischer Produkte nach Deutschland rund 3 Milliarden Mark, davon menschliche Lebensmittel allein 2,3 Milliarden.

Um die Umschuldung zu beschleunigen, hat die Ablösungsbank auch das Recht, sogenannte „Ablösungsscheine“ an die Gläubiger der Landwirte herauszugeben, die verzinsbar sind und gehandelt werden können. Man hofft, damit sowohl dem Landwirt wie seinem großindustriellen Gläubiger Bewegungsfreiheit zu geben.

[499] Für die Prüfung der Kreditgesuche und Kontrolle der Kreditnehmer werden besondere Organe, „Landstellen“ eingerichtet. Zur „Kredithilfe“ gehört ferner die Ermächtigung an die Regierung,

Zinsverbilligungszuschüsse zu geben. Im Etat wurden zu diesem Zweck 6 Millionen Mark eingestellt. Den Klein- und kleineren Mittelbetrieben können besondere Vergünstigungen gewährt werden. Es ist für den Geist des Gesetzes bezeichnend, daß ein kommunistischer Antrag, der das Wörtchen „können“ in „müssen“ verwandeln wollte, von sämtlichen Parteien einschließlich Nazi und SPD, abgelehnt wurde.

Besondere Zuschüsse oder Darlehen sollen noch außerhalb der allgemeinen Umschuldung gegeben werden „an Betriebe, die in ihrem Bestande gefährdet sind, aber nach Lage der Verhältnisse noch erhalten werden können, und bei denen die Leitung des Betriebs hierfür Gewähr bietet“. 50 Millionen Mark sieht hierfür der Etat vor. Dieser § 9 will den sich infolge der Wirtschaftskrise durchsetzenden „Uebergang der Betriebe zum besten Wirt“, wie Professor Ritter den Vorgang nennt, zugunsten der einheimischen Junker und Großbauern verzögern, bzw. diesen selbst – trotz ihrer Pleite – die Möglichkeit geben, sich von den überlebten patriarchalischen und feudalen Methoden der Landwirtschaft auf die modernen hochkapitalistischen, die in Westdeutschland längst vorhanden sind, umzustellen. Die paar Bestimmungen, wonach auch Klein- und Mittelbetrieben zur Erleichterung ihrer Kreditverhältnisse bzw. zur Ergänzung des „unentbehrlichen Inventars“ etwas aus diesen Beträgen gegeben werden solle, werden genau so auf dem Papier bleiben, wie das bei der letzten Umschuldungsaktion und der „Ostpreußenhilfe“ 1929 der Fall war.

Mit welcher Rücksichtslosigkeit das ostelbische Junkertum sich anschickt, die immerhin erheblichen Kapitalsummen zu schlucken, das illustrierten besonders schlagend die Ausführungen des Ostpreußenkommissars Rönneburg am 24. Juni im Reichstag. Obwohl dieser Demokrat nur im Interesse der Kulaken handelte, zog er sich doch die erbitterte Feindschaft der hundertprozentigen Junker zu. Nach ihm haben die ostpreußischen „Kreditausschüsse“, denen die Begutachtung der Antragsteller oblag, und die in der Hauptsache von Rittergutsbesitzern und Domänenpächtern samt ihrem Anhang aus der höheren Bürokratie zusammengesetzt sind, bei Betrieben über 800 Morgen nur jeden 55. Antrag, bei Betrieben unter 400 Morgen schon jeden 13. Antrag zurückgewiesen. Von den billigen Golddiskontbankkrediten des Jahres 1925 erhielten in

Ostpreußen 191 Großbetriebe 4,7 Millionen Mark, während 369 bäuerliche Betriebe zusammen nur 1,5 Millionen Mark erhielten. Von den 80 Millionen der „Ostpreußenhilfe“ erhielten 1000 Großbetriebe – das heißt jeder dritte Großbetrieb! –, 60 Millionen, während von den 104.000 bäuerlichen Betrieben nur 2400, d. h. jeder 43. Betrieb zusammen 20 Millionen erhielten. Wo bleibt aber das Geld? Auch darüber gab Rönneburg Auskunft. Von 3508 Betrieben, denen bei der letzten Hilfsaktion 77 Millionen in den Schoß geschüttet wurden, waren in diesem Jahr „mehr oder minder gefährdet“ 536 Betriebe mit 26 Millionen, darunter waren 361 Großbetriebe mit 23,5 Millionen. Als völlig verloren berechnet Rönneburg 9,25 Millionen Mark, für die Reich und Preußen nun aufkommen müssen. Von den 650 Millionen Reichsgarantien in diesem Jahr wird man entsprechend also einen reinen Verlust von rund 100 Millionen ansetzen dürfen, die der werktätige Steuerzahler dann decken muß.

Schluß folgt.) [500]

Betrügerische Statistik

In der Lohnabbaukampagne, die die deutsche Bourgeoisie gegenwärtig gegen den erbitterten Widerstand der Arbeiterklasse führt, wird von Unternehmerseite immer wieder behauptet, daß die Lebenshaltungskosten gesunken seien, der Arbeiter für „sein Geld“ also mehr Waren kaufen könne als früher. Im folgenden werden einige grundlegende Mängel der „amtlichen“ Lebenshaltungsstatistik aufgezeigt.

I.

–f. In einem der letzten Hefte der „Internationale“ wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß eine einwandfreie Statistik der Lebenshaltungskosten im Kapitalismus nicht möglich sei, wie überhaupt auch die Statistik für die Erfordernisse des Klassenkampfes im Interesse der herrschenden Klasse ausgenutzt wird. Am Beispiel der Lebenshaltungsstatistik soll aber noch einmal ausdrücklich gezeigt werden, welche Fehler, bewußt oder unbewußt, im einzelnen in der „amtlichen Lebenshaltungsstatistik“ nachweisbar sind. Ein großer Teil der Fehler, was die Beschaffung und Begrenzung des

Materials anbetrifft, verschwindet im Schoße der Behörden; es bleiben aber auch dann genügend Angriffspunkte, wenn man die Lebenshaltungskosten der amtlichen Statistik mit anderen Ergebnissen dieser selben amtlichen Statistik vergleicht.

II.

Zunächst einige Bemerkungen allgemeinerer Art, die für das folgende unerläßlich sind. Indexziffern sind bekanntlich Zusammenfassungen von einzelnen Daten, deren Niveau und Bewegung charakterisiert werden soll. An einem Beispiel: Anstatt die Höhe und Entwicklung der Lebenshaltungskosten an einzelnen Warenpreisen, am Brotpreis, am Fleischpreis, an der Wohnungsmiete usw. zu verfolgen, versucht man einen zusammenfassenden Ausdruck für alle Einzelbewegungen zu geben. Zunächst ist also festzulegen, welche Reihen zusammengefaßt werden sollen (Geltungsbereich der Indexziffer). Zum Vergleich der Preishöhe bezieht man die einzelnen Preise auf entsprechende Preise eines zurückliegenden Zeitpunktes (z. B. 1913/14; Basierung der Indexziffer). Bei der Zusammenfassung der einzelnen Preisreihen schließlich muß man die verschiedene Bedeutung berücksichtigen, die den einzelnen Waren beim Verbrauch zukommt. Z. B. ist es für die Entwicklung der Lebenshaltungskosten weit erheblicher, wenn der Brotpreis steigt, als wenn der Weinpreis in die Höhe geht. Deshalb versieht man die Einzelreihen mit einer Zahl, die die Bedeutung der Reihen angeben soll (sogenannte Gewichtung der Indexziffer).

Die auf eine Basis bezogenen, gewogenen Einzelreihen ergeben zusammengefaßt dann schließlich die Indexziffer der Lebenshaltungskosten.

III.

Der Geltungsbereich der Indexziffer.

Die Indexziffer der Lebenshaltungskosten umfaßt seit 1925 neben den Ausgaben für Ernährung, Wohnung, Bekleidung, Beleuchtung und Heizung auch eine Rubrik „Sonstige Ausgaben“. Die einzelnen Mengen sind auf den vierwöchigen Verbrauch von zwei Erwachsenen, eines vierzehnjährigen Knaben, eines achtjährigen Mädchens und eines 1½ Jahr alten Kindes abgestellt. Sehen wir zu,[1]

Die Gruppe Ernährung, die im Index etwa 55 Prozent der Gesamtkosten umfaßt, billigt der Familie für vier Wochen rund 288.000 Reinkalorien und rund 7500 Gramm Eiweiß zu. Triumphierend wird dabei angemerkt, daß der von amtlicher Seite festgestellte Bedarf (Reichsgesundheitsamt) sogar um rund zwei Prozent überschritten sei. Wenn man aber die Nahrungs- und Ge-[501]nußmittel im einzelnen betrachtet, so stellt sich heraus, daß systematisch billigste Lebensmittel bevorzugt, teurere Lebensmittel aber nur ungenügend berücksichtigt wurden. Der Nachweis hierfür läßt sich leicht mit Hilfe einer gleichfalls „amtlichen“ Statistik erbringen. Ende vorigen Jahres veröffentlichte das Statistische Reichsamt sogenannte „Haushaltsrechnungen“, d. h. Statistiken, in denen u. a. rund 900 Arbeiterfamilien in ihrer Verbrauchsgestaltung besprochen wurden (vgl. „Wirtschaft und Statistik“). Zwar begegnet auch diese amtliche Statistik ernsthaften Bedenken, doch scheint sie der Wirklichkeit wenigstens etwas näher zu kommen als die Grundlagen des Index der Lebenshaltung. Eine Gegenüberstellung der Verbrauchsmengen nach dem Lebenshaltungsindex und nach der Lebenshaltungsstatistik zeigt folgende interessante Einzelheiten[*)].

	Wertigkeit der Nahrungsmittel (RM./kg)	Verbrauch nach dem Lebenshaltungsindex	Verbrauch nach den Haushaltungsrechnungen
Fleisch usw.	2,36	8500 Gramm	12.000 Gramm
Fische	0,98	1500 "	1740 "
Zucker	0,72	3500 "	4380 "
Eier	2,50	28 Stück	39 Stück
Kartoffeln	0,13	50.000 Gramm	41.600 Gramm
Gemüse	0,44	15.000 "	10.440 "
Brot usw.	0,59	49.000 "	30.900 "

[1] Im Original steht hier das Komma; es ist gut möglich, daß hier Text fehlt. *KWF*

[*)] Die Einzelheiten der Berechnung interessieren hier nicht und gleichen sich bei den hier vorgenommenen Vergleichen weitgehend aus. Die amtlichen Angaben (täglich) wurden auf Monate umgerechnet.

Während nach dem Lebenshaltungsindex der Fleischverbrauch bedeutend geringer ist als nach den Haushaltsrechnungen, ergibt sich für billige Nahrungsmittel (Kartoffeln, Gemüse usw.) genau das umgekehrte Bild.

Was folgt daraus für den „Wert“ des Lebenshaltungsindexes? Die von einer Familie tatsächlich benötigte Geldsumme liegt bedeutend höher, als sie durch den Index angegeben wird.

Für die übrigen Verbrauchsgruppen liegen bisher vergleichbare Angaben noch nicht vor. Aber die dem Index zugrundegelegten Waren sprechen für sich selbst: Die Familie „verbraucht“ z. B. jährlich je einen Anzug für den Mann und für den Jungen und ein Mädchenkleid für das Mädchen. Die Frau geht nach den Vorstellungen der „amtlichen Statistik“ wie folgt gekleidet[*]: sie trägt einen „wollenen Cheviotrock“ und dazu im Winter eine „baumwollene Flanellbluse“, im Sommer einer „weiße Waschbluse“. Aus. Ueberkleider wie Mäntel, Windjacken usw. sind unbekannt. Kunstseidene Strümpfe sind gleichfalls unbekannt, die Frau trägt vielmehr „englisch-lange, baumwollene schwarze oder farbige Strümpfe“. Der Schuhverbrauch beträgt ein Paar pro Kopf und Jahr, während der Verbrauch bei etwa 1,3 bis 1,5 Paar liegt. Auch bei der Gruppe Bekleidung also das gleiche Bestreben: die Einzelangaben möglichst niedrig halten, damit die insgesamt sich ergebende Lebenskostensumme möglichst niedrig erscheint.

Hier sei wenigstens noch auf die Gruppe „Sonstiger Bedarf“ hingewiesen, die als Monatsverbrauch für die Familie u. a. angibt: 1 Stück Toilettenseife d), 2 Schachteln Stiefelwichse, 1 Gerstenkornhandtuch, zweimal Haarschneiden, achtmal Rasieren, 1 Zeitungsabonnement, 4 Reclamhefte (!!), 6 Bleistifte, 4 Kinoplätze. – Man stelle sich vor: als Lektüre vier Reclamhefte, einmal darf die Familie ins Kino gehen, mit Seife, Haarschneiden usw. muß man recht sparsam sein usw. Von Radiogeräten, von Partei- und Gewerkschaftsbeiträgen, ja sogar von Streichhölzern, Zigarren und Zigaretten hat man „amtlicherseits“ nichts ge-[502]hört. Auch Steuern werden nicht berücksichtigt, das würde, wie man sagt, „zu schwierig“ sein.

Im ganzen kann man also feststellen: Der Kreis der vom Index erfaßten Waren ist zu eng und erfaßt in der Hauptsache die billigsten Waren, die in Wirklichkeit gar nicht in diesem Umfang verbraucht werden. Dadurch wird das Niveau der Indexziffer niedriger gehalten, als die Lebenshaltungskosten in Wirklichkeit liegen.

IV.

Noch interessanter wird der Lebenshaltungsindex, wenn man seine „Gewichtung“ des näheren betrachtet, d. h. also die Bedeutung, die den einzelnen Ausgabengruppen amtlicherseits beigelegt wird. Nach amtlichen Veröffentlichungen erfolgt die Gewichtung in Anlehnung an die Haushaltsrechnungen von 1907, doch wurde die „allgemeine Senkung der Lebenshaltung“ nach dem Krieg berücksichtigt. Vergleichen wir die Bedeutung der einzelnen Ausgabengruppen nach den drei „amtlichen“ Zusammenstellungen:

	Gewichte der Lebenshaltungskosten 1907	Lebenshaltungsindex	Haushaltsrechnung 1927/28
Ernährung	53,35	54,77	45,3
Wohnung	19,15	20,35	10,0
Heizung	4,36	5,55	3,6
Bekleidung	10,16	10,05	12,7
Verkehr	1,44	3,07	9,28
Sonstige Ausgaben	12,98	6,21	

Wir sehen also: man hat vor allem das Gewicht der „sonstigen Ausgaben“ auf Kosten der übrigen Gruppen stark ermäßigt. Verglichen mit den neuen Haushaltsrechnungen liegen die Gruppen Ernährung, Wohnung und Heizung zu hoch, die Gruppen Bekleidung, Verkehr und sonstige Ausgaben dagegen bedeutend zu niedrig. Der „Sinn“ dieser falschen Gewichtung zeigt sich sehr klar, wenn man die Preisentwicklung in den einzelnen Gruppen betrachtet.

[*] Wörtlich zitiert aus den amtlichen Veröffentlichungen („Wirtschaft und Statistik“, Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches).

	Preishöhe der einzelnen Gruppen (1928 in Proz. d. Jahres 1913)	Gewicht im Lebenshaltungsindex im Vergleich zu den Haushaltsrechnungen
Wohnung	125,7	zu hoch
Heizung	146,4	zu hoch
Ernährung	152,3	zu hoch
Bekleidung	170,1	zu niedrig
Sonstiges	187,9	zu niedrig

Also gerade die Gruppen, die im Vergleich zur Vorkriegszeit die stärkste Steigerung aufzuweisen haben, sind zu schwach gewogen. Der Index der Lebenshaltung liegt daher auch aus diesem Grunde zu niedrig. Würde man auf Grund der neuen Haushaltsrechnungen wiegen, läge der Index im Jahre 1928 z. B. bei 162 statt bei 152. Das heißt, wiederum nach der amtlichen Statistik, wenn man die Angaben über die Arbeitslöhne der gelernten Arbeiter heranzieht: selbst die in Arbeit stehenden gelernten Arbeiter haben bisher den Vorkriegsreallohn noch nicht erreicht. Der Wochenlohn der gelernten Arbeiter lag im Jahre 1928 bei rund 147; der Index der Lebenshaltungskosten hingegen bei 162!! Rechnet man die Abzüge für Steuern usw. hinzu und bezieht man das Heer der Arbeitslosen und Kurzarbeiter ein, so ergibt sich für die gesamte Arbeiterklasse ein Einkommen, das trotz allem Geschwätz der Gewerkschaftsbürokratie noch wesentlich unter Vorkriegshöhe liegt.

[503] Mit der falschen Gewichtung der Indexziffer hat man gleichzeitig noch einen weiteren „Vorteil“ erreicht.

An der Indexziffer interessiert nicht nur die absolute Höhe, sondern auch Richtung und Stärke ihrer Bewegung. Es ist z. B. wichtig zu wissen, wie sich die Lebenshaltungskosten im Verlauf des industriellen Zyklus gestalten. Die Bewegung der Indexziffer setzt sich nun aus der Bewegung der einzelnen Gruppen – unter Berücksichtigung der verschiedenen Gewichte – zusammen. Die Bewegung der einzelnen Reihen[1] zeigt folgendes Bild:

	Abstand zwischen höchstem und niedrigstem Preis	Gewicht im Index, verglichen mit der Haushaltsrechnung
Wohnung	52,0%	zu hoch
Bekleidung	12,5%	etwas zu niedrig
Heizung	12,4%	zu hoch
Ernährung	10,7%	zu niedrig
Sonstiges	5,8%	viel zu niedrig

Im ganzen sind also die Reihen, die besonders beweglich sind und in Krisenzeiten besonders stark sinken, zu stark gewogen. Würde man die Gewichtung nach den Haushaltsrechnungen von 1927 annehmen, würde der gegenwärtige Rückgang z. B. um rund 25% schwächer sein! Der Index der Lebenshaltungskosten, der, wie wir sahen, einen zu niedrigen Stand aufweist, gibt gleichzeitig die Bewegung der Kosten nur verzerrt wieder, zeigt also gegenwärtig einen Abstieg, der in Wirklichkeit gar nicht besteht.

VI.

Fassen wir zusammen:

Abgesehen von allen grundsätzlichen Einwänden zeigt der Index der Lebenshaltungskosten, auf Grund des amtlichen Materials beurteilt, die folgenden Mängel:

1. Das Niveau der Indexziffer ist viel zu niedrig.

a) Es wird ein zu enger Kreis von Waren erfaßt; billige Waren werden einseitig bevorzugt.

b) Bei der Bildung des Gesamtindex werden diejenigen Gruppen „bevorzugt“, die im Vergleich zur Vorkriegszeit am wenigsten gestiegen sind. – Diese „Bevorzugung“ allein drückt das Niveau des Index um mehr als 10% nach unten.

[1] Die Berechnungsmethode dieser Ziffern besteht kurz im folgenden: Es wurden die einzelnen Jahreswerte jeweils in Prozenten des Vorjahres ausgedrückt und dann die Abstände zwischen den höchsten und niedrigsten Werten ermittelt.

2. Die gegenwärtige Abwärtsbewegung der Indexziffer wurde dadurch künstlich verstärkt, daß die besonders beweglichen Gruppen zu stark gewogen wurden.

Der Index der Lebenshaltungskosten – aus amtlichen Quellen kommend – ist im ganzen also eine nette Sammlung von Kuriositäten.

VII.

Nachwort. Ein Beispiel für die Segnungen der Wirtschaftsdemokratie:

„... Die Richtigkeit der Eintragungen ... ist durch die Unterschriften ... der bei der Preisermittlung mitwirkenden Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die die von ihnen vertretenen Organisationen angeben müssen, zu bescheinigen ...“ (In den Anweisungen für die Ausfüllung der Fragebogen, die dem Lebenshaltungsindex zugrunde liegen: Vierteljahrshefte zur Statistik, 1926, S. I, 26.) [504]

*

Die Wendung in der Freidenkerarbeit

Von Horst Fröhlich
(Schluß)

Um der Freidenkerbewegung den großen revolutionären Schwung zu verleihen, der nicht nur Zehn- und Hunderttausende erfaßt, sondern Millionen, der imstande ist, den erfahrenen, listigen, skrupellosen, wirtschaftlich und politisch starken Gegner, die Kirche, zu schlagen, müssen wir sehr gründlich das System der kirchlichen Agitation und Propaganda, Organisation, Strategie und Taktik untersuchen und aus ihm lernen. Worauf beruhen die Erfolge der kirchlichen Agitation und Propaganda?

1. Die Kirche beschränkt ihre Wirksamkeit nicht auf das rein kirchliche Gebiet, sondern erfaßt das ganze Leben des Volkes. Wir Freidenker hingegen beschränken uns zu ausschließlich auf den Kampf gegen die Verkirchlichung des Schulwesens, den wir im übrigen zu allgemein, zu wenig mit konkretem täglichen Material führen. Die Verkirchlichung des gesamten Staatsapparats, der Terror gegen den gesamten Beamtenapparat in Religionsfragen, der Terror gegen dissidentische Beamte, gegen nur standesamtliche Eheschließungen von Beamten, gegen religionslose Erziehung ihrer Kinder usw. sind ein wichtiger Faktor der kirchlichen Herrschaft. Die Verkirchlichung der gesamten bürgerlichen Kunst und Wissenschaft, des gesamten Kulturapparats, der gesellschaftliche und wirtschaftliche Terror der Kirche, der sich bis in die Familie hinein erstreckt, zeigen die Vielseitigkeit und Beweglichkeit der Kirche.

2. Die soziale Zusammensetzung der Anhänger der Kirche ist charakteristisch. Sie stützt sich in erster Reihe auf die zurückgebliebenen, am schlechtesten entlohnten, am meisten vom Tode und von Unglücksfällen in ihrem Berufsleben bedrohten Volksschichten. Sie stützt sich auf die Frauen, Jugendlichen und die Landbevölkerung. Umgekehrt beschränkt sich unsere Freidenkeragitation fast ausschließlich auf die bereits aufgeklärteren Schichten des Volkes.

3. Die Kirche hat ein kluges System bestimmter Tage kirchlichen Trommelfeuers, das sind – neben den kirchlichen Feiertagen – Geburt, Eintritt ins Berufsleben, Heirat und Tod. Die übergroße Freude oder Trauer des Menschen an diesen Tagen, die wichtige Abschnitte in seinem Leben einleiten, nutzt die Kirche zur Befestigung ihres Einflusses aus, wobei sie geschickt an die an und für sich berechtigten, aber von ihr mißbrauchten Bedürfnisse der Arbeiter nach geistiger Erhebung, Feierlichkeit, Befriedigung der großen Gefühle im Menschen appelliert. Unsere einzige Gegenmaßnahme war bisher die proletarische Jugendweihe, die noch außerordentlich mangelhaft durchgeführt wurde und nur Bruchteile der mit uns sympathisierenden Jugend erfaßte.

4. Die Kirche profitiert von ihrer einstigen Funktion als Almosengeberin der Unterdrückten und Ausgebeuteten, obwohl sie diese ihre Funktion längst aufgegeben hat und, soweit sie sie noch in kümmerlicher Form ausübt, die Mittel hierfür vorher aus den Reihen der Gläubigen, des Staates und aller möglichen Institutionen zehnfach herausgeholt hat. Sie nutzt den Einfluß, den ihr der Staat auf dem Gebiet der Wohlfahrt einräumt, zur Erpressung aus, indem sie armen Dissidenten die Unterstützung entzieht. [505]

5. Die Kirche spekuliert auf die Unvollständigkeit und Unzuverlässigkeit unseres Wissens, während sie selbst das angeblich so unvollständige und unzuverlässige menschliche Wissen für ihre reaktionären Zwecke ausnutzt. Die Unwissenheit der Volksmassen wird von der Kirche zugunsten des bürgerlichen Bildungsmonopols verteidigt.

6. Dir Kirche ist eine starke wirtschaftliche Macht, die über Aktien, Grundbesitz, feste staatliche und private Einkünfte usw. verfügt und diese ihre wirtschaftliche Macht in jeder Weise zur Aufrechterhaltung ihres geistigen Einflusses und ihrer gesellschaftlichen Macht ausnutzt.

7. Die Kirche ist eine starke politische Macht, deren Apparat mit dem gesamten Staatsapparat verwachsen ist, deren politische Interessen mehr oder minder offen von den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie vertreten werden, die im Zentrum eine spezielle kirchlich-politische Interessenvertreterin besitzt, deren außenpolitischer Stützpunkt der Papst und der Vatikan sind, deren Missionare ein wichtiges Instrument imperialistischer Kolonialpolitik sind.

Was muß die Freidenkerbewegung von der Kirche lernen, wie muß sie den Kampf gegen sie führen?

1. Die Freidenkerbewegung kann sich nicht auf öffentliche und Freidenkermitgliederversammlungen, Broschüren und Flugblätter in ihrer Agitation beschränken. Sie muß die gesamte Kunst (Spieltruppen, Arbeiterchöre, bildende Kunst usw.) und Wissenschaft (Forschung, marxistische Arbeiterschulung) bewußt als Waffe gegen die Religion, für die freidenkerische Aufklärung benutzen. Der einfache Arbeiter und die Arbeiterin müssen in den Versammlungen – und zwar nicht nur der Freidenker –, in Betriebs- und Häuserblockzeitungen, in den Arbeiterkorrespondenzen unserer Presse zu Tausenden ihre persönlichen Erfahrungen im Kampf gegen die Kirche bekanntgeben. Noch fehlen die Freidenkerkorrespondenzen in unserer Tages-, die Arbeiterkorrespondenzen in unserer Freidenkerpresse. Während mindestens eine halbe Million Arbeiter jährlich in den bürgerlichen und sozialdemokratischen, staatlichen und privaten, offen oder versteckt kirchlichen Volkshochschulen in der idealistischen bzw. religiösen Weltanschauung erzogen werden, nutzen wir den mindestens ebenso starken Apparat sympathisierender Arbeiterorganisationen sehr mangelhaft zur marxistischen Schulung und freidenkerischen Aufklärung der Arbeiter aus. Marxistische Arbeiterschulen bestehen erst zehn im ganzen Reich und sind erst – mit Ausnahme von Berlin – im Aufbau begriffen.

2. Heran an die Frauen und Jugend! Diese Losung der Partei hat ihre besondere Bedeutung für die Freidenkerbewegung. Durch Ueberbetonung der Feuerbestattungsfragen, die für den Jungarbeiter wenig Interesse haben, versperren wir uns selber den Weg zur Jugend. Bei der freidenkerischen Agitation unter den Frauen müssen wir stärker an ihr Gefühl appellieren, wobei gerade die sozialen Fragen, die Enthüllung des sozialreaktionären Gesichtes der Kirche eine große Rolle spielen.

3. Das Ausweichen vor den kirchlichen Feiertagen und Festlichkeiten ist falsch. Der Arbeiter, der im Kapitalismus ein freudloses, stumpfes Leben führt, nutzt diese wenigen kirchlichen Feiertage und Feierstunden. zu seiner Erholung und Erhebung aus, selbst wenn er gar keine inneren Beziehungen mehr zur Kirche hat und ihr sogar feindlich gegenübersteht. Neue proletarische Volksfeste zu schaffen mit satirisch-politisch-antikirchlichem Charakter, ist deshalb eine wichtige Aufgabe der [506] Freidenker. Die Beschränkung der proletarischen Jugendweihen auf die Kinder, deren Eltern bereits aus der Kirche ausgetreten sind, ist ultralinkes Sektierertum. Wir müssen viel weiter vorstoßen und jenen Kindern und Eltern, die in Freidenkerfragen noch nicht bei uns stehen, durch die proletarischen Jugendweihen den ersten Anstoß zur Loslösung von der Kirche zu geben.

4. Unter dem Feudalismus hatte die Kirche tatsächlich soziale und volkswirtschaftliche Funktionen inne. Heute ist von diesen Funktionen nur die Ausbeutung der Gläubigen und zum Teil sogar der Ungläubigen durch die Kirche geblieben. Diese Rolle der Kirche als Ausbeuter kann in der Agitation gar nicht anschaulich und gründlich genug geschildert werden.

5. Die Spekulation der Kirche auf die Unwissenheit des Volkes zerstören wir am besten durch ein umfassendes marxistisches Schulungssystem, dessen wichtigste Stützen die oppositionellen Freidenkergruppen, die revolutionären Freidenkerverbände und die marxistischen Arbeiterschulen sein müssen. Ein konsequenter Kampf gegen die kleinsten theoretischen Verfälschungen der materialistischen Weltanschauung in der Presse, im Tagesgebrauch, in der Kunst usw. ist ein wichtiges

Mittel zur Beseitigung des religiösen Aberglaubens und der Unwissenheit im Rahmen dessen, was im Kapitalismus erreicht werden kann.

6. Die Freidenkerbewegung muß aus dem Vereinsmäßigen herausgehoben werden in den großen politischen Kampf des Proletariats. Die Kirche ist eine politische Macht, und zwar eine Macht der Bourgeoisie. Die Freidenkerbewegung ist eine Waffe des Proletariats in seinem Befreiungskampf. So wie der Verrat der SPD an der Freidenkerbewegung ein Ergebnis ihres Uebergangs ins Lager der Bourgeoisie, zur Koalitionspolitik, zur staatserhaltenden Partei ist, so kann auf der anderen Seite der Kampf der Freidenker nur konsequent geführt werden unter Führung der KPD, mit dem Ziel der Errichtung der proletarischen Diktatur und des Aufbaus zur sozialistischen Wirtschaft.

Um diese Wendung in unserer gesamten Freidenkerarbeit durchzuführen, bedarf es der Erweckung neuer Schichten des Proletariats, Bildung neuer lockerer und fester Kampfformen gegen die Kirche, der Erneuerung des gesamten Funktionärapparats bzw. der Schaffung eines Funktionärapparats. Der Gegner stellt uns ohne Vorbereitung vor die großen historischen Aufgaben des proletarischen Kulturkampfes. Wir müssen in kürzester Frist das Versäumte nachholen.

Anmerkung der Redaktion:

Der Artikel des Genossen Fröhlich, trotzdem er wichtige Punkte der Freidenkerarbeit richtig behandelt, hat in seinem Artikel die Hauptsache, nämlich die Rolle der Kirche (besser der Kirchen) in der ganz konkreten, gegenwärtigen Entwicklung vergessen. Wie stehen die Kirchen zur kapitalistischen Offensive, wie zum Faschismus, wie zum imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion? Das sind gegenwärtig die entscheidenden Fragen. Bei einer solchen Fragestellung bekommt auch die Freidenkerbewegung einen ganz anderen und als revolutionäre Bewegung den einzig möglichen Inhalt. Der Kampf gegen die Kirchen ist doch der Kampf gegen die militanten Kirchen, die in der Frage der verschärften Verhetzung der werktätigen Klassen, des Faschismus, des imperialistischen Krieges ganz entschieden Partei sind. Die Aufklärung über diese Rolle der Kirchen und der aktive Kampf gegen die auf diesem Gebiet kämpfenden Kirchen, das und nur das muß die zentrale Aufgabe der Freidenkerbewegung werden. Damit hört sowohl ihre Isolierung wie die Gefahr der kleinbürgerlichen Entartung auf, sie wird selbst mitten in die entscheidenden Aufgaben des kämpfenden Proletariats hineingestellt. [507]

LITERATUR

Hermann Remmeles „Sowjetstern oder Hakenkreuz“

Die Rettung Deutschlands aus der Youngsklaverei und die Kapitalsknechtschaft

Die Broschüre ist in einigen Punkten die erweiterte Wiedergabe einer Rede, die der Genosse Remmele in einer öffentlichen Massenversammlung in Berlin vor einem aus Arbeitern und Mittelständlern bestehenden Publikum, darunter Angehörige der NSDAP, gehalten hat.

Obgleich sie sich in erster Linie mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen will, behandelt sie auch die ökonomischen und sozialen Grundlagen des Faschismus und der Faschisierung in Deutschland, deren Wachstum auf der Basis des Young-Planes und der Wirtschaftskrise, die Rolle des Sozialfaschismus usw., und stellt die Frage des revolutionären Kampfes gegen den Faschismus in allen seinen Formen. Der Verelendung des Proletariats und den faschistischen Diktaturbestrebungen in der kapitalistischen Welt, insbesondere in Deutschland, wird an Hand konkreter Tatsachen der proletarische Ausweg in der Sowjetunion entgegengestellt.

Der größere Teil der Broschüre zerpflückt mit Hilfe eines sehr reichhaltigen Tatsachenmaterials die Argumente des Nationalsozialismus. In seinem Ringen um Einfluß unter der Arbeiterschaft und den werktätigen Mittelständlern stellt er der nationalsozialistischen Demagogie und den Phrasen ihrer Programme ihre reaktionäre Wirksamkeit gegenüber. Die von ihnen betriebene Antisowjethetze, ihre Verbindung mit dem – zum großen Teil jüdischen – Finanzkapital, ihre Haltung im Parlament, ihre Regierungspraxis in Thüringen, ihr Hineinwachsen in den Staatsapparat, aber auch der klassenmäßige Inhalt ihrer „revolutionären“ Phraseologie werden, soweit es in dem engen Rahmen möglich ist, ausführlich behandelt, ebenso ihre Rolle bei der Durchführung des Young-Plans.

Zum Schluß wird die Wirksamkeit der Kommunistischen Partei im Kampf gegen die Youngsklaverei kurz geschildert und werden unsere Aufgaben im Kampf gegen den Faschismus umrissen, der als ideologischer und wehrhafter Massenkampf geführt werden und organisatorisch wohl fundiert (rote Betriebswehren) und von der Gesamtheit der proletarischen Oeffentlichkeit eng verbunden sein muß.

Ein Waffenarsenal im Klassenkampf

„*21 Monate sozialdemokratischer Koalitionspolitik 1928–1930. Handbuch der Kommunistischen Reichstagsfraktion*.“

Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28. – Zu beziehen durch den Verlag und durch alle Literaturstellen der Kommunistischen Partei. Preis 4,– Mark. Subskriptionspreis 3,– Mark.

Wie kommt die Kommunistische Partei an die breiten Massen des werktätigen Volkes heran? Wie vermögen wir sie loszulösen von den bürgerlich-sozialdemokratischen Parteien? Wie können sie zu einer klaren Erkenntnis ihrer Lage gebracht und für den revolutionären Klassenkampf und die Kommunistische Partei gewonnen werden?

Diese Fragen haben gerade für die gegenwärtige Periode, wo der Kommunistischen Partei Deutschlands die Aufgabe gestellt ist, die entscheidenden Teile des deutschen Proletariats zu erobern und in den breiten Schichten der kleinen Bauern auf dem Lande und der kleinen Gewerbetreibenden in der Stadt ihren Einfluß zu verbreitern und zu vertiefen, die allergrößte Bedeutung.

[508] Wir Kommunisten müssen die Kenntnis der wirtschaftlichen und politischen Tatsachen und Vorgänge in die Massen hineintragen; wir müssen ihnen diese Dinge erklären und in ihren Zusammenhängen aufzeigen; wir müssen den Massen die Erkenntnis von den wirklichen Ursachen ihres Elends und ihrer Unterdrückung erschließen, um sie so auf den Weg des revolutionären Kampfes in der roten Klassenfront zu führen. Dies setzt aber voraus, daß zu allererst die Mitglieder und Funktionäre der Partei selbst unterrichtet sind, um die anderen unterrichten zu können, daß sie zuerst die Zusammenhänge erkannt haben, um sie den anderen erklären zu können.

Unter diesem Gesichtspunkt ist das neue Handbuch der kommunistischen Reichstagsfraktion für unseren revolutionären Kampf von unschätzbarem Wert. Es bringt auf seinen 479 Seiten in gedrängter Kürze das wichtigste Material über die zwei Jahre sozialdemokratischer Koalitionsregierung, beginnend mit den Maiwahlen 1928 und endend mit dem April 1930; Tatsachen, Zahlen, wörtliche Zitate der Gegner, den Wortlaut wichtiger Gesetze, die Resultate wichtiger Abstimmungen – ein riesiges Arsenal von Waffen zum Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre sozialfaschistischen Lakaien.

Es war richtig, daß man in diesem Handbuch der S o z i a l p o l i t i k einen so breiten Raum, mehr als ein Fünftel des gesamten Umfangs, eingeräumt hat, nicht nur weil diese Fragen gegenwärtig und für die ganze nächste Zukunft im Mittelpunkt der Klassenkämpfe stehen, sondern auch deswegen, weil gerade auf diesem Gebiete die gründlichste Orientierung notwendig ist. Der Kampf um den Siebenstundentag und gegen das Schlichtungswesen, der Kampf um die Arbeitslosenfragen und gegen den Abbau der Sozialpolitik, der Betrug an den Kriegsopfern, den Kleinrentnern und all den am meisten im Elend steckenden Schichten des Proletariats haben die ausführliche und sorgfältige Behandlung erfahren, die sie nach ihrer Wichtigkeit verdienten.

Die Abschnitte über die Zollwucherpolitik, die Finanz- und Steuerpolitik, die Wirtschafts- und Agrarpolitik der Müller-Regierung enthalten eine Fülle von Material, das in der praktischen Arbeit in den Betrieben und Massenorganisationen, in den Stadtparlamenten wie überhaupt in der öffentlichen Diskussion von größter Bedeutung werden kann. Das gleiche gilt für die Abschnitte über das Wohnungswesen, die Beamtenfragen, die „Mittelstandspolitik“, die vordringende Kulturreaktion und die Klassenjustiz.

Der Klassencharakter der Koalitionspolitik ist durchweg klar und überzeugend herausgearbeitet worden; der Reichstag wird als das Klasseninstrument der deutschen Bourgeoisie gezeigt, der Klassenetat der Republik unter sozialdemokratischer Führung wird an Hand der Einnahmen und Ausgaben, der Besitz- und der Massensteuern dargelegt, die imperialistische Politik im Zeichen des Young-Pakts mit reichem Tatsachenmaterial dargestellt.

Für jeden, der sich orientieren will über den Charakter der bürgerlichen Parteien und insbesondere der SPD, ist dieses Handbuch eine überaus reiche Fundgrube. Gerade die Mitglieder und Funktionäre

der revolutionären Klassenbewegung, die unausgesetzt im scharfen Kampf mit dem Reformismus und Sozialfaschismus stehen, finden hier das Tatsachenmaterial, mit dem sie ihre Gegner schlagen können.

Deshalb gehört dies Buch in die Hand aller proletarischen Klassenkämpfer. Es ist für die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, für die sozialpolitisch und kommunalpolitisch tätigen revolutionären Arbeiter ein unentbehrliches Nachschlagebuch. Eine klare Einteilung und Uebersicht und ein gutes Sachwort-Register ermöglichen eine leichte Orientierung über alle einzelnen Fragen, über die man sich zu unterrichten wünscht.

Tatsachen sind Waffen im politischen Kampfe. Die Sammlung von Tatsachen und Dokumenten, die uns dies Handbuch gibt, ist ein Rüstzeug, das wir mit besten Erfolgen verwenden können. K. B. [509]

*

Die Wirtschaftstheorie des „linken" Sozialfaschismus

Dr. Alfred Braunthal, Die Wirtschaft der Gegenwart und ihre Gesetze.
E. Laubsche Buchhandlung GmbH., Berlin 1930.

Man müßte eine Broschüre schreiben, wollte man sich die Mühe machen, nur die größten Dummheiten dieses an Eklektik nicht zu überbietenden Buches ausführlicher zu behandeln. Br. ist ehrgeizig, er will von Marx ausgehen und gleichzeitig mit „eigenen" Augen die heutige Wirtschaft analysieren.

„Ob dieses Studium sich immer Marxscher ökonomischer Lehrsätze bedienen kann, ob diese Lehrsätze immer für dieses Studium fruchtbar gemacht werden können und diesem Studium gegenüber immer bestehen können, ist eine durchaus zweitrangige Frage, die im Grunde genommen nur den Marxforscher, aber nicht den Marxisten angeht". (S. 4.)

Das Ergebnis dieses Studiums ist, daß Marx die Br.sche Prüfung nicht besteht, daß er vielmehr schmählich durchfällt. Br. ist weder mit der Werttheorie noch mit der Lohntheorie einverstanden, weder mit der Mehrwertlehre noch mit der Akkumulations- und der Konzentrationstheorie, überall werden die „neuzeitlichen" Ergebnisse der – selbstverständlich bürgerlichen – ökonomischen Forschung der Marxschen Theorie gegenübergestellt. Wer glaubt, in diesem Machwerk auch nur einen wertvollen Gedanken zu finden, irrt gewaltig. Die Marxschen Gedanken werden durch die schlimmsten bürgerlichen apologetischen Plattheiten verfälscht und durch einige Meisterblitze der Analyse Br.s ergänzt, die wohl mit zu dem Dümmsten und Albernsten gehört, was in der letzten Zeit geschrieben wurde. Man könnte dieses Buch schnell abtun, wenn es nicht gerade wegen dieses Inhalts von außerordentlicher politischer Bedeutung wäre. Denn Br. ist kein unbeschriebenes Blatt, er ist einer der führenden „Wirtschaftstheoretiker" der linken Sozialdemokratie, er liefert in diesem Buch die „wirtschaftstheoretische" Begründung des linken Sozialfaschismus. Daher muß auf einige wichtige Punkte hier näher eingegangen werden, die das politische und theoretische Wesen dieser Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse näher beleuchten.

Nach Br. gibt es z. B. keine Möglichkeit, die Notwendigkeit der industriellen Reservearmee im Kapitalismus theoretisch zu beweisen, wie er auf S. 53 behauptet. Das im Jahre 1930 zu schreiben, verlangt schon einige Unverfrorenheit, die allerdings auch notwendig ist, wenn man die finanzkapitalistische Rationalisierung den Arbeitern nahe bringen muß. Ist es da ein Wunder, daß Br. der bescheidenen Ansicht ist, daß Marx die Theorie vom ehernen Lohngesetz vertritt? (S. 54) Daß nach Br. „die sozialistische Bewegung nicht mit der Ausbeutungstheorie von Marx, d. h. letzten Endes mit der Arbeitswerttheorie, steht und fällt?" Ein Glanzstück ist folgendes:

„Vor allem wird bei Marx der Gedanke nicht genügend herausgearbeitet, daß bei steigender Produktivität der Arbeitslohn im Verhältnis zu den Unterhaltskosten steigen kann." (S. 62.)

Natürlich, die „neuzeitliche" Entwicklung beweist das Satz für Satz tagtäglich. Aus dieser „Möglichkeit" zieht nun Br. seinen sozialfaschistischen Schluß, daß „der Arbeiter zweifellos an einer möglichst weitgehenden Steigerung der Produktivität interessiert ist". (S. 64.) Und wenn die Löhne infolge des „politischen Machtkampfes" der Arbeiter wirklich mal aus Versehen über die Grenzen der gegebenen Produktivität gestiegen sein sollten, nun, „Lohnerhöhungen, die außerökonomischen Machtkonstellationen

entspringen, führen zu Produktivitätssteigerungen und finden damit gleichsam nachträglich ihre ökonomische Rechtfertigung“ (S. 66). Was praktisch heißt: „Wenn wir Sozialfaschisten nicht sollten verhindern können, daß Lohnsenkungen abgewehrt werden, so stößt ihr Kapitalisten euch nicht daran, rationalisiert, intensiviert, hebt so die Produktivität und ihr holt den Verlust auf“.

Sein tiefes, umfassendes Verständnis für Marxsche Gedankengänge beweist Br. unübertrefflich in seinem Akkumulations- und Konzentrationskapitel. Unter Akkumulation verstanden wir bislang – auch Marx und Lenin sollen diese Ansicht geteilt haben – die Erweiterung der Produktion durch Anlegen eines [510] Teils des Mehrwerts im Produktionsprozeß. Br. belehrt uns: das ist nur der „klassische Fall“, heute Selbstfinanzierung genannt. Darüber hinaus gibt es Kredit, die Beteiligung fremden Kapitals, das mit Profit natürlich nichts zu tun hat, den Kapitalumschlag und als besondere Finesse die Kapitalbeträge der „nichtkapitalistischen Schichten (Arbeiter ‚Angestellte und Beamte)“. Man sieht, Br. beherrscht die Materie besser als Marx und Lenin.

Ganz merkwürdige Vorstellungen hat Br. über den inneren und äußeren Markt. Wer Marx etwas gelesen hat, weiß, daß Marx den „Jammermenschen“ Say, nach dem jedes Produkt seinen Konsumenten findet, und die Absatzwege nur manchmal etwas „verstopft“ sind, nicht gerade sehr hoch einschätzte, wie ja schon der Name sagt. Br. bringt es nun fertig, folgende Sätze gesperrt zu drucken:

„Dennoch ist es Marx gelungen, auch für die sich ständig erweiternde Wirtschaft Gleichgewichtsbeziehungen zwischen den beiden Produktionssphären zu finden. Das bedeutet also, daß die Untersuchung der Austauschbeziehungen der Produktionssphären Marx grundsätzlich zu einer Bestätigung der Sayschen Theorie der Absatzwege geführt hat.“ (S. 162.)

Moderner „Marxismus“ Wie armselig sind Marx und Lenin gegen Br., der sagt, daß den inneren Markt für den Kapitalismus „der Warenabsatz innerhalb der reinkapitalistischen Wirtschaftssphäre (S. 153) bildet, den äußeren der Absatz an alle nichtkapitalistisch wirtschaftenden Gruppen und Gebiete“ (S. 153). Die indische Landwirtschaft ist demnach für den indischen Kapitalismus äußerer Markt, während der englische Kapitalismus für ihn innerer Markt ist. Das ist der sogenannte „wirtschaftstheoretische“ Standpunkt!

Die Marxsche Konzentrationstheorie zerfällt nach Br. „in zwei gewaltige Akte“: die ursprüngliche Akkumulation und die kapitalistische Konzentration. Diese hat aber bestimmte Grenzen. Dabei passiert Br. das Malheur, daß er nicht weiß, was technisch, was ökonomisch ist. Denn die Begrenztheit eines Marktes als Hindernis weiterer Betriebsvergrößerung ist u. E. eine ökonomische Kategorie. Eine besondere Meisterleistung an übelster Apologetik und Schönfärberei des Kapitalismus sind aber die folgenden Sätze:

„... daß der Kleingewerbetreibende oder Bauer häufig nicht nur auf die Verzinsung seines Kapitals verzichtet, sondern sich bisweilen sogar mit einem niedrigeren Arbeitseinkommen oder ungünstigeren Arbeitsbedingungen begnügt, als sie Lohnarbeitern seiner Qualifikationsstufe zukämen. Es muß schon eine sehr tiefe Stufe des Arbeitseinkommens und eine ungeheure Anspannung der eigenen Arbeitskraft oder sogar der seiner Familienangehörigen erreicht sein, ehe der Kleingewerbetreibende seinen Betrieb aufgibt, der Bauer von seiner Scholle weicht.“ (S. 182.)

So etwas nennt Br. „sozialen Vorsprung des Kleinbetriebes“!

Zum Schluß noch eine Perle aus dem Gebiete Br.scher Sozialpolitik: Wir sind mitten im Sozialismus drin, wir wissen es nur noch nicht. Denn mit dem famosen Zwangsschiedsspruch „ist das wichtigste der kapitalistischen Preisgesetze gefallen“ (S. 228), der Lohn unterliegt nicht mehr der Willkür der Konkurrenz, sondern der außerordentlichen Autorität des Staates. Nur die übertariflichen Löhne sind noch elastisch.

Br.s Buch ist politisch wichtig, weil es die Wendung der linken Sozialdemokratie zum Sozialfaschismus theoretisch widerspiegelt, es gibt zugleich einen interessanten Einblick in die unglaubliche Flachheit und Oede der sozialfaschistischen „Theorie“, an die selbst die prominentesten „Leuchten“ der bürgerlichen Oekonomie kaum heranreichen. Es bestätigt sich hier wieder die alte Erfahrung, daß, je weiter der Zerfall einer überlebten Gesellschaftsordnung fortschreitet, alles herangeholt wird, mag es noch so kümmerlich und brüchig sein, was vielleicht diesem System noch etwas über Wasser

halten kann. Da leisten selbst solche „Köpfe“ wie Herr Dr. Alfred Braunthal der Bourgeoisie noch wertvolle Dienste. F. B. [511]

*

Kommunistische internationale, Jahrgang 1930, Hefte 15–27

Es ist nicht möglich, aus der Fülle der in diesen Heften erschienenen Aufsätze eine eingebende Besprechung auch nur der wichtigsten Artikel zu geben, wir können uns nur auf eine kurze Skizzierung der in diesen Nummern der KI im Vordergrund stehenden Problemkreise beschränken und daraus die wichtigsten Artikel hervorheben.

Eine eingehende Analyse findet zunächst der internationale Kampftag am 6. März. Hier werden sowohl die Aktionen in den einzelnen Ländern eingehend behandelt, so in den Vereinigten Staaten von Amerika, in der Tschechoslowakei, Polen, Schweden, als auch die grundlegenden Lehren aus der Durchführung der einzelnen Aktionen gezogen. Neben der Kritik an den Fehlern und Mängeln in der Vorbereitung und Durchführung hebt B. W. in Heft 15/16 die neuen Demonstrationsformen und Kampfformen in Deutschland und Frankreich hervor: gemeinsame Demonstrationen der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter von den Betrieben aus, die den Demonstrationen einen organisierteren, revolutionäreren Charakter geben, wie auch die Konzentrierung der revolutionären Arbeit auf entscheidende Betriebsabteilungen, von denen dann die übrigen Abteilungen des Werkes bearbeitet werden (eine Form, die insbesondere in Frankreich Anwendung fand). Selbstverständlich zeigten sich hierbei noch manche Fehler und Mängel, da es sich ja um erste Anfänge handelte.

Weitgehende Beachtung finden in diesen Heften auch die Ereignisse in China. Neben der Analyse der Entwicklung der objektiven Bedingungen der neuen revolutionären Welle, der Auswirkung der Weltwirtschaftskrise auf den chinesischen Kapitalismus, der Versuche der Imperialisten, die Entfaltung eines nationalen chinesischen, selbständigen Kapitalismus zu verhindern und China zu einer vollständigen Kolonie zu machen, werden besonders eingehend behandelt die organisatorischen Probleme der Partei und der Sowjets in den von den roten Armeen eroberten Gebieten sowie die Formen der Zusammenarbeit der Sowjetgebiete mit den übrigen Gebieten Chinas. Begrüßenswert ist die offene Selbstkritik, mit der die Fehler und Schwächen der chinesischen Kommunistischen Partei aufgedeckt und analysiert werden. Vor allem wird betont, daß die Steigerung der Kämpfe einen noch stärkeren, noch entschiedeneren Kampf gegen die rechte Hauptgefahr in der Partei verlangt, und daß es ferner notwendig ist, die soziale Zusammensetzung der Partei in der Richtung einer Verstärkung des Arbeiterelements zu verbessern.

Je mehr sich die Klassengegensätze zuspitzen, je dringender und unausweichlicher daher die Notwendigkeit für die kommunistischen Parteien wird, sich an die Spitze der Kämpfe der Arbeiterklasse zu setzen, um so verständlicher ist es, daß die Mängel und Schwächen der einzelnen kommunistischen Parteien mit besonders großer Schärfe und Offenheit untersucht werden. Es handelt sich hierbei jetzt weniger mehr um die Wendung der einzelnen Parteien zu bolschewistischer Massenarbeit (auch diese Fragen sind noch nicht überall erledigt, so z. B. in der Schweiz, in Belgien), im Vordergrund steht jetzt die Aufgabe, diese Bolschewisierung der Parteiarbeit auf eine höhere Stufe zu heben, das Schwergewicht der Arbeit mit aller Entschiedenheit auf die Gewinnung der entscheidenden Arbeiterschichten zu legen, um die Führeraufgabe der kommunistischen Parteien auch tatsächlich zu verwirklichen. Neben den einzelnen Artikeln, die sich in allen Heften finden, ist besonders wichtig der große Aufsatz von Piatnitzki in Nr. 24 und 25: „Konsolidierung der kommunistischen Parteien und die Ursachen der ungenügenden Verankerung des wachsenden Einflusses der KI-Sektionen.“ Piatnitzki behandelt hier außerordentlich eingehend und kritisch die wichtigsten Parteien und insbesondere die Situation der deutschen und französischen Sektion als der beiden bedeutendsten Parteien der Komintern. Gerade dieser Artikel sollte von allen verantwortlichen Funktionären eingehend studiert und ausgewertet werden.

Im Zusammenhang hiermit werden auch die gewerkschaftlichen Probleme in einzelnen Heften eingehender behandelt, insbesondere im Zusammenhang mit dem in Kürze beginnenden 5. RGI-

Kongreß. Wir nennen hierbei besonders vier Artikel, die gewerkschaftliche Probleme vor allem, wenn auch nicht ausschließlich, der deutschen Sektion der Komintern behandeln. Es handelt sich um die Artikel von S. Per.: „Ueber einige Probleme der deutschen Gewerkschafts-[512]bewegung“, Heckert: „Der Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse“, B. W.:

„Ueber einige Probleme der Gewerkschaftsdiskussion“ und Kitten: „Für kämpfende revolutionäre Berufsinternationalen“. In den ersten Artikeln werden vor allem die Fragen der Gründung eigener Gewerkschaften, des Sozialfaschismus und der revolutionären Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften behandelt, wobei Gen. S. Per. unseres Erachtens mit Recht wegen seiner „linken“ Fehler kritisiert wird. Wenn diese Fragen in der deutschen Partei teilweise bereits durch die Merker-Diskussion geklärt wurden, so bestehen dennoch vielfach in der breiten Mitgliedschaft der deutschen Partei und erst recht auch noch in anderen Sektionen der Komintern Unklarheiten gerade in den Fragen der revolutionären Gewerkschaftsarbeit. Daher sollten diese Diskussionsartikel zur Vorbereitung des 5. RGI-Kongresses weiteste Beachtung finden.

Einen breiten Raum nimmt die Frage der Kriegsgefahr ein. Hier finden sich eine Reihe sehr interessanter und instruktiver Artikel, von denen wir besonders hervorheben in Heft 17: „Der englisch-sowjetrussische Vertrag und die Bombe in Warschau“, Palme Dutt: „Die Weltwirtschaftskrise und der englisch-amerikanische Gegensatz“, und in Heft 26/27, das sich speziell mit der Vorbereitung des 1. August befaßt, die Artikel von Alfred: „Gegen Gleichgültigkeit in der Frage des Krieges“ und Nemo: „Die Finanzierung der Intervention gegen die UdSSR durch den Völkerbund“. Besonders die beiden letzten Artikel verdienen besondere Beachtung.

Der 16. Parteitag der KP. der UdSSR. wird in einer Reihe von Artikeln ebenfalls behandelt, die eigentlich alle gleichmäßig wichtig sind und über die wichtigsten Probleme informieren.

Daneben finden sich noch eine große Anzahl von Artikeln, die die ökonomischen und politischen Verhältnisse in einer Reihe kapitalistischer Länder untersuchen. *F. B.*

[513]

Die Internationale
13. Jahrgang * Berlin, September 1930 * Heft 17

Zersetzung in den bürgerlichen Parteien
Die Stoßkraft der KPD wächst

Berlin, Ende August.

Die Verteidiger des „Hindenburg-Programms“ reisen im Lande herum und predigen Optimismus. Die Entwicklung der letzten Wochen allerdings zeigt, daß dieser Optimismus auf Sand gebaut ist. Die Produktion ist auch im Monat Juli weiter zurückgegangen, nachdem sie schon Ende Juni um mehr als 20 Prozent unter die Produktion derselben Zeit des vergangenen Jahres gesunken war. Stahl, Eisen, Kohle melden im Monat Juli abermals Produktionsrückgänge bis zu 10 Prozent; Textilindustrie, Maschinenindustrie, Kleineisenindustrie usw. berichten von neuen umfassenden Betriebseinschränkungen und Betriebsstillegungen. Das Heer der Erwerbslosen schwillt weiter an, es ist ganz sicher, daß es jetzt in Deutschland schon wieder mehr als 3 Millionen Erwerbslose gibt neben mindestens 1½ Millionen Kurzarbeitern. Ueber 35 Prozent aller Arbeiter sind erwerbslos oder nicht voll beschäftigt! Diese Ziffer wird im kommenden Winter voraussichtlich auf über 50 Prozent, auf über die Hälfte aller Arbeiter hinaufschnellen. Es ist kein Zweifel, daß die letzte „Finanzreform“, die mit Hilfe des Diktaturparagraphen 48 erlassen worden ist, heute schon ungenügend ist, um die Pleite der Staats- und Kommunalfinanzen aufzuhalten. Unmittelbar nach den Wahlen wird aus dem „Hindenburg-Programm“ ein Ueberhindenburg-Programm gemacht werden mit neuen furchtbaren Lasten für die werktätigen Massen.

Der „Vorwärts“ hat der Bourgeoisie das Stichwort gegeben, als er davon schrieb, daß die Demokratie für die Arbeiter sich gelohnt habe und in der betrügerischsten Weise Vorkriegsziffern und Gegenwartsziffern gegenüberstellte. Jetzt verlangt die gesamte Bourgeoisie einen neuen radikalen Abbau der Sozialfürsorge. Die „Bergwerkszeitung“ z. B. richtet an die Brüning-Regierung die Aufforderung, durch einen neuen Erlaß auf Grund des § 48 eine „Neuregelung“ der Wohlfahrtsfürsorge für die ausgesteuerten Erwerbslosen herbeizuführen. Was heißt das? Zu den Hunderttausenden, die heute schon keinen Pfennig Unterstützung bekommen, sollen neue Hunderttausende hinzutreten, das Heer der Verhungernden, der Zermürbten und Widerstandslosen, die zur Arbeitsaufnahme um jeden Preis bereit sein sollen, soll verdoppelt und verdreifacht werden. Es ist außerdem kein Zweifel, daß mit Hilfe des neuen Reichstags oder ohne diesen Reichstag im Herbst neue Massensteuern, neue Zollbelastungen kommen werden.

*

[514] Im Lager der Bourgeoisie werden seit Monaten krampfhafte Anstrengungen gemacht, um alle Teile der Bourgeoisie zu einheitlicher Stoßkraft gegen das Proletariat zusammenzufassen. Natürlich sind alle Schichten der Kapitalisten auch bereit, gemeinsam gegen die Arbeiterschaft, gegen die Angestellten, kleinen Beamten, armen Bauern und die armen Mittelschichten vorzustoßen; aber gleichzeitig entstehen im Lager der Bourgeoisie selbst wachsende wirtschaftliche Differenzen. Die Krise des deutschen Kapitalismus ist bereits so weit fortgeschritten, daß sich diese Differenzen immer mehr vertiefen. Der gewaltige Preissturz, der im Zusammenhang mit der Krise eingetreten und noch nicht beendet ist, führte zu einer breiten Schere zwischen den Preisen für die Waren der freien Konkurrenz und denen der Monopolproduktion. Die Maßnahmen, um das Risiko der Agrarkrise den Agrarkapitalisten abzunehmen und damit die werktätigen Massen zu belasten, haben zu einer Schere der Preisentwicklung bei den Agrarprodukten selbst geführt. Die ungeheuerlichen Zollsätze für Getreide haben zwar die Getreidepreise weit über den Weltgetreidepreis gehalten; aber diese relative Erhöhung der Getreidepreise bedeutet nichts anderes als eine Senkung der Konkurrenzfähigkeit der bäuerlichen Schichten, die auf Viehzucht angewiesen sind und Futtergetreide einkaufen müssen. Die teilweise Mißernte hat besonders die kleinen bäuerlichen Wirtschaften mit ihren primitiven Produktionsmitteln getroffen. Vielfach werden sie nicht nur Konsumenten von Futtergetreide, sondern auch, nach dieser Mißernte, Käufer von Brotgetreide sein. Zu ihren Absatzschwierigkeiten tritt nun eine Erhöhung der Preise der wichtigsten Waren und gleichzeitig eine stärkere steuerliche Belastung

hinzu. Infolgedessen wächst in den Kreisen der werktätigen Bauern die Revoltestimmung, und es wird den Agrarkapitalisten immer schwerer, die Massen der werktätigen Bauern hinter sich her zu führen.

Um diese Bauernmassen zu beruhigen, sollen jetzt die Zölle für Butter und Käse erhöht und die handelspolitischen Hindernisse für diese Zollerhöhungen so rasch als möglich beseitigt werden. In dem Zollvertrag mit Finnland ist vertraglich ein Maximalzoll von 27,50 M. für den Doppelzentner Butter festgelegt. Dieser Handelsvertrag steht also der Absicht, die Zollsätze für Butter auf 50 M. zu erhöhen, im Wege. Die Brüning-Regierung hat mit der finnischen Regierung und den finnischen Butterhändlern auf folgender Basis verhandelt: Finnland stimmt der Zollerhöhung für Butter auf 50 M. zu, dafür wird Finnland ein Absatzkontingent von Butter in der dreifachen Höhe des seitherigen Absatzes zugestanden. Diese Verhandlungen führten zu einem stürmischen Protest in den Ländern, die gleichzeitig wichtige Butterlieferanten für Deutschland, aber auch wichtige Absatzmärkte für deutsche Industriewaren sind. Dieser Protest wurde in Holland bis zu einem Boykott der deutschen Waren gesteigert.

Diese großagrarische Handelspolitik der Brüning-Regierung mit ihren schweren Folgen für die Ausfuhr deutscher Fertigwaren löste bei einem Teil der Fertigindustrie einen heftigen Widerstand aus. Zahlreiche Handelskammern und auch das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie protestierten gegen die Verhandlungen mit Finnland und gegen die Kündigung der Handelsverträge. Es zeigte sich bei dieser Differenz innerhalb der deutschen Bourgeoisie, daß auf der einen Seite Schwerindustrie, Großbanken und die Hauptteile der monopolistischen Fertigindustrie auf der Seite der Großagrarier standen, während sich auf [515] der anderen Seite die Masse der mittleren und kleineren Unternehmer der Fertigindustrie befanden.

*

Schon früher war die Zersetzung in allen bürgerlichen Parteien ein Ausdruck für die Unfähigkeit der deutschen Bourgeoisie, die Masse des Kleinbürgertums unmittelbar zu führen. Die sich verschärfende allgemeine Krise des deutschen Kapitalismus erzwang eine solche nackte Interessenpolitik des Finanzkapitals, daß nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch breite Teile der Mittelschichten radikalisiert wurden. Die Auseinandersetzungen innerhalb der bürgerlichen Parteien stellten den Versuch dar, eine neue Ideologie zu finden, womit man das Kleinbürgertum von neuem an sich fesseln könnte. Das Zentrum fand die Parole der „autoritären Demokratie“, die Deutsche Volkspartei und die von den Deutschnationalen abgesplitterten Teile stellen einen phrasenhaften Nationalismus in den Vordergrund, während die Demokraten Namen und seitherige Plattform Hals über Kopf aufgaben und die schleimigen Phrasen des Jungdo zu ihrer Ideologie erhoben.

Trotzdem alle diese Parteien darin einig sind, daß angesichts der Radikalisierung der werktätigen Massen die formale Demokratie nicht mehr genügt, um diesen Radikalisierungsprozeß aufzuhalten, trotzdem alle diese Parteien für die Faschisierung des Staatsapparats eintreten und zum mindesten einer faschistischen Diktatur keine Schwierigkeiten machen werden, war es doch nicht möglich, sie zu einer einheitlichen Front zusammenzufassen. Liegt das an der Dummheit und Unfähigkeit der einzelnen Führer? Oder an der Verschiedenartigkeit der „Weltanschauungen“? Sicherlich nicht. Das Scheitern der Verhandlungen zur Schaffung einer „staatsbürgerlichen Partei der Mitte“ hat seine Ursache in der Vertiefung der kapitalistischen Krise und in der Verschärfung der Interessengegensätze innerhalb der Bourgeoisie.

Es ist klar, daß die jämmerlichen Vorgänge in den Parteien, die als die klassischen Parteien der Bourgeoisie bekannt sind, das Mißtrauen der kleinbürgerlichen Massen gegenüber der Bourgeoisie ungeheuer verstärkt haben. Zunächst werden die Nationalfaschisten die Hauptgewinner dieses Prozesses sein. Aber es scheint, daß auch diese Bewegung bereits ihren Kulminationspunkt überschritten hat.

*

Das führende Finanzkapital benutzte die Hakenkreuzler, solange es noch die Regierungsform der formalen Demokratie für die zweckmäßigste zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft hielt, als

Druckmittel gegen demagogische Manöver ihrer Parteien, besonders der Sozialdemokratie, und vor allen Dingen als eine Reserve im Kampf gegen die Arbeiterschaft. Es entstand der Schein eines prinzipiellen Gegensatzes zwischen den bürgerlich-demokratischen und den offen faschistischen Parteien. Auch dieser Schein ist heute im Verblassen begriffen. Die „demokratischen" Parteien sind nämlich in ihrer Ideologie wie in ihren Handlungen faschisiert, sie haben wesentliche Teile des faschistischen Programms übernommen.

Gleichlaufend mit diesem Prozeß hat die Hitler-Partei eine radikale Wandlung ihrer Ideologie vorgenommen. Diese Wandlung begann bereits mit dem Augenblick, da die Nationalfaschisten in Sachsen und Thüringen entweder in die Regierung eintraten oder die dortige Regierung unterstützten. Damals begann das Hinausdrängen der Elemente, die der Führung ihrer Partei durch das Finanzkapital und [516] der Umwandlung der Ideologie ihrer Partei zu einer nichts als kapitalistisch-imperialistischen Ideologie Widerstand entgegensetzten. In diesem Prozeß gelang es solchen Kautschukmenschen wie Goebbels von heute auf morgen ihre Ideologie zu ändern und den richtigen Anschluß zu gewinnen. Andere, wie Otto Strasser und der Major Buchrucker, flogen aus der nationalfaschistischen Partei hinaus.

Die antikatholischen Phrasen hat die Hitler-Partei bereits seit ziemlich langer Zeit an den Nagel gehängt, und es bestehen nicht nur über die österreichische Heimwehr Verbindungen zur katholischen Kirche und zu den Parteien, die von der katholischen Kirche beeinflußt werden, also auch zum Zentrum.

Das Ziel, auf das der führende Teil der deutschen Bourgeoisie gegenwärtig zusteuert, ist die Errichtung einer faschistischen Diktatur auf einer möglichst breiten Massenbasis. Die Weigerung des Führers der Deutschen Volkspartei, die Frage der Einbeziehung der Nationalfaschisten in eine Regierung verneinend zu beantworten, zeigt ganz klar, wohin der Weg geht. Angesichts dieser Entwicklung hat die nationalfaschistische Partei jetzt auch den Schein des Antikapitalismus, der Feindschaft gegen die Herrschaft des Finanzkapitals aufgegeben. Hitler hat in mehreren Reden sich ganz eindeutig für die Heiligkeit des Privateigentums und gegen das Geschwätz vom „Sozialismus" ausgesprochen. Natürlich reden die kleinen Agitatoren der Nationalfaschisten vor Kleinbürgern und Arbeitern teilweise noch ihre alte demagogische Sprache; aber entscheidend ist das, was Hitler im Auftrage seiner Geldgeber, im Auftrage des Finanzkapitals, das seine Partei finanziert, sagt. Und er hat nicht nur die antikapitalistische, „sozialistische" Phraseologie preisgegeben, sondern gleichzeitig auch das Ziel einer faschistischen Revolution. Hitler will sein Programm „im Rahmen der Verfassung" verwirklichen, auf friedlichem Wege!

Es ist klar, daß diese Entwicklung der nationalfaschistischen Partei zu einer Regierungspartei für eine auf kaltem Wege zustandegekommene faschistische Regierung, ihre Außenpolitik im Rahmen des Young-Plans und des Versailler Diktats, sehr rasch zu einer radikalen Zersetzung des Einflusses dieser Partei im Kleinbürgertum führen muß. Andererseits wird die ökonomische Lage der kleinbürgerlichen Schichten infolge der Vertiefung der Krise sich verschlechtern. Angesichts dieser Entwicklung gewinnt die programmatische Erklärung des ZK der KPD zum Versailler Vertrag und zum Young-Plan, die am 24. August in der „Roten Fahne" veröffentlicht wurde, eine außerordentlich große Bedeutung. In dem Maße, wie die revolutionäre Bewegung im Proletariat wächst und kraftbewußter wird, wird sie die verzweifelten kleinbürgerlichen Massen zu führen imstande sein und so die Basis der bürgerlichen Herrschaft immer mehr verengern und die Voraussetzung zum Sturz dieser Herrschaft schaffen.

*

Welche Rolle spielen die Sozialfaschisten im Wahlkampf? Das Finanzkapital läßt den Wahlkampf offensiv gegen die Arbeiterschaft unter der Losung „Gegen den Marxismus" führen. Diese Losung, die scheinbar auch gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist, gibt dieser Partei einen gewissen Spielraum für ihre Demagogie. Freilich wird bei der Auseinandersetzung innerhalb der Bourgeoisie auch die Rolle der Sozialfaschisten innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ganz richtig eingeschätzt. So schreibt die „Frankfurter Zeitung" in ihrer [517] Nummer vom 20. August in einem Artikel „Das Schicksal des deutschen Kapitalismus":

„Daß aber die deutsche Sozialdemokratie in dem Augenblick der Entscheidung 1918-19 praktisch kapitulierte, daß sie damals das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht umzustürzen wagte, und daß sie seitdem den ‚Sozialismus' nur noch als Aushängeschild für Feiertage und Wahlzeiten führt, ohne daß die Führer, wenn sie ehrlich und wissend sind, an etwas anderes glauben als an allmähliche Reformen in einem sich ja tatsächlich auch von innen heraus immer von neuem wandelnden Kapitalismus ..."

Mit diesen Ausführungen ist in der Tat die „prinzipielle" Haltung der SPD im Wahlkampf charakterisiert. Wir wollen an Hand zweier Artikel, die in derselben Nummer des „Vorwärts", und zwar vom 17. August, erschienen sind, die Prinzipienlosigkeit und die Niedertracht des sozialdemokratischen Wahlkampfes charakterisieren. In dem Leitartikel dieser Nummer des „Vorwärts", der zu dem Aufruf der Gewerkschaften für die sozialfaschistische Partei Stellung nimmt, heißt es:

„Und doch hat es noch nie eine Zeit gegeben, die wie die jetzige die Legende von der ‚wirtschaftlichen Vernunft' des Kapitalismus widerlegt hätte. Was hat es noch mit der ‚wirtschaftlichen Vernunft zu tun, wenn sich im Rahmen der Weltwirtschaft auf der einen Seite die Massen unverkäuflicher Lebensmittel und Bedarfsartikel stauen, während auf der anderen Seite einige hundert Millionen Menschen vom Allernötigsten entblößt sind? Wie ist es mit irgend einer Sorte ‚wirtschaftlicher Vernunft in Einklang zu bringen, daß die Arbeiter zu Hunderttausenden aufs Pflaster geworfen werden, weil sie zuviel produziert haben und infolgedessen die Lager verstopft sind?"

Und in demselben Artikel heißt es weiter:

„Krisenzeiten sind Gefahrenzeiten für den sozialen Standard der Arbeiterklasse. Sie sind aber auch oder können sein die großen Lehrzeiten des Proletariats, die großen Kampfzeiten, in denen der Sozialismus seinen Angriff auf die festen Stellungen des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems vorwärts trägt."

Was schreibt Herr Fritz Naphtali, der Wirtschaftstheoretiker der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, in derselben Nummer des „Vorwärts" in einem großen Artikel „Kartellkontrolle gegen Mißbrauch der Wirtschaftsmacht"?

„Die Entwicklung zum organisierten Kapitalismus, von der auch wir nicht glauben, daß man sie durch allgemeine Verbote der Bindungen zurückdrehen kann, erfordert, wenn der Staat als Anwalt der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls nicht vor den großkapitalistischen Interessentengruppen ... kapitulieren will, neue Instrumente für eine wirksame Wirtschaftspolitik, für eine Politik, die andere Wirtschaftsgruppen ... schützen soll. Deshalb haben Sozialdemokratie und Gewerkschaften den Ruf nach einer wirksamen Kontrolle der monopolistischen Machtstellungen und Preisbindungen, wie sich gerade jetzt zeigt, mit vollem Recht verbunden mit der konkreten Forderung der Errichtung eines Kontrollamts für Kartelle, Monopole und sonstige Preisbindungen unter Führung eines Kartellregisters und unter Mitwirkung der Vertreter der Arbeiter und Verbraucher an dieser Monopolkontrolle."

Auf der ersten Seite im Leitartikel spricht man also gegen den Kapitalismus, redet vom Sozialismus, während man im Beiblatt einen führenden Theoretiker die wahre Ansicht der Sozialfaschismus vom Kapitalismus vertreten läßt. Herr Naphtali – und er ist, wie gesagt, nicht ein x-beliebiger, sondern neben Hilferding der Theoretiker der Sozialfaschisten – spricht vom „organisierten Kapitalismus" und von einer Monopolkontrolle innerhalb dieses „organisierten Kapitalismus". Vom tut man so, als kämpfe man um den Sozialismus, hinten, wo man keine Wahldemagogie treibt, stellt man sich auf den Boden der Theorie vom [518] „organisierten Kapitalismus", d. h. einer Theorie, die den Kapitalismus bejaht und die zur Konsequenz hat den schärfsten und unerbittlichen Kampf mit allen, auch mit faschistischen Methoden gegen das revolutionäre Proletariat und gegen die soziale Revolution.

Noch niederträchtiger ist das demagogische Geschwätz von der „Eroberung der Macht". In derselben Nummer des „Vorwärts" heißt es:

„Gäbe es keine Kommunisten und hätten im letzten Reichstag 206 Sozialdemokraten gesessen statt 152 Sozialdemokraten und 54 Kommunisten, dann würde bei den kommenden Wahlen eine Vermehrung der sozialistischen Stimmen um etwa ein Fünftel zur Erringung der Mehrheit genügen. In diesem Falle wäre der gegenwärtige Wahlkampf ein unmittelbarer Kampf um die Macht zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse ..."

In der Nummer 16 des „Klassenkampf“ schreibt der „linke“ Seydewitz:

„Dieses gefährliche Spiel mit dem Gedanken des Staatsstreichs ist nur ein weiterer Beweis dafür, daß der Bürgerblock keinerlei Konzessionen an die Arbeiterklasse machen will und daß die Klassengegensätze sich immer mehr verschärfen. Von der Kraft, die die Arbeiterklasse, die die Sozialdemokratie entfaltet und auch bei dieser Reichstagswahl mobilisieren kann, wird es abhängen, ob den Herren Brüning und Treviranus die Lust zu ihren Staatsstreichen vergehen wird.“

Wohin geht die Entwicklung, die auch ein Blinder sieht, und die in der gesamten bürgerlichen Presse ganz offen behandelt wird? Die Bourgeoisie drängt zur faschistischen Diktatur. Und wovon spricht der „Vorwärts“ in einem programmatischen Wahlartikel, wovon der „linke“ Sozialfaschist Seydewitz? Von dem Kampf um die Macht mit dem Mittel des Stimmzettels! Kann es einen schmählicheren Betrug der Arbeiterschaft geben als diesen, in einem Augenblick, da die Bourgeoisie die formale Demokratie zertrampelt und, gestützt auf die bewaffneten Kräfte und auf die Faschistenhorden, die blutige Diktatur zu errichten entschlossen ist? Kann es noch einen sozialdemokratischen Arbeiter geben der angesichts dieses Verhaltens der sozialdemokratischen Führer, seien es rechte oder linke, nicht erkennt, daß seine Partei mit im Spiel ist bei der umfassenden wirtschaftlichen und politischen Offensive gegen die Arbeiter, bei der Faschisierung des gesamten Staatsapparats und bei der Vorbereitung der faschistischen Diktatur? Aufhebung des Stahlhelmverbots, Verhöhnung des Abwehrkampfes der Arbeiterschaft gegen die Brutalisierung durch die faschistischer Horden in der sozialdemokratischen Presse (es ist eine stehende Rubrik in der sozialdemokratischen Presse: „Raufereien zwischen Nazi und Kozi“), Verbot von Demonstrationen durch sozialdemokratische Polizeipräsidenten, Verhaftung von Kommunisten durch sozialdemokratische Polizeibehörden usw. usw. So sieht der Kampf der Sozialfaschisten gegen Faschismus und drohende Diktatur aus.

Die Reden der obersten Führer der sozialfaschistischen Partei, der Hermann Müller, Breitscheid und Wels, sind eine einzige Anbiederung an die Bourgeoisie, eine demütige Bereitschaftserklärung, alles mitzumachen, was das Finanzkapital befiehlt. Und da sie wissen, daß die deutsche Bourgeoisie nicht nur die Frage der blutigen Unterdrückung der Arbeiterschaft auf die Tagesordnung gesetzt hat, sondern ebenso die Frage der Vorbereitung des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion, besteht ein Hauptteil des Kampfes der Sozialfaschisten in einer hodenlosen Hetze gegen das einzige [519] Land, in dem die Arbeiter die Macht erobert und behauptet haben. Und diese Hetze erfüllt einen doppelten Zweck: Sie soll die Arbeiter abschrecken, denselben Weg zu gehen, den ihre russischen Brüder gegangen sind, und sie soll gleichzeitig der Bourgeoisie beweisen, eine wie ergebene, zuverlässige und wertvolle Kraft sie im kommenden Krieg sein wird.

Der Teil der Bourgeoisie, der vor der unbeschränkten Herrschaft des Bündnisses der Schwerindustrie, Großbanken, Monopolindustrie und Großagrarier Angst hat und in der SPD eine Stütze seiner Sonderinteressen sieht, der also für die Teilnahme der SPD an der faschistischer Regierung eintritt, begründet das auch damit, daß es seither billiger war, die SPD in der Regierung zu haben, als außerhalb. Tatsächlich bestand in den letzten Jahren die Rolle der Sozialfaschisten in der Regierung darin, die Kulisse abzugeben für eine brutale Steigerung der Ausplünderung und Unterdrückung der werktätigen Massen.

Die Offerte, diese Rolle auch unter der faschistischer Diktatur zu spielen ist von den sozialfaschistischen Führern abgegeben. Die entscheidenden Teile der Bourgeoisie beantworten diese Offerte so, wie Piłsudski den Sejm und die PPS behandelt: mit Anspucken und mit Fußtritten.

Aber die SPD ist trotzdem noch eine starke und willige Reserve der faschistischen Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse. Je zugespitzter die Klassenkämpfe werden, je stärker die revolutionäre Front sich entwickelt, um so wichtiger wird sie wieder für die Bourgeoisie. Deshalb bleibt es unsere wichtigste Aufgabe, alle Anstrengungen zu machen, um die Arbeiter von dieser faschisierten Partei loszureißen, um ihre Positionen innerhalb der Arbeiterschaft endgültig zu erschüttern.

Der seitherige Verlauf des Wahlkampfes hat gezeigt, daß die Aussichten dafür außerordentlich gut sind. In Hunderten von Fällen haben sich sozialdemokratische Arbeiter, oft in wichtigen Positionen

in Betrieben und Gewerkschaften, demonstrativ der Kommunistischen Partei angeschlossen. Ganze Ortsgruppen der SPD erklärten sich für die Kommunisten, forderten kommunistische Redner. Zahllos sind die Fälle, daß sozialdemokratische Arbeiter Wahlarbeit für die Kommunistische Partei machen.

Die verschärfte Krise des Kapitalismus einerseits und das gewaltige Vorwärtsschreiten zum Sozialismus in der Sowjetunion andererseits, die mächtige Offensive gegen die Arbeiter, Angestellten, Beamten, die drohende faschistische Diktatur, die Zersetzung in den bürgerlichen Parteien, die Selbstentlarvung des Nationalfaschismus als einer Partei des Finanzkapitals und der blutigen Unterdrückung der Arbeiter, die jämmerliche Rolle der SPD-Führer, die die äußersten Anstrengungen machen, um von der Bourgeoisie wieder in Gnaden aufgenommen zu werden, und der Radikalisierungsprozeß innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, alles das ermöglicht der Kommunistischen Partei einen gewaltigen Vormarsch zur Eroberung der Hegemonie innerhalb der Arbeiterschaft, zur Führung der Kämpfe der Arbeiter gegen die kapitalistische Offensive.

Der seitherige Verlauf der Wahlkampagne zeigt eine ungeheure Steigerung der Aktivität der Arbeiterschaft und ein sehr rasch wachsendes Interesse breiter Mittelschichten an der Politik und den Kampfzielen der KPD. Der Andrang zu den kommunistischen Versammlungen, die Stimmung bei diesen Veranstaltungen wurden seit 1923 nicht mehr [520] erreicht. Zehntausende von Arbeitern haben sich im Verlauf der Kampagne als Mitglieder der KPD angemeldet. Einige Mängel der Kampagne seien festgestellt, weil sie daran hindern, das Höchstmaß des Erfolges zu erreichen. Es wurde noch nicht genügend verstanden, die Wahlkampagne mit der Mobilisierung der Arbeiter für die Kämpfe gegen Lohnkürzung, für Arbeitszeitverbesserung und ebenso für die Existenz der Millionenmassen der Erwerbslosen zu verbinden. Die Anweisung der Parteileitung, daß die Wahlkampagne auch und nicht zuletzt in die Betriebe verlegt werden muß in Verbindung mit den aktuellen und konkreten Fragen der Arbeiter, wird nicht überall mit genügendem Nachdruck durchgeführt. Hier muß die Partei in den letzten Wochen vor der Wahl Versäumtes nachholen und gleichzeitig damit den Uebergang schaffen zur angespanntesten Fortsetzung der Aktivität der Partei und der mit uns sympathisierenden Massen nach den Wahlen.

*

Revolutionäre Streikstrategie

Von W. Florin, Essen

1. Wirtschaftskrise, Konjunkturperioden und Streikkämpfe

Die Gewerkschaftsbürokraten aus dem Lager des Reformismus und Sozialfaschismus versuchen in Zeiten von Wirtschaftskrisen die Arbeiterklasse dadurch vom Kampfe abzuhalten, daß sie die Theorie vertreten, man könne in solchen Zeiten keine siegreichen Wirtschaftskämpfe führen. Siegreiche Wirtschaftskämpfe, Streikbewegungen seien nur möglich in Zeiten einer guten Konjunktur. Das ist hundertmal durch die Tatsachen als falsch widerlegt, insbesondere durch die letzten Streikbewegungen in Deutschland. In Wirklichkeit ist es sehr gut möglich, unter Ausnutzung der verschärften Gegensätze im Lager der Kapitalisten, die gerade durch die Wirtschaftskrise gesteigert werden, einzelne Industrielle und ganze Gruppen zu zwingen, Konzessionen an Streikende zu machen. Der Kapitalismus befindet sich in der Niedergangsepoche, der Epoche der imperialistischen kriegerischen Auseinandersetzungen und der Revolutionen; deshalb darf man auf Zeiten guter Konjunkturen nicht warten.

2. Wirtschaftskrise, politische Krise, politischer Massenstreik

Die Krise des Kapitalismus, die sich ungleichmäßig in den verschiedenen Ländern entwickelt, erleidet durch „Gesundungsmaßnahmen“ der Bourgeoisie noch eine weitere Verschärfung. In vielen Ländern erzeugt die Wirtschaftskrise bereits eine politische Krise.

In Deutschland sind viele Merkmale einer heranreifenden politischen Krise zu erkennen. Die Bourgeoisie und ihre Minister sprechen selbst von einer Krise des Parlamentarismus, einer Krise der Demokratie. Sie wollen Faschismus, sie wollen also die Herrschaftsformen und Methoden ändern, weil sie mit der bürgerlichen Demokratie nicht mehr auskommen. Die Wirtschaftskrise in Deutschland,

gesteigert durch den Young-Plan, soll auf Kosten des Proletariats überwunden werden. Dadurch wird der [521] Radikalisierungsprozeß des Proletariats gefördert. Gleichzeitig tritt eine Zersetzung im Bürgertum selbst ein. Das alles führt zu einer revolutionären Erschütterung des Systems.

In solchen Situationen bekommen wirtschaftliche Streiks schon im beginn stärkeren politischen Charakter. Deshalb müssen die Streikenden politisch auf diese Dinge durch die RGO eingestellt werden.

Das Wesentlichste ist, daß das Proletariat in solchen Situationen politische Teilforderungen erhebt und sie in die Streikforderungen einbezieht und, sobald der Streik zum Massenstreik wird, diese politischen Forderungen in den Vordergrund schiebt.

Daß das geschieht, ist Aufgabe der RGO!

Erfolgreiche politische Massenstreiks (z. B. beim Sturz der Cuno-Regierung 1923) erzeugen eine ungeheure politische Aktivität, Selbstvertrauen zur eigenen Kraft und einen Massenstreikwillen für weitergestellte politische Ziele. Das Proletariat ist dann leicht geneigt, wiederholt zum Massenstreik anzusetzen.

Daher muß in solchen Situationen wie jetzt, in Verbindung mit der Losung „Politischer Massenstreik“, die Endlosung des Kampfes um die proletarische Diktatur gemeinverständlich stärker propagiert werden, wobei wir auf Sowjetrußland hinweisend zeigen müssen, daß es nur diesen einzigen Ausweg gibt.

Revolutionäre organisieren Streiks immer in der Richtung, die Bewegung auf die Revolution hin vorwärts zu treiben. Je mehr Streiks in Deutschland, desto stärker wächst die Wirtschafts- und politische Krise. Die Schwierigkeiten für die Bourgeoisie nehmen dann zu. Die Maßnahmen zur „Lösung“ der Wirtschaftskrise und viel mehr noch der politischen Krise kehren sich in ihr Gegenteil um. Darum ist die Organisierung von Streikbewegungen für Lohn und Brot, Siebenstundentag, gegen faschistische Diktatur und Artikel 48, für ein Sowjetdeutschland der Werktätigen eine der wichtigsten Aufgaben der Partei und der RGO.

Mit dem Heranwachsen einer akut revolutionären Situation muß das Proletariat durch die RGO und Partei schon reif und befähigt gemacht sein, um durch Zusammenfassung aller Streiks eine solche Massenkraft zu erzeugen, daß die Massenstreiks zum Generalstreik gesteigert werden können, womit das Proletariat den Machtkampf beginnt.

3. Das Problem der Führung

In der letzten Zeit hat es sich in Deutschland gezeigt, daß die Unternehmer bei ihrer Strategie im Kampfe gegen das Proletariat im Zusammenhang mit den Lohnabbaumaßnahmen differenziert vorgehen, um das Proletariat in den Betrieben hundertfach zu spalten und somit fortlaufend den Lohn zu reduzieren. Hierbei stützt sich die Bourgeoisie in erster Linie auf die christliche und sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie und dann auf die Streikbrecherkolonnen der Nationalsozialisten und des Stahlhelms, im Zusammenhang mit einer stärkeren Anwendung des kapitalistischen Staatsterrors.

Die Rolle der christlichen Gewerkschaften wird schon durch die Tatsache charakterisiert, daß die christliche Gewerk-[522]schaft politisch von der Zentrumspartei geführt wird, die gegenwärtig in Deutschland eine führende Rolle spielt und als treibende Kraft zur Faschisierung der kapitalistischen Staatsgewalt hindrängt.

Die Sozialdemokraten haben sich in ihrer zehnjährigen Regierungspolitik nach dem Kriege als Lakaien der Bourgeoisie bewährt. Sozialdemokratische Gewerkschaftsführer fühlen sich berufen, alle Streikbewegungen, insbesondere wenn sie von politischer Bedeutung sind, zu verhindern, oder sie, wenn sie gegen ihren Willen ausbrechen, auf dem schnellsten Wege zu erdrosseln.

Demgegenüber muß die RGO sich ihrer Führerrolle bewußt sein. Nur sie allein kann die im Interesse des Proletariats notwendigen Streikbewegungen organisieren, auslösen und führen. Deshalb muß die RGO sich überall feste und jeder Situation gewachsene RGO-Leitungen schaffen, die

feste Stützen in den Betrieben und Gewerkschaften haben müssen. In den Betrieben sind es breite revolutionäre Vertrauensmännerkörper als Organe der RGO, und in den Gewerkschaften sind es straffe, disziplinierte Fraktionen der Opposition, mit Hilfe deren die RGO um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse kämpft und die Streikbewegungen im Interesse der Arbeiter vorbereitet. Nur wenn die RGO feste Leitungen hat in allen Ortschaften, wenn diese sich auf diese breiten Fundamente in Betrieb und Gewerkschaft stützen kann, ist sie imstande, Massenbewegungen zu organisieren.

4. Systematik der Vorbereitung

Sowohl für Kampfbewegungen ganzer Industriereviere als auch in der Organisierung von Teilkämpfen in einzelnen Betrieben muß eine systematische Vorbereitungsarbeit geleistet werden. Wenn in einem ganzen Industrierevier eine Tarifbewegung vorbereitet wird, muß die RGO durch ihre Betriebsräte und Vertrauensleute zunächst überall Belegschaftsversammlungen organisieren, die zur Lage Stellung nehmen und Delegierte zu einer Delegiertenkonferenz der Industriegruppe wählen. Die Delegiertenkonferenz stellt die Forderungen auf, die dadurch sofort eine Massenbasis bekommen. Ihre Popularisierung durch die Presse und die Oppositionsorgane der RGO, durch Betriebszellenzeitungen der kommunistischen Betriebszellen ist notwendig. Die beste Popularisierung aber ist es, wenn nach der Delegiertenkonferenz sofort wieder Belegschaftsversammlungen stattfinden, in denen Bericht erstattet wird und die Belegschaften durch eine Resolution ihre Zustimmung zu den Beschlüssen und Forderungen erklären. In diesen Belegschaftsversammlungen müssen dann unter Anwendung der besten Einheitsfrontpolitik von unten breite vorbereitende Kampfausschüsse, deren Aufgaben in Richtlinien festgelegt sind, gewählt werden. Die vorbereitenden Kampfausschüsse sind die Einheitsorgane zur Vorbereitung des Kampfes bis zur Auslösung des Streiks, in sie müssen die besten Elemente der Belegschaft gewählt werden, die eine eigene Initiative entwickeln. Während dieser Zeit müssen bereits die Fraktionen der RGO in den Belegschaften vorstoßen und die Forderungen und Beschlüsse der Delegiertenkonferenz der Opposition vertreten.

In der innergewerkschaftlichen Front gilt es die Gewerkschaftsbürokratie zu demaskieren, um dort die Mehrheit der Mitglieder für den Streik zu gewinnen. Nur durch einen unermüdlichen und zähen Kampf an der innergewerk-[523]schaftlichen Front, schon in der Vorbereitungszeit der Bewegung, ist es möglich, während der Bewegung alle Vorbereitungen zu schaffen, um die Gewerkschaftsbürokraten zu verjagen.

Der Kampf an der innergewerkschaftlichen Front wird in engster und lebendiger Verbindung mit den Kämpfen in den Betrieben gegen den Reformismus und Faschismus geführt. Deshalb müssen die dort einzubringenden Anträge und Resolutionen im engsten Zusammenhang stehen mit den betrieblichen Verhältnissen.

Der vorbereitende Kampfausschuß muß bis zur Auslösung des Kampfes bereits eine Autorität in den Massen geschaffen haben. Betriebsräte und Vertrauensmännerkörper unterstehen dem vorbereitenden Kampfausschuß. Er muß das Bestreben haben, die Basis der Streikverbreiterung innerhalb des Werkes und darüber hinaus auf andere Betriebe zu erweitern. Er muß den Vertrauensmännerkörper überprüfen und dann mit seiner Hilfe Demonstrationen der Belegschaft organisieren.

Er muß Frauenversammlungen, ferner Jugendversammlungen organisieren. Er muß in Erwerbslosenversammlungen die Verbindung suchen, um somit die Massen des Proletariats auf den Streik vorzubereiten und als Hilfskräfte für die Streikenden zu mobilisieren. Zur Vorbereitung des Kampfes gehört selbstverständlich auch, daß der vorbereitende Kampfausschuß bereits eine Liste für eine feste Streikleitung zur Sicherung der Streikfront aufgestellt hat, die bei Auslösung des Kampfes der Belegschaft vorgeschlagen wird. Bei der terminmäßigen Auslösung des Kampfes, wenn die Situation es erfordert, daß ein Termin gestellt wird, treten die vorbereitenden Kampfausschüsse der Betriebe zusammen und wählen einen zentralen vorbereitenden Kampfausschuß. Der zentrale vorbereitende Kampfausschuß wird in den meisten Fällen den Kern der zentralen Streikleitung stellen. Es können Situationen eintreten, wo die vorbereitenden Kampfausschüsse sofort eine zentrale

Streikleitung wählen, wenn es ebenfalls möglich war, daß in einem Betrieb sofort eine Streikleitung gewählt wird, womit denn aber der Streik unmittelbar ausgelöst wird.

5. Die Durchführung des Streiks

Zur Auslösung des Streiks hat die Initiative der Führung eine sehr große Bedeutung. Die Arbeitermassen müssen selbstverständlich mit der Auslösung des Streiks einverstanden sein. Am besten ist es, wenn der Kampf von innen heraus, durch selbständige Initiative der Belegschaft ausgelöst wird. Hierbei ist für die Großbetriebe zweckmäßig und notwendig, daß die Abteilungsbelegschaft, die zum Streik ansetzt, innerhalb des Betriebes von Abteilung zu Abteilung zieht, um somit den Gesamtbetrieb zur Stillegung zu bringen. Hierbei ist besonders darauf zu achten, daß nach der Stillegung des Betriebes die Belegschaft den Betrieb verläßt, um außerhalb des Betriebes zu entscheiden, was geschehen soll. Es ist in vielen Fällen notwendig, bei einer Gesamtbewegung einzelne Betriebe durch Unterstützung von außen her streikreif zu machen. Mit außerbetrieblicher aktiver Hilfe ist es dann in vielen Fällen möglich, die Belegschaft zum Streik zu bringen, wobei man in diesen Fällen besonders darauf achten muß, daß eine feste Streikleitung gewählt wird und sofort ein breiter Vertrauensmännerkörper aufgebaut wird. Gerade in diesen Fällen ist die Gefahr der Zersetzung und Zermürbung durch die Tätigkeit der Reformisten und Faschisten am allergrößten.

[524] Die Auslösung des Kampfes für weitere Betriebe bzw. die Verbreiterungsaktionen sind dadurch möglich, daß die zentrale Streikleitung, oder auch durch die Streikleitungen einzelner Betriebe, mit Hilfe ihrer streikenden Belegschaft durch Demonstrationen, Kundgebungen, individueller Bearbeitung der Belegschaften anderer Werke, selbige streikreif zu machen. Die Streikleitung sendet demzufolge auch Vertreter in die Belegschaftsversammlungen der anderen Werke oder organisiert von sich aus solche für die Betriebe, bei der sich die Streikleitungen auf aktive Elemente stützen können.

Zur Durchorganisierung und Sicherung des Streiks ist es notwendig, sofort bei der Auslösung des Kampfes durch den vorbereitenden Kampfausschuß zu veranlassen, daß die Wahl einer festen Streikleitung vorgenommen wird. Die Führung in den Streikleitungen darf nur in Händen kühner und entschlossener Elemente liegen. Schwankende Elemente sind eine sehr große Gefahr und nicht imstande, die Front der Streikenden fest und geschlossen zu halten. Die Einrichtung von Streiklokalen und die Einteilung der Streikposten ist dann sofort notwendig. Auflegung der Streiklisten zur Registrierung aller Streikenden muß am ersten und im schlimmsten Falle am zweiten Tage geschehen, damit die Herausgabe von Streikkontrollkarten ermöglicht werden kann. Besteht eine Betriebswehr, so ist sie sofort zu mobilisieren; besteht keine, dann muß schleunigst eine geschaffen werden, damit der Streikschutz sichergestellt ist. Da die Kämpfe vielfach noch von der Solidarität der breiten Massen abhängig sind, ist die Schaffung von Solidaritätsausschüssen, worin auch Frauen mit einbezogen werden, notwendig. Diese Solidaritätsausschüsse, die sowohl die Aktionen der Internationalen Arbeiterhilfe unterstützt, muß auch eine eigene Initiative entwickeln in der großen Linie der Organisierung der Solidaritätsaktion.

Bei jedem Streik in der kommenden Zeit wird ein fortgesetzter Kampf um die Führung notwendig sein. Der frühere Reichspräsident Ebert sagte schon, wenn Streikkämpfe gegen den Willen der Gewerkschaftsführer ausbrechen, muß man sich an die Spitze stellen, um sie schnell beendigen zu können. Getreu diesem Grundsatz handeln die Gewerkschaftsbürokraten. Deshalb müssen sofort alle Gewerkschaftsbürokraten und ihre Stützen in den Betrieben von der Führung ausgeschlossen werden. Aus diesem Grunde darf man schon keine schwankenden Elemente in der Streikleitung haben. Die Verhinderung der Reden von Defaitisten (Miesmacher) ist unbedingt notwendig. Ebenso muß energisch jedes Phrasentum bekämpft werden. Die Streikleitung muß sofort mit der Belegschaft festlegen: Alles hört nur auf die Streikleitung. Anweisungen gehen nur von der Streikleitung aus. Die Streikleitung gibt allein Informationen. Sie beruft die Versammlungen ein. Nur sie organisiert das Streikpostenstehen. Sie ist der einzige Verhandlungsführer im Namen der Belegschaft.

Zum offensiven Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie und ihre Streikbruchtaktik in den Gewerkschaften ist notwendig:

1. Auftreten in allen Veranstaltungen der Gewerkschaften zum Zwecke der Eroberung der Mehrheit für die RGO, ihre Beschlüsse und Strategie.

2. Wo noch gewerkschaftliche Streikversammlungen stattfinden, müssen sie durch offensivstes Vorgehen von uns erobert werden. Gewählte Streikleitungsmitglieder müssen sprechen. [525]

3. Vertrauensentschließungen für die von den Arbeitern gewählten Streikleitungen müssen eingebracht werden.

4. Die Unterstützung der Unorganisierten durch die Gewerkschaften ist zu fordern. Ferner sind alle Mitglieder der Gewerkschaft zu mobilisieren für breite Aktionen, um die Kommune zur Unterstützung zu veranlassen.

Ueber Abwehr des Terrors des Staatsapparates sind sich heute die Anhänger der RGO schon zumeist klar. Es ist notwendig:

a) ununterbrochener schärfster Kampf zur Diskreditierung des Schlichtungswesens;

b) politische Brandmarkung des Zusammenspiels der Unternehmer, des Staatsapparates und der Gewerkschaftsbürokratie;

c) Sicherung der Streik enden gegen Polizeiüberfälle, Polizeiattacken und Provokationen durch den Selbstschutz der Arbeiter, das ist die Betriebswehr;

d) Massenstreikposten als Abwehr des Polizeiterrors bei Streikbrechertransporten.

*

Die Streikbewegungen der letzten Zeit haben gezeigt, daß die RGO schon in der Vorbereitung, aber auch während des Streiks kritisch ihre Arbeit beurteilen mußte. Die Kritik muß selbstverständlich eine positive sein.

Hierbei muß insbesondere der Kampf gegen den Opportunismus gerichtet werden. Die Kritik darf sich nicht beschränken auf die Streikleitungssitzungen und Konferenzen, sondern es müssen selbstkritische Resolutionen der Abteilungen oder ganzer Belegschaften vorbereitet werden.

Ebenso ist eine öffentliche Kritik in der Presse notwendig, wodurch alle Anhänger der RGO aufmerksam werden und dann den Kampf gegen den Opportunismus besser führen können. Man muß an dem einen Ort wissen, was an dem anderen Ort für Fehler gemacht wurden.

Ausbau des RGO-Apparates während der Vorbereitung und Durchführung von Streiks in den Betrieben. Die RGO muß mit der kommunistischen Betriebszelle eng zusammenarbeiten, um erstens den Auf- und Ausbau des Vertrauensmännerkörpers und zweitens den Auf- und Ausbau der Betriebsgruppe der RGO zu garantieren. Mitten in der Streikbewegung ist der Aufbau dieses Fundamentes am leichtesten, wobei eine bessere Möglichkeit besteht, die qualifizierten Kräfte auszuwählen. Ebenso ist es während des Streiks viel leichter möglich, den Kollektivanschluß der Belegschaft an die RGO herbeizuführen. Während des Streiks soll man die Sammlung von Abonnenten für die revolutionäre Gewerkschaftspresse organisieren und den Vertrieb von Kampffondsmarken bewerkstelligen. Die bestbekanntgewordenen Kräfte aus den Reihen der SPD- und christlichen Arbeiter sind zwecks besonderer Bearbeitung besonders zu registrieren, damit man sie fest für die rote Klassenfront gewinnt.

Das sind die wichtigsten Lehren aus den letzten Streikbewegungen, die für unsere revolutionäre Streikstrategie von außerordentlicher Bedeutung sind. [526]

*

Agrarkrise und Landproletariat

Von Franz Möricke

„In allen kapitalistischen Ländern wird die Offensive des Agrar- und Finanzkapitals gegen das landwirtschaftliche Proletariat angesichts der in mehreren Ländern um sich greifenden Agrarkrise immer mehr verstärkt; diese Offensive findet überall in der Taktik der reformistischen Gewerkschaftsführer Unterstützung.“
(Aus der Resolution über die Arbeit unter den Land- und Forstarbeitern, angenommen auf dem IV. Kongreß der RGI)

Die deutsche Bourgeoisie macht verzweifelte Anstrengungen zur Lösung der tiefgehenden Agrarkrise. Neben der wucherischen Zoll- und Handelspolitik der Hermann-Müller- und Brüning-Schiele-Regierung sowie deren Subventionspolitik und Agrargesetzgebung soll auch das Landproletariat zur Lösung der Krise große Opfer bringen.

Auf der Tagung des Reichslandwirtschaftrates am 18. und 19. September v. J. in Münster wurde von den Junkern im Einverständnis mit den Industriellen und Bankiers ein Rentabilitätsprogramm für die Landwirtschaft aufgestellt:

1. Senkung des Lohnkontos; 2. Steuererlaß und Senkung der Soziallasten; 3. Rationalisierung.

Diese von den Vertretern des Großgrundbesitzes aufgestellten Losungen bedeuten eine Kampfansage an alle in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Lohnempfänger.

Betrachten wir zunächst die Lage der Landarbeiter und -arbeiterinnen im allgemeinen. Es gibt keine Arbeiterschicht, die so geknechtet und ausgebeutet wird wie die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Proletarier. Diese größte aller Berufsgruppen, die nach der Statistik von 1925 nicht weniger als drei Millionen landwirtschaftliche Arbeiter im Hauptberuf zählt, wird nicht nur am schlechtesten bezahlt, sondern sie ist unter ein Ausnahmegesetz gestellt, dem noch Reste der Leibeigenschaft aus der Feudalzeit anhaften. So schreibt der § 2 der von den Sozialdemokraten geschaffenen Landarbeitsordnung vom 23. Februar 1919 vor, daß sich die Landarbeiter durch mindestens halbjährige Dienstverträge an die Gutsbesitzer verkaufen müssen:

„In Betrieben der Land- und Forstwirtschaft einschließlich ihrer Nebenbetriebe, für welche ein Tarifvertrag nicht besteht, sind Dienstverträge mit mehr als halbjähriger Dauer schriftlich abzuschließen, sofern darin Bezüge nicht barer Art zugesichert sind.“

Die Arbeitszeit ist nach dieser sozialdemokratischen Landarbeitsordnung so geregelt, daß der Gutsherr seine Lohnsklaven elf Stunden und noch länger ausbeuten kann.

§ 3 der Landarbeitsordnung schreibt vor:

„Die tägliche Höchstarbeitszeit beträgt in vier Monaten durchschnittlich acht, in vier Monaten durchschnittlich zehn und in weiteren vier Monaten elf Stunden. Darüber hinaus geleistete Ueberstunden sind besonders zu vergüten.“

Hierbei sind die Arbeitspausen und Fütterungszeiten bei Arbeitsgespannen noch nicht einmal mit in die Arbeitszeit einbezogen. Die tarifliche Arbeitszeit beträgt 2900 bis 2980 Jahresarbeitsstunden.

Die Pflichtarbeit für die Frauen ist im § 14 wie folgt grundsätzlich festgelegt:

[527] „Arbeiterinnen, die ein größeres Hauswesen zu versorgen, insbesondere auch Gehilfen, die nicht zur eigenen Familie gehören (Hofgänger), zu beköstigen haben, sind, abgesehen von Notfällen, nur insoweit zur Arbeit zu verpflichten, als dies ohne erhebliche Beeinträchtigung ihrer häuslichen Pflichten zulässig ist.“

Durch das Deputatlohnsystem sind die Landarbeiter dem Betrug und der Willkür der Junker mit Haut und Haar verschrieben. Denn es heißt in der Landarbeitsordnung:

„Die als Teil des Lohnes vereinbarten Naturalien (Kartoffeln, Getreide, Heizung usw. M.) sind in Waren von mittlerer Beschaffenheit der Ernte zu liefern.“

Und dadurch, daß die sozialdemokratischen Volksbeauftragten den Junkern das Recht einräumten, die Wohnung der Landarbeiter als einen Teil des Lohnes festzusetzen, ist jenen jede Möglichkeit

offengelassen, ihre Deputanten mit ihren Familien jederzeit aus der Werkswohnung zu setzen. Es heißt nämlich im § 8:

„Wohnung, Landnutzung und andere Leistungen, die keinen Marktwert haben, sollen, wenn sie als Teil der Entlohnung vom Arbeitgeber zugesichert sind, mit ihrem Geldwert schriftlich festgesetzt werden. Ist dies unterblieben, so entscheidet in Streitfällen der Schlichtungsausschuß."

Dadurch, daß die Wohnung mit zum Lohn zählt, verliert der Landarbeiter, wenn ihm gekündigt wird, zugleich auch die Wohnberechtigung. Der Gutsbesitzer kann den Landarbeiter sofort entlassen, wenn, wie im § 16 der Landarbeitsordnung festgelegt ist, „beharrliche Verweigerung oder grobe Vernachlässigung der Dienstleistungen" vorliegt.

Der Landarbeiter darf aber noch nicht einmal frei über seine ihm bereitgestellte und im Lohn enthaltene Wohnung verfügen. In dem vom Deutschen Landarbeiterverband mit dem Pommerschen Landbund für den Kreis Stolp abgeschlossenen Tarifvertrag heißt es:

„In Gutswohnungen sich aufhaltende erwachsene Familienmitglieder, Verwandte oder Bekannte vom Wohnungsinhaber dürfen ohne Genehmigung des Arbeitgebers an dritten Arbeitsstellen nicht auf Arbeit gehen."

Für den Kreis Usedom gilt folgendes:

„Familienangehörige, die im Haushalt des Arbeitnehmers wohnen, dürfen ohne Genehmigung des Arbeitgebers nichts anderwärts zur Arbeit gehen. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen sind Grund zur fristlosen Entlassung."

Unter diesen furchtbaren, von Sozialdemokraten und Gutsbesitzern vereinbarten Bedingungen ist es verständlich, daß die an sich noch etwas rückständige Landarbeiterschicht eingeschüchtert ist. Erst in letzter Zeit beginnt das jüngere Element unter den Landarbeitern sich aufzuraffen und sich gegen die Maßnahmen der Landjunker zur Wehr zu setzen.

Die Entlohnung der Landarbeiter

Den Agrariern wäre es am liebsten, wenn sie ihren Arbeitern nur Naturalien als Lohn zu geben brauchten. Da aber der Landarbeiter noch Schuhwerk, Kleidung und Hausgerät braucht, benötigt er auch Bargeld. Darum ist in den von den Gauleitern des DLV mit den Landbündlern vereinbarten Lohntarifen auch noch Barlohn enthalten.

Im Reichsdurchschnitt erhält ein vollwertiger Deputatarbeiter, der alle landwirtschaftlichen Arbeiten verrichten kann und in einer Gutswohnung wohnt, nach der Berechnung vom Frühjahr 1930 an Barlohn [528] die Stunde 26,11 Pf. und an Deputatwert (Wohnung, Heizung, Kartoffeln, Roggen usw.) pro Stunde 16,07 Pf., also einen Gesamtstundenverdienst von 42,18 Pf. Die Frau des Deputanten, die zur Arbeit verpflichtet wird, erhält im Reichsdurchschnitt 22,87 Pf. Nun wird aber der Deputant verpflichtet, auch seine erwachsenen Kinder mit „zu Hofe gehen zu lassen" oder, wenn er keine hat, sich fremde Hofgänger zu halten. Ein solcher im Alter von 16 bis 18 Jahren erhält 16 bzw. 21 Pf. Gesamtlohn. Eine Landarbeiterfamilie, bestehend aus Mann, Frau und einem Sohn, bekommt also an Lohn zusammen 83,55 Pf. Dieses Wohnungs- und Lohnelend plus Junkerterror zwingt Tausende von Landarbeitern, aus ihren ostelbischen Gefilden auszuwandern. Aus Pommern, Ostpreußen und Mecklenburg wandern jährlich etwa 20.000 Landarbeiter nach den westlichen Industriegebieten aus, wo sie von den Grubenherren gern eingestellt werden, da sie williger, widerstandsfähiger und zäher sind als die in den Industriezentren herangewachsenen Arbeiter.

Diese Landflucht macht den Gutsherren sowie ihren in den Tarifgemeinschaften mit ihnen verbündeten sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführern große Sorgen. Sie verfielen dabei auf die Idee, die Landarbeiter, und insbesondere die Gutshandwerker, Melker, Motorpflüger, Gärtner und Aufseher, durch Gestellung von sogenannten Landarbeiter-Eigenheimen seßhaft zu machen. Wer sich ein Eigenheim erwerben will, muß sich aber verpflichten, 30 Jahre in der Landwirtschaft tätig zu sein. Er erhält dann ein Haus nebst Stall und zwei bis vier Morgen Land und muß in Form von Zinsen und Amortisation das Kapital zurückzahlen.

Diese Eigenheime sind aber für den Landarbeiter dadurch eine Fessel, als er nach seiner Arbeitszeit beim Gutsbesitzer noch sein eigenes Land bearbeiten muß, und vor allem dadurch, daß er seine Arbeitsstelle nicht wechseln kann, weil er örtlich gebunden ist. Trotz aller Empfehlungen gelingt es den Sozialdemokraten nur schwerlich, eine größere Zahl von Landarbeitern für ihr Ideal zu begeistern.

Sozialfürsorge für die Landarbeiter und -arbeiterinnen gibt es so gut wie überhaupt nicht. Das Wenige wollen die Junker noch beseitigt wissen. Der Gutsherr will befreit sein von den Beiträgen, die er zur Kranken-, Invaliden-, Unfall- und Erwerbslosenversicherung zahlen muß. Es steht aber fest, daß die meisten Gutsbesitzer auf Grund des § 71 und 72 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sich ohnehin von der Beitragsleistung drücken. Auch die Rentenberechnung erfolgt so, daß der Gutsherr recht wenig zu zahlen braucht. In Ostpreußen z. B. verdient ein Deputant 940 M. im Jahre, seine Rente wird aber nur auf 600 M. errechnet. Die Sozialleistung der Gutsherren ist also sehr gering.

Die Rationalisierung der Gutsbetriebe und ihre technische Vervollkommnung schaffen eine ganz andere Verwendung und Schichtung der Arbeitskräfte wie im unmodernen Gutsbetrieb oder in der Bauernwirtschaft.

Ein nach modernen kapitalistischen Grundsätzen und Methoden geleiteter Großbetrieb benötigt nur noch eine geringe Anzahl von Stammarbeitern. Darüber hinaus werden jedoch in der Bestell- und Erntezeit noch eine Anzahl von Saisonarbeitern gebraucht. Zu der ersten Kategorie gehören die Motorpflüger, Gutshandwerker, Melker und Gärtner. Diese Schicht, die durch eine bessere Entlohnung vom Agrarkapitalisten bevorzugt wird, bildet zur Zeit noch eine gewisse Aristokratie unter dem Landproletariat.

[529] Eine weitere Schicht sind die auf dem Gutshof wohnenden Deputanten, die mit ihren Hofgängern durch Jahresverträge sich an den Gutsherren vermietet haben. Diese Schicht wird immer geringer an Zahl, je mehr die Maschine ihren Einzug auf dem Gute hält. Die sogenannten „Freiarbeiter“, die eine dem Gutsherrn gehörige Wohnung gemietet oder von ihm Land abgepachtet haben, oder sich in einem weniger abhängigen Verhältnis zum Gutsherrn befinden, sollen ebenfalls durch Eigenheime seßhaft und an den Gutsbetrieb gebunden werden. Und endlich sind es die Saisonarbeiter, die zur Frühjahrsbestellung im Rübenbau benötigt werden, und da, wo die Mähmaschine dem Schnitter die Sense noch nicht aus der Hand gerissen hat, noch in der Erntezeit gebraucht werden. Die Schicht der Freiarbeiter und Saisonarbeiter wächst von Jahr zu Jahr, und es ist das Bestreben der Agrarkapitalisten, aus dieser Schicht, die heute etwa 30 Prozent aller in der Landwirtschaft Beschäftigten ausmacht, eine bewegliche Armee von Landarbeitern zu schaffen, die bald hier zur Bestellzeit, bald dort zur Heu-, Körner- oder Rübenernte eingesetzt und zu den erbärmlichsten Löhnen in Schnitterkasernen untergebracht werden.

Das Bestreben der Junker ist es, durch die Senkung der Produktionskosten und einer gleichzeitigen Erhöhung der Preise für ihre Produkte neues Kapital anzusammeln. Die Ausbeutung der Landarbeiter soll eine noch gründlichere werden. Durch Einführung moderner Maschinen, moderner kapitalistischer Arbeitsmethoden, nach der Stoppuhr ausgeklügelter Akkordlöhne, Prämiensystem, Kolonnenarbeit, beschleunigtes Arbeitstempo usw. soll die Wirtschaft rentabel gemacht werden. Hierbei fanden die Großagrarier nicht nur das geneigte Ohr und die finanzielle Unterstützung der abgehalfterten Regierung des Sozialdemokraten Hermann Müller, sondern auch die aktive Unterstützung des Deutschen Landarbeiterverbandes wie auch selbstverständlich des christlich-nationalen Reichsbundes der Landarbeiter und des gelben Reichslandarbeiterbundes, einer Filiale des Landbundes. Die Führer des Deutschen Landarbeiterverbandes, die den Young-Plan erfüllen wollen, treten für diese Forderungen ein und „wünschen“ nur, daß sie „vernunftgemäß“ durchgeführt werden. Die Gutsherren kündigten daher „vernunftgemäß“ einen 20prozentigen Lohnabbau an, den sie durchführen wollen durch Kürzung des Deputats, Höherbewertung der „Wohnung“, Beschleunigung des Arbeitstempos und Abbau des Barlohnes.

Stellen wir einmal Aeußerungen prominenter Personen aus den Reihen des Landbundes und der genannten Landarbeiterverbände gegenüber:

„Was nun die Lohnfrage anbetrifft, so wünscht niemand mehr als die Landwirte selbst, unsere Arbeiter besser entlohnen zu können, ja, alle unsere Bestrebungen gipfeln in dem an Regierung und Parlament gerichteten Wunsche: Stellt uns so, daß wir unsere Arbeiter genau so entlohnen können, wie die Industrie es tut.“

(Rittergutsbesitzer Vogelsang, Vorsitzender des sächsischen Landbundes.)

„Die Landarbeiterschaft ist gezwungen, wenn sie nicht untergehen will, mitzukämpfen für die Erhaltung der Betriebe, denn nur aus einer gesunden Wirtschaft können Verbesserungen für die Arbeiterschaft erzielt werden.“

(Schärfer, gelber Landarbeitersekretär im „Reichslandarbeiterbund“ vom 20. März 1929.)

„Die Landarbeiter sind auf Gedeih und Verderb mit ihrem Berufsstand verbunden. Sie stehen in allen berufswirtschaftlichen und berufspolitischen Angelegenheiten an der Seite ihrer Arbeitgeber. So auch jetzt. Unsere Sorge und [530] Bitte geht dahin, daß bei den von Gesetzgebung, Regierungen und Verwaltungen in Reich und Länder zu treffenden Maßnahmen zur Behebung der Not der Landwirtschaft und der Wiederherstellung ihrer Rentabilität nicht außer acht gelassen wird, sie in solchem Maße zu treffen, daß die wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten zu einer befriedigenden Gestaltung der Lage der Land- und Forstarbeiter, insbesondere auch auf dem Wohngebiet, ausreichend mit in Rechnung gesteilt werden.“

(Franz Behrens, Vorsitzender des christlich-nationalen „Reichsbundes der Landarbeiter“ in seinem Bittgang zu Hindenburg am 25. Februar 1929.)

„Gott erhalte uns die Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer.“ (Hindenburgs Antwort auf Behrens Wünsche.)

„Aus einer gutgehenden Wirtschaft ist eher etwas an Lohnerhöhung herauszuholen als aus einer darniederliegenden. Deshalb interessiert es uns außerordentlich, ob die Landwirte ihre Betriebe durch moderne Wirtschaftsmethoden verbessern oder nicht. Wo es die Landwirte nicht fertigbringen, müssen wir es machen.“

(Ernst Brandenburg, Gauleiter des DLV. in seiner Rede auf der Gaukonferenz des DLV in Magdeburg am 13. April 1929.)

Aus all diesen Auslassungen ist also ersichtlich, daß hier eine Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Gelben und den Junkern besteht, zu der Hindenburg seinen väterlichen Segen gab: Erst die Rittergüter und Großbauernwirtschaften rentabler zu machen und den Gutsherren den Profit zu sichern, ehe die Landproleten etwas erhalten sollen.

Die grenzenlose Ausbeutung der Landarbeiter in der Periode einer beschleunigten Rationalisierung und Motorisierung der Gutsbetriebe drückt sich auch in den steigenden Erwerbslosenziffern und den zunehmenden Unglücksfällen aus. Ein Traktor (Linke-Hoffmann-Hochleistungsraupe) ersetzt laut Prospekt 1929: 16 Ochsen, 10 Pferde, einen Dampfpflug und 16 Arbeiter. Ein Mähdrescher ersetzt 12 Arbeiter. Im Frühjahr 1930 wurde auf dem Berliner Stadtgut Albrechtshof eine Kartoffelpflanzmaschine vorgeführt, die von drei Arbeitern bedient in neun Stunden 40 Morgen leistete. Wir sehen, daß durch die kapitalistische Rationalisierung und Motorisierung der Gutsbetriebe die Maschine den Landarbeiter ausschaltet. Selbst in den Erntemonaten stieg die Erwerbslosigkeit ganz erheblich. Sie betrug im Jahre 1928 in den Monaten

Juli	20.062	Oktober	27.353
August	19.501	November	66.628
September	20.914	Dezember	120.916
1929:		1930:	
Mai	30.694	Mai	68.066
Juni	26.041	Juni	52.241
Juli	25.326	Juli	46.764

Im Mai 1930 waren trotz des gelinden Wetters mehr als 150 000 Landarbeiter erwerbslos. Aber mit der Motorisierung der Gutsbetriebe und Großbauernwirtschaften und durch das Antreibersystem ist auch die Unfallziffer von 92852 im Jahre 1924 auf 245920 im Jahre 1928 angewachsen.

Die Agrarkrise schafft im Dorfe ein ganz anderes Verhältnis zwischen Landproletariern, Kleinbauern und Gutsbesitzern. Die Differenzierung tritt schärfer zutage. Das Dorf bekommt ein ganz anderes [531] Gesicht. Die Klassengegensätze treten klarer hervor, verschärfen sich und entwickeln den Klassenkampf. In diesem Prozeß nähern sich die Landarbeiter den armen Bauern. Die Dorfarmut findet sich zusammen. Professor Münzinger führte auf der Führertagung des Landbundes am 22. November v. J. in Berlin aus:

„Der Bauernhof kann die Familie kaum mehr ernähren, und mehr und mehr muß versucht werden, die Bargeldeinnahmen zu vergrößern, dadurch, daß man die Kinder, sobald dies möglich ist, irgendwohin auf Lohnarbeit

schickt ... Die Lebensauffassung und damit die Lebensart beginnt hierdurch in den Bauerndörfern langsam eine andere zu werden. Die junge Generation wird mehr und mehr von ihrer Umwelt angesteckt ...“

Die Agrarkapitalisten beobachten sehr aufmerksam die Vorgänge im Dorf und können heute noch die sich nach links entwickelnde Schicht auf dem Lande durch ihre faschistischen Organisationen und das Reichsbanner zum Teil abfangen. Die Führer der Agrarkapitalisten Brandes, Schiele, Hermes und Fehr richteten darum auch in ihrem Schreiben vom 8. Februar d. J. an den Minister Dietrich folgende ernste Mahnung:

„Zum Schluß möchten wir unserer größten Besorgnis darüber Ausdruck geben, daß ein weiteres Geschehenlassen die leider fortschreitende Radikalisierung in der Landwirtschaft fördert und es den besonnenen Elementen immer mehr erschwert, sich diesen Tendenzen entgegenzustellen.“

Diese Worte beziehen sich nicht etwa auf die Tätigkeit der Faschisten, die ja von den Junkern gefördert wird, sondern auf das Anwachsen der revolutionären Bewegung auf dem flachen Lande und insbesondere unter den Landarbeitern. Die Landarbeiter beginnen da, wo die Partei sich ihnen nähert und sich um sie bemüht, sich dem Terror der Junker und ihrer faschistischen und sozialfaschistischen Dienerschaft zu widersetzen. Dagegen nützen selbst die Verbandssatzungen des DLV nichts, in denen es heißt:

„Bei Auseinandersetzungen mit dem Arbeitgeber oder seinem Stellvertreter müssen die Mitglieder stets höflich und sachlich sein und sich so benehmen, wie es freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern geziemt. Sie dürfen sich daher nie zu beleidigenden Aeußerungen hinreißen lassen.“

Die Bezirkskonferenzen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition in den Agrarbezirken haben gezeigt, daß die Landarbeiter ihre Aufgaben zu erkennen beginnen. Ja noch mehr, sie rufen nach der KPD. Die Landarbeiter sind der Partei dankbar, wenn wir ihnen Aufklärung bringen, wenn wir ihnen als Führer vorangehen. So mancher Genosse, der als Gewerkschaftsfunktionär oder als Betriebsrat eines industriellen Großbetriebes mit allerlei Hemmungen und Bauchschmerzen herumtastet, kann sich manchen Landarbeiter zum Beispiel nehmen, der in seinem einfachen Denken die Aufgaben begreift, die das Proletariat und die Partei als ihre Führerin in der dritten Periode zu erfüllen haben. Die Partei muß endlich in ihrer Wendung auf die Arbeit unter den Massen auch die Notwendigkeit der Arbeit unter den drei Millionen Landproletariern, von denen nur 7 Prozent in den drei Verbänden erfaßt sind, begreifen. Darum muß die Partei Ortsgruppen der KPD in den Dörfern und revolutionäre Vertrauensleute auf den Gütern schaffen. Die Partei hat die Aufgabe, die Wendung zur bolschewistischen Massenarbeit im Dorfe mit aller Entschiedenheit in Angriff zu nehmen. [532]

*

Das Ostprogramm des Hindenburgblocks und die Gegenoffensive der Werktätigen des Ostens

Von E. Hörnle (Schluß)

c) „Lastensenkung und Förderung sonstiger Zwecke“ nennen sich § 11 bis 15. Für die Senkung der staatlichen und kommunalen Realsteuern sollen in diesem Jahre 37 Millionen, für Frachtensenkung 12 Millionen und für die Senkung der Schiffahrtsabgaben 300.000 Mark ausgeworfen werden. Diese Summen bedeuten reine Geschenke auf Kosten der übrigen Steuerzahler und kommen selbstverständlich fast ausschließlich den größeren Grundbesitzern, Handelskapitalisten und Hausagrariern zugute. Aehnlich steht es mit der „Förderung sonstiger Zwecke“. Hier sollen neben Meliorationen, bäuerlichen Versuchsringen, dem Bau von Ledigenheimen, der Einrichtung von landwirtschaftlichen Schulen usw. auch die „Wiederherstellung von Altgebäuden in Stadt und Land“ – zu 90% ein Geschenk an die Hausagrarier – gefördert werden. Aber nur 10 Millionen stehen für alle diese Zwecke zur Verfügung, ein Beweis, daß man nicht daran denkt, etwas Ernsthaftes zu unternehmen. Die Summen werden gerade reichen, um einer kleinen kapitalistischen Interessentenschicht Trinkgelder zu verabreichen.

Dafür sollen „Gewerbe, Handwerk und Handel“ Krediterleichterungen erhalten. Die Regierung wird ermächtigt, Bürgschaften zu diesem Zweck – der gewerblichen Umschuldung also – bis zu 50 Millionen zu übernehmen. Daß es dabei den kleinen Gewerbetreibenden nicht besser gehen wird als den kleinen Bauern, ist vorauszusehen. Für die Zwecke des Straßen- und Kanalbaus, der Erhaltung des

Kleinbahnnetzes und Verbesserung der Hafenanlagen und der Elektrizitätsversorgung, also für die berühmten Fragen der „Arbeitsbeschaffung“, werden nur allgemeine Versprechungen gemacht „nach Maßgabe besonderer Gesetze“. Die Regierung soll im Zusammenhang mit der großen „Finanzreform“ im Herbst die notwendigen Mittel bereitstellen.

d) Größeres Interesse hat die deutsche Bourgeoisie an dem Eisenbahnbau im Osten. Hierfür stellt sie für die „Vorarbeiten“ 10 Millionen und ein Darlehen von 130 Millionen an die Reichsbahngesellschaft bereit. Ein Blick auf die dem Gesetzentwurf beigefügten Uebersichtspläne beweist, daß diese Eisenbahnbauten weniger den vorgeschützten wirtschaftlichen Bedürfnissen – die keineswegs geleugnet werden sollen – entspringen, als strategischen Rücksichten. Es sind ausgesprochene Bahnen für den Antransport und die Verschiebung von Truppen und Kriegsmaterial. Dabei werden die beteiligten Kreise und Gemeindeverbände gezwungen, den notwendigen Grund und Boden selber zu bezahlen, auch ihre Straßen und Wege entschädigungslos der Reichbahngesellschaft während des Baues zur Verfügung zu stellen.

So erweist sich also die gesamte Aktion Hindenburgs als ein einziger grandioser Betrug an den arbeitenden Massen. Obwohl im ganzen Osten die Erwerbslosigkeit, die Wohnungsnot, die direkte und indirekte Ausbeutung der werktätigen Massen noch größer ist als im übrigen Deutschland, wurden alle Anträge der Kommunisten, diese Fragen in das Zentrum der „Osthilfe“ zu stellen, rundweg von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt, ein Beweis mehr, daß nur der revolutionäre Kampf unter Führung der KPD. hier eine Aenderung schaffen kann.

IV. Das Elend der arbeitenden Massen im Osten und die Aufgaben der KPD.

Nicht die dünne Schicht der besitzenden Klassen, weder die über eine „Katastrophe in der Landwirtschaft“ schreienden Junker, noch die über das „Erliegen der Wirtschaft“ wehklagenden Gruben- und Hüttenbarone sind die Opfer dieses wirtschaftlichen Niedergangs. Die verschärfte Krise trifft mit voller Wucht die arbeitenden Massen in Stadt und Land. Die Arbeitslosigkeit ist in den Ostprovinzen noch höher als in den übrigen Teilen Deutschlands. Während im Januar 1930 im Reiche auf 1000 Bewohner je 46 Arbeitslose gezählt wurden, zählte man in Oberschlesien 67. Während der Tarifzeitlohn eines Metallfacharbeiters in Berlin 112 Pf. pro Stunde, in Chemnitz 94 Pf. und in Erfurt immer [533] noch 81 Pf. beträgt, erhält ein Metallfacharbeiter in Königsberg/Ostpreußen 76 Pf., in Gleiwitz, Oberschlesien, sogar nur noch 63 Pf. Der Tarifzeitlohn eines Maurers beträgt in Gleiwitz 106 Pf., in Königsberg/Ostpreußen 122 Pf., In Berlin 177 Pf. Durchschnittlich liegen die Arbeiterlöhne in den Ostprovinzen um 35% unter den Arbeiterlöhnen in Mitteldeutschland. Auch die stark entwickelte Frauenarbeit ist ein Zeichen der Elendslage der werktätigen Massen. Wahrend die Zahl der erwerbstätigen Frauen im Durchschnitt des Reiches 35,88% aller Erwerbstätigen ist, beträgt sie in Oberschlesien 39,56 %. Von sämtlichen Säuglingen unter einem Jahr starben im Reichsdurchschnitt 1927 je 9,7 vom Hundert, 1928 je 8,9 vom Hundert. In Oberschlesien war die Säuglingssterblichkeit 12,8% bzw. 13,5%. Der Durchschnitt in den übrigen Ostprovinzen ist über 11%!

Besonders verschärft wird das Massenelend in den Ostprovinzen durch den Strom der Flüchtlinge aus Polen (statistisch erfaßt sind 340.000!). Allein 90.000 leben heute in Oberschlesien. Die Stadt Hindenburg hat 23.800 Zugewanderte seit dem Kriege, Gleiwitz zählt 14.000, Beuthen 12 500, Ratibor 11 286 Zugewanderte. Infolge dieses Flüchtlingselends ist auch das Wohnungselend in den östlichen Städten ungeheuer verschärft. In Oberschlesien fehlen nach amtlicher Angabe 31.574 Wohnungen. 27.438 wohnungslose Haushaltungen sind gezwungen, mit anderen Haushaltungen in einer Wohnung zusammenzuhausen. Dabei ist zu bemerken, daß 60% sämtlicher Wohnungen in Oberschlesien nach der amtlichen Denkschrift aus Einzimmerwohnungen bestehen. Die Folge dieses Wohnungselends ist eine erschreckende Zunahme der Tuberkulose und Tuberkulosesterblichkeit. Von je 10.000 Einwohnern starben in Sachsen 8,4, in Oberschlesien jedoch 12,04 an Tuberkulose. In der Denkschrift der Provinz Oberschlesien wird zugegeben: „Flüchtlingselend, Wohnungsnot, niedriges Einkommen und Arbeitslosigkeit sind die hauptsächlichsten Ursachen“.

Die Elendslage der werktätigen Massen in Stadt und Land spiegelt sich auch in den Steuerziffern der östlichen Provinz. Das Steueraufkommen beträgt pro Kopf der Bevölkerung in Ostpreußen 20 Mark,

in Oberschlesien 26 Mark, in Pommern 32 Mark, im Reichsdurchschnitt aber 57 Mark. Noch deutlicher wird das Bild, wenn wir das Aufkommen an der Umsatzsteuer als drückendster Verbrauchssteuer nehmen: Die Umsatzsteuer betrug pro Kopf der Bevölkerung 1928 in Königsberg 7 Mark, in Oberschlesien 9 Mark, in Brandenburg 12 Mark und im Reichsdurchschnitt 16 Mark.

Bei dem großen sozialen Elend ist auch die Finanznot der Gemeinden katastrophal und wird durch die Finanzpolitik im Reich und in Preußen fortwährend noch mehr verschärft. Während die Gemeindezuschläge zur Gewerbesteuer 1929 in Preußen durchschnittlich 530% betrugen, waren sie in Beuthen 625%, in Ratibor 750%, in Hindenburg 750% und in Gleiwitz sogar 800%. Die Auslandsverschuldungen der Kommunen betrug pro Kopf der Bevölkerung in Oberschlesien 28,45 Mark gegenüber 23,48 Mark in Preußen, ohne Berlin. Auch die Kreisumlagen sind im Osten höher als in den übrigen Teilen Preußens. Während die Kreiszuschläge zur Gewerbesteuer in Preußen durchschnittlich 59,4% betrugen, waren sie in Oberschlesien 67,9%. Während die Zuschläge zur Grundvermögenssteuer in Preußen durchschnittlich 52,9% betrugen, betrugen sie in Oberschlesien 71,6 %. Auch das Schulelend ist im Osten bedeutend größer als in den übrigen Teilen Preußens. Auf eine Lehrkraft kommen in Oberschlesien durchschnittlich 43, im Reiche dagegen 36,8 Schüler. Dabei sind zwei Fünftel der Schulkinder zweisprachig.

Hier – in diesem gesteigerten Massenelend der Ostgebiete – ist der Punkt, wo die Agitation und Propaganda der kommunistischen Partei gegen den betrügerischen Raubzug der finanzkapitalistischen „Osthilfe“ Hindenburgs einsetzen muß, und von wo aus die lebendige Verbindung mit den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen des Proletariats im übrigen Deutschland gegen Lohnraub, Raub der sozialen Unterstützungen, Steuer- und Zollwucher, Faschismus und imperialistische Kriegsgefahr und für unsere revolutionären Kampfparole“ einsetzen muß. Keinen Pfennig „Osthilfe“ für die Reichen und Satten, revolutionärer Kampf Schulter an Schulter mit dem gesamten deutschen Proletariat und im engsten Bündnis mit den revolutionären Arbeitern und Bauern in Polen, Litauen, der Tschechoslowakei und ganz besonders mit den siegreichen Proletarier- und armen Bauernmassen im Lande des sozialistischen Aufbaus, in Sowjetrußland! Dies allein kann unsere Leitparole sein.

[534] Die „Osthilfe“ gibt der Partei eine selten gute Gelegenheit, ausgehend von den demagogischen Klageliedern der Behörden, Wirtschaftsverbände, Gemeinden, die jetzt, um möglichst viel für sich aus dem erhofften Milliardensegen zu ergattern, statistisches Material in Menge über die „Ostnot“ anschleppen, die ganze ungeheuerliche, ein Jahrhundert alte Schuld der deutschen Bourgeoisie aufzurollen, die ihre eigene bürgerliche Revolution aus Angst vor dem Proletariat verriet, und um der Gunst der reaktionären, barbarischen ostelbischen Junker willen nicht nur die werktätigen Massen des Ostens in halber Leibeigenschaft, in Armut und Kulturlosigkeit erhielt, sondern auch die Entwicklung der kapitalistischen Industrie und Landwirtschaft selbst in diesen Gebieten verzögerte. Wir können und müssen den, unter den Peitschenhieben der Krise und angeregt durch die demagogischen Versprechungen der „Osthilfe“, zum politischen Leben neuerwachenden ostdeutschen Reserven des proletarischen Klassenkampfes zeigen, wie die demokratische Republik und insbesondere ihr Hauptschildhalter, die Sozialdemokratie, die Politik des Kaisertums gegenüber den deutschen arbeitenden Massen im allgemeinen und gegenüber den Werktätigen des Ostens im besonderen nicht nur fortführte, sondern – gerade auch unter der Hermann-Müller-Regierung – besonders steigerte.

Unsere schonungslose, revolutionäre Entlarvung der „Osthilfe“ wird gleichzeitig zur Abrechnung mit dem im Osten so stark gepflegten nationalistischen Chauvinismus, der alle Schuld für die Not der Massen auf das „Feindesland“ schieben und die hungernden Arbeiter und Kleinbauern zum Vorspann für die imperialistischen Expansions- und Kriegsziele des deutschen Finanzkapitals machen möchte. An dem nationalistischen Rummel nehmen die sozialdemokratischen Führer nicht weniger teil als die Deutschnationalen und Nationalsozialisten, die hier vielfach als „Landvolkbewegung“ auftreten.

Besondere Sorgfalt aber muß die Partei darauf verwenden, die hinter der scheinbaren Polenhetze lauernde Kriegsvorbereitung gegen Sowjetrußland aufzuzeigen. Nicht die polnische, sondern die auf sozialistischer Grundlage kollektivisierte und industrialisierte russische Landwirtschaft ist für das ostelbische Großbauern- und Junkertum der Hauptfeind, und ihre Interessen treffen sich hierbei

vollkommen mit den Interessen der die gewaltigen Erfolge des industriellen Aufbaus der Sowjetunion argwöhnisch beobachtenden deutschen Industriebourgeoisie. Nicht zufällig schrieb schon am 12. März 1928 die Zeitschrift „Gewissen in einem „Deutschland und Polen“ überschriebenen Artikel:

„Der deutsch-polnische Antagonismus besteht letzten Endes nicht in politischen Realitäten, sondern in Imponderabilien, in dem Mißtrauen und der Angst, die die deutsch-russische Politik nicht nur Polen, sondern mehr oder weniger sämtlichen Staaten Osteuropas einflößt ... Deutschland muß wählen zwischen sowjetrussischer und europäischer Politik, und manche Anzeichen deuten darauf hin, daß der Zeitpunkt der Entscheidung naht ... Niemand kann heute die Entwicklung Rußlands nach einem Zusammenbruch des bolschewistischen Regimes voraussehen, aber soviel ist sicher, daß jene separatistischen Bewegungen und Kräfte, die unsere Ukrainepolitiker erkannt haben, heute politische Faktoren geworden sind, die im Augenblick der Entfesselung von den Ketten Moskaus selbsttätig in Erscheinung treten werden

Welche große Rolle Polen in diesem großen Spiele spielen wird und spielen kann, hängt in erster Linie von seinem politischen Verhältnis zu Deutschland ab. Auch Polen muß wählen zwischen westlicher und östlicher Expansion ...“

Der Sinn dieser Ausführungen ist klar: Verständigung mit Polen zur gemeinsamen „östlichen Expansion“ mit dem Ziele der Zertrümmerung Sowjetrußlands. Und die hier angedeuteten Tendenzen sind in den letzten zwei Jahren bereits zu einer Grundtendenz der deutschen Außenpolitik geworden!. Das faschisierte Hindenburg-Deutschland und das faschistische Pilsudski-Polen werden sich über alle Rivalität hinweg die blutbeschmierten Hände zum imperialistischen Angriff auf das rote Vaterland der Werktätigen reichen. Der Vorbereitung hierfür dient auch die „Osthilfe“.

Aber die Kommunistische Partei darf sich nicht mit Agitation und Propaganda begnügen. Diese sind nur Mittel zur Kampfmobilisierung der Massen. Dem „Ostprogramm“ der Bourgeoisie und der prinzipiell damit einverstandenen [535] Sozialdemokraten muß sie ein System von Kampfforderungen des Tages gegenüberstellen: ein Kampfprogramm für die Erwerbslosen, für die Betriebsarbeiter in den verschiedenen Industrien des Ostens, für die Landarbeiter, Hafenarbeiter, Binnen- und Seeschiffer, für die Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden, für die Opfer des Krieges, für die Flüchtlinge aus Polen, die Opfer der Wohnungsnot usw. Diese Kampfforderungen müssen möglichst konkret an die bezirklichen und lokalen Verhältnisse dieser weit ausgedehnten Gebiete angepaßt sein, eine zielsichere, psychologisch geschickte Anwendung der allgemeinen Kampfparolen der Gesamtpartei.

Hierzu sind aber eine Reihe wichtiger organisatorischer und taktischer Maßnahmen notwendig: Arbeiter- und Bauernkonferenzen, Landarbeiterkonferenzen, Konferenzen der roten Betriebsräte und Betriebsvertrauensleute, sofortige Erfassung und Bearbeitung der bei den einsetzenden Kanal-, Straßen- und Eisenbahnbauten usw. beschäftigten Notstandsarbeiter, Konferenzen und Kundgebungen mit den zwischenparteilichen Massenorganisationen, rote Grenztreffen mit unseren Klassengenossen aus Polen, Litauen, Tschechoslowakei usw., energische, durch Massenaktionen unterstützte Vorstöße in den Gemeinde- und Kreisparlamenten und im Zusammenhang mit diesen vorbereitenden Maßnahmen Schaffung von Kampfausschüssen auf den Landgütern, Staats- und Privatforsten, in den Bergwerken, Seehäfen, in den Gebieten der niederschlesischen Textilindustrie so gut wie im Waldenburger Bergrevier oder im großen Industriegebiet Oberschlesien, sowie von Bauernkomitees oder Arbeiter- und Bauernkomitees in den Dörfern.

Aber all das wird nur möglich sein, wenn die Gesamtpartei auf die Arbeit im Osten, wo unsere schwachen Bezirksorganisationen ungeheure Schwierigkeiten räumlicher, finanzieller und kultureller Art zu überwinden haben, ein vermehrtes, der wachsenden Bedeutung dieser Gebiete für die deutsche Revolution entsprechendes Gewicht legt, nicht nur finanziell und durch Unterstützung mit Agitatoren, sondern auch durch planmäßige Steigerung unserer Presse, Betriebs-, Dorf- und Gutszeitungen, Flugblatt- und Broschürenliteratur, deren regelmäßiger Vertrieb in weiten Agrargebieten oft auf viele Wochen die einzige Verbindung mit den zerstreuten Landproletariern und Kleinbauern darstellt. Vergessen wir nicht, daß die Bourgeoisie ihre Anstrengungen zur Verführung und Verwirrung der Massen in den Ostprovinzen jetzt vervielfacht. Von den Nazis bis zur SPD ein gesteigertes Wettrennen! Es geht um die Reserven im beginnenden Entscheidungskampf! Der Wahlkampf ist ein Auftakt. Die Partei muß diese Kampagne ohne Tempoverlust in Angriff nehmen. [536]

Diskussion zur Frage des Kampfes gegen den Faschismus

a) Massenkampf gegen den Faschismus

Von Stefan Heymann (Mannheim)

Zweifellos bewegt das Problem des Faschismus, besonders soweit es die Nationalsozialisten betrifft, zur Zeit außerordentlich die gesamte Parteimitgliedschaft. Und es ist deswegen zu begrüßen, daß über den Kampf gegen den Faschismus bzw. über die wirksamsten Kampfmethoden eine Diskussion in der „Internationale“ herbeigeführt wird. Denn daß die Kampfmethoden gegen den Faschismus noch ungenügend sind, daß wir es noch nicht verstanden haben, ernstlich ins Lager der Nationalsozialisten einzubrechen, obwohl doch alle politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, wird wohl niemand bestreiten. Woher kommt dies? Eine Antwort darauf scheint mir der Artikel des Genossen Heilmann in der letzten Nummer der „Internationale“ zu geben; denn so, wie es Genosse H. darstellt, wird tatsächlich zum größten Teil der Kampf gegen den Nationalsozialismus aufgefaßt und auch geführt.

Genosse Heilmann sieht durchaus richtig, daß es sich bei den Nationalsozialisten schon nicht mehr um eine militärische Organisation von einigen zehntausend Landsknechten des deutschen Kapitalismus handelt, sondern daß die NSDAP zu einer „politischen Massenbewegung“ geworden ist. Als Hauptaufgabe zur Bekämpfung dieser politischen Massenbewegung stellt Genosse H. (von ihm gesperrt) folgende:

„Es muß uns gelingen, den nationalsozialistischen Anhängern den ungeheuren Widerspruch zwischen den nationalsozialistischen Phrasen und Versprechungen und ihren politischen Taten auseinanderzusetzen.“

Zu einer solchen – wir wollen es gleich sagen: falschen – Fragestellung konnte Genosse H. nur kommen, weil er von vornherein nur die „agitatorischen Erfolge dieser Partei“ sieht. Eine politische Massenbewegung besteht aber nicht nur aus Agitation, obwohl zuzugeben ist, daß dies bei der NSDAP ein wichtiger Bestandteil ist, sondern aus viel mehr. Die Fragestellung des Genossen Heilmann zeigt, daß die Resolution des Polbüros des ZK vom 4. Juni noch nicht Allgemeingut der Partei geworden ist. Es heißt da:

„Der Kampf gegen den Faschismus ist ein untrennbarer Bestandteil des Kampfes gegen den Kapitalismus, gegen die bürgerliche Klassenherrschaft.“

Kein Kommunist, sicher auch nicht der Genosse H., wird diesen Kampf rein mit agitatorischen Mitteln führen wollen. Und doch schlägt Genosse H. neben dem physischen Kampf gegen den Terror der Nazibanditen praktisch nur vor, den „ideologischen Kampf“ rein agitatorisch zu führen. So meint er, daß die Taten der Frick-Regierung „eigentlich (!) auch dem Blindesten klarmachen“ müßten, daß die Nazis Kapitalsknechte und sonst nichts sind. Wie schade, daß dies „eigentlich“ nicht so ist. Das Wahlergebnis von Ohrdruf, das zwar preußisch ist, aber in nächster Nähe von Frickien liegt, zeigt das genaue [537] Gegenteil. Und wenn Genosse H. meint, die „blöde Bemäntelung“ der Taten der Frick-Regierung durch die Nazis könnte „keine nachhaltige Wirkung ausüben“, so ist er sicher auch hierin auf dem Holzweg. Die angekündigte Broschüre über die Handlungen des Frick in allen Ehren – aber mehr wie ein Hilfsmittel (aber kein „entscheidendes“!) wird sie nicht sein. Großes Bedenken muß es aber erregen, wenn Genosse II. für die Betriebsarbeit auch kein anderes Mittel im Kampf gegen die Nazis vorschlägt, als „der nationalsozialistischen Agitation und Organisation mit aller politischen Entschiedenheit (das ist sehr unentschieden, Genosse Heilmann!) entgegenzutreten“.

Wir haben absichtlich etwas ausführlich aus dem Artikel des Genossen H. zitiert, um die falsche Linie vollkommen aufzeigen zu können. Wenn man den Beschluß des ZK, „Verbindung des politischen und wehrhaften Kampfes gegen den Faschismus“, so formal auffaßt, dann kann man zu keinen Erfolgen entscheidender Art kommen. Und der Artikel des Genossen H. ist gerade deswegen besonders charakteristisch, weil eben der Kampf gegen die Nazis von einem großen Teil der Partei noch auf dieser falschen Linie geführt wird: einerseits Prügel, andererseits Diskussion.

Wie muß der Kampf gegen die Nazis aber geführt werden? Das oben angeführte Zitat aus der Resolution des ZK zeigt den Weg, vor allem wenn wir uns in diesem Zusammenhang die entscheidenden

Beschlüsse des Weddinger Parteitags und des X. Plenums des EKKI ins Gedächtnis rufen. „Der Kampf gegen den Faschismus ist ein untrennbarer Bestandteil des Kampfes gegen den Kapitalismus“ – damit sind auch unsere Kampfmethoden gegen die Nazis aufgezeigt: selbständige Führung von Wirtschaftskämpfen, Auslösung und Führung von Kämpfen der Betriebsarbeiter, Erwerbslosen, Beamten, Angestellten, Kleinbauern, Mittelständler. Während wir in der Auslösung und Führung von Kämpfen der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen schon feste Richtlinien haben, während wir auf diesem Gebiet auch schon einige Erfahrungen besitzen, ist dies bei den anderen Gruppen noch nicht der Fall. Und hierin liegt meines Erachtens der schwächste Punkt unseres Kampfes gegen den Faschismus, speziell gegen die NSDAP.

Es ist sicher, daß die Nazis zahlreiche Arbeiter auch in Großbetrieben gewinnen konnten. Einen Teil der Ursachen dieser Erscheinung hat Genosse Heilmann richtig dargestellt, wenn er schreibt, daß der Verrat der SPD-Führung ein gerüttelt Maß Schuld trägt. Aber Genosse H. erwähnt nicht, obwohl dies gerade jetzt besonders wichtig ist, das Versagen zahlreicher Parteizellen und Parteifunktionäre im offensiven Kampf gegen Massenentlassungen, Lohnabbau usw. Er erwähnt nicht das Versagen der Parteileitungen in der Auslösung und Führung selbständiger Wirtschaftskämpfe. Das ist mindestens eine ebenso wichtige Ursache für das Abwandern von Betriebsarbeitern zu den Nazis. Charakteristisch ist, daß die Nazis in der Erwerbslosenbewegung verhältnismäßig nicht so starke Erfolge erzielen konnten, was einmal darin liegt, daß die Partei auf diesem Gebiet fast überall außerordentlich aktiv war, und zum andern in der kleinbürgerlich-reaktionären Einstellung der NSDAP. gegenüber den Erwerbslosen überhaupt. Einzelne Teilerfolge der Nazis unterstreichen noch die Richtigkeit des Gesagten.

Aber trotz aller Vorstöße der Nazis in die Reihen der Arbeiter-[538]schaft wird das Hauptkontingent ihrer Anhänger von den Beamten, Angestellten, Mittelständlern, Kleinbauerssöhnen usw. gestellt. Und hier liegen bisher die Hauptschwächen der Partei. Auch auf diesem Gebiet muß die Partei als führende Kraft im Kampfe gegen die „ausbeuterische großkapitalistische Politik“ auftreten. Ein Musterbeispiel dafür ist die Steuerverweigerungsaktion der mitteldeutschen Gemeindevertreter. Man muß es erlebt haben, wie die Mitteilung von dieser Aktion stets die stürmischste Zustimmung gerade in den Massen der Mittelständler und Beamten gefunden hat, um zu erkennen, daß mit diesem Schritt die richtige Methode zur Gewinnung dieser Schichten, bzw. zu ihrer Losreißung vom Faschismus getan wurde. Es genügt nicht, wie Genosse Heilmann meint, nur die Schandtaten des Frick aufzeigen, sondern man muß am praktischen Beispiel beweisen können, daß wir Kommunisten es anders machen. Der Hinweis auf dieses Beispiel genügt wohl, um zu zeigen, in welcher Richtung unsere Arbeit zur Gewinnung dieser lange sträflich vernachlässigten Schichten liegen muß.

Wir wollen es mit diesen Hinweisen genug sein lassen, zumal der Wahlkampf keine Zeit läßt, ausführlicher und eindringlicher zu diesen Problemen Stellung zu nehmen, so bitter notwendig es wäre. Wir müssen uns gerade im Zusammenhang mit der rasend fortschreitenden Faschisierung der deutschen Republik jetzt als Hauptaufgabe die Entfaltung des Massenkampfes – sowohl wehrhaft wie politisch in oben angeführtem Sinne – stellen und damit verbinden „eine umfassende Propaganda für den politischen Massenstreik als Antwort auf die faschistischen Ueberfälle“ (Resolution des ZK). Und wir fügen hinzu: nicht nur Propaganda für den politischen Massenstreik als Antwort auf faschistische Ueberfälle, sondern als Antwort auf die Diktaturmaßnahmen der Hindenburg-Front.

b) Zum ideologischen Zweifrontenkampf

Von I. K.

Hier sollte ursprünglich an Hand einer konkreten Uebersicht über die faschistischen Unterdrückungsmethoden und die Wege der Faschisierung eine zusammenfassende theoretische Darstellung der „neuesten“ Abweichungen von der Parteilinie in der Frage des Faschismus angefügt werden. Die inzwischen eingetretene weitere Verschärfung der faschistischen Offensive des Finanzkapitals (Sachsen, § 48, Reichstagsauflösung) welche die Partei vor neue Aufgaben stellt, macht es aber nötig, hier zunächst eine Reihe von Fehlern herauszugreifen und kurz zu behandeln, die für den praktischen Kampf gegen den Faschismus besonders hemmend wirken. Daß wieder in erster Linie der Artikel von K. Schmidt „Die Faschisierung der bürgerlichen Klassenherrschaft“ zitiert wird, geschieht einmal, um die Kontinuität zu wahren und dann weil

dieser Artikel die meisten dieser Fehler in besonders typischer Weise kombiniert. Sie haben aber selbstverständlich allgemeine Bedeutung. Einzelne theoretische Sonderfragen sollen noch eingehender besonders behandelt werden.

Die Sozialdemokratie als faschistische Kraft.

Der Prozeß der Faschisierung bedeutet die gleichmäßige Unterstellung aller faschistischen Hilfskräfte unter die Kommandogewalt des Finanzkapitals; sie bedeutet selbstverständlich nicht, daß diese Kräfte vom Finanzkapital oder von selbst zugunsten des „echten" Faschismus liquidiert werden.

Es ist heute in unseren Reihen keine Diskussion mehr darüber möglich, daß der Sozialfaschismus im internationalen Maßstab bereits Wirklichkeit geworden [539] Ist. Aber das Verständnis der Bedeutung dieser Tatsache wird noch immer durch Fehler in doppelter Richtung erschwert. Einmal durch die Auffassung des Sozialfaschismus als einzigen wichtigen Träger der faschistischen Herrschaft, als gleichberechtigten Verbündeten des Finanzkapitals. Das ist selbstverständlich auch für industriell entwickelte Länder falsch. Wie das deutsche Beispiel zeigt, muß die Bourgeoisie gerade in diesen Ländern, in denen sie durch ein starkes Proletariat besonders bedroht ist, sich faschistische Kristallisationszentren an allen Teilen ihrer Klassenfront sichern und einen offenen Faschismus großziehen, dessen Vernachlässigung verhängnisvolle Konsequenzen mit sich ringen kann. In dieser Zeitschrift sind diese Fehler bereits eingehend widerlegt worden. Der zweite Fehler liegt in der Auffassung des Sozialfaschismus als vorübergehende Durchgangsphase, welche die Liquidierung der Sozialdemokratie durch den offenen Faschismus einleitet. Danach trüge der Sozialfaschismus im Grunde nicht wirklich faschistischen, sondern nur – gewissermaßen – „faschistischen" Charakter.

In den Artikeln von K. Schmidt finden wir ursprünglich die Perspektive, daß sich der Sozialfaschismus in eine faschistische Partei „verwandeln" wird. In einer „Druckfehlerberichtigung" (Internationale Nr. 10 letzte Seite), die aber in der Tat eine sachliche Berichtigung darstellt, interpretiert K. Schmidt diesen Vorgang folgendermaßen:

„Die Sozialdemokratie ist heute in allen Ländern schon eine sozialfaschistische Partei. Natürlich haben wir hier einen Prozeß vor uns, der noch keineswegs abgeschlossen ist, aber nicht erst sein Endpunkt ist der Sozialfaschismus. Der Endpunkt ist vielmehr der offene Faschismus."

Was dies bedeutet, erkennen wir, wenn wir uns seine Definition der faschistischen Partei als „Organisation direkt bestochener deklassierter Elemente" nochmals vergegenwärtigen. Mag auch K. Schmidt rechtzeitig der Satz Lenins einfallen: „Wir haben keinen Grund anzunehmen, daß diese Parteien (Bezug genommen ist hier auf die bürgerliche Arbeiterpartei – d. Verf.) vor der sozialen Revolution verschwinden können", und er deshalb neben diesen Satz in seine Berichtigung noch die Bemerkung hineinfügt, daß die Vernichtung der bürgerlichen Arbeiterpartei durch das revolutionäre Proletariat, von der im ursprünglichen, Artikel ohne weiteren Zusatz die Rede war, erst „in der Revolution" erfolgen könne. Dieser Zusatz steht in offenkundigem Widerspruch zu den noch beibehaltenen Stellen, wonach der Sozialfaschismus nicht nur durch das revolutionäre Proletariat schon im Rahmen der bürgerlichen Klassenherrschaft vernichtet werden, sondern sogar in diesem Rahmen sich selbst in etwas anderes, nämlich in offenen Faschismus verwandeln muß. Oder soll die Lösung darin bestehen, daß die Sozialdemokratie zwar durch das revolutionäre Proletariat erst in der Revolution vernichtet werden kann, dafür aber ohne sein Zutun, von selbst, schon vor der Revolution von der Bühne verschwindet?

In Wirklichkeit bedeutet selbstverständlich die Faschisierung der Sozialdemokratie etwas ganz anderes. Sie ist ein Prozeß so wie die Verelendung der Arbeiterschaft ein Prozeß ist; sie ist eine Teilerscheinung der Entwicklung des niedergehenden Kapitalismus. So wenig die Verelendung der Arbeiterschaft sich selbst auf andere Art aufheben kann, als indem sie zur Beseitigung ihrer Wurzel, der bürgerlichen Klassenherrschaft führt, so wenig diese Verelendung im Rahmen des kapitalistischen Systems im weiteren Verlauf durch etwas anderes ersetzt werden oder sich in etwas anderes „verwandeln" kann, so wenig wird der Sozialfaschismus im Verlauf seiner Faschisierung sich innerhalb dieses Systems in etwas anderes verwandeln, durch etwas anderes ersetzt werden können. Die weitere Faschisierung der Sozialdemokratie, das immer deutlichere Hervortreten der konterrevolutionären

Rolle des Sozialfaschismus wird zweifellos ihren Einfluß unter breiten Massen seiner heutigen Anhänger noch weiter erschüttern, wird der Kommunistischen Partei ihre Arbeit unter diesen Massen weiter erleichtern. Aber diese Arbeit muß mit zäher Energie auch geleistet werden und wird zur vollkommenen Beseitigung dieses Massenanhanges, die gleichbedeutend mit der Vernichtung der sozialfaschistischen Partei ist (wie sollte auch die Bourgeoisie eine anhanglose Führerschicht, die sich als selbständige Kampfkraft zweifellos mit den nationalfaschistischen Bürgerkriegsscharen nicht im geringsten messen kann, noch weiter mit ausgiebigen Pfründen bedenken), erst im Augen-[540]blick und im Verlauf der proletarischen Revolution führen. Je mehr die kapitalistische Krise sich zuspitzt, um so unentbehrlicher wird für die Bourgeoisie die Reserve des Sozialfaschismus in ihrer Sonderfunktion als faschistischer Agentur innerhalb der Arbeiterschaft, in der sie vor dem Nationalfaschismus ihre traditionelle Stellung voraus hat. Die faschistische Diktatur in Italien, die an der Schwelle der zweiten Periode der Nachkriegsentwicklung, der Periode der allgemeinen Niederringung des revolutionären Aufschwungs der Arbeiterschaft und der relativen Stabilisierung der bürgerlichen Klassenherrschaft errichtet wurde, hat die legale organisatorische Existenz der italienischen Sozialdemokratie beseitigt. Heute sehen wir in den wichtigsten Fällen, daß bei Errichtung der faschistischen Diktatur die Sozialdemokratie nicht nur unangetastet bleibt, sondern daß, zum Beispiel in Oesterreich, ihr Bestehen geradezu diese Diktatur ermöglicht. Wir sehen einerseits, daß bei internationaler Verschärfung der faschistischen Offensive die Bourgeoisie sich die Möglichkeit eines Wechsels zwischen der Methode des offenen Faschismus und der Methode der Koalition mit der faschistischen Sozialdemokratie offenhält.

Wir sehen aber andererseits auch, daß der Sozialfaschismus auch in seiner organisatorischen Sonderexistenz der unmittelbar faschistischen Diktatur nicht nur nicht im Wege steht, daß er nicht nur nicht die Entfaltung ihrer Brutalität hemmt oder mildert, sondern daß er selbst sich als geeigneten Träger einer solchen Diktatur anpreist. Der Weddinger Parteitag hat mit Recht auch die Diktatur des Sozialfaschismus als mögliche Perspektive ins Auge gefaßt, wenn auch diese Diktatur für die Bourgeoisie infolge der damit verbundenen raschen Abnutzung ihres wichtigsten Werkzeuges ein sehr bedenkliches Spiel mit dem Feuer darstellt und deshalb von ihr wohl nur im Augenblick äußerster Not angewandt würde (wenn also auch v o r l ä u f i g eine Verschärfung ihres faschistischen Kurses sehr oft mit der Entfernung der Sozialdemokratie aus der Regierung Hand in Hand geht). Aber auch die sozialfaschistische Diktatur würde durchaus nicht notwendig von einer Einschränkung der demagogischen Phrasen durch die Sozialdemokratie begleitet sein; man vergleiche die revolutionäre Verkleidung der sozialfaschistischen Diktaturankündigungen gerade durch ihren „linken“ Flügel. Auch innerhalb dieser Diktatur wird die Demaskierung nicht allgemein von selbst, nicht ohne unser Zutun vor sich gehen, obwohl wir keinen Grund haben anzunehmen, daß sie weniger blutig und weniger brutal wäre als eine Diktatur des Nationalfaschismus (oder daß sie nicht wieder wie seinerzeit Noske auch die nationalfaschistischen Banden in ihren Dienst stellen würden). Es ist unsere Aufgabe, darauf hinzuweisen, daß in der Verbindung von immer skrupelloserer Demagogie, mit immer brutalerem Terror (Sozialismus in Worten, Faschismus in Taten) gerade der faschistische Charakter der Sozialdemokratie, das Wesen des Sozialfaschismus, sich offenbart.

D e r P r o z e ß d e r F a s c h i s i e r u n g.

Die Aufgabe des Faschismus, der wankenden kapitalistischen Klassenherrschaft größere Stetigkeit und Festigkeit zu sichern, indem er sie von Kombinationen zwischen den Parteien unabhängig macht, ist in der dritten Periode einerseits dringender, aber andererseits auch gefahrvoller geworden als vorher. Sie ist dringender, weil die Elemente der Labilität, der Erschütterung dieser Herrschaft sich außerordentlich rasch vermehren. Sie ist gefährlicher, weil die anwachsende Krise die Manövrierfähigkeit des Finanzkapitals in solchem Grade einengt, daß eine weitere Einschränkung dieser Manövrierfähigkeit durch völlige Beseitigung dieser Parteien, durch Verzicht auf ihr Ausspielen gegeneinander immer untragbarer macht. Neben der Aufzucht besonderer faschistischer Parteien tritt deshalb die Faschisierung des Staatsapparates (in Verbindung mit der Faschisierung der Gesamtheit der bürgerlichen Parteien und Organisationen) immer mehr in den Vordergrund, bei Vorbereitung und Handhabung der faschistischen Diktatur. Sie hat den Zweck, die Reibungen, die durch den Wechsel der Parteikombinationen für die Ausübung der bürgerlichen Herrschaftsgewalt entstehen können, auch ohne

völlige Aufhebung dieser Parteien zu beseitigen und die Verschärfung des faschistischen Kurses von beliebigen Regierungswechseln ebenso unabhängig zu machen wie von dem Willen eines Scheinparlamentes. Diese Faschisierung bedeutet ein enges Verwachsen des Finanzkapitals und des Staatsapparates untereinander und mit dem Apparat aller bestehenden [541] Parteien. Deren Organisationstypus paßt sich dem faschistischen Organisationstypus an, der hierarchisch ist; das Prinzip der formalen Autorität und der gedankenlosen Disziplin (die natürlich nichts mit dem demokratischen Zentralismus in unseren eigenen Reiben zu tun haben) wird mit allen Mitteln propagiert und durchgesetzt, die Auswahl der Führer und Funktionäre wird auf eine solche Weise umgestaltet, daß immer skrupellosere Agenten des Finanzkapitals an die Spitze rücken; die Gebundenheit an einmal gefaßte Programme wird immer geringer, die reaktionäre Geschlossenheit und materielle und ideologische Korrumpierung des Apparates (der immer unabhängiger von den Interessen der eigenen Mitglieder, immer unmittelbarer im Interesse seines Auftraggebers, des Finanzkapitals funktioniert), macht rasche Fortschritte. Die einzelnen Organisationen unterscheiden sich danach mehr und mehr nur durch ihren Wirkungsbereich und durch die vom Finanzkapital in jedem Augenblick ihnen zugedachte Rolle.

Dieser Prozeß wird dadurch begünstigt, daß die alten bürgerlichen Parteien, vor allem diejenigen, die nur Wahlparteien sind, notwendig von selbst an Bedeutung zurücktreten und ihr Bestand auch im Parlament zusammenschmilzt. In den Vordergrund treten diejenigen Parteien, die entweder von Anfang an faschistischen Charakter tragen bzw. deren Faschisierung besonders weit vorgeschritten ist (im Lager der Nationalfaschisten z. B. die NSDAP), oder die sonst auch außerhalb des Parlaments ihre Wirksamkeit entfalten, daher allenthalben im Tageskampf mit der (im Sinne des Faschismus liegenden) Verbindung von Demagogie und Terror an die Zersetzungserscheinungen des kapitalistischen Systems anknüpfen können (in Deutschland neben dem Sozialfaschismus auch das Zentrum). Durch bloße Wirksamkeit auf der genügend kompromittierten parlamentarischen Tribüne sind die am kapitalistischen System verzweifelnden Massen nicht mehr zu halten. Diese Wirksamkeit allein ist auch für die Bourgeoisie nicht mehr hinreichend wertvoll, um die für die Aufrechterhaltung oder den Ausbau der Organisationen erforderlichen Gelder auf die Dauer zur Verfügung zu stellen. Die wichtigste Funktion, sowohl des offenen Faschismus als auch aller anderen faschistischen Hilfskräfte, der wichtigste Schritt zur Vorbereitung und Festigung der faschistischen Konterrevolution ist die Lähmung und Brechung der revolutionären Aktivität der Massen durch Demagogie, ihre Brechung durch Terror im Tageskampf. Es ist dementsprechend äußerst gefährlich, die Aufmerksamkeit einseitig auf die Stellungnahme des Faschismus gegen die parlamentarische Maskerade zu lenken. Je mehr diese Maskerade sich durchlöchert, um so bedeutungsloser wird sie als Maßstab für den Grad der faschistischen Entwicklung, als Hemmnis für ihre Brutalität. Es ist doppelt gefährlich, den Faschismus von Anfang an mit der faschistischen Diktatur einfach gleichzusetzen, seine Tätigkeit innerhalb einer „Demokratie“ zu bagatellisieren und im Bewußtsein der Arbeiter den Prozeß der Faschisierung zu den „brutalsten Formen der Diktatur“ in Gegensatz zu bringen, die Meinung zu verbreiten, als ob auch die brutalste und unmittelbarste Diktatur nicht sehr wohl als faschisierte „Demokratie“ sich darstellen könnte. (Nach K. Schmidt handelt es sich z. B. „darum, ... ob Faschismus d, d. Verf.], eine offen faschistische Diktatur, möglich ist unter Aufrechterhaltung der Demokratie. Und hier muß ganz klar gesagt werden, nein – nicht zu einer „faschisierten“ Demokratie – sondern viel weiter, zur offenen faschistischen Gewaltherrschaft, zu den brutalsten Formen der Diktatur geht die Reise.“)

Ein ähnlicher, wenn auch nicht ebenso markanter Fehler hat in Oesterreich dazu geführt, die Errichtung der faschistischen Diktatur zu leugnen, weil sie durch das „demokratische“ Parlament einstimmig sanktioniert wurde.

Einiges über den proletarischen Gegenstoß, seine Voraussetzungen und Perspektiven.

Wenn man Faschismus mit offen faschistischer Diktatur identifiziert, dann hängt der Kampf gegen den Faschismus ziemlich in der Luft. Er beginnt dann, gewissermaßen von selbst, bei dem unmittelbaren Versuch zur Errichtung der faschistischen Diktatur und wird, ohne vorangegangene Teilkämpfe, ohne ihre Steigerung und Zusammenfassung, sogleich zum revolutionären Entscheidungskampf. In der Tat, es kann – nach K. Schmidt – gar nicht schief gehen:

[542] „Die Errichtung einer offen faschistischen Diktatur bedeutet in der dritten Periode – unter der Voraussetzung einer revolutionären Führung der proletarischen Massen – ... den Entscheidungskampf zwischen der um den Faschismus (plus Sozialfaschismus) gescharten Gesamtbourgeoisie und dem unmittelbar um die proletarische Diktatur kämpfenden Proletariat."

Es kommt darauf an, was man unter dieser revolutionären Führung versteht. Jedenfalls ist es notwendig, zu betonen, daß man sich nicht auf ihr Funktionieren im Augenblick der Errichtung der faschistischen Diktatur verlassen darf. Nicht von selbst, ohne die Mobilisierung der Masse in vorangegangenen Teilkämpfen bringt dieser Versuch eine unmittelbar revolutionäre Situation mit sich. Noch weniger richtig ist es, daß die Errichtung der faschistischen Diktatur an sich bereits den Entscheidungskampf bedeute. Gerade in der dritten Periode kann der revolutionäre Aufschwung der Massen keineswegs mit einem Schlag gebrochen werden, und es wäre z. B. verhängnisvoll, nicht zu sehen, daß die faschistische Diktatur in Oesterreich ihren Angriff nur vorübergehend zurückzudrängen vermocht hat.

Das allzufeste Vertrauen auf die Spontaneität der Entwicklung (das vom Augenblick der Errichtung der faschistischen Diktatur – von selbst – den Entscheidungskampf erwartet) ist nur die andere Seite eines Pessimismus, der den Willen des Finanzkapitals (sein subjektives Ziel) mit einem „Entwicklungsziel" (K. Schmidt) verwechselt, das natürlich logischerweise nur objektiv sein kann. Es ist richtig, das vom Finanzkapital verfolgte Ziel mit aller Schärfe vor den Massen zu enthüllen. Die Behandlung der „Entwicklungstendenzen im Lager des Klassenfeindes" als Sache für sich ist aber mechanisch und undialektisch. Die Fronten der Klassen formieren sich natürlich nicht unabhängig voneinander. Daß die Aufrichtung einer auf lange Sicht gesicherten Diktatur im internationalen Maßstab (das italienische Muster der Stabilisierungsjahre wirklich nachahmend und auf die Spitze treibend) imstande ist, die demagogischen Phrasen beiseite zu schieben und sich nur noch auf bewußte Söldner stützt, wäre selbstverständlich nur nach einer wirklich entscheidenden Niederlage des revolutionären Proletariats im internationalen Maßstab möglich. (Sie würde jedenfalls für den Augenblick die Zertrümmerung der revolutionären Arbeiterbewegung bedeuten.) Daß aber der herrschenden Klasse dieser Wunsch in Erfüllung geht, dafür sind die Aussichten objektiv ungünstiger als jemals.

Auch die bereits errichteten faschistischen Diktaturen sind heute weniger als je dem revolutionären Elan der kämpfenden Massen gegenüber „gesichert". Es gibt keine ausweglose Situation für die Bourgeoisie. Dieser Ausweg muß aber immer blutiger, immer kurzlebiger sich gestalten. Er wird in immer höherem Grade nur durch schwerwiegende Fehler der revolutionären Avantgarde ermöglicht. Und wir können – bei Berücksichtigung dieser Eventualität – natürlich nicht auf die Aufstellung einer konkreten Perspektive verzichten, die zeigt, daß die kapitalistische Krise die Voraussetzungen nicht für eine langfristige Niederlage, sondern für einen entscheidenden Sieg der revolutionären Arbeiter schafft. Wir dürfen uns keineswegs damit begnügen, diese Frage „nicht theoretisch, sondern praktisch zu beantworten" (K. Schmidt).

*

Eine derartige Trennung von Theorie und Praxis widerspricht den Grundlagen des Marxismus.

Wohl ist es richtig, daß die Tagespraxis des Faschismus in einem in die Augen springenden Gegensatz zu den demagogischen Phrasen über das dritte Reich steht, mit denen er die ins Wanken geratene Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien und auch Teile der erst durch die kapitalistische Krise revolutionierten Massen mit unentwickeltem Klassenbewußtsein an sich kettet, und denen er in der Hauptsache seinen Kräftezuwachs verdankt. Aber deshalb darf natürlich die Partei nicht darauf verzichten, den proletarischen Ausweg als den – auf die Dauer und letzten Endes – einzig möglichen Ausweg aus der kapitalistischen Krise vor der Gesamtheit der Arbeiter und aller Werktätigen zu popularisieren. Nur dadurch wird es uns gelingen, die Zersetzungserscheinungen im feindlichen [543] Lager in unserem Sinne auszunutzen und den Faschismus aufs Haupt zu schlagen.

Das führt uns zur Frage der Differenzierung in den feindlichen Reihen. die für den Sozialfaschismus wie für den offenen Faschismus in der letzten Zeit gestellt wurde und hier nur ganz kurz gestreift werden kann. Selbstverständlich darf diese Differenzierung den wehrhaften Kampf nicht aufhalten

oder ihm entgegenwirken und auch die Intensität unserer Massenpropaganda gegen den Faschismus nicht abschwächen. Irregeleitete Werktätige im Lager des Gegners sind für uns Soldaten einer feindlichen Armee; wir müssen versuchen, sie zu gewinnen, ohne daß im Augenblick der Aktion der Elan unserer Abwehr und unseres Gegenstoßes beeinträchtigt wird. Differenzieren müssen wir aber auf dreifache Art:

Einmal zwischen dem Apparat und seiner Gefolgschaft. Es wäre eine schädliche Illusion, zu glauben, daß wir den Apparat faschistischer bzw. faschisierter Organisationen als Ganzes oder abgesplitterte Teile davon für uns gewinnen können. Sie bleiben verläßliche Werkzeuge der Bourgeoisie. Aber es ist auch falsch, den Apparat zu identifizieren mit all jenen, die er heute noch zur Tätigkeit in seinem Sinn veranlaßt oder auch nur mit jedem einzelnen seiner unteren Funktionäre. Die allgemeine Kennzeichnung der „aktiven Kader" des Nationalsozialismus als „lumpenproletarisch"[*)] (K. Schmidt) z. B. führt einerseits zur Unterschätzung, andererseits zur Ueberschätzung des Gegners. Zur Unterschätzung, weil ein Teil davon viel fester materiell und ideologisch mit der herrschenden Klasse verbunden ist, als Lumpenproletarier es sein können, und eine viel diszipliniertere und organisiertere Gegenkraft darstellt (die z. B. in kritischen Situationen auch imstande ist, vorübergehende Entbehrungen auf sich zu nehmen); zur Ueberschätzung, weil Lumpenproletarier nicht – wie die werktätigen Mitglieder der NSDAP – durch unsere eigene Propaganda erfaßt werden und unsere eigene Klassenarmee verstärken können.

Wir müssen zweitens differenzieren nach unseren Kampfmethoden unter dem Gesichtspunkt der Massenmobilisierung. Die Erbitterung der Mehrheit der Arbeiterschaft angesichts der Mordtaten der Hitlerbanden erfordert und erlaubt z. B. vielfach ihnen gegenüber eine Taktik, die etwa dem Sozialfaschismus gegenüber lächerlich wäre (Verweigerung der Zusammenarbeit, um ihr Eindringen in den Betrieb zu verhindern usw.). Dieser Punkt erfordert eine eigene positive Darstellung.

Wir müssen schließlich auch differenzieren nach den verschiedenen sozialen Schichten, die wir nicht auf die gleiche Art und nicht in gleichem Tempo durch unsere Propaganda und unsere Aktionen erfassen können. Neben der Hauptaufgabe der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterschaft stellt die wirtschaftliche und politische Krise vor die Partei die Aufgabe der Gewinnung der Mittelschichten bzw. ihre Neutralisierung.

Es ist klar, daß dabei nicht nur die verschiedene soziale Lage und die verschiedene Stellung im Produktionsprozeß, sondern auch Bande der Herkunft, ideologische Bindungen usw. eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Unsere Aussichten sind am günstigsten bei Angestellten, die ja eigentlich Proletarier sind, kleinen Handwerkern und schaffenden Bauern, während der „gehobene" Mittelstand, auch soweit er durch die Krise proletarisiert wird, einer viel radikaleren Umstellung seiner ganzen Art zu denken und zu handeln und eines ebenso radikalen Wechsels seiner bisherigen gesellschaftlichen Beziehungen bedarf, um aus dieser Entwicklung die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Studenten oder gar ehemalige Offiziere werden trotz vielfach kleinbürgerlicher oder sogar proletarisierter Lebenshaltung wohl nicht in ihrer Majorität für uns gewonnen werden. Die ihrer Herkunft und bisherigen Herrschaft nach reaktionären Schichten des Kleinbürgertums, die ein wichtiges Rekrutierungsgebiet des [544] faschistischen Apparates bilden, können jedenfalls nur bei einer senn gründlichen Umstülpung ihrer gesamten Ideologie dazu gebracht werden, zu uns zu stoßen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sie zum Teil ebenso wie der faschistische Apparat als ganzes, dessen wichtige Glieder längst bewußte und skrupellose Agenten des Finanzkapitals sind, auch weiterhin die Front unserer Gegner verstärken. Eine genaue Beobachtung des Gegners, seiner Stärke und seiner Schwächen, seiner besonderen Kampfmethoden und der sozialen Zusammensetzung seiner Gefolgschaft, wird damit zu einer wichtigen Aufgabe aller unserer Organisationen, ein wesentlicher Beitrag zu jener politischen Kleinarbeit, die eine unentbehrliche Voraussetzung ist für den siegreichen Kampf gegen den Faschismus. [545]

[*)] Wenn K. Schmidt Lumpenproletariat dabei ausdrücklich als „Abfall aus allen Klassen, vorwiegend der bürgerlichen Intelligenz, Angestellten, Offiziere usw." definiert, unterstreicht er, daß er nicht bloß wirtschaftlich deklassierte Elemente, sondern eben Abfall, d. h. ihrer ganzen Einstellung nach von jeder klassenmäßigen Bindung losgelöste Menschen im Auge hat.

Die Internationale
13. Jahrgang * Berlin, 15. September 1930 * Heft 18

Das Fazit der Septemberwahlen

Von Hermann Remmele

Ein eindeutigeres Votum hat noch keine Wahl erbracht, als die vom 14. September:

Von 35 Millionen Wählern stimmten 22 Millionen – nahezu zwei Drittel aller Wähler – gegen die Brüning-Regierung, gegen den Aushungerungsblock, gegen den Bürgerblock Hindenburgs. Wäre Deutschland eine „Demokratie“ selbst nach bürgerlichen Begriffen, dann hätte am 15. September das Kabinett Brüning-Treviranus-Schiele verschwinden müssen. Das Urteil der Wählermassen war für die Regierung und ihre Politik einfach vernichtend.

Von 35 Millionen Wählern stimmten am 14. September 22 Millionen gegen die „Not“verordnungen, gegen die räuberischen Steuer- und Finanzverordnungen, aufoktroyiert mit Berufung auf den Artikel 48 der Reichsverfassung. Zwei Drittel aller Wähler sind gegen das Artikel-48-Regime, zwei Drittel aller Wähler erklären die Diktatur des Artikels 48 für ungesetzlich, als Verfassungsbruch, als räuberische Willkür. Die Brüning, Schiele, Treviranus tun so, als ob am 14. September nichts geschehen sei, als ob gar keine Wahlen stattgefunden hätten. Sie verkünden, daß am „Programm“, das ihnen die Niederlage gebracht hat, „nichts geändert“ wird. Vor den Wahlen erklärte Brüning, .daß das Parlament und das deutsche Volk erst „politisch erzogen“ werden müssen und aus dem Grunde die Wahlen notwendig seien. Das deutsche Volk lehnte die „politische Erziehung“ Brünings ab. Es will nichts von dieser Aushungerungspolitik wissen. Die Parteien der Treviranus und Schiele sind zusammengehauen. Die Konservative Volkspartei des Einpeitschers Treviranus erhielt 313.455 Stimmen und hätte kein einziges Mandat bekommen, wenn sie keine Listenverbindung mit anderen Parteien eingegangen wäre. Und von diesen Scherben und Trümmerhaufen, die keinerlei Anhang im Volke haben, wird Deutschland regiert.

Von 35 Millionen Wählern stimmten am 14. September 14 Millionen gegen die Versailler und Young-Sklaverei, gegen die Erfüllungspolitik. Die Parteien der Erfüllungspolitik verloren gegenüber den Wahlen von 1928 rund 5 Millionen Stimmen, die die Parteien, die sich gegen die Erfüllungspolitik erklärten, gewonnen haben. Die Parteien der Erfüllungspolitik [546] wurden vernichtend geschlagen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß sich das Zentrum „eben noch halten“ konnte. Die Partei Stresemanns, die im Wahlkampf den Geist Stresemanns rufen ließ: „Her zu mir!“, verlor die Hälfte ihrer Stimmen und Mandate. Die Sozialdemokratie hatte für sich die Gunst der unfreiwilligen „Opposition“, die sie vor tieferer Niederlage rettete. Im ganzen aber hat die Erfüllungspolitik den ersten entscheidenden Schlag erhalten.

Das sind die einfachen, nackten Tatsachen, die das Wahlresultat ergeben hat[*)].

Gewiß, man kann bei den 22 Millionen Wählern, die gegen den Hindenburg-Block stimmten, kein Gleichheitszeichen setzen. Hierbei sind 8,5 Millionen sozialdemokratische und 2,5 Millionen deutschnationale Stimmen, die zwar nicht für Brüning, aber für das kapitalistische System Brünings stimmten. Dagegen muß man das Gros der nationalsozialistischen Stimmen, die die alten kompromittierten bürgerlichen Parteien verlassen haben, als solche rechnen, die beginnen, sich gegen das kapitalistische System zu wenden, die aber vorläufig durch die soziale Demagogie und auf die Verheißung der „nationalen Revolution“ unter dem Hakenkreuz noch weiter vor den Karren des Finanzkapitals gespannt werden konnten. Daß die 6,4 Millionen Stimmen der Nationalsozialisten mehr oder minder auf die Passivseite der kapitalistischen Herrschaft zu buchen sind, muß selbst ein so arbeiter- und revolutionsfeindliches Organ wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ es ist, betrübt eingestehen. Sie schreibt:

„... oder muß man die nationalsozialistischen Erfolge ebenfalls auf die Passivseite der bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaftsordnung einsetzen? Wir glauben, daß sich die Stimmung der radikalen Rechten

[*)] Eine eingehende Untersuchung des Wahlergebnisses über die Zusammensetzung des Wähleranhangs der einzelnen Parteien, die Verschiebungen usw. erfolgt in einer späteren Nummer.

zwar gegen den Kapitalismus als System richtet, vor allem aber gegen das Versagen der Menschen, die in den bürgerlichen Parteien organisiert sind und ihrer Führer."

Die armen Menschen! Das ist ein Eingeständnis der Großbourgeoisie, die hinter diesem Blatt steht, das Eingeständnis ihrer Unfähigkeit und ihres Unvermögens, die ökonomischen und politischen Verhältnisse und Zustände meistern und beherrschen zu können.

Das Abwandern von 6 Millionen Anhängern aus der Gefolgschaft der Bourgeoisie, 6 Millionen mit kleinbürgerlicher, illusionärer Ideologie, in ihren Hauptschichten bestehend aus Beamten, Angestellten, Geschäftsleuten, Handwerkern, freien Berufen, Intellektuellen, Klein- und Mittelbauern und ihr Uebergehen in die Gefolgschaft von „Predigern eines wirtschaftlichen Dilettantismus", wie die gleiche „DAZ" konstatiert, an deren Spitze die bankrotte Zunft der wilhelminischen Offiziere steht, ist nach dem großen Wahlerfolg der revolutionären Klassenfront des Proletariats die wichtigste Erscheinung bei den Septemberwahlen. 6 Millionen oder 28 Prozent aller bürgerlichen Wähler haben das Vertrauen zur Führung durch die Bourgeoisie verloren, haben aber noch [547] kein Vertrauen zur Führung der einzigen revolutionären Partei, zum revolutionären Proletariat gewonnen und folgen der Demagogie des Faschismus, der ihnen „Kampf gegen den Kapitalismus", „nationale Revolution" und ein neues, das „Dritte Reich" verheißt. Der Großteil dieser 6 Millionen wird durch die Politik der naivsten aller bürgerlichen Politikanten, die heute an der Spitze dieser Hakenkreuzbewegung stehen, bitter enttäuscht werden. Von unserer Methode und unserer Arbeit und von unserer Gesamtpolitik hängt es ab, wie weit wir diese Schichten, die heute noch Opfer des faschistischen Betruges sind, vollends und endgültig aus dem Lager der Bourgeoisie loszulösen und für die revolutionäre Klassenfront zu gewinnen imstande sind.

Die faschistische Bewegung der Nationalsozialisten ist keine einheitliche und geschlossene, gestützt auf ein klares, festes Programm mit einheitlichem Ziel. Die Nationalsozialisten erhielten Zuzug aus allen bürgerlichen Parteien und Lagern. Von den Deutschnationalen (der (äußersten Rechten) erhielten sie rund 2 Millionen, von der Deutschen Volkspartei weit über 1 Million Anhänger, und selbst aus dem Lager des „linken" Bürgertums, wie der ehemaligen Demokratischen Partei, und einer großen Anzahl Splitterparteien, wie Volksrechtspartei, den verschiedenen Aufwertungsparteien usw., konnten sie weitere hunderttausende Anhänger gewinnen. Dieser Mannigfaltigkeit der politischen Strömungen, aus denen sich der Anhang der Nationalsozialisten zusammensetzt, entsprechen auch die widerspruchsvollen und gegensätzlichen Verheißungen, Zielsetzungen und Versprechungen, die die Nationalsozialisten als Wahlköder benutzten.

Gewiß bedeutet das Wachstum der nationalsozialistischen Stimmen und Mandate eine Stärkung und ein Anwachsen der Reaktion und der Konterrevolution. Die konterrevolutionäre Kraft der faschistischen Bewegung ist aber als Eigenbewegung stark gehemmt durch die bereits erwähnten gegensätzlichen Strömungen und politischen Richtungen, die sich chaotisch in dieser Bewegung zusammenfanden. Hinzu kommt noch die starke opportunistische Einstellung der Führerschaft auf Uebereinkommen mit den alten bürgerlichen Parteien, um auf dem Wege der Ein- und Unterordnung zu Ministersitzen zu gelangen, die der Bewegung den festen Halt und Willen nimmt.

Daß jedoch trotz der zwiespältigen Entwicklung die Septemberwahlen das Signal einer neuen revolutionären Erschütterung der kapitalistischen Herrschaft bedeuten, gesteht die bereits zitierte ‚DAZ" erschreckt ein, und sie sucht nach heilsamen Rezepten, die dem erschütterten und bedrohten Kapitalismus wieder auf die Beine helfen sollen. Sie orakelt;

„Was bisher gefehlt hat, ist trotz mancher Anläufe die soziale Parole des Kapitalismus, vor allem seine Propagierung als System der Verbesserung (nicht als Verschlechterung) der Lebensbedingungen der großen Massen."

Ein „edles" Beginnen – nur schade, daß sich die rauhe Wirklichkeit „der Lebensbedingungen der großen Massen" durch Lobgesänge der „DAZ" nicht kurieren und verbessern läßt.

Man muß klar sehen, daß sowohl das starke Anwachsen der kommunistischen Stimmen (4.587.708 gegen 3.263.354 im Jahre 1928), wie auch [548] der Uebergang des Anhangs der alten bürgerlichen Parteien ins Lager des Faschismus (6.401.210 gegen 809.939 im Jahre 1928) Erscheinungen der

Größe und des Umfanges der politischen Krise in Deutschland sind, einer Krise des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft, wie wir sie seit 1923 in diesem Ausmaß nicht gesehen haben. Das ist das wichtigste Fazit der Septemberwahlen.

*

Die Septemberwahlen in Deutschland bestätigen die Einschätzung der Lage in den kapitalistischen Ländern, besonders in Deutschland, wie sie auf dem 16. Parteitag der KPdSU durch den Genossen Stalin und auf den letzten Tagungen der Komintern und des ZK unserer Partei gegeben wurden, in vollem Umfange. Das Young-Deutschland hat seine erste große Niederlage durch die deutschen Wählermassen erhalten. Den imperialistischen Räubern, die augenblicklich in Genf versammelt sind, wurde eine vernichtende Lektion für ihre wahnwitzige Ausplünderung der werktätigen Volksmassen in Deutschland erteilt.

4.600.000 Wähler erreicht! 4½ Millionen Arbeiter und Werktätige Deutschlands bekannten sich zum Freiheitsprogramm der Kommunistischen Partei. Bei den Wahlen 1928 erhielt die KPD 3,2 Millionen Stimmen, während sie jetzt, nach zwei Jahren, 4,6 Millionen mustert. Diese eine Tatsache allein signalisiert das unerhört rasche Entwicklungstempo des verschärften Klassenkampfes und die fortschreitende Revolutionierung der werktätigen Massen in Deutschland. Selbst in den Inflationsjahren von 1918-1923 waren die breitesten Massen des deutschen Proletariats nicht so eng verknüpft mit der revolutionären Vorhut und haben noch zu keiner Zeit mit solcher Begeisterung die Losungen der Partei aufgenommen, als wie gerade in der gegenwärtigen Periode. Noch nie zuvor stand die KPD. so nahe vor der Verwirklichung der wichtigsten strategischen Aufgabe der Gegenwart: der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, als gerade jetzt. In Berlin, am Niederrhein, in Mitteldeutschland ist die Kommunistische Partei bereits zur stärksten von allen Parteien geworden. Im Ruhrgebiet, in Oberschlesien und in anderen wichtigen Industriegebieten hat die Partei, die Sozialdemokratie bei weitem überflügelt. Diese Tatsache zeigt, daß die Kommunistische Partei in den Industriezentren. dort, wo der Druck des Monopolkapitals am stärksten, wo die Not und die Ausbeutung des Proletariats am größten ist, zur unumstrittenen Führerin der Arbeiterklasse geworden ist.

Der einzige Sieger bei den Septemberwahlen ist die Kommunistische Partei. Wohl haben die Nationalsozialisten den größten Stimmengewinn zu verzeichnen. Aber die Stimmen der Nationalsozialisten stammen fast restlos aus dem Lager der alten bürgerlichen Parteien, so daß für die Bourgeoisie kein Kräftezuwachs zu verzeichnen ist. Ganz anders bei dem Zuwachs der Kommunistischen Partei. Hier wurden nicht nur 600.000 Stimmen Verlust der Sozialdemokraten auf die Seite der revolutionären Klassenfront herübergezogen, sondern darüber hinaus ist es gelungen, weitere 800.000 Stimmen teilweise aus dem bürgerlichen Lager hinzuzugewinnen. Die [549] Partei hat also nicht nur Hunderttausende von Industrieproletariern zu erobern verstanden, sondern hat gleichzeitig zum ersten Male mit Erfolg begonnen, die nichtproletarischen Werktätigen in Stadt und Land auf ihre Seite zu ziehen. Dieser Erfolg ist von äußerst wichtiger Bedeutung in Hinsicht auf das strategische Ziel: in den Hauptschichten des werktätigen Volkes die Uebermacht für die proletarische Revolution zu gewinnen.

Alle Klassenfeinde des Proletariats, alle bürgerlichen Parteien, von den sanft entschlafenen Demokraten bis zu den Nationalsozialisten, zogen in den Wahlkampf unter der Losung: Gegen den Marxismus! Und der Erfolg ist, daß der Marxismus einen solchen Sieg davongetragen hat, wie nie zuvor. Der Septembersieg des Marxismus in Deutschland, obwohl er nur mit dem Stimmzettel erfochten wurde, darf sich würdig einreihen in den Siegeszug des Marxismus jener Länder, wie in der Sowjetunion (Sieg des Fünfjahrplans), wie in China (mit anderen Waffen) und der neuen revolutionären Erhebungen der Arbeiter und Bauern Italiens, der gewaltigen Massenstreiks in Frankreich, der kühnen Demonstration in Budapest, der großen Massenstreiks in Barcelona, der heldenhaften Demonstrationen und Massenstreiks in Polen gegen das faschistische Regime in allen diesen Ländern, die alle gemeinsam in einer Linie liegen: des Heranrollens einer neuen revolutionären Welle in der ganzen kapitalistischen Welt, des Siegeszuges des Marxismus-Leninismus

über den Kapitalismus. Das ist die große internationale Bedeutung des Wahlsieges der Kommunisten in Deutschland.

Der Wahlsieg der Partei bestätigt die unbedingte Richtigkeit unserer Parteilinie, die durch die Beschlüsse der Komintern, des Weddinger Parteitages und des Zentralkomitees herausgearbeitet wurden. In diesem Wahlsieg verkörpert sich die Tatsache, daß es die Partei immer gründlicher und besser verstand, die von der Parteikörperschaft gefaßten Beschlüsse in bezug auf eine wirklich revolutionäre Massenpolitik in die Praxis umzusetzen und für die Losungen und Ziele der Partei die breiteste Massenbewegung zu entfalten. Noch bei keiner Wahlbewegung hatten wir eine so begeisternde Massenmobilisierung, und aktive Unterstützung breitester Arbeiterschichten, wie in diesem Wahlkampfe. Der Partei ist es gelungen, eine große Massenbewegung der Roten Wahlhelfer zu entfachen, wobei die breitesten sympathisierenden Massen sich zu Hunderttausenden in den aktiven Dienst der Partei stellten. Unermüdlich war die Tätigkeit zugleich der proletarischen Massenorganisationen und Wehrformationen, die mit der Partei sympathisierten. Ein noch nie gesehener sozialistischer Wettbewerb hat unter diesen Organisationen stattgefunden. Und hierbei zeigte sich, daß die in früheren Zeiten angeknüpften organisatorischen Verbindungen der Partei mit den Massenorganisationen außerordentliche Erfolge zu verzeichnen hat. Das trat besonders in Erscheinung bei den oppositionellen Sportorganisationen, die die hervorragendste demonstrative Wahlarbeit für die Partei [550] leisteten. Aber auch der verbotene RFB, die Antifa, die Gewerkschaftsopposition, die Betriebswehren, die Rote Hilfe, die IAH, die Freidenker standen im schärfsten Wettbewerb untereinander.

Der Wahlsieg der Partei hat aber deswegen so große Bedeutung, weil die Partei seit ihrem Bestehen noch niemals so klar und konkret mit dem offenen Programm der proletarischen Revolution, mit dem Programm der proletarischen Diktatur, mit dem Programm des revolutionären Sturzes der gesamten bürgerlichen Gesellschaft an die Oeffentlichkeit und in einen Wahlkampf gezogen ist. Und gerade diese Linie der Propaganda lenkte die weitgehendste Aufmerksamkeit der Massen auf die revolutionäre Mission der Arbeiterklasse, zu der sich Millionen und neue Hunderttausende mit Freude und Begeisterung bekannten. Mit größter Genugtuung und freudigster Begeisterung wurde in den Millionenmassen das nationale und soziale Befreiungsprogramm des Zentralkomitees der Partei aufgenommen und fand millionenfaches Echo in allen werktätigen Kreisen. Während bei früheren Wahlbewegungen die von der Partei vertriebene Wahlliteratur nur in Zehntausenden von Exemplaren vertrieben werden konnte, wurde bei dieser Wahl ein Millionenumsatz erzielt. Das beweist, wie neue Hunderttausende, ja Millionen der Werktätigen Deutschlands sich mit größtem Interesse den Aufgaben und den Zielen des Kommunismus zuwenden.

Eines der beachtenswertesten Erscheinungen bei diesem Wahlkampfe war die Tatsache, daß sich die Jugend, wie das alle Parteirichtungen ohne Unterschied in ihrer Presse bestätigen, ausnahmslos entweder für die Kommunisten oder für die Nationalsozialisten entschieden haben. Die Arbeiterjugend stimmte – das mußten selbst die Sozialdemokraten eingestehen – fast ausschließlich für die Kommunisten; die kleinbürgerliche Jugend, Studenten, Angestellte usw. stimmten nahezu restlos für die Nationalsozialisten. Was bedeutet aber diese Tatsache für die kapitalistische Gesellschaft? Das bedeutet, daß die ganze junge Generation sich gegen die Bourgeoisie, gegen die kapitalistische bürgerliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wendete. Die bürgerliche Gesellschaft hat keinen Nachwuchs. Das ist eine der wichtigsten Erscheinungen, die bei diesen Wahlen zu verzeichnen war und hier zeigen sich die großen Aufgaben, die vor dem Kommunistischen Jugendverband stehen. Kein Wunder, daß die Brüning-Regierung mitten in der Wahlkampagne von Panik erfaßt ihren Innenminister Wirth beschleunigt eine „Wahlreform“ ankündigen ließ, zu der bereits alle alten bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Sozialdemokraten ihre Zustimmung gegeben haben, die das Alter für die Wahlberechtigten heraufsetzen soll, so daß den. Jugendlichen vom 20. bis 25. Lebensjahr das Wahlrecht geraubt wird. Die Bourgeoisie glaubt sich durch solche reaktionären Maßnahmen vor der drohenden Niederlage zu bewahren – aber „Verfassungsfragen sind Machtfragen“, die nicht im und um das Parlament entschieden werden, sondern durch andere bedeutsamere Fragen, die zu lösen oder zu beseitigen nie und nimmer in der Macht der herrschenden Klasse liegen.

[551] Eine andere Tatsache unseres großen Wahlerfolges besteht darin, daß wir zum ersten Male in einer Reihe von Wahlkreisen zur stärksten Partei überhaupt oder auch stärker als die Sozialdemokratische Partei geworden sind. Und hierbei ist besonders wichtig der Wahlsieg in Berlin, wo wir zum ersten Male die Sozialdemokratie überflügelten. Das was die deutsche Arbeiterklasse für die Sozialdemokratie faszinierte und anzog, was die Stärke der Sozialdemokratie war, war ihr absolutes Uebergewicht in den Großstädten und in den entscheidenden Industriegebieten. Diese Vormachtstellung der Sozialdemokratie ist zum ersten Male gebrochen und von dieser Niederlage wird und kann sie sich nie mehr erholen.

Nicht in der großen Stimmenzunahme der Partei, nicht in dem Verlust von hunderttausenden Stimmen für die Sozialdemokratie liegt die große Bedeutung unseres Sieges, sondern in der Tatsache, daß es uns zum ersten Male gelungen ist, die Sozialdemokratie in den entscheidenden Positionen der deutschen Arbeiterklasse zu schlagen. Diese Tatsache hat ungeheure Bedeutung für den weiteren Verlauf der Klassenkämpfe und für den weiteren Verlauf des Machtkampfes überhaupt in Deutschland. Die KPD hat begonnen, auch zahlenmäßig, die führende Partei des deutschen Proletariats zu werden. Das ist das Entscheidende, das Gewaltige, das Bedeutsame an unserem Wahlsiege. Und das ist es, was der Partei große gewaltige Verpflichtungen auferlegt. Wir zweifeln keinen Moment daran, daß die Partei bei Fortsetzung und besonders bei Verstärkung der von ihr gegenwärtig eingeschlagenen Linie mit Unterstützung der Komintern die großen revolutionären Verpflichtungen, die sie durch den Wahlsieg eingegangen ist, als Führerin des deutschen Proletariats lösen wird. Dieser Aufgabe hat nunmehr die Partei alle Kräfte und alle Energien zuzuwenden.

*

Eine der wichtigsten Waffen, die der Partei die Kraft und die Stärke bei ihrer seitherigen Entwicklung gegeben hat, war die rücksichtslose, offene Selbstkritik bei Durchführung ihrer Aufgaben und Kampagnen in der Vergangenheit. Eine der Schwächen in der Wahlkampagne der Partei ist die Tatsache des Mangels an offener Selbstkritik in der Presse während der Wahlkampagne. Gewiß hat die Selbstkritik nicht geschlafen, sondern sie wurde in den Parteiorganisationen und in den Parteikörperschaften als ständiger Anreger und Helfer in schärfster Form geübt. Was aber fehlte, ist einer unserer alten Mängel, daß sie erstens nicht öffentlich in der Parteipresse zum Ausdruck kam und zweitens nicht als Masseninitiative von den Mitgliedern und sympathisierenden Massen auf dem Wege der Arbeiterkorrespondenzen nicht in genügender Weise in Erscheinung trat.

Nicht nur die Vorgänge in der eigenen Klasse, im Lager des Proletariats, sondern ebenso die Vorgänge im Lager der Bourgeoisie müssen uns Veranlassung sein zu prüfen, wo unsere taktischen Maß-[552]nahmen versagten bzw. nach welcher Seite hin wir das Feuer nicht in richtiger oder in mangelnder Weise konzentriert haben. Und hier ist außerordentlich lehrreich die Umlagerung der Klassenkräfte im bürgerlichen Lager. Der entscheidende Punkt hier ist die Tatsache der Sammlung der proletarischen und halbproletarischen Gefolgschaft der Bourgeoisie im nationalsozialistischen Lager. Die Hauptmassen der nationalsozialistischen Stimmen rekrutieren sich aus den Beamten- und Angestelltenkreise, aus Handwerkern, selbständigen Geschäftsleuten, freien Berufen, Kleinbauern und der Dorfintelligenz, die bei den brotlosen wilhelminischen Offizieren ihre Führer und Retter aus dem sie bedrohenden Untergang, Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend erblicken. Und hier zeigte sich, daß die Partei bisher noch nicht verstanden hat, zum Führer des Proletariats in weitestem Sinne des Wortes zu werden. Die Millionen Beamten und Angestellten in Industrie, Handel, Banken, Gewerbe usw., die ebenso wie die industriellen Arbeiter ohne jeden Besitz nur von ihrer Arbeitskraft leben, die aber ebenso wie der Arbeiter von Arbeitslosigkeit, Massenentlassungen Not und Elend bedroht sind, gehören in das Lager des Proletariats, nicht in das des Kapitalismus. Und diese Massen sind nicht gering. Um hierfür nur einige Beispiele zu nennen: in Berlin ist die Anzahl der Angestellten und Beamten um nichts geringer als wie die der Arbeiter in Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt a. M. und in anderen Handelsstädten oder in Städten, wo die Großindustrie ihre administrativen und kommerziellen Zentren hat, ist die Anzahl der Beamten und Angestellten sogar noch größer als wie die der Arbeiter. Und gerade auf diesem Gebiete der Eroberung der Millionenmassen der Angestellten und Beamten hat bisher die Partei nur so schwache Ansätze genommen, daß

sie kaum als nennenswert zu bezeichnen sind. Das ist die größte Schwäche, die in dieser Wahlbewegung in Erscheinung trat und es den Nationalsozialisten ermöglichte, daß sie in diesen Kreisen dominierend werden konnten.

Eine weitere Schwäche in der Wahlkampagne trat hervor in der Erscheinung, daß in zahlreichen Bezirken die leitenden Funktionäre und Körperschaften vor und während der Wahlkampagne die Meinung vertraten, daß in ihrem Gebiete die Nationalsozialisten „keine Rolle spielen“ und daher die Frontstellung nicht gegen die faschistische Bewegung, sondern lediglich gegen die Sozialdemokratie gerichtet werden müsse. Und siehe da, die Wahlresultate zeigten, daß gerade in diesen Bezirken die Nationalsozialisten am stärksten Boden gewinnen konnten, während die Partei hinter dem allgemeinen Stimmenzuwachs zurückgeblieben ist. Typisch hierfür ist der Bezirk Ostpreußen, in dem am längsten und energischsten gegen die Linie der Partei in der Beurteilung des Faschismus und des Sozialfaschismus angekämpft wurde (Stellungnahme für die Theorien Merkers). In diesem Bezirk, wo man nicht die Gefahr einer starken nationalsozialistischen Bewegung anerkennen wollte und nur die Gefahr des Sozialfaschismus. sah, ergab sich als Resultat ein Anwachsen der Nationalsozialisten wie fast in keinem anderen Bezirk. Auf der anderen Seite sehen wir, wie in den Bezirken, wo die Nationalsozialisten in früheren Zeiten ihren stärksten Anhang hatten (Süd- und Nordbayern, Württemberg, Baden, [553] Thüringen, Hessen-Frankfurt u. a.) und die Partei das Feuer richtig konzentrierte sowohl gegen den Nationalsozialismus als wie gegen die Sozialfaschisten die Nationalsozialisten nicht solche Fortschritte zu verzeichnen hatten als in jenen Bezirken mit falscher Frontstellung.

Eine andere Erscheinung des Mangels richtiger Erkenntnisse der Dinge zeigte sich auch darin, daß in vielen Gebieten, wo die Nationalsozialisten nicht „als Braunhemden“, als SA- und SS-Truppen demonstrativ aufgetreten sind, in der Partei die Auffassung vorherrschend war, daß dort die nationalsozialistische Bewegung keine große Bedeutung habe oder überhaupt nicht existiere. Diese Auffassungen wurden durch das Wahlergebnis gründlich Lügen gestraft. Unsere Genossen haben hier übersehen den sozialideologischen Untergrund des Nationalsozialismus, die tiefe, alles bisher erlebte Enttäuschung der bürgerlichen Wählermassen, das vollkommene Schwinden des Vertrauens zu den alten bürgerlichen Parteien, die die Millionenmassen des Kleinbürgertums und mit kleinbürgerlichen Illusionen erfüllten Beamten- und Angestellten kreise in das Lager der nationalsozialistischen Bewegung trieb, ohne daß diese sich von dem Maulheldentum der „Braunhemden“ angezogen fühlten. Das zeigt, daß die Resolution des Polbüros über den ideologischen Kampf gegen den Faschismus und die Hitler-Bewegung noch nicht zum Gemeingut selbst unserer leitenden Funktionäre in vielen Bezirken geworden ist. Auch hier müssen wir eine falsche Frontstellung konstatieren, die nicht in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Zentralkomitees steht und auf das rascheste korrigiert werden muß.

Die Versammlungskampagne der Partei wurde bei dieser Wahl mit weit größerer Voraussicht und hochentwickelten organisatorischen Fähigkeiten unserer Parteifunktionäre durchgeführt. Wir können stolz darauf sein, daß die bürgerliche Presse konstatieren mußte, daß von allen Parteien die Kommunisten in der Versammlungstätigkeit „den Vogel abgeschossen haben“. Und was das Erfreuliche war: die ewigen Klagen bei früheren Kampagnen über „Auffliegen von Versammlungen“, weil der Referent nicht erschienen ist, oder aus anderen Ursachen, sind diesmal fast vollständig verstummt. Hier zeigt sich der gewaltige Erfolg unserer Bildungsarbeit, der Funktionärschulen, Referentenkurse, der Agitproparbeit usw.; die jahrelange Arbeit auf diesem Gebiet hat durch diese erfreulichen Tatsachen die Bestätigung ihrer Notwendigkeit erwiesen. Die Qualität unserer Funktionäre und Redner, ausgebildet mit einer vorzüglichen marxistischen Schulung, war eine der wichtigsten Waffen zum Erfolge unseres Wahlsieges.

Aber bei Durchführung der richtigen öffentlichen Versammlungskampagne muß konstatiert werden, daß in den meisten Bezirken die Losung des Zentralkomitees, „den Wahlkampf hinein in die Betriebe zu verlegen“, nicht in genügender Weise oder überhaupt nicht befolgt und durchgeführt wurde. Fast in allen Bezirken kann festgestellt werden, daß die Wahlkampagne innerhalb der Betriebe viel zu spät begonnen und aufgenommen wurde. So war es z. B. möglich, daß die Sozialdemokraten in Berlin eine ganze Reihe guter Wahl-[554]versammlungen in den Betrieben mit ihren kompromittiertesten Führern, wie Crispien, Künstler, Wels u. a., durchführen konnten zu einer Zeit, wo unsere

Partei noch in keiner Weise mit der Betriebsarbeit begonnen hatte. Nachdem aber unsere Betriebsversammlungen in den letzten zehn Tagen vor der Wahl einsetzten, zeigte sich sofort, daß die sozialdemokratischen Versammlungen nicht mehr fortgesetzt werden konnten bzw. diese sozialdemokratischen Betriebsversammlungen in kommunistische umgewandelt wurden. Das war einer der Hauptmängel, die bei der ganzen Wahlkampagne hervorgetreten sind. Das zeigt aber auch, wie schwach die Basis unserer Betriebszellen und unserer gesamten Betriebsarbeit ist und wie wenig kämpferischer Geist gerade in unseren Betriebszellen vorhanden ist. Dieser Mangel muß uns ein Ansporn sein, selbst bei Hintenansetzung anderer wichtiger Aufgaben alle Kraft jetzt auf die Betriebsarbeit zu konzentrieren.

*

Die Septemberwahlen haben die Klassenformationen und die Herausbildung der entscheidenden Klassenkräfte im wichtigsten Industrieland in Europa, in Deutschland, klar aufgezeigt. Das Proletariat sammelt sich immer stärker um das revolutionäre Banner des Kommunismus, die Bourgeoisie um die konterrevolutionäre Fahne des. Faschismus. Alle politischen Konzeptionen des Bürgertums aus der Vergangenheit, wie Weimarer Koalition, Große Koalition usw., sind endgültig vernichtet. Der Kurs des bürgerlichen Deutschlands kann nur noch der des Faschismus sein. Die Sozialdemokratie und alle bürgerlichen Mittelparteien haben ihre Rolle als Führung der Geschäfte der Bourgeoisie und des Finanzkapitals ausgespielt. Diese Führerrolle geht endgültig zum Faschismus über. Nicht die Spekulation, daß „die Nationalsozialisten bei kommenden Parlamentswahlen ebenso rasch wieder zusammenbrechen, wie sie angeschwollen sind“, die leider auch in unseren Reihen hie und da angestellt wurde, ist das Entscheidende, sondern das Entscheidende ist, daß alle bürgerlichen Parteien, vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen, dem nationalsozialistischen Heerbann folgen und in die Rolle des Konkurrenten mit der Hitlerbewegung hineingezwungen sind. Im Lager der bürgerlichen Parteien beginnt der Kampf um die Seele des Kleinbürgers, um die Gefolgschaft jener Massen, die die Nationalsozialisten in der Wahlkampagne gewinnen konnten. Und in diesem Prozeß vollzieht sich die Sammlung der Klassenkräfte um die beiden Konzentrationspunkte: Kommunismus oder Faschismus.

Die Kommunistische Partei, die durch ihren Wahlsieg bewiesen hat, daß sie in ständigem Maße das Vertrauen des deutschen Proletariats gewinnt und die führende Partei der Arbeiterklasse ist, muß nunmehr auf allen Gebieten sich dieses Vertrauens und ihrer Führereigenschaft bewußt sein und würdig erweisen. Hierbei erlangen gerade in diesem Moment die auf dem V. RGI-Kongreß gefaßten Beschlüsse in bezug auf die Gewerkschaftsopposition in Deutschland die größte Bedeutung. Der RGI-Kongreß hat mit diesen Beschlüssen gezeigt, wie richtig die revolutionäre Weltbewegung die Klassenlage, die Klassenkämpfe und Klassenkräfte in [555] Deutschland einzuschätzen verstand. Der Uebergang der Führung der Wirtschaftskämpfe auf die Seite der Gewerkschaftsopposition, die zweckentsprechenden organisatorischen Maßnahmen der Gewerkschaftsopposition zur Organisierung und Führung der Wirtschaftskämpfe ist in der gegenwärtigen Periode das entscheidende Kettenglied zur Führung des revolutionären Klassenkampfes und damit zur Eroberung der Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse für den revolutionären Klassenkampf, für die proletarische Revolution. Die Partei muß alle Kräfte konzentrieren, diese Positionen jetzt so auszubauen und zu stärken, um damit die Garantie für den Erfolg des weiteren Aufstieges des Marxismus-Leninismus, des Kommunismus, der revolutionären Klassenkraft zu gewährleisten.

Die Partei, die in der Vergangenheit und in der Gegenwart bewiesen hat, daß sie befähigt ist, ihre revolutionäre Pflicht zu erfüllen, wird bestimmt auch ihre großen Zukunftsaufgaben zu lösen imstande sein.

*

Die kapitalistische Offensive und die Aufgaben der RGO.

Schafft eine Kampforganisation

Von Paul Peschke

4,6 Millionen haben am 14. September der Kommunistischen Partei ihre Stimme gegeben. Das bedeutet ebenso viele Stimmen für ein Sowjetdeutschland, die sich für das Programm der nationalen und sozialen Befreiung entschieden haben. Die Wahlen haben ein starkes Zurückgehen der sozialdemokratischen

Stimmen gebracht, die fast restlos zur Kommunistischen Partei gekommen sind. Diese erfreuliche Tatsache bestätigt erneut und verstärkt den Radikalisierungsprozeß, den revolutionären Aufschwung der Arbeiterbewegung und die richtige Linie der Partei auf die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse.

Auf der anderen Seite aber zeigen .die Wahlen ein in der deutschen Parlamentsgeschichte noch nie dagewesenes sprunghaftes Anschwellen einer Partei, – der Nationalsozialisten –, das auf die hemmungslose nationale und soziale Demagogie dieser vom Trustkapital ausgehaltenen Unternehmergarde und auf die tiefe politische Unzufriedenheit weiter Kreise des Kleinbürgertums mit dem herrschenden kapitalistischen System zurückzuführen ist.

Trotz ihrer Wahlerfolge ist es den Nazis nicht gelungen, in die Reihen des Industrieproletariats einzudringen. Auch werden die wankelmütigen kleinbürgerlichen Wähler sehr schnell, von den praktischen Taten der Nazis in bezug auf ihre Wahlversprechungen enttäuscht, ihnen wieder den Rücken kehren. Was aber bleiben wird, das sind die Versuche der nach ihrem Wahlerfolg noch frecher auftretenden Nazis, in die Betriebe einzudringen, um ihre eigentliche, ihnen vom Trustkapital zugeteilte Aufgabe zu erfüllen, die Arbeiterbewegung zu zersetzen und ohnmächtig zu machen. Schon sind die Absichten der Nazis, Betriebszellen und „über-[556]parteiliche“ Massenorganisationen zu schaffen, bekannt geworden. Es besteht kein Zweifel, daß sie mit Unternehmerhilfe an die Durchführung dieser Absichten herangehen werden. Sie werden dabei nach eigenem Eingeständnis nur auf einen einzigen wirklichen Gegner stoßen und das ist die Kommunistische Partei. Die freien Gewerkschaften sind unter ihrer sozialfaschistischen Führung kein Schutzwall gegen den Faschismus, im Gegenteil, sie bereiten ihm durch ihre verräterische Politik den Boden vor. Darum muß die Kommunistische Partei mit verstärkten Kräften jetzt an die Eroberung der Betriebe gehen, ihren politischen Erfolg auch organisatorisch verankern und jeden Versuch der Nazis, in die Betriebe einzudringen, durch den forcierten Aufbau der Betriebsgruppen der RGO zurückschlagen.

Das Wahlresultat allein ändert noch nichts an den Lohn- und Steuerraubplänen des Trustkapitals. Der Konkurrenzkampf der Kapitalisten um Absatzmärkte, verschärft und gesteigert durch die Weltwirtschaftskrise, geht weiter. Unter Führung der Partei müssen die revolutionären Arbeiter sich eine Kampforganisation in den Betrieben schaffen, die Millionen Arbeiter erfaßt, den streikbrecherischen Einfluß des Gewerkschaftsapparats zerbricht und die Gegenoffensive der Arbeiter gegen Lohn- und Steuerraub und faschistische Diktatur organisiert und entwickelt.

Die Kommunistische Partei hat recht behalten. Kaum, daß die Druckerschwärze auf Flugblättern und Wahlplakaten eingetrocknet ist, setzt das Trustkapital zu neuem Lohnraub an. Am 30. September laufen für die verschiedensten Arbeitergruppen insgesamt 1.420.100 Arbeiter 61 Lohntarife ab. Das sind 25,07 Prozent der von der „Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände“ erfaßten Arbeiter. Darunter befinden sich die 335.000 Ruhrbergarbeiter, die mit einem durch Stegerwald aus Wahlgründen verbindlich erklärten Schiedsspruch bedacht worden sind, der ihren durch Millionen Feierschichten gekürzten Lohn bis 31. Dezember verlängert. Die Herren der Ruhrkohle werden an diesem neuen Termin versuchen, ihre Absicht auf zehn Prozent Lohnraub durchzusetzen.

Unter diese Tarifabschlüsse fallen auch die Arbeiter der chemischen Industrie in Frankfurt a. M. (Wolfen), Berlin, Mannheim und Hannover. Auch Teile der Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzindustrie, hauptsächlich in Sachsen, ebenfalls Teile der Industrie der Steine und Erden, der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie, der Feinkeramik und 100.000 Gemeindearbeiter in Mittel- und Nordwestdeutschland, in Schlesien und Rheinland-Westfalen. Ferner laufen die Lohntarife in der Metallindustrie in Berlin mit 140.000 noch Beschäftigten, zum Teil Kurzarbeitern, ab. Ebenso. die Metalltarife in Bielefeld, Oberschlesien, Schlesien, Niederlausitz, Brandenburg und Pommern für weitere 150.000 Metallarbeiter. Das. Lohnabkommen der Ruhrmetallarbeiter läuft bis 30. September 1931 weiter. Zum Arbeitszeittarif ist ein Schiedsspruch von der Bürokratie hingenommen worden, der nur 2000 Arbeitern von 150.000 noch Beschäftigten eine Arbeitszeitverkürzung bringt.

Kein Lohntarif ist von der Gewerkschaftsbürokratie gekündigt worden. Sie will die Wirtschaftskrise durch [557] Lohnforderungen der Arbeiter nicht noch mehr verschärfen und liefert die Arbeiter der Verelendung durch Zölle, Massensteuern und Diktaturverordnungen aus. Dafür setzen die Metallindustriellen zum Angriff an. Sie haben alle genannten Tarife der Metallindustrie gekündigt und eine Herabsetzung der schon so jämmerlichen Tariflöhne von 15 bis 20 Prozent angedroht. Das macht in Berlin für die Facharbeiter 8,70 Mark, für die Angelernten 7,05 Mark, für die Ungelernten 6,36 Mark und für die Arbeiterinnen 4,35 Mark Abzug pro Woche aus. Für die Unternehmer des VBMI dagegen einen jährlichen Extraprofit von 47½ Millionen Mark. Die Metallarbeiter Berlins rüsten bereits zur Aufnahme des Streiks unter Führung der RGO gegen den Willen und die Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie.

*

Der Lohnraub geht also weiter. Ueberall werden die Unternehmer nach dem Vorstoß der Metallindustriellen versuchen, neben ihren bisherigen betrieblichen Vorstößen zur Senkung der Arbeitsverdienste den Tarifablauf zur direkten Herabsetzung der Löhne auszunutzen. Die Kapitalisten sehen keinen anderen Ausweg aus der Krise, als auf Kosten der Massen ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu steigern. Darum müssen die Kommunisten und die Anhänger der RGO alle Kräfte anstrengen, um neben der Abwehr des Lohnraubs in den einzelnen Betrieben bei den Tarifabläufen die bis zum Weißbluten ausgepreßten Arbeiter zu Massenangriffen um höheren Lohn, Siebenstundentag und Lohnausgleich anzusetzen. Weitere Tarifabläufe bis März 1931 stehen bevor. Im Oktober für 226.400 Arbeiter für den Steinkohlenbergbau in Sachsen, Niederschlesien und Oberschlesien, für den Erzbergbau des Siegerlandes, die Kalk- und Dolomitindustrie Rheinland-Westfalens, Hagen, ebenso die restlichen Tarife der chemischen Industrie, darunter Leipzig, München, Stuttgart und Essen. Außerdem läuft am 1. Oktober das Mehrheitsabkommen der 70 000 Braunkohlenarbeiter Mitteldeutschlands ab, die nach diesem Abkommen noch täglich 9¼ bis 10 Stunden schuften müssen. Im Wurmgebiet läuft am 31. Oktober der Lohntarif für 23.000 Bergarbeiter ab.

Im Dezember 1930 laufen 48 Tarife mit 290000 Arbeitern ab. Sie erstrecken sich auf Teile der Metallindustrie, u. a. Solingen, Remscheid, Elberfeld, Siegerland, Dillenburg, Teile der Papierindustrie in der Provinz Sachsen, Rheinland und Pommern, Teile der Textilindustrie, nämlich Mühlhausen, Berlin, Aachen, Hannover, Apolda, Göttingen, Neumünster und Teile vom Verkehrsgewerbe und auch die Tarife für das Buchdruckgewerbe.

Im März 1931 laufen 58 Tarife mit insgesamt 1.512.700 Arbeitern, gleich 26,7 Prozent der vom Arbeitgeber verband erfaßten Arbeiter, ab. Sie beziehen sich hauptsächlich auf die bayrische Großstadt-Metallindustrie, das gesamte Baugewerbe mit 1,3 Millionen Bauarbeitern, die schlesische Textilindustrie und auf 160.000 Schuhfabrikarbeiter. Außerdem die Tarife der Zigarrenindustrie, der Berliner Verkehrs-AG und die der 350.000 Eisenbahner.

Dazu kommt noch, daß fast 100 Tarife mit mehr als 1 Million Arbeitern „bis auf weiteres“ laufen. Diese Tarife betreffen hauptsächlich die Metallindustrie in Sachsen, Mitteldeutschland, Thüringen, Württemberg, Baden und Köln, die jederzeit, meist mit vier Wochen Kündigungsfrist, gekündigt werden können.

[558] Außerdem laufen am 1. Januar die Tarife der Angestellten der Nordwestgruppe ab, im März die der Reichspost und der Reichsverwaltungen.

Gewaltige Massen von Arbeitern und Angestellten kommen also im nächsten halben Jahr in Bewegung. Der revolutionäre Aufschwung der Arbeiterbewegung, der durch hunderte von der RGO organisierte betriebliche Streiks in allen Industriezweigen sowie die Massenstreiks von Nordwest und Mansfeld gekennzeichnet wird, ist durch das Wahlergebnis vom 14. September noch gesteigert worden. Eine tiefe Gärung ist in den Massen, die infolge der nach den Beschlüssen des 4. RGI-Kongresses von der RGO angewandten Taktik der selbständigen Führung der Wirtschaftskämpfe mehr und mehr wieder Vertrauen zur eigenen Kraft gewinnen und bereit sind zu kämpfen, wenn wir ihnen eine Führung geben und das Ziel zeigen. Die Beschlüsse des 5. RGI-Kongresses stellen

der revolutionären Gewerkschaftsopposition die konkrete Aufgabe, die Mehrheit der Arbeiterklasse durch die Organisierung und Führung ihrer Wirtschaftskämpfe zu erobern. Die Arbeiter haben kein Interesse an dem Schutz und der Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft vor ihrem Zusammenbruch. Ihr Ziel ist vielmehr, die kapitalistische Wirtschaft durch die Organisierung erfolgreicher Streiks gegen Lohn- und Steuerraub, Massenentlassungen, Feierschichten und Maßregelungen für die Arbeiterforderungen, gesteigert bis zum politischen Massenstreik gegen die faschistische Diktatur, so zu schwächen, daß der kapitalistische Herrschaftsapparat zersetzt und für den letzten Angriff der Arbeiterklasse sturmreif gemacht wird.

*

Die Streiks müssen von uns ohne Rücksicht auf die bestehenden Tarifverträge organisiert, ausgelöst und geführt werden. Die Gewerkschaftsbürokratie, deren ganze Strategie und Taktik von der Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft diktiert wird, hat bewußt ein Netz von tausenden, zu verschiedenen Terminen ablaufenden Tarifen geschaffen, das einen einheitlichen Massenkampf der Arbeiter verhindern soll. Sie ist tariftreu und hat den Arbeitern, trotzdem die Unternehmer ständig durch willkürliche Lohn- und Akkordpreisherabsetzungen die Tarife brechen, eine Achtung vor den „gesetzmäßigen" Tarifen eingepaukt, die von uns unter allen Umständen zerstört werden muß. Typisch ist dafür das Beispiel des Nordweststreiks gegen den Lohnraubschiedsspruch, wo es der Bürokratie am 2. Juli gelang, die Streiks vieler Betriebe und Werksabteilungen unter Hinweis auf den durch die Arbeitsaufnahme am 1. Juli anerkannten Tarif und die nun ganz sichere Schadensersatzpflicht zu verhindern.

Die Achtung und der Respekt der Arbeiter vor den Tarifen muß von uns zerbrochen werden. Wir müssen den Arbeitern zeigen daß durch diese Tarife der Unternehmer in der guten Konjunktur vor den Forderungen der Arbeiter geschützt wird, während er in der schlechten Konjunktur ohne Rücksicht auf die Tarife den Arbeitslohn herabsetzt. Die Schadenersatzpflicht ist ein Schreckschuß der Bürokratie. Wirtschaftskämpfe in der Krise des Kapitalismus, in der er mit allen Mitteln um sein Dasein kämpft, werden zu politischen Kämpfen. Da wird die Frage des Schadenersatzes im Streik und auf der Straße und nicht auf dem Arbeitsgericht entschieden.

*

Die Hoffnung vieler Arbeiter auf Lohnerhöhung und Arbeitszeit-[559]verkürzung konzentrierte sich gewöhnlich auf den Termin des Tarifablaufs. In den Konjunkturjahren 1927/28 erfolgten auch zu diesen Terminen geringfügige Lohnerhöhungen, die von den Unternehmern freiwillig gewährt wurden. Entweder wurden sie in freier Vereinbarung mit den Gewerkschaftsführern abgeschlossen, oder die Unternehmer ließen sich durch einen Schiedsspruch „vergewaltigen". Sie tauschten für diese Bettelpfennige, die den Ansprüchen der Arbeiter nicht im entferntesten genügten, langfristige Tarife ein, die ihnen halfen, die gute Konjunktur in Ruhe vor den Forderungen der Arbeiter in Riesenprofite umzumünzen. Das ist jetzt vorbei. Die Hoffnung der Arbeiter, daß die Gewerkschaftsbürokratie bei einsetzender „besserer" Konjunktur zum Tarifablauf den Schaden der schlechten Konjunktur wieder wettmachen wird, muß an Hand der Erfahrungen der letzten drei Jahre zerstört werden. Alle Kräfte müssen wir in den Betrieben konzentrieren, um zu verhindern, daß die Gewerkschaftsbürokratie bei den bevorstehenden Tarifabläufen wieder mit dem Hinweis auf die schlechte Konjunktur auf „bessere" Zeiten vertrösten kann. Die Arbeiter müssen jetzt kämpfen, weil ihr organisierter Kampf um Lohn und Brot ein Teil des Kampfes ist zur Niederringung der faschistischen Regierungsmethoden der Bourgeoisie.

Der Revolutionären Gewerkschaftsopposition als der einzigen Kraft, die frei von allen Rücksichten auf den Bestand des kapitalistischen Staates ist, fällt die Aufgabe zu, diese Kämpfe der Arbeiter zu organisieren und zu führen. Dabei ist der Tarifablauf für Hunderttausende von Arbeitern ein äußerst günstiger Zeitpunkt, der von der RGO lange Zeit vorher und systematisch vorzubereiten ist. Die Tarifkämpfe sind von der RGO mit dem Ziel vorzubereiten, das Monopol der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie auf den Abschluß von Tarifen zu zerbrechen und die Tarife selbst als die gewählte Vertretung der Arbeiter abzuschließen.

*

Angesichts der Notwendigkeit, die Wirtschaftskämpfe in Deutschland organisiert zu führen, angesichts der Tatsache, daß der Gewerkschaftsapparat mehr und mehr zu einem Apparat der Organisierung des Streikbruchs geworden ist, hat der 5. Kongreß der RGI der Revolutionären Gewerkschaftsopposition die konkrete Aufgabe gestellt, die unorganisierten Arbeiter zu organisieren und den Kurs auf die Schaffung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung zu nehmen. Der betreffende Absatz hat folgenden Wortlaut:

„In Ländern wie Deutschland, wo eine organisatorisch gefestigte Revolutionäre Gewerkschaftsopposition besteht, und Polen, wo die Basis für eine revolutionäre Opposition bereits geschaffen ist, sollen die Unorganisierten zum Eintritt in die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufgefordert und in ihre Reihen eingegliedert werden. Der Kongreß bestätigt die Beschlüsse der Revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands und Polens auf Streichung der Parole ‚Hinein in die reformistischen Gewerkschaften, wobei der schärfste Kampf gegen alle Tendenzen auf die Einstellung der Arbeit und des freiwilligen Austrittes der Anhänger der RGI aus den reformistischen Gewerkschaften zu führen ist. Die RGI-Anhänger in diesen Ländern müssen in Anbetracht der immer weiter betriebenen frechen Spaltungspraxis der reformistischen Führer und in Anbetracht der wachsenden Gegensätze zwischen ihnen und den breiten Arbeitermassen jetzt schon konsequent, bewußt und unermüdlich auf die Organisation und Entwicklung einer revolutionären Ge-[560]werkschaftsbewegung zwecks besserer und erfolgreicher Vorbereitung und Führung der Klassenkämpfe des Proletariats hinarbeiten.

Diesem Kurs auf die Schaffung von oben bis unten selbständiger Organe der revolutionären Gewerkschaftsbewegung ist die ganze Arbeit zur organisatorischen Zusammenfassung der Organisierten und Unorganisierten, insbesondere in Zeiten von Streikkämpfen zur Aktivierung und Entwicklung der Gewerkschaftsopposition und der revolutionären Betriebsräte, wie auch die ganze Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften unterzuordnen, wobei es gilt, zu diesem Zweck von allen organisatorischen Möglichkeiten in den Unterorganisationen der reformistischen Gewerkschaften Gebrauch zu machen.“

Dieser Beschluß verpflichtet uns, mit aller Energie in Verbindung mit der Organisierung des Streiks die Organisationsarbeit für die RGO unter den Betriebsarbeitern und Erwerbslosen aufzunehmen.

*

Die Krise verschärft sich noch. Neue Millionen werden aus der Produktion herausgeschleudert. Ein enges Bündnis zwischen den Erwerbslosen und den noch Arbeitenden muß hergestellt werden, um die Spekulation der Arbeiterfeinde auf den Hunger der Arbeitslosen zunichte zu machen. Mit verstärkter Aktivität müssen die Anhänger der RGO auf den Stempelstellen und Nachweisen arbeiten, um der nationalsozialistischen Demagogie entgegenzuwirken und zu verhindern, daß verzweifelnde Arbeitslose, die von dem Wahlerfolg der Nazis und ihren Versprechungen geblendet sind, von ihnen zum Streikbruch gegen kämpfende Arbeiter eingesetzt werden können.

Die Millionenarmee der Erwerbslosen wird zu einem gewaltigen revolutionären Faktor, wenn sie von der RGO zum gemeinsamen Kampf mit den Betriebsarbeitern gegen Lohn- und Unterstützungsraub für den proletarischen Ausweg organisiert wird. Auf der anderen Seite wird der Kampfwille der Betriebsarbeiter gewaltig gesteigert, wenn sie wissen, daß ihnen die arbeitslosen Kameraden nicht in den Rücken fallen.

Kein Nachweis, keine Stempelstelle darum ohne Erwerbslosenausschuß. Organisierung aller Arbeitslosen auf jedem Nachweis, um unter Führung der RGO-Leitung gemeinsam mit den Betriebsarbeitern zu kämpfen; Bildung von Erwerbslosenstaffeln durch die Arbeitslosenorganisationen, die in engster Zusammenarbeit mit den Betriebswehren die Arbeitslosen bei ihren Kämpfen gegen Polizei- und Naziangriffe schützen.

Der Beschluß des 5. RGI-Kongresses bedeutet nicht die schematische Gründung neuer Gewerkschaften. Solche Auslegung, die uns von Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter isolieren und diese dem streikbrecherischen Einfluß der Bürokraten ausliefern würde, ist

falsch. Trotz massenweiser Ausschlüsse unserer Funktionäre aus den Verbänden müssen wir aus den Reihen der oppositionellen Mitglieder immer wieder Ersatz für die Ausgeschlossenen heranziehen. Wir kämpfen um die Gewinnung der Mehrheit der Organisierten sowohl als auch der Unorganisierten.

Jetzt gilt es, die Arbeiter, ob organisiert oder unorganisiert, in den RGO-Betriebsgruppen zusammenzuschließen und so eine Organisation aller Arbeiter für den Kampf zu schaffen, aus der sich die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung in Deutschland entwickeln wird.

Was ist dazu notwendig? Die kommunistischen Betriebszellen müssen alle revolutionären Arbeiter im Betrieb registrieren und zu Betriebsgruppen organisatorisch zusammenfassen. Als Bindeglied dient die Abonnementskarte der RGO-Zeitung für die betreffende Industriegruppe, die den Charakter einer Mitgliedskarte hat.

[561] Jede Betriebsgruppe wählt sich nach den Grundsätzen der proletarischen Demokratie eine Leitung, in der auch die parteilosen Arbeiter sowie politisch noch bei der SPD organisierte Arbeiter, die unser Programm anerkennen, vertreten sein sollen. Die Leitung der Gruppe organisiert die Kassierung, den Zeitungsvertrieb und nimmt zu allen Betriebsfragen Stellung. Sie beruft regelmäßige Versammlungen der Gruppe ein, wo die Vorschläge der Leitung diskutiert und beschlossen werden. Die Gruppe organisiert das feste, fraktionsmäßige Auftreten der RGO in allen betrieblichen und gewerkschaftlichen Veranstaltungen, wo sie offen und rücksichtslos gegen die Gewerkschaftsführer auftritt, ihr Programm aufrollt und um die Mehrheit der Arbeiter kämpft. Keine Betriebs- und Gewerkschaftsversammlung darf stattfinden, ohne daß die Anhänger der RGO dazu Stellung genommen und in Anträgen und Resolutionen ihre Forderungen niedergelegt haben. Wo wir die Mehrheit der Arbeiter hinter uns haben, müssen wir die Abstimmung darüber in den Gewerkschaftsversammlungen erzwingen oder bei Verweigerung selbst vornehmen.

Die Betriebsgruppe arbeitet planmäßig Abteilung für Abteilung durch, wirbt neue Mitglieder, mobilisiert die Arbeiter für den Kampf und schafft ein revolutionäres Vertrauensmännersystem für den ganzen Betrieb, wobei sie besonderes Gewicht auf die Besetzung der freigewerkschaftlichen Funktionärposten mit RGO-Anhängern legt. Die Arbeit der RGO-Gruppe muß von der kommunistischen Zelle ständig angeleitet und kontrolliert werden. Keineswegs darf die Zelle in der RGO-Betriebsgruppe verschwinden. Die kommunistische Zelle bleibt die politische Führung des Gesamtbetriebes. Die Betriebsgruppen sind die untersten Einheiten der RGO, die geschaffen werden müssen, um die Betriebe für die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung zu erobern. Mit ihnen organisiert die RGO die Wirtschaftskämpfe des Proletariats – die Streiks, die notwendig sind, um die Unternehmeroffensive zu brechen und die Gegenoffensive der Arbeiterklasse voll zu entfalten.

Streik ist die Parole! Streik gegen den Lohnraub. Streik gegen den Steuerraub. Massenstreiks bei den Tarifabläufen um die Arbeiterforderungen, politischer Massenstreik gegen die drohende faschistische Diktatur. Im Feuer der von ihr organisierten Kämpfe muß die RGO ihre Kampforganisation aufbauen. Die Aufgaben, die uns der 5. RGI-Kongreß gestellt hat, sind: Organisierung und Führung der Wirtschaftskämpfe, Herausbildung der revolutionären Einheitsfront der Arbeiter unter Anwendung einer offenen proletarischen Einheitsfronttaktik von unten, Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse im Kampf und Schaffung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland.

Die RGO wird diese Aufgaben nur lösen, wenn sie es versteht, das politische Vertrauen der Arbeiter zur Partei und zur RGO in den Betrieben auch organisatorisch zu verankern, indem sie sich rückhaltlos ihrer Interessen annimmt und ein Höchstmaß von Aktivität entfaltet. Die bevorstehenden Wirtschaftskämpfe, in denen die Arbeiter um ihre nackte Existenz gegen das bankrotte kapitalistische System ringen, sind Kämpfe auf höherer Stufe, in denen das Proletariat unter Führung der Partei und der RGO die Erfahrungen der letzten Kämpfe verwerten und einen gewaltigen Schritt vorwärts zu seiner endgültigen Befreiung von der kapitalistischen Ausbeutung tun wird.

*

[562]

Der revolutionäre Marxismus und die Frage der nationalen Befreiung.

Von Alexander E m e l

1. Die „orthodoxen Marxisten“

Die Proklamation des ZK der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes hat in der gesamten Presse mehr als einen starken Widerhall gefunden. Eigenartig aber an der Kritik, die von verschiedenen Seiten an der Proklamation geübt wurde, ist – die Kritik von „links“. Und das nicht nur seitens des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ (der „berufenen Vertreter“ des revolutionären Marxismus), sondern sogar von solchen Organen wie die „Kölnische Zeitung“ und der „Völkische Beobachter“. Die Kommunistische Partei treibt, nach Ansicht dieser „marxistischen Interpreten“, eine Idealkonkurrenz mit den Nationalsozialisten, die Proklamation sei nichts anderes als eine Konzession an die Nazis. Das ist auch im wesentlichen der Inhalt des letzten Leitartikels in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 22. September, der die Ueberschrift trägt: „Die nationalsozialistische KPD“. Allerdings sind in diesem Artikel auch „neue Gedankengänge“ zu finden: Die Programmerklärung vom 24. August, meint der Verfasser, sei nur die logische Konsequenz des nationalsozialistischen Charakters der gesamten Politik der Sowjetunion überhaupt. Und es sei kein Zufall, „daß die heutige Wendung der Kommunistischen Partei zum Nationalsozialismus mit den sehr geheimnisvollen Vorgängen in der deutschen Reichswehr, deren Wendung zur Festigung und zum Aufbau des deutsch-russischen Militärbündnisses zusammenfällt“. Deshalb sei es kein Wunder, wenn die Programmerklärung auf Hitlers Grundsatz der „nationalen Revolution“ beruhe. Der „orthodoxe Marxist“ aus der „Leipziger Volkszeitung“ fügt dabei hinzu, daß die Marxsche Theorie von der Konstituierung des Proletariats zur Nation, n a c h d e r p o l i t i s c h e n M a c h t e r g r e i f u n g d u r c h d a s P r o l e t a r i a t, wie das im Kommunistischen Manifest betont wird, nichts anderes ist als eine Verdrehung des Marxismus und eine willkürliche Auslegung desselben seitens der Kommunisten:

„Wir wissen nicht, ob diese Berufung Böswilligkeit, Verlegenheit oder bloße Dummheit ist.“

Dann folgt die „Erklärung“, worin die kommunistische „Verlegenheit“, worin die „Dummheit“ besteht:

„1847 gab es kein einheitliches Deutsches Reich, sondern nur ein Konglomerat der verschiedensten kleinen Staaten und Stätlein, deren Zusammenfassung im Deutschen Bund ganz irreal war. Nur diese ‚nationale Konstituierung‘ haben die Verfasser des Kommunistischen Manifestes im Auge.“

Marx und Engels haben also nur die Frankfurter Versammlung von 1848 und die Annahme der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. gemeint. Jede andere Auslegung sei nichts anderes als kommunistische „Verlegenheit“ oder „Dummheit“.

Das ist der „Internationalismus“ der „wahren revolutionären Marxisten“. Da die Voraussetzungen für eine revolutionäre Bewegung in den Ententeländern einstweilen noch nicht gegeben sind, so sei auch die Aufgabe des deutschen Proletariats (obwohl die revolutionäre Bewegung hier vorhanden ist) – ebenfalls zu warten. Allein die „Theorie des Abwartens“ ist nicht neu. Sie ist der Kernpunkt des internatio-[563]nalen Reformismus und Opportunismus. Es ändert auch nichts daran, wenn die „Leipziger Volkszeitung“ zur Bekräftigung dieses angeblich revolutionären Grundsatzes mehrere Stellen aus dem „Kommunistischen Manifest“ und aus der „Inauguraladresse“ heranzieht, wo von der Notwendigkeit der v e r e i n i g t e n A k t i o n e n des Proletariats als erste Bedingung seiner Befreiung gesprochen wird, was das Wesen des revolutionären Internationalismus ausmacht. Jedoch, eine Kleinigkeit wird dabei von diesen „revolutionären Marxisten“ vergessen: d i e i n t e r n a t i o n a l e P f l i c h t d e s P r o l e t a r i a t s e i n e s j e d e n L a n d e s, i n e r s t e r R e i h e m i t s e i n e r „e i g e n e n“ B o u r g e o i s i e f e r t i g z u w e r d e n und nicht zu „warten“. Und alles wäre in schönster Ordnung, wenn diese „Kleinigkeit“ von den „orthodoxen Marxisten“ nicht vergessen worden wäre! Wer ist aber noch mehr berufen, die marxistische Tradition fortzupflanzen, als die Verfasser des Frankfurter sozialdemokratischen Negerplakats zur Reichstagswahl vom September 1930?

2. Der Marxsche Begriff von „Volk“ und „Nation“ und die Fraternisierung der Nationen bei Friedrich Engels und Otto Bauer

Das Problem lautet: Wie war die Stellung von Marx und Engels zur Frage der nationalen Befreiung? Die Klärung des Begriffs „Volk“ und „Nation“ ist daher eine notwendige Voraussetzung, um überhaupt Klarheit in dieser Frage zu schaffen. Die Programmerklärung vom 24. August ist nichts anderes, so meint die „Leipziger Volkszeitung“, als eine „Opferung des Sozialismus, Opferung des Internationalismus einem bramarbasierenden, krakeelenden Nationalismus“, und das sei „der Weg, den die KPD beschritten hat“. Diese Demagogie ist nichts als eine Spekulation gerade auf den proletarischen Internationalismus, der der deutschen Arbeiterklasse innewohnt, trotz des gewaltigen und permanenten Verrats des Internationalismus durch die SPD. Können aber revolutionäre Marxisten von „Volk“ und „Nation“, können sie von sozialer – und zugleich nationaler – Befreiung sprechen? Ist es denn in der Tat keine „Opferung des Sozialismus“, keine „Opferung des Internationalismus“? Um auf diese wichtige Frage eine Antwort zu geben, ist es notwendig, zu untersuchen, wie Marx und Engels zu dieser Frage standen, was sie unter „Volk“ und „Nation“ überhaupt verstanden haben.

In einer der ersten und wichtigsten Schriften von Marx (zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie), wo er bereits mit der Hegelschen Staats- und Rechtsphilosophie gebrochen hat, lesen wir:

„Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elends und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes.

Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks, die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf. Die Kritik der Religion ist also im Keim die Kritik des Jammertales, dessen Heiligen schein die Religion ist.“

Wer ist nun der Leidende; wer ist die „bedrängte Kreatur“; für wen ist die Religion nur ein illusorisches Glück; wer bedarf dieser Illusion; wer lebt im Jammertal: die Herren von der „angestammten Knute“ und die Prediger von dem historischen Recht dieser ange-[564]stammten Knute? Wer ist nun das „Volk“? Sind es nicht die Unterjochten und Versklavten in Stadt und Land? Der erste Versuch der Emanzipation des deutschen Volkes war, was Marx besonders hervorhebt, der Bauernkrieg, „die radikalste Tatsache der deutschen Geschichte“. Und gescheitert ist damals der erste Versuch der Befreiung der deutschen Nation „an der Theologie“. So Marx über die nationale Befreiung und über den Begriff „Volk“ schon 1843.

Zu gleicher Zeit schreibt Engels in seinen „Umrissen zu einer Kritik der Nationalökonomie“ über die Frage des Nationalreichtums u. a. folgendes:

„Solange das Privateigentum besteht, hat dieser Ausdruck („Nationalreichtum“) keinen Sinn. Der „Nationalreichtum“ der Engländer ist sehr groß, und doch sind sie das ärmste Volk unter der Sonne. Man lasse entweder den Ausdruck ganz fallen oder man nehme Voraussetzungen an, die ihm einen Sinn geben.“ (Von uns unterstrichen. A. E.)

Mit anderen Worten: Solange das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht aufgehoben ist, kann man von Nationalreichtum nicht sprechen, denn: National(oder Volks)reichtum setzt soziale Revolution voraus. Das war der erste Grundsatz des revolutionären Marxismus über nationale Befreiung.

Diesen „hingeschleuderten“ Satz aus der erwähnten Schrift vom Jahre 1843 ergänzt Engels zwei Jahre später durch seinen dem breiten Leserpublikum nicht sehr bekannten Artikel „Das Fest der Nationen in London“ (veröffentlicht zum erstenmal in den „Rheinischen Jahrbüchern zur gesellschaftlichen Reform“, 1846). Zunächst die Ueberschrift des Artikels. Was für ein „Fest“ war das? War es doch nicht mehr als ein Meeting zur Ehrung der französischen Revolution, zur Ehrung der Demokratie. Aber der Demokratie des „französischen Kommunismus und englischen Chartismus“, nicht der „Demokratie schlechthin“, wie Engels sagt. Ueber diese Demokratie, die „Demokratie als solche“, spottet Engels: „Habt ihr denn euern Hegel ganz vergessen?“

Der erwähnte Artikel von Engels ist gewidmet der Fraternisierung (der Verbrüderung) der Nationen. Allein eine Fraternisierung der Nationen ist nur nach einer – um wörtlich mit Engels zu sprechen – kommunistischen Revolution möglich. Das war der zweite Grundsatz des revolutionären Marxismus über nationale Befreiung und Verbrüderung der Nationen. Alles Gerede von Fraternisierung der Nationen unter der Herrschaft des Kapitalismus sei nichts als Phrase und wiederum Phrase:

„Die Hirngespinste von europäischer Republik, ewigem Frieden unter der politischen Organisation sind ebenso lächerlich ... wie die Phrasen von der Vereinigung der Völker unter der Aegide allgemeiner Handelsfreiheit; und während so alle chimärischen Sentimentalitäten dieser Art ganz außer Kurs kommen, fangen die Proletarier aller Nationen, ohne viel Wesen davon zu machen, schon an, unter dem Banner der kommunistischen Demokratie wirklich zu fraternisieren. Die Proletarier sind auch die einzigen, die das wirklich können, denn die Bourgeoisie hat in jedem Lande ihre Spezialinteressen und kann, da ihr das Interesse das höchste ist, nie über die Nationalität hinauskommen; und die paar Theoretiker bringen mit all ihren schönen „Prinzipien“ nichts fertig, weil sie diese widersprechenden Interessen, wie überhaupt alles Bestehende ruhig fortbestehen lassen und nur [565] Phrasen machen können. Die Proletarier aber haben in allen Ländern ein und dasselbe Interesse, einen und denselben Feind ... Das erwachende Proletariat allein kann die verschiedenen Nationen fraternisieren lassen.“

Hier hat Engels auch die Antwort darauf gegeben, was der „Völkerbund“ ist und sein kann. Hier finden wir auch eine Antwort auf die Nationalitätenfrage“, aber eine etwas andere, als sie Otto Bauer später gegeben hat. Das berühmte Selbstbestimmungsrecht der Völker ist trotz der sehr gelehrten Sprache seiner Schrift („Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“) doch nichts anderes als die berühmte „kulturelle Autonomie“: „erst muß die Nation Arbeitsgemeinschaft werden (!), ehe sie volle Und wahre, sich selbst bestimmende Kulturgemeinschaft werden kann.“ Der Kampf der Arbeiterklasse sei nach Otto Bauer nichts anderes als ein Kampf „für die Bedingungen der Verbreiterung der nationalen Kulturgemeinschaft“. Und was sind Otto Bauers „Vereinigte Staaten von Europa“ anders als „Phrasen von der Vereinigung der Völker unter der Aegide allgemeiner Handelsfreiheit“?

3. Die Konstituierung des Proletariats zur Nation

Die ausführlich wiedergegebenen Stellen aus den ersten reifen Schriften von Marx und Engels über den Begriff „Volk“ und über die Verbrüderung der Nationen machen erst den bekannten Satz im Kommunistischen Manifest über die Konstituierung des Proletariats zur Nation, als Resultat der gewaltsamen Arbeiterrevolution, klar: „Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.“ Die „kommunistische Revolution“, von der Engels in den „Grundsätzen“ spricht, wird aber keine bloß nationale sein! Vor dieser kommunistischen Revolution hat das Proletariat kein Vaterland! Das ist der dritte Grundsatz des revolutionären Marxismus in der Frage der nationalen Befreiung. Wenn aber die kommunistische Revolution keine bloß nationale ist, heißt das etwa, daß das Proletariat eines gegebenen Landes mit der Beseitigung der Herrschaft seiner „eigenen Bourgeoisie“ solange warten muß, bis das Proletariat des Nachbarlandes „begonnen“ hat? Keineswegs! Das Resultat von ursprünglich „national“ und „geographisch“ begrenzten Revolutionen – vor allem, wenn sie vom Proletariat geführt werden – wirkt sich und muß sich international auswirken. Und wahrscheinlich sind es keine „Schulweisheiten“, sonst müßte doch der Leitartikler aus der „Leipziger Volkszeitung“ doch nicht so dumm sein:

„In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation der einen Nation durch die andere aufgehoben. Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung gegeneinander.“

Aus der geschichtlichen Rolle der einzelnen Nationen zur Revolution resultierte sich auch die Stellung von Marx und Engels zu den verschiedenen Nationen während der Revolutionsjahre von 1848/49:

„Trotz des patriotischen Geheuls und Getrommels fast der ganzen deutschen Presse hat die „Neue Rheinische Zeitung“ vom ersten Augenblick an in [566] Posen für die Polen, in Italien für die Italiener, in Böhmen für die Tschechen Partei ergriffen.“

So schrieb die „Neue Rheinische Zeitung“ am 11. Juli 1848. Der Gradmesser für die Revolution in Deutschland selbst war für Marx und Engels einzig und allein der Umstand, inwieweit Deutschland die Nachbarvölker frei läßt: „Deutschland macht sich in demselben Maße frei, worin es die Nachbarvölker frei läßt.“

4. „Volksrevolution“ und revolutionärer Internationalismus

Die Revolutionen von 1848/49 lieferten wertvolle Lehren für den revolutionären Marxismus und für die proletarische Revolution. Diesen Revolutionen ist außer der Fülle von Artikeln in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ noch der größte Teil der historischen Schriften von Marx und Engels gewidmet. Der Mittelpunkt in allen diesen Arbeiten ist die Strategie und Taktik, die, auf Grund der Erfahrungen von 1848/49, bei der nächsten Revolution anzuwenden ist. Die Zerschlagung der Staatsmaschinerie war, wie bekannt, eine der ersten und wichtigsten Lehren, die Marx aus den bürgerlichen Revolutionen vom Jahre 1848 für die weiteren proletarischen Revolutionen gezogen hat. Diese Revolutionen, die den Staatsapparat zerschlagen und an seine Stelle einen anderen setzen werden, werden Volksrevolutionen sein: „Wenn Du das letzte Kapitel meines ‚Achtzehnten Brumaire‘ nachliest“ – schreibt Marx an Kugelmann am 12. April 1871 –, „wirst Du finden, daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen, und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution (von uns unterstrichen – A. E.) auf dem Kontinent.“

Nun ist uns nicht schwer zu verstehen, was Marx unter einer Volksrevolution verstanden hat und wer die wichtigsten Kämpfer einer solchen Revolution sein können und müssen: Am Ausgang des Mittelalters und zu Beginn der Neuzeit waren es die Bauern und die städtischen Handwerker, die um die Emanzipation des **Volkes** kämpften, in der Zeit des Kapitalismus sind es das Proletariat und das Bauerntum, die um die Befreiung der Nation ins Feld ziehen. Nur für sie ist die Religion ‚der Seufzer der bedrängten Kreatur, nur für sie ist sie – „Opium.“ Diese Stelle im ‚18. Brumaire und im Brief an Kugelmann hob Lenin bekanntlich in „Staat und Revolution“ besonders hervor: „Eine ‚Volksrevolution (im Sinne des revolutionären Marxismus),“ sagt Lenin, „die wirklich die Mehrheit des Volkes mit der Bewegung mitreißt, kann nur dann eine solche sein, wenn sie Proletariat und Bauernschaft umfaßt. Beide Klassen bildeten eben damals (1871) das ‚Volk.“ (S. 38.) Die Pariser Kommune versuchte auch die Revolution in eine Volksrevolution zu verwandeln, sie versuchte, ein Bündnis mit dem ärmeren Bauerntum herzustellen, konnte es aber wegen einer Reihe von Ursachen nicht verwirklichen. Zugleich aber hat die Pariser Kommune augenscheinlich illustriert, wie eine „nationale“ Revolution, vom Proletariat vollbracht, mit wahrem revolutionären Internationalismus doch verbunden ist und sein muß:

„Wenn sonach die Kommune die wahre Vertreterin aller gesunden Elemente der französischen Gesellschaft war, und daher die wahrhaft [567] nationale Regierung, so war sie gleichzeitig, als eine Arbeiterregierung, als der kühne Vorkämpfer der Befreiung der Arbeit, im vollen Sinne des Wortes international. Unter den Augen der preußischen Armee, die zwei französische Provinzen an Deutschland annektiert hatte, annektierte die Kommune die Arbeiter der ganzen Welt an Frank reich.“

So Marx im „Bürgerkrieg in Frankreich“.

Diese „wahrhaft nationale Regierung“ hat auch sofort den Weg zur Konstituierung der Nation betreten. Die „Beschützer des Vaterlandes“, die Herren Thiers mit der Regierung der sogenannten „nationalen Verteidigung“, hatten nichts Eiligeres zu tun, als Bismarcks Hilfe zur Niedermetzelung der „Volkssöhne“ anzuflehen (ebenso wie der General Walter die Besatzungskommission des „Erbfeindes“ zur Niederschießung der Arbeiter vom Rhein- und Ruhrgebiet). Die Pariser Arbeiter schützten jedoch Paris nicht nur vor Thiers weißen Garden, sondern auch vor Bismarcks Husaren. So gingen proletarische Revolution und Konstituierung zur Nation Hand in Hand.

5. Proletarische Revolution und die Organisierung der Einheit der Nation

Die Herstellung der „Einheit der Nation“ war eine der wichtigsten Aufgaben der Pariser Kommune:

„Die Einheit der Nation sollte nicht gebrochen, sondern im Gegenteil organisiert werden durch die Kommunalverfassung; sie sollte eine Wirklichkeit werden durch die Vernichtung jener Staatsmacht, welche sich für die Verkörperung dieser Einheit ausgab, aber unabhängig und überlegen sein wollte gegenüber der Nation, an deren Körper sie doch nur ein Schmarotzerauswuchs war.“

Dies hebt Marx im „Bürgerkrieg in Frankreich“ (S. 56) sehr scharf hervor. Und Lenin spottet über Bernstein, der „Marx ‚Föderalismus‘ zuschreibt, indem er ihn mit Proudhon verwechselt. „Bernstein – fährt Lenin fort – kann es einfach gar nicht fassen, daß ein freiwilliger Zentralismus, eine freiwillige Vereinigung der Kommunen zu einer Nation (von uns unterstrichen – A. E.), eine freiwillige Verschmelzung der proletarischen Kommunen im Prozeß der Zerstörung der Herrschaft der Bourgeoisie und der bürgerlichen Staatsmaschine möglich ist.“ („Staat und Revolution“, S. 50 ff.) Die Vorbedingung für die Organisierung der „Einheit der Nation“ ist demnach eine „Pariser Kommune“, ist eine soziale Revolution in jedem Lande, die den bestehenden Staatsapparat der bürgerlichen Republik zerschlägt. Das ist der vierte Grundsatz des revolutionären Marxismus in der Frage der Konstituierung zur Nation, in der Frage der nationalen Befreiung als Resultat der sozialen Revolution.

Es wird klar, warum Marx und Engels so scharf das Gothaer Programm mit seiner „internationalen Völkerverbrüderung“ kritisiert haben. Sie fragen: „Worauf reduziert die deutsche Arbeiterpartei ihren Internationalismus? Auf das Bewußtsein, daß das Ergebnis ihres Strebens ‚die internationale Völkerverbrüderung‘ sein wird“ – eine dem bürgerlichen Freiheits- und Friedensbund entlehnte Phrase, die als Aequivalent passieren soll für die internationale Verbrüderung der Arbeiterklassen im gemeinschaftlichen Kampf gegen die herrschenden Klassen und ihrer Regierungen. Von internationalen Funktionen der deutschen Arbeiterklasse also kein Wort!“ Und was verlangt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, was verlangt Otto Bauer auf dem Gebiet der internationalen Politik? „Sie – die Sozial-[568]demokratie – tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung von Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontingente zu gelangen. Sie fordert die Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument der Friedenspolitik.“ Wer kann nun noch mehr berufen sein, den revolutionären Marxismus vor dem „Nationalkommunismus der KPD“ zu bewahren, als die Verfasser dieses Heidelberger Programms?!

6. Die Kommunistische Internationale – die Vollstreckerin des revolutionären Marxismus

Auch auf dem Gebiet der nationalen Befreiung – deren Voraussetzung die soziale Revolution ist – setzt die Kommunistische Internationale, von Lenin begründet, die Tradition des revolutionären proletarischen Internationalismus fort. Bereichert seit dem Tode von Marx und Engels durch mehrere Revolutionen, die Staatsgewalt auf einem Sechstel der Erde ausübend, konnte der revolutionäre Internationalismus, auf den Lehren von Marx, Engels und Lenin über die nationale Frage basierend, im Jahre 1919 als einzige Kraft in der Welt seine Stimme gegen den Versailler Gewaltfrieden erheben. Diese Proklamation der Kommunistischen Internationale vom 13. Mai 1919 ähnelt, ihrer historischen Bedeutung nach, den Schriften von Marx und Engels über die gleiche Frage. Sie ist die direkte Fortsetzung des revolutionären Marxismus auf dem Gebiet der Außenpolitik:

„Versailles wird zu einem neuen Brest. Jeder Punkt des Versailler Friedens ist eine Schlinge zur Erwürgung dieses oder jenes Volkes.

Indem die anglo-französische und amerikanische Bourgeoisie die Gründung des ‚Völkerbundes‘ proklamiert, versucht sie in der Tat, dem Willen aller Europa bevölkernden Nationen Hohn zu sprechen. Die Bourgeoisie der Ententeländer, die in Worten angeblich gegen die Annexion fremder Länder Krieg führte, vollzieht jetzt eine Reihe der gröbsten, zynischsten Annexionen. Mit den Kolonien, die früher Deutschland gehörten, wird jetzt gehandelt wie mit Vieh.

Sie, die anglo-französischen Bourgeois, haben auch die von Noske, Ebert, Scheidemann geführten deutschen Weißgardisten angefeuert, die bayerische Räterepublik zu vernichten. Die Imperialisten der Ententeländer haben der Regierung Scheidemanns die direkte Bedingung gestellt, vor allen Dingen die Rätemacht in München zu unterdrücken."

Das Bündnis Thiers-Bismarck zur Niederschlagung der Kommune trat 1919 in neuer Auflage auf.

*

Die Proklamation des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes vom 24. August 1930 hat nichts Neues verkündet. Sie ist nur ein Teil des Gesamtprogramms des revolutionären Marxismus, der Kommunistischen Internationale. Und so gewirkt hat sie eben durch ihre „lapidare Einfachheit", wie sie die „Kölnische Zeitung" vom 25. August trefflich bezeichnet hat. [569]

*

Die Ideenkrise in den deutschen Gewerkschaften

Von Fritz David (Schluß)

V.

Die bejahende Stellung der Reformisten zum Schlichtungswesen ist eine der entscheidendsten Bestandteile ihrer gesamten Tarifvertragspolitik. Fast alle größeren Tarifkonflikte der letzten Jahre sind durch verbindlich erklärte Schiedssprüche oder angesichts der bevorstehenden Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche beendet worden. Die Reformisten haben mit brutaler Rücksichtslosigkeit die These durchgeführt: Gegen einen verbindlich erklärten Schiedsspruch ist nichts zu machen, es muß geschluckt werden, auch wenn er auf lange Jahre die schlimmsten Arbeitsbedingungen verankert. Die Schiedssprüche und ihre Verbindlichkeitserklärung sind Machtsprüche der Organe des kapitalistischen Staates; die reformistische Einstellung zum Schlichtungswesen resultiert aus ihrer Einstellung zum kapitalistischen Staat. Die Schiedssprüche seien – nach der Meinung der Reformisten – keineswegs gegen eine Vertragspartei gerichtet, sie hätten vielmehr die Aufgabe, die Gegensätze zu mildern, „das Mögliche vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft zu geben".

Im November 1928 erhielt das gesamte Schlichtungswesen einen furchtbaren Schlag, von dem es sich nicht erholen kann. Es entbrannte der große Konflikt in der Metallindustrie des Ruhrgebiets. Ein Schiedsspruch wurde gefällt und für verbindlich erklärt. Die Gewerkschafter, getreu ihrem Prinzip der hundertprozentigen Unterwerfung unter verbindlich erklärte Schiedssprüche, hielten den Konflikt für beendet. Das Ruhrkapital aber pfiff auf die Verbindlichkeitserklärung, es sperrte die gesamte Metallarbeiterschaft des Ruhrgebiets aus. Die große Aussperrung an der Ruhr von November und Dezember 1928 war zwar „ungesetzlich", aber das war die größte Kampfaktion der Unternehmer in den letzten Jahren. Die sozialdemokratische Koalitionsregierung, die Hüterin der republikanischen Gesetze, kuschte vor den Ruhrkapitalisten. Severing wurde als neuer Schlichter eingesetzt, er fällte einen neuen, für die Arbeiter noch schlechteren Schiedsspruch.

18 Monate sind verstrichen, die Metallindustrie an der Ruhr stand Juni-Juli 1930 wieder in einer Tarifbewegung. Abermals ist ein Schiedsspruch gefällt und für verbindlich erklärt worden, diesmal haben die Unternehmer zugestimmt. Der deutsche Metallarbeiterverband erklärte: der Schiedsspruch bringt unerhörte Verschlechterungen, Lohnabbau, aber gegen einen verbindlich erklärten Spruch können wir nichts unternehmen.

Auch der letzte sozialdemokratische Arbeiter, der den Gewerkschaftsführern durch dick und dünn folgt, sagt sich nunmehr: die Kommunisten haben in der Tat recht, das Schlichtungswesen ist doch keine unparteiische Einrichtung, wenn die Unternehmer auf ihn pfeifen können, die Arbeiter aber sich seinen Diktaten unter allen Umständen fügen müssen. Das von den Reformisten gepriesene Schlichtungswesen hat sich vor den Augen der gesamten Arbeiterschaft als brutale Unternehmerwaffe entlarvt. Um eine weitere reformistische Illusion ist die deutsche Arbeiterschaft ärmer geworden.

VI.

Es krachte auch die reformistische Lohntheorie. Der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, der „Lohntheoretiker“ des ADGB, Tarnow, hat diese Theorie zwar nicht erfunden, aber in den Nachkriegsjahren in Deutschland formuliert. Dieser Kohl, wonach die kapitalistische Wirtschaft selbst an der Zahlung hoher Löhne interessiert sei, ist, schon von Marx widerlegt, von Bernstein in den Vorkriegsjahren aufgewärmt worden. Tarnow hat das „Verdienst“, diese Lohntheorie zum Grundpfeiler der Gewerkschaftstheorie der Reformisten im Nachkriegsdeutschland gemacht zu haben. Die Unternehmer verständen ihre eigenen Interessen nicht, wenn sie für Herabsetzung der Löhne eintreten. Die Belebung der deutschen Wirtschaft sei nicht durch Herabsetzung, sondern Erhöhung der Löhne möglich. Durch die Erhöhung der Löhne würden neue Absatzmöglichkeiten geschaffen, und damit würde ein Ansporn für die Erweiterung und Belebung der Produktion gegeben. Hohe Löhne wären nach [570] der Meinung von Tarnow ein Mittel zur Dämpfung von Krisen in der kapitalistischen Wirtschaft.

Rosa Luxemburg hat diese eigenartige Theorie – daß die Unternehmer ein Interesse haben, höhere Löhne zu zahlen, um größere Absatzmöglichkeiten zu haben, da die Arbeiter für diese höheren Löhne Waren kaufen werden – mit Recht verhöhnt. Das bedeutet – setzte sie auseinander –, daß die Unternehmer ein Interesse daran haben, ihre Waren zu verschenken.

Aber schon Marx hat diese „Theorie“ abgefertigt. Er schrieb („Kapital“, 2. Band, S. 406):

„Es ist eine reine Tautologie, zu sagen, daß die Krisen aus Mangel an zahlungsfähiger Konsumption oder an zahlungsfähigen Konsumenten hervorgehen ... Will man aber dieser Tautologie einen Schein tieferer Begründung dadurch geben, daß man sagt, die Arbeiterklasse erhalte einen zu geringen Teil ihres eigenen Produkts, und dem Uebelstand werde mithin abgeholfen, sobald sie größeren Anteil daran empfängt, ihr Arbeitslohn folglich wächst, so ist nur zu bemerken, daß die Krisen jedesmal gerade vorbereitet werden durch eine Periode, worin der Arbeitslohn allgemein steigt und die Arbeiterklasse relativ größeren Anteil an dem für Konsumption bestimmten Teil des jährlichen Produktes erhält. Jene Periode müßte – von dem Gesichtspunkt dieser Ritter vom gesunden und „einfachen“ (!) Menschenverstand – umgekehrt die Krise entfernen.“

Die Idiotie der Tarnowschen Lohntheorie störte aber keineswegs die deutschen Gewerkschaften, den Versuch zu unternehmen, diese Theorie in die Köpfe der Arbeiterschaft einzuhämmern. Paßte doch diese Lohntheorie in das gesamte Ideengebäude des deutschen Reformismus, in die „Begründung“ des Wirtschaftsfriedens, der Gemeinsamkeit der Interessen von Arbeiter und Unternehmer.

Den Reformisten ist es aber nicht gelungen, die Borsig und Siemens, Duisberg und Silverberg von der Richtigkeit dieser Theorie zu überzeugen. Vielmehr ist das Umgekehrte geschehen: die Reformisten mußten allmählich diese Theorie in die Versenkung schieben. Der brutale Angriff der Unternehmer auf das Lohnniveau des deutschen Proletariats, der in den letzten Monaten so gewaltig verstärkt wurde, zwingt die Agenten des Kapitals zur Demaskierung, zur Aufgabe einiger ihrer schönen „Theorien“, die für den allgemeinen Gebrauch hergestellt waren. Die Wirtschaftskonjunktur soll durch Herabsetzung der Löhne angekurbelt werden – das war der Vorschlag des Reichsverbandes der Deutschen Industrie an den ADGB. Der ADGB versuchte aber gar nicht, den Unternehmern auseinanderzusetzen, daß doch „durch die Erhöhung des Lohnes die Absatzmöglichkeiten steigen und nicht durch die Lohnreduzierungen“. Diese ‚Theorie die tagein, tagaus in der Gewerkschaftspresse verfochten wurde, ist mit einemmal verschwunden.

Andere Zeiten, andere Sitten. Die „Gewerkschaftszeitung“, das zentrale Organ des ADGB, bringt Artikel, in denen die Herabsetzung der Löhne als Mittel zur Ueberwindung der Krise vorausgesetzt wird. Natürlich können die Gewerkschaftsführer nicht offen alle Forderungen der Unternehmer unterschreiben, sie haben immer ihre „Wenn“ und „Aber“. Sie „fordern“ die gleichzeitige Herabsetzung der Preise. Wie sie diese ihre „Forderungen“ durchführen wollen, hat die Annahme des Oeynhausener Schiedsspruches zur Genüge gezeigt. Entscheidend aber ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß in den letzten Monaten und Wochen, in den Verhandlungen mit den Unternehmern, in den Auseinandersetzungen mit den Unternehmern in der reformistischen Presse, wo nicht Agitation getrieben,

sondern zur Sache gesprochen wurde, die Tarnowsche Theorie mit keiner Silbe erwähnt wurde.

VII.

Tarnow hat seine Lohntheorie in Artikeln und in seinem Buch „Warum arm sein?“ formuliert, nachdem er zusammen mit einer Gruppe anderer deutscher Gewerkschaftsführer eine Amerikareise mitgemacht hatte. Die hohen Löhne der [571] qualifizierten Arbeiter in den Vereinigten Staaten Amerikas werden von ihm immer wieder angeführt, um zu zeigen, wie für die Kapitalisten selbst hohe Löhne von Vorteil seien. Die hohen Löhne in Amerika hätten den krisenlosen Verlauf der amerikanischen Wirtschaft bewirkt. Tarnow war zusammen mit dem gesamten deutschen Reformismus entzückt von dem kapitalistischen Amerika. Amerika war für sie das Musterbeispiel für die Verwirklichung ihrer „Lohntheorie“.

Der „Wirtschaftstheoretiker“ des deutschen ADGB, Fritz Naphtali, der auf dem letzten Hamburger Kongreß der Freien Gewerkschaften das zentrale Referat über die Wirtschaftsdemokratie hielt, ist zu gleicher Zeit leidenschaftlicher Verteidiger der Tarnowschen Lohntheorie und ein begeisterter Verkünder des „Segens“ des amerikanischen Kapitalismus. Noch im Januar dieses Jahres, schon nach dem New Yorker Börsenkrach, schrieb derselbe Naphtali in der „Arbeit“ (Januarheft, Seite 55) in einer Abhandlung über die „Politik und Ideologie der amerikanischen Gewerkschaften“:

„Aber auch wenn man, abseits der Kämpfe des Alltags (gegen den Bolschewismus), gleichsam in einer ruhigen Sonntagsbetrachtung geneigt ist, das Gewicht des Experiments in Rußland zu würdigen, wird man auf der anderen Seite feststellen müssen, daß für den Gesamtprozeß der Umbildung der kapitalistischen Welt die Entwicklung in Amerika, dem Zentrum des Kapitalismus, wahrscheinlich von höherer Bedeutung sein wird als die Entwicklung in Rußland.“

Wer von den Gewerkschaftsmitgliedern, die ihre Verbandsorgane ab und zu lesen, wußte nicht, daß Ford hohe Löhne zahlt und deshalb glänzende Geschäfte macht; daß die amerikanische Wirtschaft keine Krisen kennt, eben wiederum, weil hohe Löhne gezahlt werden?

Und nun ist es auch mit diesem Traum zu Ende. Eine furchtbare Krise wütet in dem Paradies jenseits des Ozeans von New York bis San Franzisko. Eine krisenlose kapitalistische Wirtschaft gibt es nicht. Dabei entpuppt sich, daß auch in der Zeit der Prosperität die Lage der amerikanischen Arbeiterschaft nicht so glänzend war, wie das ihre deutschen Bewunderer darzustellen versucht haben. Mit einem Worte: der reformistische Schlager „Amerika ist verpfuscht, geplatzt wie eine Seifenblase.

VIII.

Damit ist es aber noch nicht genug, noch einige reformistische Schlager sind verwelkt und abgenutzt. Dazu gehört nicht zuletzt der sogenannte „politische Lohn“. Hilferding sagte in seiner Rede auf dem Kieler Parteitag der SPD, um die Wichtigkeit der Koalition der SPD mit der Bourgeoisie den Massen plausibel zu machen:

„Wir müssen in jedes Arbeiterhirn einhämmern, daß der Arbeitslohn ein politischer Lohn ist ... Die Arbeiterfrauen müssen endlich begreifen, daß sie, wenn sie zur Wahl gehen, die Lohnhöhe bestimmen, den Brotpreis und den Fleischpreis.“

Die SPD trat in die Regierung ein als Ergebnis der Reichstagswahl vom Mai 1928. Sie regierte 21 Monate lang. Wo blieb aber der „politische Lohn“?

Es genügt, nur zwei Zahlen anzuführen, um zu zeigen, wie diese Koalitionsaera sich auf die Lage der deutschen Arbeiterklasse auswirkte. Im Jahre 1928 betrug die Zahl der durch Streiks „verlorenen“ Arbeitstage 8.519.718, im Jahre 1929 waren es 1.812.289. Die Zahl der Streiktage ist im Jahre 1929 gegenüber dem Jahre 1928 auf ein Viertel zurückgegangen. Mit Rücksicht auf die Koalitionsregierung, mit Rücksicht auf den „Genossen“ Wissell in der Reichsregierung, haben die Gewerkschaften mit vervielfachtem Eifer jeden Streik abgewürgt. Bis zu den Maiwahlen 1928, unter dem Bürgerblock, sah sich die Gewerkschaftsbürokratie ab und zu gezwungen, Streiks zuzulassen. Der

Koalitionsregierung durfte man aber nicht Schwierigkeiten bereiten. Ernste Wirtschaftskämpfe könnten sehr leicht die Koalition sprengen, also mußten sie mit allen Mitteln vermieden werden.

Der Rückgang der Streiks im Jahre 1929 wirkte sich natürlich auf den Lohn aus, die Löhne gingen zurück. Die [572] Arbeiterschaft hat einen anschaulichen Unterricht erhalten über Hilferdings politischen Lohn.

Die Reformisten selbst mußten zugeben, daß „die Löhne im Jahre 1929 nicht in demselben Maße gestiegen sind wie im Jahre 1928“. Nach der Lohnstatistik des ADGB sind die tariflichen Löhne im Jahre 1928 um rund 7 Prozent, im Jahre 1929 nur um rund 3 Prozent gestiegen; die Wirtschaftslage war in diesen zwei Jahren im großen und ganzen die gleiche. Dabei berücksichtigt die Lohnstatistik des ADGB nicht die Steigerung der Arbeitsintensität, wachsende Teuerung, die zunehmenden Ausfälle durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Die Statistik des ADGB weiß nichts von den Kürzungen der übertariflichen Verdienste zu berichten, die besonders im Jahre 1929 vorgenommen wurden. Ein bürgerlicher Statistiker, Dr. Jürgen Kuczynski, konnte feststellen, daß „im Jahre 1929 der deutsche Arbeiter in keinem Monat genug verdiente, um seine Familie notdürftig zu ernähren“. So ist auch diese Theorie des „politischen Lohnes“ eines unwürdigen Todes gestorben.

IX.

Zwei Jahre liegen zwischen dem SPD-Parteitag in Kiel und dem SPD-Parteitag in Magdeburg. Auch in Magdeburg sehen wir unseren alten Bekannten Hilferding. Diesmal schon als Finanzminister der deutschen Republik. Diesmal spricht er nicht so geistreich und hoffnungsvoll, diesmal geht es mit gedämpftem Trommelklang zu. Diesmal hat er eine neue Platte: die Koalitionsregierung kann zwar keine großen Erfolge für die deutsche Arbeiterklasse aufweisen, die Arbeiterklasse mußte im Gegenteil Opfer bringen, neue Massensteuern sind eingeführt, die Zölle sind erhöht, die Besitzsteuern sind abgebaut, aber das seien alles Opfer für den Parlamentarismus; der Parlamentarismus aber, der demokratische Weg in der Politik und Wirtschaft, sei der einzige Weg zum Sozialismus. Die Arbeiterschaft, wenn sie auch unter einer Koalitionsregierung Opfer bringt, dann bringe sie diese Opfer für den Sozialismus. So hat Hilferding in Magdeburg gesprochen.

Der deutsche Parlamentarismus, für dessen Erhaltung die Arbeiter Opfer zu bringen hatten, macht jetzt selbst eine schwere Krise durch. Deutschland geht über zur faschistischen Diktatur, die parlamentarische Koalitionsregierung hat sich als Wegbereiterin des Faschismus herausgestellt.

Die reformistischen Ideen der deutschen Gewerkschaftsführer fanden ihre Krönung und Vollendung in der Sammelparole der „Wirtschaftsdemokratie“. Das vom Hamburger Kongreß angenommene Programm der Wirtschaftsdemokratie basiert auf den von uns hier behandelten Grundideen des Reformismus. Die Forderung der Wirtschaftsdemokratie hat zur Voraussetzung die von uns geschilderte Stellung zur kapitalistischen Wirtschaft und seinen Staat, zu den Wegen des Ueberganges vom Kapitalismus zum Sozialismus, zu dem Inhalt und den Methoden der Gewerkschaftsarbeit bei der Wahrnehmung der Tagesinteressen der Mitgliedschaft. Kein Mensch wird behaupten, daß die Illusion der Wirtschaftsdemokratie jetzt in Deutschland irgendwelche Anziehungskraft hat. Die Worte über Wirtschaftsdemokratie bleiben jetzt bei den Gewerkschaftsbürokraten in der Kehle stecken angesichts des wütenden Angriffs der Unternehmer, angesichts der Tatsache, daß die Ausbeuter auf die süßlichen reformistischen Lakaienvorschläge zur Klassenversöhnung mit der Sprache des rücksichtslosen Klassenkampfes geantwortet haben.

Das Ideengebäude der deutschen Gewerkschaftsführer kracht zusammen wie ein Haus, das von allen Seiten von Flammen umzüngelt ist, nur Trümmer und Ruinen sind übriggeblieben. Diese tiefe Ideenkrise, dieser katastrophale Zusammenbruch der klassenfriedlichen Ideologie in den deutschen Gewerkschaften schafft den günstigsten Boden für die Agitation des revolutionären Klassenkampfes, für die Führung des wirtschaftlichen und politischen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse durch ihre revolutionäre Vorhut, für die Sammlung der breiten Arbeitermassen unter den Fahnen der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der Kommunistischen Partei. [573]

Unsere Meinungsverschiedenheiten in der politischen Oekonomie

Von J. Miljutin und B. Borilin

Vorbemerkung der Redaktion: Der folgende Artikel, der in Nummer des „Bolschewik“, des theoretischen Organs der KPSU erschienen ist, zieht die Bilanz der zweijährigen Diskussion in den Reihen der marxistischen Oekonomen der USSR. Er ist auch für die theoretische Arbeit in der KPD von größter Bedeutung:

Nicht nur, weil er auf die gewaltigen theoretischen Probleme hinweist, die der sozialistische Aufbau stellt, sondern auch, weil wir in Deutschland ebenfalls vor großen theoretischen Aufgaben stehen. Hierher gehört vor allem die theoretische Analyse der neuesten Entwicklung des Imperialismus, besonders in Deutschland, dieses Studium der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise und – nicht zuletzt – die engere Verbindung unserer theoretisch-ökonomischen Arbeit mit dem praktischen Kampf, der Arbeit der Partei und der RGO.

Es muß übrigens darauf hingewiesen werden, daß wir auch in Deutschland unter den marxistischen bzw. „marxistischen“ Oekonomen dieselben mechanistischen und idealistischen Abweichungen finden, die in dem folgenden Artikel bekämpft werden; z. B. sind Sternberg und Großmann Vertreter mechanistischer Auffassungen, die bei letzterem mit großen idealistischen Fehlern Hand in Hand gehen. Die „Theoretiker“ der SPD. sind fast alle beim Idealismus in der politischen Oekonomie gelandet.

Wir haben einige unwesentliche Kürzungen vorgenommen.

Wir müssen uns bedeutend intensiver als bisher mit der theoretischen Untersuchung des Entwicklungsprozesses unserer Wirtschaft beschäftigen. Die Sowjetunion nähert sich dem Ende der Uebergangsperiode und der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ist trotz aller Panikmacherei der rechten Opportunisten in greifbare Nähe gerückt. Unsere Praxis entlarvt die in kleinbürgerlichen Kreisen noch lebendige trotzkistische Theorie, wonach es in unserem Lande an Quellen und Kräften für den Aufbau des Sozialismus fehle. Unsere Planarbeit wächst über den Rahmen des Fünfjahrplans hinaus und die Aufstellung eines Gesamtplans für den Aufbau des Sozialismus drängt sich auf die Tagesordnung. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Arbeit an diesem Generalplan taucht eine Reihe von Problemen auf, die eine intensive theoretische Bearbeitung erfordern. Die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse, die im Prozeß der Verwirklichung dieses Planes entstehen, müssen unbedingt geklärt und der Charakter der neuen Produktionsverhältnisse erkannt und theoretisch beleuchtet werden. Die Frage des Verhältnisses zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen taucht in ganz neuer Beleuchtung wieder auf.

Die zweijährige Diskussion über Fragen der politischen Oekonomie hat wohl viele wichtige Thesen tiefer gefaßt und die mechanistischen und idealistischen Tendenzen in der politischen Oekonomie aufgedeckt, zugleich aber eine ungeheure Menge qualifizierter Parteikräfte von den aktuellen theoretischen Problemen des sozialistischen Aufbaus abgelenkt. Ist auch die Bearbeitung der methodologischen Probleme der politischen Oekonomie äußerst wichtig, so darf man doch nicht vergessen, daß auch jede Tugend, wenn sie über eine gewisse Grenze hinausgeht, sich in ihr Gegenteil verkehrt.

Die Diskussion zeigte die Tendenz, sich auf den Rahmen der [574] bloßen abstrakten Theorie und allgemeinen Methodik zu beschränken und den äußerst komplizierten Fragen des sozialistischen Aufbaus aus dem Wege zu gehen, wo der harte Kampf der Klasseninteressen die theoretische Untersuchung besonders schwierig und politisch verantwortungsvoll gestaltet.

Ein bezeichnendes Symptom der Isolierung der Diskussion von den aktuellen politischen und wirtschaftlichen Problemen des sozialistischen Aufbaus ist die Tatsache, daß die Diskussion an einer solchen Entstellung der theoretischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus, wie es der Trotzkismus darstellt, achtlos vorüberging. Die Entlarvung der antidialektischen Auffassungen Bucharins ändert nichts an der Notwendigkeit einer entschiedenen und intensiven Entlarvung der grundlegenden theoretischen und methodologischen Thesen des Trotzkismus, um zu verhindern, daß diese in irgendeiner Form in die Reihen der Arbeiterklasse Eingang finden.

Zweifellos ist eine richtige Lösung der in der Diskussion aufgeworfenen methodologischen Probleme absolut unerläßlich, um eine fruchtbare Kollektivarbeit der kommunistischen Volkswirtschaftler

in der Theorie der Sowjetwirtschaft und des modernen Imperialismus zu ermöglichen. Man darf aber nicht vergessen, daß die Methode des dialektischen Materialismus nur auf Grund von Arbeiten über diesen Problemenkreis bereichert und weiterentwickelt werden kann. Leider krankt die gegenwärtige theoretisch-ökonomische Diskussion daran, daß sie diese unbestreitbare Tatsache vergißt. Dadurch bleiben die weitschweifigsten Betrachtungen über die Methode unfruchtbar. Von der Wirklichkeit losgelöst, verwandeln sie sich in leere Spielereien, arten in Scholastik. Eine solche „Methode“ ist kein Spiegelbild der objektiven Gesetzmäßigkeit der Entwicklung mehr.

Die in dieser Diskussion unterlaufenen wesentlichen Fehler sind um so gefährlicher, als unter den obwaltenden Umständen jeder Fehler in der Methode sich besonders rasch zu fehlerhaften Fragestellungen auswächst, die dann zu allen möglichen opportunistischen Entstehungen der politischen Linie der Partei führen.

Bei der energischen Bekämpfung der Revision der Marx-Leninschen Lehre muß man stets vor Augen halten, daß in der Epoche der proletarischen Diktatur die Angriffe auf den Marxismus sehr oft die Form einer „neuen Auffassung“ der Theorie von Marx und Lenin annehmen.

Man darf keinen Augenblick vergessen, daß „ohne einen unerbittlichen Kampf gegen die bürgerlichen Theorien auf der Basis der Marx-Leninschen Theorie ein voller Sieg über den Klassenfeind nicht möglich ist“ (Stalin).

I.

Die bürgerliche Wissenschaft stellte im letzten Jahrzehnt, wenn sie gegen den Marxismus Sturm lief, diesen als „zwiespältig“ dar. Diese „Zwiespältigkeit“ erblickten die „Kritiker“ in der angeblichen Verknüpfung widersprechender naturalistischer und „soziologischer“ Tendenzen im Marxschen System.

Charakteristisch für die bürgerliche Kritik ist hier die Gleichsetzung des Materiellen und Dinglichen, des Sozialen und Idealen (Struwe, Petri, Finn-Jenotajewski). Auf dieser Basis erklären dann die bürgerlichen Gelehrten das gesellschaftliche Leben für das Reich des freien Willens und der „Teleologie“.

Lenin hat im Kampf mit dem Subjektivismus der Narodniki nachgewiesen, daß die gesellschaftliche Entwicklung objektiven Gesetzmäßig-[575]keiten unterworfen ist, die sich vermittels des bewußten Handelns der Menschen Geltung schaffen. Marx und Lenin betrachteten die Entwicklung der Gesellschafts- und Wirtschaftsformationen als „naturgeschichtlichen Prozeß“. Aber die Notwendigkeit und Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung ist nach Marx und Lenin die Notwendigkeit des menschlichen Handelns, des Handelns von Gesellschaftsklassen. Der dialektische Materialist unterscheidet sich dadurch vom „Objektivisten“ und Vulgärmaterialisten, daß „er sich nicht mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit des Prozesses begnügt, sondern untersucht, welche sozialökonomische Formation den Inhalt dieses Prozesses ausmacht, welche Klasse es ist, die diese Notwendigkeit bestimmt. Der Materialismus schließt das Parteiwesen in sich ein, indem er es dazu verpflichtet, sich bei jeder Beurteilung von Ereignissen offen und eindeutig auf den Standpunkt einer bestimmten sozialen Gruppe zu stellen.“

Gewöhnlich geht das Nichtbegreifen der dialektisch-materialistischen Methode Hand in Hand mit der Unterschätzung oder Ablehnung der Rolle der revolutionären Theorie von Marx und Engels als Leitfaden zum praktischen Handeln der Arbeiterklasse. Auf diesem Boden entstehen zwei Arten revisionistischer Strömungen. Die eine Richtung tendiert zur Verwandlung des Marxismus in ein naturalistisches System, die andere verwandelt die Lehre von Marx in ein harmloses „soziologisches“ Spiel mit Begriffen.

An einigen Punkten wunderlich verflochten, kommen in der politischen Oekonomie beide Entstehungen des Materialismus vor, wenn auch nicht mit gleicher Häufigkeit. Die Wurzeln dieser revisionistischen Strömungen liegen im philosophischen Agnostizismus (Hume, Kant) und in der „soziologischen“ Entstellung der Marxschen Lehre, die die austromarxistische Schule und namentlich Hilferding schon lange betreiben. Die mechanistische Richtung in der politischen Oekonomie dagegen hat ihren Ursprung in den naturalistisch-mechanistischen Ansichten Bogdanows.

II.

Ein Grundpfeiler der Bogdanowschen politischen Oekonomie ist die mechanistische Zurückführung der gesellschaftlichen Gesetze auf Naturgesetze. Bogdanow sucht die sozialen Gegensätze und den Klassenkampf aus einer Strömung des Gleichgewichts zwischen Gesellschaft und Milieu abzuleiten. (Die „energetische Bilanz" Bogdanows.) Von Genossen Bucharin in seiner „Theorie des historischen Materialismus" restlos übernommen, hat die „Theorie der energetischen Bilanz" in der politischen Oekonomie eine gewisse Verbreitung gefunden.

Eine direkte Weiterführung derselben mechanistischen Konzeption ist die Ersetzung der für eine gegebene Gesellschaftsformation gültigen Gesetze durch allgemeine übergeschichtliche Gesetze. Die Theorie der Uebergeschichtlichkeit der ökonomischen Kategorien, die Ausdehnung der Kategorie der abstrakten Arbeit auf alle Gesellschaftsformationen liegt dem Bogdanow-Bucharinschen „Gesetz der Arbeitsverausgabung" zugrunde. Von diesem Gesetz ausgehend, zieht Genosse Bucharin den Schluß, daß die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung nach Ablegen des „Kostüms" der Warenwirtschaft „nackt" zutage treten würden. Nach Ansicht des Genossen Bucharin wird in der sozialistischen Gesellschaft das unveränderliche Gesetz der Arbeitsverausgabung die Bewegung der Produktivkräfte unmittelbar regeln. Die Produktivkräfte selbst werden (im Gegensatz zur Kritik [576] Lenins) von Genossen Bucharin oft mit der Technik identifiziert und werden überhaupt aus ihrer spezifischen gesellschaftlichen Form losgelöst betrachtet. Die Produktionsverhältnisse werden einfach als „Stellung der Menschen im Raum", als rein technischer Zusammenhang dargestellt.

Aus einer solchen Auffassung entsteht jene undialektische Vorstellung von der Entwicklung der Produktivkräfte in der Uebergangsperiode, die die spezifische gesellschaftliche Eigenart der einzelnen Entwicklungsetappen nicht berücksichtigt. Das Wachstum der Produktivkräfte in einer proletarischen Diktatur wird metaphysisch als eine Steigerung des Reichtums überhaupt, des Volkseinkommens überhaupt, der Landwirtschaft überhaupt dargestellt. Die soziale Form dieser Entwicklung in den verschiedenen Sektoren und deren Widersprüche bleiben unberücksichtigt. Die Tatsache, daß die Produktivkräfte notwendig gerade in den sozialistischen Formen wachsen, wird vertuscht. Der Kampf mit den kapitalistischen Tendenzen um die Entwicklung der sozialistischen Formen wird letzten Endes dem Wachstum der Produktivkräfte in unserem Lande entgegengestellt.

Die Verwechslung der technischen Verhältnisse mit der gesellschaftlichen Ordnung der Produktion führt die Mechanisten (den Genossen Bucharin und seine Schule) zur Gleichsetzung des kapitalistischen Produktionsprozesses mit dem unmittelbar gesellschaftlichen Arbeitsprozeß. Die Mechanisten vergessen, daß die Vergesellschaftung der Arbeit durch das Kapital den Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem privaten Charakter der Aneignung vergrößert und nicht beseitigt. Wenn sie von der Vergesellschaftung der Arbeit sprechen, sehen sie nicht die Grenzen dieser unter dem Kommando des Kapitals vor sich gehenden Vergesellschaftung. Die Mechanisten meinen, daß sich der Kapitalismus in der Richtung zur bewußt „organisierten Wirtschaft", zur „Entfetischisierung" der Produktionsverhältnisse entwickelt. Daher die Illusion des Genossen Bucharin, die Monopole beseitigen die Konkurrenz, die Anarchie des Kapitalismus. Auf dieser Illusion baut er seine Theorie des „organisierten Kapitalismus" auf, der angeblich die Konkurrenz innerhalb der einzelnen kapitalistischen Staaten beseitigen soll. Genosse Bucharin begreift nicht, daß „dieses Monopol ein kapitalistisches ist, d. h. ein dem Kapitalismus entwachsenes und unter den allgemeinen Verhältnissen des Kapitalismus, der Warenproduktion und der Konkurrenz mit diesen allgemeinen Verhältnissen in ständigem und unlösbaren Gegensatz stehendes Monopol" (Lenin). Genosse Bucharin sieht nicht, „daß die aus der freien Konkurrenz entstandenen Monopole die Konkurrenz nicht beseitigen, sondern neben und über dieser bestehen und dadurch besonders starke und scharfe Widersprüche, Spannungen und Konflikte erzeugen" (Lenin).

Die Mechanisten stellen den Reproduktionsprozeß als mechanische Bewegung der dinglichen und persönlichen Elemente der Produktion dar. Genosse Bucharin und seine Anhänger vergessen ganz die qualitative Bestimmtheit und die Proportionalität der Reproduktion und begreifen darum nicht

den Prozeß der Veränderung der quantitativen Verhältnisse, die mit der Aenderung des Charakters der gesellschaftlichen Reproduktion einhergeht. (Schluß folgt.)

[577]

Die Internationale
13. Jahrgang * Berlin, Oktober 1930 * Heft 19120

Im Zeichen der herannahen den revolutionären Krise

Die Reichstagswahlen sind vorbei, der neue Reichstag ist zusammengetreten, der Kuhhandel der Brüning-Regierung mit den einzelnen „parlamentarischen" Parteien von den Nazis bis zu der SPD. ist schon im vollen Gange. Und das Ergebnis? Es ist kein anderes als jenes, das die Kommunistische Partei stets den Massen des werktätigen deutschen Volkes vorausgesagt, was sie besonders in ihrem Kampfprogramm der sozialen und nationalen Befreiung unterstrichen hat: die bürgerliche Demokratie ist am Ende ihres Lateins angelangt, der demokratische „Volksstaat" und seine Regierungsorgane müssen wohl oder übel selbst ihren vollständigen Bankrott ansagen.

Noch niemals hat sich die politische Analyse, wie sie die Kommunistische Partei über die Bedeutung dieser Reichstagswahlen gegeben hat, so rasch und glänzend bestätigt wie diesmal: es waren Wahlen nicht für das Parlament, für den bürgerlichen Parlamentarismus, sondern gegen ihn. Ein unmißverständlicher Ausdruck des Volkwillens, insofern er überhaupt im Rahmen der verlogenen und der verfälschten bürgerlichen Demokratie möglich ist, gegen die gesamte Lug- und Trugordnung der bürgerlichen Staats- und Rechtsordnung, ja noch mehr gegen die kapitalistische Sauwirtschaft in ihrer spezifischen Staatsform der Weimarer Republik. Die 4,6 Millionen kommunistischer Stimmen, sie haben sich klar und entschlossen gegen die kapitalistische Wirtschaft und den bürgerlichen Staat, für die proletarische Diktatur und Sowjetdeutschland entschieden. Die Millionen Stimmen, die der Nazipartei zugefallen sind, die Stimmen derjenigen, die hineinfielen auf die demagogischen „nationalsozialistischen" Phrasen Hitlers, haben zweifellos auch eine klare Absage erteilt an die jetzigen Regierungsformen der deutschen Bourgeoisie. Sie haben sich instinktiv in ihrem größten Teil gegen die bürgerliche Demokratie und die „Auswüchse des Kapitalismus" gewandt. Die Dezimierung der traditionellen bürgerlichen Parteien, die ihren kleinbürgerlichen Anhang in Millionenmassen an den Faschismus abgegeben haben, sind ein beredtes Zeugnis dafür, daß der Radikalisierungsprozeß in den Massen des deutschen werktätigen Volkes viel weiter fortgeschritten ist als selbst die kühnsten Optimisten erwarten konnten. Er ist ein unleugbarer Beweis, daß die ausgebeuteten Schichten des deutschen Volkes nicht mehr gewillt sind und nicht mehr imstande sind, ihr Leben nach der alten Manier fortzufristen oder noch richtiger, im unsäglichen Leid [578] und Elend unterzugehen. Sie suchen nach einem Ausweg und sie erkennen immer klarer, daß dieser Ausweg nicht in einer teilweisen und vorübergehenden Linderung ihrer Nöte, in kleinen Palliativmittelchen liegen kann, sondern daß die Not der Stunde eine grundlegende, eine durchgreifende Lösung erfordert. So oder anders, der gordische Knoten muß zerhauen werden. Kommunismus oder Faschismus, das ist die historische Frage, die jetzt vor den Massen steht.

Die Kommunistische Partei ist unter dieser Parole in den Wahlkampf gezogen. Sie hat kein Hehl daraus gemacht, daß die parlamentarische Wahlschlacht nur ein schwaches Vorspiel ist für die kommende Auseinandersetzung, die sich außerhalb des Parlaments in den Betrieben und auf den Straßen abspielen wird. Ein Vorspiel nur für die epochemachende Auseinandersetzung, die sich um die Lebensfrage des deutschen Proletariats und aller ausgebeuteten Schichten des deutschen Volkes drehen wird; faschistische Diktatur, das heißt die ungeheuerste, in der Geschichte beispiellose Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Massen – oder proletarische Diktatur, das heißt unbezwinglicher und unaufhaltsamer wirtschaftlicher und kultureller Aufstieg aller Arbeitenden unter der Führung des Proletariats und seiner Partei.

Und das Ergebnis der Wahlen und die Entwicklung in den letzten Wochen haben uns vollständig recht gegeben. Sie haben gezeigt, daß nicht nur die bürgerliche Demokratie vollständig bankrott ist, sondern auch, daß die gesamte kapitalistische Wirtschaftsordnung in Deutschland der Katastrophe entgegeneilt. Haben wir bisher den Arbeitern und allen Ausgebeuteten gesagt: wollt ihr der Mordbestie des Faschismus entgehen, so müßt ihr euch für den Kommunismus entscheiden, so sagen wir jetzt darüber hinaus, und die weitere Entwicklung der Dinge wird es tagtäglich bestätigen: wollt ihr der unentrinnbaren wirtschaftlichen Katastrophe, dem Tod und Ruin von Millionen entrinnen, so

müßt ihr mit uns den Kampf für den Sozialismus aufnehmen. ... Wie soll man die wirtschaftliche Katastrophe bekämpfen“. das ist die große Schicksalsfrage, die jetzt an das gesamte werktätige deutsche Volk gestellt ist.

Es muß festgestellt werden, die Bourgeoisie und alle ihre Parteien, von den Sozialdemokralen bis zu den Nazis, sind sich über die ganze Tragweite dieser Frage vollständig im klaren. Sie sind in dieser Erkenntnis, daß es sich um das Sein oder Nichtsein des Ausbeutersystems als Ganzes handelt, viel weiter fortgeschritten als sogar Teile des klassenbewußten Proletariats. Darin liegt eine große Gefahr, die man mit aller Schärfe und Offenheit aussprechen muß. In den kommenden entscheidenden Auseinandersetzungen, die zwischen der Bourgeoisie. unter der Führung des Faschismus, und dem Proletariat, unter der Führung des Kommunismus, ausgetragen werden, wird zweifellos diejenige Klasse von vornherein im Vorteil sein, die den ganzen Einsatz des Spiels klar erkannt hat und die deshalb fest entschlossen ist, um jeden Preis den Kampf zu gewinnen. Die deutsche Bourgeoisie hat diese Einsicht, sie weiß genau, daß sie jetzt, fünf Minuten vor Zwölf. um ihre [579] Existenz ringt. Sie muß alle Mittel einsetzen, um die revolutionären Kräfte des Proletariats niederzuschlagen und den Fortbestand ihres Ausbeutungssystems zu sichern. Denn hat bereits die wirtschaftliche Krise vor den Reichstagswahlen die politische Krise heraufbeschworen, hat diese politische Krise ihren grellsten Ausdruck in dem Wahlresultat und in der Zersetzung des bürgerlichen Parteien- und Parlamentssystems gefunden, so wird die Vertiefung der politischen Krise im Verein mit der Vertiefung der wirtschaftlichen Krise zweifellos und in kürzester Zeit die revolutionäre Krise auslösen.

Der Uebergang von der politischen Krise der „Spitzen“, der herrschenden Klassen, zu der revolutionären Krise, deren Träger die Volksmassen und in erster Reihe das deutsche Proletariat und seine Kommunistische Partei sein werden, das ist die Konsequenz, die mit zwingender Notwendigkeit aus der ganzen bisherigen Entwicklung folgt. Die ungeheure Verschärfung der Wirtschaftskrise, die unaufhaltsame Stillegung der Betriebe im ganzen Reiche, das Anwachsen der Arbeitslosigkeit, die Lohnoffensive der Unternehmer, die Kapitalsflucht, die Erhöhung des Bankdiskonts um 1 Prozent einerseits, die Zusammenziehung und Verengung des inneren Marktes infolge dieser Umstände sowie der ungeheuren Steuer- und Zollwucheroffensive gegen alle arbeitenden Schichten der Bevölkerung andererseits, sie lehren eindeutig, daß der gesamte kapitalistische Wirtschaftsmechanismus Deutschlands immer mehr ins Stocken gerät und an allen Fugen und Enden kracht. Es ist klar, daß das faschistische Wirtschaftsprogramm der Brüning-Regierung diesem Prozeß der Zersetzung keinen Einhalt gebieten wird, sondern im Gegenteil ihn noch verschärfen wird. Denn es wird klarerweise nicht bei diesem „ersten Schritt“, wie ihn der deutsche Industriellenverband in drastischer Weise benennt, bleiben können, sondern weitere einschneidende Maßnahmen namentlich auf dem Gebiete des Abbaues der sozialen Fürsorge, der Schutzzollpolitik und insbesondere der Verschärfung der Kapitalsoffensive gegen die Löhne unter dem Patronat der staatlichen Schlichter werden folgen müssen. Daß die deutsche Arbeiterklasse, daß alle werktätigen Schichten sich diesen Raubzug nicht werden länger gefallen lassen können, steht sicherlich fest.

Und das ist gerade der Punkt, wo die parlamentarische Komödie der „legalen Ingangsetzung“ der faschistischen Diktatur mit Hilfe des Sozialfaschismus in revolutionäre Massenaktionen umschlagen muß.

Die Produktionsverhältnisse kommen immer mehr in Widerspruch mit den Produktivkräfte“. Die kapitalistische „Ordnung“ sowohl in Deutschland wie in der ganzen Welt erweist sich immer mehr als untauglich, diesen Widerspruch zu bändigen, sie muß ihn auf die Spitze treiben. Und diese Spitze heißt: ungeheurer Aufschwung der revolutionären Bewegung. Wollte jemand diese unausbleibliche Notwendigkeit der Entwicklung der nächsten Monate leugnen, wollte jemand behaupten, daß die Zuspitzung der Wirtschaftskrise in der ganzen Welt und besonders in Deutschland nicht unbedingt zu revolutionären Ausbrüchen führen muß, so betrachte er den Prozeß der Verschiebung der Klassenkräfte in Deutschland, wie er sich in der Wahlkampagne, im Wahlresultat und nach den Wahlen [580] offenbart hat. Jedermann wird zugeben, daß die Verschiebung der Klassenkräfte eine ungeheure Beschleunigung erfahren hat und daß sich die Klassenlager immer deutlicher um die beiden Pole gruppieren – des Faschismus und des Kommunismus.

Lenin hat stets hervorgehoben, daß diese Beschleunigung in der Verschiebung der Klassenkräfte und namentlich ihre Polarisierung ein deutliches Symptom der Revolutionierung der gesamten politischen Lage, ein Anzeichen der herannahenden revolutionären Krise ist. Es ist zugleich ein notwendiges Begleitmoment dieser Entwicklung, die das Vorspiel der außerparlamentarischen, revolutionären Auseinandersetzungen der Klassen bildet, daß in ihr alle Parteien ihr wahres Klassengesicht enthüllen müssen. Sie müssen alle ihre Klassenpositionen beziehen, von welchen aus die Schlacht geschlagen und entschieden wird. Da nützt kein Ausweichen mehr, da muß Farbe bekannt werden.

Die Verschiebung der Klassenkräfte in Deutschland findet zunächst ihren Ausdruck in der Zersetzung der alten bürgerlichen Parteien, die mit Ausnahme des Zentrums Millionenmassen ihrer Wähler an die Nazis verloren haben, sowie auch in dem Umstand, daß diese Parteien nicht mehr imstande sind, gerade infolge des Fehlens einer breiten Massenbasis und der Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Lage ein besonderes Parteiprogramm zur Irreführung der Massen zu vertreten. Sie müssen sich alle und sie haben sich alle festgelegt auf das Programm des Faschismus, und es macht keinen Wesensunterschied, ob sie zur Zeit noch mit halblegalen, „konstitutionellen" Mitteln und Methoden, oder mit offenem Verfassungsbruch dieses Programm durchführen wollen. Das gilt in vollem Ausmaße auch für die bisher führende Regierungspartei, das Zentrum, das die Aufgabe übernommen hat, den Faschismus „legal" ins Werk zu setzen. Diese Zersetzung im bürgerlichen Klassenlager hat aber eine wichtige und für die ganze weitere Entwicklung entscheidende Seite, nämlich die Tendenz zur Herausbildung einer führenden faschistischen Massenkraft, die gleichsam ein Sammelbecken für alle bürgerlichen Parteien darstellen soll. Soweit die Dinge bisher klar zu erkennen sind, wird im Konkurrenzkampf des Zentrums mit den Nazis, wer die Führung an sich reißen soll, die Entscheidung früher oder später zugunsten des Nationalsozialismus, des offenen Faschismus ausfallen. Die Parteipolitik des Zentrums – und das muß besonders betont werden – ist mit allen Kräften bemüht, nicht so sehr den „legalen Boden" der Verfassung zu verteidigen, wie vielmehr sich nicht die Hegemonie im Faschisierungsprozeß des deutschen Staates entreißen zu lassen. Aber in dem Maße, wie die Kämpfe sich zuspitzen, wird der letzte Einsatz der Bourgeoisie der offene Faschismus sein, und das ist auch in der Konsequenz der gesamten Klassenverhältnisse begründet. Somit sehen wir bei der Klassenverschiebung im bürgerlichen Lager zwei Tendenzen auftreten, die sich gegenseitig bedingen: einerseits eine Zersetzung im bürgerlichen Klassenlager, andererseits die Tendenz der Herausbildung einer zusammenfassenden Klassenkraft als der faschistischen Führerin der Bourgeoisie und der Vertrete-[581]rin ihrer Interessen als Gesamtklasse. Der Zersetzungsprozeß innerhalb der Bourgeoisie ist zugleich der Prozeß ihrer Faschisierung, ihrer Festlegung auf die rücksichtslose und beschleunigte faschistische Diktatur. Daß der Sozialfaschismus in diesem Prozeß eine antreibende Kraft bildet, das ergibt sich aus der Betrachtung der Klassenverschiebungen innerhalb des Proletariats.

Auch im Lager der Arbeiterklasse hat der Prozeß der Verschiebung der Klassenkräfte im Laufe der Wahlkampagne und nachher einen riesigen Umfang angenommen. Er wird besonders gekennzeichnet durch die Niederlage der Sozialdemokratischen Partei im Wahlkampf, die fast 1 Million Arbeiterstimmen an die Kommunisten abgeben mußte, und durch den überragenden Sieg der Kommunistischen Partei, die in den entscheidenden Industriezentren, im Ruhrgebiet, in Berlin, in Halle-Merseburg usw. die unbestrittene Mehrheit der Arbeiterklasse um die Fahne der proletarischen Diktatur gesammelt hat.

Zum ersten Male seit 1924 ist es uns gelungen, einen großen Einbruch in die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter zu machen und einen klaren Riß zwischen der verräterischen sozialdemokratischen Führerschaft und den ehrlichen sozialdemokratischen Arbeitern zu schaffen. Diese Spaltung innerhalb der Sozialdemokratie, die bisher erst eine ideologische Form gefunden hat, ist zweifellos erst der Beginn eines sich immer mehr vertiefenden Zersetzungsprozesses innerhalb der Sozialdemokratie. Er wird durch die Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Krise, durch die bevorstehenden unvermeidlichen Massenkämpfe immer mehr vertieft werden und schließlich zu einer offenen Klassenspaltung, zu einer klaren Kampfstellung der überwiegenden Mehrheit der sozialdemokratischen

Arbeiter gegen die sozialfaschistischen Führer führen müssen. Es ist keine Uebertreibung, zu behaupten, daß dieser Revolutionierungsprozeß der sozialdemokratischen Arbeiter mit eins der wichtigsten Anzeichen der Revolutionierung der gesamten Lage bildet.

In dem Maße, wie der Sozialfaschismus in den Augen selbst seines bisherigen Anhanges aus den Arbeiterschichten sich als ein Stützpfeiler, als einer der wichtigsten und aktivsten Wegbereiter der Faschisierung entlarvt, muß auch innerhalb der Sozialdemokratie die für jede revolutionäre Situation charakteristische Frontstellung der Klassen gegeneinander ein deutliches Gepräge finden. Das hat mit aller Klarheit der letzte Berliner Bezirksparteitag der Sozialdemokratie gezeigt, auf welchem die sozialdemokratischen Arbeiter in offener Rebellion gegen die Lügen-Künstler vom Bezirksvorstand, sowie auch gegen die „linken" salbadernden Prediger auftraten.

Worauf ist diese Rebellion der sozialdemokratischen Arbeiter zurückzuführen? In erster Linie auf ihre Erkenntnis, daß ihre eigene Partei zu einer Partei der Ohnmacht, der vollständigen und bedingungslosen Kapitulation vor dem Faschismus, vor der politischen und wirtschaftlichen Offensive des Kapitals hinabgesunken ist. Die sozialdemokratischen Arbeiter fühlen jetzt instinktiv, daß die jahrzehntelange Koalitionspolitik ihrer Partei die Arbeiterklasse immer mehr an den Rand [582] des Verderbens gebracht hat, daß namentlich die Müller-Regierung nichts anderes war als ein direkter Agent des Finanzkapitals, ein Steigbügelhalter der faschistischen Brüning-Regierung und deren „Sanierungsprogramms". In diesem Zusammenhang ist besonders bemerkenswert der Ausspruch eines sozialdemokratischen Arbeiters auf dem Berliner Bezirksparteitag, daß „die größte Stärke der Nazis unsere Feigheit ist". Noch nie ist in drastischerer Art ein so vernichtendes Urteil über eine politische Partei gefällt worden, die als die größte deutsche Partei mit frecher Stirn behauptet, „das einzige Bollwerk gegen den Faschismus die einzige Abwehrkraft für Demokratie und Arbeiterrecht zu sein". Noch nie ist mit klareren Worten die arbeiterverräterische und volksverräterische Rolle des Sozialfaschismus, der Hilferding, Wels Und Müller gegeißelt worden, die unter dem Vorwande „des Schutzes der Demokratie und Verfassung" sich mit Leib und Seele für den Faschismus erklären, wenn er nur „auf legalem, verfassungsmäßigem Boden bleibt".

Oder kennt die Geschichte noch ein schändlicheres und schmählicheres Beispiel der politischen Prostitution, dieser durch nichts geschminkten Kapitulation der sozialfaschistischen Führer vor dem Faschismus, wie es der Berliner Bezirksparteitag, wie es die Anbiederungsversuche der sozialfaschistischen Führer an die Brüning-Regierung, besonders in den letzten Tagen gezeigt haben. Wahrlich, diese „Mädchen für alles" sind zu jeder Schandtat bereit. Sie wollen und müssen den Faschismus in jeder Form schlucken, denn ihre Existenz ist unzertrennlich verbunden mit dem Kapitalismus. Aber die Existenz des Kapitalismus ist jetzt, unter den gegebenen Verhältnissen der größten Zuspitzung der Wirtschaftskrise und der Klassenkämpfe einzig und allein abhängig von der brutalen und rücksichtslosen Unterdrückung der Arbeiterklasse, von dem Siege des Faschismus. Es gibt keinen anderen Ausweg für die Bourgeoisie. Das weiß die Bourgeoisie, das wissen die sozialdemokratischen Führer. Aber ebenso klar ist es, daß die sozialdemokratischen Arbeiter diesen Weg ins Verderben nicht mitmachen wollen und nicht mitmachen können.

Deshalb suchen sie nach einem anderen Ausweg, nach einer anderen Kraft, die wirklich gegen den Faschismus ankämpfen kann. Und so ist es kein Zufall, daß der Prozeß der Zersetzung der Sozialdemokratie zugleich die geschichtliche Tendenz immer mehr verwirklicht – der Sammlung der Arbeiterschaft auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes, unter der Fahne des Kommunismus! Auch hier ist eine Parallele zu der Verschiebung der Klassenkräfte innerhalb des bürgerlichen Lagers zu ziehen: Wie dort sich die Zersetzungserscheinungen der alten bürgerlichen Parteien. in dem Versuche der Herausbildung einer beherrschenden faschistischen Kraft widerspiegeln, so die Verschiebung der Klassenkräfte im proletarischen Lager in der tatsächlichen Herausbildung eines allunifassenden revolutionären Organisationssystems des Proletariats unter der Führung der KPD.

Und gerade weil die Kommunistische Partei durch ihren jahrelangen unermüdlichen Kampf gegen die Sozialfaschisten deren klassen-[583]verräterische Rolle immer mehr entlarvte, deren Positionen

in der Arbeiterklasse immer mehr untergraben hat, war sie imstande, im jetzigen Augenblick als die einzige wirklich revolutionäre und wirklich aktive Kraft gegen den Faschismus aufzutreten. Gerade in der jetzigen Situation, in welcher die Fronten: Klasse regen Klasse, Kommunismus gegen Faschismus, sich immer deutlicher abzeichnen und die revolutionäre Krise immer rascher heranreift, hat es die Kommunistische Partei vermocht, ihren Hauptstoß gegen den Faschismus zu führen, und somit sich als die organisierende Kraft des Proletariats als Klasse zu bewähren.

Dies muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden: Eben weil die Kommunistische Partei in der vergangenen Wahlkampagne und in den sich jetzt entwickelnden wirtschaftlichen und politischen Massenkämpfen ihren Hauptangriff gegen den Faschismus, die faschistische Diktatur und die drohende Wirtschaftskatastrophe richtet, läßt sie nicht zu, daß die Ermüdungs- und Zersetzungserscheinungen, die bewußt von den sozialfaschistischen Führern unter den sozialdemokratischen Arbeitern und darüber hinaus genährt und gefördert werden, zu einer Schwächung des proletarischen Klassenlagers führen.

Auf eine kurze Formel gebracht: Gerade weil die Kommunistische Partei die Hauptlinie der Strategie des proletarischen Klassenkampfes in der jetzigen Entwicklung auf die schärfste und rücksichtsloseste Bekämpfung des Hauptfeindes, des Faschismus festlegt, löst sie zugleich auch die taktische Aufgabe der Vernichtung des Hauptfeindes der Revolution innerhalb der Arbeiterklasse, des Sozialfaschismus. Wie unsere Partei in den vergangenen Jahren im Kampfe gegen die Rechten und Versöhnler die Rolle des Sozialfaschismus, die unvermeidliche Notwendigkeit der Entwicklung des Faschismus auch in Deutschland aufgezeigt und daraus alle praktischen Konsequenzen gezogen hat, die durch die tatsächliche Entwicklung vollständig bestätigt wurden, so hat sie auch jetzt mit ihrer schärfsten Kampfstellung gegen den Faschismus als Hauptfeind die Frage der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus, der Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für unseren Kampf richtig gestellt. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, daß die Zersetzungserscheinungen innerhalb der Sozialdemokratie unmittelbar zu einer Stärkung der proletarischen Klassenfront, zu der Isolierung der Sozialdemokratie und ihrer Dezimierung innerhalb der Arbeiterklasse, zu einem Ausbau eines einheitlichen und festgefügten Organisationssystems der proletarischen Revolution gegen die faschistische Diktatur führen.

Hier muß mit aller Kraft nachgestoßen werden. Hier gilt es vor allem, die verlogenen Manöver der sozialfaschistischen Führer, die jetzt immer mehr von einer „Einheitsfront des Proletariats unter sozialdemokratischer Führung gegen die faschistische Reaktion faseln, zu durchkreuzen. Die Illusionen, die noch in den Köpfen der sozialdemokratischen Arbeiter über die Möglichkeit der „Gesundung“ ihrer Partei, ihrer Rückkehr zum Klassenkampf stecken, müssen durch eine zähe und hartnäckige Arbeit der Ueberzeugung, der weiteren tagtäglichen Entlarvung des Wesens des Sozialfaschismus zer-[584]stört werden. Die geschichtliche Entwicklung in den nächsten Wochen und Monaten wird uns die beste Handhabe für die erfolgreiche Durchführung dieser Arbeit bieten. Denn sie wird unwiderlegbar zeigen, daß der Sozialfaschismus ein leibhaftiger Bruder des Faschismus ist, daß die Bourgeoisie in jedem Augenblick den Sozialfaschismus, sowohl als Wegbereiter der faschistischen Diktatur als auch als deren Reserve, auszunützen verstehen wird.

Der Prozeß der ungeheuer beschleunigten Verschiebung der Klassenkräfte wird, wie wir betont haben, parallel gehen mit der Selbstentlarvung aller bürgerlichen Parteien, einschließlich der Sozialdemokraten und Nationalfaschisten. Sie werden sich in den breiten Schichten der werktätigen Bevölkerung nicht nur als die Träger der faschistischen Diktatur, als ihre offenen oder versteckten Partner enthüllen, sondern zugleich als die Hauptschuldigen der wirtschaftlichen Katastrophe, der Deutschland entgegeneilt. Und im besonderen sei betont: Ebenso wie die Nationalsozialisten mit ihren verlogenen Phrasen vom „Dritten Reich“ sich als die weiße Garde der faschistischen Diktatur, als die schwarzen Hundert der Pogrome gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, als die Soldknechte des vaterländischen und ausländischen Kapitals erweisen werden, werden es auch die Sozialfaschisten tun. Denn weder die einen noch die anderen werden imstande sein, die ungeheure Wirtschaftskrise, den weiteren Lohnabbau, das Anwachsen der Arbeitslosigkeit ins Riesige, die Auspowerung aller werktätigen Schichten durch Raubsteuern und Zollwucher, das Herabsinken der

deutschen Arbeiterschaft auf den Zustand vollständig entrechteter und bis aufs Blut ausgebeuteter Kulis, durch ein Komödiantenspiel in- und außerhalb des Parlaments zu verschleiern. Es kommt die Zeit, da solche Komödiantenspiele, da alle Manöver und Taschenspielerkunststücke nicht mehr fruchten werden.

Deshalb werden auch alle parlamentarischen Kunststücke und Schiebungen in dem neuen Reichstag, wenn die Bourgeoisie noch entschlossen ist, die parlamentarische Fassade aufrechtzuerhalten, wenn die Sozialfaschisten und die Nazis noch hoffen, durch eine loyale Opposition oder durch kraftmeierische „revolutionäre“ Phrasen ihre Positionen und ihren Einfluß unter den Massen zu wahren, nicht allzu lange mehr und nicht viel mehr fruchten. Die revolutionäre Krise, die ihren Ausdruck in den außerparlamentarischen Massenaktionen finden wird, wird gebieterisch als Losung der Stunde den Kampfruf der proletarischen Revolution verkünden.

In der kommenden Entwicklung, die alle Widersprüche auf die Spitze treiben wird, die vor allem vor der Arbeiterschaft und allen werktätigen Schichten des deutschen Volkes die Lebensfrage stellen wird: „Wie ist die faschistische Diktatur und die drohende Wirtschaftskatastrophe zu bekämpfen?“ wird es nur eine Partei geben, die von Tag zu Tag ihre Kräfte vergrößern, organisieren und konzentrieren wird. Es ist die Kommunistische Partei Deutschlands, als Führerin des deutschen Proletariats, als Verwirklicherin seiner Hegemonie über das gesamte deutsche werktätige Volk. Sie muß die Volksrevolution gegen den Faschismus und die Wirtschaftskata-[585]strophe organisieren, – das ist ihre historische Aufgabe.

Denn eins ist klar: Während alle Parteien der Bourgeoisie, während der Faschismus der Nationalsozialisten und der Sozialfaschismus sich vergeblich abmühen werden, die Wirtschaftskatastrophe zu bannen, während sie sich alle in immer größere Widersprüche verwickeln und selbst entlarven werden, ist es die Kommunistische Partei als einzige Partei, der der objektive Gang der Entwicklung recht geben muß und recht geben wird. Auf Grund der tatsächlichen Entwicklung der Dinge, des fortschreitenden Zusammenbruchs der kapitalistischen Wirtschaft, der revolutionären Zuspitzung der Klassenkräfte wird die Kommunistische Partei den Massen durch die Tat beweisen, daß allein sie den richtigen Ausweg zur Befreiung der Arbeiterklasse aus Not und Elend und faschistischer Diktatur gewiesen hat. Den Weg zur Macht, den Weg zur proletarischen Diktatur!

Auf der Grundlage dieser Entwicklung wird die Kommunistische Partei ihre Führerrolle im Kampfe gegen den Faschismus immer mehr erhärten: Durch Organisierung der wirtschaftlichen und politischen Massenkämpfe, durch die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den entscheidenden Kampf um Sowjetdeutschland, durch die Organisierung der Volksrevolution gegen die Wirtschaftskatastrophe.

Das hervorstechendste Zeichen der Stunde ist: Die parlamentarischen Illusionen verschwinden immer mehr; wer die Macht hat, bestimmt die Verfassung. Wollen die deutschen werktätigen Massen die faschistische Diktatur erdulden, so werden sie sich kampflos nicht nur der weiteren Verelendung und vollständigen politischen Entrechtung fügen, sondern auch den vollständigen Zusammenbruch der Wirtschaft erdulden müssen. Denn auch der Faschismus wird nicht die Wirtschaftskrise, die in der ganzen Welt wütet, lösen können. Was er vermag, ist nur noch die blutige Unterdrückung der Arbeiterklasse und die Entfesselung eines imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion.

Allein die Kommunisten zeigen den wirklichen Ausweg aus der Krise, der zugleich den imperialistischen Krieg vernichten wird. Und dieser Ausweg heißt: Kampf des deutschen Proletariats um die Macht, Lösung der herannahenden revolutionären Krise im Sinne der proletarischen Diktatur, im Sinne der wahren Demokratie für alle Werktätigen, im Zeichen Rätedeutschlands. [586]

*

Das Ergebnis der Wahlen vom 14. September

Von Philipp Dengel

Die Reichstagswahlen vom 14. September zeigten die ungeheure Aufgewühltheit der Massen des Volkes auch in der außerordentlich verstärkten Wahlbeteiligung. 13,5 Prozent mehr Stimmen wurden

abgegeben als im Mai 1928; die gesamte Wahlbeteiligung stieg auf über 82 Prozent aller Wahlberechtigten. In einer Reihe von Städten stimmten sogar mehr als 90 Prozent aller Wahlberechtigten ab. Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis hatten die wichtigsten Parteien folgende Stimmen und Mandate erhalten:

Kommunisten	4.591.000	Stimmen	77	Mandate
Sozialdemokraten	8.573.000	"	143	"
Nationalsozialisten	6.402.000	"	107	"
Zentrum	4.129.000	"	68	"
Deutschnationale	2.459.000	"	41	"
Deutsche Volkspartei	1.658.000	"	30	"
Staatspartei	1.323.000	"	20	"
Wirtschaftspartei	1.380.000	"	23	"
Bayerische Volkspartei	1.059.000	"	19	"
Christlich-Nationale Bauern	1.105.000	"	17	"
Landbund	194.000	"	3	"
Konservative Volkspartei	314.000	"	5	"
Christlich-Sozialer Volksdienst	867.000	"	14	"

Bemerkenswert ist, daß die Zahl der zersplitterten Stimmen diesmal viel kleiner ist als bei den früheren Wahlen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, die im Mai 1924 noch 235.000 Stimmen erhielt, im Mai 1928 auf 21.000 Stimmen sank, vermochte diesmal noch ganze 12.000 Stimmen aufzubringen. Das Privatunternehmen einiger Spießbürger hat damit seine endgültige Erledigung gefunden.

Der Zusammenbruch der alten bürgerlichen Parteien und die erschütterte Stellung des Zentrums

Ein wesentliches Merkmal des Wahlausgangs ist der Zusammenbruch der ehemaligen liberalen bürgerlichen Parteien und die Zersplitterung der Deutschnationalen Volkspartei, der Nachfolgerin der alten Konservativen Partei. Am schärfsten war der Rückgang der Deutschen Volkspartei von 2.678.000 auf 1.577.000. Diese Partei hat nicht weniger also 43 Prozent ihres früheren Bestandes verloren, wenn man die gesteigerte Wahlbeteiligung berücksichtigt. Die Staatspartei, die frühere Demokratische Partei, die sich durch die Verschmelzung mit dem faschistischen Jungdo vor dem Zusammenbruch zu retten versuchte, konnte ihren weiteren Niedergang nicht aufhalten. Ihr Anteil am Gesamtergebnis ist um 31 Prozent gesunken. Betrug dieser Anteil im Dezember 1924 noch 6,3 Prozent, so sank er im Mai 1928 auf 4,9 Prozent und am 14. September auf 3,8 Prozent. Die entsprechenden Ziffern für die Deutsche Volkspartei sind 10,1 Prozent, 8,7 Prozent und 4,7 Prozent. Auch die Wirtschaftspartei, die nach der Inflation eine kurze Zeit des Aufschwungs. erlebte und es vermochte, einen Teil der im Radikalisierungsprozeß, befindlichen handwerklichen Mittelschichten und Kleinhändlerschichten aufzufangen, befindet sich bereits in voller Zersetzung. Diese Partei konnte den Anteil ihrer Stimmen vom Dezember 1924 bis zum Mai 192& von 3,3 Prozent auf 4,6 Prozent steigern. Am 14. September aber erhielt sie nur noch 3,9 Prozent aller Stimmen. Diese bürgerlichen [587] Mittelparteien hatten also im Dezember 1924 19,7 Prozent, im Mai 1928 183 und diesmal nur noch 12,4 Prozent aller Stimmen.

Weniger scharf war der Rückgang der bürgerlichen Rechten. Deutschnationale Volkspartei und Landbund hatten im Mai 1928 5.268.000 Stimmen erhalten. Die Nachfolgeparteien dieser beiden Parteien erhielten am 14. September 4.938.000 Stimmen. Diese Gruppe von Parteien verlor rund 20 Prozent des Stimmenanteils verglichen mit dem Mai 1928. Bemerkenswert ist die außerordentlich schwere Niederlage der Konservativen Volkspartei, an deren Spitze der Minister Treviranus und der Graf Westarp standen. Ohne eine Listenverbindung mit anderen Parteien hätte diese Partei nicht ein einziges Mandat bekommen. Die 314.000 Stimmen erhielt sie nur mit Unterstützung der Deutsch-Hannoveranischen Partei, die nur noch 3 Abgeordnete von seither 5 behalten hat.

Verglichen mit den übrigen bürgerlichen Parteien, ging der Zerfall der beiden katholischen Parteien, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei viel langsamer vor sich. Man darf aber nicht vergessen, daß diese beiden Parteien im Mai 1928 eine sehr große Niederlage erlitten hatten. Sie verloren damals 8 Mandate, mehr als eine halbe Million Stimmen. Zwar gelang es ihnen, diesmal ihre Stimmenzahl zu

erhöhen und ihre Mandatsziffer von 78 auf 87 zu steigern, aber ihr prozentualer Anteil am gesamten Wahlergebnis ist weiter um 7 Prozent gesunken.

Von größter Bedeutung ist es, daß das Zentrum den größten Teil seiner Verluste in den Großstädten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes erlitten hat. Einige markante Resultate zeigen, daß der „Zentrumsturm“ nichts weniger als unerschütterlich ist. In München-Gladbach-Rheydt sank die Zahl der Zentrumsstimmen von 36.000 auf 34.700, während gleichzeitig die kommunistischen Stimmen von 15.000 auf 20.500 und die Stimmen der Nationalsozialisten von 500 auf 17.000 gestiegen sind. In Remscheid sanken die Zentrumsstimmen von 4900 auf 4300, während die kommunistischen Stimmen von 18000 auf 20.600 stiegen. In Wupperstadt (Elberfeld-Barmen) stiegen die Zentrumsstimmen von 23.000 auf 24.000, während die kommunistischen

Stimmen von 35.000 auf 58.000 stiegen und die der Nationalsozialisten von 3000 auf 58.000. Auch in Landorten gelingt bei entsprechender Arbeit der Kommunistischen Partei der Einbruch in den Zentrumsturm. Wir fuhren hier einige Orte aus dem Bezirk Niederrhein an:

		KPD	SPD	Zentrum	Nazis
Breyell	1930	158	357	1185	238
	1928	73	374	1273	11
Anrath	1930	164	104	1011	508
	1928	85	273	1154	14
Neersen	1930	170	58	572	151
	1928	120	96	681	6
Lobberich	1930	261	712	1983	331
	1928	65	620	2382	21
Willich	1930	845	222	1239	255
	1928	539	339	1379	18
Hochneukirch	1930	576	114	1090	483
	1928	329	168	1174	10
Dülken	1930	1712	768	3642	418
	1928	1383	565	3935	30
Plettenberg-Stadt	1930	315	1019	439	1255
	1928	54	1259	498	141
Plettenberg-Land	1930	490	1439	1208	1134
	1928	69	1382	1408	108

[588] Diese wenigen Resultate zeigen, wie es bei einer konsequenten Arbeit der Partei gelingt, auch in kleinen Orten mit katholischer Bevölkerung den Einfluß des Zentrums zu verringern und die dortige proletarische Bevölkerung um die Kommunistische Partei zu sammeln. Aehnliche Resultate, wie sie hier aus dem Bezirk Niederrhein angeführt worden sind, haben wir in der Eifel, im Westerwald und in anderen Gegenden Deutschlands zu verzeichnen. Bei den Stimmenzahlen, die für das Zentrum abgegeben worden sind, muß man die Tatsachen berücksichtigen, daß diese Partei über ein Drittel mehr Frauenstimmen als Männerstimmen erhält. In einigen größeren Städten wurde getrennt nach Männern und Frauen abgestimmt. In Köln waren von 100 Zentrumswählern 63,6 Frauen und nur 36,4 Männer. In Frankfurt waren die entsprechenden Ziffern 62,6 und 37,4. In Köln z. B. hat das Zentrum 99.436 Stimmen erhalten, davon 36.170 Männerstimmen und 63.266 Frauenstimmen. Die KPD erhielt in Köln 67.784 Stimmen. davon 41.436 Männerstimmen und 26.348 Frauenstimmen. Obwohl also in Köln die Kommunistische Partei viel weniger Stimmen erhalten hat als das Zentrum, haben mehr Männer für die KPD gestimmt als für das Zentrum.

In den 3 Hauptwahlkreisen des Rheinisch-westfälischen Industriegebiets erhielt das Zentrum Stimmen:

	Dez. 1924	Mai 1928	Sept. 1930
Düsseldorf-Ost	246.910 (24,5 %)	238.411 (20,9 %)	230.506 (18,6 %)
Düsseldorf-West	332.177 (43,1 %)	296.726 (35,6 %)	310.758 (28,5 %)
Westfalen-Süd	351.047 (27,3 %)	286.397 (23,3 %)	212.134 (22,1 %)

In dieser Zeit sind die Stimmen der Kommunisten in Düsseldorf-Ost von 20,9 Prozent auf 26 Prozent, in Düsseldorf-West von 12,4 Prozent auf 16,2 Prozent und in Westfalen-Süd von 12,1 Prozent auf 17 Prozent gestiegen. Auch in Köln-Aachen ist der Rückgang des Zentrumseinflusses sehr stürmisch.

Im Dezember 1924 erhielt das Zentrum noch 51 Prozent aller Stimmen in diesem Wahlkreis, im Mai 1928 nur noch 42 Prozent. bei den Septemberwahlen sank es auf 36,4 Prozent. Die Stimmen der Kommunisten sind in der gleichen Zeit von 8,8 Prozent auf 14,5 Prozent gestiegen.

Es ist charakteristisch, daß in allen diesen industriellen Wahlkreisen die Kommunistische Partei seit dem Dezember 1924 nicht nur der gesamten Verlust der SPD. aufgenommen hat, sondern darüber hinaus auch beträchtlich Boden gegenüber dem Zentrum gewinnen konnte. Folgende Zusammenstellung beweist das:

Prozentualer Anteil:

	Dez. 1924	Sept. 1930
Westfalen-Süd		
SPD	25,2 %	21,3 %
KPD	11,5 %	17,0 %
zusammen:	36,7 %	38,3 %
Düsseldorf-Ost		
SPD	15,4 %	13,7 %
KPD	20,9 %	25,9 %
zusammen:	36,3 %	39,6 %
Düsseldorf-West		
SPD	13,9	%
KPD	12,4 %	17,6 %
zusammen:	26,3 %	29,5 %

[589] Der „Vorwärts“ sieht sich gezwungen, angesichts dieses Ergebnisses festzustellen:

„Außerordentlich wichtig ist doch die sehr ungünstige Entwicklung in Westfalen und in den beiden Düsseldorfer Kreisen: Die proletarischen Stimmen scheinen dem Zentrum stärker von den Kommunisten als von uns abgerungen zu werden. Richtig ist aber wahrscheinlich, daß wir zwar dem Zentrum die proletarischen Stimmen abgerungen, diese Stimmen aber zum Teil an die Kommunisten verloren haben. In Westfalen und den Düsseldorfer Kreisen unterlagen wir am 14. September im Kampfe gegen drei Fronten (Kommunisten, Zentrum und Nationalsozialisten), die eigentlichen Sieger bei den proletarischen Wählern waren aber nicht das Zentrum oder die Nazis, sondern die Kommunisten.“

Für die Kommunistische Partei ist das Ergebnis der Wahl vom 14. September in diesem gewaltigen Industriegebiet von der ungeheuersten Bedeutung: Die KPD erobert die Mehrheit des Proletariats, nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern auch vom Zentrum. Schritt um Schritt wird dort die Fesselung der Industriearbeiter an die Bourgeoisie mit Hilfe der Religion durch die revolutionäre Politik der Kommunistischen Partei zerstört.

Der prozentuale Anteil der alten bürgerlichen Parteien am Gesamtstimmenergebnis hat sich seit dem Mai 1924 folgendermaßen entwickelt:

	Mai 1924	Dez. 1924	Mai 1928	Sept. 1930
Deutschnationale	19,5	20,5	14,3	7,0
Deutsche Volkspartei	9,2	10,1	8,7	4,7
Zentrum u. Bayrische Volkspartei	16,7	17,	5,2	14,8
Wirtschaftspartei	–	3,3	4,6	3,9
Demokraten	5,7	6,3	4,9	3,8

Absolut ist die Stimmenzahl aller bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, aber mit Einschluß aller Splittergruppen von 17,037 Millionen auf 15,370 Millionen gesunken. In Prozent der gültigen Stimmen erhielten diese Parteien im Mai 1928 55,8, am 14. September nur noch 44,1 Prozent. Das ist ein beispielloser „Erdrutsch“, der den völligen Bankrott der bürgerlichen Demokratie anzeigt.

III.

Der Massenzustrom zu den Nationalfaschisten

Am gewaltigsten ist der Anstieg der offenen Faschisten, der sogenannten Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Die Hakenkreuzgruppen erhielten im Mai 1928 zusammen 1.125.000

Stimmen, bei den jetzigen Wahlen dagegen 6.401.000 Stimmen, d. h. diese Gruppe hat ihre Stimmenzahl im Verlauf von etwas mehr als zwei Jahren fast versechsfacht; nimmt man die Nationalsozialisten für sich allein, dann haben sie ihre Stimmenzahl in dieser Zeit fast verachtfacht. Von 3,7 Prozent (2,6 Prozent) aller Stimmen im Mai 1928 sind sie auf 18,3 Prozent aller Stimmen am 14. September gestiegen, d. h. sie haben nicht nur den Verlust aller bürgerlichen Parteien von 11,7 Prozent der abgegebenen Stimmen, sondern darüber hinaus von dem Rückgang der Sozialdemokratischen Partei von 29,9 auf 24,5 Prozent aller abgegebenen Stimmen 2,9 Prozent für sich aufgefangen.

Der Vormarsch der Nationalsozialisten war in allen Gebieten Deutschlands gewaltig. Besonders stark aber in den agrarischen Gebieten des Ostens und Nordens. Der prozentuale Anteil der Stimmen der Nationalsozialisten stieg: [590]

	1928	1930
Schleswig-Holstein	4,0	27,0
Pommern	1,5	24,2
Breslau	1,0	24,2
Frankfurt/Oder	1,0	22,8
Ostpreußen	0,8	21,5

Auch in einigen mitteldeutschen Agrargebieten liegt der Anteil der nationalsozialistischen Stimmen beträchtlich über dem Reichsdurchschnitt. In Südhannover stieg der Anteil der Nationalsozialisten von 4,4 Prozent auf 24,2 Prozent aller Stimmen. In Weser (Ems) von 5,2 Prozent auf 20,6 Prozent, in Osthannover von 2,6 Prozent auf 20,6 Prozent.

Ja einigen dieser Bezirke, wie in Ostpreußen und Breslau, vermochte die Kommunistische Partei es nicht, den absoluten Verlust der Sozialdemokraten aufzufangen. Es ist notwendig, festzustellen, daß in diesen ostelbischen Agrargebieten mit seinem typischen Großgrundbesitz die Nationalsozialisten die Stimmen von Hunderttausenden von Landarbeitern bekommen haben, die früher sozialdemokratisch gewählt haben. Die Radikalisierung breiter Massen des Bauerntums schlug fast ausschließlich zugunsten der Nationalsozialistischen Partei aus. In zahllosen Orten und in einer Reihe größerer Gebiete, in denen im Jahre 1928 die Nationalsozialisten überhaupt noch nicht existierten, haben sie im September die Mehrheit aller Stimmen bekommen. Wir werden später bei der Betrachtung des Wahlergebnisses der KPD auf die schweren Mängel unserer Arbeit auf dem Lande, unter dem ländlichen Proletariat und den Massen der verelendeten Bauern noch ausführlicher zu sprechen kommen.

Wir wurden von dem stürmischen Wachstum der Nationalsozialisten in den agrarischen Wahlkreisen Weniger überrascht als von den Ergebnissen in wichtigen Industriegebieten. In Düsseldorf-Ost stieg der Anteil der Nationalsozialisten an der Gesamtstimmenzahl von 1,9 Prozent auf 17 Prozent, in Düsseldorf-West von 1,2 Prozent auf 15,5 Prozent, in Westfalen-Süd von 3,6 Prozent auf 20,8 Prozent, in Hamburg von 2,6 Prozent auf 19,2 Prozent usw. Wer hat in den großen Städten und in den Industriegebieten in der Hauptsache die Nationalsozialisten gewählt? Sehr charakteristisch ist das Ergebnis in Groß-Berlin. Es haben erhalten in 1000 Stimmen am 14. September 1930, wobei die eingeklammerten Zahlen die Wahlziffern vom Mai 1928 darstellen:

	KPD		SPD		Nazis	
Wedding	99	(88)	64	(74)	25	(1,7)
Neukölln	70	(57)	65	(75)	22	(2)
Friedrichshain	79	(71)	58	(70)	24	(2,4)
Lichtenberg	46	(37)	42	(45)	20	(2)
	294	(233)	229	(264)	91	(8,1)
Dagegen:						
Charlottenburg	39	(31)	52	(57)	40	(4)
Wilmersdorf	11	(8)	26	(25)	22	(2,2)
Schöneberg	22	(18)	35	(38)	29	(3)
Steglitz	14	(12)	22	(23)	28	(3)
	88	(69)	135	(143)	119	(12,2)

Die vier ersten Bezirke sind typisch proletarische Bezirke, mit einer Mehrheit der Arbeiterbevölkerung. In allen diesen vier Bezirken ist die Kommunistische Partei am 14. September die stärkste Partei geworden, hat sie die SPD überflügelt. Die Stimmen der Nationalsozialisten bleiben [591] in diesen

Bezirken weit hinter den Stimmen der KPD zurück, betragen Im Wedding nur ein Viertel, in Neukölln und Friedrichshain ungefähr ein Drittel und in Lichtenberg weniger als die Hälfte der KPD-Stimmen. In diesen proletarischen Vierteln vermochte die Partei nicht nur den absoluten Verlust der SPD aufzufangen, sondern auch den relativen Verlust. In den vier anderen Berliner Bezirken ist die, Bevölkerung gemischt aus rein bürgerlichen, kleinbürgerlichen und proletarischen Elementen, wobei nur eine teilweise verschwindende Minderheit von Arbeiterbevölkerung vorhanden ist. Das Proletariat dieser Wohnviertel setzt sich in der Hauptsache aus Angestellten und Beamten zusammen. In allen diesen vier Bezirken ist die Nationalsozialistische Partei stärker geworden als die Kommunistische Partei. Die Kommunistische Partei vermochte dort zwar den übrigens verhältnismäßig geringen absoluten Verlust der SPD aufzufangen, aber ihr Zuwachs war relativ viel geringer als in den angeführten vier proletarischen Bezirken. In zwei dieser Bezirke, in Steglitz und Wilmersdorf, in denen die geringste Arbeiterbevölkerung vorhanden ist, ist die Nationalsozialistische Partei genau doppelt so stark wie die KPD.

Was resultiert aus diesem Ergebnis in den Berliner Wahlkreisen? Den Nationalsozialisten ist es nicht gelungen, wesentliche Erfolge unter den Arbeitern zu erzielen. Wenn sie auch in den proletarischen Bezirken beträchtliche Stimmenzahlen erhielten, so darf doch nicht vergessen werden, daß zwar in diesen Bezirken eine Mehrheit der Arbeiterbevölkerung vorhanden ist, daß aber neben den Arbeitern viele Angestellte, Beamte und eine große Zahl Kleinbourgeoisie vorhanden sind.

In den Bezirken, in denen die Nationalsozialisten unsere Stimmenzahl überholten, wohnt teilweise, wie in Charlottenburg und in Schöneberg, eine Bevölkerung, die in der Mehrheit aus Proletariern zusammengesetzt ist. Aber diese Proletarier sind ihrerseits in ihrer Mehrheit nicht Arbeiter, sondern Angestellte und Beamte. Unter diesen proletarischen Schichten allerdings vermochten die Nationalsozialisten nicht nur in Berlin, sondern überall im Reich ungeheueren Einfluß zu erlangen, nicht nur auf Kosten der bürgerlichen Parteien, sondern auch auf Kosten der Sozialdemokratischen Partei Stimmen zu gewinnen. Die gewaltige Stimmenzahl, die die Nationalsozialisten in Hamburg erhielten, läßt sich wahrscheinlich ähnlich erklären wie in Berlin. In der Welthandelsstadt Hamburg ist die Zahl der Angestellten und Beamten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung sehr groß. Der Radikalisierungsprozeß unter diesen proletarischen Schichten wurde fast vollständig von den Nationalsozialisten aufgefangen.

Sehr ernst muß die KPD auch das Wachstum der Nationalsozialisten in solchen Bezirken betrachten, die in ihrer Mehrheit aus einer Industriebevölkerung zusammengesetzt sind, wie Chemnitz, Thüringen und Halle-Merseburg. In Chemnitz stieg der Anteil der Nationalsozialisten an den gültigen Stimmen auf 23,9 Prozent, in Thüringen auf 20,8 Prozent und in Halle-Merseburg auf 20,4 Prozent. Worin liegt die Ursache für diese Erscheinung? In allen diesen drei Bezirken gibt es breite proletarische Schichten, die zum verelendetsten Teil der deutschen Arbeiterschaft gehören. In den Wahlkreisen Chemnitz und Thüringen leben Hunderttausende von Heimarbeitern, die zum Teil buchstäblich verhungern. Diese Bezirke sind der Sitz einer untergehenden Textilindustrie. Unter diesen verelendeten, verzweifelten proletarischen Schichten konnte die Nationalsozialistische Partei Einfluß gewinnen. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die KPD in den Bezirken Chemnitz und Thüringen ver-[592]hältnismäßig die größten Anstrengungen machen mußte, um den Einfluß rechter und ultralinker Renegaten zu überwinden, so bleibt das Vordringen der Nationalsozialisten unter den verelendeten Proletariern dieser Bezirke eine ernste Mahnung, die Arbeit der Partei in diesen Bezirken zu überprüfen und vorhandene Fehler und Schwächen zu beseitigen.

Eine sorgfältige, ganz detaillierte Ueberprüfung des Wahlergebnisses in den einzelnen Bezirken wird zeigen, daß nicht nur in diesen Bezirken, sondern auch in anderen Versäumnisse unserer Arbeit den Nationalsozialisten zu großem Einfluß unter den am meisten verelendeten Schichten des Proletariats verholfen haben. So haben z. B. in den proletarischen Bezirken Frankfurts a. M. wie Altstadt, Industrie, und Bockenheims die Nationalsozialisten beträchtlich mehr Stimmen bekommen als die KPD und sind zur stärksten Partei geworden.

Insgesamt muß man das stürmische Wachstum der Nationalsozialisten folgendermaßen charakterisieren:

1. Bis jetzt vermochten die Nationalsozialisten die Ergebnisse des Radikalisierungsprozesses unter den breiten Bauernmassen fast restlos zu ihren Gunsten auszuwerten.

2. Dank der organisatorischen Schwäche und der ungenügenden Arbeit der Partei auf dem Lande gelingt es den Nationalsozialisten, einen beträchtlichen Teil der von der SPD abwandernden Landarbeiter für sich zu gewinnen.

3. Radikalisierungsprozeß unter solchen proletarischen Schichten, wie Angestellte und untere Beamte, führt zwar zu ihrer Loslösung vom Einfluß der alten bürgerlichen Parteien und teilweise von der SPD; aber der Kommunistischen Partei gelingt es noch nicht, diese proletarischen Massen für sich zu gewinnen. Sie werden durch die antikapitalistischen, antisemitischen usw. Phrasen der Nationalsozialisten in die faschistische Front eingereiht.

4. Große Massen der unter immer schwierigeren Bedingungen arbeitenden Schichten (Handwerker, kleine Händler) geraten in Bewegung, lösen sich von der bürgerlichen oder kleinbürgerlichen (Wirtschaftspartei) Führung los und stoßen zu der Kraft, die gegenwärtig den stärksten Eindruck auf sie macht, d. h. zu den Nationalsozialisten.

5. Den Nationalsozialisten gelingt es auch, unter besonders verelendeten und verzweifelten Proletarierschichten großen Einfluß zu gewinnen, offenbar zum Teil auch infolge fehlerhafter und ungenügender Arbeit der Kommunistischen Partei unter diesen Schichten.

6. Es darf nicht vergessen werden, daß unter den 5½ Millionen, die die Nationalsozialisten neu erhalten haben, sich auch Stimmen einige hunderttausend bürgerliche Stimmen befunden haben, die ganz bewußt dieser Partei als einer entschlossenen faschistischen Partei ihre Stimmen gegeben haben.

IV.

Die Erschütterung der sozialdemokratischen Positionen

Die Sozialdemokratische Partei hat in allen Bezirken, mit Ausnahme von Leipzig und der drei südwestdeutschen Wahlkreise Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt, absolut an Stimmen verloren. In allen Bezirken ist der prozentuale Anteil der sozialdemokratischen Stimmen an den abgegebenen gültigen Stimmen am 14. September niedriger gewesen als im Mai 1928. Der absolute Stimmenverlust beträgt annähernd 60.000, d. h. die für die SPD abgegebene Stimmenzahl sank von 9,144 Millionen auf 8,702 Millionen. Der prozentuale Anteil sank von [593] 29,9 Prozent auf 24,5 Prozent aller abgegebenen Stimmen, d. h. der relative Verlust der SPD beträgt über 18 Prozent. Tatsächlich hat die SPD im neuen Reichstag 143 Mandate gegen bisher 153. Wäre die SPD im neuen Reichstag verhältnismäßig genau so stark wie im seitherigen, dann müßte sie 179 Mandate haben.

Prozentualer Anteil der sozialdemokratischen Stimmen an den Gesamtstimmen

Wahlkreis	Dez. 1924	1928	1930	Rückgang in %
1. Ostpreußen	21,0	26,8	20,3	24
2. *Berlin*	33,2	34,2	27,9	18
3. *Potsdam II*	27,2	30,7	25,8	17
4. Potsdam I	30,9	34,9	31,4	10
5. Frankfurt/Oder	28,2	33,3	26,7	18
6. Pommern	24,6	30,2	24,7	17
7. Breslau	31,9	36,6	29,3	20
8. Liegnitz	33,0	37,8	32,0	6
9. Oppeln	6,8	12,5	9,4	2,5
10. Magdeburg	39,2	43,0	37,2	13
11. *Merseburg*	19,2	24,1	19,5	16
12. Thüringen	28,1	33,3	31,4	6
13. Schleswig-Holstein	30,8	35,4	29,8	15
14. Weser-Ems	25,4	29,4	24,2	16
15. Osthannover	28,4	32,9	28,1	12
16. Südhannover	36,0	45,7	39,4	15
17. *Westfalen-Nord*	22,1	24,4	19,8	16
18. *Westfalen-Süd*	25,5	29,8	21,3	30

Wahlkreis	Dez. 1924	1928	1930	Rückgang in %
19. Hessen-Nassau	32,1	32,5	25,8	21
20. Köln	15,8	18,6	14,2	22
21. K o b l e n z	11,2	12,4	9,2	25
22. *Düsseldorf-Ost*	15,9	19,0	13,7	26
23. *Düsseldorf-West*	14,3	17,2	10,9	30
24. Oberbayern	18,0	22,8	19,3	16
25. N i e d e r b a y e r n	13,0	15,3	12,8	18
26. Franken	26,4	28,4	25,3	10
27. Pfalz	27,6	29,1	22,6	20
28. Dresden	37,6	39,2	34,6	12
29. *Leipzig*	36,5	37,3	34,8	7
30. *Chemnitz*	32,7	33,5	28,2	15
31. Württemberg	20,3	23,6	20,1	14
32. Baden	20,6	22,7	17,9	23
33. Hessen-Darmstadt	35,7	32,2	28,9	10
34. *Hamburg*	32,5	37,1	33,0	10
35. M e c k l e n b u r g	34,4	41,6	35,4	15

Kursiv gedruckte Wahlkreise sind ausgesprochen industrielle; gesperrt gedruckte Wahlkreise sind ausgesprochen agrare.

Wo haben die Sozialdemokraten ihre stärksten Verluste erlitten? Ein Blick auf die Tabelle zeigt, daß in den wichtigsten Wahlkreisen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes und in Oberschlesien diese Verluste viel größer gewesen sind als in anderen Teilen des Reiches. Sie haben in Düsseldorf-West und Westfalen-Süd 30 Prozent, in Düsseldorf-Ost 26 Prozent und in Oberschlesien 25 Prozent ihres seitherigen Einflusses eingebüßt. Sehr groß ist auch der Verlust in Köln-Aachen, und in diesem Wahlkreis speziell wieder in den industriellen Gebieten, in Aachen und Köln selbst, im Wurmrevier und im Braunkohlenrevier. Für Berlin ist charakteristisch (siehe die Tabelle in dem vorhergehenden Abschnitt), daß d i e V e r l u s t e d e r S P D i n d e n A r b e i t e r-[594]v i e r t e l n verhältnismäßig viel größer sind als in den übrigen Wohnbezirken.

Teilweise ist der Rückgang der Sozialdemokraten in den Städten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes direkt katastrophal. Sie gingen in Essen von 60.000 auf 50.000 zurück, in Gelsenkirchen von 30.000 auf 23.000, in Duisburg von 45.000 auf 34.000, in Bochum von 46.000 auf 35.000, in Dortmund von 101.000 auf 33.000, in Solingen von 12.000 auf 9000, in Barmen von 58.000 auf 42.000, in Hagen von 16.000 auf 12.000, in Düsseldorf-Land von 14.000 auf 12.000, in München-Gladbach von 9000 auf 6000. In den meisten dieser großen Industriestädte ist die KPD stärker geworden als die SPD. I m e n g e r e n I n d u s t r i e b e z i r k h a t d i e K o m m u n i s t i s c h e P a r t e i d i e S t i m m e n z a h l d e r S P D ü b e r h o l t. Wurden in diesen Gebieten im Mai 1928 für die SPD 1.002.000 Stimmen abgegeben und für die KPD nur 613.000, 50 sind nach dem Ergebnis vom 14. September die entsprechenden Ziffern 856.000 für die SPD und 889.000 für die KPD.

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in Groß-Berlin, im mitteldeutschen Industriegebiet, in Oberschlesien, in diesen entscheidend wichtigen Industriegebieten Deutschlands hat die Sozialdemokratische Partei am stärksten an Stimmen verloren, ist die Kommunistische Partei die stärkste Partei in der Arbeiterschaft geworden. Das ist das wichtigste Ergebnis, das bei der Betrachtung der Erschütterung der Positionen der SPD innerhalb der Arbeiterschaft festgestellt werden muß.

Auch in dem oberrheinischen Industriegebiet ist der Verlust der Sozialdemokratischen Partei weit über dem allgemeinen Durchschnitt. In Baden beträgt der Rückgang des prozentualen Anteils an den gültigen Stimmen 23 Prozent und in Hessen-Frankfurt 22 Prozent, wobei die Verluste in Frankfurt am Main und in Mannheim besonders groß sind.

Sehr stark war auch der Rückgang der Sozialdemokratischen Partei in einigen agrarischen Gebieten mit ausgeprägtem Großgrundbesitz. In Ostpreußen haben sie fast 25 Prozent ihres Einflusses verloren, im Breslauer Wahlbezirk 20 Prozent, in Pommern 17 Prozent, in Frankfurt a. d. Oder 18 Prozent. Dabei ist in diesen Bezirken der Rückgang auf dem platten Land viel stärker als in den Städten. Die

SPD ist z. B. in Königsberg von 38.958 auf 36.630 Stimmen zurückgegangen; im Kreis Wehlau aber von 6104 auf 2519 Stimmen. In diesen Gebieten wurden die Landarbeiter dank der halbfaschistischen Politik des sozialdemokratischen Landarbeiterverbandes und infolge der Schwäche der kommunistischen Organisation unmittelbar in das Lager der Nationalsozialisten gedrängt.

Relativ am besten hat sich die Sozialdemokratische Partei in den Gebieten gehalten, in denen Industrie und Landwirtschaft gemischt nebeneinander existieren und in denen ein verhältnismäßig großer Teil der Industriearbeiter noch mit dem Acker verbunden ist. Sie verlor z. B. in Hessen-Darmstadt und Franken nur 10 Prozent ihres seitherigen Einflusses, in Osthannover 12 Prozent, in Magdeburg 13 Prozent. Diese Industriearbeiter, die teilweise lange Fahrzeiten bis zu ihrer Arbeitsstätte und bis zu ihrer Wohnstätte zurückzulegen haben, die in sehr vielen Fällen ein Stückchen Land oder auch ein Häuschen besitzen, sind verhältnismäßig konservativ eingestellt. Immerhin zeigen Ergebnisse in einigen Bezirken, die in umgekehrter Linie liegen, daß bei ernster Arbeit der Partei unter diesen Industriearbeitern, die im [595] wohnen, sehr gute Erfolge möglich sind. So berichtet der Bezirk Halle-Merseburg:

„Die Erfolge in den Dörfern sind durchweg erheblich in den Gegenden, die mit Industrie durchsetzt sind. Diese sogenannten Industriedörfer haben der Partei im Bezirk unzweifelhaft den größten Teil des Stimmenzuwachses gebracht."

Als allgemeines Ergebnis der Wahlen vom 14. September 1930 für die SPD kann man feststellen:

1. Der Einfluß der Sozialdemokratischen Partei in der Arbeiterschaft wird in den großindustriellen Gebieten, besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in Berlin, Oberschlesien, in den mitteldeutschen und oberrheinischen Industriegebieten entscheidend zurückgedrängt durch die Kommunistische Partei.

2. Der Einfluß der Sozialdemokratischen Partei in der Arbeiterschaft sinkt in allen Teilen Deutschlands zugunsten des Einflusses der Kommunistischen Partei.

3. Sehr stark ist der Rückgang des Einflusses der SPD unter den Landarbeitern. Hier sind die Hauptgewinner zunächst die Nationalsozialisten.

4. In der Zusammensetzung der Wähler der SPD tritt eine Aenderung insofern ein, als das Arbeiterelement weiter zurückgedrängt wird, während das kleinbürgerliche Element zunimmt. (Vergl. das Ergebnis in Berlin.)

Eine zusammenfassende Auswertung des Wahlergebnisses vom 14. September für die KPD werden wir im folgenden geben. (Schluß folgt.)

*

Bilanz der Diskussion eines Jahres

Krise des Tarifvertrages und „wilde" Streiks

Von Fritz David

„Die Krise des Tarifvertrages", unter diesem Titel erschien Mitte vorigen Jahres in der „Roten Fahne" ein Artikel (Leitartikel vom 3. Juli 1929), der diesen Satz zum erstenmal formulierte und begründete.

Ich kann in der Tat nicht behaupten, daß dieser mein Artikel eine günstige Aufnahme gefunden hat, auch in dem engeren Kreise der aktiven Mitarbeiter der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Viele Freunde haben den gesamten Artikel als auch einzelne seiner Stellen von verschiedenen Standpunkten kritisiert. Erst im Laufe der Diskussion mit den Reformisten, mit der Anhäufung von neuen Ereignissen und Tatsachen wurde die Richtigkeit der Behauptungen dieses Artikels zugegeben. Die reformistische Presse begegnete diesem Aufsatz mit einem Wutgeheul. Die „linke" „Leipziger Volkszeitung" antwortete mit zwei Artikeln unter der Balkenüberschrift: „Wie steht es um den Tarifvertrag? Die Krise des kommunistischen Denkens". [596] Es entspann sich eine heftige Auseinandersetzung, die etwa ein Jahr andauerte und ihren vorläufigen Abschluß in verschiedenen Aeußerungen der sozialdemokratischen und Gewerkschaftszeitungen und in einem Artikel der „Roten Fahne": „Nochmals: Krise des Tarifvertrages", vom 3. Juni 1930 fand.

Diese Diskussion ist keineswegs abstrakter Natur. Aus der Krise des Tarifvertrages haben wir revolutionären Gewerkschafter praktische Schlußfolgerungen gezogen. An Hand von unwiderlegbaren Tatsachen konnte die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition den Bankrott der reformistischen Tarifvertragspolitik feststellen. Der Einfluß der jetzigen deutschen Tarifverträge auf die Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse geht immer mehr zurück. Das zeigten statistische Angaben, das zeigte die Praxis in den Betrieben, das unterstrichen die Tarifbewegungen des letzten Jahres. Die alten Forderungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition für den Abschluß der Tarifverträge konnten treffend durch diese Tatsachen begründet und vor der breiten Arbeiteröffentlichkeit klargelegt werden. Diese Tatsachen stoßen aber auch die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition auf die Formulierung einer neuen, sehr wichtigen grundsätzlichen Forderung.

Der Bankrott des reformistischen Tarifvertragswesens gab eine treffende Begründung für die folgenden praktischen Forderungen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition: 1. Die Tarifverträge können nicht im stillen Kämmerlein von den Zentralverbänden der Gewerkschaften abgeschlossen werden. Die große Masse der tariflich Erfaßten, organisiert oder unorganisiert, muß beim Abschluß oder der Erneuerung eines Tarifvertrages ihre Meinung sagen, und diese Meinung muß entscheidend sein. Die Verbandspresse, die von dem Gelde aller Mitglieder ausgehalten wird, muß bei Abschluß eines Tarifvertrages auch den oppositionellen Kollegen die Möglichkeit geben, sich in ihren Spalten zu äußern. 2. Die Tarifverträge müssen kurzfristig sein. 3. Bei Aufstellung von Lohnforderungen muß die Lohnerhöhung nicht auf die auf dem Papier existierenden tariflichen Lohnsätze, sondern es müssen Erhöhungen der tatsächlichen Verdienste gefordert werden. Diese neu formulierte Forderung ist von besonderer Bedeutung, da dank der reformistischen Tarifvertragspolitik eine große Kluft zwischen den tatsächlichen und tariflichen Löhnen entstanden ist. Erhöhungen der tariflichen Sätze sind für große Teile der Belegschaften sehr oft gleichgültig, da sie schon vorher im Kleinkampf im Laufe des Bestehens des langfristigen Vertrages in der Tat etwas höhere Verdienste erkämpft haben. Diese Forderung spielte auch in der Diskussion mit den Reformisten eine entscheidende Rolle. Mit besonderer Wut lehnten die Reformisten unsere Forderungen auf Erhöhung der tatsächlichen Verdienste und nicht der tariflichen Lohnsätze ab. Ist doch die Anerkennung der ungeheuren Kluft zwischen den tatsächlichen und tariflichen Löhnen der schlagendste Beweis für den Bankrott ihrer gesamten Tarifvertragspolitik. Und in diesem am heftigsten bestrittenen Punkt haben die Reformisten unter den Schlägen der Wirklichkeit glatt kapitulieren müssen. Das heißt natürlich nicht, daß die Reformisten von nun ab bei Abschluß von Tarifverträgen für diese Forderung ein-[597]treten. Diese „bescheidene Aenderung“ hätte bedeutet einen Riß in der gesamten Tarifvertragspolitik und mußte zu Konsequenzen führen, die für die Reformisten unangenehm sind. Die Reformisten mußten aber, gezwungen durch die unwiderlegbaren Tatsachen des Klassenkampfes, eine platonische Erklärung für diese Forderung abgeben. Sie sind in diesem Punkt grundsätzlich geschlagen und entlarvt. 4. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition erklärte zu gleicher Zeit mit Recht: Die Arbeiterschaft kann nicht, wenn sie nicht mit Haut und Haaren dem Unternehmertum ausgeliefert sein soll, auf zwischentarifliche und außertarifliche Lohn- und Arbeitszeitbewegungen verzichten. Die sogenannten „wilden“ Streiks, d. h. solche Streiks, die trotz bestehenden Tarifvertrages gegen den Willen und Widerstand der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie geführt werden, sind bei den jetzigen Tarifverträgen die einzige Waffe, um auch nur die gezahlten tatsächlichen Verdienste nominell zu erhalten. 5. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die die Wirtschaftskämpfe der deutschen Arbeiter selbständig organisiert und führt, die Streiks beim Abschluß und der Erneuerung von Tarifverträgen als auch bei dem Bestehen der Tarifverträge gegen den Willen und Widerstand der Gewerkschaftsbürokratie auslöst, ist berufen, Tarifverträge abzuschließen, die die Forderungen der klassenbewußten Arbeiterschaft an das Tarifvertragswesen erfüllen.

Diese Grundanschauungen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition über das Tarifvertragswesen, sind in der Diskussion mit den Reformisten im Laufe dieses Jahres an Hand von Tatsachen geklärt worden. Diese Auseinandersetzung ist für jeden revolutionären Gewerkschafter und für den weiteren Kampf gegen die Reformisten in Betrieb und Gewerkschaft – die Präzisierung des revolutionären und reformistischen Standpunktes, die Argumente „für“ und „gegen“, die abgenötigte

Kapitulationserklärung der Reformisten in einem der entscheidendsten Punkte der Meinungsverschiedenheiten, was sie natürlich nicht stört, ihre bisherige Politik fortzusetzen – ein grundsätzliches Rüstzeug, das gut verwandt werden kann und muß.

I.

Wir sind gezwungen, in diesem und in dem weiteren Abschnitt, die die Anschauungen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition und die der Reformisten wiedergeben, längere Stellen aus verschiedenen Artikeln zu zitieren. Diese Stellen haben aber ihre brennende Aktualität auch nicht um ein Jota verloren, sie haben jetzt nicht weniger Bedeutung als zu dem Zeitpunkt, als sie geschrieben wurden. Besonders der erste Artikel, der die Diskussion des letzten Jahres einleitete, soll hier ziemlich ausführlich angeführt werden. In dem Artikel „Die Krise des Tarifvertrages", „Rote Fahne" vom 3. Juli 1929, heißt es: „Der Tarifvertrag, der nach dem Kriege eine entscheidende Bedeutung für die Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse gewann, macht in den letzten Jahren eine schwere Krise durch. Im Jahre 1913 hatten etwa 1,4 Millionen deutsche Arbeiter und Angestellte einen Tarifvertrag; im Jahre 1927 betrug die Zahl der unter Tarifverträge fallenden Beschäftigten etwa 11 Millionen ... Lange Zeit hindurch haben die [598] Tarifverträge tatsächlich die Arbeitsverhältnisse im Betrieb entscheidend geregelt. Inzwischen hat sich aber etwas grundsätzlich geändert. Einige in der letzten Zeit veröffentlichte statistische Angaben zeigen diese Veränderung mit unwiderlegbarer Eindeutigkeit. Das Statistische Reichsamt hat eine Erhebung über die tatsächlichen Arbeitsverdienste in der Textilindustrie, in der chemischen Industrie, im Holzgewerbe und in der metallverarbeitenden Industrie vorgenommen. Die Erhebung ist in den Monaten September 1927, März 1928, Juni 1928 und Oktober 1928 vorgenommen worden. Hier sind also Monate der Hochkonjunktur als auch Monate der wirtschaftlichen Stagnation genommen worden. Trotzdem zeigt ein Vergleich ein dauerndes, beträchtliches Höherstehen des tatsächlichen Lohnes über dem tariflichen Lohn."

In dem Artikel wird dann eine Tabelle gebracht, die die tariflichen Lohnsätze und die tatsächlichen Stundenverdienste im Zeitlohn und in Akkord für die Textilindustrie, chemische Industrie, Holzgewerbe und Berliner Metallindustrie vergleicht. Zur Zeit des Erscheinens dieses Artikels hat das Statistische Reichsamt Angaben nur über diese vier Industriegruppen veröffentlicht. In dem Artikel wird weiter ausgeführt:

„Wir sehen einen Unterschied zwischen dem tatsächlichen und tariflichen Lohn von 8 bis 19 Prozent. Hohe Unterschiede sind zu bemerken bei etwa 50 Prozent der Belegschaft. Aber auch bei den übrigen, niedriger entlohnten Gruppen ist der durchschnittliche tatsächliche Lohn höher. als der tarifmäßige. Bei allen gewerkschaftlichen Lohnbewegungen der letzten Jahre waren in der Regel Lohnerhöhungen von etwa 3 bis 4 Pf. erreichbar. Das waren überall nur Erhöhungen der tariflichen Löhne. Für große Teile der Belegschaften brachten also diese tarifmäßigen Erhöhungen keinen einzigen Pfennig tatsächliche Vermehrung des Lohnes, da sie schon zuvor einen höheren Lohn hatten. Die gesamte ‚Arbeit' des Gewerkschaftsapparates – Kündigung der Tarife, Verhandlungen mit den Unternehmern, Verhandlungen vor dem Schlichter, ‚Erkämpfung' von ein paar Pfennigen für den neuabgeschlossenen Tarifvertrag – haut für große Teile der tariflich erfaßten Arbeiter daneben, bringt diesen Arbeitern keine tatsächliche Lohnerhöhung. Der lohngestaltende Einfluß des Tarifvertrages verringert sich. Es verringert sich auch seine Rolle für die Gestaltung der tatsächlichen Arbeitszeit im Betrieb."

Im Artikel wird weiter geschildert, wie die kautschukartigen Formulierungen des Tarifvertrages über die Arbeitswoche, die vielen Ueberstunden den Einfluß des Tarifvertrages auf die tatsächliche Arbeitszeit zunichte machen. Der Artikel kommt zu folgenden Schlußfolgerungen:

„Der Tarifvertrag verliert mit jedem Tag mehr und mehr in seiner Wirkung auf die Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse ... Die Arbeit des Gewerkschaftsapparates ist zum größten Teil mit dem Abschluß von Tarifverträgen ausgefüllt. Die Krise des Tarifvertrages ist die Krise der gesamten Arbeit des Gewerkschaftsapparates Die Langfristigkeit der Tarifverträge, die Ausschaltung der Mitgliedschaft bei ihrem Abschluß und vor allem, der Abschluß von Verträgen nicht durch Kampf haben die oben auf-[599]gezeigte Krise geschaffen ... Können die Arbeiter auf die herbstlichen Lohnbewegungen verzichten, weil die Gewerkschaftsbürokratie langfristige Tarifverträge abgeschlossen hat? Keineswegs! ... Es ist die Aufgabe aller klassenbewußten Arbeiter, schon jetzt die kommenden herbstlichen zwischentariflichen Bewegungen vorzubereiten."

Bei der Lohnbewegung der Berliner Metallarbeiter Ende April 1929 sind in zwei Artikeln in der „Roten Fahne“ (Leitartikel vom 24. April 1929 „Ablehnen!“ und „Urabstimmung!“ vom 26. April 1929) diese Gedankengänge schon enthalten; dort ist zu gleicher Zeit die Forderung aufgestellt worden: nicht die tariflichen Löhne, sondern die tatsächlichen Verdienste müssen erhöht werden.

Urich hat die Annahme des Schiedsspruches in der Berliner Metallindustrie im April und Mai 1929 durchgesetzt. Das, was in diesen Artikeln vorausgesagt wurde, ist eingetroffen. Dort hieß es:

„Laut dem Schiedsspruch werden die Tarifsätze erhöht. Bekannt ist aber, daß in der Berliner Metallindustrie 90 Prozent der Arbeiter sich schon längst über die Tarifsätze hinaus höhere Löhne erkämpft haben. Dazu kommt noch, daß mindestens 80 Prozent der Berliner Metallarbeiter Akkordarbeiter sind, deren Akkordpreise laut Rahmenvertrag so gerechnet werden müssen, daß ein Arbeiter durchschnittlicher Leistungsfähigkeit unter normalen Bedingungen die Möglichkeit haben muß, einen Durchschnittsverdienst zu erzielen, der 15 Prozent über dem Mindestlohn der Lohnklasse liegt, in die die auszuführende Arbeit gehört. Die Unternehmer haben also die Möglichkeit, nach Inkrafttreten dieses Schiedsspruches jederzeit den Beweis erbringen zu können, daß eine Erhöhung der Akkordpreise nach dem Tarifvertrag nicht notwendig sei ... Für die überwältigende Mehrheit der Metallarbeiter bringt dieser Schiedsspruch nichts, aber gar nichts.“

Bei der Urabstimmung haben viele Tausende Berliner Metallarbeiter diese unsere Warnung nicht beachtet. Sie mußten sich aber sehr schnell von deren Richtigkeit überzeugen. Die Unternehmer lehnten rücksichtslos jede Lohnerhöhung in den Betrieben ab, wo die tatsächlichen Verdienste höher waren als die tariflichen Zeit- und Akkordlöhne. Das trifft aber für die Mehrzahl der Berliner Metallbetriebe zu. Der Herbst und Winter nach dem Abschluß des Berliner Metalltarifs waren mit betrieblichen und Abteilungsstreiks ausgefüllt, die sich in der Hauptsache um den Betrug, den Urich beim Abschluß des Tarifvertrages an den Berliner Metallarbeitern verübt hat, drehten. Die Kollegen waren im guten Glauben, daß sie 6 und 7 Pfennige Lohnerhöhung erhalten, das hat sich aber als Bluff herausgestellt, die tariflichen Bestimmungen haben hier augenscheinlich versagt.

Inzwischen hat das Statistische Reichsamt weitere Erhebungen über die tatsächlichen Verdienste in verschiedenen Industriezweigen veröffentlicht. Sie bestätigten abermals die These, daß die Erhöhungen der tariflichen Löhne für große und entscheidende Teile der Belegschaften [600] keine Rolle mehr spielen. Das Statistische Reichsamt stellte fest, daß ein erheblicher Unterschied zwischen den tariflichen und tatsächlichen Verdiensten nicht nur für die Akkordarbeiter, sondern auch für die Zeitlöhner besteht.

Ich möchte hier eine Stelle aus einem meiner Artikel in der „Roten Fahne“ von 1930 anführen, der zu den Ergebnissen der weiteren statistischen Erhebungen Stellung nimmt. In dem Artikel „Wilde Streiks“, „Rote Fahne“ vom 4. Mai 1930, heißt es über die tatsächlichen Lohnverhältnisse in den Betrieben, über die Lohnforderungen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition bei Abschluß eines neuen Tarifvertrages. und über unsere Einstellung zu zwischentariflichen und außertariflichen Bewegungen:

„Das Statistische Reichsamt hat in den letzten Jahren Erhebungen über die tatsächlichen Verdienste in den verschiedenen Industriezweigen angestellt. Die erzielten Ergebnisse zeigen, daß nicht nur die tatsächlichen Verdienste der Akkordarbeiter, sondern auch die der Zeitlöhner von den Tarifen beträchtlich abweichen. Die tatsächlichen Verdienste überschreiten den Tariflohn in den verschiedenen Industriezweigen verschieden, im Durchschnitt um etwa 7 bis 10 Prozent. Das gilt nicht nur für männliche und gelernte Arbeiter, sondern auch für ungelernte und für Arbeiterinnen. Das heißt natürlich nicht, daß die Arbeiter tatsächlich höhere Löhne haben. Man muß beachten, daß die tatsächlichen Löhne Bruttoverdienste sind, daß 12 bis 14 Prozent von diesen Löhnen abgezogen werden. Man muß auch den Lohnausfall durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Auge haben. Die Angaben des Statistischen Reichsamts sind aber insofern wichtig, als bei der formellen Erhöhung des Tariflohnes durch einen neuen Tarifvertrag um 5 oder sogar 10 Prozent sehr wohl der Fall eintreten kann, daß der größte Teil der betroffenen Arbeiter keinen Pfennig Lohnerhöhung herausholt, weil diese Arbeiter schon bisher einen etwas über dem Tarif stehenden Lohn erkämpft haben.

Beim Abschluß von Tarifverträgen muß die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition deshalb den Kampf dafür organisieren, daß nicht bloß die Tariflöhne auf dem Papier, sondern die tatsächlichen Verdienste erhöht werden. Die Unternehmer und die Reformisten sind gegen die Verankerung der tatsächlichen Löhne in den Tarifverträgen. Schon diese Tatsache, schon diese Spanne zwischen den tatsächlichen und den Tariflöhnen allein beweist die zwingende Notwendigkeit der außertariflichen Lohnbewegungen. Die Arbeiterschaft mußte Selbstmord begehen, wenn sie die ‚Tariftreue' der Reformisten auf ihr Panier schreiben wollte. Im Gegenteil: Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition muß und wird in das Bewußtsein der Massen die Lehre einhämmern: ‚Wilde' Streiks, daß heißt Streiks trotz und gegen bestehende Tarifverträge, sind eine unentbehrliche Notwendigkeit, wenn die Arbeiterschaft selbst die bestehenden Nominallöhne verteidigen, geschweige den wirklichen Kampf um höhere Löhne aufnehmen will!"

Im Frühjahr und besonders im Sommer dieses Jahres kam die gewaltige Unternehmeroffensive auf die Löhne, die in der Hauptsache [601] gegen die übertariflichen Lohnverdienste gerichtet war. Der Abbau der übertariflichen Verdienste fand ununterbrochen auch. im Laufe des gesamten Jahres 1929 statt, was jetzt auch das Jahrbuch 1929 des ADGB. zugeben muß. Im Frühjahr und Sommer 1930 aber wurde dieser Abbau aus der Stille der Lohnbüros in die breite Oeffentlichkeit getragen. Es wurde zur offenen Kampfforderung der Unternehmer, die es noch nicht wagten – außer einzelnen Fällen, wie Mansfeld – den Abbau der Tariflöhne zu fordern. Erst nach dem Gelingen des öffentlichen Vorstoßes auf die übertariflichen Verdienste wagten es die deutschen Kapitalisten, einen Angriff auf die Tariflöhne vorzunehmen. Der erste große Vorstoß auf diesem Gebiet ist der Lohnabbauversuch von 15 Prozent der Berliner Metallindustriellen, der, wenn er erfolgreich sein sollte, sicherlich nur ein Anfang einer großen Welle des Abbaues, diesmal auch der tariflichen Löhne sein würde.

In meinem Artikel „Nochmals: Krise des Tarifvertrages", „Rote Fahne" vom 3. Juni 1930, werden die Ansichten der Revolutionären Gewerkschaftsopposition folgendermaßen in Form von Fragen und Antworten umrissen:

„Wir wollen über die Tarifverträge, zur Klärung der Lage, einige Fragen stellen: 1. Ist es richtig, daß die Tarifverträge mit jedem neuen Abschluß langfristiger werden? Die Tatsachen beweisen es! ... 2. Stimmt es, daß die jetzigen Tarifverträge den Arbeiter vor oft sehr beträchtlichem Lohnabbau nicht schützen können? Ja. es stimmt ... 3. Ist es richtig, daß die überwältigende Mehrheit aller Tarifverträge ohne Urabstimmung, auch unter den Mitgliedern des Verbandes, abgeschlossen werden? Jawohl, das ist eine Tatsache! 4. Ist es richtig, daß in den wenigen Fällen, wo Urabstimmungen unter den Verbandsmitgliedern vorgenommen werden, die Verbandspresse ausschließlich den Standpunkt der Reformisten vertritt und niemals den oppositionellen Kollegen die Möglichkeit gegeben wird, sich in den Spalten der Verbandspresse auszusprechen, obwohl diese Presse von den Groschen aller Mitglieder ausgehalten wird. Das wird jedes Gewerkschaftsmitglied bestätigen. Noch mehr: Bei der Einstellung der reformistischen Gewerkschaften zum Schlichtungswesen hat die Urabstimmung beim Abschluß eines Tarifvertrages überhaupt ihren Sinn verloren. 5. Wie kommen 90 Prozent aller Tarifverträge zustande: auf Grund friedlicher Verhandlungen oder als Ergebnis der Messung der Kräfte durch Arbeitskämpfe? Noch keine 10 Millionen Mark sind von den freien Gewerkschaften im Jahre 1929 für Streiks ausgegeben worden, mindestens aber 70 Millionen an Gehältern und Abfindungen an die Bürokratie. (Inzwischen ist das Jahrbuch des ADGB erschienen, unsere Schätzung muß wie folgt korrigiert werden: 13 Millionen Mark für Arbeitskämpfe, 80 bis 90 Millionen für den Apparat. – F. D.) Sind Tarifverträge, die so zustande kommen, die in ihrer großen Mehrheit durch Schiedssprüche, angesichts eines bevorstehenden Schiedsspruches oder durch liebevolle Vereinbarungen im stillen Kämmerlein das Licht der Welt erblicken, ein Produkt des Machtkampfes? ... Die tatsächlichen Verdienste oder die sogenannten Effektivlöhne sind nicht nur bei den Akkordarbeitern höher als die tariflichen Löhne. Durch die Langfristigkeit der Tarifverträge entstehen als Ergebnis des dauernden Kampfes in den Betrieben Lohnerhöhungen auch für die [602] Zeitlöhner. Besonders groß natürlich ist der Unterschied bei den Akkordarbeitern. Wir sind nicht für Akkordarbeit, aber wenn in Akkord gearbeitet wird, sind wir für einen hohen Akkordpreis und für die Sicherung dieses Preises. Wir sind für die vertragliche Verankerung der tatsächlichen Verdienste. Wir sind für kurzfristige, von der gesamten Kollegenschaft abgeschlossene Tarifverträge, die die erkämpften Lohn- und Arbeitszeitverbesserungen fixieren."

II.

Am 4. und 5. September 1929 brachte die „Leipziger Volkszeitung" eine ausführliche Erwiderung auf den Artikel „Die Krise des Tarifvertrages". Unter der Ueberschrift „Wie steht es um den

Tarifvertrag? Die Krise des kommunistischen Denkens“ war zusammenfassend in der „Leipziger Volkszeitung“ zu lesen:

„ ...In der Regel beschränken sie (die Kommunisten) sich darauf, die Organisationen wütend und rücksichtslos zu bekämpfen. Seit einer Reihe von Jahren wird dieser gewissenlose Kampf nun schon geführt. Trotzdem vermochten die Kommunisten dem gewerkschaftlichen Gedanken nicht sonderlich Abbruch zu tun. Aus diesem Grunde versuchen sie jetzt, bei ihrer Zerstörungsarbeit neue Methoden anzuwenden. Bisher galt der kommunistische Kampf im besonderen der taktischen Haltung und dem Vorgehen der gewerkschaftlichen Organisationen. Nunmehr aber verfallen sie darauf, deren Arbeiten auch als überholt und für die Arbeiterschaft sozusagen als bedeutungslos hinzustellen. Gelang es ihnen bislang nicht, die Gewerkschaften zu erschüttern, so versuchen sie es jetzt einmal mit diesem Mittel. Anders ist es schwerlich zu verstehen, daß die Kommunisten, die in der Gewerkschaftsarbeit eine so bedeutungslose Rolle spielen, die Tarifverträge zu diskreditieren versuchen. Sie reden heute bereits von ‚der Krise des Tarifvertrages‘ und behaupten schlechtweg: ‚Der lohngestaltende Einfluß des Tarifvertrages verringert sich‘. ‚Lange Zeit hindurch‘, so sagen sie, ‚haben die Tarifverträge tatsächlich die Arbeitsverhältnisse im Betrieb entscheidend geregelt.‘ Inzwischen soll sich das ‚grundsätzlich geändert haben. Zum Beweis ihrer Behauptung geben sie an, daß gegenwärtig die tatsächlichen Löhne dauernd beträchtlich ‚höher als die tariflichen ständen. Daraus folgern sie, daß ‚für große Teile der Belegschaften tarifmäßige Erhöhungen ‚keinen Pfennig‘ tatsächliche Vermehrung des Lohnes bringen, da sie ‚schon zuvor einen höheren Lohn hatten‘. Nehmen die Kommunisten allen Ernstes an, daß die Arbeiter diesen Unsinn glauben? ... Aus alledem geht hervor, daß man wohl weniger von einer Krise des Tarifvertrages, als von einer Krise des kommunistischen Denkens sprechen kann.“

Die „Leipziger Volkszeitung,“ führte dann aus, die in den Tarifverträgen festgesetzten Löhne gelten schließlich immer nur als Mindestlöhne, bei Akkordarbeit müssen übertarifliche Verdienste sein. Das war der kurze Sinn der langen Ausführungen der „Leipziger Volkszeitung“.

Wie sieht es in der Tat aus? Wie müßte es sein? Die durchschnittlichen Verdienste der Akkordarbeiter sind höher als die durchschnittlichen tariflichen Löhne plus Akkordzuschläge. Dieser Unterschied kommt nicht nur allein durch Mehrleistung gegenüber der [603] veranschlagten Leistung bei Festlegung der Akkordpreise zustande. Der Unterschied rührt zu gleicher Zeit auch davon her, daß der Akkordstundenlohn, die Grundlage der Berechnung der Akkordpreise, durch den Kleinkampf in den Betrieben und Abteilungen etwas höher ist als der tarifliche Akkordrichtsatz. Der beste Beweis dafür ist der bedeutende Unterschied zwischen den tariflichen und tatsächlichen Zeitlöhnen. Auch bei den Zeitarbeitern ist im Durchschnitt eine Differenz zwischen dem tatsächlichen Verdienst und dem tariflichen Lohn zu verzeichnen. zwar sind die Tarifvertragslöhne Mindestlöhne, bei kurzfristigen Tarifverträgen aber, die durch Messung der Kräfteverhältnisse der Vertragsparteien erneuert werden, wo die jeweiligen tatsächlichen Verdienste mit einem bestimmten realen Lohnzuschlag fixiert werden, kann der Unterschied zwischen den tatsächlichen Verdiensten und den Tarifsätzen in jedem Zeitpunkt für den Durchschnitt keineswegs irgendwie von Bedeutung sein. Die gewaltigen Unterschiede, die wir an Hand der Erhebungen des Statistischen Reichsamtes feststellen können – nicht nur in Einzelfällen, sondern, was entscheidend ist, große Unterschiede im Gesamtdurchschnitt –, sind ein direktes Ergebnis der langfristigen Tarife, der Geheimkrämerei bei ihrem Abschluß, der Nichtbeachtung der tatsächlichen Lohnverhältnisse in den Betrieben, weil sonst es sehr leicht zum Kampf kommen muß, – mit einem Wort: der gesamten reformistischen Tarifvertragspolitik. Das hat im Laufe von vielen Jahren reformistischer Tarifverträge dazu geführt, daß für große und entscheidende Teile der tariflich Erfaßten die tariflichen Lohnerhöhungen keine Rolle mehr spielen, die Erneuerung des Tarifvertrages zu einer formalen „Aktion“ der Verbandsapparate wird, die große Massen der Arbeiterschaft herzlich wenig angeht. Wenn in verschiedenen Industriezweigen der Unterschied zwischen dem tariflichen und tatsächlichen Zeitlohn von 7 bis über 20 Prozent im Durchschnitt beträgt, dann bedeutet das, daß der Tarifvertrag für Millionen tariflich Erfaßter zu existieren aufgehört hat. Wenn der Unterschied zwischen den Akkordverdiensten und den tariflichen Akkordlöhnen in ganzen Industriezweigen im Durchschnitt bis zu 26 Prozent beträgt, so bedeutet das die Katastrophe des Tarifvertrages. Das bedeutet, daß die Unternehmer sehr oft in einem Betrieb 20 und mehr Prozent im Durchschnitt Lohnabbau durchführen können, ohne daß die Gewerkschaften, wenn sie die Tarifverträge

erhalten und tariftreu bleiben wollen, irgendwie einschreiten, es irgendwie verhindern könnten. Der klaffende Unterschied zwischen den tariflichen Durchschnittslöhnen und den durchschnittlichen tatsächlichen Verdiensten zeigt die Richtigkeit der Forderung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, bei der Erneuerung der Tarifverträge die Erhöhung der tatsächlichen Verdienste zu fordern, und unterstreicht die Fäulnis und Unterhöhlung des gesamten jetzigen Tarifvertragswesens durch die reformistische Politik.

Hier die Ergebnisse der Erhebungen des Statistischen Reichsamtes im Laufe von 2½ Jahren über die durchschnittlichen tatsächlichen und tariflichen Löhne in sechs verschiedenen Industriezweigen: [604]

Tariflöhne und tatsächliche Verdienste gelernter Arbeiter (Facharbeiter)

Industriezweig	Zeitpunkt der Erhebung	Lohngruppe m = männl. Arb. w = weibl. Arb.	Tariflohn je Stunde in Pfennig	Tatsächlicher Verdienst je Stunde in Pfennig	Ueberschreitung des Tariflohns durch den tats. Verdienst in Prozent
Textilindustrie	Sept. 1927	m Stücklohn	65,1	82,4	26,6
		w Stücklohn	51,3	60,3	17,5
Holzgewerbe	März 1928	m Zeitlohn	107,0	115,9	8,3
		m Stücklohn	117,5	127,8	8,8
Chemie	Juni 1928	m Zeitlohn	98,5	122,3	24,2
		m Stücklohn	109,8	132,2	20,4
Metallverarbeit. Industrie	Okt. 1928	m Zeitlohn	86,1	107,4	24,7
		m Stücklohn	99,0	117,8	19,0
Schuhindustrie	März 1929	m Zeitlohn	83,5	97,3	16,5
		m Stücklohn	94,5	114,6	21,3
		w Zeitlohn	63,3	68,7	8,6
Maurer (Berlin)	August 1929	Zeitlohn	154,0	232,5	51,0
Zimmerer "	August 1929	Zeitlohn	115,0	179,0	15,0

Tariflöhne und tatsächliche Verdienste Arbeiter (Hilfsarbeiter)

Industriezweig	Zeitpunkt der Erhebung	Lohngruppe m = männl. Arb. w = weibl. Arb.	Tariflohn je Stunde in Pfennig	Tatsächlicher Verdienst je Stunde in Pfennig	Ueberschreitung des Tariflohns durch den tats. Verdienst in Prozent
Textilindustrie	Sept. 1927	m Zeitlohn	55,6	61,3	10,3
		w Zeitlohn	41,4	44,4	7,2
Holzgewerbe	März 1928	m Zeitlohn	87,6	89,0	1,6
Chemie	Juni 1928	m Zeitlohn	81,0	96,9	19,6
		m Stücklohn	95,6	113,0	18,2
		m Zeitlohn	51,6	59,3	14,9
		w Stücklohn	60,9	60,9	13,0
Metallverarbeit. Industrie	Okt. 1928	m Zeitlohn	71,9	79,1	10,0
		m Stücklohn	84,3	95,7	13,5
		w Zeitlohn	50,7	55,7	9,9
		w Stücklohn	60,7	66,7	9,9
Schuhindustrie	März 1929	m Zeitlohn	50,2	50,8	1,3
		m Stücklohn	56,5	61,8	9,3
		w Zeitlohn	35,4	37,0	4,6
		w Stücklohn	40,0	48,3	20,7
Bauhilfsarbeiter (Berlin)	August 1929	Zeitlohn	127,0	137,1	8,0
Tiefbauarbeiter (Berlin)	August 1929	Zeitlohn	100,0	105,9	6,0

Es bewegen sich, wie das aus den Tabellen zu ersehen ist, im Reichsdurchschnitt der erfaßten Industriezweige die Ueberschreitungen des Tariflohns durch den tatsächlichen Lohn in sehr weiten Grenzen, bis zu 26 Prozent. Die Unterschiede sind groß nicht nur bei den männlichen Facharbeitern, die im Akkord arbeiten, sondern auch bei den Zeitlöhnern, bei den ungelernten Arbeitern und bei den Frauen.

Wir wollen noch aus der Fülle des Materials, das vorliegt, folgende kurze Tabelle aus der Erhebung

über „Stunden- und Wochenverdienst im Durchschnitt aller Vertragsgebiete und Zweige der metallverarbeiten-[605]den Industrie“ bringen. Die durchschnittlichen Stundenverdienste überschritten in der metallverarbeitenden Industrie im Oktober 1928 die Tariflohnsätze

	im Zeitlohn	im Stücklohn
für Facharbeiter über 21 Jahre um	25,8 %	26,7 %
für angelernte Arbeiter über 21 Jahre um	19,1 %	25,6 %
für Hilfsarbeiter über 21 Jahre um	18,1 %	22,3 %
für weibliche Arbeiter über 18 Jahre um	13,5 %	23,6 %

Diese Tabellen zeigen sehr eindringlich, wie es mit den tariflichen Lohnerhöhungen aussieht. Sogar das Jahrbuch 1929 des ADGB muß zugeben, daß die erzielten tariflichen Lohnerhöhungen im Jahre 1929 keinen Einfluß auch nur auf die nominellen Löhne gehabt haben. Auf den Seiten 227 und 240 des Jahrbuches ist zu lesen:

„Die Tariflöhne wiesen in diesem Zeitabschnitt eine Steigerung auf, die beim Vergleich mit der Bewegung der Lebenshaltungskosten von einer sehr erheblichen Zunahme der Reallöhne zu zeugen scheint. Gleichzeitig gingen aber die übertariflichen Verdienste der Arbeiter zurück ... Unverkennbar zeigt das Jahr 1929 einen recht erheblichen Abbau der übertariflichen Löhne sowohl durch Sinken der Akkorde, als auch durch Sinken der übertariflichen Spitzenlöhne. Das Ausmaß dieses Lohneinbruchs ist schwer zu schätzen, doch dürfte die Erhöhung der Tariflöhne um 4 bis 4½ Prozent dadurch mindestens wettgemacht werden. Ein tatsächliches Ansteigen des Lohnniveaus dürfte daher im Laufe des Jahres 1929 nicht eingetreten sein, vielleicht trat sogar im Gesamtdurchschnitt ein leichtes Absinken (!!) ein.“

Damit sind die Erklärungen der sozialdemokratischen Zeitungen und der Gewerkschaftsführer „Das Jahr 1929 war lohnpolitisch erfolgreich“ (eine Ueberschrift in der Neujahrsbetrachtung des „Vorwärts“) durch das Geständnis des ADGB selbst als Schwindel und Bluff entlarvt. Das Entscheidende aber ist dabei, daß der ADGB zugeben muß: Die tariflichen Lohnerhöhungen im Jahre 1929 hatten keinen Einfluß auf die tatsächliche Gestaltung des Lohnes. Die Forderung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, beim Abschluß von Tarifen die tatsächlichen und nicht die tariflichen Löhne zu berücksichtigen, werden durch diese Erklärung des ADGB nur treffend unterstrichen. (Fortsetzung folgt.) [606]

*

Agrarkrise und Agrarpolitik der herrschenden Klasse in Deutschland

Von K.

A. Die Lage der werktätigen Bauernschaft Deutschlands im Zeichen des ständigen Niederganges

Für die Untersuchung und Beurteilung der Lage der werktätigen Bauern in Deutschland in der gegenwärtig verschärft in Erscheinung tretenden Agrarkrise sind einige grundlegende Daten der kapitalistischen Agrarverfassung Deutschlands beachtenswert.

Nach den Berufszählungen der letzten Jahrzehnte weist die in der Landwirtschaft Deutschlands haupt- und nebenberuflich tätige Bevölkerung sowohl in den absoluten Zahlen als auch im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung einen beträchtlichen Rückgang auf. Die Zahl der Berufszugehörigen in der Landwirtschaft Deutschlands fiel von 15,9 Millionen im Jahre 1882 auf 14,3 Millionen im Jahre 1925, bzw. von 40 Prozent auf 27,1 Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung Insbesondere der Rückgang der nebenberuflich Erwerbstätigen in der Landwirtschaft der mit dem Stande von 4,06 Millionen im Jahre 1925 sich auf 16 Prozent seit dem Jahre 1907 steigerte, ist an sich ein deutliches Symptom der schlechten Lage der werktätigen Schichten in der deutschen Landwirtschaft

Hinsichtlich der Klassengliederung der landwirtschaftlichen Bevölkerung in Deutschland gibt die Statistik über Betriebsgrößen und Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche vom Jahre 1925 näheren Aufschluß. Sie zählt für Deutschland insgesamt 5.115.406 landwirtschaftliche Betriebe mit 25.598.660 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche; im einzelnen: 3.046.303 Zwergbetriebe unter 2 ha (gleich 59,5 Prozent der Betriebe), 894.454 Kleinbetriebe von 2-5 ha (gleich 17,5 Prozent der Betriebe), 956.155 mittelbäuerliche Betriebe von 5-20 ha

(gleich 18,7 Prozent der Betriebe), 199.825 Großbauerbetriebe von 20-100 ha (gleich 3,9 Prozent der Betriebe) und 18.669 Großbetriebe über 100 ha (gleich 0,2 Prozent der Betriebe).

An der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche in Deutschland sind die Betriebe nach Größenklassen wie folgt beteiligt: 77 Prozent der Betriebe als Zweig- und Kleinbetriebe mit 17,6 Prozent 18,7 Prozent der Betriebe als Mittelbetriebe mit 35,8 Prozent, 3.9 Prozent der Betriebe als Großbauernbetriebe mit 26,4 Prozent und 0,2 Prozent der Betriebe als Großbetriebe mit 20,2 Prozent Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche. 77 Prozent alter Betriebe sind Parzellen- und Kleinbetriebe mit nur einem Fünftel der landwirtschaftlichen Nutzfläche, während auf die Mittelbäuerlichen Betriebe etwa ein Drittel der Nutzfläche entfällt. Den großbäuerlichen und Großbetrieben gehört nahezu die Hälfte der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Hieraus erhellt sich die außerordentliche Bedeutung der Bodenfrage.

Die ungefähre zahlenmäßige Stärke der einzelnen Klassen in der Landwirtschaft Deutschlands gestaltet sich (unter Anrechnung der mitarbeitenden Familienmitglieder!) wie folgt: Zur ausbeutenden Klasse sind zu rechnen etwa 40.000 Großgrundbesitzer, etwa 20.000 kapitalistische Großpächter und etwa 700.000 Großbauern. Auf die Mittelschichten entfallen etwa [607] 3300 Mittelbauern und an 200.000 landwirtschaftliche Beamte und Angestellte. Zur ausgebeuteten Klasse zählen etwa 2.350.000 Kleinbauern, 4.700.000 Zwergbauern und -pächter sowie etwa 3.200.000 Landarbeiter mit Angehörigen.

Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der arbeitenden Bauernschaft Deutschlands standen in den Nachkriegsjahren im Zeichen der ständigen Verschlechterung und des unaufhaltsamen Niederganges. Unter der allgemeinen wirtschaftlichen Krise und der verschärft einsetzenden Agrarkrise in Deutschland, unter den beschleunigten kapitalistischen Lösungsversuchen der bürgerlichen Agrarpolitik droht den verelendeten bäuerlichen Zwerg- und Kleinbetrieben der völlige Zusammenbruch. Auch für den größten Teil der mittelbäuerlichen Wirtschaften ist unter dieser verschärften Agrarkrise eine ständige Verschlechterung ihrer Lage eingetreten. Die Zuspitzung der allgemeinen Krise der kapitalistischen Wirtschaft zeigt auch in der Landwirtschaft und auf dem Lande deutlichst eine außerordentliche Verschärfung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gegensätze, namentlich zwischen dem Großgrundbesitz und reichen Bauern und den Massen der besitzlosen und armen Bauern.

Alle Maßnahmen „staatlicher Hilfe für die Landwirtschaft“, die „Notprogramme“ der Regierungen, der reaktionären Agrarorganisationen und ihres Zweckverbandes der „Grünen Front“, die Agrargesetzgebung unter den Regierungen Müller und Brüning haben die Notlage der schaffenden Bauern nicht behoben. Sie erwiesen sich im Gegenteil als solche für die Bankiers, Agrarkapitalisten, Großgrundbesitzer und Großbauern und damit zugleich als Maßnahme der Verlängerung und Vertiefung des Elends der breiten Bauernmassen. Ebenso entlarvten sich alle Versprechungen der Regierungs- und bürgerlichen Oppositionsparteien, insbesondere der Sozialdemokratie und wie auch der Nationalsozialisten, aber auch die Versprechungen der sogenannten Bauernparteien als Betrug an der arbeitenden Bauernschaft.

Die Agrarkrise in Deutschland ist vor allem die Krise der Wirtschaft der werktätigen Bauern. Die Lebensfähigkeit der zwerg- und kleinbäuerlichen, teils auch der mittelbäuerlichen Wirtschaften ist infolge der Landarmut, des Pachtwuchers, der hohen Produktionskosten, infolge des Absatzmangels, der schwindenden Nebenerwerbsmöglichkeiten, der hohen Unterhaltungskosten für Wirtschaftsgebäude und Einrichtungen, infolge des unerhörten Steuerdrucks, des Zinswuchers, der Kapitalnot, der hohen Verschuldung nahezu vollständig untergraben.

Die Landarmut ist eine der allgemeinsten, krassesten, die familienbäuerliche Wirtschaft am stärksten schädigende und zersetzende, in der Nachkriegszeit stärker noch hervortretende Ursache und Erscheinung des Niedergangs der Bauernwirtschaft. Nahezu die Hälfte des gesamten Grund und Bodens in Deutschland und zugleich der beste Teil desselben befindet sich in den Händen der Großgrundbesitzer und reichen Bauern. Allen zwerg- und kleinbäuerlichen Wirtschaften fehlt es an Grund und Boden und somit an der vollen Ackernahrung. Die

bäuerlichen Nachkommen sind bereits zum Teil existenzlos und wandern in das Proletariat der Städte und Industriegebiete ab. Die durch die fortschreitende industrielle Rationalisierung immer mehr [608] wachsende, strukturell gewordene Erwerbslosigkeit stößt einen großen Teil dieser abwandernden Schichten wieder ins Dorf zurück und schafft damit zugleich auch eine ständig zunehmende Arbeitslosigkeit auf dem Lande, die in den agrarischen Gebieten infolge der fortschreitenden Rationalisierung der Agrarbetriebe bereits Massencharakter anzunehmen beginnt. Diese Proletarisierung der Kleinbauernschaft, die steigende Erwerbslosigkeit in Stadt und Land, die verschärfte Konzentration des Grund und Bodens in den Händen der Großgrundbesitzer führen zu einer ständigen Steigerung des Landhungers im Dorfe, der den Großgrundbesitzern und reichen Bauern einen hemmungslosen Pachtwucher ermöglicht. Das Reichssiedlungsgesetz entspricht den Interessen des Großgrundbesitzes und nutzt den landlosen und landarmen Bauern nichts. Andererseits nutzen Großgrundbesitz und Großbauernschaft ihr wirtschaftliches Uebergewicht und ihren Landreichtum, namentlich in der jetzigen Periode der Rationalisierung der Landwirtschaft rücksichtslos gegen die landarme werktätige Bauernschaft aus.

Das geltende Pachtwesen, bzw. der Pachtwucher, belastet in außerordentlichem Maße die Wirtschaften der Arbeitsbauern. Das herrschende Pachtsystem, das die Massen der landwirtschaftlichen werktätigen Pächter ausbeutet, ist eines der wichtigsten Glieder in der Kette der kapitalistischen Agrarverfassung Deutschlands.

Von den durch die Betriebszählung 1925 in Deutschland festgestellten 1.140.000 landwirtschaftlichen Pächtern entfallen etwa 1.070.000 auf die Gruppe der proletarischen und halbproletarischen, d. h. dem Zwerg- und Kleinpächter, etwa 50.000 auf die Gruppe der mittelbäuerlichen und rund 20.000 auf die Gruppe der großbäuerlichen und kapitalistischen Pächter.

Die schaffenden Bauern müssen den Großgrundbesitzern und Großbauern den höchsten Pachtzins zahlen. Die Eigentümer des Pachtlandes, gleicht ob Privatbesitzer, Gesellschaften oder Staat, wuchern mit höchsten Pachtzinsen alle auf gleiche Art die schaffenden Bauern aus. Der heutige Pachtzins übersteigt die Höhe des Vorkriegspachtzinses um ein Beträchtliches. So sind die Parzellenpachten durchschnittlich um 140 Prozent gegenüber den Pachten der Vorkriegszeit gestiegen. Nicht selten ist der Pachtzins des Kleinpächters für das gepachtete Land so hoch, daß eine Rente aus diesem Pachtland nicht mehr zu erzielen und der Ausgleich nur durch Zuschüsse aus dem Eigentumsland möglich ist. Die Pachtpreise für Parzellen und für bäuerliche Klein- und Mittelbetriebe stehen weit über denjenigen der bäuerlichen Großwirtschaften und der Agrarbetriebe. So betrugen z. B. in den holsteinischen Elbmarken die Pachtpreise für Parzellenpachtbetriebe bis 364 Mark, für große Pachtbetriebe dagegen nur bis 125 Mark pro Hektar. In Bayern wurden Pachtpreise bei geschlossener Gutspachtung von 45 bis 120 Mark, bei Parzellenpachtung von 60 bis 240 Mark pro Hektar gezahlt. Auch im Rheinland und anderen Gebieten sind ähnliche Spannungen vorhanden.

Alle Formen der Pacht (Zeitpacht, Erbpacht, Deputatland, Pacht gegen Anteil am Ertrag, sogenannter Teilbau), sind mehr oder weniger mit Nachteilen für die Pächter verknüpft. Die geltende „Pachtschutzordnung“ dient mehr den Interessen der Verpächter, als daß sie einen wirklichen, völligen, dauernden wirtschaftlichen und sozialen Schutz der Pächter gewährleistet. Dazu enthalten die [609] Pachtverträge häufig viele für den Pächter und seine Familie nachteilig sich auswirkende Bestimmungen. Die Verschleppung der gesetzlichen Neuregelung des Pachtwesens durch die bisherigen Reichsregierungen beweist, daß diese keinerlei Interessen an einem Schutze der landarmen und auf Zupacht angewiesenen werktätigen Bauernschichten besitzen. Die Steigerung der Arbeitsleistung der Kleinpächter vermag nicht Schritt zu halten mit der Steigerung der Pachtpreise. Die Massen der Zwerg- und Kleinpächter sind der langsamen Verelendung und Proletarisierung ausgeliefert.

Die hohen Produktions(Wirtschafts)kosten, die bei der Bauern- und Siedlerwirtschaft weit höher sind als im Großbetrieb und in der Großbauernwirtschaft, ergeben sich in Sonderheit aus den hohen Preisen für Futtermittel, Düngemittel, Saatgut und Zuchtvieh, aus den steigenden Unkosten für die Erhaltung der Gebäude, aus den hohen Preisen für Gebrauchsgegenstände der Bauernwirtschaft

aus der Industrie, wie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte. Materialien für Reparaturen, Kleider, Schulte usw., wie auch aus den oft unerschwinglichen Pachten, Steuern und Abgaben und Zinsen usw. Die hohen Industriezölle haben eine stetige Preissteigerung für alle Bedarfsartikel ausgelöst, die durch die Monopolstellung der Industrie- und Agrarkapitalisten und mittels ihrer wirtschaftlichen Organe (Genossenschaften usw.) zu einer außerordentlich belastenden Preisdiktatur ausgewachsen ist. Das Ausgabenkonto in der Wirtschaft des werktätigen Bauern steigt, während im Verhältnis dazu die Einnahmen immer geringer werden.

Der Absatz für die Produkte der Bauernwirtschaft gestaltet sich aus den verschiedensten Ursachen heraus immer schwieriger und nimmt teilweise schon die Form einer völligen Absatzstockungen. Die Großlandwirtschaft verdrängt mittels ihrer „standardisierten" Produkte, mittels ihrer Absatzorganisationen und mittels gewährter Staatshilfen die durch eine verteuerte, kleinbäuerliche Produktion hergestellten Waren systematisch von den Lokalmärkten. Schlechte Verkehrsverhältnisse und hohe Frachtsätze schränken ebenfalls die Absatzmöglichkeiten ein. Die Preise für bäuerliche Produkte stehen angesichts der verteuerten Produktion in der Bauernwirtschaft in einem starken Mißverhältnis zur aufgewandten Arbeit und den gehabten Kosten. Sie stehen auch in keinem Verhältnis zu den Preisen in der Industrie. Angesichts der stetig schwindenden Kaufkraft der Verbraucher kann dieses Mißverhältnis nur durch eine Verbilligung der Produktion der Bauernwirtschaft und nicht durch Erhöhung der Preise (Zölle) beseitigt werden. Wie jedoch die tägliche Praxis der Zoll- und Preispolitik zeigt, ist eine solche Lösung der Frage in der kapitalistischen Agrarpolitik ausgeschlossen. Der wucherische Zwischenhandel betrügt die bäuerlichen Produzenten ebenso wie er die werktätigen Konsumenten ausplündert.

In der Nachkriegsperiode hat die Verschuldung der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe ganz rapid zugenommen. Der Arbeitsbauer muß mit allen seinen Kräften um die Existenz seiner Wirtschaft kämpfen. Dieser Kampf wird von Tag zu Tag aussichtsloser, er wird nicht nur betrogen um den Ertrag seiner Schmolle, sondern Stück für Stück verliert er von seinem Besitz. Haus und Hof dienen dem Kapital bereits als Pfand. Die Enteignung des Boden-[610]besitzes der Bauernschaft durch das Finanz- und Agrarkapital hat bereits im weiten Ausmaß begonnen. Keine Regierung kümmert sich um die Notlage der werktätigen Bauernschaft. Alle Untersuchungen, die die Regierungen führen, geschehen für die großbäuerlichen und Großbetriebe mit dem Ziel, denselben ungeheure Staatssubventionen sowie langfristige, billige Kredite zu verschaffen. Indem die Großagrarier, die auf diesem Wege erhaltenen Gelder zur Produktion und absatztechnischen Verbesserung in ihren Betrieben verwenden, muß der Arbeitsbauer sich in neue Schulden stürzen, um nur dem Unterhalt für seine Familie einigermaßen sicherzustellen. Sind doch die kleinbäuerlichen Wirtschaften durchschnittlich pro Hektar mit 70 bis 120 Mark Zinsen belastet. Hinzu kommen noch Steuern und unerträgliche Pachten, die die Rentabilität des bäuerlichen Betriebes in Frage stellen. Der Arbeitsbauer muß nachgewiesenermaßen einen großen Teil seiner Erzeugnisse veräußern, muß sich und seine Familienangehörigen über das Maß des Normalen ausbeuten, muß selbst seine persönlichen Lebensbedürfnisse unter das Niveau eines Kulis herabdrücken, um das Industrie-, Bank- und Börsenkapital und seinen kapitalistischen Staat zufriedenzustellen.

II. Agrarpolitik im Zeichen des Young-Planes mmd der Diktatur des Finanzkapitals

In folgenden sollen die Grundzüge der Entwicklung der Landwirtschaft in Deutschland im Rahmen der allgemeinen kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftskrise unter Hervorhebung jener Faktoren, welche die Krise der Landwirtschaft in der gegenwärtigen Periode außerordentlich verschärfen, und unter Bewertung der Maßnahmen und Ergebnisse der kapitalistischen Agrarpolitik für die werktätige Bauernschaft eine zusammenfassende Darstellung finden.

In der Nachkriegszeit, besonders seit der Stabilisierung, dringt das Finanzkapital immer stärker und planmäßiger in die Landwirtschaft ein.

Dieser Prozeß, das Verwachsen des Agrarkapitals mit dem Finanzkapital äußert sich vor allem in der zunehmenden Industrialisierung der Landwirtschaft, deren hervorragendstes Merkmal die beschleunigte Umgestaltung der großlandwirtschaftlichen Produktionstechnik ist.

(Gesteigerte Motorisierung, Elektrifizierung, Mechanisierung, vermehrte Anwendung von Leichtölmotoren, Motorlastwagen, Motorpflügen, Traktoren, Elektromotoren, Versuche der Einführung von Mähdreschern und Bodenfräsen, vermehrte Einführung automatischer Futter-, Tränk- und Melkvorrichtungen, von Futtersilos in der Großlandwirtschaft usw.) Besonders der Landmaschinenbau zeigt in seiner Entwicklung gewaltige Fortschritte. Dabei handelt es sich weniger um die Einführung neuer Maschinen und neuer Konstruktionen, sondern um eine starke Verbreitung der Landmaschinen in der Großlandwirtschaft überhaupt. Diese erfolgt darum, weil das Industriekapital bzw. die Landmaschinen-Industrie dieser Frage eine sehr starke Aufmerksamkeit geschenkt und eine erhöhte Betriebssicherheit durch entwickeltere Bauarten der Maschinen und auch durch die Entwicklung eines besonders wichtigen Ersatzteildienstes für diese Landmaschinen herbeigeführt hat. Die Bedeutung der Anwendung der Landmaschinen ist so groß, daß sie für die Zahl der auf den Gütern beschäftigten [611] Landarbeiter richtunggebend geworden ist. Hingegen ist die Verwendung von Landmaschinen bei den Kleinbetrieben gering. So besitzen z. B. von dem Betrieben unter 5 Hektar nur 0,2 Prozent der Betriebe Düngerstreuer und 5,2 Prozent der Betriebe Sämaschinen. Zwar ist eine besondere Zunahme bestimmter Maschinenarten in klein- und mittelbäuerlichen Betrieben vorhanden, jedoch ändert dieses nichts an der Tatsache, daß die Mehrheit der familienbäuerlichen Betriebe bei der fortschreitenden Industrialisierung der Großlandwirtschaft immer mehr zurückbleiben und konkurrenzunfähiger wird. Diese können infolge Kapitalnot, geringer Landfläche, zerstreuter Parzellen die modernen Produktionsmittel nicht anwenden.

Das Finanz- und Agrarkapital beherrscht mittels der Genossenschaften und Landwirtschaftskammern die schaffenden Bauernmassen.

Die fortschreitende Rationalisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft hat insbesondere die Monopolisierung des Absatzes industrieller und landwirtschaftlicher Erzeugnisse zur Folge. Das Finanzkapital bedient sich dabei der zentralisierten, junkerlich und großbäuerlich geführten Genossenschaften und der Landwirtschaftskammern, die immer mehr zu Trägern aller geschäftlichen und fachtechnischen Maßnahmen der Industrialisierung, Rationalisierung und Standardisierung der Landwirtschaft werden. Diese Ziele treten z. B. in der gegenwärtig eingeleiteten Reform des Landwirtschaftskammerwesens in Preußen deutlich in Erscheinung.

Die Monopolisierung vollzieht sich mittels einer Preisdiktatur der industriellen Kartelle, Syndikate und Trusts für die in der Landwirtschaft benötigten industriellen Erzeugnisse. Unter der Herrschaft des Finanzkapitals hat sich in der Landwirtschaft ein Kreditsystem entwickelt, das in einseitigster Weise den Interessen des Agrarkapitals und des Großgrundbesitzes dient, hingegen unter den werktätigen Bauernmassen zu den verheerendsten und fluchwürdigsten Zuständen auf dem Gebiete der Kreditversorgung und des Zinswuchers geführt hat. Die landwirtschaftlichen Kredit- und Absatzgenossenschaften sind keine Hilfsorgane für die tätigen Bauern, sondern Organe des verbündeten Agrar- und Finanzkapitals zur Ausplünderung der Bauernwirtschaften. Sie sind Organe zur Beherrschung des Lebensmittelmarktes und damit Organe zur Auswucherung der Bauern und Arbeiter. Die großlandwirtschaftlichen Genossenschaften sind nichts anderes als Handlanger des Finanzkapitals. Sie werden organisatorisch durchweg vom Großgrundbesitz, von den Großbauern beherrscht. Der zahlenmäßige und wirtschaftliche Einfluß der Kleinbauern ist in diesen Genossenschaften gering.

Gegen Ende des Jahres 1928 bestanden in Deutschland insgesamt 39.946 landwirtschaftliche Genossenschaften, von denen 25.946 Genossenschaften dem „Reichsverband der Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften“ und 8609 dem „Generalverband der Deutschen Raiffeisengenossenschaften“ angeschlossen waren. Von den übrigen sind 1145 Genossenschaften dem „Revisionsverband des Bayerischen Bauernvereins“ und 916 Genossenschaften dem „Genossenschaftsverband des Reichslandbundes“ angeschlossen. Die Spitzen aller dieser Genossenschaftsverbände sind in den Händen der reaktionären Junker und Großbauern, die diese Genossenschaften häufig zur persön-[612]lichen Bereicherung mißbrauchen, wie es die zahlreichen Zusammenbrüche der Landbundgenossenschaften in den letzten Jahren und die Millionenverluste der Raiffeisenbank nachweisen.

Die mittels dieser Genossenschaften vom Finanzkapital geführte Politik ist keine andere als die Politik der Enteignung der Bauernwirtschaften. Die Herrschaft des Finanzkapitals in der Landwirtschaft drückt sich weiterhin in den steigenden Gewinnen des Zwischenhandels und in der Bereicherung des Handelskapitals auf Kosten der armen Bauernmassen aus.

Die großlandwirtschaftliche Qualitäts-(Standard-)ware verdrängt die Ware der Bauernwirtschaft vom Markte.

Die mit Hilfe hoher finanzieller Staatsaufwendungen fortschreitende Standardisierung der landwirtschaftlichen Produktion verdrängt die Produkte der Bauernwirtschaft mehr und mehr vom Markt. Dabei ist zu beachten, daß die kleinbäuerlichen Wirtschaften in nur ganz geringem Maße als Marktbelieferer um Betracht kommen und in der Hauptsache für den Eigenbedarf produzieren.

Unter der industriellen und landwirtschaftlichen Rationalisierung treten bedeutende Verschiebungen auf dem Gebiete des Absatzes der Produkte ein. Die sogenannte „Teilung der Nachfrage“ ist eine Folge der industriellen Rationalisierung, die die wirtschaftliche Lage und damit die Kaufkraft eines geringen Teiles der Bevölkerung behoben, andererseits aber die Lage und Kaufkraft der übergroßen Mehrheit der Millionen von Werktätigen, insbesondere der Erwerbslosen ungeheuer verschlechtert hat. Die zahlungsfähigeren Schichten fordern landwirtschaftliche Qualitätsware und zahlen höhere Preise, was die Großlandwirtschaft zu einer beschleunigten Produktionsumstellung veranlaßte. Diese Teilung der Nachfrage wirkt sich zum größten Schaden der kleinen und armen Bauern aus. Diesen fehlen für die Standardisierung die notwendigen Geld- und Kreditmittel, das notwendige Land, die notwendigen Maschinen und Gebäude. So werden die Produkte der kleinen Bauernwirtschaften durch diese Entwicklung für die kaufarmen und schwachen Schichten bestimmt. Mit der steigenden Erwerbslosigkeit, mit der wachsenden Kurzarbeit, mit dem Abbau der Sozialfürsorge und mit der ganzen Verschlechterung der Lebenslage der Massen wächst auch die Absatzschwierigkeit für die bäuerliche Wirtschaft. Hinzu kommt auch die im Dorfe wachsende Erwerbslosigkeit, bei welcher die Söhne und Töchter der werktätigen Bauern keine Erwerbslosenunterstützung erhalten. So tritt mit der fortschreitenden großlandwirtschaftlichen Rationalisierung und Standardisierung eine ungeheure Verschärfung des Konkurrenzkampfes innerhalb der landwirtschaftlichen Schichten ein, die zur Erdrosselung und zum völligen Ruin der kleinen Bauernwirtschaften führen muß.

Die landwirtschaftliche Notproduktions- und Absatzprogramme der Regierungen sind das Programm der Subventionierung der Großlandwirtschaft und des Niederganges der werktätigen Bauernschaft

Das vom Landbundführer Schiele aufgestellte, von Reichsregierung und Reichstag 1928 beschlossene „Landwirtschaftliche Notprogramm“ entsprach völlig der Agrarpolitik des Finanzkapitals.

[613] Im Notprogramm des Jahres 1928 fand die Verständigung zwischen Agrar- und Industriekapital ihren politischen Ausdruck. Unter dem Druck der innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten und Notwendigkeiten vollzog sich in immer beschleunigterem Tempo und in Ergänzung der allgemeinen kapitalistischen Rationalisierung das enge Verwachsen des Finanzkapitals mit dem Agrarkapital. Auf die zentrale Forderung des Agrarkapitals: „Herstellung der Rentabilität der Landwirtschaft“ antwortete das Finanzkapital mit der Parole: „Durch Industrialisierung, Rationalisierung und Standardisierung zur Rentabilität“.

Die Bürgerblockregierung von 1928, wie auch die Müller-Koalitionsregierung hat die Bevorzugung und Subventionierung des Großgrundbesitzes nicht nur mittels finanzieller Staatshilfe, sondern auch auf dem Wege der Steuer-, Kredit-, Zoll- und Handelspolitik in weitgehendstem Maße gefördert. Dieses sogenannte landwirtschaftliche Notprogramm mit seinen 200 Millionen Mark zur Umschuldung und Industrialisierung der Großlandwirtschaft, mit 30 Millionen Mark zur Förderung der Standardisierung, mit 25 Millionen Mark zur Zentralisierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist ein großagrarisches und großbäuerliches Profitprogramm, das in seiner Entwicklung und

Rückwirkung auf die arbeitende Bauernschaft den völligen Untergang der kleinbäuerlichen Wirtschaften und die wirtschaftliche Schwächung des größte um Teils der mittelbäuerlichen Betriebe zur unabwendbaren Folge hat.

Die Müller-Koalitionsregierung ließ entsprechend den Zollforderungen der „Grünen Front“ den Agrarzöllen der Bürgerblockregierung in den Jahren 1925 bis 1927 durch die Zollgesetzvorlagen im Dezember 1929 und im März 1930 weitere Zoll- insbesondere Agrarzollerhöhungen folgen. Den erhöhten Agrarzöllen folgten die Stahl- und Eisen-, die Maschinen-, Textil-, Leder- und Holzindustriellen mit unverschämten Forderungen nach Zollerhöhungen für industrielle Produkte, somit auch ihrerseits beitragend an der Steigerung der Produktionskosten her bäuerlichen Wirtschaft. Die zollpolitischen Maßnahmen der Regierungen von Marx bis Brüning sind ein Teil des Finanzprogramms des deutschen Trustkapitals, das durch diese Zollpolitik die Lasten des Dawes- und Young-Plans den breiten Arbeiter- und Bauernmassen brutal und rücksichtslos aufbürdet. Gleichzeitig jedoch bedeuten diese und alle kommenden Agrarzölle im Rahmen der Durchführung der kapitalistischen landwirtschaftlichen Produktions- und Absatzprogramme eine Förderung der Entwicklung großlandwirtschaftlicher Kartelle und im In- und Auslande konkurrenzkampffähiger, preisdiktierender Agrarmonopole und damit eine Stärkung der Macht des Agrarkapitals der Großgrundbesitzer, Junker und Großbauern gegenüber der werktätigen Bauernschaft.

Der bauernfeindliche Kurs der Agrarpolitik wurde nach dem Regierungswechsel von der Müller-Koalition zur Hindenburg-Brüning-Schiele-Regierung fortgeführt, wie das vor allem im Gesetze über „Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft“, in der Osthilfe, in der Roggenpreisstützungsaktion, in der Schaffung des Maismonopols, der Zurückhaltung des Gesetzes über Neuregelung des Pachtwesens, um den vielseitigen Positionen des Reichsetats für Ernährung und Landwirtschaft im ausschließlichen Interesse der Großagrarier und Großbauern klar zum Ausdruck kommt.

[614] Die Hindenburg-Brüning-Schiele-Regierung, das Werkzeug der Trustkapitalisten und der landbündlerischen Großagrarier, hat in ihrem Generalangriff auf die Werktätigen als Versuch des kapitalistischen Auswegs aus der Krise mittels ihrer Agrarpolitik auch die Massen der werktätigen Bauern und Landarbeiter der verschärften Ausbeutung und Unterdrückung, der Hunger- und Faschisierungspolitik des verbündeten Finanz- und Agrarkapitals ausgeliefert. Die Generallinie dieser Bürgerblockagrarpolitik verfolgt den lückenlosen Schutzzoll als Kampfmittel gegen die Auslandsagrarkonkurrenz und als Mittel des Schutzes für die landwirtschaftliche Inlandsproduktion. Sie erstrebt die verstärkte Rationalisierung der Landwirtschaft zur Umgestaltung und Entwicklung der landwirtschaftlichen Inlandserzeugung nach den Marktbedürfnissen. Sie setzt sich als besonderes Ziel die Verbesserung der landwirtschaftlichen Technik zur Verbilligung der Produktionskosten und die Förderung der großlandwirtschaftlichen Standardisierung mittels organisierter Erzeugung und mittels organisierten Absatzes der landwirtschaftlichen Produktion.

Die Agrarpolitik der Bürgerblockregierung steht vollkommen im Zeichen der finanzkapitalistischen Diktatur. Das Gesetz über „Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft“ vom 15. April dieses Jahres mit seinen hauptsächlich zoll- und handelspolitischen Bestimmungen sowie die im gleichen Gesetz enthaltene Neuregelung und Ausdehnung des Einfuhrscheinsystems auf fast sämtliche landwirtschaftlichen Erzeugnisse gibt in zoll- und handelspolitischer Hinsicht der Regierung weitgehendste diktatorische Vollmachten, die, wie es die Praxis zeigt, ausschließlich im agrarischen und großbäuerlichen Interesse Anwendung finden. Die auf Grund dieses Ermächtigungsgesetzes erfolgten Zollerhöhungen namentlich für Getreide und Futtermittel, die sich als Verteuerung der wichtigsten Futtermittel gegenüber der werktätigen Bauernschaft auswirkt, wie auch die Neuregelung des Einfuhrscheinsystems erweisen sich als neue Hilfsaktionen der Reichsregierung für den landwirtschaftlichen Großgrundbesitz und Großhandel.

Diese Agrarpolitik mit der außenpolitisch besonders gegen die Sowjetunion gerichteten Zoll- und Handelspolitik, mit dem innenpolitischen Kurs der Abwälzung der Lasten des Young-Plans auf die werktätigen Bauern- und Landarbeitermassen, diese Agrarpolitik mit Subventionen an

Großagrarier und Großbauern, mit Sanierung ihrer angeblich bankrotten Betriebe, mit wucherischen Brotgetreide-, Futtermittel-, Molkereiprodukten- und sonstigen Lebensmittelzöllen, diese Agrarpolitik mit monopolistischer Beherrschung des Agrarproduktenmarktes, mit der verschärften Preisdiktatur für industrielle Erzeugnisse für den Bedarf der Bauernwirtschaft, mit dem Schutze des wucherischen Zwischenhandels, mit den wachsenden Angriffen der landwirtschaftlichen Unternehmer auf Löhne, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen des Landproletariats hat nicht nur die imperialistischen Gegensätze, nicht nur die Klassengesetze zwischen Bourgeoisie und Proletariat, sondern auch die soziale Differenzierung im Dorfe in außerordentlichem Maße beschleunigt und verschärft. Diese Agrarpolitik kennzeichnet auf das deutlichste die vollkommene Aussichtslosigkeit der bürgerlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Agrarkrise im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft. Die verzweifeltem Lösungsversuche der Agrarkrise gewähren bestenfalls der ausbeutenden Klasse [615] der Agrarunternehmer und Großbauern Aussicht, für kurze Zeit und vorübergehend ihre Betriebe „rentabel“ zu gestalten. Jedoch wird der kapitalistische Charakter dieser Lösungsversuche und „Hilfsmaßnahmen“ die Krise immer wieder erneuern, sie erweitern und vertiefen. – Für die werktätigen Bauernmassen Deutschlands gibt es nur eine einzige Lösung: Klassenkampf gegen Kapital und Großgrundbesitz, revolutionäres Bündnis der Bauernmassen mit dem Industrieproletariat unter der Führung der Kommunistischen Partei, der Sieg der proletarischen Revolution.

*

Die Lage des Handwerks in Deutschland

Von Th. Neubauer

1. Marx-Engels abermals „widerlegt“

Bürgerliche Nationalökonomie und Reformismus haben abermals einen glänzenden „Sieg“ über den Marxismus erfochten. Es ist ihnen „gelungen“, die Lehre von Marx und Engels in einem ihrer wichtigsten Teile zu widerlegen. Sie haben in jahrelanger Arbeit und tiefschürfenden Untersuchungen den „Beweis“ erbracht, daß sich die ökonomische Entwicklung ganz anders, gerade umgekehrt vollzieht, als Marx und Engels dargelegt haben. Sie haben damit erneut offenbar gemacht, wie absolut veraltet, überholt, unrichtig die Lehre des Marxismus ist. Hurra!

Diese neue „Widerlegung“ des Marxismus besteht in den Untersuchungen des Enquete-Ausschusses über Lage und Entwicklung des Handwerks in Deutschland. Auf Grund eines Reichstagsbeschlusses vom April 1926 wurde vom Reichwirtschaftsrat ein Enquete-Ausschuß zur Untersuchung der Lage der deutschen Wirtschaft eingesetzt, dessen (3.) Unterausschuß für Industrie, Handel und Handwerk eine Spezialgruppe (8. Arbeitsgruppe) mit der Untersuchung der Lage und Entwicklung des deutschen Handwerks beauftragte. Dieser Handwerksgruppe gehörten folgende Personen an: Vorsitzender Staatspräsident a. D. Professor Dr.-Ing. Hummel (einer der leitenden Direktoren des Farbentrusts) , Baltrusch (deutschnationaler Arbeitersekretär, jetzt zu Hummels „Staatspartei“ übergegangen), Reichminister a. D. Hamm (ein volksparteilicher Vertreter des Frustkapitals), Generalsekretär K. Hermann, Mitglied des Reichswirtschaftsrats, Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Rauch, Zentrumsabgeordneter im Reichstag, und Professor Waldemar Zimmermann. Die Handwerksgruppe schloß ihren Bericht im Februar 1930 ab. Das Schlußergebnis ihrer Enquete war folgendes:

„Im Laufe der neueren Entwicklung hat es sich aber gezeigt, daß viele Handwerkszweige sowohl in kaufmännischer als auch in technischer Hinsicht wandlungsfähig genug waren, um in gewissem Umfang den Wettbewerb mit der Industrie aufnehmen zu können ... Die Ergebnisse dieser Spezialuntersuchungen lassen erkennen, daß von einer konstitutionellen Erkrankung des Handwerks, wie um die Jahrhundertwende, nicht mehr gesprochen werden kann, dieses vielmehr nur in die allgemeine deutsche Wirtschaftskrise hineingerissen ist, im übrigen aber stark genug erscheint, seine Stellung in der Gesamtwirtschaft infolge technischer und kaufmännischer Rationalisierung, Spezialisierung und Kombinierung mit geeigneten Handelsfunktionen zu behaupten und zu stärken.“

[616] Ein aufsehenerregendes Ergebnis, fürwahr! Dem Handwerk geht es also besser als in der Vorkriegszeit; es befindet sich in einer Aufwärtsentwicklung, ist stark genug, sich gegenüber der gewachsenen Macht der Industrie zu behaupten und sogar seine Positionen zu stärken!??!

Kein Wunder, daß die bürgerliche Presse nach der Veröffentlichung dieses Enquete-Berichts frohlockend ausrief: „Das Handwerk hat immer noch einen goldenen Boden.“ Aber auch der sozialdemokratische „Vorwärts“ (20. .Juli 1930) stimmte in das schöne Lied zu Lob und Preis des Handwerks ein; unter der Ueberschrift „Handwerk kämpft sich durch“, faßte er das Resultat der Enquete dahin zusammen:

„Großkapitalistische Massenfabrikation und Warenverteilung haben den Handwerksbetrieb nicht beseitigt. Das Handwerk hat neue Arbeitsgebiete gewonnen und hat seine Betriebe zu kleinkapitalistischen Unternehmungen ausgebaut, die freilich noch mehr als früher vom Wohlstand der Massen abhängig sind.“

Mit diesen erstaunlichen Ergebnissen mehrjähriger Erforschung muß sich der Marxismus auseinandersetzen. Sie stehen tatsächlich zu allem, was Marx und Engels über die Verdrängung des Handwerks durch die kapitalistische Industrie und die Ruinierung des handwerklichen Kleinbürgertums durch den Kapitalismus gesagt haben, in schärfstem Widerspruch. Bekanntlich hat schon um die Jahrhundertwende der Bernsteinsche Reformismus bei ähnlichen „Ergebnissen“ der bürgerlichen „Wissenschaft“ angeknüpft, um zu beweisen, wie revisionsbedürftig der Marxismus sei. Für die Hilferding und Naphtali der heutigen Sozialdemokratie sind die Resultate der Handwerksenquete natürlich Wasser auf die Mühle, eine neue Bestätigung ihrer „Erkenntnis“, wie antiquiert und unbrauchbar der Marxismus für die gegenwärtigen Verhältnisse geworden sei.

Man muß sich daher schon die Mühe nehmen, die „tiefschürfenden“ Untersuchungen der Handwerksenquete nachzuprüfen. Dazu genügt nicht die Durcharbeitung des Generalberichts der Handwerksgruppe („Das deutsche Handwerk“, I. Band), auf dessen Materialien sich die oben zitierten „wissenschaftlichen Feststellungen“ über die Aufwärtsentwicklung des Handwerks gründen, sondern man muß dazu auch die Spezialberichte (bisher zwei Bände) über die Lage einzelner Handwerkszweige durchprüfen. Dann ergibt sich freilich eine Fülle sehr wichtigen Materials, ein geradezu erdrückendes Material. Allerdings, um das hier gleich vorwegzunehmen, nicht gegen den Marxismus, sondern gegen die „wissenschaftlichen“ Methoden der bürgerlichen Nationalökonomie und ihrer reformistischen Affen!

Die Prüfung des Enquetematerials ergibt, daß die ganze optimistische Auffassung über die Entwicklung des deutschen Handwerks ein unglaublicher Schwindel ist, daß sie mit den Tatsachen in krassestem Widerspruch steht und die Dinge geradezu auf den Kopf stellt!

Die deutsche Trustbourgeoisie will dem Handwerk, dem sie immer mehr die Grundlagen seiner Existenz entzieht, wenigstens die Illusion einer gesicherten Existenz gewähren. Sie will dem Handwerker Mut machen für die Zukunft, damit er das Elend seiner Gegenwart vergißt. Sie will den Handwerker, dessen Verstand den Kapitalismus verfluchen muß, wenigstens im Reiche des Glaubens versöhnen mit der Gesellschaftsordnung, die ihn ruiniert!

[617] So ist diese Handwerksenquete das Produkt der verlogenen kapitalistischen Mittelstands„retterei“. Seit der Stabilisierung der Mark läßt das großindustrielle Trustkapital den gewerblichen Mittelstand unausgesetzt „retten“. Alle kapitalistischen Parteien und Regierungen haben die „Rettung“ des Mittelstandes auf ihre Fahne geschrieben. Wenn man jetzt offen und ehrlich eingestehen wollte, daß sich die Lage des Handwerks hoffnungslos verschlimmert hat, so würde man damit zugleich zugeben daß die ganze Mittelstands„retterei“ ein ausgekochter Schwindel war. Man mußte also „beweisen“, daß sie „Erfolg“ gehabt, daß sich die Lage des Handwerks gebessert habe, daß die Handwerker also nicht den geringsten Grund hätten, sich zum Kampf gegen das Trustkapital mit der Arbeiterschaft zu verbünden, sondern im Gegenteil dem herrschenden Regime dankbar und ergeben zu sein hätten. Um diesen „Beweis“ zu erbringen, hat man {hie düsteren Schatten in helle Lichter umgezaubert, und dazu war keiner mehr geeignet, als gerade Herr Dr.-Ing. Hummel, der Mann des Farbentrusts!

2. Umfang und Struktur des Handwerks

Am 1. Oktober 1926 gab es – nach den Feststellungen der Handwerksenquete – 1.307.867 Handwerksbetriebe, welche 1.320.515 Inhabern gehörten und außer den Inhabern noch 1.517.046 Gesellen,

766.666 Lehrlinge und 109.325 Angestellte beschäftigten, also insgesamt 3.713.552 Personell. Auf den Betrieb kommen 2,84 Personen.

Die Gesamtzahl dieser Betriebe verteilt sich auf die zehn Hauptgruppen folgendermaßen:

Handwerksgruppe	Betriebe	Anteil v. H.	Beschäftigte	Anteil v. H.
Steine und Erden	14.898	1,1	47.341	1,3
Metallgewerbe	191.870	14,7	608.479	16,3
Chemisches Gewerbe	801	0,1	2015	0,1
Textilgewerbe	8524	0,6	24.789	0,7
Papier- u. Vervielfältigungsgewerbe	23.229	1,8	135.158	3,6
Leder- und Kautschukgewerbe	29.945	2,3	63.527	1,7
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	171.227	13,1	454.586	12,2
Nahrungsmittelgewerbe	227.775	17,4	541.451	14,6
Bekleidungs- u. Reinigungsgewerbe	445.504	34,1	865.035	23,3
Baugewerbe	192.886	14,7	966.095	26,0
Sonstige	1208	0,1	5073	0,2
	1.307.867	100	3.713.552	100

Diese Handwerksbetriebe verteilen sich auf folgende Größengruppen:

Kleinbetriebe (bis zu 3 Gesellen)	1.229.293	oder	94,0 %
kleinere Mittelbetriebe (4 bis 10 Gesellen)	59.064	"	4,5 %
größere Mittelbetriebe (11 bis 20 Gesellen)	11.700	"	0,9 %
Großbetriebe (über 20 Gesellen)	7 810	"	0,6 %

Die Kleinbetriebe setzen sich folgendermaßen zusammen:

Betriebe mit	0	Gesellen	821.393	oder	62,8 %
Betriebe mit	1	Gesellen	284.903	"	21,8 %
Betriebe mit	2–3	Gesellen	122.997	"	9,4 %

Weiter muß hervorgehoben werden, daß die Prozentzahlen der handwerklichen Mittel- und Großbetriebe in industriellen Bezirken erheblich [618] größer sind als in ländlichen Bezirken; im Bezirk der Handwerkskammer Berlin beträgt der Anteil der eben aufgeführten vier Größengruppen: 88,2 Prozent – 9,9 – 2,4 – 1,5; im Bremer Bezirk: 91,5 – 6,1 – 1,4 – 1,0; im Dortmunder Bezirk: 94,6 – 4,0 – 0,8 – 0,6; im Regensburger Handwerkskammerbezirk: 97,8 – 1,9 — 0,2 – 0,1; Detmold: 95,5 – 3,9 0,5 – 0,1.

Die Größengliederung in den einzelnen Handwerksgruppen sieht so aus:

Gruppe	Kleinbetriebe	Kleinere Mittel-betriebe	Größere Mittel-betriebe	Großbetriebe
Steine und Erden	1,1	1,9	2	2
Eisen und Metall	14,6	16,6	14	12
Chemisches Gewerbe	0,1	0,0	0	0
Papier- u. Vervielfältigungsgew.	1,3	4,2	7	9
Leder- und Kautschukgewerbe	2,4	0,9	0	0
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	13,2	12,3	11	8
Nahrungsmittelgewerbe	18,1	8,7	4	4
Bekleidungs- u. Reinigungsgew.	33,2	18,5	13	7
Baugewerbe	13,2	35,9	48	58
	100	100	100	100

Schon diese Statistiken, die der Enqueteausschuß selbst gibt, könnten genügen, um zu zeigen, wie wahrheitswidrig seine Schlußfolgerungen von der Gesundung und Stärkung des Handwerks sind, und wie blöde das Urteil des „Vorwärts“, das ganz verallgemeinernd von dem Handwerk sagt, daß es seine Betriebe „zu kleinkapitalistischen Unternehmungen ausgebaut“ habe. Aber sehen wir einmal zu, wie es in den Zweigen des Handwerks aussieht, die verhältnismäßig am stärksten in der obersten Größengruppe vertreten sind.

In der Gruppe Eisen- und Metallhandwerke (191.870 Betriebe) waren 93 Prozent Kleinbetriebe, 5 Prozent kleine Mittelbetriebe, 1 Prozent größere Mittelbetriebe und 1 Prozent Großbetriebe. Von diesen Großbetrieben (insgesamt 923) entfallen 246 auf die Schlosserei (bei insgesamt 32.810 Schlossereibetrieben), 160 auf mechanische Werkstätten (bei insgesamt 19.078), 156 auf Klempnerei

und Installation (insgesamt 31.078), 147 auf Elektrotechnik (insgesamt 13.485); in keinem der übrigen Zweige der Metallgruppe gibt es mehr als 16 Großbetriebe. In der Schlosserei gibt es 49,4 Prozent Betriebe ohne einen Gesellen, 23,9 Prozent mit 1 Gesellen, 15,7 Prozent mit 2-3 Gesellen, dagegen 0,4 Prozent Betriebe mit 21-30, 0,2 Prozent mit 31-40, 0,1 Prozent mit 40-50, 0,1 Prozent mit mehr als 50 Gesellen,

In der Gruppe Baugewerbe entfallen auf Kleinbetriebe 83 8 Prozent, auf kleinere Mittelbetriebe 11 Prozent, auf größere Mittelbetriebe 2,9 Prozent, auf Großbetriebe 2,3 Prozent. Von den 192.886 Betrieben sind 161.655 Kleinbetriebe und 4505 Großbetriebe; von den Großbetrieben entfallen allein auf Maurerbetriebe 3496; es folgen Maler, Tüncher, Lackierer mit 345, Zimmerer mit 263, Steinsetzer und Pflasterer mit 182, Stukkateure mit 92 Großbetrieben. In keinem der anderen Zweige des Baugewerbes übersteigt die Zahl der Großbetriebe 43.

Diese Zahlen unterstreichen, wie außerordentlich wichtig die Differenzierung innerhalb des Handwerks zur Einschätzung seiner Lage ist. Zwischen den 94 Prozent Kleinbetrieben und den 0,6 Prozent Großbetrieben besteht nicht nur ein gradmäßiger, sondern ein qualitativer Unterschied. [619]

3. Differenzierung auf Grund der Steuerstatistik

Das Material des Enqueteausschusses gewährt einen Einblick, wie außerordentlich stark sich die Differenzierung des Handwerks in den Einkommens- bzw. Gewerbeertragsverhältnissen ausdrückt. Es liegen freilich auch hier nur Einzelergebnisse vor.

Die Handwerkskammer Koblenz stellte für 1927 fest, daß von insgesamt 14.822 Handwerksbetrieben ihres Bezirks 7355 oder 49,62 Prozent keine Gewerbesteuer bezahlt haben! Die Gesamtübersicht sieht so aus:

1	Betrieb	oder	0,006	%	mit	5000-10000	RM	Gewerbesteuer
2	Betriebe	"	0,01	%	"	2000-5000	RM	"
13	"	"	0,08	%		1000-2000	RM	"
126	"	"	0,85	%	"	500-1000	RM	"
61	"	"	0,40	%	"	400-500	RM	"
93	"	"	0,62	%	"	300-400	RM	"
230	"	"	1,58	%	"	200-300	RM	"
484	"	"	3,38	%	"	100-200	RM	"
739	"	"	4,98	%	"	50-100	RM	"
5718	"	"	38,57	%	"	1-50	RM	"
7355	"	"	49,62	%	"	0	RM	"

Von den 7355 Handwerksbetrieben,. die keine Gewerbesteuer zahlten, entfielen 29,58 Prozent auf Städte, 57,93 Prozent auf Landgemeinden.

Die Handwerkskammer Harburg-Wilhelmsburg hat über die Einkommensverhältnisse in ihrem Bezirk interessante Mitteilungen gemacht, von denen wir einige wiedergeben wollen.

Stadt Harburg-Wilhelmsburg: von 1179 Betrieben 19,9 Prozent mit einem Einkommen bis 1500 RM, 39,2 Prozent bis 3000 RM, 24,2 Prozent bis 5000 RM, 13,4 Prozent bis 10 000 RM, 2,4 Prozent bis 15 000 RM, 0,9 Prozent über 15 000 RM.

Kreis Harburg: von 846 Betrieben 46,4 Prozent bis 1500 RM Einkommen, 37,6 Prozent bis 3000 RM, 13,3 Prozent bis 5000 RM, 2,3 Prozent bis 10 000 RM, 0,4 Prozent bis 15 000 RM.

Stadt Lüneburg: von 687 Betrieben 22,6 Prozent bis 1500 RM, 44,3 Prozent bis 3000 RM, 21,5 Prozent bis 5000 RM, 9,7 Prozent bis 10.000 RM, 1 Prozent bis 15.000 RM, 0,9 Prozent über 15.000 RM.

Kreis Lüneburg: von 447 Betrieben 58,8 Prozent bis 1500 RM, 34,7 Prozent bis 3000 RM, 5,8 Prozent bis 5000 RM, 0,7 Prozent bis 10.000 RM.

Stadt Celle: von 648 Betrieben 38.3 Prozent bis 1500 RM, 33,5 Prozent bis 3000 RM, 19,5 Prozent bis 5000 RM, 5,6 Prozent bis 10.000 RM, 1,9 Prozent bis 15.000 RM, 1,2 Prozent über 15.000 RM.

Kreis Celle: von 1109 Betrieben 56,4 Prozent bis 1500 RM, 33,8 Prozent bis 3000 RM, 7,8 Prozent bis 5000 RM, 1,9 Prozent bis 10.000 RM, 0,1 Prozent bis 15 000 RM.

Stadt Stade: von 805 Betrieben 52,9 Prozent bis 1300 RM, 40 Prozent bis 3000 RM, 6,1 Prozent bis 5000 RM, 1 Prozent bis 10.000 RM.

Kreis Stade: 368 Betriebe, davon 35,1 Prozent bis 1500 RM, 40.2 Prozent bis 3000 RM, 13,9 Prozent bis 5000 RM, 9,4 Prozent bis 10.000 RM, 0.9 Prozent bis 15.000 RM, 0.5 Prozent über 15.000 RM.

Die Handwerkskammer Wiesbaden hat an Hand der Gewerbesteuergrundbeträge festgestellt, daß (Groß-Frankfurt ausgenommen) in ihrem Bezirk etwa 44 Prozent der Handwerker 1928 noch nicht einmal den Ertrag von 1500 RM erzielt haben; in der Stadt Wiesbaden selbst beträgt dieser Prozentsatz 40.

[620] Der Landesausschuß des Sächsischen Handwerks in Dresden hat Ermittlungen über die Vermögensbildung in den Handwerksbetrieben seines Bereichs anstellen lassen; man kam zu dem Resultat, daß von den selbständigen Handwerkern

40 %	ein	Vermögen	von	weniger	als	5000	RM
30 %	"	"	"	"	"	5000-10.000	RM
25 %	"	"	"	"	"	10.000-20.000	RM
5 %	"	"	"	"	"	20.000-50.000	RM

besitzen.

Diese verschiedenen Statistiken, bei all ihrer Lückenhaftigkeit, bestätigen doch die alte Tatsache erneut, daß ein sehr erheblichem Teil der handwerklichen Mittelschichten in seinen Einkommensverhältnissen auf das Niveau des Proletariats herabgesunken ist. Diese unteren Schichten des Handwerks erhalten ihre Existenz überhaupt nur durch übermäßig ausgedehnte Arbeitszeit, Einschränkung der Lebenshaltung auf das Notwendigste, elende Entlohnung der Hilfskräfte, Lehrlingszüchterei u. dgl. Von dem sagenhaften „goldenen Boden“ ist hier nichts zu merken.

4. Die Lage einzelner Handwerkszweige

a) Das Bäckerhandwerk

Das Bäckerhandwerk gehört zu den Zweigen handwerklicher Tätigkeit, die noch immer als die rentabelsten betrachtet werden.

Es gab 1926 97.397 handwerkliche Bäckereibetriebe; davon waren

47 Prozent Betriebe ohne Gesellen.
38 Prozent Betriebe mit einem Gesellen.
13 Prozent Betriebe mit zwei bis drei Gesellen.
2 Prozent Betriebe mit vier bis zehn Gesellen.
0 Prozent (172) Betriebe mit mehr als zehn Gesellen.

Der Prozentsatz der Bäcker, dem es gelang, sich auf die Stufe des „Großbetriebes“ hinaufzuarbeiten, ist also verschwindend klein: 2 Prozent!

Die beiden Handwerkszweige der Bäcker und der Fleischer nehmen in gewissem Sinne eine Sonderstellung innerhalb des Handwerks ein. insofern, als es ihnen gelang, das alte, zunftmäßige Monopol, das sie durch die Jahrhunderte hindurch besaßen, wenn auch nicht absolut, so doch relativ stark aufrechtzuerhalten. Die Beschaffenheit ihrer Waren. die die Kundschaft stets so frisch wie möglich verlangt, so daß der Produktionsprozeß zeitlich stark zusammengedrängt und der Absatz örtlich erheblich eingeengt ist, hat das Aufkommen von Großbetrieben zwar nicht verhindert, aber doch erheblich erschwert. In diesen beiden Handwerkszweigen verkörpert sich die „handwerksaristokratische“ Schicht, die der Bourgeoisie wirtschaftlich und politisch am nächsten steht, und deren Sonderstellung auch die Bourgeoisie anerkennt und pflegt. Bäcker und Fleischer haben es weitgehend verstanden, die Preise ihrer Waren hochzuhalten, selbst wenn die Getreide- und Viehpreise stark fielen; sie hatten außerdem die Möglichkeit, durch Verschlechterung der Ware (Verkleinerung des Gewichts usw.) auf Kosten der Konsumentenmassen ihre Gewinne zu erhöhen.

Es ist leicht möglich, daß die Vertreter des Bäcker- und Fleischerhandwerks bei der Enquete die Konkurrenzgefahren, die ihnen aus den Großbetrieben erwachsen, vergrößert haben, insbesondere im Verfolg ihrer konsumvereinsfeindlichen Propaganda, die die Konsumvereine als Konkurrenz unverhältnismäßig stark hervortreten ließ. Immerhin scheint doch festzustehen, daß auch in diesen beiden Handwerkszweigen keine [621] Stärkung der Positionen, sondern eher eine gewisse Schwächung erfolgt ist. Die Enquete stellt fest, daß sich in der Nachkriegszeit der Wettbewerb der Großbetriebe mit der Vermehrung ihrer Verteilungsstellen die näher an den Kunden herangerückt sind, und der Motorisierung des Verkehrs verstärkt habe, wogegen die Handwerksbetriebe „durch die billigeren Arbeitsleistungen der Familienangehörigen und der Lehrlinge“ ankämpfen (III. Band, S. 1).

„Andererseits hat aber auch das Verbot der Nachtarbeit zweifellos die Konkurrenz zwischen handwerklichen Bäckereien und Großbetrieben in einer anderen Richtung verschärft. Zur Auffüllung der ersten Arbeitsstunde sind die Großbetriebe in der Nachkriegszeit in immer stärkerem Umfange auch zur Herstellung von Kleinwaren übergegangen. Sie stellen auch Konditorwaren her. Sie greifen also das Bäckerhandwerk auf dem Gebiet an, wo es sich für unangreifbar hielt.“ (S. 2.)

„Uebereinstimmend stellen die Sachverständigen einen verschärften Wettbewerb der Brotfabriken und besonders der großbetrieblichen Konsumvereinsbäckereien fest.“ (S. 15.)

„Im ganzen sind die Erzeugungsbedingungen der Großbetriebe günstiger als die der Handwerksbäckereien.“ (S. 16)

b) Das Konditorhandwerk

„Der ursprüngliche Tätigkeitsbereich erlitt durch das Vordringen der industriellen Produktion, vor allem der Schokoladen-, Pralinen- und Keksindustrie und durch die Ausführung von Konditorwaren durch das Bäckergewerbe eine erhebliche Einschränkung.“ (S. 101.)

Das Konditorhandwerk hat versucht, durch „Verkauf über die Straße“ und durch Verbindung mit Cafés seinen eingeschränkten Umsatz zu erweitern. Die Konsumvereine sind eine starke Konkurrenz der Konditoreien geworden, ebenso die Warenhäuser.

„Dieser Wettbewerb der Konsumvereine wird sich ebenso wie die Konkurrenz der Warenhäuser in der Zukunft voraussichtlich noch verstärken. Wie die Warenhäuser rücken auch die Konsumvereine durch Filialgründungen immer näher an die Verbraucher heran.“ (S. 108)

„Die Konditorei-Cafés werden zugunsten neuzeitlicher Vergnügungsstätten vernachlässigt. Diese sind mit ihren musikalischen Darbietungen und der oft übertrieben luxuriösen Ausstattung heute viel stärkere Konkurrenten für die Konditoreien als in der Vorkriegszeit.“ (S. 109)

c) Das Fleischerhandwerk

Die Betriebe des Fleischerhandwerks gliedern sich wie folgt:

59	Prozent	Betriebe ohne Gesellen.
30	Prozent	Betriebe mit einem Gesellen.
9	Prozent	Betriebe mit zwei bis drei Gesellen.
2	Prozent	Betriebe mit vier bis zehn Gesellen.
0	Prozent	(254) Betriebe mit mehr als zehn Gesellen.

Das Fleischerhandwerk steht in Konkurrenz mit den Fabriken zur Herstellung von Dauerwaren (Wurst, Schinken usw.), mit den Fleischereigroßbetrieben, die ein eigenes Filialnetz haben, und den Großschlächtern, die das Ausschlachten zum Weiterverkauf an die kleineren Fleischer betreiben.

„In Berlin und Königsberg bereits ausschließlich, in anderen Großstädten in größerem oder kleinerem Umfange besorgen heute die Großschlächter das Schlachten und Ausschlachten des Viehs. Sie liefern das Fleisch in großen Stücken an den Ladenfleischer, der es teilweise verpfundet, zum anderen Teil [622] zu Fleisch- und Wurstwaren verarbeitet. Nur in den kleineren Städten pflegt der Handwerksmeister das Vieh durchweg noch selbst einzukaufen und zu schlachten.“ (S. 142.)

„Die Zahl dieser Großschlächter betrug 1908: 1250, 1925: 1800. Die Entwicklung des Großschlächterwesens vollzieht sich zwar nicht in allen Städten gleichmäßig, doch lassen sich starke Ausdehnungstendenzen allgemein feststellen.“ (S. 167.)

„Diese Großschlächter entwickeln sich mehr und mehr zu, Großhändlern, die das eingekaufte Vieh Lohnschlächtern zum Ausschlachten übergeben. Sie beliefern die großen Verbraucher, Hotels, Warenhäuser, Gastwirtschaften.“ (S. 167.)

„Empfindlicher wird vom Handwerk die Konkurrenz der Konsumvereine gespürt.“ (S. 168.)

„Der Fleischwarenhandel der Kolonialwaren-, Gemüse- und anderer Lebensmittelgeschäfte ist direkt zur Plage geworden.“ (S. 187.)

„Ich habe stark unter der Konkurrenz der Warenhäuser, Konsumvereine und Kolonialwarengeschäfte zu leiden.“ (S. 189.)

„Zweifellos haben alle Konkurrenzbetriebe gegenüber der Vorkriegszeit eine starke Zunahme erfahren.“ (S. 191.)

d) Das Schuhmacherhandwerk

Die Handwerksenquete zählte 1926:

82	Prozent	Betriebe ohne Gesellen.
14	Prozent	Betriebe mit einem Gesellen.
3	Prozent	Betriebe mit zwei bis drei Gesellen.
1	Prozent	Betriebe mit vier bis zehn Gesellen.
0	Prozent	(109) Betriebe mit mehr als zehn Gesellen.

Infolge der außerordentlich gedruckten Lage haben sich viele Gesellen, sobald sie (hie Lehrzeit hinter sich hatten, selbständig gemacht, weil sie keine Arbeit als Geselle fanden. Dadurch ist das Handwerk stark übersetzt.

Schon in der Vorkriegszeit war das Handwerk in der Herstellung von Schuhwerk für die städtische Bevölkerung durch die Fabrik fast vollkommen ausgeschaltet; in der Nachkriegszeit hat sich der Fabrikschuh in zunehmendem Maße auch das flache Land erobert. Für das Handwerk bleibt (wenn man von Spezialschuhen absieht) nur die Reparatur, und auch diese wird in zunehmendem Maße durch Schnellbesohlanstalten, mechanische Werkstätten usw. eingeschränkt. Die Herstellung von Spezialschuhen (orthopädisches Schuhwerk) wird zu einem großen Teil von Fabriken geleistet.

Die Lage des Schuhmacherhandwerks erscheint hoffnungslos. Nach einer Spezialerhebung des Reichsverbandes des Deutschen Schuhmacherhandwerks waren im Winter 1926/27 5,45 Prozent aller Mitglieder von 484 Innungen als zahlungsunfähig und unpfändbar bezeichnet worden!

Die Aussagen der vom Enqueteausschuß gehörten Sachverständigen aus dem Schuhmacherhandwerk waren ein einziges Jammerlied. Aber wir können uns hier wohl die weiteren Zitate und Materialien ersparen, da selbst der „Vorwärts“ kaum behaupten würde, daß sich die elenden Schuhmacherbuden zu kleinkapitalistischen Unternehmungen ausgebaut hätten.

e) Das Schneiderhandwerk

Die Handwerksenquete zählte 214.999 Betriebe; davon waren

77	Prozent	Betriebe ohne Gesellen.
14	Prozent	Betriebe mit einem Gesellen.
6	Prozent	Betriebe mit zwei bis drei Gesellen.
3	Prozent	Betriebe mit vier bis zehn Gesellen.
0	Prozent	(1364) Betriebe mit mehr als zehn Gesellen.

[623] Das Schneiderhandwerk ist stark übersetzt, da sich viele Gesellen selbständig machen müssen, weil sie keine Arbeit finden. Da die Konkurrenz so stark ist, arbeiten viele für jeden Preis. Infolge der Verarmung großer Teile der früher wohlhabenden Mittelschichten hat die Selbstanfertigung von Kleidungsstücken einen viel größeren Umfang angenommen.

Die Konfektion, die sich schon vor dem Kriege einen großen Teil des großstädtischen Bedarfs erobert hatte, hat ihren Kundenkreis nicht nur in den größeren Städten stark erweitert, sondern auch einen großen Teil des Absatzes auf dem flachen Land erobert.

„Von nachhaltigerer Wirkung als die Verarmung der Mittelschichten waren für das Schneiderhandwerk die gesteigerten Ansprüche der Bevölkerung an das modische Aussehen der Kleidung. Diese Ansprüche konnte die Konfektion um so leichter befriedigen, als sie gegenüber der Vorkriegszeit die Güte ihrer Waren verbessert und die Zahl der Größen und Modelle erheblich verbessert hat.“ (S. 360.)

„Die Konfektion liefert heute jede Art der Bekleidung, Haus-, Sport-, Straßen- und Gesellschaftskleidung. Sie bietet neben der größeren Auswahl an Kleidungsstücken dem Käufer den Vorteil, daß er durch Anprobieren sofort Sitz und Aussehen feststellen kann. Die Handwerksware ist um stärksten bei der Damenkleidung durch die Konfektion verdrängt worden.“ (S. 361.)

„Vom Reichsverband des deutschen Schneidergewerbes wird der Anteil des Handwerks an der Bedarfskleidung für Damenkleidung mit 25 bis 30 Prozent, für Herrenkleidung mit etwa 50 Prozent angegeben. In der Vorkriegszeit sollen 60 bis 70 Prozent der Damenkleidung und 60 Prozent der Herrenkleidung im Wege der Maßarbeit hergestellt worden sein.“

Infolge der schlechten Lage des Schneiderhandwerks hat die Lehrlingszüchterei einen außerordentlichen Umfang angenommen. Da aber diese Lehrlinge nach ihrer Gesellenprüfung zum großen Teil keine Arbeit finden, machen sie sich selbständig und verschärfen dadurch die Konkurrenz.

f) Das Buchbinderhandwerk

„Die Wirtschaftslage des Buchbinderhandwerks hat sich seit der Vorkriegszeit, und zwar sowohl aus Gründen der verstärkten großbetrieblichen Konkurrenz als auch infolge der strukturellen Wandlungen der Wirtschaft weiterhin verschlechtert.“ (S. 476.)

„Der Auftragsmangel hat viele Meister zur Aufgabe der Buchbinderei und zur Angliederung eines Handelsgeschäftes oder zur Spezialisierung gezwungen. Als Folge der niederen Einkommensverhältnisse läßt sich weiterhin eine stark Ueberalterung der Handwerksmeister feststellen. Die Betriebsinhaber sind heute gezwungen, solange im Betrieb tätig zu sein, wie es der körperliche Zustand gestattet.“ (S. 482.)

59 Prozent der Betriebe arbeiten ohne Gesellen, 20 Prozent mit einem Gesellen. 10 Prozent mit zwei bis drei Gesellen, 7 Prozent mit vier bis zehn Gesellen. 4 Prozent mit über zehn Gesellen.

g) Das Sattlerhandwerk

Die Handwerksenquete stellte für 1926 folgende Struktur fest:

70	Prozent	Betriebe ohne Gesellen.
23	Prozent	Betriebe mit einem Gesellen.
6	Prozent	Betriebe mit zwei bis drei Gesellen.
1	Prozent	Betriebe mit vier bis zehn Gesellen.
0	Prozent	(42) Betriebe mit mehr als zehn Gesellen.

„Die ungünstige Absatzentwicklung hat innerhalb des Sattlerhandwerks die Konkurrenzverhältnisse außerordentlich verschärft. Der allgemeine Rückgang des Beschäftigungsgrades zwang viele Handwerksmeister zur Entlassung von Gehilfen. Die entlassenen Gesellen haben sich zum [624] großen Teil selbständig gemacht und die Uebersetzung im selbständigen Handwerk verstärkt.“ (IV. Band, S. 14.)

„Die Konkurrenz der Großbetriebe drängte das eigentliche Sattlerhandwerk dahin, sein Schwergewicht immer mehr auf den Handel mit Lederwaren und Spezialarbeiten zu legen. Die eigentliche Hauptarbeit, die Herstellung von Geschirr und Riemenzeug, ist stark zurückgegangen, obwohl sich die Zahl der Pferde gegenüber 1913 nicht verringert hat. Die spezialisierten Betriebe unterscheiden sich in der Produktions- und Absatzweise kaum von der Lederwarenindustrie. Der Fabrikbetrieb hat mit der Einführung von Ersatzstoffen (Vulkanfiber, Hartplatten usw.) seinen Umfang ausdehnen können; er ist in der Kofferherstellung vorherrschend geworden, hat sich aber auch in der Portefeuillebranche verstärkt.“ (S. 2/3.)

„In den letzten Jahren hat sich die Wirtschaftslage des Sattlerhandwerks zunehmend ungünstiger gestaltet.“ (S. 9.)

„Sportartikel werden fast ausschließlich nicht vom Handwerk, sondern von Spezialfabriken hergestellt.“ (S. 11.)

„Die Konkurrenz von Betriebssattlern der Fabriken und von Gutssattlern, auch von Regiearbeit macht sich stark fühlbar.“ (S. 10/13)

„Infolge gegenseitiger Konkurrenz verdienen heute Sattlermeister bei diesen Arbeiten jedoch selten mehr als den Gesellenlohn.“ (S. 12.)

h) Das Schmiedehandwerk

Die Neuherstellung von landwirtschaftlichen Geräten, die Herstellung von Baubeschlägen hat das Handwerk an die Industrie abgetreten. Auch im Wagenbau und Pumpenbau wird es von der Industrie verdrängt. Hufbeschlag und Wagenreparaturen sind seine wichtigsten Arbeitsgebiete geworden. (S. 69.)

Mit der modernen Verkehrsentwicklung konnte das Schmiedehandwerk teilweise durch Zunahme der Reparaturarbeiten (Autos usw.) seine Verluste ersetzen.

„Der Wettbewerb der industriellen Betriebe hat sich gegenüber der Vorkriegszeit teils unter Einwirkung der Exportverluste, teils infolge weiterer Vereinheitlichung der Nachfrage und nicht zuletzt auch infolge einer allgemein zu beobachtenden Zurückdrängung der handgeschmiedeten Waren außerordentlich verstärkt. Dieses Vordringen der industriellen Produktion hat im Zusammenhang mit der Ausbreitung von Schmiede-Regiebetrieben und einer Verknappung der Nachfrage in der Nachkriegszeit den Beschäftigungsgrad des Schmiedehandwerks stark gesenkt. Im Durchschnitt sollen heute die Schmiedebetriebe mit einem Leerlauf von mindestens 30 Prozent arbeiten. Die industrielle Konkurrenz hat sich in der Nachkriegszeit besonders verschärft im Bau von Wagen und Autoanhängern. Auch die Herstellung der einfacheren landwirtschaftlichen Geräte wie Pflüge, Eggen und Kleinwerkzeug hat das Schmiedehandwerk in der Nachkriegszeit zum erheblichen Teile an die Industrie verloren. Selbst die Reparaturarbeit wird heute teilweise von der Industrie ausgeführt.“ (S. 77/78.)

Die Struktur des Schmiedehandwerks ist folgende:

63	Prozent	Betriebe ohne Gesellen.
31	Prozent	Betriebe mit einem Gesellen.
5	Prozent	Betriebe mit zwei bis drei Gesellen.
1	Prozent	Betriebe mit vier bis zehn Gesellen.
0	Prozent	(50) Betriebe mit mehr als zehn Gesellen.

i) Das Tischlerhandwerk

„Ins Zusammenhang mit der Industrialisierung der deutschen Wirtschaft griffen die Fabrikbetriebe immer mehr in das Arbeitsgebiet des Tischlerhandwerks ein. Die Gründe für das Vordringen der Fabrikbetriebe liegen teils in produktionstechnischen Fortschritten der Möbelindustrie, vor allem aber in Veränderungen der Nachfrage. Bei gesteigerten Ansprüchen an das Aussehen verlor in der Nachkriegszeit der Kauf [625] von Möbelstücken nach Zeichnung und Muster immer mehr an Bedeutung. Dem Handwerk blieb nichts anderes übrig, als sich auf Serienproduktion für den Möbelhandel umzustellen.“ (S. 152/53.)

„Trotz aller Umstellungen haben die handwerklichen Möbeltischlereien in der Nachkriegszeit aber zum Teil erhebliche Absatzverluste zugunsten der Möbelfabriken erlitten.“ (S. 166.)

„Auch in der Bautischlerei haben die Fabrikbetriebe, begünstigt durch die Normierung von Türen, Fenstern usw. in der Nachkriegszeit vordringen können, besonders auch durch die Herstellung von großen Siedlungsblocks.“ S. 167.)

57	Prozent	Betriebe ohne Gesellen.
24	Prozent	Betriebe mit einem Gesellen.
12	Prozent	Betriebe mit zwei bis drei Gesellen.
6	Prozent	Betriebe mit vier bis zehn Gesellen.
1	Prozent	Betriebe mit mehr als zehn Gesellen.

k) Das Zimmererhandwerk

„Im Zusammenhang mit der Herausbildung der Großbaubetriebe hat das Zimmererhandwerk einen Teil seiner Arbeitsmöglichkeiten an Großunternehmer und Hausfabriken abtreten müssen, besonders in den Großstädten.“ (S. 288.)

„In den verringerten Bedarf hat sich das Zimmererhandwerk heute außerdem in weit höherem Grade als in der Vorkriegszeit mit den Regiebetrieben der Behörden, der Siedlungsgesellschaften und der Großunternehmen zu teilen.“ (S. 289.)

„Soweit die neue Bauweise bis jetzt hat Fuß fassen können, hat sie dem Zimmererhandwerk in wachsendem Umfange die Arbeitsmöglichkeiten genommen. (S. 295.)

Da die Größe der Handwerksbetriebe je nach den vorliegenden Aufträgen außerordentlich starken Schwankungen unterworfen ist, hat es wenig Zweck, die Prozentzahlen der Handwerksenquete anzugeben.

l) Das Elektroinstallateurhandwerk

Das Elektroinstallateurhandwerk ist der wichtigste der auf dem Boden der modernen Industriewirtschaft neu erwachenden Handwerkszweige. Es ist aber ein ausgesprochenes Hilfsgewerbe. Seine Struktur war folgende:

46	Prozent	Betriebe ohne Gesellen.
24	Prozent	Betriebe mit einem Gesellen.
17	Prozent	Betriebe mit zwei bis drei Gesellen.
10	Prozent	Betriebe mit vier bis zehn Gesellen.
3	Prozent	(390) Betriebe mit mehr als zehn Gesellen.

Die Elektroinstallateure klagen über mangelnde Beschäftigung, teils weil die Bautätigkeit sehr verringert ist, teils weil ihnen (hie Elektrizitätswerke durch ihre eigenen Abteilungen die Arbeit fortnehmen. (S. 423.) „Die Konkurrenz der Elektrogroß firmen hat sich im Vergleich zur Vorkriegszeit erheblich verschärft.“ (S. 427.)

Das Elektroinstallateurhandwerk ist typisch für die Handwerkszweige, die durch die neuzeitliche Industrieentwicklung hervorgerufen wurden, um zunächst eine Lücke auszufüllen, und nunmehr allmählich wieder verdrängt werden, in dem Maße, wie die Industrie diese Arbeiten selbst zu übernehmen in der Lage ist.

m) Das Klempner- und Installationshandwerk

Das Klempnerhandwerk hat die Herstellung von Haus- und Küchengerät an die Blechwaren-, Emaille- und Aluminiumindustrie verloren; nur noch auf dem Lande werden solche Haus- und Küchengeräte in beschränktem Umfang hergestellt. Einen Ersatz dafür bot dem Klempner-[626]handwerk die Bauklempnerei und Installation. Der Installationsbedarf ist außerordentlich stark gewachsen mit den steigenden Ansprüchen an hygienisches Wohnen (Bad, Wasserklosetts usw.).

„Die selbständigen Bauklempnereien werden durch Regiebetriebe und Produktionsgenossenschaften auch durch Schwarzarbeit stark beeinträchtigt.“ (S. 497.)

„Insgesamt sollen nach Angaben des Reichsverbandes im Installateur. und Klempnergewerbe etwa 15 Prozent aller Klempnerarbeiten, die beim Wohnungsbau anfallen, von den Regieklempnern der Industrie und der Bauunternehmer ausgeführt werden.“ (S. 498.)

„Die Konkurrenz der Bauhütten und Baugilden wird vom selbständigen Handwerk als recht beträchtlich bezeichnet. Die Rentabilität der Handwerksarbeit ist stark gedrückt durch das Submissionswesen.“ (S. 499.)

„Weitaus die größte und stärkste Konkurrenz bereiten den Installateuren die Gas- und Wasserwerke.“ (S. 500.) Diese drücken auch die Preise der Installationswaren, mit denen das Handwerk handelt.

„Die Anlage von Zentralheizungen ist bis auf 10 bis 20 Prozent dem Handwerk verlorengegangen.“ (S. 502.)

„Die Reparaturarbeiten leiden unter dem starken Zunahmen von Schwarzarbeit.“ (S. 503.)

Die Struktur des Klempner und Installationshandwerks ist folgende:

31	Prozent	Betriebe ohne Gesellen.
26	Prozent	Betriebe mit einem Gesellen.
13	Prozent	Betriebe mit zwei bis drei Gesellen.
7	Prozent	Betriebe mit vier bis zehn Gesellen.
1	Prozent	(444) Betriebe mit mehr als zehn Gesellen.

7. Zusammenfassende Schlußbetrachtung

Wir glauben, daß das vorstehend wiedergegebene Material aus den eigenen Feststellungen der Handwerksenquete erdrückend ist. Vergebens haben wir in den bisher veröffentlichten vier Bänden des Enqueteausschusses nach irgendwelchen günstigen Anzeichen für die Entwicklung des Handwerks gesucht: es findet sich auch nicht die Spur davon. Dagegen hätten wir leicht die pessimistischen

Momente, von denen wir nur die wichtigsten ausgewählt haben, um das Drei- oder Vierfache vermehren können. So miserabel also ist die tatsächliche Lage des Handwerks in dem kapitalistischen Deutschland der Nachkriegszeit.

Wir bitten den Leser, die mitgeteilten Tatsachen noch einmal zu vergleichen mit den eingangs zitierten Resümees über die Lage des Handwerks, wie sie der Enqueteausschuß gab, und wie sie der „Vorwärts“ so wundervoll formulierte. Man muß den Kopf schütteln über soviel Dummheit und Verlogenheit! Diese „Wissenschaft“ der bürgerlichen Nationalökonomie und des Reformismus mag sich begraben lassen; selbst im Schwindeln ist sie zu plump und zu dumm!

Die Tatsachen ergeben, daß sich mit der wachsenden Konzentration in der kapitalistischen Wirtschaft und mit der fortschreitenden technischen Entwicklung der kapitalistischen Industrie die Lage des Handwerks in der Nachkriegszeit außerordentlich verschlechtert hat. Eine ganze Reihe Handwerkszweige sind bereits ausgestorben; andere sind im Absterben; manche erhalten eine kümmerliche Existenz aufrecht als Hilfsbetriebe der Industrie. Und selbst die festesten Positionen der Handwerkswirtschaft, das Bäcker- und das Fleischergewerbe werden mehr und mehr eingeengt und bedrängt von den kapitalistischen Großbetrieben.

Die Tatsachen der Handwerksenquete gehen zurück auf die Jahre 1926/27. In jenen Jahren begann, erst langsam, dann aber immer stärker, eine Aufwärtsentwicklung des deutschen Kapitalismus. Das Jahr 1927 [627] ist gekennzeichnet durch eine Hochkonjunktur. Jetzt aber steht der deutsche Kapitalismus bereits wieder in einer tiefen Krise, welche auch das Handwerk mit verheerenden Folgen heimsucht. Die Umsätze sind stark zurückgegangen. Der Verbrauch an Fleisch und Brot ist wiederum erheblich gesunken. Die Bautätigkeit wurde scharf abgestoppt, was für die verschiedenen Bauhandwerke katastrophal wirkte. Die Bevölkerung schränkt ihren Verbrauch an Kleidung so stark wie möglich ein; die Schneider und Schneiderinnen sitzen ohne Arbeit. Das mit dem Handwerk verbundene Ladengeschäft, für viele Handwerker bisher die einzige Stütze ihrer Existenz, ist so zurückgegangen, daß es vielfach nicht einmal die Miete erbringt.

Die Schwere der Krise kommt in den amtlichen Bankrottziffern nicht annähernd zum Ausdruck. Wenn auch erheblich mehr als die Hälfte der Konkurse und Vergleichsverfahren das Handwerk und den Kleinhandel trifft, so ist doch die Zahl insgesamt nicht eben hoch; im Juli 1930 1605, im August 1352, im September 1267 Insolvenzen. Aber man muß dabei im Auge behalten, daß der Handwerker bis zum letzten gegen den Bankrott ankämpft, indem er sich und seine Familie auf Hungerration setzt. und wenn er am Ende seiner Kräfte steht, sein Geschäft meist im stillen liquidiert. Es kann gar kein Zweifel sein, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise für Hunderttausende von Handwerksbetrieben geradezu ruinös wirkt.

Daher auch die groß Gärung in den handwerklichen Mittelschichten, hie sich teilweise in fatalistischer Verzweiflung, teils auch in aktivierender Verbitterung ausdrückt. Ein großer Teil dieser Mittelständler ist dem Nationalfaschismus zugeströmt; erst ein kleiner Teil konnte von der kommunistischen Bewegung erfaßt werden. Hier liegt e i n e A u f g a b e! Gerade in dieser Krise muß es viel leichter sein als sonst, dies werktätigen Mittelschichten zu überzeugen, daß sie vom Kapitalismus nichts zu erwarten haben als Verelendung, daß sie im Bunde mit der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus kämpfen müssen!

*

Krise und neue Konzentrationswelle in Deutschland

Von Erich B i r k e n h a m m e r

A. Krise mmd Konzentration

> „Aber die Krisen jeder Art – am häufigsten die ökonomischer Natur – aber nicht nur diese allein – vermehren ihrerseits in ungeheurem Maße die Tendenz zur Konzentration und zum Monopol.“ (Lenin im „Imperialismus“.)

Nach der Inflationskrise setzte die erste große Rationalisierungs- und Konzentrationswelle des deutschen Kapitalismus ein. Die heutige Wirtschaftskrise, viel schwerer und tiefgehender als alle vorauf-gegangenen Erschütterungen, weist besonders starke Tendenzen der Zersetzung des deutschen

Monopolkapitals auf. Die zweite Weile der Rationalisierung und Konzentration ist sowohl Ursache wie Wirkung der gewaltigen kapitalistischen Krise. die heute über alle Zweige des konzentrierten deutschen Wirtschaftslebens (Schwerindustrie, Chemie, Bankkapital usw.) hinwegflutet.

Der durch Rationalisierung und Konzentration verursachte Verschrottungshunger der Monopolindustrie und die im Gefolge auftretende [628] furchtbare Proletariernot riefen Herrn Leipart, jenen ADGB-Gewaltigen, auf die Tribüne des Stockholmer Reformistenkongresses, wo er begeistert verkündete:

„Wir wollen die planmäßige Entwicklung der Industrie, wir begrüßen die rationelle Zusammenfassung in größere Einheiten ..."

Leipart schwimmt im Kielwasser des Hilferdingschen „organisierten Kapitalismus". Dem sozialfaschistischen Standpunkt setzen wir die Auffassungen Marx und Lenins gegenüber, die die Tendenz zum Monopol nicht aus der Stärke, sondern aus der Schwäche und dem zunehmenden Verfall des Kapitalismus ableiten. Marx wies schon im „Kapital" darauf hin, daß mit der Mehrwerterzeugung eine sich stetig steigernde Akkumulation einhergeht. Und mit der vermehrten Masse des als Kapital funktionierenden Reichtums entsteht durch die Akkumulation selbst die Tendenz zur Konzentration. Nie finden wir diese Marxsche These so handgreiflich bestätigt, wie gerade in der kapitalistischen Rationalisierung, die sich neben der ungeheuren Steigerung der Arbeitsintensität sowohl durch gesteigerte Kapitalsakkumulation, wie auch durch eine grandiose Sturmflut der Konzentration offenbarte.

Gerade Marx betonte schon, daß im Kapitalismus niemals eine wirklich planmäßige Konzentration vor sich gehen kann, weil die inneren Widersprüche, die dieser Wirtschaftsform eigen sind, auch die Zersetzung bereits entstandener Konzentrationsgebilde zur Folge haben werden:

„Die Akkumulation und die sie begleitende Konzentration sind nicht nur auf viele Punkte zersplittert, sondern das Wachstum der funktionierenden Kapitale ist durchkreuzt durch die Bildung neuer und die Spaltung alter Kapitale." (Marx: Volksausgabe „Kapital" I, S. 563.)

Der kapitalistische Konzentrationsprozeß geht also nicht seine Hilferdingsche „organisierte" Entwicklung. Er wird gestört, „durchkreuzt", wie Marx sagt. Neue Kapitale bilden sich als Störenfriede neben den vorhandenen konzentrierten Kapitalien. Und die alten spalten sich zum Teil. Der kapitalistische Profitsinn wird zum Sprengkörper seiner prächtigsten Konzentrationsgebilde. Und folgerichtig setzt Marx hinzu:

„Stellt sich die Akkumulation daher einerseits dar als wachsende Konzentration der Produktionsmittel und des Kommandos über Arbeit, so andererseits als Abstoßung vieler individueller Kapitale voneinander." („Kapital" I, S. 563.)

„Zugleich reißen sich Ableger von den Original-Kapitalen los und funktionieren als neue selbständige Kapitale." („Kapital" I, S. 562.)

Wer, wie die Leipart-Hilferding, natürlich seinen Hintern in die weichen Ministersessel gräbt, muß Marx als einen „Märchenerzähler", die harten ökonomischen Tatsachen als „Ausnahmen" belächeln und tapfer dem Kapitalismus-Imperialismus als einer Aera des „Frühsozialismus" das Wort reden.

Nicht nur national, sondern vor allem international wirkt die imperialistische Monopolbildung in der Richtung des rücksichtslos gesteigerten Machtkampfes bis zu seinem höchsten Grade: dem imperialistischen Kriege. Die Aera umfangreicher internationaler und nationaler Fusionen und Trustbildungen läutet nicht den Frieden, sondern den Krieg ein:

„Das Finanzkapital und die Trusts schwächen nicht die Unterschiede im Wachstum der verschiedenen Teile der Weltwirtschaft, sondern verstärken sie. Sobald aber die Kräfteverhältnisse andere geworden sind – wodurch lassen sich dann beim Kapitalismus die Gegensätze anders lösen, als durch die Macht?" (Lenin im „Imperialismus als jüngste Etappe", S. 98.) [629]

B. Die Bewegung in der Schwerindustrie

In der ersten Phase der Konzentration der deutschen Schwerindustrie war das wichtigste Ergebnis die Fusion von vier Riesentrusts, die sich 1926 zur Vestag zusammenschlossen. Diesem Konzern folgt

nun als zweitgrößtes Montanunternehmen im Rang die Krupp-AG (die aber nur ein Drittel der Größe der Vestag erreicht!). Die erste Konzentrationswelle in der westdeutschen Schwerindustrie verschlang bereits 10 Hochöfen, 13 Walzwerke, 9 Martinstahlwerke und etwa 17 Schachtanlagen, 5 Kokereien sowie zahlreiche Gießereien, Walzenstraßen usw., die sämtlich stillgelegt wurden. Zwischen der Schwerindustrie und der stahlverarbeitenden Industrie ist es infolge der Ueberakkumulation und infolge der durch den Monopolzwang äußerst stark gewachsenen und nach Investierung suchenden Sonderprofite bereits zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen. Die Schwerindustrie will jenen Pakt mit der verarbeitenden Industrie sprengen, der ihr ein Eindringen in (hie Produktions- und Anlagegebiete der letzteren untersagt. Zwischen der Vestag und der IG-Farben-Industrie bahnt sich nun wegen der Aufrichtung eines Stickstoffmonopols eine weitere umfassende Konzentration an. Man will ein alles beherrschendes Stickstoffsyndikat schaffen und ist sich in den Grundzügen über das neue Unternehmen bereits einig. Der einst noch so simple „Prokurist“ Otto Flick, der heute ausschlaggebendste Aktionär der Vestag, ist der Haupttreibende in diesem Zusammenschlußprozeß. Flicks Einfluß geht über die rheinische Braunkohle, die Vestag, die mitteldeutsche und oberschlesische Industrie bereits bis nach Polen hinein, wo er sich in kapitalistischer Brüderlichkeit mit Harriman, dem amerikanischen Finanzkönig, einig geworden ist.

Das größte Syndikatsgefüge der deutschen Eisenindustrie ist jene Stahlwerks-Verband-AG Düsseldorf, die unter ihrem Dach die großen deutschen Montanriesen vereinigt. Dieses Syndikat wurde durch jenen „neuen Plan“ Anfang Februar 1930 neu in Funktion gesetzt. Dem Stahlwerks-Verband sind folgende Verbände angeschlossen:

1. Deutsche Rohstahlgemeinschlaft, Düsseldorf,
2. A-Produkten-Verband, Düsseldorf,
3. Stabeisenverband, Düsseldorf,
4. Grobblechverband, Düsseldorf,
5. Bandeisenvereinigung, Düsseldorf,
6. Deutsche Walzdrahtwerke AG (Walzdrahtverband), Düsseldorf.

1. Zur Deutschen Rohstahlgemeinschaft gehören folgende Konzernriesen: Vestag, G. H. H. Oberhausen, Krupp, Mannesmann, Klöckner, Thyssen, Hoesch, Henschel-Hattingen, Röchling, Mitteldeutsche Metallwerke, Rheinmetall, Borsig und noch viele Großbetriebe Deutschlands. Die Gesamtbeteiligung aller unter der Holding-(Dach)Gesellschaft der Rohstahlgemeinschaft vereinigten Verbände beträgt mehr als 18 Millionen Tonnen jährlich. Davon kontrolliert allein die Vestag 40 Prozent.

2. Der A-Produkten-Verband umfaßt im wesentlichen die vorher genannten Werke und regelt vornehmlich den Verkauf von Halbzeug, Formeisen, Eisenbahn-Oberbaustoffen usw.

3. Der Stabeisenverband vermittelt den Verkauf von Rund- und Vierkanteisen.

4. Im Grobblechverband werden Bleche und Flußeisen jeder Art erfaßt.

5. Die Bandeisenvereinigung verkauft Bandeisen in allen Formen (Bunde, Schlaufen, Stäbe, Feigen usw.). [630]

6. Der Walzdrahtverband vermittelt schließlich Walzwerkerzeugnisse verschiedenster Art (von 8 bis 13 Millimeter).

Der Gesamtvertrag des Stahlwerks-Verbandes läuft seit dem 1. Februar 1930 mit einer Dauer von zehn Jahren! Erstmalig kann der Vertrag im Jahre 1935 gekündigt werden. Die Rohstahlgemeinschaft. jener Konzernkoloß, besitzt im Rahmen des Verbandes eine Mehrheit von 73 Prozent. Der Stahlwerks-Verband hat durch seinen „Gruppenschutz“ eine gewaltige Produktionsdrosselung bzw. eine Produktionsstagnation beschlossen. Die oben genannten Verbände haben sich verpflichtet, einer dem andern nicht mehr „ins Handwerk zu pfuschen. Die durch die Syndikate aufgeteilten Erzeugnisse dürfen für die nächsten zehn Jahre eben nur von diesen Verbänden erzeugt werden.

Fasziniert von dieser aus tiefster Krise getroffenen Vereinbarung, sagte der SPD-Theoretiker Kurt Heinig („Arbeit“, Märzheft 1930): „Kein Unternehmer kann aus irgendeinem der Syndikatsverträge

heraus.“ Das Ganze nennt er „privatkapitalistisch-planwirtschaftliche Disziplin“. Der kluge Heinig wird bald eines anderen belehrt werden. Das Zerbersten der Internationalen Rohstahlgemeinschaft mit seiner Freigabe wichtigster Preisbindungen war nur ein Zeichen für die dem Kapitalismus innewohnenden Gesetze der widerspruchsvollen und ungleichmäßigen Entwicklung. Die „planwirtschaftliche Disziplin“ ist im Kapitalismus auf die Dauer unmöglich, sie herrscht nur vorübergehend und durchlöchert. Der innere Widerspruch, der Expansionsdrang der zusammengeballten Produktivkräfte sprengt die kühnsten Monopolgebilde wie Seifenblasen auseinander.

C. Konzentration durch Aufkaufkonsortien

Infolge der internationalen Quotentestlegung durch die Internationale Rohstahlgemeinschaft kommt es zwischen den einzelnen nationalen Gruppen, vor allem aber innerhalb der nationalen Gruppen, zu den heftigsten Konkurrenzkämpfen um die Festlegung der Quote. Schon im Jahre 1926 schlossen sich in der deutschen Stahlindustrie die Vestag, Krupp. Klöckner und Hoesch zu einem „Aufkaufkonsortium“ zusammen. Im Jahre 1930 wurde das Konsortium erneuert unter Hinzunahme folgendem Großkonzerne: Mannesmann, Haniel-Gute-Hoffnungs-Hütte und Henschel & Sohn (Kassel). Das „Aufkaufkonsortium“ hat die Aufgabe, durch Erwerb von Werken den Quotenanteil des gekauften Betriebes in die Hände zu bekommen. Es ist sehr wichtig, daß hinter der organisierten Quotenjagd die großen Bankkonzerne standen, die das Konsortium finanziell unterstützten. Zu nennen sind da vor allem die neu fusionierte DD-Bank und die Danat-Bank! Sie streckten das Geld vor, damit jene Quoten-Verschacherungsgesellschaft, die sich munter dem Namen Clearing-Gesellschaft in Köln gebildet hatte, die neu erworbenen Quoten richtig verteilen sollte. Trotz der großen Verschrottungswelle, die gerade mit dem verschärften Quotenhandel einsetzte, gingen eine ganze Reihe von Werken zu Neugründungen über. Sie verfolgen einzig den Zweck, durch die Erweiterung ihrer Kapazität einen erhöhten Anspruch auf die Quotenverteilung geltend machen zu können. So baute Krupp das modernste europäische Hüttenwerk, Thyssen den größten Hochofen Europas. Mannesmann schuf in Huckingen ein neues Röhrenstahlwerk. Durch die Manipulation der letzteren Firma sah sich wiederum Krupp als bisher alleiniger Hersteller von Röhrenstahl bedroht und drohte, ein außerhalb des Syndikats stehendes Röhrenwalzwerk zu schaffen. Mit erbitterter Schärfe führt unter Angabe der verschiedenartigsten Grunde [631] jeder Konzern seinen Kampf um die Quote. Jedes Werk verlangt z. B. für seine ganz bestimmte Qualitätsarbeit (Stabeisen, Feinstraßen usw.) eine Sondervergünstigung bei der Quotenbemessung. Die Quotenjagden der Großkonzerne verschlucken Millionenwerte. Bereits in der ersten Welle der Konzentration und des Quotenschachers (1926) wurden aus den Trümmern des Stumm-Konzerns große Werke gewählt, die als Opfer auf dem Schlachtfeld liegen blieben. So z. B.: Gußstahl-Werk Witten, Eisenwerk Kraft, Duisburg, die Norddeutsche Hütte AG, die Eisenindustrie von Menden und Schwerte, die Eisen- und Drahtwerke AG in Werne; ferner wurden stillgelegt die Westfälischen Stahlwerke Bochum, die Concordia-Hütte Bendorf, die Eisenhütte Holstein AG in Rendsburg usw. Ein Teil der letztgenannten Werke wurde erst vor kurzer Zeit stillgelegt. Herr Flick, der neue König der Vestag, überlieferte noch die Charlottenhütte AG dem Verschrottungstode. Eigens zu dem Zweck, die Verwertung der übrigbleibenden, von der Stillegung verschonten Betriebe zu regeln, wurde die Ruhrstahl AG (Sitz Witten) im März d. J. gegründet. Am Ende des Monats März hatte diese Gesellschaft schon ein Kapital von 36 Millionen Mark. Die Ruhrstahl AG steht bereits unter dem stärksten Einfluß der Vestag. Herrn Flicks Tätigkeit ist es zu danken, daß der größte Teil der Stahlquoten der aufgesogenen Werke auf seinen Betrieb überging (Bleche und sonstige Verbandsprodukte). Die Ruhrstahl AG ging sofort nach ihrer Gründung daran, eine Reihe bisher noch außenstehender Werke aufzusaugen. Die schwierigste Transaktion war zunächst die Uebernahme der Henrichshütte, Hattingen. Dann wurde die Wittener Gußstahl AG mit der Ruhrstahl AG verschmolzen. Das gleiche Schicksal ereilte die nachfolgenden Werke, die mit der neuen AG fusioniert wurden: Vereinigte Preß- und Hammerwerke AG (Bielefeld-Dalhausen), Annener Gußstahlwerke, Fa. Hangarter & Co., die Fabrik für Eisenbedarf Brenne. Alle diese neu erfaßten Werke harren zum Teil schon ihrer Stillegung bzw. sind schon zum Erliegen gebracht. Mit einer Stabeisenquote von 50.000 Tonnen, die an die Ruhrstahl AG abgetreten wurde, ist das Stahlrewag-Werk in Hagen bereits stillgelegt worden. Es geht in der ganzen Fusionsbewegung lediglich um die Aufsaugung der Quoten. Der Hauptgewinner im Prozeß der zweiten Welle des

Quotenschachers ist die Vestag. Sie hat von den 1.500.000 Tonnen Rohstahl und Eisen, deren Quoten durch die Fusionen frei wurden, allein 1,1 Millionen Tonnen erhalten! Ueber 70 Prozent der freigewordenen Quoten gingen also an die Vestag. Hinzu kommt nun noch, daß im Rahmen der einzelnen Montankonzerne wiederum ganze Abteilungen stillgelegt wurden, nun diese Quoten (diva für eine bestimmte Qualitätsware) aufzugeben und dafür von einem anderen Konzern eine andere Quote aufzukaufen. Es findet eine dauernde Umschichtung und Großschieberei in Quoten statt. Die Konzerne erzielen bei Massenentlassungen in den rationalisierten Betrieben Mammutgewinne.

Die von Tag zu Tag vor sich gehende Komplizierung und Verfeinerung des Quotenhandels hat schließlich zu jenem „reinen Quotengeschäft“ geführt. Durch die wucherische Quotenschieberei ist ein ganz neuer „Geschäftszweig“ entstanden. Eine neue parasitäre Schicht von Rentnern hat sich gebildet. Der Kapitalismus verwickelt sich in immer stärkere Widersprüche. Und die Quotenkapitalisten drosseln künstlich durch Aufkauf die Produktionsentfaltung ganzer Unternehmungen. So wurden die Stahlwerke de Maas in den Niederlanden und das Stahlwerk Niederrhein AG vom Röhrensyndikat aufgekauft. Dadurch wird eine technische Vervollkommnung dieser fusionierten einstigen Außenseiter verhindert. Die Unterbindung der Entfaltung der [632] Produktivkräfte soll die Kapitalisten über die Krisenperiode hinweghelfen. Durch „Gruppenschutz“ werden Neuanlagen unmöglich gemacht. Durch Geheimverträge und Patentankäufe sollen wichtige (gefährlich werdende) Erfindungen einfach nicht ausgebeutet werden. Der Kapitalismus nimmt nicht nur immer parasitärere Formen an, sondern drosselt in nie dagewesenem Maße und in stets neuen Formen die Entfaltung der vorhandenen Produktivkräfte. Er verschärft dadurch in stärkstem Maße die nach Entladung drängenden Konfliktstoffe. Das Krisenbarometer schnellt mit jedem Tage mächtiger in die Höhe.

D. Bankkrachs und Bankenfusionen

Auf dem Schlachtfelde der Bankenkonkurrenz blieben im Jahre 1929 allein 108 Privatbanken und genossenschaftliche Kreditinstitute liegen. Viele Bankrotts wurden jahrelang hinausgeschoben durch buchmäßige Neugründungen und Beteiligungen. Die Verschleierung der Unterbilanzen mußte im Stadium stärkster Krisensteigerung natürlich zerreißen (z. B. Verschleierung bei der Kieler Bank). Der Skandal bei der Kasseler Bank ist noch in aller Erinnerung. Ein staatliche Unterstützungsaktion sollte den Bankrott verdunkeln. Unzählige kleine Beamte sind um ihre sauer erarbeiteten Sparpfennige geprellt worden.

Auch auf dem Gebiet des Versicherungswesens zeigten sich katastrophale Zusammenbrüche, die die Morschheit und Korruption des kapitalistischen Gefüges bloßlegten: Die Favag (Frankfurter Versicherungs-AG) krachte wie ein Kartenhaus zusammen. Ein Gegenstück dieser Katastrophe bildet in diesem Ausmaß höchstens der Zusammenbruch des Stinnes-Konzerns und der Leipziger Bank. Bei der Favag ging es mit Riesenschritten in die Katastrophe hinein. Der Kurs der auf 400 M. lautenden Favag-Aktien stürzte im August 1929 von 900 auf 100 M. herab. Und damit reduzierte sich das auf 21 Millionen Mark belaufende Aktienkapital auf ganze 8 Millionen Mark. Das bedeutete die Vernichtung des Konzerns sowie zahlreicher Einzelgesellschaften, die dem Konzern angeschlossen waren. Die Direktoren hatten jahrelang mit vollen Händen die Revenuen verschleudert und sogar nach amtlichen Berichten einen „lockeren Lebenswandel“ geführt. Dieser Zusammenbruch war ein lebendiger Beweis dafür, wie Korruption und schmieriges Halunkentum die notwendige Begleiterscheinung des kapitalistischen Systems sind.

Alles in allem brachte die jetzige Krisenphase einen gewaltigen Dezimierungsprozeß unter den Privatbanken und im Versicherungswesen. Das Ansteigen der Verlustliste der bankrotten Unternehmungen bedeutete eine Stärkung der großen Bankkonzerne. Auf dem Trümmerfelde der verkrachten Banken hoben sich einige Bankriesen als vorläufige Sieger hervor.

Die bedeutsamste Konzentration im Bankgewerbe, die nur ihr analoges Beispiel im gewaltigen IG-Farbentrust hat, war die Fusion zwischen der Diskonto-Gesellschaft und der Deutschen Bank. Die gesamten Geschäftsbetriebe beider Banken sind nun zusammengelegt worden. Das Gesamtkapital dieser beiden Großbanken beträgt etwa 285 Millionen Mark. Daran sind beteiligt: Die Deutsche Bank mit 150 Millionen Mark und die Diskonto-Gesellschaft mit 135 Millionen Mark. Beide Banken

stellen einen gewaltigen Machtfaktor dar: Im Jahre 1928 erreichten sie z. B. bereits einen Umsatz von 345 Milliarden! (Deutsche Bank 225 und Diskonto-Gesellschaft 120 Milliarden). Als Grund des Zusammenschlusses der beiden Bankriesen wurde angegeben, eine großzügige Rationalisierung (nach Angaben der Direktion vor allen Dingen: [633] Personalabbau!) durchzuführen. Dann sollte der Wegfall der Filialen sowie die Zusammenfassung der zentralen Verwaltungsbetriebe wichtige Rationalisierungsersparnisse bringen. Die überragende Macht des neuen Finanzkolosses geht daraus hervor, daß heute in fast allen wichtigen Unternehmungen Vertreter der fusionierten DD-Bank sitzen. Bezeichnend für die Funktionen dieser Mammutbank ist die Tatsache, daß

„bei der Vergebung von Krediten und Anleihen durch die Banken (DD) Großunternehmungen vor mittleren und kleinen Firmen grundsätzlich bevorzugt worden sind." (Jahresbericht „Credit-Reform" E. V. 1929/30.)

So wurden unter den Keulenschlägen der zermalmenden Krise in den kreditsuchenden kleinkapitalistischen Kreisen die absonderlichsten Forderungen laut, die sich gegen den stürmischen Konzentrationsprozeß der Großbanken wandten. Man verlangte z. B. die Dezentralisation der Mammutgebilde und einen lokalpolitischen Einfluß auf die Tochterniederlassungen der DD-Bank. Daß diese Forderungen keinerlei Berücksichtigung fanden, versteht sich. So zerschmetterte die konzentrierte Finanzkraft der neugeschaffenen Großbank denn auch bereits eine Anzahl von Mittel- und Kleinunternehmungen.

E. Zusammenschlüsse Im Verkehrswesen

Der Konzentrationsprozeß im Verkehrswesen hat ebenfalls eine stürmische Entwicklung genommen. So wurden z. B. zwei wichtige verkehrspolitische Gruppen, die AG für Verkehrswesen sowie die Allgemeine Baugesellschaft Lenz & Co, fusioniert. Darauf wurde die Deutsche Eisenbahngesellschaft diesem Konsortium einverleibt. Die Baufirma Dyckerhoff & Widmann geriet mit ihren Tochterunternehmungen völlig unter die Abhängigkeit und Kontrolle des neugeschaffenen Konzerns. Das Aktienkapital der Verkehrs-AG wurde innerhalb der letzten sechs Jahre um 500 Prozent gesteigert. Im Jahre 1930 betrug es bereits 50 Millionen Mark. Der Einflußbereich des riesigen verkehrstechnischen Fusionsbetriebs geht aus der Tatsache hervor, daß die Verkehrs-AG heute bereits mehr als 75 Bahnen kontrolliert.

Auch auf dem Gebiete des Schiffahrtswesens erfolgten gewaltige Zusammenschlüsse. Durch die Fusion von Hapag und Norddeutscher Lloyd wurde ein Milliardentrust (1,08 Milliarden Mark!) geschaffen, der mehr als 80 Prozent der deutschen Handelsflotte beherrscht und mit seinem 2,4-Millionen-Tonnen-Schiffspark der größte Schiffahrtstrust der Welt geworden ist. Es ist für den Grad dieses vorläufig beendeten Konkurrenzkampfes bezeichnend, daß der Kartellvertrag für 50 (!) Jahre abgeschlossen wurde. Ebenso bezeichnend ist es, daß einige bisher hauptsächlich als Kreditgeber fungierende Großbanken die treibenden Kräfte zur Fusion waren. Es handelt sich besonders um die Darmstädter und Nationalbank, die Bremer Schröder-Bank usw. Die von den Großbanken geschaffene Schiffahrts-Machtzentrale stößt international und mit ausgesprochenen imperialistischen Tendenzen auf dem Weltmarkt vor. Sie hatte bereits in Großbritannien und der USA grandiose Fusionsbewegungen zur Folge und leitet einen gewaltigen Konzentrations- und Rationalisierungsprozeß auch in der Werftindustrie ein. Schon im Februar 1930 machte Rudolf Blohm von der Werft Blohm & Voß die Bemerkung, „daß eine starke Konzentration in den deutschen Reedereien stattgefunden hat und viele mittlere und kleinere Reedereien verschwunden sind" („Deutsche Bergwerks-Zeitung" vom 18. Februar 1930).

Auch die Waggonindustrie blieb nach heftigsten Konkurrenzkämpfen von einem krisenhaften Rationalisierungs- und Zusammenlegungsprozeß [634] nicht verschont. Es kristallisierten sich schließlich zwei Großbetriebe heraus, die der Kürze halber mit den Namen Ostwaggon und Westwaggon bezeichnet wurden. Erstere Gruppe hat als Führerin die Firma Linke-Hoffmann-Busch. Da aber im Westen Deutschlands, der vereinbarungsgemäß der Interessengruppe Westwaggon überlassen wurde, Linke-Hoffmann größere Aktienpakete und auch einige Werke besaß, traf man durch Vermittlung der Großbanken ein Abkommen, wonach Ostwaggon z. B. das Werk Fuchs-Heidelberg einfach an Westwaggon abtritt, ferner Ostwaggon das ihm gehörige Werk Herbrand (Köln) stillegt. Dafür ist

Westwaggon so gefällig und legt als Tauschpfand das ihm gehörige Waggonwerk Weyer & Co. in Düsseldorf still. Genau wie in der Schwerindustrie ist also auch in der speziellen Waggonindustrie der Konzentrationsprozeß von einer für die Arbeiterschaft äußerst verlustreichen Rationalisierungs-(hier Stillegungs-)bewegung begleitet.

F. Konzentration in der Zigaretten- und Papierindustrie

Die beiden größten deutschen Zigarettenproduzenten: Haus Neuerburg und die Reemtsma AG gingen in eine enge Arbeitsgemeinschaft mit dem Ziele der Umwandlung ihres privaten in ein öffentliches Monopol ein. Beide Großkonzerne produzieren heute bereits mehr als 73 Prozent der in Deutschland auf den Markt geworfenen Zigaretten. Der über den kleinen und mittleren Zigarettenfabriken schwebende Pleitegeier zwang unzählige vor dem Bankrott stehende bzw. bereits zerborstene Zigarettenunternehmungen, in dcii Großkonzern aufzugehen. Die führende Reemtsma AG kontrolliert zur Zeit bereits die nachstehenden in der Oeffentlichkeit nicht mehr unbekannten Zigarettengroßbetriebe: Eckstein, Massari, Batschari, Waldorf-Astoria, Jasmatzi, Josetti, Sulima, Konstantin, Manoli, Delta, Yenidze , Bulgaria usw.

Ebenfalls in der Papierindustrie flüchteten sich die konkurrenzbedrohten Großunternehmungen unter das rettende Dach der Kartelle, um die Profite monopolistisch zu sichern. Die beiden größten Druckpapierfabriken: Reisholz AG und die Feldmühle Papier- und Zellstoffwerke AG (Stettin) haben sich fusioniert. Diese Unternehmungen produzieren heute bereits mehr als 35 Prozent des in Deutschland auf den Markt gelangenden Papiers für Druckzwecke.

G. Optische und photomechanische Industrie

Eine ganze Reihe von Stillegungen lenkte die Arbeiteröffentlichkeit erneut auf den schon vor einigen Jahren geschaffenen Phototrust, der sich unter dem Namen Zeiß-Ikon AG bildete. Die den verschiedenen Großunternehmungen der photomechanischen und optischen Industrie nicht ausreichend erscheinende Dividende trieb die Photokapitalisten zu einer umfassenden Fusion: Die Contessa-Nettel AG (Stuttgart), die Optische Anstalt E. P. Goerz AG (Berlin), die Ica AG (Dresden) vereinigten sich zur Zeiß-Ikon AG. Die Jenenser Firma Zeiß hat, wie schon aus dem Namen des Phototrusts hervorgeht, einen maßgebenden Einfluß auf das Großunternehmen. Wie kostspielig die Fusion gewesen ist, geht u. a. daraus hervor, daß die beigetretene Firma Ernemann, die mit der Krupp AG einen Gemeinschaftsvertrag zwecks kollektiver Herstellung kinematographischer Apparate geschlossen hatte, aus Anlaß der Fusion horrende Summen an Krupp zahlen mußte. Krupp erhielt zunächst 808.000 Mark als Abfindung. Dann aber erhielt der Kanonenkönig dafür, daß er künftig auf die Herstellung von Kinoapparaten verzichtete, eine [635] besondere Abfindungssumme von einer halben Million Mark. Der Phototrust unterhält zur Zeit sechs große Werke, von denen einige bald der Stillegung anheimfallen werden. Das größte Werk liegt zur Zeit in Berlin-Zehlendorf am Teltowkanal und produziert nicht nur Kameras, Photobedarf usw., sondern auch Rechenmaschinen, Beleuchtungskörper, Scheinwerfer und komplizierte wissenschaftliche Apparate. Eine starke Produktionsdrosselung durch den Phototrust erfolgte bereits durch die Stillegung der Werke in Bannewitz, Leipzig-Leutsch und Ihringhausen bei Kassel. Einen alle Großproduzenten umfassenden Phototrust stellt allerdings die Zeiß-Ikon AG noch nicht dar. Es gibt auf dem Gebiete der optischen und photomechanischen Industrie noch einige sehr gefährliche Konkurrenten: die Kodak AG (Berlin), die Voigtländer & Sohn AG (Braunschweig), ferner die Rietschel GmbH in München (der IG-Farben AG gehörig!). Wie jedoch verlautet, steht die Fusion des Phototrusts mit einigen dieser Konkurrenten bevor bzw. wird unter Umständen schon abgeschlossen sein.

H. Kapitalsassoziation im Pressewesen

Die Presse, jene „dritte Großmacht“, wurde stark umkämpft, um auch sie in den Fusionsprozeß der Großkonzerne einzubeziehen und sie der Trustpolitik der Großkonzerne gefügiger zu machen. Bereits im .Jahre 1928 fanden vier umfassende Fusionen statt, durch die insgesamt acht Großunternehmen des Druck- und Verlagsgewerbes erfaßt wurden. Im Jahre 1929 bzw. 1930 nahm diese Entwicklung einen – an früheren Konzentrationsprozessen gemessenen – stürmischen Verlauf. Ein Zeichen nur

dafür, wie der Zahn der Krise auch an den Großkonzernen der deutschen Presse nagte. Zum Vergleich über die allein im Zeitraum von Dezember 1928 bis Dezember 1929 vor sich gegangene Fusionsbewegung des Druck- und Verlagsgewerbes nennen wir folgende Ziffern:

	Ende 1928	Ende 1929
Es waren konzernmäßig gebunden	13 Mill. M	23 Mill. M
Die Gesamtzahl der Aktiengesellschaften betrug	208 AG	166 AG
Zahl der konzerngebundenen Aktiengesellschaften	12 AG	22 AG

Eine beachtliche Konzentrationswelle fegte also durch das Vervielfältigungsgewerbe. Im Presse- und Verlagswesen wollen wir nachstehend die wichtigsten Konzerne nennen: Ullstein-Konzern, Hackebeil-Konzern, Rotophot-Konzern und schließlich der mächtigste von allen, der Hugenberg-Konzern. Sämtliche dieser genannten Großunternehmungen sind sogenannte Holdingsgesellschaften, d. h. Dach- und Beteiligungsverbände, die in sich wieder eine ganze Anzahl von Druck-, Verlags- und Vertriebsfirmen erfaßt haben. So sind an den Dachunternehmungen der Rotophot AG etwa fünf größere Gesellschaften; der Hackebeil AG acht Großfirmen und am Ullstein-Konzern neun große Druck- und Verlagsbetriebe beteiligt. Zu letzterem Großkonzern gehören sämtliche Ullstein-Verlage, ferner der Prophyläen-Verlag und der Slowo-Verlag. Außerdem aber sind am Ullstein-Konzern eine ganze Anzahl bekannter und bei der Arbeiterschaft bestgehaßter Zeitungen beteiligt: z. B. die „Vossische Zeitung“, „BZ am Mittag“, das „Tempo“, die „Mottenpost“, die „Grüne Post“, der „Uhu“, die „Koralle“, der „Querschnitt“, die „Dame“ und noch etwa zwölf weitere bourgeoise Sudelblätter. Die ganze bürgerliche Pressekloake ist also in höchstem Maße konzentriert. Das faschisierte Zentrum hat seine Presse vornehmlich durch den Lensing-Konzern in der Hand. Die katholische .‚Kölnische Volkszeitung“, [636] die seit Kriegsende etwa 100.000 Abonnenten verloren hat, machte mit einem Schuldensaldo von sechs Millionen Mark bankrott. Sie wurde von einem Pressekonsortium der Deutschen Bank aufgekauft und dadurch zu einem restlos dem Trustkapital ergebenen Unternehmerblatt. Der gewaltigste unter den Zeitungskonzernen ist jedoch der Hugenberg-Konzern. Von ihm werden mehr als die Hälfte sämtlicher deutschen Zeitungen (von 3250 etwa 1600!) beherrscht. Die bekannte Telegraphen-Union, jener beherrschende Nachrichtendienst, steht ebenfalls unter der absoluten Kontrolle des Zeitungs- und Finanzkönigs Hugenberg. Hugenbergs großer Konzernkoloß umfaßt jedoch nicht nur große Verlags- und Zeitungsbetriebe (u. a. z. B. noch die Scherl- und Ala-Unternehmungen). sondern auch mehr als fünf große Bankgesellschaften, ferner sechs große Filmunternehmungen, außerdem sonstige Betriebe, die sich mit Bauten, Rohstoffgewinnung usw. befassen. Der Hugenberg-Konzern ist eine der gewaltigsten politischen Mächte in Deutschland. Er ist einer der freigebigsten Geldgeber des Faschismus, ebenso wie ja bereits nach den Septemberwahlen Hitler mit Hugenberg auch politisch in eine Fusion eingegangen ist. (Schluß folgt)

*

LITERATUR

Worte und Taten der „linken“ Sozialfaschisten

„Der Klassenkampf“ (Juli/September)

K. S. Die Revolutionierung der Arbeitermassen hat die „Linken“ genötigt – der Austritt der SPD, aus der Regierung hat es ihnen erlaubt –, in ihren theoretischen Artikeln „radikalere“ Töne anzuschlagen. So liest man nun auf denselben „Marxistischen Blättern“, auf denen vor einem Jahr die Zörgiebelschen Verbote der Maidemonstrationen und seine Polizeiaktionen verteidigt wurden, mit dem Argument, es „liege im proletarischen Klasseninteresse, die bürgerliche Demokratie „vor tumultarischen Störungen zu sichern“ (III. Jahrgang, 24, 761), daß eben diese Demokratie die beste Staatsform zum Schutz der kapitalistischen Ausbeutung sei, daß sie die Aufgabe habe, „den Kampfwillen der Proletarier zu dämpfen“, sie mit der kapitalistischen Gesellschaft zu versöhnen“ (499), daß der Staat stets „eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere“ sei usw. Jetzt kriechen diese „linken“ Herren in ein marxistisches Kostüm, schmücken sich mit fremden Federn, schreiben Wahrheiten in ihre Artikel, die sie stets bekämpft haben, denen sie durch ihre Praxis ins Gesicht schlagen. So heißt es in dem zitierten Artikel von Zweiling, daß die Politik des

deutschen Chemiekapitals und der Staatspartei (der das Reichsbanner Wahlhilfe leistet. K. S.) der Krieg gegen Rußland und der Sturz der Sowjetregierung sei, daß ein Krieg nicht mehr möglich sei „ohne daß das Proletariat durch seine Organisationen dies SPD, besonders linke. K. S.) dem Krieg zugeführt wird (500).

1.

Der Widerspruch zwischen diesen Worten und den Taten derselben „linken" Sozialdemokraten wird damit immer krasser. Ein Beispiel: ihre Stellung zur Wirtschaftskrise. Max Seydewitz spricht das große Wort, daß „diese Krise nicht mit kapitalistischen Mitteln ... gemildert und überwunden werden kann" (385). Gleich darauf aber will er „die proletarischen Massen sammeln zum Kampf um die Ueberwindung der Krise" (386) und begrüßt als Programm dieses Kampfes die „Richtlinien der Sozialdemokratie zur Wirtschafts- und Finanzkrise", die die Reichstagsfraktion der SPD am 24. Juni 1930 be-[637]schlossen hat. Diese Richtlinien, die die „Linken" als ihr geistiges Eigentum rühmen, enthalten aber nichts als völlig „kapitalistische" Vorschläge, zum Teil offenen, Jahrzehnte alten kleinbürgerlichen Schwindel (wie z. B. die „Maßnahmen gegen die Preisdiktatur der Kartelle"), zum Teil kleine, gutbürgerliche Reformen: Senkung der Preise und Zölle, Senkung der Ausgaben für die Wehrmacht, Kürzung der hohen Gehälter und Pensionen, Offenlegung der Steuerlisten, Einführung des Tabakmonopols. Wo ist hier ein einziger „Eingriff in das kapitalistische Wirtschaftssystem"? Im Gegenteil: das Tabakmonopol ist nicht einmal als Reform zu bezeichnen, es ist ein Mittel zur Verschärfung der Ausplünderung der breiten Massen.

Aber selbst diese schüchternen Forderungen – bleiben auf dem Papier , sind bloß Sand in die Augen der Massen. Dieselbe SPD, die bisher in der Reichsregierung und den Kommunen fleißig Zölle, Preise und Tarife erhöht hat und weiter steigert – „fordert" nun Senkung. Dieselbe SPD, die den Wehretat jahrelang bewilligt hat, die durch ihre preußischen Minister im Reichsrat gegen jede Kürzung der hohen Gehälter protestierte, dieselbe SPD, die jahrelang die Hauszinssteuer für Polizeizwecke verwendete – sie „fordert" nun ...

Das ist die Taktik der „Linken": die „radikale" Phrase, daß die Krise „mit kapitalistischen Mitteln weder gemildert noch überwunden werden kann" (dies ist falsch, denn auf Kosten des Proletariats kann die Krise sehr wohl vorübergehend gemildert werden), dient nur dazu, um die kapitalistischen Vorschläge der SPD als „sozialistische" anpreisen zu können, die Massen vom Kampf abzuhalten und in der Tat die Krise auf ihrem Rücken zu überwinden. Deswegen schweigt man auch völlig über die Kämpfe gegen den Lohnabbau in Mansfeld und Nordwest und vor allem über die Streikbrecherrolle der Gewerkschaftsbürokratie.

„Der springende Punkt in diesem Wahlkampf ist ... die Frage, wie wir die Arbeitslosenkrise überwinden, den Arbeitslosen Arbeit beschaffen können", sagt Seydewitz (452). Aber er weiß außer den oben angeführten Dingen nichts anzubringen, als „Heraufsetzung des schulpflichtigen Alters, Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung auf 60 Jahre, Herausnahme der über 60 Jahre alten Arbeiter aus den Betrieben", „Verkürzung der Arbeitszeit" – ohne Lohnausgleich. Das ist nichts anderes als ein Programm des Kapitals: Lohnabbau. Es ist nur lächerlich, wenn derselbe S. etwas von der „sozialistischen Wirtschaftsordnung faselt, für die „in diesem Wahlkampf SPD und Gewerkschaften anstimmen gegen das kapitalistische System". Noch schöner sagt es F. Petrich:

„Die Ware Arbeitskraft, der lebendige wirtschaftliche Mensch aber hat jetzt den Anspruch anzumelden, daß er gleichberechtigt neben und über den dinglichen Reichtümern der kapitalistischen Gesellschaft stehen will. Mit dem Kampf um diese Forderung bekämpfen wir Krise und Massenarbeitslosigkeit – dieser Kampf ist eine Etappe auf dem Wege zum Sozialismus" (439). Nebel, Nebel, ein wahrer Londoner Nebel von Phrasen, mit denen diese „linken" Betrüger die brutale Klassenpolitik der Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Lakaien vor den Augen der Massen einnebeln.

2.

Dasselbe Bild bei der Behandlung der politischen Krise und des Faschismus. Auch hier liest man erzwungene Geständnisse, die man bei diesen Leuten noch vor einem halben Jahr vergeblich suchte.

V. Gawronsky muß in seinem Artikel „Faschisierung Europas?“ offen zugeben, daß die bürgerliche Demokratie in Europa nach 1918 zum Faschismus geführt hat, daß „das untergehende Bürgertum unserer Tage reaktionär und faschistisch ist“, und daß die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie die Schuld trägt an der Erstarkung und dem Siege des Faschismus. Neben dem deutschen bringt er das finnische Beispiel:

„Die finnische Sozialdemokratie stand den Taten der Faschisten mit Gleichgültigkeit, wenn nicht mit ein klein wenig, man möchte sagen unbewußter Sympathie (!) gegenüber: sie hoffte, nach Zertrümmerung der Kompartei ihre Wählerstimmen zu erben. Aber aus dem Erben wurde nichts ...“ (525).

[638] Diese Teilgeständnisse (in der Tat haben die finnischen wie die deutschen Sozialdemokraten die Faschisten direkt unterstützt) sind selbstverständlich nur Folgen der Angst um die eigene Haut, sie hindern diese ehrenwerten Leute nicht, weiter mit dem Sozialfaschismus durch dick und dünn zu gehen. Ein direkt hündisches Beispiel dafür gibt ein Artikel von K. Böchel. Hörsing hat sich in der Reichsbannerzeitung vom 12. Juli über den „Empfang“ beschwert, den ihm die revolutionäre Arbeiterschaft in Bochum bereitet hatte, und dabei die „linken“ Führer als „Mamelucken“ gerüffelt. Darauf schreibt Böchel:

„Weshalb die Polizei in Bochum zu schlapp war, das können wir leider auch nicht sagen, aber das wissen wir, daß die sächsischen Genossen sich eher in Stücke hauen ließen, ehe sie duldeten, daß ein Parteigenosse in dieser unerhörten Form insultiert würde.“

Böchel ist also bereit, sich für Hörsing, Hörsing aber ist bereit, sich für Brüning und Hindenburg in Stücke hauen zu lassen und in Stücke zu hauen – die revolutionären Arbeiter. Kommentar überflüssig.

3.

Die „Linken“ haben nach den Sachsenwahlen den „Kampf gegen dciv Faschismus“ auf die Tagesordnung gesetzt. Sie haben die kommunistische Feststellung von der „kalten Faschisierung“ übernommen, aber sie benützen sie nur. um vor dem Proletariat den wirklichen Ernst des Faschismus zu verstecken. Die Nationalsozialisten werden durchaus falsch gekennzeichnet: einerseits als „lächerliche Radaupolitiker“ hingestellt, die „der Arbeiterschaft nicht gefährlich werden können“ (521), andererseits als eine nicht bürgerliche Partei behandelt, die das Finanzkapital bloß als „Sturmtruppe“ gebrauche, aber nicht an die Herrschaft kommen lassen werde, deren Entwicklung es jetzt schon „mit saurem Gesicht“ verfolge (495). An anderer Stelle heißt es, die Nazi hätten ihre Partei durch Appell „an die Klasseninteressen“ der Arbeiter gesammelt. Dies alles bedeutet natürlich eine Vertuschung des wirklichen Charakters der NSDAP als bürgerlich-faschistischer Partei des Finanzkapitals. In der Tat hat diese Partei nie an die Klasseninteressen der Arbeiter appelliert und ist in nicht geringerem Maße eine Partei des Finanzkapitals, wie die Deutsche Volkspartei. Die falsche Beurteilung der NSDAP durch die „linken“ Sozialdemokraten bedeutet nicht nur eine Unterschätzung der faschistischen Gefahr, sondern zugleich die theoretische Rechtfertigung einer direkten oder indirekten Zusammenarbeit mit den Nazis in Zukunft. Es ist sehr bezeichnend, daß der „Klassenkampf“ zustimmend einen Artikel von Löbe zitiert, in dem dieser die Forderungen nennt, die die Sozialdemokraten im Parlament zur Erprobung der Nazis vorbringen sollten und schließlich bemerkt: „Dabei winken uns jetzt sogar politische Erfolge. Halten. die Nationalsozialisten ihr Wort, dann können wir ganz krasse Ungerechtigkeiten beseitigen ...“ (454).

Nie noch ist der politische Bankrott der Sozialdemokratie, und vor allem ihres „linken“ Flügels, so kraß zutage getreten wie gegenwärtig. Man begrüßt die im Wahlaufruf verkündete Politik des Parteivorstandes als Erfolg der „Linken“, weiß aber dabei ganz genau, daß die Losung „Arbeit gegen Kapital“ nichts ist als Theater und gibt zynisch zu, daß die Brüning-Regierung eine parlamentarische Unterstützung bei der Sozialdemokratie leichter erlangen könnte als bei Hugenberg (418). Man tröstet sich damit, daß es gegenwärtig „zwecklos“ sei, von Koalition zu reden, daß die Koalition nicht „der springende Punkt“ des Wahlkampfes sei, weil – die Bourgeoisie eben nicht wolle. Man macht aus dieser Tatsache eine ganze Theorie der automatischen Revolutionierung der SPD. Seydewitz stellt mit Erleichterung fest, „daß die Sozialdemokratie in diesem Klassenstaate gar nicht in der Lage ist, dauernd die Interessen von Staat und Verwaltung über die Interessen des um die

Ueberwindung des Klassenstaates kämpfenden Proletariats zu stellen“ (451). Und der Ideologe Zweiling beeilt sich, tiefsinnig eine „Tendenz der Demokratie“ festzustellen, die die Sozialdemokratie auch dann zum Klassenkampf drängt, wenn ihre Führer dies nicht wollen (499). Diese neue Theorie ist äußerst bequem: nicht nur, daß die Verwandlung der Sozialdemokratie in eine Klassenkampfpartei. möglich ist, sie vollzieht sich auch automatisch und [639] Führung. Die „Linken“ aber haben diesen zu begleiten ...

Ein Kampfziel können die „Linken“ dem Proletariat nicht mehr zeigen. Während der Müller-Regierung konnten sie noch vorgeben, daß sie für den Austritt aus der Koalition kämpfen. Gegenwärtig seufzen sie nur, die Aussichten des Wahlkampfes wären günstiger, wenn es keine Koalition gegeben hätte (453). Aber was ist das Ziel, was wurde die Folge eines sozialdemokratischen Sieges sein, nach dem Sinne der Linken? Nichts anderes als ebenfalls Koalition[*)]. Dies wird für Sachsen ganz offen ausgesprochen (397). Für das Reich aber hofft man, die Sozialdemokratie werde die Gewinnerin der bürgerlichen Parteienkrise werden und „der ruhende Pol“ der deutschen Politik (484). Man warnt zwar vor „den Illusionen über die formale Demokratie“ (450), proklamiert aber im selben Atem die „Verteidigung der Demokratie“ als Losung zum Kampf gegen den Faschismus und bietet der Bourgeoisie „die sozialistischen Proletarier als einzig wahre, zuverlässige Verteidiger“ an.

Das ist das „revolutionäre“ Programm der „Marxisten“ von der „linken“ SPD.

*

Die obigen Zeilen wurden noch vor den Reichstagswahlen geschrieben. Das Heft Nr. 18 des „Klassenkampf“, das nach den Wahlen erschienen ist sind eine Analyse des Wahlergebnisses enthält, bestätigt vollkommen die obigen Feststellungen des theoretischen und politischen Bankrotts der „linken“ Sozialdemokratie. „Der Sieg der Verzweiflung“, „Entwurzelte Massen suchen eine Führung“ – das ist in zwei Ueberschriften die Einschätzung des Wahlergebnisses. „Eine besondere Tragik“ sei nur – heißt es –, daß diese Massen nicht zur Sozialdemokratie kamen (546). Schuld daran habe nicht etwa die konterrevolutionäre arbeiterfeindliche Rolle der SPD, sondern – man höre – die „schwächliche (!) sozialdemokratische Koalitionspolitik“. Und die politische Schlußfolgerung daraus: es sei für die SPD unmöglich, in eine nette Koalition zu gehen, „ohne vorher genau die Forderungen und Bedingungen für die Uebernahme der Verantwortung in der Regierung festzulegen“ (546). Die „linken“ Sozialdemokraten sind also auch beute noch für die Koalitionspolitik, d. h. für den Eintritt in die Regierung Brüning! Was sie verlangen, ist bloß ein „sichtbarer und spürbarer Kurswechsel“, die Aufhebung der Notverordnungen[**)] mit anderen Worten die Aufrechterhaltung der parlamentarischen Maske der faschistischen Diktatur!

Zur selben Zeit, da Otto Braun sein Angebot an Brüning macht und dem Parteivorstand mit allen Mitteln auf eine offene oder versteckte Koalition mit der Regierung drängt (Versprechen der Unterstützung der Regierung in der Audienz bei Brüning), findet der „Klassenkampf“ kein einziges Wort des Kampfes gegen diese offen sozialfaschistische Politik. Mehr noch: er hält die rebellierenden SPD-Arbeiter von diesem Kampf ab mit den Beteuerungen, das Sprechen darüber sei „zwecklos“, eine Koalition habe „geringe Aussichten“, und – siehe oben – die Wirtschaftskrise werde die SPD von selbst in die Klassenfront des Proletariats hineinzwingen. Die alte verlogene These der „Zurückführung der Partei zum Klassenkampf“ wird erweitert zur Behauptung, dies sei ein automatischer Prozeß. Ergo: auch der bloße Wortkampf gegen die Koalitionspolitik ist überflüssig. ...

[640] Hand in Hand damit geht die (schon oben aufgezeigte) Verschleierung der faschistischen Gefahr. Die NSDAP wird wiederum ausdrücklich als nichtbürgerliche Partei bezeichnet

*) Lächerlich ist, wie sich Max Adler in einem unheimlich langen Artikel gegen die Feststellung zu wehren versucht, daß die österreichischen „Linken“ praktisch dasselbe tun wie Renner: „Uebereinstimmung in der Praxis ist gar nicht das Entscheidende“, heißt es, sie sei „nur taktisch“; Renners „schöne Koalition“ sei etwas ganz anderes als Bauers Koalition, die „eine Klassenkampf-politik des Proletariats“, eine „besondere Wahltaktik sein soll, nun die bürgerlichen Parteien aufzulockern und eventuell zu sprengen“. Dabei haben erst in den letzten Nummern des „Klassenkampf“ F. Lenz u. a. bewiesen, daß die Koalitionspolitik die bürgerlichen Parteien festigt und nicht „lockert“.

**) P. S. Inzwischen haben sie auch diese Forderung in der Tat fallen gelassen.

(548). Hugenbergs DNVP als „Spießerpartei“. Der Faschismus sei ein „Räuberschreck“ Die SPD habe „von einer unter nationalsozialistischem Einfluß stehenden Regierung nichts zu fürchten“ (548) – was zweifellos für die sozialdemokratischen Führer, aber keineswegs für die sozialdemokratischen Arbeiter zutrifft. Die Brüning-Regierung sei nicht weniger faschistisch als die Naziregierung. Zwischen beiden sei kein Unterschied (548). Aus all dem folgt die Einstellung des „Abwirtschaftenlassens“: Mögen doch die Nazis ihre Kunst in der Regierung versuchen – dies ist die Losung der „Linken“! In dem ganzen Leitartikel über das Wahlergebnis findet sich kein Wort vom Kampfe gegen den Faschismus. Er stellt von A bis Z mit allen seinen „linken“ Phrasen nichts als ein raffiniertes Opium dar, um den Arbeitern die faschistische Gefahr zu verschleiern, sie von einem ernsten Kampfe gegen den Faschismus und seine sozialfaschistischen Lakaien abzuhalten

Welche Schlußfolgerungen für die Politik der SPD werden gezogen? Vor allem der versteckte Wunsch nach der Koalition:

„Die faschistische Gefahr kann nicht gemildert werden durch bedingungslose (!) Teilnahme der Sozialdemokratie an einer unter dem Diktat des Bürgerblockkanzlers stehenden Regierung“ (549).

Also Koalition unter „Bedingungen“.

Weiter aber verlangen die „Linken“ eine bessere „proletarische“ Maskerade der SPD durch „besondere Maßnahmen. Diese seien nötig, „um den Massen die Ueberzeugung zu geben, daß die Führer von den Auswirkungen der bedrückenden Zeit nicht verschont werden und in einer Schicksalsgemeinschaft mit den Proletariern stehen“ (549). Diese „besonderen“ Maßnahmen zum direkten und den „linken“ Zynikern vollkommen bewußten Betrug der Massen sollen sein: erstens: „alle, die zu sichtbaren materiellen Opfern veranlassen die durch die SPD zu gutbezahlten Stellungen gekommen sind“ (549); zweitens: die Auswechselung der allzu kompromittierten Führergarnitur; drittens: „Gewährung eines stärkeren Mitbestimmungsrechts der Opposition“.

Hier erübrigt sich jeder Kommentar. Die sozialdemokratischen Arbeiter erhalten jetzt von den „Linken“ selbst einen sehr guten Anschauungsunterricht darüber, daß die „Linken“ mit den offenen Sozialfaschisten des Parteivorstands um so fester zusammenhalten, je mehr sich der Klassenkampf verschärft und die Rebellion der Arbeiter in der SPD zunimmt. Es ist unsere Aufgabe, diese Rolle der „Linken“ als Helfershelfer des Faschismus viel mehr als bisher vor den Massen anzuprangern. K. S.

[641]

Die Internationale
13. Jahrgang ∗ Berlin, 1. November 1930 ∗ Heft 21

Der Streik der Berliner Metallarbeiter

Von Walter Ulbricht

Der Streik der Berliner Metallarbeiter, der Arbeiter der wichtigsten Industriegruppe im Herzen Deutschlands, ist die Einleitung großer revolutionärer Massenkämpfe in ganz Deutschland. Auf der Basis des weiteren Fortschreitens der wirtschaftlichen und politischen Krise, der wachsenden Radikalisierung der Massen und der monatelangen Vorbereitung durch die KPD und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition entwickelte sich der Metallarbeiterkampf in Berlin zum ersten großen Kampf gegen die Brüning-Diktatur. 130.000 Metallarbeiter streikten in geschlossener Front gegen jeden Pfennig Lohnraub. Der Gegenangriff der Arbeiter gegen den Lohnraub, für Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich richtete sich gegen das Kernstück des faschistischen Wirtschaftsprogramms der Brüning-Regierung. Der Schiedsspruch war ein Bestandteil des Regierungsprogramms. Zum Unterschied von den bisherigen Kämpfen richtete sich der Berliner Metallarbeiterstreik nicht nur infolge der großen Zahl der Streikenden und des revolutionären Elans der Kämpfenden, sondern auch in seinen unmittelbaren Losungen gegen die Brüning-Diktatur.

Die Durchführung des faschistischen Wirtschaftsprogramms erforderte vor allem die schärfste Hungeroffensive und Unterdrückung der Arbeiter in den entscheidenden Industrien. Das ist die Hauptfunktion der Brüning-Regierung, die sie mit aktiver Unterstützung der Sozialdemokratie durchzuführen versucht. Angesichts des wachsenden Einflusses der Kommunistischen Partei und der RGO ist die Bourgeoisie bestrebt, gegenwärtig noch den SPD- und Gewerkschaftsapparat stärker zur Durchführung ihres Programms einzuspannen, um auf diesem Wege leichter die Front der Arbeiter zersetzen zu können. Die Rolle des ADGB im Metallarbeiterstreik bedeutet eine neue Phase in der Entwicklung des Sozialfaschismus. Nachdem die Sozialdemokratie am 18. Oktober durch Abstimmung für Notprogramm und Brüning-Regierung offen auf die Seite des Faschismus trat, verpflichtete sich der ADGB durch den Pakt mit den Brüning, Borsig und Co. zur Einsetzung des ganzen Gewerkschaftsapparats für die Durchführung des faschistischen Wirtschaftsprogramms. Der Verrat der sozialfaschistischen Bürokratie im Berliner Metallarbeiterstreik kann dem ungeheuren Verrat des 4. August 1914 und der Arbeitsgemeinschaftspolitik von 1918 gleichgesetzt werden. Während vor Monaten die SPD erklärte: „Wenn schon Diktatur, dann unter unserer Führung“, hat sie sich jetzt [642] zur aktiven Arbeit an der Aufrichtung der offenen faschistischen Diktatur entwickelt.

Während die sozialfaschistische Bürokratie das faschistische Wirtschaftsprogramm des deutschen Trustkapitals aktiv durchführt, um die Arbeiterfront zu spalten und zu zersetzen, wurde unter Führung der RGO die rote Einheitsfront der Metallarbeiter zusammengeschweißt und die gewerkschaftliche Kampforganisation der Berliner Metallarbeiter geschaffen. Der Berliner Metallarbeiterstreik bedeutet einen Wendepunkt in der Entwicklung der RGO zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung, zur Klassenorganisation der deutschen Arbeiter.

Die RGO, Industriegruppe Metall, hatte monatelang mit Hilfe ihrer Tarifvertragsforderungen den Kampf vorbereitet und es waren in zahlreichen Großbetrieben vorbereitende Kampfausschüsse gewählt worden. Die Losung „Keinen Pfennig Lohnraub“ hat nicht nur die unorganisierten, sondern auch die Massen der organisierten Arbeiter erfaßt. Besonders muß die ungeheure revolutionäre Aktivität der Arbeiterinnen hervorgehoben werden. Während die Gewerkschaftsbürokratie in allen Betrieben den Kampf gegen den Streik unter der Parole „In der Wirtschaftskrise ist Streik ein Verbrechen“ geführt hat, hielt sie es angesichts des Kampfwillens der Metallarbeiter für zweckmäßig, sich am Streik zu beteiligen. Sie war sich bewußt, daß bei einer Unterordnung der DMV-Bürokratie unter einen Schiedsspruch die Massen der Metallarbeiter unter Führung der RGO gegen den VBMI und gegen den DMV den Streik auf breitester Front durchgeführt hätten. So hielt es die Bürokratie für zweckmäßig, nachdem bereits einige Betriebe die Arbeit niedergelegt hatten, sich für den Streik

zu erklären, um ihn besser abwürgen zu können. Die SPD wollte damit aber gleichzeitig der Bourgeoisie zum Bewußtsein bringen, wie unentbehrlich die Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsapparat für die Durchführung des faschistischen Wirtschaftsprogramms sind. Die SPD versuchte den Kampfwillen der Arbeiter auszunutzen, um ihre Posten im Staatsapparat zu erhalten.

Zum ersten Male ist es im Berliner Metallarbeiterstreik gelungen, die Einheitsfront der Metallarbeiter durch Wahl selbständiger Streikleitungen unter der Führung der RGO in der übergroßen Mehrzahl der Betriebe zusammenzuschweißen. Zwei Leitungen standen sich gegenüber, die von den Arbeitern in Belegschaftsversammlungen selbstgewählten Streikleitungen und die von der DMV-Bürokratie bestimmten sozialdemokratischen Funktionäre, die sich als „Streikleitungen" bezeichneten. Nur in einigen wenigen Fällen bestanden Streikleitungen, denen Reformisten und Anhänger der RGO angehörten. Aber auch in diesen Betrieben erkannten die Arbeiter bald die Notwendigkeit, die Losungen und die Taktik der RGO konsequent durchzuführen, die Kampffront zu verbreitern, die wirtschaftlichen mit den politischen Losungen zu verknüpfen und selbstständige Streikleitungen auf Grund der Forderungen und der Taktik der Zentralen Streikleitung zu wählen.

Der politische Charakter des Streiks erforderte die Einsetzung aller Kräfte für die Verbreiterung des Streiks nicht nur auf alle [643] der Berliner Metallindustrie, sondern auch auf die Betriebe der anderen Industrien in Berlin und auf die Metallindustrie im ganzen Reiche, besonders auf die Tarifgebiete, die jetzt in der Bewegung stehen. Es ist wohl gelungen, eine Anzahl Betriebe, die nicht zum Verband der Berliner Metallindustriellen gehören, in den Streik zu führen und in einigen Betrieben anderer Industrien Kampfausschüsse zu wählen, aber eine wesentliche Verbreiterung der Streikfront in Berlin oder im Reich ist nicht gelungen. Während die Sammelaktionen in den Wohngebieten und in den Betrieben der anderen Industrien den Beweis für die wachsende Kampfsolidarität der Arbeiter erbrachten, wurde die Solidaritätsbewegung für die Metallarbeiter nicht mit dem Kampf um eigene Forderungen in den Betrieben verknüpft. Die Losung „Kampfsolidarität mit den Berliner Metallarbeitern – dann kämpft ihr für euch selbst" hat nicht die breite Masse der Arbeiter erfaßt. Nur die Vorhut der Erwerbslosen kämpfte Schulter an Schulter mit den Metallarbeitern als Massenstreikposten vor den Betrieben, als Agitatoren in den Wohngebieten, als aktive Helfer bei der Sammelaktion.

Einer der größten Erfolge der Bewegung ist die Streikbewegung der Lehrlinge. Unter Führung des Kommunistischen Jugendverbandes traten die Lehrlinge in zahlreichen wichtigen Betrieben in den Streik, um gemeinsam mit den Metallarbeitern ihre Lehrlingsforderungen durchzusetzen und das Streikrecht zu erkämpfen. Viele Arbeiter, auch viele Anhänger der RGO traten anfangs gegen den Streik der Lehrlinge auf. Statt Unterstützung der Lehrlinge durch die erwachsenen Arbeiter, statt Einsetzung aller Kräfte zur Ueberzeugung der Arbeitereltern von der Notwendigkeit des Lehrlingsstreiks, verhielten sich die Metallarbeiter und viele Betriebe passiv oder traten gar gegen den Lehrlingsstreik auf. Erst gegen Ende der Bewegung hatte sich in der RGO allgemein die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Eingliederung der Lehrlinge in die Streikfront durchgesetzt.

Selbstkritisch muß festgestellt werden, daß die Hauptschwäche der Bewegung die mangelhafte Organisation der RGO und die Beschränkung der Bewegung auf die Metallindustrie war. Die RGO-Anhänger der anderen Industrien müssen daraus die Lehre ziehen, daß der Kampf unter Führung der RGO, die Propaganda des Programms der RGO und die Massenwerbung für die Betriebsgruppen mit größerer Energie durchgeführt werden muß. Die Schwäche der Solidaritätsbewegung in den Betrieben der anderen Industrien ist zum Teil ein Ausdruck der politischen Schwäche der Parteizellen. Das Haupthindernis für die Gewinnung der Massen waren die rechtsopportunistischen Schwankungen. In verschiedenen Betrieben verzichteten die RGO-Anhänger auf das selbständige Auftreten für die Forderungen und Taktik der RGO und verhinderten damit selbst die Massengewinnung für die RGO. Diese Zusammenarbeit mit den Reformisten in sogenannten Streikleitungen ist der typische Ausdruck des Gewerkschaftslegalismus. In diesen Fällen verzichteten die RGO-Anhänger auf die Verknüpfung der wirtschaftlichen mit den politischen Losungen, sie erweckten die Illusion, daß es durch die Beschränkung des Streiks auf die wirtschaftlichen Forderungen möglich sei, den Lohnraub gegen Unternehmer und [644] Staatsgewalt abzuwehren, sie verzichteten auf die Revolutionierung des Kampfes, auf die Stärkung des Klassenbewußtseins der Arbeiter, auf den revolutionären

Massenkampf gegen die Brüning-Diktatur und gegen den Faschismus. Ein weiterer Fehler war die schematische Terminsetzung: die Terminsetzung des 6. Oktober beschränkte die Manövrierfähigkeit der RGO, während die Bestimmung des 3. November den Kampfwillen der Massen unterschätzte. Nach der Abmachung von Brüning und Urich versuchten die DMV-Funktionäre, durch Urabstimmung die Streikabwürgung durchzuführen. Die Kraft der RGO reichte diesmal noch nicht aus, die geheime Urabstimmung zu verhindern. Wir sind für offene Diskussion der taktischen Fragen in der Belegschaftsversammlung mit anschließender öffentlicher Abstimmung. Es war ein Fehler der Betriebsgruppen der RGO, daß sie in den Betrieben, wo wir starken Einfluß hatten, an der reformistischen Geheimabstimmung teilgenommen haben. Gleichzeitig kamen in der Durchführung der Einheitsfronttaktik sektiererische Stimmungen und Tendenzen zum Ausdruck. In den Betriebsstreikleitungen waren nur wenige sozialdemokratische Arbeiter vertreten. Trotz der tiefen Krise in der SPD war es während der Bewegung nicht gelungen, eine größere Zahl sozialdemokratischer Arbeiter für die aktive Arbeit in den Streikleitungen und für die RGO zu gewinnen.

Die Politik des DMV während des Metallarbeiterstreiks charakterisiert die Entwicklung der wirtschaftsfriedlichen Politik des ADGB zur direkten Mitarbeit an der Aufrichtung der faschistischen Diktatur. Während der Vorbereitung der Bewegung erklärten die DMV-Bürokraten, daß während der Wirtschaftskrisen Streiks nicht geführt werden können. Als sie die Bewegung nicht mehr aufhalten konnten, versuchten sie die Ziele des Streiks mit den Interessen der Schlichtungspolitik in Einklang zu bringen. Sie bezeichneten den Streik als einen „Proteststreik“ und versuchten ihn auf den gewerkschaftlichen Rahmen und wirtschaftliche Teilforderungen zu beschränken. Vor allem war der DMV bestrebt, den Streik zu isolieren, indem er den Streikbruch in allen Betrieben, die nicht dem Verband der Berliner Metallindustriellen angehörten, organisierte und jede Solidaritätskundgebung der Arbeiter in den anderen Industrien zu unterdrücken versuchte. Das Ausspielen der Organisierten gegen die Unorganisierten, die gemeinsame Aktion der sozialfaschistischen Bürokratie und der Polizei gegen die Sammeltätigkeit für die Streikenden sollte die Streikfront zermürben und die Arbeiter für die Annahme eines Hungerschiedsspruchs reif machen. Durch Ausstellung von Streikbruchkarten für sogenannte Notstandsarbeiten, durch Stellungnahme gegen den Streik der Lehrlinge und Angestellten, durch Verzicht auf das Streikpostenstehen vor vielen Betrieben, organisierte die sozialfaschistische Bürokratie von Beginn des Streiks an direkt den Streikbruch.

Länger als zwei Wochen stand die Streikfront unerschütterlich fest. Die revolutionäre Auswirkung des Streiks auf die Arbeiter in den anderen Betrieben und Industrien und die wachsende Solidaritätsbewegung gefährdeten unmittelbar die Regierung Brüning und die Durchführung ihres [645] faschistischen Wirtschaftsprogramms. Der Streik hatte ungeheure Energien der Metallarbeiter und der gesamten Arbeiterschaft, vor allem aber der Arbeiterinnen ausgelöst. Die Bourgeoisie forderte kategorisch die Abwürgung des Streiks durch die Brüning-Regierung und die Sozialdemokratie, denn wenn sie dazu nicht imstande ist, dann haben die sozialdemokratischen Ministerposten in Preußen für die Bourgeoisie jeden Sinn verloren. Die Bourgeoisie wollte nicht nur den Lohnraub durchsetzen, sondern gleichzeitig die organisatorische Kraft der Arbeiter zerschlagen, um dadurch günstigere Voraussetzungen für die Durchführung ihrer faschistischen Politik zu schaffen. Das Diktat der Brüning-Regierung und ihrer sozialfaschistischen Lakaien würde zweifellos die Vorstöße des Faschismus in den Betrieben verstärken, wenn die Metallarbeiter daraus nicht die Lehre der Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Kampforganisation – des roten Metallarbeiterverbandes in Berlin – ziehen. An der schwächsten Stelle der Front, wo die RGO erst in den letzten zwei Monaten an Einfluß gewonnen hat, in den Siemens-Betrieben, gelang der sozialfaschistischen Bürokratie der Durchbruch der Streikfront. Trotz Einsetzen des Streikschutzes und zahlreicher Agitatoren bei Siemens konnte dieser wichtigste Frontabschnitt nicht gehalten werden. Entsprechend den Anweisungen der RGO streikten die Arbeiter zahlreicher anderer Betriebe weiter, so daß zwei Tage nach Abwürgung der Bewegung durch die sozialfaschistische Bürokratie noch etwa 25.000 Arbeiter im Streik standen. Unter diesen Bedingungen forderte die Streikleitung die Arbeiter in den bestreikten Betrieben, wo der Kampf nicht um betriebliche Forderungen weitergeführt werden konnte, zur geschlossenen Aufnahme der Arbeit auf.

Gestählt durch große Kampferfahrungen, mit dem festen Willen der Rüstung zum neuen Angriff gegen die Feinde der Arbeiterklasse, überzeugt von der Notwendigkeit der Schaffung einer revolutionären Kampfgewerkschaft, haben die Metallarbeiter die Arbeit aufgenommen. „Keinen Pfennig Lohnabbau!“ ist nach wie vor ihre Kampflosung. Vorbereitung des Kampfes gegen das Schlichtungsdiktat, das neuen Lohnabbau bringt, ist die Kampfaufgabe der RGO in allen Betrieben. Im Feuer des Streiks haben sich breite Massen der Berliner Metallarbeiter der RGO angeschlossen und haben in Form der Streikleitungen einen Kampfapparat geschaffen, der das Fundament für den Aufbau des roten Einheitsverbandes der Berliner Metallarbeiter bildet. Schaffung der Massenorganisation der Berliner Metallarbeiter, Organisierung der Einheit der Berliner Metallarbeiter auf dem Boden des Klassenkampfes, Kampf gegen den Streikbruchapparat des DMV, das sind die nächsten Aufgaben der Berliner Metallarbeiter. [646]

*

Politische Krise in Oesterreich

Von R. Schüller, Wien

Die Wirtschaftskrise hat nun auch in Oesterreich zum Beginn einer politischen Krise geführt. Das ist auch der Sinn der Wahlen, die jetzt in Oesterreich stattfinden.

Ebensowenig wie in Deutschland, Polen, Finnland sind die jetzigen österreichischen Wahlen „gewöhnliche“ Wahlen. Es sind dies die Wahlen, die durch den Uebergang der Wirtschaftskrise in die politische ausgelöst werden, ausgesprochene Krisenwahlen, Kampfwahlen, von deren Ausgang sehr viel mehr als bei früheren Wahlen für die revolutionäre oder konterrevolutionäre Entwicklung abhängt.

In den österreichischen Wahlen sucht sich die jetzt eingesetzte faschistische Diktaturregierung Vaugoin-Seipel-Starhemberg durch eine Mehrheit eine nachträgliche dürftige „legale“ Umkleidung zu geben. Gelingt ihr dies nicht oder gelingt ihr nicht mindestens die nachträgliche Heranziehung des Schober-Blocks, so ist es unzweifelhaft, daß sie das Parlament beiseite schieben und offen diktatorisch mit dem Notverordnungsparagraphen (dem österreichischen § 48) regieren will. Was das für Wahlen sind, das zeigt die Tatsache, daß derjenige, der sie „macht“, der Innenminister, niemand anderer ist als der Führer der Heimwehren, Fürst Starhemberg, ihm zur Seite der Justizminister Hueber, ein anderer Heimwehrkommandant.

Wie kam es zum Rücktritt der Schober-Regierung?

Die Aenderung, die in Oesterreich eingetreten ist, indem Schober zurücktrat und Vaugoin-Seipel-Starhemberg die Regierung übernahm, ist, obwohl auch Schober schon ein faschistisches Regime (allerdings mit besonderen Eigentümlichkeiten) verkörperte, bedeutend. Sie darf keineswegs unterschätzt werden und es ist gerade die Sozialdemokratie die jetzt diese Aenderung, d. h. diese allseitige Verschärfung, verschleiern will, indem sie den Arbeitern einredet, es hätte sich ja eigentlich nichts geändert, um in ihnen so den Kampfwillen gegen die faschistische Diktaturregierung Vaugoin-Seipel-Starhemberg nicht aufkommen zu lassen.

In der Tat stellt der Rücktritt der Schober-Regierung und die Bildung der Regierung Vaugoin-Seipel-Starhemberg eine neue Etappe in der Lage in Oesterreich dar.

Bereits die Schober-Regierung stellte den Anfangspunkt des faschistischen Regimes in Oesterreich dar, war bereits im Grunde eine faschistische Diktaturregierung. Aber diese Schober-Regierung hüllte sich noch sehr stark in das demokratische Mäntelchen und ihr Besonderes war eben diese Weitgehende Ausnutzung der „legalen“ und „demokratischen“ Formen. Mit anderen Worten: die Bildung der Schober-Regierung war der entscheidende Schritt in der Errichtung eines faschistischen Diktaturregimes in Oesterreich aber sie war auf dieser Grundlage erst der Anfang einer Entwicklung zur ständigen Verschärfung und zur Entfaltung der faschistischen Diktatur. Das Tempo in der Durchführung des faschistischen Programmes war dabei weitgehend von (fern Umstande bestimmt, daß sie sich nicht nur auf die Heimwehr, den staatlichen faschistischen Machtapparat und auf die ausgesprochenen Heimwehrparteien stützte, sondern auch auf die Sozialdemokratie und zwar in

einem Maße, wie dies in ähnlichen Lagen [647] in anderen Ländern nicht in diesem so weitgehenden Maße erfolgte. der großen Stärke der SP in Oesterreich und der revolutionären Kampfstimmung in der Arbeiterschaft im Sommer-Herbst 1929, bei der auch weiter anhaltenden Linksentwicklung hätte Schober auch gar nicht anders regieren können. Man weiß, daß an der Bildung der Schober-Regierung nicht nur der Bankenverband und die Heimwehr entscheidenden Anteil hatten, sondern auch Renner in Oesterreich und MacDonald-Henderson in England. Die sozialfaschistischen Führer, erblickten in der faschistischen Diktatur den Ausweg aus „Chaos und Revolution" and zogen vor, daß es in Form der Schober-Regierung geschah und gaben ihr alles, was sie wollte. Die Schober-Regierung erhielt auch aus der Hand der Sozialdemokratie alle jene Gesetze, mit deren Hilfe jetzt die unverhüllt faschistische Regierung Vaugoin-Seipel-Starhemberg zur Macht kam und ihre Diktatur ausübt. Schober, der die Unterstützung seiner sozialfaschistischen Freunde und Diener sehr wohl zu schätzen wußte, suchte sie selbstverständlich trotzdem zugunsten der Heimwehrfaschisten immer mehr aus den entscheidenden Positionen zu verdrängen.

Das alles schrieb aber ein Tempo bei der Durchführung des faschistischen Programms in Oesterreich vor, das dem Flügel unter Seipel nicht rasch genug war, um so mehr als Schober Ende der letzten Parlamentssession vor dem Sommer mit verschiedenen, für die Bourgeoisie dringenden Maßnahmen – Steuererleichterung, Abbau der Arbeitslosenfürsorge, Zollerhöhungen – tatsächlich ins Stocken geriet und nach Meinung der Christlichsozialen der Sozialdemokratie zu viel Spielraum ließ, obgleich er diesen immerhin schon sehr einengte (erste Konfiskation der „Arbeiter-Zeitung" noch im Juni, Verbot der Schutzbundaufmärsche). Das hängt auch damit zusammen, daß Schobers wirtschaftliche Innenpolitik stark mit seiner Außenpolitik zusammenhing. Hinter ihm stand (insbesondere verkörpert durch Rothschilds Kreditanstalt) vor allem das englische Finanzkapital. Sein Schachzug war, von diesem die große Anleihe zu erhalten und damit in demagogischer Weise die inneren reaktionären Wirtschaftsmaßnahmen zu verbinden. Der christlich-soziale Flügel und die Teile der Industrie, die vor allem mit Deutschland und Italien verbunden sind, welche an der Anleihe wenig oder gar nicht teilnahmen, hatten aber weder die Geduld, noch sahen sie ein Interesse darin, abzuwarten, um eine Koppelung der inneren dringenden Wirtschaftsmaßnahmen mit Schobers Außen- und Anleihepolitik abzuwarten. So kam es bekanntlich bereits im Mai-Juni zu heftigen Gegensätzen (Heimwehrultimatum an Schober, heftige Angriffe des Industrieführers Apold usw.), aus denen Schober noch als Stärkerer hervorging (Ausweisung von Pabst). Er erfüllte damals weitgehend die Forderungen der Seipel-Steidle-Apold-Pabst nahm auch einen Heimwehrmann als Handelsminister in die Regierung verschärfte sein Regime, aber verschärfte es selbst. Wie die KP damals festgestellt hatte, kam es in jenem Moment nicht zur Regierungskrise.

Schobers Regierung war durch einen weiteren nicht unwichtigen Umstand gekennzeichnet. Er selbst stand „über den Parteien" – gerade das hatte ihn im Momente der tiefen Krise 1929 so geeignet gemacht, die Regierung zu übernehmen, um alle Kräfte des Faschismus und des Sozialfaschismus zusammenzufassen, um den Staat vor der ihm drohenden Katastrophe zu retten. Er stutzte sich nicht auf eine Partei, sondern auf alle „stand über allen" und suchte nach [648] altösterreichischer Polizei- und Bürokratentaktik oft auch die einzelnen Parteien gegeneinander auszuspielen. Jedenfalls war ihm die Christlich-soziale Partei zu groß und er suchte sie im Interesse der Stärkung seiner Zentralgewalt und zweifellos auch im Sinne seiner ausländischen Auftraggeber, besonders in der letzten Zeit und besonders in der Heimwehr, die er ganz der Disziplin seiner Zentralregierung unterordnen wollte, sogar zu schwächen. Hierher gehört z. B. sein Schachzug, den er wenige Tage vor seinem Sturz unternahm, den christlich-sozialen Heimwehrführer Steidle abzusetzen und ihn durch den mehr nationalsozialistisch eingestellten Starhemberg zu ersetzen. Letzterer hat Schober allerdings augenblicklich verlassen, als ihm Seipel-Vaugoin anboten, in die Regierung zu gehen.

Außenpolitisch war Schobers Politik ein Lavieren nach allen Seiten (ähnlich, wie er im Inneren sich auf alle Parteien stützte), jedoch mit einer bestimmten Absicht. Er selbst stand ursprünglich den Großdeutschen am nächsten, aber in seiner Politik als Bundeskanzler hatte er für Deutschland nur leere Demonstrationen übrig. Die wahre Achse aber seiner ganzen Politik war immerhin – England. In diesem Sinne verbesserte er auch die Beziehungen mit Italien und Ungarn (nach Meinung von

Italien allerdings nicht genügend), zeigte aber auch gegenüber Frankreich eine freundliche Haltung (nach Meinung Italiens, Ungarns und des deutschen Finanzkapitals zu viel, die ersten beiden in den Christlichsozialen vertreten, letzteres in der Heimwehr sehr einflußreich).

Man sieht, daß die Grundlage der Schober-Regierung durch die wachsende Wirtschaftskrise erschüttert werden mußte, daß sie aber in der ersten Zeit in Oesterreich die geeignetste und günstige Form einer faschistischen Regierung darstellte. Dieser Umstand verleitete sogar viele zu glauben, daß der Schober-Regierung, dem „System Schober“ eine viel längere Lebensdauer vorbehalten war, ja selbst, daß es überhaupt die beste oder gar schon letzte Form der faschistischen Diktatur in Oesterreich darstellte. Die Tatsache, daß der faschistischen Diktatur in Oesterreich eine Verschärfung auch in Form eines bedeutsamen Regierungswechsels drohte, entging vielen. Die Partei stellte wohl die Perspektive dieser entwicklungsgemäße mm Verschärfung auf, ja sah auch die Möglichkeit, daß Seipel den Schober ablösen würde, aber schenkte diesem Umstande, in dem richtigen Bestreben gegenüber der Sozialdemokratie und den Opportunisten das bereits faschistische Wesen der Schober-Regierung herauszuarbeiten, nicht genügende Beachtung, dachte jedenfalls nicht an einen raschen Wechsel. Hier hat wieder die Wirtschaftskrise rascher gearbeitet und gewirkt, als wir alle dachten, und selbst Ueberraschungen geschaffen.

Die Verschärfung der faschistischen Diktatur

Die erst unter Schober voll einsetzende und dann immer mehr zunehmende Wirtschaftskrise erschütterte seine Regierung und vermehrte die Risse und Differenzen innerhalb der Bourgeoisie. So sehr Schober sich bemühte, sein Tempo zu beschleunigen und sein Regime zu verschärfen – auf der Tagesordnung einer von ihm einberufenen außerordentlichen Parlamentstagung standen Zertrümmerung der Arbeitslosenversicherung, Zölle, Steuerentlastung der Bourgeoisie, Raub der Rechte der Eisenbahner – dem Flügel unter Seipel-Vaugoin ging alles zu langsam. Es. erschien jetzt den Christlichsozialen auch als zu riskant und nicht mehr [649] nötig, Schobers Methode anzuwenden, der „über den Parteien stand“ und die Christlichsozialen sogar zu schwächen drohte. Die Christlichsozialen unternahmen also einen Vorstoß – der Streit mit Schober um die Einsetzung des Korruptions- und Heimwehrhelden Strafella als Generaldirektor der Bundesbahnen bot nur den Vorward dazu –, um jetzt als führende Partei der Großbourgeoisie die Führung der Regierung selbst zu übernehmen und die Verschärfung der faschistischen Diktatur selbst durchzuführen. Dabei standen hinter den Christlichsozialen ganz bestimmte ausländische Kräfte: Italien und Ungarn! Zweifellos lag auch eine Förderung vom deutschen Finanzkapital und mindestens ein Anstoß vom deutschen Wahlerfolg der Nationalsozialisten vor. Dabei ist es kein Zweifel, daß Ungarn von der monarchistischen Strömung. bei den Christlichsozialen auch eine Förderung der Pläne der habsburgischen Restauration in Ungarn erhofft. Frankreich kann zwar bei den Christlichsozialen die eindeutige Stellungnahme gegen den Anschluß begrüßen, aber entscheidender ist, daß die Christlichsozialen das direkte Werkzeug Italiens sind und im schärfsten Gegensatz zum französischen Vasall Jugoslawiens stehen. England schließlich, das eine Art .Schiedsrichterrolle in Oesterreich spielen will, ist immerhin jetzt stark zurückgedrängt.

Der Rücktritt der Schober-Regierung und die Bildung der Regierung Vaugoin-Seipel-Starhemberg stellt also eine neue Etappe in der Lage in Oesterreich dar. Die Schober-Regierung, die das faschistische Diktaturregime in ein demokratisches Mäntelchen hüllte, macht jetzt einer viel schärferen und offeneren Form der faschistischen Diktatur Platz. Die faschistische Diktatur in Oesterreich erfährt jetzt eine allseitige ungeheure Verschärfung. Das Tempo der Durchführung des faschistischen Programms wird beschleunigt. Wenn auch die faschistische Diktatur in Oesterreich noch nach wie vor auf die Mithilfe des Sozialfaschismus angewiesen ist und sich auf diesen stützt, sucht sie jetzt doch rascher als bisher den Sozialfaschismus aus den entscheidenden Positionen zugunsten des Heimwehrfaschismus zurückzudrängen. Dabei muß man sich vor Augen halten, daß die SPOe große Massen von Arbeitern in ihren Reihen zählt, die zum Kampfe gegen den Faschismus entschlossen sind und daher für die faschistische Diktatur und die sozialfaschistischen Führer eine große Gefahr darstellen, während der Einfluß dieser Führer auf diese Arbeiter immer geringer wird. Immer größer wird daher das Bestreben der faschistischen

Bourgeoisie, die sich auf den Einfluß der Sozialfaschisten nicht mehr so verlassen kann, den offenen faschistischen Terror anzuwenden und die Heimwehrfaschisten in den Vordergrund zu schieben.

Eine Regierung Vaugoin-Seipel-Starhemberg hätte schwerlich ohne die für die Bourgeoisie gefährlichsten revolutionären Kämpfe und wirtschaftlichen Erschütterungen schon im Herbst 1929 nach St. Lorenzen gebildet werden können. Zu offen faschistisch wäre ihr Gesicht gewesen, zu schwer wäre es der Sozialdemokratie gewesen, die gegen den Faschismus kampfbereiten Massen im Zaume zu halten. So einigte sich die Bourgeoisie damals darauf, das faschistische Regime zunächst noch in der demokratisch verschleierten Form der Schober-Regierung zu begründen. Schober hat dann alles Nötige getan – und zwar dank der Unterstützung der Sozialdemokratie – damit jetzt die [650] Verschärfung in der Form der offen faschistischen Vaugoin-Seipel-Starhemberg-Regierung erfolgen konnte.

Politische Krisenerscheinungen

Immerhin erfolgte der Sturz der Regierung Schober und die Bildung der Regierung Vaugoin-Seipel-Starhemberg nur im Spiele und Widerspiele der durch die Wirtschaftskrise verschärften Gegensätze im Lager der Bourgeoisie. Zunächst war es eine Partei, die Vaugoin-Seipel nicht die Gefolgschaft leistete, allerdings eine Partei, mit der schon seit Anfang des Jahres besonders große Gegensätze bestanden –, der Landbund. Dieser ist eine Großbauernpartei, aber eine junge Partei mit einer ziemlich großen Portion von Demagogie, die wachsenden Einfluß auch unter den Mittel- und Kleinbauern hat, mit stark antiklerikalem, nationalem Einschlag, die sich als Verfechterin einer Bauerndemokratie gegen Bolschewismus und Faschismus gibt. Die besonders schwere Agrarkrise in Oesterreich bringt den breiten Massen der Klein-, aber auch der Mittelbauern Verschuldung und Ruin; ihre Unzufriedenheit wächst, sie erheben mehr und mehr radikale Forderungen, wie den Steuerstreik, und unter breiten Schichten wächst bereits die Enttäuschung und Gärung gegen die Großgrundbesitzer, Kirche und die Heimwehr, in der die adligen Großgrundbesitzer und die Kirche die führende Rolle spielen. Diese Stimmungen sucht der Landbund aufzufangen, um einem Abschwenken dieser Schichten ins antifaschistische Lager vorzubeugen, diesen Stimmungen muß er aber auch Rechnung tragen. So führt er einen ziemlich heftigen Streit mit Seipel und den Christlichsozialen und der Steidle-Pabst-Richtung in der Heimwehr. So verweigerte er auch den Christlichsozialen die Gefolgschaft beim Sturze Schobers. Aber eine wirkliche Enttäuschung für die Christlichsozialen war es, daß auch die Großdeutschen, die antisemitisch-national „gemäßigte“ Beamtenpartei, die bisher mit den Christlichsozialen auf einer „Einheitsliste“ kandidiert hatte, jetzt nicht mehr mit ihnen ging. Ausschlaggebend waren dabei wohl die verschiedenen außenpolitischen Orientierungen und die zu deutlich österreichisch-ungarische Einstellung der Christlichsozialen.

Die Differenzierung ging so weit, daß Landbund, Großdeutsche und der „gemäßigte“ Flügel der Nationalsozialisten unter offensichtlicher Patronanz des Handelskapitals und einiger Teile der Bankwelt, sowie der englischen Außenpolitik sich jetzt zu einem Block zusammenschlossen und Schober an die Spitze dieses neuen Blocks trat. Dieser Block präsentiert sich jetzt abwechselnd unter der Bezeichnung als Schober-Block oder „Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund“ oder „Block der Mitte“. Dieser sogenannte Block der „Mitte“ steht aber schon ganz deutlich im Lager des Faschismus, in welcher Beziehung ihn nur untergeordnete Fragen des Tempos und der Methoden und vor allem auch Fragen der außenpolitischen Orientierung von den Christlichsozialen unterscheiden. Ja, letzterer Umstand bewirkt es, daß der Schober-Block offen mit der jetzt selbständig auftretenden „nationalen“ Heimwehrliste („Heimatblock“) und den Hitler-Nationalsozialisten flirtet, wenn es sich darum handelt, die alte christlich-soziale Dame zu ärgern, und daß die Hitler-Nationalsozialisten und sogar der selbständig auftretende Heimatblock gegenüber Schober eine auffallend gemäßigte Sprache haben. Und wenn auch die Christlichsozialen sich heftig mit dem Landbund befehden und den Schober-Block verspotten, wenn sie auch Schobers Beharren auf selbständiges Auftreten kritisieren, so erklären sie doch ihre [651] Zufriedenheit, daß der Schober-Block wenigstens verhindern wird, daß von den Christlichsozialen abtrünnige Stimmen den Sozialdemokraten zugute kommen. Noch schärfer als in Deutschland – denn die Verhältnisse in Oesterreich sind ja schon weiter vorgeschritten – zeigt es sich, daß die Versuche zur Neubelebung der Parteien der „Mitte“ durch die Einspritzung mit

dem Verjüngungsmittel des Faschismus geschehen, ja, wie in Oesterreich, bereits selbst schon auf dem Boden des Faschismus erfolgen. Denn die Fahne dieses sogenannten Blocks der „Mitte“ ist die Regierung und die Person des Kanzlers des ersten, wenn auch demokratisch verschleierten, faschistischen Regimes in Oesterreich – Schober.

Deutlich mußte sich die innere Differenzierung der Bourgeoisie, die sich bereits zu einer beginnenden politischen Krise entwickelte, in der über- und allparteilichen Heimwehr zeigen. Hier versuchte Seipel einen großzügigen Schachzug durch die Hineinahme des nationalsozialistisch orientierten Heimwehrführers Starhemberg und des großdeutsch eingestellten Heimwehrkommandanten Hucher in die Regierung. Damit erfolgte Seipel seine auch in Deutschland vertretene Idee, die nichts anderes ist als der neue Leitgedanke des päpstlichen Vatikans seit seiner Versöhnung mit Mussolini und die Taktik des italienischen Imperialismus in Mitteleuropa – Bündnis zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus, dem päpstlichen und imperialistischen Rom und Hitler. Starhemberg und Hueber traten also in die Regierung ein, und schon verkündeten sie, daß sie und die Heimwehr gemeinsam mit den Christlichsozialen auf einer Liste kandidieren wurden. Aber es erwies sich, daß sich die Anhänger der Heimwehr weigerten, mit den Christlichsozialen eine so enge Bindung einzugehen. Erst traten einzelne Heimwehrabteilungen (in Wien, Innsbruck, Kärnten) aus der Heimwehr aus, da sie den Eintritt Starhembergs in die christlichsozial geführte Regierung und das gemeinsame Kandidieren nicht billigten. Dann folgten diesen Abteilungen immer mehr, bis schließlich die ganze Heimwehr ablehnte, mit den Christlichsozialen bei den Wahlen eine Liste zu haben. Die Gründe, die sie dabei angaben, waren erstens nationale , zweitens, daß die Heimwehren mit den Schwarzen nichts zu tun haben wollen, drittens, daß „gerade die Arbeiteranhänger nicht gewählt sind, für eine christlichsoziale Liste“ zu stimmen. Es meldete sich auch Hitler und sein speziell nach Oesterreich gesandter junger Mann Straßer. Hitler fand das Bündnis der Starhemberg-Richtung der Heimwehr mit den Christlichsozialen zwar richtig, aber Starhembergs Eintritt in die Regierung übereilt und untaktisch. Die Nationalsozialisten schlugen demagogische Töne gegen die Regierung und die Heimwehr an. Hitler drängte in Verhandlungen mit Starhemberg und den Heimwehrführern auf die Wiederherstellung der äußeren Selbständigkeit der Heimwehr und ein enges Wahlbündnis mit den Hitler-Nationalsozialisten. Diese, die NSDAP-Hitler-Richtung, war bisher in Oesterreich eine kleine und unbedeutende Partei von höchstens 2000 Mitgliedern; sie hatte sich vor einigen Jahren von einer anderen, „gemäßigten“ Richtung der Nationalsozialisten getrennt, die gegen Hitler ist und jetzt zum Schober-Block gehört. Bedeutungsvoll war bisher in Oesterreich die nationalsozialistische Richtung in der Heimwehr mit Starhemberg an der Spitze. In der Tat verhandelten Hitler- Nationalsozialisten und Heimwehr auch [652] direkt und ein formelles Wahlbündnis scheiterte nur an den übermäßigen Mandatsansprüchen der Hakenkreuzler.

Nach einigem Wirrwarr und Hin und Her zog nun Starhemberg die Schlußfolgerung aus der Lage und den Ratschlägen Hitlers. Die Bundesführung der Heimwehr beschloß, nunmehr in ganz Oesterreich ohne jede formelle Bindung mit den Christlichsozialen selbständig als Heimatblock unter den Losungen „Gegen die bürgerlichen Parteien“, „Gegen den Marxismus“ und „Gegen Rot und Schwarz“ in den Wahlkampf zu gehen. Ihr Wahlaufruf wendet sich demagogischerweise vor allem an die Arbeiter[*)], und der Heimwehrminister Hueber erklärte in einer programmatischen Rede:

[*)] Die Losungen des Wahlaufrufs der Heimwehr lauten:
„Für alle, die des Treibens der Parteien müde sind und für die Hunderttausende von Nichtwählern und alle, die in der Ueberwindung des herrschenden Systems die Rettung unseres Volkes und unserer Heimat erblicken, ist der Heimatblock geschaffen worden! Der Heimatblock kämpft für Volksgemeinschaft, für politische Anständigkeit, für die Hebung des Arbeiterstandes, für sozialen Fortschritt, für wirkliche deutsche Volksherrschaft, gegen marxistischen Klassenkampf, gegen Korruption marxistischer und bürgerlicher Parteiwirtschaft, gegen das Herunterstoßen der Arbeiterschaft in das Proletariat, gegen das Zerrbild der Demokratie. Der Heimatblock kämpft für ein einiges, großes und starkes Deutsches Reich. Arbeiter und Bauern, Beamte und Angehörige freier Berufe, Unternehmer und Gewerbetreibende, wir rufen euch! Kämpft mit und helft bei der Aufrichtung des wahrhaft sozialen, christlichen und nationalen Volksstaates, kämpft mit für die Zukunft Oesterreichs im Heimatblock!“

„Die Entscheidung bei diesen Wahlen fällt in der Arbeiterschaft!“ Neben der „selbständig“ auftretenden Heimwehr stehen die Hitler-Nationalsozialisten, die zwar keine formelle Wahlgemeinschaft mit der Heimwehr eingingen, aber tatsächlich mit ihr im Wahlblock stehen, mit ihr gemeinsame Versammlungen veranstalten usw. Die Hitler-Leute wollen vor allem in die Arbeiterschaft und in die Jugend eindringen und die von dem Verrat der SP und dem Bankrott des Parlamentarismus enttäuschten Arbeiter einfangen. So schreien sie jetzt nach deutschem Vorbild „gegen das raffende Kapital“, indem sie die in den österreichischen Massen sehr starken antisemitischen Stimmungen ausnutzen, sie sprechen vom „revolutionären Rot der Hakenkreuzfahne“ geben sich als nationale Befreier aus, erklären sich gegen die Heimwehr und diese als „Schutztruppe des jüdischen Finanzkapitals“, in deren Führung „Parlamentswanzen“ sitzen, die „mit einer gelben Gewerkschaft verbündet“ ist (der faschistischen „Unabhängigen Gewerkschaft“), kritisieren in ihren Aufrufen an die Arbeiterjugend die Sozialistische Arbeiterjugend und Kommunistische Jugend als zu schlapp im Kampf gegen die Heimwehr. Der ganze Wahlkampf der Hitler-Leute in Oesterreich wird von Deutschland geleitet, und die Hitler-Straßer-Goebbels haben auch – man sagt 200 – Agitatoren und große Geldmittel für den Wahlkampf nach Oesterreich geschickt.

So sehen wir auch in Oesterreich die Tendenz der Zersetzung der alten bürgerlichen Parteien und der Herausbildung einer neuen großen, offen faschistischen Partei. Bausteine zu letzterer waren in Oesterreich die Heimwehr (Heimatblock) und die Hitler-Leute. Aber auch die Christlichsoziale Partei unter Seipel gibt sich alle Mühe, zum dieser großen, umfassenden faschistischen „Standespartei“ zu werden. Aber es ergibt sich, daß die Christlichsoziale Partei dazu außenpolitisch und durch ihre Bindung mit der Kirche heute zum belastet ist, und daß die [653] neuere Taktik Seipels – Bündnis Katholizismus-Nationalsozialismus – gegenwärtig (vielleicht als Umweg) zweckmäßiger erscheint. Die mehr komplizierten Verhältnisse in Oesterreich und die fortgeschrittene Zerklüftung im bürgerlichen Lager bewirken es, daß der Bündnispartner der Christlichsozialen nicht wie in Deutschland eine große Hitler-Partei ist, sondern die jetzt stark nationalsozialistisch beeinflußte Heimwehr und Hitler-Partei. Dabei ist allerdings die Heimwehr viel mehr mit der führenden Partei der Großbourgeoisie, den Christlichsozialen, verbunden, als in Deutschland die Nationalsozialisten. Im Grunde genommen liegt eben das Gewicht in Oesterreich bei der Heimwehr und nicht bei der Hitler-Partei, die mehr ein in die Arbeiterschaft vorgeschobener Vorposten ist, während die Heimwehr ihrem Gewicht nach heute viel mehr mit der Hitler-Partei in Deutschland verglichen werden könnte[*)].

Sieht man also die drei offen faschistischen Gruppen – Christlichsoziale, Heimwehr, Hitler-Partei –, so ergibt sich, daß ihre komplizierte Wahltaktik nur der Schwierigkeit der Lage entspringt und dem Gedanken dient: „Getrennt marschieren – vereint schlagen“. Dabei fällt der Heimwehr und vor allem der Hitler-Partei die Aufgabe zu, in die enttäuschte Arbeitergefolgschaft der SP einzubrechen. Die andere Verlängerung dieser faschistischen Front – der „gemäßigt“ faschistische Schober-Block der „Mitte“ – soll die Abwanderung der von den Christlichsozialen enttäuschten Stimmen zur SP verhüten und gleichzeitig die Brücke zur SP darstellen.

Die schmähliche Rolle des Sozialfaschismus

Und die Sozialdemokratie selbst! Um sich den ganzen jetzigen Verrat und die Kapitulation der SP, ihre faktische Unterstützung für das Vaugoin-Starhemberg-Regime vor Augen zu halten, muß man sich in Erinnerung rufen, wie die SP früher – unter Schober – gegen Vaugoin und eine mögliche Vaugoin-Regierung getobt hat. Damals hatte die SP immer die Taktik befolgt, die Schober-Regierung zwar als eine reaktionäre Regierung hinzustellen, jedoch als eine noch demokratische, und als den Schutz vor der faschistischen Diktatur; eine Vaugoin-Regierung aber wäre die

*) Alles mit den österreichischen Besonderheiten: daß die Heimwehr zunächst nicht als Partei, sondern als all- und überparteiliche Militärorganisation geschaffen wurde und jetzt erst den Charakter einer Partei annimmt, andererseits aber schon stark als eine Art Notpolizei in den Staatsapparat eingegliedert ist, der jetzt von den Christlichsozialen geführt wird, und daß die Kirche von Anfang an mit der Heimwehr verbunden war und sie zusammenband, vor allem aber, daß die Christlichsozialen selbst schon offen faschistisch sind und die österreichischen Vorgänge sich auf dem Boden bereits eines faschistischen Diktaturregimes abspielen, das von den Christlichsozialen geführt wird.

faschistische Diktatur! Und alle zwei Wochen stieß die SP-Presse den Schreckensruf aus, Schober sei in Gefahr, von Vaugoin gestürzt zu werden. Mit dieser Begründung „rechtfertigte“ die SP alle Konzessionen, die sie der Schober-Regierung machte. Aber was geschah, als es zur Regierungskrise kam und die Vaugoin-Regierung wirklich drohte? Da stellte die „Arbeiter-Zeitung“ die Krise als eine belanglose Streiterei hin, die schon „auf österreichische Weise“ mit Gemütlichkeit und ohne Aenderung des Bestehenden gelöst werden wurde. Sie lullte die Arbeiter ein! Und als dann Vaugoin-Seipel-Starhemberg ihre Regierung bildeten, da [654] ließ sich die SP vernehmen, daß sich eigentlich gar nichts geändert hätte. Das Ganze sei ein Streit um die Moral, wobei Schober weniger, Vaugoin mehr korrupt sei. (Mit Hinweis auf die Korruptionsangelegenheiten in der Bundesbahn und die Affäre Strafella, die ja nur den Vorwand zum Regierungswechsel abgab.) Diese Taktik der SP bedeutete nichts anderes als stillschweigende Unterstützung und Ermöglichung der reibungslosen Bildung der faschistischen Diktaturregierung Vaugoin-Seipel-Starhemberg.

Die SP-Führer waren sich auch voll bewußt, was der Regierungswechsel bedeutete, nämlich daß die faschistische Bourgeoisie jetzt von ihnen ein viel gehorsameres und disziplinierteres Kuschen und Lakaientum, viel entschiedenere Maßnahmen zur Entwaffnung und Niederhaltung der Arbeiter forderte als bisher. Und die SP-Führer beeilten sich, den neuen gestrengen Herren ihre Loyalität und Unterwürfigkeit zu zeigen und sie durch ihre Handlungen zu erweichen, doch die SP neben den Heimwehrfaschisten noch möglichst stark auszunutzen. Und so sah man die Führer der „linken“ und in der Zweiten Internationale stärksten Sozialdemokratie, die Otto Bauer, Renner, Julius Deutsch Friedrich Adler, die stolzen Vertreter des ehemals „großen“ Austromarxismus gegen den Bolschewismus, kläglich winselnd zu Füßen der Starhemberg, Vaugoin, Seipel.

Starhemberg, der Führer der Heimwehrbanden hatte bloß eine leise Andeutung fallen lassen, er würde den Schutzbund auflösen, da beeilten sich der Vorstand der SP und des Schutzbundes, einen Aufruf herauszugeben, daß der Schutzbund einem etwaigen Auflösungsbefehl durch die Heimwehrregierung Folge leisten müsse. Statt des einstmals so gefeierten Schutzbundes dürfen dann nur Ordner zurückbleiben. Friedrich Adler kam in großer Eile von Zürich nach Wien und gab in einer großen Vertrauensmännerkonferenz der SP die Losung aus, daß „die Arbeiterschaft sich nicht provozieren lassen und nicht antworten darf, selbst wenn die Regierung kleinere oder größere Verfassungsbrüche begeht“, und daß die einzige Antwort nur die Wahlen am 9. November sein dürfen. Die offen sozialfaschistische Richtung – Sozialfaschismus ohne „marxistische“ Phrase – erhielt jetzt die Oberhand in der SP, und Renner inspirierte einen Wahlaufruf der SPOe, der nichts anderes ist als ein bürgerliches Programm, bestimmt, das Bürgertum zu beruhigen und der Loyalität der SP zu versichern und bürgerliche Stimmen zu gewinnen.

Da finden wir kein Wort mehr, das an jene großsprecherischen Versprechungen gemahnt, die SPOe brauche nur mehr nehmt Prozent der Stimmen, dann werde in Oesterreich der Sozialismus auf demokratischem Wege (im Gegensatz zum Weg des bösen Bolschewismus) verwirklicht. Das höchste Ziel, das der „Schwung“ der SP-Phantasie noch auszudenken vermag, ist das lahme und schwächliche Bitten um Hineinnahme der SPOe in eine Koalition, wobei die SP sich darüber klar ist, daß das heute allerdings nur Phantasie bleiben wird. Und die SP erklärt, sie würde als bürgerliche Koalitionspartei regieren, selbst wenn sie stark aus den Wahlen hervorginge, selbst wenn sie die Mehrheit oder beinahe die Mehrheit erhielte:

„Wenn wir Sozialdemokraten aus diesen Wahlen so stark hervorgehen, [655] daß wir die Führung der Regierung übernehmen können, dann werden wir alle ehrlich denkenden Demokraten im Lande dazu einladen, mit uns gemeinsam die vollkommene innere Abrüstung unter den stärksten Bürgschaften ehrlicher Gegenseitigkeit und unter gegenseitiger Kontrolle durchzuführen. Alle Selbstschutzverbände auf beiden Seiten werden gleichzeitig aufgelöst, alle militärischen Aufmärsche dieser Formationen, die immer wieder Beunruhigung erzeugen und dem staatlichen Sicherheitsdienst ungeheure Kosten verursachen, werden verboten, alle Waffen dieser Formationen eingezogen und vernichtet werden!

Wird so der Friede im Lande gesichert, so wird die von den Sozialdemokraten geführte Regierung alle Kräfte auf die Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit konzentrieren.

Wir verkennen nicht, daß die Gewerkschaften und Unternehmerverbände an der Verbesserung der Lage unserer Industrie und unseres Gewerbes zusammenwirken müssen. Aber dieses Zusammenwirken ist unmöglich, solange die Unternehmerverbände nicht mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten, sondern mit allen Mitteln des Unternehmerterrors die Gewerkschaften zerschlagen, Arbeiter und Angestellte in gelbe Organisationen hineinzwingen wollen. Ist erst der antimarxistische Kurs besiegt, dann werden Gewerkschaften und Unternehmerverbände auf der Grundlage vollkommener Gleichberechtigung, auf der Grundlage des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und Angestellten im Staate und im Betrieb, auf der Grundlage der Unantastbarkeit der sozialen Errungenschaften der Arbeiter und Angestellten zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit zusammenwirken können."

Das ist das Kernstück des SP-Wahlaufrufs. Und wofür sollen Unternehmer und Gewerkschaften (faschistische Parteien und SP) zusammenwirken? „Für eine schöpferische Wirtschaftspolitik." Das Wirtschaftsprogramm der SP hat gezeigt, was das ist: Investitionspolitik, bessere Zoll- und Handelsverträge, niedrigerer Zinsfuß, Subventionen an Privatunternehmer, Getreidemonopol, Steuererleichterungen – kurz ein Programm, mit dem das Bürgertum zufrieden sein könnte. Den Arbeitern hat die SP daneben nur zwei Dinge versprochen: die Beibehaltung der bestehenden, völlig unzureichenden Arbeitslosenunterstützung und die Einführung einer Altersversicherung. Doch ist dies bloß ein Manöver; denn gerade die SP hat die Arbeitslosenversicherung und Altersversicherung bisher ständig preisgegeben und wird sie weiter ebenso vollständig preisgeben, wie sie den Mieterschutz und alle anderen teilweise sozialen Einrichtungen verraten hat.

Man kann nicht verkennen, daß die SPOe allerdings eine günstigere Position hat als die SPD, da sie ja jahrelang eine Scheinopposition betrieb, wenn sie auch immer tatsächlich in den höchsten Regierungsstellen der Länder und des Bundes mitregierte. Gerade in den letzten Monaten hat sie sich den Arbeitern als Partei der Verteidigung der Arbeitslosen- und Sozialversicherung präsentiert und dazu auch ein so geschicktes Schwindelmanöver unternommen wie das Volksbegehren, das ihr mehr Unterschriften brachte, als Stimmen bei den letzten Wahlen. Es ist auch zweifellos, daß ihr Schlagwort: „Stürzt die Vaugoin-Regierung in den Wahlen!" auf breite, noch parlamentarisch eingestellte Schichten der Arbeiter von starker Zugkraft ist, so wie ihre Argumente „Die kommunistischen Stimmen gehen ja ohnehin verloren" selbst auf viele mit den Kommunisten sympathisierende Arbeiter noch wirken. Auch ist die riesige organisatorische Stärke des sozialdemokratischen Kolosses nicht außer acht zu lassen. [656]

Die Wendung in der Arbeiterschaft

Aber schon beginnt es in diesem Koloß zu wanken und zu bröckeln, schon zeigt sich Zersetzung, schon fallen die ersten Trümmer. Es ist klar, daß die SPOe ihren Höhepunkt hinter sich hat, daß die große geschichtliche Wendung bereits eingesetzt hat. Bedeutende Schichten der ehemals sozialdemokratischen Gefolgschaft unter den Arbeitern beginnen sich von der SP-Politik, den SP-Führern und der SP selbst abzuwenden. Noch hatte dies bisher allerdings erst die Form, daß einzelne Arbeiter und kleinere Gruppen zur KP kamen, sowie bereits auch eine größere Gruppe revolutionärer sozialdemokratischer Arbeiter ihren Uebertritt vollzog (die Komitees der „Revolutionären Sozialdemokraten") breitere Schichten der SP-Arbeiter aber noch, enttäuscht und oppositionell gestimmt, hin und her schwanken. Sie sind schon nicht mehr mit der SP einverstanden, aber noch nicht bereit, zur KP zu gehen; sie suchen noch nach einem Ausweg. Die Wahlen werden alle diese Prozesse stark beschleunigen und vertiefen. Andererseits aber gelingt es den Faschisten, viele von der Verratspolitik der SP enttäuschte Arbeiter einzufangen. Dies bewerkstelligen sie durch ihre scharfe Hetze gegen die sozialdemokratischen Bonzen, ihre hemmungslose Demagogie und ihre Versprechungen sowie eine schlaue Politik ihrer „Gewerkschaften" (der „Unabhängigen Gewerkschaft") im Betriebe, die den schlechter gestellten Arbeitern sogar Lohnerhöhungen verschafft, womit erst sie die Erhöhung der Arbeitsintensität die Beseitigung der Rechte der Arbeiter und die anderen Verschlechterungen verbindet[*]. Es muß auch festgestellt werden, daß, wie die Erfolge der UG bei den

[*] Stellenweise gibt sich die faschistische UG sogar „demokratischer" als die freie Gewerkschaft, indem sie offene, frei zugängliche Betriebsratssitzungen abhält, den Betriebsratsfonds für kleine Verbesserungen der Lage der Arbeiter verwendete usw.

letzten Betriebsratswahlen zeigen, die Faschisten bisher der SP mehr enttäuschte Arbeiter abnehmen als die Kommunisten. Das zeigt zweifellos, daß die KP noch viel zu wenig – vor allem in den Betrieben und in Gewerkschaftsfragen – in Erscheinung tritt, daß sie noch nicht genügende Anziehungskraft auf die Massen ausübt, daß ihre Massenarbeit noch ungenügend ist. Insbesondere muß hervorgehoben werden, daß eine rote Gewerkschaftsopposition tatsächlich noch nicht besteht, was vor allem erklärt, wie leicht die faschistische „Unabhängige Gewerkschaft“ in den Betrieben die mit den Reformisten unzufriedenen Arbeiter einzufangen vermag.

Aber in der Entwicklung der Kommunistischen Partei Oesterreichs ist zweifellos eine Wendung zu verzeichnen. Nach jahrelanger Stagnation heute ein ganz anderes Bild! Seit Anfang des Jahres ununterbrochene Mitgliederzunahme und Steigerung der Auflage der „Roten Fahne“. Beitritt ganzer Gruppen sozialdemokratischer Arbeiter, Vergrößerung des Einflusses, geänderte Einstellung breiterer Schichten sozialdemokratischer Arbeiter zur Partei, erhöhte Aktivität der Partei, weitgehende Auffrischung der Funktionärkader durch neue, frische, hauptsächlich von der SP gekommene Arbeiterelemente Diese Wendung gilt es jetzt mit aller Energie weiterzuführen. Die Partei muß in der heutigen Situation der beginnenden Politischen Krise und der Wahlen den Durchbruch der sozialfaschistisch-faschistischen Front vollziehen! Die jetzigen Wochen und Wahlen sind entscheidend, und es gilt, sie zum Durchbruch zu nutzen – das ist die Losung, [657] die jetzt die ganze Parteitätigkeit bestimmt und die ganze Partei von unten bis oben mit großem Enthusiasmus und Kampfeifer erfüllt!

Mit aller Schärfe führt die KPOe in diesen Wahlen einen Frontalangriff gegen die SPOe. Die KPOe zieht jetzt, und insbesondere in den Wahlen, vor den Arbeitern die große geschichtliche Bilanz aus dem zwölfjährigen Kampf zwischen Sozialdemokratie und Bolschewismus in Oesterreich. Jetzt können schon breite Massen sehen, daß die Schuld an der ganzen Entwicklung in Oesterreich bis zur Errichtung der faschistischen Diktaturregierung Vaugoin-Seipel-Starhemberg die Sozialdemokratie trägt! Jetzt kann schon jeder sehen, daß der Weg von Otto Bauer nicht zum Sozialismus, sondern zum Faschismus geführt hat. Das große Experiment – im Gegensatz zum Bolschewismus – das Experiment des „demokratischen Weges zum Sozialismus“ der „linken“, austromarxistischen und dabei stärksten Sozialdemokratie, es wurde gemacht, leider beinahe ungestört. Und das weltgeschichtliche Resultat? Krise, Zusammenbruch, Massennot, Hunger, faschistische Diktatur!

Aber indem die KPOe derart den schärfsten Kampf gegen die SPOe und ihre Führer führt, verstärkt sie gerade jetzt auch ihre Bemühungen, mit den sozialdemokratischen Arbeitern die engste Verbindung und die Einheitsfront zum täglichen Kampf im Betrieb und auf der Straße gegen die Vorstöße der Unternehmer und der Vaugoin-Regierung und gegen die Vaugoin-Regierung herzustellen. So legt die KPOe gerade jetzt besonderes Gewicht darauf von unten her durch Demonstrationen und Vorbereitung von Wirtschaftskämpfen die Kampffront für die Forderungen der Arbeitslosen und der Betriebsarbeiter zu bilden und den Gedanken des Massenstreiks zu propagieren. Gerade jetzt, vor und während den Wahlen ist nichts wichtiger als die Entfesselung dieses Massenkampfes. Und gerade gegen die offenen entscheidenden Vorstöße der faschistischen Diktaturregierung, die diese zweifellos vorbereitet, je näher wir den Wahlen kommen und wenn diese für sie einen ungünstigen Ausgang bringen sollte mm , gilt es jetzt die Massen zur Einheitsfront und zum Kampf zu mobilisieren. Die Entscheidung liegt ja im außerparlamentarischen Kampf. In diesem Geist führt die KPOe auch den Wahlkampf.

Mit größtem Offensivgeist und entrollten Fahnen geht die Kommunistische Partei in diesen Wahlkampf. Sie führt diesen Kampf in dem klaren Bewußtsein, daß er ein Teil der revolutionären Massenmobilisierung zum Kampf gegen die faschistische Diktatur und ihre Vorstöße ist. Ihre Zentrallosung in diesem Kampf ist: „Nieder mit der faschistischen Diktaturregierung Vaugoin!“ Diesen Kampf führt sie ausgehend von den konkreten Tagesforderungen der Arbeiter, Arbeitslosen, Beamten, Kleinbauern und steigert ihn dazu, daß sie vor der Arbeiterschaft mit aller Energie die Frage des revolutionären Ausweges aufrollt. Die KP Oesterreichs kämpft gegen Vaugoin, Heimwehr, Hakenkreuz und Schober, gegen den faschistischen Terror, gegen die Entwaffnung der Arbeiter, für ihre Bewaffnung, gegen die Zertrümmerung der Arbeitslosen- und Sozialversicherung, für ihren Ausbau und ihre Erweiterung auf Kosten der schärfsten Besteuerung

des Kapitals und Streichung der Ausgaben für Polizei, Gendarmerie und Bundesheer, gegen den Raub der Rechte der Eisenbahner, gegen Lohnabbau und Stillegungen, für den Siebenstundentag und Lohnerhöhung, für die Befreiung der Klein-[658]bauern und der werktätigen Mittelbauern von den Steuern und vom Pachtzins.

Darüber hinaus zeigt die KPOe überzeugend den Ausweg zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrise durch den Sturz des Kapitalismus und ruft auf zum Kampf für den Sturz der faschistischen Diktatur, für die Diktatur des Proletariats, für ein Sowjetösterreich. Sie entlarvt die heuchlerische Losung der SP, die behauptet, bei dieser Wahl gehe es um „Demokratie oder Faschismus“, zeigt, daß die verfaulte Demokratie dem Faschismus Platz gemacht hat und erklärt als die Losung dieser Wahl: Faschismus oder Bolschewismus.

Die KPOe rollt jetzt auch mit aller Klarheit vor den werktätigen Massen Oesterreichs die Frage der nationalen Befreiung vom imperialistischen Joch auf. Dies ist von der allergrößten Bedeutung, da die nationale Frage in diesen Wahlen eine sehr große Rolle spielt, und da es vor allem gilt, den engsten Zusammenhang mit dem Kampf der deutschen Arbeiter herzustellen. Liegt doch heute im Kampf der deutschen Arbeiter gegen den Faschismus und für Sowjetdeutschland der Schlüssel zur Weiterentwicklung in ganz Europa, und die Vorgänge und Kämpfe in Oesterreich stehen in jeder Beziehung in engstem Zusammenhang mit der Entwicklung in Deutschland, was bisher auch in Oesterreich viel zu wenig herausgearbeitet worden ist. Und es erweist sich, daß, wie in Deutschland, auch in Oesterreich die KPOe als einzige Partei der sozialen und nationalen Befreiung vor die werktätigen Massen tritt.

Der Wahlaufruf der KPOe sagt über diese Frage:

„Eine jede Regierung in Oesterreich war bisher nichts anderes als ein Statthalter und Fronvogt des ausländischen Finanzkapitals. Der Friedensvertrag von St. Germain ist ein Teil des Raubfriedens von Versailles, der die imperialistische Zerreißung und Versklavung der werktätigen Massen Deutschlands und Deutschösterreichs brachte und den 6½ Millionen Deutschen Oesterreichs jedes Recht auf Selbstbestimmung nimmt. Auf St. Germain folgte die Finanzkontrolle und die Finanzsklaverei, die sich in den – den österreichischen Massen traurig bekannten Worte – Genf und Sanierung ausdrückt und in der Schober-Anleihe fortsetzt.

Wir Kommunisten erklären feierlich vor der Arbeiterschaft und dem ganzen werktätigen Volke Oesterreichs:

Wir lehnen den Raubfrieden von Versailles und Samt Germain ab und kämpfen für seine Zerreißung. Wir kämpfen für die Zerschmetterung der Tributsklaverei und die Annullierung aller Schulden an das ausländische und inländische Finanzkapital. Wir kämpfen dafür, daß alle diese Verpflichtungen für null und nichtig erklärt werden, daß wir keinen Groschen für die imperialistischen Anleihen, Kredite und Kapitalanlagen in Oesterreich leisten.

Wir fordern das Selbstbestimmungsrecht der Völker für Oesterreich.

Wir Kommunisten erklären uns aber als entschiedene Gegner des Anschlusses an ein kapitalistisches Hindenburg-Young-Hitler-Deutschland denn dies würde nur bedeuten Verschärfung der kapitalistischen Unterdrückung und der Versklavung durch das internationale Finanzkapital. Die Lösung der nationalen Frage für die Werktätigen Oesterreichs und Deutschlands – das wäre die Zerschmetterung der Raubfriedensverträge von Versailles und St. Germain, die Abschüttelung des Joches der imperialistischen Finanzsklaverei und der Zusammenschluß der deutschen Werktätigen Oesterreichs und Deutschlands – kann nur erfolgen auf revolutionärem Wege. Er kann nur erfolgen im gemeinsamen Kampf der [659] deutschen und österreichischen Arbeiter für ein Sowjetdeutschland und Sowjet-Österreich.

Wir erklären uns für den Anschluß an ein Sowjetdeutschland!“

Die ganze Stellungnahme und Agitation der KPOe durchdringt jetzt wie ein roter Faden der Gedanke der engen Gemeinsamkeit des Kampfes der österreichischen und deutschen Arbeiter. Der Aufruf der KPOe erklärt:

„Schon hat in Deutschland der Kampf zur sozialen und nationalen Befreiung der Werktätigen begonnen. Unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands kämpfen die Arbeiter und Werktätigen in Stadt und Land gegen die Young-Sklaverei und Faschismus, für ein sozial und national befreites Sowjetdeutschland, das die Ketten des Young-Planes und der eigenen Kapitalisten abgeschüttelt hat und im Bunde mit der Sowjetunion den Kapitalisten und Imperialisten der ganzen Welt trotzt.

4.600.000 Stimmen erhielt die Kommunistische Partei Deutschlands bei den letzten Wahlen, eine Million sozialdemokratischer Arbeiter stimmten für die Kommunistische Partei. Unser Kampf in Oesterreich geht Hand in Hand mit dem Kampf der deutschen Arbeiterschaft. Wir stehen in einer Front. Und für Oesterreich lautet jetzt die Losung:

Die Front ausrichten!“

Und so hat es ein ganz besonderes Gewicht, wenn die KPOe ihren Kampf um die konkreten heutigen Forderungen der Arbeiter, Arbeitslosen, Kleinbauern gegen die faschistische Diktatur in die großen zusammenfassenden Losungen hinüberleitet:

Kämpft für die Erweiterung von Arbeitslosen- und Sozialversicherung, Siebenstundentag, Lohnerhöhung, gegen Teuerung, Massensteuern und Zollraub! Für die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit! Gegen den faschistischen Terror! Nieder mit der faschistischen Diktaturregierung Vaugoin! Zerbrecht die imperialistische Sklaverei!

Für ein Sowjetösterreich! Für den Anschluß an Sowjetdeutschland! Für ein Bündnis mit der Sowjetunion!

Für Arbeit, Brot und Freiheit!

*

In der immer schärfer werdenden Krise in Oesterreich zeigt die KPOe den Massen den einzig möglichen Weg. Im Kampf um diesen muß die KPOe jetzt alle Anstrengungen machen, um zur Massenpartei zu werden.

*

Das Ergebnis der Wahlen vom 14. September

Von Ph. Dengel

Einige wichtige Lehren für die Kommunistische Partei

Die KPD hat am 14. September absolut 40,8 Prozent an Stimmen, verglichen mit dem Mai 1928, gewonnen, das sind 1.372.000 Stimmen. Da die Gesamtstimmenabgabe 13,7 Prozent höher war als 1928, beträgt der relative Gewinn der KPD 23,6 Prozent. Ihr Anteil am Gesamtergebnis steigt von 10,6 auf 13,1 Prozent, er ist höher als im Mai 1924, als der Anteil der KPD nur 12,6 Prozent ausmacht.

[660] In den einzelnen Bezirken hat sich der prozentuale Anteil an den Gesamtstimmen folgendermaßen entwickelt (die mit * bezeichneten Bezirke haben das Ergebnis vom Mai 1924 überholt):

	Prozentualer Anteil			
	Mai 1924	Dezember 1924	1928	1930
*Berlin	20,6	19,1	29,1	33,0
*Düsseldorf-Ost	24,9	20,9	22,3	26,0
Merseburg	25,7	22,6	24,4	25,0
*Potsdam I	14,9	12,1	17,1	20,0
*Potsdam II	13,1	11,5	17,5	19,7
Chemnitz-Zwickau	19,8	14,8	16,2	18,5
Hamburg	18,3	14,3	16,8	18,0
Düsseldorf-West	18,9	12,4	14,7	17,5
*Leipzig	15,7	12,5	16,1	17,2
Westfalen-Süd	21,9	12,1	11,8	17,0
Oppeln	16,7	12,2	12,7	16,6
Thüringen	15,6	13,1	12,4	15,2
*Köln-Aachen	14,2	8,8	10,4	14,5
*Dresden-Bautzen	8,4	6,5	10,3	12,4
*Ostpreußen	11,7	8,1	9,5	11,8
*Westfalen-Nord	9,7	6,9	8,9	11,3
*Hessen-Darmstadt	9,3	5,4	8,7	11,3
*Schleswig-Holstein	10,2	6,7	7,9	10,6

	Prozentualer Anteil			
	Mai 1924	Dezember 1924	1928	1930
Pfalz	13,5	8,1	7,1	10,5
Magdeburg	10,1	5,2	7,2	10,0
*Hessen-Nassau	9,3	5,4	8,0	10,0
Baden	10,1	6,5	7,4	9,6
Württemberg	11,3	8,1	7,2	9,4
*Frankfurt am O.	6,8	4,4	6,0	9,3
*Pommern	8,7	5,8	6,1	8,8
Mecklenburg	10,9	6,0	5,6	8,6
*Breslau	6,3	3,0	4,5	7,8
Osthannover	7,9	4,5	5,8	7,5
Weser-Ems	7,8	4,6	5,1	6,3
*Koblenz-Trier	6,1	4,3	4,9	6,3
*Liegnitz	6,0	3,3	4,2	6,1
Oberbayern-Schwaben	8,6	6,0	4,3	6,1
Südhannover-Braunschweig	8,2	4,6	3,5	5,5
Franken	6,1	3,7	3,0	4,8
Niederbayern	7,1	4,3	2,2	4,7

Absolut genommen gewinnt die KPD 752.000 Stimmen mehr, als der Verlust der SPD in der Höhe von 575.000 Stimmen beträgt. Relativ aber ist der Verlust der SPD größer – ihr Stimmenanteil fällt von 29,8 auf 24,5 Prozent, also um 5,3 Prozent vom Gesamtergebnis –, als der relative Gewinn der KPD, die ihren prozentualen Anteil um 2,5 Punkte erhöht hat. Der KPD gelang es also nicht, den gesamten Rückgang des Einflusses der SPD aufzufangen. Ein Teil davon, insbesondere der kleinbürgerliche Anhang der SPD und auch ländliches Proletariat, wurde von den bürgerlichen Parteien, in der Hauptsache von den Nationalsozialisten, gewonnen.

Die größte Bedeutung des Sieges der KPD besteht darin, daß sie den weitaus größten Teil des .Stimmenzuwachses in den Industriegebieten geholt hat, und daß es ihr gelang, die SPD in den meisten Industrie-[661]gebieten von entscheidender Wichtigkeit zu schlagen. In Groß-Berlin, in den Wahlbezirken des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, in Mitteldeutschland und in Oberschlesien hat die KPD mehr Stimmen bekommen als die SPD, wobei berücksichtigt werden muß, daß in den Arbeitervierteln der Städte dieser Industriegebiete und in den Orten, die fast ausschließlich von Arbeitern bewohnt sind, das Stimmenverhältnis doch wesentlich günstiger für die KPD und ungünstiger für die SPD ist, als in dem Gesamtbezirk der erwähnten Industriegebiete. Ueberhaupt muß festgestellt werden, daß nach den vorliegenden Berichten der Bezirke die Gewinne der KPD fast ausschließlich in den Reihen der Arbeiter gemacht worden sind, und zwar insbesondere, trotz einiger guter Resultate auf dem Lande, in den Reihen der Industriearbeiterschaft.

Von Bedeutung ist auch, daß die KPD in wichtigen Industriegebieten mit einer in der Mehrheit katholischen Bevölkerung dem Zentrum in den Arbeitervierteln große Verluste zufügen konnte. Das trifft zu für das Ruhrgebiet, für das Kölner und Aachener Industriegebiet, für den linken Niederrhein und für Oberschlesien. In allen diesen Gebieten ist der relative Einfluß des Zentrums stark gesunken und besonders in den Reihen der Arbeiterschaft sehr kräftig zurückgedrängt worden.

Natürlich ist der Vormarsch der Partei innerhalb der einzelnen Bezirke nicht einheitlich. Welches sind die Ursachen für besonders günstige Ergebnisse? Die Bezirke berichten darüber einheitlich, daß gute Arbeit in den Betrieben, in den Massenorganisationen, besonders in den Gewerkschaften und ferner die Führung von Kämpfen der Arbeiter besonders gute Wahlergebnisse hervorgebracht haben. Ein ganz klares Beispiel für die Bedeutung von Streikkämpfen, bei denen die Kommunistische Partei eine führende Rolle gespielt hat, für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterschaft, geben die Parteibezirke Ruhrgebiet und Niederrhein. In diesen Bezirken wurden die Positionen der SPD und teilweise auch des Zentrums innerhalb der Arbeiterschaft entscheidend erschüttert. Die größten Erfolge hat die Partei in diesen beiden Bezirken dort, wo die Brennpunkte der Kämpfe waren.

Das Wahlergebnis im Ruhrgebiet und im Niederrhein zeigt deutlich den großen Vorsprung, den diese beiden Bezirke durch den Kampf in der Nordwestgruppe der Metallarbeiter in der Partei gehabt

haben. Dieser Kampf hat nicht nur die KPD als die einzige Verteidigerin der Interessen der Arbeiterschaft gezeigt; die Partei war auch infolge dieses Kampfes in der Lage und gezwungen, ihre Positionen in den Betrieben zu überprüfen, Fehler und Mängel der Betriebsarbeit abzustellen, die Organisation aufzubauen und zahlreiche neue Positionen in den Betrieben zu schaffen.

Auch alle anderen Bezirke berichten, daß dort, wo in der letzten Zeit Kämpfe stattgefunden haben, bei denen die KPD wichtigen oder führenden Einfluß besaß, die Wahlergebnisse weit über den Durchschnitt des Erfolges hinausgingen. Das trifft auch für das Mansfeldsche Gebiet zu, obwohl dort der Streik von der Partei nicht überall gleichmäßig ausgenutzt wurde und der Vormarsch der KPD im allgemeinen nicht so sichtbar ist wie im Ruhrgebiet, da schon vor dem Streik die Mehrheit der Mansfeldschen Arbeiter unter dem Einfluß der KPD stand.

Nicht in allen Gebieten und auch in Gebieten mit im allgemeinen gutem Ergebnis, nicht in allen Orten ist der Erfolg der KPD in der Industriearbeiterschaft zufriedenstellend. Wir haben z. B. eine solche [662] Erscheinung wie die Tatsache, daß in Oberhausen im Ruhrgebiet, einer Arbeiterstadt, die Kommunistische Partei zwar ihre Stimmenzahl um mehr als 100 Prozent von 7783 auf 16.444 steigern konnte, daß aber gleichzeitig die Nationalsozialisten von 644 auf 19.800 anstiegen, also mehr Stimmen erhielten als die KPD. Dasselbe gilt für Mülheim an der Ruhr, wo die KPD 12.600 und die Nationalsozialisten 16.300 Stimmen erhielten. In diesen beiden Orten verstand es die Partei in früheren Jahren sehr schlecht, eine kräftige, arbeitsfähige Organisation aufzubauen. Die verhältnismäßig schwachen Organisationen also sind schuld daran, daß die Nationalfaschisten sich in der Arbeiterschaft einnisten und Einfluß gewinnen konnten. Solche Beispiele, wie sie hier aus einem Bezirk genommen sind, auf dessen Wahlergebnis die KPD besonders stolz sein kann, können aus allen Bezirken vermehrt werden.

Sehr stark beeinflußt wurde auch das Wahlergebnis durch die innere Festigkeit der Partei. So ist z. B. das Gesamtergebnis des Bezirks Halle-Merseburg nicht befriedigend, besonders ungünstig das Ergebnis in Halle selbst. In diesem Bezirk hatte sich der Opportunismus unter der Flagge des Versöhnlertums besonders fest eingenistet, und eine große Anzahl von Funktionären fand überhaupt den Weg zur revolutionären Politik der Partei nicht mehr zurück und mußte ausgeschlossen werden. Die Bezirksleitung Halle-Merseburg meldet in ihrem Bericht, daß überall dort, wo die Reinigung der Partei von opportunistischen Elementen am schärfsten durchgeführt wurde, wie im Bitterfelder und Wittenberger Gebiet, die Erfolge sehr gut waren und weit über dem Durchschnitt lagen. Ueberall dort aber, wo die opportunistischen Auffassungen, die sich in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, in der Tätigkeit in den Gemeindeparlamenten zeigen, noch nicht liquidiert worden sind, war das Wachstum des Einflusses der Partei nur gering oder sie hatte sogar Verluste zu verzeichnen. Dasselbe berichten eine Reihe anderer Bezirke. In Mecklenburg z. B. machte unsere Fraktion im Kommunalparlament der Stadt Wismar opportunistische Fehler. Dort haben wir von dem absoluten Verlust der SPD von 1100 Stimmen nur 100 für uns gewinnen können. Auch in Ostpreußen wurde das unbefriedigende Ergebnis zum Teil durch rechte und linke sektiererische Abweichungen stark beeinflußt. Auch Thüringen meldet, daß opportunistische Schwankungen überall wo sie auftraten den Aufschwung des Einflusses der Partei verlangsamt haben.

Kommunistische Partei und die Arbeit auf dem Lande

In fast allen Bezirken hat die KPD in einer Reihe von Landgemeinden überraschend große Erfolge erzielen können. Meist waren diese Erfolge das Ergebnis von Kämpfen, die die Landarbeiter unter Führung der KPD durchgeführt hatten, oder auch das Ergebnis einer zielklaren und dauernden organisatorischen Arbeit. Es zeigte sich sogar, daß eine verhältnismäßig geringe Aufklärungsarbeit genügte, um große Teile der halb- oder ganzproletarischen Werktätigen auf dem Dorfe für die KPD zu gewinnen. Aber es muß festgestellt werden, daß, insgesamt gesehen, die Erfolge der KPD auf dem Lande, verglichen mit den gewaltigen Erfolgen bei der Industriearbeiterschaft verglichen auch mit dem großen Erfolg der Nationalfaschisten auf dem Dorfe, nur gering gewesen sind. Vielfach bekam die KPD am 14. September in ländlichen Gebieten sogar weniger Stimmen als im Mai 1928. Das trifft besonders zu für Gebiete mit ausgesprochen klein- oder zwergbäuerlichen Charakter. Wir haben

z. B. Stimmen verloren auf dem Lande im Trierer [663] Gebiet, auf dem Westerwald, in Oberhessen, Teile des thüringischen Landgebietes usw.

Für die Partei von besonderer Wichtigkeit sind die Ergebnisse der Wahl vom 14. September, soweit sie die Landarbeiter betreffen. Nehmen wir einen solchen Bezirk wie Ostpreußen. Dort hat die SPD absolut 17,3 Prozent ihrer Stimmen vom Mai 1928 verloren. Die Kommunistische Partei hat 16.500 weniger gewonnen als die SPD verlor. Die größten Verluste erlitten die Sozialfaschisten nicht in den Städten, sondern auf dem Lande. Hat die SPD verhältnismäßig viel mehr als im Reichsdurchschnitt verloren, so haben andererseits die Nationalfaschisten in Ostpreußen viermal soviel als im Reichsdurchschnitt gewonnen. Die KPD hat auf dem Lande in vier Kreisen sogar einen Stimmenverlust, in anderen Kreisen hat sie viel weniger gewonnen als die SPD verloren hat; z. B. gewann sie in dem Kreise Wehlau 430 Stimmen, während der Verlust der SPD 2500 betrug.

In einem anderen Bezirk mit ausgesprochen agrarischem Charakter, in Mecklenburg-Schwerin, konnte die Partei in den Städten ihren Stimmenanteil von 5,9 auf 10,9 Prozent steigern, auf dem Lande dagegen nur von 3,6 auf 5,1 Prozent. Sie vermochte auch in den Städten nicht den relativen Verlust der Sozialfaschisten aufzuholen, auf dem Lande aber meistens noch nicht einmal deren absoluten Verlust. Dieses für Mecklenburg im ganzen ungünstige Resultat auf dem Lande besteht, obwohl in einer Reihe von Einzelfällen der Erfolg der Partei in Dörfern und Gütern infolge guter Arbeit ein außerordentlich großer gewesen ist.

Auch in den beiden schlesischen Bezirken Breslau und Liegnitz konnte die Partei den außerordentlich großen Verlust der SPD nicht aufholen. Im Wahlkreis Breslau hat die SPD absolut 13.000 Stimmen mehr verloren als die KPD gewann. Auch in diesen beiden Wahlbezirken sind ausgezeichnete Einzelresultate auf dem Lande erzielt worden. In der Hauptsache aber waren es die Nationalsozialisten, die die Verluste der Sozialfaschisten unter der Landarbeiterschaft und unter den Kleinbauern aufzufangen vermochten.

Dasselbe, was von den bisher genannten ländlichen Bezirken gesagt wurde, gilt für eine Reihe anderer agrarischer Bezirke, wie Südhannover, Osthannover, Magdeburg und Nordwest. In allen diesen Gebieten gibt es einige überraschende Teilerfolge, aber insgesamt bleibt das Ergebnis auf dem Lande durchaus unbefriedigend. So berichtet z. B. der Bezirk Magdeburg (ähnlich der Bezirk Halle-Merseburg), daß es der Partei nicht gelang, unter den kleinbäuerlichen Elementen ihres Bezirks Einfluß zu gewinnen, daß diese vielmehr fast vollständig unter die Führung der Nationalsozialisten geraten.

Was besagen diese Resultate?

1. Die außerordentlich guten Ergebnisse in einer ganzen Anzahl von Gebieten zeigen, daß es verhältnismäßig leicht ist, Landarbeiter und Kleinbauern von der Führung der Sozialfaschisten und der bürgerlichen Parteien loszureißen und sie für die KPD zu gewinnen.

2. Das Wahlergebnis vom 14. September auf dem Lande zeigt, daß in den meisten Bezirken die Arbeit der KPD auf dem Lande noch nicht genügend planmäßig, ausdauernd, aktiv und mit den richtigen Methoden durchgeführt gewesen ist.

3. Die ausgebeuteten und verzweifelten Landarbeiter und Kleinbauern, an die bisher die Kommunistische Partei überhaupt noch nicht richtig herangekommen war, fallen der extremsten nationalfaschistischen Reaktion zum Opfer.

[664] In jedem einzelnen Bezirk muß auf Grund des Wahlergebnisses vom 14. September – besonders auch angesichts der sehr raschen revolutionären Entwicklung – die Tätigkeit auf dem Lande überprüft werden. Es darf aber nicht mehr wie früher bei papiernen Resolutionen sein Bewenden haben, sondern die Partei muß wirklich ernsthaft daran gehen, ihre Stoßbrigaden auf das Land zu schicken, um die Landarbeiter und die Kleinbauern dem Einfluß der Nationalsozialisten und der Sozialfaschisten zu entreißen.

*

Große Lücken wies bisher die Arbeit der KPD unter den proletarischen Schichten, die am leichtesten dem kleinbürgerlichen Einfluß unterliegen, den Angestellten und unteren und mittleren Beamten. So

berichtet z. B. die Bezirksleitung des Bezirks Halle-Merseburg, daß in ihrem Bezirk die Eisenbahner in einem sehr hohen Grad unter dem Einfluß der Nationalsozialisten stehen. Man muß feststellen, daß, ähnlich wie in Halle-Merseburg, in den meisten Bezirken die Arbeit unter den Eisenbahnern von uns nur sehr schlecht durchgeführt wird. obwohl ein sehr hoher Prozentsatz der Eisenbahner, von den Strecken- und Werkstättenarbeitern ganz abgesehen, nichts anderes als Arbeiter im Beamtenrock sind. Aehnlich schlecht steht es mit den Arbeitern und Angestellten anderer Verkehrsbetriebe. Es scheint fast so, daß das stürmische Wachsen des Einflusses der Partei innerhalb der Industriearbeiterschaft zu einer Vernachlässigung der Arbeit unter diesen sehr wichtigen proletarischen Schichten geführt hat.

Ganz schlecht war bisher die Arbeit der Partei unter einer anderen proletarischen Schicht: unter den Angestellten. Heute sind viele Hunderttausende von Angestellten erwerbslos, sind gezwungen, in bitterem Elend zu leben. In der letzten Zeit gehen die Kapitalisten dazu über, die Gehälter der Angestellten teilweise noch brutaler abzubauen als die Löhne der Arbeiter. Infolgedessen ist auch der Prozeß der Radikalisierung unter den Angestellten sehr groß. Aber das Wahlergebnis vom 14. September z. B. in Berlin und Hamburg zeigt, daß nur ein ganz geringer Teil dieser radikalisierten Angestellten die Kommunistische Partei gewählt hat. Die meisten gaben ihre Stimme der Hitler-Partei. Auch in dem aktiven Funktionärkörper der Organisation der Hitler-Partei ist ein verhältnismäßig hoher Prozentsatz von Angestellten. Wir müssen solche Methoden der Arbeit unter den Angestellten finden und entwickeln, die es ermöglichen, auch diese proletarischen Schichten auf die Seite des revolutionären Klassenkampfes herüberzuziehen.

Die Frage der Arbeit unter solchen proletarischen Schichten, die dem kleinbürgerlichen Einfluß besonders zugänglich sind, führt auch unmittelbar zum Problem der Arbeit unter den halbproletarischen Mittelschichten in der Stadt (Handwerker, Kleinhändler usw.). Auch diese stehen heute vielfach unter Gefolgschaft der Nationalfaschisten. Wir sind uns darüber klar, daß die Mehrheit dieser kleinbürgerlichen Schichten erst im weiteren Verlauf der revolutionären Kämpfe neutralisiert oder gewonnen werden kann. Doch ist es heute schon unsere Aufgabe, durch entsprechende Losungen, durch Anträge in den Parlamenten, durch Entlarvung des Verrats ihrer Interessen durch alle bürgerlichen Parteien usw. in der aktivsten Weise besonders den Einfluß der Nationalfaschisten unter diesen Schichten zu bekämpfen.

*

Alle negativen Erscheinungen, die in diesem Artikel aufgezeigt worden sind, wozu noch ungenügende Arbeit unter der proletarischen [665] Jugend – trotz der im Verhältnis zu früher außerordentlich gesteigerten Aktivität und Verbesserung der Arbeitsmethoden des KJVD – und völlig unzulängliche Arbeit unter den proletarischen Frauen hinzugerechnet werden muß, können den großen Erfolg, den gewaltigen Sieg der Kommunistischen Partei nicht verdunkeln. Es ist der Vorzug der Kommunistischen Partei, daß sie nach jeder Aktion, nach jeder Kampagne die Ergebnisse sorgfältig überprüft und die Lehren daraus zu ziehen versucht. Die Kommunistische Partei zeichnet sich vor allen anderen Parteien dadurch aus, daß sie diese Selbstüberprüfung nicht im geheimen, sondern vor der Arbeiteröffentlichkeit durchführt, denn wir brauchen ja nicht nur die heutigen Parteimitglieder, wir brauchen ja auch Zehntausende neuer Helfer und die Unterstützung der Gesamtarbeiterschaft.

Welches ist die wichtigste Lehre, die uns der 14. September gebracht hat? Wir selbst hatten vor den Wahlen noch nicht genügend erkannt, wie weit bereits der Radikalisierungsprozeß unter den werktätigen Massen fortgeschritten war. Wir hatten einerseits den Erfolg der Nationalsozialisten nicht erwartet, andererseits auch unsere Aussichten auf den Sieg unterschätzt. Deshalb ist die wichtigste Lehre vom 14. September die: stets daran zu denken, daß eine große Gefahr gegenwärtig die ist, daß die Partei hinter der Entwicklung der Revolutionierung der Massen zurückbleibt. Der 14. September lehrt uns, daß wir in eine Periode stürmischer revolutionärer Entwicklung eingetreten sind, die unablässig die größte Wachsamkeit, Aktivität und Kühnheit der Partei erfordert. Die Partei, die durch eine richtige revolutionäre Politik den Sieg vom 14. September ermöglicht hat, wird ihre Pflicht tun.

*

Die Beschlüsse des 5. RGI-Kongresses und ihre Durchführung in Deutschland

Von Erich Auer

1. Die Einschätzung der internationalen Lage

Auf dem 5. RGI-Kongreß und im Referat des Genossen Losowsky nahm die Einschätzung der internationalen Situation einen breiten Raum ein. Nur auf Grund der vom 5. RGI-Kongreß gezogenen wirtschaftlichen und politischen Analyse sind seine taktischen und organisatorischen Beschlüsse, deren Durchführung zur ehernen Notwendigkeit für die Arbeiter der ganzen Welt wird, verständlich.

Alle Widersprüche des kapitalistischen Systems, die Widersprüche zwischen der ungeheuer gesteigerten Produktionsfähigkeit und der verminderten Absatzfähigkeit, die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung sind durch die Weltwirtschaftskrise auf die Spitze getrieben worden. Diese, seit dem Kriegsende größte Krise des kapitalistischen Systems findet gegenüber der Arbeiterschaft in der ganzen Welt ihren Ausdruck in einer allgemeinen Offensive der Bourgeoisie gegen die elementarsten Lebensrechte der Arbeiterklasse. Millionen von Arbeitern liegen in allen kapitalistischen Ländern arbeitslos auf der Straße. Ein allgemeiner Lohnraubzug wird vom Unternehmertum mit Hilfe seiner Lakaien aus dem Lager des Sozialfaschismus und des Faschismus durchgeführt. Die Reste der Sozialfürsorge und sonstigen Reformen, die die Bourgeoisie den Arbeitern nach Kriegszusammenbruch gewährte, um das Gespenst des Bolschewismus zu bannen, werden in allen Ländern ab-[666]gebaut und beseitigt. Bis hart an die Grenze der Lebensexistenz ist die Arbeiterschaft gedrängt worden.

Das Geschwätz vom „organisierten Kapitalismus“, womit man der Arbeiterschaft weismachen wollte, daß es eine Möglichkeit zur friedlichen Ueberwindung der unlösbaren Widersprüche des kapitalistischen Systems gibt, ist völlig bankrott. Zerstört ist gleichzeitig die „Theorie“ von der ewigen Prosperität und der Ausnahmestellung der amerikanischen Wirtschaft, die besonders von den Gewerkschaftsbürokraten in Deutschland verkündet und auf die hohen Löhne in Amerika zurückgeführt wurde. Unter den Schlägen der Wirtschaftskrise die gerade in Amerika ihren Anfang genommen und dort ihre bisher größte Zuspitzung erfahren hat, brach sie kläglich zusammen. Die Quacksalbereien bürgerlicher Oekonomen und reformistischer Verräter können der Bourgeoisie aus ihrer tiefen Krise nicht heraushelfen und sind immer weniger imstande, die sich rasch radikalisierende Arbeiterschaft zu betrügen und vom Kampf abzuhalten.

Die Situation für den Weltimperialismus wird noch erschwert, seine Gegensätze werden verschärft und kompliziert durch die Gärung und die Befreiungskämpfe in den Kolonial und halbkolonialen Ländern. Die Aufstände in Südamerika sind nur der Ausdruck für die tiefe Krise in USA und für den Kampf um die kolonialen und halbkolonialen Märkte unter den imperialistischen Machtstaaten Die Kämpfe in China und Indien liefern täglich neue Beweise für den revolutionären Freiheitskampf der unterdrückten Kolonialvölker Alle diese Momente faßte der 5. RGI-Kongreß im Referat des Genossen Losowsky zusammen und zog daraus folgende wichtige Schlußfolgerung:

„Die Gesamtheit der äußeren und inneren Widersprüche eröffnet die Perspektive auf eine ganze Reihe politischer Krisen an den schwächsten Stellen des Kapitalismus ... Die Verschärfung der Widersprüche führt zu zahlreichen äußeren und inneren Konflikten; die gesamte internationale Situation ist mit Elektrizität geschwängert und die sozialen Beziehungen werden immer gespannter.“

Aus dieser Lage versucht die Bourgeoisie herauszukommen durch brutalste Angriffe auf die Lebenslage der Arbeiterklasse. Die Vorstöße sind zahlreich und vielgestaltig. Sie werden auf den verschiedensten Gebieten durchgeführt und haben alle ein und dasselbe Ziel: Auf Kosten der Arbeiterklasse und aller Schichten des werktätigen Volkes einen Ausweg aus der Krise des kapitalistischen Systems herbeizuführen. Gleichzeitig mit dem Angriff auf die eigene Arbeiterklasse die durch rücksichtslosen, faschistischen Terror unterdrückt und im Zaum gehalten werden soll, forciert die Bourgeoisie ihre Kriegsvorbereitungen und Einkreisungsversuche gegen die Sowjetunion. Durch das Märchen vom sowjetrussischen „Dumping“ versucht die Bourgeoisie alle Uebel der kapitalistischen Krise auf die Existenz und die Politik der Sowjetunion zurückzuführen Dadurch sollen die kleinbürgerlichen Massen und rückständige Teile der Arbeiterschaft für die Intervention gegen die Sowjetunion gewonnen werden. In diesem Zusammenhang verdienen die Versuche der Organisierung einer

Wirtschaftsblockade gegen den ersten proletarischen Staat, die hauptsächlich vom französischen Imperialismus betrieben werden, eine besondere Bedeutung.

Unter dem ungeheuren Druck der Wirtschaftskrise und der Generaloffensive, die die Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse unternimmt, voll-[667]zieht sich eine steigende Radikalisierung der Arbeitermassen. Der Vormarsch des Faschismus führt zur Verschärfung des Klassenkampfes, steigert die Radikalisierung der Massen und ihren Kampfwillen. In dieser Situation betreiben die reformistischen Führer eine Politik, bei der sie sich immer offener in den Augen auch der sozialdemokratischen Arbeiter als Verräter entlarven. Diese Tatsachen beweisen auch die Reichstagswahlen und die steigende Zahl der Streikbewegungen in Deutschland wie in anderen Ländern. Die Entfaltung und Sammlung der revolutionären Klassenkräfte vollzieht sich in sehr raschem Tempo, wie alle Ereignisse der letzten Zeit beweisen.

In den letzten Kämpfen der Arbeiterklasse hat sich die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale immer mehr als sozialfaschistisches Werkzeug des Kapitalismus entpuppt. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist ein Zentrum der Organisierung des Streikbruchs geworden. Die letzten Streikbewegungen in Deutschland haben dafür glänzende Beispiele geliefert. Alle Streiks der deutschen Arbeiter zur Verteidigung ihres Lohnes wurden niedergeschlagen durch den Streikbruch der reformistischen Gewerkschaftsführer. Die Organisierung des Streikbruchs dieser Verräter vollzieht sich in engster Mitarbeit mit den Organen der bürgerlichen Staatsgewalt, mit der Polizei und den bürgerlichen Klassengerichten. Die Streikabwürgung und der Streikverrat beschränken sich jedoch nicht auf den offenen direkten Streikbruch und die Ablehnung jedes Kampfes. Beim Berliner Metallarbeiterstreik sehen wir, daß die Auffassung, die Bürokratie sei überhaupt nicht mehr in der Lage, große Kämpfe zuzulassen oder zu sanktionieren, sich als unrichtig erwiesen hat. Unter dem Druck der Massen, zur besseren Durchführung der Verratsmanöver, zur Erhaltung ihrer Macht stellen sich die Gewerkschaftsführer manchmal an die Spitze von Streiks, selbstverständlich nur, um diese baldmöglichst abzuwürgen. Weitere wesentliche Züge reformistischen Streikbruchs, die in der Regel bei jedem Streikkampf auftreten werden, sind die Spaltung der Kampffront in Organisierte und Unorganisierte, Isolierung der Betriebsarbeiter von den Erwerbslosen, Mißachtung der Lehrlinge und ihre Belassung in den Betrieben zum Zweck der Verrichtung „notwendiger“ Streikbrecherarbeit und namentlich die Bemühungen, alle Kämpfe ihres politischen Charakters zu berauben. Alle Methoden des Lohnraubs, alle Angriffe auf die Lebensrechte der Arbeiterklasse, die der Kapitalismus durchführt, stützen sich auf die aktive Unterstützung der reformistischen Streikbruchorganisatoren. Immer offener und dreister entwickeln die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten diese ihre Rolle als direkte Agenten der Bourgeoisie bei der Durchführung des faschistischen Herrschaftsprogramms. des Finanzkapitals.

2. Die Organisierung der Wirtschaftskämpfe und die Gegenoffensive der Arbeiter

Unter den Bedingungen der sich noch immer mehr zuspitzenden Wirtschaftskrise und der Faschisierung des bürgerlichen Staatsapparats wird jeder größere Kampf der Arbeiterschaft zur Abwehr des Lohndrucks, der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen usw. unmittelbar ein politischer Kampf gegen das ganze kapitalistische System. Insbesondere ist es der ungeheure Raubzug auf die Löhne (Lohnabbau von 10 bis 15 Prozent!), der allen wirtschaftlichen Streiks einen politischen [668] und in besonders zugespitzten Situationen einen revolutionären Stempel auf drückt. Diese Tatsachen bestimmen den Charakter der sich gegenwärtig in Deutschland abspielenden und bevorstehenden Kämpfe. Es ist in einzelnen Fällen der Arbeiterschaft bereits gelungen, zur Gegenoffensive überzugehen durch Entfaltung großer Streiks. In diesen Streiks wurden neue Schichten der Arbeiterklasse in den Klassenkampf und in die revolutionäre Arbeiterbewegung einbezogen. Besonders aktiv sind in den vergangenen Kämpfen die Arbeiterinnen und Jungarbeiter in Erscheinung getreten. Wichtig ist auch die Feststellung, daß die Massen der Unorganisierten in den Streikkämpfen ebenso ihren Mann stehen, wie die der Organisierten. Die Front der Streikenden findet auch die größte Unterstützung seitens der Erwerbslosen, insofern es der Revolutionären Gewerkschaftsopposition gelungen ist, unter den Erwerbslosen ideologisch und organisatorisch festen Fuß zu fassen. In allen vergangenen Kämpfen haben die Streikenden gegen sich den Dreibund von Unternehmern, Staatsgewalt und Gewerkschaftsbürokratie

gehabt, wobei die Sozialfaschisten als Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse die Hauptrolle bei der Zermürbung und der Zersetzung der Front der Kämpfenden spielten.

Die wichtigsten Schwächen und Mängel der durchgeführten Kämpfe bestehen darin, daß einerseits dort, wo spontane Streiks entstanden, ungenügende Vorbereitung seitens der Anhänger der RGI geleistet wurde und die Organe und Organisationen der RGI ungenügend mit den Massen verbunden waren, so daß sie die konkreten Fragen, die die Massen der Arbeiter bewegten, nicht kannten und daher nicht in der Lage waren, ihre Forderungen zu formulieren und die Arbeiter zu Aktionen zu führen. In vielen Fällen, wo die Streiks von den Anhängern der RGI vorbereitet wurden, gelang es den Reformisten, die Streiks dadurch abzuwürgen, daß die Anhänger der RGI nicht mit genügend konkreten, den Massen verständlichen Forderungen auftraten, sondern abstrakt für das Umschlagen der Bewegung auf eine höhere Stufenleiter des politischen Kampfes agitierten. Nur bei ganz konkreter Formulierung der Forderungen der Arbeiter können diese Vertrauen zu den Anhängern der RGI gewinnen und kann die Erkenntnis sich vertiefen, daß sie um die Interessen der Arbeiter kämpfen. Es sind auch die Fälle sehr zahlreich, wo Anhänger der RGI sich den Teilforderungen der Reformisten anschließen, ihr politisches Gesicht verschleiern, auf die selbständige Führung der Wirtschaftskämpfe verzichten und die wirtschaftlichen Kämpfe nicht in der Linie ihrer Erweiterung und Politisierung führen. Es wurde auf dem 5. RGI-Kongreß auch darauf hingewiesen, daß es in den Reihen der RGI Tendenzen gibt, unabhängig von der Situation und der Perspektive Streiks unter allen Umständen zu führen. Solche Tendenzen müssen die Organe und Sektionen der RGI in den Augen der Massen kompromittieren, weil diese sehr wohl fühlen, ob die aufgelösten Kämpfe wirklich geeignet sind, ihre Interessen wahrzunehmen oder nicht. Andererseits ist die Tendenz vorhanden, bei der Auslösung von Streiks auf die reformistischen Gewerkschaftsführer und ihre Aufforderung zum Kampf zu warten. Beide Abweichungen müssen auf das schärfste zurückgewiesen werden.

Im allgemeinen konnte der 5. RGI-Kongreß feststellen, daß alle entscheidenden Kämpfe, die in der letzten Periode stattfanden, organisiert und geführt wurden von den Anhängern der RGI. Nur sie allein haben sich mutig an [669] die Spitze der Kämpfe der Arbeiter gestellt und diese Kämpfe unter ungeheuren Opfern geführt. In vielen Fällen haben die reformistischen Bürokraten und die rechten und „linken“ Renegaten diese Opfer verspottet und verhöhnt. Die revolutionäre Tradition ist, wie alles andere, was revolutionär und klassenbewußt innerhalb der alten Gewerkschaften war, übergegangen auf die Rote Gewerkschaftsinternationale. Ihre Tätigkeit ist gerichtet auf die Wahrnehmung der Interessen der Millionenmasse der Arbeiter und Werktätigen. Diese Erkenntnis dringt immer tiefer in die Reihen der vom Kapitalismus geknechteten Massen ein.

3. Die Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsbewegung

Die Aufgaben für die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung und alle Anhänger der RGI wurden unter zwei Gesichtspunkten gestellt. Einerseits alles einsetzen und mit größter Kraft kämpfen für die Tagesinteressen der Arbeiter, andererseits nicht zurückbleiben hinter der Radikalisierung der Arbeitermassen und der revolutionären Entwicklung.

Unter diesem Gesichtswinkel müssen die täglichen Aufgaben in den Betrieben, Gewerkschaften, unter den Erwerbslosen, auf dem Gebiet der Sozialfürsorge von jedem Anhänger der RGI in Angriff genommen werden. Die Tarifkampagnen und Tarifbewegungen müssen scharf verfolgt und ausgenutzt werden. Die Anhänger der RGI müssen diese Termine benutzen, um eine großzügige Mobilisierung der Arbeitermassen für die eigenen Forderungen durchzuführen. Diese Arbeit muß dazu führen, daß die RGO den Tarifen der reformistischen Gewerkschaftsführer und ihrer bankrotten Tarifpolitik ihre eigenen Tarifforderungen entgegenstellt, zur Durchbrechung des Monopols der Gewerkschaftsbürokraten auf alleinigen Abschluß der Tarife mit dem Unternehmertum, in denen sie die Arbeitskraft der Arbeiterklasse zu Spottpreisen verschachern. Außertarifliche Kämpfe müssen von der RGO jederzeit durchgeführt werden, wenn es die Situation des allgemeinen Klassenkampf es erfordert und der Kampfwille der Belegschaften es ermöglicht.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Anhänger der RGI in der jetzigen Situation ist der Kampf gegen den Faschismus. Der Kampf auf diesem Gebiet, besonders auch innerhalb der Gewerkschaften,

ist eines der wichtigsten Kettenglieder zur Gewinnung der sozialdemokratischen und organisierten Arbeiter. Die reformistischen Bürokraten, die gegenwärtig den Kampf gegen die Reaktion im Munde führen, sind außerstande, den Kampf gegen den Faschismus zu führen. Sie selbst haben in fast allen Ländern dem Faschismus durch ihre Politik den Weg bereitet und arbeiten jetzt aktiv mit an der Errichtung der faschistischen Diktatur. Der Kampf gegen den Faschismus ist zu verbinden mit der Entlarvung des Sozialfaschismus, besonders in den Reihen der Gewerkschaftsbürokratie. Diese Entlarvung muß sich sowohl auf die Verrätereien der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer im Parlament, in der Schlichtungspraxis, als auch besonders bei der Abwürgung der Streikbewegungen erstrecken.

Eine der wichtigsten Aufgaben auf dem Gebiet der festeren Organisierung der Sektionen der RGI besteht in der breiten Organisierung der Unorganisierten in den Sektionen der RGI. Es ist notwendig, eine Umgestaltung der alten Funktionärkader vorzunehmen und neue Funktionärkader auszubilden. In einer Reihe von Ländern, auch in Deutschland, müssen die Voraussetzungen für die Schaffung neuer Verbände, z. B. auf dem Gebiet der Organisierung der Landarbeiter geschaffen [670] werden. Das Schwergewicht der Sektionen der RGI muß in den Betrieben liegen. Durch Umorganisierung der Sektionen auf der Basis der Betriebsgruppen wird das erreicht. Die Sektionen der RGI müssen viel mehr als bisher auf diesem Wege die Massen erobern und sie fest organisieren. Auch vor den qualifizierten Arbeitern macht die Krise und der Angriff des Kapitalismus nicht halt. Sie werden mitgerissen von dem allgemeinen Radikalisierungsprozeß der Arbeitermassen und müssen von der RGO erfaßt werden.

4. Der wichtigste Beschluß für die weitere Arbeit der RGO

Bekanntlich ist auf dem 5. RGI-Kongreß beschlossen worden, eine revolutionäre Gewerkschaftsbewegung in Deutschland zu entwickeln, zu diesem Zweck selbständige Organe der RGO von unten bis oben zu schaffen und die Anhänger der RGO viel fester als bisher organisatorisch zusammenzufassen.

Warum ist die Schaffung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland beschlossen worden? Dieser Beschluß basiert zunächst auf der Einschätzung der Situation, auf der Entwicklung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und des ADGB zu einem Zentrum des Streikbruchs, auf der Radikalisierung der Arbeitermassen in Deutschland. Die deutsche Arbeiterklasse kann auf die Hilfsorgane revolutionärer Gewerkschaften nicht verzichten, wenn sie übergehen will zu entscheidenden Kämpfen um die Macht. Schon Karl Marx hat den Gewerkschaften die Aufgabe gestellt, nicht nur Organisationen zu sein zum Kampf um Lohn und Brot, sondern darüber hinaus die Arbeitermassen zum Klassenkampf zu erziehen und die Kämpfe in der Richtung der Beseitigung des Ausbeutersystems überhaupt zu führen. Ist es möglich, durch die reformistischen Gewerkschaften die Teilkämpfe zur Verteidigung des Lohnes zum politischen Massenstreik zu erweitern? Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Und die streikenden Massen erkennen immer mehr selbst, daß die Gewerkschaftsorgane unter dem Kommando sozialdemokratischer Gewerkschaftsbonzen eins geworden sind mit dem Staatsapparat und der Bourgeoisie in dem Willen, jeden Kampf der Arbeiter niederzuschlagen. Sie werden alles einsetzen, die revolutionären Kämpfe um die Macht zu verhindern und die revolutionären Arbeiter mit den Mitteln des Faschismus blutig niederzuschlagen.

Das revolutionäre Proletariat kann nicht verzichten auf die die Masse der Arbeiter mobilisierenden und organisierenden revolutionären Gewerkschaften. Es braucht diese Bewegung, nicht nur um Millionen von Arbeitern zum Klassenkampf zu erziehen, sondern unter Führung der Partei durch die revolutionären Gewerkschaften die ökonomischen Kämpfe der Arbeiter zu erweitern zu politischen Kämpfen. Deshalb muß eine revolutionäre Gewerkschaftsbewegung in Deutschland aufgebaut werden. Die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung wird Massen von Arbeitern erfassen und organisieren, weit über den Rahmen der Partei und der sonstigen Massenorganisationen hinaus.

Diese Linie bedeutet nicht die Liquidierung der Arbeit der RGO innerhalb der reaktionären Gewerkschaften und Ueberlassung der dort organisierten Arbeiter dem Einfluß der verräterischen Führer. Mit

aller Energie wird der Kampf um die Eroberung der organisierten Arbeitermassen in den Betrieben und Gewerkschaften von der RGO fortgesetzt. Kein Anhänger der RGO darf freiwillig die innergewerkschaftliche Kampffront verlassen. Das Geschrei der reformistischen Bürokraten [671] über die Spaltung der Gewerkschaften durch die Anhänger der RGI ist nicht neu und kann uns an der Richtigkeit der vom 5. RGI-Kongreß gefaßten Beschlüsse nicht zweifeln lassen. Die Spaltung und Zersetzung der reformistischen Gewerkschaften wird in vielerlei Formen seit langem durch die reformistische Bürokratie betrieben. Tausende von ausgeschlossenen revolutionären Arbeitern und abgespaltenen Zahlstellen sind Beweise dafür, wer die deutschen Gewerkschaften zerstört und ihres Massenkampfcharakters entkleidet hat.

Die Organisierung der RGO, die nach den Beschlüssen des 5. RGI-Kongresses festere Formen annehmen muß, vollzieht sich auf folgender Basis: Die wichtigste Form der Organisierung der Anhänger der RGO sind die Betriebsgruppen. Sie werden konstituiert durch Zusammenfassung aller Anhänger der RGO auf der Basis der Betriebe. In den nächsten Monaten müssen in Hunderten und Tausenden von Betrieben die Betriebsgruppen der RGO mit Hunderttausenden von Mitgliedern geschaffen werden. Auf den Stempelstellen werden die Anhänger der RGO in Erwerbslosengruppen zusammengefaßt. Zur Durchführung der Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front werden die Anhänger der RGO zu RGO-Fraktionen zusammengeschlossen. Die Ausstellung der Mitgliedsbücher und die Kassierung erfolgt in den Betriebs- und Erwerbslosengruppen. Dort werden die erfaßten Mitglieder auch registriert nach ihren Industriegruppen, um sie zur innergewerkschaftlichen Arbeit unter Führung der Industriegruppenleitung zu erfassen und heranzuziehen. Die Leitungen der Erwerbslosengruppen sind die Erwerbslosenausschüsse. Die Betriebsgruppen, Erwerbslosengruppen und RGO-Fraktionen mit ihren Leitungen unterstehen örtlich dem Ortskomitee, im Unterbezirk dem UB-Komitee, im Bezirk dem Bezirkskomitee und im Reichsmaßstabe dem Reichskomitee der RGO. Das ist das Gerippe für die organisatorischen Formen der Arbeit der RGO. Bei der Entwicklung der Formen der Organisierung der Anhänger der RGO muß der Initiative von unten weitgehendst Spielraum gelassen werden. Man kann nicht bürokratisch von oben eine Massenbewegung von vornherein in ein festes Schema hineinpressen.

In den Kämpfen und Streikbewegungen entwickelt die RGO eine Anzahl Kampforgane, so z. B. die vorbereitenden Kampfausschüsse, Streikleitungen, Massenstreikposten, Streikschutz usw. Auch die Entwicklung der Massensolidarität ist ein charakteristisches Merkmal aller von der RGO geführten Streikbewegungen.

Um der Gefahr der Organisationsmacherei zu begegnen, ist notwendig, für alle Organe der RGO in jeder Situation die wirtschaftlichen und politischen Aufgaben zu stellen. Es ist notwendig, eine Anzahl populärer Massenlosungen von seiten der RGO aufzustellen, und zwar in der Weise, daß für jede Industriegruppe und jede besondere Arbeiterschicht besondere Forderungen aufgestellt werden, neben einigen zusammenfassenden, allgemeinen Losungen der RGO. Besonders erforderlich ist die Aufstellung betrieblicher Forderungen und ihre Ueberreichung durch die gewählten Kampfleitungen bzw. besondere Kommissionen der RGO an den Unternehmer. Die betrieblichen Forderungen müssen je nach der Situation mit dem allgemeinen Klassenkampf der Arbeiterklasse verbunden sein.

Die Organisierung der RGO und die Entwicklung einer revolutionären Kampfgewerkschaft in Deutschland muß in Verbindung mit den großen bevorstehenden Kämpfen der deutschen Arbeiterschaft durchgeführt werden.

[672]

Eine Wendung

auf dem Gebiete der revolutionären Gewerkschaftsarbeit bedeutet der VI. Kongreß der RGI. Unentbehrlich ist daher für den tätigen Gewerkschafter das stenographische

PROTOKOLL DES V. KONGRESSES DER ROTEN GEWERKSCHAFTSINTERNATIONALE

Ein wahrhaft internationaler Kongreß, der Delegierte aller Rassen und Hautfarben aus 61 Ländern, aus allen Weltteilen vereinte, ein Kongreß, auf dem die Arbeiter aus den Betrieben und Stempelstellen und die Führer der internationalen revolutionären Gewerkschaftsbewegung ihre Erfahrungen im Klassenkampf austauschten und Kampfbeschlüsse von größter Bedeutung faßten, wird in diesem Protokoll geschildert,

Der 1. Band

ist soeben im Verlage der RGI, Moskau, erschienen. Er ist 544 Seiten stark und enthält das Referat des Genossen **Losowsky** über

„Weltkrise Wirtschaftskampf und Aufgaben der Internationalen revolutionären Gewerkschaftsbewegung“

mit dem Ergänzungsreferat des Genossen Heckert, den Berichten des **Internationalen Gewerkschaftskomitees** der Frauen, des **Jugendsekretariats der RGI** und des **Internationalen Komitees der Negerarbeiter**. Er enthält ferner die Reden aller

122 Diskussionsredner

und die zu diesem Tagungsordnungspunkt angenommenen Thesen sowie die Resolution zum Bericht des Vollzugsbüros der RGI. Der Preis des Buches beträgt:

Buchhandelsausgabe, auf holzfreiem Papier gedruckt, mit starkem Umschlag versehen, ML 10.–, in Halbleinen gebunden M. 12.–, Organisationsausgabe broschiert M. 8.–.

Auslieferung der deutschen Ausgabe durch:

Führer-Verlag, Berlin SW 45. Wilhelmstr. 131/32

[673]

Die Internationale
13. Jahrgang * Berlin, 15. November 1930 * Heft 22

Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Krise

Berlin, im November

In den letzten Wochen hat sich die Krise der kapitalistischen Wirtschaft und die politische Krise außerordentlich verschärft. Aus fast allen Produktionszweigen werden neue Rückgänge der Produktion, neue Stilllegungen oder Betriebseinschränkungen und weitgehende Stillegungspläne gemeldet. Mitte November war die Zahl der Arbeitsuchenden nach offizieller Angabe auf 3,5 Millionen gestiegen. Wenn man berücksichtigt, daß Hunderttausende von Erwerbslosen deshalb, weil sie einen kümmerlichen Nebenverdienst gefunden haben und weil keine Aussicht auf Arbeitsplätze besteht, sich bei den Arbeitsnachweisen nicht gemeldet haben, und wenn man ferner das weitere Ansteigen der Arbeitslosigkeit seit Mitte November berücksichtigt, dann kommt man Ende November zu einer Erwerbslosenziffer von rund 4 Millionen. Gleichzeitig wächst auch die Zahl der Kurzarbeiter. Nach den Ausweisen des ADGB waren schon Ende Oktober 41 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos oder in Kurzarbeit. Ende November dürften mehr als 45 Prozent aller Arbeiter erwerbslos oder Kurzarbeiter sein. Mit anderen Worten: Fast die Hälfte der Arbeiter hat gegenwärtig in Deutschland ein Einkommen, das weit unter dem Existenzminimum liegt. für große Teile der Angestellten ist die Lage nicht besser als die der Arbeiter. Furchtbarer Hunger, furchtbares Elend ist gegenwärtig in dem kapitalistischen Deutschland das Schicksal ungeheurer Massen des Proletariats.

Rapid steigt die Zahl der ausgesteuerten Erwerbslosen, die der Armenfürsorge anheimfallen. Mit mehr als einer Million „Wohlfahrtsempfänger“ sind jetzt bereits die Gemeinden belastet. Infolge der rigorosen Kürzungen der Steuerüberweisungen an die Gemeinden und der Unmöglichkeit, Anleihen in genügendem Umfang für den notwendigen Ausbau der Kommunalunternehmungen zu erhalten, und der daraus folgenden Verwendung laufender Steuereinnahmen für diese Zwecke, stehen zahlreiche Gemeinden, vor allem Städte mit überwiegend proletarischer Bevölkerung, vor dem Bankrott. Der faschistische Kurs der deutschen Bourgeoisie führt dazu, daß dieser finanzielle Bankrott vieler Gemeinden dazu benutzt wird, um die letzten Reste kommunaler Selbstverwaltung zu beseitigen und durch diktatorische Maßnahmen der staatlichen Behörden eine radikale Kürzung der Ausgaben der Gemeinden für die soziale Fürsorge und gleichzeitig neue Belastung der werktätigen Massen durch Einführung der Kopfsteuer und Verbrauchssteuern (Getränkesteuer) zu verordnen. Schon heute bleibt für Hunderttausende kein anderer „Ausweg“ als Bettelei und Diebstahl, um nicht zu ver-[674]hungern. Die Mehrheit des Proletariats unter dem absoluten Existenzminimum – denn auch große Teile der noch in Vollarbeit stehenden Arbeiter haben ein Einkommen, das unter dem absoluten Existenzminimum liegt –, Bettelei, Diebstahl und Hungertod für Hunderttausende, das ist die „wirtschaftliche Ordnung“ für die Proletarier im kapitalistischen Deutschland.

Es gibt noch keine Anzeichen dafür, daß der Tiefpunkt der Wirtschaftskrise in Deutschland bereits erreicht ist. Keine Belebung der Bauwirtschaft und vorläufig auch keine Hoffnung darauf, der Produktionsapparat in einem so hohen Maße unausgenutzt und keine Hoffnung, in absehbarer Zeit in wichtigen Produktionszweigen den Vorhandenen Produktionsapparat voll auszunutzen, d. h. kein Antrieb für beträchtliche Investitionen zur Erweiterung des Produktionsapparats, fortschreitender Rückgang der Konsumtion infolge der ungeheuren Erwerbslosigkeit und des radikalen Lohnabbaus für alle proletarischen Schichten, Verarmung der werktätigen Mittelschichten, der Bauern, der Handwerker und der Kleinhändler, keine Möglichkeit, den Absatz nach dem Ausland infolge der Weltwirtschaftskrise zu erweitern, im Gegenteil, Einschrumpfung des Auslandsabsatzes trotz Schleuderkonkurrenz alles das muß dazu führen, daß die Krise sich weiter vertieft, und daß die Dauer der Krise sehr lang sein muß.

Diese Annahme erhält auch eine Bestätigung durch die weitere Entwicklung der Weltwirtschaftskrise. laden Vereinigten Staaten von Amerika hat die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise ihren Ausgang genommen, wenn man kleinere Länder wie Polen unberücksichtigt läßt. Die letzten Meldungen aus den Vereinigten Staaten zeigen einen neuen scharfen Rückgang in den wichtigsten Produktionszweigen.

In anderen Ländern, wie in Italien, beginnt die Krise sich erst jetzt voll auszuwirken, während Länder wie Frankreich und die nordischen Staaten erst am Beginn der Wirtschaftskrise stehen.

Wie versucht die deutsche Bourgeoisie, den andauernden Niedergang der kapitalistischen Wirtschaft aufzuhalten? Der Kapitalist hat keinen anderen Maßstab für die „Gesundheit" der Wirtschaft als die Höhe des Profits. Für ihn ist deshalb die „Rettung der Wirtschaft" gleichbedeutend, mit der Rettung des Profits. Alle Anstrengungen der deutschen Bourgeoisie gehen gegenwärtig darauf aus, trotz der ungeheuren Erhöhung der fixen Posten bei der Warenherstellung infolge der geringen Ausnutzung des Produktionsapparats die Höhe des Profits zu erhalten oder zu steigern. Das ist angesichts der sich verschärfenden Krise nur möglich durch eine ungeheuerliche Verelendung der werktätigen Massen, der Proletarier sowohl als auch der Mittelschichten Die deutsche Bourgeoisie ist dabei, diesen Weg mit der größten Rücksichtslosigkeit bis zu Ende zu gehen. Ihre Offensive entwickelt sich in folgender Richtung:

1. Schärfster Abbau der Löhne und Gehälter bei gleichzeitiger Intensivierung der Arbeit.

2. Neuverteilung der Kosten des Staatsapparats durch radikale Kürzung der sozialen Ausgaben, durch neue Steuern und Zollbelastung für die werktätigen Massen und durch steuerliche Entlastung für die Kapitalisten.

3. Verschärfte Ausbeutung der armen und mittleren Bauern sowohl durch die Steuerpolitik als auch durch die Agrarpolitik, die den Haushalt der Klein- und Mittelbauern zugunsten der getreidebauenden Großagrarier außerordentlich stark belastet. [675]

4. Durch einen Angriff auf das infolge des scharfen Rückgangs der Konsumtion und der steuerlichen Belastung schon sehr geschmälerte Einkommen der Handwerker und Kleinhändler, worauf die „Preisabbaukampagne" der Regierungen einzig und allein hinausläuft.

Man sieht, daß der Angriff des deutschen Monopolkapitals sich zwar in der Hauptsache gegen das Proletariat richtet, daß er aber auch fast die Gesamtheit der Mittelschichten einbezieht. Das Bestreben der Bourgeoisie und ihrer Lakaien, der Nationalfaschisten und der Sozialfaschisten, geht darauf hinaus, sowohl einen Gegensatz zwischen den Arbeitern im Betrieb und den erwerbslosen Arbeitern, zwischen Arbeitern und Angestellten und Beamten, als auch vor allem zwischen dem gesamten Proletariat und den werktätigen Mittelschichten hervorzurufen. Das ist der Sinn der Methoden, mit denen die „Preisabbauaktion" der Regierungen durchgeführt wird.

Wie sieht es mit dem Preisabbau aus? Nehmen wir die verschiedenen Posten, aus denen sich der Arbeiterhaushalt zusammensetzt:

1. Die Ausgaben für die Wohnung, die mindestens 25 Prozent des Einkommens der Arbeiter und Angestellten, die voll beschäftigt sind, in Anspruch nehmen, bleiben in voller Höhe. Die Verwendung von 50 Prozent des Teils des Mietzinses, der seither für Neu bauten ausgegeben wurde, zur Verminderung der Steuern der Kapitalisten, führt notwendigerweise zu einer Verschärfung der Wohnungsnot und zu einer Erhöhung der Ausgaben für die Wohnungen. Infolge des Abbaus der Löhne und Gehälter, der bereits heute mehr als 10 Prozent im Durchschnitt beträgt, wird der Anteil der Ausgaben für die Wohnungen vom proletarischen Einkommen beträchtlich gesteigert. Zur selben Zeit, da vom „Preisabbau" geredet wird, planen die Städte, in erster Linie Berlin, neue Steuern, die eine Erhöhung der Mieten von 3 bis 6 Prozent zur Folge haben müssen. Diese neuen Massensteuern werden diktatorisch durch Kommissare aufoktroyiert.

2. Die Ausgaben der Arbeiter für Verkehrsmittel, für Gas, Elektrizität bleiben in voller Höhe. Infolge des Sinkens des Einkommens der Arbeiter, Angestellten und Beamten erhöht sich dieser Anteil am Gesamteinkommen der Proletarier.

3. Durch den erhöhten Abzug für die Erwerbslosenfürsorge, durch Bürgersteuer und Getränkesteuer, die jetzt zwangsweise in den meisten Gemeinden eingeführt werden, durch Erhöhung der Tabaksteuer wird der Steuerraub am Proletariat verschärft, und angesichts der

Senkung der Löhne und Gehälter wird der Anteil am Einkommen der Proletarier, der weggesteuert wird, verhältnismäßig noch größer.

4. Infolge der Vergrößerung der unter 1 bis 3 genannten Anteile am Gesamteinkommen des Proletariers wirkt sich der Abbau der Löhne und Gehälter im proletarischen Haushalt so aus, daß ein zehnprozentiger Lohn- oder Gehaltsabbau nicht nur eine Verminderung der Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten zum Ankauf von Lebensmitteln, Kleidern, Haushaltsgegenständen von zehn Prozent, sondern mindestens von 30 Prozent bedeutet. Um durchschnittlich 30 Prozent müßten also die Preise für Lebensmittel, Bekleidungsgegenstände, Haushaltungsgegenstände gesunken sein, wenn bei dem jetzt bereits durchgeführten durch-[676]schnittlichen Abbau der Löhne und Gehälter von mehr als zehn Prozent der Reallohn der Arbeiter und Angestellten auf seiner vorigen Höhe erhalten bleiben sollte. Dabei ist nur in Betracht gezogen der Haushalt eines Arbeiters oder Angestellten, der vollbeschäftigt ist. Nimmt man das Proletariat als Ganzes, so ergibt sich, da die Belastung, die unter den Punkten 1 bis 3 aufgezählt sind, für alle Proletarier Geltung haben, eine Reduktion der Kaufkraft des Gesamtproletariats seit dem Oktober 1929 für den Ankauf von Lebensmitteln, Bekleidungsgegenständen usw. von 45 bis 50 Prozent.

5. Wie sieht der „Preisabbau“ bei den Lebensmitteln aus? Die Preise für alle tierischen Produkte, Fleisch, Wurst, Milch, Butter, Eier, Fett, sind in den letzten Monaten teilweise gestiegen. Seit der „Preisabbauaktion“ wurden die Preise für diese Lebensmittel höchstens um zwei bis drei Prozent gesenkt, soweit nicht trotz der „Preisabbauaktion“ überhaupt keine Preissenkung, sondern sogar eine Preiserhöhung eingetreten ist. Das ist anders auch gar nicht möglich, da die gegenwärtige Agrarpolitik die Produktion von Vieh und die Produkte der Viehwirtschaft außerordentlich verteuert. Was übrig bleibt ist eine Kürzung des Einkommens der Kleinhändler, die im Gesamthaushalt der Proletarier von ganz unwesentlicher Bedeutung ist.

Ein ungeheures Geschrei wurde angestimmt über den Preisabbau für Roggenbrot in Berlin um acht Prozent, der aber keineswegs generell durchgeführt worden ist. Die Preise für andere Backwaren und Getreideerzeugnisse, die im proletarischen Haushalt verwendet werden, wie Nudeln, Graupen, Gries, Mehl, sind, verglichen mit den Preisen im Jahr 1929, sogar gestiegen. Angesichts der forcierten künstlichen Hochhaltung der Preise für Weizen und Roggen, die im Durchschnitt um 120 Prozent höher sind als im Ausland (100 Kilo Weizen kosteten Mitte November in Chicago 11,30 Mark, in Liverpool 12 Mark und in Berlin 25 Mark, dasselbe Quantum Roggen in Chicago 6,70 Mark, in Berlin 15,40 Mark), ist eine beträchtliche Senkung der Brotpreise und der Preise für andere Backwaren nicht zu denken.

Per ganze „Erfolg“ der mit so vielem Geschrei und unerhörter Demagogie unternommenen „Preisabbauaktion“ macht im proletarischen Haushalt nur den Bruchteil eines Prozentes aus.

Das Ziel der „Preisabbauaktion“ ist auch gar nicht eine Anpassung der Preise an die gesunkenen Löhne und Gehälter, sondern die Ablenkung der proletarischen Massen vom Widerstand gegen die Lohnoffensive und die Hatz der Proletarier auf die Kleinhändler, von denen sie die Waren für ihre Konsumtion kaufen. In dieser ganzen Aktion ist das Verhalten der Sozialfaschisten und Nationalfaschisten außerordentlich charakteristisch. Die Sozialfaschisten versuchen, die Arbeiter und Angestellten von ihrer verbrecherischen aktiven Mitarbeit bei dem Abbau der Löhne und Gehälter durch eine intensive Unterstützung der schwindelhaften Preisabbauaktion abzulenken. Die Hetze gegen den Kleinhandel wird gerade von den Sozialfaschisten am stärksten betrieben. Die Nationalfaschisten setzen ihre alte Taktik der doppelten Buchführung fort. Sie suchen die Kleinhändler und Handwerker für sich zu gewinnen, indem sie die Schuld für die Offensive, die man gegen diese werktätigen Schichten führt, auf die „Marxisten“, d. h. auf die Proletarier, abschieben. Bei den Arbeitern und Angestellten schieben sie alle Schuld für den nicht [677] durchgeführten Preisabbau auf den Handel, während ihnen gleichzeitig die Verteuerung der Lebensmittel durch die Agrarpolitik der Brüning-Schiele-Regierung noch nicht weitgehend genug ist. Die Kommunistische Partei muß die größten Anstrengungen machen, um den Preisabbauschwindel und die

Rolle der Sozialfaschisten und Nationalfaschisten vor den Werktätigen zu entlarven. Jetzt ist die Möglichkeit, die Masse der verelendeten Handwerker, Kleinhändler und armen Bauern zu überzeugen daß sie nur zusammen mit dem Proletariat und im Kampfe gegen den verfaulten Kapitalismus sich vor der vollständigen Verelendung retten können.

Ein wirklicher Preisabbau, eine Entlastung des ungeheuren Drucks, der gegenwärtig auf der Gesamtheit des werktätigen Volkes liegt, wäre nur möglich bei einer radikalen Aenderung der Politik. Diese Politik mußte an Stelle einer Agrarpolitik, die wenigen Prozent der landwirtschaftlichen Produzenten eine infolge Krieg und Inflation unerhört übersteigerte Bodenrente garantiert, eine Politik zugunsten der verelendeten Bauernmassen setzen, die in engster Zusammenarbeit mit dem Proletariat die Rückständigkeit der deutschen Landwirtschaft überwindet und so eine Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion ermöglicht. Sie müßte den Kampf gegen das Monopolkapital aufnehmen, das selbst in den Zeiten der Krise teilweise die Preise noch erhöht hat und gleichzeitig eine unerhörte Verschwendung mit den Werten treibt, die aus den arbeitenden Massen herausgepreßt werden. Die Regierung Brüning und ihre Lakaien, die Nationalfaschisten und Sozialfaschisten, denken aber nicht daran, etwas dagegen zu tun, daß das Getreide um mehr als 100 Prozent im Preise höher steht als im Auslande, die Preise für Futtermittel teilweise um 200 Prozent und mehr über dem Weltmarktpreis liegen, daß die Inlandspreise für Eisen und Stahl um mehr als 100 Prozent höher sind als die Weltmarktpreise, daß die gewaltigen Ausgaben für den staatlichen Unterdrückungsapparat trotz der Krise, trotz des Massenelends erhöht werden und vollständig getragen werden müssen von den werktätigen Massen, daß den imperialistischen Räubern des Auslandes Milliarden in den Rachen geworfen werden, die man aus dem werktätigen Volk herausgepreßt hat. Wie könnte auch die Regierung Brüning, wie könnte die Preußenregierung eine derartige Politik treiben? Sie sind doch untertänige Diener des Monopolkapitals, der Großbanken, der Schwerindustrie, des Elektro- und Chemiekapitals, der Großagrarier. Als in den vergangenen Wochen die großen Organisationen der Kapitalisten tagten, um ihr brutales zynisches Kampfprogramm gegen die Werktätigen zu entwickeln, da war es das derzeitige Regierungsorgan, die „Germania“, die im Auftrag der Brüning-Regierung sofort die vollständige Uebereinstimmung der Politik der Regierung mit den Wünschen des Monopolkapitals verkündete. Dasselbe machte die Preußenregierung. Ihr Vertreter, der Handelsminister Schreiber, fügte auf der Tagung des Langnamvereins, dieser wichtigsten Organisation des rheinisch-westfälischen Großkapitals, seiner Zustimmung zu den Forderungen der Trustherren folgende Verhöhnung der Arbeiter und Angestellten hinzu:

„Es ist falsch, von einer Lohn- und Gehaltsherabsetzung zu sprechen, während es sich in Wirklichkeit um einen Angleich auch dieses wichtigsten Teiles der Produktionskosten an die veränderten Goldwertverhältnisse handelt.“

Die deutschen Monopolkapitalisten begründen den Abbau der Löhne und Gehälter mit der Notwendigkeit, durch Senkung der Produktions-[678]kosten auf den Weltmärkten konkurrenzfähiger zu werden. Aber die Kapitalisten der übrigen kapitalistischen Länder sind auch nicht faul. Als der Schiedsspruch für die Berliner Metallarbeiter bekannt wurde, begann das englische Großkapital sofort mit einer umfassenden Kampagne gegen die drohende deutsche Schmutzkonkurrenz und für eine weitere Senkung der Löhne und Gehälter in England. Das faschistische Italien übertrumpfte sofort die Offensive des deutschen Monopolkapitals. Diese „über den Klassen stehende“, das „raffende Kapital“ angeblich bekämpfende faschistische Diktatur dekredierte mit einem Schlag den Abbau der Gehälter um zwölf Prozent und leitete sofort die Schritte zu einer entsprechenden Senkung der Kulilöhne der italienischen Arbeiter ein. Nicht nur der deutsche, der verfaulende Weltkapitalismus sieht keine andere Rettung als die Verschärfung der Ausbeutung, die furchtbare Verelendung der werktätigen Massen. Deshalb verbindet sich in allen kapitalistischen Ländern mit der wirtschaftlichen Krise die politische Krise. Die Radikalisierung der Arbeiter, der Angestellten, der verelendeten Bauern, der Mittelschichten, der Widerstand gegen die kapitalistische Offensive wächst überall sehr rasch. Und überall antwortet der Kapitalismus mit der Verschärfung des Terrors, der Unterdrückungsmethoden gegen das Proletariat. So reift im Gefolge der ungeheuren Wirtschaftskrise des Kapitalismus überall der Entscheidungskampf zwischen dem Monopolkapital und seinen

faschistischen Herrschaftsmethoden und dem revolutionären Proletariat heran. Am raschesten von allen kapitalistischen Ländern geht gegenwärtig diese Entwicklung in Deutschland vor sich.

*

Die ungeheure Bedeutung, die dem Berliner Metallarbeiterstreik in der Entwicklung der politischen Krise des kapitalistischen Deutschlands zukommt, ist auch in unserer Partei teilweise noch nicht vollständig begriffen worden. Die Tatsache, daß 140.000 Berliner Metallarbeiter dank der führenden Rolle der Kommunistischen Partei und der RGO den Streik gegen den geplanten Lohnabbau erzwangen und zwei Wochen fast geschlossen, trotz aller Versuche der Unternehmer, den Streikbruch zu organisieren, trotz der Streikbrecherrolle der Nationalfaschisten, trotz der Zermürbungsversuche der Sozialfaschisten, durchhielten, daß aus den Massen der erwerbslosen Arbeiter kaum einige Dutzend Streikbrecher auf zutreiben waren, trotz des furchtbaren Hungerelends der Wohlfahrtsempfänger und von Erwerbslosen, die überhaupt keine Unterstützung beziehen, das zeigt, wie ungeheuer die Kampfkraft des deutschen Proletariats gewachsen ist. Und die gesamte Bourgeoisie begreift sehr wohl, daß der Sieg, der durch den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie noch einmal möglich geworden ist, daß der Lohnabbau von acht Prozent nur ein Pyrrhussieg gewesen ist, daß hinter diesem Sieg das gewaltig gewachsene Ansehen der Kommunistischen Partei und der RGO und die Verstärkung ihrer Führerrolle steht. Das Berliner Beispiel muß für alle Genossen im Reich ein Ansporn sein, mit Entschlossenheit, Ausdauer und Kühnheit an die Organisierung und Führung der Kämpfe der Arbeiter gegen die Lohnoffensive und für die Losungen der RGO heranzugehen.

Ein unmittelbares Ergebnis des Berliner Metallarbeiterstreiks von gewaltiger historischer Bedeutung ist der Beschluß, die unorganisierten Metallarbeiter, die vom alten Metallarbeiterverband infolge der Streikbrecherrolle der Gewerkschaftsbürokratie abgestoßen worden sind, in [679] einem roten Metallarbeiterverband zu organisieren. Die Zeiten, da die revolutionären Arbeiter ihren Widerstand gegen die Spaltungs- und Verratspolitik der Gewerkschaftsbürokratie in Protesten und in der Organisierung des Drucks von unten zur Korrektur der verräterischen Politik der Gewerkschaftsbürokratie erschöpfen mußten, sind endgültig vorüber. Die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie ist heute ein Bestandteil der faschistischen Kräfte gegen das Proletariat. Ob mit verschleierter Demagogie oder mit offenem Zynismus, sie müssen heute bedingungslos die kapitalistische Offensive gegen das Proletariat unterstützen, wenn sie nicht einen Fußtritt vom Monopolkapital erhalten sollen. Auf der anderen Seite ist die RGO bereits so erstarkt, daß sie imstande ist, die Kämpfe der Arbeiter zu organisieren und zu führen. Sie ist heute die einzige Kraft, die der Offensive der Kapitalisten die Offensive des Proletariats entgegenzustellen vermag. Die Gründung des roten Metallarbeiterverbandes, die straffere Zusammenfassung der RGO gemäß den Beschlüssen der Reichskonferenz der RGO vom 17. November sind notwendige Maßnahmen, die sich aus der Entwicklung ergeben.

Natürlich hat auch die Bourgeoisie die gewaltige politische Bedeutung des Berliner Metallarbeiterstreiks erkannt. Ihre Antwort auf die gesteigerte Kampfkraft des Proletariats war die Verschärfung des politischen Drucks auf die Arbeiterschaft und der Versuch, mit Hilfe der oben geschilderten „Preisabbauaktion“ die Front der Werktätigen zu zersplittern. Ein Symbol für den verschärften politischen Kurs gegen das werktätige Volk war die Beseitigung des seitherigen preußischen Innenministers Waentig und seine Ersetzung durch Severing. Severing ist der ewige Gendarm der deutschen Bourgeoisie gegen das Proletariat, seit der schamlosen Rolle, die er in den Kämpfen des Ruhrproletariats im Frühjahr 1919 gespielt hat, in zahllosen Aktionen gegen die Arbeiterschaft bewährt. Wenige Tage nachdem Severing eingesetzt worden war, wurde er von seiten des Zentrums daran erinnert, welche Rolle er zu spielen hat: Kampf gegen rechts, gegen den Nationalfaschismus, davon die Hände weg; Kampf gegen die bolschewistische Gefahr, Kampf gegen die Arbeiterschaft, das ist deine Aufgabe. Severing hat den Auftrag, den er von der Bourgeoisie bekommen hat, keinen Augenblick anders aufgefaßt. Er hat inzwischen schon Beweise genug geliefert: Verschärfung der Terrormaßnahmen gegen demonstrierende Arbeiter, Gummiknüppelattacken und Schnellfeuer auf Arbeiter, Verbot der „Roten Fahne“, Verbot der „Jungen Garde“, Verbot der „Sozialistischen Republik“, Verbot des „Ruhr-Echos“. Es geht Schlag auf Schlag. Verhaftungen und Haussuchungen

vermehren sich rapid. Severing kündigt in der Rede, die er am 18. November im Berliner Sportpalast gehalten hat, eine Verstärkung des Spitzelkorps der politischen Polizei an. Er droht den hungernden Erwerbslosen mit neuen Blutbädern. Das ist der Kurs Severings, der Kurs der Unterdrückung des Proletariats mit immer brutaleren faschistischen Methoden.

Es wäre ganz falsch, diesen verschärften Unterdrückungskurs als eine Stärke der deutschen Bourgeoisie anzusehen. Dahinter steckt die Angst vor dem Proletariat und vor der Auflehnung der werktätigen Massen. Dieser Kurs ist ein Ausdruck für die Verschärfung der politischen Krise, in der sich das kapitalistische Deutschland befindet. Ein Beweis für die rasche Steigerung dieser politischen Krise ist auch [680] der fortschreitende Zerfall der bürgerlichen Mittelparteien. Die Demokratische Partei hat sich aufgelöst. Trümmer haben sich zur neuen Staatspartei zusammengefunden. Auch die Wirtschaftspartei, die den gegen die kleinbürgerlichen Handwerker und Kleinhändler gerichteten Kurs der Regierung Brüning mitmacht, befindet sich in voller Zersetzung. Die Deutsche Volkspartei versucht, das Auseinanderfallen durch eine neue Führung vergeblich aufzuhalten. Damit wird die parlamentarische Basis der Regierung Brüning immer schmäler und brüchiger, immer offener ihr diktatorischer Charakter.

Es ist kein Zweifel, daß die Verschärfung des wirtschaftlichen Kampfes gegen 90 Prozent des werktätigen Volkes, daß Hunger und Elend für die Arbeiter und Angestellten, Proletarisierung für breite Teile der Mittelschichten, daß die unausbleiblich mit der Vertiefung der Krise kommende weitere Verstärkung des wirtschaftlichen und politischen Drucks zu einem Immer mächtiger werdenden Gegendruck, zu Kämpfen mit Immer stärker politischem Charakter, zu revolutionären Kämpfen fuhren muß.

Die deutsche Bourgeoisie benutzt den Nationalfaschismus, um bei dem Herannahen dieser unausbleiblichen revolutionären Kämpfe das Lager des werktätigen Volkes zu spalten. Deshalb gewährt die deutsche Bourgeoisie den Nationalfaschisten gegenwärtig noch weitgehende demagogische Manöver. Wir Kommunisten sehen die Gefahr für das werktätige Volk, die in dem, wie die letzten Gemeindewahlen zeigen, noch nicht beendeten Wachstum des Einflusses der Nationalfaschisten in breiten Teilen der Mittelschichten sich entwickelt. Deshalb ist es notwendig, den Kampf gegen den Nationalfaschismus mit der größten Energie zu verstärken. Das bedeutet aber Verstärkung des wehrhaften Kampfes und eine außerordentliche Verbesserung unserer Arbeit unter den Schichten des werktätigen Volkes, die in erster Linie unter dem Einfluß der Nationalfaschisten stehen, unter den Angestellten und kleinen Beamten, den werktätigen Mittelschichten in der Stadt, den Kleinhändlern, den Handwerkern und unter den Bauernmassen. Die nicht befriedigenden Ergebnisse bei den Gemeindewahlen in Baden, in Oldenburg und teilweise in Mecklenburg zeigen, daß diese Arbeit von großen Teilen der Partei noch sehr vernachlässigt wird.

Die Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Krise des deutschen Kapitalismus verpflichtet die Kommunistische Partei zu den höchsten Anstrengungen. Sie allein, zusammen mit der RGO, kann die Arbeiter, Angestellten und Beamten zur Gegenoffensive gegen die kapitalistische Offensive führen. Sie allein ist die Kraft, die die werktätigen Massen zusammenzufassen vermag zum Kampf gegen den Faschismus. Sie muß gegen die zersplitternde Kraft der Sozialfaschisten die Arbeiter für die Wirtschaftskämpfe organisieren, und diese Wirtschaftskämpfe führen; sie muß angesichts der revolutionären Entwicklung gegen die zersetzende Wirkung des Nationalfaschismus unermüdlich unter Ausmerzung aller Schwächen und Mängel auf diesem Gebiet an der Zusammenfassung aller proletarischen Schichten des Volkes und an dem Bündnis des Proletariats mit der gleichfalls ausgebeuteten und unterdrückten werktätigen Mittelschicht arbeiten. Auf der Basis der richtigen revolutionären Politik der Partei und der Komintern muß die gesamte Partei zu höchster Kraftentfaltung ausholen. [681]

*

Das Wirtschaftsprogramm der Faschisierungsregierung Brüning

E. Kunik

I.

Die Regierung Brüning verlautbarte Anfang Oktober ihr Programm in einem ausführlichen Dokument.

Dies Programm ist nichts anderes, als eine Ausarbeitung des Programms der Spitzenverbände der deutschen Bourgeoisie.

Diese Spitzenverbände (Reichsverband der Industrie, Zentralverband des Bank- und Bankiergewerbes, Zentralverband des Groß- und Ueberseehandels, Hauptgemeinschaft der Einzelhändlerverbände und in etwas loserer Beteiligung auch Reichslandbund, Vereinigung der Arbeitgeberverbände, Hansabund) haben seit Beginn der relativen Stabilisierung in einer Reihe von Denkschriften und Leitsätzen einen Generalplan zur Wiederherstellung der imperialistischen Konkurrenzfähigkeit des deutschen Finanzkapitals durch eine gewaltige und gewaltsame Vermehrung der Ausbeutung der arbeitenden Massen aufgestellt.

Im Jahre 1927 wurden die einzelnen Pläne im „Notprogramm der Spitzenverbände“ zusammengefaßt. Dieses „Notprogramm“ enthält bereits sämtliche Kernpunkte des Brüningschen Regierungsprogramms und war von allen Spitzenverbänden, teils durch direkte Unterzeichnung, teils durch nachträgliche Zustimmung, gebilligt.

Die vollkommene Uebereinstimmung des Brüningschen Regierungsprogramms mit diesem Generalplan zur Ausplünderung der arbeitenden Massen kennzeichnet besonders scharf die Unterstützung des Brüning-Kabinetts durch die SPD.

II.

Was ist nun dieser Generalplan der Spitzenverbände, für den zu jeder Zeit selbstverständlich der Reichsverband der deutschen Industrie federführend war? Darüber belehrt uns nicht nur der Wortlaut des Notprogramms, sondern auch die Auslegungen und Begründungen, die er im ganzen und in seinen einzelnen Teilen von den Vertretern des Finanzkapitals und ihren Spezialisten auf den Tagungen der Spitzenverbände bis heute erfuhr.

Bereinigt von allen Floskeln, im Licht der nackten und nüchternen Realität liegt diesem Programm folgende Auffassung der Lage zugrunde:

Teile der Substanz (Reichsgebiete, Kolonien, im Ausland investiertes Kapital) sind von der Konkurrenz fortgenommen. Dazu ist die Abgabe von jährlich einigen Milliarden aus dem deutschen Akkumulationsfonds und ihre Einverleibung in den Akkumulationsfonds der Konkurrenz erzwungen. Die dadurch verminderte Konkurrenzfähigkeit könne nur ausgeglichen werden durch eine Steigerung der deutschen Akkumulation (für die Bourgeoisie wie SPD stets das Wort Kapitalbildung verwenden), welche den tatsächlichen Ausfall mindestens kompensiert.

Der allgemeine Weg zur Erreichung dieses dem Finanzkapital natürlichen Zieles ist:

a) Die möglichste Begrenzung der Abgaben an die Konkurrenz, also die Minderung der Reparationslasten, die Rückgabe von möglichst großen Teilen der Substanz, Freigabeverhandlungen über beschlagnahmte Auslandguthaben, Kolonien, Saar- und Korridorverhandlungen usw.

b) Die Kapitalaufnahme aus dem Ausland, durch die möglichst entscheidende Gruppen an der deutschen Prosperität interessiert werden [682] sollen. Deshalb wird darunter auch nicht nur die Aufnahme von Anleihen, sondern die Anlage von Sachkapital durch nützliche ausländische Finanzkapitalisten in Deutschland verstanden.

Im September 1929 erklärte auf der Düsseldorfer Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie Herr Kehl in seinem Referat ausdrücklich:

„Dies will besagen, daß es damit zu einem allgemeinen ökonomischen Interesse wird, die Rentabilität der Unternehmungen zu steigern, so zu steigern, daß sie mit internationalem Maßstab gemessen, einen Anreiz für die ausländischen Kapitalisten und Industriellen bietet.“

Die Aufstellung eines internationalen Rekords an Ausbeutung zielt aber:

c) hauptsächlich auf eine derartige Steigerung des deutschen Akkumulationsfonds, daß trotz seiner Belastung die Konkurrenzfähigkeit gewahrt, die Auslandsschuld amortisiert und ein Auslandsguthaben wieder aufgebaut werden kann. Die dazu angesetzte Kampagne. wurde sehr breit von den sozialdemokratischen Staats-, Partei- und Gewerkschaftsführern in die Arbeiterschaft getragen. Der ADGB gab eine besondere Agitationsbroschüre über „Wirtschaftslage, Kapitalbildung und Finanzen" heraus, in der die Arbeiterschaft animiert werden sollte, durch Sparen am Notwendigsten den Kapitalisten Kapital zur Verfügung zu stellen. Wie sich diese Kampagne in der Gewerkschaftspresse auswirkte, zeigt am typischsten ein Artikel der „Holzarbeiterzeitung" vom 10. Mai 1930 in den folgenden Sätzen:

„Sparen ist Vorratsbildung, Vorsorge für die Zukunft, für den einzelnen und die Gesamtheit." –

„Denn ein Spargut bietet, sicher angelegt, einen Rückhalt für unvorhergesehene Wirtschaftsnöte. Es hebt auch seelisch."

„Im ganzen soll das Leben lebenswerter gemacht werden. Diesen Sinn hat die Kapitalbildung."

„Es ist auch als ein Vorteil anzusehen, wenn die Kapitalbildung auf die Seite der Arbeiterschaft rückt, sie sparen kann und so zu ihrem Teil dazu beiträgt, daß das Geld in die volkswirtschaftlich gewünschte Güterherstellung (!) gelangt."

Die Grund„gedanken" entstammen der oben erwähnten ADGB-Broschüre, die die sozialdemokratischen Funktionäre in diesem Sinne instruierte und deren kapitalistisches Prinzip der Verkleinbürgerlichung des Proletariats nur durch die liebliche Variante verschönt werden kann, daß ein Proletariat seine Ausbeuter mittels Sparsamkeit in – „Zinsknechtschaft werfen" könne!

Das Notprogramm der Finanzkapitalisten, dem sich die Sozialdemokratie im Prozeß ihrer eigenen wie der allgemeinen Faschisierung mehr und mehr angepaßt hat, sieht folgende konkrete Wege der Durchführung vor:

1. Steigerung der Profitmasse. Weil, wie schon erwähnt, die Reparationslast nicht nur als Kürzung des deutschen, sondern auch als zusätzliche Stärkung des Akkumulationsfonds der Konkurrenz erscheint, müßte damit natürlich nicht nur die Last von 2 Milliarden, sondern das Doppelte davon durch Profitsteigerung herausgeholt werden, nur um der Konkurrenz gleichzubleiben. Dazu käme noch die Amortisation der Auslandsschulden und der Wiederaufbau der Auslandsanlagen. Die Mittel dazu waren: Abschaffung des Achtstundentages (1923/24) und die Rationalisierung, beide gestützt auf die Sozialdemokratie durchgeführt. Mit Beginn der dritten Periode kam hinzu der Lohnabbau (Kürzung der [683] Akkordspitzen seit 1928, Senkung der Nominallöhne seit 1930) und der Abbau der Sozialleistungen.

2. Da außer von der Masse des ausgepreßten Mehrwerts die Größe des Akkumulationsfonds noch bestimmt wird von der Größe der politischen Herrschaftskosten, soll eine eiserne Sparsamkeit in den politischen Apparaten durchgesetzt werden. Die Herrschaftskosten aber haben die Tendenz, mit der Verschärfung der Klassen- und der imperialistischen Gegensätze zu steigen.

Deshalb sollen die materiellen Mittel, die den „friedlichen" Methoden der Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft dienen, gekürzt werden, also die Sozial- und Kulturausgaben, und dafür die Gewaltmittel gestärkt werden. Dazu gehört auch der Aufzug möglichst breiter, zunächst noch außerstaatlicher Massenorganisationen.

Dies Ziel ist nicht nur durch die Reichs- und Länderpolitik zu erreichen, sondern besonders auch durch die Kommunalpolitik. Sie nimmt deshalb unter den Schlagworten „Finanzausgleich" und „Sparprogramm" von Anfang an einen breiten Raum in dem allgemeinen strategischen Plan der Finanzoligarchie ein.

3. Der zu konsumierende Teil des Wertprodukts muß gekürzt werden, damit ein möglichst großer Teil in Profit verwandelt und akkumuliert werden kann. Das soll erzwungen werden durch Kürzung der Löhne und Gehälter, der Sozialausgaben aller Art und durch weitgehende Besteuerung des Massenkonsums (Tabak, Bier, Wohnung, Verkehrsmittel usw.).

4. Die Kürzung der Löhne und Gehälter soll durch eine weitgehende Drosselung der Arbeitslosenunterstützung forciert werden, damit der lohndrückende Charakter der Reservearmee und der Stimmungsterror gegenüber den jeweils Beschäftigten verschärft wird.

5. Damit unter dem so erzeugten Druck nicht in den Kommunen ausgewichen werden kann, wo ‚besitzfeindliche Mehrheiten" (nach dem Wortlaut der Hilferdingschen Begründung) sich Mittel für die Wohlfahrtsunterstützungen aus Steuerzuschlägen auf den Besitz schaffen könnten, müssen den Kommunen diese Mittel genommen und ihre Finanzpolitik scharf kontrolliert werden.

6. Ebenso ist von allem Anfang an der Abbau der Wohnungszwangswirtschaft gefordert. Ihm liegt das doppelte Ziel zugrunde, einerseits die Reallöhne zu senken, andererseits alle Hemmungen, die der Profitwirtschaft durch Zwangsmaßnahmen auferlegt werden, zu beseitigen.

7. Da die parlamentarische Demokratie die Parteien zu Wahlrücksichten zwingt, begünstigt sie das Verzehren sonst in Profit verwandelt, barer Teile des Mehrprodukts und ist ungeeignet. An ihre Stelle muß ein schwerer kontrollierbares System gesetzt werden, das mit Oppositionen aufräumt und gegenüber „der Begehrlichkeit der Massen" mit eiserner Energie jeden Widerstand niederwirft.

Alle diese Kernpunkte des finanzkapitalistischen Generalplans sind zusammengefaßt in den grundlegenden Referaten. die das Präsidium des Reichsverbandes der ‚.deutschen" Industrie auf der Hauptausschußsitzung vom 12. Dezember 1928 von den Spezialisten, den Professoren Schumpeter und von Beckerath, vortragen ließ.

In dem Referat des Professors von Beckerath auf der Hauptausschußsitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie vom 12. Dezember 1928 heißt es:

„Die Aussichten und das Schicksal des modernen Kapitalismus bestimmen sich nicht allein aus seinen ökonomischen Grundlagen, sondern sie bestimmen [684] sich nach dem Grad der Harmonie, welche zwischen der Wirtschaft und der politischen Gesellschaft besteht, d. h. zwischen den Bedürfnissen und Tendenzen des hochindustriellen Kapitalismus und dem geistigen und Willensinhalt der in allen großen Industrieländern herrschenden parlamentarischen Demokratie. Diese Harmonie ist von allen großen Wirtschaftsländern in Deutschland am wenigsten gegeben! Die deutsche Demokratie hat den völlig unpolitisch, ja ungesellschaftlich gemeinten Freiheits- und Persönlichkeitsbegriff des deutschen Idealismus übernommen, welcher im Gegensatz zum angelsächsischen nicht in der Erzielung des Menschen gipfelt, der einen idealen, sozialen und politischen Typ präsentiert, sondern in der Entwicklung der inneren Eigenwelt des Individuums, ohne Rücksicht auf die soziale Eignung dieser Eigenwelt. Der so gefaßte Persönlichkeitsgedanke deutschen Ursprungs hat sich verbunden mit dem aus dem Rationalismus stammenden Gleichheitsgedanken, und das notwendige Ergebnis war die höchste Verwirrung und Zerspaltung der politischen Willensbildung, eine nahezu amorphe Struktur der deutschen Demokratie.

Diese Tatsache wird doppelt verhängnisvoll, wenn ein ökonomisch überhaupt schlecht orientiertes Volk von einer falschen konsumwirtschaftlichen und verfehlten Kulturidee beherrscht ist, eine Einstellung, die dazu führt, in der Aufrichtung prunkvoller Fassaden vor einer in Wahrheit dürftigen und mit harter Not ringenden Wirtschaft nicht nur eine Kulturtat, sondern auch einen Beweis wirtschaftlicher Kraft zu sehen. Eine Einstellung, die eine Verleugnung bester Traditionen und eine wirtschaftliche Lüge gegen uns und andere ist. Desorientiert und falsch eingestellt, durch den Einfluß der Auslandskredite über das Maß seiner eigenen Wirtschaftskraft getäuscht, gleitet das deutsche Volk ahnungslos in die Gefahr zu hohen Konsums und zu geringer Kapitalbildung hinein."

Im Referat des Professors Dr. Schumpeter, Bonn, auf derselben Tagung heißt es:

„Nur Irrtümer über die angeblich wirtschaftsfördernde Wirkung der Konsumausweiterung, naiver Glauben an ungeheure Margen und Reserven der Industrie und mangelnde Einsicht in die volkswirtschaftliche Bedeutung einer unter dem Zinsfuß liegenden Rentabilität, die vielmehr als eine bloße Aktionäre berührende Angelegenheit betrachtet wird, verhüllen die Tatsache, daß Ueberkonsumtion vorliegt – was sich auch darin zeigt, daß die Preise der Konsumartikel mehr stiegen als die Produktionsmittel – und die Kapitalbildung ungenügend ist.

In solcher Lage müßte und würde eine vernünftig geleitete sozialistische Gemeinschaft Einschränkung der Konsumtion verfügen. In der kapitalistischen Wirtschaft kommt das, von Palliativen abgesehen, auf die Erhöhung der Rücklagen der Industrie und Privater hinaus. Und darum handelt es sich in den Kämpfen der Gegenwart."

Das ist die Grundlage aller Vorstöße der Ausbeuter: Drosselung des Konsums der breiten Massen bei verschärfter Ausbeutung, damit die Profite erhöht und bei „Privaten" aufgespeichert und in Kapital verwandelt werden können.

Die Abdrosselung des Massenkonsums ist natürlich nach dieser Auffassung nur dadurch möglich, daß man den Massen die Mittel zum Konsum beschneidet, also die Löhne senkt, die Sozialausgaben einschränkt, die Mieten erhöht und vor allem die Erwerbslosenunterstützungen abhaut. Diese sind der erste Angriffspunkt. In Düsseldorf erklärte dazu Herr Kalle vom Verwaltungsrat der IG Farbenindustrie:

[685] „Daß der Arbeitswille (durch die Erwerbslosenunterstützung und die kommunale Wohlfahrtspflege) gelähmt und ein neuer Stand von Rentennutznießern großgezogen würde. Nur eine grundlegende Reform der Finanzwirtschaft könne hier vor schweren Gefahren bewahren."

Wir werden sehen, wie exakt Brüning alle diese Richtlinien einhält.

III.

Das Brüning-Programm fügt sämtliche Kernpunkte dieses Programms der Spitzenverbände zu einem einheitlichen „Finanzplan".

In seinem konkreten Teil beginnt es mit der Feststellung, daß ein Fehlbetrag von etwa einer Milliarde im laufenden Etatjahr nicht gedeckt werden kann.

Wohlweislich wird die Ursache dieser Leere in den Kassen verschwiegen.

Erstens zahlt das deutsche Großkapital fast keine Steuern; gemessen an den Steuerlasten seiner Konkurrenz, so gut wie gar nichts.

Zweitens haben sich sämtliche Gruppen des deutschen Großkapitals ungezählte Milliarden aus den sogenannten „öffentlichen" Kassen herausgenommen und in ihre privaten Taschen gesteckt. Zahllose Reichs-, Länder- und Gemeindesubventionen, ungeheuerliche Sondersubventionen in Form von Ueberpreisen durch Reichswehr, Reichsbahn, Reichspost usw., gewaltige Steuersubventionen, die tollsten Zollsubventionen der Welt und aller Zeiten sind in den Etatsummen enthalten.

Da das Finanzkapital nichts zahlt, sondern dem Proletariat und den Mittelschichten die ganze Steuerlast aufbürdet, dafür aber sich Riesenbeträge in die Taschen steckt, die, wenn man die zahlreichen auf Zöllen basierten Kartellrenten einrechnet, ein Vielfaches der Reparationslasten ausmachen, ist natürlich für die zweckmäßige Leere der Kassen gesorgt.

Der Raum ist leider zu knapp, um ein vollständiges Bild dieser Plündererwirtschaft zu geben.

Es seien nur die Grunddaten erwähnt:

Von den etwa 22 Milliarden betragenden Gesamtlasten werden einerseits durch die indirekte Erhebung, andererseits durch die Abwälzung der Steuerlasten auf die Warenpreise 90 Prozent auf die arbeitenden Massen abgewälzt, und selbstverständlich auch auf die Mittelschichten aller Art.

Sogar die Einkommensteuern sind zum allergrößten Teil auf die kleinen Einkommen abgeschoben.

In Prozenten der Einkommensteuersumme verteilen sich die Steueraufkommen nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamts („Wirtschaft und Statistik", 2. Juliheft 1930) auf:

	Einkommen bis 4000 M.	Einkommen über 25 000 M.
Deutschland 1927	47,6 Prozent	25,0 Prozent
Frankreich	7,2 Prozent	64,1 Prozent
England	5,3 Prozent	68,1 Prozent
USA	0,0 Prozent	96,4 Prozent

Die deutschen Arbeiter belasten mithin die kleinsten Einkommen am schärfsten und zahlen selbst den relativ geringsten Teil, gemessen an ihren entscheidenden Konkurrenzländern.

Nach der deutschen Einkommensteuerstatistik haben 90 Prozent der Bevölkerung ein Einkommen, das unter dem Existenzminimum liegt!

Von den 65 Millionen sind etwa 32,5 Millionen Erwerbstätige. Von ihnen haben nach der amtlichen Statistik: [686]

Einkommen	unter 100 M. monatlich	16.000.000 gleich etwa 50 Prozent
Einkommen	100–125 M. monatlich	6.000.000 gleich etwa 19 Prozent
Einkommen	125–200 M. monatlich	7.500.000 gleich etwa 22 Prozent
	Zusammen	29.500.000 gleich etwa 91 Prozent

Dabei darf nicht vergessen werden, daß durch die von der SPD durchgesetzte Lohnabzugsteuer die Einkommen der Arbeitenden ausdrücklich unter die Kontrolle des Klassenfeindes gestellt sind.

IV.

Brüning „spart“ 2000 Millionen an den Ausgebeutetsten und verschenkt die Hälfte an die Ausbeuter!

Die konkreten Sparpunkte des Brüning-Programms sind zunächst folgende:

1.	Kürzung der Gehälter der Reichsbeamten (durch 6 Prozent Gehaltsabbau)	120 Millionen
2.	Kürzung der Gehälter der Länder- und Gemeindebeamten (und zwar erzwungen durch 100 Millionen Kürzung der Reichsüberweisungen und 288 Millionen Einnahmerückgang)	388 Millionen
3.	Belastung der Arbeitseinkommen durch 2 Prozent Erhöhung der Arbeitslosenversicherung (eine Hälfte direkt, 1 Prozent von 30 Milliarden Jahreseinkommen, gleich 300 Millionen; die andere Hälfte indirekt, weil die Unternehmer ihren Beitrag auf die Preise abwälzen)	600 Millionen
4.	Kürzung der Reichsbeiträge zur Krisenfürsorge, wodurch die Leistungen um etwa gedrosselt werden sollen.	400 Millionen
5.	„Sparmaßnahmen“ an den sozialen und kulturellen Ausgaben in den Einzeletats des Reiches, etwa	300 Millionen
6.	Neue Steuerbelastung des Tabakkonsums und Aufrechterhaltung der Ledigensteuer (167 plus 40), etwa	200 Millionen
	Zusammen etwa	2008 Millionen

Die konkreten Geschenke an die Kapitalisten im Programm sind zunächst folgende:

1.	Aus dem Hauszinssteueraufkommen, aufgebracht in ihrem entscheidenden Teil von den Arbeitern, Angestellten und Beamten, sollen 400 Millionen fortgenommen und	
	a) zur Senkung der Gewerbesteuer um 20 Proz. gleich 200 Millionen	200 Millionen
	b) zur Senkung der Grundsteuer um 10 Proz. gleich 120 Millionen	120 Millionen
	verwendet werden.	
	80 Millionen sollen reserviert werden für die zunächst durch die Drosselungspolitik zur Pleite gebrachten Städte.	
2.	Die Preisgrenze der Vermögenssteuern soll auf 20.000 M. festgesetzt werden	? Millionen
	Zusammen etwa	320 Millionen

[687]

	Uebertrag:	320 Millionen
	Brüning Verwendet hier in raffinierter Weise einen von der Kommunistischen Partei mehrfach eingebrachten, von den Ausbeuterparteien bisher stets abgelehnten Antrag zur Erleichterung der Lage der kleinen Bauern und der städtischen Mittelschichten. Aber er nimmt natürlich nicht die in diesem Antrag der Kommunisten geforderte progressive Besteuerung der großen Vermögen auf. Der Eingliederung der Mittelschichten in die Politik der sie ausplündernden Finanzkapitalisten dient ebenso die Aufhebung der Umsatzsteuer für Umsätze unter 5000 M	
3.	Eine Reihe von kleineren Aenderungen der Kapitalverkehrssteuern sind in ihrem Wert schwer abzuschätzen.	
4.	Die Ost-, Süd-, West- und Nordhilfen sollen fortgesetzt, dem Großkapital also prinzipiell aus Staatsmitteln Profitbeihilfen weitergezahlt werden. Beträge sind selbstverständlich nicht angegeben. Der Mindestbetrag wird aber keinesfalls unter	700 Millionen
	Zusammen mehr als	1000 Millionen

V.

Brünings Eisenbartkur gegen die Sozial- und Kulturausgaben der Gemeinden, besonders gegen die Erwerbslosen

Dieser Kernpunkt aller finanzkapitalistischen Versuche der Drosselung der Lebenshaltung der Massen ist besonders wichtig.

Die Kommunen haben im Wege der „Wohlfahrtsunterstützungen“ die Sorge um die durch rigorose Drosselung der Arbeitslosenunterstützungen dem Verhungern preisgegebenen Ausgesteuerten oder zu gering Unterstützten. Ferner haben sie bestimmte Möglichkeiten der Milderung des Drucks auf die arbeitenden Massen durch Unterstützung sonstiger sozialer und kultureller Bestrebungen (Sport-, Jugend-, Kulturorganisationen, Schulen, Erholungsplätze und Grünflächen, Speisungen und Wärmehallen, Niedrighaltung der Tarife der Verkehrsmittel des Stromes, der Wasser- und der Gaspreise, Verbilligung des Wohnungsbaues und dergleichen).

Die Mittel für ihre Ausgaben haben die Kommunen aus den Steuerzuweisungen des Reichs und der Länder, aus einzelnen Steuern, Gebühren und Polizeistrafen und besonders aus dem Zuschlagsrecht für bestimmte Steuern. Darunter figurieren auch solche Steuern, die die Kapitalisten treffen können, wie z. B. die Einkommen- und die Realsteuern (Grund- und Gewerbesteuern)

Damit nun proletarische Mehrheiten damit keinen „Unfug“ anrichten können, indem sie von den Ausbeutern Mittel nehmen, um die Ausgebeuteten vor dem Allerschlimmsten zu schützen, ist das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden durch die Magistratsverfassung einerseits bereits so gut wie aufgehoben. Unter dem kommenden Elendsdruck aber könnte der Widerstand gegen die Aushungerung der Massen zu schwach werden. Deshalb sieht Brüning nach dem Vorschlag der Spitzenverbände und dem Muster des Hilferdingschen Entwurfs vom Jahre 1929 eine möglichst Umfassende Lahmlegung der Gemeinden vor. [688] Und zwar erstens durch eine Kontrolle der Etats seitens des Reichs und zweitens durch das Steuervereinheitlichungsgesetz.

Nach dem Köhlerschen Entwurf, dem Hilferding gefolgt war, handelt es sich dabei um folgenden Dreh: das kommunale Zuschlagsrecht wird mit einer Steuer verbunden, welche alle Gemeindemitglieder betrifft (bei Hilferding: Verwaltungskostenbeitrag“ oder in reinem Deutsch: Kopfsteuer). Jede Erhöhung der Zuschläge soll automatisch auch diese Steuer erhöhen, damit Gemeinden, welche sich Mittel beschaffen wollen gezwungen werden, die Armen und Aermsten zu belasten. Es liegt darin eine stille Spekulation auf eine Stimmungshetze. Nach der Formulierung der „Leitsätze zur Finanzreform“ der Spitzenverbände, denen ein Gutachten der reaktionärsten Finanzspezialisten zugrunde lag, ist man dabei von der Ansicht ausgegangen:

„daß eine sparsame Verwendung des Zuschlagsrechtes eben nur dann gewährleistet sei, sofern auch die in vielen Gemeindeparlamenten überwiegend vorhandenen Vertreter der sogenannten Konsuminteressen durch Erhöhung der Zuschlagsätze auch ihre eigenen Wähler träfen. Dies würde aber nur dann der Fall sein, wenn die Zuschläge von den gesamten Einkommen erhoben würden, hinsichtlich der Zuschläge also der steuerfreie Einkommen teil sowie die Sozialabschläge unberücksichtigt blieben.“

(Bericht der „Berliner Börsenzeitung“ vom November 1928.) Im Vorjahr war dies nach der Presse-Information des (Hilferdingschen) Finanzministeriums durch die Kopfsteuer geplant. Es hieß da:

„Eine gesetzliche Bindung dieser Kopfbeträge mit den Realsteuerzuschlägen soll verhindern, daß in den Kommunen mit ausgesprochen besitzfeindlichen Mehrheiten (!) die Belastung des Einkommens wieder eine wirtschaftsgefährdende Höhe erreicht. Eine Erhöhung der Zuschläge würde automatisch eine entsprechende Heraufsetzung des Kopfbetrages nach sich ziehen.“ („Vossische Zeitung“ vom 1. Oktober 1929.)

Herr Brüning nimmt diesen Punkt ausdrücklich in sein Programm auf, indem er wörtlich erklärt:

„Die Gemeinden bekommen das freie Zuschlagsrecht. Um aber eine Ueberspannung der Einkommensteuer zu verhindern, wird die Einkommensteuer nicht nur mit den Realsteuern (Gewerbe- und Grundsteuern) in bestimmtem Verhältnis verknüpft, sondern auch die Ueberschreitung eines bestimmten Zuschlagsatzes davon abhängig gemacht werden, daß die Gemeinden zuvor jeweils eine allgemeine Belastung aller Bürger nach Maßgabe eines Reichsgesetzes beschließen.“

Dies ist also die seit Jahren von den Ausbeutern erstrebte Bindung der „roten Mehrheiten“.

Da sein Programm immerhin schon eine ungeheure Drosselung der kommunalen Einnahmen mit sich bringt, sollen die Kommunen zur gewaltigen Steigerung der Tarife ihrer Betriebe gezwungen werden. Zudem soll der Prozeß der finanziellen Aushungerung Zutreiberdienste für die Entkommunalisierung der lukrativen Betriebe leisten.

VI.

Drosselung der kommunalen Wohnungswirtschaft zur Steigerung des Mietwuchers

Die Baupolitik von 1930 soll grundsätzlich weiter in völlig ungenügendem Maße fortgesetzt werden. „Oeffentliche“ Mittel sollen nur bei „wirklich dringendem Bedarf“ (!) eingesetzt werden zur Beseitigung der Wohnungsnot der bedürftigen Schichten. Deshalb müssen die Neu-[689]bauten „dem allgemeinen Notstande unseres Volkes angepaßt werden“ – also so erbärmlich wie möglich ausgeführt werden.

1931 werden wörtlich: „bis zu“ 215.000 Wohnungen erstellt werden, davon 165.000 Kleinwohnungen „einfachster“ Art.

Finanzierung durch die Arbeitenden:

nämlich 400 Millionen aus der Hauszinssteuer,
400 Millionen durch Beleihung.

„Zur Erzielung tragbarer Mieten für die besonders bedürftigen Volksschichten – können Zins- und Mietzinszuschüsse gewährt werden“. Der Wohnungsbau mit „öffentlichen“ Mitteln soll bis 1.4.1933 im wesentlichen abgebaut werden. Zu diesem Zweck soll der Mietwucher freigegeben werden, damit der Wohnungsbau ein kapitalistisch rentables Geschäft wird. Brüning zählt dazu auf: Lockerung und schließliche Aufhebung der Zwangswirtschaft, Aufhebung des Reichsmieten- und Mieterschutzgesetzes, jedoch nicht für die jetzigen Inhaber der Wohnungen.

VII.

Finanzpolitische Bilanz:
4 Milliarden Lohn- und Gehaltskürzung – 2 bis 3 Milliarden Profitsteigerung

Auf der finanzpolitischen Seite zielt zunächst das Brüning-Programm auf die Fortnahme von zwei Milliarden aus dem Arbeitseinkommen, davon etwa 1300 Millionen in bar und etwa 700 Millionen durch Leistungskürzung.

Dazu kommen aber noch die in ihrem Werte schwer abschätzbaren Leistungskürzungen in den Kommunen mit ihren neuen Steuerlasten, Tariferhöhungen usw. und die hier mit Ausnahme der Ledigensteuer gar nicht berücksichtigten Belastungen des Proletariats durch die Notverordnung (Krankenkassen, Drosselung der Erwerbslosenunterstützungen usw.). Sie werden zusammen .allermindestens ebenfalls zwei Milliarden betragen.

Bei einem auf die nächsten drei Jahre zur Tilgung verschobenen Fehlbetrag von einer Milliarde bleiben jährlich etwa 330 Millionen zu tilgen. Rund ebensoviel weist Brüning als direktes Geschenk an Grundbesitz und Industrie (Gewerbesteuer) zahlenmäßig aus. Das sind etwa 650 Millionen. Was soll mit dem übrigen geschehen?

Der Ueberschuß soll in einem „Dreijahrplan“ in die Bankkonten des Finanzkapitals transportiert werden, um das ersehnte Ziel zusätzlicher Kapitalbildung zu erreichen. Die Belastung von weit mehr als der gesamten Reparationssumme auf die Arbeitenden war ja schon vor den Brüningschen „Reformen“ erreicht!

Aber Brüning begnügt sich natürlich nicht damit, bloß die finanzpolitische Seite der Forderungen der Spitzenverbände im Regierungsprogramm zu formulieren.

VIII.

Lohn- und Gehaltsabbau als offenes Regierungsprogramm

In den Schlußabsätzen des Brüning-Programms heißt es wörtlich:

„Was durch die Kürzungen der Gehälter für die öffentliche Wirtschaft angebahnt ist, muß innerhalb der privaten Wirtschaft weiter wirken zum Wohle des Ganzen."

Nun ist natürlich Lohndruck das Ideal jeder kapitalistischen Re-[690]gierung. Aber es ist immerhin nicht so häufig, daß diese Regierungen sich so offen an die Spitze der Lohnabbauoffensive stellen, die in den privaten Ausbeutungsstätten ausgetragen wird. Die Sozialdemokratie hat dem Ausbeuterstaat das Zwangsschlichtungssystem als Kampfmittel gegen die Existenzinteressen der Arbeiterschaft geschaffen, und Brüning wäre ein Narr, wenn er sich nicht dieser Uebertragung der kapitalistischen „Demokratie" auf den Lohnkampf bediente.

Damit ist aber jeder Lohnkampf ohne weiteres auch formell zum politischen Kampf gestempelt, weil ja die Exekutive durch diese programmatische Erklärung ganz offen die Staatsgewalt für die Profitinteressen der Ausbeuter einsetzt, was sie bisher niemals offen tat.

Brüning erklärt, „der Preisstand der deutschen Waren müsse uns d) gestatten, im Wettbewerb der Welt zu bestehen", und gibt damit brutal und offen das „soziale Dumping" als Waffe an, mit der der Konkurrenz möglichst große Teile des Weltmarktes abgerungen werden sollen.

Es ist bis ins kleinste genau die Ideologie der finanzkapitalistischen Spitzenverbände, die der Faschisierungskanzler in seinem Programm verzapft. Um jede Mißdeutung auszuschließen erklärt Herr Brüning bereits in seiner Einleitung, daß er unter „produktiven Ständen" einzig und allein die Ausbeuter versteht, also die gesellschaftlich Unproduktiven, aber kapitalistisch Produktiven (weil sie unbezahlte Arbeit aneignen und in Kapital verwandeln).

Er erklärt, es verbiete „sich": „jede neue Belastung der Produktion, vielmehr ist die Entlastung der produktiven Stände zu fördern".

Man hat gesehen, wie er diese Förderung betreiben will.

Den wahrhaft Produktiven, den Arbeitenden, bleibt nur übrig, durch vermehrten Hunger und vermehrte Arbeit diese Förderung der Profite zu bezahlen.

Sie dazu anzuhalten, genügen offenbar die gewöhnlichen demokratischen Mittel nicht. Deshalb kombiniert sie Herr Brüning zunehmend mit den terroristischen Mitteln der faschistischen Diktatur.

Damit kommen wir zur politischen Seite des Programms der Faschisierungsregierung die einer besonderen Darstellung vorbehalten sein soll.

*

Die Reichstagswahlen im Ruhrgebiet

Erfolge, Schwächen und weitere Aufgaben unserer Arbeit

Von W. Florin, Essen

I.

Die Weltwirtschaftskrise und demzufolge die Krise in Deutschland hatte bereits im Frühjahr im Ruhrgebiet, dem Industriegebiet der Produktionsmittel, zu einer starken Verschärfung des Klassenkrieges geführt. Zu den vielen eingelegten Feierschichten und Entlassungen, insbesondere in der Metallindustrie und im Bergbau, kam noch der Lohnabbauangriff der Metallindustriellen, der ebenso wie jetzt in Berlin mit der Phrase von Preissenkungen eingeleitet wurde. Trotzdem die Sozialdemokratie und die Zentrumspartei, ebenso wie deren Gewerkschaftsbürokraten alles taten, um die sogenannten Sanierungsmaßnahmen der Bourgeoisie zu ermöglichen, gelang es der RGO doch unter Führung der Kommunistischen Partei immer breitere Massen zum Gegenangriff [691] zu sammeln. Auf dem Weg der Organisierung der Wirtschaftskämpfe und des Massenkampfes für die Interessen der tausende Erwerbslosen konnte die Partei ihre Fronten gewaltig verstärken. Die Parteibezirksleitung Ruhrgebiet formulierte in ihrer Entschließung nach der Wahl ganz richtig:

„Insbesondere die planmäßige, systematische, zielklare, monatelange Vorbereitung und die Auslösung des Nordweststreiks trotz verbindlich erklärten Schiedsspruchs gegen den Willen der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsbürokraten, die Vorbereitungen zur jetzigen Bergbaubewegung hatten das Vertrauen der Arbeiterklasse zur Kommunistischen Partei gestärkt und ihr viele neue Anhänger gebracht."

Schon im Nordweststreik, der offensichtlich ein politischer Massenstreik gegen die Young-Diktatur (Zwangsschiedssprüche) der Regierung Brüning war, wurden viel stärker als in früheren Kämpfen die Teilforderungen mit dem Endziel verbunden. Die Aktionslosungen mm Kampfe und die Propagandalosungen für das Endziel wurden von den Arbeitermassen sehr gut verstanden. Wie antwortete doch der sozialdemokratische Führer des DMV in Essen der RGO-Opposition im Verbande:

„Was, Streik auf der ganzen Linie und am Ende Sowjetdeutschland, das könnte euch so passen."

Die Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit, der Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen und somit unsere wichtigsten Teilforderungen, in engster Verbindung mit dem Endziel als dem einzigen Ausweg aus der Krise, stand durch die Nordwestbewegung schon bei der Einleitung des Wahlkampfes auf der Tagesordnung. Unmittelbar nach der Auflösung des Reichstags wurde der Wahlkampf in offensivster Form eröffnet.

Für die gesamte Parteiorganisation war es klar, daß es notwendig sei, die schnellste Massenmobilisierung zu erreichen. Schon am zweiten und dritten Tage nach der Reichstagsauflösung, nachdem die Partei die Arbeitermassen schon vorher gegen die Brüning-Diktatur (Anwendung des Artikels 48) durch Massenkundgebungen und Demonstrationen in Bewegung gesetzt hatte, prangten in allen Straßen der Städte die Versammlungsplakate der Partei mit der Tagesordnung: „Young-Deutschland oder Sowjetdeutschland?"

Sozialdemokratische Streikabwürger, zentrümliche und nationalsozialistische Streikbruchorganisatoren mit den Unternehmern im Nordweststreik offen in einer Front gegen die RGO und die KPD, das ergab schon frühzeitig vor der Wahl eine klare Frontstellung. Im Wahlkampf wurde diese Klassenfront durch die Wahlstrategie der Partei noch deutlicher herausgearbeitet, wobei das soziale und nationale Befreiungsprogramm des ZK der Partei dem Bezirk die wertvollsten Dienste leistete.

II.

In der ersten Oktobernummer des „Klassenkampf" nimmt der „linke" Sozialdemokrat E. H. Schlensker in einem Artikel mit der Ueberschrift „Alarmzeichen an der Ruhr" zu dem Wahlergebnis des rheinischwestfälischen Industriegebiets Stellung. Er bezeichnet die Wahlergebnisse als „beachtliche Zeichen einer bedeutenden politischen Kräfteverschiebung an der Ruhr" und stellt fest:

„wenn man den ungeheuren, in einigen Städten sogar den hundertprozentige! Stimmengewinn der Kommunisten in Erwägung zieht, dann zeigt das mit aller Klarheit, daß die politische Atmosphäre an der Ruhr äußerst geladen ist ..."

[692] Dann heißt es weiter: „Als stärkste Partei sind wir nur in zwei Städten hervorgegangen, und auch da ist der Unterschied zwischen uns (der SPD) und der Kommunistischen Partei nicht allzu groß. Dagegen hat die Kommunistische Partei in fast allen Städten die meisten Anhänger."

So müssen die „linken" Sozialfaschisten ihre Niederlage im Ruhrgebiet selbst zugeben.

Die Zentrumspresse schlägt ebenfalls Alarm über den wachsenden Bolschewismus, und die Zentrumspartei gab bereits Anweisungen an ihre Fraktionen in den Kommunalparlamenten, den immer schärfer werdenden politischen Kampf der Kommunisten um die Interessen der Arbeiter und insbesondere unsere Agitation und Propaganda in den Kommunalparlamenten mit allen Mitteln zu unterbinden. Deshalb erfolgen auch jetzt schon in allen Kommunen weitere Faschisierungsmaßnahmen gegen die Arbeiterfraktionen der Kommunistischen Partei.

Die Nationalsozialisten, welche auszogen, den Marxismus zu schlagen, stellen betrübt fest, „daß es der KPD gelungen ist, die abwandernden früheren Anhänger der SPD aufzufangen („Neue Front"), und daß die Gefahr des Bolschewismus nicht geringer, sondern größer geworden sei".

III.

Die im „Klassenkampf“ veröffentlichte sozialdemokratische Statistik stellt fest, daß in den vier Wahlkreisen Düsseldorf-West und -Ost, Westfalen-Süd und -Nord die KPD 890.000, die SPD dagegen nur 856.000 Stimmen erhielt, während bei der letzten Wahl 1928 die KPD 613.000 und die SPD 1.002.000 Stimmen hatte.

Wir können diese Statistik unseren weiteren Betrachtungen nicht zugrunde legen, weil die Analyse parteibezirksmäßig und nicht wahlkreismäßig gezogen werden muß. Der Parteibezirk Ruhrgebiet hat nur einen Wahlkreis ganz in seinem Bereich, und das ist Westfalen-Nord. Es verteilen sich die größten Bezirksteile auf die Wahlkreise Düsseldorf-Ost und -West, Westfalen-Süd, Weser-Ems, wozu der ganze Regierungsbezirk Osnabrück gehört, und einige kleinere Teile aus dem Wahlkreis Hannover-Ost. Wir können außerdem wahlkreismäßig nicht in allen Fällen Vergleichsziffern nehmen, weil im Jahre 1928 durch Eingemeindungen im Ruhrgebiet die Grenzen der Wahlkreise verändert wurden. Wir müssen als Unterlage die Vergleichsziffern des „Ruhr-Echo“, die parteibezirksmäßig aufgebaut sind, nehmen.

	SPD	D. N.	Zentrum	KPD	D. V.	St. P.	W. P.	NSDAP
Düsseldorf-West 1930	80.112	36.317	133.091	114.082	26.908	8430	19.262	111.372
1928	100.006	57.971	131.154	81.398	45.722	13.627	21.448	8242
Düsseldorf-Ost 1930	51.605	14.636	99.742	90.135	13.794	5168	16.246	53644
1928	51.149	27.354	96.733	67.630	21.059	8130	18.592	8810
Westfalen-Nord 1930	266.905	79.107	424.514	152.387	65.344	28.096	53.969	168.723
1928	291.691	109.287	373.187	104.812	99.063	30.258	68.438	964
Westfalen-Süd 1930	228.891	40.014	18.643	182.454	70.263	21.524	35.615	117.674
1928	262.687	54.093	179.707	113.967	101.308	28.933	40.581	13.478
Ruhrgebiet ins- 1930	627.513	170.074	845.990	539.058	176.309	63.212	125.092	351.413
gesamt 1928	715.533	248.705	780.781	367.807	337.415	80.949	149.059	31.494
– weniger	– 88.020	– 78.631	+ 65.209	+ 171.251	– 151.106	– 17.737	– 23.967	+ 319.919
oder + mehr in %	– 12,3	– 31,6	+ 8,3	+ 46,6	– 44,7	21,9	– 16,1	+ 868,5%

[693] Diese Statistik enthält die Stimmenzahlen, die im Parteibezirk Ruhrgebiet in den obigen Wahlkreisen am 14. September abgegeben wurden, und zwar ortsweise zusammengestellt. Für die anderen Teile des Parteibezirks, z. B. Regierungsbezirk Osnabrück (Wahlkreis Weser-Ems) und für die Teile von Hannover-Ost sind nur ungenügende Vergleichsziffern vorhanden. Die Sozialdemokratische Partei hat in unserem Bezirk für ihren Nordwestverrat die erste Quittung erhalten, indem sie 88.000 Stimmen gleich 12 Prozent verlor. Der Verlust der SPD beträgt im Reichmaßstabe 6,7 Prozent, hier in unserem Bezirk, wo ihre arbeiterverräterische Politik am krassesten in Erscheinung trat, ist ihr Verlust prozentual fast das Doppelte.

Das Zentrum, das im Reich 11,3 Prozent mehr Stimmen erhielt, hat im Ruhrgebiet nur einen Zuwachs von 8,3 Prozent. Stellt man die erhöhte Wahlbeteiligung in Rechnung, so ergibt sich, daß das Zentrum, gemessen an der Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen, relativ verloren hat. Die Kommunistische Partei hat ihre Stimmenzahl in diesen vier Wahlkreisen um 171.251 gleich 46,6 Prozent erhöht. Ebenso war es in den anderen Teilen des Ruhrgebiets. Der Zuwachs an kommunistischen Stimmen ist im Parteibezirk Ruhrgebiet um 6 Prozent höher als der Reichsdurchschnitt. Die Zentrumspartei hat im Herzen des Ruhrgebiets, in vielen Stadtteilen der Großstädte und auch in Mittelstädten nicht nur relativ, sondern absolut Verluste. Nur im oberen Westfalen konnte das Zentrum seine Wählerstärke halten und teilweise seine Positionen verbessern.

Die Zentrumspartei wurde in vielen Stadtteilen der Großstädte, wie in Essen, Duisburg-Hamborn, Dortmund, Bochum, und auch in vielen Mittelstädten zum ersten Male überflügelt. Hierbei sind Stadtteile, wo die Zentrumspartei absolute Verluste hatte.

Einige Stadtteile in Essen nach Einteilung der Verwaltungsbezirke:

	Zentrum	KPD	
	1930	1930	1928
Essen-Altstadt	18.005	21.580	17.724
Essen Alten-Essen	6776	7446	5478

	Zentrum	KPD	
	1930	1930	1928
Essen-Stoppenberg	6749	8714	7223
Essen-Krey	3213	3621	2913

In Duisburg-Hamborn Stadtteile mit absoluten Verlusten bei der Zentrumspartei:

Duisburg-Hochfeld	Zentrum	1930	4956
	Zentrum	1928	5213
	KPD	1930	6050
	KPD	1928	3189
Duisburg-Marxloh	Zentrum	1930	3420
	Zentrum	1928	3441
	KPD	1930	6584
	KPD	1928	3564
Duisburg-Alsum	Zentrum	1930	278
	Zentrum	1928	320
	KPD	1930	478
	KPD	1928	278
Duisburg-Bruckhausen	Zentrum	1930	909
	Zentrum	1928	1062
	KPD	1930	1627
	KPD	1928	1091

[694]

Duisburg-Wanheim	Zentrum	1930	427
	Zentrum	1928	452
	KPD	1930	647
	KPD	1928	334

Aehnlich ist es in vielen Mittelstädten des Ruhrgebiets, wo sich das Wahlverhältnis auch im Kampf gegen das Zentrum änderte. Zwei dieser Städte sollen hier angeführt werden:

Stadt-Mörs:	Zentrum	1930	1988
	Zentrum	1928	2017
	KPD	1930	2837
	KPD	1928	1780
Castrop-Rauxel:	Zentrum	1930	7150
	Zentrum	1928	6776
	KPD	1930	7550
	KPD	1928	4289

Wenn wir die Vergleichsziffern der letzten Wahlen der Partei im Ruhrgebiet vom Jahre 1924 auf die Stadt Essen angewendet nehmen. dann kommt folgendes Bild heraus:

KPD		Zentrum		SPD		Nazis	
1930	1924	1930	1924	1930	1924	1930	1924
89.439	54.233	98.604	98.974	50.761	46.165	52.371	–

Bei der letzten Reichstagswahl im Jahre 1928 erhielten das Zentrum 95.545, die SPD 60.096, KPD 67.126 und die NSDAP 8726 Stimmen.

Obwohl die Partei in Essen bei den Wahlen 22.000 Stimmen gewonnen und den Sozialfaschismus von 60.000 auf 50.000 Stimmen zurückgeworfen hat, ist es ihr nicht gelungen, in einem entsprechenden Maße das Zentrum zu schlagen. Hat auch das Zentrum seinen Anteil an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen verringert, so konnte es trotzdem auf Grund der größeren Wahlbeteiligung Stimmen gewinnen. Diese Tatsache ist in der Hauptsache auf das ungenügende politische Arbeiten der Kruppschen Betriebszelle zurückzuführen. Die Betriebszelle bei Krupp hat es nicht verstanden, im Wahlkampf den Verrat der christlichen Gewerkschaften, die Rolle des Zentrums im Nordwestkampf, genügend in den Mittelpunkt der Agitation zu stellen. Die Betriebszelle hat im Wahlkampf weder organisatorisch, noch auch politisch mit der genügenden Energie gearbeitet. Die Bedeutung der Wahlen, die Stimmabgabe für die Kommunistische Partei, verstand die Zelle nicht in solch einem Maße zu popularisieren, daß es zu einer Massenmobilisierung für uns gekommen wäre. Die Herausgabe von Zellenzeitungen für die einzelnen großen Abteilungen ist für sie ein fast unlösbares Problem.

Die größten Verluste der SPD sind im Herzen des Ruhrgebiets, wo die Metall- und Bergarbeiter zu Hause sind. In Essen fiel sie von 60.000 auf 50.000 Stimmen, während die KPD von 66.000 auf 88.000 Stimmen stieg. In Dortmund verloren die Sozialdemokraten 17.000 Stimmen und gingen auf 84.000 zurück, während die KPD von 33.000 auf 60.000 Stimmen stieg. In Duisburg-Hamborn setzte sich die KPD, bisher die drittstärkste Partei, mit einem Stimmengewinn von 17.000 und insgesamt 57.588 Stimmen an die Spitze aller Parteien. während die SPD 9000 Stimmen einbüßte und insgesamt 43.000 Stimmen erhielt. In Gelsenkirchen verlor die SPD fast ein Viertel ihrer Stimmen. während die Kommunistische Partei nicht nur an der Spitze geblieben ist, sondern den Abstand zwischen sich und der nächstfolgenden Partei. dem Zentrum, noch verbreitert hat. Besonders wichtig ist [695] das Ergebnis in einem anderen Hauptbrennpunkt des Nordwestkampfes, in Mülheim a. d. Ruhe, wo wir bisher nur halb so stark wie die Sozialdemokratie waren und am 14. September 12.867 Stimmen erhielten, während die SPD mit 12.525 Stimmen in der Minderheit blieb. So schlugen wir die SPD in einer ganzen Anzahl von Städten: in Herne, Lünen, Ahlen, Recklinghausen usw.

Den zahlreichen ausgezeichneten Resultaten, zu denen auch die vom Standpunkt des proletarisch-revolutionären Internationalismus bedeutsamen Wahlsiege an der holländischen Grenze gehören, stehen einige weniger günstige Ergebnisse, so z. B. in Bielefeld, in Oberhausen, gegenüber. Bezeichnenderweise sind die Wahlerfolge im Bielefelder Landgebiet verhältnismäßig größer als in der Stadt, wo sich die außerordentlich ungenügende Betriebsarbeit, der zaghafte Aufbau der RGO und das schwache selbständige Auftreten in den Wirtschaftsbewegungen rächte. Die Stadt Oberhausen ist die einzige im Ruhrgebiet, wo wir nicht so viel gewonnen haben, wie die SPD verloren hat. Das liegt vor allem daran, daß wir in den beiden größten Betrieben der Stadt, der Gute-Hoffnungs-Hütte Oberhausen und der Gute-Hoffnungs-Hütte Sterkrade, schwache Positionen haben und deshalb auch im Nordweststreik keine Auslösung des Kampfes ermöglicht wurde.

Wenn auch die Nationalsozialisten im ganzen Parteibezirk um annähernd 200.000 Stimmen hinter unserer Partei zurückgeblieben sind, so sei doch festgestellt, daß, während sie im rheinischen Gebiet 1523 Prozent zunahmen, ihre Zunahme in unserem stark proletarischen Bezirk auch immer noch 868,5 Prozent betrug. Der ideologische Kampf gegen den Faschismus wurde besonders in der Wahlschlacht stark durchgeführt. Es gab fast keine Versammlung der NSDAP, die nicht besetzt wurde, gleichzeitig wurden sie auf unseren Versammlungen herausgefordert. Aber dennoch erwiesen sich unsere Anstrengungen und unsere Kräftekonzentration im Kampf gegen den Faschismus als ungenügend. Deshalb sagt die Bezirksleitung in ihrer Entschließung nach der Wahl mit vollem Recht:

„Wenn die Nationalsozialistische faschistische Partei auch im Ruhrgebiet prozentual nicht den Zuwachs zu verzeichnen hat, wie in vielen anderen Teilen des Reiches, so ist doch das Wahlergebnis der offensichtliche Beweis für Schwächen und Mängel, die der Arbeit der Kommunistischen Partei auch im Ruhrgebiet im Kampf gegen die Demagogie und Verlogenheit des Faschismus anhaften. Die Partei muß sich – das lehrt das Wahlergebnis – viel mehr der Massenaufklärung gegen den Faschismus widmen, um vor allem zu verhindern, daß der Faschismus als gelbe Gefahr in die Betriebe einzieht."

Die Verstärkung des Kampfes gegen den Faschismus hat mit der Schaffung von Erwerbslosenstaffeln, Betriebswehren und mit der Organisierung des Kampfbundes gegen den Faschismus schon Erfolge gezeitigt. Die ernsthaften Versuche, die von den Nationalsozialisten gemacht werden, um in die Betriebe einzudringen, sind ein beachtliches Zeichen der stärkeren Wendung des Nationalfaschismus in der Richtung des Kampfes gegen unsere Fundamente in den Betrieben.

IV.

Die ungleichmäßigen Erfolge im Kampf gegen Zentrum, SPD und Nazi widerspiegeln die Schwäche der Partei in der Durchführung der gefaßten Beschlüsse in Betrieb und Gewerkschaft. Die größte Schwäche unserer Gesamtarbeit im Wahlkampf gegen Zentrum und Sozialdemokratie war die ungenügende und schwache Verbindung des [696] Wahlkampfes mit der außerparlamentarischen Massenmobilisierung zur Weitertreibung der erneuten Vorbereitungen für die Wirtschaftskämpfe was bekanntlich jetzt nach dem Wahlkampf eine sofortige Auflebung erfahren hat. Auf die Betriebe kommt es an! Das weiß auch die Bourgeoisie. Deshalb will sie uns nach diesem Wahlerfolg erst recht durch Massenentlassungen ganz aus den Betrieben entfernen. Die Partei ist auf diese Gefahr

bereits aufmerksam gemacht. Trotzdem im Wahlkampf 4500 neue Mitglieder geworben und 1800 Jugendliche für den KJVD gewonnen wurden, war der Wille zur Verbesserung der organisatorischen Basis in den Betrieben bei der gesamten Partei noch viel zu schwach. Die Fundamente der Partei in Betrieb und Gewerkschaft müssen beschleunigt ausgebaut und erweitert werden. Die politische Aktivität der Betriebszellen und der RGO-Gruppen, der Fraktionen in den Gewerkschaften ist die Voraussetzung für die Entwicklung zu einer mächtigen Kampfbewegung, entsprechend den Beschlüssen des 5. RGI-Kongresses. Die Schwächen der Partei in dieser Beziehung machten sich im Wahlkampf allzu deutlich bemerkbar. Unser Kampf gegen den Faschismus hatte auch eine allgemein große Schwäche in dieser Beziehung. Er wurde nicht genügend konsequent und spezialisiert in den Reihen der Angestellten und Beamten geführt, die zu einem großen Teil der Demagogie des Faschismus zum Opfer fielen. Die Bearbeitung des Angestelltenpersonals in den Warenhäusern Banken, Verkehrsbetrieben und in den großen industriellen Büros ist in der Zukunft bedeutend zu verstärken.

Das schlechte Wahlergebnis in Oberhausen, wo es uns nicht gelang, die Stimmen, die die Sozialfaschisten verloren haben, restlos zu gewinnen, findet seine Erklärung in der schlechten Betriebsarbeit wie in der mangelnden Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten. So bestehen in den größten Hüttenbetrieben der Stadt Oberhausen, in den GHH-Betrieben, keine bzw. so schlecht arbeitende Betriebszellen, daß während des Wahlkampfes nicht eine einzige Betriebszellensitzung und dementsprechend nur mittelmäßig besuchte öffentliche Belegschaftsversammlung stattfanden. Wie wenig in der Stadt Oberhausen, im Vorort des Unterbezirks die Einheitsfronttaktik, die Mobilisierung breiter, parteiloser Schichten für die Wahlarbeit verstanden wurde, beweist, daß im ganzen Unterbezirk Oberhausen nur zwei Wahlausschüsse gebildet waren und daß die Zahl der Wahlhelfer (70) die niedrigste im ganzen Bezirk war.

In Bielefeld zeigte das Wahlergebnis, daß für die Partei größere Erfolge herauszuholen sind, wenn es die Partei versteht, ihre Arbeit in die Betriebe zu verlegen. Das war aber in Bielefeld nicht der Fall. Während des Wahlkampfes fand in Bielefeld nur in einem Betrieb eine Betriebszellensitzung statt. Es fand nur eine Belegschaftsversammlung statt, die infolge der ungenügenden Vorbereitung nur von 28 Mann besucht war. Auch hier trifft zu, wie beim Unterbezirk Oberhausen, daß die Partei nur in einem verhältnismäßig verschwindend kleinen Umfang parteilose Arbeiter mobilisiert hat. In diesem Unterbezirk standen nur 90 Wahlhelfer zur Verfügung. Hier zeigte sich auch eine große Unterschätzung der politischen Bedeutung der Wahlfondssammlungen. Der Unterbezirk Bielefeld hat von seinem Soll nur 18 Prozent erreicht und damit unbestritten den Rekord nach unten geschlagen. Im Unterbezirk Bielefeld wurde die Wahlarbeit noch gehemmt durch den Opportunismus in der Praxis, durch den Kampf um die Liquidierung der Reste der Kötter-Gruppe, die bei der Arbeiterschaft und auch zum [697] Teil bei der Parteimitgliedschaft eine falsche Einschätzung der Rolle der SPD gegeben haben. Dieser ideologische Kampf lähmte natürlich die Schlagkraft der Partei im Wahlkampf.

Sowohl im Bielefelder Landgebiet wie in der Osnabrücker Landgegend zeigte der Wahlkampf die Notwendigkeit, die bisher schlafende Landarbeit der Partei zu verstärken. In Osnabrück selbst ist die Frage der Erringung eines besseren Wahlresultats eine Frage der Anstrengungen, in dem dortigen Klöckner-Werk Georg-Marien-Hütte Fuß zu fassen.

Im Kampf gegen Sozial- und Nationalfaschismus und gegen das Zentrum war es eine besondere Schwäche der Partei, daß es ihr nur vereinzelt gelang, in die Reihen dieser Organisationen einzudringen, dort oppositionelle Arbeiter zu gewinnen, die dann sowohl Material aus dem Leben der Organisationen für den Wahlkampf geliefert haben, wie auch selbst als Organisatoren der Opposition auftraten. Eine weitere allgemeine Schwäche im Wahlkampf war die Frage der ideologischen Beeinflussung des Mittelstandes, ihre Losreißung von den faschistischen Parteien.

Die KPD ist die Partei, die wiederum am wenigsten Frauenstimmen erhielt. Das Zentrum bekam durchschnittlich zwei Drittel Frauenstimmen und ein Drittel Männerstimmen. Bei der KPD liegt das Verhältnis genau umgekehrt. Das lehrt: Die Gewinnung der proletarischen Frau muß zur Angelegenheit der gesamten Partei gemacht werden. Selbst die Nationalsozialisten, die keine Frau auf ihren Listen aufgestellt hatten, bekamen prozentual im Verhältnis zu ihrer Gesamtstimmenzahl mehr Frauenstimmen als die KPD. Die Verbesserung der Arbeit der Partei auf diesem Gebiet hängt

in der Hauptsache damit zusammen, in welchem Maße es uns gelingt, unter den Massen proletarischer Frauen und Mädchen in den Betrieben, Büros, Warenhäusern usw. Fuß zu fassen und eine allseitige, populäre Agitation unter ihnen zu entfalten.

Dasselbe gilt für die Jugend, obwohl hier das Verhältnis bedeutend besser ist. Aber die organisatorische Schwäche des KJVD steht in keinem Verhältnis zu der außerordentlichen Sympathie, die das Jungproletariat dieser revolutionären Organisation entgegenbringt.

Was die Frage der Hilfe aller Massenorganisationen, wie Freidenker, Sportler, Rote Hilfe usw., im Kampf der Partei betrifft, sind lehrreiche Erfahrungen gesammelt worden. Die Partei im Ruhrgebiet muß sich ihrer großen Aufgabe bewußt werden und durch Erweiterung ihrer organisatorischen Fundamente alle Vorbedingungen schaffen zu neuen, breiteren Massenkämpfen. Im Augenblick steht die Vorbereitung des Bergarbeiterkampfes gegen den beabsichtigten Lohnraub im Vordergrund. Der Hungermarsch der Erwerbslosen des ganzen Ruhrgebiets nach Dortmund war der Auftakt der Mobilisierungsaktion für die breiteste Solidarität gegenüber den Bergarbeitern. Das Eindringen der Partei in das Hinterland des Ruhrgebiets, in das Aufmarschgebiet der Konterrevolution während des Kapp-Putsches, hat gezeigt, daß auch dort die größten Erfolge zu verzeichnen sind, wenn die Partei es versteht, in diesen ländlichen Gebieten mit genügender Kraft vorzustoßen. Wir stehen nahe daran, die Mehrheit der entscheidenden Schichten des Proletariats für den sozialen und nationalen Befreiungskampf unter Führung der KPD zu gewinnen. Das bedeutet, wir gehen großen Ereignissen entgegen, die an die Funktionäre und an die gesamte Mitgliedschaft der Partei im Ruhrgebiet schon in der nächsten Zeit die größten Anforderungen stellen werden. [698]

*

Unsere Meinungsverschiedenheiten in der politischen Oekonomie

Von W. Miljutin und B. Borilin

(Schluß)

Die Mechanisten stellen die gesellschaftliche Reproduktion dar als Schwankungen, „Abweichungen“ von einem gegebenen und sich selbständig bewegenden Gleichgewichtsniveau. Die Mechanisten verwandeln das Gleichgewicht aus einem durch Charakter und Form der Bewegung bestimmten Moment dieser letzteren in den Ausgangspunkt sowohl der theoretischen Untersuchung, als auch der wirklichen Bewegung. Sie formulieren die wirtschaftlichen Gesetze als Gesetze des Gleichgewichts und stellen sie den Gesetzen der Bewegung entgegen, daher die Gegenüberstellung der Gesetze des Fortbestehens des Kapitalismus und der Gesetze seines Unterganges.

Diese Theorie des Gleichgewichts „hat mit dem Leninismus nicht das geringste zu tun“ (Stalin). Sie versorgt der Arbeiterklasse feindliche Elemente mit theoretischen Argumenten gegen die von der Partei betriebenen Industrialisierungspolitik. In den Händen bürgerlicher und kleinbürgerlicher Volkswirtschaftler dient sie zur theoretischen Verteidigung der individuellen Bauernschaft gegen die Kollektivisierung, zur Stärkung der Positionen des durch die Entwicklung der sozialistischen Industrie und Kooperation verdrängten Privatkapitals. Diese Theorie des „beweglichen Gleichgewichts“ ist trotz der ganzen Sinnfälligkeit ihres antileninistischen Wesens außerordentlich weit verbreitet. Sogar die politischen Gegner des Genossen Bucharin und die Kritiker seiner Auffassungen haben sich bisher noch nicht ganz von dieser Theorie losgemacht, was noch einmal die Zähigkeit der mechanistischen Tendenzen in der politischen Oekonomie beweist.

Genosse Bucharin, der, ganz in seiner mechanistischen Methodologie verfangen, die Theorie des Gleichgewichts konsequent zu einer Theorie der „Balancierung“ weiterentwickelt, kommt zum unvermeidlichen Schluß, daß in jedem gegebenen Moment nur ein einziges Schema eines rein quantitativen Verhältnisses zwischen den Elementen der Volkswirtschaft möglich ist. In die Sprache der Wirtschaftspolitik übersetzt, zieht das die Forderung einer Angleichung an die „engen“ Stellen[*)] nach sich. Genosse Bucharin begreift nicht, daß es sich nicht nur um die verschiedene quantitative

[*)] Mit „engen Stellen“ werden die schwachen bzw. zurückgebliebenen Produktionszweige der Sowjetwirtschaft bezeichnet. Der Uebersetzer.

Charakteristik der Elemente der Proportionalität handelt, sondern auch um ihre qualitative Bestimmtheit, weil der Gang der Reproduktion und die Entwicklung der dieser eigenen Widersprüche eben von ihrer gesellschaftlichen Form abhängt. Das utopische Bestreben des Genossen Bucharin, den Gegensatz der Klasseninteressen in der Uebergangsperiode durch Aufstellung glatter Reproduktionsschemata auszuschalten, ist offenkundig illusorisch. Die Reproduktion in der Sowjetwirtschaft ist qualitativ anderen Typs als im Kapitalismus, ist einer anderen gesellschaftlichen Produktionsordnung, anderen Bewegungsgesetzen unterworfen.

Das Nichtbegreifen der Grundlagen des dialektischen Materialismus findet bei Genossen Bucharin auch in seiner unmarxistischen Auffassung des Gegenstandes der politischen Oekonomie Ausdruck. Wenn Genosse Bucharin in der „Oekonomik der Trans-[699]formationsperiode schreibt: „Die theoretische Nationalökonomie ist die Wissenschaft von der sozialen Wirtschaft, die auf Warenproduktion beruht, d. h. die Wissenschaft von der unorganisierten sozialen Wirtschaft ...“, so bemerkt Lenin am Rand: „Zwei Unrichtigkeiten 1. Die Definition ist ein Schritt rückwärts im Vergleich zu Engels. 2. Die Warenproduktion ist auch eine ‚organisierte‘ Wirtschaft.“ Wo Genosse Bucharin schreibt: „Die Nationalökonomie erforscht also die Warenwirtschaft“, bemerkt Lenin dazu: „Nicht nur!“, und auf die Behauptung des Genossen Bucharin: „Das Ende der auf kapitalistischer Warenproduktion beruhenden Gesellschaft bedeutet auch das Ende der politischen Oekonomie“ erklärt Lenin: „Falsch, wenn auch nur das Verhältnis I v + m zu II c? und die Akkumulation?“

Aus der Bucharinschen Auffassung des Gegensatzes der politischen Oekonomie folgt logisch das Nichtbegreifen der Notwendigkeit sowohl der Theorie der Sowjetwirtschaft, die er unrichtigerweise nur nach Maßgabe des Vorhandenseins urwüchsiger „unorganisierter“ Marktverhältnisse in unserer Wirtschaft gerechtfertigt sieht, als auch theoretischen Studiums der Produktionsverhältnisse der sozialistischen Gesellschaft. Die marxistische politische Oekonomie beschäftigt sich mit „den gesellschaftlichen Verhältnisse“ der Menschen in der Produktion“ (Lenin). Sie untersucht also die Produktionsverhältnisse als Form der Entwicklung der Produktivkräfte in einer gegebenen Gesellschaftsformation, d. h. sie untersucht die ökonomische Struktur als naturgeschichtlichen Prozeß, sie erkennt die objektive Gesetzmäßigkeit in Entstehen, Entwicklung und Verfall bestimmter Produktionsverhältnisse, d. h. die wirtschaftlichen Bewegungsgesetze der Gesellschaft. „Die Untersuchung der Produktionsverhältnisse einer gegebenen historisch bedingten Gesellschaft in ihrer Entstehung, ihrer Entwicklung und ihrem Verfall ist der Inhalt der ökonomischen Lehre von Marx.“ (Lenin.)

Die methodologischen Feststellungen des Genossen Bucharin wurden von Genossen Kon, Bessonow u. a. unmittelbar übernommen. Sie nahmen den Kampf gegen die antimarxistischen neokantianischen Ansichten I. I. Rubins auf, überwanden aber dabei den idealistischen Revisionismus in der politischen Oekonomie nicht, sondern stärkten und unterstützten in Wirklichkeit die mechanistische Richtung auf diesem Wissensgebiet, wodurch sie faktisch die Festigung und weitere Entwicklung idealistischer Tendenzen förderten.

Die wichtigsten mechanistischen Irrtümer der Genossen Kon und Bessonow sind die folgenden:

1. Die Behauptung, die Kategorie der abstrakten Arbeit sei übergeschichtlich, – verbunden mit einer physiologisch-energetischen Auffassung der abstrakten Arbeit.

2. Das Nichtbegreifen der Rolle des Austausches in der kapitalistischen Warenwirtschaft, – verbunden mit der Vulgarisierung der Marxschen Theorie des Warenfetischismus.

3. Gleichsetzung der Produktivkräfte mit der Technik und dem Arbeitsprozeß „als solchem“.

4. Die mechanistische Zurückführung der Produktionsverhältnisse unmittelbar auf die Produktivkräfte, – hieraus folgt eine vulgäre Auffassung der materiellen Natur der Produktionsverhältnisse und die unmittelbare Charakterisierung der Eigenart der verschiedenen Typen der Produktionsverhältnisse durch die Entwicklungsstufe der Technik. [700]

5. Die Verwechslung der Politischen Oekonomie mit der Technologie.

6. Die Bogdanowsche Theorie der „energetischen Bilanz“ (Genosse Kon).

7. Die Gleichgewichtstheorie und das Bucharinsche „Gesetz der Arbeitsverausgabung“.

8. Die These von der mit der fortschreitenden Entwicklung des Kapitalismus erfolgenden „Entfetischisierung“ der Produktionsverhältnisse, die logisch zur These vom friedlichen Hinüberwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus führt (Genosse Bessonow).

9. Verschiedene wesentliche Irrtümer in der Theorie des Imperialismus, die sich an die Bucharinsche Auffassung anschließen (Genosse Kon).

10. Die unmarxistische Vorstellung von den Sozialwissenschaften (Recht, Geschichte usw.), die sich angeblich nicht mit den Fragen der sozialen Revolution beschäftigen (Genosse Bessonow).

11. Die Gleichstellung von Form und Inhalt, die sich durch alle oben angeführten und noch viele andere Fehler hindurchzieht.

Die daraus folgende Verwechslung des Gegenstandes der Technologie mit dem Gegenstand der Politischen Oekonomie tritt in dem folgenden Satz des Genossen B e s s o n o w klar zutage: „Die wirkenden Produktivkräfte, der ‚Arbeitsprozeß als solcher, bilden einen ebensolchen integrierenden Bestandteil der politischen Oekonomie, wie die durch sie bedingte gesellschaftliche Form des Produktionsprozesses.“ Genosse Bessonow hatte seinerzeit die vulgär-mechanistische These aufgestellt, daß die Produktivkräfte und die Produktionsverhältnisse „gleichberechtigte“ Objekte der Politischen Oekonomie bilden. Als die überwältigende Mehrheit der kommunistischen Nationalökonomen diese These entschieden ablehnte, zog Genosse Bessonow seine These zurück, aber nur formell.

Genosse Kon schreibt in seinem jüngsten Artikel: „Die Technologie und die Wirtschaftswissenschaft beschäftigt sich mit ein und derselben Produktion, nur der Gesichtswinkel, die Betrachtungsweise des gleichen Objekts durch die beiden Wissenschaften ist grundverschieden. Die Grenze zwischen Politischer Oekonomie und Technologie, die zu verwischen ein Verbrechen wäre, besteht in der Verschiedenheit ihres Gesichtspunktes bezüglich der materiellen Produktion, besteht darin, daß die erstere (?) den materiellen Produktionsprozeß vom Standpunkt der Wirksamkeit der menschlichen Einwirkung auf die Natur untersucht und die zweite die materielle Produktion vom Standpunkt ihrer bestimmten gesellschaftlichen Form studiert.“

Die subjektivistische Fragestellung des Genossen Kon sticht in die Augen. Der Marxismus unterscheidet technologischen Prozeß und wirtschaftliche Entwicklung als Zwei objektiv existierende Bewegungsformen. Genosse Kon „sieht“ je nach dem von ihm gewählten Standpunkt bald die eine, bald die andere Seite des gleichen Objektes. Genosse Kon macht einen dem Fehler des Genossen Bessonow analogen Fehler, indem er den Ausgangspunkt der politischen Oekonomie, „die g e s e l l s c h a f t l i c h bedingte Produktion von Individuen“ (Marx), mit dem n a t ü r l i c h bedingten Arbeitsprozeß (Technologie) verwechselt.

Ueber ein solches Operieren mit „Gesichtspunkten“ bemerkt Lenin in seinen Notizen zur Bucharinschen „Oekonomie der Transformationsperiode“: „Subjektivismus, Solipsismus. Es handelt sich doch nicht darum, wer ‚untersucht‘, wer ‚sich interessiert‘, sondern darum, was von dem menschlichen Bewußtsein unabhängig ist.“

*

[701] Die vulgär-mechanistische Entstellung Marx’ und Lenins durch Genossen Bucharin und seine Schüler (Maretzki, Aicherwald u. a.) bilden eine sehr ernste Gefahr für die theoretische Nationalökonomie, denn sie führen unvermeidlich zu rechtsopportunistischen Schlüssen in der Politik und in der Theorie der Sowjetwirtschaft. Der Rechtsopportunismus ist aber die Hauptgefahr, mit der wir in den Reihen unserer Partei zu kämpfen haben.

Die Entlarvung der antidialektischen Auffassungen des Genossen Bucharin kann keineswegs als abgeschlossen betrachtet werden; im Gegenteil beginnt diese Entlarvung auf manchen Gebieten erst jetzt (philosophische Arbeiten und theoretisch-ökonomische Arbeiten). Daraus folgt, daß es absolut notwendig ist, die Kritik der mechanistischen Theorie und den Kampf mit den opportunistischen Fehlern des Genossen Bucharin in Fragen der Sowjetwirtschaft und des modernen Imperialismus mit

aller Energie fortzusetzen. Ebenso entschieden müssen auch die Vertuschung dieser Fehler des Genossen Bucharin und eine versöhnlerische Haltung ihnen gegenüber entlarvt werden.

Es muß als größte Inkonsequenz betrachtet werden, wenn eine Reihe von Genossen die Generallinie der Partei als richtig anerkennen, diese gegen rechtsopportunistische Entstellungen verteidigen und dabei ein System mechanistischer Fehler weiter vertreten (Kon, Bessonow u. a.).

III.

Es wäre jedoch ein grober Fehler, wenn man annehmen wollte, daß die Revision der marxistisch-leninistischen Lehre ihren Ausdruck nur in einer mechanistischen Entstellung findet. Infolge des verschärften Klassenkampfes, der Ausrottung der Wurzeln des Kapitalismus und der in stürmischem Tempo erfolgenden sozialistischen Umwandlung der gesellschaftlichen Ordnung unseres Landes, unter dem Einfluß der kapitalistischen Umkreisung und der weiteren Entwicklung der Krise des Weltkapitalismus erstreben sozialfremde und der Sache des Proletariats feindlich gegenüberstehende Elemente im Lande neben der mechanistischen auch noch eine direkt idealistische Revision der Lehren von Marx und Lenin. Darum darf der Kampf gegen die mechanistische Gefahr unter keinen Umständen den Kampf gegen die Gefahr unverhüllter idealistischer Entstellungen des Marxismus verdrängen. Es wäre ein großer Fehler, wenn die Marxisten-Leninisten die erste Pflicht des Kampfes gegen idealistische Theorien aller Richtungen und Schattierungen vergäßen.

Ein rücksichtsloser Kampf gegen diese Hauptgefahr ist um so notwendiger, als sie, von den Ideologen der „internationalen" Sozialdemokratie (Karl Kautsky, Max Adler, Karl Renner, Rudolf Hilferding, Otto Bauer u. a.) zum System erhoben, wesentlich zu der Unterstützung der unversöhnlichen Feinde des Marxismus, der Theoretiker jener bürgerlichen „sozialen Schule" beitragen, die dem Boden des neokantianischen Idealismus entwächst (Ammon, Stolzmann, Petri).

Bei uns ist I. Rubin das Sprachrohr und der Vertreter der Ideologie der sozialdemokratischen Theoretiker in der politischen Oekonomie. Er schätzt die kantianische Scholastik der Epigonen der bürgerlichen Wissenschaft im sterbenden Kapitalismus höher, als die objektive wissenschaftliche Analyse der Klassiker der politischen Oekonomie. Er hält die „soziale Schule" für „vielversprechend", findet in ihr eine ideelle „theoretische" Verwandtschaft mit dem Marxismus; er begrüßt es, [702] daß die Theoretiker der sozialen Schule „neue Wege" der Wirtschaftswissenschaft suchen, sympathisiert mit ihren Bestrebungen. bezeugt ihnen seine „Erkenntlichkeit" und hält die Arbeit Stolzmanns, Ammons, Petris für „fruchtbar"[*)].

Da I. Rubin auf dem Standpunkt des Menschewismus steht, begreift er nicht, daß die Nationalökonomie dieser Apologeten des Kapitalismus dem Proletariat prinzipiell unversöhnlich und feindlich gegenübersteht. Die allgemeine politische Stellungnahme Rubins bedingt es, daß seine ganze Auffassung beschränkt, im Rahmen allgemein-abstrakter Fragen eingeschlossen bleibt. Rubin trennt die allgemeinen methodologischen Probleme der politischen Oekonomie von den Problemen der Sowjetwirtschaft und des Nachkriegsimperialismus, ja er umgeht und ignoriert sogar sorgfältig diese Probleme. Die methodologische „Verfeinerung" der Arbeiten Rubins bleibt darum ein fruchtloses Spiel mit Begriffen, eine rein scholastische Denkübung, deren antimarxistischer, antirevolutionärer, neokantianischer Inhalt durch eine marxistische Terminologie verdeckt wird. Die Arbeiten I. Rubins und die Diskussion, die um diese herum entbrannt ist, lenken die theoretische Forschung von der Bearbeitung der Probleme der Sowjetwirtschaft (des sozialistischen Aufbaus) und der Widersprüche des Weltimperialismus (Probleme der Weltrevolution) ab. Eine orthodoxe Bearbeitung allgemeiner theoretischer Probleme ist auf der Grundlage einer antirevolutionären politischen Einstellung unmöglich.

Die Ueberlegenheit von Marx im Vergleich zu den Klassikern erblickt Rubin nicht darin, daß „Marx die Dialektik Hegels in ihrer entwickelten Form (d. h. materialistisch. D. Verf.) auf die politische Oekonomie anwendet" (Lenin), sondern in der Analyse der kapitalistischen Wirtschaft von einem neuen „soziologischen Gesichtspunkte" aus. Das wichtigste Ergebnis der Marxschen Untersuchungen: daß hinter den dinglichen Kategorien, den ökonomischen Formen der Dinge die Produktionsverhältnisse

[*)] I. I. Rubin, „Zeitgenössische Ekonomisten im Westen", Vorwort (russisch).

der Menschen, die Gegensätze der Klassen verborgen liegen, bleibt darum faktisch außerhalb des Gesichtskreises von I. Rubin, er sieht nicht, daß das Wesen, der Kern der Marxschen Methode bei der Erforschung des Kapitalismus darin besteht, die kapitalistische Formation als naturhistorischen Prozeß zu betrachten.

Es ist kein Zufall, daß Rubin die materielle Natur der abstrakten Arbeit bestreitet. „Die abstrakte wertbildende Arbeit – schreibt er – ist als soziale Kategorie aufzufassen, in der wir kein Atom von Materie finden[*)]. Diese Auffassung des Sozialen zeigt den antimarxistischen, antidialektischen Charakter der gesamten Vorstellungswelt I. Rubins. Nach Marx existiert die abstrakte Arbeit nur in der Warenwirtschaft, in der die Gleichheit der Arbeit als Verausgabung ein und derselben physiologisch gleichartigen menschlichen Arbeitskraft als spezifische gesellschaftliche Form der Arbeit auftritt. Nur in der Warenwirtschaft wird diese Gleichheit der Arbeit zur gesellschaftlichen Form der Arbeit, d. h. zur abstrakten Arbeit. Nach Rubin ist die abstrakte Arbeit nicht eine wirkliche objektive Gleichheit der Arbeit, sondern bloß ein dinglicher Ausdruck für die Gleichheit der Warenproduzenten als autonome Wirtschaftssubjekte[**)].

Gerade hierin wurzelt jene Trennung von Form und [703] Inhalt, die für I. Rubin charakteristisch ist und die zur Methode von Marx und Lenin in unüberbrückbarem Widerspruch steht. Rubin erklärt, der Inhalt des Wertes sei bald historisch, bald unhistorisch, je nach Fragestellung oder Gesichtspunkt: Vom „Gesichtspunkt" der Analyse soll die allgemeine menschliche Arbeit – also eine überhistorische materielle Kategorie – der Inhalt des Wertes sein, vom „Gesichtspunkt" der Synthese dagegen die abstrakte Arbeit – also eine historische soziale Kategorie. Rubin zerreißt so die Einheit der dialektischen Methode von Marx. Es ist sehr bezeichnend, daß sich Genosse Kon gerade in diesem Punkte mit Rubin solidarisiert. Die idealistischen Tendenzen Rubins führen unvermeidlich zur Abkehr von der Marxschen Dialektik. und das trotz allen Lippenbekenntnissen zu ihr.

Bei Marx gibt es im Gegensatz zu Rubin und Kon keinerlei Trennung zwischen Analyse und Synthese. Der Endpunkt der Analyse und der Ausgangspunkt der Synthese sind bei Marx ein und derselbe. Die Trennung von Synthese und Analyse ist den Kantianer, nicht aber dem dialektischen Materialismus eigen. Analyse und Synthese setzen sich gegenseitig voraus. Die dialektische Methode „verhält sich in einer jeden ihrer Bewegungen als analytisch und synthetisch zugleich". Diese Charakteristik Hegels begleitet Lenin mit der Bemerkung: „Sehr gut!"[***)].

Der Widerspruch zwischen Form und Inhalt, diese Triebfeder der Entwicklung, schließt deren Einheit nicht aus, sondern setzt sie im Gegenteil voraus: der Marxismus läßt keinerlei Trennung von Form und Inhalt zu. Der Inhalt ist nicht formlos, er ist geformte Materie. Die Form ist inhaltlich[†)].

Form und Inhalt sind beide historisch, die Form ist aktiv. Die Priorität des Inhalts begrenzt die Aktivität jeder gegebenen Form durch seinen bestimmten historischen Entwicklungsgrad. Im Laufe der Entwicklung wächst der Widerspruch zwischen Form und Inhalt. Aus einer Bedingung der Entwicklung verwandelt sich die Form in deren Fessel und wird vom Inhalt „negiert". Erst eine neue, durch die Aenderung des Inhaltes entstehende Form schafft die Bedingungen einer weiteren Entwicklung dieses Inhaltes. Nur auf dieser Grundlage ist die Dialektik der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse und die in einer Klassengesellschaft zur sozialen Revolution führende Zuspitzung der Widersprüche zwischen ihnen zu begreifen. Einen anderen „Gesichtspunkt" kennt der dialektische Materialismus nicht.

Wenn Rubin Inhalt und Form zerreißt, vernichtet er die Möglichkeit, sie materialistisch zu begreifen, denn er stellt die Form über den Inhalt, leitet die Charakteristik der Produktionsverhältnisse aus Eigentümlichkeiten der Rechtsordnung ab und charakterisiert die ökonomische Struktur unmittelbar durch das Recht.

[*)] Rubin, Otscherki, „Gesammelte Aufsätze", III. Ausg., S. 149 f (russ.).
[**)] Otscherki, „Gesammelte Aufsätze", S. 98 und 111.
[***)] IX. Leninsches Sammelbuch, S. 307.
[†)] Die Form – sagt Hegel – enthält die Materie als eine ihrer Bestimmungen. „So ist die Form Inhalt und nach ihrer wechselnden Bestimmtheit das Gesetz der Erscheinung" (Encyclopädie [Leipzig 1920], S. 140).

Nach Ansicht Rubins ist nicht die ökonomische Struktur der Gesellschaft für das Recht bestimmend und bezeichnend, sondern es ist im Gegenteil das Recht, das die ökonomische Struktur bestimmt und charakterisiert (.‚von hier stammt“). Er betrachtet die kapitalistische Produktion als formlosen Prozeß, der die Form von außen. aus dem Austauschprozeß, zugesetzt wird.*)

[702] Rubin entstellt kraß das Verhältnis von Produktion und Austausch im ökonomischen System Marxens. Er ignoriert den unbestrittenen marxistischen Satz, wonach die ökonomische Struktur von den Verhältnissen der Menschen im Produktionsprozeß bestimmt wird; er erklärt, daß die „Erforschung des Austauschprozesses, seiner gesellschaftlichen Form und seines Zusammenhanges mit der Produktion der auf Warenwirtschaft beruhenden Gesellschaft den Gegenstand der Marxschen Werttheorie bildet“. In Wirklichkeit bestimmt die Form der Produktion die Form des Austausches. Der Prozeß der Warenproduktion schließt die Notwendigkeit eines privaten Austausches als Antrieb der gesellschaftlichen Reproduktion in sich. Die kapitalistische Reproduktion schließt außerdem auch die Notwendigkeit des Kaufs und Verkaufs von Arbeitskraft mit ein. Es sind dies Momente des Produktionsprozesses selbst.

Die falsche Behandlung des Problems der produktiven Arbeit durch Rubin stellt eine offenkundige Revision der Marxschen Lehre dar. Eine Abweichung vom Marxismus in dieser Frage öffnet allen möglichen modernen bürgerlichen Distributionstheorien Tür und Tor, die alle davon ausgehen, daß jede von der Bourgeoisie und ihren Helfershelfern bei der Aneignung des Mehrwerts geleistete Arbeit als produktiv anerkannt werden muß. In Anwendung auf die Sowjetwirtschaft dient diese antimarxistische Behandlung des Problems der produktiven Arbeit als Grundlage für allerlei unserer Partei feindlichen theoretischen Konzeptionen, die den Charakter, die Perspektiven und die Aufgaben unserer wirtschaftlichen Aufbauarbeit ganz und gar entstellen. Rubin verschleiert durch seine Kommentare den qualitativen Unterschied zwischen einfacher Warenwirtschaft und Kapitalismus und entstellt das Verhältnis zwischen der Entwicklung der ökonomischen Kategorien im Marxschen System und der tatsächlichen historischen Entwicklung. Die einfache Warenwirtschaft wird als bloßes ausgeklügeltes logisches Schema, als bloße Abstraktion des Kapitalismus hingestellt und hört für Rubin auf, eine geschichtliche Entwicklungsstufe des Kapitalismus, seine erste embryonale Form zu sein. Die Lostrennung des logischen Gedankenganges der Untersuchung vom historischen Entwicklungsgang widerspricht offenkundig den zahlreichen diesbezüglichen Aussprüchen von Marx, Engels und Lenin. Diese Trennung verkleistert das Moment des Werdens und Vergehens des Kapitalismus und führt zur Ausmerzung des revolutionären, umwälzenden Sinns der marxistischen Theorie.

Die ganze Konzeption Rubins ist dadurch gekennzeichnet, daß bei ihm das Soziale, das Gesellschaftliche nicht klassenmäßig bestimmt ist und darum – da aus ihr der revolutionäre kämpferische Klasseninhalt ausgemerzt ist – in der Praxis den Interessen einer Schicht dienen muß, die dem Proletariat fremd und feindlich gegenübersteht.

Die „Prawda“, das Zentralorgan unserer Partei, hat rechtzeitig und richtig zum Kampfe an zwei Fronten aufgerufen. Kämpft man gegen die mechanischen Auffassungen, so darf man daneben auch den „Rubinismus“ nicht vergessen. Es wäre ein schwerer Fehler, die Kritik der revisionistischen Ansichten Rubins als nicht aktuell zu betrachten. Man darf die Nabelschnur nicht übersehen, die Rubin mit den Antimarxisten, mit der Theorie der Sozialisierung durch die Zirkulation verbindet. Auf dieser Linie stellt die Konzeption Rubins einen ausgiebigen Nährboden für den Menschewismus dar. Keine Entstellung des Marxismus ist neutral oder kann es sein. Aus jeder Entstellung können, ja müssen antirevolutionäre, menschewistische Strömungen entstehen.

[705]

*) 1. c. S. 18.

Die Internationale
13. Jahrgang * Berlin, Dezember 1930 * Heft 23124

Ueber die Losungen, die Methoden und Organisationsformen unseres Kampfes gegen die faschistische Diktatur

–pp. Es ist ein besonderes Kennzeichen der marxistisch-leninistischen Taktik, daß sie die Frage der Anwendung besonderer Kampfmethoden in einer gegebenen Situation in den engsten Zusammenhang bringt mit dem Ausbau besonderer, der Eigenart der Kampflage entsprechender Organisationsformen, der Organe zur Mobilisierung und Zusammenfassung der revolutionären Kräfte. Diese dialektische Wechselwirkung zwischen den Kampfmethoden, die zur Steigerung der revolutionären Aktion angewandt werden, und den jeweiligen Organen des proletarischen Klassenkampfes tritt besonders prägnant und deutlich in Erscheinung, wenn eine neue Kampflage geschaffen wird, wenn die miteinander kämpfenden Klassenkräfte eine Umgruppierung vollzogen haben, wenn die Gefechtslage eine andere geworden ist.

Gerade einen solchen raschen Wechsel der Kampfsituationen und, was damit verbunden ist, eine ungeheure Zuspitzung der Klassenkämpfe zwischen dem Faschismus und Kommunismus können wir jetzt in Deutschland feststellen. Die Errichtung der faschistischen Diktatur durch die Brüning-Regierung, die Verwirklichung dieser Diktatur in ihrer ersten Anfangsform und Anfangsetappe stellen zweifellos einen Wendepunkt in der gesamten bisherigen Entwicklung dar, die ihrerseits durch das Eintreten und die Entfaltung der Weltwirtschaftskrise einerseits, durch den revolutionären Aufschwung andererseits bestimmt war. Um einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise zu finden, um im besonderen alle Lasten des Young-Planes auf die Schultern der arbeitenden Massen abzuwälzen, mußte die deutsche Bourgeoisie immer mehr und immer planmäßiger die Kapitalsoffensive, den Lohnabbau, die „Sanierung“ der Finanzen durchführen und zugleich immer offener die faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die werktätigen Massen anwenden. Was wir im Verlaufe der letzten zwei Jahre, zunächst unter der Koalitionsregierung Hermann Müller, dann unter der Faschisierungsregierung Brünings, bis zur Anwendung der Notverordnungen, gesehen haben, war nur die planmäßige und zielbewußte Vorbereitung für die kalte Ingangsetzung der faschistischen Diktatur.

Diese Entwicklung hat nun jenen Punkt erreicht, in dem die Bourgeoisie höhnisch auf alle Scheinfassaden der bürgerlichen Demokratie [706] verzichtet und ihre Notverordnungen dem willenlosen Reichstag diktiert. Daß die Bourgeoisie den bankrotten Parlamentarismus mit Fußtritten liquidiert und ihre faschistische Diktatur ungeschminkt aufrichtet, das geben sogar die sogenannten demokratischen Blätter offen zu. Nur die feige und korrupte Partei der Sozialfaschisten, die mit das meiste dazu beigetragen hat, um der faschistischen Umwälzung den Weg zu ebnen, bemüht sich jetzt noch mit allen Kräften, den Charakter der faschistischen Brüning-Regierung zu beschönigen und sie von dem Vorwurf der diktatorischen Herrschaftsform freizusprechen. Aber die Sozialfaschisten müssen eben diese Aufgabe der Verteidigung der faschistischen Brüning-Regierung erfüllen, weil sie sich selbst in das System der faschistischen Diktatur einspannen, weil sie nicht nur eine ideologische Stütze, sondern zugleich ein organisatorischer Bestandteil bei der Errichtung dieser Diktatur sind. Es ist überflüssig zu sagen, daß jeder, der diesem sozialfaschistischen Beschönigungsversuch über den Charakter der Brüning-Regierung Vorschub leistet, nicht nur ein Mitkomplice wird an dem bisherigen schändlichen Verbrechen und Verrat der Severing, Wels, Grzesinski u. a. faschistischer Polizeisozialisten, sondern auch, durch die Leugnung der faschistischen Diktatur, alle faschistischen Feinde der Arbeiterklasse, von der SPD bis zu den Nazis, in ihren Bemühungen unterstützt, die faschistische Diktatur noch weiter zu entwickeln, sie noch zu höheren, brutaleren Formen des faschistischen Regimes zu steigern. Deshalb muß der Satz, den Genosse Thälmann in seinem programmatischen Artikel: „Wir führen das Volk zum Siege über die faschistische Diktatur“ (siehe „Rote Fahne“ vom 12. Dezember) formuliert hat, mit vollem Recht als die ideologische Grundeinstellung der kommunistischen Avantgarde und aller revolutionären Kräfte des deutschen Proletariats bezeichnet werden:

„Wer die Arbeitermassen heute einschläfert, den Ernst der Situation verkleinert, die klare Erkenntnis des Faschismus als des Hauptfeindes verwirrt, wer den Arbeitern vorlügt, die Unterstützung der

faschistischen Regierung sei eine Abwehr des Faschismus, der hilft selber mit, die Entwicklung der faschistischen Diktatur zu ihren höchsten, grausamsten Stufen heraufzubeschwören."

Aus dieser ideologischen Grundeinstellung der Kommunistischen Partei, die auf Grund einer marxistischen Analyse dem stattgefundenen Wechsel in der allgemeinen Lage und ihren Entwicklungstendenzen Rechnung trägt, ergibt sich mit Zwangsläufigkeit die neue taktische Grundeinstellung des Lagers der proletarischen Revolution, ergeben sich die neuen Kampflosungen, die zugleich neue Methoden und Organe des revolutionären Klassenkampfes erfordern.

Es ist nicht nur der Faschismus überhaupt, nicht nur die Entwicklung zur faschistischen Diktatur, die das revolutionäre Proletariat als Führer aller ausgebeuteten werktätigen Massen zu bekämpfen hat. es ist die faschistische Diktatur in ihrer Anfangsform, gegen die jetzt der Hauptstoß der revolutionären Kräfte gerichtet werden muß. „Das Volk muß vor allem die Wahrheit wissen, es muß wissen, in wessen Händen in Wirklichkeit die Staatsmacht ruht" – so sagte Lenin einst [707] bei der Analyse einer neu eingetretenen Kampfsituation in dem Verlauf der revolutionären Entwicklung vom Februar bis zum Oktober 1917. Wer heute leugnet, daß wir jetzt in Deutschland eine Staatsform der kapitalistischen Klassenherrschaft haben, deren Regierungsträger bis jetzt die faschistische Fraktion des Brüning-Blocks ist, der will, bewußt oder unbewußt, das revolutionäre Proletariat davon ablenken, seinen Hauptfeind zu erkennen. Der wird auch niemals klarer erkennen und offen zugehen, daß die Hauptrichtung des Kampfes gegen den Faschismus in Deutschland, der Kampf gegen die faschistische Diktatur, gegen die faschistische Staatsmacht ist.

Für diesen Kampf, für dieses Ziel der Niederwerfung des Faschismus müssen die Massen aufgeklärt, geschult und organisiert werden. Daraus entspringt auch die Hauptlosung der jetzigen Situation, die wir so umschreiben können, daß die taktische Aufgabe jetzt zusammenfällt mit der strategischen Hauptaufgabe: des Kampfes für die Beseitigung des kapitalistischen Systems, der Hungerordnung und der Hungerkatastrophe, des Kampfes um den Sozialismus.

Dies ist zweifellos die Hauptlosung im Kampfe gegen die faschistische Diktatur, die wir jetzt aufstellen müssen. Und ihr müssen sich unterordnen alle anderen wirtschaftlichen und politischen Teillosungen, die die Partei zur Gewinnung der Mehrheit des Proletariats und zur Verwirklichung seiner Rolle als des Führers aller Ausgebeuteten auf ihre Kampffahne schreiben muß. Wir sagen den Massen offen und klar, der Ausweg aus der Hungerkatastrophe, auf die die faschistische Diktatur zur Erhaltung des zusammenkrachenden kapitalistischen Systems hinarbeitet, ist die Errichtung der proletarischen Herrschaftsform, der Kampf um den Sozialismus. Durch die Nationalisierung der wichtigsten Industriezweige, der Banken, des Großhandels wird das siegreiche Proletariat aller Not und allem Elend des werktätigen deutschen Volkes ein Ende setzen. Diesen Kampf um den Sozialismus, um die Verwirklichung des sozialen und nationalen Befreiungsprogramms, wird das Proletariat siegreich durchführen durch rücksichtslose Vertretung seiner eigenen Klasseninteressen und zugleich durch die Vertretung der Interessen aller werktätigen Schichten. Die Teillosungen, die Teilforderungen des wirtschaftlichen Kampfes der Betriebsarbeiter, des Kampfes der Erwerbslosen werden von uns jetzt mit aller Schärfe propagiert, in das Bewußtsein der Massen eingehämmert, um diese Massen zum revolutionären Kampf gegen das faschistische Brüning-System zu mobilisieren und zu organisieren. Und deshalb besteht die wichtigste Aufgabe der Agitation und Propaganda zur Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse gerade darin, diesen Kampf um Teilforderungen zu einem wirklichen Bestandteil des politischen Massenkampfes zu gestalten. Die wichtigste Kampfwaffe, die grundlegende Kampfmethode hierfür ist die Ueberleitung aller größeren Wirtschaftskämpfe in politische Massenaktionen, die Durchführung von politischen Massenstreiks.

Aber das allein genügt noch nicht, das industrielle Proletariat muß, will es die Aufgabe der Organisierung der Volksrevolution [708] gegen den Faschismus wirklich lösen, als Repräsentant der Interessen, der Lebensnöte aller Werktätigen, aller Ausgebeuteten, aller durch das schändliche reaktionäre Regime der faschistischen Diktatur aufgerüttelten Massen in Stadt und Land in Aktion treten. Es muß zur Gewinnung dieser Massen, zu ihrer Schulung und Organisierung für den

revolutionären Kampf solche Parolen aufstellen, die wirklich den besonderen Lebensinteressen und -nöten dieser Schichten der werktätigen Volkes entsprechen, die unter den unerträglichen Lasten der Wirtschaftskrise zusammenbrechen, die die schändlichen politischen und kulturellen Unterdrückungsmaßnahmen der faschistischen Reaktion nicht kampflos hinnehmen wollen: Grund und Boden für die werktätigen Massen des Bauerntums, Ueberwindung der Agrarkrise durch Enteignung des Großgrundbesitzes. als einziger Ausweg aus der kapitalistischen Wirtschaftskatastrophe für das werktätige Dorf, Befreiung der werktätigen Bauernwirtschaften von allen Hypothekenschulden und Steuerzahlungen, mit diesen Losungen müssen wir die werktätigen Bauernmassen in die Kampffront gegen den Faschismus einreihen. Dasselbe gilt für die Eroberung der vom Monopolkapital ausgebeuteten werktätigen Schichten des Mittelstandes, der Handwerker, der Kleingewerbetreibenden und Kleinhändler in der Stadt: Gegen dcii Steuer-, Zoll- und Mietwucher, gegen die Entrechtung der Kommunen, gegen die Kulturreaktion, das sind die Parolen, durch die das Proletariat diese Schichten zur aktiven Bekämpfung der faschistischen Diktatur, zur Untergrabung des Einflusses der Nationalsozialisten und Sozialfaschisten in diesen Schichten. gewinnen kann.

Aber in noch stärkerem Maße steht die Aufgabe der Organisierung der Reserven der Volksrevolution gegen den Faschismus vor uns im Hinblick auf die Gewinnung und Mobilisierung der Landarbeiter auf dem flachen Land, der Angestellten und Beamten in der Stadt. Hier, und das muß offen ausgesprochen werden, ist bisher sowohl in agitatorischer als in organisatorischer Hinsicht auch das Allerwichtigste noch versäumt und vernachlässigt worden. Aber ohne die Lösung dieser Aufgaben ist die Organisierung der Volksrevolution, unter der Führung des Proletariats als der allein bis ans Ende revolutionären Klasse, unmöglich. Die rücksichtslose Unterstützung der Interessen und der Kämpfe der Landarbeiter, dieser vom Kapitalismus am meisten ausgebeuteten und unterdrückten Schicht des Proletariats ist nicht nur eine strategische Lebensfrage für den Sieg der proletarischen Revolution überhaupt, sie ist gerade im jetzigen Augenblick, da der Faschismus, der Nationalsozialismus insbesondere, seine Hauptreserven bei der Organisierung der konterrevolutionären Kräfte unter den Landarbeitermassen sucht, und zwar mit einem größeren Erfolg schon, eine entscheidende taktische Frage des jetzigen Augenblicks zur Verhinderung des Sieges der faschistischen Diktatur über das revolutionäre Proletariat.

Und damit kommen wir zu einem wesentlichen objektiven Merkmal der jetzigen politischen Situation, der neuen Kräftegruppierung der Klassen. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß wir jetzt eine faschistische Diktatur bereits haben. Aber es wäre grundfalsch, bei der Analyse der allgemeinen Kampfsituation daraus die Folgen zu ziehen, [709] daß diese Errichtung der faschistischen Diktatur gleichbedeutend sei mit der Niederlage des Proletariats. Genosse Thälmann hat bereits mit aller Eindeutigkeit und Ausführlichkeit in seinem oben zitierten Artikel eine solche Schlußfolgerung widerlegt, ja, er hat nachgewiesen, daß die faschistische Diktatur in Deutschland erst die Aufgabe hat, daß sie sich die Aufgabe setzen wird, in allernächster Zeit das revolutionäre Proletariat niederzuschlagen und durch die Vernichtung seiner Avantgarde des Kopfes und der Führung zu berauben. Wer eine solche Schlußfolgerung macht, daß die Durchführung der faschistischen Diktatur in ihrem Anfangsstadium bereits die Niederlage des Proletariats in sich schließe, der ist sowohl theoretisch wie praktisch ein Deserteur der revolutionären Klassenfront.

Denn es muß klar gesagt werden, daß die faschistische Diktatur in Deutschland nicht nur ein Produkt der Wirtschaftskrise ist, sondern zugleich nach der Auffassung der Bourgeoisie als das letzte und äußerste Mittel zur Unterdrückung des revolutionären Proletariats, zur Niederhaltung und Liquidierung des revolutionären Aufschwungs der Massen dienen soll. Die Frage „wer–wen“ ist durch die Errichtung der faschistischen Diktatur noch lange nicht im Sinne der Bourgeoisie entschieden. So wie der revolutionäre Aufschwung, die Radikalisierung der Massen trotz aller bisherigen faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen ihre ungehemmte Fortsetzung gefunden haben, so wird die Erweiterung und Vertiefung des revolutionären Aufschwungs auch durch die faschistische Brüning-Regierung nicht verhindert werden können, indem die Kommunistische Partei ihre Pflicht voll und ganz erfüllt. Im Gegenteil: der konterrevolutionäre Boden der faschistischen Diktatur wird den revolutionären Aufschwung, den Prozeß der Revolutionierung der Massen, ungeheuer beschleunigen. Wir

befinden uns jetzt beim Uebergang dazu, trotz aller Unkenrufe der rechten und „linken“ Renegaten, der Herren Brandler und Trotzki, die mit oder ohne faschistische Diktatur von vornherein die Niederlage des Proletariats als bereits feststehend vorwegnehmen wollen. Aber die Herren haben ihre Rechnung ebenso ohne den Wirt gemacht, wie es die faschistische Bourgeoisie und alle faschistischen Kräfte des Klassenfeindes durch Zersetzung und Zerschlagung der proletarischen Klassenfront zu tun versuchen. Das Proletariat ist nicht geschlagen. Das Proletariat sammelt unter der Führung der Kommunistischen Partei seine Kräfte zu der entscheidenden Schlacht, in welcher ihm als Hauptziel die Erringung des Sozialismus winkt. Und gerade weil der revolutionäre Aufschwung der Massen fortdauert und sich vertieft, muß die Partei – entgegen allen Zuflüsterungen des Herrn Trotzki – eine scharfe und entschlossene Taktik der Offensive zur Hauptregel des revolutionären Kampfes im jetzigen Augenblick machen.

Die Gegenoffensive des Proletariats zu verbreitern und zu steigern, das ist die wichtigste taktische Grundlinie, die wir jetzt einhalten müssen. Das muß die Kampfmethode sein, aus der sich alle Kampfformen, alle Aktionen wirtschaftlicher und politischer Natur zwangsläufig ergeben. Wer in der jetzigen Situation von einer defensiven Taktik faselt, wer nicht die größte Entschlossenheit und Kühnheit bei [710] der Vorbereitung, Organisierung und Durchführung der Kämpfe beweist, der verkennt nicht nur die eigenartigen Bedingungen der jetzigen Situation, da die beiden Klassenlager noch um die Entscheidung ringen, wer die Oberhand gewinnt und die Initiative für die Bestimmung des weiteren Laufes der Ereignisse an sich reißen wird; der gibt von vornherein auch die Möglichkeiten und Aussichten des proletarischen Auswegs aus der Krise auf, der Verhinderung des Ausreifens und der Festigung der faschistischen Diktatur durch die proletarische Revolution. Der ist ein jämmerlicher Kapitulant vor der faschistischen Diktatur, der im Lager der proletarischen Revolution nichts zu suchen hat.

Und weil die Partei in allen ihren Aktionen als wichtigste Hauptregel die Methode der offensiven Taktik anwendet, propagiert sie als die grundlegende Kampfform die Waffe des politischen Massenstreiks. Nur wer sich auf den Standpunkt der offensiven Taktik stellt, wird die Aufgaben des politischen Massenstreiks voll und ganz erkennen und durchführen.

Wir wollen in diesem Zusammenhang noch kurz die Ausführungen des Genossen Stalin über die besonderen Eigentümlichkeiten der offensiven Taktik, wie sie sich aus der jeweiligen Kampflage und ihren Entwicklungstendenzen ergeben, zitieren: Genosse Stalin sagt in dem Kapitel über Strategie und Taktik der „Grundprobleme des Leninismus“:

„In der Periode 1903 bis 1905 war die Taktik der Partei offensiv, denn die revolutionäre Welle war im Ansteigen, und die Taktik mußte von dieser Tatsache ausgehen. Demzufolge waren auch die Kampfformen revolutionär, die den Anforderungen der ansteigenden Revolution entsprachen. Oertliche politische Streiks, politische Demonstrationen, politischer Generalstreik, Boykott der Duma, Aufstände, revolutionäre Kampflosungen – das waren die einander ablösenden Kampfformen in dieser Periode. Im Zusammenhange mit den Formen des Kampfes änderten sich auch damals die Formen der Organisation. Fabrikkomitees, revolutionäre Bauernkomitees, Streikkomitees, Räte der Arbeiterdeputierten, eine mehr oder weniger offen tätige Arbeiterpartei waren die Organisationsformen dieser Periode.“

Es ist selbstverständlich, daß einige der Kampfformen und Organisationsformen, die Genosse Stalin anführt, wie z. B. der Boykott der Duma, die mehr oder weniger offene Organisationsform der Partei den spezifischen Klassenverhältnissen und Klassenkampfbedingungen in der Revolution von 1905 entsprangen, was aber den eigenartigen und charakteristischen Zusammenhang zwischen bestimmten Kampfformen und Kampforganen und der offensiven Taktik allgemein betrifft, so wird er in der Regel stets gegeben sein. Freilich, und das muß für die Beurteilung der jetzigen Kampfsituation besonders hervorgehoben werden, genügt es noch bei weitem nicht, diesen allgemeinen Zusammenhang festzustellen, sondern es kommt alles darauf an, entsprechend der Reife der Situation, entsprechend dem allmählichen Aufstieg und den Anforderungen der ansteigenden Revolution die jeweilige spezifische Hauptform des Kampfes und die dazu gehörigen Kampforgane zu bestimmen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß als die Hauptform des Kampfes in der jetzigen Situation die des politischen Massenstreiks, der aus den wirtschaftlichen Streiks, den politischen Demonstrationen

usw. herauswächst, anerkannt werden muß. Bildlich gesprochen, müssen alle [711] Aktionen des Proletariats, seien es wirtschaftliche Streiks, seien es Protestdemonstrationen, sei es irgendwelche andere außerparlamentarische Massenaktion, die sich an die revolutionäre Parlamentstätigkeit der Kommunistischen Partei anlehnen, um die Hauptform des politischen Streiks wie um eine Grundachse drehen. Und gerade durch die Anwendung des politischen Massenstreiks werden wir in der jetzigen Kampflage die Aufgabe lösen, die die wichtigste ist: nämlich die Initiative aus der Hand des Gegners zu entreißen und das Proletariat als wirklichen Hegemon, als wirklichen Führer der Volksrevolution gegen den Faschismus auf den Plan treten zu lassen. Gerade bei der Analyse der besonderen Kennzeichen des politischen Massenstreiks in der Revolution von 1905 weist Lenin darauf hin, daß die politischen Massenstreiks diese Aufgabe der Hegemonie des Proletariats am besten zum Ausdruck gebracht haben:

„Dazu war auch natürlich nötig, daß die Vortruppen der Arbeiterschaft unter dem Klassenkampf nicht den Kampf für die Interessen einer kleinen Oberschicht verstehen – wie es die Reformisten allzu oft den Arbeitern vortäuschen –, sondern daß die Proletarier wirklich als Avantgarde der Mehrheit der Ausgebeuteten auftreten, diese Mehrheit selbst in den Kampf, hineinreißen, wie es in Rußland 1905 geschehen ist, wie es zweifelsohne in der kommenden proletarischen Revolution in Europa geschehen muß und geschehen wird.“ (Lenin, Reden der Revolution von 1905.)

Die erfolgreiche Anwendung des politischen Massenkampf es, die Steigerung der wirtschaftlichen Kämpfe in politisch-revolutionäre Kämpfe, die gegen das faschistische Regime als Ganzes gerichtet sind. ist für uns auch deshalb von besonderer Wichtigkeit, weil wir dadurch den Uebergang zu noch höheren Formen des Kampfes ideologisch und organisatorisch vorbereiten. Aber unsere Bemühungen um die wirkliche Durchführung des Massenstreiks mit bestimmtem politischen Ziel können nur dann erfolgreich sein, wenn, wir zugleich mit aller Kraft die wirtschaftlichen Kämpfe des Proletariats vorbereiten, organisieren und selbständig durchführen. Diese breite Grundlage der wirtschaftlichen Streiks, die in der jetzigen Situation schon politischen Charakter haben, auf der sich die Massenstreiks mit politischen Zielen erst entwickeln werden, auch nur im geringsten zu schwächen und in ihrer Bedeutung zur Organisierung der politischen Kämpfe zu unterschätzen, wäre im jetzigen Augenblick zweifellos ein nicht wieder gutzumachender Fehler. Somit muß festgestellt werden, daß die Verbindung der wirtschaftlichen Kämpfe mit den politischen Kämpfen, die einen immer mehr revolutionären Charakter annehmen, für die jetzige Entwicklungsphase die in der Aktion gegebene ist. Aber das schließt nicht aus, daß wir in der allgemeinen Propaganda auch schon eine andere Verbindung von politischen Massenstreiks, auf dem Wege über den Generalstreik, ins Auge fassen. Für die Durchführung einer richtigen leninistischen Taktik war es stets von entscheidender Wichtigkeit, scharf den Unterschied zwischen Aktionslosungen einerseits und Agitations- und Propagandalosungen andererseits herauszuarbeiten.

Ist die Frage der Anwendung des politischem Massenstreiks für die breiteren Kreise der Parteimitgliedschaft mehr oder weniger klar, so [712] kann das nicht im gleichen Ausmaß bei der Frage über die spezifischen Kampforgane die den spezifischen Kampfformen und Aufgaben in der jetzigen Situation entsprechen, gesagt werden. Aber gerade dieser Umstand ist jetzt für die Durchführung unserer offensiven Taktik von außerordentlicher Wichtigkeit. Von vornherein steht fest, daß diese Organe des Kampfes, die wir bei den verschiedenartigsten Anlässen ins Leben rufen, in erster Reihe die Aufgabe haben müssen, eine selbständige Führung durch die Kommunistische Partei und die RGO zu ermöglichen. Dies muß selbstverständlich das grundlegende Organisationsprinzip in der jetzigen Situation sein. Aber wir müssen auch bereits den Uebergang zu den weiteren Kampfphasen vorbereiten, die unvermeidlich sind.

Die besonderen Kampforgane die das Prinzip der Selbständigen Führung verbinden mit den Aufgaben der Organisierung einer breiten Volksbewegung gegen den Faschismus, können , und müssen die Arbeiterdelegiertenkonferenzen und Aktionsausschüsse gegen den Faschismus sein, die sich, im Verlauf der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe entstanden eine ungeheure Autorität und Popularität bei den breitesten Schichten des arbeitenden Volkes erobern werden Deshalb ist die Aufgabe der systematischen Propaganda für die Organisierung solcher Kampforgane

schon jetzt eine der wichtigsten ideologischen Aufgaben, die die Partei sich stellen muß. Sie muß diese Aufgabe als die wichtigste Aufgabe bei der Vorbereitung solcher wirtschaftlicher und politischer Kämpfe betrachten wie sie z. B. jetzt bei den Metallarbeitern im Niederrhein bei den Bergarbeitern im Ruhrgebiet auf der Tagesordnung stehen. Denn solche Arbeiterdelegiertenkonferenzen wie sie aus den verschiedensten Anlässen ins Leben gerufen werden, müssen im Verlauf der Kämpfe, infolge der brutalen Unterdrückungsmaßnahmen der faschistischen Regierung von selbst zu den berufenen Vertretern der breitesten proletarischen und werktätigen Massen werden, die in ihnen wirkliche politische Organe im Kampf gegen den Faschismus erblicken. Deshalb ist auch im Artikel des Genossen Thälmann mit vollem Nachdruck auf die Schaffung solcher Organe, auf die Organisierung einer breiten revolutionären Kampffront gegen den Faschismus hingewiesen:

„Schafft in ganz Deutschland antifaschistische Arbeiterdelegiertenkonferenzen aus gewählten Vertreten, aller Schichten des arbeitenden Volkes. Bildet Aktionsausschüsse gegen den Faschismus. Stärkt die Massenorganisationen des Proletariats, reiht euch ein in den Kampfbund gegen den Faschismus."

Man muß mit aller Schärfe unterstreichen daß die Frage der eigenartigen Kampforgane gegen die faschistische Diktatur in der jetzigen Situation bei uns noch nicht mit der Aufmerksamkeit behandelt wird, wie sie zweifellos verdient. Und doch ist diese Frage mit eine entscheidende, wollen wir wirklich den in den Massen schlummernden Kampfenergien und den Anforderungen, die sie an die Kommunistische Partei stellen, gerecht werden. Ein „Opportunismus in Organisationsfragen" wäre jetzt vom schlimmsten Schaden. Sicherlich dürfen wir keine Stufe der Entwicklung überspringen. Aber wir müssen alles tun, um die nächsthöhere Stufe so vorzubereiten daß die Kampfstellungen [713] der Partei und des revolutionären Proletariats auf ihr die günstigsten sind. Und deshalb müssen die ganze Aufmerksamkeit der Partei und alle ihre Anstrengungen darauf konzentriert werden, daß die Arbeiterdelegiertenkonferenzen, die zu ihren ausführenden Organen die Aktionsausschüsse und die revolutionären Vertrauensmänner haben, in den Augen der breitesten Massen zu einer politischen Vertretung, zu einem politischen Organ des proletarischen, des revolutionären Lagers werden. Wenn wir diese Aufgabe uns als die zentrale organisatorische Aufgabe des jetzigen Augenblicks stellen, wenn wir die Aktionsausschüsse gegen den Faschismus zu solchen Organen ausbauen, die, gewählt in den Betrieben, an den Stempelstellen und in Dorfversammlungen, arbeitend auf der Grundlage der Beschlüsse der Arbeiterdelegiertenkonferenzen, eine breite Sympathiebewegung aller werktätigen Schichten entfesseln, dann werden wir sicherlich auch die ersten Voraussetzungen für die Organisierung der Volksrevolution gegen die faschistische Diktatur unter der Führung des Proletariats erfüllen. Dann werden wir auch das verwirklichen, was Lenin beim Ausgang des imperialistischen Krieges vorausgesagt hat:

„Wie die Volkserhebung in Rußland im Jahre 1905 unter der Führung des Proletariats gegen die zaristische Regierung zum Zwecke der Eroberung einer demokratischen Republik entstand, so werden kommende Jahre im Zusammenhang mit diesem Raubkriege die Volkserhebung in Europa unter der Führung des Proletariats gegen die Macht des Finanzkapitals, gegen die Großbanken, gegen die Kapitalisten erstehen lassen, und diese Erschütterungen können nicht anders als durch Expropriation der Bourgeoisie, als durch den Sieg des Sozialismus zu Ende kommen."

*

Die Entwicklung der RGO zur Kampfgewerkschaft

Von Franz Dahlem.

Ein entscheidender Beschluß des V. RGI-Kongresses

Die Untersuchung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in Deutschland, die mit mathematischer Sicherheit auf eine rasche Zuspitzung der Klassengegensätze, wachsende Radikalisierung der werktätigen Massen, Herannahen riesiger wirtschaftlicher und politischer Kämpfe Lind noch offeneren Verrat der Sozialdemokratie an den Arbeiterinteressen hinwies, veranlaßte den V. RGI-Kongreß, auf Grund eines gemeinsamen Antrages der russischen, deutschen und polnischen Delegation jenen bedeutsamen Beschluß zu fassen, der für Deutschland und Polen ein schnelleres Tempo in der Entwicklung der RGO zur selbständigen Gewerkschaftsbewegung bedeutet.

„Der Kongreß bestätigt die Beschlüsse der Revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands und Polens auf Streichung der Parole ‚Hinein in die [714] reformistischen Gewerkschatten!', wobei der schärfste Kampf gegen alle Tendenzen auf Einstellung der Arbeit und des freiwilligen Austritts der Anhänger der RGI aus den reformistischen Gewerkschaften zu führen ist. Die RGI-Anhänger in diesen Ländern müssen in Anbetracht der immer weiter betriebenen frechen Spaltungspraxis der reformistischen Führer und in Anbetracht der wachsenden Gegensätze zwischen ihnen und den breiten Arbeitermassen jetzt schon konsequent, bewußt und unermüdlich auf die Organisation und Entwicklung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung zwecks besserer und erfolgreicher Vorbereitung und Führung der Klassenkämpfe des Proletariats hinarbeiten Diesem Kurs auf die Schaffung von oben bis unten selbständiger Organe der revolutionären Gewerkschaftsbewegung ist die ganze Arbeit zur organisatorischen Zusammenfassung der Organisierten und Unorganisierten – insbesondere in Zeiten von Streikkämpfen – zur Aktivierung und Entwicklung der Gewerkschaftsopposition und der revolutionären Betriebsräte, wie auch die ganze Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften unterzuordnen, wobei es gilt, zu diesem Zwecke von allen organisatorischen Möglichkeiten in den Unterorganisationen der reformistischen Gewerkschaften Gebrauch zu machen."

Es sind jetzt drei Monate seit dem V. Kongreß der RGI vergangen. Das Leben hat die Richtigkeit der dort gefaßten Beschlüsse vollständig bestätigt. Die Krise des deutschen Kapitalismus hat sich weiter äußerst verschärft. Die herrschende Klasse sucht einen verzweifelten Ausweg aus dem Zusammenbruch des kapitalistischen Systems durch einen ungeheuren Raubzug auf die Löhne, auf die Arbeitskraft auf alle Lebensbedingungen der arbeitenden Schichten; sie gibt Millionenmassen der Arbeitslosen dem Elend und der Not, zu einem großen Teil dem nackten Hungertode preis. Gegenüber der Verteidigung und dem Generalangriff der Arbeiterklasse führt die Regierung diese Ausplünderungspolitik mit offenem faschistischen diktatorischen Kurs durch.

Die faschistische Rolle der SPD

Die Rolle der SPD als Henker der Arbeiterklasse im Dienst des Kapitals, die Rolle des reformistischen Gewerkschaftsapparats als „Organisationszentrale des Streikbrechertums", wie ihn der Kongreß bezeichnete, hat sich in den letzten Wochen und Tagen klarer denn je enthüllt:

„Der internationale Reformismus in seiner rechten und linken Abart ist ein organischer Bestandteil des kapitalistischen Staates geworden und ein Stoßtrupp des Großkapitals in seinem Kampfe um die Errichtung der faschistischen Diktatur der Bourgeoisie."

Hinter uns liegt der große Kampf der 130.000 Berliner Metallarbeiter, der in gemeinsamem Zusammenwirken des SPD-Parteivorstandes mit Brüning-Regierung und Industriellen, mit Hilfe der sozialdemokratischen Handlanger Sinzheimer, Urich, Zörgiebel durch offenen Streikbruch beendet wurde. Und jetzt springt der Angriff der Kapitalisten in ganz Deutschland auf die Löhne von einer Industrie zur anderen über. Fast die ganze Metallindustrie, der Bergbau, die Chemie, in den anderen Industrien mehr oder minder große Teile stehen in der Lohnbewegung.

[715] Gegenüber den erbitterten Arbeitermassen, sowohl der Betriebsarbeiter wie der Erwerbslosen, steht die Sozialdemokratie da als gekaufter Knecht des Kapitals, als Partei, die offen mit Streikbrechertum, mit Maschinengewehren und Panzerautos, durch Niedertrampelung der Demonstrations-, Versammlungs- und Pressefreiheit gegen die kämpfenden Massen vorgeht. Und das sind erst die Anfänge ihres offenen faschistischen Kurses. Nach dem Berliner Metallarbeiterstreik haben sie die Bewegung der Leunaarbeiter durch die Verhängung des Belagerungszustandes über das Leunawerk unter Zusammenspiel ihrer „Genossen" bei der Leitung der Polizei und den SPD-Betriebsräten niedergehalten. Zur Zeit der Niederschrift dieser Zeilen findet der kombinierte Angriff von Polizeitruppen und sozialdemokratischen Streikbrechergarden gegen die streikenden Chemnitzer Straßenbahner statt. Im Wuppertal haben die Reformisten mit den Unternehmern in „freier Vereinbarung" ein sechsprozentigen Lohnabbau ausgemacht. Jeder Tag meldet aus allen Teilen des Reichs neue Schurkenstreiche der SPD-Bürokratie. Auf der ganzen Front führen sie das faschistische Programm der Brüning-Regierung durch.

Die Enthüllung des kapitalistischen Schlichtungssystems

Wie die Illusionen der Arbeiter über den Wert von Demokratie und Parlament in dieser Zeit der faschistische §-48-Notverordnungen zum Teufel gehen, so zerbricht jetzt auch im Bewußtsein breitester Massen der Glaube an eine künftige Besserung ihrer Lage mit Hilfe des jahrelang von den Reformisten propagierten Systems der sogenannten Wirtschaftsdemokratie. Im Berliner Metallarbeiterstreik enthüllte sich das ganze Schlichtungssystem für große Arbeitermassen als eine heimtückische Waffe des Unternehmertums, die rücksichtslos von der kapitalistischen Regierung gegen die Arbeiterschaft angewendet wird. Es hagelt zur Zeit in Deutschland Schiedssprüche auf Lohnabbau in allen Industrien, so daß Millionen Arbeiter und Angestellte den arbeiterfeindlichen Charakter des Schlichtungssystems am eigenen Leibe erleben.

Wie die Diktaturregierung Brüning die ‚Rechte der Verfassung und die parlamentarisch-demokratische Fassade wegschiebt, so zerfetzt sie jetzt im Auftrag der Kapitalisten las ganze von ihr geschaffene und heilig gepriesene Tarifwesen. Die Reformisten versuchen, ihre Gewerkschaftsmitglieder vom Kampfe gegen die Lohnraubschiedssprüche heute noch mit dem alten Rezept der „Tariftreue", der „Gesetzlichkeit der Sprüche" usw. abzuhalten. Die Unternehmer und ihre Regierung pfeifen überall auf die Tarife, wo sie ihnen hinderlich sind. Entweder sie nutzen irgendeine Möglichkeit aus, um auf Umwegen zum Lohnabbau zu kommen, oder sie sprechen offen den geheiligten Tarifvertrag. So wurde jetzt durch verbindlich erklärten Schiedsspruch, nach dem Beispiel in Metall-Nordwest, in den sächsischen Arbeitszeittarif eine Klausel hineingebracht. mit deren Hilfe die Unternehmer bei „Notständen" in ihren Betrieben zur sofortigen Senkung aller Akkordpreise übergehen können. Ueberall bauen sie die sogenannten übertariflichen Akkordpreise ab. die sich die Belegschaften in der Zeit der Konjunktur erkämpft [716] hatten. Die Reformisten warnen die Arbeiter, etwas zu unternehmen, da es keine gesetzlichen Handhaben dagegen gäbe. Jetzt hat der Reichsarbeitsminister Stegerwald sogar die allgemeine Verbindlichkeitserklärung des für den Kartoffelgroßhandel geltenden Lohntarifs zum Zweck der Durchführung des Lohnabbaus einfach außer Kraft gesetzt und dadurch einen Präzedenzfall von größter Tragweite geschaffen. Also auch das Schlichtungs- und Tarifwesen, diese Blüte der Wirtschafts„demokratie", wird ebenso auf den Misthaufen der Geschichte geworfen wie die übrige Weimarer „Demokratie".

Unter diesen Verhältnissen muß die Arbeiterklasse den Kampf gegen den kapitalistischen Klassenfeind und den in seinem Dienste stehenden gewerkschaftlichen Streikbruchapparat führen. Sicherung der Existenz und nackter Hunger zwingen die Betriebsarbeiter und Erwerbslosen, den Kampf um Lohn und Brot zu führen. Die Organisationen der „freien" Gewerkschaften, die sich die Arbeiterklasse für die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen geschaffen haben, sind heute in den Händen des kapitalistischen Gegners.

Wo Arbeiter in den Kampf treten, ist es heute nur noch die RGO, die energisch und zielbewußt an der Spitze der Streikenden steht. Nur die RGO bereitet in allen Industrien den Kampf gegen den Lohnraub und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und führt die Kämpfe der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen.

Die Stunde der RGO

Jetzt sind die günstigsten Voraussetzungen gegeben, entsprechend den RGI-Beschlüssen die RGO zu einer gewerkschaftlichen Massenorganisation zu entwickeln, die in den nächsten Wochen und Monaten Hunderttausende von Arbeitern, Angestellten und unteren Beamten organisieren kann. Der Berliner Metallarbeiterstreik hat breitesten Massen der Arbeiterschaft nicht nur besonders klar die Streikbrecherrolle der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer enthüllt, sondern ihnen auch gezeigt, daß die RGO die neue Kraft ist, die allein für die Führung der Wirtschaftskämpfe der Arbeiterklasse in Frage kommt. Die Bildung des Roten Metallarbeiterverbandes, der im Feuer des Streiks entstand, hat die gesamte Arbeiterklasse aufhorchen lassen und hat eine Diskussion in allen Betrieben und Gewerkschaften Deutschlands aufgerollt: Reformistischer Streikbruchapparat oder rote Klassengewerkschaften? Die Bildung des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins bedeutet einen Wendepunkt für die ganze Entwicklung der RGO zur selbständigen Gewerkschaftsbewegung. Schneller als wir es

noch vor drei Monaten dachten, ist jetzt der eingangs zitierte Beschluß des V. RGI-Kongresses am konkreten Berliner Beispiel in Erfüllung gegangen. Inzwischen hat die Reichskonferenz der RGO am 15. und 16. November zur Durchführung der Beschlüsse des V. RGI-Kongresses, [717] gestützt auf die großen Lehren des Berliner Metallarbeiterstreiks, Stellung genommen und entscheidende Beschlüsse über die Aufgaben und den Aufbau der RGO gefaßt.*)

Kurs auf rote Industrieverbände

Auf Grund dieser Beschlüsse der Reichskonferenz erfolgt jetzt in allen Industrien der Aufbau der Betriebsgruppen und der Erwerbslosengruppen der RGO in raschem Tempo. Der Aufbau der RGO zu einer straffen gewerkschaftlichen Kampforganisation geht mitten und am raschesten in der Vorbereitung und Durchführung der Kämpfe der Betriebsarbeiter und Arbeitslosen vor sich. Die Umwandlung der RGO im Verlauf des Berliner Metallarbeiterstreiks zur Roten Gewerkschaft zeigt den Arbeitermassen klarer als bisher den Kurs der RGO zur Schaffung selbständiger roter Industrieverbände. Jeder große Kampf in einer Industrie kann auf Grund der vollständigen Diskreditierung des reformistischen und christlichen Gewerkschaftsapparats, der guten Führung des Streiks durch die RGO, des gewonnenen Vertrauens und des Willens der streikenden Arbeiterschaft zur Umwandlung der RGO in einen roten Einheitsverband führen, der große Massen der Organisierten und Unorganisierten umfaßt. Unter genau jenen Bedingungen, wie sie die Beschlüsse des V. RGI-Kongreß betreffs der Gründung revolutionärer Gewerkschaften festlegten, ist der rote Verband in Berlin entstanden. Genau dieselben Voraussetzungen können bei einem von der RGO geführten großen Streik in bestimmten Metallbezirken des Reichs, im Ruhrbergbau, bei den Hafenarbeitern, bei den Landarbeitern usw. entstehen. Je stärker die RGO-Gruppen aufgebaut sind und ein selbständiges gewerkschaftliches Leben entwickeln, desto erfolgreicher wird in der entscheidenden Stunde des Kampfes die Umwandlung in rote Verbände geschehen können.

Die logische Entwicklung wird dann in der Perspektive die Schaffung zentraler Industrieverbände sein.

Und deshalb: auch verstärkte RGO-Fraktionsarbeit

Dieser Kurs der RGO bedeutet den schroffsten Kampf gegen die reaktionäre sozialfaschistische und christliche Gewerkschaftsbürokratie. Nicht nur im Betrieb und auf der Stempelstelle, sondern in jeder reformistischen und christlichen Gewerkschaft. Voraussetzung für die erfolgreiche Führung dieses Kampfes ist die Ausrottung aller opportunistischen Schwankungen und Widerstände in den eigenen Reihen, auch wenn sie sich hinter „linken“ radikalen Phrasen verstecken, um gegen den aufgezeigten Kurs Stellung zu nehmen.

Der faschistische Kurs, die Liquidierung aller Reste der proletarischen Demokratie in den reformistischen Verbänden wird von der Bürokratie [718] verstärkt durchgeführt werden. Die sozialfaschistischen Führer werden versuchen, die Anhänger der RGO mit Stumpf und Stiel aus den Verbänden auszurotten. Das wird ihnen nicht gelingen, wenn alle Kommunisten und revolutionären Gewerkschafter ihre revolutionäre innergewerkschaftliche Arbeit so durchführen, wie es die Beschlüsse der Partei und der Internationale besagen. Denn bei den Gewerkschaftsanhängern und sozialdemokratischen Arbeitern geht ein großer geistiger Umwälzungsprozeß vor sich; die Millionenmassen der im ADGB Organisierten beginnen sich von der faschistischen Sozialdemokratie zu lösen und sich zur KPD, zur Revolutionären Gewerkschaftsopposition zu orientieren. Möge die Gewerkschaftsbürokratie noch so viel Ausschlüsse durchführen, es entstehen bei den Gewerkschaftsmitgliedern als Folge des Klassenkampfes und der. wachsenden Erkenntnis der Streikbrecherrolle des ADGB-Apparats immer wieder neue Herde der revolutionären Opposition in diesen Verbänden. Deshalb ist die Schaffung der RGO-Fraktionen eine notwendige und wichtige revolutionäre Arbeit zur Beschleunigung der Gewinnung der gewerkschaftlich Organisierten und ihrer Vereinigung mit der großen Masse der Unorganisierten in den Gruppen der RGO und in (heim roten Gewerkschaften.

*) Siehe Broschüre: „RGO, was sie ist und was sie will.“ (Verlag „Betrieb und Gewerkschaft“, Preis 20 Pf.)

Hauptaufgabe der RGO: gute Gewerkschaftspolitik und Streiktaktik

Der organisatorische Kurs der RGO ist jetzt klar vorgezeichnet. Als wichtigste Hauptaufgabe steht jetzt die ebenso klare Herausarbeitung der Gesamtpolitik der RGO zur Vertretung der Interessen der verschiedenen Schichten des Proletariats in ihren täglichen Kämpfen, insbesondere die Führung der Streiks und der Massenaktionen der Erwerbslosen. Hier haben die Reichskonferenz der RGO und die vor einigen Tagen stattgefundene Sitzung des Reichsausschusses der Erwerbslosen auf Grund der Stellungnahme zu den letzten Kämpfen die konkreten Aufgaben der nächsten Wochen und Monate festgelegt.

In engster Verbindung mit der Partei, bei voller Unterstützung aller politischen Aktionen der Arbeiterklasse, im Feuer des Kampfes gegen die faschistische Diktatur, die Unternehmeroffensive und den sozialfaschistischen Verrat wird die RGO sich zu einer mächtigen gewerkschaftlichen Massenorganisation entwickeln, die die Kämpfe der Arbeiterklasse um Lohn und Brot führt und als eine gewaltige Armeesäule des Proletariats eine hervorragende Rolle im Kampf um die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse spielen wird.

Von der Aktivität aller Kommunisten und revolutionären Gewerkschafter in den Betrieben, Stempelstehlen und in allen Gewerkschaften hängt es ab, in welchem Tempo und Ausmaße die RGO diese Aufgabe erfüllen wird. [719]

*

Wir schützen die Sowjetunion

S. I. Der Moskauer Prozeß gegen die Führer der „Industriepartei“, die Ramsin, Laritschew und Konsorten, hat mit der vollständigen Aufdeckung und der Vernichtung dieser Schädlingsorganisation innerhalb der Grenzen des ersten proletarischen Staates seinen Abschluß gefunden. Damit ist zweifellos ein bedeutsamer Sieg der proletarischen Diktatur über die finsteren Verschwörerkräfte der weißgardistischen Reaktion errungen worden. Dieser Sieg bildet auch eine wuchtige Fortsetzung der gewaltigen Erfolge, die die werktätigen Massen der Sowjetunion aller Schädlingsarbeit der konterrevolutionären Agenten zum Trotz an der Front des sozialistischen Aufbaus, bei der Durchführung des Fünfjahrplans erzielt haben.

Aber der Prozeß hat gezeigt, daß die „Industriepartei“ in der Sowjetunion, deren Hauptziel die Untergrabung der sozialistischen Volkswirtschaft zwecks Vorbereitung der Intervention war, nur einen unzertrennlichen Bestandteil der allgemeinen internationalen Verschwörerorganisation bildete, die durch die aggressiven Kreise der imperialistischen Staaten, in erster Reihe durch die des französischen Generalstabs, aufgezogen wurde. Auf der Anklagebank des revolutionären Tribunals in Moskau saßen nicht nur die ausführenden Ingenieure der imperialistischen Verschwörung gegen den Sowjetstaat, mit ihnen wurden zugleich angeklagt, entlarvt und überführt die eigentlichen Drahtzieher des Interventionskrieges die Herren Poincaré, Deterding, Janin und die anderen Agenten vom französischen, englischen und polnischen Generalstab. Auf dem Moskauer Prozeß wurde auch mit aller notwendigen Klarheit erwiesen, daß eine geschlossene Einheitsfront aller kapitalistischen Parteien, angefangen von den russischen Monarchisten und Kadetten bis zu den Sozialrevolutionären und Menschewiki, den neuen Kreuzzug gegen die Sowjetunion, das Land des sozialistischen Aufbaus, vorbereitet haben. Dieser Umstand muß vom internationalen Proletariat besonders gründlich ins Auge gefaßt und analysiert werden, weil er volle Klarheit nicht nur über die Rollenverteilung zwischen den einzelnen Hauptkräften und Reserven der Intervention verschafft, sondern zugleich die Hauptursache unterstreicht, weshalb die verschiedenen konterrevolutionären Parteien sich im jetzigen Augenblick zu einer einheitlichen Organisation mit einer einheitlichen, zentralen Führung zusammengeschlossen haben.

Die Hauptursache dieser Konzentration und Zentralisation der Interventionskräfte ist in nichts anderem zu suchen, als in den ungeheuren Erfolgen bei der Durchführung des Fünfjahrplans. Der stürmische Aufbau des Sozialismus, die Liquidierung der Kulaken auf der Grundlage der vollständigen Kollektivierung hat den Kapitalisten der ganzen Welt gezeigt daß die Sowjetunion von Jahr zu Jahr immer mehr in eine uneinnehmbare Festung verwandelt wird, und daß alle Hoffnungen auf eine

innere Zersetzung der sozialistischen Aufbaukräfte auf dem Wege der „Nep“, wie sie es früher erhofft haben, vollständig zum Scheitern verurteilt sind. Als die Periode des Wiederaufbaus in der Sowjetunion durch die Periode der „Rekonstruktion“, des vollständigen Neuaufbaus der sozialistischen Wirtschaft in der Linie des Fünfjahrplans abgelöst wurde, als diese Generallinie allen objektiven Widerständen und allen subjektiven Schwankungen der rechten Opportunisten zum Trotz immer schärfer und stürmischer durchgeführt wurde, da wurde es den Ramsim und Konsorten und ihren imperialistischen Herrschaften in der ganzen [720] Welt immer klarer, daß die Entwicklung des Sowjetstaates nicht bloß sozial, sondern auch in technisch-wirtschaftlicher Hinsicht dem kapitalistischen System einen tödlichen Stoß versetzt. Und das war der Hauptgrund und der wichtigste Anlaß, weshalb sie gezwungen waren, möglichst rasch ihre Kräfte zusammenzufassen, die Vorbereitung der Intervention zu beschleunigen und den Termin der offenen Kriegshandlungen möglichst kurz anzusetzen. Wir wissen aus den Aussagen der Angeklagten, daß die Intervention ursprünglich für das Jahr 1928 geplant, dann später auf das Jahr 1930 verschoben und schließlich für das Jahr 1931 festgesetzt wurde. Es war vor allem die wachsende Aktivität des Weltproletariats, die Entfaltung und Verbreiterung des revolutionären Aufschwungs einerseits, der Erfolg der Industrialisierung und Kollektivierung andererseits, die diese Aenderung der Termine der Intervention veranlaßt haben.

Aber wurden auch die bereits fest angesetzten Termine der Intervention mehrmals geändert, für alle ihre Organisatoren und Drahtzieher war und blieb die Grundlinie, die Schädlingsarbeit der „Industriepartei“ innerhalb der Sowjetunion so zu steigern und so zu beschleunigen, daß ein Interventionskrieg in jedem gegebenen günstigen Augenblick begonnen werden konnte. „Die ganze Arbeit“, gestand der Angeklagte Fjedotow, „konzentrierte sich hauptsächlich in der Störung der Pläne des Fünfjahraufbaus, in der Störung und Verhinderung der einzelnen Jahrespläne und der Kontrollziffern für sich.“ Aber das konnte selbstverständlich das Problem des Kampfes gegen den Arbeiterstaat nicht lösen. Notwendig war die Einmischung von außen – der polnischen, französischen und rumänischen Bajonette. So wurde die Schädlingsarbeit von vornherein als die breite Grundlage der Vorbereitung der Intervention aufgefaßt und durchgeführt.

Direkte Fäden, das hat der Moskauer Prozeß ganz unmißverständlich erwiesen, liefen zwischen dem Kopf der „Industriepartei“ in der Sowjetunion, dem „Industrie- und Handelszentrum“ der weißgardistischen Emigration in Paris und den Agenten des französischen Generalstabs, die die Befehle der Poincaré und Deterding auszuführen hatten. Daß das „Industrie- und Handelszentrum“ der russischen Emigration in Paris, das nach dem Eingeständnis seiner namhaftesten Vertreter sich selbst als die „maßgebende politische Vertretung bei den regierenden Kreisen der ausländischen Staaten“ bezeichnete, die größte Unterstützung seitens der französischen Interventionskreise und seitens Deterdings genossen hat, das hat Genosse Krylenko dokumentarisch belegt. So hat Sir Deterding, der bekanntlich keine Mühe sind keine Zeit gescheut hat, um gegen die angeblichen Einmischungsversuche der Sowjetpropaganda in den kapitalistischen Ländern zu wettern, am 11. Juni dieses Jahres bei der Feier einer russischen weißgardistischen Mittelschule eine große Rede über die „Befreiung Rußlands“ geschwungen und dabei wörtlich gesagt:

„Die Befreiung Rußlands kann viel rascher erfolgen als wir alle geglaubt haben, vielleicht sogar in einigen Monaten.“

Was die Teilnahme des Bürgers Poincaré an den Interventionsvorbereitungen anbelangt, so ist sie durch seine eigenen Artikel vom Februar dieses Jahres in der Zeitung „Excelsior“ klar erwiesen. Bekanntlich war der Plan der Intervention für das Jahr 1930 so festgelegt, daß er sich auf Grenzzwischenfälle mit Rumänien aufbaut. Im Zusammenhang mit diesen Grenzzwischenfällen sollte zunächst Rumänien und dann die anderen Grenzstaaten in den Krieg einbezogen werden. [721] Diesen Plan hatte Ramsin eingestanden. Aber Poincaré hat ihn in seinem Artikel schon früher ausgeplaudert. In seinem angeführten Artikel vom 28. Februar 1930 schrieb er wortwörtlich:

„In verschiedenen Punkten der Erde entstehen tagtäglich Zwischenfälle, die ernste Folgen haben können. Man braucht bloß aus der Ferne einen Blick auf Bessarabien zu werfen. In dieser rumänischen Provinz sehen wir, wie seitens der Union der SSR Konflikte hervorgerufen werden, mit dem Zwecke sie früher oder später als einen Vorwand für neue Intrigen auszunutzen. Man kann auch ohne Mühe bestimmte dunkle Flecken an den

polnischen Grenzen feststellen. Kann Frankreich in einem solchen Augenblick sich bei kleinen inneren Zwistigkeiten aufhalten? Nein, in der Tat, wir haben wichtigere Sachen vor uns.“

Kann noch ein Zweifel daran bestehen, daß Poincaré ebenso wie die Agenten des französischen Generalstabs nicht nur in den Plan der Organisierung der Intervention eingeweiht waren, sondern daß sie seine eigentlichen Urheber und Verfasser sind? Aber deshalb muß mit besonderer Schärfe unterstrichen werden, daß der Plan der Intervention für das Jahr 1931, trotz der Vernichtung der „Industriepartei“, von den eigentlichen Urhebern der Intervention noch nicht aufgegeben wurde. Es steht im Gegenteil fest, daß sie zusammen mit ihren Lakaien aus dem sozialfaschistischen Lager alles versuchen werden, um ihn möglichst rasch in die Wirklichkeit umzusetzen. Alle klassenbewußten Proletarier, alle Ausgebeuteten in Stadt und Land müssen in diesem Zusammenhang die Worte des Genossen Stalin auf dem 16. Parteitag über die Grundfragen der jetzigen Periode der Weltkrise des Kapitalismus und des revolutionären Aufschwungs im Auge behalten. Zu derselben Zeit, im Juni 1930 (als Ramsin sich für seine Auslandsreise vorbereitete, um mit dem „Industrie- und Handelszentrum“ in Paris die Frage zu klären: „Bleibt der alte Termin der Intervention für Juni oder Juli dieses Jahres zu Recht bestehen, oder wird er auf das Jahr 1931 verschoben?“), hat Genosse Stalin seine denkwürdige Analyse der Steigerung und Zuspitzung aller kapitalistischen Widersprüche mit dem Satz geschlossen:

„Deshalb richtet die Bourgeoisie jedesmal, wenn die kapitalistischen Widersprüche sich zu verschärfen beginnen, ihre Blicke nach der Sowjetunion. Kann man nicht diesen oder jenen Widerspruch des Kapitalismus oder alle Widersprüche zusammengenommen auf Kosten der USSR lösen, dieses Landes der Sowjets, der Festung der Revolution, die durch ihre Existenz allein die Arbeiterklasse und die Kolonien revolutioniert?“

So hat das Leben selbst, so hat die historische Wirklichkeit die Richtigkeit der marxistischen Analyse gerechtfertigt. Und daraus müssen wir alle den einzig möglichen und notwendigen Schluß ziehen, daß in dem Maße, in welchem sich die kapitalistischen Widersprüche verschärfen, in welchem der revolutionäre Aufschwung des Proletariats in den kapitalistischen Ländern und in den Kolonien die Bourgeoisie immer mehr in die Sackgasse treiben wird, sie alles auf die Karte des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion zu setzen gezwungen sein wird. Und es steht ebenso fest, daß die Faschisierung aller bürgerlichen Parteien in allen Ländern und die faschistische Umwälzung in ihnen auch die Aufgabe hat, durch die Unterdrückung der eigenen revolutionären Arbeiterklasse die Voraussetzungen zu schaffen und den Weg freizumachen für den entscheidenden Kampf zwischen dem Weltkapital und dem Weltproletariat, der Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und dem Weltimperialismus. Aber [722] schon die bisherige Entwicklung hat gezeigt, daß es dem Proletariat der Sowjetunion trotz aller Sabotage und Schädlingsarbeit der konterrevolutionären Agenten gelang, fest und sicher den Kurs des Fünfjahrplans durchzuführen daß es dem Weltproletariat im Bunde mit allen Werktätigen gelang, durch die Entwicklung seiner revolutionären Energien den Termin der Intervention zu verschieben. Deshalb wird der kapitalistische „Ausweg aus der Krise“, den die Bourgeoisie in der faschistischen Unterdrückung des Proletariats und in dem Krieg gegen die Sowjetunion sucht, nichts anderes sein als ihr Weg ins Verderben.

„Wir schützen die Sowjetunion!“, das muß jetzt die Parole sein, unter der die Arbeiter und Werktätigen aller Länder ihre revolutionären Kräfte im Kampf gegen die faschistische Diktatur noch zehnfach und hundertfach verstärken müssen. Ein breiter Ringwall der Verteidigung des ersten proletarischen Staates muß in allen Ländern und in erster Reihe in Deutschland gezogen werden. Denn es ist klar, daß bei der Durchführung des kommenden Interventionskrieges der neue deutsche Imperialismus, die Diktatur des deutschen Faschismus eine wichtige Rolle spielen wird. Und ebenso sicher ist, daß das deutsche Proletariat berufen ist, Schulter an Schulter mit den Proletariern der anderen imperialistischen Länder, die verbrecherischen Anschläge des Weltfaschismus gegen die Zitadelle des Weltproletariats zunichte zu machen und durch Erkämpfung seiner eigenen Diktatur mit den imperialistischen Kriegen überhaupt Schluß zu machen und den Sieg des Weltkommunismus zu sichern.

*

Bilanz der Diskussion eines Jahres

Krise des Tarifvertrages und „wilde“ Streiks

Von Fritz David

(Schluß)

III.

Der Angriff der Unternehmer auf die übertariflichen Verdienste kam in die breite Oeffentlichkeit im Frühjahr dieses Jahres, im Zusammenhang mit der Lohnahhauaktion in der Stahlwerk Becker AG. Wie gesagt, haben die Unternehmer in aller Stille die tatsächlichen Verdienste abgebaut, ohne daß die Gewerkschaften dagegen einschritten; sie nahmen es vielmehr stillschweigend zur Kenntnis. Die rheinisch-westfälischen Metallindustriellen wollten aber mit dem Fall Becker ein Exempel statuieren und die Gewerkschaften zwingen, formell auf einen Lohnraub von 15 Prozent einzugehen. In der Erklärung der Direktion des Stahlwerks Becker hieß es: „Unter Aufrechterhaltung der tariflich festgelegten Grundlöhne, bei Akkordarbeitern einschließlich der tariflichen Akkordzuschläge (15 Prozent), werden von der Betriebsleitung unter Anhörung der Betriebsvertretung in den einzelnen Betrieben die Verdienste einer Herabsetzung unterzogen. Ebenso werden die Verdienste der Angestellten unter Aufrechterhaltung der tariflich festgelegten Gehälter ge-[723]kürzt ... Die Direktion ist bereit, mit den gesetzlichen Vertretungen der Belegschaft ein Abkommen abzuschließen, unter der Voraussetzung, daß dieses Abkommen auch von den beiderseitigen Tarifparteien, den Gewerkschaften auf der einen Seite, dem Arbeitgeberverband auf der anderen Seite, anerkannt und gebilligt wird.“ Diese Erklärung der Direktion folgte als Antwort auf den von der Direktion inspirierten Vorschlag des Angestelltenrates, wonach für die Belegschaftsmitglieder sämtlicher Betriebe der Stahlwerke Becker AG ein Abzug von 10 bis 15 Prozent von ihrem Verdienst monatlich eintritt.

Die „Metallarbeiterzeitung“, die sich mit dem Fall Becker sehr ausführlich beschäftigte, antwortete in der Nr. 15 in einem Artikel: „Der faule Zauber wird ausgeschlachtet“, auf den Vorschlag der Stahlwerk Becker AG folgendermaßen:

„Trotz dieser klaren Tatsache hat der Angestelltenrat des Stahlwerk Becker AG das Angebot, um 15 Prozent billiger zu schaffen, gemacht, und die Direktion hat frank und frei die Absicht geheuchelt, sie wolle das Angebot an nehmen, wenn ... wenn die Kontrahenten des Tarifvertrages, die Gewerkschaften, ausdrücklich damit einverstanden seien. Diese Bedingung sei, wie berichtet gar nicht nötig gewesen, weil eine Kürzung der Verdienste um 15 Prozent die tarifmäßigen Sätze gar nicht berührt. Warum klammert sich trotzdem die doch sonst nicht schüchterne Direktion an eine bloße Formalität und stellte ausdrücklich diese Bedingung?“

Der Metallarbeiterverband sagt damit den Unternehmern: Baut doch die Löhne ab, sogar 15 Prozent im Durchschnitt, aber laßt uns in Ruhe, damit wir uns nicht kompromittieren. Das Stahlwerk Becker hat es auch so gemacht, und die Reformisten rührten keinen Finger, festhaltend an dem Prinzip der „Tariftreue“, konnten sie auch nichts unternehmen. Der Oeynhausener Schiedsspruch, der einen Lohnabbau von 7½ Prozent im Durchschnitt für die gesamte rheinisch-westfälische Metallindustrie festlegte, hat mit besonderer Klarheit die Ohnmacht der reformistischen Tarifverträge gezeigt. Die Tatsache, daß man 7½ Prozent und noch mehr für einen ganzen Industriezweig abbaute, ohne die tariflichen Sätze zu berühren, spricht Bände über das gegenwärtige Tarifvertragssystem.

Diese Tatsachen haben die These der Revolutionären Gewerkschaftsopposition von der Krise des Tarifvertrages so eindeutig bestätigt, daß die Reformisten gezwungen wurden, natürlich nur in Worten, diesen Bankrott zuzugeben. Hier einige Stellen aus einem Artikel der „Bergbauindustrie“, dem Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, der die ganze erste Seite dieses Blattes vom 17. Mai 1930 unter der dreispaltigen Ueberschrift: „Die Gefahr eines lohnpolitischen Bergrutsches“, füllt. Dieser Artikel in Husemanns Organ mußte von jedem revolutionären Gewerkschafter genau gelesen werden, damit er den sozialdemokratischen und parteilosen Kollegen die ganze Verderblichkeit der reformistischen Tarifvertragspolitik und die Richtigkeit der Forderungen, der Analyse und Einstellung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition vor Augen führen Kann In dem Artikel heißt es:

[724] „Beim Stahlwerk Becker fing es an. Dann folgte die Mansfeld AG und nun das Alexanderwerk in Remscheid. Ueberall die gleiche Forderung auf 15 Prozent Lohnabbau ... Die Betriebsleitung des Alexanderwerks in Remscheid scheint es bei einer Bearbeitung ihrer Belegschaft (ohne mit den Gewerkschaften in Verbindung zu treten. Die Red.) zu belassen. Die notwendigen Maßnahmen will man dort im Rahmen des bestehenden Rechtszustandes unternehmen ... Von den drei genannten Fällen ist der letztere der interessanteste und lehrreichste ... In einer Erklärung des Alexanderwerks wird gesagt, daß den Arbeitern bekanntgegeben wurde, daß die Tariflöhne nicht angegriffen werden sollen. Um die Bedeutung dieser Maßnahme voll würdigen zu können, muß man wissen, daß es in Deutschland eine ganze Reihe gerade der wichtigsten Tarifbezirke gibt, in denen die tatsächlich zur Auszahlung gelangenden Löhne bis zu 40 Prozent über dem im Tarifvertrag festgesetzten Lohn liegen. Das Alexanderwerk sagt ja in seiner Erklärung, daß es bei ihm sogar mehr als 70 Prozent ausmacht ... Auch die vom Reichsarbeitsministerium vorgenommenen Erhebungen über die Lohnverhältnisse in der Metallindustrie ergaben, daß für die ganze Gruppe Nordwest ein ähnlicher Zustand besteht."

Hier folgt die ausführliche Tabelle über „Stunden- und Wochen-Verdienst im Durchschnitt aller Vertragsgebiete und Zweige der metallverarbeitenden Industrie" des Statistischen Reichsamts Der Artikel führt weiter aus:

„Jeder vernünftige Mensch muß zugeben, daß die wirklich gezahlten Löhne sich keineswegs über der normalen Lohnhöhe bewegen. Tatsache also ist, daß eben die Tariflohnsätze weit unter dem normalen Lohnstandard stehen. Das ist, wie gesagt, nicht nur der Fall hier in der Metallindustrie, sondern auch in vielen anderen Industrien und auch in einzelnen Bergbaurevieren ... Damit dürfte jedem plötzlich klar sein, was die Erklärung des Alexanderwerks in Wahrheit bedeutet. Sie besagt nicht mehr und nicht weniger, als daß auf Grund dieser Spanne zwischen Tarif- und Effektivlohn eben ein Abbau der Effektivlöhne beabsichtigt ist. Was man mit dem Belegschaftsvertretung verhandelt hat, war lediglich eine diesbezügliche Mitteilung, mehr nicht. Diese Mitteilung wurde nur gestützt durch die Drohung, daß bei Unmöglichkeit dieses Lohnabbaues die Rentabilität und damit der Fortbestand des Werkes gefährdet sei. Das Ziel ist: das stillschweigende Einverständnis der Belegschaft zur Lohnverminderung zu erhalten. Nach eigenen Angaben des Alexanderwerkes ist auf diese Weise ein Lohnabbau bis zu 70 Prozent in Einzelfällen möglich, ohne daß dem Werk hieraus rechtliche Schwierigkeiten – trotz des bestehenden Tarifvertrages – entstehen können. Eine rechtliche Verpflichtung zur Zahlung der bestehenden Löhne besteht eben nur für die im Tarifvertrag enthaltenen ... Sollte dieses Streben (Lohnabbau nach der Methode Alexanderwerk – F. D.) Allgemeingut der deutschen Unternehmer werden, dann bestände tatsächlich) die Gefahr eines ganz gewaltigen Lohnabbaues, ohne daß die Arbeiterschaft – trotz Tarifverträge – hiergegen eine rechtlich [725] wirksame Abwehr führen könnte ... Es muß mit der alten Methode aufgeräumt und die Angleichung von Tarif- und Effektivlöhnen zustandegebracht werden."

Ein bekannter sozialdemokratischer Arbeiterrechtler, Dr. Neumann, erklärte in einem Referat, das er vor den Spitzenfunktionären des Gesamtverbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter gehalten hat, daß eine große Gefahr in der starken Differenz zwischen den tatsächlich gezahlten und den tariflich festgelegten Löhnen liegt. Er sagte wörtlich:

„... Die Tarifsatzung, die Summe der Normativbestimmungen, ist das Kernstück des Tarifvertrages. Die Löhne stellen, falls nicht der Tarifvertrag das Gegenteil zum Ausdruck bringt, nur Mindestlöhne dar. Das bedeutet, daß die Parteien der einzelnen Arbeitsverträge, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, übertarifliche Zulagen vereinbaren können. Soweit sich diese übertariflichen Erhöhungen in bescheidenem Rahmen halten, sind sie ungefährlich. Sie werden aber zu einer Gefahr, wenn die Tarifparteien im Vertrauen darauf, daß in Betrieben regelmäßig hohe übertarifliche Zulagen gezahlt werden, nur sehr niedrige Tariflöhne vereinbaren. Angenommen, ein Arbeitgeber, der im Wege der arbeitsvertraglichen Vereinbarung hohe übertarifliche Zulagen zahlt, weigert sich plötzlich, diese übertariflichen Zulagen weiterzuzahlen, er kündigt der Belegschaft an, daß diejenigen, die mit einer Herabsetzung der übertariflichen Löhne nicht einverstanden seien, sich als entlassen betrachten müssen. Zweifelhaft ist zunächst, ob diese Massenentlassung durch den Arbeitgeber zum Zwecke des Abbaus übertariflicher Zulagen eine Aussperrung ist. Zweifelhaft ist, ob sie eine tarifwidrige Aussperrung ist, denn der Arbeitgeber scheint ja nicht gegen den Tarifvertrag zu verstoßen. Er will nichts weiter tun, als die Tarifbedingungen erfüllen. Darum ist fraglich, ob die Gewerkschaft Abwehrmaßnahmen ergreifen kann. Zweifelhaft ist, ob sie den ausgesperrten Mitgliedern Streik- oder Maßregelungsunterstützung zahlen kann. Möglich ist sogar, daß kraft der tariflichen Durchführungspflicht die Gewerkschaft verpflichtet ist, ihre Mitglieder anzuhalten, trotz der Herabsetzung der übertariflichen Zulagen die Arbeit aufzunehmen. Versicherungsrechtlich ist

die Situation noch unangenehmer. Liegt nämlich eine Aussperrung vor. was zweifelhaft ist, dann erhalten die Ausgesperrten nach § 94 AVAVG keine Arbeitslosenunterstützung. Allerdings darf dann das Arbeitsamt in die offenen Stellen grundsätzlich nicht vermitteln. Verneint man das Vorliegen einer Aussperrung im Sinne des § 94 AVAVG, so erhalten zwar die Entlassenen Unterstützung, sie müssen sich jedoch in die freien Stellen vermitteln lassen zu den tariflichen Bedingungen, wenn sie sich nicht der Gefahr aussetzen wollen, ihre Unterstützung gesperrt zu sehen.“

Das ist eine deutliche Sprache. Hier wird kategorisch die Richtigkeit einer der grundsätzlichen Forderungen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition bei Abschluß von Tarifverträgen zugegeben und die Krise des Tarifvertrages eingestanden. Ist denn das keine Krise des Tarifvertrages, wenn die Löhne nach den Angaben der Reformisten selbst [726] im Durchschnitt um 10, 15, 20 Prozent abgebaut werden können, ohne daß der Tarifvertrag sie, wenn auch nur rechtlich, schützen kann? Ist das nicht die tiefste Krise, die das Tarifvertragswesen jemals erlebt hat?

IV.

Es ist zweifellos richtig, daß die Langfristigkeit der Tarifvertrage eine der wichtigsten Ursachen der Krise des Tarifvertragswesens. ist. Bei jedem neuen Abschluß von Tarifverträgen, bei der Erneuerung der alten Verträge, ist die Geltungsdauer immer wieder länger geworden.

Im Herbst 1928 sind zum erstenmal in der Geschichte der deutschen Tarifverträge eine Reihe Verträge von den Unternehmern gekündigt worden mit der einzigen Forderung: Abschluß eines neuen Tarif-Vertrages mit einer längeren Geltungsdauer. Es ist nicht ohne Interesse, einige Formulierungen aus dieser Periode von der Unternehmerseite über die Langfristigkeit der Tarifverträge anzuführen. Der Verband Hannoverischer Metallindustrieller begründet in einem Begleitschreiben zur Kündigung des Lohnabkommens zum 31. Dezember 1928:

„Im Interesse der Festigung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse müssen wir ausschlaggebenden Wert auf eine langfristige Laufdauer des neuen Lohnabkommens legen.“

Nach der Aussperrung in München-Gladbach vom Herbst 1928 hat. die Zeitung der Textilunternehmer, „Die Textilzeitung“, über den gefällten Schiedsspruch geschrieben:

„Immerhin ist eine wichtige Unternehmerforderung durchgesetzt. Der Manteltarif läuft bis zum Dezember 1930, also volle zwei Jahre; der Gehaltstarif bis April 1930, also mehr als anderthalb Jahre. Damit wird die geforderte Stabilität in der Lohnkalkulation auf eine ganz ansehnliche Zeit gesichert.“

Die Reformisten waren immer bereit, langfristige Tarifverträge abzuschließen. So wie die Unternehmer brauchen auch die Reformisten „Ruhe“, weil der Kampf auch für sie gefährlich werden kann. Die amtliche Statistik über die Geltungsdauer der Tarifverträge liegt nur für den 1. Januar 1929 vor. Nach diesen Angaben sah die Geltungsdauer der am 1. Januar laufenden Tarifverträge wie folgt aus:

Geltungsdauer der Tarifverträge am 1. Januar 1929

Die vereinigte Vertragsdauer betrug:	Zahl der unter sie fallenden Beschäftigt.	In Proz. der Gesamtzahl
Tarifverträge ohne feste Geltungsdauer	1.646.555	13.4
Bis zu einem Vierteljahr	133.850	1,1
Ueber ein Viertel- bis ein halbes Jahr	324.686	2,7
Ueber ein halbes bis ein Jahr	4.060.624	33,1
Ueber ein Jahr bis zwei Jahre	5.565.532	45,3
Ueber zwei bis drei Jahre	516.469	4,2
Ueber drei Jahre	28.444	0,2
zusammen:	1.2376.060	100,0

[727] Die amtliche Statistik erklärt zur Geltungsdauer der Tarifverträge vom 1. Januar 1929 („Die Tarifverträge im Deutschen Reich“, S. 8):

„Ein Vergleich mit den entsprechenden Zahlen des Vorjahres ergibt, daß im besonderen der Anteil der auf eine Laufzeit zwischen ein und zwei Jahren abgeschlossenen Tarife zugenommen hat, und zwar sowohl nach der Zahl der Tarifverträge wie nach der Zahl der umfaßten Betriebe und Arbeitnehmer. Demgegenüber macht sich in der Gruppe der Tarifverträge, deren Laufzeit zwischen einem halben Jahr und einem Jahr liegt, ein nicht unerheblicher Rückgang bemerkbar. Da bei den Bindungen mit noch kürzerer Frist

ebenfalls Abnahmen, bei den mehr als zwei Jahre hinaus greifenden Bindungen aber im allgemeinen leichte Zunahmen zu verzeichnen sind, ist eine Tendenz zu längerer Fristsetzung unverkennbar.“

Besonders klar tritt die Tendenz der Verlängerung der Geltungsdauer der Tarifverträge bei einem Vergleich für eine ganze Reihe von Jahren hervor. Wenn man die Periode von 1920 bis jetzt berücksichtigt, so stößt man auf ganz radikale Veränderungen der Fristen. Hier die sehr interessante und anschauliche Veränderung:

Geltungsdauer der Tarifverträge
(nach der Zahl der unter sie fallenden Beschäftigten)

	Dez. 1920	Dez. 1921	Dez. 1922	Jan. 1925	Jan. 1926	Jan. 1927	Jan. 1928	Jan. 1929
Die Tarifverträge ohne feste Geltungsdauer umfaßten in Prozenten aller tariflich Beschäftigten	24,5	21,9	21,3	28,6	24,4	23,0	13,4	13,4
Auf Tarifverträge mit Geltungsdauer bis drei Monate entfielen in Prozenten der unter Tarif mit Geltungsdauer Beschäftigten	17,0	12,5	9,1	6,4	5,6	3,8	3,0	1,2
Drei bis sechs Monate	25,2	12,5	7,8	11,1	11,5	10,4	3,5	3,2
Sechs bis zwölf Monate	41,3	50,7	54,9	60,0	63,0	62,9	53,6	38,2
Ein bis zwei Jahre	14,1	23,2	27,3	21,7	19,1	22,2	39,3	52,3
Ueber zwei Jahre	2,4	1,1	0,9	0,8	0,8	0,7	0,6	5,0

Diese Tabelle zeigt sehr klar, wie die Geltungsdauer der Tarifverträge von Jahr zu Jahr gestiegen ist. Im Jahre 1920 waren ein Viertel der Tarifverträge (alle Zahlen gemessen an den unter die Tarifverträge fallenden Beschäftigten) ohne feste Geltungsdauer, sie waren dauernd kündbar. Am 1. Januar 1930 sind es nur noch 13,4 Prozent aller Tarifverträge. Von den Tarifverträgen mit fester Geltungsdauer waren im Jahre 1920 nur 16,5 Prozent aller Tarifverträge mit einer Dauer von über 1 Jahr. Im Januar 1929 sind es 57,3 Prozent. Auch in den ersten Jahren nach der Stabilisierung der Währung – in den Jahren 1924, 1925 und sogar 1926 – hatten nur etwa ein Fünftel aller mit fester Geltungsdauer abgeschlossenen Tarifverträge eine Lauffrist von über 1 Jahr. Jetzt aber machen sie weit über die Hälfte aller Tarifverträge aus.

[728] Die Verlängerung der Geltungsdauer der Tarifverträge, diese ausgesprochene Unternehmerforderung, wird ohne weiteres von den Gewerkschaftsführern hingenommen. Wir kennen im Laufe der letzten zehn Jahre keinen einzigen Streik, der von den Gewerkschaften mit der Forderung der Verkürzung der Geltungsdauer geführt wurde, noch mehr, kein einziger Vertrag ist von den Gewerkschaften gekündigt worden mit der Forderung auf Verkürzung der Laufdauer: Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die bei Neuabschluß eines Tarifvertrags die Forderung auf kurzfristigen Abschluß überall stellt, wurde von den Reformisten bekämpft.

Im Laufe des Jahres 1929 – die amtliche Statistik schließt mit dem 1. Januar 1929 – sind die Tarifverträge noch langfristiger geworden. Vor kurzem sind die Ergebnisse der Tarifstatistik des ADGB erschienen („Die Tarifverträge in Deutschland Ende 1929“, bearbeitet von Wladimir Woytinsky), die die Verstärkung dieser Tendenz für das Jahr 1929 aufzeigen. Die Tarifstatistik des ADGB umfaßt 10.046.619 Personen, das sind ausschließlich Arbeitertarife. Die amtliche Statistik umfaßt Arbeiter- und Angestelltentarifverträge; u. a. auch solche Arbeitertarifverträge, die nicht vom ADGB abgeschlossen sind. Für die zehn Millionen Arbeiter, die durch die Tarifvertragsstatistik des ADGB erfaßt sind, ist die Geltungsdauer der Tarifverträge auf Ende 1929 gegeben. Die Tarifvertragsstatistik des ADGB unterscheidet allerdings Volltarife (Tarifverträge, die Lohnbedingungen, Arbeitszeitbedingungen und alle anderen Arbeitsbedingungen enthalten), Manteltarife (Tarifverträge, die größtenteils Arbeitszeit und andere Arbeitsbedingungen enthalten) und Lohntarife (Tarifverträge, die hauptsächlich nur die Lohnbedingungen fixieren). Im gewogenen Durchschnitt (nach der Zahl der beteiligten Personen gewogen) hatten am Jahresschluß 1929 die geltenden Tarifverträge das folgende Alter:

Volltarife	16 Monate
Manteltarife	24 Monate
Lohntarife	9 Monate

Diese Tarifverträge laufen aber in ihrer großen Mehrheit am Ende 1929 weiter. Die am Ende 1929 geltenden Tarifverträge konnten in ihrer überwältigenden Mehrheit erst im Laufe des Jahres 1930 bzw. können erst im ersten Halbjahr 1931 gekündigt werden. Die Lohntarife, die die wichtigsten Tarifverträge sind, hatten am Ende 1929 folgende Kündigungsfristen:

Kündigungsfristen der am Ende 1929 in Kraft stehenden Lohntarife

Am Stichtag bereits gekündigt	34	Lohntarife	149.636	Personen
Zu jeder Zeit kündbar	664	Lohntarife	422 402	Personen
Im 1. Halbjahr 1930 kündbar	1485	Lohntarife	2.294.791	Personen
Im 2. Halbjahr 1930 kündbar	1256	Lohntarife	2.848.581	Personen
Im 1. Halbjahr 1931 kündbar	257	Lohntarife	1.664.169	Personen
Im 2. Halbjahr 1931 oder später kündbar	26	Lohntarife	132.599	Personen

Im Durchschnitt ist anzunehmen, daß die Lohntarife am Ende 1929 noch etwa acht Monate laufen, sie hatten also eine [729] Geltungsdauer von 17 Monaten; die Volltarife noch fünf Monate laufen, sie hatten also eine Geltungsdauer von 21 Monaten und die Manteltarife noch neun Monate laufen also eine Geltungsdauer von 33 Monaten.

Für Ende 1929 ist also eine Rekordhöhe der durchschnittlichen Geltungsdauer der Tarifverträge festzustellen. Die durchschnittliche Laufdauer beträgt etwa anderthalb Jahre.

V.

Bringt die Langfristigkeit der Tarifverträge mit sich, daß die tatsächlichen Arbeitsbedingungen im Betrieb im Laufe der Geltungsdauer wesentlich andere werden als die im Tarifvertrag festgelegten, so verursacht die Art und Weise, wie die Tarifverträge zustande kommen, daß die Tarifverträge von vornherein, schon bei ihrem Abschluß, nicht die Kräfteverhältnisse zwischen den Tarifvertragsparteien widerspiegeln. Die Tarifvertragsstatistik des ADGB gibt eine sehr interessante Auskunft über die Methoden des Abschlusses und die Erneuerung von Tarifverträgen durch die Gewerkschaftsbürokratie. „Die überwiegende Mehrheit der Tarifverträge, die Ende 1929 in Kraft waren – berichtet die ADGW Statistik –, ist ohne Arbeitseinstellung zustande gekommen.“ Dies ist aus der nachstehenden Zusammenstellung klar zu ersehen:

Sind zustande gekommen	Volltarife f. Arbeitskräfte	Manteltarife f. Arbeitskräfte	Lohntarife f. Arbeitskräfte
Ohne Arbeitseinstellung	1.936.601	7.952.374	7.287.966
Nach Streik	12.777	127.819	354.504
Nach Aussperrung	2333	44.715	331.996
zusammen:	1.951.711	8.124.908	7.974.466

Von hundert Beschäftigten, deren Arbeitsbedingungen tariflich geregelt waren, entfielen auf Tarifverträge, die mit oder ohne Arbeitseinstellung zustande gekommen sind:

	Volltarife	Manteltarife	Lohntarife
Ohne Arbeitseinstellung	99,2	97,9	91,4
Nach Streik	0,7	1,6	4,4
Nach Aussperrung	0,1	1,5	4,2
zusammen:	100	100	100

Diese letzte Tabelle kann nicht genug unterstrichen werden. Bei Abschluß von Volltarifen und Manteltarifen sind Streiks überhaupt verschwunden, nur bei Lohntarifen haben von 100 bei Abschluß eines neuen Tarifes 4,4 Beschäftigte gestreikt. Das zeigt, daß der Abschluß von Tarifverträgen immer mehr aufhört, eine Kampfhandlung zu sein, er ist in der überwältigenden Mehrheit – 95 v. H. – zu einem Kuhhandel zwischen den Gewerkschaftsführern und dem Unternehmersyndikat geworden.

Das Schlichtungswesen – die tarifvertragliche Schlichtung [730] wie die behördliche – Schlichtung –, das von den Gewerkschaftsführern anerkannt wird und dessen Sprüche sie mit aller Rücksichtslosigkeit durchführen, spielt die Hauptrolle bei dem Abschluß von Tarifverträgen. Die Ende 1929 geltenden Lohntarife verteilen sich nach der Art der Verhandlungen, durch die sie zustande kamen, wie folgt:

Zustande gekommen durch:	f. Arbeitskräfte	v. 100 Arbeitern
Direkte Verhandlungen	2.199.673	27,6
Tarifvertragliche Schlichtung	1.636.334	20,5
Behördliche Schlichtung	413.849	51,9
zusammen	7.974.466	100

Bei Volltarifen und Manteltarifen spielen die direkten Verhandlungen eine größere Rolle. Der Abschluß dieser Tarifverträge ist aber, wie wir das schon oben gesehen haben, eine bloße Formalität, die mit keinen Kampfhandlungen verbunden ist, so daß die Schlichtungsinstanzen nur sehr selten eingreifen müssen. Beim Abschluß von Lohntarifen treten direkte Verhandlungen hinter das Schlichtungsverfahren zurück. Von 100 Arbeitern, die einen neuen oder erneuerten Lohntarif erhalten haben, wurden 72 mit diesem Lohntarif durch den Schlichter beglückt.

Die Schiedssprüche der tarifvertraglichen Schlichtung, durch die 20 Prozent aller Lohntarife Zustande kamen, sind ihrem Charakter nach als verbindlich erklärte Schiedssprüche anzusehen. Wenn das Reichstarifamt die im Tarifvertrag vereinbarte zentrale Schiedsstelle, den Schiedsspruch der ersten oder zweiten Instanz bestätigt, so ist er für die Vertragsparteien verbindlich, d. h. die Gewerkschaften und die Unternehmerverbände sind bei Nichtdurchführung dieser Schiedssprüche schadenersatzpflichtig. Die tarifvertragliche Schlichtung überwiegt im Baugewerbe bei den Steinarbeitern, im Organisationsbereich des Fabrikarbeiterverbandes, im Holz- und Malergewerbe. In aller Erinnerung ist noch der letzte Abschluß des Tarifs für 1.400.000 Bauarbeiter, der durch den Beschluß des zentralen Tarifamts rechtsgültig wurde.

Lohntarife für über 4 Millionen Beschäftigte, die am Ende 1929 galten, sind durch die Schiedssprüche der behördlichen Schlichtung zustande gekommen, Von diesen sind Schiedssprüche für über 2 Millionen Beschäftigte für verbindlich erklärt worden, für die übrigen 2 Millionen ist eine Einigung bei den Schlichtungs- oder Verbindlichkeitsverfahren erzielt worden. Diese Einigung kommt unter der direkten Drohung der bevorstehenden Verbindlichkeitserklärung, wenn die Vertragsparteien sich nicht einigen, zustande. Das Schlichtungswesen wirft seinen Schatten aber auch auf die direkten Verhandlungen. Die Anerkennung und Zustimmung der Gewerkschaftsführer zum Schlichtungswesen, die rücksichtslose Durchführung der Schiedssprüche durch die Gewerkschaftsbürokratie verwandeln den Abschluß von Tarifverträgen zu einer Aktion der Organe des kapitalistischen Staates oder zu einer Aktion, die unter dem direkten Diktat dieser Organe durchgeführt wird. [731]

VI.

Auf dem letzten Verbandstag des DMV, der größten gewerkschaftlichen Organisation Deutschlands, erklärte Brandes, der Vorsitzende dieses Verbandes:

„Trotz aller schlechten Erfahrungen stehen wir nach wie vor zum Schlichtungswesen. Der Staat (der kapitalistische – F. D.) hat das Recht, in die Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital einzugreifen."

Derselbe Brandes hatte vor zwei Jahren nach der Aussperrung in der rheinisch-westfälischen Metallindustrie von Oktober/November 1928 etwas anderes gesagt. Diese Aussperrung war nämlich der erste große Schlag gegen das gesamte Schlichtungswesen. Die Ruhrbarone hatten ausgesperrt, trotzdem ein verbindlich erklärter Schiedsspruch vorlag, und die Regierung Hermann Müller-Severing kuschte. Die Aussperrung der Unternehmer trotz eines verbindlich erklärten Schiedsspruches hat den Arbeitermassen das richtige Gesicht des Schlichtungswesens gezeigt. Im „Klassenkampf", der Zeitschrift der „linken" Sozialdemokraten, erschien danach ein Aufsatz „Ruhrkampf und Schlichtung", der die damalige Stellung breiter Kreise auch sozialdemokratischer Arbeiter wiedergab. Der Verfasser dieses Artikels erklärte, daß er „noch vor vier Wochen das Schlichtungswesen verteidigt habe", jetzt aber, nach den Ereignissen im Ruhrkonflikt, folgendes über das Schlichtungswesen zu sagen habe:

„Es muß mit aller Deutlichkeit betont werden: durch das Zurückweichen der Reichsregierung vor der wirtschaftlichen Macht der Arbeitgebergruppe Nordwest hat die Schlichtungsordnung den Charakter einer Rechtsnorm verloren. Der Staat kann für seine Schiedssprüche keine Autorität mehr verlangen, wenn er selbst seinen Hoheitsakten die Autorität entzieht. ... Kein Gewerkschafter kann den Mut aufbringen, Arbeiter, die einen verbindlich erklärten Schiedsspruch nicht respektieren wollen, darauf zu verweisen, daß dieser Schiedsspruch

beachtet werden müsse. Was will der Gewerkschaftsführer auf den Hinweis der unwilligen Arbeiter antworten, nachdem im entscheidenden Augenblick der Staat nicht gewagt hat, einen verbindlich erklärten Schiedsspruch gegen das Unternehmertum aufrechtzuerhalten. Es hat daher zu heißen: Fort mit der Schlichtungsordnung!“

Unter dem Druck dieser Stimmung mußte derselbe Alwin Brandes in der Essener Betriebskonferenz, wo die Kapitulation beschlossen wurde, zum Schlichtungswesen erklären:

„Wir müssen uns aber auch sagen, daß eine Aenderung des Schiedsspruches die Erledigung des Schlichtungswesens bedeutet (allgemeine Zustimmung), denn man kann doch nicht von den Arbeitern verlangen, sich einer Verbindlichkeitserklärung zu beugen, wenn hier die Unternehmer die Entscheidung gewaltsam außer Kraft setzen dürfen.“

Inzwischen ist im Juli 1930 der Tarifvertrag, der durch den von Severing damals gefällten schlechteren Schiedsspruch zustande kam, abgelaufen. Diesmal ist ein Schiedsspruch gefällt und für verbindlich erklärt worden, der von den Unternehmern angenommen wurde und von den Gewerkschaften abgelehnt werden mußte, da er Lohnabbau vorsah. [732] Die Gewerkschaften haben aber wieder erklärt: Einen verbindlich erklärten Schiedsspruch betrachten wir ohne weiteres als bindend für uns. Diesen Satz formulierte auch Brandes auf dem Berliner Verbandstag des DMV von Ende August d. J.

Die Stellung von Brandes und der gesamten Gewerkschaftsbürokratie zum Schlichtungswesen kam sehr klar zum Ausdruck, als Urich in dem großen Berliner Metallstreik den Schlichter anrief. „Wir müssen alle Verhandlungsmöglichkeiten ausnutzen“ – erklärte Urich in einer Konferenz der DMV-Funktionäre in den VBMI-Betrieben, um die Anrufung des Schlichters zu begründen. Die Anrufung des Schlichters bedeutet aber, die Entscheidung des Konflikts in die Hände der Organe des kapitalistischen Staates zu legen. Jedes Schlichtungsverfahren kann mit einer Verbindlichkeitserklärung eines gefällten Schiedsspruchs enden – bei großen Konflikten ist das immer sicher –, bei einer Verbindlichkeitserklärung aber ist jeder Kampf für die Gewerkschaftsbürokratie beendet. Die Anrufung des Schlichters im Berliner Metallstreik bedeutete die Auslieferung der Berliner Metallarbeiter mit Haut und Haaren an den kapitalistischen Staat, an die Bürgerblockregierung

Der Satz von Brandes: „Der Staat hat das Recht, in die Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital einzugreifen“, ist eigentlich ein ganzes Programm. Dieser Satz erinnert an einen etwas schärfer formulierten Satz von Mussolini, der zum Grundgedanken der faschistischen Carta del Lavoro, der „Verfassung der Arbeit“, geworden ist. Mussolini erklärte nämlich:

„Ebenso wie der Staat als Träger der Rechtsordnung seit Jahrhunderten die Selbstverteidigung der einzelnen Menschen verboten und durch staatliche Justiz ersetzt hat, muß er nun auch endlich die Selbstverteidigung der Klassen verbieten und durch staatliche Justiz ersetzen. im höheren Interesse des sozialen Friedens, der Produktion und des nationalen Reichtums.“ (Zitiert bei Dr. Ulrich Heinersdorf: „Das Arbeitsverhältnis im faschistischen Recht“.)

Die Carta del Lavoro, die Programmschrift der faschistischen Arbeitspolitik, die am 21. April 1927 vom Großen faschistischen Rat unter dem Vorsitz von Mussolini beschlossen wurde, enthält in vollendeter Form die Grundgedanken über die Rolle des kapitalistischen Staates bei der Regelung der Arbeitsbedingungen, die von unseren deutschen Gewerkschaftsführern und reformistischen Gewerkschafts„theoretikern“ propagiert werden. Die Rechtsnormen für das Arbeitsverhältnis sind im mussolinischen Italien gegeben durch die Carta del Lavoro, durch Gesetze, durch königliche Verordnungen, Tarifverträge, Anordnungen der korporativen Behörden und gerichtliche Urteile. Die Rolle des Schlichtungsapparats spielt in Italien die korporative Anordnung und das gerichtliche Urteil. Die Carta del Lavoro und die gesamte faschistische Gesetzgebung über Arbeitsverhältnisse mißt dem italienischen Schlichtungsapparat eine ungeheure prinzipielle Bedeutung bei. Dr. Hans Reupke, der vor kurzem ein Buch über Italien: „Das Wirtschaftssystem des Faschismus“ veröffentlicht hat, schreibt zu dieser Frage (S. 97):

„Der Faschismus stellt nun die Lehre auf, daß der gerechte Lohn durch eine rein logisch-[733]kalkulatorische Operation gefunden werden könne, und zwar entsprechend den normalen Lebenserfordernissen, den Möglichkeiten der Produktion und dem Erträgnis der Arbeit (Carta del Lavoro XII). Eine Reihe weiterer Kriterien nennen die Erklärungen XIII (Erzeugungskrisen, Währungsverhältnisse,

Bedingungen der Erzeugung und der Arbeit, Lage des Geldmarktes, Lebensstandard des Arbeiters) und XIV der Carta (Uebereinstimmung zwischen den Erfordernissen des Arbeiters und des Unternehmers). Ist der Minimallohn auf diese Weise theoretisch ermittelt, so bedarf es, um ihn zur Anwendung zu bringen, letzten Endes eines Staatshoheitsaktes, d. h. des Spruchs des Arbeitsgerichts, falls die syndikale Vereinbarung nicht zustande kommt oder die staatliche Vermittlung fehlschlägt."

Diese Einstellung stimmt völlig überein mit der Erklärung von Brandes und den anderen Gewerkschaftsführern zum Schlichtungswesen.

Verschiedene Punkte der Carta del Lavoro erinnern fast wörtlich an die Aeußerungen der Gewerkschaftsführer und von reformistischen Gewerkschafts„theoretikern". Wir wollen nur einige Stellen aus der Carta zitieren:

„IV. Im kollektiven Arbeitsvertrag findet die Solidarität zwischen den verschiedenen Faktoren der Produktion durch Versöhnung der entgegengesetzten Interessen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sowie ihre Unterordnung unter die höheren Interessen der Produktion ihren konkreten Ausdruck."

Die Aeußerung kann man in den Aufsätzen der „Arbeit" und der „Gewerkschaftszeitung" finden, in denen immer wieder von den „Produktionsaufgaben der Gewerkschaften" die Rede ist. Dasselbe kann man in jeder Verbandszeitung finden, in der gesagt wird, daß die Interessen der Arbeiter und Unternehmer den Interessen des „Gesamtwohls", den Interessen der Wirtschaft untergeordnet werden müssen.

In der Carta del Lavoro heißt es:

„VI. Die gesetzlich anerkannten Berufsvereinigungen sichern die rechtliche Gleichheit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Sie halten die Disziplin der Produktion und der Arbeit aufrecht und fördern deren Vervollkommnung."

Dieser Satz ist von dem bekannten Memorandum des ADGB am Anfang der deutschen Rationalisierungsperiode im Februar 1926 abgeschrieben. In diesem Memorandum hat der ADGB sich bekanntlich für die kapitalistische Rationalisierung ausgesprochen und hat die „Förderung und Vervollkommnung der Produktion" als direkte Aufgabe der Gewerkschaften gestellt.

Und nun die Stellung der Carta dcl Lavoro zum Schlichtungswesen:

„V. Die Arbeitsmagistratur ist das Organ, dessen sich der Staat bedient, um in die Regelung der Arbeitsstreitigkeiten einzugreifen, sei es, daß diese Streitigkeiten die Beachtung der bestehenden Verträge und andere Vorschriften betreffen, sei es, daß sie sich auf die Festlegung neuer Arbeitsbedingungen beziehen.

X. Bei kollektiven Arbeitskonflikten (Gesamtstreitigkeiten) kann der gerichtliche Weg nicht beschritten werden, bevor das korporative Organ einen Schlichtungsversuch unternommen hat. Bei Einzelstreitig-[734]keiten über die Auslegung und Anwendung der kollektiven Arbeitsverträge sind die Berufsvereinigungen berechtigt, ihre Dienste zum Zweck einer Vermittlung anzubieten. Zuständig für die endgültige Regelung solcher Konflikte sind die ordentlichen Gerichte, unter Hinzuziehung von Beisitzern, die durch die interessierten Berufsvereinigungen bezeichnet werden."

Wir sehen also, daß der Schlichtungsapparat im faschistischen Italien in seinen Rechten und in seiner Rolle bei der Regelung der Arbeitsbedingungen sich in nichts von dem deutschen Schlichtungsapparat unterscheidet.

Das offene endgültige Verbot von Streiks im faschistischen Italien ist nur die logische Folgerung aus diesen Ansichten über den Wirtschaftsfrieden, über die Aufgaben des kapitalistischen Staates bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse. Die von uns oben zitierte deutsche Tarifvertragsstatistik zeigt ganz klar, daß die deutsche Schlichtungsordnung, die von den Reformisten anerkannt wird, in der Tat immer mehr zum allmählichen gesetzlichen Streikverbot wird.

VII.

Wir haben die wichtigsten Ursachen der entstandenen Tarifvertragskrise an Hand von amtlichen und gewerkschaftlichen Zahlen feststellen können. Wir haben auch die Folgen dieser Krise für die Ausgestaltung der Lohnbedingungen in den Betrieben aufgezeigt. Aber nicht nur der lohngestaltende

Einfluß des Tarifvertrages ging zurück. sein Einfluß auf die Ausgestaltung aller Arbeitsbedingungen verringerte sich mit jedem Tag. Der wichtigste Fragenkomplex nach den Lohnbedingungen sind die Arbeitszeitfragen. Hier sehen wir die gleiche Erscheinung.

In dem oben zitierten Aufsatz („Die Krise des Tarifvertrages“, „Rote Fahne“ vom 3. Juli 1929) wird mit Recht folgende Tatsache festgestellt:

„Es verringert sich auch die Rolle des Tarifvertrages für die Gestaltung der tatsächlichen Arbeitszeit im Betrieb. Fast jeder Manteltarif hat die stereotype Phrase: ‚Der normale Arbeitstag beträgt acht Stunden. Dann kommt unweigerlich das ‚Aber‘. Der Unternehmer hat das Recht, ‚im Einvernehmen, ‚nach Anhörung‘ oder ‚nach Mitteilung‘ an den Betriebsrat Ueberstunden anzuordnen. Sicherlich haben diese Formulierungen eine Bedeutung. Aber entscheidend für die Ueberstunden ist die Stellung des Betriebsrats im Betrieb und die Haltung der gesamten Belegschaft.“

Die Angaben der amtlichen Statistik über tarifvertragliche Arbeitszeit und die Ergebnisse der ADGB-Untersuchungen über die tatsächliche Arbeitszeit bestätigen das ausdrücklich:

Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit nach den Regelungen in den Tarifverträgen
(Stand am 1. Januar 1929)

Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit betrug in Stunden	Zahl der Beschäftigten	In Prozenten der Gesamtzahl
unter 48	875.782	9,3
48	7892761	84,0
über 48	627.998	6,7
insgesamt	9.396.541	100,0

[735] Die tarifvertragliche Arbeitszeit änderte sich in den letzten Jahren sehr wenig. Der ADGB führte seit 1924 sechsmal Erhebungen über die tatsächliche Dauer der Arbeitszeit durch. Diese Erhebungen umfaßten eine kleinere Gruppe Beschäftigter, und zwar von 2,3 bis 3,1 Millionen. Diese Gruppe hat aber zweifellos noch bessere tarifvertragliche Bedingungen in Hinsicht auf die Arbeitszeit, als der Durchschnitt der 9,3 Millionen von der amtlichen Statistik erfaßten. Trotzdem sahen die Ergebnisse der bisherigen Arbeitszeiterhebungen des ADGB ganz anders aus:

Von 100 Arbeitern und Arbeiterinnen waren beschäftigt:

Erhebungswoche	Erfaßte Personen	in Kurzarbeit	Unter 48 Stunden	48 Std.	Ueber 48 Std.
12. bis 17.5.1924	2.453.523	–	5,8	39,5	54,7
3. bis 8.11.1924	2.362.820	9,3	4,1	41,2	35,4
25. bis 30.4.1927	2.533.147	4,6	6,3	41,1	48,0
24. bis 29.10.1927	2.904.849	1,7	6,0	49,6	42,7
1. bis 6.10.1928	101.078	11,3	6,5	55,6	26,4
10. bis 15.2.1930	2.700.033	22,9	6,4	53,5	17.2

Man sieht also, daß die tatsächliche Arbeitszeit sehr wenig von dem Tarifvertrag beeinflußt ist. Die von den Erhebungen des ADGB erfaßten Personen hatten fast durchweg in ihren Tarifverträgen den Achtstundentag, und trotzdem arbeiteten in der Tat manchmal die Hälfte dieser Kollegen über 48 Stunden, große Teile sogar 51, 54 Stunden und darüber. Wenn der Prozentsatz der Arbeiter, die über 48 Stunden arbeiten, in den letzten zwei Jahren zurückging, so hat dies am wenigsten mit dem Tarifvertrag zu tun, sondern ist, wie sehr eindringlich aus der Tabelle hervorgeht, mit den Wechslungen in der Wirtschaftskonjunktur verbunden. In der Frage der Arbeitszeit wie in der Lohnfrage hat die reformistische Tarifvertragspolitik grundsätzlich versagt.

VIII.

Das Versagen des Tarifvertrages gibt der Gewerkschaftsopposition die Möglichkeit, den breitesten Massen der Arbeiterschaft die Unentbehrlichkeit der sogenannten „wilden Streiks“, d. h. Streiks während des Bestehens eines Tarifvertrages, klarzumachen. „Wilde Streiks“, die in den letzten Jahren unter Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition ununterbrochen fortdauerten, wirkten auf die Gewerkschaftsführer wie das rote Tuch auf den Stier. „Wilde Streiks“ haben aber schon ihre Tradition in der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Es ist von großem Nutzen für die Arbeit der Anhänger der Revolutionären Gewerkschaftsopposition unter den Gewerkschaftsmitgliedern, einige „wilde Streiks“ der alten Zeit in Erinnerung zu bringen. Sicherlich wissen heutzutage wenige Kollegen, daß schon vor dem Kriege und während des Krieges große Streiks von Gewerkschaftsmitgliedern wochen- und sogar monatelang geführt wurden gegen den Willen der Verbandsvorstände, ohne Streikunterstützung. Einige dieser Beispiele sind von außergewöhnlichem Interesse für die jetzige Zeit. Wir wollen hier nur [736] drei solcher Streiks anführen die sich in den Jahren 1908, 1911 und 1913 abgespielt haben. Die „wilden Streiks“ während des Krieges, die nachträglich von den Gewerkschaftsführern sanktioniert wurden, um sie abzuwürgen, wie auch diejenigen, die vom Anfang bis zum Ende gegen den Willen und Widerstand der Gewerkschaftsführer geführt wurden, sind im Zusammenhang mit den von uns aufgeworfenen Problemen weniger maßgebend. Die „wilden Streiks“ während des Krieges die vom Spartakusbund und der USPD angeführt waren, waren in ihrer großen Mehrheit ausgesprochene politische Streiks. Wir wollen hier nur die „rein gewerkschaftlichen“ Streiks der Vorkriegszeit schildern, die von den Massen selbst ausgelöst und trotz des heftigen Widerstandes der Verbandsvorstände durchgesetzt wurden. Wir beschränken uns dabei auf die drei bekanntesten „wilden Streiks“ der Vorkriegszeit, die ein großes Echo in der Gewerkschafts- und Parteipresse gefunden haben.

Der Streik im Strebel-Werk Mannheim 1908. Am 15. Oktober 1908 traten die Arbeiter des Strebel-Werks in den Streik. um die Herabsetzung der Akkordlöhne abzuwehren. Der Streik wurde gegen den Willen der Verbandsbürokratie begonnen; der Verband mußte aber nachträglich diesen Streik genehmigen, erstens „weil die in Aussicht gestellten Stundenverdienste zu den bisherigen in keinem Verhältnis standen“, zweitens „weil für diese Verdienste nicht die geringste Garantie gegeben war“. Die Direktion drohte mit Hilfe des Verbandes der Vereinigten Unternehmer von Mannheim und Umgebung die Aussperrung von 15.000 Arbeitern des Industriebezirks Mannheim für den 1. Januar 1909 an, wenn die Streikenden bis 15. Dezember die Arbeit nicht wieder aufgenommen hätten. Am 17. Dezember erklärten die Verbandsange stellten in der Streikversammlung der Streik müsse abgebrochen werden, weil sonst eine Aussperrung von 15.000 Arbeitern bevorstehe. Die Arbeiter erklärten darauf: „Jawohl, sollen sie raus, wir sind auch draußen.“ Die Fortsetzung wurde mit 397 von 428 Stimmen beschlossen. Auch eine Vertrauensmännerkonferenz beschloß einmütig, den Streik fortzusetzen Am 21. Dezember fand in Stuttgart eine Vorstandssitzung des Deutschen Metallarbeiterverbandes mii den Mannheimer Angestellten statt, und dort wurde beschlossen, den Streik um jeden Preis abzubrechen. Zur Beruhigung der Gemüter wurde noch eine Abstimmung der Streikenden am 23. Dezember angesetzt. Diese Versammlung sprach ihre tiefste Empörung gegen den Verbandsvorstand aus, die Abstimmung ergab eine fast einmütige Stellungnahme für den Streik. Darauf erklärte der Verbandsvertreter, „daß der Vorstand auf Grund eingehender Erwägungen beschlossen habe, den Streik von Verbands wegen für beendet zu erklären“. In einem Flugblatt des Vorstandes wurde erklärt, daß in solchen Auseinandersetzungen die Meinung des Verbandsvorstandes maßgebend sein müsse, und der Abbruch wurde mit der bevorstehenden Aussperrung begründet. Eine Urabstimmung der Metallarbeiter des Industriebezirks Mannheim aber ergab am 10. Januar eine Willenserklärung für die Streikenden. In fast allen Versammlungen wurden einstimmig Resolutionen gegen Vorstand und Ortsleiter angenommen Durch Entziehung der Unterstützung gelang es dem Verbandsvorstand, den Strebel-Streik abzuwürgen.

[737] A. Winnig begründete damals in den „Sozialistischen Monatsheften“ die Stellung der Verbandsinstanzen. Er schrieb u. a.:

„Auf dem Gebiet der Kämpfe erscheint gar nicht selten das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Gewerkschaftsmitglieder als eine lästige Fessel in der Führung.“

Eduard Bernstein behandelte auch in den „Sozialistischen Monatsheften“ den Fall im Strebel-Werk. Er sprach sich natürlich für den Verbandsvorstand aus und sagte, daß bei den zentralen Instanzen, nicht bei der Masse die Entscheidung über den Streik liegen müsse. Bernstein fragte, bei welcher Masse soll die Entscheidung liegen – wie das von verschiedenen Seiten verlangt wird –, bei der „Masse der direkt Interessierten oder der Masse der Mitglieder der ganzen Organisation? Im ersteren Falle seien Anarchie und mangelnde Aktionskraft unausbleiblich, im letzteren aber das

Referendum ungeeignet, wenigstens zur Beendigung einer Aktion, da der Masse der Blick für den richtigen Zeitpunkt fehlt."

Der Werftarbeiterstreik von 1913. Dieser „wilde Streik" ist zweifellos der wichtigste aus den „wilden Streiks" der Vorkriegsjahre. 30.000 bis 40.000 Arbeiter standen gegen den wütenden Widerstand der Verbandsvorstände zwei Monate im Streik, ohne Streikunterstützung. Im Anfang Juli 1913 waren die Hamburger Werftarbeiter in einer Lohnbewegung. Am 13. Juli fand eine Werftarbeiterkonferenz statt, die die von dem Vorstand aufgenommenen Verhandlungen mit den Unternehmern billigte. Aber am Morgen nach der Konferenz. am 14. Juli, traten bei Blohm & Voß die Nieter in den Streik, weil sie morgens die Polizei vor der Werft vorfanden. Blitzschnell verbreitete sich der Streik über alle Hamburger Werften. Am 15. lag in Hamburg alles still. Die Vorstände forderten vergeblich zur Arbeit auf, sie entzogen dem Streik die Unterstützung. Eine Werftarbeiterversammlung beschloß am 15. mit 5662 gegen 120 Stimmen die Fortsetzung des Streiks auch ohne Streikunterstützung. Am 19. Juli streikten bereits auf den Hamburger Werften 8638 Metallarbeiter, 850 Holzarbeiter, 850 Transportarbeiter, 600 Fabrikarbeiter, 300 Maschinisten und Heizer. Im Laufe der nächsten drei Tage legten die Werftarbeiter die Arbeit nieder in Stettin, Kiel und Bremen. Ueberall wurde der Streik von den Verbandsvorständen verdammt, die Streikunterstützung nicht bewilligt. Schließlich standen im Streik 40.000 Arbeiter, ohne einen Pfennig Streikunterstützung, da die Verbandsvorstände auch die Mittel der Lokalkassen zur Unterstützung des Streiks sperrten. Der Hauptvorstand des DMV berief im Zusammenhang mit diesem Streik eine außerordentliche Generalversammlung nach Berlin am 8. August ein. Aus dem Referat des Verbandsvorsitzenden Schlickc und der sehr ausgiebigen Diskussion ging das Bild des Streiks sehr klar hervor. Schlicke beklagte sich bitter über die Werftarbeiter, die starke Neigungen zu „wilden Streiks" hätten. Ein Beispiel für solche Streiks von unten herauf" sei [738] die plötzliche Arbeitseinstellung auf der Vulkanwerft des „Imperator", wodurch der Direktion eine Akkordgarantie von 35 Prozent abgenötigt wurde. In der Generalversammlung wurde eine Resolution gegen den Streik angenommen. Der Streik wurde in Hamburg abgewürgt. Nur die Holzarbeiter in Bremen und Bremerhaven beharrten im Streik. Die Unternehmer machten die Gesamteinstellung von ihrem Nachgeben abhängig, diese beschlossen aber, weiterzustreiken, so daß bis 4. September 30 000 Arbeiter außerhalb der Betriebe waren. Schließlich setzte sich der Vorstand auch bei den Holzarbeitern durch. Sie gaben nach, aber mit einer Resolution, in der sie dem „nackten Bürokratismus" des Vorstandes die Schuld gaben, daß eine aussichtsreiche Bewegung zu einer Niederlage geworden sei.

Der Buchdruckerstreik in Berlin vom Juni 1911. Am 8. Mai 1911 traten die Maschinenmeister bei Scherl, Berlin, in den Streik. Die Maschinenmeister hatten bei Scherl eine Arbeitszeit von zehn Stunden und vier Stunden Arbeitsbereitschaft täglich. Außerdem mußten sie noch Ueberstunden leisten. Das war aber tariflich festgelegt. Das Tarifamt entschied, daß die Maschinenmeister sich des Tarifbruchs schuldig gemacht hätten. Die Vertrauensleute Huf und Welling wurden laut Spruch des Tarifamts gemaßregelt. Die nicht gemaßregelten Maschinenmeister verweigerten die Arbeit ohne Wiedereinstellung der Gemaßregelten. Der „Lokalanzeiger" wurde zu Mosse und Ullstein zum Druck gegeben. Die Kollegen bei Mosse und Ullstein weigerten sich, Streikbrucharbeit zu leisten und traten in den Ausstand. Am 17. Juni blieben in Berlin die Morgenblätter aus. Bei allen drei Firmen wurde gestreikt. Daraufhin schloß der Verband 38 Mitglieder des Verbandes aus, weil sie Streikbrucharbeit verweigert hatten. Der Vorstand würgte letzten Endes den Streik ab mit Hilfe der Unternehmer und des Tarifamts.

Der Streik bei Scherl hat seinerzeit das größte Aufsehen erregt. Die Empörung unter den Gewerkschaftsmitgliedern war so groß, daß in der Gewerkschaftspresse verschiedentlich gegen den Buchdruckerverband Stellung genommen wurde. In einer Broschüre des Zimmererverbandes, die kurz nach dem Streik erschien, hieß es: Es war den Unternehmern in diesem Fall gelungen, „die Gewerkschaft ihres Charakters als Instrument der Vertretung der Arbeiter zu entkleiden und sie zum Exekutivorgan des organisierten Unternehmerwillens zu machen".

IX.

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die Erbin der revolutionären und klassenkämpferischen Traditionen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung, sieht in den „wilden Streiks“ der Vorkriegszeit, die von den Massen gegen den Widerstand der Gewerkschaftsführer entfacht wurden, die Vorfahren der jetzigen, von der Revolutionären Gewerkschaftsopposition geleiteten Bewegungen. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition wächst aber immer mehr zur straff ausgebauten gewerkschaftlichen Massenorganisation der deutschen Arbeiterschaft. Die RGO wird zum Tarifkontrahenten.

[739] Eine genaue Vorstellung über die jetzigen, von den Reformisten abgeschlossenen Tarifverträge, über die tiefe Krise, die diese Tarifverträge durchmachen, zeigt den breiten Massen, daß die Arbeiterschaft Selbstmord beginge, wenn sie auf ihr Panier die Erhaltung und Durchführung dieser Tarifverträge, die sogenannte „Tariftreue“, schreiben würde. Die „wilden Streiks“ sind unentbehrlich, wenn die Arbeiter nur noch die erkämpften nominellen Löhne erhalten wollen. Darüber hinaus zeigt die Entwicklung des deutschen Tarifvertragssystems, der Schlichtungspraxis und der gesamten Arbeit der Gewerkschaftsführer bei Abschluß und Erneuerung von Tarifverträgen, wohin die Reise geht. Die gesamte Regelung der Arbeitsverhältnisse durch Staat, Unternehmer und Gewerkschaftsapparat bedient sich immer mehr faschistischer Methoden und Formen. Der Ausbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition zu einer Massenorganisation, die als selbständiger Faktor in die Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital eingreift, wird hiermit zur gebietenden Notwendigkeit für die Gegenwart und Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung.

*

Zur Frage der Angestellten

Von E. Bergner

In der Diskussion, die innerhalb unserer Partei über die Reichstagswahlen vom 14. September geführt worden ist, wurde übereinstimmend festgestellt, daß Angestellte und Beamte einen großen Prozentsatz, wenn nicht sogar den größten, der Wähler der NSDAP. gebildet haben. Nicht nur das, man kann auch behaupten, daß die Angestellten in ihrer großen Mehrheit nationalsozialistisch gewählt haben. (Das gleiche gilt, wenn auch in etwas abgeschwächterem Maße, für die mittleren und unteren Beamten, die wir aber aus der weiteren Betrachtung ausschließen.) Zahlenmäßig läßt sich natürlich der Anteil der nationalsozialistischen Wähler unter den Angestellten nicht feststellen. Man kann aber sagen, daß bei dreieinhalb Millionen Angestellten, die es jetzt in Deutschland gibt, der Anteil der Naziwähler sich auf etwa zwei Millionen beläuft, was sicherlich nicht zu hoch gegriffen ist. Das bedeutet, daß eine beträchtliche Schicht des Proletariats noch mi Lager des Klassenfeindes steht. Die Gründe dafür aufzudecken, soll die Aufgabe dieses Aufsatzes sein.

In unserer Parteiliteratur werden die Angestellten in ihrer großen Masse als ein Teil des Proletariats angesehen. Wir haben uns dieser Ausdrucksweise ebenfalls oben bedient. Ist sie aber richtig? Sie ist richtig, wenn man die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung der Angestellten damit kennzeichnen will. Sie ist aber nicht richtig, wenn ihre Ideologie gekennzeichnet werden soll. Man hat die Ideologie der Angestellten als kleinbürgerlich bezeichnet und hat daraus den Erfolg des Nationalsozialismus ableiten wollen. Diese kleinbürgerliche Ideologie hätte aber nicht unbedingt dazu fuhren müssen, daß die Angestellten zu einer Partei hinströmten, die in einem derartigen Ausmaß mit scheinsozialistischen Phrasen hausieren ging, wie es gerade die NSDAP. in ihrer Agitation tat. Der Erfolg der NSDAP. bei den Angestellten ist vielmehr ein Beweis dafür, daß die kleinbürgerliche Ideologie bei der Masse der Angestellten ins Wanken geraten ist. Der Grund dafür liegt in einer grund-[740]legenden Wandlung der gesellschaftlichen Stellung der Angestellten in den letzten beiden Jahrzehnten.

Die Periode des aufsteigenden deutschen Kapitalismus, also etwa die Jahre 1870 bis 1900, hatte den Angestellten eine gewisse Sonderstellung gebracht. Die kapitalistische Wirtschaft jener Periode wurde noch im wesentlichen vom Einzelkapitalisten und von der freien Konkurrenz beherrscht. Die Tatsache der Zersplitterung der Kapitalien in eine große Zahl Einzelunternehmungen schuf eine Nachfrage nach Angestellten aller Art, die nicht immer im vollen Umfange befriedigt werden konnte.

Die scharfe Konkurrenz machte es aber gleichzeitig für den Kapitalisten zur Notwendigkeit, sich für den Fabrikations- und Verkaufsapparat einen Stab geschulter Angestellter zu sichern. Das hatte zur Folge, daß, auch für die Masse der Angestellten, die Möglichkeit besserer Bezahlung gegeben war und ein Aufrücken in leitende Stellungen und damit ein Einrücken in die Bourgeoisie gegeben schien. Außerdem bestand noch in bedeutendem Maße die Möglichkeit des Selbständigwerdens über kommerzielle und technische Unternehmen kleineren Umfanges: Kleinhandel, Handelsvertretungen, Bankgeschäfte, Architekten, selbständige Ingenieure und Techniker. Die Angestellten waren also eine kapitalistische. „Zwischenschicht", die aus dem Mehr. wert für ihre Dienste eine höhere Bezahlung erhielt oder zu erhalten hoffte.

Wenn sie so wirtschaftlich mit dem Bürgertum verbunden waren, so waren sie es noch mehr ideologisch. Hervorgegangen aus dem Kleinbürgertum der Städte, teilweise auch aus der eigentlichen Bourgeoisie, entstand bei ihnen eine Ideologie, die im Grunde genommen kleinbürgerlich war, sie aber auch in manchen Punkten als die eifrigsten Vorkämpfer des Kapitalismus erscheinen ließ. Man denke nur au die Vorgänger der heutigen Angestelltengewerkschaften, an die früheren Handlungsgehilfen, Technikervereine, in denen, ebenso wie in den Arbeitsstätten selbst, diese Ideologie der Verbundenheit mit dem Kapitalismus geradezu gezüchtet wurde und heute zum Teil noch gezüchtet wird. Die „Unteroffiziere des Kapitals" waren stolz darauf, es zu sein; sie entwickelten ein ausgeprägtes Standesbewußtsein, das sie auf die Arbeiterschaft heruntersehen ließ und das im wesentlichen auf zwei Momenten beruhte: auf ihrer besseren wirtschaftlichen Stellung und auf dem Glauben: „Wir können nicht durch Maschinen ersetzt werden." Typisches Beispiel der Angestelltenideologie jener Jahre: G. Freytags „Soll und Haben" – der Roman eines jungen Angestellten, der in einer Kaffeegroßhandlung lernt, bei der Firma aushält durch gute und schlechte Jahre, sie durch seine Tüchtigkeit rettet und zur Belohnung schließlich von der alternden Erbin geheiratet wird und somit seinen Einzug ins gelobte Land der Bourgeoisie hält.

Diese Ideologie mochte für die Angestellten auf die Verhältnisse um die Jahrhundertwende mehr oder weniger passen, und sie ist auch bis in die letzten Jahre fast unverändert geblieben. Aber – die wirtschaftliche Entwicklung ging einen anderen Weg. Etwa um 1900 tritt der Kapitalismus in sein monopolistisches Stadium. Die Tendenz zur Zusammenballung großer Kapitalien, die schon früher immer vorhanden war, beginnt jetzt der Struktur der Wirtschaft das Gepräge zu geben. Für unsere Zwecke genügt es, nachstehende Merkmale dieser Periode aufzuzeigen: die Herausbildung immer größerer Wirtschaftseinheiten – Trusts, Kartelle, Syndikate –, die Ausbildung des Finanzkapitals, und durch die Kapitalzusammenballung die Möglichkeit einer weit größeren Verdrängung der Handarbeit durch Maschinenarbeit und einer wesentlich schärferen Intensivierung der Arbeit, als es früher jemals möglich gewesen war. Zunächst schien diese Entwicklung den Angestellten günstig zu sein. Die erste Folge war eine Abnahme des Anteils der Arbeiterschaft an der Gesamtzahl der Werktätigen.

Anteil der Arbeiter an der Gesamtzahl der Werktätigen in Industrie und Bergbau.

1895: 76,9 Prozent, 1907: 76,3 Prozent, 1925: 74 Prozent

[741] Dagegen nahm die Zahl der Angestellten zu, und zwar in einem ganz außerordentlichen Maße. In der Epoche des Monopolkapitals erhält der Apparat eine immer größere Bedeutung, und zwar der technische sowohl als auch der kommerzielle und der Verwaltungsapparat. Die Gründe dafür sind folgende: die gesteigerte Möglichkeit der Maschinenanwendung und weiterhin die Intensivierung der Arbeit bedingen nicht nur eine erhöhte Anzahl von Technikern aller Grade, sie bedingen auch ein Personal, das die Arbeit dauernd überwacht, die Ergebnisse überprüft und auswertet. Gleichzeitig wächst das Bestreben im Monopolkapitalismus, nicht nur die Produktion innerhalb der jeweiligen Fabrik, sondern des ganzen Trusts oder Kartells usw. zu organisieren und vor allem auch den Absatz durch Organisation zu sichern. (Daß beides, die Organisation der Gesamtproduktion einer Wirtschaftsgruppe und des Absatzes auch im Monopolkapitalismus durch die vorhandene und sich immer wieder, wenn auch in anderen Formen, durchsetzende Konkurrenz vereitelt wird, steht hier nicht zur Diskussion; das Bestreben ist jedenfalls vorhanden.) Das bedingt einen Ausbau der der Verkaufsorganisationen, die an den letzten Verbraucher herankommen, daneben aber auch den Markt und

seine Entwicklung studieren sollen. Ohne weiteres verständlich ist das Anwachsen des Verwaltungsapparates in den Kartellen und Trusts, da diese in ihrer Mehrzahl aus wenigstens kapitalsmäßig oder quotenmäßig noch selbständigen Unternehmen zusammengesetzt sind und da her komplizierter Verteilungs- und Verrechnungsmethoden bedürfen.

Die Vermehrung der Angestellten ging aber nicht nur der absoluten Zahl nach vor sich, sondern sie vermehrten sich auch in ganz entscheidendem Maße zur Gesamtzahl der Arbeiter. Dafür einige zahlenmäßige Angaben, die dem Aufsatz von Emil Lederer, „Die Umschichtung des Proletariats“, „Die Neue Rundschau“, August 1929, entnommen sind:

Steigerung von 1907–1925:

Industriearbeiter + 12 Prozent, Angestellte + 111 Prozent.

Anzahl der Angestellten auf 100 Arbeiter (1925):

Chemische Industrie :38,2 Angestellte,
Nahrungsmittelindustrie 20,5 Angestellte,
Maschinen und Apparate 22,8 Angestellte.

Lederer fügt noch hinzu, daß im Baugewerbe, bei gleichgebliebener Zahl der Arbeiter, die Zahl der Angestellten sich verdoppelt habe, während in der Nahrungsmittelindustrie, bei Sinken der Zahl der Arbeiter um 100.000, die Angestellten sich mehr als verdoppelten.

Ein ähnliches Bild ergibt eine Statistik des Afa-Bundes, die das Ergebnis einer Umfrage in mehr als 600 Betrieben ist. (Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß sie sich auf je 100 Lohn- und Gehaltsempfänger beziehen, also Arbeiter und Angestellte.):

Von 100 Lohn- und Gehaltsempfängern waren Angestellte:

	1913	1925	1926
Waggonproduktion	7	11	13
Werften	8	12	14
Maschinenbau	14	18	22
Metallindustrie	13	17	18
Elektroindustrie	28	32	32
Chemische Industrie	16	20	20
Schuhindustrie	8	9	10

(Siehe: „Unter dem Banner des Marxismus“, III, Nr. 4, Seite 567.)

[742] Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß in Deutschland heute auf 6,5 Industriearbeiter bereits ein Angestellter kommt, gegen 12 im Jahre 1907. Dabei ist die Vermehrung der Angestellten in den Bank-, Handels- und Verkehrsbetrieben unberücksichtigt gelassen. Auch rein der absoluten Zahl nach gemessen bilden die Angestellten eine bedeutende Schicht der werktätigen Bevölkerung: auf 15.700.000 Arbeiter überhaupt (also einschließlich landwirtschaftliche und Hausangestellte) und auf etwa 10.000.000 gewerbliche Arbeiter kommen etwa 3,5 Millionen Angestellte. davon 1.200.000 weibliche.

Diese Tendenz des Monopolkapitalismus auf Erhöhung der relativen und absoluten Zahl der Angestellten gilt natürlich nicht nur für Deutschland. Sie ist ebenso in den USA. zu finden, wo die Angestelltendichtigkeit ebenso hoch ist wie in Deutschland. Das sind beides Länder, in denen der monopolistische Charakter des Kapitals und die Herrschaft des Finanzkapitals am schärfste ausgeprägt sind, und es ist interessant festzustellen, daß Länder mit noch stärkerer Kapitalzersplitterung diese Erscheinung nur abgeschwächt aufweisen:

Angestellte auf 100 Arbeiter:

USA	15,9
Deutschland	15,4
England	10,8 (!)
Frankreich	10,7 (!)

Damit erscheint uns erwiesen, daß die Vermehrung der Zahl der Angestellten im Verhältnis zur Zahl der Arbeiter eine der Folgen der monopolistischen Entwicklung des modernen Kapitalismus ist und von dem Grad seiner Entwicklung abhängt.

Wir sagten oben, daß diese neue Entwicklung für die Angestellten zunächst günstig schien. Sie brachte eine ungeheure Vermehrung ihrer Zahl, aber sie brachte gleichzeitig eine fast ebenso starke Verminderung ihrer Qualifikation. In der früheren Epoche wurde von den Angestellten ein ziemliches Maß intellektueller Fähigkeiten verlangt. Das bedingte eine ziemlich lange Lehrzeit oder eine mehr oder minder kostspielige Ausbildung. Die Anforderungen, die an das Wissen, die Erfahrung und die Fähigkeit, selbständig zu handeln, eines durchschnittlichen Angestellten (nicht nur der technischen Berufe) gestellt wurden, waren relativ hoch. Sie waren etwa vergleichbar mit den qualifizierten Arbeitern jener Zeit. Das änderte sich, und zwar fast parallel mit dem Schicksal des qualifizierten Arbeiters. Technisierung und Rationalisierung drangen in die Büros, in die Zeichensäle und Laboratorien ein und beherrschen sie jetzt fast vollständig. Die Zusammenballung großer Angestelltenmassen gab zuerst die Möglichkeit einer Teilung der Arbeit in Einzelphasen. Wie am laufenden Band wandert zum Beispiel in den großen Industriekontoren etwa eine Bestellung von einem Angestellten zum anderen und jeder bearbeitet nur einen, seinen Teil des Gesamtvorganges. Aehnlich ist es in den Banken, ähnlich aber auch in den technischen Büros und Laboratorien Kartotheken, Statistiken, Kurven aller Art werden hergestellt, bearbeitet von Leuten, die jeweils nur einen winzigen Teil des Vorgangs erledigen. Die Qualifikation ist nutzlos geworden am laufenden Band des Kontors. Zu dieser Arbeit sind Vorbildung, Erfahrung sogar störend. Deshalb werden die älteren Kräfte in fortlaufendem Maße durch jüngere, vor allem weibliche, ersetzt, die man anlernt. Bei den technischen Angestellten ist es in der Mehrzahl aller Fälle so, daß 90 Prozent des erlernten Wissens absolut zwecklos sind, sobald sie eine Anstellung gefunden haben. Die tägliche Routine der (in den meisten Betrieben) streng schematisierten Betriebskontrolle, Maschinenprüfung, Analysenvornahme und Anfertigung von Zeichnungen ist von einer Leere und Oedigkeit, die höchstens noch von der Arbeit in den Kontoren übertroffen wird.

[743] Als weiteres Moment kommt die Einführung der Maschinenarbeit hinzu. Und zwar nicht nur von Maschinen, die die Büroarbeit intensivieren, sondern von Maschinen, die vor allem qualifizierte Arbeitskräfte in großem Ausmaß freisetzen. Buchhaltungsmaschinen, die komplizierte Arbeiten mit mathematischer Genauigkeit und unglaublicher Schnelligkeit erledigen, werden gebraucht in der üblichen Buchhaltung, aber auch in der Lohnbuchhaltung, in der Statistik, ja sogar zu einem Teil bereits zur Bearbeitung und Erledigung von Aufträgen. An den Maschinen stehen aber junge Männer oder noch häufiger Mädchen und Frauen, die man rasch angelernt hat. Die qualifizierten Angestellten sind überflüssig geworden.

Diese beiden Momente – der Mechanisierung der Arbeit und der Ersetzung der qualifizierten Arbeiter durch Maschinen und angelernte Arbeiter – haben zwei Folgen, die zwar gleichzeitig auftreten und einander beeinflussen, die wir aber der Uebersichtlichkeit halber trennen:

1. Die Herabdrückung der wirtschaftlichen Lage der Angestellten. Im Verlauf des oben geschilderten Prozesses verlagert sich das Schwergewicht von der qualifizierten Arbeit zur angelernten Arbeit. Diese letzteren Kräfte sind aber wesentlich billiger als die ersteren, und bei dem ungeheuren Ausmaß, in dem dieser Prozeß vor sich geht, ist es zu einer Herabsetzung des Durchschnittsgehalts der Angestellten gekommen, so daß es sich heute (von Kurzarbeit und Erwerbslosigkeit abgesehen) von dem Durchschnittseinkommen eines Arbeiters nicht unterscheidet. Das Reichsversicherungsamt für Angestellte, dem alle Angestellten unter 600 Mark Monatsgehalt unterstellt sind und das die übergroße Mehrheit aller Angestellten erfaßt, errechnet ein Durchschnittsgehalt von 180 Mark monatlich (Anfang 1929).

2. Die Arbeitslosigkeit. Wir haben oben geschildert, wie die Konzentration des Kapitals den Angestellten zahlenmäßig zunächst günstig war. Die Rationalisierung machte aber auch vor den Angestellten nicht halt, und heute sind sie im gleichen Verhältnis, manchmal sogar noch stärker, an der Zahl der Erwerbslosen beteiligt als die Arbeiter. Diese Arbeitslosigkeit erfaßt aber zu einem

großen Prozentsatz ältere, qualifizierte Kräfte und übt, infolge der mangelhaften gewerkschaftlichen Organisation, einen weiteren Druck auf die Gehälter aus.

Eine weitere Folge davon ist die Unsicherheit der Existenz. Eine „Lebensstellung", das Ziel jedes Angestellten, der nicht selbständig werden konnte, ist zur hoffnungslosen Illusion geworden.

(Eine Zwischenbemerkung: Die Mechanisierung und Maschinisierung der Angestelltenarbeit ist natürlich nicht in allen Kategorien gleichmäßig möglich. Das gilt in einem bestimmten Grade für die technischen Angestellten und Angestellte mit besonderer Qualifikation, wie Sprachkenntnisse, Warenkenntnisse, Marktkenntnisse usw. Man konnte sie nicht durch Maschinen ersetzen, man konnte ihre Arbeit nur teilweise mechanisieren, aber man konnte sie in Massen herstellen. Der Zustrom zu den technischen Lehranstalten, zu den technischen Hochschulen und zu den Fachschulen war ungeheuer groß, da diese noch Aufstiegsmöglichkeiten zu bieten schienen. Dazu kam, daß durch die Konzentration gerade technische Kräfte freigesetzt wurden, was zu einem Ueberangebot von Arbeitskräften auch dieser Kategorien führte. Das Resultat war das gleiche: Herabdrückung der wirtschaftlichen Lage, Arbeitslosigkeit und Unsicherheit der Existenz. Es ist heute so, daß 25- bis 26jährige Ingenieure und Chemiker nach Beendigung ihres Studiums froh sind, mit einem Anfangsgehalt von 125 Mark anzukommen, von den älteren, die arbeitslos geworden sind und überhaupt nicht mehr unterkommen, gar nicht zu reden.)

Weiterhin führt diese Entwicklung dazu, daß innerhalb der Angestelltenschaft der Klassenriß immer deutlicher sichtbar wird [744] Früher bestand eine Stufenleiter, die vom einfachen Schreiber bis hinauf zu den ausführenden Organen des Kapitals führte, in kleineren Betrieben sogar bis zum Inhaber selbst, und deren einzelne Stufen von jedem Angestellten, wenn er nur das erforderliche Maß individueller Tüchtigkeit hatte, für erreichbar gehalten wurden. Heute arbeitet in den Kontoren, Büros, Zeichensälen und Laboratorien eine graue Masse, über der, in weiter Ferne und wirtschaftlich und gesellschaftlich durch eine tiefe Kluft getrennt, die leitenden Organe des Kapitals stehen.

Fassen wir die bisherigen Ergebnisse zusammen: Mechanisierung und Rationalisierung der Arbeit und damit Entwertung der Qualifikation, Massenarbeitslosigkeit, Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, Deutlichwerden der Klassenspaltung. Diese Momente charakterisieren die heutige Lage der Angestellten, wie sie sich im Zusammenhang mit der Entwicklung des Monopolkapitalismus ergeben hat.

Selbstverständlich ist dieser Prozeß noch nicht zum vollen Abschluß gekommen. Hier ist er fast durchgeführt, dort ist er nicht in allen Teilen so stark fühlbar. Aber in den entscheidenden Betrieben ist der Prozeß zu Ende gekommen: in den Trusts, Konzernen und Syndikaten der Großindustrie, in den Großbanken, in den Verkehrsbetrieben und in den Warenhäusern, also in den Betrieben, die für die Epoche des Monopolkapitals kennzeichnend sind.

Und jetzt kommen wir zu den Auswirkungen dieses Proletarisierungsprozesses auf die Ideologie der Angestellten. Erinnern wir uns an zweierlei: Einmal an die Beschreibung der Angestellten-Ideologie, die wir oben gegeben haben, und dann daran, daß Ideologien sich weit länger erhalten als der ökonomische Unterbau, aus dem sie entstanden sind. Für die Masse der Angestellten bedeutet das: Zu einer Zeit, als sich ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Stellung grundlegend gewandelt hatte und als sich diese Wandlung ihnen aufdrängte, standen sie dem gesellschaftlichen Geschehen mit einer Ideologie gegenüber, die einer längst verschwundenen Entwicklungsstufe angehörte. Und mit Hilfe dieser Ideologie suchten sie einen Ausweg aus ihrer Lage, Rettung vor dem Absturz in das Proletariat.

Und wie oben beim Vergleich der qualifizierten Arbeiter mit den Angestellten ergibt sich wieder eine Parallele in der Entwicklung der Angestelltenschaft mit der der Arbeiterschaft. Die Angestellten sagten: Die wirtschaftliche Entwicklung bedroht uns; Kartelle, Truste, Syndikate, die Großbanken und die Warenhäuser stoßen uns zum Proletariat hinab; haltet die Entwicklung an; gebt uns die früheren Zeiten zurück. Das ist stets die Ideologie des Kleinbürgertums gewesen, wenn es vom Großkapital expropriiert wurde, das ist aber auch im wesentlichen die Ideologie des Nationalsozialismus.

Das allein genügte noch nicht, um den Nationalsozialisten die Angestellten in Massen zuzuführen. Es ist nicht allein damit getan, daß man das Rad der Geschichte rückwärts drehen will, man muß auch einen neuen Weg zeigen. Der kleinbürgerliche Glaube an Freiheit und Gleichheit, also an die freie Konkurrenz und an die Chance, die jedem gegeben ist, ist bei der Masse der Angestellten erschüttert. Wie wenn nun doch der Weg von der freien Konkurrenz zum Monopolkapital zwangsläufig wäre? Und hier scheint der Nationalsozialismus wiederum den Ausweg zu wissen: einmal in der Stärkung der Staatsmacht, die, unabhängig von wirtschaftlichen Kräften, das gesellschaftliche Leben regeln soll, dann durch ein System berufsständischer Vertretungen, wodurch die Interessen der Angestellten, die heute tatsächlich dem Unternehmertum wehrloser gegenüberstehen als die Arbeiterschaft, wahrgenommen würden und schließlich durch die Vorspiegelung eines Sozialismus, der besonders in der Wahlagitation sehr beliebt war. Dieser „Sozialismus“, über den sich niemand klar war und dessen Niederschläge im Programm der NSDAP. heute schon fast restlos zurückgenommen worden sind, war für die Nationalsozialisten eine Notwendigkeit, um die Angestellten zu sich herüberzuziehen, und er ist [745] ein Zeichen dafür, daß bei den Angestellten die Ideologie des Kleinbürgertums wankt, daß sie die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Umwälzung dunkel fühlen. Noch wissen sie aber nicht, daß sie das Rad der Geschichte nicht rückwärts drehen können, daß sie es vorwärts treiben müssen.

Daß der Zustrom der Angestellten zur NSDAP., wie es in den Reichstagswahlen vom 14. September zum Ausdruck kam, aber noch weitergeht, zeigt der Ausfall der Bürgerschaftswahlen in Bremen, einer typischen Angestellten- und Kleinbürgerstadt, wo die Nationalsozialisten ihre Stimmenzahl seit den Reichstagswahlen verdoppeln konnten. Er zeigt sich aber auch darin, daß die NSDAP. in ihrer Zusammensetzung immer mehr eine Angestelltenpartei wird. Die Parteimitglieder und die unteren Funktionäre setzen sich in ihrer Mehrzahl aus Angestellten zusammen. Ihre Agitatoren sind zumeist Angestellte, und wenn man Aufmärsche der SA gesehen hat, dann weiß man, daß die Masse derjenigen, die aus ehrlicher Ueberzeugung dorthin gegangen sind, zumeist aus Angestelltenkreisen stammen. Sie stellen nicht die zuverlässigen Mordtrupps, in denen sich die bezahlten Landsknechte sammeln, aber sie stellen die Masse derer, die in ihrer Verzweiflung bei der NSDAP. den Ausweg zu finden hoffen.

Dann noch eins: Wie wichtig für den Faschismus die Angestellten sind, beweist das Beispiel Mussolinis, der sich bei der Gründung der faschistischen Partei in ganz entscheidendem Maße auf die Angestellten stützte und sie, besonders die technischen Angestellten, in Spezialformationen zusammenfaßte. Außerdem: Eine kapitalistische und noch mehr eine faschistische Partei, die ja letzten Endes die Diktatur des Kapitals in verschärfter Form verwirklichen will, hat in den Angestellten eine Armee von Streikbrechern zu ihrer Verfügung, wenn es ihr gelingt, sie in ihrer Masse zu sich herüberzuziehen. Ein Beispiel ist die Zusammensetzung der heutigen technischen Nothilfe, die sich fast ausschließlich aus Angestellten (soweit Studenten oder technische Hochschüler in Frage kommen, handelt es sich um werdende Angestellte) rekrutiert.

Damit ist wohl die Wichtigkeit der Angestellten bei der Bekämpfung des Faschismus durch das Proletariat festgestellt. Dabei muß aber gesagt werden, daß der Einfluß der Kommunistischen Partei auf die Masse der Angestellten noch gering ist. Das ist eine große Gefahr, und hier muß mit aller Energie angesetzt werden, um den Tempoverlust aufzuholen. Die Schwierigkeiten sind groß, sie sind aber nicht unüberwindlich. Es soll nicht Aufgabe dieses Aufsatzes sein, Vorschläge zu machen oder Wege zu zeigen, hier sollte nur die Frage der Angestellten und ihre Bedeutung für die KPD. aufgeworfen werden. Die Frage muß von der Gesamtpartei diskutiert werden, und dann erst kann etwas Endgültiges gesagt werden. Aber Eile tut not. [746]

Kampfvorbereitung, Kampfauslösung, Kampfentwicklung

Von Rudolf Gerber

Der Wahlausgang, der völlige Zerfall des hergebrachten bürgerlichen Parteiensystems die Demonstration von viereinhalb Millionen Arbeitern für die Revolution auf der einen, der Massenübergang des Kleinbürgertums zum offenen Faschismus auf der anderen Seite stellen in aller Kraßheit vor dem

deutschen Proletariat die Frage des Sieges im Kampfe um die proletarische Diktatur oder aber der Unterwerfung unter die faschistische Diktatur. Der Berliner Metallarbeiterstreik zeigt nach dem Auftakt in Mansfeld und Nordwest die ungeheuren Energien, die im Proletariat schlummern. Vor der Partei steht die Frage, ob sie in einer sich mit außerordentlicher Geschwindigkeit zum revolutionären Ausbruch entwickelnden Situation (deren revolutionären Charakter wir zweifellos alle unterschätzt haben), getragen von der Sympathie vieler Millionen, verstehen wird, in einem ganz anderen Maße, als es bisher der Fall war, Massenkämpfe gegen die Ausbeuteroffensive auszulösen und zu verbreitern. Sieg oder Niederlage der Revolution ist heute mehr denn je abhängig von der Initiative und revolutionären Organisationsfähigkeit der Partei, von denen es abhängt, ob der latente Kampfwille der Massen in Erscheinung tritt oder, mangels einer wirklichen Führung, zu der die Arbeiter Vertrauen haben können, versandet. Der erste Schritt ist hier zweifellos der schwerste, und dieser erste Schritt ist die Streikorganisierung. Gelingt sie auf breiterer Grundlage, so ist, klare Führung durch die Partei vorausgesetzt, der rasche Uebergang der kämpfenden Massen zu höheren und weitergreifenden Kampfformen gesichert. Die konkrete Taktik dieses ersten Schritts steht mit Recht im Mittelpunkt des politischen Interesses der Partei.

I.

Einheitsfrontorgane sind notwendig in jeder Phase der Vorbereitung eines Kampfes, aber sie schien in jeder Phase notwendig anders aus. Man kann niemals durchs mechanische Konstruktion eines Einheitsfrontorgans die Einheitsfront oder gar unmittelbar den Kampf selbst herstellen. In jeder Phase der Kampfvorbereitung gibt es bestimmte Formen der proletarischen Einheitsfront, die in dieser Phase lebendig und vorwärtstreibend sein können und andere, die funktionslos bleiben, nur ein Scheinleben führen oder alsbald absterben.

Die Grundlage jedes Kampfes, wenn er offensiv im Geiste unserer Linie geführt werden soll, ist die Aufstellung der Forderungen. Hier sündigen wir am meisten, indem wir auf Grund irgendwelcher abstrakter Schemen Forderungen konstruieren, statt sie wirklich zum Ergebnis und Wiederausgangspunkt einer gründlichen Diskussion in den Betrieben zu machen. Das zweckmäßigste Mittel dazu sind zweifellos Delegiertenkonferenzen, weil sie einen losen Charakter (durch die Wahl zu einem bestimmten Zweck) tragen, diese konkrete Aufgabe erfüllen können, aber nicht mit laufenden organisatorischen Arbeiten, die eine tiefere Verankerung im Betrieb voraussetzen, belastet sind und – was damit in engster Verbindung steht – leichter in nicht akuten Kampfsituationen einen praktisch überpartei-[747]lichen Charakter wahren können. Es ist aber – gerade wenn man die konkrete Situation betrachtet, in der wir zum ersten Schritt, zur Aufstellung der Kampfforderungen schreiten – eine gefährliche Illusion, zu glauben, daß durch Aufstellung in einer Delegiertenkonferenz Kampfforderungen sofort eine Massenbasis bekämen. Wird die Konferenz gut vorbereitet und gut, d. h. ohne bürokratischen Druck, durchgeführt, so kann sie (selbst dann, wenn ihre Massenbasis, die Zahl der an der Delegiertenentsendung Beteiligten und Interessierten sehr klein ist) eine sehr weitgehende Sicherung der proletarischen Demokratie bei der Aufstellung der Kampfforderungen. einen wirksamen Schutz gegen abstrakte und für die Massen unverständliche Fragestellungen bedeuten und eine wirklich starke initiative entfalten. Dadurch werden zweifellos die Formulierungen unserer Forderungen verbessert, vor Schematismus geschützt und zur Auslösung von Massenkämpfen geeignet gemacht. Aber man braucht sich nur den wirklichen Einflußkreis einer solchen Konferenz (zum selben Kapitel gehören manche „Betriebsversammlungen“, die sogar sehr kollektiv und sehr konkret Kampfprogramme zu Betriebsrätewahlen aufgestellt haben) anzusehen, um zu verstehen, daß ihr Beschluß noch alles andere als in den Massen verankert ist. Die Forderungen können noch so richtig, noch so sehr aus den Bedürfnissen der Massen heraus formuliert sein, um sie wirklich zum Gemeingut der Massen zu machen, bedarf es einer ständigen, organisierenden und meist sehr zähen Arbeit. Diese zu leisten, ist Aufgabe der Betriebsgruppen der RGO kann aber unmöglich durch in einem solchen Stadium entstehende, einer wirklichen Massenbasis entbehrende „vorbereitende Kampfausschüsse“ gelöst werden. Erstens werden diese Ausschüsse in den wenigsten Fällen einen wirklich breiten Charakter tragen, meist Synonyme der RGO-Organe sein. Zweitens birgt jede solche papierne Organisation die Gefahr in sich, daß das Verständnis für die politische

Notwendigkeit ständig funktionierender RGO-Organe verwirrt und dadurch eine wirkliche Stabilisierung unserer Kampfrüstungen in den Betrieben erschwert wird, daß die RGO-Organe rein bürokratisch formale Aufgaben zugeteilt erhalten und deshalb falsch, als Organisationsspielereien aufgefaßt werden, während ein loser „Kampfausschuß“ ohne Massenbasis natürlich niemals wirklich die Propagierung der Kampfforderungen ernsthaft durchführen kann. In einer solchen Phase heißt unsere grundlegende organisatorische Parole deshalb Stärkung und Aktivierung der Betriebsgruppen der RGO, die durchs möglichst häufige Organisierung von Delegiertenkonferenzen, durch Heranziehung von Abteilungsvertrauensmännern usw. ihre Massenbasis zu stärken versuchen müssen.

II.

Es kommt dann der Augenblick, wo die Kampforderungen aus einem Gegenstand der Propaganda zum Aktionsobjekt werden, wo – sei es nun ein Vorstoß der Ausbeuter, sei es eine Bewegung in einer anderen Industrie – die Massensolidarität erweckt und die Frage des Streiks auf die Tagesordnung gestellt wird. Das ist nicht in dem Sinne zu verstehen, daß schon eine terminmäßige Festlegung des Streikbeginns möglich wäre, im Gegenteil wird eine solche Terminsetzung, wenn sie vorzeitig, d. h. ohne Schaffung der sachlichen Voraussetzungen für den Streik, insbesondere der Kampforgane, erfolgt, die Gefahr in sich tragen, daß der Termin von äußeren Momenten, wie Tarifablauf u. dgl., abhängig gemacht wird, und so, ohne daß [748] irgendwelche Gewähr für seine Einhaltung besteht, dazu beiträgt gewerkschaftslegalistische defensive Stimmungen innerhalb der Arbeiterschaft zu stärken, die RGO daran hindern, den richtigen, der Massenkampfkraft entsprechenden Kampftermin im richtigen Moment zu proklamieren. Die Vorbereitung des Berliner Kampfes durch die RGO ist in dieser Hinsicht alles andere als mustergültig.

Die grundlegende Frage der Kampfauslösung, der unmittelbaren Kampfvorbereitung ist die Schaffung der Kampforgane. Diese Aufgabe kann in einem Stadium, wo, etwa durch einen Vorstoß des Unternehmers, die objektive Notwendigkeit des Kampfes vor der Gesamtbelegschaft aufgerollt wird, nicht mehr bloß Sache der RGO-Gruppe sein: hier steht wirklich die Frage der Schaffung vorbereitender Kampfausschüsse als Einheitsfrontorgane, mit deren Hilfe die Belegschaft sich die zur Streikführung notwendigen Organe schafft. Mit Recht betont Genosse Florin in seinem letzthin in der „Internationale“ erschienenen Artikel die Notwendigkeit, daß der vorbereitende Kampfausschuß eine feste organisatorische Basis schaffen, Frauen- und Jugendversammlungen und vor allem Versammlungen der Erwerbslosen organisieren muß; aber die wirkliche Lösung solcher Aufgaben durch den Kampfausschuß (und nicht bloß seine formale Verwendung als „Schutzschild“ der Partei und der RGO) setzt eine bestimmte Lebendigkeit des Ausschusses und der ihn tragenden Massenbewegung voraus. Und zudem handelt es sich durchaus nicht nur um allgemeine Propaganda, Gewinnung von Sympathien für den Streik; durchaus konkret steht die Frage der Schaffung eigener Streikleitungen und – schon vor dem Streik – einer roten Betriebswehr, die in Gemeinschaft mit den Erwerbslosen als proletarischer Selbstschutz auftritt.

Es geht nicht au, wie es in der Praxis leider nur zu oft geschieht, die Lösung dieser Aufgaben der Zeit nach Streikausbruch zu überlassen. Unter den heutigen Verhältnissen wird ein Streik nicht so leicht ausbrechen, wenn nicht die beteiligten Arbeiter von vornherein das Bewußtsein haben, daß die organisatorischen Mittel zur Durchführung, Leitung und Verteidigung des Streiks vorhanden sind. Der Fall, wo eine Abteilungsbelegschaft von sich aus die Arbeit niederlegt, im Werk herumzieht und andere Abteilungen mitreißt, aber erst nach Streikbeginn Streikleitung und Betriebswehr entstehen, kommt häufig vor, scheint uns aber durchaus nicht erstrebenswert, sondern eher als ein Zeichen mangelnder Initiative der Parteileitung, die alles der Massenspontaneität überläßt und dabei naturgemäß allerlei wichtige Möglichkeiten zur Kampfauslösung ungenutzt vorübergehen läßt. Es gibt, vor allem angesichts der stets lauernden sozialfaschistischen Streikbruchgefahr gar keinen Streik, der so fest wäre, daß er eines gewissen Rückhalts durch Schaffung von Massenorganen, die schon vor seinem Beginn gewisse Tätigkeit und Autorität entfalten müssen, schadlos entbehren könnte. Die Hauptaufgabe der vorbereitenden Kampfleitungen, die in einer solchen Phase (wir denken etwa an die offizielle Ankündigung eines „Sanierungsprogramms“ durch die Mansfeld-AG oder die letzte

Tarifkündigung in der Berliner Metallindustrie) eine durchaus nicht schematische, sondern höchst lebendige Existenz führen können, ist eben der unter Heranziehung der Belegschaft in Verbindung mit den Erwerbslosen erfolgende Aufbau einer Betriebswehr, Vorbereitung einer Streikleitungswahl usw. Dabei spielt die enge Verbindung der Erwerbslosen mit den Betriebsarbeitern und Arbeiterfrauen schon vor dem Streik [749] eine sehr wichtige Rolle, nicht nur als organisierendes Moment, sondern auch als Rückenstärkung, als praktische Widerlegung bestimmter Befürchtungen, die ein Teil der Arbeiter unter dem Einfluß der Hetzlügenpropaganda in bezug auf die Haltung der Erwerbslosen gegenüber Streiks hegt.

Ein Teil der Kampfvorbereitungen liegt also zwangsläufig außerhalb des Betriebes, und das ist auch gar kein Unglück, verringert kaum ihre Autorität vor den Arbeitermassen, nur darauf kommt es an, daß die Streikvorbereitungen innerhalb und außerhalb des Werkes eben durch den Kampfausschuß eng miteinander verbunden sind und nicht isoliert erfolgen. Es ist sicher von höchster politischer Bedeutung, daß die Kämpfe im Betrieb unmittelbar den Charakter eines Kampfes gegen das Hausherrenrecht des Unternehmers annehmen, die Abhaltung unerlaubter Betriebsversammlungen in der Arbeitszeit wird immer mehr zum Maßstab unserer revolutionären Aktion werden. Aber es wird auch weiterhin viele Fälle geben, wo die Wahl einer Streikleitung – die natürlich Kampferöffnung bedeutet, wenn die Massenstimmung genügend gestiegen ist – in Versammlungen nach Arbeitsschluß außerhalb des Arbeitsortes erfolgt. Die Stillegung eines großen Werkes kann – Stellungnahme der Belegschaft für den Streik natürlich vorausgesetzt – mindestens ebensogut nach dem Muster von Mansfeld (Absperrung aller Straßen durch den vorher gemeinsam mit den Erwerbslosen geschaffenen Selbstschutz) erfolgen, wie durch Verabredung innerhalb des Betriebes, wo die Zersplitterungsgefahr zweifellos gegeben ist.

Hält man die Voraussetzungen der selbständigen Kampfführung nicht nur objektiv, sondern auch im Bewußtsein der Arbeitermassen für gegeben, so ist der Augenblick für eine allseits ernst genommene Terminsetzung gekommen, wobei der Beschluß des Streikbeginns natürlich (da wir spontane Lösungen ablehnen) mit der Wahl einer Streikleitung und unmittelbarer Einleitung der Streikmaßnahmen verbunden sein muß. Ein allgemein gültiges Merkmal zur Feststellung des Zeitpunktes, wo die Massenmobilisierung genügend weit vorgeschritten ist, gibt es überhaupt nicht. Heute dürfte Klarheit darüber bestehen, daß die Urabstimmung zwar alle in der Belegschaft noch vorhandenen Hemmungen aufzeigt, aber in einer solchen Form, daß sie zersetzend auf die Kampfkraft des Betriebes wirken und ihre Ueberwindung wesentlich erschwert wird, die aber bei entschlossenem Handeln auf Grund kollektiver, in öffentlicher Abstimmung gefaßter Belegschaftsbeschlüsse ohne weiteres möglich ist. Aller Voraussicht nach hätte vor Beginn des Mansfeld-Kampfes eine Urabstimmung keine Streikmehrheit ergeben. Tausende sind am ersten Streiktag mit der Frühstücksstulle in der Tasche vor den Werken erschienen (darauf stützte sich ja die ganze Spekulation der Reformisten), und daß sie dort nicht als Streikbrecher, sondern als Massenstreikposten auftraten, war die Folge des praktischen Beweises der Streikmöglichkeiten, den ihnen die RGO mit der entschlossenen Stillegung der Hütten geliefert hatte. Trifft der Unternehmervorstoß zunächst nur einen Teil der Belegschaft, so ist die Urabstimmung fast immer zum Scheitern verurteilt. Geht sie für den Streik günstig aus, so scheint uns das nur zu beweisen, daß die Möglichkeiten der Kampfauslösung schon eine ziemliche Weile vorhanden waren und Tempo verloren wurde.

[750] Man muß eine ganze Reihe von Symptomen beachten, wenn durch schnelles und kraftvolles Handeln der frühestmögliche Zeitpunkt der Streikauslösung und damit, insbesondere für den Fall von Manövern der Reformisten, wertvolles Tempo gewonnen werden soll. 24 Stunden Tempogewinn haben für Mansfeld ungeheuer viel bedeutet, ein – an sich durchaus mögliches und nur durch die organisatorische Schwäche der RGO vereiteltes – Losschlagen im Augenblick des Unternehmerdiktats hätte dem Streik ein ganz anderes Gesicht und wahrscheinlich den vollen politischen Sieg gegeben. In analoger Weise, wobei uns aber nicht organisatorische Schwächen, sondern taktische Fehler, nicht entsprechend offensive Einstellung von Anfang an für das Nichteintreten des Erfolges maßgebend zu sein scheinen, hätte auf viel breiterer und damit auch höherer Stufe ein Einsetzen auch nur einiger

Berliner Betriebe nach Bekanntwerden des Schiedsspruchs dem Massenstreik von Anfang an ein klares politisches Gesicht gegeben.

Die Grundlage für die Kampfauslösung ist immer ein einzelner Moment der Situation, das eine Steigerung des Kampfwillens der Belegschaften hervorruft. Beschlüsse von im Betriebe während der Arbeitszeit abgehaltenen Belegschaftsversammlungen sind, wie Genosse Florin mit Recht ausführt, unter der Voraussetzung, daß ihnen sofort die Tat, das Verlassen des Betriebes folgt, sicherlich eine vollständig ausreichende Grundlage für den Streikbeginn selbst im Gesamtwerk, wenn nur die in den Streik getretenen Abteilungen von ausschlaggebender Bedeutung sind und eine gründliche Mobilisierung der Gesamtbelegschaft vorangegangen ist. Aber in den meisten Mansfeld-Betrieben wäre es vor Streikbeginn nicht möglich gewesen, Versammlungen der Gesamtbelegschaft im Betrieb zustande zu bringen, und trotzdem hat der Streik eine außerordentliche Festigkeit entwickelt. Besuch, Diskussion und Stimmung von außerhalb der Arbeitszeit einberufenen Versammlungen (wobei man sich darüber klar sein muß, daß insbesondere in territorial schwierigen Gebieten ein 30- bis 40prozentiger Versammlungsbesuch schon eine sehr feste Streikbasis abgeben kann), das Verhalten der Belegschaft zu im Betrieb eingedrungenen Agitatoren, Massensturm zur RGO, spontane Einzelaktionen (insbesondere passive Resistenz einzelner Abteilungen), die sich als Nebenprodukt unserer Streikpropaganda ergeben, sind, zusammengenommen, Anhaltspunkte für den schwierigsten und verantwortungsvollsten, aber auch höchste Kühnheit erfordernden Beschluß, den die RGO unter Führung der Partei fassen muß: die Fassung des endgültigen Streikbeschlusses und den folgenden Einsatz der Kampforgane, der sich nach einem festgelegten, nach Zeit und Ort genau ausgearbeiteten Plan vollziehen muß, und der in großen Kämpfen sehr stark an die Einsatzformen bei höchsten Kampfformen erinnern wird. In der kritischen Stunde liegt zweifellos das Schwergewicht der Führung und der Verantwortung bei der Partei, wobei es eine Schwäche der Partei ist, wenn ihr oberster Funktionärkörper, wie es in den bisherigen Streiks meist der Fall war, unmittelbar handelnd eingreifen muß, weil die Initiative und Schlagkraft des unteren Apparates nicht reicht und sich nicht auf die Leitung der Aktion beschränken kann.

Ist der Einsatz erfolgt, der Streik ausgebrochen, so steht sofort und unter allen Umständen die Frage der Neuwahl oder zumindest Erweiterung der Kampforgane, insbesondere der Streikleitung, aber auch der Betriebswehren, weil die Tatsache des ausgebrochenen Kampfes neue Arbeiterschichten, die sich in der Vorbereitungszeit zurückhielten, mobilisiert, geneigt macht, sich den Organen der proletarischen Einheits-[751]front einzugliedern. Die Frage der Erweiterung der Kampforgane steht andauernd während der ganzen Streikdauer, ist aber mit besonderer Schärfe als Massenkampagne in solchen Kampfphasen zu stellen, wo der revolutionären Opposition ein Einbruch in neue Arbeiterschichten gelingt, insbesondere dann, wenn es auf Grund einer Zuspitzung der Situation möglich geworden ist, neue Arbeiterschichten dem reformistischen Einfluß zu entreißen. In Mansfeld hat sich die Basis der revolutionären Opposition dreimal (zuerst durch den Verrat der Bonzen an den Unorganisierten, dann durch den siegreichen Kampf gegen die Streikbrecher, endlich durch die Mobilisierung der organisierten Arbeiter gegen das verräterische Abkommen) sprunghaft erweitert, und wahrscheinlich wird in jedem großen Kampf die sich Schritt auf Schritt verbreiternde revolutionäre Einheitsfront ihren Ausdruck in Erweiterungen der Streikleitungen finden, die erst so zu wirklichen, weit über den Kreis der Kommunisten und RGO-Anhänger hinausgreifenden Massenorganen der organisierten und unorganisierten Arbeiter werden.

III.

Eine zentrale Frage bei der Vorbereitung und Führung jedes größeren oder seiner Basis nach erweiterungsfähigen Streiks (hierzu gehören beispielsweise alle Landarbeiterstreiks) ist seine Entfaltung zum politischen Massenstreik. Wir haben bewußt die Frage der Vorbereitung gestellt, mehr und mehr entwickelt sich ein Zustand, wo wir ohne Aufwerfung der Frage des politischen Massenstreiks auch „wirtschaftliche“ Streiks nur schwer auslösen können. Es sind heute im wesentlichen drei Hemmnisse, die den mit uns sympathisierenden Proletarier vom Streik zurückhalten: die Frage der Führung, der Frage der „Konjunktur“, die auf einen Zweifel an der Zuverlässigkeit der Erwerbslosen hinausläuft, und die Frage der Unterstützung. Die erste Frage können wir beantworten, indem

wir in die Streiksituation möglichst mit festen, vor den Massen autoritativen Organen der RGO hineingehen, dem wir Kampforgane schaffen und bei der Leitung ihres Handelns mit einer solchen Sicherheit und Klarheit vorgehen, daß die Arbeiter Vertrauen zu unserer Fähigkeit der Streikführung gewinnen. Die zweite Frage beantworten wir, wie schon ausgeführt, durch möglichst gründliche Einbeziehung der Erwerbslosen und auch der Arbeiterfrauen in die Streikvorbereitung. Die dritte Frage können wir, da ein geregeltes Unterstützungszahlen nach dem Muster der Bonzen allen unseren objektiven Möglichkeiten zuwiderläuft und Ankündigung der materiellen Solidarität aller Werktätigen (so notwendig sie ist) immer nur ein Palliativ sein wird, nur wirklich lösen, indem wir den Arbeitern klarmachen, daß unsere Reserve, die wir auf Grund unserer Taktik besitzen, die Möglichkeit der Streikverbreiterung und die politische Auswirkung des Streiks in dem bis in seine Grundfesten erschütterten Lande ist.

Es ist jedem Arbeiter offensichtlich, daß bei Einsatz aller objektiven Möglichkeiten vom Klassenstandpunkt aus wir im Vergleich zum Unternehmer nicht den längeren Atem haben werden, aber das ist auch – wie schon Rosa Luxemburg in „Massenstreik, Partei und Gewerkschaft ausgeführt hat – gar nicht notwendig. Es gilt, den Arbeitern zu beweisen, daß wir bestimmte Aussichten auf Verbreiterung bzw. allgemeine Auswirkung der Aktion für eine derartige Perspektive machen können, daß mit Hilfe der durch Solidaritätsaktion aufgebrachten Mittel ein Durchhalten bis zum Einsatz dieser unserer Reserve möglich ist.

[752] Die grundlegende Frage in dieser Hinsicht ist die Aufzeigung der Tatsache, daß die Voraussetzungen des Kampfes (Krise, Ausbeuteroffensive, Unerträglichkeit der Lage für die Arbeiter) nicht nur in der gerade vor der Streiksituation stehenden, sondern in allen wichtigen Industrien des Landes gegeben sind, und daß deshalb Aussicht besteht, dem einen Beispiel Kämpfe an anderen Punkten folgen zu lassen. Das war die gewaltige Bedeutung der Parole: „Kämpft für euch, dann helft ihr Mansfeld“, die leider außerhalb des unmittelbar betroffenen Bezirks und auch beim Berliner Kampf von Partei und Presse im Reich viel zu wenig aufgegriffen wurde. Die Frage der Streikverbreiterung wurde nicht von der allgemeinen Solidarität für die Kämpfenden, von der Bereitschaft, für eine andere Belegschaft Opfer zu bringen, sondern von der Einsicht der Arbeiter jedes Betriebes in die Verhältnisse ihres eigenen Betriebes, in die Notwendigkeit, eigene Forderungen aufzustellen, in die Gleichartigkeit ihrer Situation mit der der Mansfeld-Kumpels und die sich daraus ergebende Kampfgemeinschaft abhängig gemacht und 5) auf einen viel realeren Boden gestellt. Wäre dieser Parole in breitem Umfang gefolgt worden, so hätten solche Streiks natürlich noch viel mehr als die der unmittelbar betroffenen Teile politische Bedeutung gehabt, hätten günstige Voraussetzungen für die Entwicklung Politischer Massenstreiks gegeben, aber politische Massenstreiks waren sie darum noch lange nicht, dazu mußten sie erst durch die Politik der Partei werden.

Gerade weil die sich zuspitzende revolutionäre Situation vor unsere Partei die aktuelle Aufgabe der Organisierung des politischen Massenstreiks stellt, muß dieses nächste und heute wichtigste Kettenglied klar herausgearbeitet werden. Man darf sich weder der Illusion hingeben, daß durch Auslösung von Lohnkämpfen an mehreren Punkten die Frage des politischen Massenstreiks gelöst sei, noch gar der, daß wir damit bereits automatisch zum Generalstreik, d. h. also zum Entscheidungskampf gelangen. Dies um so weniger, als wir große „Lohnstreiks“ überhaupt nur auslösen können, wenn wir die Frage des politischen Massenstreiks als der Kraftreserve dieser Lohnstreiks klar und konkret stellen und so das Kraftbewußtsein der vor dem Streikbeschluß stehenden Proletarier steigern können.

Um zunächst die Fragestellung des Generalstreiks von dieser ersten Betrachtung auszuschalten, müssen wir unterscheiden zwischen dem Kapp-Streik 1920 auf der einen, dem Cuno-Streik 1923 und dem Munitionsarbeiterstreik 1918 auf der anderen Seite. Im ersteren Fall haben wir einen typischen Generalstreik: aus einem rein politischen Anlaß von höchster Tragweite legt das gesamte (oder fast das gesamte) Proletariat Deutschlands die Arbeit nieder, bringt den ganzen Ausbeutungs- und Unterdrückungsapparat der Ausbeuter zum Stocken, während es sich bewaffnet und an vielen Punkten zum Aufstand schreitet. Eine unmittelbar revolutionäre Situation liegt vor. Eine bolschewistische Partei, wenn sie vorhanden gewesen wäre, mußte in dieser Situation nach einem einheitlichen Plan die zur Machtergreifung notwendigen Handlungen vollziehen und hätte aller Voraussicht nach im

Verlauf dieser Aktion, bei der der Generalstreik sehr rasch zum bloßen Hilfsmittel des Aufstandes geworden wäre, die deutsche Räterepublik verwirklicht. Aber daß das Proletariat auf einen solchen Anlaß so reagiert, daß die akut revolutionäre Situation entsteht, ist nicht möglich ohne eine bestimmte Vorbereitung, und die kann nicht nur etwa darin bestehen. daß zu Mansfeld und Nordwest (auch wenn dieses stärker ge-[753]wesen wäre) sich im Sommer 1930 ähnliche Streiks in Berlin und Oberschlesien gesellt hätten, sondern sie besteht eben in politischem Massenstreiks, in Streiks, die sich unmittelbar und dem Bewußtsein der an ihnen Beteiligten nach nicht mehr vorwiegend gegen die einzelnen Unternehmer, sondern unmittelbar gegen den staatlichen Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie richten und die breiten Massen des werktätigen Volkes zu ihm in Gegensatz stellen.

Es genügt, sich die beiden anderen Beispiele zu vergegenwärtigen. Der Munitionsarbeiterstreik von 1918 brach aus an der Frage der Brotlieferung, der Cuno-Streik 1923 an den Stockungen der Lohnzahlung, die durch Nichtnachkommen der Notenpresse hinter der Geldentwertung bedingt waren. Die unmittelbaren Anlässe waren „wirtschaftlich“, in den Kampf traten nur einige, wenn auch außerordentlich starke und wichtige Arbeitergruppen und auch die nicht mit einem Schlage. Aber die kampfauslösende Forderung war derart, daß sie durch ihren Inhalt sofort die politische Frage des Friedens, beziehungsweise des Sturzes her Inflationsregierung aufwarf und in diese Forderungen überging, so daß her Kampf der Massen sich nicht mehr das Ziel höherer Brotrationen oder häufigerer Lohnratenzahlungen, sondern eben jene politischen Aufgaben stellte. Damit wuchs die Kampfkraft der Massen. die Zersetzung im Lager des Feindes die Neigung der schwankenden Mittelschichten zum Proletariat – und das (nicht etwa der Teilerfolg, wie er im Cuno-Fall herauskam) war und ist das wirkliche Ergebnis jedes politischen Massenstreiks, selbst wenn er „erfolglos“ bleibt. Von einer Generalstreik-(d. h. Aufstands-)situation war 1918, wo der Unterdrückungsapparat des Klassenfeindes noch ziemlich intakt war (und erst durch den Massenstreik zersetzt werden mußte), sicher nicht die Rede, 1923 hätte sie auch bei Vorhandensein einer bolschewistischen Parteiführung erst nach einer gewissen Dauer der Massenstreikwelle entstehen können. Offensichtlich ist die Frage des politischen Massenstreiks als einer Vorstufe des Beginns des Entscheidungskampfes die Aufgabe, die heute vor uns steht.

Jeder Streik muß von uns so geleitet werden, daß er sich in der Richtung zum politischen Massenstreik entwickelt.

Es hat höchstens propagandistische Bedeutung, wenn an eine Reihe ökonomischer Forderungen, wie sie in unseren Kampfprogrammen immer wiederkehren, als Schwänzchen irgendwelche aktuelle Losungen unserer Partei angehängt werden. Aber auch, wenn so die Forderung nach Sturz der Regierung gestellt wird, ist – solange sie nicht in den Vordergrund des Kampfes tritt – der Streik noch kein politischer Massenstreik geworden. Es ist durchaus möglich, daß Streikversammlungen in ihrem Vertrauen zu uns Resolutionen mit vielen politischen Forderungen annehmen, aber damit sind sie noch lange nicht wirklich verankert, d. h. so zu Forderungen der Massen geworden, daß – wenn der Streik verbreitert wird, seine Stoßkraft wächst und etwa die Unternehmer zum ökonomischen Zugeständnissen bereit wären, nun der Kampf für diese politischen Forderungen weitergeführt würde. Erst dann aber wäre tatsächlich ein politischer Massenstreik gegeben (unabhängig davon, daß heute jeder große Kampf politisch wirkt), für eine wirkliche Politisierung des Streiks gibt es vielmehr nur zwei Wege: entweder ergibt sich aus dem Streikverlauf (bei Eingreifen der Staatsgewalt) das Bedürfnis nach politischen Teilforderungen (Zurückziehung der Polizei und des Schlichters, Rücktritt verantwortlicher Beamten usw.), für [754] die die Massen (wenn die Partei früher den Gedanken des politischen Massenstreiks gründlich propagiert hat) nun tatsächlich streiken, weil sie verstehen, daß die Erfüllung dieser Forderungen eine Vorbedingung zum Erfolg des Streiks, zur Bewilligung der ökonomischen Forderungen ist und von denen aus dann die Regierungsfrage aufgeworfen wird, sobald auf Grund der politischen Teilforderungen eine Streikverbreiterung erfolgt ist. Oder aber – und dieser Verlauf ist für viele große politische Massenstreiks, wie die von 1918 und 1923 zeigen, typisch: die ökonomischen Forderungen sahen so aus, daß sie die Politik in sich trugen, daß es nicht notwendig war, im Verlauf des Streiks irgendeinen, zunächst von den Arbeitern als

Nebenpunkt betrachteten Punkt einer Resolution in den Vordergrund zu stellen, sondern daß bei Verfolgung der ursprünglichen „ökonomischen“ Hauptforderung des Streiks die Massen zur Einsicht ihres politischen Charakters und damit zur Konzentrierung ihres Angriffs auf die Staatsgewalt gelangten. Offenbar kommt es darauf an, auch in den jetzigen Kämpfen solche Forderungen aufzustellen.

Die objektive Möglichkeit dazu ist nun durchaus vorhanden – wie immer die Erscheinungsformen der Krise des Kapitalismus sind. Wir haben heute weder Brotkarten noch Inflation, aber wir haben die Tatsache der kapitalistischen Rationalisierung, haben die Tatsache einer bestimmten Zuchthausordnung in den Betrieben, die die Durchsetzung dieser Rationalisierung sichern soll. Nehmen wir die Forderung, daß jede künftige Produktionssteigerung durch Rationalisierungsmaßnahmen mit entsprechender Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich beantwortet werden und daß – zwecks Durchsetzung dieser Forderung – den Betriebsräten und roten Vertrauensleuten das Recht erkämpft werden soll, in den ganzen Produktionsprozeß Einblick zu nehmen und mit allen Arbeitern jederzeit in Verbindung zu treten. Abgesehen davon, daß diese Forderung sehr leicht eine prinzipielle Propaganda für den Sozialismus ermöglicht, abgesehen davon, daß sie – wie ja viele unserer Forderungen – den Profit der Ausbeuter an der Wurzel bedroht und damit ein rasches offenes Eingreifen der Staatsgewalt gegen jede Arbeitergruppe, die für diese Forderung streikt, zur Folge haben muß, bedeutet ein ernster Kampf um diese Forderung die völlige Zersetzung und Untergrabung der kapitalistischen Produktionsdisziplin, ein Ziel, das wir uns überhaupt mehr als bisher bei der Aufstellung aller unserer Parolen stellen müssen. Versagen der kapitalistischen Disziplin im Betriebe, Aufhören der widerspruchslosen Befolgung von Befehlen, Verhöhnung und Verächtlichmachung, mitunter aktive Bekämpfung von Vorgesetzten, Nachlassen der Produktion, häufige Versammlungen in der Arbeitszeit, bedeuten aber natürlich auch Nichtunterwerfung unter die Staatsautorität, deren Ansehen im übrigen mit dem der betrieblichen Erscheinungsformen der Ausbeuterherrschaft automatisch sinkt. Hier ist zweifellos ein Punkt gegeben, wo bei richtiger Formulierung der Forderungen der im Betrieb geführte Kampf – eventuell schon von dem Moment an, wo er überhaupt Streikform annimmt, weil der Unternehmer sich die Zerstörung seiner Autorität nicht gefallen läßt – in den politischen Massenstreik übergeht.

Ein noch krasseres Beispiel, das in vieler Hinsicht an die Fälle von 1918 und 1923 erinnert, ergibt sich aus unserer Parole des Steuerstreiks. Unmittelbar kann diese Parole eigentlich nur von den Klein-[755]bauern und Kleingewerbetreibenden, die direkt Steuern zu entrichten haben, befolgt werden und bildet ein außerordentlich wichtiges Mittel, um diese Schichten der faschistischen Demagogie zu entreißen und an das revolutionäre Proletariat zu binden. Die Betriebsarbeiter können den Steuerstreik nur durchführen, indem sie durch Streik die Nichtabführung der Lohnabzüge erzwingen. In Frankreich haben sämtliche Forderungen nur bis an die Grenze des politischen Massenstreiks, zu einer Frage der Abwälzung der Soziallasten auf die Unternehmer, geführt. Im heutigen Deutschland ist es klar, daß die Unternehmer nicht fähig und nicht gewillt wären, etwa aus eigener Tasche die Steuern zu entrichten, daß die Staatsgewalt gegen den Streik eingreifen und andererseits die Streikenden die Forderung nach der Beseitigung der Steuerraubgesetze und nach dem Sturz der Steuerräuberregierung stellen müßten. Andererseits würden die gegen den Steuerabzug kämpfenden Arbeiter natürlich den Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden in ihrem Kampf gegen die Steuerexekutoren aktive Hilfe leisten und dadurch die Führung des revolutionären Proletariats über alle werktätigen Massen für die bevorstehenden Kämpfe festigen. Die Parole des Steuerstreiks – in den Mittelpunkt einer Streikbewegung gestellt – ist also zweifellos geeignet, ihr, sobald sie breitere Kreise zieht, den Charakter des politischen Massenstreiks zu geben.

Die Entwicklung zum politischen Massenstreik steht heute bei jedem Streik auf der Tagesordnung, nicht erst in seiner Entwicklung, sondern auch schon in seiner Vorbereitung und zwar über die allgemeine Propaganda seiner Notwendigkeit hinaus. Sie steht – wie eben ausgeführt – bei der Aufstellung der Forderungen, sie steht bei der Aufzeigung unserer Kampftaktik, sie steht bei der Ausbildung der Kampforgane, bei der richtigen Stellung der proletarischen Wehrhaftigkeit und bei der Verwirklichung unserer Einheitsfronttaktik durch Hineinziehung immer neuer Schichten auch sozialdemokratischer

und christlicher Arbeiter in die Kampffront. Sie steht bei allem, was wir tun, weil sie den Hauptinhalt der nächsten Phase der deutschen Revolution zu bilden berufen ist.

*

Krise und neue Konzentrationswelle in Deutschland[*)]

Von Birkenhauer

I. Die Bewegung der Investmentstrusts

Die steigenden Konkursziffern, die Flut der Bankkrachs, die Unsumme an Bankrotts schufen bei den Besitzern der Klein- und Mittelkapitalien das Bestreben, sich aus diesem Krisenstrudel durch Konzentration zu retten. Aus dieser Tendenz entsprang der Drang (nach englisch-amerikanischem Muster), zur Bildung von sogenannten Investmentstrusts überzugehen. Die aus Einzelquellen fließenden Kapitalswerte sollen „von sachkundiger Hand so angelegt werden, daß die Kapitalsbesitzer das Kapitalrisiko durch diese Verteilung der Anlagen (Diversi-[756]fikation) vermindern“ (Dr. Dalberg in „Weltwirtschaft“, April 1930). In England erfassen die Investmentstrusts bereits ein Kapital von 5 Milliarden Mark und in Amerika ein solches von 13½ Milliarden Mark. Die deutschen Investmentstrustkapitalisten verlangen völlige Steuerfreiheit. Das Verlustrisiko im Investmentstrust wird nicht allein von dem Beteiligungsanteil sondern auch von dem Rentabilitätsgrad des Anlagegebiets abhängig gemacht. Die Investmentstrustler versuchen, sich durch eine vielseitige Verteilung des zu investierenden Kapitals vor den Keulenschlägen der Krise, die diesen oder jenen Teil der Wirtschaft mit besonderer Heftigkeit überfällt, zu retten. Die Vielseitigkeit der Investierung soll einen Ausgleich und damit eine gewisse Gleichmäßigkeit der Gewinnquote garantieren. Dr. Dalberg sagte darüber in der „Weltwirtschaft“:

„Die periodischen Börsenbewegungen pflegen die Aktien der Investments-Trusts, die regelmäßig Dauerbesitz sind, nicht sehr stark zu berühren; denn man weiß, daß der Investmenttrust von steigenden wie fallenden Börsenkursen Nutzen zu ziehen vermag.“

Die Folge einer Investmentstrustpolitik wird einmal sein, durch verschärfte Arbeitsrationalisierung und brutale Auspressung jeder Arbeitsminute die Spanne zwischen monopolistischem Höchstprofit und ihren „mittleren“, „stabilen“ Profit auszugleichen. Nach Marx ist die kapitalistische Produktion nicht nur Produktion und Einsaugung von Mehrwert, sondern zunehmende, gesteigerte Profiterzeugung mit dem Bestreben, sich stetig erweiternder Kapitalsakkumulation. Und damit ist der Todeskeim dieser Investments – wie überhaupt aller Trusts festbestellt: Die widerstrebenden Interessen der Investmentstrustler werden die Fusionsbetriebe sehr bald zum Zerbersten bringen. Auch hier wird die Krise recht bald ihre Spuren hinterlassen. Die illusionären Klein- und Mittelkapitalisten werden trotz des verheißungsvollen Rettungsankers der Investmentstrusts vom konzentrierten Großkapital zerschmettert werden. In Amerika erlebten die „Investmentstrusts“ bereits eine vollkommene Pleite. Auch sie entgingen der Krisenkatastrophe nicht.

K. Kartellneuordnung und Staatsmonopol

Die Neuordnung des Kartellwesens (durch die Dekrete von Ende Juli 1930) sind ein wichtiges Geschenk an das Trustkapital, ein Zeichen zunehmender krisenhafter Krankheiten, die nun durch Machtsprüche der Regierung und durch Beiseiteschiebung der bisher funktionierenden Kartellgerichte „geregelt“ und beeinflußt werden sollen. Nach § 1 dieser neuen Kartenordnung kann die Reichsregierung

„Verträge oder Beschlüsse der im § 1 der Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. November 1923 bezeichneten Art die Verpflichtung über die Art der Preisfestsetzung oder die Forderung von Preisen enthalte, für nichtig erklären oder eine bestimmte Art ihrer Durchführung untersagen.“

Ferner kann die Reichsregierung anordnen, daß Parteien von Kartellverträgen zurückzutreten haben. Vollstrecker der Regierungsanweisung ist der Reichswirtschaftsrat. – Es ist kein Zufall, daß nach dem Krisenjahr von 1923, in dem das Gesetz geschaffen wurde, nun im Sturmjahr 1930 zum ersten Male wieder eine Aenderung der Gesetzgebung erfolgt. Die zersetzenden widerstrebenden und aus der

[*)] Der erste Teil dieses Artikels erschien in der Oktobernummer dieser Zeitschrift.

Fäulnis des Monopolkapitals entspringenden Tendenzen sollen durch den staatlichen Machtspruch aufgehalten und unterbunden werden. Der Truststaat selbst wird zum Vollstrecker der monopolkapitalistischen Interessen. Zu dem [757] Schlichtungswesen, dem Zwangstarifvertrag, zur Steuer- und Zollfesttritt das genannte neue Kartellgesetz. Wir erinnern auch daran, auch das Kohlensyndikat (Essen) nur durch einen staatlichen Machtspruch wieder zusammengeleimt werden konnte. Lenin sprach in seinem Buch „Imperialismus“ schon von den zunehmenden Staatseinflüssen auf die Förderung des Konzentrations- und Monopolisierungsprozesses:

„Andererseits bildet das Staatsmonopol in der kapitalistischen Gesellschaft bloß das Mittel, um die Einkünfte dem Bankrott naher Millionäre in diesem oder jenem Industriezweig zu erhöhen und zu festigen.“ (Alte Ausg. S. 24.)

Damit ist die Bedeutung des staatlichen Monopolzwangsrechts, wie es in der neuen Kartellverordnung zum Ausdruck kommt, klar umrissen. Es geht um die Erhöhung der Monopolprofite.

Herr Naphtali schlägt wahre Purzelbäume ob der aufgezeigten Reorganisation des Kartellwesens. Schon am 31. Juli sagte er im „Vorwärts“:

„Wir können heute mit Genugtuung feststellen, daß die Regierung Brüning den von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften seit langem vertretenen Gedanken aufgreift ...“

Die Forderung nach der Kontrolle der Kartelle ist ein altes Prachtstück aus dem Repertoire des mit dem Monopolkapital verbündeten Reformismus.

Während die SPD und Naphtali bei Beginn des Wahlkampfes zum 14. September 1930 noch mit radikalem Phrasenschwall die Senkung der hohen Monopol- und Kartellpreise durch die neue Kartellverordnung ankündigten und damit bewußte Propaganda für die trustkapitalistische Meute um Brüning betrieb, wurde dieser Phrasennebel später von Naphtali, Eggert und Kumpanei selbst mit aller Gründlichkeit zerschlagen. Die Brüning-Regierung, die gar nicht daran dachte, die hohen Kartellpreise zu reduzieren, und damit die Monopolprofitrate zu kürzen, beauftragte gegen Ende des Wahlkampfes über den Reichswirtschaftsrat einen sogenannten „Unterausschuß“ mit der Prüfung der monopolistischen Preispolitik. Dieser Unterausschuß hatte zum Vorsitzenden sogar den Sozialdemokraten Max Cohen und zum Mitgliedern die Herren Naphtali und Eggert. Nun aber höre und staune man, was diese theoretischen Trabanten der Monopolgewaltigen dem werktätigen Volke als Ergebnis präsentieren:

„Nach einmütiger Auffassung des Ausschusses kann daher nicht d) empfohlen werden, jetzt Preisbindungen jeder Art zu untersagen d) und nur unverbindliche Richtlinien zuzulassen.“

Dieses sozialfaschistische Veto für den ungeheuren und ungehemmten Preiswucher der Monopolverbände ist eine folgerichtige Abrundung reformistischer Zoll-, Tarif-, Schlichtungs- und Lohnabbaupolitik. – Die Naphtali und Eggert haben außerdem mit ihrem Kriegsruf nach der Kartellkontrolle glatt eine Forderung des Monopolkapitals kopiert. Schrieb doch z. B. die „Berliner Börsen-Zeitung“ am 2. August 1930, wenn es notwendig sein sollte,

„auch mit dem Mittel staatlichen Zwanges ausgesprochene Auswüchse In der Preisbildung zu beseitigen, so wird sich die Reichsregierung der Zustimmung weitester Kreise auch gerade der deutschen Wirtschaft versichert halten dürfen“

Die Stellung der Sozialfaschisten zur kapitalistischen Konzentration in eine absolut bejahende. Daher auch die zähe Forderung der Hilferding und Naphtali nach der „Kontrolle der Kartelle“. Diese Forderung ist dabei sogar wörtlich dem Programm der Unternehmer entnommen. [758] Schreibt doch z. B. ein Professor Wimpfheimer in seiner Schrift: „Kontrahierungszwang für Monopole“, daß neben der „genauen Kenntnis der konkreten Wirtschafts- und Marktverhältnisse“, vor allem eine „Kontrolle dieser Verhältnisse und damit des Monopols selbst“ notwendig sei. Der gleiche trustkapitalistische Rechtsberater und Theoretiker setzt dem hinzu.

„Eine solche Kontrolle ist aber auch notwendig zum Schatz der Monopolisten.“

Man sieht, in welche Schule Herr Naphtali gegangen ist und wer die geistigen Väter der reformistischen Losung von der „Kartellkontrolle“ sind!

L. Parasitäres Kartellwesen (Submissions- und Verdingungskartelle)

Neben dem Quotenschwindel und der Quotenjägerei (z. B. in der Schwerindustrie) kommt der parasitäre Charakter des heutigen kapitalistischen Systems auch noch durch die im Kartellwesen auftretenden Submissions- und Verdingungskartelle zum Ausdruck. Die Mitglieder dieser Kartelle unterliegen einer Meldepflicht über ihre Angebote auf ausgeschrieben Offerten. Es wird jedesmalig eine Verständigung darüber herbeigeführt, wer das billigste Angebot machen darf und wer eine Schutzofferte abgeben muß. Das Kartellmitglied, das den Auftrag erhält, man an die übrigen angeschlossenen Firmen eine Abgabe zahlen. Diese Summe ist bei der Offertenabgabe bereits einzukalkulieren. Man stelle sich vor, welche ungeheure Verteuerung selbst des billigsten Angebots dadurch erfolgt. Eine Horde von Parasiten klebt an jedem Auftrag und saugt nicht nur vom Mehrwert, sondern heimst eine enorme Summe des monopolistischen Extraprofits ein. Unter den eingeschalteten Mitbewerbern werden selbstverständlich jene „geschäftsfremden Faktoren“, die analog der reinen Quotenbeteiligung (ohne Besitz an Produktionsmitteln) gewisser Konzernkönige ebenfalls ohne eigentlichen Warenbesitz – durch bloße finanzielle Machtpositionen – zu teilnehmenden Nutznießern am Monopolprofit.

Während in früheren Jahren das Submissions- und Verdingungswese, dieser Art von den Kartellgerichten als „unlauter und gegen die guten Sitten verstoßend“ bezeichnet wurde, liegt nunmehr ein Reichsgerichtsurteil (Fall Arbeitgeberverband, Zimmergewerbe Hannover) vor, in welchem der Staat ausdrücklich die genannten schmarotzernden Kartelle gestaltet und erlaubt. Auch hier sehen wir den von Hilferding und Naphtali applaudierten Staat beim Werk, das monopolistische Parasitentum hochzuzüchten. Das „Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit“ ist ein besonderes ausdrücklich zu dem Zweck geschaffenes Gebilde, alle Möglichkeiten gesteigerter Profitsicherungen auszuschöpfen und mit Staatshilfe in die Wege zu leiten. – Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhange noch die bereits im Mai 1930 das Reichswirtschaftsministerium einen Machtspruch fällte, durch den die Monopolisten der Zementindustrie, infolge zwangsmüßiger Festsetzung ihrer Rabattsätze (Zementverband) enorme Extraprofite erhielten.

M. Kartellwucher und Preisbildung

Trotz der gewaltigen Preisstürze auf dem internationalen Markt hält der monopolisierte deutsche Kapitalismus die Kartellpreise auf der gleichen Höhe, bzw. geht sogar an die Heraufsetzung der Inlandspreise. Während z. B. das Aufliegen der Internationalen Rohstahl-Gemeinschaft zu einer starken Senkung der Einzelpreise des Weltmarkts führte, stehen die deutschen Inlandspreise z. T, bis zu 60 Prozent über den Export-[759]preisen. Die augenblicklichen deutschen Glaspreise liegen 21 bis 50 über den Preisen der Vorkriegszeit, und das, obwohl inzwischen (z. B. durch die Fourcault- und Libbey-Owens-Verfahren) ferner durch Zusammenlegung von Glaswerken mit Kokereien oder Sodavorkommen mit Kohlenbergwerken eine sehr starke Verbilligung des Erzeugerpreises für Fertigglas erzielt wurde. Die Kartelle schützen in ausgedehntem Maße die hohen Preise. Der Monopolwucher, speziell in der Glasindustrie, ist derartig groß, daß die Wucherspanne zwischen Fabrikselbstkostenpreis und dem tatsächlichen Preis, den der Glasermeister zahlt, 300 bis 400 Prozent beträgt.

Während seit 1927 bis heute allgemein alle nichtkartellierten Preise stark sanken, geht die Tendenz der Kartellpreise ununterbrochen nach oben bzw. stagniert. Der Index nichtkartellierter Preise sank z. B. von 110 im Januar 1928 auf 101,9 im gleichen Monat des Jahres 1929 und auf 95,1 im Oktober 1929. Währenddem stieg der Index der kartellierten Preise von 99,7 im Januar 1928 auf 105,3 im Oktober 1929. Die weltmarktabhängigen Preise sind in Deutschland (besonders durch die beiden großen amerikanischen Börsenkatastrophen) sehr stark gesunken, während die Preise für kartellierte deutsche Rohstoffe kaum sanken bzw. emporschnellten. Der Index für Papierstoffe und Papier sank z. B. nur von 148,3 auf 143,5, der für Eisen nur von 127,9 auf 125,4 Punkte. Einige andere kartellgebundene deutsche Rohstoffe steigerten dagegen ihre Indexziffer: Z. B. Kohle von 131,4 auf 136, Oel von 118,1 auf 127,8, Chemikalien von 125,8 auf 126,2 Punkte. Unerhört ist die Preisspanne zwischen kartelliertem deutschen Stabeisen zwischen Inland und Ausland: So kostet 1 Tonne deutsches Stabeisen in der ersten Augustwoche in London 90 Mark, während das gleiche Eisen in Düsseldorf 137 Mark kostet. Das Parasitentum des „organisierten Kapitalismus“ kommt durch diese Ziffern sehr gut

zum Ausdruck. Und dann bedenke man, daß die SPD-Herren Cohen, Naphtali und Eggert ausdrücklich in jenem Unterausschuß des Reichswirtschaftsrats erklärten, es sei unmöglich, die Preisfestsetzungen der Monopole (also die Wucherpreise!) zu untersagen.

N. Trustbildung und Ueberfremdung

Gleichzeitig mit der Kapitalflucht deutscher Kapitalisten macht sich eine zunehmende Ueberfremdung in der konzentrierten und nichtkonzentrierten deutschen Industrie bemerkbar. Das geschieht durch Anleihen, direkte Beteiligung, Uebernahme von Aktienpaketen und direkte ausländisch-deutsche Fusion (letzteres ist z. B. bei den deutschen Kugellager der Fall, die in den schwedischen Kugellagertrust aufgingen!). Die amerikanische Firma General-Elektric übernahm ein neues Aktienpaket bei der AEG und erhöhte dadurch Ende 1929 ihren Anteil bereits auf 30 Prozent. Schon im Jahre 1928 hat General-Motors sich durch Uebernahme großer Aktienanteile der Opel-Werke in Rüsselsheim großen Einfluß auf die Produktion gesichert. Das Werk wird stark modernisiert dadurch besser konkurrenzfähig gegen die übrigen einschlägigen deutschen Fabriken (Daimler-Benz, Horch, Brennabor, Wanderer usw.), noch nicht den Schritt zu einer umfassenden Fusion getan haben. Mittlerweile hat sich ein großer Autoreifentrust gebildet. Die „Continental Caoutchuc und Guttapercha Co“ hat folgende Werke aufgesogen: Eycelsior Gummiwerke, Peters Union (Corbach und Frankfurt) und Titanwerk erfaßte Produktion für Autoreifen beträgt durch die fusionierende Ausladstätigkeit schon 75 Prozent. Als einziger Außenseiter ist nur noch das Harburger Gummiwerk Phönix zu verzeichnen. Der Inter-[760]nationale Linoleumtrust in Zürich („Continentale Linoleum Union AG“) hat die wesentlichsten deutschen Linoleumfabriken aufgesogen. Als stärkster Außenseiter produziert lediglich noch die „Rheinische Linoleum-Werke AG“. Die Vereinigten Glanzstofffabriken in Elberfeld fusionierten sich mit der holländischen „Enka“ zusammen in der „Au“ („Allgemeinen Kunstzide-Unie“). Bei diesem Zusammenschluß lagen vor allem steuerbetrügerische Absichten vor. Der Direktor Stöhr von der Kammgarnspinnerei Stöhr und Co. AG erklärte im November 1929 in einer Sitzung der Leipziger Handelskammer, daß 25 Prozent der deutschen Kammgarnspindeln sich bereits in ausländischen Händen befänden. Die Aktienmajorität der „Ilse Bergbau AG“ ist an den tschechischen Kohlengroßhändler Ignaz Petscheck übergegangen. Die Gebrüder Petscheck besitzen bereits 37 Prozent der Anteile der Brikettherstellung in der Braunkohlenindustrie Mitteldeutschlands. Im ostelbischen Braunkohlenrevier liegen sogar 62 Prozent der Brikettherstellung und 41 Prozent der Rohkohlenförderung in den Händen der obengenannten tschechischen Kohlengroßhändler. Bezeichnenderweise sind die Betriebe der Tschechen in Deutschland (gemäß Vereinbarung von 1921) steuerfrei. Eines der größten Ereignisse in der ausländisch-deutschen Fusion war zweifellos die Bildung jenes großen Weltelektrotrusts durch die Zusammenlegung der amerikanischen General-Elektric und dem Siemens-Konzern. Letzterer hat eine große Amerikaanleihe aufgenommen, und zwar für die Zeit von 1000 Jahren. Das bedeutet natürlich praktisch die Fusion beider Elektrounternehmungen. Während Herr Dr. Siemens noch bei dem Aktienaufkauf von AEG-Anteilen durch amerikanisches Kapital eine von Nationalismus triefende Rede hielt, hat der gleiche Patriot im Frühjahr 1930 selbst den Siemens-Elektrokonzern an das Kapital der USA verschachert. Herr Stegerwald hat kürzlich dem Siemensschen Riesenunternehmen ausdrücklich erklärt, daß er zugleich ein vaterländischer wie auch sozialer Betrieb sei! Die Zusammenballung der großen Elektrokapitalien hat für die monopolistische Ausbeute des Marktes natürlich eine große Bedeutung. Das Institut für Konjunkturforschung hat seinerzeit den Versuch gemacht, die immer stärker werdenden Auslandsbeteiligungen an deutschen Unternehmungen zu registrieren. Bei etwa 60 erfaßten Unternehmungen handelte es sich um ein Gesamtkapital von 570 Millionen Mark. Davon hat das Auslandskapital mindestens bereits 230 Millionen Mark erworben. Nach dem Berücht des gleichen Instituts wird die neue Auslandsbeteiligung an deutschen Betrieben für das Jahr 1929 auf etwa 800 Millionen Mark geschätzt. Der Betrag wird in Wirklichkeit bedeutend höher sein. Die Zahl der vollständig in ausländischem Besitz befindlichen deutschen Großbetriebe beträgt etwa 19, während mehr als 21 Großunternehmungen zu mehr als 50 Prozent ausländische Aktienbesitzer aufweisen. Die Ueberfremdung der deutschen Industrie mit vornehmlich amerikanischem Kapital ist politisch von außerordentlich weittragender Bedeutung. Deutschland ist ökonomisch und politisch mit den westlichen Kapitalsmächten unzerreißhar verbunden und dadurch

bedingungslos in die Antisowjetfront eingeschwenkt. Die Ketten des Young-Plans verknüpfen diese Sklavenbanden nur noch fester. Im Falle der Errichtung eines Sowjetdeutschland wurden die imperialistischen Wichte, deren Kapital in Deutschland investiert ist und die auf die Young-Tribute lauern, zum „Schutze“ ihrer „Interessen“ zur Intervention schreiten. Die ausländisch-deutsche Kapitalsverflechtung – und Fusion besitzt also für das revolutionäre Proletariat große Wichtigkeit! [761]

O. Sozialfaschisten und Kapitalskonzentration (Theorie vom „organisierten“ Kapitalismus)

Für Abbau der Kapazität. Der verfaulende, parasitäre und ausbeuterische Kapitalismus vernichtet Milliardenwerte und läßt Millionen Arbeitshände ruhen. Modernste Fabriken werden wie rostiges Eisen verschrottet. Die verbleibenden Produktionsmittel werden künstlich an ihrer Entfaltung gehindert. Der Monopolkapitalismus treibt trotzdem zu einer wahnsinnigen Ueberproduktion. Das alles sehen die Sozialfaschisten, ja, sie sprechen sogar von einem „Gespenst der Ueberkapazität“ und sagen, daß durch Konzentration und Rationalisierung die Leistungsfähigkeit weit über die Anforderungen der Märkte hinausgeht. Nun höre man aber, welchen Ausweg die reformistische Theorie aus der Krise aufzeigt:

„Wir müssen wohl schon gut oder übel an die Wurzel selbst heran. Wir müssen die Kapazität abbauen! Diese Forderung wird dem zweiten Abschnitt der deutschen Rationalisierung das Gepräge geben ... Mit der neuen Konzentrationswelle wird sich zweifellos ein Abbau der Kapazität vollziehen ...“ (Olk in der „Arbeit“, Märzheft 1930.)

Da haben wir es: „Wir müssen die Kapazität abbauen!“ Das heißt Produktionseinengung durch Stillegung, Massenentlassung und Feierschichten. Die gleiche Forderung steht täglich in der „Deutschen Bergwerkszeitung“. Wir sehen, aus welchen schmutzigen Abwässern die sozialfaschistische Theorie ihre Speisung erhält. Und konsequent sagt die sozialfaschistische „Arbeit“ an anderer Stelle: „Wir kommen um Stilllegungen nicht herum.“ Die theoretischen Trabanten des Trustkapitals reden offen die Sprache der Monopolgewaltigen.

Für „Kapitalbildung“ und „Wirtschaftserweiterung“. Das Gerede vom Kapazitätsabbau hindert die Sozialfaschisten nicht, mit gleicher Energie die sogenannte „Kapitalbildung“ zu fördern. Ganze Bücher, Zeitschriften und Broschüren verschwenden sie, um immer wieder der „neuen Kapitalbildung“ das Wort zu reden. Kaum ein Vortrag von Eggert und Naphtali, in welchem nicht dieses Verlangen auf die Fahne des ADGB geschrieben wird.

„Daher ist innere Kapitalbildung für das natürliche Wachstum der heutigen Wirtschaft notwendig und als Vorbedingung besserer Güterversorgung unerläßlich.“ (ADGB, in „Wirtschaftslage, Kapitalbildung, Finanzen, 1930“.)

Wir sehen nur, wie skrupellos die Sozialfaschisten jeden, aber auch jeden Blech der Trustbourgeoisie nachbeten. Jeder Arbeiter wird erkennen, daß eine Theorie, die zur Krisenbeseitigung gleichzeitig mit dem Kapazitätsabbau zum Zweck „besserer Güterversorgung“ der „Kapitalbildung“ das Wort redet, grundlegende Widersprüche enthält, ja sogar eine Höchstleistung an Konfusität darstellt.

Warum wollen die Sozialfaschisten (hie „Kapitalbildung“? Zum Zweck der „Wirtschaftserweiterung“! Und – Platz gemacht! – das ist die reformistische „Lösung“ der Erwerbslosenkrise! Nicht Siebenstundentag oder Beschneidung der Monopolprofite, nein, Heinrich Acker fordert im Februarheft der „Arbeit“:

„Die Aufgabe (her Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Wirtschaftserweiterung als der dauerhaften Schaffung neuer hinreichender Arbeitsgelegenheit ... ist im übrigen keineswegs neu!“

Die Produktionserweiterung im kapitalistischen Staat soll also die Rettung der vom Hungertode bedrohten Riesenarmee der Arbeitslosen sein. Man legt modernste Betriebe still, erbaut Mammutbetriebe, um [762] durch Quotenschacher kurz darauf den Betrieb zum Erliegen zu bringen. Man läßt die Kohlenzechen dutzendweise versaufen, weil die Produktionsverhältnisse in Widerspruch geraten mit dem gesellschaftlichen Zustand, – und dann kommt der Sozialfaschismus und predigt einer weiteren „Wirtschaftserweiterung“ das Wort. Jeder Werktätige hat heute am eigenen Leibe erfahren, daß mit progressiver Kapitalsentwicklung und gesteigerter Akkumulation eine grandiose Welle des

Elends einhergeht. Die sozialfaschistische Theorie stellt die Tatsachen auf den Kopf und bedeutet zudem eine Verfälschung, ja sogar Umkehrung des Marxismus.

„Mit dem Umfang der Konzentration und der technischen Wirksamkeit der Produktionsmittel vermindert sich immer mehr der Grad, worin sie Beschäftigungsmittel der Arbeiter sind." (Marx, Kapital I, S. 566.)

Die zunehmende Konzentrationsbewegung vermindert also mit jedem Grade ihrer Steigerung die Zahl ihrer beschäftigten Arbeiter. Die heutige Dauererwerbslosigkeit ist der Reflex des bankrottierenden Kapitalismus, der nicht trotz, sondern gerade durch seinen beschleunigten Konzentrationsprozeß Riesenkapitalswerte und als wichtigstes Produktionsmittel die menschliche Arbeitskraft vernichtet. Wieder müssen es bei den vorstehenden Problemen, die die kapitalistische Krise betreffen, die Sozialfaschisten sein, die zu theoretischen Schildknappen des Monopolkapitals werden.

„Organisierter Kapitalismus" gleich „Frühsozialismus". Im anarchischen Walten der kapitalistischen Kräfte, auch in den Konzentrations- und Rationalisierungsprozessen sowie im Monopolwucher schien die Hilferding, Naphtali und Eggert das wundertätige Wirken des „organisierten Kapitalismus". Verzückt und berauscht vom Niedergangsprozeß des Kapitalismus, ruft ein SPD-Theoretiker in der „Arbeit" aus: „Wir sind im Zweifel, ob wir die jetzige Phase des Kapitalismus als Spätkapitalismus oder Frühsozialismus bezeichnen sollen." Schon vor Jahren erklärte Rudolf Hilferding, dem die verheerende Welle der Akkumulation des Elends „frühsozialistische" Zauberbilder zu sein schienen:

„In der Wirtschaft haben der Krieg und die Nachkriegsperiode die Tendenzen zur Konzentration des Kapitals radikal verstärkt ... das bedeutet den Uebergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum organisierten Kapitalismus." („Gesellschaft" 1924, Nr. 1.)

Da singt gleich der berühmteste SPD-Heldentenor seinen Bardengesang auf die kapitalistische Anarchie, die ihm eine geregelte Organisation dünkt. Der Marxismus wurde von Hilferding längst zum alten Eisen geworfen. Während Marx noch sagte („Kapital" I, Seite 482), daß in dem Maße der Kapitalsakkumulation sich die Lage des Lohnarbeiters verschlechtern muß, predigt Hilferding die Akkumulationswelle als den Hebel zu proletarischer Wohlstandssteigerung. Auf dem Kieler SPD-Parteitag sagte Hilferding:

„Unserer Generation ist die Aufgabe gestellt, mit Hilfe des Staates die Regelung der kapitalistischen Wirtschaft zu organisieren (!) und die kapitalistisch organisierte und geleitete Wirtschaft umzuwandeln in die vom demokratischen Staat geleitete Wirtschaft. Das bedeutet nichts anderes als daß unsere Generation das Problem des Sozialismus gestellt wird.

Bei solcher Theorie nimmt es uns nicht wunder, daß der durch das Schlichtungswesen dekretierte Lohnabbau, daß die Unantastbarkeit der wucherischen Kartellpreise (Erklärung Cohen-Naphtali) und damit [763] brutalste Lohnräuberei die rückhaltlose Anerkennung des Sozialfaschismus finden. Während Friedrich Engels noch mit beißendem Hohn gegen jene Anschauung vom „friedlich-fröhlichen Hineinwachsen der alten Schweinerei in die sozialistische Gesellschaft" wetterte, konnte Hilferding 1927 in Kiel verkünden, daß die „Aera der freien Konkurrenz der Kräfte überwunden" und zu einer Transformationsperiode der „organisierten Wirtschaft", zum „Frühsozialismus" geworden sei.

Marx contra Hilferding. Niemand anders als Marx hat schon gegen die Hilferdingsche Theorie von der Kongruenz der Kapitals- und Arbeiterinteressen polemisiert. Wir lesen z. B. in „Lohnarbeit und Kapital", Seite 29:

„Die Interessen des Kapitals und die Interessen der Arbeiter sind dieselben, heißt nur: Kapital und Lohnarbeit sind zwei Seiten eines und desselben Verhältnisses. Die eine bedingt die andere wie der Wucherer und Verschwender sich wechselseitig bedingen. – Solange Lohnarbeiter Lohnarbeiter ist, hängt sein Los vom Kapital ab. Das ist die vielgerühmte Gemeinsamkeit des Interesses von Arbeiter und Kapitalist."

Mit dieser Aeußerung Marx wird gleichzeitig jene aus der Auffassung des „organisierten Kapitalismus" entspringende Theorie der Wirtschaftsdemokratie zerschmettert. – Es sei abschließend noch die Auffassung Lenins über den Sinn der kapitalistischen Konzentration wiedergegeben. Lenin sagt in seinem Buch über den „Imperialismus als jüngste Etappe", Seite 24:

„Das gesteigerte Anwachsen der Technik erzeugt immer mehr Elemente des Mißverhältnisses zwischen den einzelnen Teilen der Volkswirtschaft, mehr Chaos und Krisen."

Nicht „Organisiertheit", sondern Chaos und Krisen, nicht glatter Ablauf der Produktionsprozesse, sondern Mißverhältnisse und schwerste Erschütterungen, nicht Aufbau, sondern Verwüstung und Vernichtung lebendiger und toter Produktivkräfte, nicht gesteigerter Wohlstand, sondern gesteigerte Not sind die Kennzeichen der jetzigen Krisenphase des Kapitalismus. Mit ihrer ganzen Wucht kämpft die revolutionäre Arbeiterschaft gegen den parasitären, verfaulenden Monopolkapitalismus. Erst im bolschewistischen Arbeiterstaat (wie zur Zeit in der USSR) wird eine planwirtschaftliche Produktion und wird gesteigerter Wohlstand für das Proletariat geschaffen werden können.

LITERATUR

Der junge Engels

Der Herausgeber der historisch-kritischen Gesamtausgabe von Marx und Engels, Genosse Rjazanow, hat dem 1927 erschienenen Band, der den jungen Marx vor uns hinstellte, nunmehr auch eine umfangreiche Veröffentlichung angeschlossen, die die Schriften, Briefe und Dokumente des jungen Engels (bis 1844) vereinigt (Gesamtausgabe, erste Abteilung, Band 2, Marx-Engels-Verlag, Berlin 1930. 692 Seiten). Ein wundervolles Buch, das wir restlos genießen können – denn selbst die dichterischen Versuche von Engels stehen auf einem poetischen Niveau, das ihren Wiederabdruck rechtfertigt, was man von Marxens lyrischen Ergüssen beim besten Willen nicht sagen konnte. Nichts möchte man entbehren, was Fleiß und Finderglück Rjazanows hier zusammengetragen hat. Und die philologisch gewissenhafte Bearbeitung, die aufschlußreiche Einleitung bis zu den ausgiebigen Registern ist als mustergültig zu bezeichnen. Nur etwas [764] hätten wir anders gewünscht. Der sprachgewandte Engels schreibt in seinen Briefen nicht nur deutsch, sondern stellenweise auch lateinisch, griechisch, hebräisch, französisch, englisch, italienisch, spanisch usw.; eine Reihe der wichtigsten Artikel in diesem Bande sind ganz in englischer Sprache abgefaßt. Rjazanow hat jedoch jegliche Uebersetzung vermieden. Ist dieses Buch etwa nur für literarische Feinschmecker und Inhaber eines humanistischen Reifezeugnisses bestimmt?! Wenn ein wissensdurstiger marxistischer Funktionär mit Volksschulbildung das Buch aus einer Bibliothek entleiht (leider nicht allzu viele werden es ja kaufen können!), dann sollte sich ihm das von der Institution eines Proletarierstaates herausgegebene Buch auch geistig erschließen!

Gerade dieses Werk vom Werdegang des jungen Engels ist in der reichen Folge der literarischen Produktionen des Achtzehn- bis Vierundzwanzigjährigen so überaus historisch lehrreich, so anziehend und forsch geschrieben, die Briefe an seine Jugendfreunde und seine Schwester so reich an den feinsten psychologischen Momentbildern – ganz zu schweigen von den lustigen Zeichnungen des so vielseitig begabten Engels, der, wie er dichtete, auch zeichnete und komponierte, daß dieses Buch eine große Leserschar verdient. Offenbart es doch die geistige Entwicklung der Weltanschauung, die die marxistische werden sollte, in ganz einzigartiger Weise!

Marxens schriftstellerische Tätigkeit begann erst nach Abschluß seiner Universitätsstudien 1841. Da ist aber der Dreiundzwanzigjährige so ausgereift, daß seine Bekannten von dem „imposanten Eindruck" sprechen, den dieser „größte, vielleicht einzige jetzt lebende eigentliche Philosoph" mache (Brief von Heß an Auerbach vom 2. September 1841). In das Chaos, das diesen Stern gebären sollte, blicken wir nur einmal bei der Lektüre eines allein erhalten gebliebenen Bekenntnisbriefes von Marx an seinen Vater (vom 10. November 1837). Wie viel klarer zeichnen sich dagegen die Konturen des jungen Engels vor uns ab! Da sehen wir, wie schon der Achtzehnjährige nach geistiger Gestaltung ringt, zugleich nach dem Lorbeer des Dichters Freiligrath und des Publizisten Börne greifend. Verse, Zeitungsfeuilletons, Revueaufsätze von Engels erscheinen pseudonym und anonym von 1838 bis 1842 in bunter Fülle. Freilich war für Engels die schulmäßige geistige Ausbildung bereits mit der Beendigung des Gymnasiums (1837) abgeschlossen. Die kaufmännische Tätigkeit in Bremen (1838 bis 1841) befriedigte aber weder seinen Intellekt noch seinen Ehrgeiz. „Siegfried ist der Repräsentant der deutschen Jugend. Wir fühlen alle denselben Tatendurst, denselben Trotz gegen das Herkommen in uns, der Siegfrieden aus der Burg seines Vaters trieb." So ruft Engels 1840 in einem Aufsatz

„Siegfrieds Heimat“ aus. Als Marx – vierundzwanzigjährig – 1842 seinen ersten Zeitungsartikel schrieb, „Bemerkungen über die neueste preußische Zensurinstruktion“, veröffentlichte auch Engels – der übrigens Marx damals noch nicht kannte – eine Kritik der preußischen Preßgesetze. Aber da hatte der „junge Kaufmannsdiener aus Bremen“ bereits eine ausgedehnte journalistische Korrespondenttätigkeit hinter sich. An Gutzkows „Telegraph“ (1839 bis 1841), am „Stuttgarter Morgenblatt“ (1840 bis 1841) – von Rjazanow neu entdeckt –, im „Athenäum“ (1841) und schließlich in der „Rheinischen Zeitung“, an der Engels seine Mitarbeit am 12. April 1842 begann, während der erste Beitrag von Marx dort am 5. Mai 1842 erschien. Durch diese Artikel und vor allem durch die Briefe an seine Jugendfreunde, die Brüder Gräber (1838 bis 1841), erhalten wir einen tiefen Einblick in den geistigen Werdeprozeß Engels.

Wie für Marx gilt auch für Engels der Satz, den Marx 1844 in der Einleitung zur Hegelschen Rechtsphilosophie geprägt hat: „Die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik.“ Und zweifellos hatte Engels einen sehr viel längeren und qualvolleren Weg zu machen, bis er sich ins Freie durchgekämpft hatte. Engels stammte aus dem pietistischen Wuppertal – Muckertal, wie er einmal schrieb – und aus einer sehr frommen Bourgeoisfamilie. Als der Vater ihn nach Bremen in die „Lehre“ schickte, gab er ihn bei einem Pfarrer Treviranus in Pension. Die Briefe des jungen Engels an seine Freunde, die Pastorensöhne Gräber, zeigen uns nun anschaulich die Stationen von Engels weltanschaulicher Entwicklung. Am 8. April 1839 wendet er sich noch gegen den „verruchten Rationalismus“. Zwei Monate darauf heißt es: „Ich beschäftige mich jetzt sehr mit Philosophie und kritischer Theologie ... Das Orthodoxe habe ich abgelegt“ (Seite 505). Im Juni 1839: „Ich will Dir nur geradeheraus sagen, [765] daß ich jetzt dahin gekommen bin, nur die Lehre für göttlich zu halten, die vor Vernunft bestehen kann“ (Seite 525). Durch Schleiermachers Schriften gerät Engels dann für kurze Zeit in eine merkwürdige Mischung von Rationalismus und Mystizismus. Aber da kommen ihm religionskritische Bücher des Junghegelianers Strauß in die Hände, und am 8. Oktober 1839 meldet ein stürmischer Brief: „Ich bin jetzt begeisterter Straußianer ... Wenn Ihr den Strauß widerlegen könnt – eh bien, dann werd ich wieder Pietist“ (Seite 538). Und weiter – im November 1839: „Strauß hat mir Licht über Hegel angesteckt. ... Hegels Geschichtsphilosophie ist mir ohnehin wie aus der Seele geschrieben“ (Seite 552). Engels begrüßt im „Hegeltum“ den „modernen Pantheismus“ (Seite 555). In Engels anonym erschienener Streitschrift „Schelling und die Offenbarung. Kritik des neuesten Reaktionsversuchs gegen die freie Philosophie“ (1842) – eine leidenschaftliche Verteidigung Hegels gegen das Christentum – heißt es abschließend: „Alle Grundprinzipien des Christentums, ja sogar dessen, was man bisher überhaupt Religion nannte, sind gefallen vor der unerbittlichen Kritik der Vernunft“ (Seite 185). Diese Broschüre schrieb Engels in Berlin, wo er 1841 bis 1842 seiner Einjährigenpflicht genügte. Rjazanow hat aus dieser Periode noch eine von Engels verfaßte, anonym erschienene parodistische Verulkung Schellings entdeckt: „Schelling, der Philosoph in Christo oder die Verklärung der Weltweisheit zur Gottesweisheit. Für gläubige Christen, denen der philosophische Sprachgebrauch unbekannt ist. Berlin 1842.“ Mittlerweile war Engels mit Feuerbachs „Wesen des Christentums“ vertraut geworden, und das hatte ihn zum völligen Materialisten gemacht.

In gleicher Weise vollzog sich in diesen Jahren Engels Entwicklung aus einem liberalisierenden „Jungdeutschen“ – „wir jungen Deutschen“ schreibt Engels 1839 (Seite 536) – zum radikalen Junghegelianer und schließlich zum revolutionären Kommunisten. Ende 1842 hat Heß – der Senior des deutschen Kommunismus – ihn für die Bewegung geworben und gewonnen. Während seines Aufenthaltes in England (1842 bis 1844) erfährt der kommunistische Standpunkt von Engels eine außerordentliche Vertiefung, die ihn zu den meisterhaften Darstellungen in den „Deutsch-französischen Jahrbüchern“: „Umrisse einer Kritik der Nationalökonomie“ und „Die Lage Englands“ (1844) befähigte.

An literarischen Maskenscherzen hatte Engels zeitlebens seinen Spaß. Bis fast zwanzig Jahre nach Engels Tode war nicht bekannt, daß ein Schriftsteller Friedrich Oswald, der Anfang der vierziger Jahre eine Reihe polemischer Artikel und auch ein großes satirisches Heldengedicht verfaßt hatte, kein anderer als Engels selbst gewesen war. Gustav Mayer hatte 1913 die erste Entdeckung in dieser Richtung gemacht. Rjazanow hat die unwiderleglichen Beweise dafür gehäuft. Jetzt bleibt nur noch

das „psychologische Rätsel“ zu lösen, warum Engels selbst nie den Schleier gelüftet hat, sondern im Gegenteil Kautsky, Bernstein und Mehring – man möchte beinahe glauben: mit vergnügtem Schmunzeln – völlig in der Irre tappen ließ?! Aber damit kommen wir überhaupt zu der Feststellung, daß zu Engels Lebzeiten das ganze geistige Schaffen des jungen Engels bis zu dem Augenblick der Begründung des Freundschaftsbundes und der Kampfgenossenschaft mit Marx – also bis 1844 – unbekannt respektive verschollen war. Erst Mayer gab uns 1920 die Monographie „Fr. Engels in seiner Frühzeit“. Der vorliegende Band von Rjazanow vervollständigt diese Darstellung in sehr wichtigen Punkten. Es vollzieht sich so wirklich eine literarische Auferstehung des jungen Engels. Und wie lebensnah diese prachtvolle revolutionäre Reckengestalt vor uns steht, wird die Lektüre dieses epochemachenden Buches einem jeden beweisen.

Vor gerade neunzig Jahren schrieb Engels:

„Für Riesen und Drachen haben die Philister auch gesorgt, namentlich auf dem Gebiete von Kirche und Staat ... Man steckt uns in Gefängnisse, Schulen genannt, ... und wenn man uns aus der Disziplin losläßt, so fallen wir der Schande des Jahrhunderts, der Polizei in die Arme. Polizei beim Denken, Polizei beim Sprechen, Polizei beim Sehen, Reiten, Fahren – es schlage der Teufel Riesen und Drachen tot.“ (Seite 94.)

Ist das alles historisch geworden?! *Hermann Duncker*. [766]

*

A. Losowsky: Der Streik

Fünf Vorträge, gehalten an der Lenin-Schule zu Moskau.
Verlag der Roten Gewerkschaftsinternationale, Moskau, Auslieferung durch
Führer-Verlag, Berlin, 1930.

Das Erscheinen dieser Broschüre füllt eine Lücke innerhalb der marxistisch-leninistischen Literatur aus, die jeder verantwortliche und aktive Funktionär in der revolutionären Arbeiterbewegung um so mehr empfinden mußte, als die Entfaltung der Widersprüche der 3. Periode des Nachkriegskapitalismus in den verschiedensten Kämpfen der Arbeiterklasse eine Reihe von Fehlern und Schwächen der Kampfführung zutage treten ließ. Auf Grund der Beschlüsse der Straßburger Konferenz, die Ende Januar die Lehren der Wirtschaftskämpfe behandelte, versucht Genosse Losowsky, die wichtigsten allgemeinen Grundsätze und Regeln revolutionärer Streikführung herauszuarbeiten und damit den ersten Schritt zur Popularisierung der Beschlüsse von Straßburg zu tun. Selbstverständlich ist diese Broschüre kein Handbuch der Streikstrategie, in dem Sinne, daß sich dort auf jede konkrete Frage eine konkrete Antwort findet. Das ist angesichts der Fülle der Formen und Probleme der Kampfe der Arbeiterklasse niemals möglich. Losowsky will hier vielmehr eine Anleitung zur selbständigen Leitung von Kämpfen der Arbeiterklasse geben, wobei er gleichzeitig die Ergebnisse der Kriegswissenschaft mit verarbeitet. Wie notwendig diese Broschüre ist, beweist ja tagtäglich die Praxis unserer Kämpfe.

Die Hauptaufgabe, die sich daher die Broschüre stellt, ist die Schulung der mittleren und oberen Aktivkader der revolutionären Arbeiterbewegung, die diejenigen Glieder sind, die berufen sind, die Leitung der Kämpfe zu übernehmen, also neben den im Reichs- und Landesmaßstabe leitenden Funktionären vor allem auch die verantwortlichen Genossen in den Betrieben, die roten Betriebsräte insbesondere. Hier wird zum ersten Male dci Versuch gemacht, die bolschewistische Kampfstrategie und -taktik zu entwickeln, ein Versuch, der um so wichtiger und notwendiger ist, als gerade hierin infolge der reformistischen Verseuchung der Arbeiterbewegung alle überkommenen Vorstellungen gewerkschaftlicher Kämpfe umgekrempelt werden müssen.

Es ist hier nicht der Platz, näher auf den Inhalt einzugehen, nur durch Angabe der Kapitelüberschriften wollen wir kurz eine Vorstellung des Inhalts der Broschüre geben. Losowsky behandelt folgende Themen: Kader und Streikkampf – Politik und Oekonomik – Der Streik als Schlacht im Klassenkampf – Streikstrategie und Streiktaktik – Der Streik und der allgemeine politische Kampf des Proletariats. Anhangweise sind die äußerst wichtigen Resolutionen der Straßburger Konferenz über die „Erfahrungen, Lehren und Aufgaben der Wirtschaftskämpfe“ angefügt, die von jedem Genossen

eingehend und gründlich studiert werden müssen. Jedoch darf sich das Studium sowohl der Broschüre wie der Resolutionen nicht in einer wissensmäßigen Aneignung des Stoffes erschöpfen, sondern es soll der Aneignung der Methode dienen, wie wir an die Führung und Organisierung der Streiks heranzugehen haben. Nur dann ist das Studium fruchtbar, wenn es die Praxis der Kampfführung und damit auch ihre Theorie verbessert. Nur aus der Praxis erhalten wir die Bestätigung und Konkretisierung der hier aufgestellten allgemeinen Sätze und Forderungen. Das ist besonders wichtig zu bekommen, als die Broschüre des Genossen Losowsky auf einer Reihe von Gebieten neue Gesichtspunkte für einen großen Teil unserer Genossen bringt, die erst noch in eingehender Praxis näher erprobt und erforscht werden müssen. Wir meinen hier vor allem das 3. Kapitel der Broschüre, das die Anwendung der Kriegswissenschaft auf die Streikführung behandelt. Hier fehlt bislang noch fast völlig jede konkrete Untersuchung. Daher bleiben diese Ausführungen Losowskys notwendig noch etwas allgemein, sind in manchen Formulierungen auch vielleicht nicht als sehr glücklich zum bezeichnen (z. B. die Charakterisierung der sich gegenüberstehenden Armeen, die, trotz des Fehlens konkreter Untersuchungen, unseres Erachtens doch konkreter noch hätte gestaltet werden können). gerade hier hat die weitere Arbeit in der Erforschung der Streikkämpfe der Arbeiter einzusetzen, um diese außer-[767]ordentlich wertvollen Anregungen Losowskys für die Praxis der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung fruchtbar zu machen.

Wie kann das konkret geschehen? Welches sind die nächsten Schritte dazu? Jeder verantwortliche Funktionär muß sich mit den von Losowsky aufgeworfenen Fragen beschäftigen, sie müssen in systematischer Schulungsarbeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition popularisiert und den breiten Arbeitermassen verständlich gemacht werden. Daneben muß als Ergänzung dieser Broschüre eine Literatur der Streikbroschüren entstehen, in denen systematisch in populärer, den Massen verständlicher Form die Erfahrungen, Erfolge und Mängel der einzelnen Streiks ausgewertet werden, in der Art etwa, wie das der Bezirksausschuß der RGO für Halle-Merseburg nach dem Streik in Mansfeld getan hat. F. B.

*

Dr. Martin Böckenhauer: Die Genossenschaften im Wirtschaftssystem des Sowjetstaates
Verlag C. L. Hirschfeld, Leipzig C 1.

Diese Schrift ist in der Sammlung „Soziale Organisationen der Gegenwart“, herausgegeben von Professor Dr. Ernst Grünfeld, erschienen. Das Buch Böckenbauers gibt eine Uebersicht über die verschiedenen Genossenschaftstheorien, die Grundlagen der sowjetrussischen Genossenschaftsbewegung und ihre Eingliederung in das Wirtschaftssystem des proletarischen Staates. Obschon der Verfasser sich nicht mit der revolutionären Genossenschaftstheorie der Kommunisten identifiziert, versucht er den Schein sachlicher Objektivität gegenüber dem Sowjetsystem zum wahren. Wo er allerdings an einer eigenen Stellungnahme zu den Problemen nicht vorbeigehen kann, kommt er in verdächtige Nähe der Antibolschewisten Totomianz und Olberg. Im ganzen hebt sich aber das Buch B.s in der Beurteilung des sowjetrussischen Genossenschaftswesens gegenüber den „Genossenschaftssozialisten“ wohltuend ab.

Ausgehend von der Genossenschaftstheorie des revolutionären Marxismus versucht Böckenhauer die Frage zu klären, wie die Rolle der Genossenschaften im Kriegskommunismus und ihre heutige Eingliederung in das Wirtschaftssystem der Sowjetunion mit dieser Theorie im Einklang steht. Die durch die Verhältnisse des Bürgerkrieges bedingte Periode des Kriegskommunismus hat die Konsumgenossenschaften als staatliche Zwangsorganisationen, als Konsumkommunen, gesehen. Hierin erblickt B. die praktische Verwirklichung der revolutionären Theorie, die in der Praxis zu einem Mißerfolg geführt habe, an der aber trotzdem festgehalten wurde. Zum einem solchen Urteil kann aber nur der kommen, der nicht anerkennt, daß in der Periode des Bürgerkrieges, in der alles auf die Vernichtung der kapitalistischen Machtpositionen und auf die Festigung der proletarischen Diktatur gerichtet sein mußte, es an allen Voraussetzungen für die Organisierung der gesellschaftlichen Produktion und Verteilung nach einem einheitlichen Plan fehlte. Alle wirtschaftlichen Maßnahmen dieser Zeit mußten den Notwendigkeiten des Bürgerkrieges untergeordnet werden, waren durch diesen bedingt. Der

Kriegskommunismus ist deshalb ebensowenig der Versuch der gewaltsamen Durchführung des Kommunismus gewesen, wie ein Scheitern der marxistischen Theorie. Die Sicherung des proletarischen Staates erforderte sowohl auf dem Gebiete der Produktion wie der Verteilung ein planmäßiges Handeln. Nur die Organe des proletarischen Staates konnten jede Sabotage in der Produktion brechen, die zurückgehaltenen Waren herausholen, wie auch die Verteilung nach dem proletarischen Klasseninteresse sichern. So ist die Konsumkommune dieser Zeit Produkt des Bürgerkrieges mit seinen vielgestaltigen Begleiterscheinungen gewesen.

Durch das Nichterkennen der zeitbedingten Rolle der Konsumgenossenschaften in der ersten Periode der proletarischen Diktatur muß B. selbstverständlich zu der Schlußfolgerung gelangen, daß die mit Einführung der Neu sich vollziehende Aenderung der Genossenschaften im Wirtschaftssystem der Sowjetunion ein Kompromiß mit der reformistischen Genossenschaftsideologie ist. Die Rechtfertigung dieses Kompromisses soll Lenin sowohl bei Marx als auch in der Kopenhagener Resolution von 1910 gefunden haben. Einer solchen Rechtfertigung bedurfte es für Lenin am allerwenigsten. Kein anderer als er hat die Rolle der Genossenschaften in den verschiedenen Epochen richtig ge-[768]sehen. Den „Genossenschaftssozialismus“ hat er als phantastische Träumerei abgetan, weil dieser an solchen Grundfragen wie des Sturzes der Herrschaft der Ausbeuterklasse und der politischen Machteroberung des Proletariats vorbeigeht.

Die von niemand anders als von Lenin formulierte Entschließung der russischen Delegation auf dem Stockholmer Kongreß 1910 nimmt aber auch positiv Stellung zu den Aufgaben der Genossenschaften vor der politischen Machtübernahme durch die Arbeiterklasse. In dieser heißt es, daß die Konsumgenossenschaften für den wirtschaftlichen und politischen Massenkampf des Proletariats große Bedeutung erlangen können, indem sie die Arbeiter bei Streiks, Aussperrungen, politischen Verfolgungen usw. unterstützen. Nach der politischen Machtübernahme durch das Proletariat kommt es darauf an, die gesamte Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage aufzubauen, womit gleichzeitig die Aufhebung der Klassen vor sich geht. In der Unterstützung des sozialistischen Aufbaus durch die Genossenschaft erblickt B. eine Aufhebung der alten Genossenschaftsprinzipien, die Aufhebung der Neutralität und Unabhängigkeit. Die Eingliederung der Genossenschaften in das Wirtschaftssystem des proletarischen Staates verwirklicht aber erst die wirkliche Demokratie, von der in den Genossenschaften der kapitalistischen Staaten nicht gesprochen werden kann. Sie schafft gleichzeitig die gemeinsame Basis, ohne die ein sozialistisches Kollektiv nicht bestehen kann. Deshalb lehnt der Bolschewismus die reformistischen Prinzipien der Neutralität und Unabhängigkeit ab, die Träger des Individualismus und des privatwirtschaftlichen Geistes sind und benutzt die Genossenschaften als Mittel zur Hereinziehung der breiten Massen in die Kollektivwirtschaft und die aktive Anteilnahme am sozialistischen Aufbau. Somit tragen die Genossenschaften dazu bei, den Uebergang von der Individualwirtschaft in der Warenverteilung, dem Kleingewerbe und der Landwirtschaft zur Kollektivwirtschaft zu erleichtern. Deshalb ist – wie Lenin sagt – das Wachsen des Genossenschaftswesens im proletarischen Staat gleichbedeutend mit dem Wachsen des Sozialismus.

Die von B. geäußerten Zweifel, daß die Hoffnungen auf ein einheitliches Konsumgenossenschaftssystem, wie auch die Ueberlegenheit der landwirtschaftlichen Kollektivwirtschaften gegenüber der bäuerlichen Individualwirtschaft sich nicht erfüllen werden, wollen wir getrost der weiteren Entwicklung überlassen.

Bei Anerkennung der quantitativen Erfolge der Sowjetgenossenschaften versucht B., diese herabzumindern durch Feststellung und teilweise Verallgemeinerung qualitativer Mängel. Aber diese Mängel, die in erster Linie in dem stürmischen Entwicklungstempo ihre Ursache haben, werden überwunden werden. Dem Verfasser gereicht es nicht zur besonderen Ehre, wenn er sich hinsichtlich der ungenügenden qualitativen Erfolge auf einen Zeugen wie Professor Totomianz beruft.

Die Arbeit von B. hat noch den Mangel, daß die Zahlen der letzten Jahre über die Entwicklung der Genossenschaften in ihr fehlen. Sollten ihm wirklich diese nicht zur Verfügung gestanden haben?

Bei aller Kritik muß aber anerkannt werden, daß das Buch Böckenhauers ein wertvoller Beitrag ist zur Untersuchung der Rolle der Genossenschaften im Aufbau der sozialistischen Wirtschaft der

Sowjetunion. Wichtiger wie theoretische Auseinandersetzungen über diese Rolle ist aber die Tatsache, daß die Genossenschaften aller Art in Sowjetrußland eines der Mittel sind, um in schnellem Tempo die Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage aufzubauen. Und eben weil sie eingegliedert sind in das einheitliche Wirtschaftssystem, unter der wirklichen Demokratie der proletarischen Diktatur arbeiten und vom proletarischen Staat jede Förderung erfahren, haben die Genossenschaften der Sowjetunion die Genossenschaften der kapitalistischen Länder in ihrer Entwicklung weit hinter sich gelassen. Die Erfolge der Sowjetgenossenschaften beruhen nicht auf irgendwelchen Geheimnissen; sie sind in der proletarischen Diktatur begründet, die alle Hemmnisse für ihre Entwicklung beseitigt hat.

Ernst Oberdörster

Autoren-Register

Alexander, Eduard 436
Auer, Erich 289, 665

B., F. 63, 126, 185, 350, 375, 509, 511, 766
B., K. 507
Bergener, E. 739
Birkenhauer, Erich 471, 627, 755
Borilin, B. 573, 698
Braun, Paul 10, 225

Cr., A. 70
Cr., R 159

Dahlem, Franz 713
David, F. 478, 569, 595, 722
Dengel, Philipp 586, 659
Duncker, H. 763

Emel, Alexander 112, 562
Erkner 340

–f 500
Florin, W. 520, 690
fo. 60
Fröhlich, Horst 433, 504

Gerber, Rudolf 83, 267, 746

H., W. 1, 129, 193
Hansen, Arvid 427
Heilmann, F. 409
Heymann, Stephan 536
Hörnle, Edwin 21, 491, 532

J–s. 64
J., S. 719
Jacobs, Hermann 30

K. 606
K., E. 26
K., J. 33, 172, 313, 339, 538
Km. 127
Kaiser, Ludwig 441
Koenen, Wilhelm 463
Kraus 53, 89, 122
Kunik, E. 117, 681
Kuczynski 337

L., P. 449
Langner, Paul 105

Merker Paul 65, 259, 485
Michel Rosa 43
Miljutin, J. 573, 698
Moericke, Franz 526
Müller, Kurt 77

Nemo 168, 279
Neubauer, Th. 13, 360, 395, 615

Oberdörster, Ernst 767
Ölßner, Fred 48
Overlach, Lene 175

–pp. 705
Peschke, P. 416, 555

R., W. 446
Reimann, Günther 325, 369
Reinhard, Ernst 425
Remmele, Hermann 135, 198, 230, 295, 545
Renner, Rudolf 321, 404

S., K. 93, 95, 189, 190, 318, 319
Sawadzki, Hans 37, 164
Schmidt, K. 108, 178
Schüller, R. 646

Turowsky 59

Ulbricht, W. 73, 413, 641

W., Ch. 86, 100, 272

wf. 186

W., W. 62, 92, 222

Zentralkomitee 286